Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**3200**
26.01.2010

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zum Neuen Dienstrecht in Bayern

§ 1 Bayerisches Besoldungsgesetz

§ 2 Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz

§ 3 Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen

§ 4 Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

§ 5 Änderung des Bayerischen Disziplinargesetzes

§ 6 Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern

§ 7 Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

§ 8 Änderung des Bayerischen Richtergesetzes

§ 9 Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

§ 10 Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung

§ 11 Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

§ 12 Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes

§ 13 Änderung des Bayerischen Umzugskostengesetzes

§ 14 Änderung des Rechnungshofgesetzes

§ 15 Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung

§ 16 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Gesetzentwurf zum Neuen Dienstrecht in Bayern

Vorblatt

A. Problem

Die Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern sind im Rahmen der Föderalismusreform durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) grundlegend neu strukturiert worden. Im Bereich des Beamtenrechts wurden die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes für die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienst der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes stehenden Personen (Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes in der im BGBl III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch das Gesetz vom 26. Juli 2002, BGBl I S. 2863) sowie die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Besoldung und Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen (Art. 74a Abs. 1 des Grundgesetzes) aufgehoben. Der Bund verfügt nur noch über die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Statusrechte und –pflichten der Beamten der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes sowie der Richter in den Ländern mit Ausnahme der Laufbahnen, Besoldung und Versorgung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 des Grundgesetzes). Die Länder sind nunmehr für die Regelung des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts sowie des Statusrechts (unter Beachtung des Beamtenstatusgesetzes) der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter des Landes, der Kommunen und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Dienstherrn selbst zuständig.

1. Statusrecht

Im Statusrecht ist eine Anpassung der Altersgrenzen erforderlich. Die aus dem Rückgang der Geburtenzahl und der Verlängerung der Lebenserwartung resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen führen auch zu einer Veränderung des Verhältnisses von aktiver Erwerbsphase zu durchschnittlicher Pensionsbezugsphase. Vor dem Hintergrund der weiter steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen ist die stufenweise Anhebung der Altersgrenze für den Ruhestandseintritt eine wichtige Maßnahme, um die Funktionsfähigkeit der Versorgungssysteme aufrechterhalten zu können.

Die Anhebung der Altersgrenzen ist auch aus ökonomischen Gründen unerlässlich. Mit dem demografischen Wandel wird in Zukunft auch die Zahl junger qualifizierter Erwerbspersonen zurückgehen. Mit der Anhebung der Altersgrenzen wird deswegen auch einem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt. Zudem sind die Erfahrungen und das Wissen älterer Beamtinnen und Beamten wichtige Ressourcen.

Weitere Änderungsnotwendigkeiten bestehen unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung bei der Zuständigkeit der Staatsregierung nach Art. 18 BayBG.

Schließlich sind zur Anpassung des BayBG an das neue Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht redaktionelle Änderungen erforderlich.

2. Laufbahnrecht

Die Grundkonzeption des geltenden Laufbahnrechts ist gut 30 Jahre alt. Seither kam es zu Änderungen im Bereich der Bildungslandschaft, der Personalentwicklung sowie bei den Anforderungen an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

3. Besoldungsrecht

Das geltende Besoldungsrecht ist in Bundes- und Landesbesoldungsgesetzen, Bayerischem Sonderzahlungsgesetz sowie verschiedenen Rechtsverordnungen auf Bundes- und Landesebene geregelt. Der Bund hat mit dem Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz) das Beamtenrecht bereits signifikant verändert. Hieraus ergibt sich Anpassungsbedarf: zahlreiche Regelungen des nach Art. 125a GG mit Stand vom 31.08.2006 in Bayern fort geltenden Bundesbesoldungsrechts verweisen noch auf Vorläufervorschriften, z. B. des Beamtenrechtsrahmengesetzes. Weiterhin betreffen viele Regelungen lediglich den Bund oder andere Länder, während auf Länderebene relevante Regelungsmaterien, z. B. Teile der Ämterordnung der Lehrerinnen und Lehrer, nicht in der besoldungsrechtlichen Kernmaterie des Bundesbesoldungsgesetzes erwähnt sind. Ein Teil des Bundesbesoldungsrechts wurde außerdem zum Beispiel mit der Schaffung von funktionslosen Beförderungsämtern für Grund-, Haupt und Realschullehrer durch das Haushaltsgesetz 2009/2010 bereits in bayerisches Stammrecht übernommen, so dass das mit Stand vom 31.08.2006 fort geltende Bundesrecht nicht mehr den aktuellen Rechtsstand wiedergibt.

4. Versorgungsrecht

Die Versorgung der bayerischen Beamten und Beamtinnen ist derzeit im Beamtenversorgungsgesetz des Bundes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung (BeamtVG) geregelt. Es wurde jedoch bereits ergänzt durch Vorschriften in den bayerischen Gesetzen zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 und 2009/2010. Das mit Stand vom 31.08.2006 fort geltende Bundesrecht gibt daher nicht mehr den aktuellen Rechtsstand wieder.

B. Lösung

Die bayerische Staatsregierung hat in der 15. Legislaturperiode Eckpunkte für ein Neues Dienstrecht in Bayern vorgestellt. In Umsetzung dieser Eckpunkte schafft der Freistaat Bayern das Neue Dienstrecht in Bayern mit einer Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes, mit dem Erlass eines neuen Bayerischen Besoldungsgesetzes, eines Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes und eines Gesetzes über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen (Leistungslaufbahngesetz – LlbG) sowie mit einer Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften (Bayerisches Disziplinargesetz, Bayerisches Personalvertretungsgesetz, Bayerisches Richtergesetz, Bayerische Haushaltsordnung).

1. Statusrecht

Die Regelaltersgrenze soll wie im Rentenrecht stufenweise auf 67 Jahre angehoben werden, beginnend von 2012 an mit dem Jahrgang 1947 bis zum Jahr 2029. Entsprechende Anhebungen sind bei den anderen Altersgrenzen vorzunehmen. Vollzugsbeamte mit 20 Jahren Tätigkeit im Schicht- oder Wechselschichtdienst oder vergleichbar belastenden unregelmäßigen Diensten können mit der Vollendung des 60. Lebensjahres abschlagsfrei in den Ruhestand treten. Lehrer an öffentlichen Schulen treten künftig zum Ende oder auf Antrag zu Beginn des Schuljahres mit entsprechenden Auf- oder Abschlägen in den Ruhestand, in dem sie die allgemeine gesetzliche Altersgrenze erreichen. Die Altersgrenze von 64 Jahren für einen voraussetzungslosen Ruhestand auf Antrag wird beibehalten. Die Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter bleibt ebenfalls unverändert. Schließlich wird auch die Altersgrenze für Mitglieder der Staatsregierung für den Bezugsbeginn des Ruhegehalts auf das 67. Lebensjahr bzw. auf das 62. Lebensjahr bei einer Amtszeit von mehr als zehn Jahren angehoben.

2. Laufbahnrecht

Die laufbahnrechtlichen Vorschriften im BayBG und in der LbV werden aufgrund des Regelungszusammenhangs und aus Gründen der Rechtsvereinfachung in dem LlbG neu geregelt.

Die Neuregelung verbessert die Leistungsorientierung. Dies geschieht insbesondere durch den Verzicht auf die bisherigen Laufbahngruppengrenzen und die Einführung eines modularen Systems lebenslangen Lernens. Bewährte Elemente wurden systemgerecht weitergeführt.

Mit dem Ziel, die Leistung der Beamten und Beamtinnen konsequent in den Mittelpunkt zu stellen, wird auch das Beurteilungssystem überarbeitet, im Ergebnis vereinfacht und transparenter gestaltet. Zudem wird eine Leistungsfeststellung in Umsetzung der besoldungsrechtlichen Regelungen neu eingeführt.

Zugleich wurde dereguliert.

3. Besoldungsrecht

Der Freistaat Bayern regelt in einem Bayerischen Besoldungsgesetz die Besoldung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes, der Kommunen und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Dienstherrn umfassend neu. Dabei werden die besoldungsrechtlichen Eckpunkte des „Neuen Dienstrechts“ umgesetzt. Gleichzeitig wird die bestehende Unübersichtlichkeit im Besoldungsrecht beseitigt, indem die einzelnen Gesetze in einem Landesbesoldungsgesetz zusammengeführt werden. Dadurch wird ein einheitliches, modernes, transparentes Landesbesoldungsrecht geschaffen, das die Anerkennung des Leistungsprinzips in den Mittelpunkt stellt, die bewährten Strukturen der Ämterordnung, der Grundgehaltstabellen und des Familienzuschlags fortführt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes insgesamt stärkt.

Das Bayerische Besoldungsgesetz verwirklicht die Ziele des „Neuen Dienstrechts“ durch folgende Maßnahmen:

- Anerkennung des Leistungsprinzips durch
  - funktionslose Beförderungsämter im Grund-, Haupt und Realschulbereich, und abstandswahrende Hebung der Ämter im Schulleitungsbereich der Grund-, Haupt- und Realschulen um eine halbe bzw. eine Besoldungsgruppe,
  - den Wegfall der Besoldungsgruppe A 2 und Neubewertung der Ämter des bisherigen „einfachen“ Dienstes,
  - die Erweiterung der Ämterstruktur durch Ausweisung einer besonderen Zulage zu der Besoldungsgruppe A 16 für die Leiter und Leiterinnen von Behörden, die sich in Personalstärke und Bedeutung wesentlich von anderen unteren Verwaltungsbehörden abheben,
  - die Stärkung der Bewertungsstabilität der Ämter durch Neustrukturierung der Amtszulagen,
- Stärkere Berücksichtigung der Erfahrung als Maßstab für die Bemessung des Grundgehalts; Einstieg und Aufstieg in den Stufen der Grundgehaltstabelle nach tatsächlich geleisteten Dienstzeiten unter Berücksichtigung von Mindestanforderungen,
- Erhöhung des Endgrundgehalts der Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen A 3 bis A 6 durch Anfügen weiterer Stufen der Grundgehaltstabelle mit steigenden Beträgen.
- Förderung des beruflichen Fortkommens durch Weiterentwicklung der Besoldungsordnungen, insbesondere zur Realisierung der Leistungslaufbahn, z. B. Wegfall der Verzahnungsämter und Vereinfachung der Besoldungsordnung A v. a. im Schulbereich. Gleichzeitig werden die Stellenobergrenzen auf die Ämter der Besoldungsgruppen A 15 bis B 2 beschränkt,
- Stärkung des Wissenschaftsstandortes Bayern durch Anhebung des Grundgehalts um bis zu 4,3 v. H. in der Besoldungsgruppe W 2 und um 2,7 bzw. 2,8 v. H. in den Besoldungsgruppen W 3 und W 1 sowie Flexibilisierung des Vergaberahmens,
- Gewährleistung von Mobilität und Flexibilität durch Neugestaltung der Ausgleichszulage und Berücksichtigungsfähigkeit von Dienstzeiten bei einem Dienstherrn eines anderen Landes bzw. beim Bund,

- Betonung des Leistungsprinzips durch den Ausbau flexibler Leistungselemente: Übernahme und Fortentwicklung der Regelungen zu Leistungsprämien, -zulagen und Leistungsstufen,
- Anerkennung der Leistung der Beschäftigten durch die unveränderte Beibehaltung der Sonderzahlung,
- Deregulierung und Vereinfachung des Besoldungsrechts durch
  - die Nichtübernahme von Vorschriften,
  - den Verzicht auf die Normierung sonderregelungsintensiver Teilbereiche wie das Recht der kommunalen Wahlbeamten,
  - die Ausklammerung besoldungsfremder Fragen wie die der Ruhegehaltsfähigkeit,
  - die Zusammenführung gesondert geregelter Teilbereiche, z. B. des Bayerischen Sonderzahlungsgesetzes oder verschiedener Verordnungen, in einem Gesetz,
  - die einfache betragsmäßige Überleitung aller vorhandenen Betroffenen in das neue Recht zur Vermeidung des Nebeneinanders von parallelen Systemen.

4. Versorgungsrecht

Auch im Versorgungsrecht wird an die Stelle des Bundesrechts (Beamtenversorgungsgesetz des Bundes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung – BeamtVG –) und der ergänzenden Vorschriften in den bayerischen Gesetzen zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 und 2009/2010 ein eigenständiges Landesrecht treten. Das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) regelt die Versorgung der staatlichen und nichtstaatlichen Beamten und Beamtinnen im Freistaat Bayern sowie der Richter und Richterinnen des Freistaats Bayern. Die Versorgung der kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen ist aufgrund der statusrechtlichen Besonderheiten dieser Gruppe künftig im Gesetz über kommunale Wahlbeamte normiert, das Sonderzahlungsgesetz wird hingegen inhaltlich unverändert in das BayBesG und das BayBeamtVG überführt.

Das BayBeamtVG behält die bewährten Grundsätze der Beamtenversorgung bei und entwickelt sie unter Berücksichtigung der Eckpunkte 8 bis 11 der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern weiter. Anpassungsbedarf gegenüber der bisherigen Rechtslage besteht insbesondere aufgrund der Anhebung der Altersgrenzen im BayBG und in Folge des geänderten Besoldungs- und Laufbahnrechts. Gleichzeitig werden die teilweise sehr unübersichtlichen und im Laufe der Jahrzehnte zersplitterten Regelungen des BeamtVG neu strukturiert und im Interesse der Lesbarkeit gestrafft. Überflüssige Regelungen entfallen im Interesse der Deregulierung, veraltete Regelungen werden den neuen rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen angepasst und inhaltliche Unstimmigkeiten beseitigt.

Die Referenzalter für den Versorgungsabschlag bei vorzeitigem Ruhestandseintritt werden parallel zu den Altersgrenzen angehoben. Auch künftig wird es in dem gebotenen Umfang Ausnahmeregelungen geben, die besonders schutzbedürftigen Beamten und Beamtinnen und – in Anlehnung an die rentenrechtlichen Bestimmungen – bei langjähriger Dienstleistung ermöglichen, abschlagsfrei in den vorzeitigen Ruhestand zu treten. Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen, für die wegen der Besonderheiten ihres Dienstes eine über den allgemeinen Regelungen liegende Altersgrenze gilt, einen entsprechenden Versorgungsaufschlag, wenn sie mit Erreichen der für sie geltenden Altersgrenze in den Ruhestand treten.

Weitere Neuregelungen dienen unter anderem der Konsolidierung der bislang auf mehrere Gesetze verstreuten Regelungen zur Ruhegehaltfähigkeit von Hochschulleistungsbezügen. Die Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung und zur Unfallfürsorge werden redaktionell vereinfacht und rechtssystematisch neu geordnet sowie Unstimmigkeiten bereinigt. Die familienbezogenen Leistungstatbestände nach §§ 50a ff. BeamtVG werden in einer eigenständigen versorgungsrechtlichen Regelung zusammengefasst und der Bifunktionalität der Beamtenversorgung angepasst. Die Vorschriften über die Anrechnung anderer Versorgungsleistungen werden ausgeweitet; im Gegenzug kann die bisherige Verwaltungspraxis zur eingeschränkten Berücksichtigung von Kann-Vordienstzeiten weitgehend entfallen.

Die Versorgungslastenteilung bei landesinternen Dienstherrenwechseln wird abschließend im BayBeamtVG geregelt und mit dem Abfindungsmodell nach dem Entwurf des Staatsvertrags zur Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln harmonisiert.

Neben dem Erlass des neuen BayBeamtVG wird das Gesetz über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) geändert, da die Bildung der Versorgungsrücklagen aus rechtssystematischen Gründen künftig nicht mehr im Besoldungsrecht, sondern ausschließlich im BayVersRücklG geregelt wird. Die Zuführungen werden entsprechend den bisherigen Regelungen fortgeführt.

C. Alternativen

Keine.
Die Fortführung des nach Art. 125a GG weiter geltenden, z. T. jedoch schon durch Landesrecht ersetzten Bundesrechts mit Stand vom 31.08.2006 führt entweder zur „Versteinerung“ des Dienstrechts oder zu einer verfassungsrechtlich unzulässigen Mischgesetzgebung.

D. Kosten für Staat, Kommunen, Wirtschaft und Bürger

1. Staat:

1.1. Statusrecht

Die Anhebung der Altersgrenzen führt insgesamt zu einer Kostenentlastung der öffentlichen Haushalte, die unter Ziffer 1.4 mitberücksichtigt sind.

1.2. Laufbahnrecht

Die Neuregelungen im Leistungslaufbahngesetz führen insbesondere in der Umstellungsphase bei allen bayerischen Dienstherren zu Schulungs- und Programmierungsbedarf. Der genaue Aufwand lässt sich nicht abschätzen.

Derzeit gibt es im staatlichen Bereich jährlich knapp 50 Aufsteiger in den höheren Dienst und ca. 80 Verwendungsaufsteiger in den gehobenen Dienst. Für den Aufstieg in den höheren Dienst sind derzeit drei Seminarwochen, für den Aufstieg in den gehobenen Dienst zwei Seminarwochen vorgesehen. Daneben besuchen die Beamten und Beamtinnen auch Maßnahmen der regulären Fortbildungen.

Die hierfür benötigten Mittel können zukünftig für die modulare Qualifizierung verwendet werden. In welcher Höhe darüber hinaus weitere Kosten durch die modulare Qualifizierung entstehen, hängt von der jeweiligen Ausgestaltung der Systeme der modularen Qualifizierung ab. Beim Freistaat Bayern stehen derzeit ca. 30 Millionen Euro jährlich für Aus- und Fortbildungszwecke zur Verfügung.

1.3. Besoldungsrecht

Die Kosten für die Maßnahmen des neuen Besoldungsrechts und deren Umsetzung wurden in den Eckpunkten der Staatsregierung aus der 15. Legislaturperiode auf 240 Mio. Euro geschätzt. Mit dem Haushaltsgesetz 2009/2010 wurden bereits im Vorgriff auf das neue Besoldungsrecht Beförderungsmöglichkeiten in die neuen funktionslosen Beförderungsämter im Grund-, Haupt- und Realschulbereich und durch entsprechenden Ausbau der Beförderungsmöglichkeiten im außerschulischen Bereich mit Jahreskosten von 60 Mio. Euro geschaffen.

Die durch die neuen Beförderungsämter zwingend erforderlichen Stellenhebungen der Ämter des Schulleitungsbereiches verursacht Jahresmehrkosten i. H. v. rund 25 Mio. Euro.

Durch die Überleitung in die neuen Tabellen der Besoldungsordnungen A und R entstehen Mehrkosten von rund 5 Mio. Euro zum Zeitpunkt des Inkrafttretens im Jahr 2011. Zudem führen die neuen Tabellen zu jährlichen zusätzlichen Mehrkosten i. H. v. bis zu 3 Mio. Euro.

Die Verbesserung der Professorenbesoldung hat langfristig Mehrkosten i. H. v. jährlich rund 12 Mio. Euro zur Folge (Stellenbestand 2009).

Der Wegfall der Besoldungsgruppe A 2 und die Neufestlegung der Mindesteingangsämter in A 3, A 4 und A 5 sowie die abstandsgleiche Hebung in den jeweiligen Folgebesoldungsgruppen führen zu jährlichen Mehrkosten i. H. v. rund 2,5 Mio. Euro.

Die durch die Leistungslaufbahn erforderlich gewordene Anhebung und Vereinheitlichung der Strukturzulage (frühere Vorbemerkung Nr. 27 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 verursacht jährliche Mehrkosten von ca. 1,5 Mio. Euro.

Die weiteren Kosten hängen von der künftigen Umsetzung im Stellenplan ab.

Analyse der Kosten zum Neuen Dienstrecht in tabellarischer Darstellung

Maßnahme	**Haushaltsbelastung (+) / Haushaltsentlastung (-)**				
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**Endausbau ca. 2035**
	- in Mio. EUR bzw. Zahl der Stellen-				
1. <u>Einmalige</u> Auswirkungen	0	0	0	0	0
2. <u>Laufende</u> Auswirkungen					
Ausbau der Beförderungsmöglichkeiten im Schulbereich (neue Ämter) und anderen	*abhängig von der Umsetzung im Stellenplan*				

Bereichen					
Hebung der Schulleitungsämter in Grund-, Haupt- und Realschule	+ 22	+ 22	+ 22	+ 22	+ 22
Hebungen der Schulleitungsämter im Förderschulbereich	+ 3	+ 3	+ 3	+ 3	+ 3
Überleitung in die neuen Tabellen A und R	+ 8	+ 11	+ 14	+ 17	+ 75
Wegfall der BesGr A 2 und Hebung des einfachen Dienstes / der ersten Qualifikationsebene	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
Vereinheitlichung der allgemeinen Stellenzulage in A 9 und A 10	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
W-Besoldung (Stellen im Haushaltsplan)	+ 7	+ 8	+ 9	+ 10	+ 12
Zwischensumme:	**+ 44**	**+ 48**	**+ 52**	**+ 56**	**+ 116**
nachrichtlich Ausbau der Beförderungsmöglichkeiten aus HG 2009/2010	+ 60	+ 60	+ 60	+ 60	+ 60
Gesamt	**+ 104**	**+ 108**	**+ 112**	**+ 116**	**+ 176**

1.4. Versorgungsrecht

Die Umgestaltung der Grundgehaltstabelle der Besoldungsordnung A führt zu notwendigen Folgeanpassungen im Versorgungsrecht, die Mehrkosten von 1,2 Mio. Euro verursachen.

Die Ausbringung neuer Beförderungsstellen im Schulbereich führt zu Mehrkosten von 4,1 Mio. Euro in 2011, die in den Folgejahren deutlich steigen werden. Die fortgeführte Ruhegehaltfähigkeit der Zulagen für besondere Berufsgruppen und die Harmonisierung der Strukturzulage werden in 2011 zu 1,8 Mio. EUR und in 2012 zu 2,5 Mio. EUR Mehrkosten führen. Durch die stufenweise Abschmelzung des Ausgleichs bei besonderen Altersgrenzen ab dem Geburtsjahrgang 1956 werden die Mehrkosten teilweise kompensiert, führen aber auf Grund der Zugänge in der Versorgung aber auch dann zu jährlich um 0,7 Mio. Euro steigenden Mehrkosten.

Die Anhebung der Altersgrenzen und Referenzalter für den Versorgungsabschlag parallel zu den Altersgrenzen wirken sich in der Versorgung trotz der Möglichkeit des abschlagsfreien vorzeitigen Antragsruhestandes bei langjähriger Dienstleistung oder 20 Jahren besonders belastenden Vollzugsdienstes kostendämpfend aus. Aus der Gesamtheit der Maßnahmen ergeben sich unter Berücksichtigung der unbefristeten Fortführung der Altersteilzeit in der Besoldung und der Versorgung Einsparungen von rund 13,4 Mio. Euro in 2011 und von rund 30,8 Mio. Euro in 2012, die vor allem wegen der vorschreitenden Anhebung der Altersgrenzen in den Folgejahren deutlich steigen werden. Insbesondere die mittel- und langfristigen Auswirkungen können nur geschätzt werden, da sie stark vom Antragsverhalten bei Altersteilzeit und Antragsruhestand abhängig sind.

Der Wegfall der Quotelung von Ausbildungs- und Zurechnungszeiten bei Freistellungen vom Dienst und die Ausschluss der Unterschreitung der Mindestversorgung bei langen Freistellungszeiten verursachen Mehrkosten in einer Größenordnung von voraussichtlich 0,5 bis 1 Mio. Euro.

Die Maßnahmen in der Hinterbliebenenversorgung werden zu geringen Einsparungen von unter 1 Mio. Euro jährlich führen.

Die Einbeziehung des Unfallruhegehalts in die allgemeine Absenkung des Versorgungsniveaus führt zu Einsparungen von rund 0,7 Mio. Euro, die Bemessung des erhöhten Unfallruhegehalts nach der übernächsten Besoldungsgruppe in seltenen Einzelfällen zu geringen Einsparungen. Die sonstigen Maßnahmen in der Unfallversorgung ziehen geringe Mehrkosten von unter 1 Mio. Euro nach sich. Die Staffelung der einmaligen Unfallentschädigung nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit wird nach den Fallgestaltungen der letzten Jahre weitgehend kostenneutral erfolgen können.

Die Umstellungen bei den Ruhensvorschriften wegen des Zusammentreffens von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen oder mit Renten sowie die Umgestaltung des Kindererziehungs- und Pflegezuschlags und die Ruhegehaltfähigkeit der Leistungsbesoldung der Professoren und Professorinnen werden weitestgehend kostenneutral sein.

Maßnahme	**Haushaltsbelastung (+) / Haushaltsentlastung (-)**				
Versorgung	**2009**	**2010**	**2011**	**2012**	**Endausbau Ca. 2035**
	- in Mio. EUR bzw. Zahl der Stellen-				
1. <u>Einmalige</u> Auswirkungen	0	0	0	0	0
2. <u>Laufende</u> Auswirkungen					
Umgestaltung der Grundgehaltstabelle BesO A			1,2	1,2	1,2
Harmonisierung Strukturzulage, Fortführung der Ruhegehaltfähigkeit der Zulagen für besondere Berufsgruppen, Wegfall Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen			1,8	2,5	12,0
Schaffung von Beförderungsämtern im Grund-, Haupt- und Realschulbereich und die daraus folgenden Stellenhebungen		0,7	4,1	11,6	80,0
Anhebung der Altersgrenzen und des Referenzalters für den Versorgungsabschlag in Besoldung und Versorgung			0,0	-28,7	-400,0

Wegfall der Quotelung von Ausbildungs- und Zurechnungszeiten bei Freistellungen vom Dienst			0,5 – 1, 0	1,0 – 1,5	15,0
Umwandlung Witwengeld bei großem Altersunterschied in einen Unterhaltsbeitrag, Witwen- und Witwerabfindung auf Basis des Durchschnittsbetrags			-0,5	-0,8	-5,0
Einbeziehung des Unfallruhegehaltes in die Absenkung des Versorgungsniveaus			-0,5	-0,6	-0,7
Sonstige Harmonisierungsmaßnahmen in der Unfallversorgung und Einführung eines Unfallsterbegeldes			0,5	1,0	5,0
Staffelung der einmaligen Unfallentschädigung					0,0
Bemessung des erhöhten Unfallruhegehaltes aus der übernächsten Besoldungsgruppe					0,0
Gesamt:		0,7	7,1	-12,8	-292,5

2. Kommunen:

2.1. Statusrecht

Die Anhebung der Altersgrenzen führt insgesamt zu einer Kostenentlastung der öffentlichen Haushalte.

2.2. Laufbahnrecht

Es gilt das unter D 1. 2 Gesagte entsprechend. Die Fallzahl im kommunalen Bereich ist minimal geringer.

2.3. Besoldungsrecht

Durch das Bayerische Besoldungsgesetz ergeben sich auch Kosten für die Kommunen. Die Höhe ist abhängig von der Zahl der Beamtinnen und Beamten und deren Einstufung in die jeweiligen Besoldungsgruppen.

2.4. Versorgungsrecht

Durch das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz entstehen für die Kommunen sowohl Einsparungen als auch geringe Mehrkosten, die wegen des geringeren Anteils der Beamten und Beamtinnen an den Personalkörpern deutlich niedriger ausfallen.

3. Wirtschaft und Bürger:

Der Wirtschaft, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen keine zusätzlichen Kosten. Insbesondere werden durch das Gesetz keine Informationspflichten

für die Wirtschaft neu eingeführt, geändert oder aufgehoben. Auch für die Bürgerinnen und Bürger ergeben sich keine zusätzlichen Belastungen.

§ 1

2032-1-1-F

Bayerisches Besoldungsgesetz (BayBesG)

Inhaltsübersicht

Teil 1

Allgemeine Vorschriften

Art. 1 Geltungsbereich
Art. 2 Bestandteile der Besoldung
Art. 3 Gesetzesvorbehalt
Art. 4 Anspruch auf Besoldung
Art. 5 Besoldung bei mehreren Hauptämtern
Art. 6 Besoldung bei Teilzeitbeschäftigung
Art. 7 Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit
Art. 8 Kürzung der Besoldung bei Gewährung einer Versorgung durch eine zwischenstaatliche oder überstaatliche Einrichtung
Art. 9 Verlust der Besoldung bei schuldhaftem Fernbleiben vom Dienst
Art. 10 Anrechnung anderer Einkünfte auf die Besoldung
Art. 11 Anrechnung von Sachbezügen auf die Besoldung
Art. 12 Abtretung der Besoldung, Verpfändung, Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht
Art. 13 Verjährung der Besoldung
Art. 14 Zuständigkeit für die Festsetzung und Anordnung der Besoldung
Art. 15 Rückforderung der Besoldung
Art. 16 Anpassung der Besoldung
Art. 17 Dienstlicher Wohnsitz
Art. 18 Zahlungsweise

Teil 2

Grundbezüge

Abschnitt 1

Vorschriften für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnungen A und B

Art. 19 Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung
Art. 20 Bestimmung des Grundgehalts nach dem Amt
Art. 21 Grundgehalt bei Verleihung eines anderen Amtes
Art. 22 Besoldungsordnungen A und B
Art. 23 Eingangsämter
Art. 24 Besondere Eingangsämter
Art. 25 Beförderungsämter
Art. 26 Obergrenzen für Beförderungsämter
Art. 27 Leitungsämter von Verwaltungsbehörden und von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen
Art. 28 Ämter für Kanzler und Kanzlerinnen von Hochschulen
Art. 29 Ämter für Beamte und Beamtinnen bei den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung
Art. 30 Bemessung des Grundgehalts
Art. 31 Berücksichtigungsfähige Zeiten
Art. 32 Grundgehaltssätze
Art. 33 Strukturzulage
Art. 34 Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen
Art. 35 Grundlage des Familienzuschlags
Art. 36 Stufen des Familienzuschlags
Art. 37 Änderung des Familienzuschlags
Art. 38 Auslandsbesoldung

Abschnitt 2

Regelungen für Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen

Art. 39 Anwendungsbereich
Art. 40 Funktionsgerechte Besoldung, Grundgehalt

Art. 41 Besoldungsordnung W
Art. 42 Grundgehaltssätze
Art. 43 Weitere Vorschriften

Abschnitt 3

Regelungen für Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen

Art. 44 Allgemeine Vorschriften
Art. 45 Funktionsgerechte Besoldung, Grundgehalt
Art. 46 Besoldungsordnung R
Art. 47 Bemessung des Grundgehalts
Art. 48 Grundgehaltssätze
Art. 49 Weitere Vorschriften

Abschnitt 4

Regelung für Prüfungsgebietsleiter und Prüfungsgebietsleiterinnen beim Bayerischen Obersten Rechnungshof

Art. 50 Prüfungsgebietsleiter und Prüfungsgebietsleiterinnen beim Bayerischen Obersten Rechnungshof

Teil 3

Nebenbezüge

Abschnitt 1

Zulagen

Art. 51 Stellenzulagen
Art. 52 Ausgleichszulage für den Wegfall von Stellenzulagen
Art. 53 Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen
Art. 54 Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes
Art. 55 Zulagen für besondere Erschwernisse
Art. 56 Besondere Zulage für Richter und Richterinnen
Art. 57 Zulagen für Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen

Abschnitt 2

Zuschläge

Art. 58 Zuschlag bei Altersteilzeit
Art. 59 Zuschlag bei begrenzter Dienstfähigkeit
Art. 60 Zuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit

Abschnitt 3

Vergütungen

Art. 61 Mehrarbeitsvergütung
Art. 62 Vergütung von Arbeitszeitguthaben (Ausgleichszahlung)
Art. 63 Vergütung im Vollstreckungsdienst
Art. 64 Sitzungsvergütung
Art. 65 Prüfungsvergütung

Abschnitt 4

Leistungsbezüge

Unterabschnitt 1

Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnungen A und B

Art. 66 Leistungsstufe
Art. 67 Leistungsprämie
Art. 68 Vergabebudget und -verfahren

Unterabschnitt 2

Professoren und Professorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen

Art. 69 Hochschulleistungsbezüge
Art. 70 Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge
Art. 71 Besondere Leistungsbezüge
Art. 72 Funktions-Leistungsbezüge
Art. 73 Vergaberahmen
Art. 74 Verordnungsermächtigung

Abschnitt 5

Bezüge für Anwärter und Anwärterinnen

Art. 75 Grundlage der Anwärterbezüge
Art. 76 Anwärterbezüge nach Ablegung der Qualifikationsprüfung
Art. 77 Anwärtergrundbetrag
Art. 78 Anwärtersonderzuschläge
Art. 79 Unterrichtsvergütung für Anwärter und Anwärterinnen
Art. 80 Anrechnung auf die Anwärterbezüge
Art. 81 Kürzung der Anwärterbezüge

Abschnitt 6

Jährliche Sonderzahlung

Art. 82 Anspruch und Bestandteile
Art. 83 Grundbetrag
Art. 84 Erhöhungsbetrag
Art. 85 Sonderbetrag für Kinder
Art. 86 Ausschlusstatbestand
Art. 87 Zahlungsweise, Teilsonderzahlung

Abschnitt 7

Vermögenswirksame Leistungen

Art. 88 Anspruch
Art. 89 Höhe und Fälligkeit
Art. 90 Anlage und Verfahren

Teil 4

Sonstige Leistungen

Art. 91 Leistungen außerhalb der Besoldung
Art. 92 Aufwandsentschädigungen
Art. 93 Bürokostenentschädigung für Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen
Art. 94 Ballungsraumzulage
Art. 95 Gemeinschaftsunterkunft

Art. 96 Heilfürsorge

Art. 97 Unterhaltsbeihilfe für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen

Art. 98 Nebenamtsvergütung für Beamte und Beamtinnen an staatlichen Unterrichtseinrichtungen

Art. 99 Nebenamtsvergütung für Hochschulprofessoren und Hochschulprofessorinnen sowie für Leiter und Leiterinnen von Materialprüfungsämtern

Teil 5

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Art.100 Dienstordnungsmäßig Angestellte

Art.101 Sachbezüge und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Teil 6

Sonstige Zuständigkeitsregelung

Art.102 Vollzugsvorschriften

Teil 7

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art.103 Rechtsanwendung für vorhandene Besoldungsempfänger und Besoldungsempfängerinnen sowie für vorhandene Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Art.104 Überführung oder Überleitung in die Besoldungsordnungen A, B, W und R

Art.105 Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen

Art.106 Einordnung der vorhandenen Besoldungsempfänger und Besoldungsempfängerinnen der Besoldungsordnungen A und R in die neuen Grundgehaltstabellen

Art.107 Auswirkung der neuen Grundgehaltstabelle W auf die Hochschulleistungsbezüge der vorhandenen Professoren und Professorinnen sowie der hauptberuflichen Mitglieder von Hochschulleitungen

Art.108 Übergangsvorschrift für vorhandene Ämter der Besoldungsordnung C

Art.109 Sonstige Übergangsregelungen

Teil 1

Allgemeine Vorschriften

Art. 1

Geltungsbereich

(1) [1]Dieses Gesetz regelt die Besoldung der Beamten, Beamtinnen, Richter und Richterinnen des Staates sowie der Beamten und Beamtinnen der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (Berechtigte). [2]Es trifft ferner Regelungen für sonstige Leistungen außerhalb der Besoldung für die Berechtigten sowie für Leistungen an Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen (Art. 30 des Leistungslaufbahngesetzes – LlbG).

(2) Die Rechtsverhältnisse der kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen werden durch besonderes Gesetz geregelt.

(3) Von diesem Gesetz ausgenommen sind:
1. die Ehrenbeamten und Ehrenbeamtinnen,
2. die ehrenamtlichen Richter und Richterinnen,
3. die nach dem Gesetz zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehenden Personen.

(4) Teil 5 dieses Gesetzes gilt für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Staates, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(5) Dieses Gesetz gilt nicht für die Beamten und Beamtinnen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und weltanschaulichen Gemeinschaften und deren Verbände.

Art. 2

Bestandteile der Besoldung

(1) Die Besoldung setzt sich aus Grundbezügen und Nebenbezügen zusammen.

(2) Zu den Grundbezügen gehören:
1. Grundgehalt (Art. 20 Abs. 1 und 2, Art. 30, Art. 40 Abs. 2, Art. 45 Abs. 2, Art. 47),
2. Strukturzulage (Art. 33),
3. Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen (Art. 34),
4. Familienzuschlag (Art. 35 bis Art. 37),
5. Auslandsbesoldung (Art. 38).

(3) Zu den Nebenbezügen gehören:
1. Zulagen (Art. 51 bis Art. 57),
2. Zuschläge (Art. 58 bis Art. 60),

3. Vergütungen (Art. 61 bis Art. 65),
4. Leistungsbezüge (Art. 66 bis Art. 74)
5. Bezüge für Anwärter und Anwärterinnen (Art. 75 bis Art. 81),
6. jährliche Sonderzahlung (Art. 82 bis Art. 87),
7. vermögenswirksame Leistungen (Art. 88 bis Art. 90).

Art. 3

Gesetzesvorbehalt

(1) Die Besoldung wird durch Gesetz geregelt.

(2) [1]Zusicherungen, Vereinbarungen und Vergleiche, die eine höhere als die gesetzlich zustehende Besoldung verschaffen sollen, sind unwirksam. [2]Das Gleiche gilt für Versicherungsverträge, die zu diesem Zweck abgeschlossen werden.

(3) Die Berechtigten können auf die ihnen gesetzlich zustehende Besoldung weder ganz noch teilweise verzichten; ausgenommen sind vermögenswirksame Leistungen.

Art. 4

Anspruch auf Besoldung

(1) [1]Die Berechtigten haben Anspruch auf Besoldung nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes. [2]Dieser entsteht mit dem Tag, an dem die Ernennung, Versetzung, Übernahme oder der Übertritt in den Dienst eines der in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 genannten Dienstherren wirksam wird, und endet mit Ablauf des Tages, an dem das Dienstverhältnis endet, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. [3]Bei einer rückwirkenden Planstelleneinweisung gemäß Art. 20 Abs. 5 entsteht der Anspruch mit dem Tag, der in der Einweisungsverfügung bestimmt ist.

(2) Besteht der Anspruch auf Besoldung nicht für einen vollen Kalendermonat, wird nur der Teil der Bezüge gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(3) [1]Die Bezüge nach Art. 2 Abs. 2 und Abs. 3 Nrn. 2 und 5 (mit Ausnahme Art. 79) werden monatlich im Voraus gezahlt. [2]Die anderen Nebenbezüge werden monatlich im Voraus gezahlt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Werden Bezüge nach dem Tag der Fälligkeit gezahlt, so besteht kein Anspruch auf Verzugszinsen.

(5) [1]Bei der Berechnung der Bezüge nach Art. 2 sind die sich ergebenden Bruchteile eines Cents unter 0,5 abzurunden und Bruchteile von 0,5 und mehr aufzurunden. [2]Zwischenrechnungen bei Bezügen werden jeweils auf zwei Dezimalstellen durchgeführt. [3]Jeder Bezügebestandteil ist einzeln zu runden.

Art. 5

Besoldung bei mehreren Hauptämtern

[1]Hat ein Berechtigter oder eine Berechtigte gleichzeitig mehrere Hauptämter mit Anspruch auf Bezüge inne, so wird die Besoldung aus dem Amt mit den höheren Grundbezügen oder entsprechenden Bezügen gewährt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. [2]Sind für die Ämter Grundbezüge oder entsprechende Bezüge in gleicher Höhe vorgesehen, so werden die Bezüge aus dem zuerst übertragenen Amt gezahlt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. [3]Für die Nebenbezüge oder entsprechende Bezüge gelten die Vorschriften des Dienstherrn, der die Grundbezüge nach den Sätzen 1 und 2 gewährt.

Art. 6

Besoldung bei Teilzeitbeschäftigung

Bei Teilzeitbeschäftigung (Art. 88, 89 und 91 BayBG, Art. 8, 8a und 8c des Bayerischen Richtergesetzes – BayRiG) wird die Besoldung im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit gekürzt, soweit nichts anderes bestimmt ist.

Art. 7

Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit

[1]Bei begrenzter Dienstfähigkeit (§ 27 des Beamtenstatusgesetzes – BeamtStG –, Art. 78a BayRiG) findet auf die zustehende Besoldung Art. 6 entsprechend Anwendung. [2]Die Besoldung nach Satz 1 wird mindestens in Höhe des Ruhegehalts gewährt, das zustehen würde, wenn der oder die begrenzt Dienstfähige in den Ruhestand versetzt werden würde. [3]Die Bezüge nach Satz 1 oder Satz 2 werden um einen Zuschlag nach Art. 59 ergänzt.

Art. 8

Kürzung der Besoldung bei Gewährung einer Versorgung durch eine zwischenstaatliche oder überstaatliche Einrichtung

(1) [1]Wird aus der Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung eine Versorgung gewährt, wird die Besoldung gekürzt. [2]Die Kürzung beträgt 1,79375 v. H. für jedes im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst vollendete Jahr; es verbleiben jedoch mindestens 40 v. H. der Besoldung. [3]Wird als Invaliditätspension die Höchstversorgung aus dem Amt bei der zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung gezahlt, wird die Besoldung um 60 v. H. gekürzt. [4]Der Kürzungsbetrag darf die von der zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung gewährte Versorgung nicht übersteigen. [5]Als Zeit im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst wird auch die Zeit gerechnet, in der ohne Ausübung eines Amtes bei einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung ein Anspruch auf Vergütung oder sonstige Entschädigung besteht und Ruhegehaltsansprüche erworben werden. [6]Entsprechendes gilt für Zeiten nach dem Ausscheiden

aus dem Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, die dort bei der Berechnung des Ruhegehalts wie Dienstzeiten berücksichtigt werden.

(2) Bezieht ein Berechtigter als Abgeordneter oder eine Berechtigte als Abgeordnete Versorgung oder nach Art. 14 bis 17 des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments (Beschluss 2005/684/EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 28. September 2005 zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments – ABl L 262 S. 1), so wird die Besoldung um 50 v.H. der Versorgungsbezüge gekürzt, höchstens jedoch um 50 v.H. der Besoldung.

Art. 9

Verlust der Besoldung bei schuldhaftem Fernbleiben vom Dienst

(1) [1]Wer ohne Genehmigung schuldhaft dem Dienst fernbleibt, verliert für die Zeit des Fernbleibens den Anspruch auf Besoldung. [2]Dies gilt auch bei einem Fernbleiben vom Dienst für Teile eines Tages. [3]Der Verlust der Besoldung ist festzustellen. [4]Weitergehende Regelungen des Bayerischen Disziplinargesetzes bleiben unberührt.

(2) [1]Der Vollzug einer Freiheitsstrafe, die rechtskräftig von einem deutschen Gericht verhängt wurde, gilt als schuldhaftes Fernbleiben vom Dienst. [2]Für die Zeit einer Untersuchungshaft wird die Besoldung unter dem Vorbehalt der Rückforderung gezahlt. [3]Die Besoldung ist zurückzuerstatten, wenn der oder die Betroffene wegen des dem Haftbefehl zugrunde liegenden Sachverhalts rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wird.

Art. 10

Anrechnung anderer Einkünfte auf die Besoldung

(1) [1]Besteht Anspruch auf Besoldung für eine Zeit, in der die Berechtigten nicht zur Dienstleistung verpflichtet waren, können infolge der unterbliebenen Dienstleistung für diesen Zeitraum erzielte andere Bruttoeinkünfte auf die Besoldung angerechnet werden. [2]Die Berechtigten nach Satz 1 sind zur Auskunft verpflichtet. [3]In den Fällen einer vorläufigen Dienstenthebung auf Grund eines Disziplinarverfahrens gelten die besonderen Vorschriften des Bayerischen Disziplinargesetzes.

(2) [1]Erhalten Berechtigte aus einer Verwendung nach § 20 BeamtStG anderweitig Bezüge, werden diese auf die Besoldung angerechnet. [2]In besonderen Fällen kann die oberste Dienstbehörde von der Anrechnung ganz oder teilweise absehen.

Art. 11

Anrechnung von Sachbezügen auf die Besoldung

(1) Sachbezüge werden unter Berücksichtigung ihres wirtschaftlichen Werts mit einem angemessenen Betrag auf die Besoldung angerechnet, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Bestimmung des Sachbezugswerts und dessen Anrechnung nach Abs. 1 trifft für den Bereich des Staates das Staatsministerium der Finanzen, für den Bereich der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts das zuständige Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung.

(3) Die Ermittlung des wirtschaftlichen Werts der Nutzung einer Dienstwohnung richtet sich nach dem örtlichen Mietwert.

Art. 12

Abtretung der Besoldung, Verpfändung, Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht

(1) Ansprüche auf Besoldung können nur abgetreten oder verpfändet werden, soweit sie der Pfändung unterliegen.

(2) [1]Der Dienstherr kann gegenüber Ansprüchen auf Besoldung ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur in Höhe des pfändbaren Teils der Bezüge geltend machen. [2]Dies gilt nicht, soweit gegen den Berechtigten oder die Berechtigte ein Anspruch auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung besteht.

Art. 13

Verjährung der Besoldung

[1]Ansprüche auf Besoldung und auf Rückforderung von zuviel gezahlter Besoldung verjähren in drei Jahren; Ansprüche auf Rückforderung von Besoldung verjähren in zehn Jahren, wenn durch vorsätzlich oder leichtfertig unrichtige oder unvollständige Angaben oder das vorsätzliche oder leichtfertige pflichtwidrige Unterlassen von Angaben die Gewährung oder Belassung von Besoldung bewirkt wurde. [2]Die Verjährung beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist. [3]Im Übrigen sind die §§ 194 bis 218 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechend anzuwenden.

Art. 14

Zuständigkeit für die Festsetzung und Anordnung der Besoldung

[1]Das Landesamt für Finanzen ist mit seinen Dienststellen als zentrale Landesbehörde dem Staatsministerium der Finanzen unmittelbar nachgeordnet. [2]Es setzt für den staatlichen Bereich die Besoldung der Berechtigten fest und ordnet deren Bezüge zur Zahlung an; dies gilt nicht für die Besoldung der bei der Bayerischen Versorgungskammer beschäftigten Beamten und Beamtinnen. [3]Außerhalb des staatlichen Bereichs werden die Befugnisse nach Satz 2 Halbsatz 1 durch die obersten Dienstbehörden wahrgenommen; sie können diese Befugnisse auf andere Dienststellen übertragen.

Art. 15

Rückforderung der Besoldung

(1) Wird ein Berechtigter oder eine Berechtigte durch eine gesetzliche Änderung seiner oder ihrer Besoldung einschließlich der Einreihung seines oder ihres Amtes in die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen mit rückwirkender Kraft schlechter gestellt, so sind die Unterschiedsbeträge nicht zu erstatten.

(2) [1]Die Rückforderung zuviel gezahlter Besoldung regelt sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. [2]Der Kenntnis des Mangels des rechtlichen Grundes der Zahlung steht es gleich, wenn der Mangel so offensichtlich war, dass der Empfänger oder die Empfängerin ihn hätte erkennen müssen. [3]Von der Rückforderung kann aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise abgesehen werden.

(3) Für die Rückforderung von Besoldung nach Abs. 2 ist im staatlichen Bereich das Landesamt für Finanzen zuständig, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(4) [1]Geldleistungen, die für die Zeit nach dem Tod des oder der Berechtigten auf ein Konto bei einem Geldinstitut überwiesen wurden, gelten als unter Vorbehalt erbracht. [2]Im Fall der Rückforderung findet § 12 Abs. 3 Sätze 2 bis 4 des Bundesbesoldungsgesetzes Anwendung.

(5) [1]Soweit Geldleistungen für die Zeit nach dem Tod des oder der Berechtigten zu Unrecht erbracht worden sind, haben die Personen, die die Geldleistungen in Empfang genommen oder über den entsprechenden Betrag verfügt haben, diesen Betrag der überweisenden Stelle zu erstatten, sofern er nicht nach Abs. 4 von dem Geldinstitut zurücküberwiesen wird. [2]Hat ein Geldinstitut eine Rücküberweisung mit dem Hinweis abgelehnt, dass über den entsprechenden Betrag bereits anderweitig verfügt wurde, gilt § 12 Abs. 4 Sätze 2 und 3 des Bundesbesoldungsgesetzes.

Art. 16

Anpassung der Besoldung

Die Besoldung wird entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung durch Gesetz regelmäßig angepasst.

Art. 17

Dienstlicher Wohnsitz

(1) Dienstlicher Wohnsitz des oder der Berechtigten ist der Ort, an dem die Behörde oder ständige Dienststelle ihren Sitz hat.

(2) [1]Die oberste Dienstbehörde kann als dienstlichen Wohnsitz anweisen:
1. den Ort, der Mittelpunkt der dienstlichen Tätigkeit des oder der Berechtigten ist,
2. den Ort, in dem der oder die Berechtigte mit Zustimmung der vorgesetzten Dienststelle wohnt,
3. einen Ort im Inland, wenn der oder die Berechtigte im Ausland an der deutschen Grenze beschäftigt ist.

[2]Sie kann diese Befugnis auf nachgeordnete Stellen übertragen.

Art. 18

Zahlungsweise

[1]Für Zahlungen nach diesem Gesetz hat der oder die Berechtigte auf Verlangen der zuständigen Behörde ein Konto anzugeben oder einzurichten, auf das die Überweisung erfolgen kann. [2]Die Übermittlungskosten mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift auf dem Konto des Empfängers trägt der Dienstherr; bei einer Überweisung der Besoldung auf ein außerhalb der Europäischen Union geführtes Konto trägt der Empfänger die Kosten und die Gebühr der Übermittlung sowie die Kosten einer Meldung nach § 59 der Außenwirtschaftsverordnung. [3]Die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. [4]Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden kann.

Teil 2

Grundbezüge

Abschnitt 1

Vorschriften für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnungen A und B

Art. 19

Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung

(1) Die Funktionen der Beamten und Beamtinnen sind nach den mit ihnen verbundenen Anforderungen unter Berücksichtigung der gemeinsamen Belange der in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 genannten Dienstherren sachgerecht zu bewerten und Ämtern zuzuordnen.

(2) [1]Bei der Einstufung von Ämtern der Leitungsebene von Besoldungsgruppe B 2 an ist zwischen den Behördenleitern oder Behördenleiterinnen und ihren Stellvertretungen ein Mindestabstand von drei Besoldungsgruppen einzuhalten. [2]Ein geringerer Abstand ist nur dann zulässig, wenn die Wertigkeit des Leitungsamtes unter der Besoldungsgruppe B 5 einzustufen ist oder die besondere Leitungsstruktur eine Abweichung vom Grundsatz des Satzes 1 rechtfertigt.

Art. 20

Bestimmung des Grundgehalts nach dem Amt

(1) [1]Das Grundgehalt bestimmt sich nach der Besoldungsgruppe des verliehenen Amtes. [2]Die Ämter der Beamten und Beamtinnen sowie ihre Besoldungsgruppen sind in den Besoldungsordnungen (Art. 22) geregelt. [3]Die darin aufgeführten Ämter sind unter Berücksichtigung des maßgeblichen Eingangsamtes (Art. 23, Art. 24) aufsteigend geordnet.

(2) Ist ein Amt noch nicht in einer Besoldungsordnung ausgebracht oder ist es mehreren Besoldungsgruppen zugeordnet, bestimmt sich das Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe, die in der Einweisungsverfügung (Art. 49 Abs. 1 der Bayerischen Haushaltsordnung) bestimmt ist; die Einweisung bedarf bei Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in den Fällen, in denen das Amt in einer Besoldungsordnung noch nicht enthalten ist, der Zustimmung der obersten Rechtsaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

(3) Ist einem Amt durch Rechtsvorschrift eine Funktion zugeordnet oder richtet sich die Zuordnung eines Amtes zu einer Besoldungsgruppe einschließlich der Gewährung von Amtszulagen nach einem durch Rechtsvorschrift festgelegten Bewertungsmaßstab, insbesondere nach der Zahl der Planstellen, nach der Einwohnerzahl einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands oder nach der Schülerzahl einer Schule, so gibt die Erfüllung dieser Voraussetzungen allein keinen Anspruch auf die Besoldung aus diesem Amt.

(4) [1]Im Fall des Abs. 3 begründet ein Absinken der Zahl der Planstellen, Einwohner und Einwohnerinnen oder Schüler und Schülerinnen unter die für das Amt in den Bewertungsmerkmalen festgelegte Untergrenze allein kein dienstliches Bedürfnis, die Beamten und Beamtinnen gemäß Art. 48 BayBG in ein anderes Amt ihrer Fachlaufbahn zu versetzen. [2]Werden Beamte und Beamtinnen aus anderen Gründen in ein anderes Amt versetzt oder scheiden sie aus dem Beamtenverhältnis aus, so gelten ihre Planstellen in Planstellen der Besoldungsgruppe umgewandelt, die der tatsächlichen Zahl der Planstellen, Einwohner und Einwohnerinnen oder Schüler und Schülerinnen entspricht.

(5) [1]Eine rückwirkende Einweisung in eine höherwertigere Planstelle ist bei einer Ernennung im Sinn des § 8 BeamtStG nur innerhalb des Kalendermonats zulässig, in dem die Ernennung wirksam wird. [2]Satz 1 gilt entsprechend, wenn einer Planstelleneinweisung keine Ernennung zugrunde liegt.

Art. 21

Grundgehalt bei Verleihung eines anderen Amtes

(1) [1]Verringert sich während eines Dienstverhältnisses nach Art. 1 Abs. 1 das Grundgehalt durch Verleihung eines anderen Amtes aus dienstlichen Gründen, ist abweichend von Art. 20 Abs. 1 Satz 1 das Grundgehalt zu zahlen, das bei einem Verbleiben in dem bisherigen Amt zugestanden hätte. [2]Veränderungen in der besoldungsrechtlichen Bewertung des bisherigen Amtes bleiben unberücksichtigt. [3]Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Amtszulagen, Zulagen für besondere Berufsgruppen (Art. 34) und die Strukturzulage (Art. 33) auch dann, wenn

eine andere Funktion übertragen worden ist. [4]Sätze 1 bis 3 gelten für Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Zeit bis zum Ablauf der Amtszeit. [5]Satz 4 gilt nicht in Fällen, in denen das Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Zeit vor Ablauf der Amtszeit endet, weil der Beamte oder die Beamtin den Anforderungen des Amtes nicht gerecht wird.

(2) Abs. 1 gilt nicht, wenn die Rückstufung auf einer Disziplinarmaßnahme beruht.

Art. 22

Besoldungsordnungen A und B

(1) [1]Die Besoldungsordnungen A und B dieses Gesetzes (**Anlage 1**) enthalten die Ämter der Beamten und Beamtinnen im Sinn des Art. 20 mit Amtsbezeichnung und Besoldungsgruppe. [2]Abschnitte 2 und 3 bleiben unberührt.

(2) [1]Die Amtsbezeichnungen sind in jeder Besoldungsgruppe nach der Buchstabenfolge geordnet. [2]Soweit Amtsbezeichnungen der Besoldungsordnung A nicht auf eine Fachlaufbahn oder eine Fachrichtung hinweisen, können durch die zuständigen Stellen Zusätze nach **Anlage 2** hinzugefügt werden. [3]Art. 76 Abs. 1 BayBG ist zu beachten.

(3) Abweichend von den gesetzlich festgelegten Zusätzen nach Abs. 2 kann für den außerstaatlichen Bereich in besonderen Fällen das als oberste Rechtsaufsichtsbehörde zuständige Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen andere Zusätze durch Rechtsverordnung bestimmen.

Art. 23

Eingangsämter

[1]Eingangsämter der Beamten und Beamtinnen sind folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

1. bei Erfüllung der in Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LlbG geregelten Zugangsvoraussetzungen (erste Qualifikationsebene) den Besoldungsgruppen A 3, A 4 oder A 5,
2. bei Erfüllung der in Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 LlbG geregelten Zugangsvoraussetzungen (zweite Qualifikationsebene) den Besoldungsgruppen A 6 oder A 7,
3. bei Erfüllung der in Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LlbG geregelten Zugangsvoraussetzungen (dritte Qualifikationsebene) den Besoldungsgruppen A 9 oder A 10 (Fachlaufbahnen Naturwissenschaft und Technik sowie Polizei und Verfassungsschutz mit dem Schwerpunkt Technik),
4. bei Erfüllung der in Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 LlbG geregelten Zugangsvoraussetzungen (vierte Qualifikationsebene) der Besoldungsgruppe A 13; für Grund- oder Hauptschullehrer und Grund- oder Hauptschullehrerinnen gilt abweichend die Besoldungsgruppe A 12.

[2]Die Zuordnung eines Amtes zu einer höheren Besoldungsgruppe innerhalb der Bandbreiten des Satzes 1 ist zulässig, wenn sich die mit dem Amt verbundenen Anforderungen von denen der niedrigeren Besoldungsgruppe wesentlich abheben. [3]Ist diese Voraussetzung erfüllt, ist das höhere Eingangsamt in der Besoldungsordnung besonders zu kennzeichnen.

Art. 24

Besondere Eingangsämter

[1]Abweichend von Art. 23 können in den Besoldungsordnungen besondere Eingangsämter ausgebracht werden, wenn
1. der Aufgabenbereich besondere, von den Anforderungen eines regelmäßigen Eingangsamtes abweichende Erfordernisse stellt, die sich aus der Eigenart des Dienstes ergeben, und
2. die Ausbildungsanforderungen des besonderen Eingangsamtes wesentlich über die des regelmäßigen Eingangsamtes hinausgehen.

[2]Art. 23 Satz 3 gilt entsprechend.

Art. 25

Beförderungsämter

Beförderungsämter heben sich von den Ämtern der niedrigeren Besoldungsgruppe nach der Wertigkeit der zugeordneten Funktionen wesentlich ab.

Art. 26

Obergrenzen für Beförderungsämter

(1) [1]Die Anteile der Beförderungsämter bei einem Dienstherrn dürfen nach Maßgabe sachgerechter Bewertung folgende Obergrenzen (Stellenobergrenzen) nicht überschreiten:
– in der Besoldungsgruppe A 15 5 v. H.,
– in den Besoldungsgruppen A 16 und B 2 nach Einzelbewertung zusammen 1,5 v. H.

[2]Die Vomhundertsätze des Satzes 1 beziehen sich auf die Gesamtzahl aller Planstellen bei einem Dienstherrn in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 16 und B 2.

(2) Abs. 1 gilt nicht für
1. oberste Dienstbehörden, das Landesamt für Verfassungsschutz, die Landesanwaltschaft Bayern und die staatlichen Rechnungsprüfungsämter,
2. Lehrkräfte sowie Förderlehrer und Förderlehrerinnen an öffentlichen Schulen,
3. Lehrkräfte an Hochschulen, hauptamtliche Lehrkräfte an verwaltungsinternen Fachhochschulen und sonstigen Verwaltungsschulen,
4. Professoren und Professorinnen,
5. Beamte und Beamtinnen an Hochschulen in wissenschaftlichen Fachlaufbahnen,
6. Beamte und Beamtinnen im Schulaufsichtsdienst und an schul- oder vorschulbezogenen Einrichtungen,
7. wissenschaftliche Anstalten.

(3) Bei der Anwendung der Stellenobergrenzen im kommunalen Bereich (Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Landkreise, Bezirke und sonstige der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern oder einer ihm nachgeordneten Behörde unterstehenden kommunalen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts einschließlich der Bayerischen Verwaltungsschule) können die Planstellen von Beamten und Beamtinnen unberück-

sichtigt bleiben, wenn sie überwiegend in den nachfolgend bezeichneten Funktionen oder Einrichtungen tätig sind:
1. bei Feuerwehren,
2. bei Kommunalunternehmen, Eigenbetrieben, in nach Eigenbetriebsrecht oder herkömmlich als Regiebetriebe geführten Einrichtungen,
3. in Einrichtungen, die für mehrere Dienstherren betrieben werden,
4. in besonderen Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendpflege, der Sozialhilfe, des Bildungs- und Gesundheitswesens,
5. im kommunalen Forstdienst, Gartenbau- und Friedhofsdienst,
6. in anderen Einrichtungen, denen sie entweder gegen volle Kostenerstattung zugewiesen sind oder zu denen sie unter Wegfall der Bezüge beurlaubt sind.

(4) Im kommunalen Bereich können statt der allgemeinen Stellenobergrenzen des Abs. 1 folgende absolute Stellenobergrenzen angewandt werden:
– in der Besoldungsgruppe A 15 bis zu 3 Stellen,
– in der Besoldungsgruppe A 16 bis zu 5 Stellen.

(5) [1]Innerhalb der Stellenobergrenzen der Abs. 1 und 4 und unbeschadet der Abs. 2 und 3 dürfen zur sachgerechten Bewertung der Funktionen im kommunalen Bereich Ämter in
1. Gemeinden und Landkreisen höchstens eine Besoldungsgruppe unter der Besoldungsgruppe des jeweils vorgesetzten berufsmäßigen kommunalen Wahlbeamten oder der jeweils vorgesetzten berufsmäßigen kommunalen Wahlbeamtin,
2. kreisangehörigen Gemeinden, die nicht Große Kreisstadt sind, und in Verwaltungsgemeinschaften
   a) mit bis zu 10 000 Einwohnern höchstens in Besoldungsgruppe A 13,
   b) mit mehr als 10 000 Einwohnern höchstens in Besoldungsgruppe A 15,
3. Großen Kreisstädten und Landkreisen höchstens in Besoldungsgruppe A 16

eingestuft werden; die Einschränkung nach Nr. 2 Buchst. a gilt nicht, soweit auf Grund besonderer Rechtsvorschrift für das Eingangsamt Zugangsvoraussetzungen gemäß Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 LlbG vorgeschrieben sind. [2]Einwohnerzahl im Sinn des Satzes 1 Nr. 2 ist die vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung vor Beginn des Haushaltsjahres zuletzt veröffentlichte Einwohnerzahl, bei Verwaltungsgemeinschaften die Summe der Einwohnerzahlen der Mitgliedsgemeinden.

(6) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung besondere Stellenobergrenzen für unter der Aufsicht des Staates stehende Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts außerhalb des kommunalen Bereichs festzulegen.

(7) [1]Ergeben sich bei der Berechnung der Stellenobergrenzen Stellenbruchteile, so können diese ab 0,5 aufgerundet werden. [2]Als Planstellen zählen die im Stellenplan in Übereinstimmung mit den haushaltsrechtlichen Vorschriften für das laufende Haushaltsjahr ausgewiesenen Stellen für planmäßige Beamte und Beamtinnen. [3]Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Beamtinnen, Stellen für Beamte und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter und Anwärterinnen) sowie Ersatzstellen bleiben außer Betracht. [4]Stellenanteile in den Besoldungsgruppen A 16 und B 2, die nicht ausgeschöpft werden, dürfen der Besoldungsgruppe A 15 zugerechnet werden. [5]Planstellen, die mit Wegfall- oder Umwandlungsvermerken gekennzeichnet sind, gelten als weggefallen oder umgewandelt. [6]Dies gilt regelmäßig nicht, wenn der Zeitpunkt des Wegfalls oder der Umwandlung im Vermerk näher bestimmt ist und dieser Zeitpunkt erst nach der Laufzeit des aktuellen Haushalts-

plans liegt. [7]Die für dauernd beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eines Dienstherrn ausgebrachten gleichwertigen und in der Funktion vergleichbaren Stellen können mit der Maßgabe in die Berechnungsgrundlage einbezogen werden, dass eine entsprechende Anrechnung auf die jeweiligen Stellen für Beförderungsämter erfolgt; Sätze 5 und 6 gelten entsprechend.

(8) Art. 19 und Art. 25 bleiben unberührt.

Art. 27

Leitungsämter von Verwaltungsbehörden und von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen

(1) Die Ämter der Leiter und Leiterinnen von unteren Verwaltungsbehörden mit einem örtlich begrenzten Zuständigkeitsbereich sowie die Ämter der Leiter und Leiterinnen von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen (Art. 6 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – BayEUG) sind nur in Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A einzustufen.

(2) Für die Leiter und Leiterinnen von besonders großen und bedeutenden unteren Verwaltungsbehörden sowie für die Leiter und Leiterinnen von Mittelbehörden oder Oberbehörden können nach Maßgabe des Haushalts Planstellen der Besoldungsgruppe A 16 mit einer Amtszulage (Art. 34 Abs. 1 Satz 1) nach **Anlage 4** ausgestattet werden.

(3) [1]Für die Leiter und Leiterinnen von unteren Verwaltungsbehörden, Mittelbehörden oder Oberbehörden, die sich in Personalstärke und Bedeutung wesentlich von den Behörden nach Abs. 2 abheben, können nach Maßgabe des Haushalts Planstellen in der Besoldungsgruppe A 16 mit einer besonderen Amtszulage (Art. 34 Abs. 1 Satz 3) nach Anlage 4 ausgebracht werden. [2]Soweit die Führungsspanne dies zusätzlich rechtfertigt, gilt Entsprechendes für die Stellvertreter und Stellvertreterinnen der Behördenleiter und Behördenleiterinnen nach Satz 1.

(4) [1]Die Anteile der Ämter nach Abs. 2 und 3 dürfen nach Maßgabe sachgerechter Bewertung folgende Obergrenzen nicht überschreiten:

– in der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage 30 v. H.,
– in der Besoldungsgruppe A 16 mit einer besonderen Amtszulage 5 v. H.

[2]Die Vomhundertsätze des Satzes 1 beziehen sich auf die Summe der Planstellen für Leiter und Leiterinnen von unteren Verwaltungsbehörden, Mittelbehörden oder Oberbehörden in der Besoldungsgruppe A 16. [3]Art. 26 Abs. 7 Sätze 1 bis 6 gelten entsprechend.

(5) [1]Abs. 2 gilt bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen auch für Planstellen für Leiter und Leiterinnen von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen, soweit für diese in der Besoldungsordnung Ämter in der Besoldungsgruppe A 16 ausgebracht sind. [2]In diesen Fällen bezieht sich der Vomhundertsatz des Abs. 4 Satz 1 erster Spiegelstrich auf die Summe der Planstellen für Leiter und Leiterinnen von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen in der Besoldungsgruppe A 16.

(6) [1]Bei der Einstufung der Leitungsämter an Schulen im Sinn von Abs. 1 zu den Besoldungsgruppen der Bayerischen Besoldungsordnung A werden Rektoren und Rektorinnen an Grundschulen, Hauptschulen oder Grund- und Hauptschulen mit mehr als 180 Schülern und Schülerinnen der Besoldungsgruppe A 14, mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen der Besoldungsgruppe A 14 mit Amtszulage zugeordnet. [2]Die Zuordnung der Ämter der ständigen Vertreter und Vertreterinnen der in Satz 1 bezeichneten Schulleiter und Schulleiterinnen zu den in der Bayerischen Besoldungsordnung A dafür vorgesehenen Besoldungsgruppen erfolgt nach Maßgabe sachgerechter Bewertung in Anwendung des Art. 20 Abs. 2 Halbsatz 1; Art. 19 Abs. 2 ist dabei entsprechend zu berücksichtigen.

Art. 28

Ämter für Kanzler und Kanzlerinnen von Hochschulen

[1]Die Ämter der Kanzler und Kanzlerinnen von Hochschulen werden den Besoldungsordnungen A und B zugeordnet und dürfen nach Maßgabe sachgerechter Bewertung höchstens in die in Satz 3 festgelegte für die jeweilige Messzahl sich ergebende Besoldungsgruppe eingestuft werden. [2]Messzahl ist die Gesamtzahl der für die Hochschule im Haushaltsplan des jeweiligen Kalenderjahres oder in den Erläuterungen des Haushaltsplans ausgewiesenen Stellen für vollzeitbeschäftigte Bedienstete zuzüglich eines Drittels der Zahl der im vorangegangenen Sommersemester voll immatrikulierten Studenten und Studentinnen; bei im Aufbau befindlichen Hochschulen kann die staatliche Planung für die nächsten acht Jahre zugrunde gelegt werden. [3]Die Höchsteinstufung stellt sich wie folgt dar:

- Messzahl bis 1 000 Besoldungsgruppe A 15,
- Messzahl von 1 001 bis 2 000 Besoldungsgruppe A 16,
- Messzahl von 2 001 bis 4 000 Besoldungsgruppe B 2,
- Messzahl von 4 001 bis 6 000 Besoldungsgruppe B 3,
- Messzahl von 6 001 bis 10 000 Besoldungsgruppe B 4,
- Messzahl von mehr als 10 000 Besoldungsgruppe B 5.

Art. 29

Ämter für Beamte und Beamtinnen bei den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung

[1]Die in diesem Gesetz ausgebrachten Ämter der Ersten Direktoren und Ersten Direktorinnen eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung sind nach Maßgabe sachgerechter Bewertung auf der Grundlage der in Anlage I Bundesbesoldungsordnung B des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung festgelegten Zahl der Versicherten und laufenden Rentenfällen zu verleihen. [2]Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen die in Satz 1 genannten Bewertungskriterien bei Bedarf durch Rechtsverordnung fortentwickeln. [3]Der stellvertretende Geschäftsführer oder die stellvertretende Geschäftsführerin oder das Mitglied der Geschäftsführung (Direktor oder Direktorin) werden jeweils eine Besoldungsgruppe niedriger eingestuft als der Erste Direktor oder die Erste Direktorin. [4]Das Amt eines Abteilungsdirektors oder einer Abteilungsdirektorin in Besoldungsgruppe B 2 darf nur verliehen werden, wenn es sich dabei um den Leiter oder die Leiterin einer großen und

bedeutenden Abteilung handelt und der Erste Direktor oder die Erste Direktorin mindestens in Besoldungsgruppe B 5 eingestuft ist.

Art. 30

Bemessung des Grundgehalts

(1) [1]Das Grundgehalt in Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A wird nach Stufen bemessen. [2]Bei der erstmaligen Begründung eines Beamtenverhältnisses mit Anspruch auf Grundbezüge zu einem der in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Dienstherren (Diensteintritt) erfolgt vorbehaltlich des Abs. 4 und des Art. 31 Abs. 1 und 2 die Zuordnung zur ersten mit einem Grundgehaltsbetrag ausgewiesenen Stufe der maßgeblichen Besoldungsgruppe (Anfangsstufe); war vor diesem Zeitpunkt ein Amt der Besoldungsordnung R übertragen, ist Art. 47 Abs. 1 Satz 3 zu beachten. [3]In Fachlaufbahnen mit fachlichem Schwerpunkt nach Art. 34 Abs. 3 LlbG bei einem Einstieg in der dritten Qualifikationsebene gilt als Anfangsstufe nach Satz 2 die Stufe 2, wenn eine Regelstudiendauer von mehr als sechs Semester an einer Fachhochschule oder in einem gleichwertigen Studiengang festgelegt ist. [4]Satz 3 gilt entsprechend bei sonstigem Qualifikationserwerb für eine Fachlaufbahn nach Art. 39 Abs. 1 LlbG. [5]Die nach den Sätzen 2 bis 4 maßgebliche Stufe beginnt mit Wirkung vom Ersten des Monats, in dem die Ernennung nach Satz 2 Halbsatz 1 wirksam wird. [6]Ausgehend von diesem Zeitpunkt regeln sich der Zeitraum des Verbleibens in der Anfangsstufe sowie das Aufsteigen in den Stufen nach Abs. 2 (Regelstufe).

(2) [1]Das Grundgehalt steigt bei einer Leistung, die den mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen entspricht, in regelmäßigen Zeitabständen in den Stufen bis zum Erreichen der letzten Stufe (Endstufe) an. [2]Die Zeitabstände nach Satz 1 betragen bis zu der in **Anlage 3** dargestellten vierten Stufe zwei Jahre, danach bis zur achten Stufe drei Jahre und darüber hinaus vier Jahre. [3]Zeiten ohne Anspruch auf Grundgehalt verzögern den Stufenaufstieg, soweit in Art. 31 Abs. 3 nichts anderes bestimmt ist. [4]Die Zeiten nach Satz 3 werden auf volle Monate abgerundet.

(3) [1]Voraussetzung für den Stufenaufstieg nach Abs. 2 ist, dass der Dienstherr feststellt, dass die Leistungen des Beamten oder der Beamtin den mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen entsprechen. [2]Das Nähere kann die Staatsregierung durch Rechtsverordnung regeln. [3]Zeiten, in denen die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht vorliegen, verzögern den Stufenaufstieg solange, bis festgestellt wird, dass die Leistungen den mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen entsprechen. [4]Zwischen der Feststellung nach Satz 1 und der nach Satz 3 muss ein Zeitraum von einem Jahr liegen. [5]Die mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen gelten während der Zeiten nach Art. 31 Abs. 3 als erfüllt.

(4) [1]Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend bei Versetzung, Übernahme oder Übertritt eines Beamten oder einer Beamtin aus dem Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes oder eine vergleichbare statusrechtliche Änderung. [2]Als maßgeblicher Zeitpunkt im Sinn des Abs. 1 Sätze 2 und 5 gilt dabei der Diensteintritt beim früheren Dienstherrn. [3]Von diesem Zeitpunkt berechnen sich die nach Art. 31 Abs. 1, 2, 4 und 5 Satz 2 ergebende Stufe, der Zeitraum des Verbleibens in der Anfangsstufe oder das Aufsteigen in den Stufen in entsprechender Anwendung des Abs. 2. [4]Abs. 2 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Leistung bis zu einer Leistungsfeststellung nach Abs. 3 als den Mindest-

anforderungen entsprechend gilt, wenn nach den Vorschriften des früheren Dienstherrn regelmäßig ein Stufenaufstieg erfolgt ist.

(5) Die Entscheidungen zur Stufenfestsetzung nach Abs. 1 Sätze 3 und 4, Abs. 2 Satz 3 bis Abs. 4 sind dem Beamten oder der Beamtin schriftlich mitzuteilen.

Art. 31

Berücksichtigungsfähige Zeiten

(1) Für die Stufenfestlegung nach Art. 30 Abs. 1 Sätze 2 und 6 ist der Diensteintritt um folgende berücksichtigungsfähige Zeiten fiktiv vorzuverlegen:

1. Zeiten einer in den Laufbahnvorschriften für die Zulassung zur Fachlaufbahn in der entsprechenden Qualifikationsebene zusätzlich zu den Mindestanforderungen nach Art. 7 und 8 LlbG vorgeschriebenen hauptberuflichen Beschäftigung in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis,
2. Zeiten des Wehr- oder Zivildienstes, eines Entwicklungshelferdienstes oder eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres, die nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz, dem Zivildienstgesetz, dem Entwicklungshelfer-Gesetz oder dem Soldatenversorgungsgesetz zur Vermeidung beruflicher Verzögerungen auszugleichen sind; Entsprechendes gilt für das freiwillige soziale oder das freiwillige ökologische Jahr nach dem Jugendfreiwilligendienstegesetz,
3. Elternzeiten bis zu drei Jahren für jedes Kind,
4. Zeiten der tatsächlichen Betreuung oder Pflege von einem oder einer nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen nahen Angehörigen (Eltern, Schwiegereltern, Ehegatten, Lebenspartner im Sinn des § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes, Geschwistern oder Kindern) bis zu drei Jahren für jeden Pflegebedürftigen oder jede Pflegebedürftige,
5. auf Antrag Zeiten der Mitgliedschaft in der Bundesregierung oder einer Landesregierung, im Bayerischen Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland, des Bundes oder der Europäischen Union, sofern für die Zeit der Zugehörigkeit keine Versorgungsabfindung gewährt wird,
6. Zeiten einer Eignungsübung nach dem Eignungsübungsgesetz.

(2) [1]Der Zeitpunkt des Diensteintritts kann auf Antrag um sonstige für die Beamtentätigkeit förderliche hauptberufliche Beschäftigungszeiten fiktiv vorverlegt werden. [2]Die Entscheidung über die Anerkennung nach Satz 1 trifft die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen. [3]Diese Entscheidung ist Grundlage für die Vorverlegung des Diensteintritts.

(3) Abweichend von Art. 30 Abs. 2 Satz 3 wird das regelmäßige Aufsteigen in den Stufen durch folgende Zeiten nicht verzögert:

1. Zeiten nach Abs. 1 Nrn. 3 bis 6,
2. Zeiten einer Beurlaubung ohne Bezüge, die nach gesetzlichen Bestimmungen oder infolge schriftlicher Anerkennung durch die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle dienstlichen Interessen oder öffentlichen Belangen dienen,
3. Zeiten, die nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz nicht zu dienstlichen Nachteilen führen dürfen.

(4) Zeiten nach Abs. 1 bis 3 werden auf volle Monate aufgerundet.

(5) [1]Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend bei Anwendung des Art. 30 Abs. 4. [2]Eine Mehrfachberücksichtigung von Zeiten nach Abs. 1 bis 3 ist unzulässig.

(6) Die Entscheidungen nach Abs. 1, 2 Satz 3 und Abs. 3 sind dem Beamten oder der Beamtin schriftlich mitzuteilen.

Art. 32

Grundgehaltssätze

Die Beträge der aufsteigenden Grundgehaltssätze für die Besoldungsordnung A sowie der festen Grundgehaltssätze für die Besoldungsordnung B sind in Anlage 3 ausgewiesen.

Art. 33

Strukturzulage

[1]Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppen A 9 bis einschließlich A 13 erhalten eine unwiderrufliche, das Grundgehalt ergänzende Strukturzulage nach Anlage 4. [2]Satz 1 gilt nicht für Fachlehrer und Fachlehrerinnen ab Besoldungsgruppe A 10, Lehrer und Lehrerinnen ab Besoldungsgruppe A 12 sowie Realschullehrer und Realschullehrerinnen ab Besoldungsgruppe A 13. [3]Die Strukturzulage wird entsprechend dem Grundgehalt nach Maßgabe des Art. 16 erhöht.

Art. 34

Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen

(1) [1]Für dauerhaft wahrzunehmende, herausgehobene Funktionen, die dem Statusamt zuzurechnen sind, in ihrer Wertigkeit den Abstand zum Amt der nächsthöheren Besoldungsgruppe aber nicht erfüllen, werden unwiderrufliche Amtszulagen vorgesehen. [2]Entsprechendes gilt, wenn in einer Fachlaufbahn zwischen dem Eingangsamt und dem nächstfolgenden funktionsbezogenen Beförderungsamt ein Zwischenbeförderungsamt eingefügt wird. [3]Die Amtszulagen, mit Ausnahme der Zulage nach Art. 27 Abs. 3 Satz 1, dürfen höchstens 75 v. H. des Unterschiedsbetrags zwischen der letzten Stufe des Grundgehalts (Endgrundgehalt) der Besoldungsgruppe des Beamten oder der Beamtin und dem Endgrundgehalt der nächsthöheren Besoldungsgruppe betragen.

(2) [1]Eine dem Abs. 1 entsprechende Amtszulage (Zulage für besondere Berufsgruppen) wird bei Verwendung von Beamten und Beamtinnen bzw. deren Tätigkeiten in folgenden Bereichen gewährt:

1. für die Wahrnehmung von Aufgaben nach Art. 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes oder im Verfassungsschutzdienst bei einer Tätigkeit für eine Stelle im Sinn von Art. 3 Abs. 1 Nr. 3 des Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes,
2. im Polizeivollzugsdienst (Art. 1 des Polizeiorganisationsgesetzes, Art. 1 des Polizeiaufgabengesetzes),

3. in Justizvollzugsanstalten, in abgeschlossenen Vorführbereichen der Gerichte sowie in geschlossenen Abteilungen oder Stationen bei psychiatrischen Krankenhäusern oder bei Entziehungsanstalten (Art. 28 Abs. 1 Satz 1 des Unterbringungsgesetzes), die ausschließlich dem Vollzug von Maßregeln der Sicherung und Besserung dienen,
4. im Einsatzdienst der Feuerwehr (Art. 4 Abs. 1 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes),
5. im Steuerfahndungsdienst (§§ 208 und 404 der Abgabenordnung),
6. als Hubschrauberführer oder Hubschrauberführerin sowie als Flugtechniker oder Flugtechnikerin mit einem gültigen Luftfahrtschein bei der Polizeihubschrauberstaffel in Bayern.

[2]Satz 1 Nr. 1 gilt auch für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnung B; Satz 1 gilt bei Erfüllung der Voraussetzungen nach Maßgabe der Anlage 4 entsprechend auch für Anwärter und Anwärterinnen (Art. 26 Abs. 7 Satz 3).

(3) [1]Die Amtszulagen nach Abs. 1 im Einzelnen ergeben sich aus den Besoldungsordnungen. [2]Die Beträge der Amtszulagen nach Abs. 1 und 2 ergeben sich aus Anlage 4.

Art. 35

Grundlage des Familienzuschlags

(1) [1]Der Familienzuschlag wird nach **Anlage 5** gewährt. [2]Seine Höhe richtet sich nach der Besoldungsgruppe und der Stufe, die den Familienverhältnissen des Beamten oder der Beamtin entspricht. [3]Für Anwärter und Anwärterinnen (Art. 26 Abs. 7 Satz 3) ist die Besoldungsgruppe des Eingangsamtes maßgebend, in das der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes eintritt. [4]Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen.

(2) [1]Bei ledigen Beamten und Beamtinnen, die auf Grund dienstlicher Verpflichtungen in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen, wird der in Anlage 5 ausgebrachte Betrag auf das Grundgehalt angerechnet. [2]Steht ihnen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) oder nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) zu oder würde es ihnen ohne Berücksichtigung des § 64 oder 65 EStG oder des § 3 oder 4 BKGG zustehen, so erhalten sie zusätzlich den Unterschiedsbetrag zwischen der Stufe 1 und der Stufe des Familienzuschlags, der der Anzahl der Kinder entspricht. [3]Art. 36 Abs. 5 gilt entsprechend.

Art. 36

Stufen des Familienzuschlags

(1) [1]Zur Stufe 1 gehören

1. verheiratete Beamte und Beamtinnen sowie Beamte und Beamtinnen in einer Lebenspartnerschaft (jeweils Lebenspartnerschaft im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes),
2. verwitwete Beamte und Beamtinnen sowie hinterbliebene Beamte und Beamtinnen in einer Lebenspartnerschaft,
3. geschiedene Beamte und Beamtinnen sowie Beamte und Beamtinnen, deren Ehe oder Lebenspartnerschaft aufgehoben oder für nichtig erklärt ist, wenn sie gegenüber dem frü-

heren Ehegatten, der früheren Ehegattin, dem früheren Lebenspartner oder der früheren Lebenspartnerin im Sinn des § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes aus der letzten Ehe oder Lebenspartnerschaft zum Unterhalt verpflichtet sind und diese Unterhaltsverpflichtung mindestens die Höhe des Betrags der Stufe 1 der maßgebenden Besoldungsgruppe erreicht.

[2]Zur Stufe 1 gehören auch andere Beamte und Beamtinnen, die eine andere Person nicht nur vorübergehend in ihre Wohnung aufgenommen haben und ihr Unterhalt gewähren, weil sie gesetzlich oder sittlich dazu verpflichtet sind oder aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen ihrer Hilfe bedürfen. [3]Dies gilt bei gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung zur Unterhaltsgewährung nicht, wenn für den Unterhalt der aufgenommenen Person Mittel zur Verfügung stehen, die, bei einem Kind einschließlich des gewährten Kindergeldes und des kindbezogenen Teils des Familienzuschlags, das Sechsfache des Betrags der Stufe 1 übersteigen. [4]Als in die Wohnung aufgenommen gilt ein Kind auch, wenn der Beamte oder die Beamtin es auf seine oder ihre Kosten anderweitig untergebracht hat, ohne dass dadurch die häusliche Verbindung mit ihm oder ihr aufgehoben werden soll. [5]Beanspruchen mehrere nach dieser Vorschrift Anspruchsberechtigte, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im öffentlichen Dienst oder auf Grund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst Versorgungsberechtigte wegen der Aufnahme einer anderen Person oder mehrerer anderer Personen in die gemeinsam bewohnte Wohnung oder derselben Person in jeweils ihre Wohnungen einen Familienzuschlag der Stufe 1 oder eine entsprechende Leistung, wird der Betrag der Stufe 1 des für den Berechtigten oder die Berechtigte maßgebenden Familienzuschlags nach der Zahl der Berechtigten anteilig gewährt.

(2) [1]Zur Stufe 2 und den folgenden Stufen gehören die Beamten und Beamtinnen der Stufe 1, denen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder 65 EStG oder des § 3 oder 4 BKGG zustehen würde. [2]Die Stufe richtet sich nach der Zahl der berücksichtigungsfähigen Kinder. [3]Die Entscheidung der Familienkasse ist bindend.

(3) [1]Ledige Beamte und Beamtinnen, geschiedene Beamte und Beamtinnen oder Beamte und Beamtinnen, deren Ehe oder Lebenspartnerschaft aufgehoben oder für nichtig erklärt ist, denen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder 65 EStG oder des § 3 oder 4 BKGG zustehen würde, erhalten zusätzlich zum Grundgehalt den Unterschiedsbetrag zwischen der Stufe 1 und der Stufe des Familienzuschlags, der der Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder entspricht. [2]Abs. 5 gilt entsprechend.

(4) [1]Steht die Ehegattin eines Beamten als Beamtin, Richterin, Soldatin oder Arbeitnehmerin oder steht der Ehegatte einer Beamtin als Beamter, Richter, Soldat oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst oder liegt auf Grund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst eine Versorgungsberechtigung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen vor und stünde ihr oder ihm ebenfalls der Familienzuschlag der Stufe 1 oder einer der folgenden Stufen oder eine entsprechende Leistung in Höhe von mindestens der Hälfte des Höchstbetrags der Stufe 1 des Familienzuschlags zu, so erhält der Beamte oder die Beamtin den Betrag der Stufe 1 des maßgebenden Familienzuschlags zur Hälfte; dies gilt auch für die Zeit, für die die Ehegattin des Beamten Mutterschaftsgeld bezieht. [2]Art. 6 findet auf den Betrag keine Anwendung, wenn einer der Ehegatten vollbeschäftigt oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist oder beide Ehegatten in Teilzeit beschäftigt sind und dabei zusammen mindestens die re-

gelmäßige Arbeitszeit bei Vollbeschäftigung erreichen. [3]Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Beamte und Beamtinnen in einer Lebenspartnerschaft.

(5) [1]Stünde neben dem Beamten oder der Beamtin einer anderen Person, die im öffentlichen Dienst steht oder auf Grund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder nach einer Ruhelohnordnung versorgungsberechtigt ist, der Familienzuschlag nach Stufe 2 oder einer der folgenden Stufen zu, so wird der auf das Kind entfallende Betrag des Familienzuschlags dem Beamten oder der Beamtin gewährt, wenn und soweit ihm oder ihr das Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz gewährt wird oder ohne Berücksichtigung des § 65 EStG oder des § 4 BKGG vorrangig zu gewähren wäre; dem Familienzuschlag nach Stufe 2 oder einer der folgenden Stufen stehen der Sozialzuschlag nach den Tarifverträgen für Arbeiter des öffentlichen Dienstes, eine sonstige entsprechende Leistung oder das Mutterschaftsgeld gleich. [2]Auf das Kind entfällt derjenige Betrag, der sich aus der für die Anwendung des Einkommensteuergesetzes oder des Bundeskindergeldgesetzes maßgebenden Reihenfolge der Kinder ergibt. [3]Art. 6 findet auf den Betrag keine Anwendung, wenn einer oder eine der Anspruchsberechtigten im Sinn des Satzes 1 vollbeschäftigt oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist oder mehrere Anspruchsberechtigte in Teilzeit beschäftigt sind und dabei zusammen mindestens die regelmäßige Arbeitszeit bei Vollbeschäftigung erreichen.

(6) [1]Öffentlicher Dienst im Sinn der Abs. 1, 4 und 5 ist die Tätigkeit im Dienst des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde oder anderer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder der Verbände von solchen; ausgenommen ist die Tätigkeit bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften oder weltanschaulichen Gemeinschaften oder ihren Verbänden, sofern nicht bei organisatorisch selbstständigen Einrichtungen, insbesondere bei Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Kindergärten, Altenheimen, die Voraussetzungen des Satzes 3 erfüllt sind. [2]Dem öffentlichen Dienst steht die Tätigkeit im Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung gleich, an der der Bund oder eine der in Satz 1 bezeichneten Körperschaften oder einer der dort bezeichneten Verbände durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist. [3]Dem öffentlichen Dienst steht ferner gleich die Tätigkeit im Dienst eines sonstigen Arbeitgebers, der die für den öffentlichen Dienst geltenden Tarifverträge oder Tarifverträge wesentlich gleichen Inhalts oder die darin oder in Besoldungsgesetzen über Familienzuschläge oder Sozialzuschläge getroffenen Regelungen oder vergleichbare Regelungen anwendet, wenn der Bund oder eine der in Satz 1 bezeichneten Körperschaften oder Verbände durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt sind. [4]Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind, trifft das Landesamt für Finanzen.

(7) Die Bezügestellen des öffentlichen Dienstes (Abs. 6) dürfen die zur Durchführung dieser Vorschrift erforderlichen personenbezogenen Daten erheben und untereinander austauschen.

Art. 37

Änderung des Familienzuschlags

[1]Der Familienzuschlag wird vom Ersten des Monats gezahlt, in den das hierfür maßgebende Ereignis fällt. [2]Er wird nicht mehr gezahlt für den Monat, in dem die Anspruchsvoraus-

setzungen an keinem Tag vorgelegen haben. [3]Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Zahlung von Teilbeträgen der Stufen des Familienzuschlags.

Art. 38

Auslandsbesoldung

[1]Die Auslandsbesoldung der Beamten und Beamtinnen mit dienstlichem und tatsächlichem Wohnsitz im Ausland (allgemeine Verwendung im Ausland) regelt sich in entsprechender Anwendung der für die Bundesbeamten und Bundesbeamtinnen jeweils geltenden Vorschriften des Bundesbesoldungsgesetzes. [2]Bei Anwendung des § 54 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes tritt Art. 6 an die Stelle des § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes. [3]Bei Anwendung der Tabelle VI zum Bundesbesoldungsgesetz treten an die Stelle der dort dargestellten Beträge zur Grundgehaltsspanne die in **Anlage 6** ausgewiesenen Beträge. [4]Bei Gewährung der jährlichen Sonderzahlung (Art. 82) findet § 55 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend Anwendung. [5]Bei einer besonderen Verwendung im Ausland gelten für die Gewährung eines Auslandsverwendungszuschlags § 58a des Bundesbesoldungsgesetzes und die Auslandsverwendungszuschlagsverordnung entsprechend.

Abschnitt 2

Regelungen für Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen

Art. 39

Anwendungsbereich

[1]Die Regelungen dieses Abschnitts gelten für Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen. [2]Zu den hauptberuflichen Mitgliedern von Hochschulleitungen im Sinn dieses Abschnitts gehören nicht die Kanzler und Kanzlerinnen.

Art. 40

Funktionsgerechte Besoldung, Grundgehalt

(1) Die Funktionen sind nach den mit ihnen verbundenen Anforderungen unter Berücksichtigung des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes (BayHSchPG) und des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) sachgerecht zu bewerten und Ämtern zuzuordnen.

(2) [1]Das Grundgehalt bestimmt sich nach der Besoldungsgruppe des verliehenen Amtes. [2]Art. 20 Abs. 2 bis 5 gelten entsprechend.

Art. 41

Besoldungsordnung W

(1) [1]Die Ämter und ihre Besoldungsgruppen sind in der Besoldungsordnung W (Anlage 1) geregelt. [2]Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, bis zu 10 v. H. der insgesamt für Professoren und Professorinnen an staatlichen Fachhochschulen und in Fachhochschulstudiengängen an anderen staatlichen Hochschulen zur Verfügung stehenden Stellen als Stellen der Besoldungsgruppe W 3 auszubringen.

(2) [1]Für die Leitung der Hochschulen sind die Ämter mit einer alternativen Amtsbezeichnung je nach der Grundordnung der Hochschule ausgebracht.

Art. 42

Grundgehaltssätze

Die Grundgehaltssätze für die Besoldungsordnung W sind in Anlage 3 ausgewiesen.

Art. 43

Weitere Vorschriften

Art. 35 bis Art. 38 gelten entsprechend.

Abschnitt 3

Regelungen für Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen

Art. 44

Allgemeine Vorschriften

Die Regelungen dieses Abschnitts gelten für Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen.

Art. 45

Funktionsgerechte Besoldung, Grundgehalt

(1) Die Funktionen der Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen sind nach den mit ihnen verbundenen Anforderungen unter Berücksichtigung des Deutschen Richtergesetzes sachgerecht zu bewerten und Ämtern zuzuordnen.

(2) [1]Das Grundgehalt bestimmt sich nach der Besoldungsgruppe des verliehenen Amtes. [2]Ist dem Richter oder der Richterin kein Amt verliehen, so bestimmt sich das Grundgehalt des

Richters oder der Richterin nach der Besoldungsgruppe R 1. [3]Art. 20 Abs. 3 bis 5 und Art. 21 gelten entsprechend.

Art. 46

Besoldungsordnung R

[1]Die Ämter der Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen und ihre Besoldungsgruppen sind in der Besoldungsordnung R (Anlage 1) geregelt. [2]Art. 25 gilt entsprechend.

Art. 47

Bemessung des Grundgehalts

(1) [1]Das Grundgehalt ist, soweit die Besoldungsordnung nicht feste Gehälter vorsieht, nach Stufen bemessen. [2]Die erste Stufe beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem der Diensteintritt erfolgt. [3]Als Diensteintritt gilt der Tag der erstmaligen Ernennung zum Richter, zur Richterin, zum Staatsanwalt oder zur Staatsanwältin, soweit hieraus ein Anspruch auf Grundgehalt entsteht. [4]Bestand vor diesem Zeitpunkt ein Beamtenverhältnis zu einem der in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Dienstherren, wird der Diensteintritt auf die Begründung dieses Beamtenverhältnisses vorverlegt.

(2) [1]Ab dem Zeitpunkt des Diensteintritts steigt das Grundgehalt im Abstand von zwei Jahren bis zum Erreichen der letzten Stufe an. [2]Art. 30 Abs. 2 Sätze 3 und 4, Abs. 4 Sätze 1 bis 3 und Abs. 5 sowie Art. 31 gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass sich der Stufenaufstieg nach Art. 30 Abs. 4 Satz 3 in entsprechender Anwendung des Satzes 1 berechnet.

Art. 48

Grundgehaltssätze

Die Grundgehaltssätze für die Besoldungsordnung R sind in Anlage 3 ausgewiesen.

Art. 49

Weitere Vorschriften

Art. 34 bis Art. 38 gelten entsprechend.

Abschnitt 4

Regelung für Prüfungsgebietsleiter und Prüfungsgebietsleiterinnen beim Bayerischen Obersten Rechnungshof

Art. 50

Prüfungsgebietsleiter und Prüfungsgebietsleiterinnen beim Bayerischen Obersten Rechnungshof

Die Ämter der Prüfungsgebietsleiter und Prüfungsgebietsleiterinnen beim Bayerischen Obersten Rechnungshof sind entsprechend den gestellten Anforderungen als Ämter für Leitende Ministerialräte und Leitende Ministerialrätinnen einzustufen.

Teil 3

Nebenbezüge

Abschnitt 1

Zulagen

Art. 51

Stellenzulagen

(1) Für herausgehobene Funktionen, die bei der Ämterbewertung unberücksichtigt bleiben und deshalb von Art. 34 nicht erfasst werden, können Stellenzulagen in folgenden Fällen vorgesehen werden:

1. Tätigkeit als Lehrende im Rahmen der Ausbildung von Nachwuchskräften oder der dienstlichen Fortbildung, sofern die Verpflichtung zur Lehrtätigkeit mindestens die Hälfte des Hauptamtes umfasst und nicht zu den herkömmlichen Aufgaben des Amtes gehört (Lehrzulage); bei Teilzeitbeschäftigung gilt eine im gleichen Verhältnis verringerte Verpflichtung zur Lehrtätigkeit,
2. Lehrer und Lehrerinnen mit besonderen Funktionen, die sich von den ihrer Ausbildung entsprechenden Aufgaben abheben (Lehrerfunktionszulage),
3. Tätigkeit an einer obersten Dienstbehörde (Ministerialzulage),
4. Tätigkeit als Nachprüfer und Nachprüferinnen von Luftfahrtgerät (Nachprüferzulage),
5. Beamte und Beamtinnen im Außendienst der Steuerverwaltung sowie Prüfungsbeamte und Prüfungsbeamtinnen der Finanzgerichte (Steuerprüferzulage),
6. Beamte und Beamtinnen, die eine vorgeschriebene Meisterprüfung oder staatliche Abschlussprüfung an einer Fachschule (Technikerschule) bestanden haben (Meisterzulage).

(2) [1]Die Stellenzulagen dürfen 75 v. H. des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe des Beamten oder der Beamtin und dem Endgrundgehalt der nächsthöheren Besoldungsgruppe nicht übersteigen, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist. [2]Die in **Anlage 7** ausgebrachten Höchstgrenzen oder Vomhundertsätze bleiben unberührt.

(3) [1]Die Stellenzulagen werden nur für die Dauer der tatsächlichen Wahrnehmung der herausgehobenen Funktionen gewährt und sind widerruflich. [2]Eine Ausnahme vom Erfordernis der tatsächlichen Wahrnehmung gilt insbesondere im Fall

1. eines Erholungsurlaubs,
2. einer Erkrankung einschließlich Kur,
3. einer Dienstbefreiung,
4. einer Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen,
5. eines Dienstgangs oder einer Dienstreise.

[3]Bei vorübergehender Übertragung einer anderen Funktion, die zur Herbeiführung eines im besonderen öffentlichen Interesse liegenden unaufschiebbaren und zeitgebundenen Ergebnisses wahrgenommen werden muss, wird für die Dauer der Wahrnehmung dieser anderen Funktion die Stellenzulage weitergewährt; sie wird für höchstens drei Monate auch weitergewährt, wenn die vorübergehende Übertragung einer anderen Funktion zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Behördenbereichs, in dem die betreffende Person eingesetzt wird, dringend erforderlich ist. [4]Daneben wird eine Stellenzulage für diese andere Funktion nur in der Höhe des Mehrbetrags gewährt. [5]Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen des Satzes 3 vorliegen, trifft im staatlichen Bereich die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

(4) Das Nähere zur Ausgestaltung des gesetzlichen Rahmens regelt die Staatsregierung durch Rechtsverordnung.

Art. 52

Ausgleichszulage für den Wegfall von Stellenzulagen

(1) [1]Der Wegfall einer Stellenzulage aus dienstlichen Gründen wird durch Ausgleichszulage ausgeglichen, wenn der Beamte oder die Beamtin vor dem dienstlichen Verwendungswechsel mindestens fünf Jahre ununterbrochen zulageberechtigend verwendet worden ist. [2]Eine Unterbrechung ist unschädlich, wenn sie auf den in Art. 31 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 genannten Zeiten beruht oder wegen öffentlicher Belange oder aus dienstlichen Gründen geboten ist. [3]Der Zeitraum der Unterbrechung nach Satz 2 ist nicht auf den Zeitraum nach Satz 1 anzurechnen. [4]Die Ausgleichszulage wird auf den Betrag festgesetzt, der am Tag vor dem Wegfall der auszugleichenden Stellenzulage zugestanden hat. [5]Die Ausgleichszulage vermindert sich frühestens nach Ablauf eines Jahres mit den darauffolgenden linearen Besoldungsanpassungen jeweils um 20 v. H. des nach Satz 4 maßgebenden Betrags. [6]Entsteht in der neuen Verwendung ein Anspruch auf dieselbe oder eine vergleichbare Stellenzulage, ist diese auf die Ausgleichszulage in voller Höhe anzurechnen.

(2) [1]Abs. 1 gilt entsprechend für Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen, die nach § 29 BeamtStG erneut in das Beamtenverhältnis berufen werden. [2]Abs. 1 gilt nicht, wenn der

Wegfall einer Stellenzulage auf einer Disziplinarmaßnahme beruht oder wenn in der neuen Verwendung Auslandsbesoldung gezahlt wird.

Art. 53

Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen

(1) [1]Wird einem Beamten oder einer Beamtin außer in den Fällen des Art. 54 eine herausgehobene Funktion befristet übertragen, kann eine Zulage zu den Grundbezügen gewährt werden. [2]Satz 1 gilt entsprechend für die Übertragung einer herausgehobenen Funktion, die üblicherweise nur befristet wahrgenommen wird. [3]Die Zulage kann bei ununterbrochener Wahrnehmung der Funktion bis zu einer Dauer von längstens fünf Jahren gezahlt werden.

(2) [1]Die Zulage wird bis zur Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe des Beamten oder der Beamtin und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe, die der Wertigkeit der wahrgenommenen Funktion entspricht, höchstens jedoch der dritten folgenden Besoldungsgruppe, gewährt. [2]Besteht zu den Grundgehältern des Satzes 1 ein Anspruch auf Zulagen nach Art. 33 und Art. 34, sind diese zu berücksichtigen. [3]Die Zulage vermindert sich bei jeder Beförderung um den jeweiligen Erhöhungsbetrag. [4]Art. 52 findet keine Anwendung.

(3) Die Entscheidung über die Gewährung der Zulage trifft im Rahmen haushaltsrechtlicher Bestimmungen die oberste Dienstbehörde.

Art. 54

Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes

(1) Ein Beamter oder eine Beamtin, dem oder der auf Grund besonderer Rechtsvorschrift ein höherwertiges Funktionsamt mit zeitlicher Begrenzung übertragen worden ist, erhält für die Dauer der Wahrnehmung eine Zulage, wenn wegen der besonderen Rechtsvorschrift das höherwertige Funktionsamt auf dem übertragenen Dienstposten nicht durch Beförderung erreicht werden kann.

(2) [1]Die Zulage wird in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe des Beamten oder der Beamtin und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe gewährt, der das höherwertige Funktionsamt in der Besoldungsordnung zuzuordnen wäre. [2]Besteht zu den Grundgehältern des Satzes 1 ein Anspruch auf Zulagen nach Art. 33 und Art. 34, sind diese zu berücksichtigen.

Art. 55

Zulagen für besondere Erschwernisse

(1) [1]Zur Abgeltung besonderer Erschwernisse, die nicht schon bei der Ämterbewertung berücksichtigt, anderweitig abgegolten oder ausgeglichen sind, können Erschwerniszulagen gewährt werden. [2]Das Nähere regelt die Staatsregierung durch Rechtsverordnung nach Maß-

gabe der Abs. 2 bis 4; dabei können Regelungen für Anwärter und Anwärterinnen vorgesehen werden.

(2) [1]Anspruch auf eine Erschwerniszulage besteht nur für tatsächlich geleistete Dienste und nur für die Dauer der bestehenden Erschwernis. [2]Durch eine Erschwerniszulage wird ein mit der Erschwernis verbundener Aufwand mit abgegolten. [3]Einzelabgeltung oder Pauschalabgeltung in festen Monatsbeträgen ist möglich; Doppelabgeltungen aus gleichem Sachgrund sind unzulässig. [4]Bei Pauschalabgeltung findet Art. 4 Abs. 2 Anwendung.

(3) [1]Bei einer Unterbrechung der zulageberechtigenden Tätigkeit wird in den Fällen des Art. 51 Abs. 3 Satz 2 unabhängig von anderen gesetzlich bestimmten Fortzahlungstatbeständen eine monatliche Erschwerniszulage weitergewährt. [2]Bei einem Sonderurlaub unter Fortzahlung der Bezüge kann eine Erschwerniszulage weitergewährt werden. [3]Bei einer Unterbrechung der zulageberechtigenden Verwendung durch Erkrankung einschließlich Kur wird die Zulage weitergewährt bis zum Ende des sechsten Monats, der auf den Eintritt der Unterbrechung folgt.

(4) [1]Wird eine zulageberechtigende Verwendung durch einen Dienstunfall im Sinn des Art. 54 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes unterbrochen, ist die Zulage unabhängig von der Art ihrer Abgeltung (Einzel- oder Pauschalabgeltung) für die Dauer der Unterbrechung weiterzugewähren. [2]Bemessungsgrundlage bei Einzelabgeltung ist der Durchschnittsbetrag der letzten drei Monate vor Beginn des Monats, in dem der Unfall eingetreten ist.

Art. 56

Besondere Zulage für Richter und Richterinnen

(1) [1]Wird ein Richter als Generalsekretär des Verfassungsgerichtshofs oder eine Richterin als Generalsekretärin des Verfassungsgerichtshofs verwendet (Art. 11 Satz 1 des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof), erhält er oder sie eine Zulage. [2]Diese Zulage wird in Höhe des Unterschieds zwischen dem jeweiligen Grundgehalt seiner oder ihrer Besoldungsgruppe und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe R 6 gewährt.

(2) [1]Für Richter und Richterinnen, für Vorsitzende Richter und Vorsitzende Richterinnen der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 an einem Verwaltungsgericht, einem Finanzgericht oder beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, die zur Unterstützung der Geschäftsleitung mit herausgehobenen Verwaltungsaufgaben von erheblichem Umfang betraut sind, können Stellen mit einer Zulage in Höhe der Zulage, die ein Vorsitzender Richter oder eine Vorsitzende Richterin als weiterer aufsichtführender Richter oder als weitere aufsichtführende Richterin am Landgericht erhält, ausgebracht werden. [2]Bei Gerichten mit bis zu 30 Planstellen für Richter und Richterinnen kann höchstens eine zulagenfähige Stelle, bei Gerichten mit mehr als 30 Planstellen für jeweils bis zu zehn weiteren Planstellen jeweils höchstens eine weitere zulagenfähige Stelle ausgewiesen werden.

Art. 57

Zulagen für Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen

(1) [1]Professoren und Professorinnen sowie Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen der Besoldungsordnung W, die im Hauptamt Mittel Dritter für Forschungs- oder Lehrvorhaben der Hochschule einwerben und diese Vorhaben durchführen, kann für die Dauer des Drittmittelflusses aus diesen Mitteln eine Zulage gewährt werden, soweit der Drittmittelgeber mit der Vergabe einverstanden ist (Forschungs- und Lehrzulage). [2]Eine Zulage darf nur gewährt werden, soweit neben den übrigen Kosten des Forschungs- oder Lehrvorhabens auch die Zulagenbeträge durch die Drittmittel gedeckt sind. [3]Die Forschungs- und Lehrzulagen dürfen innerhalb eines Kalenderjahres insgesamt 100 v. H. des Jahresgrundgehalts des Professors oder der Professorin, des Juniorprofessors oder der Juniorprofessorin grundsätzlich nicht überschreiten; Überschreitungen können in besonderen Fällen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zugelassen werden. [4]Sie nehmen nicht an den allgemeinen Besoldungsanpassungen teil. [5]Die Lehrtätigkeit im Rahmen des Lehrvorhabens, für das eine Lehrzulage gewährt wird, ist auf die jeweils obliegende Lehrverpflichtung nicht anzurechnen.

(2) [1]Professoren, die zugleich das Amt eines Richters, und Professorinnen, die zugleich das Amt einer Richterin der Besoldungsgruppen R 1 oder R 2 ausüben, erhalten, solange sie beide Ämter bekleiden, die Besoldung aus ihrem Amt als Professor oder Professorin und eine Zulage (Richterzulage) nach **Anlage 8**.

(3) Juniorprofessoren, die sich als Hochschullehrer bewährt haben, und Juniorprofessorinnen, die sich als Hochschullehrerinnen bewährt haben (Art. 15 Abs. 1 Satz 2 BayHSchPG), erhalten ab dem Zeitpunkt der ersten Verlängerung des Beamtenverhältnisses auf Zeit eine monatliche Zulage nach Anlage 8.

Abschnitt 2

Zuschläge

Art. 58

Zuschlag bei Altersteilzeit

(1) [1]Bei Altersteilzeit gemäß Art. 91 Abs. 1 Satz 1 BayBG oder Altersdienstermäßigung gemäß Art. 8c Abs. 1 Satz 1 BayRiG wird zur Nettobesoldung nach Art. 6 ein Zuschlag gewährt. [2]Der Zuschlag wird in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der Nettobesoldung nach Art. 6 und 80 v. H. der Nettobesoldung, die sich aus der in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit ergibt, gewährt; Art. 7 Sätze 2 und 3 sind zu berücksichtigen. [3]Zur Ermittlung der letztgenannten Nettobesoldung ist die Bruttobesoldung um die Lohnsteuer entsprechend der individuellen Steuerklasse (§§ 38a, 38b EStG), den Solidaritätszuschlag (§ 4 Satz 1 des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995) und um

einen Abzug in Höhe von 8 v. H. der Lohnsteuer zu vermindern; Freibeträge (§ 39a EStG) oder sonstige individuelle Merkmale bleiben unberücksichtigt.

(2) Zur Nettobesoldung im Sinn des Abs. 1 Satz 2 gehören die in Art. 2 Abs. 2 Nrn. 1 bis 4 und Abs. 3 Nr. 1 (mit Ausnahme des Art. 55), Nr. 2 (mit Ausnahme des Art. 58), Nr. 4 (mit Ausnahme der Art. 66 und Art. 67) und Nrn. 6 und 7 bezeichneten Besoldungsbestandteile.

Art. 59

Zuschlag bei begrenzter Dienstfähigkeit

(1) [1]Die Bezüge nach Art. 7 werden um einen Zuschlag ergänzt. [2]Dieser beträgt 5 v. H. der Besoldung, die begrenzt Dienstfähige bei Vollzeitbeschäftigung erhalten würden, mindestens jedoch 220 €. [3]Werden Bezüge nach Art. 7 Satz 1 gewährt, weil sie höher sind als die Besoldung nach Art. 7 Satz 2, verringert sich der Zuschlag um den Unterschiedsbetrag.

(2) Zur Besoldung nach Abs. 1 Satz 2 gehören die Grundbezüge nach Art. 2 mit Ausnahme der Auslandsbesoldung, von den Nebenbezügen die Zulagen nach Art. 51 und Art. 52 und die Leistungsbezüge nach Art. 2 Abs. 3 Nr. 4 mit Ausnahme der Leistungsprämie nach Art. 67 und der als Einmalzahlung gewährten Hochschulleistungsbezüge.

(3) [1]Der Zuschlag wird nicht gewährt, wenn ein Zuschlag nach Art. 58 zusteht. [2]Davon unberührt bleibt die Regelung des Art. 58 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2.

Art. 60

Zuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit

(1) Zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes können Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnung A und der Besoldungsgruppe W 1 Zuschläge gewährt werden, wenn ein bestimmter Dienstposten andernfalls insbesondere im Hinblick auf die fachliche Qualifikation sowie die Bedarfs- und Bewerberlage nicht anforderungsgerecht besetzt werden kann und die Deckung des Personalbedarfs dies im konkreten Fall erfordert.

(2) [1]Der Zuschlag darf monatlich 10 v. H. der ersten Stufe des Grundgehalts (Anfangsgrundgehalt) der entsprechenden Besoldungsgruppe, Grundgehalt und Zuschlag dürfen zusammen das Endgrundgehalt der entsprechenden Besoldungsgruppe nicht übersteigen; bei Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe W 1 darf der Zuschlag monatlich 10 v. H. des Grundgehalts der Besoldungsgruppe nicht übersteigen. [2]Der Zuschlag wird in fünf Schritten um jeweils 20 v. H. seines Ausgangsbetrags jährlich verringert, erstmals ein Jahr nach dem Entstehen des Anspruchs. [3]Abweichend von Satz 2 kann der Zuschlag befristet bis zu drei Jahren gewährt werden; ergänzend kann festgelegt werden, dass im Fall einer Beförderung der Zuschlag auch vor Ablauf der Befristung wegfällt. [4]Der Zuschlag kann rückwirkend höchstens für drei Monate gewährt werden. [5]Er kann nach vollständigem Wegfall erneut gewährt werden, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 wieder oder noch vorliegen. [6]Art. 6 gilt entsprechend.

(3) Die Ausgaben für die Zuschläge eines Dienstherrn dürfen 0,1 v. H. der im jeweiligen Haushaltsplan des Dienstherrn veranschlagten jährlichen Besoldungsausgaben nicht überschreiten.

(4) Die Entscheidung über die Gewährung von Zuschlägen trifft die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

Abschnitt 3

Vergütungen

Art. 61

Mehrarbeitsvergütung

(1) [1]Eine Vergütung nach Art. 87 Abs. 2 Satz 3 BayBG setzt voraus, dass sich die angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit auf konkrete, zeitlich abgrenzbare und messbare Dienste bezieht. [2]Die Mehrarbeitsvergütung kann nur dann geleistet werden, wenn im Einzelnen nachgewiesen ist, dass eine Dienstbefreiung aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht innerhalb eines Jahres möglich war; die Ausnahmeregelung des Art. 87 Abs. 5 BayBG bleibt unberührt.

(2) [1]Vergütungsfähig ist Mehrarbeit (Art. 87 Abs. 2 Satz 1 BayBG) nur dann, wenn sie im Rahmen eines Bereitschaftsdienstes, Schichtdienstes oder allgemein geltenden besonderen Dienstplans geleistet wird. [2]Mehrarbeitsstunden können ausnahmsweise in Fällen besonderer Dienstleistungen (Sondereinsätze) vergütet werden, wenn unter unverzüglichem Einsatz entsprechender Kräfte ein Arbeitsergebnis erzielt werden muss und dies zur Vermeidung erheblicher Nachteile für die Allgemeinheit bis zu einem bestimmten, nicht hinauszuschiebenden Termin vorliegen muss. [3]Mehrarbeitsstunden zur Erfüllung der den Beamten und Beamtinnen übertragenen fortlaufenden Verwaltungsaufgaben sind nicht zu vergüten.

(3) [1]Abrechnungszeitraum von vergütungsfähiger Mehrarbeit ist der Kalendermonat. [2]Als Mehrarbeitsstunde gilt die volle Zeitstunde. [3]Hiervon abweichend wird eine Stunde Bereitschaftsdienst nur entsprechend dem Umfang der erfahrungsgemäß bei der betreffenden Tätigkeit durchschnittlich anfallenden Inanspruchnahme berücksichtigt; dabei ist schon die Ableistung eines Dienstes in Bereitschaft als solche in jeweils angemessenem Umfang anzurechnen. [4]Eine im Bereitschaftsdienst tatsächlich erbrachte Dienstleistung ist dabei in vollem Umfang anzusetzen. [5]Ergibt sich bei der monatlichen Mehrarbeitsstundenberechnung ein Bruchteil einer Stunde, so werden 30 Minuten und mehr auf eine volle Stunde aufgerundet, weniger als 30 Minuten bleiben unberücksichtigt.

(4) [1]Mehrarbeit im Schuldienst liegt vor, wenn von der Lehrkraft Unterricht über die für sie geltende Pflichtstundenzahl hinaus erteilt wird; als Mehrarbeitsstunde gilt eine Unterrichtsstunde. [2]Abs. 3 Satz 1 bleibt unberührt.

(5) [1]Die Höhe der Vergütung nach Abs. 1 richtet sich nach dem Umfang der tatsächlich geleisteten Mehrarbeit. [2]Die Beträge der Mehrarbeitsvergütungssätze je Stunde für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnung A ergeben sich nach Maßgabe der **Anlage 9** aus vier

Klassifizierungen, im Schuldienst aus zwei Klassifizierungen an jeder Schulart. [3]Maßgebend ist die Besoldungsgruppe, der der Beamte oder die Beamtin zum Zeitpunkt der geleisteten Mehrarbeitsstunden zugeordnet war. [4]Teilzeitbeschäftigte erhalten die Mehrarbeitsvergütungssätze, wenn die regelmäßige monatliche Arbeitszeit oder Unterrichtspflichtzeit einer Vollzeitkraft überschritten wird; bis zu dieser Grenze ist ihnen als Mehrarbeitsvergütung mindestens die Besoldung (Art. 2 mit Ausnahme des Abs. 3 Nr. 2 Art. 58, Nr. 4 Art. 67 und Nr. 6 Art. 82 betreffend) nach Art. 6 zu zahlen; stattdessen sind die Mehrarbeitsvergütungssätze zu zahlen, wenn diese höher sind.

Art. 62

Vergütung von Arbeitszeitguthaben (Ausgleichszahlung)

(1) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Gewährung einer Ausgleichszahlung für Beamte und Beamtinnen zu regeln, bei denen ein Arbeitszeitausgleich aus einer langfristigen ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit, während der eine von der für sie jeweils geltenden regelmäßigen Arbeitszeit abweichende Arbeitszeit festgelegt wurde, nicht oder nur teilweise möglich ist.

(2) Die Höhe der Ausgleichszahlung bemisst sich nach den zum Zeitpunkt des Ausgleichsanspruchs geltenden Sätzen der Mehrarbeitsvergütung nach Art. 61 Abs. 5 Sätze 2 und 3.

Art. 63

Vergütung im Vollstreckungsdienst

(1) [1]Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Gewährung einer Vergütung für Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen und andere im Vollstreckungsdienst tätige Beamte und Beamtinnen zu regeln. [2]Maßstab für die Festsetzung der Vergütung sind insbesondere die vereinnahmten Gebühren oder Beträge.

(2) [1]Für die Vergütung können Höchstsätze für die einzelnen Vollstreckungsaufträge sowie für das Kalenderjahr festgesetzt werden. [2]Es kann bestimmt werden, inwieweit mit der Vergütung ein besonderer Aufwand des Beamten oder der Beamtin mit abgegolten wird.

Art. 64

Sitzungsvergütung

(1) [1]Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen die Gewährung einer Vergütung für die Teilnahme an Sitzungen für Beamte und Beamtinnen der Gemeinden und Gemeindeverbände mit weniger als 40 000 Einwohnern zu regeln, soweit diesen Beamten und Beamtinnen Grundbezüge nach der Besoldungsordnung A zustehen. [2]Voraussetzung ist, dass die Beamten oder die Beamtinnen als Protokollführer oder Protokollführerinnen regelmäßig an Sitzungen kommunaler Vertretungskörperschaften oder ihrer Ausschüsse außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit teilnehmen. [3]Mit der Sitzungsvergütung ist ein allgemein mit der Sitzungstätigkeit

verbundener Aufwand abgegolten; die Sitzungsvergütung darf deshalb nicht neben einer Aufwandsentschädigung gewährt werden.

(2) Der Höchstbetrag der Sitzungsvergütung beträgt 102,26 € monatlich.

(3) Eine Vergütung kommt nicht in Betracht, wenn die Arbeitsleistung durch Dienstbefreiung ausgeglichen werden kann.

Art. 65

Prüfungsvergütung

[1]Beamteten wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen (Art. 19 bis 22 BayHSchPG), Professoren und Professorinnen sowie Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen der Besoldungsordnung W kann zur Abgeltung zusätzlicher Belastungen, die durch die Mitwirkung an Staatsprüfungen entstehen, die gleichzeitig einen Studiengang an einer Hochschule abschließen, eine Vergütung gewährt werden. [2]Die Höhe der Vergütung ist nach der Schwierigkeit der Prüfertätigkeit und dem Ausmaß der zusätzlichen Belastung festzulegen. [3]Die Regelung der Vergütung trifft das Staatsministerium, das die Staatsprüfung durchführt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

Abschnitt 4

Leistungsbezüge

Unterabschnitt 1

Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnungen A und B

Art. 66

Leistungsstufe

(1) [1]Für dauerhaft herausragende Leistungen kann Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnung A der Unterschiedsbetrag zur nächsthöheren Stufe des Grundgehalts als Zulage vorweg gezahlt werden (Leistungsstufe). [2]Die Leistungsstufe wird bis zum Erreichen der nächsten Regelstufe ab dem Zeitpunkt gezahlt, der in der Vergabeentscheidung bestimmt ist. [3]Eine rückwirkende Festsetzung ist möglich. [4]Beamten und Beamtinnen, die die Endstufe ihrer Besoldungsgruppe erreicht haben, kann die Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem Grundgehalt der Endstufe und der vorhergehenden Stufe für maximal vier Jahre gezahlt werden.

(2) [1]Eine Leistungsstufe nach Abs. 1 Sätze 1 und 4 wird auf Grund einer Leistungsfeststellung gewährt. [2]Übersteigt die Zahl der Beamten und Beamtinnen mit der maßgeblichen Leistungsfeststellung die Vergabemöglichkeiten, ist aus dem betroffenen Beamtenkreis eine Auswahlentscheidung anhand von Leistungskriterien zu treffen. [3]Das Nähere kann die Staatsre-

gierung durch Rechtsverordnung regeln. [4]Ein Anspruch auf die Gewährung einer Leistungsstufe besteht nicht.

Art. 67

Leistungsprämie

(1) [1]Für eine herausragende besondere Einzelleistung kann Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnungen A und B eine Leistungsprämie gewährt werden. [2]Ein Anspruch auf Gewährung einer Leistungsprämie besteht nicht.

(2) [1]Die Leistungsprämie wird maximal in Höhe des Anfangsgrundgehalts einer Besoldungsgruppe der Besoldungsordnung A oder des Grundgehalts einer Besoldungsgruppe der Besoldungsordnung B gewährt, der der Beamte oder die Beamtin im Zeitpunkt der Festsetzung der Leistungsprämie angehört. [2]Sie soll in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Leistung gewährt werden. [3]Sie kann als Einmalbetrag oder in maximal zwölf monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt werden. [4]Eine Kürzung entsprechend der Arbeitszeit gemäß Art. 6 findet nicht statt.

(3) [1]Wird eine honorierungsfähige Leistung von mehreren Beamten oder Beamtinnen erbracht, kann jedem Beamten oder jeder Beamtin eine Leistungsprämie gewährt werden, wenn seine oder ihre wesentliche Beteiligung an der Leistung festgestellt wird. [2]Leistungsprämien im Sinn des Satzes 1 dürfen zusammen 150 v. H. des in Abs. 2 Satz 1 genannten Betrags nicht übersteigen; maßgeblich ist die höchste Besoldungsgruppe der an der Leistung wesentlich beteiligten Beamten oder Beamtinnen.

(4) Eine Leistungsprämie kann nicht auf Grund eines Sachverhalts gewährt werden, der bereits der Gewährung eines anderen Nebenbezugs zugrunde liegt.

Art. 68

Vergabebudget und -verfahren

(1) [1]Das Budget eines Dienstherrn für die Leistungsbezüge nach Art. 66 und Art. 67 beträgt im Rahmen bewilligter Haushaltsmittel pro Kalenderjahr maximal bis zu 1,0 v. H. der Grundgehaltssumme im Sinn des Art. 2 Abs. 2 Nr. 1, die alle unter den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallenden Beamten und Beamtinnen des jeweiligen Dienstherrn in den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen A und B im Vorjahr bezogen haben; im staatlichen Bereich mindestens 15 000 000 € oder 0,2 v. H. der Grundgehaltssumme nach Halbsatz 1. [2]Davon abweichend kann bei Dienstherren mit weniger als sieben Beamten und Beamtinnen in jedem Kalenderjahr einem Beamten oder einer Beamtin ein Leistungsbezug gewährt werden.

(2) [1]Die Entscheidung über die Vergabe von Leistungsbezügen trifft die zuständige oberste Dienstbehörde oder die von ihr durch Rechtsverordnung bestimmte Stelle. [2]Für die Beamten und Beamtinnen der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ist der Dienstvorgesetzte oder die Dienstvorgesetzte oder die von ihm oder ihr bestimmte Stelle zu-

ständig. [3]Bei abgeordneten Beamten und Beamtinnen entscheidet über die Vergabe einer Leistungsprämie der oder die für die Beamten und Beamtinnen der Beschäftigungsdienststelle zuständige Entscheidungsberechtigte. [4]Vor der Gewährung eines Leistungsbezugs sollen die Vorgesetzten des Beamten oder der Beamtin gehört werden. [5]Die Entscheidung ist dem Beamten oder der Beamtin schriftlich mitzuteilen; dabei ist die Leistung im Einzelnen darzustellen.

Unterabschnitt 2

Professoren und Professorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen

Art. 69

Hochschulleistungsbezüge

(1) Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 können neben dem Grundgehalt nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften
1. Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge (Art. 70),
2. besondere Leistungsbezüge (Art. 71) sowie
3. Funktions-Leistungsbezüge (Art. 72)

als Hochschulleistungsbezüge erhalten.

(2) [1]Hochschulleistungsbezüge können jährlich insgesamt bis zur Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen den Grundgehältern der Besoldungsgruppe W 3 und der Besoldungsgruppe B 10 (individuelle Obergrenze) gewährt werden. [2]Die individuelle Obergrenze darf überschritten werden, wenn dies erforderlich ist, um
1. einen Professor oder eine Professorin aus dem Bereich außerhalb der deutschen Hochschulen zu gewinnen oder um die Abwanderung in den Bereich außerhalb der deutschen Hochschulen abzuwenden oder
2. einen Professor oder eine Professorin, der oder die bereits Hochschulleistungsbezüge erhält, welche die individuelle Obergrenze erreichen oder übersteigen, für eine bayerische Hochschule zu gewinnen oder seine oder ihre Abwanderung an eine andere deutsche Hochschule zu verhindern.

(3) [1]Hochschulleistungsbezüge dürfen nicht für Tatbestände nach Abs. 1 vergeben werden, für die bereits eine Mitarbeiterbeteiligung nach Art. 6 Abs. 2 BayHSchPG gewährt wurde. [2]Wird eine Mitarbeiterbeteiligung nach Vergabe eines Hochschulleistungsbezugs gewährt, entfällt ein für diesen Tatbestand vergebener Hochschulleistungsbezug; Hochschulleistungsbezüge nach Abs. 1 Nr. 1 sind für Personen, die zum Berechtigtenkreis der Mitarbeiterbeteiligung nach Art. 6 Abs. 2 BayHSchPG gehören, mit einer entsprechenden Maßgabe zu versehen.

Art. 70

Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge

(1) [1]Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge können aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen gewährt werden, um einen Professor oder eine Professorin für die Hochschule zu gewinnen (Berufungs-Leistungsbezüge) oder zum Verbleiben an der Hochschule zu bewegen (Bleibe-Leistungsbezüge). [2]Bleibe-Leistungsbezüge dürfen nur gewährt werden, wenn der Professor oder die Professorin einen Ruf an eine andere, in der Regel außerbayerische Hochschule vorlegt oder das Einstellungsinteresse eines anderen Dienstherrn oder Arbeitgebers glaubhaft macht. [3]Bei der Gewährung von Bleibe-Leistungsbezügen sollen Vorteile aus dem nicht erforderlichen Ortswechsel durch einen Abschlag gegenüber dem Berufungsangebot angemessen berücksichtigt werden.

(2) [1]Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge können als Einmalzahlung oder als laufende monatliche Zahlung gewährt werden. [2]Als laufende monatliche Zahlung können sie befristet oder unbefristet vergeben werden. [3]Ein neuer oder höherer Berufungs- oder Bleibe-Leistungsbezug soll frühestens nach Ablauf von drei Jahren seit der letzten Gewährung aus einem solchen Anlass gewährt werden. [4]Bei Gewährung als Einmalzahlung findet keine Kürzung entsprechend der Arbeitszeit nach Art. 6 statt.

(3) [1]Bei der Gewährung von unbefristeten Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen kann festgelegt werden, dass diese an den allgemeinen Besoldungsanpassungen mit dem Vomhundertsatz teilnehmen, um den die Grundgehälter der Besoldungsordnung W angepasst werden. [2]Es kann ferner festgelegt werden, dass die Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge zurückzuzahlen sind, wenn der Professor oder die Professorin innerhalb von drei Jahren seit Gewährung dieser Leistungsbezüge an eine andere Hochschule wechselt.

Art. 71

Besondere Leistungsbezüge

(1) [1]Besondere Leistungsbezüge können für besondere Leistungen in Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung oder Nachwuchsförderung, die in der Regel über mehrere Jahre erbracht werden sollen, gewährt werden. [2]Die Einwerbung von Drittmitteln im Hauptamt ist nur berücksichtigungsfähig, soweit nicht hierfür eine Forschungs- oder Lehrzulage nach Art. 57 Abs. 1 gewährt wird. [3]Die Ergebnisse der Lehrevaluation nach Art. 10 Abs. 3 BayHSchG können bei der Bewertung der besonderen Leistungen berücksichtigt werden.

(2) [1]Besondere Leistungsbezüge werden als Einmalzahlung oder als monatliche Zahlungen für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren befristet vergeben. [2]Im Fall einer wiederholten Vergabe können besondere Leistungsbezüge unbefristet vergeben werden. [3]Bei unbefristeter Vergabe kann der besondere Leistungsbezug für den Fall des erheblichen Leistungsabfalls für die Zukunft ganz oder teilweise widerrufen werden. [4]Bei Gewährung als Einmalzahlung findet keine Kürzung entsprechend der Arbeitszeit nach Art. 6 statt.

(3) Art. 70 Abs. 3 Satz 1 gilt für die Leistungsbezüge im Sinn des Abs. 2 Sätze 1 und 2 entsprechend.

Art. 72

Funktions-Leistungsbezüge

(1) [1]Funktions-Leistungsbezüge können an Mitglieder der Hochschulleitung für die Dauer der Wahrnehmung dieser Aufgaben gewährt werden. [2]Gleiches gilt für Professoren und Professorinnen, die besondere Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung wahrnehmen (insbesondere Dekane oder Dekaninnen, Studiendekane oder Studiendekaninnen).

(2) [1]Die Höhe der Funktions-Leistungsbezüge ist insbesondere nach der im Einzelfall mit der wahrgenommenen Funktion und Aufgabe verbundenen Belastung und Verantwortung sowie der Größe der Hochschule, der Fakultät oder einer vergleichbaren Organisationseinheit zu bemessen. [2]Eine etwaige Ermäßigung der Lehrverpflichtung soll berücksichtigt werden. [3]Funktions-Leistungsbezüge können ganz oder teilweise leistungs- oder erfolgsabhängig ausgestaltet werden.

(3) Funktions-Leistungsbezüge der Rektoren, Rektorinnen, Präsidenten und Präsidentinnen nehmen an den allgemeinen Besoldungsanpassungen mit dem Vomhundertsatz teil, um den die Grundgehälter der Besoldungsordnung W angepasst werden.

Art. 73

Vergaberahmen

(1) [1]Der Gesamtbetrag der Hochschulleistungsbezüge (Vergaberahmen) ist nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen so zu bemessen, dass die durchschnittlichen jährlichen Besoldungsausgaben je besetzter Stelle den Betrag von 69 880,00 € für Fachhochschulen und 84 000,00 € für Universitäten und Kunsthochschulen (Besoldungsdurchschnitt) nicht überschreiten. [2]In diesem Rahmen kann das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst für die einzelnen Hochschulen individuelle Besoldungsdurchschnitte vorgeben und in einem zentralen Ansatz eine Reserve für hochschulübergreifende Verlagerungen vorhalten.

(2) [1]Besoldungsausgaben im Sinn des Abs. 1 sind Ausgaben für die Besoldung von Professoren und Professorinnen nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 Nrn. 1 bis 4 und 6 mit Ausnahme der Zulage nach Art. 57 Abs. 1. [2]Einzubeziehen sind die Ausgaben für Professoren und Professorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen, die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis stehen und auf Planstellen für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 geführt werden, in Höhe der Bruttovergütungen.

(3) Bei Stiftungsprofessuren und sonstigen Personalkostenerstattungen gehen die durch Drittmittel finanzierten Bezüge und die entsprechenden Stellen oder Stellenteile nicht in die Berechnung des Vergaberahmens ein.

(4) [1]Der Besoldungsdurchschnitt darf durch Drittmittel um bis zu 5 v. H. der Jahresgrundgehaltssumme der in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3 eingestuften Beamten und Beam-

tinnen überschritten werden, wenn diese Drittmittel ohne Zweckbindung und Vorgaben des Drittmittelgebers dem Staatshaushalt zufließen. [2]Soweit aus Drittmitteln laufende Hochschulleistungsbezüge gewährt werden, ist ein Versorgungszuschlag in Höhe von 30/100 einzubehalten. [3]Der Besoldungsdurchschnitt darf ferner im Vollzug um bis zu 5 v. H. gegen haushaltsmäßigen Ausgleich im laufenden Haushaltsjahr überschritten werden.

(5) [1]Die in Abs. 1 genannten Beträge sind durch Gesetz entsprechend den regelmäßigen Besoldungsanpassungen nach Art. 16 anzupassen. [2]Gleiches gilt für Veränderungen der Besoldungs- und Stellenstruktur.

Art. 74

Verordnungsermächtigung

Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen die Zuständigkeit für die Vergabe von Hochschulleistungsbezügen, die Einzelheiten zum Vergabeverfahren und zu den Voraussetzungen und Kriterien der Vergabe von Hochschulleistungsbezügen zu regeln.

Abschnitt 5

Bezüge für Anwärter und Anwärterinnen

Art. 75

Grundlage der Anwärterbezüge

(1) [1]Anwärter und Anwärterinnen (Art. 26 Abs. 7 Satz 3) erhalten Anwärterbezüge. [2]Diese setzen sich aus dem Anwärtergrundbetrag (Art. 77) und den Anwärtersonderzuschlägen (Art. 78) zusammen. [3]Daneben werden nach Maßgabe dieses Gesetzes Familienzuschlag, die jährliche Sonderzahlung und die vermögenswirksamen Leistungen gewährt. [4]Zulagen und Vergütungen werden nur gewährt, wenn dies in diesem Gesetz ausdrücklich bestimmt ist.

(2) [1]Für Anwärter und Anwärterinnen, die im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes ein Studium ableisten, wird die Gewährung der Anwärterbezüge von der Erfüllung von Auflagen abhängig gemacht. [2]Für die Erteilung von Auflagen und für die Rückforderung von unter Auflagen gewährten Anwärterbezügen ist die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle zuständig.

Art. 76

Anwärterbezüge nach Ablegung der Qualifikationsprüfung

[1]Endet das Beamtenverhältnis eines Anwärters oder einer Anwärterin gemäß § 22 Abs. 4 BeamtStG, werden die Anwärterbezüge und der Familienzuschlag für die Zeit nach Ablegung der Qualifikationsprüfung bis zum Ende des laufenden Monats weitergewährt. [2]Wird bereits

vor diesem Zeitpunkt ein Anspruch auf Bezüge aus einer hauptberuflichen Tätigkeit bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 2 BeamtStG) oder bei einer Ersatzschule (Art. 91 BayEUG) erworben, so werden die Anwärterbezüge und der Familienzuschlag nur bis zum Tag vor Beginn dieses Anspruchs belassen.

Art. 77

Anwärtergrundbetrag

[1]Der Anwärtergrundbetrag richtet sich nach der Besoldungsgruppe des Eingangsamtes, in das der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintritt. [2]Unterschiedliche Eingangsämter können betragsmäßig zusammengefasst werden. [3]Die Beträge ergeben sich aus **Anlage 10**.

Art. 78

Anwärtersonderzuschläge

(1) [1]Besteht ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern und Bewerberinnen, kann das Staatsministerium der Finanzen Anwärtersonderzuschläge gewähren. [2]Sie dürfen 70 v. H. des Anwärtergrundbetrags nicht übersteigen.

(2) Der Anwärter oder die Anwärterin hat nur dann Anspruch auf den Anwärtersonderzuschlag, wenn der Anwärter oder die Anwärterin

1. nicht vor dem Abschluss des Vorbereitungsdienstes oder wegen schuldhaften Nichtbestehens der Qualifikationsprüfung ausscheidet und
2. nach Bestehen der Qualifikationsprüfung mindestens fünf Jahre als Beamter oder als Beamtin im öffentlichen Dienst in der Fachlaufbahn verbleibt oder in eine Fachlaufbahn wechselt, für die er oder sie die Befähigung erworben hat, oder, wenn das Beamtenverhältnis nach Bestehen der Qualifikationsprüfung endet, in einer Fachlaufbahn mit Bewerbermangel in ein neues Beamtenverhältnis im öffentlichen Dienst für mindestens die gleiche Zeit eintritt.

(3) [1]Werden die in Abs. 2 genannten Voraussetzungen aus Gründen, die der Beamte oder die Beamtin oder der frühere Beamte oder die frühere Beamtin zu vertreten hat, nicht erfüllt, ist der Anwärtersonderzuschlag in voller Höhe zurückzuzahlen. [2]Der Rückzahlungsbetrag vermindert sich für jedes nach Bestehen der Qualifikationsprüfung abgeleistete Dienstjahr um jeweils ein Fünftel. [3]Art. 15 bleibt unberührt.

Art. 79

Unterrichtsvergütung für Anwärter und Anwärterinnen

[1]Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung die Gewährung und Auszahlung einer Unterrichtsvergütung für Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen oder Studienreferendare und Studienreferendarinnen regeln. [2]Voraussetzung für die Unterrichtsvergütung ist, dass der Anwärter oder die Anwärterin über elf Wochenstunden Ausbildungsunterricht

oder selbstständigen Unterricht hinaus eigenverantwortlichen Unterricht erteilt. [3]Die Höhe der Unterrichtsvergütung nach Satz 2 darf die für das angestrebte Lehramt nach Art. 61 festgelegten Beträge der Mehrarbeitsvergütung nicht überschreiten. [4]Die monatlich zu zahlende Unterrichtsvergütung darf den Anwärtergrundbetrag nicht übersteigen. [5]Die Auszahlung der Unterrichtsvergütung soll zum Ersten des auf den Abrechnungsmonat folgenden übernächsten Monat vorgenommen werden; Abrechnungsmonat ist der Monat, in dem der Anwärter oder die Anwärterin die nach Satz 2 geleisteten Unterrichtsstunden gegenüber der zuständigen Stelle für vergangene Zeiträume abrechnet.

Art. 80

Anrechnung auf die Anwärterbezüge

(1) [1]Erhalten der Anwärter oder die Anwärterin eine Vergütung für eine Nebentätigkeit innerhalb des öffentlichen Dienstes (Art. 85 Abs. 2 Satz 1 BayBG) oder ein Entgelt für eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes, so wird die Vergütung oder das Entgelt auf die Anwärterbezüge angerechnet, soweit sie oder es diese übersteigt. [2]Als Anwärtergrundbetrag werden jedoch mindestens 30 v. H. des Anfangsgrundgehalts der maßgeblichen Eingangsbesoldungsgruppe gewährt.

(2) Übt ein Anwärter oder eine Anwärterin gleichzeitig eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst mit mindestens der Hälfte der dafür geltenden regelmäßigen Arbeitszeit aus, gilt Art. 5 entsprechend.

Art. 81

Kürzung der Anwärterbezüge

(1) Die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann den Anwärtergrundbetrag bis auf 30 v. H. des Anfangsgrundgehalts der maßgeblichen Eingangsbesoldungsgruppe, das dem Beamten oder der Beamtin zustehen würde, herabsetzen, wenn der Anwärter oder die Anwärterin die vorgeschriebene Qualifikationsprüfung nicht bestanden hat oder sich die Ausbildung aus einem von dem Anwärter oder der Anwärterin zu vertretenden Grund verzögert.

(2) Von der Kürzung ist abzusehen

1. bei Verlängerung des Vorbereitungsdienstes infolge genehmigten Fernbleibens oder Rücktritts von der Prüfung,
2. in besonderen Härtefällen.

(3) Wird eine Zwischenprüfung nicht bestanden oder ein sonstiger Leistungsnachweis nicht erbracht, so ist die Kürzung auf den sich daraus ergebenden Zeitraum der Verlängerung des Vorbereitungsdienstes zu beschränken.

Abschnitt 6

Jährliche Sonderzahlung

Art. 82

Anspruch und Bestandteile

[1]Berechtigte erhalten eine jährliche Sonderzahlung nach Maßgabe der Vorschriften dieses Abschnitts. [2]Sie besteht aus einem Grundbetrag (Art. 83) und einem Erhöhungsbetrag (Art. 84) sowie einem Sonderbetrag für Kinder (Art. 85). [3]Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen.

Art. 83

Grundbetrag

(1) [1]Als Grundbetrag der jährlichen Sonderzahlung wird je ein Zwölftel der für das laufende Kalenderjahr von demselben Dienstherrn aus den in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Rechtsverhältnissen zustehenden Bezüge unter Zugrundelegung der sich aus Abs. 2 ergebenden Vomhundertsätze gewährt. [2]Bezüge im Sinn des Satzes 1 sind

1. die Grundbezüge nach Art. 2 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3,
2. von den Nebenbezügen nach Art. 2 Abs. 3, die nach
   a) Nr. 1 gewährten Zulagen gemäß Art. 51, Art. 52, Art. 54, Art. 56, Art. 57 Abs. 2,
   b) Nr. 2 gewährten Zuschläge gemäß Art. 59,
   c) Nr. 3 gewährte Vergütung gemäß Art. 63 in Höhe des gemäß Art. 12 Abs. 2 BayBeamtVG als ruhegehaltfähig bestimmten Teils,
   d) Nr. 4 gewährten Leistungsbezüge gemäß Art. 66 und Hochschulleistungsbezüge nach Art. 69, soweit diese nicht als Einmalzahlungen gewährt werden,
3. der Anwärtergrundbetrag, der Anwärtersonderzuschlag; im Fall der Kürzung des Anwärtergrundbetrags nach Art. 81 ist der herabgesetzte Anwärtergrundbetrag maßgeblich,
4. die Unterhaltsbeihilfe (Art. 97),
5. der Familienzuschlag.

(2) Für die Bezüge im Sinn des Abs. 1 gelten folgende Vomhundertsätze:

1. 70 v. H. für Bezüge nach Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 und 2 für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 11 sowie für Anwärter und Anwärterinnen; für die übrigen Besoldungsgruppen 65 v. H.,
2. 70 v. H. für Bezüge nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 3,
3. 70 v. H. für die Unterhaltsbeihilfe nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 4,
4. 84,29 v. H. für den Familienzuschlag nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 5.

(3) Bezüge, deren Zahlung auf Grund eines Verwaltungsakts eingestellt worden ist, sind beim Grundbetrag nicht zu berücksichtigen, solange die Bezüge nur infolge der Aussetzung einer sofortigen Vollziehung oder der völligen oder teilweisen Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs auszuzahlen sind.

Art. 84

Erhöhungsbetrag

[1]Beamten und Beamtinnen mit Grundbezügen aus den Besoldungsgruppen A 3 bis A 8, Anwärtern und Anwärterinnen sowie Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen steht für Monate des Kalenderjahres, in denen an jedem Tag des Monats ein Anspruch auf Bezüge nach Art. 83 Abs. 1 Satz 2 aus einem der in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 bezeichneten Rechtsverhältnissen besteht, ein monatlicher Erhöhungsbetrag von jeweils 8,33 € vom jeweiligen Dienstherrn zu. [2]Art. 83 Abs. 3 gilt entsprechend.

Art. 85

Sonderbetrag für Kinder

(1) [1]Für jedes Kind, für das im jeweiligen Monat des Kalenderjahres Familienzuschlag bei einem der in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 genannten Dienstherren gewährt wird, wird vom jeweiligen Dienstherrn ein monatlicher Sonderbetrag von jeweils 2,13 € gezahlt. [2]Art. 6 findet keine Anwendung; Art. 83 Abs. 3 gilt entsprechend.

(2) [1]Der Sonderbetrag wird für jeden Berechtigten oder jede Berechtigte nur einmal gewährt. [2]Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus einem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger oder Versorgungsempfängerin vor.

Art. 86

Ausschlusstatbestand

Werden während des Kalenderjahres Bezüge im Rahmen eines Disziplinarverfahrens teilweise einbehalten oder gelten kraft Gesetzes in voller Höhe als einbehalten, besteht Anspruch auf die jährliche Sonderzahlung nur, wenn die einbehaltenen Bezüge nachzuzahlen sind.

Art. 87

Zahlungsweise, Teilsonderzahlung

(1) [1]Die jährliche Sonderzahlung wird mit den laufenden Bezügen für den Monat Dezember gezahlt. [2]Art. 38 in Verbindung mit § 55 des Bundesbesoldungsgesetzes ist zu berücksichtigen.

(2) [1]Scheidet ein Berechtigter oder eine Berechtigte im Sinn des Art. 1 Abs. 1 Satz 1 aus dem zum jeweiligen Dienstherrn bestehenden Rechtsverhältnis während des Kalenderjahres aus und stehen bei diesem aus einem neuen Dienstverhältnis voraussichtlich im laufenden Kalenderjahr keine laufenden Bezüge mehr zu, so wird die bis zu diesem Zeitpunkt zustehende Sonderzahlung mit den laufenden Bezügen für den letzten Anspruchsmonat gezahlt oder, wenn dies nicht möglich ist, entsprechend nachgezahlt. [2]Entsprechendes gilt für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen.

Abschnitt 7
Vermögenswirksame Leistungen

Art. 88
Anspruch

(1) [1]Berechtigten werden für vermögenswirksame Anlagen nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz (5. VermBG) vermögenswirksame Leistungen für Kalendermonate gewährt, in denen ihnen Besoldung nach Art. 2 zusteht und sie diese Besoldung auch erhalten. [2]Satz 1 gilt entsprechend für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen.

(2) Der Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen nach Abs. 1 entsteht frühestens für den Kalendermonat, in dem der oder die Berechtigte die nach Art. 90 erforderlichen Angaben mitteilt, und für die beiden vorangegangenen Monate desselben Kalenderjahres.

(3) [1]Die vermögenswirksame Leistung wird dem oder der Berechtigten im Kalendermonat nur einmal gewährt. [2]Das gilt auch, wenn dem oder der Berechtigten aus mehreren Dienstverhältnissen Leistungen nach Satz 1 zustünden. [3]In diesem Fall sind die vermögenswirksamen Leistungen aus dem zuerst begründeten Dienstverhältnis zu zahlen. [4]Erreicht die vermögenswirksame Leistung nach Satz 3 nicht den Betrag nach Art. 89 Abs. 1, ist der Unterschiedsbetrag aus dem anderen Dienstverhältnis zu zahlen.

Art. 89
Höhe und Fälligkeit

(1) [1]Die vermögenswirksame Leistung beträgt 6,65 € monatlich. [2]Anwärter und Anwärterinnen sowie Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen erhalten monatlich 13,29 €.

(2) [1]Für die Höhe der vermögenswirksamen Leistungen sind die Verhältnisse am Ersten des Kalendermonats maßgebend. [2]Wird das Dienstverhältnis nach dem Ersten des Kalendermonats begründet, ist für diesen Monat der Tag des Beginns des Dienstverhältnisses maßgebend.

(3) Die vermögenswirksame Leistung kann unbeschadet des Art. 88 Abs. 2 bis zum Ablauf der auf den Monat der Mitteilung nach Art. 90 Abs. 1 folgenden drei Kalendermonate nachgezahlt werden; danach gilt Art. 4 Abs. 3.

Art. 90
Anlage und Verfahren

(1) Der oder die Berechtigte teilt der nach Art. 14 zuständigen Stelle schriftlich die Art der gewählten Anlage mit und gibt hierbei, soweit dies nach der Art der Anlage erforderlich ist, das Unternehmen oder Institut mit der Bankleitzahl und der Nummer des Kontos an, auf das die vermögenswirksame Leistung überwiesen werden soll.

(2) Der Wechsel der Anlage bedarf im Fall des § 11 Abs. 3 Satz 2 5. VermBG nicht der Zustimmung der zuständigen Stelle nach Abs. 1, wenn der oder die Berechtigte diesen Wechsel aus Anlass der erstmaligen Gewährung der vermögenswirksamen Leistung verlangt.

Teil 4

Sonstige Leistungen

Art. 91

Leistungen außerhalb der Besoldung

(1) Zu den in diesem Gesetz geregelten Leistungen außerhalb der Besoldung (sonstige Leistungen) gehören Aufwandsentschädigungen (Art. 92, Art. 93), Fürsorgeleistungen (Art. 94 bis Art. 96), die Unterhaltsbeihilfe für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen (Art. 97) und Nebenamtsvergütungen (Art. 98 und Art. 99).

(2) [1]Weitere Leistungen dürfen nur auf der Grundlage des Art. 5 Abs. 2 BayBG oder einer anderen gesetzlichen Regelung gewährt werden. [2]Für die Gemeinden, die Gemeindeverbände und die sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gilt Satz 1 erste Alternative unter der Voraussetzung, dass es für die Beamten und Beamtinnen des Staates entsprechende Regelungen gibt. [3]Sätze 1 und 2 gelten nicht für im Wettbewerb stehende Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform und deren Verbände sowie für im Wettbewerb stehende Eigenbetriebe.

Art. 92

Aufwandsentschädigungen

[1]Aufwandsentschädigungen zur Kostenerstattung von dienstlich veranlasstem Mehraufwand, dessen Übernahme dem oder der Berechtigten nicht zugemutet werden kann, dürfen von der obersten Dienstbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle gewährt werden, wenn der Haushaltsplan dafür Mittel zur Verfügung stellt. [2]Die maßgeblichen Grundsätze regelt die Staatsregierung durch Rechtsverordnung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. [3]Die Staatsregierung kann die Befugnis nach Satz 2 im staatlichen Bereich auf die obersten Dienstbehörden und außerhalb des staatlichen Bereichs auf die Rechtsaufsichtsbehörden übertragen.

Art. 93

Bürokostenentschädigung für Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen

Die Gewährung der Entschädigung zur Abgeltung der den Gerichtsvollziehern und Gerichtsvollzieherinnen für die Verpflichtung zur Einrichtung und Unterhaltung eines Büros entstehenden notwendigen Aufwendungen regelt das Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung.

Art. 94

Ballungsraumzulage

(1) [1]Im staatlichen Bereich wird Berechtigten sowie Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen mit dienstlichem Wohnsitz und Hauptwohnsitz (Art. 15 Abs. 2 des Meldegesetzes) im Stadt- und Umlandbereich München zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten eine Ballungsraumzulage gewährt; auf die Ballungsraumzulage finden die Vorschriften des Teil 1 entsprechende Anwendung, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. [2]Der Stadt- und Umlandbereich München ist das in Anhang 3 der Anlage zur Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 8. August 2006 (GVBl S. 471, BayRS 230-1-5-W) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend definierte Gebiet.

(2) [1]Die Ballungsraumzulage setzt sich zusammen aus einem Grundbetrag, Anwärtergrundbetrag oder Dienstanfängergrundbetrag und einem Kinderzuschlag. [2]Der Grundbetrag beträgt 75 € monatlich. [3]Anwärtern und Anwärterinnen wird ein Anwärtergrundbetrag von 37,50 €, Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen ein Dienstanfängergrundbetrag von 22,50 € monatlich gewährt. [4]Für jedes Kind, für das Berechtigten oder Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz tatsächlich gezahlt wird, erhöht sich die Ballungsraumzulage um 20 € (Kinderzuschlag).

(3) [1]Der sich aus Abs. 2 ergebende Grundbetrag wird höchstens in der Höhe gewährt, in der die Grundbezüge der Berechtigten nach Art. 2 Abs. 2 mit Ausnahme der Nrn. 4 und 5 hinter 2 964,43 € monatlich (Grenzbetrag) zurückbleibt. [2]Für den Kinderzuschlag gilt ein Grenzbetrag von 4 139,25 € monatlich (Kindergrenzbetrag). [3]Art. 6 ist auf den Grenzbetrag und den Kindergrenzbetrag entsprechend anzuwenden. [4]Anwärtern und Anwärterinnen sowie Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen wird die Ballungsraumzulage höchstens in der Höhe gewährt, in der der Anwärtergrundbetrag oder die Unterhaltsbeihilfe hinter 1 028,84 € monatlich zurückbleibt (Anwärtergrenzbetrag). [5]Grenzbetrag und Kindergrenzbetrag nehmen in prozentualer Höhe und hinsichtlich des Zeitpunkts an linearen Anpassungen des Grundgehalts für ein Amt der Besoldungsgruppe A 10, der Anwärtergrundbetrag an entsprechenden Anpassungen des für Beamte und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für ein Eingangsamt der Besoldungsgruppen A 9 bis A 11 geltenden Anwärtergrundbetrags teil. [6]Das Staatsministerium der Finanzen gibt die jeweils geltende Höhe der Grenzbeträge bekannt. [7]Die Ballungsraumzulage kommt nicht zur Auszahlung, wenn sie im betreffenden Monat insgesamt einen Betrag von 10 € nicht überschreitet.

(4) Ein Zuschlag nach Art. 60 kann auf die Ballungsraumzulage ganz oder zum Teil angerechnet werden; die näheren Einzelheiten dazu bestimmt das Staatsministerium der Finanzen durch Verwaltungsvorschrift.

(5) Im nichtstaatlichen Bereich kann Berechtigten sowie Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen mit dienstlichem Wohnsitz und Hauptwohnsitz in dem in Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Gebiet eine Ballungsraumzulage höchstens in der in diesem Artikel bestimmten Höhe gewährt werden.

Art. 95

Gemeinschaftsunterkunft

Für Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen, die auf Grund dienstlicher Verpflichtung in Gemeinschaftsunterkunft wohnen (Art. 127 BayBG), wird die Unterkunft unentgeltlich bereitgestellt.

Art. 96

Heilfürsorge

[1]Den Beamten und Beamtinnen der Bayerischen Bereitschaftspolizei in Ausbildung (Art. 125 BayBG), die auf Grund dienstlicher Verpflichtung in Gemeinschaftsunterkunft wohnen, und den nicht zum Stammpersonal gehörenden Beamten und Beamtinnen der Einsatzstufen wird freie Heilfürsorge gewährt. [2]Das Gleiche gilt für alle übrigen Beamten und Beamtinnen der Polizei für die Zeit, in der sie im Rahmen eines Polizeieinsatzes oder von Übungen verwendet werden. [3]Die Durchführung der freien Heilfürsorge regelt das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung.

Art. 97

Unterhaltsbeihilfe für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen

[1]Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen erhalten für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses eine monatliche Unterhaltsbeihilfe. [2]Diese beträgt 60 v. H. des Anwärtergrundbetrags (Art. 77), den ein Anwärter oder eine Anwärterin für ein Eingangsamt der Besoldungsgruppen A 6 bis A 8 bezieht. [3]Satz 2 gilt für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen des technischen Dienstes für Vermessung und Geoinformation sowie des technischen Dienstes für Ländliche Entwicklung mit der Maßgabe, dass ab dem zweiten Ausbildungsjahr 66 v. H. und ab dem dritten Ausbildungsjahr 72 v. H. der Bemessungsgrundlage gewährt werden. [4]Auf die Unterhaltsbeihilfe sind die für Beamte und Beamtinnen geltenden besoldungsrechtlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit nichts Besonderes bestimmt ist.

Art. 98

Nebenamtsvergütung für Beamte und Beamtinnen an staatlichen Unterrichtseinrichtungen

[1]Für nebenamtliche Lehrkräfte, die an den staatlichen Unterrichtseinrichtungen im Bereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Unterricht erteilen, bemisst sich die Unterrichtsvergütung nach den jeweiligen für Mehrarbeit im Schuldienst geltenden Sätzen nach Anlage 9. [2]Die Sätze gelten auch für Lehrkräfte mit einer der jeweiligen Lehrbefähigung entsprechenden Ausbildung. [3]Der Vergütungssatz für Inhaber und Inhaberinnen von Lehrämtern, deren Eingangsamt nicht der Besoldungsgruppe A 12 oder A 13 zugeordnet ist, gilt auch für Lehrkräfte mit

einer für die jeweilige Lehrtätigkeit erforderlichen abgeschlossenen fachlichen Ausbildung; Lehrkräften ohne eine derartige abgeschlossene fachliche Ausbildung wird eine Vergütung in Höhe von 75 v. H. des maßgebenden Satzes nach Anlage 9 gewährt. [4]Art. 14 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 99

Nebenamtsvergütung für Hochschulprofessoren und Hochschulprofessorinnen sowie für Leiter und Leiterinnen von Materialprüfungsämtern

(1) [1]Präsidenten und Präsidentinnen einer Hochschule im Beamtenverhältnis, denen nach Art. 21 Abs. 5 Halbsatz 2 BayHSchG die Ausübung ihrer bisherigen Rechte als Professoren und Professorinnen in Forschung und Lehre ganz oder teilweise als Nebentätigkeit gestattet ist, erhalten für Lehrveranstaltungen eine Nebenamtsvergütung, deren Höhe durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen festgelegt wird; eine Nebenamtsvergütung wird höchstens für vier Wochenstunden gewährt. [2]Art. 14 gilt entsprechend.

(2) [1]Für die nebenamtliche Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung eines Materialprüfungsamts an einer Universität erhalten die damit betrauten Professoren und Professorinnen 50 v. H. der von dem Materialprüfungsamt erzielten Reineinnahmen, höchstens jedoch 12 300 € jährlich als Nebenamtsvergütung. [2]Bei der Ermittlung der Reineinnahmen sind von den Roheinnahmen die mit den Prüfungen und Untersuchungen im Zusammenhang stehenden Aufwendungen und ein Pauschbetrag von 10 v. H. der Roheinnahmen für die Benutzung der für Lehre und Forschung vorhandenen Gebäude und Einrichtungen abzusetzen.

Teil 5

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Art. 100

Dienstordnungsmäßig Angestellte

(1) [1]Die unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts im Bereich der Sozialversicherung haben bei Aufstellung ihrer Dienstordnungen nach den §§ 351 bis 357, § 413 Abs. 2, § 414b der Reichsversicherungsordnung, §§ 144 bis 147 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch, §§ 52 und 56 Abs. 3 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte, § 58 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte für die dienstordnungsmäßig Angestellten den Rahmen des für die Beamten und Beamtinnen des Staates geltenden Besoldungsrechts, insbesondere das Besoldungsgefüge (Art. 2) und die Stellenobergrenzen (Art. 26 Abs. 1 Satz 1), einzuhalten. [2]Sonstige Leistungen sind nach den Grundsätzen der für die Beamten und Beamtinnen des staatlichen Bereichs geltenden Bestimmungen zu regeln.

(2) [1]Die besoldungsrechtliche Einstufung der Dienstposten der Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen der Träger der Unfallversicherung und der landwirtschaftlichen Sozialver-

sicherung darf die Besoldungsgruppe B 6 nicht überschreiten. [2]Der stellvertretende Geschäftsführer oder die stellvertretende Geschäftsführerin ist jeweils mindestens eine Besoldungsgruppe niedriger einzustufen als der Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin. [3]Die Einstufung bis zur Höchstgrenze wird vom Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen durch Rechtsverordnung festgelegt. [4]Die Einstufung ist durch die Anwendung objektiver Bewertungskriterien zu begründen; dabei sind die Besonderheiten der Unfallversicherung der öffentlichen Hand sowie der landwirtschaftlichen Sozialversicherung zu berücksichtigen.

(3) Art. 14 Satz 3 gilt entsprechend.

Art. 101

Sachbezüge und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Art. 11 und Art. 91 Abs. 2 gelten für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entsprechend, soweit nicht eine günstigere tarifvertragliche Regelung besteht.

Teil 6

Sonstige Zuständigkeitsregelung

Art. 102

Vollzugsvorschriften

[1]Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Rechtsvorschriften erlässt die Staatsregierung, soweit nichts anderes bestimmt ist. [2]Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften erlässt das Staatsministerium der Finanzen im Benehmen mit den Staatsministerien. [3]Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die nur einzelne Geschäftsbereiche betreffen, erlässt das beteiligte Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

Teil 7

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 103

Rechtsanwendung für vorhandene Besoldungsempfänger und Besoldungsempfängerinnen sowie für vorhandene Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Dieses Gesetz gilt auch für die am 1. Januar 2011 und am 31. Dezember 2010 vorhandenen Berechtigten im Sinn des Art. 1 Abs. 1 Satz 1, Teil 5 für vorhandene Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nach Art. 1 Abs. 4.

Art. 104

Überführung oder Überleitung in die Besoldungsordnungen A, B, W und R

(1) [1]Bei Beamten und Beamtinnen sowie Richtern und Richterinnen, deren Ämter am 31. Dezember 2010 in den Bundesbesoldungsordnungen A, B, W oder R des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung oder in den Besoldungsordnungen A oder B des Bayerischen Besoldungsgesetzes in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung ausgebracht waren, werden die bisherigen Ämter in die entsprechenden Ämter und Besoldungsgruppen der Anlage 1 überführt, soweit sich in der Amtsbezeichnung und der Besoldungsgruppe keine Änderung ergibt. [2]Dies gilt auch für die bisher in der Bundesbesoldungsordnung A ausgebrachten Grundamtsbezeichnungen, deren Sperrdruck entfällt (Art. 22 Abs. 2).

(2) [1]Beamte und Beamtinnen sowie Richter und Richterinnen, deren Ämter am 31. Dezember 2010 in den Besoldungsordnungen A, B, W oder R des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung oder in den Besoldungsordnungen A oder B des Bayerischen Besoldungsgesetzes in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung ausgebracht waren, gelten als in die in der **Anlage 11** ausgebrachten Ämter übergeleitet, soweit sich durch dieses Gesetz die Einstufung, Amtszulagen oder Amtsbezeichnungen ändern (Anlage 11 Abschnitt 1). [2]In Anlage 11 Abschnitt 2 sind auch die Ämter enthalten, bei denen sich nur die Funktionsbezeichnung ändert oder entfällt. [3]Soweit den bisherigen Amtsbezeichnungen ein Zusatz im Sinn des Art. 22 Abs. 2 Satz 2 beigefügt war, wird dieser Zusatz der Amtsbezeichnung nach diesem Gesetz solange beigefügt, bis die zuständige Stelle einen neuen Zusatz zur Amtsbezeichnung bestimmt.

(3) [1]Beamte und Beamtinnen, denen am 31. Dezember 2010 eine Stellenzulage zugestanden hat, die nach Maßgabe des Art. 34 in eine Amtszulage oder eine Zulage für besondere Berufsgruppen umgewandelt ist, gelten kraft Gesetzes in das Amt ihrer Besoldungsgruppe mit Anspruch auf Amtszulage oder auf eine Zulage für besondere Berufsgruppen übergeleitet. [2]Gleichzeitig entfällt der Anspruch auf die Stellenzulage nach früherem Recht.

Art. 105

Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen

(1) [1]Ämter, die nicht mehr benötigt werden, werden für vorhandene Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen in Anlage 1 Besoldungsordnungen kw (= künftig wegfallend) ausgebracht. [2]Diese Ämter dürfen anderen Beamten und Beamtinnen nicht verliehen werden. [3]Einem Amtsinhaber oder einer Amtsinhaberin nach Satz 1 kann im Weg der Beförderung ein als künftig wegfallend bezeichnetes Amt verliehen werden, sofern nicht eine Beförderung in ein in den Besoldungsordnungen A, B, W und R ausgebrachtes Amt möglich ist.

(2) Ämter, die am 31. Dezember 2010 in Teil 1 des Anhangs zu den Besoldungsordnungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung aufgeführt waren, ergeben sich aus Anlage 1 Besoldungsordnung A kw und Besoldungsordnung B kw.

Art. 106

Einordnung der vorhandenen Besoldungsempfänger und Besoldungsempfängerinnen der Besoldungsordnungen A und R in die neuen Grundgehaltstabellen

(1) [1]Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnung A werden den Stufen des Grundgehalts der Anlage 3 zugeordnet. [2]Die Zuordnung erfolgt entsprechend der Besoldungsgruppe des Beamten oder der Beamtin zu der Stufe, die dem Betrag des am 31. Dezember 2010 zustehenden Grundgehalts entspricht; in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 8 ist diesem Betrag ein Betrag von 17,59 € hinzuzurechnen. [3]Die Fälle des Art. 104 Abs. 2 Satz 1 gelten für die Zuordnung nach Satz 2 als zum 31. Dezember 2010 übergeleitet; verringert sich in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 6 durch diese Überleitung die Summe aus vor der Überleitung zustehendem Grundgehalt und Amtszulage, so ist für die Zuordnung nach den Sätzen 1 und 2 dem Betrag des vor der Überleitung zustehenden Grundgehalts der Betrag der vor der Überleitung zustehenden Amtszulage hinzuzurechnen. [4]Weist die Grundgehaltstabelle keinen Betrag aus, erfolgt die Zuordnung zu der Stufe der entsprechenden Besoldungsgruppe mit dem nächsthöheren Betrag. [5]Bei Beurlaubten ohne Anspruch auf Dienstbezüge ist das Grundgehalt maßgeblich, das bei einer Beendigung der Beurlaubung am 31. Dezember 2010 maßgebend wäre.

(2) [1]Mit der Zuordnung zu einer Stufe des Grundgehalts der Anlage 3 beginnen die für die Regelstufe maßgebenden Zeitabstände des Art. 30 Abs. 2. [2]Bereits in einer Stufe mit dem entsprechenden Grundgehaltsbetrag verbrachte Zeiten mit Anspruch auf Grundgehalt werden angerechnet; Art. 31 Abs. 3 gilt entsprechend. [3]Liegt für einen nach dem 31. Dezember 2010 erfolgenden regelmäßigen Stufenaufstieg nach Art. 30 Abs. 2 keine Leistungsfeststellung nach Art. 30 Abs. 3 vor, gelten die mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen bis zur ersten Leistungsfeststellung nach dem 31. Dezember 2010 als erfüllt. [4]Leistungsstufen bleiben bei der Zuordnung nach Abs. 1 Sätze 2 und 3 unberücksichtigt.

(3) [1]Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 werden den Stufen des Grundgehalts der Anlage 3 zugeordnet. [2]Abs. 1 Satz 2

Halbsatz 1, Sätze 3 bis 5 und Abs. 2 Sätze 1 und 2 gelten entsprechend; Abs. 2 Satz 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass Art. 47 Abs. 2 Satz 1 an die Stelle des Art. 30 Abs. 2 tritt.

Art. 107

Auswirkung der neuen Grundgehaltstabelle W auf die Hochschulleistungsbezüge der vorhandenen Professoren und Professorinnen sowie der hauptberuflichen Mitglieder von Hochschulleitungen

Soweit vorhandene Professoren und Professorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen im Zeitpunkt der Überleitung in die neue Grundgehaltstabelle der Besoldungsordnung W monatliche Leistungsbezüge erhalten, sind diese Leistungsbezüge in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem jeweiligen Grundgehaltssatz nach Anlage 3 und dem bis zum Ablauf des 31. Dezember 2010 geltenden Grundgehaltssatz zu kürzen, höchstens jedoch in Höhe der Hälfte der monatlichen Leistungsbezüge; mehrere Hochschulleistungsbezüge sind anteilig zu kürzen.

Art. 108

Übergangsvorschrift für vorhandene Ämter der Besoldungsordnung C

(1) [1]Die Ämter der Professoren und Professorinnen, Hochschuldozenten und Hochschuldozentinnen, Oberassistenten und Oberassistentinnen, Oberingenieure und Oberingenieurinnen sowie der wissenschaftlichen und künstlerischen Assistenten und Assistentinnen der Besoldungsordnung C werden für vorhandene Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen als künftig wegfallende Ämter in Anlage 1 Besoldungsordnung C kw fortgeführt; Art. 105 Abs. 1 Satz 3 ist nicht anzuwenden. [2]Für diese Personen gelten die Vorschriften dieses Gesetzes nach Maßgabe der Abs. 2 bis 4.

(2) [1]Das Grundgehalt nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 für die in Abs. 1 genannten Personen ergibt sich aus Anlage 3. [2]Die Zuordnung erfolgt betragsmäßig entsprechend dem am 31. Dezember 2010 zustehenden Grundgehalt; Art. 106 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend. [3]Das Grundgehalt steigt mit der Zuordnung im Abstand von zwei Jahren bis zur Endstufe; Art. 106 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend. [4]Das Aufsteigen in den Stufen ruht für die Dauer einer vorläufigen Dienstenthebung; führt ein Disziplinarverfahren zur Entfernung aus dem Dienst oder endet das Dienstverhältnis durch Entlassung auf Antrag des Beamten oder der Beamtin oder infolge strafgerichtlicher Verurteilung, so erlischt der Anspruch auch für die Zeit des Ruhens. [5]Art. 35 bis Art. 38 gelten entsprechend. [6]Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppe C 1 kw erhalten eine Strukturzulage nach Art. 33.

(3) [1]Ein nach dem früheren Recht zustehender Zuschuss zum Grundgehalt in Höhe des am 31. Dezember 2010 zustehenden Betrags wird unverändert weitergewährt. [2]Ist der Zuschuss zum Grundgehalt unter der Voraussetzung gewährt worden, dass er beim Aufsteigen in den Stufen um den Steigerungsbetrag des Grundgehalts zu vermindern ist, ist diese Maßgabe auch im Fall des Stufenanstiegs nach Abs. 2 Satz 3 zu beachten. [3]Im Fall eines befristeten Zuschusses gelten Sätze 1 und 2 nur für die Zeit der Befristung. [4]Die Gewährung neuer oder die Erhöhung bestehender Zuschüsse ist ausgeschlossen. [5]Die Zuschüsse gelten für Zwecke dieses

Gesetzes als Leistungsbezug nach Art. 2 Abs. 3 Nr. 4; sie gehören zu den Bezügen nach Art. 83 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1.

(4) [1]Eine Zulage nach Art. 57 Abs. 1 wird nicht gewährt. [2]Professoren und Professorinnen, die zusätzlich zu Aufgaben des ihnen verliehenen Amtes Leitungsaufgaben an einer Hochschule wahrnehmen, erhalten eine Stellenzulage nach Maßgabe der Hochschulleitungs-Stellenzulagenverordnung in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung; sie gehört zu den Bezügen nach Art. 83 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1. [3]Für Professoren und Professorinnen, Oberassistenten und Oberassistentinnen sowie Oberingenieure und Oberingenieurinnen gilt Art. 65 entsprechend. [4]Für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2 kw bis C 4 kw gilt Art. 61 entsprechend; die Mehrarbeitsvergütung wird in Höhe des Vergütungssatzes der Anlage 9 für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 gewährt.

(5) [1]Auf Antrag wird Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppe C 4 kw ein Amt der Besoldungsgruppe W 3 und Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2 kw und C 3 kw ein Amt der Besoldungsgruppe W 2 übertragen; der Antrag ist unwiderruflich. [2]In diesen Fällen können abweichend von Art. 71 Abs. 2 Sätze 1 und 2 besondere Leistungsbezüge bereits bei erstmaliger Vergabe unbefristet gewährt werden. [3]Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppe C 2 an staatlichen Fachhochschulen und in Fachhochschulstudiengängen anderer staatlicher Hochschulen, die den Ruf auf diese Professur vor dem 1. Juni 2001 angenommen haben, können im Fall eines Antrags auf Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe W 2 mit Wirkung von dem Zeitpunkt an, in dem voraussichtlich eine Berufung in ein Amt der Besoldungsgruppe C 3 erfolgt wäre, neben dem Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe W 2 ruhegehaltfähige besondere Leistungsbezüge nach Maßgabe der nach Art. 74 zu erlassenden Rechtsverordnung gewährt werden.

(6) Wird an Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnung C kw auf Grund Antragstellung gemäß Abs. 5 oder in sonstigen Fällen ein Amt der Besoldungsordnung W verliehen, finden Art. 21 und Art. 52 keine Anwendung.

Art. 109

Sonstige Übergangsregelungen

(1) [1]Verringern sich die Bezüge von vorhandenen Beamten, Beamtinnen, Richtern und Richterinnen durch Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes (Art. 103), wird eine Überleitungszulage in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen den am 31. Dezember 2010 zugestandenen Bezügen und den ab 1. Januar 2011 zustehenden Bezügen gewährt. [2]Eine Verringerung der Bezüge nach Satz 1 setzt voraus, dass sich am 1. Januar 2011 bei unveränderten Verhältnissen eine niedrigere Besoldung im Vergleich zum 31. Dezember 2010 ergibt. [3]Die Überleitungszulage nach Satz 1 verringert sich bei jeder Erhöhung der Grund- und Nebenbezüge mit Ausnahme des Art. 67 um den Erhöhungsbetrag.

(2) [1]Soweit am 31. Dezember 2010 Ausgleichs- oder Überleitungszulagen nach früherem Recht gewährt werden, sind diese fortzuzahlen, solange die bisherigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, und nach Maßgabe des Art. 52 Abs. 1 Satz 5 zu verringern. [2]Soweit Ausgleichs- oder Überleitungszulagen nach Satz 1 für die Verringerung des Grundgehalts einschließlich einer Amtszulage gewährt werden, sind die Bezüge zu zahlen, die bei einem

Verbleiben in dem bisherigen Amt unter Beachtung des Art. 106 am 1. Januar 2011 zustünden; Art. 21 ist insoweit anzuwenden.

(3) [1]Beamte und Beamtinnen, denen für den Monat Dezember 2010 auf der Grundlage der Leistungsstufenverordnung die nächsthöhere Stufe des Grundgehalts tatsächlich gezahlt wird, erhalten diese weiterhin in der bisherigen Höhe, bis sie regulär die nächste Stufe des Grundgehalts erreichen. [2]Nach Ablauf der Zeit, um die die Erhöhung des Grundgehalts vorgezogen worden ist, bestimmt sich die weitere Zuordnung zu den Stufen nach Art. 106 Abs. 1 und 2 sowie Art. 30 Abs. 2 Satz 2. [3]Die Mittel für die weitere Zahlung der Leistungsstufen vom 1. Januar 2011 an sind auf das Vergabebudget des Art. 68 Abs. 1 Satz 1 anzurechnen.

(4) Beamte und Beamtinnen, denen für den Monat Dezember 2010 Auslandsdienstbezüge nach § 52 Abs. 1 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung gezahlt werden, erhalten diese weiterhin in der bisherigen Höhe, soweit diese höher sind als die Auslandsbesoldung nach Art. 38 und solange die bisherigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.

(5) Soweit nach diesem Gesetz die Staatsregierung oder eine andere Stelle ermächtigt ist, durch Rechtsverordnung bestimmte Bereiche zu regeln, bleiben die bisherigen Vorschriften für diese Bereiche bis zum Inkrafttreten der jeweiligen Rechtsverordnung in Kraft.

(6) Beamtinnen, die bis zum 1. Januar 2001 eine männliche Amtsbezeichnung geführt haben, sind berechtigt, die Amtsbezeichnung auch künftig in der männlichen Form zu führen.

(7) Hat die regelmäßige Verjährungsfrist von Ansprüchen auf Besoldung, die vor dem 1. Januar 2011 entstanden sind, am 1. Januar 2011 noch nicht begonnen, wird die Frist nach Art. 13 von diesem Zeitpunkt an berechnet; die Verjährung tritt spätestens mit Ablauf der bisherigen Höchstfrist, die ohne Rücksicht auf Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis begonnen hat, ein.

(8) Wurde die Altersteilzeit gemäß Art. 91 Abs. 1 Satz 1 BayBG oder Altersdienstermäßigung gemäß Art. 8c Abs. 1 Satz 1 BayRiG bis zum 31. Dezember 2009 angetreten, gilt Art. 58 mit der Maßgabe, dass der Zuschlag in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der Nettobesoldung nach Art. 6 und 83 v. H. der Nettobesoldung, die sich aus der in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit ergibt, gewährt wird.

Anlage 1

Besoldungsordnungen

Besoldungsordnung A

Besoldungsgruppe A 3

Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin

Wachtmeister, Wachtmeisterin

Besoldungsgruppe A 4

Amtsmeister, Amtsmeisterin[1)]

Oberwachtmeister, Oberwachtmeisterin[2)]

---

1) Auch als Eingangsamt im Sitzungsdienst der Gerichte.
2) Auch als Eingangsamt im Justiz- und Justizwachtmeisterdienst.

Besoldungsgruppe A 5

Hauptamtsmeister, Hauptamtsmeisterin

Hauptwachtmeister, Hauptwachtmeisterin

Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin

Oberwart, Oberwartin[1)]

Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterin[2)]

---

1) Als Eingangsamt.
2) Während der Ausbildung im Beamtenverhältnis auf Probe.

Besoldungsgruppe A 6

Justizvollstreckungssekretär, Justizvollstreckungssekretärin[1)]

Sekretär, Sekretärin[2)3)]

Werkmeister, Werkmeisterin[1)]

---

1) Als Eingangsamt.
2) Auch als Eingangsamt für die zweite Qualifikationsebene.
3) Beamte und Beamtinnen mit Einstieg in der ersten Qualifikationsebene erhalten in herausgehobenen Funktionen eine Amtszulage nach Anlage 4.

Besoldungsgruppe A 7

Brandmeister, Brandmeisterin[1)]

Justizvollstreckungsobersekretär, Justizvollstreckungsobersekretärin

Krankenpfleger, Krankenschwester[1)]

Kriminalmeister, Kriminalmeisterin[1)]

Obersekretär, Obersekretärin[2)]

Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin[3)]

Polizeimeister, Polizeimeisterin[1)]

Restaurator, Restauratorin

Stationspfleger, Stationsschwester[4)]

---

1) Als Eingangsamt.
2) Auch als Eingangsamt für den allgemeinen Vollzugsdienst bei den Justizvollzugsanstalten oder für die Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik.
3) Auch als Eingangsamt für den Werkdienst bei den Justizvollzugsanstalten.
4) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.

Besoldungsgruppe A 8

Abteilungspfleger, Abteilungsschwester

Flussmeister, Flussmeisterin[1)]

Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherin[1)]

Hauptsekretär, Hauptsekretärin

Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterin

Justizvollstreckungshauptsekretär, Justizvollstreckungshauptsekretärin

Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterin

Oberbrandmeister, Oberbrandmeisterin

Oberrestaurator, Oberrestauratorin

Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterin

Straßenmeister, Straßenmeisterin[1)]

---

1) Als Eingangsamt.

Besoldungsgruppe A 9

Förderlehrer, Förderlehrerin[1)]

Inspektor, Inspektorin[2)3)]

Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterin[4)]

Kriminalkommissar, Kriminalkommissarin[5)]

Oberflussmeister, Oberflussmeisterin

Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherin

Oberpfleger, Oberschwester

Oberstraßenmeister, Oberstraßenmeisterin

Pflegevorsteher, Oberin[6)]

Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterin[4)]

Polizeikommissar, Polizeikommissarin[5)]

---

1) Als Eingangsamt; erhält an Förderschulen mit abgeschlossener sonderpädagogischer Zusatzausbildung im Umfang von mindestens 180 Stunden eine Amtszulage nach Anlage 4.
2) Auch als Eingangsamt für die dritte Qualifikationsebene.
3) Beamte und Beamtinnen mit Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene erhalten in herausgehobenen Funktionen eine Amtszulage nach Anlage 4.
4) Erhält in herausgehobenen Funktionen eine Amtszulage nach Anlage 4.
5) Als Eingangsamt für die dritte Qualifikationsebene.
6) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.

Besoldungsgruppe A 10

Erster Pflegevorsteher, Erste Oberin

Fachlehrer, Fachlehrerin[1)]

Förderlehrer, Förderlehrerin[2)]

Hauptflussmeister, Hauptflussmeisterin[3)]

Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherin

Hauptstraßenmeister, Hauptstraßenmeisterin[4)]

Kriminaloberkommissar, Kriminaloberkommissarin

Oberinspektor, Oberinspektorin[5)]

Polizeioberkommissar, Polizeioberkommissarin

---

1) Als Eingangsamt; erhält bei ausschließlicher Verwendung an Förderschulen eine Amtszulage nach Anlage 4.
2) Erhält an Förderschulen mit abgeschlossener sonderpädagogischer Zusatzausbildung im Umfang von mindestens 180 Stunden eine Amtszulage nach Anlage 4.
3) Das Amt darf nur von Amtsinhabern und Amtsinhaberinnen mit der ständigen Funktion als Leiter oder Leiterin einer Flussmeisterei oder eines Gewässeraufsichtsbezirks mit gegenüber dem Amt in Besoldungsgruppe A 9 besonders herausgehobenen Funktionen in Anspruch genommen werden.

4) Das Amt darf nur von Amtsinhabern und Amtsinhaberinnen mit der ständigen Funktion als Leiter oder Leiterin einer Autobahnmeisterei oder einer Straßenmeisterei mit gegenüber dem Amt in Besoldungsgruppe A 9 besonders herausgehobenen Funktionen in Anspruch genommen werden.

5) Auch als Eingangsamt für die Fachlaufbahnen Naturwissenschaft und Technik sowie Polizei und Verfassungsschutz mit dem Schwerpunkt Technik.

Besoldungsgruppe A 11

Amtmann, Amtfrau

Erster Pflegevorsteher, Erste Oberin

Fachlehrer, Fachlehrerin[1)2)]

Förderlehrer, Förderlehrerin

Kriminalhauptkommissar, Kriminalhauptkommissarin

Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin

1) Mit abgeschlossener Fachhochschulausbildung als Eingangsamt.

2) Erhält bei ausschließlicher Verwendung an Förderschulen eine Amtszulage nach Anlage 4.

Besoldungsgruppe A 12

Amtsrat, Amtsrätin

Fachlehrer, Fachlehrerin[1)]

Förderlehrer, Förderlehrerin

Kriminalhauptkommissar, Kriminalhauptkommissarin

Lehrer, Lehrerin[1)2)]

Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin

1) Erhält bei ausschließlicher Verwendung an Förderschulen eine Amtszulage nach Anlage 4.

2) Auch als erstes Beförderungsamt mit einer Amtszulage nach Anlage 4.

Besoldungsgruppe A 13

Akademischer Rat, Akademische Rätin

Beratungsrektor, Beratungsrektorin[1)]

Erster Kriminalhauptkommissar, Erste Kriminalhauptkommissarin[2)]

Erster Polizeihauptkommissar, Erste Polizeihauptkommissarin[2)]

Fachschulkonrektor, Fachschulkonrektorin

Institutskonrektor, Institutskonrektorin

Institutsrektor, Institutsrektorin[3)]

Konrektor, Konrektorin[4)]

Konservator, Konservatorin[5)]

Kurdirektor, Kurdirektorin der Kurverwaltung Bad Brückenau

Musikschulkonrektor, Musikschulkonrektorin

Musikschulrektor, Musikschulrektorin

Pfarrer, Pfarrerin[5)]

Polizeirealschullehrer, Polizeirealschullehrerin[5)]

Polizeirealschuloberlehrer, Polizeirealschuloberlehrerin[7)]

Rat, Rätin[8)9)]

Rektor, Rektorin[1)]

Schulberatungsrektor, Schulberatungsrektorin

Seminarrektor, Seminarrektorin[1)]

Studienrat, Studienrätin[6)]

Studienrat, Studienrätin im Förderschuldienst[5)10)]

Studienrat, Studienrätin im Grundschuldienst[11)12)]

Studienrat, Studienrätin im Hauptschuldienst[11)12)]

Studienrat, Studienrätin im Realschuldienst[5)10)]

Zweiter Konrektor, Zweite Konrektorin[1)]

---

1) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.
2) Beamte und Beamtinnen mit Einstieg in der dritten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Polizei und Verfassungsschutz mit dem Schwerpunkt Technik erhalten in herausgehobenen Funktionen eine Amtszulage nach Anlage 4.
3) Erhält bei höherer Wertigkeit des Amtsinhalts eine Amtszulage nach Anlage 4.
4) Erhält eine Amtszulage nach Maßgabe der Anlage 4.
5) Als Eingangsamt.
6) Als Eingangsamt an beruflichen Schulen oder Gymnasien; im Übrigen an Staatsinstituten und vergleichbaren Einrichtungen.
7) Als Beförderungsamt; erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.
8) Auch als Eingangsamt für die vierte Qualifikationsebene.
9) Beamte und Beamtinnen mit Einstieg in der dritten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Justiz mit dem Schwerpunkt Rechtspflege oder der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik erhalten in herausgehobenen Funktionen eine Amtszulage nach Anlage 4.
10) Auch als Beförderungsamt mit einer Amtszulage nach Anlage 4.
11) Als zweites Beförderungsamt; im Justizvollzug als Eingangsamt.
12) Im Justizvollzug auch als Beförderungsamt mit einer Amtszulage nach Anlage 4.

Besoldungsgruppe A 14

Akademischer Oberrat, Akademische Oberrätin

Beratungsrektor, Beratungsrektorin[1)]

Fachschulrektor, Fachschulrektorin[2)]

Institutsrektor, Institutsrektorin[1)]

Konrektor, Konrektorin[1)]

Landesanwalt, Landesanwältin

Musikschulrektor, Musikschulrektorin

Oberkonservator, Oberkonservatorin

Oberrat, Oberrätin

Oberstudienrat, Oberstudienrätin[3)]

Pfarrer, Pfarrerin

Realschulkonrektor, Realschulkonrektorin[2)]

Realschulrektor, Realschulrektorin[2)]

Regierungsschulrat, Regierungsschulrätin[1)]

Rektor, Rektorin[1)]

Schulberatungsrektor, Schulberatungsrektorin

Schulrat, Schulrätin[2)]

Seminarrektor, Seminarrektorin[1)]

Sonderschulkonrektor, Sonderschulkonrektorin[2)]

Sonderschulrektor, Sonderschulrektorin[2)]

Zweiter Konrektor, Zweite Konrektorin

Zweiter Realschulkonrektor, Zweite Realschulkonrektorin[2)]

Zweiter Sonderschulkonrektor, Zweite Sonderschulkonrektorin[2)]

---

1) Erhält bei höherer Wertigkeit des Amtsinhalts eine Amtszulage nach Anlage 4.
2) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.
3) An beruflichen Schulen oder Gymnasien sowie an Staatsinstituten und vergleichbaren Einrichtungen.

Besoldungsgruppe A 15

Akademischer Direktor, Akademische Direktorin

Dekan, Dekanin

Direktor, Direktorin[1)]

Direktor, Direktorin bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege[2)]

Direktor, Direktorin der Landesschule für Gehörlose[3)]

Direktor, Direktorin der Landesschule für Körperbehinderte[3)]

Direktor, Direktorin einer Schule für Gehörlose und Schwerhörige der Bezirke[3)]

Direktor, Direktorin eines Berufsbildungswerks für Behinderte[4)]

Fachschulrektor, Fachschulrektorin

Hauptkonservator, Hauptkonservatorin

Institutsrektor, Institutsrektorin[5)]

Kanzler, Kanzlerin[6)]

Kommunaler Schulverwaltungsrektor, Kommunale Schulverwaltungsrektorin

Oberlandesanwalt, Oberlandesanwältin

Realschulkonrektor, Realschulkonrektorin

Realschulrektor, Realschulrektorin[5)]

Regierungsschuldirektor, Regierungsschuldirektorin[2)]

Rektor, Rektorin einer besonderen Schule[2)]

Schulamtsdirektor, Schulamtsdirektorin[2)]

Schulberatungsrektor, Schulberatungsrektorin[3)]

Seminarrektor, Seminarrektorin[7)]

Sonderschulkonrektor, Sonderschulkonrektorin

Sonderschulrektor, Sonderschulrektorin[5)]

Studiendirektor, Studiendirektorin[5)]

---

1) Erhält als Bereichsleiter oder Bereichsleiterin am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Amtszulage nach Anlage 4.
2) Erhält bei höherer Wertigkeit des Amtsinhalts eine Amtszulage nach Anlage 4.
3) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.
4) Erhält an einem Berufsbildungswerk für Behinderte mit Schülerheim eine Amtszulage nach Anlage 4.
5) Erhält bei höherer Wertigkeit des Amtsinhalts eine Amtszulage nach Anlage 4.
6) Als hauptamtliches Mitglied der Hochschulleitung.
7) Nur für Fachleiterfunktion im Realschulbereich.

Besoldungsgruppe A 16

Abteilungsdirektor, Abteilungsdirektorin

Direktor, Direktorin an der Landesanstalt für Landwirtschaft[1)2)]

Direktor, Direktorin bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege[3)4)]

Direktor, Direktorin bei der Verwaltungsschule[5)]

Direktor, Direktorin bei einem kommunalen Spitzenverband (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –)

Direktor, Direktorin des Staatlichen Forschungsinstituts für Geochemie in Bamberg

Direktor, Direktorin eines Bezirkskrankenhauses

Institutsdirektor, Institutsdirektorin

Kanzler, Kanzlerin[6)]

Kommunaler Schulverwaltungsrektor, Kommunale Schulverwaltungsrektorin

Landeskonservator, Landeskonservatorin

Leitender Akademischer Direktor, Leitende Akademische Direktorin

Leitender Direktor, Leitende Direktorin

Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin

Leitender Regierungsschuldirektor, Leitende Regierungsschuldirektorin

Leitender Schulamtsdirektor, Leitende Schulamtsdirektorin[1)]

Ministerialrat, Ministerialrätin

Oberlandesanwalt, Oberlandesanwältin

Oberstudiendirektor, Oberstudiendirektorin

Sonderschuldirektor, Sonderschuldirektorin[7)]

Stadtdirektor, Stadtdirektorin[1)]

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin bei den Handwerkskammern für Mittelfranken, Niederbayern-Oberpfalz, , Oberbayern, Oberfranken, Schwaben, Unterfranken

---

1) Erhält bei höherer Wertigkeit des Amtsinhalts eine Amtszulage nach Anlage 4.

2) Erhält gemäß Art. 54 als weiteres Mitglied des Präsidiums der Landesanstalt für Landwirtschaft eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem Grundgehalt (einschließlich Amtszulage) seiner oder ihrer Besoldungsgruppe und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe B 3.

3) Erhält
- als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Präsidenten oder der Präsidentin eine Amtszulage nach Anlage 4,
- als Leiter oder Leiterin des Fachbereichs Polizei eine Amtszulage nach Anlage 4.

Die Amtszulage als Leiter oder Leiterin des Fachbereichs Polizei wird nicht neben der Amtszulage als ständiger Vertreter oder ständige Vertreterin des Präsidenten oder der Präsidentin gewährt.

4) Erhält gemäß Art. 54 als Präsident oder Präsidentin der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem Grundgehalt (einschließlich Amtszulage) seiner oder ihrer Besoldungsgruppe und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe B 3.

5) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.

6) Als hauptamtliches Mitglied der Hochschulleitung.

7) Nur an beruflichen Schulen.

Besoldungsordnung B

Besoldungsgruppe B 2

Abteilungsdirektor, Abteilungsdirektorin

Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Staatsforsten

Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung

Direktor, Direktorin der Landesgewerbeanstalt Bayern

Direktor, Direktorin des Hauptstaatsarchivs

Direktor, Direktorin des Planungsverbands äußerer Wirtschaftsraum München

Direktor, Direktorin des Zweckverbands Bayerischer Landschulheime

Direktor, Direktorin eines Bezirkskrankenhauses

Geschäftsleiter, Geschäftsleiterin des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt

Kanzler, Kanzlerin[1)]

Leitender Realschulrektor, Leitende Realschulrektorin[2)]

Ministerialrat, Ministerialrätin

Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin[3)]

Präsident, Präsidentin des Polizeiverwaltungsamts

Stadtdirektor, Stadtdirektorin

Stellvertretender Direktor, Stellvertretende Direktorin der Staatsbibliothek

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin bei den Handwerkskammern für Mittelfranken, Niederbayern-Oberpfalz, Oberbayern, Oberfranken, Schwaben, Unterfranken

---

1) Als hauptamtliches Mitglied der Hochschulleitung.
2) Als Ministerialbeauftragter oder Ministerialbeauftragte.
3) Der Polizeipräsidien Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West, Unterfranken oder des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei.

Besoldungsgruppe B 3

Direktor, Direktorin bei der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern

Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer

Direktor, Direktorin bei der Verwaltungsschule

Direktor, Direktorin bei einem kommunalen Spitzenverband (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –)

Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung

Direktor, Direktorin beim Landesbeauftragten für den Datenschutz

Direktor, Direktorin beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband

Direktor, Direktorin der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung

Direktor, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Direktor, Direktorin des Hauses der Bayerischen Geschichte

Direktor, Direktorin des Landesamts für Maß und Gewicht

Direktor, Direktorin des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung

Direktor, Direktorin des Zentralinstituts für Kunstgeschichte

Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung

Generalsekretär, Generalsekretärin der Akademie der Wissenschaften

Geschäftsleiter, Geschäftsleiterin des Krankenhauszweckverbands Augsburg

Kanzler, Kanzlerin[1)]

Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin

Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin[2)]

Leitender Oberstudiendirektor, Leitende Oberstudiendirektorin[3)]

Leiter oder Leiterin der Landesbaudirektion bei der Autobahndirektion Nordbayern[4)]

Ministerialrat, Ministerialrätin

Oberbranddirektor, Oberbranddirektorin

Oberlandesanwalt, Oberlandesanwältin

Oberpflegamtsdirektor, Oberpflegamtsdirektorin der Stiftung Juliusspital Würzburg

Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin[5)]

Präsident, Präsidentin der Autobahndirektion Südbayern

Präsident, Präsidentin der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft

Präsident, Präsidentin der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau

Präsident, Präsidentin der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Regierungsvizepräsident, Regierungsvizepräsidentin[6)]

Stadtdirektor, Stadtdirektorin

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin bei den Handwerkskammern für Niederbayern-Oberpfalz, Oberbayern

Vizepräsident, Vizepräsidentin der Landesanstalt für Landwirtschaft

Vizepräsident, Vizepräsidentin der Lotterieverwaltung

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Finanzen

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Umwelt

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Vermessung und Geoinformation

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Zentrums Bayern Familie und Soziales

---

1) Als hauptamtliches Mitglied der Hochschulleitung.

2) Als Prüfungsgebietsleiter oder Prüfungsgebietsleiterin beim Bayerischen Obersten Rechnungshof.

3) Als Ministerialbeauftragter oder Ministerialbeauftragte für Gymnasien oder berufliche Schulen.
4) Als Stellvertreter oder Stellvertreterin des Präsidenten oder der Präsidentin der Autobahndirektion Nordbayern.
5) Des Landeskriminalamts oder des Polizeipräsidiums Mittelfranken oder des Polizeipräsidiums München.
6) Als Stellvertreter oder Stellvertreterin eines oder einer in der Besoldungsgruppe B 7 eingestuften Regierungspräsidenten oder Regierungspräsidentin.

Besoldungsgruppe B 4

Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer

Direktor, Direktorin bei einem kommunalen Spitzenverband (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –)

Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung

Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung

Generaldirektor, Generaldirektorin der Staatlichen Archive

Generaldirektor, Generaldirektorin der Staatsbibliothek

Generaldirektor, Generaldirektorin der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen

Generaldirektor, Generaldirektorin des Deutschen Museums München

Generaldirektor, Generaldirektorin des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg

Generaldirektor, Generaldirektorin des Bayerischen Nationalmuseums

Generalkonservator, Generalkonservatorin des Landesamts für Denkmalpflege

Kanzler, Kanzlerin[1)]

Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin

Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin[2)]

Polizeipräsident, Polizeipräsidentin[3)]

Präsident, Präsidentin der Autobahndirektion Nordbayern

Präsident, Präsidentin der Monumenta Germaniae Historica

Präsident, Präsidentin der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen

Regierungsvizepräsident, Regierungsvizepräsidentin

Stadtdirektor, Stadtdirektorin der Landeshauptstadt München

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin bei der Handwerkskammer für Oberbayern

Vizepräsident, Vizepräsidentin beim Landesamt für Steuern

---

1) Als hauptamtliches Mitglied der Hochschulleitung.
2) Als Prüfungsgebietsleiter oder Prüfungsgebietsleiterin beim Bayerischen Obersten Rechnungshof.
3) Der Bereitschaftspolizei oder der Polizeipräsidien Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West, Unterfranken.

Besoldungsgruppe B 5

Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung

Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung

Geschäftsführender Direktor, Geschäftsführende Direktorin der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern

Hauptgeschäftsführer, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammern Mittelfranken, Oberfranken, Schwaben, Unterfranken

Kanzler, Kanzlerin[1)]

Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin

Polizeipräsident, Polizeipräsidentin[2)]

---

1) Als hauptamtliches Mitglied der Hochschulleitung.
2) Des Polizeipräsidiums Mittelfranken.

Besoldungsgruppe B 6

Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung

Generallandesanwalt, Generallandesanwältin

Generalsekretär, Generalsekretärin des Landespersonalausschusses

Geschäftsführender Direktor, Geschäftsführende Direktorin des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Geschäftsführendes Präsidialmitglied eines kommunalen Spitzenverbands (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –)

Hauptgeschäftsführer, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz

Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin[1)]

Polizeipräsident, Polizeipräsidentin[2)]

Präsident, Präsidentin der Landesanstalt für Landwirtschaft

Präsident, Präsidentin der Lotterieverwaltung

Präsident, Präsidentin des Landesamts für Finanzen

Präsident, Präsidentin des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Präsident, Präsidentin des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung

Präsident, Präsidentin des Landesamts für Umwelt

Präsident, Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz

Präsident, Präsidentin des Landesamts für Vermessung und Geoinformation

Präsident, Präsidentin des Zentrums Bayern Familie und Soziales

---

1) Auch als Landesbeauftragter oder Landesbeauftragte für den Datenschutz oder als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin beim Bayerischen Obersten Rechnungshof.

2) Des Landeskriminalamts oder des Polizeipräsidiums München.

Besoldungsgruppe B 7

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Geschäftsführendes Präsidialmitglied eines kommunalen Spitzenverbands (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –)

Hauptgeschäftsführer, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer für Oberbayern

Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin

Präsident, Präsidentin des Landesamts für Steuern

Regierungspräsident, Regierungspräsidentin

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Besoldungsgruppe B 8

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Geschäftsführendes Präsidialmitglied eines kommunalen Spitzenverbands **(**Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –)

Landespolizeipräsident, Landespolizeipräsidentin

Regierungspräsident, Regierungspräsidentin von Oberbayern

Besoldungsgruppe B 9

Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin[1)]

Präsident, Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

---

1) In großen Staatsministerien und in der Staatskanzlei können zwei leitende Beamte oder Beamtinnen bestellt werden; die Ernennung zum Ministerialdirektor oder zur Ministerialdirektorin setzt voraus, dass dem Beamten oder der Beamtin mindestens die fachliche Teilamtsleitung über mehrere Abteilungen oder die ständige Vertretung über den gesamten Geschäftsbereich übertragen ist.

Besoldungsgruppe B 10

…

Besoldungsgruppe B 11

…

Besoldungsordnung W

Besoldungsgruppe W 1

Juniorprofessor, Juniorprofessorin

Besoldungsgruppe W 2

Professor, Professorin[1)]

Professor, Professorin an einer Kunsthochschule

Universitätsprofessor, Universitätsprofessorin

1) An einer Fachhochschule oder an einem Fachhochschulstudiengang einer Universität.

Besoldungsgruppe W 3

Präsident, Präsidentin oder Rektor, Rektorin der …[1)]

Professor, Professorin[2)]

Professor, Professorin an einer Kunsthochschule

Universitätsprofessor, Universitätsprofessorin

1) Der Amtsbezeichnung ist ein Zusatz beizufügen, der auf die Hochschule hinweist, der der Amtsinhaber oder die Amtsinhaberin angehört.

2) An einer Fachhochschule oder an einem Fachhochschulstudiengang einer Universität.

Besoldungsordnung R

Besoldungsgruppe R 1

Richter, Richterin am Amtsgericht[1)2)]

Richter, Richterin am Arbeitsgericht[1)2)]

Richter, Richterin am Landgericht[2)]

Richter, Richterin am Sozialgericht[2)]

Richter, Richterin am Verwaltungsgericht

Staatsanwalt, Staatsanwältin[3)]

---

1) Erhält als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin an einem Amtsgericht oder Arbeitsgericht mit bis zu sieben Planstellen für Richter und Richterinnen eine Amtszulage nach Anlage 4.
2) Erhält als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines weiteren aufsichtführenden Richters oder einer weiteren aufsichtführenden Richterin eine Amtszulage nach Anlage 4.
3) Erhält als Gruppenleiter oder Gruppenleiterin bei der Staatsanwaltschaft eine Amtszulage nach Anlage 4.

Besoldungsgruppe R 2

Direktor, Direktorin des Amtsgerichts[1)]

Direktor, Direktorin des Arbeitsgerichts[1)2)]

Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin[3)4)5)6)]

Richter, Richterin am Amtsgericht[7)8)]

Richter, Richterin am Arbeitsgericht[7)8)]

Richter, Richterin am Finanzgericht

Richter, Richterin am Landessozialgericht

Richter, Richterin am Oberlandesgericht

Richter, Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

Richter, Richterin am Sozialgericht[8)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Amtsgerichts[9)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Arbeitsgerichts[9)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts[9)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Sozialgerichts[9)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts[9)]

Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Landgericht[10)]

Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht

---

1) An einem Gericht mit bis zu sieben Planstellen für Richter und Richterinnen. Erhält an einem Gericht mit acht und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen eine Amtszulage nach Anlage 4.

2) Die Amtsbezeichnung führen Leiter und Leiterinnen von Arbeitsgerichten mit bis zu 22 Planstellen für Richter und Richterinnen.

3) Als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft.

4) Als Dezernent oder Dezernentin bei einer Generalstaatsanwaltschaft.

5) Erhält als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4 eine Amtszulage nach Anlage 4.

6) Als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen; erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.

7) Als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin an einem Gericht mit acht und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen; erhält als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin der Besoldungsgruppe R 3 eine Amtszulage nach Anlage 4.

8) Als weiterer aufsichtführender Richter oder weitere aufsichtführende Richterin. Bei acht und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen kann für weitere aufsichtführende Richter und Richterinnen je eine, bei 15 Planstellen und auf je fünf weitere Planstellen je eine weitere Planstelle für Richterinnen und Richter der Besoldungsgruppe R 2 ausgebracht werden. An einem Gericht mit fünfzehn und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen ist je mindestens eine solche Planstelle der Besoldungsgruppe R 2 auszubringen.

9) Erhält als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4 eine Amtszulage nach Anlage 4.

10) Erhält als weiterer aufsichtführender Richter oder aufsichtführende Richterin an einem Landgericht mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt, eine Amtszulage nach Anlage 4; bei 60 und auf je 30 weitere solche Planstellen können je drei weitere Planstellen der Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage nach Anlage 4 ausgebracht werden.

Besoldungsgruppe R 3

Direktor, Direktorin des Amtsgerichts[1)2)]

Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin[3)4)]

Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin[5)]

Präsident, Präsidentin des Arbeitsgerichts[6)7)]

Präsident, Präsidentin des Landgerichts[7)]

Präsident, Präsidentin des Sozialgerichts[7)]

Präsident, Präsidentin des Verwaltungsgerichts[7)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Amtsgerichts[8)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Finanzgerichts[9)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesarbeitsgerichts[9)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts[8)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts[8)]

Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Finanzgericht

Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht

Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Landessozialgericht

Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht

Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

---

1) An einem Gericht mit 23 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen.
2) Als Leiter oder Leiterin eines Gerichts mit Zentralstellenfunktion als Zentrales Mahngericht für Bayern.
3) Als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Generalstaatsanwaltschaft.
4) Als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit bis zu 40 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen.
5) Als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6.
6) Die Amtsbezeichnung führen Leiter und Leiterinnen von Arbeitsgerichten mit 23 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen.
7) An einem Gericht mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt.
8) Als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6.
9) Erhält als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 6 eine Amtszulage nach Anlage 4.

Besoldungsgruppe R 4

Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin[1)]

Präsident, Präsidentin des Amtsgerichts[2)]

Präsident, Präsidentin des Arbeitsgerichts[3)]

Präsident, Präsidentin des Landgerichts[2)]

Präsident, Präsidentin des Sozialgerichts[3)]

Präsident, Präsidentin des Verwaltungsgerichts[2)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landessozialgerichts[4)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts[4)]

Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs[4)]

---

1) Als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 41 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen.

2) An einem Gericht mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt.

3) An einem Gericht mit 41 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt.

4) Als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 8.

Besoldungsgruppe R 5

Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin[1)]

Präsident, Präsidentin des Amtsgerichts[2)]

Präsident, Präsidentin des Finanzgerichts[3)]

Präsident, Präsidentin des Landgerichts[2)]

Präsident, Präsidentin des Verwaltungsgerichts[2)]

---

1) Als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen.
2) An einem Gericht mit 81 bis 150 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt.
3) An einem Gericht mit bis zu 25 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk.

Besoldungsgruppe R 6

Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin

Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin[1)]

Präsident, Präsidentin des Amtsgerichts[2)]

Präsident, Präsidentin des Finanzgerichts[3)]

Präsident, Präsidentin des Landesarbeitsgerichts[4)]

Präsident, Präsidentin des Landgerichts[2)]

---

1) Als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen.
2) An einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt.
3) An einem Gericht mit 26 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk.
4) An einem Gericht mit 26 bis 100 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk.

Besoldungsgruppe R 7

...

Besoldungsgruppe R 8

Präsident, Präsidentin des Landessozialgerichts

Präsident, Präsidentin des Oberlandesgerichts

Präsident, Präsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

Besoldungsordnungen kw

Besoldungsordnung A kw

Besoldungsgruppe A 5 kw

Kontrollgehilfe, Kontrollgehilfin

Städtischer Masseur und Bademeister, Städtische Masseurin und Bademeisterin

Besoldungsgruppe A 6 kw

Friedhofverwalter, Friedhofverwalterin

Kontrollmeister, Kontrollmeisterin

Städtischer Masseur und Oberbademeister, Städtische Masseurin und Oberbademeisterin

Besoldungsgruppe A 7 kw

Friedhofoberverwalter, Friedhofoberverwalterin

Oberkontrollmeister, Oberkontrollmeisterin

Städtischer Masseur und Hauptbademeister, Städtische Masseurin und Hauptbademeisterin

Besoldungsgruppe A 8 kw

Friedhofhauptverwalter, Friedhofhauptverwalterin

Hauptkontrollmeister, Hauptkontrollmeisterin

Besoldungsgruppe A 9 kw

Staatsbankinspektor, Staatsbankinspektorin

Besoldungsgruppe A 10 kw

Betriebsoberinspektor, Betriebsoberinspektorin

Sozialoberinspektor, Sozialoberinspektorin[1)]

[1)] Erhält eine Stellenzulage in Höhe von 46,07 €.

Besoldungsgruppe A 11 kw

…

Besoldungsgruppe A 12 kw

Fachstudienrat, Fachstudienrätin
– im Hochschuldienst –

Institutslehrer, Institutslehrerin
– am Zentrum für Bildungsforschung –

Religionsoberlehrer, Religionsoberlehrerin an einer beruflichen Schule

Wirtschaftsoberlehrer, Wirtschaftsoberlehrerin

Besoldungsgruppe A 13 kw

Akademischer Rat, Akademische Rätin[1)]

Baurat, Baurätin[1)]

Blindenoberlehrer, Blindenoberlehrerin[2)]

Hauptlehrer, Hauptlehrerin[3)]

– im Justizvollzugsdienst –

Medizinalrat, Medizinalrätin[1)]

Oberlehrer, Oberlehrerin
– im Justizvollzugsdienst –

Pharmazierat, Pharmazierätin[1)]

Polizeihauptlehrer, Polizeihauptlehrerin[3)]

Regierungsrat, Regierungsrätin[1)]

Studienrat, Studienrätin[1)]

Taubstummenlehrer, Taubstummenlehrerin

Taubstummenoberlehrer, Taubstummenoberlehrerin[2)]

Wissenschaftlicher Assistent, Wissenschaftliche Assistentin an einer wissenschaftlichen Hochschule oder einer wissenschaftlichen Anstalt[4)]

---

1) Als wissenschaftliches Personal an Hochschulen, soweit eine Übernahme in Ämter der neuen Personalstruktur noch nicht oder nicht erfolgt.
2) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.
3) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.
4) Erhält bei Ausübung einer selbstständigen Unterrichtstätigkeit von mindestens drei Semesterwochenstunden eine Vergütung von jährlich 615 €.

Besoldungsgruppe A 14 kw

Akademischer Oberrat, Akademische Oberrätin[1)]

Bezirksoberpfarrer, Bezirksoberpfarrerin

Direktor, Direktorin bei den Wissenschaftlichen Anstalten[2)]

Oberbaurat, Oberbaurätin[1)]

Oberregierungschemierat, Oberregierungschemierätin

Oberregierungsgewerberat, Oberregierungsgewerberätin

Oberregierungsmedizinalrat, Oberregierungsmedizinalrätin

Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin[1)]

Oberstudienrat, Oberstudienrätin[1)]

Singschuldirektor, Singschuldirektorin der Stadt Würzburg

Staatsarchivdirektor, Staatsarchivdirektorin

1) Als wissenschaftliches Personal an Hochschulen, soweit eine Übernahme in Ämter der neuen Personalstruktur noch nicht oder nicht erfolgt.
2) Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4.

Besoldungsgruppe A 15 kw

Akademischer Direktor, Akademische Direktorin[1)]

Baudirektor, Baudirektorin[1)]

Chemiedirektor, Chemiedirektorin[1)]

Landwirtschaftsdirektor, Landwirtschaftsdirektorin[1)]

Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin[1)]

Pharmaziedirektor, Pharmaziedirektorin[1)]

Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin[1)]

Studiendirektor, Studiendirektorin[1)]

1) Als wissenschaftliches Personal an Hochschulen, soweit eine Übernahme in Ämter der neuen Personalstruktur noch nicht oder nicht erfolgt.

Besoldungsgruppe A 16 kw

Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Kempten

Obermedizinaldirektor, Obermedizinaldirektorin[1)]

Oberstudiendirektor, Oberstudiendirektorin[1)2)]

Stadtdirektor, Stadtdirektorin
– in einer Stadt mit bis zu 50 000 Einwohnern –

---

1) Als wissenschaftliches Personal an Hochschulen, soweit eine Übernahme in Ämter der neuen Personalstruktur noch nicht oder nicht erfolgt.

2) Am Staatsinstitut für Frühpädagogik.

Besoldungsordnung B kw

Besoldungsgruppe B 2 kw

Kanzler, Kanzlerin der Universität Bayreuth

Stadtdirektor, Stadtdirektorin
– in einer Stadt mit bis zu 100 000 Einwohnern –

Vizepräsident, Vizepräsidentin
– einer früheren Bezirksfinanzdirektion –

Besoldungsgruppe B 3 kw

Direktor, Direktorin des Planungsverbands äußerer Wirtschaftsraum München

Präsident, Präsidentin
– als Leiter oder Leiterin einer früheren Bezirksfinanzdirektion –

Präsident, Präsidentin der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege

Präsident, Präsidentin einer Autobahndirektion

Präsident, Präsidentin einer Direktion für Ländliche Entwicklung

Stadtdirektor, Stadtdirektorin
– in einer Stadt mit bis zu 500 000 Einwohnern –

Besoldungsgruppe B 4 kw

Geschäftsführender Direktor, Geschäftsführende Direktorin der Landesgewerbeanstalt Bayern

Besoldungsgruppe B 5 kw

Präsident, Präsidentin
– als Leiter oder Leiterin einer früheren Bezirksfinanzdirektion –

Stadtdirektor, Stadtdirektorin
– der Landeshauptstadt München –

Besoldungsgruppe B 6 kw

…

Besoldungsgruppe B 7 kw

Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin
– als Direktor oder Direktorin des Senatsamts –

Präsident, Präsidentin, Rektor, Rektorin der Universität Würzburg

Besoldungsgruppe B 8 kw

…

Besoldungsordnung C kw

Besoldungsgruppe C 1 kw

Künstlerischer Assistent, Künstlerische Assistentin

Wissenschaftlicher Assistent, Wissenschaftliche Assistentin

Besoldungsgruppe C 2 kw

Hochschuldozent, Hochschuldozentin[1)]

Oberassistent, Oberassistentin[1)]

Oberingenieur, Oberingenieurin

Professor, Professorin
– an einer Fachhochschule –
– an einer wissenschaftlichen Hochschule mit Fachhochschulstudiengängen, soweit überwiegend in diesen tätig –

Professor, Professorin an einer Kunsthochschule

Professor, Professorin an einer wissenschaftlichen Hochschule
– an einer künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschule –
– soweit überwiegend in Studiengängen tätig, in denen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen und der Fachhochschulen miteinander verbunden werden[2)] –

Universitätsprofessor, Universitätsprofessorin
– an einer künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschule[3)] –

---

1) Erhält eine Stellenzulage in Höhe von 104,32 €, soweit als Oberarzt oder Oberärztin einer Hochschulklinik tätig.
2) Nur an einer wissenschaftlichen Hochschule, die weder Universität ist noch einer Universität gleichgestellt ist.
3) Soweit die Hochschule das Recht zur Promotion und Habilitation besitzt.

Besoldungsgruppe C 3 kw

Professor, Professorin
– an einer Fachhochschule –
– an einer wissenschaftlichen Hochschule mit Fachhochschulstudiengängen, soweit überwiegend in diesen tätig –

Professor, Professorin an einer Kunsthochschule

Professor, Professorin an einer wissenschaftlichen Hochschule[1)]

Universitätsprofessor, Universitätsprofessorin[2)]

---

1) Nur an einer wissenschaftlichen Hochschule, die weder Universität ist noch einer Universität gleichgestellt ist.
2) Auch an einer künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschule, soweit die Hochschule das Recht zur Promotion und Habilitation besitzt.

Besoldungsgruppe C 4 kw

Professor, Professorin an einer Kunsthochschule

Professor, Professorin an einer wissenschaftlichen Hochschule[1)]

Universitätsprofessor, Universitätsprofessorin[2)]

---

1) Nur an einer wissenschaftlichen Hochschule, die weder Universität ist noch einer Universität gleichgestellt ist.
2) Auch an einer künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschule, soweit die Hochschule das Recht zur Promotion und Habilitation besitzt.

Anlage 2

Hinzufügung von Zusätzen zu den Amtsbezeichnungen

(Art. 22 Abs. 2 Satz 2)

Den in Anlage 1 dargestellten Amtsbezeichnungen der Besoldungsordnung A können Zusätze wie folgt hinzugefügt werden:

Amtsbezeichnung	Zusätze
Wachtmeister, Wachtmeisterin	Betriebs- Justiz-
Oberwachtmeister, Oberwachtmeisterin	Betriebs- Justiz-
Hauptwachtmeister, Hauptwachtmeisterin	Betriebs- Justiz-
Oberwart, Oberwartin	Betriebs- Vermessungs-
Sekretär, Sekretärin	Archiv- Betriebs- Bibliotheks- Forst- Gesundheits- Hygiene- – im Justizvollzugsdienst Justiz- Justizsicherheits- Polizei- Regierungs- Steuer- Technischer, Technische Vermessungs- Verwaltungs- Verwaltungsbetriebs- Vollstreckungs-

Amtsbezeichnung	**Zusätze**
Obersekretär, Obersekretärin	Archiv- Betriebs- Bibliotheks- Forst- Gesundheits- Hygiene- – im Justizvollzugsdienst – im Verbraucherschutz Justiz- Justizsicherheits- Landwirtschafts- Museumsbetriebs- Polizei- Regierungs- Steuer- Technischer, Technische Vermessungs- Verwaltungs- Verwaltungsbetriebs- Vollstreckungs-
Hauptsekretär, Hauptsekretärin	Archiv- Betriebs- Bibliotheks- Forst- Gesundheits- Hygiene- – im Justizvollzugsdienst – im Verbraucherschutz Justiz- Justizsicherheits- Landwirtschafts- Polizei- Regierungs- Steuer- Technischer, Technische Vermessungs- Verwaltungs- Verwaltungsbetriebs- Vollstreckungs-

Amtsbezeichnung	**Zusätze**
Inspektor, Inspektorin	Archiv- Bibliotheks- Brand- Forst- Garten- Gesundheits- Hygiene- – im Justizvollzugsdienst – im Verbraucherschutz Justiz- Justizverwaltungs- Kultur- Landwirtschafts- Polizei- Rechtspflege- Regierungs- Sozial- Steuer- Technischer, Technische Urkunds- Vermessungs- Verwaltungs- Vollstreckungs-
Oberinspektor, Oberinspektorin	Archiv- Bibliotheks- Brand- Forst- Garten- Hygiene- – im Justizvollzugsdienst – im Krankenpflegedienst – im Verbraucherschutz Justiz- Justizverwaltungs- Kultur- Landwirtschafts- Polizei- Rechtspflege- Regierungs- Sozial- Steuer- Technischer, Technische Vermessungs- Verwaltungs-

Amtsbezeichnung	**Zusätze**
Amtmann, Amtfrau	Archiv- Bibliotheks- Brand- Forst- Garten- Hygiene- – im Justizvollzugsdienst – im Krankenpflegedienst – im Verbraucherschutz Justiz- Justizverwaltungs- Kultur- Landwirtschafts- Polizei- Rechtspflege- Regierungs- Sozial- Steuer- Technischer, Technische Vermessungs- Verwaltungs-
Amtsrat, Amtsrätin	Archiv- Bibliotheks- Brand- Forst- Garten- – im Verbraucherschutz – in der Krankenhausbetriebsleitung Justiz- Kultur- Landwirtschafts- Polizei- Rechtspflege- Regierungs- Sozial- Steuer- Technischer, Technische Vermessungs- Verwaltungs-

Amtsbezeichnung	**Zusätze**
Lehrer, Lehrerin	– im Justizvollzugsdienst
Rat, Rätin	Archiv- Bau- Berg- Bewährungshilfe- Bibliotheks- Brand- Chemie- Eich- Fischerei-[1)] Forst- Garten- Gerichtshilfe- Gewerbe- Hauswirtschafts- – im Verbraucherschutz – in der Krankenhausbetriebsleitung Kriminal- Kultur- Landwirtschafts- Medizinal- Pharmazie- Polizei- Rechts-[2)] Rechtspflege- Regierungs- Sozial- Technischer, Technische Vermessungs- Verwaltungs- Veterinär-

[1)] Für die Fischereifachberater der Bezirke.
[2)] Juristen, die überwiegend Justitiarsaufgaben wahrnehmen.

Amtsbezeichnung	**Zusätze**
Pfarrer, Pfarrerin	- im Justizvollzugsdienst
Oberrat, Oberrätin	Archiv- Bau- Berg- Bibliotheks- Brand- Chemie- Eich- Fischerei-[3)] Forst- Garten- Gewerbe- Hauswirtschafts- Medizinal- Kriminal- Kultur- Landwirtschafts- Pharmazie- Polizei- -rechts-[4)] Rechtspflege- -regierungs-[5)] Sozial- Technischer, Technische Vermessungs- -verwaltungs-[6)] Veterinär-

[3)] Für die Fischereifachberater der Bezirke.
[4)] Die Amtsbezeichnung lautet „Oberrechtsrat, Oberrechtsrätin“ und gilt für Juristen, die überwiegend Justitiarsaufgaben wahrnehmen.
[5)] Die Amtsbezeichnung lautet „Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin“.
[6)] Die Amtsbezeichnung lautet „Oberverwaltungsrat, Oberverwaltungsrätin“.

Amtsbezeichnung	**Zusätze**
Dekan, Dekanin	– im Justizvollzugsdienst
Direktor, Direktorin	Archiv- Bau- Berg- Bibliotheks- Brand- Chemie- Eich- Fischerei-[7)] Forst- Garten- Gewerbe- Hauswirtschafts- Kriminal- Kultur- Landwirtschafts- Medizinal- Museums- Pharmazie- Polizei- Rechts-[8)] Rechtspflege- Regierungs- Sammlungs- Sozial- Technischer, Technische Vermessungs- Verwaltungs- Veterinär-

[7)] Für die Fischereifachberater der Bezirke.
[8)] Juristen, die überwiegend Justitiarsaufgaben wahrnehmen.

Amtsbezeichnung	**Zusätze**
Leitender Direktor, Leitende Direktorin	Archiv- Bau- Berg- Bibliotheks- Brand- Chemie- Eich- Fischerei-[9)] Forst- Garten- Gewerbe- Hauswirtschafts- Kriminal- Kultur- Landwirtschafts- Medizinal- Museums- Pharmazie- Polizei- Rechts-[10)] Rechtspflege- Regierungs- Sammlungs- Sozial- Technischer, Technische Vermessungs- Verwaltungs- Veterinär-
Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	– im polizeiärztlichen Dienst

[9)] Für die Fischereifachberater der Bezirke.
[10)] Juristen, die überwiegend Justitiarsaufgaben wahrnehmen.

Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2011

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus			3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A 3	1 731,57	1 772,25	1 812,93	1 853,63	1 894,32	1 935,00	1 975,69	2 016,37	2 057,05		
A 4	1 776,26	1 824,14	1 872,05	1 919,95	1 967,85	2 015,73	2 063,62	2 111,51	2 159,40		
A 5	1 803,30	1 850,97	1 898,60	1 946,28	1 993,92	2 041,58	2 089,23	2 136,89	2 184,54		
A 6	1 852,15	1 904,48	1 956,79	2 009,11	2 061,45	2 113,79	2 166,11	2 218,42	2 270,74		
A 7	1 923,35	1 989,19	2 055,03	2 120,86	2 186,71	2 252,56	2 299,57	2 346,59	2 393,63		
A 8	1 990,15	2 046,41	2 130,78	2 215,16	2 299,53	2 383,93	2 440,17	2 496,40	2 552,67	2 608,91	
A 9	2 098,87	2 154,22	2 244,27	2 334,31	2 424,38	2 514,43	2 576,32	2 638,24	2 700,14	2 762,05	
A 10	2 258,32	2 335,23	2 450,59	2 565,99	2 681,35	2 796,73	2 873,65	2 950,57	3 027,47	3 104,39	
A 11		2 596,87	2 715,08	2 833,30	2 951,54	3 069,76	3 148,57	3 227,39	3 306,22	3 385,03	3 463,83
A 12			2 930,63	3 071,56	3 212,52	3 353,47	3 447,44	3 541,38	3 635,36	3 729,33	3 823,30
A 13				3 439,20	3 591,40	3 743,59	3 845,06	3 946,53	4 048,01	4 149,48	4 250,96
A 14				3 655,63	3 853,00	4 050,37	4 181,95	4 313,54	4 445,11	4 576,70	4 708,29
A 15					4 232,90	4 449,91	4 623,51	4 797,10	4 970,71	5 144,32	5 317,91
A 16					4 670,75	4 921,71	5 122,50	5 323,29	5 524,05	5 724,83	5 925,60

Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. Januar 2011

Besoldungs-gruppe	**Euro**
B 2	6 179,64
B 3	6 544,42
B 4	6 926,51
B 5	7 364,88
B 6	7 778,83
B 7	8 181,50
B 8	8 601,19
B 9	9 122,30
B 10	10 740,52
B 11	11 157,60

Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2011

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3 800,00	4 400,00	5 250,00

Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2011

Besoldungsgruppe	Stufe										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	2-Jahres-Rhythmus										
R 1	3 515,65	3 595,79	3 802,48	4 009,17	4 215,86	4 422,55	4 629,25	4 835,93	5 042,64	5 249,32	5 456,04
R 2			4 297,26	4 503,95	4 710,65	4 917,35	5 124,03	5 330,73	5 537,40	5 744,11	5 950,77
R 3	6 544,42										
R 4	6 926,51										
R 5	7 364,88										
R 6	7 778,83										
R 7	8 181,50										
R 8	8 601,19										

Besoldungsordnung C kw

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2011

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	2-Jahres-Rhythmus														
C 1 kw	2 931,84	3 033,32	3 134,78	3 236,24	3 337,74	3 439,20	3 540,65	3 642,13	3 743,59	3 845,06	3 946,53	4 048,01	4 149,48	4 250,96	
C 2 kw	2 938,16	3 099,88	3 261,60	3 423,32	3 585,02	3 746,73	3 908,45	4 070,14	4 231,85	4 393,56	4 555,24	4 716,97	4 878,67	5 040,40	5 202,11
C 3 kw	3 231,20	3 414,31	3 597,42	3 780,52	3 963,62	4 146,73	4 329,81	4 512,91	4 696,01	4 879,13	5 062,21	5 245,31	5 428,41	5 611,50	5 794,60
C 4 kw	4 093,22	4 277,27	4 461,34	4 645,40	4 829,48	5 013,53	5 197,59	5 381,63	5 565,70	5 749,76	5 933,83	6 117,87	6 301,95	6 486,00	6 670,06

Anlage 4

Strukturzulage und Amtszulagen

(Monatsbeträge)
– in der gesetzlichen Reihenfolge –

Gültig ab 1. Januar 2011

Rechtsgrundlage (BayBesG, Bayerische Besoldungsordnungen)		**Betrag in Euro, Vomhundertsatz**
Art. 27 Abs. 2, Abs. 3 Satz 2		190,54
Art. 27 Abs. 3 Satz 1		300,00
Art. 33 Satz 1		76,47
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1	A 3 bis A 5	115,04
	A 6 bis A 9	153,39
	A 10 und höher	191,73
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2, 4, 5	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	63,69
	nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	127,38
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3		95,53
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6	als Hubschrauberführer oder Hubschrauberführerin	184,07
	als Flugtechniker oder Flugtechnikerin	147,25
Art. 108 Abs. 2 Satz 6		76,47
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 6	3	32,85
A 7	4	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1	38,35
	3, 4, 6	244,53
A 10	1	51,13
	2	38,35
A 11	2	51,13
A 12	1	51,13
	2	208,47
A 13	1, 3, 7, 12	170,37
	2, 9	248,50
	4 i. V. m. Art. 27 Abs. 6 Satz 2	170,37 220,00
	10	208,47
A 14	1, 2	170,37
A 15	1, 3, 4, 5	170,37
	2	142,03
A 16	1	190,54
	3, 1. Spiegelstrich 2. Spiegelstrich	142,03 113,59
	5	227,13
R 1	1, 3	188,36
	2	94,19
R 2	1, 5, 6, 7, 9, 10	188,36
R 3	9	188,36
A 13 kw	2	152,09
	3	170,37
A 14 kw	2	198,74

Anlage 5

Familienzuschlag

Monatsbeträge

Gültig ab 1. Januar 2011

	Stufe 1	**Stufe 2**
	Betrag in Euro	**Betrag in Euro**
Besoldungsgruppen A 3 bis A 8	107,64	204,32
übrige Besoldungsgruppen	113,04	209,72
Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 96,68 €, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 299,68 €.		

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 €, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in der Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 €,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 € und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 €.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2

– in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 8	100,05 €
– in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12	106,21 €

Auslandsbesoldung

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2011

Grundgehaltsspanne	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
von -		1 761,84	1 996,15	2 262,39	2 564,88	2 908,59	3 299,12	3 742,84	4 247,01	4 819,85	5 470,73	6 210,27	7 050,54	8 005,28	9 090,08
bis	1 761,83	1 996,14	2 262,38	2 564,87	2 908,58	3 299,11	3 742,83	4 247,00	4 819,84	5 470,72	6 210,26	7 050,53	8 005,27	9 090,07	
Zonenstufe															
1															
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI (VI.1, VI.2) zum Bundesbesoldungsgesetz.														
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															

Zonenstufe	Monatsbetrag
1	
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	
9	
10	s. Verweisung
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	
20	

Anlage 7

Stellenzulagen

Monatsbeträge

Gültig ab 1. Januar 2011

Rechtsgrundlage Art. 51 Abs. 1 Satz 2	**Höhe Art. 51 Abs. 2**
	Höchstbetrag (Betrag in Euro)
Nrn. 1, 4	bis zu 102,26
Nr. 2	bis zu 76,69
Nr. 5	bis zu 38,35
	Vomhundertsatz
Nr. 3 Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	4,7 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe
A 3 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A14, A 15, R 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4, R 2 bis R 4	B 3
B5 bis B 7, R 5 bis R 7	B 6
B 8, B 9, R 8	B 9
	Betrag (in Euro)
Nr. 6	38,35

Anlage 8

Sonstige Zulagen

(Monatsbeträge)
– in der gesetzlichen Reihenfolge –

Gültig ab 1. Januar 2011

Rechtsgrundlage		**Betrag in Euro, Vomhundertsatz**
Art. 57 Abs. 2	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 1	205,54
	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 2	230,08
Art. 57 Abs. 3		7,5 v. H. des Monatsgrundgehalts

Anlage 9

Mehrarbeitsvergütungssätze

(Stundensätze)

Gültig ab 1. Januar 2011

Rechtsgrundlage: Art. 61 Abs. 5 Satz 2		
Mehrarbeit (ohne Schuldienst) **Besoldungsgruppen**	**Betrag in Euro**	
A 3 bis A 4	10,70	
A 5 bis A 8	12,63	
A 9 bis A 12	17,34	
A 13 bis A 16	23,91	
Mehrarbeit (im Schuldienst) **nach Schularten**	**Besoldungsgruppen**	**Betrag in Euro**
an Grundschulen und Hauptschulen	A 9 bis A 11 ab A 12	16,13 20,00
an Realschulen und Sonderschulen	A 9 bis A 12 ab A 13	16,13 23,73
an Gymnasien, an beruflichen Schulen und an Fachhochschulen	A 9 bis A 12 ab A 13	16,13 27,73

Anlage 10

Anwärtergrundbetrag

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2011

Eingangsamt, in das der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintritt	Grundbetrag
A 3 bis A 4	799,76
A 5 bis A 8	913,02
A 9 bis A 11	963,66
A 12	1 094,76
A 13	1 124,59
A 13 + Zulage gemäß Art. 33 Satz 1	1 157,34

Übersicht
zur Überleitung von Amtsinhabern und Amtsinhaberinnen in die neuen Ämter
und zur Darstellung der konsolidierten Ämter
(Art. 104 Abs. 2 Sätze 1 und 2)

Vorbemerkung:

[1]Die Übersicht gliedert sich in zwei Abschnitte. [2]Aus **Abschnitt 1** ergeben sich die am 31. Dezember 2010 gesetzlich konkretisierten Ämter – gegebenenfalls mit den jeweiligen Funktionsbezeichnungen –, in denen sich die Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen zum 1. Januar 2011 befinden. [3]Sie werden ab 1. Januar 2011 kraft Gesetzes in neue Ämter nach Maßgabe dieses Abschnitts übergeleitet, da sich bei ihnen die Amtsbezeichnung oder die besoldungsrechtliche Einstufung (Besoldungsgruppe mit oder ohne Amtszulage) ändert. [4]Die in der ersten Spalte enthaltenen Ämter mit und ohne Funktionsbezeichnungen beruhen auf den Bundesbesoldungsordnungen in der am 31. August 2006 geltenden Fassung sowie den Bayerischen Besoldungsordnungen in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung. [5]Die Amtsbezeichnungen sind geschlechtsspezifisch mit voll ausgeschriebenen Paarformeln abgefasst. [6]Dies gilt auch für die Funktionsbezeichnungen, die an die bayerischen Verhältnisse angepasst sind. [7]Differenzierungen in der Ämterbewertung auf Basis von Fußnotenregelungen werden bei den Funktionsbezeichnungen als Klammerzusätze dargestellt. [8]**Abschnitt 2** ergänzt aus Gründen der Rechtsklarheit die in Abschnitt 1 dargestellte Überleitungsübersicht. [9]Dieser Abschnitt enthält ausschließlich Amtsbezeichnungen des alten Rechts, die durch das neue Recht nicht verändert werden (Wegfall der bisher gesetzlich festgelegten Funktionsbezeichnungen). [10]Funktionszusätze in den jeweiligen Fußnotenregelungen der Besoldungsordnungen bleiben unberührt.

Abschnitt 1

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)	Amtsbezeichnung (neu)	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)
Aufseher, Aufseherin	A 2 + AZ (32,85)	Wachtmeister, Wachtmeisterin	A 3
Oberamtsgehilfe, Oberamtsgehilfin	A 2	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3
Oberbetriebsgehilfe, Oberbetriebsgehilfin	A 2	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3
Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4
Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3 + AZ (60,57)	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4
Hauptbetriebsgehilfe, Hauptbetriebsgehilfin	A 3	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4
Oberaufseher, Oberaufseherin	A 3 + AZ (32,85)	Oberwachtmeister, Oberwachtmeisterin	A 4
Oberwachtmeister, Oberwachtmeisterin	A 3 + AZ (32,85)	Oberwachtmeister, Oberwachtmeisterin	A 4
Oberwachtmeister, Oberwachtmeisterin	A 3 + AZ (60,57)	Oberwachtmeister, Oberwachtmeisterin	A 4
Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 5
Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4 + AZ (60,57)	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 5
Betriebsmeister, Betriebsmeister	A 4	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 5
Hauptaufseher, Hauptaufseherin	A 4 + AZ (32,85)	Hauptwachtmeister, Hauptwachtmeisterin	A 5
Hauptwachtmeister, Hauptwachtmeisterin	A 4 + AZ (32,85)	Hauptwachtmeister, Hauptwachtmeisterin	A 5
Hauptwachtmeister, Hauptwachtmeisterin	A 4 + AZ (60,57)	Hauptwachtmeister, Hauptwachtmeisterin	A 5
Oberwart, Oberwartin	A 4 + AZ (32,85)	Oberwart, Oberwartin	A 5
Betriebsassistent, Betriebsassistentin	A 5 + AZ (32,85)	Sekretär, Sekretärin	A 6
Erster Hauptwachtmeister, Erste Hauptwachtmeisterin	A 5 + AZ (32,85)	Sekretär, Sekretärin	A 6
Erster Hauptwachtmeister, Erste Hauptwachtmeisterin	A 5 + AZ (60,57)	Sekretär, Sekretärin	A 6

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Hauptwart, Hauptwartin	A 5 + AZ (32,85)	Sekretär, Sekretärin	A 6
Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 5	Sekretär, Sekretärin	A 6
Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 5 + AZ (60,57)	Sekretär, Sekretärin	A 6
Oberbetriebsmeister, Oberbetriebsmeisterin	A 5	Sekretär, Sekretärin	A 6
Betriebsassistent, Betriebsassistentin	A 6	Sekretär, Sekretärin	A 6
Erster Hauptwachtmeister, Erste Hauptwachtmeisterin	A 6	Sekretär, Sekretärin	A 6
Erster Hauptwachtmeister, Erste Hauptwachtmeisterin	A 6 + AZ (32,85)	Sekretär, Sekretärin	A 6 + AZ (32,85)
Hauptwart, Hauptwartin	A 6	Sekretär, Sekretärin	A 6
Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 6	Sekretär, Sekretärin	A 6
Oberbetriebsmeister, Oberbetriebsmeisterin	A 6	Sekretär, Sekretärin	A 6
Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	Inspektor, Inspektorin	A 9
Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9 + AZ (244,53)	Inspektor, Inspektorin	A 9 + AZ (244,53)
Betriebsinspektor, Betriebsinspektorin	A 9	Inspektor, Inspektorin	A 9
Betriebsinspektor, Betriebsinspektorin	A 9 + AZ (244,53)	Inspektor, Inspektorin	A 9 + AZ (244,53)
Förderlehrer, Förderlehrerin (mit Stellenzulage in Höhe von 38,35 Euro)	A 9	Förderlehrer, Förderlehrerin	A 9 + AZ (38,35)
Hauptbrandmeister, Hauptbrandmeisterin	A 9	Inspektor, Inspektorin	A 9
Hauptbrandmeister, Hauptbrandmeisterin	A 9 + AZ (244,53)	Inspektor, Inspektorin	A 9 + AZ (244,53)
Hauptrestaurator, Hauptrestauratorin	A 9	Inspektor, Inspektorin	A 9
Hauptrestaurator, Hauptrestauratorin	A 9 + AZ (244,53)	Inspektor, Inspektorin	A 9 + AZ (244,53)
Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherin	A 9 + AZ (244,53)	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherin	A 10

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Fachlehrer, Fachlehrerin (bei ausschließlicher Verwendung an Förderschulen mit Stellenzulage in Höhe von 51,13 €)	A 10	Fachlehrer, Fachlehrerin	A 10 + AZ (51,13)
Förderlehrer, Förderlehrerin (mit Stellenzulage in Höhe von 38,35 €)	A 10	Förderlehrer, Förderlehrerin	A 10 + AZ (38,35)
Fachlehrer, Fachlehrerin (bei ausschließlicher Verwendung an Förderschulen mit Stellenzulage in Höhe von 51,13 €)	A 11	Fachlehrer, Fachlehrerin	A 11 + AZ (51,13)
Beratungsrektor, Beratungsrektorin – als Schulpsychologe oder Schulpsychologin an Volksschulen, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 13 –	A 12 + AZ (142,03)	Beratungsrektor, Beratungsrektorin	A 13 + AZ (170,37)
Fachlehrer, Fachlehrerin (bei ausschließlicher Verwendung an Förderschulen mit Stellenzulage in Höhe von 51,13 €)	A 12	Fachlehrer, Fachlehrerin	A 12 + AZ (51,13)
Konrektor, Konrektorin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern und Schülerinnen –	A 12 + AZ (208,47)	Konrektor, Konrektorin	A 13 + AZ (170,37)
Lehrer, Lehrerin (bei ausschließlicher Verwendung an Förderschulen mit Stellenzulage in Höhe von 51,13 €)	A 12	Lehrer, Lehrerin	A 12 + AZ (51,13)
Lehrer, Lehrerin (bei ausschließlicher Verwendung an Förderschulen mit Stellenzulage in Höhe von 51,13 €)	A 12 + AZ (208,47)	Lehrer, Lehrerin	A 12 + AZ (208,47) + AZ (51,13)
Rechnungsrat, Rechnungsrätin	A 12	Amtsrat, Amtsrätin	A 12
Zweiter Konrektor, Zweite Konrektorin – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern und Schülerinnen –	A 12 + AZ (208,47)	Zweiter Konrektor, Zweite Konrektorin	A 13 + AZ (170,37)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Beratungsrektor, Beratungsrektorin – als Schulpsychologe oder Schulpsychologin an Volksschulen, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 14 – – als Schulpsychologe oder Schulpsychologin an Volksschulen, soweit Koordinator oder Koordinatorin für die Schulberatung – – an einer staatlichen oder kommunalen Schulberatungsstelle, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 14 – – als Systembetreuer oder Systembetreuerin an Volksschulen – – als qualifizierter Beratungslehrer oder qualifizierte Beratungslehrerin an Volksschulen –	A 13 A 13 A 13 A 13 A 13	Beratungsrektor, Beratungsrektorin	A 13 + AZ (170,37)
Fachberater, Fachberaterin für Sport – im kommunalen Schulverwaltungsdienst der Landeshauptstadt München –	A 13	Beratungsrektor, Beratungsrektorin	A 13 + AZ (170,37)
Fachlehrer, Fachlehrerin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines oder einer in die Besoldungsgruppe A 15 eingestuften Leiters oder Leiterin einer Einrichtung für die Ausbildung von Fachlehrern – – an einer beruflichen Schule als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines oder einer in die Besoldungsgruppe A 15 oder höher eingestuften Leiters oder Leiterin einer Fachschule, Berufsfachschule oder Fachakademie –	A 13	Institutskonrektor, Institutskonrektorin Fachschulkonrektor, Fachschulkonrektorin	A 13

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Hauptlehrer, Hauptlehrerin – im kommunalen Schulverwaltungsdienst –	A 13	Lehrer, Lehrerin	A 13
Konrektor, Konrektorin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin für den Hauptschulzweig an einer integrierten Gesamtschule (ohne Oberstufe) mit mehr als 360 Hauptschülern und Hauptschülerinnen –	A 13	Konrektor, Konrektorin	A 13 + AZ (220,00)
Lehrer, Lehrerin	A 13	Studienrat, Studienrätin im Grundschuldienst	A 13
Lehrer, Lehrerin	A 13	Studienrat, Studienrätin im Hauptschuldienst	A 13
Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	Rat, Rätin	A 13
Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13 + AZ (248,50)	Rat, Rätin	A 13 + AZ (248,50)
Oberrechnungsrat, Oberrechnungsrätin	A 13	Rat, Rätin	A 13
Oberrechnungsrat, Oberrechnungsrätin	A 13 + AZ (248,50)	Rat, Rätin	A 13 + AZ (248,50)
Realschullehrer, Realschullehrerin	A 13	Studienrat, Studienrätin im Realschuldienst	A 13
Realschullehrer, Realschullehrerin	A 13 + AZ (208,47)	Studienrat, Studienrätin im Realschuldienst	A 13 + AZ (208,47)
Regierungsfachberater, Regierungsfachberaterin	A 13	Beratungsrektor, Beratungsrektorin	A 13 + AZ (170,37)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Rektor, Rektorin – als Leiter oder Leiterin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern und Schülerinnen -	A 13 + AZ (170,37)	Rektor, Rektorin	A 14
Sonderschullehrer, Sonderschullehrerin	A 13	Studienrat, Studienrätin im Förderschuldienst	A 13
Sonderschuloberlehrer, Sonderschuloberlehrerin	A 13 + AZ (113,59)	Studienrat, Studienrätin im Förderschuldienst	A 13 + AZ (208,47)
Realschuloberlehrer, Realschuloberlehrerin – als Sachbearbeiter oder Sachbearbeiterin bei den Ministerialbeauftragten für die Realschulen –	A 14	Beratungsrektor, Beratungsrektorin	A 14 + AZ (170,37)
Realschulkonrektor, Realschulkonrektorin		Realschulkonrektor, Realschulkonrektorin	
– als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern und Schülerinnen –	A 14		A 14 + AZ (170,37)
– als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Realschule mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen –	A 14 + AZ (170,37)		A 15
– als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin für den Realschulzweig an einer integrierten Gesamtschule (ohne Oberstufe) mit mehr als 180 bis zu 360 Realschülern und Realschülerinnen –	A 14		A 14 + AZ (170,37)
– als der weitere ständige Vertreter oder die weitere ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Realschule, der Ministerialbeauftragter oder die Ministerialbeauftragte ist –	A 14		A 14 + AZ (170,37)
(an einer Realschule mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen)	A 14 + AZ (170,37)		A 15

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Realschulrektor, Realschulrektorin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer integrierten Gesamtschule (ohne Oberstufe) und Leiter oder Leiterin für den Realschulzweig mit mehr als 180 bis zu 360 Realschülern und Realschülerinnen – – als Leiter oder Leiterin einer Realschule mit bis zu 180 Schülern und Schülerinnen – – als Leiter oder Leiterin einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern und Schülerinnen –	A 14 + AZ (170,37) A 14 A 14 + AZ (170,37)	Realschulrektor, Realschulrektorin	A 15 A 14 + AZ (170,37) A 15
Rektor, Rektorin – als Leiter oder Leiterin einer staatlichen Schulberatungsstelle, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 13 oder A 15 – Rektor, Rektorin – als Leiter oder Leiterin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen –	A 14 A 14	Schulberatungsrektor, Schulberatungsrektorin Rektor, Rektorin	A 14 A 14 + AZ (170,37)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Sonderschulkonrektor, Sonderschulkonrektorin		Sonderschulkonrektor, Sonderschulkonrektorin	
– als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Volksschule zur individuellen Lernförderung mit mehr als 90 Schülern und Schülerinnen, einer Schule für Kranke mit mehr als 90 Schülern und Schülerinnen oder einer sonstigen Volksschule für Behinderte mit mehr als 60 Schülern und Schülerinnen –	A 14		A 14 + AZ (170,37)
(an einer Förderschule für Lernbehinderte mit mehr als 180 Schülern und Schülerinnen oder für sonstige Förderschüler und Förderschülerinnen mit mehr als 120 Schülern und Schülerinnen)	A 14 + AZ (170,37)		A 15
– als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer weiterführenden allgemeinbildenden oder einer Berufs bildenden Förderschule –	A 14		A 14 + AZ (170,37)
(an einer Volksschule oder Förderschule zur individuellen Lernförderung oder einer Schule für Kranke mit mehr als 90 Schülern und Schülerinnen oder an einer sonstigen Volksschule oder Förderschule für Behinderte mit mehr als 60 Schülern und Schülerinnen)	A 14 + AZ (170,37)		A 15
– als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Volksschule für Behinderte mit weiterführendem allgemeinbildenden oder Berufs bildendem Zug –	A 14		A 14 + AZ (170,37)
(an einem weiterführenden allgemeinbildenden oder Berufs bildenden Zug mit mehr als 90 Schülern und Schülerinnen zur individuellen Lernförderung oder mehr als 60 sonstige behinderte Schüler und Schülerinnen –	A 14 + AZ (170,37)		A 15

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
– als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Förderschule mit Schülerheim –	A 14 + AZ (170,37)		A 15
– als weiterer Konrektor oder weitere Konrektorin neben dem ständigen Vertreter oder der ständigen Vertreterin des Schulleiters oder der Schulleiterin an einer Förderschule mit Zügen für verschiedene Behinderungen oder mit besonderen Zügen für Mehrfachbehinderte –	A 14		A 14 + AZ (170,37)
– als weiterer Konrektor oder weitere Konrektorin neben dem ständigen Vertreter oder der ständigen Vertreterin des Schulleiters oder der Schulleiterin an einer Förderschule mit weiterführenden allgemeinbildenden oder Berufs bildenden Zügen zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben eines Zugs –	A 14		A 14 + AZ (170,37)
(bei mehr als 90 Schülern und Schülerinnen zur Lernförderung oder mehr als 60 sonstige behinderte Schüler und Schülerinnen)	A 14 + AZ (170,37)		A 15
Sonderschulrektor, Sonderschulrektorin – als Leiter oder Leiterin einer weiterführenden allgemeinbildenden oder einer Berufs bildenden Förderschule zur individuellen Lernförderung mit bis zu 90 Schülern und Schülerinnen, für sonstige Behinderte mit bis zu 60 Schülern und Schülerinnen –	A 14 + AZ (170,37)	Sonderschulrektor, Sonderschulrektorin	A 15

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
– als Leiter oder Leiterin einer Volksschule zur individuellen Lernförderung mit bis zu 180 Schülern und Schülerinnen, einer Schule für Kranke mit bis zu 180 Schülern und Schülerinnen, einer sonstigen Volksschule für Behinderte mit bis zu 120 Schülern und Schülerinnen – (an einer Volksschule oder Förderschule zur individuellen Lernförderung oder an einer Schule für Kranke mit mehr als 90 Schülern und Schülerinnen oder an einer sonstigen Volksschule oder Förderschule für Behinderte mit mehr als 60 Schülern und Schülerinnen)	A 14 A 14 + AZ (170,37)		A 14 + AZ (170,37) A 15
Zweiter Realschulkonrektor, Zweite Realschulkonrektorin – einer Realschule mit mehr als 540 Schülern und Schülerinnen –	A 14	Zweiter Realschulkonrektor, Zweite Realschulkonrektorin	A 14 + AZ (170,37)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Zweiter Sonderschulkonrektor, Zweite Sonderschulkonrektorin – an einer Förderschule eines Bezirks oder an einer Landesschule mit Schülerheim – – an einer weiterführenden allgemeinbildenden oder einer Berufs bildenden Förderschule zur individuellen Lernförderung mit mehr als 180 Schülern und Schülerinnen, für sonstige Behinderte mit mehr als 120 Schülern und Schülerinnen – – an einer Volksschule zur individuellen Lernförderung mit mehr als 270 Schülern und Schülerinnen, an einer Schule für Kranke mit mehr als 270 Schülern und Schülerinnen oder an einer sonstigen Volksschule für Behinderte mit mehr als 180 Schülern und Schülerinnen– – an einer Volksschule für Behinderte mit weiterführendem allgemeinbildenden oder Berufs bildendem Zug, wenn an dem Zug mehr als 180 Schüler und Schülerinnen zur individuellen Lernförderung oder mehr als 120 sonstige behinderte Schüler und Schülerinnen vorhanden sind –	A 14	Zweiter Sonderschulkonrektor, Zweite Sonderschulkonrektorin	A 14 + AZ (170,37)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Kanzler, Kanzlerin der Akademie der bildenden Künste München Kanzler, Kanzlerin der Akademie der bildenden Künste Nürnberg Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Amberg-Weiden Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Ansbach Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Aschaffenburg Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Deggendorf Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Hof Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Ingolstadt Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Kempten Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Landshut Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Neu-Ulm Kanzler, Kanzlerin der Hochschule für Fernsehen und Film München Kanzler, Kanzlerin der Hochschule für Musik und Theater München Kanzler, Kanzlerin der Hochschule für Musik Würzburg	A 15	Kanzler, Kanzlerin	A 15 A 16 A 16
Realschulrektor, Realschulrektorin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Realschule, der Ministerialbeauftragter oder die Ministerialbeauftragte ist – – als Leiter oder Leiterin einer Realschule mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen –	A 15	Realschulrektor, Realschulrektorin	A 15 + AZ (170,37)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Rektor, Rektorin – als Leiter oder Leiterin einer staatlichen Schulberatungsstelle –	A 15 + AZ (170,37)	Schulberatungsrektor, Schulberatungsrektorin	A 15 + AZ (170,37)
– als Leiter oder Leiterin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen –	A 15	Rektor, Rektorin einer besonderen Schule	A 15
– im kommunalen Schulverwaltungsdienst als stellvertretender Leiter oder stellvertretende Leiterin einer großen pädagogischen Fachabteilung oder als Leiter oder Leiterin eines bedeutenden pädagogischen Sachgebiets, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 14 –	A 15	Kommunaler Schulverwaltungsrektor, Kommunale Schulverwaltungsrektorin	A 15

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Sonderschulrektor, Sonderschulrektorin – als Leiter oder Leiterin einer weiterführenden allgemeinbildenden oder einer Berufs bildenden Förderschule zur individuellen Lernförderung mit mehr als 90 Schülern und Schülerinnen, einer sonstigen Förderschule mit mehr als 60 Schülern und Schülerinnen – – als Leiter oder Leiterin einer Volksschule zur individuellen Lernförderung mit mehr als 180 Schülern und Schülerinnen, einer Schule für Kranke mit mehr als 180 Schülern und Schülerinnen, einer sonstigen Volksschule für Behinderte mit mehr als 120 Schülern und Schülerinnen –	A 15	Sonderschulrektor, Sonderschulrektorin	A 15 + AZ (170,37)
Studiendirektor, Studiendirektorin – als der weitere ständige Vertreter oder die weitere ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin von mehreren beruflichen Schulen bzw. eines beruflichen Schulzentrums mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen an der mitgeführten Schule bzw. an der beruflichen Schule in einer weiteren Schulsitzgemeinde –	A 15 + AZ (142,03)	Studiendirektor, Studiendirektorin	A 15 + AZ (170,37)
Geschäftsführer, Geschäftsführerin bei den Handwerkskammern für Oberbayern, Niederbayern-Oberpfalz, Mittelfranken, Oberfranken, Unterfranken, Schwaben – als weiterer Vertreter oder weitere Vertreterin des Hauptgeschäftsführers oder der Hauptgeschäftsführerin, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 2 –	A 16	Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin bei den Handwerkskammern für Mittelfranken, Niederbayern-Oberpfalz, Oberbayern, Oberfranken, Schwaben, Unterfranken	A 16

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Augsburg Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Coburg Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Nürnberg Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Regensburg Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Rosenheim Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Weihenstephan Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt Kanzler, Kanzlerin der Universität Bamberg Kanzler, Kanzlerin der Universität Bayreuth Kanzler, Kanzlerin der Universität Passau	A 16	Kanzler, Kanzlerin	A 16
Realschulrektor, Realschulrektorin – im kommunalen Schulverwaltungsdienst als Leiter oder Leiterin einer großen pädagogischen Fachabteilung –	A 16	Kommunaler Schulverwaltungsrektor, Kommunale Schulverwaltungsrektorin	A 16
Sonderschulrektor, Sonderschulrektorin – als Leiter oder Leiterin einer selbstständigen weiterführenden Berufs bildenden Schule für Behinderte mit mehr als 420 Schülern und Schülerinnen –	A 16	Sonderschuldirektor, Sonderschuldirektorin	A 16
Direktor, Direktorin bei der Landesgewerbeanstalt Bayern – als Mitglied des Direktoriums –	B 2	Direktor, Direktorin der Landesgewerbeanstalt Bayern	B 2
Direktor, Direktorin bei der Staatsbibliothek – als der Stellvertreter oder die Stellvertreterin des Generaldirektors oder der Generaldirektorin –	B 2	Stellvertretender Direktor, Stellvertretende Direktorin der Staatsbibliothek	B 2

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung – als stellvertretender Geschäftsführer oder stellvertretende Geschäftsführerin oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor oder die Erste Direktorin in Besoldungsgruppe B 3 eingestuft ist –	B 2	Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung	B 2
Geschäftsführer, Geschäftsführerin bei den Handwerkskammern für Oberbayern, Niederbayern–Oberpfalz – als weiterer ständiger Vertreter oder weitere ständige Vertreterin des Hauptgeschäftsführers oder der Hauptgeschäftsführerin, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 16 – Geschäftsführer, Geschäftsführerin bei den Handwerkskammern Mittelfranken, Oberfranken, Unterfranken, Schwaben – als der erste ständige Vertreter oder die erste ständige Vertreterin des Hauptgeschäftsführers oder der Hauptgeschäftsführerin –	B 2	Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin bei den Handwerkskammern für Mittelfranken, Niederbayern-Oberpfalz, Oberbayern, Oberfranken, Schwaben, Unterfranken	B 2
Kanzler, Kanzlerin der Fachhochschule München Kanzler, Kanzlerin der Universität Augsburg	B 2	Kanzler, Kanzlerin	B 2
Leitender Realschulrektor, Leitende Realschulrektorin – als Ministerialbeauftragter oder Ministerialbeauftragte für die Realschulen –	B 2	Leitender Realschulrektor, Leitende Realschulrektorin	B 2

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Versicherungskammer – als Bereichsleiter oder Bereichsleiterin, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 4 –	B 3	Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer	B 3
Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung – als stellvertretender Geschäftsführer oder stellvertretende Geschäftsführerin oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor oder die Erste Direktorin in Besoldungsgruppe B 4 eingestuft ist –	B 3	Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung	B 3
Direktor, Direktorin des Staatsinstituts für Schulpädagogik und Bildungsforschung	B 3	Direktor, Direktorin des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung	B 3
Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der gesetzlichen Rentenversicherung – als Geschäftsführer oder Geschäftsführerin oder Vorsitzender oder Vorsitzende der Geschäftsführung bei höchstens 900 000 Versicherten und laufenden Fällen –	B 3	Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung	B 3
Geschäftsführer, Geschäftsführerin bei der Handwerkskammer für Oberbayern – als der zweite ständige Vertreter oder die zweite ständige Vertreterin des Hauptgeschäftsführers oder der Hauptgeschäftsführerin – Geschäftsführer, Geschäftsführerin bei der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz – als der erste ständige Vertreter oder die erste ständige Vertreterin des Hauptgeschäftsführers oder der Hauptgeschäftsführerin –	B 3	Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin bei den Handwerkskammern für Niederbayern-Oberpfalz, Oberbayern	B 3
Kanzler, Kanzlerin der Universität Regensburg	B 3	Kanzler, Kanzlerin	B 3

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Versicherungskammer – als Bereichsleiter oder Bereichsleiterin, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 3 –	B 4	Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer	B 4
Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung – als stellvertretender Geschäftsführer oder stellvertretende Geschäftsführerin oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor oder die Erste Direktorin in Besoldungsgruppe B 5 eingestuft ist –	B 4	Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung	B 4
Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der gesetzlichen Rentenversicherung – als Geschäftsführer oder Geschäftsführerin oder Vorsitzender oder Vorsitzende der Geschäftsführung bei mehr als 900 000 und höchstens 2,3 Millionen Versicherten und laufenden Rentenfällen –	B 4	Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung	B 4
Generaldirektor, Generaldirektorin der Staatsgemäldesammlungen	B 4	Generaldirektor, Generaldirektorin der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen	B 4
Generaldirektor, Generaldirektorin des Nationalmuseums	B 4	Generaldirektor, Generaldirektorin des Bayerischen Nationalmuseums	B 4
Geschäftsführer, Geschäftsführerin der Handwerkskammer für Oberbayern – als der erste ständige Vertreter oder die erste ständige Vertreterin des Hauptgeschäftsführers oder der Hauptgeschäftsführerin für den Kammerbereich Oberbayern – – als der erste ständige Vertreter oder die erste ständige Vertreterin des Hauptgeschäftsführers oder der Hauptgeschäftsführerin für die überregionalen Aufgaben der Handwerkskammer für Oberbayern (Vorortkammeraufgaben) –	B 4	Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin bei der Handwerkskammer für Oberbayern	B 4

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)	Amtsbezeichnung (neu)	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)
Kanzler, Kanzlerin der Technischen Universität München Kanzler, Kanzlerin der Universität Erlangen-Nürnberg Kanzler, Kanzlerin der Universität Würzburg	B 4	Kanzler, Kanzlerin	B 4
Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung – als stellvertretender Geschäftsführer oder stellvertretende Geschäftsführerin oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor oder die Erste Direktorin in Besoldungsgruppe B 6 eingestuft ist –	B 5	Direktor, Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung	B 5
Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der gesetzlichen Rentenversicherung – als Geschäftsführer oder Geschäftsführerin oder Vorsitzender oder Vorsitzende der Geschäftsführung bei mehr als 2,3 Millionen Versicherten und höchstens 3,7 Millionen Versicherten und laufenden Rentenfällen –	B 5	Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung	B 5
Kanzler, Kanzlerin der Universität München	B 5	Kanzler, Kanzlerin	B 5
Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der gesetzlichen Rentenversicherung – als Geschäftsführer oder Geschäftsführerin oder Vorsitzender oder Vorsitzende der Geschäftsführung bei mehr als 3,7 Millionen Versicherten und laufenden Rentenfällen –	B 6	Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung	B 6
Vizepräsident, Vizepräsidentin des Obersten Rechnungshofs	B 7	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs	B 7
Regierungspräsident, Regierungspräsidentin – im Regierungsbezirk Oberbayern –	B 8	Regierungspräsident, Regierungspräsidentin von Oberbayern	B 8
Präsident, Präsidentin des Obersten Rechnungshofs	B 9	Präsident, Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs	B 9
Professor, Professorin als Juniorprofessor, Juniorprofessorin	W 1	Juniorprofessor, Juniorprofessorin	W 1

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (neu)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (neu)**
Vizepräsident, Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichtshofs (als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 6)	R 3 R 3 + AZ (188,36)	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs	R 3 R 3 + AZ (188,36)
Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgerichtshof	R 3	Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof	R 3
Vizepräsident, Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichtshofs	R 4	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs	R 4
Präsident, Präsidentin des Verwaltungsgerichtshofs	R 8	Präsident, Präsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs	R 8

Abschnitt 2

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)	Amtsbezeichnung (unverändert)	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)
Erster Pflegevorsteher, Erste Oberin – als Leitender Unterrichtspfleger oder Leitende Unterrichtsschwester an einer Krankenpflegeschule oder einer Schule für Krankenpflegehilfe mit durchschnittlich mindestens 80 Lehrgangsteilnehmern und Lehrgangsteilnehmerinnen, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 11 – – als Leiter oder Leiterin eines Pflegebereichs mit mindestens 96 Pflegepersonen, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 11 – – als ständiger Vertreter oder ständige Vertreterin eines Leitenden Unterrichtspflegers oder einer Leitenden Unterrichtsschwester an einer Krankenpflegeschule oder einer Schule für Krankenpflegehilfe mit durchschnittlich mindestens 160 Lehrgangsteilnehmern und Lehrgangsteilnehmerinnen– – als ständiger Vertreter oder ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin eines Pflegedienstes mit mindestens 300 Pflegepersonen –	A 10	Erster Pflegevorsteher, Erste Oberin	A 10
Fachlehrer, Fachlehrerin (ohne Ingenieur- oder Fachhochschulausbildung), soweit nicht in Besoldungsgruppe A 11 oder A 12	A 10	Fachlehrer, Fachlehrerin	A 10

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Erster Pflegevorsteher, Erste Oberin – als Leitender Unterrichtspfleger oder Leitende Unterrichtsschwester an einer Krankenpflegeschule oder einer Schule für Krankenpflegehilfe mit durchschnittlich mindestens 160 Lehrgangsteilnehmern und Lehrgangsteilnehmerinnen, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 10 – – als Leiter oder Leiterin eines Pflegebereichs mit mindestens 192 Pflegepersonen, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 10 –	A 11	Erster Pflegevorsteher, Erste Oberin	A 11
Fachlehrer, Fachlehrerin – im Hochschuldienst, an beruflichen Schulen oder an einer Akademie der bildenden Künste mit einem abgeschlossenen Studium von mindestens sechs Semestern an einer Kunsthochschule, wenn die Ausbildung vorgeschrieben ist oder, beim Fehlen laufbahnrechtlicher Vorschriften, gefordert wird, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 12 –	A 11	Fachlehrer, Fachlehrerin	A 11
Fachlehrer, Fachlehrerin (ohne Ingenieur- oder Fachhochschulausbildung), soweit nicht in Besoldungsgruppe A 10 oder A 12 – am Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern – – an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen – – bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei – – im Hochschuldienst – – im Justizvollzugsdienst – – im kommunalen Schulverwaltungsdienst –	A 11	Fachlehrer, Fachlehrerin	A 11

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Förderlehrer, Förderlehrerin – als Koordinator oder Koordinatorin fachlicher Aufgaben und als Fachberater oder Fachberaterin der Schulaufsicht auf Schulamtsebene –	A 11	Förderlehrer, Förderlehrerin	A 11
Fachlehrer, Fachlehrerin – an einer Fachhochschule, an beruflichen Schulen oder an einer Akademie der bildenden Künste mit einem abgeschlossenen Studium von mindestens sechs Semestern an einer Kunsthochschule, wenn die Ausbildung vorgeschrieben ist oder, beim Fehlen laufbahnrechtlicher Vorschriften, gefordert wird –	A 12	Fachlehrer, Fachlehrerin	A 12
Fachlehrer, Fachlehrerin (ohne Ingenieur- oder Fachhochschulausbildung) – am Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 10 oder A 11 – – an allgemeinbildenden Schulen als Leiter oder Leiterin eines Seminars für die Ausbildung von Fachlehrern – – an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen als Zentraler Fachberater oder Zentrale Fachberaterin für Textverarbeitung und Kommunikationstechnologie –	A 12	Fachlehrer, Fachlehrerin	A 12

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
– an einer beruflichen Schule als Fachbetreuer oder Fachbetreuerin für Fächer, in denen Pflichtunterricht in praktischer Fachkunde, in Fachpraxis, in Schreibtechnik, in Fremdsprachen oder in Musik erteilt wird, als Mentor oder Mentorin für die Ausbildung der Fachlehrer und Fachlehrerinnen einer beruflichen Fachrichtung, als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer Fachschule, Berufsfachschule oder Fachakademie, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 13 – – im Hochschuldienst, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 10 oder A 11 – – im Justizvollzugsdienst –			
Förderlehrer, Förderlehrerin – als Leiter oder Leiterin eines Seminars für die Ausbildung von Förderlehrern –	A 12	Förderlehrer, Förderlehrerin	A 12
Rechnungsrat, Rechnungsrätin – als Prüfungsbeamter oder Prüfungsbeamtin beim Bayerischen Obersten Rechnungshof –	A 12	Rechnungsrat, Rechnungsrätin	A 12
Akademischer Rat, Akademische Rätin – als Lehrkraft für besondere Aufgaben an einer Hochschule – – als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften – – als wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter oder wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterin an einer Hochschule – – an staatlichen Forschungseinrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs –	A 13	Akademischer Rat, Akademische Rätin	A 13

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Beratungsrektor, Beratungsrektorin – als Schulpsychologe oder Schulpsychologin an Realschulen, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 14 –	A 13 + AZ (170,37)	Beratungsrektor, Beratungsrektorin	A 13 + AZ (170,37)
Institutsrektor, Institutsrektorin**,** soweit nicht in Besoldungsgruppe A 14 oder A 15 – am Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern – – am Staatsinstitut für die Ausbildung von Förderlehrern – – am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung – – an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung – – an einer Einrichtung der Erwachsenenbildung – – an Museen – – bei der Landesstelle für den Schulsport –	A 13	Institutsrektor, Institutsrektorin	A 13
Seminarrektor, Seminarrektorin – als Leiter oder Leiterin eines Seminars für das Lehramt an Grundschulen oder Hauptschulen –	A 13 + AZ (170,37)	Seminarrektor, Seminarrektorin	A 13 + AZ (170,37)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Studienrat, Studienrätin – am Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern – – am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung – – an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung – – an einer Einrichtung für die Ausbildung von Förderlehrern – – an einer Einrichtung der Erwachsenenbildung – – an einer Fachakademie – – mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an beruflichen Schulen bei einer der jeweiligen Befähigung entsprechenden Verwendung –	A 13	Studienrat, Studienrätin	A 13
Akademischer Oberrat, Akademische Oberrätin – als Lehrkraft für besondere Aufgaben an einer Hochschule – – als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften – – als wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter oder als wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterin an einer Hochschule – – an staatlichen Forschungseinrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs –	A 14	Akademischer Oberrat, Akademische Oberrätin	A 14

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Beratungsrektor, Beratungsrektorin – als Leiter oder Leiterin eines Praktikumsamts an der Dienststelle des oder der Ministerialbeauftragten – – als Schulpsychologe oder Schulpsychologin an Förderschulen – – als Schulpsychologe oder Schulpsychologin an Realschulen – – als Schulpsychologe oder Schulpsychologin an Volksschulen, soweit Koordinator oder Koordinatorin für die Schulberatung – – an einer staatlichen oder kommunalen Schulberatungsstelle, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 13 – – als Systembetreuer oder Systembetreuerin an Realschulen – – als qualifizierter Beratungslehrer oder qualifizierte Beratungslehrerin an Realschulen –	A 14	Beratungsrektor, Beratungsrektorin	A 14
Fachschulrektor, Fachschulrektorin – als Leiter oder Leiterin einer Fachschule oder Berufsfachschule mit bis zu 80 Schülern und Schülerinnen –	A 14 + AZ (170,37)	Fachschulrektor, Fachschulrektorin	A 14 + AZ (170,37)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Institutsrektor, Institutsrektorin**,** soweit nicht in Besoldungsgruppe A 13 oder A 15		Institutsrektor, Institutsrektorin	
– als Leiter oder Leiterin einer Einrichtung der Erwachsenenbildung –	A 14		A 14
– am Haus der Bayerischen Geschichte –	A 14		A 14
– am Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern –	A 14 + AZ (170,37)		A 14 + AZ (170,37)
– am Staatsinstitut für die Ausbildung von Förderlehrern –	A 14 + AZ (170,37)		A 14 + AZ (170,37)
– am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung –	A 14 + AZ (170,37)		A 14 + AZ (170,37)
– an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung –	A 14 + AZ (170,37)		A 14 + AZ (170,37)
– an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege –	A 14		A 14
– an der Landesstelle für den Schulsport –	A 14		A 14
– an Museen –	A 14		A 14
Konrektor, Konrektorin	A 14	Konrektor, Konrektorin	A 14
– als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern und Schülerinnen –			
– als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern oder Schülerinnen –	A 14 + AZ (170,37)		A 14 + AZ (170,37)
Musikschulrektor, Musikschulrektorin**,** soweit nicht in Besoldungsgruppe A 13	A 14	Musikschulrektor, Musikschulrektorin	A 14

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Oberstudienrat, Oberstudienrätin – am Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern – – am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung – – an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung – – an einer Einrichtung der Erwachsenenbildung – – an einer Fachakademie – – mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an beruflichen Schulen bei einer der jeweiligen Befähigung entsprechenden Verwendung –	A 14	Oberstudienrat, Oberstudienrätin	A 14
Regierungsschulrat, Regierungsschulrätin – als Dezernent oder Dezernentin (Referent oder Referentin) in der Schulaufsicht) auf Regierungsbezirksebene –	A 14	Regierungsschulrat, Regierungsschulrätin	A 14

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Rektor, Rektorin – als Leiter oder Leiterin einer Hauptschule mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern und Schülerinnen –	A 14	Rektor, Rektorin	A 14
– als Leiter oder Leiterin einer Hauptschule mit einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit bis zu 180 Schülern und Schülerinnen –	A 14		A 14
– als Leiter oder Leiterin einer Hauptschule mit einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit bis als 180 bis zu 360 Schülern und Schülerinnen –	A 14 + AZ (170,37)		A 14 + AZ (170,37)
– als Leiter oder Leiterin für den Hauptschulzweig an einer integrierten Gesamtschule (ohne Oberstufe) mit mehr als 360 Hauptschülern und Hauptschülerinnen –	A 14 + AZ (170,37)		A 14 + AZ (170,37)
– im Justizvollzugsdienst als Koordinator oder Koordinatorin der Schultätigkeit –	A 14		A 14

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
– im kommunalen Schulverwaltungsdienst, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 15 –	A 14		A 14
Schulrat, Schulrätin – als Schulaufsichtsbeamter oder Schulaufsichtsbeamtin auf Kreisebene -	A 14 + AZ (170,37)	Schulrat, Schulrätin	A 14 + AZ (170,37)
Seminarrektor, Seminarrektorin – als Leiter oder Leiterin eines Seminars für die Ausbildung von Lehrern an Sonderschulen – – als Leiter oder Leiterin eines Studienseminars für das Lehramt an Grundschulen oder Hauptschulen – – als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an Realschulen –	A 14 + AZ (170,37) A 14 A 14	Seminarrektor, Seminarrektorin	A 14 + AZ (170,37) A 14 A 14
Zweiter Konrektor, Zweite Konrektorin – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 540 Schülern und Schülerinnen –	A 14	Zweiter Konrektor, Zweite Konrektorin	A 14
Akademischer Direktor, Akademische Direktorin – als Lehrkraft für besondere Aufgaben an einer Hochschule – – als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften – – als wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter oder wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterin an einer Hochschule – – an staatlichen Forschungseinrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs –	A 15	Akademischer Direktor, Akademische Direktorin	A 15

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Direktor, Direktorin bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Präsidenten oder der Präsidentin in dessen oder deren Fachbereich –	A 15 A 15 + AZ (142,03)	Direktor, Direktorin bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege	A 15 A 15 + AZ (142,03)
Fachschulrektor, Fachschulrektorin – als Leiter oder Leiterin einer Fachschule oder Berufsfachschule mit mehr als 80 Schülern und Schülerinnen –	A 15	Fachschulrektor, Fachschulrektorin	A 15
Institutsrektor, Institutsrektorin – als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung – – als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung – – als Leiter oder Leiterin des Staatsinstituts für die Ausbildung von Förderlehrern – – als Leiter oder Leiterin einer Einrichtung für die Ausbildung von Fachlehrern – – an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege – – an der Landesstelle für den Schulsport –	A 15	Institutsrektor, Institutsrektorin	A 15

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Regierungsschuldirektor, Regierungsschuldirektorin – als Dezernent oder Dezernentin (Referent oder Referentin) in der Schulaufsicht auf Regierungsbezirksebene –	A 15	Regierungsschuldirektor, Regierungsschuldirektorin	A 15
Schulamtsdirektor, Schulamtsdirektorin – als Schulaufsichtsbeamter oder Schulaufsichtsbeamtin auf Kreisebene –	A 15	Schulamtsdirektor, Schulamtsdirektorin	A 15
Seminarrektor, Seminarrektorin – als zentraler Fachleiter oder zentrale Fachleiterin in der Ausbildung der Studienreferendare und Studienreferendarinnen für das Lehramt an Realschulen –	A 15	Seminarrektor, Seminarrektorin	A 15

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Studiendirektor, Studiendirektorin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Studienkollegs München – oder einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern und Schülerinnen oder einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen oder einer Einrichtung der Erwachsenenbildung mit mehr als 250 000 Belegungsdoppelstunden jährlich oder eines Gymnasiums im Aufbau mit mehr als 540 Schülern und Schülerinnen, wenn die oberste Jahrgangsstufe fehlt oder mehr als 670 Schülern und Schülerinnen, wenn die zwei oberen Jahrgangsstufen fehlen oder mehr als 800 Schülern und Schülerinnen, wenn die drei oberen Jahrgangsstufen fehlen oder eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums oder eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern und Schülerinnen oder eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen oder eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums oder eines Oberstufengymnasiums mit mindestens zwei Schultypen –	A 15 + AZ (170,37) A 15 A 15 + AZ (170,37) A 15 A 15 + AZ (170,37) A 15 A 15 A 15 + AZ (170,37) A 15 + AZ (170,37)	Studiendirektor, Studiendirektorin	A 15 + AZ (170,37) A 15 A 15 + AZ (170,37) A 15 A 15 + AZ (170,37) A 15 A 15 A 15 + AZ (170,37) A 15 + AZ (170,37)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)	Amtsbezeichnung (unverändert)	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)
– als der weitere ständige Vertreter oder die weitere ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin eines Gymnasiums, einer Berufsoberschule oder einer Fachoberschule, der Ministerialbeauftragter oder die Ministerialbeauftragte ist	A 15		A 15
(an einem Gymnasium oder einer Fachoberschule mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen)	A 15 + AZ (170,37)		A 15 + AZ (170,37)
oder von mehreren beruflichen Schulen bzw. eines beruflichen Schulzentrums mit mehr als 80 Schülern und Schülerinnen an der mitgeführten Schule bzw. an der beruflichen Schule in einer weiteren Schulsitzgemeinde –	A 15		A 15
– als Fachberater oder Fachberaterin in der Schulaufsicht, als Fachleiter oder Fachleiterin oder Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an Studienseminaren oder Seminarschulen oder zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	A 15		A 15
– als Fachleiter oder Fachleiterin an den Studienkollegs München und Coburg –	A 15		A 15
– als Leiter oder Leiterin der Abendrealschule der Landeshauptstadt München mit Förderlehrgang zur Ablegung des Abiturs	A 15		A 15
oder der Schul- und Bildungsberatung der Landeshauptstadt München	A 15 + AZ (170,37)		A 15 + AZ (170,37)
oder der Zeugnisanerkennungsstelle	A 15 + AZ (170,37)		A 15 + AZ (170,37)
oder des Studienkollegs Coburg	A 15		A 15
(bei Überschreitung der Zahl von 80 Studierenden)	A 15 + AZ (170,37)		A 15 + AZ (170,37)
oder einer beruflichen Schule mit bis zu 80 Schülern und Schülerinnen	A 15		A 15
oder einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern und Schülerinnen	A 15 + AZ (170,37)		A 15 + AZ (170,37)
oder			

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
einer Einrichtung der Erwachsenenbildung mit mehr als 80 000 bis zu 250 000 Belegungsdoppelstunden jährlich	A 15		A 15
oder			
einer integrierten Gesamtschule (ohne Oberstufe) mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen	A 15 + AZ (170,37)		A 15 + AZ (170,37)
oder			
einer staatlichen Schulberatungsstelle	A 15 + AZ (170,37)		A 15 + AZ (170,37)
oder			
eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums	A 15 + AZ (170,37)		A 15 + AZ (170,37)
oder			
eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern und Schülerinnen –	A 15 + AZ (170,37)		A 15 + AZ (170,37)
– am Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern –	A 15		A 15
– am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung –	A 15		A 15
– an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung–	A 15		A 15
– an der Landesstelle für den Schulsport –	A 15		A 15
– im kommunalen Schulverwaltungsdienst als stellvertretender Leiter oder stellvertretende Leiterin einer großen pädagogischen Fachabteilung oder als Leiter oder Leiterin eines bedeutenden pädagogischen Sachgebiets –	A 15		A 15
Direktor, Direktorin bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege	A 16	Direktor, Direktorin bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege	A 16
als Fachbereichsleiter oder Fachbereichsleiterin –	A 16 + AZ (142,03) A 16 + AZ (113,59)		A 16 + AZ (142,03) A 16 + AZ (113,59)
Direktor, Direktorin bei der Verwaltungsschule – als hauptamtlicher Vorstand, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 3 –	A 16 + AZ (227,13)	Direktor, Direktorin bei der Verwaltungsschule	A 16 + AZ (227,13)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)	Amtsbezeichnung (unverändert)	Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)
Direktor, Direktorin bei einem kommunalen Spitzenverband (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke - Körperschaften des öffentlichen Rechts -), soweit nicht in Besoldungsgruppe B 3 – als Gruppenleiter oder Gruppenleiterin –	A 16	Direktor, Direktorin bei einem kommunalen Spitzenverband (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke - Körperschaften des öffentlichen Rechts -)	A 16
Institutsdirektor, Institutsdirektorin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Direktors oder der Direktorin der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung –	A 16	Institutsdirektor, Institutsdirektorin	A 16
Leitender Akademischer Direktor, Leitende Akademische Direktorin – als Lehrkraft für besondere Aufgaben an einer Hochschule – – als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften – – als wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter oder wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterin an einer Hochschule –	A 16	Leitender Akademischer Direktor, Leitende Akademische Direktorin	A 16
Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin – als Leiter oder Leiterin des polizeiärztlichen Dienstes –	A 16	Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	A 16
Leitender Regierungsschuldirektor, Leitende Regierungsschuldirektorin – als Dezernent oder Dezernentin (Referent oder Referentin) in der Schulaufsicht auf Regierungsbezirksebene –	A 16	Leitender Regierungsschuldirektor, Leitende Regierungsschuldirektorin	A 16

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Leitender Schulamtsdirektor, Leitende Schulamtsdirektorin – als leitender Schulaufsichtsbeamter oder leitende Schulaufsichtsbeamtin auf Kreisebene, dem oder der mindestens sechs weitere Schulaufsichtsbeamten und Schulaufsichtsbeamtinnen unterstellt sind –	A 16, A 16 + AZ (190,54)	Leitender Schulamtsdirektor, Leitende Schulamtsdirektorin	A 16, A 16 + AZ (190,54)
Ministerialrat, Ministerialrätin – bei einer obersten Landesbehörde –	A 16	Ministerialrat, Ministerialrätin	A 16
Oberstudiendirektor, Oberstudiendirektorin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Direktors oder der Direktorin der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung oder des Leiters oder Leiterin eines Gymnasiums, einer Berufsoberschule oder einer Fachoberschule, der Ministerialbeauftragter oder die Ministerialbeauftragte ist – – als Leiter oder Leiterin der Landesstelle für den Schulsport oder des Museumspädagogischen Zentrums München oder des Studienkollegs München oder des voll ausgebauten Wirtschaftswissenschaftlichen Gymnasiums mit zweizügig ausgebauter Mädchenrealschule der Stadt Schweinfurt oder einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen oder	A 16	Oberstudiendirektor, Oberstudiendirektorin	A 16

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
einer Einrichtung der Erwachsenenbildung mit mehr als 250 000 Belegungsdoppelstunden jährlich oder einer integrierten Gesamtschule (ohne Oberstufe) mit mehr als 1 000 Schülern und Schülerinnen oder einer selbstständigen Abteilung des Staatsinstituts für die Ausbildung von Fachlehrern oder eines Gymnasiums im Aufbau mit mehr als 540 Schülern und Schülerinnen, wenn die oberste Jahrgangsstufe fehlt oder mehr als 670 Schülern und Schülerinnen, wenn die zwei oberen Jahrgangsstufen fehlen oder mehr als 800 Schülern und Schülerinnen, wenn die drei oberen Jahrgangsstufen fehlen oder eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern und Schülerinnen oder eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums oder eines Oberstufengymnasiums mit mindestens zwei Schultypen – – als Seminarvorstand eines staatlichen Studienseminars für berufliche Schulen – – am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung –			

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
– im kommunalen Schulverwaltungsdienst als Leiter oder Leiterin einer großen pädagogischen Fachabteilung, soweit nicht als Stadtdirektor oder Stadtdirektorin in Besoldungsgruppe B 2 oder als stellvertretender Leiter oder stellvertretende Leiterin einer großen pädagogischen Fachabteilung, deren Leiter oder Leiterin in die Besoldungsgruppe B 2 eingestuft ist, wenn an der staatlichen Schulaufsicht beteiligt –			
Stadtdirektor, Stadtdirektorin		Stadtdirektor, Stadtdirektorin	
– der Landeshauptstadt München und der Stadt Nürnberg als Leiter oder Leiterin einer großen und bedeutenden Organisationseinheit, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 2 oder B 3 –	A 16		A 16
– in einer Stadt mit mehr als 50 000 Einwohnern und Einwohnerinnen als Leiter oder Leiterin einer großen bedeutenden Organisationseinheit, der oder die unmittelbar einem kommunalen Wahlbeamten oder einer kommunalen Wahlbeamtin unterstellt ist, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 2 –	A 16		A 16
(Bis zu 30 v. H. der Stellen für diese Ämter in jeder Stadt nach Maßgabe sachgerechter Bewertung bei unmittelbarer Unterstellung unter einem Oberbürgermeister einer Oberbürgermeisterin oder in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern bei unmittelbarer Unterstellung unter einem oder einer mindestens in Besoldungsgruppe B 3 eingestuften sonstigen kommunalen Wahlbeamten oder sonstigen kommunalen Wahlbeamtin kann eine Amtszulage gewährt werden)	A 16 + AZ (190,54)		A 16 + AZ (190,54)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Abteilungsdirektor, Abteilungsdirektorin – als Leiter oder Leiterin einer großen und bedeutenden Abteilung bei einer Mittel- oder Oberbehörde oder bei einer sonstigen Dienststelle oder Einrichtung, wenn deren Leiter oder Leiterin mindestens in Besoldungsgruppe B 5 eingestuft ist – – als Vertreter oder Vertreterin des Präsidenten oder der Präsidentin der Autobahndirektion Nordbayern für den Bereich Autobahnen –	B 2	Abteilungsdirektor, Abteilungsdirektorin	B 2
Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Staatsforsten – als Bereichsleiter oder Bereichsleiterin –	B 2	Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Staatsforsten	B 2
Direktor, Direktorin eines Bezirkskrankenhauses mit mindestens 2 000 Betten, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 16	B 2	Direktor, Direktorin eines Bezirkskrankenhauses	B 2

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums Niederbayern – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums Oberfranken – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums Oberpfalz – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums Schwaben Nord – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums Unterfranken – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei –	B 2	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin	B 2

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Stadtdirektor, Stadtdirektorin – der Landeshauptstadt München und der Stadt Nürnberg als Leiter oder Leiterin einer großen und bedeutenden Organisationseinheit, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 16 oder B 3 – – der Landeshauptstadt München als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterin bei den Stadtwerken München, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 3 – – der Städte Augsburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, Regensburg und Würzburg als Leiter oder Leiterin einer großen und bedeutenden Organisationseinheit, der oder die unmittelbar dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin unterstellt ist, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 16 –	B 2	Stadtdirektor, Stadtdirektorin	B 2
Direktor, Direktorin bei der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern – als Mitglied der Geschäftsleitung –	B 3	Direktor, Direktorin bei der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern	B 3
Direktor, Direktorin bei der Verwaltungsschule – als hauptamtlicher Vorstand, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 16 –	B 3	Direktor, Direktorin bei der Verwaltungsschule	B 3

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Direktor, Direktorin bei einem kommunalen Spitzenverband (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –) – als Gruppenleiter oder Gruppenleiterin, soweit nicht in Besoldungsgruppe A 16 – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds oder des geschäftsführenden Präsidialmitglieds, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 4 –	B 3	Direktor, Direktorin bei einem kommunalen Spitzenverband (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –)	B 3
Direktor, Direktorin beim Landesbeauftragten für den Datenschutz – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Landesbeauftragten –	B 3	Direktor, Direktorin beim Landesbeauftragten für den Datenschutz	B 3
Direktor, Direktorin beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des geschäftsführenden Direktors oder der geschäftsführenden Direktorin –	B 3	Direktor, Direktorin beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband	B 3

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin – bei einer obersten Dienstbehörde als Leiter oder Leiterin einer Abteilung – – bei einer obersten Dienstbehörde als ständiger Vertreter oder ständige Vertreterin eines Abteilungsleiters oder einer Abteilungsleiterin – – als Prüfungsgebietsleiter oder Prüfungsgebietsleiterin beim Obersten Rechnungshof –	B 3	Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	B 3
Leitender Oberstudiendirektor, Leitende Oberstudiendirektorin – als Ministerialbeauftragter oder Ministerialbeauftragte für die Berufsoberschulen und die Fachoberschulen – – als Ministerialbeauftragter oder Ministerialbeauftragte für die Gymnasien –	B 3	Leitender Oberstudiendirektor, Leitende Oberstudiendirektorin	B 3
Leiter, Leiterin der Landesbaudirektion bei der Autobahndirektion Nordbayern – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Präsidenten oder der Präsidentin der Autobahndirektion Nordbayern –	B 3	Leiter, Leiterin der Landesbaudirektion bei der Autobahndirektion Nordbayern	B 3
Oberbranddirektor, Oberbranddirektorin – als Leiter oder Leiterin der Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt München –	B 3	Oberbranddirektor, Oberbranddirektorin	B 3
Oberlandesanwalt, Oberlandesanwältin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Generallandesanwalts oder der Generallandesanwältin –	B 3	Oberlandesanwalt, Oberlandesanwältin	B 3

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Landeskriminalamts – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums Mittelfranken – – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Leiters oder der Leiterin des Polizeipräsidiums München –	B 3	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin	B 3
Regierungsvizepräsident, Regierungsvizepräsidentin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Regierungspräsidenten oder der Regierungspräsidentin von Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben oder der Oberpfalz –	B 3	Regierungsvizepräsident, Regierungsvizepräsidentin	B 3
Stadtdirektor, Stadtdirektorin – der Landeshauptstadt München und der Stadt Nürnberg als Leiter oder Leiterin einer großen und bedeutenden Organisationseinheit, wenn unmittelbar dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin oder einem oder einer mindestens in Besoldungsgruppe B 5 eingestuften berufsmäßigen Stadtrat oder berufsmäßigen Stadträtin unterstellt, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 4 – – der Landeshauptstadt München als ständiger Vertreter oder ständige Vertreterin eines berufsmäßigen Stadtrats oder berufsmäßigen Stadträtin, wenn dieser oder diese mindestens in Besoldungsgruppe B 5 eingestuft ist, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 4 –	B 3	Stadtdirektor, Stadtdirektorin	B 3

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
– der Landeshauptstadt München als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterin bei den Stadtwerken München, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 2 –			
Direktor, Direktorin bei einem kommunalen Spitzenverband (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –) – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds oder geschäftsführenden Präsidialmitglieds, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 3 –	B 4	Direktor, Direktorin bei einem kommunalen Spitzenverband (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –)	B 4

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Polizeipräsident, Polizeipräsidentin – als Leiter oder Leiterin der Bereitschaftspolizei – – als Leiter oder Leiterin der Polizeipräsidien Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West, Unterfranken –	B 4	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin	B 4
Regierungsvizepräsident, Regierungsvizepräsidentin – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin des Regierungspräsidenten oder der Regierungspräsidentin von Oberbayern –	B 4	Regierungsvizepräsident, Regierungsvizepräsidentin	B 4
Stadtdirektor, Stadtdirektorin der Landeshauptstadt München – als Leiter oder Leiterin einer unmittelbar dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin unterstellten großen und bedeutenden Organisationseinheit, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 3 – – als ständiger Vertreter oder ständige Vertreterin eines berufsmäßigen Stadtrats oder einer berufsmäßigen Stadträtin, wenn dieser oder diese mindestens in Besoldungsgruppe B 6 eingestuft ist, soweit nicht in Besoldungsgruppe B 3 –	B 4	Stadtdirektor, Stadtdirektorin der Landeshauptstadt München	B 4

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Polizeipräsident, Polizeipräsidentin – als Leiter oder Leiterin des Polizeipräsidiums Mittelfranken –	B 5	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin	B 5
Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin – bei einer obersten Landesbehörde als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin – – als Landesbeauftragter oder Landesbeauftragte für den Datenschutz –	B 6	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B 6
Polizeipräsident, Polizeipräsidentin – als Leiter oder Leiterin des Landeskriminalamts – – als Leiter oder Leiterin des Polizeipräsidiums München –	B 6	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin	B 6

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Regierungspräsident, Regierungspräsidentin – in den Regierungsbezirken Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben oder der Oberpfalz –	B 7	Regierungspräsident, Regierungspräsidentin	B 7
Landespolizeipräsident, Landespolizeipräsidentin – als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin für Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Staatsministerium des Innern –	B 8	Landespolizeipräsident, Landespolizeipräsidentin	B 8
Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin – als Direktor, Direktorin des Landtagsamts – – als leitender Beamter oder leitende Beamtin der Staatskanzlei – – als leitender Beamter oder leitende Beamtin eines Staatsministeriums oder bei einem Mitglied der Staatsregierung, dem nach Art. 50 Satz 1 der Verfassung eine Sonderaufgabe zugewiesen ist –	B 9	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B 9
Professor, Professorin – an einer Fachhochschule –	W 2	Professor, Professorin	W 2
Professor, Professorin – an einer Fachhochschule –	W 3	Professor, Professorin	W 3
Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin – als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –	R 2 + AZ (188,36)	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin	R 2 + AZ (188,36)

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin – als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht – (als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4) – als Dezernent oder Dezernentin bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –	R 2 R 2+ AZ (188,36) R 2	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin	R 2 R 2 + AZ (188,36) R 2
Richter, Richterin am Amtsgericht – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin – – als weiterer aufsichtführender Richter oder weitere aufsichtführende Richterin –	R 2	Richter, Richterin am Amtsgericht	R 2
Richter, Richterin am Arbeitsgericht – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin – – als weiterer aufsichtführender Richter oder weitere aufsichtführende Richterin –	R 2	Richter, Richterin am Arbeitsgericht	R 2
Richter, Richterin am Sozialgericht – als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin – – als weiterer aufsichtführender Richter oder weitere aufsichtführende Richterin –	R 2	Richter, Richterin am Sozialgericht	R 2
Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin – als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht – – als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –	R 3	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin	R 3

Bisherige Amtsbezeichnung, bisherige Funktionsbezeichnung	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (alt)**	**Amtsbezeichnung (unverändert)**	**Besoldungsgruppe und Amtszulage (AZ, in Euro) (unverändert)**
Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin – als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht –	R 4	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin	R 4
Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin – als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –	R 6	Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin	R 6

§ 2

2033-1-1-F

Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG)

Inhaltsübersicht

Teil 1

Allgemeine Vorschriften

Art. 1 Geltungsbereich
Art. 2 Arten der Versorgung, Begriffsbestimmungen
Art. 3 Regelung durch Gesetz
Art. 4 Allgemeine Anpassung
Art. 5 Zahlungsweise
Art. 6 Abtretung, Verpfändung, Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht
Art. 7 Rückforderung von Versorgungsbezügen
Art. 8 Verjährung
Art. 9 Festsetzung, Zuständigkeit
Art. 10 Anzeige- und Mitwirkungspflichten

Teil 2

Versorgungsbezüge

Abschnitt 1

Ruhegehalt, Unterhaltsbeitrag

Unterabschnitt 1

Anspruchsvoraussetzungen

Art 11 Entstehen und Berechnung des Ruhegehalts

Unterabschnitt 2

Ruhegehaltfähige Bezüge

Art. 12 Ruhegehaltfähige Bezüge

Art. 13 Ruhegehaltfähigkeit von Hochschulleistungsbezügen

Unterabschnitt 3

Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Art. 14 Regelmäßige ruhegehaltfähige Dienstzeit

Art. 15 Erhöhung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit

Art. 16 Berufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten

Art. 17 Nichtberufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten

Art. 18 Zeiten im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst

Art. 19 Sonstige Zeiten

Art. 20 Ausbildungszeiten

Art. 21 Zeiten in dem in Art. 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet

Art. 22 Wissenschaftliche Qualifikationszeiten

Art. 23 Zurechnungszeit und Zeit gesundheitsschädigender Verwendung

Art. 24 Allgemeine Bestimmungen zur Berücksichtigung von Dienstzeiten

Art. 25 Ausschlusszeiten

Unterabschnitt 4

Ruhegehalt

Art. 26 Höhe des Ruhegehalts

Art. 27 Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes

Art. 28 Ruhegehaltssatz für Beamte und Beamtinnen auf Zeit

Unterabschnitt 5

Unterhaltsbeitrag; Beamte und Beamtinnen auf Probe und auf Zeit in leitender Funktion

Art. 29 Unterhaltsbeitrag für entlassene Beamte und Beamtinnen

Art. 30 Beamte und Beamtinnen auf Probe und auf Zeit in leitender Funktion

Abschnitt 2

Hinterbliebenenversorgung

Art. 31 Allgemeines

Unterabschnitt 1

Einmalige Leistungen

Art. 32 Bezüge für den Sterbemonat
Art. 33 Sterbegeld

Unterabschnitt 2

Laufende Leistungen

Art. 34 Versorgungsurheber
Art. 35 Witwengeld
Art. 36 Höhe des Witwengeldes
Art. 37 Witwenabfindung
Art. 38 Unterhaltsbeitrag für nicht witwengeldberechtigte Witwer oder Witwen
Art. 39 Waisengeld
Art. 40 Höhe des Waisengeldes
Art. 41 Zusammentreffen von Witwengeld, Waisengeld und Unterhaltsbeiträgen
Art. 42 Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene
Art. 43 Beginn der Zahlungen
Art. 44 Erlöschen der Hinterbliebenenversorgung

Abschnitt 3

Unfallfürsorge

Unterabschnitt 1

Allgemeine Vorschriften; Verfahren

Art. 45 Allgemeines
Art. 46 Dienstunfall
Art. 47 Meldung und Untersuchungsverfahren
Art. 48 Nichtgewährung von Unfallfürsorge

Art. 49 Begrenzung der Unfallfürsorgeansprüche

Unterabschnitt 2

Leistungen der Unfallfürsorge

Art. 50 Heilverfahren
Art. 51 Pflegekosten
Art. 52 Unfallausgleich
Art. 53 Unfallruhegehalt
Art. 54 Erhöhtes Unfallruhegehalt
Art. 55 Unterhaltsbeitrag für frühere Beamte und Beamtinnen sowie frühere Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen
Art. 56 Unterhaltsbeitrag bei Schädigung eines ungeborenen Kindes
Art. 57 Unfallsterbegeld
Art. 58 Unfallhinterbliebenenversorgung
Art. 59 Unterhaltsbeitrag für Verwandte der aufsteigenden Linie
Art. 60 Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene
Art. 61 Höchstgrenzen der Hinterbliebenenversorgung
Art. 62 Einmalige Unfallentschädigung
Art. 63 Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen

Unterabschnitt 3

Einsatzversorgung

Art. 64 Einsatzunfall
Art. 65 Unfallfürsorge bei Einsatzunfall
Art. 66 Schadensausgleich

Abschnitt 4

Übergangsgeld, Bezüge bei Verschollenheit

Art. 67 Übergangsgeld
Art. 68 Bezüge bei Verschollenheit

Abschnitt 5

Familienbezogene Leistungen

Unterabschnitt 1

Familienzuschlag, Ausgleichsbetrag

Art. 69 Familienzuschlag
Art. 70 Ausgleichsbetrag

Unterabschnitt 2

Zuschlag für Zeiten der Kindererziehung und der Pflege neben dem Ruhegehalt

Art. 71 Kindererziehungszuschlag
Art. 72 Pflegezuschlag
Art. 73 Vorübergehende Gewährung von Zuschlägen

Unterabschnitt 3

Zuschlag zum Witwengeld

Art. 74 Kinderzuschlag zum Witwengeld

Abschnitt 6

Sonderzahlung

Art. 75 Anspruch und Bestandteile
Art. 76 Grundbetrag
Art. 77 Sonderbetrag für Kinder
Art. 78 Ausschlusstatbestände
Art. 79 Zahlungsweise, Teilzuwendung

Abschnitt 7

Verlust der Versorgung

Art. 80 Verlust der Versorgung infolge Verurteilung
Art. 81 Verlust der Versorgungsbezüge bei Ablehnung einer erneuten Berufung
Art. 82 Verlust der Versorgung bei verfassungsfeindlicher Betätigung

Teil 3

Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften

Abschnitt 1

Zusammentreffen mit anderen Bezügen und Einkünften

Unterabschnitt 1

Ruhensvorschriften

Art. 83 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen

Art. 84 Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

Art. 85 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten

Art. 86 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Versorgung aus zwischenstaatlicher und überstaatlicher Verwendung

Art. 87 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Entschädigung oder Versorgungsbezügen nach dem Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments

Unterabschnitt 2

Gemeinsame Bestimmungen

Art. 88 Erhöhung der Höchstgrenzen

Art. 89 Mindestbelassung bei Unterhaltsbeitrag nach Art. 55

Art. 90 Reihenfolge der Anwendung der Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften

Art. 91 Nichtberücksichtigung der Versorgungsbezüge

Abschnitt 2

Versorgungsausgleich

Art. 92 Kürzung der Versorgungsbezüge wegen Versorgungsausgleichs

Art. 93 Abwendung der Kürzung der Versorgungsbezüge

Teil 4

Versorgungslastenteilung bei landesinternen Dienstherrenwechseln

Art. 94 Dienstherrenwechsel

Art. 95 Versorgungslastenteilung

Art. 96 Abfindung

Art. 97 Berechnungsgrundlagen

Art. 98 Weitere Zahlungsansprüche

Art. 99 Dokumentationspflichten und Zahlungsmodalitäten

Teil 5

Überleitungs- und Übergangsvorschriften

Abschnitt 1

Überleitung vorhandener Versorgungsberechtigter

Art.100 Besondere Bestandskraft

Art.101 Bezügebestandteile

Art.102 Versorgung künftiger Hinterbliebener, Versorgungsausgleich

Abschnitt 2

Übergangsregelung für vorhandene Beamte und Beamtinnen

Art.103 Besondere Bestimmungen zu den ruhegehaltfähigen Bezügen, zur ruhegehaltfähigen Dienstzeit und zum Ruhegehalt

Art.104 Ruhegehalt und Übergangsgeld auf Grund von Übergangsregelungen im Besoldungsrecht

Art.105 Hinterbliebenenversorgung

Art.106 Übergangsregelung zur Anhebung der Altersgrenzen

Abschnitt 3

Anpassungen der Versorgung

Art.107 Besondere Maßgaben

Abschnitt 4

Übergangsvorschriften zur Versorgungslastenteilung

Art.108 Laufende Erstattungen

Art.109 Versorgungslastenteilung bei vergangenen Dienstherrnwechseln ohne laufende Erstattung

Art.110 Versorgungslastenteilung im Fall eines zusätzlichen Dienstherrnwechsels nach Art. 95

Art.111 Versorgungslastenteilung im Fall eines zusätzlichen Dienstherrnwechsels nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

Art.112 Übernahme der Versorgungslasten in Altfällen

Abschnitt 5

Sonstige Übergangsvorschriften

Art.113 Entpflichtete Professoren und Professorinnen; Hochschulleistungsbezüge

Art.114 Übergangsvorschrift zur Verjährung

Teil 6

Schlussvorschriften

Art.115 Gleichstehende Tatbestände

Art.116 Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften

Art.117 Ersetzung von Bundesrecht

Teil 1

Allgemeine Vorschriften

Art. 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Versorgung der Beamten und Beamtinnen, Richter und Richterinnen des Staates sowie der Beamten und Beamtinnen der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie ihrer Hinterbliebenen.

(2) Die Versorgung der kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen wird durch besonderes Gesetz geregelt.

(3) Dieses Gesetz gilt nicht für Ehrenbeamte, Ehrenbeamtinnen, ehrenamtliche Richter und ehrenamtliche Richterinnen, soweit dies nicht ausdrücklich gesetzlich vorgesehen ist.

(4) Dieses Gesetz gilt nicht für die Beamten und Beamtinnen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und weltanschaulichen Gemeinschaften sowie deren Verbände.

Art. 2

Arten der Versorgung, Begriffsbestimmungen

(1) Versorgungsbezüge sind
1. Ruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag (Art. 11 bis 30),
2. Hinterbliebenenversorgung (Art. 31 bis 44),
3. Unfallfürsorge (Art. 45 bis 66),
4. Übergangsgeld (Art. 67),
5. Bezüge bei Verschollenheit (Art. 68),
6. familienbezogene Leistungen (Art. 69 bis 74),
7. Sonderzahlung (Art. 75 bis 79).

(2) [1]Soweit Vorschriften dieses Gesetzes auf Beamte und Beamtinnen, Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen sowie entlassene Beamte und Beamtinnen Bezug nehmen, gilt dies entsprechend für Richter und Richterinnen, in Ruhestand getretene oder versetzte Richter und Richterinnen sowie entlassene Richter und Richterinnen, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. [2]Das Richterverhältnis steht dem Beamtenverhältnis im Sinn dieses Gesetzes gleich, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Art. 3

Regelung durch Gesetz

(1) Die Versorgung wird durch Gesetz geregelt.

(2) [1]Zusicherungen, Vereinbarungen und Vergleiche, die eine höhere als die gesetzlich zustehende Versorgung verschaffen sollen, sind unwirksam. [2]Das Gleiche gilt für Versicherungsverträge, die zu diesem Zweck abgeschlossen werden.

(3) Auf die gesetzlich zustehende Versorgung kann weder ganz noch teilweise verzichtet werden.

Art. 4

Allgemeine Anpassung

(1) Wird die Besoldung nach Art. 16 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) angepasst, sind von demselben Zeitpunkt an die Versorgungsbezüge durch Gesetz entsprechend zu regeln.

(2) Als Anpassung gilt auch die Neufassung der Grundgehaltstabelle mit unterschiedlicher Änderung der Grundgehaltssätze und die allgemeine Erhöhung oder Verminderung der Besoldung um feste Beträge.

Art. 5

Zahlungsweise

(1) [1]Die Versorgungsbezüge werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, monatlich im Voraus gezahlt. [2]Besteht der Anspruch auf Versorgung nicht für einen vollen Kalendermonat, so wird nur der Teil der Bezüge gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(2) Werden Versorgungsbezüge nach dem Tag der Fälligkeit gezahlt, so besteht kein Anspruch auf Verzugszinsen.

(3) Haben Versorgungsberechtigte ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb der Europäischen Union, so kann die Pensionsbehörde die Zahlung der Versorgungsbezüge von der Bestellung eines oder einer Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes abhängig machen.

(4) [1]Für die Zahlung der Versorgungsbezüge haben Versorgungsberechtigte auf Verlangen der Pensionsbehörde ein Konto anzugeben oder einzurichten, auf das die Überweisung erfolgen kann. [2]Die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren tragen die Versorgungsberechtigten. [3]Die Übermittlungskosten mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift auf dem Konto der Versorgungsberechtigten trägt die Pensionsbehörde; bei einer Überweisung der Versorgungsbezüge auf ein außerhalb der Europäischen Union geführtes Konto tragen die Versorgungsberechtigten die Kosten und die Gefahr der Übermittlung der Versorgungsbezüge sowie die Kosten einer Meldung nach § 59 der Außenwirtschaftsverordnung. [4]Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn den Versorgungsberechtigten die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden kann.

(5) [1]Bei der Berechnung von Versorgungsbezügen sind die sich ergebenden Bruchteile eines Cents unter 0,5 abzurunden und ab 0,5 aufzurunden. [2]Zwischenrechnungen werden jeweils auf zwei Dezimalstellen durchgeführt. [3]Jeder Versorgungsbestandteil ist einzeln zu runden.

Art. 6

Abtretung, Verpfändung, Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht

(1) Ansprüche auf Versorgungsbezüge können nur abgetreten oder verpfändet werden, soweit sie der Pfändung unterliegen.

(2) [1]Gegenüber Ansprüchen auf Versorgungsbezüge kann der Dienstherr ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur in Höhe des pfändbaren Teils der Versorgungsbezüge geltend machen. [2]Dies gilt nicht, soweit gegen die Versorgungsberechtigten ein Anspruch auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung besteht oder der Dienstherr mit Ansprüchen auf Rückzahlung überzahlter Besoldung oder Versorgungsbezüge für denselben Zeitraum aufrechnet.

(3) [1]Ansprüche auf Sterbegeld (Art. 33), auf Erstattung der Kosten des Heilverfahrens (Art. 50) und der Pflege (Art. 51), auf Unfallausgleich (Art. 52), auf Unfallsterbegeld (Art. 57) sowie auf einmalige Unfallentschädigung (Art. 62) und auf Schadensausgleich (Art. 66) können weder gepfändet noch abgetreten noch verpfändet werden. [2]Forderungen des Dienstherrn gegen Verstorbene aus Vorschuss- oder Darlehensgewährungen sowie aus Überzahlungen von Besoldung oder Versorgungsbezügen können auf das Sterbegeld angerechnet werden.

Art. 7

Rückforderung von Versorgungsbezügen

(1) Werden Versorgungsberechtigte durch eine gesetzliche Änderung ihrer Versorgungsbezüge mit rückwirkender Kraft schlechter gestellt, so sind die Unterschiedsbeträge nicht zu erstatten.

(2) [1]Im Übrigen regelt sich die Rückforderung zuviel gezahlter Versorgungsbezüge nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. [2]Der Kenntnis des Mangels des rechtlichen Grundes der Zahlung steht es gleich, wenn der Mangel so offensichtlich war, dass die Empfänger ihn hätten erkennen müssen. [3]Von der Rückforderung kann aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise abgesehen werden.

Art. 8

Verjährung

[1]Ansprüche auf Versorgungsbezüge und auf Rückzahlung von Versorgungsbezügen verjähren in drei Jahren; Ansprüche auf Rückzahlung von Versorgungsbezügen verjähren in zehn

Jahren, wenn durch vorsätzlich oder leichtfertig unrichtige oder unvollständige Angaben oder das vorsätzliche oder leichtfertige pflichtwidrige Unterlassen von Angaben die Gewährung oder Belassung von Versorgungsbezügen bewirkt wurde. [2]Die Verjährung beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist. [3]Im Übrigen sind die §§ 194 bis 218 BGB entsprechend anzuwenden.

Art. 9

Festsetzung, Zuständigkeit

(1) Die Festsetzung und Abrechnung der Versorgungsbezüge, die Bestimmung der Zahlungsempfänger, die Entscheidung über die Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit sowie die Bewilligung von Versorgungsbezügen auf Grund von Kannvorschriften obliegt der Pensionsbehörde.

(2) [1]Für die Versorgungsberechtigten des Staates wird die Pensionsbehörde durch Rechtsverordnung der Staatsregierung bestimmt. [2]In der Rechtsverordnung kann die Zuständigkeit der Pensionsbehörde für weitere Versorgungsangelegenheiten bestimmt werden. [3]Zu diesen Versorgungsangelegenheiten gehört auch die Erteilung einer Bescheinigung, dass die Voraussetzungen für die kraft Gesetzes erfolgte Nachversicherung vorliegen. [4]Außerhalb des staatlichen Bereichs werden die Befugnisse der Pensionsbehörden durch die obersten Dienstbehörden wahrgenommen, die diese Befugnisse auf andere Dienststellen übertragen können. [5]Unberührt bleiben gesetzliche Vorschriften, die eine ausschließliche Zuständigkeit anderer Behörden bestimmen.

(3) [1]Entscheidungen über die Bewilligung von Versorgungsbezügen auf Grund von Kannvorschriften dürfen erst beim Eintritt des Versorgungsfalles getroffen werden; vorherige Zusicherungen sind unwirksam.

(4) [1]Ob Zeiten auf Grund der Art. 18 bis 20, 22 und 23 Abs. 2 als ruhegehaltfähige Dienstzeit zu berücksichtigen sind, soll bei der Berufung in das Beamtenverhältnis entschieden werden; diese Entscheidungen stehen unter dem Vorbehalt eines Gleichbleibens der Rechtslage, die ihnen zugrunde liegt. [2]Sie werden von der Einstellungsbehörde getroffen; bei Beamten und Beamtinnen des Staates ergehen die Entscheidungen im Einvernehmen mit der Pensionsbehörde, es sei denn, das Staatsministerium der Finanzen ist Einstellungsbehörde.

(5) [1]Entscheidungen in versorgungsrechtlichen Angelegenheiten, die eine grundsätzliche, über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung haben, sind vom Staatsministerium der Finanzen zu treffen. [2]Für die Versorgungsberechtigten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts stehen die Befugnisse des Satzes 1 der obersten Dienstbehörde zu.

Art. 10

Anzeige- und Mitwirkungspflichten

(1) Die Beschäftigungsstelle hat der Pensionsbehörde jede Verwendung von Versorgungsberechtigten unter Angabe der gewährten Bezüge, ebenso jede spätere Änderung der Bezüge oder die Zahlungseinstellung sowie die Gewährung einer Versorgung unverzüglich anzuzeigen.

(2) [1]Versorgungsberechtigte haben der Pensionsbehörde unverzüglich
1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Versorgung erheblich sind, und auf Verlangen der Pensionsbehörde der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Versorgung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Versorgung Erklärungen abgegeben worden sind, mitzuteilen,
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen der Pensionsbehörde Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

[2]Satz 1 gilt entsprechend für Personen, die Versorgungsleistungen zu erstatten haben. [3]Die Pensionsbehörde kann Erkenntnisse und Beweismittel an Sachverständige weitergeben, soweit dies zur Entscheidung über die Versorgung notwendig ist.

(3) [1]Kommen Versorgungsberechtigte den ihnen nach Abs. 2 oder nach anderen Bestimmungen dieses Gesetzes auferlegten Mitwirkungsverpflichtungen schuldhaft nicht nach, so kann ihnen die Versorgung ganz oder teilweise auf Zeit oder auf Dauer entzogen werden. [2]Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann die Versorgung ganz oder teilweise wieder zuerkannt werden. [3]Die Entscheidung trifft die Pensionsbehörde.

Teil 2

Versorgungsbezüge

Abschnitt 1

Ruhegehalt, Unterhaltsbeitrag

Unterabschnitt 1

Anspruchsvoraussetzungen

Art. 11

Entstehen und Berechnung des Ruhegehalts

(1) [1]Ein Ruhegehalt wird nur gewährt, wenn der Beamte oder die Beamtin
1. eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren abgeleistet hat oder

2. infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er oder sie sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist (Dienstbeschädigung).

[2]Die Dienstzeit wird vom Zeitpunkt der ersten Berufung in das Beamtenverhältnis ab gerechnet und nur berücksichtigt, soweit sie ruhegehaltfähig ist. [3]Zeiten, die kraft gesetzlicher Vorschrift als ruhegehaltfähig gelten oder nach Art. 18 als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, sind einzurechnen. [4]Satz 3 gilt nicht für Zeiten, die der Beamte oder die Beamtin vor dem 3. Oktober 1990 in dem in Art. 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet zurückgelegt hat.

(2) [1]Der Anspruch auf Ruhegehalt entsteht mit dem Beginn des Ruhestands. [2]Bei Beamten und Beamtinnen auf Zeit ruht der Anspruch bis zum Ende des Monats, in dem die Altersgrenze nach Art. 62, 143 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) erreicht oder die Dienstunfähigkeit festgestellt wird. [3]Satz 2 gilt nicht für den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs.

(3) Das Ruhegehalt wird auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Bezüge und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit berechnet.

Unterabschnitt 2

Ruhegehaltfähige Bezüge

Art. 12

Ruhegehaltfähige Bezüge

(1) [1]Ruhegehaltfähige Bezüge sind

1. das Grundgehalt,
2. die Strukturzulage,
3. Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen,
4. der Familienzuschlag der Stufe 1,
5. Hochschulleistungsbezüge (Art. 13),
6. die Vollstreckungsvergütung (Abs. 2),
7. die besondere Zulage für Richter und Richterinnen (Abs. 3),

die dem Beamten oder der Beamtin nach Nrn. 1 bis 3 zuletzt zugestanden haben oder nach Nr. 4, sofern nach dem Bayerischen Besoldungsgesetz ein Familienzuschlag zustehen würde. [2]Bei Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung ohne Grundbezüge (Freistellung) sowie bei eingeschränkter Verwendung wegen begrenzter Dienstfähigkeit nach § 27 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) sind jeweils die dem letzten Amt entsprechenden vollen ruhegehaltfähigen Bezüge anzusetzen.

(2) [1]Die Vollstreckungsvergütung für Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen im Vollstreckungsaußendienst ist in Höhe von 8 v.H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe, die der Bemessung der Versorgungsbezüge des Beamten oder der Beamtin zugrunde liegt, ruhegehaltfähig, wenn die Vollstreckungsvergütung für mindestens zehn Jahre und bei Eintritt in den Ruhestand bezogen wurde oder ohne vorangegangene Dienstunfähigkeit bezogen wor-

den wäre. [2]Bei Inanspruchnahme von Altersteilzeit im Blockmodell tritt der Beginn der Freistellungsphase an die Stelle des Eintritts in den Ruhestand nach Satz 1 [3]Das Unterschreiten der Mindestbezugsdauer ist unschädlich, wenn es auf einer Dienstbeschädigung beruht. [4]Bei anderweitiger Verwendung wegen Verlust der Tauglichkeit für den Vollstreckungsaußendienst bemisst sich die Vollstreckungsvergütung höchstens nach der Besoldungsgruppe des Spitzenamtes des Gerichtsvollzieherdienstes.

(3) Die besondere Zulage, die ein Richter als Generalsekretär oder eine Richterin als Generalsekretärin des Verfassungsgerichtshofs nach Art. 56 Abs. 1 BayBesG erhält, ist ruhegehaltfähig, wenn die Tätigkeit mindestens zehn Jahre und bei Eintritt in den Ruhestand ausgeübt wurde.

(4) [1]Ist ein Beamter oder eine Beamtin aus einem Amt in den Ruhestand getreten oder versetzt worden, das kein Eingangsamt seiner oder ihrer Qualifikationsebene gemäß Art. 23 Abs. 1 BayBesG, kein besonderes Eingangsamt gemäß Art. 24 BayBesG oder ein laufbahnfreies Amt ist, und standen die Grundbezüge dieses oder eines mindestens gleichwertigen Amtes vor Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand nicht mindestens zwei Jahre zu, so sind ruhegehaltfähig nur die Bezüge des vorher bekleideten Amtes. [2]Hat der Beamte oder die Beamtin vorher kein Amt bekleidet, so setzt das Staatsministerium der Finanzen die ruhegehaltfähigen Bezüge bis zur Höhe der ruhegehaltfähigen Bezüge der nächst niedrigeren Besoldungsgruppe fest.

(5) [1]Das Ruhegehalt eines Beamten oder einer Beamtin, der oder die früher ein höher besoldetes Amt bekleidet hat und dem oder der diese Bezüge mindestens zwei Jahre zustanden, wird nach den höheren ruhegehaltfähigen Bezügen des früheren Amtes berechnet, wenn der Übertritt nicht lediglich auf einen im eigenen Interesse gestellten Antrag erfolgte.

(6) [1]Verringern sich bei einem Wechsel in ein Amt der Besoldungsordnung W die ruhegehaltfähigen Bezüge, so berechnet sich das Ruhegehalt aus den ruhegehaltfähigen Bezügen des früheren Amtes, sofern die Grundbezüge des früheren Amtes mindestens zwei Jahre zugestanden haben. [2]Ruhegehaltfähig ist die zum Zeitpunkt des Wechsels erreichte Stufe des Grundgehalts. [3]Der Zeitraum, in dem der Beamte oder die Beamtin Grundbezüge aus einem Amt der Besoldungsordnung W erhalten hat, wird angerechnet.

(7) [1]In die Zweijahresfrist nach Abs. 4 bis 6 ist die innerhalb dieser Frist liegende Zeit einer Beurlaubung ohne Grundbezüge einzurechnen, soweit sie als ruhegehaltfähig berücksichtigt wird. [2]Die Zweijahresfrist kommt nicht zur Anwendung, wenn der Beamte oder die Beamtin vor Ablauf der Frist infolge Dienstbeschädigung in den Ruhestand versetzt worden ist.

(8) Das Ruhegehalt nach einem früheren Amt darf die ruhegehaltfähigen Bezüge des letzten Amtes nicht übersteigen.

Art. 13

Ruhegehaltfähigkeit von Hochschulleistungsbezügen

(1) [1]Unbefristete Hochschulleistungsbezüge sind vorbehaltlich der Abs. 4 und 5 ruhegehaltfähig, soweit sie jeweils zuletzt und mindestens für die Dauer von zwei Jahren zugestan-

den haben. [2]Art. 12 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 7 Satz 2 gelten entsprechend. [3]In die Zweijahresfrist nach Satz 1 sind Zeiten eines unmittelbar vorhergehenden, unbefristeten Hochschulleistungsbezugs einzurechnen; dies gilt auch, wenn vergleichbare Leistungsbezüge von einem anderen inländischen Dienstherrn in einem Beamtenverhältnis gewährt wurden. [4]Wurden die Hochschulleistungsbezüge nach Satz 1 von der Hochschule gewährt und während einer Beurlaubung ohne Grundbezüge von einer außeruniversitären Forschungseinrichtung bezahlt, sind sie unter den Voraussetzungen des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 Halbsatz 2 und Abs. 2 für die Zweijahresfrist zu berücksichtigen. [5]Werden sie ganz oder teilweise für die Zukunft widerrufen, gelten sie insoweit als befristet.

(2) [1]Befristete Hochschulleistungsbezüge nach Art. 69 und 70 BayBesG sind vorbehaltlich der Abs. 4 und 5 bei wiederholter Vergabe ruhegehaltfähig, soweit sie insgesamt mindestens für die Dauer von zehn Jahren zugestanden haben. [2]Vergleichbare befristete Leistungsbezüge in einem Beamtenverhältnis bei einem anderen inländischen Dienstherrn sind höchstens für die Dauer von fünf Jahren zu berücksichtigen. [3]Hochschulleistungsbezüge, die zunächst befristet und dann unbefristet vergeben wurden, werden spätestens ruhegehaltfähig, wenn sie zehn Jahre zugestanden haben. [4]Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

(3) Funktions-Leistungsbezüge an Professoren und Professorinnen nach Art. 71 BayBesG für die Wahrnehmung von Aufgaben der Hochschulselbstverwaltung sind vorbehaltlich der Abs. 4 und 5 ruhegehaltfähig in Höhe der Hälfte, soweit sie mindestens fünf Jahre zugestanden haben, und in voller Höhe, soweit sie mindestens zehn Jahre zugestanden haben; Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) [1]Wurden mehrere ruhegehaltfähige Hochschulleistungsbezüge gewährt, ist der höchste Betrag, der sich jeweils nach Abs. 1 bis 3 ergibt, anzusetzen. [2]Nach Abs. 1 ruhegehaltfähige Hochschulleistungsbezüge sind zusammenzurechnen. [3]Soweit der Gesamtbetrag der über einen Zeitraum von zehn Jahren gleichzeitig bezogenen Hochschulleistungsbezüge nach Abs. 1 und 2 höher ist als der sich nach Satz 1 ergebende Betrag, ist dieser Betrag anzusetzen. [4]Gleiches gilt, wenn Funktions-Leistungsbezüge für die jeweils nach Abs. 3 maßgebliche Dauer gleichzeitig neben Hochschulleistungsbezügen nach Abs. 1 bis 3 bezogen werden.

(5) [1]Hochschulleistungsbezüge nach Abs. 1 bis 4 sind insgesamt bis höchstens 40 v. H. des zuletzt zustehenden Grundgehalts ruhegehaltfähig; dynamisierte Hochschulleistungsbezüge sind dabei vorrangig anzusetzen. [2]Die Grenze kann durch Erklärung der Hochschule auf bis zu 60 v. H. des jeweiligen Grundgehalts für höchstens 12 v. H. der Inhaber der W 2 - und W 3 - Stellen und auf bis zu 80 v. H. des jeweiligen Grundgehalts für höchstens 5 v. H. der Inhaber der W 3 - Stellen überschritten werden. [3]Die Erklärung muss spätestens abgegeben werden, wenn mit der Vergabe des Hochschulleistungsbezugs die Höchstgrenzen der Sätze 1 und 2 erstmalig überschritten werden; hat der Professor oder die Professorin mehreren Hochschulen angehört, ist maßgeblich, ob die letzte Hochschule diese Erklärung abgegeben hat.

(6) [1]Funktions-Leistungsbezüge an hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen sind ruhegehaltfähig, wenn der Beamte oder die Beamtin aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit in den Ruhestand tritt und die Funktions-Leistungsbezüge mindestens fünf Jahre zugestanden haben. [2]Tritt der Beamte oder die Beamtin aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit nicht in den Ruhestand, gelten hinsichtlich des zugrunde liegenden Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit Abs. 3 bis 5 entsprechend.

(7) Hochschulleistungsbezüge, die als Einmalzahlung vergeben werden, sind nicht ruhegehaltfähig.

Unterabschnitt 3

Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Art. 14

Regelmäßige ruhegehaltfähige Dienstzeit

(1) [1]Ruhegehaltfähig ist die Dienstzeit, die der Beamte oder die Beamtin ab der ersten Berufung in ein Beamtenverhältnis im Dienst eines inländischen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Beamtenverhältnis zurückgelegt hat. [2]Dies gilt nicht für die Zeit

1. im Beamtenverhältnis auf Widerruf im Sinn des § 4 Abs. 4 Buchst. b BeamtStG,
2. einer Tätigkeit, aus der ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gebühren bezogen werden,
3. einer ehrenamtlichen Tätigkeit,
4. einer Beurlaubung ohne Grundbezüge; die Zeit einer Beurlaubung ohne Grundbezüge kann berücksichtigt werden, wenn spätestens bei Beendigung des Urlaubs schriftlich zugestanden worden ist, dass dieser öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient,
5. eines schuldhaften Fernbleibens vom Dienst unter Verlust der Grundbezüge,
6. für die eine Abfindung aus öffentlichen Mitteln gewährt wurde.

[3]Zeiten der eingeschränkten Verwendung eines Beamten oder einer Beamtin wegen begrenzter Dienstfähigkeit nach § 27 BeamtStG sind mindestens im Umfang der Zurechnungszeit nach Art. 23 Abs. 1 Satz 1 ruhegehaltfähig.

(2) [1]Die Berücksichtigung der Zeit einer Beurlaubung als ruhegehaltfähige Dienstzeit setzt die Zahlung eines Versorgungszuschlags für die Dauer der Beurlaubung voraus. [2]Der Versorgungszuschlag beträgt 30 v. H. der ohne Beurlaubung zustehenden ruhegehaltfähigen Bezüge (Art. 12) zuzüglich der auf den Beurlaubungszeitraum entfallenden Sonderzahlung; diese bemessen sich bei Teilbeurlaubung nach dem Umfang der Beurlaubung. [3]Unbefristete und befristete Hochschulleistungsbezüge (Art. 13) sind von Anfang an in voller Höhe zu berücksichtigen. [4]Das Staatsministerium der Finanzen kann Ausnahmen zulassen und nähere Bestimmungen zum Verfahren treffen.

(3) [1]Nicht ruhegehaltfähig sind Dienstzeiten

1. in einem Beamtenverhältnis, das durch Verlust der Beamtenrechte (§ 24 Abs. 1 BeamtStG) oder durch Disziplinarurteil beendet worden ist,
2. in einem Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Widerruf, das durch Entlassung wegen einer Handlung beendet worden ist, die im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit mindestens eine Kürzung der Dienstbezüge zur Folge hätte,
3. in einem Beamtenverhältnis, das durch Entlassung auf Antrag des Beamten oder der Beamtin beendet worden ist,
   a) wenn ein Verfahren mit der Folge des Verlustes der Beamtenrechte oder der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis drohte oder

b) wenn der Antrag gestellt wurde, um einer drohenden Entlassung nach Nr. 2 zuvorzukommen.

[2]Das Staatsministerium der Finanzen kann Ausnahmen zulassen.

(4) Der im Beamtenverhältnis zurückgelegten Dienstzeit stehen gleich

1. die Zeit als Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung,
2. die Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär oder Parlamentarische Staatssekretärin bei einem Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung, soweit entsprechende Voraussetzungen vorliegen,
3. auf Antrag die Zeit als Mitglied des Bundestags oder eines Landtags, wenn das jeweilige Abgeordnetenrecht das vorsieht,
4. die Zeit des juristischen Vorbereitungsdienstes im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis,
5. die im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung zurückgelegte Dienstzeit; Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 findet keine Anwendung.

Art. 15

Erhöhung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit

[1]Die ruhegehaltfähige Dienstzeit nach Art. 14 erhöht sich um die Zeit, die ein Ruhestandsbeamter oder eine Ruhestandsbeamtin

1. in einer die Arbeitskraft voll beanspruchenden entgeltlichen Beschäftigung im Beamtenverhältnis, im Berufssoldatenverhältnis oder in einem Amtsverhältnis im Sinn des Art. 14 Abs. 4 Nrn. 1 bis 3 zurückgelegt hat, ohne einen neuen Versorgungsanspruch zu erlangen,
2. in einer Tätigkeit im Sinn des Art. 14 Abs. 4 Nr. 5 zurückgelegt hat.

[2]Art. 14 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 4 bis 6, Abs. 2 und 3 gelten entsprechend, soweit nichts anderes bestimmt ist.

Art. 16

Berufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten

(1) Als ruhegehaltfähig gilt die Dienstzeit, in der ein Beamter oder eine Beamtin berufsmäßig im Dienst der Bundeswehr, der Nationalen Volksarmee der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder im Vollzugsdienst der Polizei gestanden hat.

(2) Art. 14 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 4 bis 6, Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

Art. 17

Nichtberufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten

(1) Als ruhegehaltfähig gilt die Zeit, während der ein Beamter oder eine Beamtin

1. nichtberufsmäßigen Wehrdienst, Vollzugsdienst der Polizei oder Zivildienst geleistet hat oder

2. sich auf Grund einer Krankheit oder Verwundung als Folge eines Dienstes nach Nr. 1 oder nach Art. 16 Abs. 1 im Anschluss an die Entlassung arbeitsunfähig in einer Heilbehandlung befunden hat.

(2) Art. 14 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1, 4 bis 6, Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

Art. 18

Zeiten im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst

[1]Als ruhegehaltfähig sollen auch folgende Zeiten berücksichtigt werden, in denen ein Beamter oder eine Beamtin im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn ohne von dem Beamten oder der Beamtin zu vertretende Unterbrechung tätig war, sofern diese Tätigkeit zur Ernennung geführt hat:

1. Zeiten einer hauptberuflichen in der Regel einem Beamten oder einer Beamtin obliegenden oder später einem Beamten oder einer Beamtin übertragenen entgeltlichen Beschäftigung oder
2. Zeiten einer für die Fachlaufbahn des Beamten oder der Beamtin förderlichen Tätigkeit.

[2]Das gilt auch für eine Tätigkeit im Dienst von Einrichtungen, die von mehreren öffentlich-rechtlichen Dienstherren durch Staatsvertrag oder Verwaltungsabkommen zur Erfüllung oder Koordinierung ihnen obliegender hoheitsrechtlicher Aufgaben geschaffen worden sind.

Art. 19

Sonstige Zeiten

Die Zeit, während der ein Beamter oder eine Beamtin

1. a) als Rechtsanwalt, Rechtsanwältin oder als Beamter, Beamtin oder Notar, Notarin, der oder die ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gebühren bezogen hat, oder
   b) hauptberuflich im Dienst öffentlich-rechtlicher Religionsgesellschaften oder ihrer Verbände (Art. 140 des Grundgesetzes) oder im öffentlichen oder nichtöffentlichen Schuldienst oder
   c) hauptberuflich im Dienst der Fraktionen des Bundestags oder der Landtage oder kommunaler Vertretungskörperschaften oder
   d) hauptberuflich im Dienst von kommunalen Spitzenverbänden oder ihren Landesverbänden sowie von Spitzenverbänden der Sozialversicherung oder ihren Landesverbänden

   tätig gewesen ist oder
2. hauptberuflich im ausländischen öffentlichen Dienst gestanden hat oder
3. a) auf wissenschaftlichem, künstlerischem, technischem oder wirtschaftlichem Gebiet besondere Fachkenntnisse erworben hat, die die notwendige Voraussetzung für die Wahrnehmung des Amtes bilden, oder
   b) als Entwicklungshelfer oder Entwicklungshelferin im Sinn des Entwicklungshelfer-Gesetzes tätig gewesen ist,

kann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, die Zeit nach Nr. 1 Buchst. a und Nr. 3 jedoch höchstens bis zur Hälfte und in der Regel nicht über zehn Jahre hinaus.

Art. 20

Ausbildungszeiten

(1) Die Mindestzeit
1. der vorgeschriebenen Ausbildung (insbesondere Fachschul-, Hochschul- und praktische Ausbildung, Vorbereitungsdienst, übliche Prüfungszeit),
2. einer praktischen hauptberuflichen Tätigkeit, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben ist,

kann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, die Regelstudienzeit einer Fachschul- oder Hochschulausbildung einschließlich der Prüfungszeit bis zu drei Jahren.

(2) Für Beamte und Beamtinnen des Vollzugsdienstes und des Einsatzdienstes der Feuerwehr können Zeiten einer praktischen Ausbildung und einer praktischen hauptberuflichen Tätigkeit anstelle einer Berücksichtigung nach Abs. 1 bis zu einer Gesamtzeit von fünf Jahren als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn sie für die Wahrnehmung des Amtes förderlich sind.

(3) Die allgemeine Schulbildung zählt nicht zur vorgeschriebenen Ausbildung, auch dann nicht, wenn sie durch eine andere Art der Ausbildung ersetzt wurde.

(4) [1]Bei anderen als Regelbewerbern und Regelbewerberinnen können Zeiten nach Abs. 1 als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, soweit sie für Regelbewerber und Regelbewerberinnen vorgeschrieben sind. [2]Ist eine Fachlaufbahn des ausgeübten Amtes bei einem Dienstherrn noch nicht gestaltet, so gilt das Gleiche für solche Zeiten, die bei Gestaltung der Fachlaufbahn mindestens vorgeschrieben werden müssen.

Art. 21

Zeiten in dem in Art. 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet

(1) [1]Wehrdienstzeiten und vergleichbare Zeiten nach den Art. 16 und 17, Beschäftigungszeiten nach Art. 18 und sonstige Zeiten nach den Art. 19 und 22, die der Beamte oder die Beamtin vor dem 3. Oktober 1990 in dem in Art. 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet zurückgelegt hat, werden nicht als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt, sofern die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung erfüllt ist und diese Zeiten als rentenrechtliche Zeiten berücksichtigungsfähig sind. [2]Ausbildungszeiten im Sinn des Art. 20 sind nicht ruhegehaltfähig, soweit die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung erfüllt ist. [3]Rentenrechtliche Zeiten sind auch solche im Sinn des Art. 2 des Renten-Überleitungsgesetzes.

(2) Sofern die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung nicht erfüllt ist, können die in Abs. 1 genannten Zeiten im Rahmen der dort genannten Vorschriften insgesamt höchstens bis zu fünf Jahren als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden.

Art. 22

Wissenschaftliche Qualifikationszeiten

[1]Für Professoren und Professorinnen ist die Zeit der hauptberuflichen Angehörigkeit zum Lehrkörper einer Hochschule nach der Habilitation, der Erbringung gleichwertiger wissenschaftlicher Leistungen oder einer Juniorprofessur ruhegehaltfähig. [2]Als ruhegehaltfähig gilt auch die zur Vorbereitung für die Promotion benötigte Zeit bis zu zwei Jahren. [3]Zeiten für die Erbringung der Habilitationsleistungen, sonstiger gleichwertiger wissenschaftlicher Leistungen oder einer Juniorprofessur, die im Angestelltenverhältnis verbracht wird, können bis zu drei Jahre berücksichtigt werden, es sei denn die Habilitationsordnung schreibt eine andere Mindestzeit vor. [4]Die nach erfolgreichem Abschluss eines Hochschulstudiums vor der Ernennung zum Professor oder zur Professorin liegende Zeit einer hauptberuflichen Tätigkeit nach Art. 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes (BayHSchPG) kann als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, soweit sie als Mindestvoraussetzung für die Einstellung gefordert wird; im Übrigen kann eine nach erfolgreichem Abschluss eines Hochschulstudiums vor der Ernennung liegende Zeit einer hauptberuflichen Tätigkeit, in der besondere Fachkenntnisse erworben wurden, die für die Wahrnehmung des Amtes förderlich sind, bis zu fünf Jahren in vollem Umfang, darüber hinaus bis zur Hälfte als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden. [5]Zeiten nach Satz 4 dürfen in der Regel insgesamt nicht über zehn Jahre hinaus als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden.

Art. 23

Zurechnungszeit und Zeit gesundheitsschädigender Verwendung

(1) [1]Ist der Beamte oder die Beamtin vor Vollendung des 60. Lebensjahres wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden, wird die Zeit von der Versetzung in den Ruhestand bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahres für die Berechnung des Ruhegehalts der ruhegehaltfähigen Dienstzeit zu zwei Dritteln hinzugerechnet, soweit sie nicht nach anderen Vorschriften als ruhegehaltfähig berücksichtigt wird (Zurechnungszeit). [2]Ist der Beamte oder die Beamtin nach § 29 BeamtStG erneut in das Beamtenverhältnis berufen worden, so wird eine der Berechnung des früheren Ruhegehalts zugrunde gelegene Zurechnungszeit insoweit berücksichtigt, als die Zahl der dem neuen Ruhegehalt zugrunde liegenden Dienstjahre hinter der Zahl der dem früheren Ruhegehalt zugrunde gelegenen Dienstjahre zurückbleibt.

(2) [1]Die Zeit der Verwendung eines Beamten oder einer Beamtin in Ländern, in denen er oder sie gesundheitsschädigenden klimatischen Einflüssen ausgesetzt war, kann bis zum Doppelten als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn sie ununterbrochen mindestens ein Jahr gedauert hat. [2]Entsprechendes gilt für Beurlaubungen, wenn die Tätigkeit in den in Satz 1 genannten Gebieten öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen diente und dies spätestens bei Beendigung des Urlaubs anerkannt worden ist.

(3) Sind sowohl die Voraussetzungen des Abs. 1 als auch die des Abs. 2 erfüllt, findet nur die günstigere Vorschrift Anwendung.

Art. 24

Allgemeine Bestimmungen zur Berücksichtigung von Dienstzeiten

(1) Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung und einer eingeschränkten Verwendung wegen begrenzter Dienstfähigkeit sind nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(2) Zeiten im Sinn der Art. 16 bis 19 und 21 werden nur berücksichtigt, wenn sie vor der Berufung in das Beamtenverhältnis zurückgelegt wurden.

(3) Hauptberuflich ist eine Tätigkeit, wenn sie gegen Entgelt erbracht wird, den Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit darstellt, dem durch Ausbildung und Berufswahl geprägten Berufsbild entspricht und deren Beschäftigungsumfang im gleichen Zeitraum im Beamtenverhältnis zulässig gewesen wäre.

(4) Im Rahmen der Ermessensausübung nach Art. 19, 20 und 22 Sätze 3 bis 5 ist zu berücksichtigen, dass die Gesamtversorgung aus den dort genannten Tätigkeiten hervorgehenden Versorgungsleistungen und den nach diesem Gesetz zu leistenden Versorgungsbezügen die Höchstgrenze nach Art. 85 Abs. 2 und 3 nicht übersteigen soll.

Art. 25

Ausschlusszeiten

(1) [1]Zeiten einer Tätigkeit
1. für das Ministerium für Staatssicherheit oder
2. für das Amt für Nationale Sicherheit oder
3. die auf Grund einer besonderen persönlichen Nähe zum System der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik übertragen war,

sind einschließlich der davor zurückgelegten Zeiten nicht ruhegehaltfähig. [2]Das Vorliegen der Voraussetzung nach Nr. 3 wird insbesondere widerlegbar vermutet, wenn der Beamte oder die Beamtin
1. vor oder bei Übertragung der Tätigkeit eine hauptamtliche oder hervorgehobene ehrenamtliche Funktion in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der Freien Deutschen Jugend oder einer vergleichbaren systemunterstützenden Partei oder Organisation innehatte oder
2. als mittlere oder obere Führungskraft in zentralen Staatsorganen, als obere Führungskraft beim Rat eines Bezirks, als Vorsitzender oder Vorsitzende des Rats eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt oder in einer vergleichbaren Funktion tätig war oder
3. hauptamtlich Lehrender oder Lehrende an den Bildungseinrichtungen der staatstragenden Parteien oder einer Massenorganisation oder gesellschaftlichen Organisation war oder
4. Absolvent oder Absolventin der Akademie für Staat und Recht oder einer vergleichbaren Bildungseinrichtung war.

(2) Zeiten einer Tätigkeit als Angehöriger oder Angehörige der Grenztruppen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik sind nicht ruhegehaltfähig.

Unterabschnitt 4

Ruhegehalt

Art. 26

Höhe des Ruhegehalts

(1) [1]Das Ruhegehalt wird durch Anwendung eines Vomhundertsatzes (Ruhegehaltssatz) auf die ruhegehaltfähigen Bezüge (Art. 12) ermittelt. [2]Der Ruhegehaltssatz beträgt für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit 1,79375 v. H., insgesamt jedoch höchstens 71,75 v. H. [3]Der Ruhegehaltssatz ist auf zwei Dezimalstellen zu runden. [4]Dabei ist die zweite Dezimalstelle um eins zu erhöhen, wenn in der dritten Stelle eine der Ziffern fünf bis neun verbleiben würde. [5]Zur Ermittlung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstjahre sind etwa anfallende Tage unter Benutzung des Nenners 365 umzurechnen; Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(2) [1]Das Ruhegehalt vermindert sich um 3,6 v. H. für jedes Jahr, um das der Beamte oder die Beamtin

1. vor Ablauf des Monats, in dem die Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 Abs. 1 BayBG erreicht wird, nach Art. 64 Nr. 1 BayBG in den Ruhestand versetzt wird,
2. vor Ablauf des Monats, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird, nach Art. 64 Nr. 2 BayBG in den Ruhestand versetzt wird,
3. vor Ablauf des Monats, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird, wegen Dienstunfähigkeit (§ 26 Abs. 1 BeamtStG), die nicht auf einem Dienstunfall beruht, in den Ruhestand versetzt wird,
4. vor Ablauf des Monats, in dem die Altersgrenze nach Art. 129 Satz 1, Art. 143 Abs. 2 BayBG erreicht wird, nach Art. 129 Satz 2 BayBG in den Ruhestand versetzt wird; dies gilt auch bei entsprechenden Ruhestandsversetzungen nach Art. 130 bis 132 BayBG

(Versorgungsabschlag). [2]Der Versorgungsabschlag darf 10,8 v. H. nicht übersteigen. [3]Abs. 1 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend. [4]Gilt für den Beamten oder die Beamtin eine Altersgrenze nach Art. 129 bis 132 und 143 Abs. 2 BayBG, tritt sie im Fall des Satzes 1 Nr. 3 an die Stelle des 65. Lebensjahres.

(3) [1]Ein Versorgungsabschlag entfällt

1. in den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, wenn der Beamte oder die Beamtin zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung das 64. Lebensjahr vollendet hat und eine Dienstzeit von 45 Jahren erreicht wird,
2. in den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3, wenn der Beamte oder die Beamtin zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung das 64. Lebensjahr vollendet hat und eine Dienstzeit von 40 Jahren erreicht wird,
3. in den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, wenn eine ruhegehaltfähige Dienstzeit von 20 Jahren im Schicht- oder Wechselschichtdienst oder in vergleichbar belastenden unregelmäßigen Diensten zurückgelegt worden ist; dies gilt auch bei entsprechenden Ruhestandsversetzungen nach Art. 130 bis 132 BayBG.

[2]Bei der Ermittlung der Dienstzeit nach Satz 1 Nrn. 1 und 2 werden Zeiten nach Art. 14, 16 bis 18, 20 und 22 Satz 1 mit der Maßgabe berücksichtigt, dass Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung in vollem Umfang Berücksichtigung finden. [3]Dem Beamten oder der Beamtin zuzuord-

nende Zeiten einer Kindererziehung sind bis zur Vollendung des zehnten Lebensjahres des Kindes einzubeziehen. [4]Soweit sich Zeiten überschneiden, sind sie nur einmal zu berücksichtigen.

(4) [1]Tritt der Beamte oder die Beamtin mit Erreichen einer Altersgrenze nach Art. 62 Satz 2 BayBG oder Art. 3 Abs. 3 Satz 1 BayHSchPG in den Ruhestand, erhöht sich das Ruhegehalt um 3,6 v. H. für jedes volle Jahr, um das die Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 BayBG überschritten wird (Versorgungsaufschlag). [2]Abs. 1 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend.

(5) [1]Das Ruhegehalt beträgt mindestens 35 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge (Art. 12). [2]An dessen Stelle treten, wenn dies günstiger ist, 66,5 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 3.

(6) [1]Übersteigt beim Zusammentreffen von Mindestversorgung nach Abs. 5 mit einer Rente nach Anwendung des Art. 85 die Versorgung das nach Abs. 1 bis 4 erdiente Ruhegehalt, so ruht die Versorgung bis zur Höhe des Unterschieds zwischen dem erdienten Ruhegehalt und der Mindestversorgung; in den von Art. 103 erfassten Fällen gilt das nach dieser Vorschrift maßgebliche Ruhegehalt als erdient. [2]Der Unterschiedsbetrag nach Art. 69 Abs. 2 bleibt bei der Berechnung außer Betracht. [3]Die Summe aus Versorgung und Rente darf nicht hinter dem Betrag der Mindestversorgung zuzüglich des Unterschiedsbetrags nach Art. 69 Abs. 2 zurückbleiben. [4]Zahlbar bleibt mindestens das erdiente Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrags nach Art. 69 Abs. 2. [5]Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Hinterbliebene.

(7) [1]In den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten oder Beamtinnen wird vorübergehend ein erhöhtes Ruhegehalt in Höhe von 71,75 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge nach Art. 12 gewährt. [2]Das erhöhte Ruhegehalt wird für die Dauer der Zeit gewährt, in der sie das Amt, aus dem die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand erfolgte, innehatten, jedoch mindestens sechs Monate und längstens drei Jahre.

Art. 27

Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes

(1) Der nach Art. 26 Abs. 1, Art. 28, 53 Abs. 3 oder Art. 103 Abs. 5 bis 7 berechnete Ruhegehaltssatz erhöht sich vorübergehend, wenn der Beamte oder die Beamtin vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 BayBG in den Ruhestand getreten oder versetzt worden ist und

1. bis zum Beginn des Ruhestands die Wartezeit von sechzig Kalendermonaten für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt war,
2. der Beamte oder die Beamtin
   a) wegen Dienstunfähigkeit im Sinn des § 26 Abs. 1 BeamtStG in den Ruhestand versetzt wurde oder
   b) wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist,
3. ein Ruhegehaltssatz von 66,97 v. H. noch nicht erreicht war und
4. keine Einkünfte im Sinn des Art. 83 Abs. 4 bezogen werden; die Einkünfte bleiben außer Betracht, soweit sie durchschnittlich im Monat einen Betrag von 470 € nicht überschreiten.

(2) [1]Die Erhöhung des Ruhegehalts beträgt 0,95667 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge für je zwölf Kalendermonate der für die Erfüllung der Wartezeit (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1) anrechnungsfähigen Pflichtbeitragszeiten, soweit sie nicht von Art. 73 Abs. 1 erfasst werden und nicht als ruhegehaltfähig berücksichtigt sind; Art. 24 gilt entsprechend. [2]Der hiernach berechnete Ruhegehaltssatz darf 66,97 v. H. nicht überschreiten. [3]In den Fällen des Art. 26 Abs. 2 ist das Ruhegehalt, das sich nach Anwendung der Sätze 1 und 2 ergibt, entsprechend zu vermindern. [4]Für die Berechnung nach Satz 1 sind verbleibende Kalendermonate unter Benutzung des Nenners 12 umzurechnen; Art. 26 Abs. 1 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(3) [1]Die Erhöhung entfällt spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Ruhestandsbeamte oder die Ruhestandsbeamtin die gesetzliche Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 BayBG erreicht. [2]Sie endet vorher, wenn

1. eine Versichertenrente der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen wird, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Rente, oder
2. in den Fällen des Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a keine Dienstunfähigkeit mehr vorliegt, mit Ablauf des Monats, in dem der Wegfall der Erhöhung mitgeteilt wird, oder
3. ein Erwerbseinkommen bezogen wird, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Erwerbstätigkeit.

[3]Art. 45 Abs. 3 gilt sinngemäß.

(4) [1]Die Erhöhung des Ruhegehaltssatzes wird auf Antrag vorgenommen. [2]Anträge, die innerhalb von drei Monaten nach Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand gestellt werden, gelten als zum Zeitpunkt des Ruhestandseintritts oder der Ruhestandsversetzung gestellt. [3]Wird der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, so tritt die Erhöhung vom Beginn des Antragsmonats an ein.

Art. 28

Ruhegehaltssatz für Beamte und Beamtinnen auf Zeit

[1]Für Beamte und Beamtinnen auf Zeit, die eine ruhegehaltfähige Dienstzeit von zehn Jahren zurückgelegt haben, beträgt das Ruhegehalt, wenn es für sie günstiger ist, nach einer Amtszeit von acht Jahren als Beamter oder Beamtin auf Zeit 35 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge und steigt mit jedem weiteren vollen Amtsjahr als Beamter oder Beamtin auf Zeit um 1,91333 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge bis zum Höchstruhegehaltssatz von 71,75 v. H. [2]Als Amtszeit rechnet hierbei auch die Zeit bis zur Dauer von fünf Jahren, die ein Beamter oder eine Beamtin auf Zeit im einstweiligen Ruhestand zurückgelegt hat. [3]Art. 26 Abs. 2 und 3 finden Anwendung.

Unterabschnitt 5

Unterhaltsbeitrag;
Beamte und Beamtinnen auf Probe und auf Zeit in leitender Funktion

Art. 29

Unterhaltsbeitrag für entlassene Beamte und Beamtinnen

[1]Einem Beamten oder einer Beamtin auf Lebenszeit, der oder die wegen Dienstunfähigkeit oder Erreichens der Altersgrenze nach § 22 Abs. 1 Nr. 2, § 23 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 BeamtStG entlassen ist, kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Ruhegehalts bewilligt werden. [2]Gleiches gilt für einen Beamten oder eine Beamtin auf Zeit oder auf Probe, der oder die wegen Dienstunfähigkeit entlassen ist.

Art. 30

Beamte und Beamtinnen auf Probe und auf Zeit in leitender Funktion

(1) Art. 29 findet auf Beamtenverhältnisse auf Probe und auf Zeit nach Art. 45 und 46 BayBG keine Anwendung.

(2) Aus diesen Beamtenverhältnissen auf Probe und auf Zeit ergibt sich kein selbständiger Anspruch auf Versorgung; die Unfallfürsorge bleibt hiervon unberührt.

(3) Tritt ein Beamter oder eine Beamtin auf Zeit nach Ablauf der Amtszeit wieder in das vorherige Amt im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ein, berechnen sich die ruhegehaltfähigen Bezüge aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zuzüglich eines Unterschiedsbetrags in Höhe eines Viertels zwischen diesen und den Bezügen, die im Beamtenverhältnis auf Zeit ruhegehaltfähig wären.

(4) Wird der Beamte oder die Beamtin auf Zeit während der Amtszeit wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt, berechnen sich die ruhegehaltfähigen Bezüge aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit.

Abschnitt 2

Hinterbliebenenversorgung

Art. 31

Allgemeines

Die Hinterbliebenenversorgung umfasst
1. Bezüge für den Sterbemonat (Art. 32),
2. Sterbegeld (Art. 33),

3. Witwengeld (Art. 35),
4. Witwenabfindung (Art. 37),
5. Waisengeld (Art. 39),
6. Unterhaltsbeiträge (Art. 38, 39 Abs. 2 Satz 2, Art. 42).

Unterabschnitt 1

Einmalige Leistungen

Art. 32

Bezüge für den Sterbemonat

(1) Die Bezüge einschließlich Aufwandsentschädigungen für den Sterbemonat werden nicht zurückgefordert.

(2) Die noch nicht gezahlten Teile der Bezüge für den Sterbemonat können an die Ehegatten und die Abkömmlinge gezahlt werden.

Art. 33

Sterbegeld

(1) [1]Sterbegeld wird bezahlt beim Tode eines Beamten oder einer Beamtin, eines Ruhestandsbeamten oder einer Ruhestandsbeamtin sowie eines entlassenen Beamten oder einer entlassenen Beamtin, der oder die im Sterbemonat einen Unterhaltsbeitrag erhalten hat. [2]Anspruch auf Sterbegeld haben

1. der Ehegatte,
2. die Abkömmlinge des oder der Verstorbenen,
3. auf Antrag
   a) die Verwandten der aufsteigenden Linie,
   b) Geschwister,
   c) Geschwisterkinder oder
   d) Stiefkinder,

   wenn sie zur Zeit des Todes mit dem oder der Verstorbenen in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben.

[3]Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann von dieser Rangfolge abgewichen oder das Sterbegeld aufgeteilt werden.

(2) [1]Das Sterbegeld beträgt das Zweifache der laufenden monatlichen Bezüge des oder der Verstorbenen im Sterbemonat ausschließlich der Zuschläge für Personen nach § 53 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes, des Auslandsverwendungszuschlags und der Vergütungen. [2]Art. 12 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. [3]Sterbegeld aus anderen Beschäftigungsverhältnissen kann angerechnet werden.

(3) [1]Sind Anspruchsberechtigte nach Abs. 1 Satz 2 nicht vorhanden, ist sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit oder der Bestattung getragen haben, auf Antrag

Kostensterbegeld zu gewähren. [2]Es wird bis zur Höhe ihrer Aufwendungen, höchstens jedoch in Höhe des Sterbegeldes nach Abs. 2 gewährt.

(4) [1]Stirbt ein Empfänger von Witwengeld, so erhalten die Kinder der in Abs. 1 Satz 1 genannten Personen Sterbegeld, wenn sie berechtigt sind, Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag zu beziehen und zur Zeit des Todes zur häuslichen Gemeinschaft des oder der Verstorbenen gehört haben. [2]Das Sterbegeld beträgt das Zweifache des Witwengeldes. [3]Dies gilt entsprechend, wenn an Stelle des Witwengeldes Unterhaltsbeitrag bezogen wird. [4]Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

Unterabschnitt 2

Laufende Leistungen

Art. 34

Versorgungsurheber

Versorgungsurheber für die in diesem Unterabschnitt geregelten Ansprüche sind, soweit nichts anderes bestimmt ist, verstorbene

1. Beamte und Beamtinnen auf Lebenszeit, die die Voraussetzungen des Art. 11 Abs. 1 erfüllt haben,
2. Beamte und Beamtinnen auf Zeit, die die Voraussetzungen des Art. 123 BayBG erfüllt haben,
3. Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen sowie
4. Beamte und Beamtinnen auf Probe, die an den Folgen einer Dienstbeschädigung (§ 28 Abs. 1 BeamtStG) verstorben sind oder denen die Entscheidung über die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit (§ 28 Abs. 2 BeamtStG) zugestellt war.

Art. 35

Witwengeld

(1) Witwer oder Witwen eines Versorgungsurhebers erhalten Witwengeld.

(2) Kein Anspruch besteht, wenn

1. die Ehe weniger als ein Jahr gedauert hat, es sei denn, nach den besonderen Umständen des Falls ist die Annahme nicht gerechtfertigt, dass es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, dem Witwer oder der Witwe eine Versorgung zu verschaffen oder
2. der Versorgungsurheber sich zum Zeitpunkt der Eheschließung bereits im Ruhestand befand und die Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 BayBG erreicht hatte oder
3. die Witwe oder der Witwer mehr als zwanzig Jahre jünger als der Versorgungsurheber war und aus der Ehe kein Kind hervorgegangen ist.

Art. 36

Höhe des Witwengeldes

[1]Das Witwengeld beträgt 55 v. H. des Ruhegehalts, das der Versorgungsurheber erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. [2]Das Witwengeld beträgt nach Anwendung des Art. 74 mindestens 60 v. H. des Ruhegehalts nach Art. 26 Abs. 5 Satz 2. [3]Art. 26 Abs. 7 und Art. 27 finden keine Anwendung. [4]Änderungen des Mindestruhegehalts (Art. 26 Abs. 5) sind zu berücksichtigen.

Art. 37

Witwenabfindung

(1) Ein Witwer oder eine Witwe mit Anspruch auf Witwengeld oder auf einen Unterhaltsbeitrag erhält im Fall einer Wiederverheiratung eine Witwenabfindung.

(2) Die Witwenabfindung beträgt das Vierundzwanzigfache des Betrags, der in den letzten zwölf Monaten vor Wiederverheiratung nach Anwendung der Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften durchschnittlich monatlich bezahlt wurde; bestand der Anspruch auf Witwengeld oder auf Unterhaltsbeitrag für einen kürzeren Zeitraum, ist dieser Zeitraum zugrunde zu legen.

Art. 38

Unterhaltsbeitrag für nicht witwengeldberechtigte Witwer oder Witwen

[1]In den Fällen des Art. 35 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 ist ein angemessener Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Witwengeldes zu gewähren. [2]Erwerbseinkommen und Erwerbsersatzeinkommen sind in angemessenem Umfang anzurechnen. [3]Wird ein Erwerbsersatzeinkommen nicht beantragt oder wird auf ein Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen verzichtet oder wird an deren Stelle eine Kapitalleistung, Abfindung oder Beitragserstattung gezahlt, ist der Betrag zu berücksichtigen, der ansonsten zu zahlen wäre.

Art. 39

Waisengeld

(1) Kinder des Versorgungsurhebers erhalten Waisengeld.

(2) [1]Kein Waisengeld wird gewährt, wenn das Kindschaftsverhältnis durch Annahme als Kind begründet wurde und der Versorgungsurheber in diesem Zeitpunkt bereits im Ruhestand war und die Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 BayBG erreicht hatte. [2]In diesen Fällen kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Waisengeldes bewilligt werden.

Art. 40

Höhe des Waisengeldes

(1) [1]Das Waisengeld beträgt für die Halbwaise 12 v. H. und für die Vollwaise 20 v. H. des Ruhegehalts, das der Versorgungsurheber erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. [2]Art. 26 Abs. 7 und Art. 27 finden keine Anwendung. [3]Änderungen des Mindestruhegehalts (Art. 26 Abs. 5) sind zu berücksichtigen.

(2) Wenn der überlebende Elternteil nicht zum Bezug von Witwengeld berechtigt ist und auch keinen Unterhaltsbeitrag in Höhe des Witwengeldes erhält, wird das Waisengeld nach dem Satz für Vollwaisen gezahlt; es darf zuzüglich des Unterhaltsbeitrags den Betrag des Witwengeldes und des Waisengeldes nach dem Satz für Halbwaisen nicht übersteigen.

(3) Ergeben sich für eine Waise Waisengeldansprüche aus Beamtenverhältnissen mehrerer Personen, wird nur das höchste Waisengeld gezahlt.

Art. 41

Zusammentreffen von Witwengeld, Waisengeld und Unterhaltsbeiträgen

(1) [1]Witwengeld, Waisengeld und Unterhaltsbeiträge nach Art. 38 oder Art. 105 dürfen weder einzeln noch zusammen den Betrag des ihrer Berechnung zugrunde zu legenden Ruhegehalts übersteigen. [2]Ergibt sich zusammen ein höherer Betrag, so werden die einzelnen Bezüge im gleichen Verhältnis gekürzt.

(2) Nach dem Ausscheiden Versorgungsberechtigter, die Bezüge nach Abs. 1 erhalten, erhöhen sich die verbleibenden Bezüge vom Beginn des folgenden Monats an insoweit, als sie nach Abs. 1 noch nicht den vollen Betrag erhalten.

(3) Unterhaltsbeiträge nach Art. 39 Abs. 2 Satz 2 dürfen nur insoweit bewilligt werden, als sie allein oder zusammen mit gesetzlichen Hinterbliebenenbezügen die in Abs. 1 Satz 1 bezeichnete Höchstgrenze nicht übersteigen.

Art. 42

Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene

[1]Dem Witwer oder der Witwe und den Kindern eines Beamten oder einer Beamtin, dem oder der nach Art. 29 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt worden war oder hätte bewilligt werden können, kann die in den Art. 35, 36 und 38 bis 41 vorgesehene Versorgung bis zu der dort bezeichneten Höhe als Unterhaltsbeitrag bewilligt werden. [2]Art. 37 gilt entsprechend.

Art. 43

Beginn der Zahlungen

[1]Ansprüche nach diesem Unterabschnitt entstehen mit Beginn des Monats, in dem die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, frühestens jedoch mit dem Ablauf des Sterbemonats. [2]Kinder, die nach diesem Zeitpunkt geboren werden, erhalten Waisengeld oder Unterhaltsbeitrag nach Art. 42 vom Beginn des Geburtsmonats an.

Art. 44

Erlöschen der Hinterbliebenenversorgung

(1) Der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung erlischt
1. für jeden Berechtigten und jede Berechtigte mit dem Ende des Monats, in dem er oder sie stirbt,
2. für jeden Witwer und jede Witwe außerdem mit dem Ende des Monats, in dem er oder sie sich verheiratet,
3. für jede Waise außerdem mit dem Ende des Monats, in dem sie das 18. Lebensjahr vollendet.

(2) [1]Die Ansprüche der Waisen auf Waisengeld und Unterhaltsbeitrag bestehen nach Vollendung des 18. Lebensjahres auf Antrag längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, solange die Waise
1. sich in Schul- oder Berufsausbildung oder in einer Übergangszeit von höchstens vier Monaten befindet,
2. ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder einen ähnlichen Dienst leistet oder
3. wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten.

[2]Im Fall des Satzes 1 Nr. 3 wird das Waisengeld ungeachtet der Höhe eines eigenen Einkommens dem Grunde nach gewährt; soweit ein eigenes Einkommen der Waise das Zweifache des Mindestvollwaisengeldes (Art. 26 Abs. 5 Satz 2 in Verbindung mit Art. 40 Abs. 1) übersteigt, wird es zur Hälfte auf das Waisengeld zuzüglich des Unterschiedsbetrags (Art. 69 Abs. 2) angerechnet.

(3) [1]In den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 wird eine Waise, die
1. den gesetzlichen Grundwehrdienst oder Zivildienst geleistet hat oder
2. sich an die Stelle des gesetzlichen Grundwehrdienstes freiwillig für die Dauer von nicht mehr als drei Jahren zum Wehrdienst verpflichtet hat oder
3. eine vom gesetzlichen Wehrdienst oder Zivildienst befreiende Tätigkeit als Entwicklungshelfer im Sinn des § 1 Abs. 1 des Entwicklungshelfer-Gesetzes ausgeübt hat,

für einen der Dauer dieser Dienste oder der Tätigkeit entsprechenden Zeitraum, höchstens für die Dauer des inländischen Grundwehrdienstes oder bei anerkannten Kriegsdienstverweigerern für die Dauer des inländischen gesetzlichen Zivildienstes, über das 27. Lebensjahr hinaus berücksichtigt. [2]Wird der gesetzliche Grundwehrdienst oder Zivildienst in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Staat, auf den das Abkommen über den Europäi-

schen Wirtschaftsraum Anwendung findet, geleistet, so ist die Dauer dieses Dienstes maßgebend. [3]Dem gesetzlichen Grundwehrdienst oder Zivildienst steht der entsprechende Dienst gleich, der in dem in Art. 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet geleistet worden ist.

(4) Das Waisengeld nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 wird über das 27. Lebensjahr hinaus nur gewährt, wenn

1. die Behinderung bei Vollendung des 27. Lebensjahres bestanden hat oder bis zu dem sich nach Abs. 3 ergebenden Zeitpunkt eingetreten ist, wenn die Waise sich in verzögerter Schul- oder Berufsausbildung befunden hat, und
2. die Waise ledig oder verwitwet ist oder ihr Ehegatte oder früherer Ehegatte ihr keinen ausreichenden Unterhalt leisten kann oder dem Grunde nach nicht unterhaltspflichtig ist und sie nicht unterhält.

(5) [1]Hat ein Witwer oder eine Witwe sich wieder verheiratet und wird die Ehe aufgelöst, so lebt der Anspruch auf Witwengeld oder Unterhaltsbeitrag wieder auf. [2]Ein von dem Witwer oder der Witwe infolge Auflösung der Ehe erworbener neuer Versorgungs-, Unterhalts- oder Rentenanspruch ist auf das Witwengeld und den Unterschiedsbetrag nach Art. 69 Abs. 2 anzurechnen; wird eine derartige Leistung nicht beantragt oder wird auf sie verzichtet oder wird an ihrer Stelle eine Abfindung, Kapitalleistung oder Beitragserstattung gezahlt, ist der Betrag anzurechnen, der ansonsten zu zahlen wäre. [3]Der Auflösung der Ehe steht die Nichtigerklärung gleich. [4]Auf das Witwengeld oder den Unterhaltsbeitrag ist ferner die Witwenabfindung (Art. 37) in angemessenen monatlichen Teilbeträgen anzurechnen.

Abschnitt 3

Unfallfürsorge

Unterabschnitt 1

Allgemeine Vorschriften; Verfahren

Art. 45

Allgemeines

(1) [1]Wird ein Beamter oder eine Beamtin durch einen Dienstunfall verletzt, wird Unfallfürsorge gewährt. [2]Unfallfürsorge wird auch dem Kind einer Beamtin gewährt, das durch deren Dienstunfall während der Schwangerschaft unmittelbar geschädigt wurde. [3]Satz 2 gilt auch, wenn die Schädigung durch besondere Einwirkungen verursacht worden ist, die allgemein geeignet sind, bei der Mutter eine Erkrankung im Sinn des Art. 46 Abs. 3 zu verursachen.

(2) [1]Die Unfallfürsorge umfasst

1. Heilverfahren (Art. 50, 51),
2. Unfallausgleich (Art. 52),
3. Unfallruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag (Art. 53 bis 55),
4. Unfallsterbegeld (Art. 57),

5. Unfall-Hinterbliebenenversorgung (Art. 58 bis 61),
6. einmalige Unfallentschädigung (Art. 62),
7. Schadensausgleich (Art. 66).

[2]Im Fall des Abs. 1 Sätze 2 und 3 erhält das Kind der Beamtin als Unfallfürsorge Heilverfahren (Art. 50, 51), Unfallausgleich (Art. 52) und Unterhaltsbeitrag (Art. 56).

(3) [1]Auf Verlangen der Pensionsbehörde haben sich die Beteiligten von einer von dieser bestimmten Person ärztlich oder psychologisch untersuchen oder beobachten zu lassen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, soweit dies zur Entscheidung über die Gewährung von Unfallfürsorge erforderlich ist. [2]Die Pensionsbehörde ist zur Weitergabe von Erkenntnissen und Beweismitteln an die mit der Begutachtung beauftragte Person berechtigt.

(4) [1]Im Übrigen gelten die allgemeinen Vorschriften. [2]Der Ersatz von Sachschäden, die durch einen Dienstunfall verursacht wurden, richtet sich nach Art. 98 BayBG.

Art. 46

Dienstunfall

(1) [1]Dienstunfall ist ein auf äußerer Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmbares, einen Körperschaden verursachendes Ereignis, das in Ausübung oder infolge des Dienstes eingetreten ist. [2]Zum Dienst gehören auch

1. Dienstreisen, Dienstgänge und die dienstliche Tätigkeit am Bestimmungsort,
2. die Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen und
3. Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder ihm gleichstehenden Dienst, zu deren Übernahme der Beamte oder die Beamtin gemäß Art. 81 BayBG verpflichtet ist oder die auf Vorschlag oder Veranlassung des Dienstherrn übernommen werden.

(2) [1]Als Dienst gilt auch

1. das Zurücklegen des mit dem Dienst zusammenhängenden Wegs zwischen Familienwohnung und Dienststelle,
2. ein Abweichen in vertretbarem Umfang von dem unmittelbaren Weg zwischen der Familienwohnung und der Dienststelle, wenn
   a) das dem Grunde nach kindergeldberechtigende Kind des Beamten oder der Beamtin, das mit ihm oder ihr in einem Haushalt lebt, wegen seiner oder ihrer beruflichen Tätigkeit oder der des Ehegatten fremder Obhut anvertraut wird oder
   b) der Beamte oder die Beamtin mit anderen berufstätigen oder in der gesetzlichen Unfallversicherung versicherten Personen gemeinsam ein Fahrzeug für den Weg nach und von der Dienststelle benutzt,
3. das Zurücklegen der mit dem Dienst zusammenhängenden Wege zwischen der Unterkunft, die der Beamte oder die Beamtin wegen der Entfernung der Familienwohnung vom Dienstort an diesem oder in dessen Nähe genommen hat, und der Familienwohnung oder der Dienststelle.

[2]Ein Unfall bei Durchführung des Heilverfahrens (Art. 50) oder auf einem hierzu notwendigen Weg gilt als Folge eines Dienstunfalls.

(3) [1]Als Dienstunfall gilt auch die Erkrankung an einer der in der Anlagen zur Berufskrankheiten-Verordnung vom 31. Oktober 1997 (BGBl I S. 2623) in der jeweils geltenden

Fassung genannten Krankheit, wenn der Beamte oder die Beamtin nach der Art seiner oder ihrer dienstlichen Verrichtung der Gefahr der Erkrankung besonders ausgesetzt war, es sei denn, dass der Beamte oder die Beamtin sich die Krankheit außerhalb des Dienstes zugezogen hat. [2]Die Erkrankung an einer solchen Krankheit gilt jedoch stets als Dienstunfall, wenn sie durch gesundheitsschädigende Verhältnisse verursacht worden ist, denen der Beamte oder die Beamtin am Ort des dienstlich angeordneten Aufenthalts im Ausland besonders ausgesetzt war.

(4) [1]Als Dienstunfall gilt auch ein tätlicher rechtswidriger Angriff auf den Beamten oder die Beamtin außerhalb des Dienstes, der im Hinblick auf pflichtgemäßes dienstliches Verhalten oder wegen der Eigenschaft als Beamter oder Beamtin erfolgt ist und einen Körperschaden verursacht hat. [2]Als Dienstunfall gilt ferner ein Körperschaden, den ein Beamter oder eine Beamtin im Ausland erleidet, wenn er oder sie bei Kriegshandlungen, Aufruhr oder Unruhen, denen er oder sie am Ort seines dienstlich angeordneten Aufenthalts im Ausland besonders ausgesetzt war, angegriffen wird.

(5) Unfallfürsorge wie bei einem Dienstunfall kann auch gewährt werden, wenn ein Beamter oder eine Beamtin, der oder die zur Wahrnehmung einer Tätigkeit, die öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient, beurlaubt worden ist und in Ausübung oder infolge dieser Tätigkeit einen Körperschaden erleidet.

Art. 47

Meldung und Untersuchungsverfahren

(1) [1]Unfälle, aus denen Unfallfürsorgeansprüche nach diesem Gesetz entstehen können, sind dem oder der Dienstvorgesetzten innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach dem Eintritt des Unfalls schriftlich zu melden. [2]Die Frist nach Satz 1 gilt auch dann als gewahrt, wenn der Unfall bei der Pensionsbehörde gemeldet worden ist.

(2) [1]Nach Ablauf der Ausschlussfrist wird Unfallfürsorge nur gewährt, wenn seit dem Unfall noch nicht zehn Jahre vergangen sind und glaubhaft gemacht wird, dass mit der Möglichkeit eines Körperschadens oder einer Erkrankung auf Grund des Unfallereignisses nicht habe gerechnet werden können oder dass der oder die Berechtigte durch außerhalb seines oder ihres Willens liegende Umstände gehindert war, den Unfall zu melden. [2]Die Meldung muss, nachdem mit der Möglichkeit eines Körperschadens oder einer Erkrankung gerechnet werden konnte oder das Hindernis für die Meldung weggefallen ist, innerhalb von drei Monaten erfolgen. [3]Die Unfallfürsorge wird in diesen Fällen vom Tage der Meldung an gewährt; zur Vermeidung von Härten kann sie auch von einem früheren Zeitpunkt an gewährt werden.

(3) [1]Der oder die Dienstvorgesetzte hat jeden Unfall, der ihm oder ihr gemeldet oder von Amts wegen bekannt wird, sofort zu untersuchen. [2]Über das Ergebnis ist eine Niederschrift zu fertigen und an die Pensionsbehörde weiterzugeben. [3]Die Pensionsbehörde entscheidet über die Anerkennung als Dienstunfall und die Gewährung der Unfallfürsorge.

(4) [1]Unfallfürsorge nach Art. 45 Abs. 1 Satz 2 wird nur gewährt, wenn der Unfall der Beamtin innerhalb der Fristen nach den Abs. 1 und 2 gemeldet und als Dienstunfall anerkannt worden ist. [2]Der Anspruch auf Unfallfürsorge nach Art. 45 Abs. 2 Satz 2 ist innerhalb von

zwei Jahren vom Tag der Geburt an von den Sorgeberechtigten geltend zu machen. [3]Abs. 2 gilt mit der Maßgabe, dass die Zehnjahresfrist am Tag der Geburt zu laufen beginnt. [4]Der Antrag muss, nachdem mit der Möglichkeit einer Schädigung durch einen Dienstunfall der Mutter während der Schwangerschaft gerechnet werden konnte oder das Hindernis für den Antrag weggefallen ist, innerhalb von drei Monaten gestellt werden.

Art. 48

Nichtgewährung von Unfallfürsorge

(1) Unfallfürsorge wird nicht gewährt, wenn die Verletzten den Dienstunfall pflichtwidrig vorsätzlich herbeigeführt haben.

(2) [1]Haben Verletzte eine die Heilbehandlung betreffende Anordnung ohne gesetzlichen oder sonstigen wichtigen Grund nicht befolgt und wird dadurch die Dienst- oder Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflusst, so kann die Pensionsbehörde die Unfallfürsorge insoweit versagen. [2]Die Verletzten sind auf diese Folgen schriftlich hinzuweisen.

Art. 49

Begrenzung der Unfallfürsorgeansprüche

(1) [1]Die Verletzten und ihre Hinterbliebenen haben aus Anlass eines Dienstunfalls gegen den Dienstherrn nur die in diesem Abschnitt geregelten Ansprüche. [2]Ist der Beamte oder die Beamtin nach dem Dienstunfall in den Dienstbereich eines anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn versetzt worden, so richten sich die Ansprüche gegen diesen nach dem für ihn maßgeblichen Recht; das Gleiche gilt in den Fällen des gesetzlichen Übertritts oder der Übernahme bei der Umbildung von Körperschaften.

(2) [1]Weitergehende Ansprüche auf Grund allgemeiner gesetzlicher Vorschriften können gegen einen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet oder gegen die in seinem Dienst stehenden Personen nur dann geltend gemacht werden, wenn der Dienstunfall

1. durch eine vorsätzliche unerlaubte Handlung einer solchen Person verursacht worden ist oder
2. bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr eingetreten ist.

[2]Im Fall des Satzes 1 Nr. 2 sind Leistungen, die dem Beamten oder der Beamtin und seinen oder ihren Hinterbliebenen nach diesem Gesetz gewährt werden, auf diese weitergehenden Ansprüche anzurechnen; der Dienstherr, der Leistungen nach diesem Gesetz gewährt, hat keinen Anspruch auf Ersatz dieser Leistungen gegen einen anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet, der zu einem weitergehenden Schadensersatz verpflichtet ist.

(3) Ersatzansprüche gegen andere Personen bleiben unberührt.

(4) [1]Auf laufende und einmalige Geldleistungen, die nach diesem Gesetz wegen eines Körperschadens im Rahmen einer Verwendung bei der Europäischen Union und deren Organe gewährt werden, sind Geldleistungen anzurechnen, die wegen desselben Schadens von anderer Seite erbracht werden. [2]Hierzu gehören insbesondere Geldleistungen, die von Drittstaaten oder zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtungen gewährt oder veranlasst

werden. [3]Nicht anzurechnen sind Leistungen privater Schadensversicherungen, die auf Beiträgen der Verletzten beruhen. [4]Dies gilt nicht, wenn von den in Sätzen 1 und 2 genannten Stellen mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe gezahlt wurden.

Unterabschnitt 2

Leistungen der Unfallfürsorge

Art. 50

Heilverfahren

(1) Das Heilverfahren umfasst die notwendige
1. ärztliche und zahnärztliche Behandlung,
2. Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln sowie ergänzende Leistungen,
3. Pflege (Art. 51),
4. Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen.

(2) [1]Die Verletzten sind verpflichtet, sich Maßnahmen des Heilverfahrens zu unterziehen, wenn sie nach einer von der Pensionsbehörde eingeholten ärztlichen Stellungnahme zur Sicherung des Heilerfolgs notwendig sind. [2]Dies gilt nicht, wenn die Maßnahmen mit einer erheblichen Gefahr für Leben oder Gesundheit verbunden sind oder einen erheblichen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit bedeuten.

(3) Verursachen die Folgen des Dienstunfalls außergewöhnliche Kosten für Kleider- und Wäscheverschleiß, so sind diese in angemessenem Umfang zu ersetzen.

(4) Das Nähere zu Umfang und Durchführung des Heilverfahrens regelt das Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung.

Art. 51

Pflegekosten

(1) Für ärztlich verordnete häusliche Krankenpflege (Grund- und Behandlungspflege) werden die notwendigen Kosten erstattet, wenn dadurch eine Krankenhausbehandlung vermieden oder verkürzt werden kann.

(2) Ist der oder die Verletzte infolge des Dienstunfalls so hilflos, dass er oder sie nicht ohne fremde Hilfe und Pflege auskommen kann, sind die notwendigen Pflegekosten in angemessenem Umfang zu erstatten.

Art. 52

Unfallausgleich

(1) [1]Ist der oder die Verletzte infolge des Dienstunfalls in der Erwerbsfähigkeit länger als sechs Monate um mindestens 25 v. H. beschränkt, so wird, solange dieser Zustand andauert, neben der Besoldung oder dem Ruhegehalt ein Unfallausgleich in Höhe der Grundrente nach § 31 Abs. 1 bis 4 des Bundesversorgungsgesetzes gewährt. [2]Ein Anspruch auf Unfallausgleich besteht auch während einer Beurlaubung ohne Besoldung.

(2) [1]Die Minderung der Erwerbsfähigkeit ist nach der körperlichen Beeinträchtigung im allgemeinen Erwerbsleben zu beurteilen. [2]Eine unfallunabhängige Minderung der Erwerbsfähigkeit bleibt außer Betracht. [3]Beruht eine Minderung der Erwerbsfähigkeit auf einem früheren Dienstunfall, kann ein einheitlicher Unfallausgleich festgesetzt werden. [4]Für äußere Körperschäden können Mindestvomhundertsätze festgesetzt werden. [5]Vorübergehende Gesundheitsstörungen sind nicht zu berücksichtigen; als vorübergehend gilt ein Zeitraum bis zu sechs Monaten.

(3) Bei Erstattung von Pflegekosten nach Art. 51 Abs. 2 ist der Unfallausgleich um die Hälfte zu mindern.

Art. 53

Unfallruhegehalt

(1) [1]Ein Beamter oder eine Beamtin, der oder die wegen dauernder Dienstunfähigkeit infolge eines Dienstunfalls in den Ruhestand versetzt wird, erhält Unfallruhegehalt. [2]Abweichend von Art. 12 ist den ruhegehaltfähigen Bezügen das Grundgehalt der Stufe zugrunde zu legen, das bei anforderungsgerechten Leistungen bis zum Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze hätte erreicht werden können.

(2) Für die Berechnung des Unfallruhegehalts eines Beamten oder einer Beamtin, der oder die vor Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt worden ist, wird der ruhegehaltfähigen Dienstzeit nur die Hälfte der Zurechnungszeit nach Art. 23 Abs. 1 hinzugerechnet; Art. 23 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) [1]Der Ruhegehaltssatz nach Art. 26 Abs. 1 erhöht sich um 20 v. H. [2]Er darf 63,78 v. H. nicht unter- und den Höchstruhegehaltssatz nach Art. 26 Abs. 1 nicht überschreiten. [3]Das Unfallruhegehalt beträgt mindestens 71,75 v. H. aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 3.

Art. 54

Erhöhtes Unfallruhegehalt

(1) Erleidet ein Beamter oder eine Beamtin bei Ausübung einer Diensthandlung, mit der eine besondere Lebensgefahr verbunden ist, infolge dieser Gefährdung einen Dienstunfall, so sind bei der Bemessung des Unfallruhegehalts 80 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge aus der

Endstufe der übernächsten Besoldungsgruppe zugrunde zu legen, wenn er oder sie infolge dieses Dienstunfalls dauernd dienstunfähig ist und bei Versetzung in den Ruhestand infolge des Dienstunfalls in der Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 v. H. beschränkt ist.

(2) Erhöhtes Unfallruhegehalt wird auch gewährt, wenn der Beamte oder die Beamtin
1. in Ausübung des Dienstes durch einen tätlichen rechtswidrigen Angriff oder
2. außerhalb des Dienstes durch einen Angriff im Sinn des Art. 46 Abs. 4

einen Dienstunfall mit den in Abs. 1 genannten Folgen erleidet.

Art. 55

Unterhaltsbeitrag für frühere Beamte und Beamtinnen sowie frühere Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen

(1) Ein früherer Beamter oder eine frühere Beamtin, der oder die durch einen Dienstunfall verletzt wurde und dessen oder deren Beamtenverhältnis nicht durch Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand geendet hat, erhält neben dem Heilverfahren (Art. 50, Art. 51) für die Dauer einer durch den Dienstunfall verursachten Erwerbsbeschränkung einen Unterhaltsbeitrag.

(2) [1]Der Unterhaltsbeitrag beträgt
1. bei völliger Erwerbsunfähigkeit 63,78 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge nach Abs. 4,
2. bei Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens 25 v. H. den der Minderung entsprechenden Teil des Unterhaltsbeitrags nach Nr. 1.

[2]Die Minderung der Erwerbsfähigkeit ist nach der körperlichen Beeinträchtigung im allgemeinen Erwerbsleben zu beurteilen. [3]Art. 52 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Im Fall des Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 kann der Unterhaltsbeitrag, solange der oder die Verletzte aus Anlass des Unfalls unverschuldet arbeitslos ist, bis auf den Betrag nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 erhöht werden.

(4) [1]Die ruhegehaltfähigen Bezüge bestimmen sich nach Art. 12 Abs. 1. [2]Bei einem früheren Beamten oder einer früheren Beamtin auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sind die Bezüge zugrunde zu legen, die er oder sie bei der Ernennung zum Beamten auf Probe zuerst erhalten hätte; das Gleiche gilt bei einem früheren Polizeivollzugsbeamten oder einer früheren Polizeivollzugsbeamtin auf Widerruf mit Bezügen. [3]Ist der Beamte oder die Beamtin wegen Dienstunfähigkeit infolge des Dienstunfalls entlassen worden, gilt Art. 53 Abs. 1 Satz 2 entsprechend. [4]Der Unterhaltsbeitrag für einen früheren Beamten oder eine frühere Beamtin auf Widerruf, der oder die ein Amt bekleidete, das seine oder ihre Arbeitskraft nur nebenbei beanspruchte, ist nach billigem Ermessen festzusetzen.

(5) [1]Ist der Beamte oder die Beamtin wegen Dienstunfähigkeit infolge des Dienstunfalls entlassen worden, darf der Unterhaltsbeitrag nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 nicht hinter dem Mindestunfallruhegehalt (Art. 53 Abs. 3 Satz 3) zurückbleiben. [2]Ist der Beamte oder die Beamtin wegen Dienstunfähigkeit infolge eines Dienstunfalls der in Art. 54 bezeichneten Art entlassen worden und war er oder sie im Zeitpunkt der Entlassung infolge des Dienstunfalls in der Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 v. H. beschränkt, treten an die Stelle des Mindestunfallruhegehalts 80 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, die sich bei sinngemäßer Anwendung des Art. 54 ergibt. [3]Abs. 4 Satz 4 gilt entsprechend.

(6) Abs. 1 bis 5 gelten entsprechend für frühere Ruhestandsbeamte oder Ruhestandsbeamtinnen, wenn diese die Rechte als Ruhestandbeamte oder Ruhestandsbeamtinnen verloren haben oder das Ruhegehalt aberkannt worden ist.

Art. 56

Unterhaltsbeitrag bei Schädigung eines ungeborenen Kindes

(1) Der Unterhaltsbeitrag wird im Fall des Art. 45 Abs. 1 Sätze 2 und 3 für die Dauer der durch einen Dienstunfall der Mutter verursachten Minderung der Erwerbsfähigkeit gewährt

1. bei Verlust der Erwerbsfähigkeit in Höhe des Mindestunfallwaisengeldes nach Art. 58 Satz 2 in Verbindung mit Art. 53 Abs. 3 Satz 3,
2. bei Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 25 v. H. in Höhe eines der Minderung der Erwerbsfähigkeit entsprechenden Teils des Unterhaltsbeitrags nach Nr. 1.

(2) [1]Art. 55 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend. [2]Bei Minderjährigen wird die Minderung der Erwerbsfähigkeit nach den Auswirkungen bemessen, die sich bei Erwachsenen mit gleichem Gesundheitsschaden ergeben würden.

(3) Der Unterhaltsbeitrag beträgt vor Vollendung des 14. Lebensjahres 30 v. H., vor Vollendung des 18. Lebensjahres 50 v. H. der Sätze nach Abs. 1.

(4) Auf den Unterhaltsbeitrag werden erstattete Pflegekosten (Art. 51 Abs. 2) angerechnet.

(5) Besteht neben dem Anspruch auf Unterhaltsbeitrag ein Anspruch auf Waisengeld nach beamtenrechtlichen Grundsätzen, wird nur der höhere Versorgungsbezug gezahlt.

Art. 57

Unfallsterbegeld

(1) [1]Ist der oder die Verletzte an den Folgen des Dienstunfalls verstorben, wird Unfallsterbegeld gewährt. [2]Das Unfallsterbegeld beträgt das Dreifache der laufenden monatlichen Bezüge des Verstorbenen ausschließlich der Auslandskinderbezüge und des Auslandsverwendungszuschlags, mindestens aber 8 000 €. [3]Im Übrigen gilt Art. 33 entsprechend.

(2) Auf das Unfallsterbegeld ist Sterbegeld nach Art. 33 Abs. 1 zu 50 v. H. und Sterbegeld nach Art. 33 Abs. 3 in voller Höhe anzurechnen.

Art. 58

Unfallhinterbliebenenversorgung

[1]Ist ein Beamter, eine Beamtin oder ein Ruhestandsbeamter oder eine Ruhestandsbeamtin mit Anspruch auf Unfallruhegehalt verstorben, richtet sich die Hinterbliebenenversorgung nach den allgemeinen Vorschriften unter Berücksichtigung des Unfallruhegehalts, soweit nichts Abweichendes bestimmt ist. [2]Ist der Tod infolge des Dienstunfalls eingetreten, beträgt das Waisengeld für jedes waisengeldberechtigte Kind (Art. 39) 30 v. H. des Unfallruhegehalts

und wird auch elternlosen Enkeln gewährt, deren Unterhalt zur Zeit des Dienstunfalls ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen oder die Verstorbene bestritten wurde. [3]In den Fällen des Art. 38 wird keine Unfallhinterbliebenenversorgung gewährt.

Art. 59

Unterhaltsbeitrag für Verwandte der aufsteigenden Linie

[1]Verwandten der aufsteigenden Linie, deren Unterhalt zur Zeit des Dienstunfalls ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen oder die Verstorbene (Art. 58 Satz 1) bestritten wurde, ist für die Dauer der Bedürftigkeit ein Unterhaltsbeitrag von zusammen 30 v. H. des Unfallruhegehalts zu gewähren, mindestens jedoch 40 v. H. des nach Art. 53 Abs. 3 Satz 3 errechneten Betrags. [2]Sind mehrere Anspruchsberechtigte vorhanden, so wird der Unterhaltsbeitrag den Eltern vor den Großeltern gewährt; an die Stelle eines verstorbenen Elternteils treten dessen Eltern.

Art. 60

Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene

(1) [1]Ist in den Fällen des Art. 55 der oder die Anspruchsberechtigte an den Folgen des Dienstunfalls verstorben, erhält der Witwer oder die Witwe für die Dauer von zwei Jahren einen Unterhaltsbeitrag in Höhe des Witwengeldes, das sich nach den allgemeinen Vorschriften unter Zugrundelegung des Unterhaltsbeitrags nach Art. 55 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 ergibt. [2]Abweichend hiervon wird Unterhaltsbeitrag gewährt, solange der Witwer oder die Witwe ein Kind des oder der Verstorbenen erzieht.

(2) Der Unterhaltsbeitrag für die Waisen richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften unter Zugrundelegung des Unterhaltsbeitrags nach Art. 55 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1.

Art. 61

Höchstgrenzen der Hinterbliebenenversorgung

[1]Die Unfallversorgung der Hinterbliebenen (Art. 58 bis 60) darf insgesamt die Bezüge (Unfallruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag) nicht übersteigen, die der oder die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können. [2]Art. 41 ist entsprechend anzuwenden. [3]Der Unfallausgleich (Art. 52) sowie der Zuschlag bei Arbeitslosigkeit (Art. 55 Abs. 3) bleiben sowohl bei der Berechnung des Unterhaltsbeitrags nach Art. 60 als auch bei der vergleichenden Berechnung nach Art. 41 außer Betracht.

Art. 62

Einmalige Unfallentschädigung

(1) [1]Ein Beamter oder eine Beamtin, der oder die einen Dienstunfall der in Art. 54 bezeichneten Art erleidet, erhält neben einer beamtenrechtlichen Versorgung bei Beendigung

des Dienstverhältnisses eine einmalige Unfallentschädigung, wenn nach Feststellung der Pensionsbehörde die Erwerbsfähigkeit infolge des Dienstunfalls zu diesem Zeitpunkt um wenigstens 50 v. H. beeinträchtigt ist. [2]Die einmalige Unfallentschädigung beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 v. H. 50 000 €, von mindestens 60 v. H. 60 000 €, von mindestens 70 v. H. 70 000 €, von mindestens 80 v. H. 80 000 €, von mindestens 90 v. H. 90 000 € und von 100 v. H. 100 000 €.

(2) Ist ein Beamter oder eine Beamtin an den Folgen eines Dienstunfalls der in Art. 54 bezeichneten Art verstorben, ohne eine einmalige Unfallentschädigung nach Abs. 1 erhalten zu haben, wird den Hinterbliebenen eine einmalige Unfallentschädigung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gewährt:

1. Die Witwe oder der Witwer sowie die versorgungsberechtigten Kinder erhalten eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 60 000 €.
2. Sind Anspruchsberechtigte im Sinn der Nr. 1 nicht vorhanden, so erhalten die Eltern und die nicht versorgungsberechtigten Kinder eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 20 000 €.
3. Sind Anspruchsberechtigte im Sinn der Nrn. 1 und 2 nicht vorhanden, so erhalten die Großeltern und Enkel eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 10 000 €.

(3) [1]Einmalige Unfallentschädigung nach Maßgabe der Abs. 1 und 2 wird auch gewährt, wenn Beamte oder Beamtinnen im Sinn der Verordnung über die einmalige Unfallentschädigung nach § 43 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes vom 24. Juni 1977 (BGBl I S. 1011) in der jeweils geltenden Fassung, einen Dienstunfall erleiden, der nur auf die eigentümlichen Verhältnisse des Dienstes zurückzuführen ist, und die in Abs. 1 genannten Folgen vorliegen.

Art. 63

Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen

[1]Erleidet ein Ehrenbeamter oder eine Ehrenbeamtin einen Dienstunfall (Art. 46), so besteht Anspruch auf ein Heilverfahren (Art. 50). [2]Außerdem kann Ersatz von Sachschäden (Art. 45 Abs. 4) und, für Ehrenbeamte und Ehrenbeamte des Staates im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen oder der von ihm bestimmten Stelle, ein nach billigem Ermessen festzusetzender Unterhaltsbeitrag bewilligt werden. [3]Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenen.

Unterabschnitt 3

Einsatzversorgung

Art. 64

Einsatzunfall

(1) [1]Erleidet ein Beamter oder eine Beamtin während einer besonderen Auslandsverwendung auf Grund der mit dieser Verwendung verbundenen gesteigerten Gefährdungslage in Ausübung oder infolge des Dienstes bei einem Unfall oder einer Erkrankung im Sinn von Art.

46 eine gesundheitliche Schädigung, liegt ein Einsatzunfall vor. [2]Dies gilt auch, wenn eine Erkrankung, ihre Folgen oder ein Unfall bei einer besonderen Auslandsverwendung im Sinn von Abs. 2

1. auf gesundheitsschädigende oder sonst vom Inland wesentlich abweichende Verhältnisse zurückzuführen ist oder
2. bei dienstlicher Verwendung im Ausland im Zusammenhang mit einer Verschleppung oder einer Gefangenschaft steht oder
3. darauf beruht, dass der Beamte oder die Beamtin aus sonstigen mit dem Dienst zusammenhängenden Gründen dem Einflussbereich des Dienstherrn entzogen ist.

(2) [1]Eine besondere Auslandsverwendung ist eine Verwendung im Rahmen eines internationalen humanitären, friedenssichernden oder friedensschaffenden Einsatzes im Ausland auf Grund eines Übereinkommens oder einer Vereinbarung mit einer über- oder zwischenstaatlichen Einrichtung oder mit einem auswärtigen Staat auf Beschluss der Bundesregierung oder außerhalb des deutschen Hoheitsgebiets auf Schiffen oder in Luftfahrzeugen. [2]Dem steht eine sonstige Verwendung im Ausland oder außerhalb des deutschen Hoheitsgebiets auf Schiffen oder in Luftfahrzeugen mit vergleichbar gesteigerter Gefährdungslage gleich. [3]Die Entscheidung, ob eine vergleichbar gesteigerte Gefährdungslage vorliegt, trifft die oberste Dienstbehörde. [4]Die Verwendung im Sinn der Sätze 1 und 2 beginnt mit dem Eintreffen im Einsatzgebiet und endet mit dem Verlassen des Einsatzgebiets

(3) Art. 46 Abs. 5 gilt entsprechend.

(4) [1]Auf Geldleistungen, die im Zusammenhang mit einer besonderen Auslandsverwendung nach diesem Gesetz gewährt werden, sind Geldleistungen anzurechnen, die wegen desselben Schadens von anderer Seite erbracht werden. [2]Hierzu gehören insbesondere Geldleistungen, die von Drittstaaten oder von zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtungen gewährt oder veranlasst werden. [3]Nicht anzurechnen sind Leistungen privater Schadensversicherungen, die auf Beiträgen der Verletzten beruhen. [4]Dies gilt nicht, wenn von den in Satz 2 genannten Stellen mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe gezahlt wurden.

(5) [1]Die Unfallfürsorge ist ausgeschlossen, wenn sich der Beamte oder die Beamtin vorsätzlich oder grob fahrlässig der Gefährdung ausgesetzt oder die Gründe für eine Verschleppung, Gefangenschaft oder sonstige Einflussbereichsentziehung herbeigeführt hat. [2]Unfallfürsorge kann ganz oder teilweise gewährt werden, wenn der Ausschluss für die Betreffenden eine unbillige Härte wäre.

Art. 65

Unfallfürsorge bei Einsatzunfall

(1) Erleidet ein Beamter oder eine Beamtin einen Einsatzunfall oder ein diesem gleichgestelltes Ereignis, wird Unfallfürsorge gemäß Art. 45 Abs. 2 mit der Maßgabe gewährt, dass der Einsatzunfall oder ein diesem gleichstehendes Ereignis als Dienstunfall der in Art. 54 bezeichneten Art gilt, wenn die dort genannten Folgen vorliegen.

(2) Ist der Beamte oder die Beamtin an den Folgen eines Einsatzunfalls oder einem diesem gleichgestellten Ereignis im Sinn des Art. 64 verstorben, wird das erhöhte Unfallruhegehalt nach Art. 54 der Unfallhinterbliebenenversorgung (Art. 58) zugrunde gelegt und eine einmalige Entschädigung gemäß Art. 62 Abs. 2 gewährt.

Art. 66

Schadensausgleich

(1) [1]Schäden, die einem Beamten oder einer Beamtin während einer Verwendung im Sinn des Art. 64 Abs. 2 infolge von besonderen, vom Inland wesentlich abweichenden Verhältnissen, insbesondere infolge von Kriegshandlungen, kriegerischen Ereignissen, Aufruhr, Unruhen oder Naturkatastrophen oder als Folge der Ereignisse nach Art. 64 Abs. 1 entstehen, werden im angemessenen Umfang ersetzt. [2]Gleiches gilt für Schäden des Beamten oder der Beamtin durch einen Gewaltakt gegen staatliche Amtsträger, Einrichtungen oder Maßnahmen, wenn der Beamte oder die Beamtin von dem Gewaltakt in Ausübung des Dienstes oder wegen der Beamteneigenschaft betroffen ist.

(2) [1]Ist ein Beamter oder eine Beamtin an den Folgen eines schädigenden Ereignisses der in Abs. 1 bezeichneten Art verstorben, wird ein Ausgleich in angemessenem Umfang gewährt

1. dem Witwer oder der Witwe sowie den nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigten Kindern,
2. den Eltern sowie den nach beamtenrechtlichen Grundsätzen nicht versorgungsberechtigten Kindern, wenn Hinterbliebene nach Nr. 1 nicht vorhanden sind.

[2]Der Ausgleich für ausgefallene Versicherungen wird der natürlichen Person gewährt, die der Beamte oder die Beamtin im Versicherungsvertrag begünstigt hat.

(3) Art. 46 Abs. 5 gilt entsprechend.

Abschnitt 4

Übergangsgeld, Bezüge bei Verschollenheit

Art. 67

Übergangsgeld

(1) [1]Ein Beamter oder eine Beamtin mit Grundbezügen, der oder die nicht auf eigenen Antrag entlassen wird, erhält als Übergangsgeld nach vollendeter einjähriger Beschäftigungszeit das Einfache und bei längerer Beschäftigungszeit für jedes weitere volle Jahr ihrer Dauer die Hälfte, insgesamt höchstens das Sechsfache der Besoldung des letzten Monats nach Art. 2 Abs. 2 Nrn. 1 bis 4 BayBesG einschließlich der nicht als Einmalzahlung gewährten Hochschulleistungsbezüge. [2]Art. 12 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. [3]Das Übergangsgeld wird auch dann gewährt, wenn der Beamte oder die Beamtin im Zeitpunkt der Entlassung ohne Grundbezüge beurlaubt war. [4]Maßgebend ist die Besoldung, die der Beamte oder die Beamtin im Zeitpunkt der Entlassung erhalten hätte.

(2) [1]Als Beschäftigungszeit gilt die Zeit ununterbrochener hauptberuflicher entgeltlicher Tätigkeit im Dienst desselben Dienstherrn oder der Verwaltung, deren Aufgaben der Dienstherr übernommen hat, sowie im Fall der Versetzung die entsprechende Zeit im Dienst des früheren Dienstherrn; die vor einer Beurlaubung ohne Grundbezüge liegende Beschäftigungszeit wird mit berücksichtigt. [2]Zeiten mit einer Ermäßigung der regelmäßigen Arbeitszeit sind nur zu dem Teil anzurechnen, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Das Übergangsgeld wird nicht gewährt, wenn
1. der Beamte oder die Beamtin wegen eines Verhaltens im Sinn der §§ 22, 23 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und 3 Nr. 1 BeamtStG entlassen wird oder
2. ein Unterhaltsbeitrag nach Art. 29 bewilligt wird oder
3. die Beschäftigungszeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit angerechnet wird oder
4. der Beamte oder die Beamtin mit der Berufung in ein Richterverhältnis oder mit der Ernennung zum Beamten oder zur Beamtin auf Zeit entlassen wird oder
5. ein Beamter oder eine Beamtin auf Zeit einer gesetzlichen Verpflichtung, das Amt nach Ablauf der Amtszeit unter erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis weiterzuführen, nicht nachkommt.

(4) [1]Das Übergangsgeld wird in Monatsbeträgen für die der Entlassung folgende Zeit wie die Besoldung gezahlt. [2]Es ist längstens bis zum Ende des Monats zu zahlen, in dem der Beamte oder die Beamtin die für sein oder ihr Beamtenverhältnis bestimmte gesetzliche Altersgrenze erreicht hat. [3]Beim Tode der Berechtigten ist der noch nicht ausgezahlte Betrag den Hinterbliebenen in einer Summe zu zahlen.

(5) Bezieht der entlassene Beamte oder die entlassene Beamtin Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen im Sinn des Art. 83 Abs. 6, verringert sich das Übergangsgeld um den Betrag dieser Einkünfte.

Art. 68

Bezüge bei Verschollenheit

(1) Verschollene erhalten die ihnen zustehenden Bezüge bis zum Ablauf des Monats, in dem die Pensionsbehörde feststellt, dass ihr Ableben mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist.

(2) [1]Mit Beginn des Folgemonats erhalten die Personen, die im Fall des Todes der Verschollenen Witwen- oder Waisengeld erhalten würden oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten könnten, diese Bezüge. [2]Art. 32 und 33 gelten nicht.

(3) [1]Kehren Verschollene zurück, so lebt der Anspruch auf Bezüge, soweit nicht besondere gesetzliche Gründe entgegenstehen, wieder auf. [2]Nachzahlungen sind längstens für die Dauer eines Jahres zu leisten; die nach Abs. 2 für den gleichen Zeitraum gewährten Bezüge sind anzurechnen.

(4) Ergibt sich, dass bei einem Beamten oder einer Beamtin die Voraussetzungen des Art. 9 BayBesG vorliegen, so können die nach Abs. 2 gezahlten Bezüge von ihm oder ihr zurückgefordert werden.

(5) Werden Verschollene für tot erklärt oder die Todeszeit gerichtlich festgestellt oder eine Sterbeurkunde über den Tod des oder der Verschollenen ausgestellt, so ist die Hinterbliebenenversorgung mit Beginn des Folgemonats unter Berücksichtigung des festgestellten Todeszeitpunkts neu festzusetzen.

Abschnitt 5

Familienbezogene Leistungen

Unterabschnitt 1

Familienzuschlag, Ausgleichsbetrag

Art. 69

Familienzuschlag

(1) Auf den Familienzuschlag finden die für Beamte und Beamtinnen geltenden Vorschriften des Bayerischen Besoldungsgesetzes Anwendung.

(2) [1]Der Unterschiedsbetrag des Familienzuschlags zwischen der Stufe 1 und der nach dem Bayerischen Besoldungsgesetz zustehenden Stufe wird neben dem Ruhegehalt gezahlt. [2]Er wird unter Berücksichtigung der nach den Verhältnissen des Beamten, der Beamtin, des Ruhestandsbeamten oder der Ruhestandsbeamtin für die Bemessung des Familienzuschlags in Betracht kommenden Kinder neben dem Witwengeld gezahlt, soweit der Witwer oder die Witwe Anspruch auf Kindergeld für diese Kinder hat oder ohne Berücksichtigung der §§ 64, 65 des Einkommensteuergesetzes (EStG) oder der §§ 3, 4 des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) haben würde. [3]Soweit kein Anspruch nach Satz 2 besteht, wird der Unterschiedsbetrag neben dem Waisengeld gezahlt, wenn die Waise bei den Stufen des Familienzuschlags zu berücksichtigen ist oder zu berücksichtigen wäre, wenn der Beamte, die Beamtin, der Ruhestandsbeamte oder die Ruhestandsbeamtin noch lebte. [4]Sind mehrere Anspruchsberechtigte vorhanden, wird der Unterschiedsbetrag auf die Anspruchsberechtigten nach der Zahl der auf sie entfallenden Kinder zu gleichen Teilen aufgeteilt.

Art. 70

Ausgleichsbetrag

[1]Neben dem Waisengeld wird ein Ausgleichsbetrag gezahlt, der dem Betrag für das erste Kind nach § 66 Abs. 1 EStG entspricht, wenn in der Person der Waise die Voraussetzungen des § 32 Abs. 1 bis 5 EStG erfüllt sind, Ausschlussgründe nach § 65 EStG nicht vorliegen, keine Person vorhanden ist, die nach § 62 EStG oder nach § 1 BKGG anspruchsberechtigt ist, und die Waise keinen Anspruch auf Kindergeld nach § 1 Abs. 2 BKGG hat. [2]Der Ausgleichsbetrag gilt für die Anwendung der Art. 83 und 84 nicht als Versorgungsbezug. [3]Besteht Anspruch auf mehrere Waisengelder wird der Ausgleichsbetrag nur neben den neuen Versorgungsbezügen gezahlt.

Unterabschnitt 2

Zuschlag für Zeiten der Kindererziehung und der Pflege neben dem Ruhegehalt

Art. 71

Kindererziehungszuschlag

(1) [1]Hat ein Beamter oder eine Beamtin ein nach dem 31. Dezember 1991 geborenes Kind erzogen, erhöht sich das Ruhegehalt für jeden Monat einer ihm oder ihr zuzuordnenden Kindererziehungszeit um einen Kindererziehungszuschlag. [2]Dies gilt nicht, wenn der Beamte oder die Beamtin wegen der Erziehung des Kindes in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig (§ 3 Satz 1 Nr. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch - SGB VI) war und die allgemeine Wartezeit für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt ist.

(2) [1]Die Kindererziehungszeit beginnt nach Ablauf des Monats der Geburt und endet nach 36 Kalendermonaten, spätestens mit dem Ablauf des Monats, in dem die Erziehung endet. [2]Wird während dieses Zeitraums vom erziehenden Elternteil ein weiteres Kind erzogen, für das ihm eine Kindererziehungszeit zuzuordnen ist, wird die Kindererziehungszeit für dieses und jedes weitere Kind um die Anzahl der Kalendermonate der gleichzeitigen Erziehung verlängert.

(3) Für die Zuordnung der Kindererziehungszeit zu einem Elternteil (§ 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch) gilt § 56 Abs. 2 SGB VI entsprechend.

(4) [1]Der Kindererziehungszuschlag beträgt für jeden Monat der Kindererziehung 2,50 €. [2]Er darf zusammen mit dem auf die Kindererziehungszeit entfallenden Anteil des Ruhegehalts das Ruhegehalt nicht übersteigen, das sich bei Berücksichtigung des Zeitraums der Kindererziehung als ruhegehaltfähige Dienstzeit für diesen Zeitraum ergeben würde.

(5) [1]Das um den Kindererziehungszuschlag erhöhte Ruhegehalt darf nicht höher sein als das Ruhegehalt, das sich unter Berücksichtigung des Höchstruhegehaltssatzes und der ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, ergeben würde. [2]Errechnet sich das Ruhegehalt nach Art. 26 Abs. 5, wird der Kindererziehungszuschlag in Höhe des Betrags gezahlt, um den das erdiente Ruhegehalt und der Kindererziehungszuschlag das Ruhegehalt nach Art. 26 Abs. 5 übersteigen.

(6) Für die Anwendung des Art. 26 Abs. 2 und 4 sowie von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften gilt der Kindererziehungszuschlag als Teil des Ruhegehalts.

(7) [1]Hat ein Beamter oder eine Beamtin vor der Berufung in ein Beamtenverhältnis ein vor dem 1. Januar 1992 geborenes Kind erzogen, gelten Abs. 1 bis 6 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Kindererziehungszeit zwölf Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt endet. [2]§§ 249 und 249a SGB VI gelten entsprechend.

Art. 72

Pflegezuschlag

(1) [1]War ein Beamter oder eine Beamtin wegen nicht erwerbsmäßiger Pflege von Pflegebedürftigen nach § 3 Satz 1 Nr. 1a SGB VI versicherungspflichtig,wird für die Zeit der Pflege ein Pflegezuschlag zum Ruhegehalt gezahlt. [2]Dies gilt nicht, wenn die allgemeine Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt ist.

(2) Der Pflegezuschlag beträgt für jeden Monat der Zeit der Pflege von

1. Schwerstpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch – SGB XI) bei einem Pflegeaufwand von mindestens
   a) 28 Stunden in der Woche 2,00 €,
   b) 21 Stunden in der Woche 1,50 €,
   c) 14 Stunden in der Woche 1,00 €,
2. Schwerpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 SGB XI) bei einem Pflegeaufwand von mindestens
   a) 21 Stunden in der Woche 1,30 €,
   b) 14 Stunden in der Woche 0,90 €,
3. erheblich Pflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 SGB XI) 0,70 €.

(3) Art. 71 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass für gleiche Zeiträume zustehende Kindererziehungszuschläge einzubeziehen sind; Art. 71 Abs. 5 und 6 gelten entsprechend.

Art. 73

Vorübergehende Gewährung von Zuschlägen

(1) [1]Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen, die vor Erreichen der Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 Abs. 1 BayBG in den Ruhestand versetzt worden sind oder in den Ruhestand getreten sind, erhalten vorübergehend Leistungen entsprechend den Art. 71 und 72, wenn

1. bis zum Beginn des Ruhestands die allgemeine Wartezeit für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt ist,
2. a) sie wegen Dienstunfähigkeit im Sinn des § 26 Abs. 1 BeamtStG in den Ruhestand versetzt worden sind oder
   b) sie wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze in den Ruhestand getreten sind,
3. entsprechende Leistungen nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch dem Grunde nach zustehen, jedoch vor dem Erreichen der maßgebenden Altersgrenze noch nicht gewährt werden,
4. sie einen Ruhegehaltssatz von 66,97 v. H. noch nicht erreicht haben und
5. keine Einkünfte im Sinn des Art. 83 Abs. 6 bezogen werden; die Einkünfte bleiben außer Betracht, soweit sie durchschnittlich im Monat 470 € nicht überschreiten.

[2]Durch die Leistung nach Satz 1 darf der Betrag nicht überschritten werden, der sich bei Berechnung des Ruhegehalts mit einem Ruhegehaltssatz von 66,97 v. H. ergibt.

(2) [1]Die Leistung entfällt spätestens mit Ablauf des Monats, in dem der Versorgungsempfänger oder die Versorgungsempfängerin die gesetzliche Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 Abs. 1 BayBG erreicht. [2]Sie endet vorher, wenn der Versorgungsempfänger oder die Versorgungsempfängerin

1. eine Versichertenrente der gesetzlichen Rentenversicherung bezieht, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Rente, oder
2. ein Erwerbseinkommen über durchschnittlich im Monat 470 € hinaus bezieht, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Erwerbstätigkeit.

(3) [1]Die Leistung wird auf Antrag gewährt. [2]Anträge, die innerhalb von drei Monaten nach dem Eintritt oder der Versetzung in den Ruhestand gestellt werden, gelten als zum Zeitpunkt des Ruhestandseintritts oder der Ruhestandsversetzung gestellt. [3]Wird der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, so wird die Leistung vom Beginn des Antragsmonats an gewährt.

Unterabschnitt 3

Zuschlag zum Witwengeld

Art. 74

Kinderzuschlag zum Witwengeld

(1) [1]Das Witwengeld nach Art. 35 Abs. 1 erhöht sich für jeden Monat einer nach Art. 71 Abs. 3 zuzuordnenden Kindererziehungszeit bis zum Ablauf des Monats, in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat, um einen Kinderzuschlag. [2]Er beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit 1,50 € je Monat und für jeden weiteren Monat 0,75 €. [3]Satz 1 gilt nicht bei Bezügen nach Art. 36 in Verbindung mit Art. 26 Abs. 5 Satz 2.

(2) [1]War die Kindererziehungszeit dem oder der vor Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes Verstorbenen zugeordnet, erhalten Witwer und Witwen den Kinderzuschlag anteilig mindestens für die Zeit, die bis zum Ablauf des Monats, in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat, fehlt. [2]Stirbt ein Beamter oder eine Beamtin vor der Geburt des Kindes, sind der Berechnung des Kinderzuschlags 36 Kalendermonate zugrunde zu legen, wenn das Kind innerhalb von 300 Tagen nach dem Tod geboren wird. [3]Ist das Kind später geboren, wird der Zuschlag erst nach Ablauf des in Art. 71 Abs. 2 Satz 1 genannten Zeitraums gewährt. [4]Verstirbt das Kind vor der Vollendung des dritten Lebensjahres, ist der Kinderzuschlag anteilig zu gewähren.

(3) Der Kinderzuschlag gilt für die Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften als Teil des Witwengeldes.

Abschnitt 6

Sonderzahlung

Art. 75

Anspruch und Bestandteile

[1]Versorgungsberechtigte mit laufenden Versorgungsbezügen erhalten eine jährliche Sonderzahlung. [2]Sie besteht aus einem Grundbetrag (Art. 76) und einem Sonderbetrag für Kinder (Art. 77).

Art. 76

Grundbetrag

(1) [1]Als Grundbetrag der jährlichen Sonderzahlung wird ein Zwölftel der für das laufende Kalenderjahr zustehenden Versorgungsbezüge unter Zugrundelegung der Vomhundertsätze nach Abs. 2 gewährt. [2]Versorgungsbezüge im Sinn des Satzes 1 sind

1. die laufenden Versorgungsbezüge vor Anwendung von Ruhens- und Anrechnungsvorschriften mit Ausnahme des Familienzuschlags, des Unfallausgleichs (Art. 52), des Ausgleichsbetrags (Art. 70) und der Zuschläge nach Art. 71 bis 74,
2. der Familienzuschlag.

(2) Es gelten folgende Vomhundertsätze:

1. 60 v. H. für Bezüge nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 11 und 56 v. H. für die übrigen Besoldungsgruppen,
2. 84,29 v. H. für den Familienzuschlag.

(3) Bezüge, deren Zahlung auf Grund eines Verwaltungsakts eingestellt wurde, sind nicht zu berücksichtigen, solange sie nur infolge der Aussetzung einer sofortigen Vollziehung oder der völligen oder teilweisen Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs auszuzahlen sind.

Art. 77

Sonderbetrag für Kinder

(1) [1]Für jedes Kind, für das im jeweiligen Monat des Kalenderjahres Familienzuschlag gewährt wird, wird ein monatlicher Sonderbetrag von jeweils 2,13 € gezahlt. [2]Art. 76 Abs. 3 gilt entsprechend.

(2) [1]Der Sonderbetrag wird für jeden Berechtigten oder jede Berechtigte nur einmal gewährt. [2]Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus einem Versorgungsverhältnis vor. [3]Der Anspruch aus einem späteren Versorgungsverhältnis geht dem Anspruch aus einem früheren Versorgungsverhältnis vor.

Art. 78

Ausschlusstatbestände

(1) Werden während des Kalenderjahres Versorgungsbezüge im Rahmen eines Disziplinarverfahrens teilweise einbehalten oder gelten kraft Gesetzes in voller Höhe als einbehalten, besteht Anspruch auf jährliche Sonderzahlung nur, wenn die einbehaltenen Versorgungsbezüge nachzuzahlen sind.

(2) Kein Anspruch auf jährliche Sonderzahlung besteht, wenn ein Unterhaltsbeitrag durch Gnadenerweis oder Disziplinarmaßnahme bewilligt ist.

Art. 79

Zahlungsweise, Teilzuwendung

(1) Die jährliche Sonderzahlung wird mit den laufenden Versorgungsbezügen für den Monat Dezember bezahlt.

(2) [1]Entfällt der Anspruch auf Versorgungsbezüge während des Kalenderjahres, wird die bis zu diesem Zeitpunkt zustehende Sonderzahlung mit den laufenden Versorgungsbezügen für den letzten Anspruchsmonat gezahlt oder, wenn dies nicht möglich ist, entsprechend nachgezahlt. [2]Beim Tod eines oder einer Versorgungsberechtigten findet Art. 32 entsprechende Anwendung.

Abschnitt 7

Verlust der Versorgung

Art. 80

Verlust der Versorgung infolge Verurteilung

(1) Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen, die durch ein deutsches Gericht im ordentlichen Strafverfahren

1. wegen einer vorsätzlichen Tat zu Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren oder
2. wegen einer vorsätzlichen Tat, die nach den Vorschriften über Friedensverrat, Hochverrat, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates oder Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit strafbar ist, zu Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten

verurteilt worden sind, verlieren mit der Rechtskraft der Entscheidung ihre Rechte als Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen; dies gilt für Hinterbliebene entsprechend.

(2) Entsprechendes gilt, wenn auf Grund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gemäß Art. 18 des Grundgesetzes ein Grundrecht verwirkt wurde oder gegen Ruhestandsbeamte oder Ruhestandsbeamtinnen wegen einer vor Beendigung des Beamtenverhältnisses begangenen Tat eine Entscheidung ergeht, die nach § 24 BeamtStG zum Verlust der Beamtenrechte führt.

(3) Art. 60 und 61 BayBG und Art. 39 bis 41 des Bayerischen Disziplinargesetzes finden entsprechende Anwendung.

Art. 81

Verlust der Versorgungsbezüge bei Ablehnung einer erneuten Berufung

[1]Kommt ein Ruhestandsbeamter oder eine Ruhestandsbeamtin seinen oder ihren Verpflichtungen aus § 29 Abs. 2, 4 und 5, § 30 Abs. 3 Satz 1 BeamtStG schuldhaft nicht nach, obwohl auf die Folgen eines solchen Verhaltens schriftlich hingewiesen worden ist, so verliert er oder sie für diese Zeit die Versorgungsbezüge. [2]Die Pensionsbehörde stellt den Verlust der Versorgungsbezüge fest. [3]Eine disziplinarrechtliche Verfolgung wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Art. 82

Verlust der Versorgung bei verfassungsfeindlicher Betätigung

(1) [1]Die Pensionsbehörde kann anordnen, dass Empfänger von Hinterbliebenenversorgung die Versorgungsbezüge auf Zeit oder auf Dauer teilweise oder ganz verlieren, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes betätigt haben. [2]Der Sachverhalt ist in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bayerischen Disziplinargesetzes über die Durchführung des behördlichen Disziplinarverfahrens zu ermitteln.

(2) Art. 80 Abs. 1 bleibt unberührt.

Teil 3

Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften

Abschnitt 1

Zusammentreffen mit anderen Bezügen und Einkünften

Unterabschnitt 1

Ruhensvorschriften

Art. 83

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen

(1) Beziehen Versorgungsberechtigte Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen (Abs. 4), werden daneben Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der in Abs. 2 bezeichneten Höchstgrenze gezahlt.

(2) [1]Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen sowie für Witwer und Witwen die ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens ein Betrag in Höhe des Eineinhalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 3,
2. für Waisen 40 v. H. des Betrags, der sich nach Nr. 1 ergibt,
3. für Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen, die wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, oder nach Art. 64 Nr. 2 BayBG in den Ruhestand versetzt worden sind, bis zum Ablauf des Monats, in dem sie die gesetzliche Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 Abs. 1 BayBG erreichen, 71,75 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens aus einem Betrag in Höhe des Eineinhalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 3, zuzüglich 470 €; das gilt auch für Empfänger eines Unterhaltsbeitrags nach Art. 29 bei Entlassung wegen Dienstunfähigkeit oder nach Art. 55 mit Ausnahme der Entlassung wegen Dienstunfähigkeit infolge des Dienstunfalls.

[2]Die Höchstgrenze erhöht sich um den zustehenden Unterschiedsbetrag nach Art. 69 Abs. 2.

(3) [1]Den Versorgungsberechtigten ist mindestens ein Betrag in Höhe von 20 v. H. des Versorgungsbezugs (Art. 2 Abs. 1) zu belassen. [2]Dies gilt nicht bei Bezug von Verwendungseinkommen aus einer den ruhegehaltfähigen Bezügen mindestens vergleichbaren Besoldungs- oder Entgeltgruppe oder sonstigem, in der Höhe vergleichbaren Verwendungseinkommen.

(4) [1]Erwerbseinkommen sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschließlich Abfindungen, aus selbständiger Arbeit, aus gewerblicher sowie land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit abzüglich der Werbungskosten oder Betriebsausgaben. [2]Als Erwerbseinkommen gelten auch Gewinne aus Kapitalgesellschaften, in denen Versorgungsberechtigte ohne angemessene Vergütung tätig sind, soweit die Gewinne auf die Tätigkeit entfallen; im Übrigen bleiben Einkünfte aus Kapitalvermögen unberücksichtigt. [3]Nicht als Erwerbseinkommen gelten Aufwandsentschädigungen, Unfallausgleich (Art. 52), steuerfreie Leistungen zur Grundpflege oder hauswirtschaftlichen Versorgung sowie Einkünfte aus Tätigkeiten im Sinn des Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayBG. [4]Erwerbsersatzeinkommen sind Leistungen, die auf Grund oder in entsprechender Anwendung öffentlich-rechtlicher Vorschriften kurzfristig erbracht werden, um Erwerbseinkommen zu ersetzen. [5]Die Berücksichtigung des Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommens erfolgt monatsbezogen. [6]Wird Einkommen nicht in Monatsbeträgen erzielt, ist es mit einem Zwölftel des Jahresbezugs je Kalendermonat anzusetzen.

(5) [1]Nach Ablauf des Monats, in dem der oder die Versorgungsberechtigte die Regelaltersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 Abs. 1 BayBG erreicht, gelten die Abs. 1 bis 4 nur für Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Verwendungseinkommen). [2]Dies ist jede Beschäftigung im Dienst von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des deutschen öffentlichen Rechts oder ihrer Verbände; ausgenommen ist die Beschäftigung bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften oder ihren Verbänden. [3]Der Verwendung im öffentlichen Dienst steht gleich die Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischen-

staatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, an der eine Körperschaft oder ein Verband im Sinn des Satzes 2 durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist. [4]Ab dem Kalenderjahr, in dem die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllt sind, ist das Verwendungseinkommen mit einem Zwölftel des Jahresbezugs je Kalendermonat anzusetzen.

(6) Bezieht ein Beamter oder eine Beamtin im einstweiligen Ruhestand Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen, das nicht Verwendungseinkommen ist, ruhen die Versorgungsbezüge in Höhe von 50 v. H. des Betrags, um den sie und das Einkommen die Höchstgrenze übersteigen.

Art. 84

Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

(1) [1]Erhalten aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Art. 83 Abs. 5)
1. ein Ruhestandsbeamter oder eine Ruhestandsbeamtin Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung,
2. ein Witwer, eine Witwe oder Waise Witwen- oder Waisengeld oder eine ähnliche Versorgung,
3. ein Witwer oder eine Witwe Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung

als neue Versorgungsbezüge, so sind neben den neuen Versorgungsbezügen die früheren Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der in Abs. 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen. [2]Dabei darf die Gesamtversorgung nicht hinter der früheren Versorgung zurückbleiben.

(2) [1]Als Höchstgrenze gelten in Fällen des
1. Abs. 1 Nr. 1 das Ruhegehalt, das sich unter Zugrundelegung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit und der ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das frühere Ruhegehalt berechnet, ergibt,
2. Abs. 1 Nr. 2 das Witwen- oder Waisengeld, das sich aus dem Ruhegehalt nach Nr. 1 ergibt,
3. Abs. 1 Nr. 3 71,75 v. H., in den Fällen des Art. 54 80 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das dem Witwengeld zugrunde liegende Ruhegehalt bemisst.

[2]Die Höchstgrenze erhöht sich um den Unterschiedsbetrag nach Art. 69 Abs. 2; dabei sind auch die Kinder einzubeziehen, die nur beim Unterschiedsbetrag neben den neuen Versorgungsbezügen berücksichtigt werden. [3]Ist bei einem an der Ruhensregelung nach Satz 1 Nr. 1 oder 2 beteiligten Versorgungsbezug das Ruhegehalt um einen Versorgungsabschlag gemindert oder um einen Versorgungsaufschlag erhöht, ist das für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehalt entsprechend festzusetzen. [4]In den Fällen des Satzes 1 Nr. 3 ist Satz 3 entsprechend anzuwenden, wenn das dem Witwengeld zugrunde liegende Ruhegehalt einem Versorgungsabschlag oder Versorgungsaufschlag unterliegt.

(3) Im Fall des Abs. 1 Nr. 3 ist neben dem neuen Versorgungsbezug mindestens ein Betrag in Höhe von 20 v. H. des früheren Versorgungsbezugs zu belassen.

(4) [1]Erwirbt ein Ruhestandsbeamter oder eine Ruhestandsbeamtin einen Anspruch auf Witwengeld oder eine ähnliche Versorgung, so wird daneben das Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrags nach Art. 69 Abs. 2 nur bis zum Erreichen der in Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und

Satz 4 bezeichneten Höchstgrenze gezahlt. [2]Die Gesamtbezüge dürfen nicht hinter dem Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrags nach Art. 69 Abs. 2 sowie eines Betrags in Höhe von 20 v. H. des neuen Versorgungsbezugs zurückbleiben.

(5) Die nach Abs. 1 oder 4 anzurechnenden Versorgungsbezüge berechnen sich mit einem Zwölftel des Jahresbezugs je Kalendermonat.

Art. 85

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten

(1) [1]Versorgungsbezüge werden neben Renten nur bis zum Erreichen der in Abs. 2 bezeichneten Höchstgrenze gezahlt. [2]Als Renten gelten

1. Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen,
2. Renten aus einer zusätzlichen Alters- oder Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes,
3. Renten nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte,
4. Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung, wobei ein dem Unfallausgleich (Art. 52) entsprechender Betrag unberücksichtigt bleibt; bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 v. H. bleiben zwei Drittel der Mindestgrundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 10 v. H. ein Drittel der Mindestgrundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz unberücksichtigt,
5. Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung oder aus einer befreienden Lebensversicherung,
6. sonstige Versorgungsleistungen, die auf Grund einer Berufstätigkeit zur Versorgung des oder der Berechtigten für den Fall der Erwerbsminderung oder wegen Alters und der Hinterbliebenen für den Fall des Todes bestimmt sind.

[3]Zu den Renten und Leistungen rechnet nicht der Kinderzuschuss und der Zuschlag zur Waisenrente. [4]Renten, Rentenerhöhungen und Rentenminderungen, die auf § 1587b BGB, § 1 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich oder § 1 des Versorgungsausgleichsgesetzes (VersAusglG) beruhen einschließlich auf der internen Teilung beamten- oder soldatenversorgungsrechtlicher Anwartschaften nach Bundesrecht oder entsprechendem Landesrecht beruhender Leistungen sowie Zuschläge oder Abschläge nach § 76c SGB VI, bleiben unberücksichtigt. [5]Der Verzicht auf eine Rente ist für die Anwendung der Ruhensberechnung unbeachtlich.

(2) [1]Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen der Betrag, der sich als Ruhegehalt ergeben würde, wenn der Berechnung zugrunde gelegt werden
   a) bei den ruhegehaltfähigen Bezügen die Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet,
   b) als ruhegehaltfähige Dienstzeit die Zeit vom vollendeten 17. Lebensjahr bis zum Eintritt des Versorgungsfalls abzüglich von Zeiten nach Art. 25, zuzüglich ruhegehaltfähiger Dienstzeiten vor Vollendung des 17. Lebensjahres sowie der Zeiten, um die sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit erhöht, und der bei der Rente berücksichtigten Zeiten einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit nach Eintritt des Versorgungsfalls,

2. für Witwer, Witwen und Waisen der Betrag, der sich als Witwen- oder Waisengeld aus dem Ruhegehalt nach Nr. 1 ergeben würde.

[2]Die Höchstgrenze erhöht sich um den zustehenden Unterschiedsbetrag nach Art. 69 Abs. 2. [3]Ist bei einem an der Ruhensregelung beteiligten Versorgungsbezug das Ruhegehalt um einen Versorgungsabschlag gemindert oder um einen Versorgungsaufschlag erhöht, ist das für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehalt entsprechend festzusetzen.

(3) Als Renten im Sinn des Abs. 1 gelten nicht

1. bei Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen Hinterbliebenenrenten aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit des Ehegatten,
2. bei Witwern, Witwen und Waisen Renten auf Grund einer eigenen Beschäftigung oder Tätigkeit.

(4) [1]Bei Zahlung einer Abfindung, Beitragserstattung oder eines sonstigen Kapitalbetrags ist der sich bei einer Verrentung ergebende Betrag zugrunde zu legen. [2]Dies gilt nicht, wenn der Ruhestandsbeamte oder die Ruhestandsbeamtin innerhalb von drei Monaten nach Zufluss den Kapitalbetrag zuzüglich der hierauf gewährten Zinsen an den Dienstherrn abführt. [3]Die Kapitalbeträge nach Satz 1 sind um die Vomhundertsätze der allgemeinen Anpassungen nach Art. 4 zu erhöhen oder zu vermindern, die sich nach dem Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs auf die Kapitalbeträge bis zur Gewährung von Versorgungsbezügen ergeben. [4]Der Verrentungsbetrag nach Satz 1 errechnet sich bezogen auf den Monat aus dem Verhältnis zwischen dem nach Satz 4 dynamisierten Kapitalbetrag und dem Verrentungsfaktor, der sich aus dem 12-fachen Betrag des Kapitalwerts nach der vom Bundesministerium der Finanzen zu § 14 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes im Bundesteuerblatt Teil I veröffentlichten Tabelle ergibt.

(5) [1]Bei der Ermittlung der nach Abs. 1 anzusetzenden Rente bleibt der Teil der Rente außer Ansatz, der auf freiwilligen Beitragsleistungen oder auf einer Höherversicherung beruht. [2]Dies gilt nicht, soweit der Arbeitgeber mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat.

(6) Den in Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Renten stehen entsprechende wiederkehrende Geldleistungen gleich, die auf Grund der Zugehörigkeit zu Zusatz- oder Sonderversorgungssystemen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik geleistet werden oder die von einem ausländischen Versicherungsträger nach einem für die Bundesrepublik Deutschland wirksamen zwischen- oder überstaatlichen Abkommen gewährt werden.

Art. 86

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Versorgung aus zwischenstaatlicher und überstaatlicher Verwendung

(1) [1]Erhält ein Ruhestandsbeamter oder eine Ruhestandsbeamtin aus der Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung eine Versorgung, ruht das Ruhegehalt nach diesem Gesetz in Höhe des Betrags, um den die Summe aus beiden Versorgungsbezügen die in Abs. 2 genannte Höchstgrenze übersteigt. [2]Es ruht mindestens in Höhe des Betrags, der einer Minderung des Vomhundertsatzes von 1,79375 für jedes Jahr im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst entspricht. [3]Der Unterschiedsbetrag

nach Art. 69 Abs. 2 ruht in Höhe von 2,5 v. H. für jedes Jahr im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst. [4]Art. 26 Abs. 1 Sätze 3 bis 5 sind jeweils entsprechend anzuwenden. [5]Die Versorgungsbezüge ruhen in voller Höhe, wenn der Ruhestandsbeamte oder die Ruhestandsbeamtin als Invaliditätspension die Höchstversorgung aus dem Amt bei der zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung erhält. [6]Bei Anwendung des Satzes 1 wird die Zeit, in welcher der Beamte oder die Beamtin, ohne ein Amt bei einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung auszuüben, dort einen Anspruch auf Vergütung oder sonstige Entschädigung hat und Ruhegehaltsansprüche erwirbt, als Zeit im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst gerechnet; Entsprechendes gilt für Zeiten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, die dort bei der Berechnung des Ruhegehalts wie Dienstzeiten berücksichtigt werden.

(2) Als Höchstgrenze gelten die in Art. 84 Abs. 2 bezeichneten Höchstgrenzen sinngemäß; dabei ist als Ruhegehalt das Ruhegehalt nach diesem Gesetz zugrunde zu legen, das sich unter Einbeziehung der Zeiten einer Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung als ruhegehaltfähige Dienstzeit und auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der nächst höheren Besoldungsgruppe ergibt.

(3) [1]Verzichtet der Beamte, die Beamtin, der Ruhestandsbeamte oder die Ruhestandsbeamtin beim Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung auf eine Versorgung oder wird an deren Stelle eine Abfindung, Beitragserstattung oder ein sonstiger Kapitalbetrag gezahlt, ist Abs. 1 mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Versorgung der Betrag tritt, der vom Leistungsträger ansonsten zu zahlen wäre; erfolgt die Zahlung eines Kapitalbetrags, weil kein Anspruch auf laufende Versorgung besteht, so ist der sich bei einer Verrentung des Kapitalbetrags ergebende Betrag zugrunde zu legen. [2]Art. 85 Abs. 4 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend. [3]Dies gilt nicht, wenn der Beamte, die Beamtin, der Ruhestandsbeamte oder die Ruhestandsbeamtin innerhalb eines Jahres nach Beendigung der Verwendung oder der Berufung in das Beamtenverhältnis den Kapitalbetrag zuzüglich der hierauf gewährten Zinsen an den Dienstherrn abführt.

(4) Hat der Beamte, die Beamtin, der Ruhestandsbeamte oder die Ruhestandsbeamtin schon vor dem Ausscheiden aus dem zwischenstaatlichen oder überstaatlichen öffentlichen Dienst unmittelbar oder mittelbar Zahlungen aus dem Kapitalbetrag erhalten oder hat die zwischenstaatliche oder überstaatliche Einrichtung diesen durch Aufrechnung oder in anderer Form verringert, ist die Zahlung nach Abs. 3 in Höhe des ungekürzten Kapitalbetrags zu leisten.

(5) [1]Erhalten der Witwer, die Witwe oder die Waisen eines Beamten, einer Beamtin, eines Ruhestandsbeamten oder einer Ruhestandsbeamtin Hinterbliebenenbezüge von der zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, ruht das Witwen-, Witwer- oder Waisengeld nach diesem Gesetz in Höhe des Betrags, der sich unter Anwendung der Abs. 1 und 2 nach dem entsprechenden Anteilsatz ergibt. [2]Abs. 1 Satz 3, Abs. 3, 4 und 6 finden entsprechende Anwendung.

(6) [1]Der Ruhensbetrag darf die von der zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung gewährte Versorgung nicht übersteigen. [2]Dem Ruhestandsbeamten oder der Ruhestandsbeamtin ist mindestens ein Betrag in Höhe von 20 v. H. des Ruhegehalts nach diesem Gesetz

zu belassen. [3]Satz 2 gilt nicht, wenn die Unterschreitung der Mindestbelassung darauf beruht, dass

1. das Ruhegehalt nach diesem Gesetz in Höhe des Betrags ruht, der einer Minderung des Vomhundertsatzes um 1,79375 für jedes Jahr im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst entspricht, oder
2. Abs. 1 Satz 5 anzuwenden ist.

Art. 87

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Entschädigung oder Versorgungsbezügen nach dem Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments

(1) Beziehen Versorgungsberechtigte eine Entschädigung nach Art. 10 des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments (Beschluss 2005/684 EG, Euratom des Europäischen Parlamtents vom 28. September 2005 zur Annahme des Abgeordnetenstatus des Europäischen Parlaments – ABl L 262 S. 1), so werden die Versorgungsbezüge um 50 v.H., jedoch höchstens um 50 v.H. der Entschädigung gekürzt.

(2) [1]Beziehen Versorgungsberechtigte Versorgungsbezüge nach Art. 14, 15 und 17 des Abgeordnetenstatuts, ruhen die Versorgungsbezüge um 50 v. H. des Betrags, um den sie und die Versorgungsbezüge nach dem Abgeordnetenstatut die Entschädigung nach Art. 10 des Abgeordnetenstatuts übersteigen. [2]Das Übergangsgeld nach Art. 13 des Abgeordnetenstatuts zählt zu den Versorgungsbezügen.

Unterabschnitt 2

Gemeinsame Bestimmungen

Art. 88

Erhöhung der Höchstgrenzen

(1) [1]Im Auszahlungsmonat der Sonderzahlung (Art. 79) sind die Höchstgrenzen nach

1. Art. 83 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 um den Grundbetrag nach Art. 83 BayBesG und
2. Art. 83 Abs. 2 Nr. 3, Art. 84 Abs. 2, Art. 85 Abs. 2 und Art. 86 Abs. 2 um den Grundbetrag nach Art. 76

zu erhöhen. [2]Zusätzlich sind die Höchstgrenzen um den Sonderbetrag für Kinder nach Art. 77 Abs. 1 zu erhöhen.

(2) Die Höchstgrenzen nach Art. 83 Abs. 2 sind bei Versorgungsberechtigten mit ruhegehaltfähigen Bezügen aus einer der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 zusätzlich um den Erhöhungsbetrag nach Art. 84 BayBesG zu erhöhen.

Art. 89

Mindestbelassung bei Unterhaltsbeitrag nach Art. 55

[1]Bei Bezug eines Unterhaltsbeitrags nach Art. 55 ist mindestens ein Betrag zu belassen, der unter Berücksichtigung der Minderung der Erwerbsfähigkeit infolge des Dienstunfalls dem Unfallausgleich entspricht. [2]Dies gilt nicht, wenn wegen desselben Unfalls Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz zusteht.

Art. 90

Reihenfolge der Anwendung der Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften

(1) Der Anwendung der Ruhensvorschriften nach Art. 83 bis 87 gehen sonstige Anrechnungs- und Kürzungsvorschriften vor, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(2) [1]Bei Zusammentreffen von zwei Versorgungsbezügen mit Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen ist zunächst der neuere und dann der frühere Versorgungsbezug nach Art. 83 zu regeln. [2]Bei der Regelung des früheren Versorgungsbezugs ist dem Einkommen der nicht ruhende Teil des neueren Versorgungsbezugs hinzuzurechnen. [3]Die Berechnungsreihenfolge ist umzukehren, soweit dies für die Versorgungsberechtigten günstiger ist. [4]Die Versorgungsberechtigten dürfen nicht besser gestellt werden, als wenn kein Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen bezogen würde.

(3) Bei Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen und Renten ist Art. 83 mit der nach Art. 85 verbleibenden Gesamtversorgung anzuwenden.

(4) [1]Bei Zusammentreffen von zwei Versorgungsbezügen mit einer Rente ist zunächst der neuere Versorgungsbezug nach Art. 85 Abs. 1 bis 5 und danach der frühere Versorgungsbezug unter Berücksichtigung des gekürzten neueren Versorgungsbezugs nach Art. 84 zu regeln. [2]Der hiernach gekürzte frühere Versorgungsbezug ist unter Berücksichtigung des gekürzten neueren Versorgungsbezugs nach Art. 85 Abs. 1 bis 5 zu regeln; für die Berechnung der Höchstgrenze nach Art. 85 Abs. 2 ist hierbei die Zeit bis zum Eintritt des neueren Versorgungsfalls zu berücksichtigen.

(5) Der nach Art. 86 berechnete Ruhensbetrag ist von den nach Anwendung der Art. 83 bis Art. 85 und 87 verbleibenden Versorgungsbezügen abzuziehen.

Art. 91

Nichtberücksichtigung der Versorgungsbezüge

[1]Werden Versorgungsberechtigte im öffentlichen Dienst (Art. 83 Abs. 5) verwendet, so sind ihre Bezüge aus dieser Beschäftigung ohne Rücksicht auf die Versorgungsbezüge zu bemessen. [2]Das Gleiche gilt für eine auf Grund der Beschäftigung zu gewährende Versorgung.

Abschnitt 2

Versorgungsausgleich

Art. 92

Kürzung der Versorgungsbezüge wegen Versorgungsausgleichs

(1) [1]Sind bei der Durchführung eines Versorgungsausgleichs Anwartschaften in einer gesetzlichen Rentenversicherung nach § 1587b Abs. 2 BGB oder §§ 14 und 16 VersAusglG rechtskräftig begründet oder Anwartschaften nach dem Bundesversorgungsteilungsgesetz (BVersTG) oder entsprechendem Landesrecht rechtskräftig übertragen worden, werden die Versorgungsbezüge des oder der Ausgleichsverpflichteten und seiner oder ihrer Hinterbliebenen nach Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften um den nach Abs. 2 oder 3 berechneten Betrag gekürzt. [2]Das einer Vollwaise zu gewährende Waisengeld wird nicht gekürzt, wenn nach dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherungen die Voraussetzungen für die Gewährung einer Waisenrente aus der Versicherung des oder der Ausgleichsberechtigten nicht erfüllt sind.

(2) [1]Der Kürzungsbetrag für das Ruhegehalt berechnet sich aus dem Monatsbetrag der durch die Entscheidung des Familiengerichts begründeten oder übertragenen Anwartschaften. [2]Dieser Monatsbetrag erhöht oder vermindert sich um die Vomhundertsätze der nach dem Ende der Ehezeit bis zum Zeitpunkt des Eintritts oder der Versetzung in den Ruhestand eingetretenen Erhöhungen oder Verminderungen der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind. [3]Vom Zeitpunkt des Eintritts oder der Versetzung in den Ruhestand an, bei einem Ruhestandsbeamten oder einer Ruhestandsbeamtin vom Tag nach dem Ende der Ehezeit an, erhöht oder vermindert sich der Kürzungsbetrag in dem Verhältnis, in dem sich das Ruhegehalt vor Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften durch Anpassung der Versorgungsbezüge erhöht oder vermindert.

(3) Der Kürzungsbetrag für das Witwen- und Waisengeld berechnet sich aus dem Kürzungsbetrag nach Abs. 2 für das Ruhegehalt, das der Beamte oder die Beamtin erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er oder sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre, nach den Anteilssätzen des Witwen- oder Waisengeldes.

(4) Ein Unterhaltsbeitrag nach Art. 105 Abs. 2 wird nicht gekürzt.

(5) In den Fällen des § 5 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich oder der §§ 33, 34 VersAusglG steht die Zahlung des Ruhegehalts des oder der Verpflichteten für den Fall rückwirkender oder erst nachträglich bekannt werdender Rentengewährung an den Ausgleichsberechtigten oder die Ausgleichsberechtigte unter dem Vorbehalt der Rückforderung.

Art. 93

Abwendung der Kürzung der Versorgungsbezüge

(1) [1]Wurde der Versorgungsausgleich nach §§ 14 und 16 VersAusglG durchgeführt, kann die Kürzung der Versorgungsbezüge nach Art. 92 ganz oder teilweise durch Zahlung eines Kapitalbetrags an den Dienstherrn abgewendet werden. [2]Als voller Kapitalbetrag wird der Betrag angesetzt, der auf Grund der Entscheidung des Familiengerichts zur Begründung der Anwartschaft auf die bestimmte Rente zu leisten gewesen wäre, erhöht oder vermindert um die Vomhundertsätze der nach dem Tag, an dem die Entscheidung des Familiengerichts ergangen ist, bis zum Tag der Zahlung des Kapitalbetrags eingetretenen Erhöhungen oder Verminderungen der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind. [3]Vom Zeitpunkt des Eintritts oder der Versetzung in den Ruhestand an, bei einem Ruhestandsbeamten oder einer Ruhestandsbeamtin von dem Tag, an dem die Entscheidung des Familiengerichts ergangen ist, erhöht oder vermindert sich der Kapitalbetrag in dem Verhältnis, in dem sich das Ruhegehalt vor Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften durch Anpassung der Versorgungsbezüge erhöht oder vermindert.

(2) Bei Zahlung eines Teilbetrags vermindert sich die Kürzung der Versorgungsbezüge in dem entsprechenden Verhältnis.

Teil 4

Versorgungslastenteilung bei landesinternen Dienstherrenwechseln

Art. 94

Dienstherrenwechsel

(1) [1]Ein Dienstherrenwechsel liegt vor, wenn eine Person, die in einem in Art. 1 Abs. 1 genannten Rechtsverhältnis steht, bei ihrem Dienstherrn ausscheidet und in ein in Art. 1 Abs. 1 genanntes Rechtsverhältnis eines anderen Dienstherrn tritt. [2]Einbezogen sind kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen sowie dienstordnungsmäßig Angestellte eines Sozialversicherungsträgers. [3]Ausgenommen sind Beamte und Beamtinnen auf Widerruf.

(2) Als Dienstherrenwechsel gilt auch die Übernahme in den Dienst nach Maßgabe der §§ 16 und 17 BeamtStG und der Art. 51 und 52 BayBG, soweit die abgebende Körperschaft bestehen bleibt und nicht etwas anderes geregelt wird.

Art. 95

Versorgungslastenteilung

(1) Eine Versorgungslastenteilung findet bei einem Dienstherrenwechsel statt, wenn der abgebende Dienstherr dem Dienstherrenwechsel zugestimmt hat und zwischen dem Ausscheiden und dem Eintritt keine zeitliche Unterbrechung liegt.

(2) [1]Die Zustimmung muss vor dem Wirksamwerden des Dienstherrenwechsels schriftlich gegenüber dem aufnehmenden Dienstherrn erklärt werden. [2]Sie darf nur aus dienstlichen Gründen verweigert werden. [3]Sie gilt als erteilt, wenn Beamte und Beamtinnen auf Zeit mit Ablauf ihrer Dienst- oder Amtszeit bei einem neuen Dienstherrn eintreten oder wenn eine Wahl Voraussetzung für die Begründung des Beamtenverhältnisses ist.

(3) Eine zeitliche Unterbrechung ist unschädlich, wenn Personen auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung übernommen werden und keine Nachversicherung durchgeführt wurde.

Art. 96

Abfindung

(1) Die Versorgungslastenteilung erfolgt durch Zahlung einer Abfindung.

(2) [1]Die Höhe der Abfindung entspricht dem Produkt aus den Bezügen (Art. 97 Abs. 1), den in vollen Monaten ausgedrückten Dienstzeiten (Art. 97 Abs. 2) und einem Bemessungssatz. [2]Der Bemessungssatz ist vom Lebensalter der wechselnden Person zum Zeitpunkt des Ausscheidens beim abgebenden Dienstherrn abhängig und beträgt

1. bis Vollendung des 30. Lebensjahres 15 v. H.,
2. bis Vollendung des 50. Lebensjahres 20 v. H.,
3. nach Vollendung des 50. Lebensjahres 25 v. H.

(3) Maßgebend sind die Verhältnisse zum Zeitpunkt des Ausscheidens; Nachberechnungen finden nicht statt.

(4) [1]Bei Beamten und Beamtinnen auf Zeit, die nach Ablauf ihrer beim abgebenden Dienstherrn begründeten Dienst- und Amtszeit nicht in den Ruhestand getreten wären, ist eine Abfindung in Höhe der Kosten zu zahlen, die im Fall des Ausscheidens zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels für eine Nachversicherung der bei ihm zurückgelegten Zeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung angefallen wären. [2]Hat der abgebende Dienstherr auf Grund eines früheren Dienstherrenwechsels eine Abfindung nach diesem Gesetz oder nach dem Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag) erhalten, so hat er neben der Abfindung nach Satz 1 diesen Betrag zuzüglich Zinsen in Höhe von 4,5 v. H. pro Jahr ab dem Zeitpunkt des Erhalts der Zahlung an den aufnehmenden Dienstherrn zu bezahlen.

Art. 97

Berechnungsgrundlagen

(1) [1]Bezüge sind die nach Art. 12 und 13 ruhegehaltfähigen Bezüge einschließlich der vom abgebenden Dienstherrn nach Art. 81 bis 86 BayBesG zu leistenden Sonderzahlung. [2]Auf die Erfüllung von Mindestdienst- oder -bezugszeiten kommt es nicht an. [3]Die Bezüge sind als Monatsbetrag anzusetzen.

(2) [1]Dienstzeiten sind die Zeiten, die beim abgebenden Dienstherrn und bei früheren Dienstherren in einem in Art. 1 Abs. 1 und 2 genannten Rechtsverhältnis zurückgelegt wurden, soweit sie ruhegehaltfähig sind. [2]Einzubeziehen sind Zeiten, die bei Dienstherren außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes in einem Beamten-, Richter- oder Soldatenverhältnis zurückgelegt wurden, soweit sie ruhegehaltfähig sind. [3]Ausgenommen sind Zeiten in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf sowie Zeiten, für die eine Nachversicherung durchgeführt wurde. [4]Dem Dienstherrenwechsel unmittelbar vorangehende Abordnungszeiten beim aufnehmenden Dienstherrn sind diesem zuzurechnen, es sei denn, der aufnehmende Dienstherr hat hierfür einen Versorgungszuschlag an den abgebenden Dienstherrn entrichtet.

(3) Abs. 1 und 2 gelten sinngemäß für dienstordnungsmäßig Angestellte eines Sozialversicherungsträgers.

Art. 98

Weitere Zahlungsansprüche

(1) Liegt ein Dienstherrenwechsel ohne die Voraussetzungen des Art. 95 vor und hat der abgebende Dienstherr auf Grund eines früheren Dienstherrenwechsels eine Abfindung nach diesem Gesetz oder nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag erhalten, so hat er diesen Betrag zuzüglich Zinsen in Höhe von 4,5 v. H. pro Jahr ab dem Zeitpunkt des Erhalts der Zahlung an den aufnehmenden Dienstherrn zu bezahlen, wenn nicht bereits eine Nachversicherung durchgeführt wurde.

(2) Hat der aufnehmende Dienstherr auf Grund eines Dienstherrenwechsels eine Abfindung erhalten und scheidet die wechselnde Person beim aufnehmenden Dienstherrn ohne Versorgungsansprüche aus, hat der aufnehmende Dienstherr dem abgebenden Dienstherrn die Kosten einer Nachversicherung zu erstatten oder im Fall eines bestehenden Versorgungsanspruchs gegenüber den abgebenden Dienstherrn die erhaltene Abfindung zuzüglich Zinsen in Höhe von 4,5 v. H. pro Jahr ab dem Zeitpunkt des Erhalts der Zahlung an diesen zurückzuzahlen.

Art. 99

Dokumentationspflichten und Zahlungsmodalitäten

(1) Der zahlungspflichtige Dienstherr hat die Berechnung des Zahlungsbetrags durchzuführen und dem berechtigten Dienstherrn gegenüber nachzuweisen.

(2) [1]Die Abfindung ist innerhalb von sechs Monaten nach Aufnahme beim neuen Dienstherrn zu leisten. [2]In Fällen des Art. 95 Abs. 3 beginnt die Frist nach Mitteilung der Aufnahme durch den neuen Dienstherrn.

(3) Die beteiligten Dienstherren können abweichende Zahlungsregelungen vereinbaren.

(4) Die Abwicklung kann auf andere Stellen übertragen werden.

Teil 5

Überleitungs- und Übergangsvorschriften

Abschnitt 3

Überleitung vorhandener Versorgungsberechtigter

Art. 100

Besondere Bestandskraft

(1) [1]Der Versorgung der am 1. Januar 2011 vorhandenen Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen sind der Ruhegehaltsatz, die ruhegehaltfähige Dienstzeit, die mit dem Anpassungsfaktor belegten ruhegehaltfähigen Bezüge, die prozentuale Verminderung des Ruhegehalts auf Grund vorzeitiger Ruhestandsversetzung und die Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, wie sie sich aus der letzten bestandskräftigen Festsetzung vor dem 1. Januar 2011 unter Berücksichtigung der seither vorgenommenen Anpassungen der Versorgungsbezüge ergeben, zugrunde zu legen. [2]Werden nach diesem Zeitpunkt neue Beweismittel bekannt, die einen dieser Werte betreffen, gelten Art. 48, 49 und 51 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes entsprechend; die Neufestsetzung erfolgt nur in Bezug auf den betroffenen Wert, dabei ist der Ruhegehaltsatz für am 31. Dezember 1991 vorhandene Beamte und Beamtinnen, Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen nach Art. 103 Abs. 5 bis 9 zu ermitteln. [3]Soweit noch keine Festsetzung erfolgt oder die letzte Festsetzung vor dem 1. Januar 2011 noch nicht bestandskräftig ist, ist bis zur Bestandskraft der Festsetzung oder bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Festsetzung das am 31. Dezember 2010 geltende Recht anzuwenden; nach Eintritt der Bestandskraft oder Rechtskraft gilt Satz 1 entsprechend. [4]Art. 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und Art. 26 Abs. 5 bleiben unberührt. [5]Für frühere Beamte und Beamtinnen, die am 1. Januar 2011 einen Unterhaltsbeitrag erhalten, der nicht auf einem Dienstunfall beruht gelten Sätze 1 bis 3 entsprechend für die festgesetzten Unterhaltsbeiträge.

(2) [1]Beruht die Versorgung auf einem Beamtenverhältnis, das vor dem 1. Januar 1966 begründet wurde, ist Art. 85 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der zu berücksichtigende Rentenbetrag um 40 v. H. gemindert und neben den Renten mindestens ein Betrag von 40 v. H. der Versorgungsbezüge belassen wird. [2]Die Ausgleichszulage nach Art. 2 § 2 Abs. 1 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl I S. 1523) darf den sich aus Art. 85 ergebenden Ruhensbetrag nicht übersteigen. [3]Der Ausgleichsbetrag vermindert sich um die Hälfte des Betrags, um den sich die Versorgungsbezüge auf Grund einer allgemeinen

Bezügeanpassung nach Art. 4 erhöhen; er ist auf die Mindestbelassung nach Satz 2 anzurechnen.

(3) [1]Für die am 1. Januar 2011 vorhandenen Hinterbliebenen, die Witwen- oder Waisengeld erhalten, gelten Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und Abs. 2 entsprechend, auch für den für die Höhe des Witwengeldes maßgeblichen Vomhundertsatz. [2]Art. 36 Sätze 2 bis 4, Art. 105 Abs. 2 Satz 2, Art. 40 Abs. 1 Satz 3 und Art. 44 bleiben unberührt. [3]Für die am 1. Januar 2011 vorhandenen Hinterbliebenen, die einen Unterhaltsbeitrag erhalten, der nicht auf einem Dienstunfall beruht, gelten Sätze 1 und 2 entsprechend für die festgesetzten Unterhaltsbeiträge.

(4) [1]Für die am 31. Dezember 2010 vorhandenen Unfallfürsorgeberechtigten steht ein vor dem 1. Januar 2011 erlittener Dienstunfall oder Einsatzunfall im Sinn des Beamtenversorgungsgesetzes in der zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung dem Dienstunfall oder Einsatzunfall im Sinn dieses Gesetzes gleich. [2]Art. 52 Abs. 3 findet keine Anwendung. [3]Auf die am 31. Dezember 1991 vorhandenen Beamten und Beamtinnen, denen auf Grund eines bis zu diesem Zeitpunkt erlittenen Dienstunfalls ein Unfallausgleich gewährt wird, findet § 35 BeamtVG in der am 31. Dezember 1991 geltenden Fassung Anwendung. [4]Für das Unfallruhegehalt gilt Abs. 1 entsprechend, für die Unfall-Hinterbliebenenversorgung Abs. 3; bei Neufestsetzungen ist in den Fällen, in denen § 36 BeamtVG Anwendung gefunden hat, Art. 53 Abs. 3 anzuwenden. [5]Für Unterhaltsbeiträge für frühere Beamte und Beamtinnen, frühere Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen sowie bei Schädigung eines ungeborenen Kindes gelten Art. 55 und 56 mit der Maßgabe, dass in Art. 55 Abs. 2 Satz 1 an die Stelle der Zahl „63,78“ das Wort „sechsundsechzigzweidrittel“, an die Stelle der Zahl „25“ die Zahl „20“ tritt. [6]Ein am 31. Dezember 2010 zustehender Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene nach § 41 BeamtVG oder Hilflosigkeitszuschlag nach § 34 Abs. 2 BeamtVG wird weiterhin gewährt und ist bei Anpassungen der Versorgungsbezüge entsprechend anzupassen; für den Unterhaltsbeitrag nach § 41 BeamtVG gelten Art. 37 und 44, für den Hilflosigkeitszuschlag § 13 der Heilverfahrensverordnung in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung sinngemäß.

Art. 101

Bezügebestandteile

(1) [1]Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen mit ruhegehaltfähigen Bezügen der Besoldungsordnungen A und C sowie der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 werden den betragsmäßig entsprechenden Stufen des Grundgehalts der Anlage 3 BayBesG zugeordnet. [2]Weist die Grundgehaltstabelle den bisherigen Betrag nicht aus, erfolgt die Zuordnung zu der Stufe der Besoldungsgruppe mit dem nächsthöheren Betrag. [3]Die so ermittelte Stufe des Grundgehalts und der zugehörige Betrag treten ab 1. Januar 2011 an die Stelle der nach Art. 100 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 geltenden Werte. [4] Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen mit ruhegehaltfähigen Bezügen der Besoldungsordnungen B und W sowie der Besoldungsgruppen R 3 bis R 8 werden den Grundgehältern der Anlage 3 BayBesG zugeordnet.

(2) [1]Abs. 1 gilt nicht für Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen, deren ruhegehaltfähige Bezüge sich am 31. Dezember 2010 nach der Besoldungsgruppe A 1 oder A 2 bestimmen. [2]Die zu diesem Zeitpunkt geltenden Grundgehaltsbeträge gelten für die Berechnung der Versorgungsbezüge fort und nehmen an allgemeinen Bezügeanpassungen teil.

(3) [1]Mit der Zuordnung nach Abs. 1 entfällt bei Versorgungsempfängern und Versorgungsempfängerinnen mit ruhegehaltfähigen Bezügen der Besoldungsgruppen A 6 bis A 8 die allgemeine Stellenzulage nach Nr. 27 Abs. 1 Buchst. a Doppelbuchst. aa der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.

(4) [1]Die der Berechnung der Versorgungsbezüge am 31. Dezember 2010 zugrunde liegenden Zuschläge nach den §§ 50a und 50b BeamtVG werden zum 1. Januar 2011 als Zuschlag im Sinn des Art. 71, die Zuschläge nach § 50d BeamtVG als Zuschlag im Sinn des Art. 72, die Zuschläge nach § 50e BeamtVG als Zuschläge im Sinn des Art. 73 und der Zuschlag nach § 50c BeamtVG als Zuschlag im Sinn des Art. 74 übergeleitet. [2]Die übergeleiteten Zuschläge nehmen ab diesem Zeitpunkt an der allgemeinen Anpassung der Versorgungsbezüge nach Art. 4 teil. [3]Art. 71 Abs. 5 und 6, Art. 72 Abs. 3 Halbsatz 2, Art. 73 Abs. 2 und Art. 74 Abs. 3 gelten entsprechend.

(5) [1]Durch die Anwendung des Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 3, 5 und 6 auf Leistungen, die vor dem 1. Januar 2011 zugestanden haben, darf der Betrag der Versorgungsbezüge nach Anwendung von Anrechnungs-, Ruhens- und Kürzungsvorschriften nicht unter den Betrag fallen, der vor dem 1. Januar 2011 ohne Berücksichtigung von Kanndienstzeiten im Sinn des Art. 24 Abs. 4 zuletzt zugestanden hat; die Anrechnung sonstiger Renten im Sinn des Art. 85 Abs. 1 bleibt unberührt. [2]Satz 1 findet in den Fällen des Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 keine Anwendung, soweit Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung oder aus einer befreienden Lebensversicherung, zu denen der Arbeitgeber auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat. [3]Der Betrag nach Satz 1 erhöht oder vermindert sich um erstmals nach dem 31. Dezember 2010 zustehende oder nicht mehr zustehende Anteile des Familienzuschlags und nimmt an den allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge gemäß Art. 4 teil.

(6) Zu den ruhegehaltfähigen Bezügen im Sinn des Art. 100 Abs. 1 zählen und nehmen an den allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge nach Art. 4 teil:

1. die Amtszulagen zu den Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
2. die Ausgleichszulage nach § 13 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
3. die Ausgleichszulage nach § 13 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
4. die Überleitungszulage nach Art. 14 § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (Reformgesetz) vom 24. Februar 1997 (BGBl I S. 322),
5. die Zulagen nach § 5 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a und b der Zweiten Verordnung über besoldungsrechtliche Übergangsregelungen nach Herstellung der Einheit Deutschlands (Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung - 2. BesÜV) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
6. die Überleitungszulage nach Art. IX § 11 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (2. BesVNG) vom 23. Mai 1975 (BGBl I S. 1173),

7. der Zuschuss zur Ergänzung des Grundgehalts nach Fußnote 2 zu den Besoldungsgruppen HS 3 kw und HS 4 kw der Anlage 1 BayBesG in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung,
8. die Zulagen nach Nrn. 6 und 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B zum Bundesbesoldungsgesetz in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
9. die Zulage für Gerichtsvollzieher nach § 12 der Verordnung über die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst (Vollstreckungsvergütungsverordnung – VollstrVergV) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
10. die Amtszulage nach Fußnote 7 zu Besoldungsgruppe A 12 der Anlage 7 zum Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 (BayBVAnpG 2007/2008),
11. die Ausgleichszulage nach § 7 Abs. 5 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes (Drittes Bayerisches Besoldungsänderungsgesetz - 3. BayBesÄndG) vom 13. März 1972 (GVBl S. 61),
12. die Zulage nach Art. 10 Abs. 7 des Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Bayerischen Besoldungsrechts (Zweites Bayerisches Besoldungsneuregelungsgesetz - 2. BayBesNG) vom 29. Mai 1970 (GVBl S. 201),
13. die Stellenzulage nach Nr. 15 der Anlage I (AV-BayBesO) BayBesG vom 10. November 1970 (GVBl S. 545),
14. die Zulage nach Art. 5 Abs. 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes (Zweites Bayerisches Besoldungsänderungsgesetz - 2. BayBesÄndG) vom 27. Oktober 1970 (GVBl S. 496),
15. die Zulage nach Nr. 2b der Vorbemerkungen zu Bundesbesoldungsordnung C zum Bundesbesoldungsgesetz in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.

(7) Zu den ruhegehaltfähigen Bezügen im Sinn des Art. 100 Abs. 1 zählen und nehmen nicht an den allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge nach Art. 4 teil:

1. der Anpassungszuschlag nach § 71 BeamtVG in der am 31. Dezember 1983 geltenden Fassung nach Maßgabe des Art. 32 des Gesetzes über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in der Rentenversicherung sowie über die Verlängerung der Investitionshilfeabgabe (Haushaltsbegleitgesetz 1984) vom 22. Dezember 1983 (BGBl I S. 1532) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
2. der Strukturausgleich nach Art. 1 § 6 des Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1991 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1991 - BBVAnpG 91) vom 21. Februar 1992 (BGBl I S. 266) nach Maßgabe des Art. 2 Abs. 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1998 (BBVAnpG 98) vom 6. August 1998 (BGBl I S. 2026),
3. der Anpassungszuschlag nach § 71 BeamtVG in der am 30. Juni 1997 geltenden Fassung nach Maßgabe des Art. 4 Nrn. 12 und 13 des Reformgesetzes,
4. der Zuschlag zum Grundgehalt (Erhöhungszuschlag) nach Art. 5 § 1 Abs. 1 oder Art. 6 Abs. 1 des Siebten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes (7. BesÄndG) vom 15. April 1970 (BGBl I S. 339) nach Maßgabe des Art. 2 Abs. 4 BBVAnpG 98,
5. die Ausgleichzulage nach § 81 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
6. die Überleitungszulage nach Art. IX § 11 2. BesVNG,
7. die Ausgleichszulage nach Art. IX § 13 2. BesVNG,

8. der Zuschuss zur Ergänzung des Grundgehalts nach Fußnote 2 zu den Besoldungsgruppen HS 3 kw und HS 4 kw der Anlage 1 Anhang, Teil 1 BayBesG in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung,
9. die Zulagen nach Nrn. 8, 9, 10, 12, 13a und Stellenzulagen nach Nrn. 23, 25 und 26 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B zum Bundesbesoldungsgesetz in der am 31. August 2006 geltenden Fassung nach Maßgabe des § 81 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung und des Art. 5 Abs. 1 BayBVAnpG 2007/2008,
10. die Zulagen nach Nrn. 8, 9, 10, 12, 13a und Stellenzulagen nach Nrn. 23, 25 und 26 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B zum Bundesbesoldungsgesetz in der am 31. Dezember 1998 geltenden Fassung,
11. das Kolleggeld nach Fußnote 2 zu den Besoldungsgruppen HS 3 kw und HS 4 kw der Anlage 1 Anhang Teil 1 BayBesG in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung.

Art. 102

Versorgung künftiger Hinterbliebener, Versorgungsausgleich

(1) [1]Der Hinterbliebenenversorgung nach am 1. Januar 2011 vorhandenen Ruhestandsbeamten oder Ruhestandsbeamtinnen ist das von den Verstorbenen bezogene jeweilige Ruhegehalt zugrunde zu legen. [2]Für die Hinterbliebenenversorgung aus einer vor dem 1. Januar 2002 geschlossenen Ehe, bei der mindestens ein Ehegatte vor dem 2. Januar 1962 geboren ist, beträgt das Witwengeld (Art. 35) 60 v. H. des Ruhegehalts, das der oder die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er oder sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre; Art. 74 ist in diesen Fällen nicht anzuwenden.

(2) [1]Ist die Entscheidung des Familiengerichts vor dem 1. Januar 2011 wirksam geworden, wird die Kürzung des Ruhegehalts nach Art. 92 bei am 1. Januar 2011 vorhandenen Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen erst dann vorgenommen, wenn aus der Versicherung des berechtigten Ehegatten eine Rente zu gewähren oder eine Zahlung nach § 5 BVersTG oder entsprechendem Landesrecht zu leisten ist. [2]Art. 92 Abs. 5 findet entsprechende Anwendung.

(3) Art. 100 Abs. 3 Satz 1 gilt entsprechend im Fall des Art. 44 Abs. 5 Satz 1, soweit der frühere Anspruch vor dem 1. Januar 2011 entfallen ist.

Abschnitt 4

Übergangsregelung für vorhandene Beamte und Beamtinnen

Art. 103

Besondere Bestimmungen zu den ruhegehaltfähigen Bezügen, zur ruhegehaltfähigen Dienstzeit und zum Ruhegehalt

(1) [1]Die der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde liegenden ruhegehaltfähigen Bezüge werden bis zur ersten Anpassung nach Art. 4 nach dem 31. Dezember 2010 durch

Multiplikation mit dem Anpassungsfaktor 0,96750 vermindert. [2]Dies gilt nicht bei Bezug von Mindestruhegehalt nach Art. 26 Abs. 5, erhöhtem Unfallruhegehalt nach Art. 54 oder von Bezügen entpflichteter Professoren und Professorinnen nach Art. 112 Abs. 1.

(2) [1]Für ein vor dem 1. Januar 1992 geborenes Kind ist die Zeit eines Erziehungsurlaubs bis zu dem Tag ruhegehaltfähig, an dem das Kind sechs Monate alt wird. [2]Dies gilt entsprechend für die Zeit einer Kindererziehung von der Geburt des Kindes bis zu dem Tag, an dem das Kind sechs Monate alt wird, die in eine Freistellung vom Dienst nach Art. 80a oder 86a BayBG in der am 31. Dezember 1991 geltenden Fassung fällt.

(3) Zeiten einer Altersteilzeit nach Art. 91 BayBG, die vor dem 1. Januar 2010 angetreten worden ist, sind zu neun Zehnteln der Arbeitszeit ruhegehaltfähig, die der Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist.

(4) Der Zeitraum der Verwendung eines Beamten oder einer Beamtin zum Zweck der Aufbauhilfe im Beitrittsgebiet wird bis zum 31. Dezember 1995 doppelt als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt, wenn die Verwendung ununterbrochen mindestens ein Jahr gedauert hat.

(5) [1]Hat das Beamtenverhältnis oder ein unmittelbar vorangehendes anderes öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis, aus dem der Beamte oder die Beamtin in den Ruhestand tritt bereits am 31. Dezember 1991 bestanden, tritt an die Stelle des Ruhegehaltssatzes nach Art. 26 Abs. 1 der nach Abs. 6 und 7 berechnete Ruhegehaltssatz, soweit dies für den Beamten oder die Beamtin günstiger ist. [2]Den Berechnungen wird die nach diesem Gesetz ermittelte ruhegehaltfähige Dienstzeit mit der Maßgabe zugrunde gelegt, dass Art. 20 Abs. 2 keine Anwendung findet und die Zurechnungszeit nach Art. 23 Abs. 1 nur in Höhe von einem Drittel bis zum Ende des Monats der Vollendung des 55. Lebensjahres zur ruhegehaltfähigen Dienstzeit hinzugerechnet wird.

(6) [1]Für die vor dem 1. Januar 1992 zurückgelegte ruhegehaltfähige Dienstzeit beträgt der Ruhegehaltssatz bis zu einer zehnjährigen Dienstzeit 35 v. H.; er steigt je weiterem vollem Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit um 2 Prozentpunkte bis zu einer 25jährigen Dienstzeit und um einen Prozentpunkt bis zu einer 35jährigen Dienstzeit. [2]Art. 26 Abs. 1 Sätze 3 bis 5 sind entsprechend anzuwenden.

(7) [1]Der Ruhegehaltssatz nach Abs. 6 erhöht sich um einen Prozentpunkt je vollem Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit die nach dem 31. Dezember 1991 zurückgelegt wurde bis zum Höchstsatz von 71,75 v. H. [2]Beträgt die ruhegehaltfähige Dienstzeit nach Abs. 6 Satz 1 keine zehn Jahre, bleibt die Zeit bis zum vollen zehnten Jahr bei der ruhegehaltfähigen Dienstzeit nach Satz 1 außer Ansatz. [3]Art. 26 Abs. 1 Sätze 3 bis 5 sind entsprechend anzuwenden.

(8) Errechnet sich der maßgebende Ruhegehaltssatz nach den Abs. 5 bis 7, ist entsprechend diesen Vorschriften auch der Ruhegehaltssatz für die Höchstgrenze nach Art. 84 Abs. 2 und Art. 85 Abs. 2 zu berechnen.

(9) [1]Die Voraussetzungen des Abs. 5 sind auch dann erfüllt, wenn dem Beamtenverhältnis, aus dem der Ruhestandseintritt erfolgt, mehrere öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem am 31. Dezember 1991 bestehenden öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis vorangegangen sind. [2]Einem öffentlich-rechtlichen

Dienstverhältnis steht ein Beschäftigungsverhältnis im Sinn des § 5 Abs. 1 Nr. 2 und des § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB VI gleich.

(10) Art. 26 Abs. 2 ist auf am 1. Januar 2001 vorhandene Beamte und Beamtinnen, die bis zum 16. November 1950 geboren sind und am 16. November 2000 schwerbehindert im Sinn des § 2 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind sowie nach Art. 64 Nr. 2 BayBG in den Ruhestand versetzt werden, nicht anzuwenden.

(11) Art. 100 Abs. 2 gilt entsprechend.

(12) [1]Beamte und Beamtinnen des Vollzugsdienstes und Beamte und Beamtinnen des Einsatzdienstes der Feuerwehr, die vor Vollendung der Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 Abs. 1 BayBG wegen Erreichens der für sie geltenden Altersgrenze nach Art. 129, Art. 143 Abs. 2 BayBG in den Ruhestand treten, erhalten einen einmaligen Ausgleich. [2]Der Ausgleich beträgt für

Beamte und Beamtinnen des Geburtsjahrgangs	
bis 1955	4 091 EUR
1956	3 200 EUR
1957	2 400 EUR
1958	1 600 EUR
1959	800 EUR

[3]Der Ausgleich verringert sich jeweils um ein Fünftel für jedes Jahr, um das über die Altersgrenze nach Art. 129, 143 Abs. 2 BayBG hinaus Dienst geleistet wird. [4]Der Ausgleich wird nicht neben einer einmaligen Unfallentschädigung nach Art. 62 sowie im Fall der Bewilligung von Urlaub nach Art. 90 Abs. 1 Nr. 2 BayBG gewährt. [5]Schwebt zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand gegen den Beamten oder die Beamtin ein Verfahren auf Rücknahme der Ernennung oder das nach § 24 Abs. 1 BeamtStG zum Verlust der Beamtenrechte führen könnte oder ist gegen den Beamten oder die Beamtin Disziplinarklage erhoben worden, darf der Ausgleich erst nach dem rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens gewährt werden, wenn kein Verlust der Versorgungsbezüge eingetreten ist. [6]Die disziplinarrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.

Art. 104

Ruhegehalt und Übergangsgeld auf Grund von Übergangsregelungen im Besoldungsrecht

(1) Ruhegehaltfähige Bezüge im Sinn des Art. 12 Abs. 1 sind

1. Zuschüsse zum Grundgehalt von Professoren und Professorinnen der Besoldungsordnung C kw nach Art. 108 Abs. 3 BayBesG, soweit sie für ruhegehaltfähig erklärt wurden,
2. die Überleitungszulage nach Art. 109 Abs. 1 BayBesG, soweit sie ruhegehaltfähige Bezüge im Sinn dieses Gesetzes ersetzt und
3. die Ausgleichszulage nach Art. 109 Abs. 2 BayBesG, soweit sie ruhegehaltfähige Bezüge nach früherem Recht ersetzt.

(2) Art. 22 gilt entsprechend für Hochschuldozenten, Hochschuldozentinnen, Oberassistenten, Oberassistentinnen, Oberingenieure, Oberingenieurinnen sowie wissenschaftliche und künstlerische Assistenten und Assistentinnen (Art. 108 Abs. 1 BayBesG).

(3) Für die in Abs. 2 genannten Personen beträgt das Übergangsgeld abweichend von Art. 67 Abs. 1 Satz 1 für ein Jahr Dienstzeit das Einfache, insgesamt höchstens das Sechsfache der Besoldung des letzten Monats.

Art. 105

Hinterbliebenenversorgung

(1) Für die Hinterbliebenenversorgung aus einer vor dem 1. Januar 2002 geschlossenen Ehe, bei der mindestens ein Ehegatte vor dem 2. Januar 1962 geboren ist, beträgt das Witwengeld (Art. 35) 60 v. H. des Ruhegehalts, das der oder die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er oder sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre; Art. 74 ist in diesen Fällen nicht anzuwenden.

(2) [1]Wenn die Ehe vor dem 1. Juli 1977 geschieden worden ist, ist dem schuldlos oder aus überwiegendem Verschulden des anderen Ehepartners geschiedenen Ehepartner eines verstorbenen Beamten oder Ruhestandsbeamten oder einer verstorbenen Beamtin oder Ruhestandsbeamtin, die oder der im Fall des Fortbestehens der Ehe Witwengeld erhalten hätte, ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Witwengeldes insoweit zu gewähren, als der oder die Verstorbene zu Lebzeiten noch Unterhalt zu leisten hatte. [2]Eine später eingetretene oder eintretende Änderung der Verhältnisse kann berücksichtigt werden. [3]Dies gilt entsprechend für den früheren Ehepartner eines verstorbenen Beamten oder einer verstorbenen Beamtin, der oder die einem schuldlos oder aus überwiegendem Verschulden des anderen Ehepartners geschiedenen Ehepartner gleichgestellt ist und dessen oder deren Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt war.

(3) [1]Einem geschiedenen Ehepartner, der im Fall des Fortbestehens der Ehe Witwengeld erhalten hätte, ist auf Antrag ein Unterhaltsbeitrag insoweit zu gewähren, als der geschiedene Ehepartner im Zeitpunkt des Todes gegen den Versorgungsurheber einen Anspruch auf schuldrechtlichen Versorgungsausgleich nach § 1587f Nr. 2 BGB in der am 31. August 2009 geltenden Fassung wegen einer Anwartschaft oder eines Anspruchs nach § 1587a Abs. 2 Nr. 1 BGB in der am 31. August 2009 geltenden Fassung hatte. [2]Der Unterhaltsbeitrag wird jedoch nur gewährt,

1. solange der geschiedene Ehepartner erwerbsgemindert im Sinn des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch ist oder
2. solange er mindestens ein waisengeldberechtigtes Kind erzieht oder die Sorge für ein waisengeldberechtigtes Kind mit körperlichen oder geistigen Gebrechen hat oder
3. wenn er die Regelaltersgrenze nach §§ 35, 235 SGB VI erreicht hat.

[3]Der nach Satz 1 festgestellte Betrag ist in einem Vomhundertsatz des Witwengeldes festzusetzen; der Unterhaltsbeitrag darf fünf Sechstel des entsprechend Art. 92 gekürzten Witwengeldes nicht übersteigen. [4]Dem geschiedenen Ehepartner werden frühere Ehepartner einer aufgehobenen oder für nichtig erklärten Ehe gleichgestellt. [5]Art. 37, 42 und 43 gelten entsprechend.

(4) Wenn das Scheidungsverfahren bis zum 31. Juli 1989 rechtshängig geworden ist oder die Parteien bis zum 31. Juli 1989 eine Vereinbarung nach § 1587o BGB in der damals geltenden Fassung getroffen haben, ist ein Unterhaltsbeitrag nach Abs. 3 auch insoweit zugewähren, als ein Anspruch auf schuldrechtlichen Versorgungsausgleich besteht, weil

1. die Begründung von Rentenanwartschaften in einer gesetzlichen Rentenversicherung mit Rücksicht auf die Vorschrift des § 1587b Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz BGB nicht möglich war,
2. der ausgleichspflichtige Ehegatte die ihm nach § 1587b Abs. 3 Satz 1 erster Halbsatz BGB auferlegten Zahlungen zur Begründung von Rentenanwartschaften in einer gesetzlichen Rentenversicherung nicht erbracht hat,
3. in den Ausgleich Leistungen der betrieblichen Altersversorgung auf Grund solcher Anwartschaften oder Aussichten einzubeziehen sind, die im Zeitpunkt des Erlasses der Entscheidung noch nicht unverfallbar waren, oder
4. das Familiengericht nach § 1587b Abs. 4 BGB eine Regelung in der Form des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs getroffen hat oder die Ehegatten nach § 1587o BGB den schuldrechtlichen Versorgungsausgleich vereinbart haben.

Art. 106

Übergangsregelung zur Anhebung der Altersgrenzen

(1) Für Beamte und Beamtinnen, die nach Art. 64 Nr. 1 BayBG in den Ruhestand versetzt werden, ist Art. 26 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. An die Stelle der Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1 BayBG tritt bei vor dem 1. Januar 1949 Geborenen das 65. Lebensjahr.
2. An die Stelle der Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1 BayBG treten bei nach dem 31. Dezember 1948 und vor dem 1. Januar 1950 Geborenen folgende Altersgrenzen:

Geburtsdatum bis	Lebensalter	
	Jahr	Monat
31. Januar 1949	65	1
28. Februar 1949	65	2
31. Dezember 1949	65	3

(2) Für Beamte und Beamtinnen, die nach Art. 64 Nr. 2 BayBG in den Ruhestand versetzt werden, ist Art. 26 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. An die Stelle des 65. Lebensjahres tritt bei vor dem 1. Januar 1952 Geborenen die Vollendung des 63. Lebensjahres.
2. An die Stelle des 65. Lebensjahres treten bei nach dem 31. Dezember 1951 und vor dem 1. Januar 1964 Geborenen folgende Altersgrenzen:

Geburtsdatum bis	Lebensalter	
	Jahr	Monat
31. Januar 1952	63	1
28. Februar 1952	63	2
31. März 1952	63	3
30. April 1952	63	4

31. Mai 1952	63	5
31. Dezember 1952	63	6
31. Dezember 1953	63	7
31. Dezember 1954	63	8
31. Dezember 1955	63	9
31. Dezember 1956	63	10
31. Dezember 1957	63	11
31. Dezember 1958	64	
31. Dezember 1959	64	2
31. Dezember 1960	64	4
31. Dezember 1961	64	6
31. Dezember 1962	64	8
31. Dezember 1963	64	10

(3) Für Beamte und Beamtinnen, die vor dem 1. Januar 2024 wegen Dienstunfähigkeit (§ 26 Abs. 1 BeamtStG), die nicht auf einem Dienstunfall beruht, in den Ruhestand versetzt werden, ist Art. 26 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle des 65. Lebensjahres, folgende Altersgrenzen treten:

Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand vor dem	Lebensalter	
	Jahr	Monat
1. Februar 2012	63	1
1. März 2012	63	2
1. April 2012	63	3
1. Mai 2012	63	4
1. Juni 2012	63	5
1. Januar 2013	63	6
1. Januar 2014	63	7
1. Januar 2015	63	8
1. Januar 2016	63	9
1. Januar 2017	63	10
1. Januar 2018	63	11
1. Januar 2019	64	
1. Januar 2020	64	2
1. Januar 2021	64	4
1. Januar 2022	64	6
1. Januar 2023	64	8
1. Januar 2024	64	10

Abschnitt 5

Anpassungen der Versorgung

Art. 107

Besondere Maßgaben

(1) [1]Ab der ersten Anpassung nach Art. 4 nach Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde liegenden ruhegehaltfähigen Bezüge durch Multiplikation mit dem Anpassungsfaktor 0,96208 vermindert. [2]Dies gilt nicht bei Bezug von Mindestruhegehalt nach Art. 26 Abs. 5.

(2) [1]In Versorgungsfällen, die vor der zweiten auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Anpassung nach Art. 4 eingetreten sind, wird der den Versorgungsbezügen zugrunde liegende Ruhegehaltssatz mit dem Inkrafttreten und vor dem Vollzug der zweiten Anpassung nach Art. 4 mit dem Faktor 0,95667 vervielfältigt; Art. 26 Abs. 1 Sätze 3 und 4 sind anzuwenden. [2]Dies gilt auch für den Ruhegehaltssatz nach Art. 103. [3]Der so ermittelte Ruhegehaltsatz tritt für die am 1. Januar 2011 vorhandenen Versorgungsberechtigten an die Stelle des Ruhegehaltsatzes nach Art. 100. [4]Für die übrigen Versorgungsberechtigten gilt er als neu festgesetzt und ist ab dem Tag der zweiten Anpassung nach Art. 4 der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde zu legen.

(3) [1]Wurde der nach Art. 100 maßgebliche Ruhegehaltsatz nach § 36 Abs. 3 BeamtVG in der bis 31. Dezember 2010 geltenden Fassung berechnet, wird in Höhe des Betrags, um den sich die Versorgung vor der Anwendung von Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften durch die Anwendung des Abs. 1 verringert, ein Ausgleichsbetrag zu den Versorgungsbezügen gewährt. [2]Dieser verringert sich bei den auf die zweite Anpassung nach Art. 4 nach dem 31. Dezember 2010 folgenden Anpassungen jeweils um die Hälfte der sich aus diesen Anpassungen ergebenden Erhöhungsgewinne der Versorgungsbezüge vor der Anwendung von Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften. [3]Sätze 1 und 2 gelten auch für Versorgungsempfänger nach § 82 BeamtVG in der am 31. Dezember 1991 geltenden Fassung.

(4) [1]Wurde das Ruhegehalt nach § 37 oder § 91 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG in der bis 31. Dezember 2010 geltenden Fassung oder nach Art. 54 oder 113 Abs. 1 ermittelt, sind Abs. 1 und 2 nicht anzuwenden.

(5) Bis zur zweiten nach dem 1. Januar 2011 folgenden Anpassung nach Art. 4 sind folgende Maßgaben anzuwenden:

1. in Art. 26 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 7 Satz 1, Art. 28 Satz 1, Art. 53 Abs. 3 Satz 3, Art. 83 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, Art. 84 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Art. 103 Abs. 7 Satz 1 tritt an die Stelle der Zahl „71,75“ die Zahl „75“,
2. in Art. 26 Abs. 1 Satz 2 tritt an die Stelle der Zahl „1,79375“ die Zahl „1,875“,
3. in Art. 27 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 2 Satz 2 und Art. 73 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 tritt an die Stelle der Zahl „66,97“ die Zahl „70“,
4. in Art. 27 Abs. 2 Satz 1 tritt an die Stelle der Zahl „0,95667“ die Zahl „1“ ,
5. in Art. 28 Satz 1 tritt an die Stelle der Zahl „1,91333“ die Zahl „2“ ,

6. in Art. 53 Abs. 3 Satz 2 und Art. 55 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 tritt an die Stelle der Zahl „63,78“ das Wort „sechsundsechzigzweidrittel“ und
7. in Art. 86 Abs. 1 Satz 3 tritt an die Stelle der Zahl „2,39167“ die Zahl „2,5“.

Abschnitt 6

Übergangsvorschriften zur Versorgungslastenteilung

Art. 108

Laufende Erstattungen

Zum 1. Januar 2011 laufende Erstattungen werden nach den bisherigen Anteilen fortgeführt.

Art. 109

Versorgungslastenteilung bei vergangenen Dienstherrnwechseln ohne laufende Erstattung

(1) [1]Hat vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Dienstherrnwechsel stattgefunden, der die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Versorgungslastenteilung erfüllte, so tragen die beteiligten Dienstherren die Versorgungsbezüge bei Eintritt des Versorgungsfalls im Verhältnis der Dienstzeiten, die beim abgebenden und beim aufnehmenden Dienstherrn in einem in Art. 1 Abs. 1 und 2 genannten Rechtsverhältnis abgeleistet wurden, soweit diese ruhegehaltfähig sind. [2]Zeiten in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf bleiben unberücksichtigt. [3]Zeiten einer Beurlaubung, für die der beurlaubende Dienstherr die Ruhegehaltfähigkeit anerkannt oder zugesichert hat, stehen den bei ihm abgeleisteten ruhegehaltfähigen Dienstzeiten gleich. [4]Zeiten einer Abordnung zum aufnehmenden Dienstherrn vor dem Dienstherrenwechsel gelten als beim abgebenden Dienstherrn abgeleistete Dienstzeiten.

(2) Wurde dem Beamten oder der Beamtin aus Anlass oder nach der Übernahme von dem aufnehmenden Dienstherrn ein höherwertiges Amt verliehen, bemisst sich der Anteil des abgebenden Dienstherrn als wäre der Beamte oder die Beamtin in dem beim abgebenden Dienstherrn zuletzt bekleideten Amt verblieben.

(3) [1]Wird der Beamte oder die Beamtin in den einstweiligen Ruhestand versetzt, entsteht die Verpflichtung des abgebenden Dienstherrn erst mit der Antragsaltersgrenze des Beamten oder der Beamtin, spätestens jedoch mit Einsetzen der Hinterbliebenenversorgung. [2]Die Zeit im einstweiligen Ruhestand wird, soweit sie ruhegehaltfähig ist, zu Lasten des aufnehmenden Dienstherrn berücksichtigt.

(4) [1]Der abgebende Dienstherr kann anstelle der Erstattung nach Abs. 1 bis 3 eine Abfindung an den erstattungsberechtigten Dienstherrn leisten. [2]Die Abfindung wird nach Art. 96 und Art. 97 mit der Maßgabe des Art. 110 Abs. 2 Nr. 2 berechnet; Art. 110 Abs. 3 und 5 gelten entsprechend.

Art. 110

Versorgungslastenteilung im Fall eines zusätzlichen Dienstherrenwechsels nach Art. 95

(1) Erfolgt in Fällen des Art. 109 nach dem 31. Dezember 2010 ein Dienstherrenwechsel, der die Voraussetzungen des Art. 95 erfüllt, haben neben dem zuletzt abgebenden Dienstherrn auch die früheren, nach bisherigem Recht erstattungspflichtigen Dienstherren eine Abfindung an den aufnehmenden Dienstherrn zu leisten; für die früheren Dienstherren tritt die Abfindung anstelle der Erstattung nach Art. 109 Abs. 1 bis 3.

(2) Die Abfindungen nach Abs. 1 werden nach Art. 96 und Art. 97 mit folgenden Maßgaben berechnet:

1. Abweichend von Art. 97 Abs. 2 sind Zeiten bei früheren zahlungspflichtigen Dienstherren nicht zu berücksichtigen.
2. Für die Berechnung der von den früheren Dienstherren zu leistenden Abfindung sind die Bezüge abweichend von Art. 96 Abs. 3 bis 31. Dezember 2010 entsprechend den linearen Anpassungen zu dynamisieren.
3. Dienstzeiten bei weiteren Dienstherren, die nicht zur Erstattung verpflichtet sind, werden den zahlungspflichtigen Dienstherren und dem berechtigten Dienstherrn anteilig zugerechnet (Quotelung); die Aufteilung erfolgt nach dem Verhältnis der Zeiten, die die wechselnde Person bei den zahlungspflichtigen Dienstherren abgeleistet hat und beim berechtigten Dienstherrn bis zum Erreichen der für die wechselnde Person geltenden gesetzlichen Altersgrenze ableisten würde; abweichend hiervon werden die Zeiten dem nachfolgenden zahlungspflichtigen Dienstherrn zugerechnet, wenn er die wechselnde Person ohne Zustimmung übernommen hat.

(3) Der von den früheren Dienstherren zu leistende Abfindungsbetrag ist vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes mit 4,5 v. H. pro Jahr zu verzinsen.

(4) [1]Für den zuletzt abgebenden Dienstherrn gilt Art. 99 Abs. 2 Satz 1 entsprechend. [2]Die früheren Dienstherren müssen die Abfindung innerhalb von sechs Monaten leisten, nachdem sie vom zahlungsberechtigten Dienstherrn über den letzten Dienstherrenwechsel unterrichtet wurden.

(5) [1]Die beteiligten Dienstherren unterrichten sich gegenseitig über die für die Abfindung maßgeblichen Umstände. [2]Art. 98 Abs. 2 sowie Art. 99 Abs. 1, 3 und 4 gelten entsprechend.

Art. 111

Versorgungslastenteilung im Fall eines zusätzlichen Dienstherrnwechsels nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

[1]Erfolgt in Fällen des Art. 109 nach dem 31. Dezember 2010 ein Dienstherrenwechsel, der unter § 3 des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags fällt, haben die früheren, nach bisherigem Recht erstattungspflichtigen Dienstherren anstelle der Erstattung nach Art. 109 Abs. 1 bis 3 eine Abfindung an den zuletzt abgebenden Dienstherrn zu leisten. [2]Art. 110 Abs. 2, 3, 4 Satz 2 und Abs. 5 gelten entsprechend.

Art. 112

Übernahme der Versorgungslasten in Altfällen

[1]Der Freistaat Bayern trägt die gesetzlichen Versorgungsbezüge für die Beamten und Beamtinnen der früheren staatlichen Polizeiverwaltungen und für ihre Hinterbliebenen aus den vor Ablauf des 8. Mai 1945 eingetretenen Versorgungsfällen auch insoweit, als er nach § 82 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen nicht zahlungspflichtig ist. [2]Er trägt ferner die Versorgung für die unter Kapitel II des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen fallenden früheren Bediensteten des Reichsnährstands, die am 8. Mai 1945 bei Einrichtungen des Reichsnährstands in Bayern beschäftigt waren; das Gleiche gilt für unter Kapitel II des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen fallende Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen des Reichsnährstands, die am 8. Mai 1945 von einer Versorgungskasse des Reichsnährstands in Bayern Versorgungsbezüge erhalten haben.

Abschnitt 7

Sonstige Übergangsvorschriften

Art. 113

Entpflichtete Professoren und Professorinnen; Hochschulleistungsbezüge

(1) [1]Für entpflichtete Professoren und Professorinnen finden Art. 10 sowie Art. 83 bis 93 Anwendung. [2]Ihre Bezüge gelten für diese Zwecke als Ruhegehalt, die Empfänger und Empfängerinnen als Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen. [3]Die Bezüge gelten unter Hinzurechnung des zustehenden, mindestens des zuletzt bis zum 30. September 1978 zugesicherten Vorlesungsgeldes (Kolleggeldpauschale) als Höchstgrenze im Sinn des Art. 83 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 3. [4]Art. 91 gilt nicht für entpflichtete Professoren und Professorinnen, die die Aufgaben der von ihnen bis zur Entpflichtung innegehabten Stelle vertretungsweise wahrnehmen.

(2) [1]Entpflichtete Professoren und Professorinnen gelten als Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen im Sinn des Art. 34 mit der Maßgabe, dass sich die Bemessung des den Hinterbliebenenbezügen zugrunde zu legenden Ruhegehalts sowie des Sterbe-, Witwen- und Waisengeldes nach dem vor dem 1. Januar 1977 geltenden Recht bestimmt.

(3) Die Versorgung der Hinterbliebenen eines emeritierungsberechtigten Professors oder einer emeritierungsberechtigten Professorin bestimmt sich nach allgemeinen Regeln, wenn der Professor oder die Professorin vor der Entpflichtung stirbt.

(4) [1]Vor dem 1. Januar 2011 nach § 33 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes und nach § 6 Abs. 6 Satz 1 der Bayerischen Hochschulleistungsbezügeverordnung abgegebene Erklärungen bleiben unbeachtet des Art. 13 Abs. 5 Satz 3 Halbsatz 1 wirksam. [2]Wurden die

Grenzen des Art. 13 Abs. 5 Satz 1 oder 2 vor dem 1. Januar 2011 überschritten, kann die Erklärung bis 31. Dezember 2012 nachgeholt werden.

Art. 114

Übergangsvorschrift zur Verjährung

Hat die regelmäßige Verjährungsfrist von Ansprüchen auf Versorgungsbezüge, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes entstanden sind, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht begonnen, wird die Frist nach Art. 8 vom 1. Januar 2011 an berechnet; die Verjährung tritt spätestens mit Ablauf der bisherigen Höchstfrist, die ohne Rücksicht auf Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis begonnen hat, ein.

Teil 6

Schlussvorschriften

Art. 115

Gleichstehende Tatbestände

(1) Für die Anwendung der Art. 5 bis 7 und 9, des Teils 2 Abschnitte 5 und 7 und des Teils 3 gelten

1. Unterhaltsbeiträge nach Art. 29 als Ruhegehalt,
2. Unterhaltsbeiträge nach Art. 55 als Ruhegehalt, außer für die Anwendung des Art. 80,
3. Unterhaltsbeiträge nach Art. 42 und 60 als Witwen- oder Waisengeld,
4. Unterhaltsbeiträge nach Art. 38 und 59 als Witwengeld,
5. Unterhaltsbeiträge nach Art. 105 Abs. 2 als Witwengeld, außer für die Anwendung des Art. 92,
6. Unterhaltsbeiträge nach Art. 39 und 56 als Waisengeld,
7. Unterhaltsbeiträge nach Art. 63 als Ruhegehalt, Witwen- oder Waisengeld,
8. die Bezüge der nach § 32 des Deutschen Richtergesetzes oder einer entsprechenden gesetzlichen Vorschrift nicht im Amt befindlicher Richter und Richterinnen und Mitglieder des Bayerischen Obersten Rechnungshofs als Ruhegehalt;

die Empfänger der vorgenannten Bezüge gelten als Ruhestandsbeamte oder Ruhestandsbeamtinnen, Witwer oder Witwen oder Waisen.

(2) Die Vorschriften dieses Gesetzes über Ehen finden auf Lebenspartnerschaften (Lebenspartnerschaften im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes) entsprechende Anwendung, die Vorschriften über Ehegatten auf Lebenspartner (Lebenspartner und Lebenspartnerinnen im Sinn des § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes), die Vorschriften über Witwer und Witwen auf hinterbliebene Lebenspartner, und die Vorschriften über die Eheschließung auf die Begründung einer Lebenspartnerschaft.

Art. 116

Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften

Das Staatsministerium der Finanzen erlässt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

Art. 117

Ersetzung von Bundesrecht

Dieses Gesetz ersetzt im Freistaat Bayern das Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl I S. 322, 847, 2033) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung mit Ausnahme des § 52 Abs. 4 und 5 BeamtVG.

§ 3

2030-1-4-F

Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen (Leistungslaufbahngesetz - LlbG)

Inhaltsübersicht

Teil 1

Allgemeines

Art. 1 Geltungsbereich
Art. 2 Begriffsbestimmungen
Art. 3 Zuständigkeiten und Beteiligungen
Art. 4 Allgemeine laufbahnrechtliche Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis
Art. 5 Leistungslaufbahn und Fachlaufbahnen
Art. 6 Qualifikationserwerb
Art. 7 Vorbildung
Art. 8 Ausbildung
Art. 9 Wechsel innerhalb und zwischen den Fachlaufbahnen
Art. 10 Übernahme von Beamten und Beamtinnen und Wiedereinstellung früherer Beamter und Beamtinnen von Dienstherren innerhalb des Geltungsbereichs des Bayerischen Beamtengesetzes
Art. 11 Sicherung der Mobilität
Art. 12 Zweck, Art und Dauer der Probezeit im Sinn des § 4 Abs. 3 Buchst. a BeamtStG
Art. 13 Probezeit im Sinn des § 4 Abs. 3 Buchst. b BeamtStG in Ämtern mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe
Art. 14 Einstellung
Art. 15 Dienstzeiten
Art. 16 Übertragung höherwertiger Dienstposten
Art. 17 Beförderungen
Art. 18 Sonderregelung für Beförderungen

Art. 19 Dienstposten an obersten Landesbehörden

Art. 20 Modulare Qualifizierung

Art. 21 Schwerbehinderte Menschen

Teil 2

Regelbewerber und Regelbewerberinnen

Abschnitt 1

Gemeinsame Vorschriften

Unterabschnitt 1

Prüfungen

Art. 22 Arten der Prüfungen, Prüfungsgrundsätze, Prüfungsordnungen, besonderes Auswahlverfahren

Art. 23 Zulassung zu den Prüfungen

Art. 24 Bekanntmachung von Prüfungen

Unterabschnitt 2

Vorbereitungsdienst

Art. 25 Grundsätze

Art. 26 Einstellung in den Vorbereitungsdienst

Art. 27 Gestaltung des Vorbereitungsdienstes

Art. 28 Qualifikationsprüfung, Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe

Art. 29 Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf

Abschnitt 2

Öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis

Art. 30 Zulassung

Art. 31 Begründung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses

Art. 32 Dienstpflichten

Art. 33 Beendigung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses

Abschnitt 3

Qualifikationserwerb für fachliche Schwerpunkte mit Vorbereitungsdienst

Art. 34 Einstellung in den Vorbereitungsdienst bei fachlichen Schwerpunkten mit technischer Ausrichtung

Art. 35 Vorbereitungsdienst

Art. 36 Probezeit

Art. 37 Ausbildungsqualifizierung

Abschnitt 4

Sonstiger Qualifikationserwerb für eine Fachlaufbahn

Art. 38 Gestaltungsgrundsätze

Art. 39 Qualifikationsvoraussetzungen

Art. 40 Feststellung des Qualifikationserwerbs

Abschnitt 5

Qualifikation von Bewerbern und Bewerberinnen aus Mitgliedstaaten

Art. 41 Qualifikation auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG

Art. 42 Anwendungsbereich

Art. 43 Anerkennungsvoraussetzungen

Art. 44 Antrag

Art. 45 Bewertung der Qualifikationsnachweise

Art. 46 Entscheidung

Art. 47 Notwendigkeit von Ausgleichsmaßnahmen

Art. 48 Eignungsprüfung

Art. 49 Anpassungslehrgang

Art. 50 Abschluss des Anerkennungsverfahrens

Art. 51 Berufsbezeichnung

Teil 3

Andere Bewerber und Bewerberinnen

Art. 52 Qualifikationsvoraussetzungen

Art. 53 Probezeit

Teil 4

Dienstliche Beurteilung

Art. 54 Arten der dienstlichen Beurteilung
Art. 55 Einschätzung während der Probezeit sowie Probezeitbeurteilung
Art. 56 Periodische Beurteilung
Art. 57 Zwischenbeurteilung
Art. 58 Inhalt der periodischen Beurteilung und Zwischenbeurteilung
Art. 59 Bewertung und Gesamturteil
Art. 60 Zuständigkeit
Art. 61 Eröffnung der dienstlichen Beurteilung
Art. 62 Leistungsfeststellung für die Entscheidungen gemäß Art. 30 und 66 BayBesG
Art. 63 Dienstliche Beurteilung von Richtern und Richterinnen, Staatsanwälten und Staatsanwältinnen
Art. 64 Dienstliche Beurteilung von Lehrkräften
Art. 65 Ausnahmegenehmigungen

Teil 5

Fortbildung

Art. 66 Grundsätze der Fortbildung

Teil 6

Schluss- und Übergangsvorschriften

Art. 67 Ermächtigungen
Art. 68 Ausnahmen
Art. 69 Evaluation
Art. 70 Übergangsregelungen

Anlage 1 (zu Art. 39)
Anlage 2 (zu Art. 49)
Anlage 3 (zu Art. 70 Abs. 6 Satz 1)
Anlage 4 (zu Art. 70 Abs. 6 Satz 1)

Teil 1

Allgemeines

Art. 1

Geltungsbereich

(1) [1]Dieses Gesetz gilt für die Beamten und Beamtinnen des Staates, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, soweit sich aus ihm nichts anderes ergibt. [2]Es gilt für Richter und Richterinnen entsprechend, soweit durch besondere Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für
1. Professoren und Professorinnen, ausgenommen Art. 55,
2. Beamte und Beamtinnen auf Zeit, mit Ausnahme der Beamten und Beamtinnen in Ämtern mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Zeit (Art. 45 des Bayerischen Beamtengesetzes - BayBG),
3. Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen,
4. Beamte und Beamtinnen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

(3) Mit Ausnahme des Teils 5 gilt dieses Gesetz nicht für den Polizeivollzugsdienst, soweit Rechtsverordnungen nach Art. 68 Abs. 2 etwas anderes bestimmen.

Art. 2

Begriffsbestimmungen

(1) Einstellung ist eine Ernennung, durch die ein Beamtenverhältnis begründet wird.

(2) Beförderung ist eine Ernennung, durch die ein anderes Amt mit höherem Endgrundgehalt oder ein anderes Amt mit höherer Amtszulage verliehen wird.

(3) Soweit in diesem Gesetz der Begriff der obersten Dienstbehörde, des Dienstvorgesetzten bzw. Vorgesetzten oder der Begriff des Angehörigen verwendet wird, finden Art. 2 bis 4 und 135 BayBG Anwendung.

Art. 3

Zuständigkeiten und Beteiligungen

(1) [1]Entscheidungen nach diesem Gesetz trifft die oberste Dienstbehörde, wenn nichts anderes geregelt ist. [2]Für den staatlichen Bereich kann sie ihre Zuständigkeit durch Rechtsverordnung auf die für die Ernennung zuständigen Behörden (Art. 18 BayBG) übertragen. [3]Für

den kommunalen Bereich finden Art. 34 der Bezirksordnung, Art. 38 der Landkreisordnung und Art. 43 der Gemeindeordnung Anwendung. [4]Satz 2 gilt nicht in den Fällen des Art. 37 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2, des Art. 60 Abs. 1 Satz 4 und soweit eine Antragstellung beim Landespersonalausschuss erforderlich ist.

(2) Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, findet für die Zuständigkeit zum Erlass von Verwaltungsvorschriften Art. 15 BayBG Anwendung.

(3) Art. 16 und 17 BayBG finden entsprechende Anwendung.

(4) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bzw. das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst regelt durch Verwaltungsvorschrift, welche Bildungsstände den nach diesem Gesetz vorgesehenen Bildungsvoraussetzungen gleichwertig sind.

Art. 4

Allgemeine laufbahnrechtliche Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis

(1) Bewerber und Bewerberinnen können in das Beamtenverhältnis berufen werden, wenn sie die erforderliche Vorbildung besitzen (Regelbewerber und Regelbewerberinnen).

(2) [1]In das Beamtenverhältnis kann auch berufen werden, wer die erforderliche Qualifikation durch Lebens- und Berufserfahrung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes erworben hat (andere Bewerber und Bewerberinnen). [2]Dies gilt nicht für die Wahrnehmung solcher Aufgaben, für die eine bestimmte Vorbildung oder Ausbildung durch besondere Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist oder die ihrer Eigenart nach eine besondere Vorbildung und Ausbildung zwingend erfordern. [3]Die Berufung anderer Bewerber und Bewerberinnen bedarf der Zustimmung des Landespersonalausschusses.

Art. 5

Leistungslaufbahn und Fachlaufbahnen

(1) Der Einstieg in die Leistungslaufbahn erfolgt entsprechend der Vor- und Ausbildung in einer der vier Qualifikationsebenen (Art. 7 und 8).

(2) [1]Innerhalb der Leistungslaufbahn bestehen folgende Fachlaufbahnen:

1. Verwaltung und Finanzen,
2. Bildung und Wissenschaft,
3. Justiz,
4. Polizei und Verfassungsschutz,
5. Gesundheit,
6. Naturwissenschaft und Technik.

[2]Soweit erforderlich, können innerhalb einer Fachlaufbahn fachliche Schwerpunkte gebildet werden. [3]Ein fachlicher Schwerpunkt umfasst alle Ämter, die auf Grund fachverwandter Vor-

und Ausbildung und im Rahmen einer vorgesehenen modularen Qualifizierung erreicht werden können.

Art. 6

Qualifikationserwerb

(1) [1]Regelbewerber und Regelbewerberinnen erwerben die Qualifikation für eine Fachlaufbahn durch
1. Ableisten des Vorbereitungsdienstes und Bestehen der Qualifikationsprüfung,
2. Erwerb der Vorbildung und hauptberufliche Tätigkeit nach den Art. 38 bis 40,
3. Anerkennung eines in einem Mitgliedstaat im Sinn des Art. 42 Abs. 2 erworbenen Qualifikationsnachweises gemäß Art. 41 bis 51,
4. Anerkennung nach Art. 9 Abs. 2 oder 3 oder Art. 11 oder
5. Feststellung der Staatsministerien gemäß Abs. 2.

[2]In der ersten Qualifikationsebene entfällt die Qualifikationsprüfung.

(2) [1]Soweit die Einrichtung von fachlichen Schwerpunkten, die keinen Vorbereitungsdienst und keine Qualifikationsprüfung vorsehen und die auch nicht nach Art. 38 bis 40 geregelt sind, erforderlich ist, können die Staatsministerien die Qualifikation für eine Fachlaufbahn im Einzelfall feststellen. [2]Die Qualifikationsvoraussetzungen müssen den für die betreffende Qualifikationsebene allgemein vorgeschriebenen Voraussetzungen gleichwertig sein.

(3) [1]Andere Bewerber und Bewerberinnen erwerben die Qualifikation durch Lebens- und Berufserfahrung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes. [2]Die Qualifikation ist vor der Einstellung gemäß Art. 52 Abs. 2 festzustellen.

Art. 7

Vorbildung

(1) [1]Für den Einstieg in einer Qualifikationsebene ist, soweit dieses Gesetz keine abweichenden Regelungen trifft, mindestens folgende Vorbildung erforderlich:
1. für die erste Qualifikationsebene der erfolgreiche Hauptschulabschluss,
2. für die zweite Qualifikationsebene der mittlere Schulabschluss oder der qualifizierende Hauptschulabschluss; für einzelne Bereiche können auch Bewerber und Bewerberinnen zugelassen werden, die den Hauptschulabschluss und eine abgeschlossene förderliche Berufsausbildung nachweisen,
3. für die dritte Qualifikationsebene die Fachhochschulreife oder eine andere Hochschulreife,
4. für die vierte Qualifikationsebene die Erste Staatsprüfung, die Erste Juristische Prüfung, ein Diplom- oder Magisterabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation an einer Universität oder Kunsthochschule oder ein Masterabschluss.

[2]In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 1 bis 3 kann auch ein vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkannter Bildungsstand gefordert werden.

(2) [1]Für die Fachlehrer und Fachlehrerinnen sowie die Förderlehrer und Förderlehrerinnen kann in Rechtsverordnungen nach Art. 67 von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 abgewichen werden. [2]Als

Vorbildungsvoraussetzung kann ein Realschulabschluss oder ein vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkannter Bildungsstand ausreichend sein.

Art. 8

Ausbildung

(1) [1]Der Vorbereitungsdienst vermittelt die berufliche Grundbildung sowie die fachlichen Kenntnisse, Methoden und berufspraktischen Fähigkeiten für den Einstieg in einer Qualifikationsebene. [2]Der Vorbereitungsdienst besteht aus einer fachtheoretischen und einer berufspraktischen Ausbildung; auf die fachtheoretische Ausbildung kann in der ersten Qualifikationsebene verzichtet werden. [3]Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil die vorgeschriebene Vorbildung außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes im Inland erworben wurde.

(2) [1]Der Vorbereitungsdienst dauert, soweit dieses Gesetz keine abweichenden Regelungen trifft, bei einem Einstieg in der

1. ersten Qualifikationsebene bis zu einem Jahr,
2. zweiten Qualifikationsebene zwei Jahre, wobei die fachtheoretische Ausbildung in der Regel sechs Monate beträgt,
3. dritten Qualifikationsebene drei Jahre; der Vorbereitungsdienst vermittelt in einem Studiengang einer Fachhochschule oder in einem gleichstehenden Studiengang mit mindestens 18monatiger fachtheoretischer und mindestens 12monatiger berufspraktischer Studienzeit die zur Aufgabenerfüllung notwendigen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse.
4. vierten Qualifikationsebene mindestens zwei Jahre.

[2]Für die Fachlehrer und Fachlehrerinnen sowie die Förderlehrer und Förderlehrerinnen kann in Rechtsverordnungen nach Art. 67 von Satz 1 Nr. 3 abgewichen werden.

(3) [1]Im Rahmen des Vorbereitungsdienstes ist eine Qualifikationsprüfung nach den Grundsätzen des Art. 22 Abs. 3 abzulegen. [2]Satz 1 gilt nicht für den Einstieg in der ersten Qualifikationsebene. [3]Soweit der Vorbereitungsdienst auf eine Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen beschränkt ist, sind Gegenstand der Qualifikationsprüfung deren Ausbildungsinhalte.

Art. 9

Wechsel innerhalb und zwischen den Fachlaufbahnen

(1) [1]Ein Wechsel innerhalb derselben Fachlaufbahn ist zulässig, soweit nicht für den neuen fachlichen Schwerpunkt eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung durch besondere Rechtsvorschrift vorgeschrieben oder nach ihrer Eigenart zwingend erforderlich ist. [2]Der Wechsel bedarf der Zustimmung der zuständigen aufnehmenden obersten Dienstbehörde. [3]Die oberste Dienstbehörde kann die Zustimmung auch vom Nachweis einer erfolgreichen Unterweisung oder erfolgreicher Fortbildungsmaßnahmen abhängig machen.

(2) [1]Ein Wechsel zwischen den Fachlaufbahnen ist zulässig, wenn die Qualifikation für die neue Fachlaufbahn auf Grund der bisherigen Vorbildung, Ausbildung und Tätigkeit durch

Unterweisung, förderliche praktische Tätigkeiten oder zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen erworben werden kann. [2]Ein Wechsel ist ausgeschlossen, wenn für die neue Fachlaufbahn oder den neuen fachlichen Schwerpunkt eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung durch besondere Rechtsvorschrift vorgeschrieben oder nach ihrer Eigenart zwingend erforderlich ist. [3]Über die Anerkennung der Qualifikation entscheidet die aufnehmende oberste Dienstbehörde mit Zustimmung des Landespersonalausschusses. [4]Der Landespersonalausschuss kann über die Art der Unterweisung, über förderliche praktische Tätigkeiten und über die Fortbildungsmaßnahmen besondere Regelungen treffen.

(3) [1]Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen, die nach Art. 48 Abs. 2, Art. 128 Abs. 3 BayBG in Verbindung mit § 26 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2, 3 oder § 29 Abs. 2 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) in die Fachlaufbahn „Verwaltung und Finanzen“ übernommen werden sollen, erwerben die Qualifikation für die neue Fachlaufbahn durch Unterweisung und eine mindestens einjährige Tätigkeit. [2]Über die Anerkennung der Qualifikation entscheidet die aufnehmende oberste Dienstbehörde.

Art. 10

Übernahme von Beamten und Beamtinnen und Wiedereinstellung früherer Beamter und Beamtinnen von Dienstherren innerhalb des Geltungsbereichs des Bayerischen Beamtengesetzes

(1) [1]Bei der Übernahme von Beamten und Beamtinnen von Dienstherren innerhalb des Geltungsbereichs des Bayerischen Beamtengesetzes kann von der vorgeschriebenen Probezeit abgesehen werden, wenn die Beamten und Beamtinnen bereits in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit in derselben Qualifikationsebene berufen worden sind. [2]Die Probezeit gilt als abgeleistet, soweit sie nach dem Erwerb der Qualifikation für dieselbe Fachlaufbahn in derselben Qualifikationsebene zurückgelegt wurde. [3]Von einer erneuten Probezeit kann auch dann abgesehen werden, wenn ein Beamter oder eine Beamtin auf Lebenszeit außerhalb der modularen Qualifizierung (Art. 20) die Voraussetzungen für eine höhere Qualifizierungsebene erworben hat und in diese übernommen wird. [4]Die Übernahme kann von einer höchstens einjährigen Bewährungszeit abhängig gemacht werden; während der Bewährungszeit bleibt die bisherige Rechtsstellung unverändert.

(2) [1]Bei der Übernahme von Beamten und Beamtinnen von Dienstherren innerhalb des Geltungsbereichs des Bayerischen Beamtengesetzes ist die Einstellung in einem höheren Amt als dem besoldungsrechtlich festgelegten Eingangsamt zulässig, wenn die Übernahme in einem der letzten Dienststellung gleichwertigen Amt erfolgt. [2]Erfolgt die Übernahme in einem höheren Amt als dem bisherigen Amt, so sind die Vorschriften über Beförderungen anzuwenden.

(3) Abs. 1 und 2 sind bei der Wiedereinstellung früherer Beamter und Beamtinnen von Dienstherren innerhalb des Geltungsbereichs des Bayerischen Beamtengesetzes entsprechend anzuwenden.

Art. 11

Sicherung der Mobilität

(1) In ein Beamtenverhältnis nach Art. 1 Abs. 1 BayBG kann übernommen werden, wer auf Grund einer Qualifikation entsprechend den Laufbahnvorschriften des Bundes oder eines anderen Landes sowie seines individuellen Berufswegs einen Stand an Wissen und Fertigkeiten aufweist, der der nach bayerischen Vorschriften erforderlichen Qualifikation gleichwertig ist.

(2) [1]Eine auf Grund von Abs. 1 erworbene Qualifikation erkennt die oberste Dienstbehörde an; im nichtstaatlichen Bereich bedarf es der Zustimmung des Landespersonalausschusses. [2]Die oberste Dienstbehörde kann zusätzliche Unterweisungs- oder Fortbildungsmaßnahmen anordnen.

(3) Bei der Übernahme von Beamten und Beamtinnen und der Wiedereinstellung früherer Beamter und Beamtinnen von Dienstherren außerhalb des Geltungsbereichs des Bayerischen Beamtengesetzes ist dieses Gesetz anzuwenden; dies gilt nicht, wenn die Übernahme kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsanspruchs in ihrer bisherigen Rechtsstellung erfolgt.

Art. 12

Zweck, Art und Dauer der Probezeit im Sinn des § 4 Abs. 3 Buchst. a BeamtStG

(1) [1]Die Probezeit im Sinn des § 4 Abs. 3 Buchst. a BeamtStG hat den Zweck unter Anlegung eines strengen Maßstabs festzustellen, ob allen Anforderungen des Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit dauerhaft Genüge getan werden kann. [2]Während der Probezeit soll sich der Beamte oder die Beamtin nach Erwerb der Qualifikation für seine oder ihre Fachlaufbahn für das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit in dieser Fachlaufbahn bewähren. [3]Die Probezeit soll insbesondere unter Berücksichtigung der Arbeitsergebnisse zeigen, ob der Beamte oder die Beamtin nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung in der Lage ist, die Aufgaben der Fachlaufbahn in jeder Hinsicht dauerhaft zu erfüllen. [4]Während der Probezeit soll der Einsatz auf verschiedenen Dienstposten erfolgen, soweit keine dienstlichen Gründe entgegenstehen. [5]Bei der Berechnung der Probezeit ist Art. 15 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(2) [1]Die Art der Probezeit ist nach den Erfordernissen in den einzelnen Fachlaufbahnen und Qualifikationsebenen festzusetzen. [2]Die regelmäßige Probezeit dauert zwei Jahre.

(3) [1]Zeiten von Beurlaubungen unter vollständiger oder teilweiser Fortgewährung der Leistungen des Dienstherrn gelten als Probezeit. [2]Die Probezeit verlängert sich um Zeiten einer Beurlaubung unter Fortfall des Anspruchs auf Leistungen des Dienstherrn. [3]Auf die Probezeit können solche Zeiten angerechnet werden, die nach Art. 15 Abs. 4 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 als Dienstzeit gelten. [4]Bei einer Anrechnung ist Art. 15 Abs. 2 entsprechend anzuwenden. [5]Es ist jedoch eine Probezeit im Umfang von mindestens sechs Monaten abzuleisten. [6]Über die Anrechnung entscheidet die oberste Dienstbehörde. [7]Die oberste Dienstbehörde kann aus-

nahmsweise von der Mindestprobezeit absehen, wenn an der Beurlaubung ein besonderes dienstliches Interesse besteht und der Zweck der Probezeit auch während der in der Beurlaubung ausgeführten Tätigkeit erfüllt werden kann.

(4) [1]Hat sich der Beamte oder die Beamtin bis zum Ablauf der Probezeit noch nicht bewährt oder ist er oder sie noch nicht geeignet, kann die Probezeit bis zu einer Gesamtdauer von fünf Jahren verlängert werden. [2]Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.

(5) Beamte und Beamtinnen, die sich nicht bewährt haben oder nicht geeignet sind, werden entlassen.

Art. 13

Probezeit im Sinn des § 4 Abs. 3 Buchst. b BeamtStG in Ämtern mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe

(1) [1]Für Ämter mit leitender Funktion, die auf Grund von Art. 46 BayBG zunächst im Beamtenverhältnis auf Probe vergeben werden, beträgt die Probezeit zwei Jahre. [2]Eine Verkürzung der Probezeit kann zugelassen werden; die Mindestprobezeit beträgt ein Jahr. [3]Art. 15 Abs. 2 gilt entsprechend. [4]Zeiten, in denen die leitende oder eine vergleichbare Funktion bereits übertragen worden ist, werden auf die Probezeit angerechnet. [5]Über die Verkürzung der Probezeit entscheidet die oberste Dienstbehörde. [6]An Stelle der zuständigen obersten Dienstbehörden entscheiden im Rahmen ihrer Ernennungszuständigkeit über die Verkürzung der Probezeit die Staatsregierung gemäß Art. 18 Abs. 1 BayBG und für die Beamten und Beamtinnen des Landtags das Präsidium des Landtags.

(2) Die Entscheidung über das Ergebnis der Probezeit trifft die oberste Dienstbehörde durch schriftliche Feststellung; Abs. 1 Satz 6 gilt entsprechend.

Art. 14

Einstellung

(1) [1]Die Einstellung ist nur in dem besoldungsrechtlich festgelegten Eingangsamt zulässig, sofern nicht der Landespersonalausschuss auf Antrag der obersten Dienstbehörde eine Ausnahme zulässt. [2]Eine Ausnahme nach Satz 1 ist dann zulässig, wenn der Bewerber oder die Bewerberin für das zu übertragende Amt geeignet erscheint, durch berufliche Tätigkeiten innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes eine den Anforderungen entsprechende Erfahrung erworben hat und an der Gewinnung ein besonderes dienstliches Interesse besteht.

(2) [1]Haben sich die Anforderungen an die fachliche Eignung für die Einstellung in den öffentlichen Dienst in der Zeit erhöht, in der sich die Bewerbung um Einstellung nur infolge der Geburt oder der Betreuung eines Kindes verzögert hat, und ist die Bewerbung innerhalb von drei Jahren nach der Geburt dieses Kindes oder sechs Monate nach Erfüllung der ausbildungsmäßigen Einstellungsvoraussetzungen erfolgt, so ist der Grad der fachlichen Eignung nach den Anforderungen zu prüfen, die zu einem Zeitpunkt bestanden haben, zu dem die Bewerbung ohne die Geburt oder die Betreuung des Kindes hätte erfolgen können. [2]Führt die Prüfung zu dem Ergebnis, dass der Bewerber oder die Bewerberin ohne diese Verzögerung

eingestellt worden wäre, kann er oder sie vor anderen Bewerbern und Bewerberinnen eingestellt werden. [3]Die Zahl der Stellen, die diesen Bewerbern und Bewerberinnen in einem Einstellungstermin vorbehalten werden kann, bestimmt sich nach dem zahlenmäßigen Verhältnis der Bewerber und Bewerberinnen mit Verzögerung zu denjenigen ohne eine solche Verzögerung; Bruchteile von Stellen sind zugunsten der betroffenen Bewerber oder Bewerberinnen aufzurunden. [4]Für die Berechnung des Zeitraums der Verzögerung sind nur die einen Anspruch auf Elternzeit nach § 15 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) begründenden Zeiten sowie die Zeiten nach § 3 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes zu berücksichtigen. [5]Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn sich die Bewerbung um Einstellung nur wegen der tatsächlichen Pflege eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen im Sinn des Art. 3 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 4 BayBG verzögert. [6]Der nach Satz 5 berücksichtigungsfähige Zeitraum beträgt längstens drei Jahre.

Art. 15

Dienstzeiten

(1) [1]Dienstzeiten, die Voraussetzung für eine Beförderung, für die Zulassung zur Ausbildungsqualifizierung oder zur modularen Qualifizierung sind, rechnen von der Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit (allgemeiner Dienstzeitbeginn). [2]Art. 37 Abs. 2 bleibt unberührt.

(2) Zeiten einer Beschäftigung mit einer ermäßigten Arbeitszeit werden bei der Berechnung der Dienstzeit in vollem Umfang berücksichtigt.

(3) [1]Der allgemeine Dienstzeitbeginn wird vorverlegt um

1. Zeiten einer Beschäftigung nach dem Erwerb der Qualifikation für eine Fachlaufbahn, die vor der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe in einem Beamtenverhältnis auf Zeit ausgeübt wurden,
2. Zeiten des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Entwicklungshelferdienstverhältnisses, soweit das Arbeitsplatzschutzgesetz, das Zivildienstgesetz, das Entwicklungshelfer-Gesetz oder das Soldatenversorgungsgesetz die Vornahme eines Nachteilsausgleichs zum Ausgleich beruflicher Verzögerungen, die durch die im jeweiligen Dienstverhältnis verbrachten Zeiten eintreten würden, anordnen; Entsprechendes gilt für das freiwillige soziale oder das freiwillige ökologische Jahr nach dem Jugendfreiwilligendienstegesetz.
3. Zeiten der Inanspruchnahme von Elternzeit während der Probezeit.

[2]Der allgemeine Dienstzeitbeginn soll vorverlegt werden um

1. Zeiten einer förderlichen hauptberuflichen Tätigkeit im öffentlichen Dienst, die nach dem Erwerb der Qualifikation für eine Fachlaufbahn, aber vor der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe abgeleistet wurden,
2. Zeiten der Beurlaubung nach Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 BayBG während der Probezeit, wenn ein Beamter oder eine Beamtin ein Kind, für das ihm oder ihr die Personensorge zusteht und das in seinem oder ihrem Haushalt lebt, sowie ein Kind im Sinn des § 1 Abs. 3 BEEG überwiegend selbst betreut und erzieht,
3. Zeiten, während der ein Beamter oder eine Beamtin während der Schulausbildung, einer für die künftige Beamten- oder Richterlaufbahn vorgeschriebenen Ausbildung (Hochschul-, Fachhochschul-, Fachschul- oder andere berufliche Ausbildung), einer vorge-

schriebenen hauptberuflichen Tätigkeit oder während der in Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 genannten Zeiten ein Kind, für das ihm oder ihr die Personensorge zusteht und das in seinem oder ihrem Haushalt lebt, sowie ein Kind im Sinn des § 1 Abs. 3 BEEG überwiegend selbst betreut und erzogen hat.
[3]Zeiten nach Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 Nrn. 2 und 3 werden im Umfang von 24 Monaten bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes berücksichtigt. [4]Unbeschadet der Sätze 1 und 2 kann die oberste Dienstbehörde den allgemeinen Dienstzeitbeginn ausnahmsweise um weitere Zeiten vorverlegen, wenn ein besonderes dienstliches Interesse besteht.

(4) [1]Als Dienstzeit gelten auch

1. die Zeiten von Beurlaubungen unter vollständiger oder teilweiser Fortgewährung der Leistungen des Dienstherrn,
2. die Zeiten von Beurlaubungen unter Fortfall des Anspruchs auf Leistungen des Dienstherrn bei einer Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, für Aufgaben der Entwicklungshilfe oder an einer deutschen Schule im Ausland oder einer europäischen Schule oder an einer staatlich genehmigten oder anerkannten privaten Schule oder als DAAD-Lektor oder DAAD-Lektorin an einer Universität im Ausland,
3. die Zeiten von Beurlaubungen unter Fortfall des Anspruchs auf Leistungen des Dienstherrn zur Ausübung einer Tätigkeit bei Fraktionen des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags sowie bei Parteien oder Wählervereinigungen und für eine Tätigkeit bei kommunalen Vertretungskörperschaften oder bei kommunalen Spitzenverbänden bis zur Dauer von insgesamt acht Jahren,
4. im Übrigen die Zeiten von Beurlaubungen unter Fortfall des Anspruchs auf Leistungen des Dienstherrn, die überwiegend dienstlichen Interessen oder öffentlichen Belangen dienen, bis zur Dauer von insgesamt sechs Jahren,
5. Zeiten einer Elternzeit oder einer Beurlaubung nach Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 oder Art. 90 Abs. 1 Nr. 1 BayBG, wenn ein Beamter oder eine Beamtin ein Kind, für das ihm oder ihr die Personensorge zusteht und das in seinem oder ihrem Haushalt lebt, sowie ein Kind im Sinn des § 1 Abs. 3 BEEG überwiegend selbst betreut und erzieht; Zeiten werden im Umfang von 24 Monaten bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes, vermindert um Zeiten, um die der allgemeine Dienstzeitbeginn nach Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 oder Satz 2 vorverlegt wurde, berücksichtigt.

[2]Treffen bei einer Person Zeiten von Beurlaubungen nach Satz 1 Nrn. 3 und 4 zusammen, so werden sie insgesamt nur bis zur Dauer der für diejenige Beurlaubung mit der höchsten Anrechnungsgrenze geltenden Obergrenze berücksichtigt. [3]Bei Beurlaubungen nach Satz 1 Nr. 3 kann in besonders gelagerten Fällen die oberste Dienstbehörde weitere Zeiten einer Beurlaubung als Dienstzeit berücksichtigen.

Art. 16

Übertragung höherwertiger Dienstposten

(1) [1]Bei der Übertragung höherwertiger Dienstposten ist ausschließlich nach dem Leistungsgrundsatz zu verfahren. [2]Es muss zu erwarten sein, dass der Beamte oder die Beamtin den Anforderungen des höherwertigen Dienstpostens nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gewachsen ist. [3]Grundlagen für diese Einschätzung können neben der dienstli-

chen Beurteilung auch Personalauswahlgespräche, strukturierte Interviews, Assessment-Center oder andere wissenschaftlich fundierte Auswahlverfahren sein.

(2) [1]Der Übertragung eines höheren Amtes im Weg der Beförderung oder der Ausbildungsqualifizierung muss eine Bewährung in den Dienstgeschäften dieses Amtes vorangegangen sein. [2]Die Erprobungszeit (Art. 17 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4) beträgt mindestens drei Monate und soll sechs Monate nicht überschreiten; vor der Übertragung eines Amtes im Weg der Ausbildungsqualifizierung kann sie im Ausnahmefall bis zu einem Jahr betragen. [3]Die Erprobungszeit entfällt, soweit sich der Beamte oder die Beamtin auf einem gleichwertigen Dienstposten bereits bewährt hat. [4]Sätze 1 bis 3 finden keine Anwendung in den Fällen der Art. 45 und 46 BayBG. [5]Bewährt sich der Beamte oder die Beamtin nicht, so sind ihm oder ihr Dienstgeschäfte des bisherigen Amtes zu übertragen.

Art. 17

Beförderungen

(1) [1]Ämter, die regelmäßig zu durchlaufen sind, dürfen nicht übersprungen werden. [2]Die oberste Dienstbehörde bestimmt mit Zustimmung des Landspersonalausschusses, ob ein in einer Besoldungsordnung aufgeführtes Amt nicht regelmäßig zu durchlaufen ist. [3]Eine Beförderung darf nicht erfolgen

1. während der Probezeit,
2. vor Ablauf eines Jahres nach der letzten Beförderung,
3. vor Ablauf einer Dienstzeit von drei Jahren, bei einem Einstieg in der ersten oder zweiten Qualifikationsebene bis zu einem Amt der Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage von zwei Jahren nach der letzten Beförderung oder nach Dienstzeitbeginn bei Einstellung in einem Beförderungsamt, es sei denn, dass das bisherige Amt nicht durchlaufen zu werden brauchte; dies gilt nicht, wenn ein einer höheren Besoldungsgruppe angehörendes Eingangsamt oberhalb derselben Qualifikationsebene oder ein Eingangsamt der nächsthöheren Qualifikationsebene nach Erwerb der Qualifikation gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 2 oder Nr. 5 übertragen wird.
4. vor Ablauf einer Erprobungszeit von drei Monaten auf einem höherbewerteten Dienstposten.

(2) [1]Ausnahmen von Abs. 1 Satz 3 Nrn. 1 und 3 sind zulässig zum Ausgleich beruflicher Verzögerungen, die durch die Geburt oder die tatsächliche Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren eintreten würden. [2]Verzögerungen werden jedoch nur insoweit ausgeglichen, als dies nicht bereits gemäß Art. 15 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 oder Satz 2 Nr. 2 oder 3 oder Abs. 4 Satz 1 Nr. 5 erfolgt ist. [3]Es werden nur Zeiten im Umfang von 24 Monaten bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes berücksichtigt.

(3) [1]Ausnahmen von Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 sind zulässig, soweit das Arbeitsplatzschutzgesetz, das Zivildienstgesetz, das Entwicklungshelfer-Gesetz oder das Soldatenversorgungsgesetz die Vornahme eines Nachteilsausgleichs zum Ausgleich beruflicher Verzögerungen, die durch die im jeweiligen Dienstverhältnis verbrachten Zeiten eintreten würden, anordnen; Art. 15 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Halbsatz 2 gilt entsprechend. [2]Eine Ausnahme ist nur insoweit zulässig, als nicht bereits gemäß Art. 15 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ein Ausgleich erfolgt ist.

(4) Der Landespersonalausschuss kann auf Antrag der obersten Dienstbehörde sonstige Ausnahmen von Abs. 1 Sätzen 1 und 3 zulassen.

(5) [1]Ausnahmen von Abs. 1 Satz 1 können nur zugelassen werden, wenn zwingende Belange der Verwaltung es erfordern. [2]Ausnahmen von Abs. 1 Satz 3 Nrn. 1 und 3 können, unbeschadet der Abs. 2 und 3, ferner nur unter den Voraussetzungen des Satzes 1 sowie dann zugelassen werden, wenn sich eine Ernennung aus Gründen, die nicht in der Person des Beamten oder der Beamtin liegen, erheblich verzögert hat. [3]Ausnahmen bewilligt der Landespersonalausschuss auf Antrag der obersten Dienstbehörde. [4]An dessen Stelle bewilligen Ausnahmen von Abs. 1 Satz 3 Nr. 3, soweit eine Dienstzeit von einem Jahr nicht unterschritten wird, jeweils im Rahmen ihrer Ernennungszuständigkeit die Staatsregierung gemäß Art. 18 Abs. 1 BayBG oder der Ministerpräsident gemäß Art. 5 Abs. 1 und 2 des Rechnungshofgesetzes und für die Beamten und Beamtinnen des Landtags bei Ernennungen in Ämter der Besoldungsgruppe A 16 und höher das Präsidium des Landtags.

(6) Die Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 7, A 10 oder A 14 setzt den Erwerb der Qualifikation für die entsprechende Qualifikationsebene nach Art. 7 und 8 oder erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der modularen Qualifizierung nach Art. 20 voraus.

Art. 18

Sonderregelung für Beförderungen

(1) Ein Amt der Besoldungsgruppe A 13 darf bei einem Einstieg in der dritten Qualifikationsebene mit Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 9 frühestens nach einer Dienstzeit (Art. 15) von acht Jahren übertragen werden.

(2) [1]Bei einem Einstieg in der vierten Qualifikationsebene darf ein Amt der Besoldungsgruppe A 15 frühestens nach einer Dienstzeit (Art. 15) von vier Jahren übertragen werden. [2]Ein höheres Amt der Besoldungsordnung A als ein Amt der Besoldungsgruppe 15 darf frühestens nach einer Dienstzeit (Art. 15) von sieben Jahren übertragen werden.

(3) [1]Einem Richter oder einer Richterin oder einem Staatsanwalt oder einer Staatsanwältin, der oder die ein Amt der Besoldungsgruppe R 1 innehat, darf ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 frühestens nach einer Dienstzeit (Art. 15) von einem Jahr, ein Amt der Besoldungsgruppe A 15 frühestens nach einer Dienstzeit (Art. 15) von vier Jahren übertragen werden. [2]Einem Richter oder einer Richterin oder einem Staatsanwalt oder einer Staatsanwältin, der oder die ein Amt der Besoldungsgruppe R 2 innehat, darf ein Amt der Besoldungsgruppe A 15 übertragen werden, ein Amt der Besoldungsgruppe A 16 und höher jedoch frühestens nach einer Dienstzeit (Art. 15) von sieben Jahren. [3]Art. 17 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 findet insoweit keine Anwendung.

(4) [1]Ein Amt der Besoldungsgruppe R 2 darf einem Richter oder einer Richterin, einem Staatsanwalt oder eine Staatsanwältin sowie einem Beamten oder einer Beamtin, der oder die ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 oder höher innehat, frühestens nach einer Dienstzeit (Art. 15) von vier Jahren übertragen werden. [2]Ein höheres Amt der Besoldungsordnung R als ein Amt der Besoldungsgruppe 2 darf einem Richter oder einer Richterin oder einem Staats-

anwalt oder einer Staatsanwältin, der oder die ein Amt der Besoldungsgruppe R 2 innehat, oder einem Beamten oder einer Beamtin, der oder die ein Amt der Besoldungsgruppe A 16 innehat, frühestens nach einer Dienstzeit (Art. 15) von sieben Jahren verliehen werden. [3]Art. 17 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 findet insoweit keine Anwendung.

(5) [1]Vorbehaltlich der Sätze 2 und 3 kann der Landespersonalausschuss auf Antrag der obersten Dienstbehörde Ausnahmen von Abs. 1 bis 4 zulassen. [2]Im Rahmen ihrer Ernennungszuständigkeit (Art. 18 BayBG) bewilligt die Staatsregierung Ausnahmen. [3]Gleiches gilt für das Präsidium des Landtags, wenn es sich um Ernennungen in Ämter der Besoldungsgruppe A 16 und höher handelt.

Art. 19

Dienstposten an obersten Landesbehörden

(1) [1]Dienstposten an obersten Landesbehörden sollen auf Dauer nur an Beamte und Beamtinnen oder Richter und Richterinnen übertragen werden, die sich bereits auf verschiedenen Dienstposten bewährt haben. [2]Art. 16 ist anzuwenden.

(2) [1]Bei einer obersten Landesbehörde darf ein Amt der Besoldungsgruppe A 16 und höher nur an Beamte und Beamtinnen oder Richter und Richterinnen verliehen werden, die nach ihrer Ernennung zum Beamten oder zur Beamtin oder zum Richter oder zur Richterin auf Probe

1. mindestens zwei Jahre bei einer anderen Behörde als einer obersten Landes- oder Bundesbehörde oder einem Gericht eines Landes und
2. mindestens ein Jahr bei einer obersten Landes- oder Bundesbehörde

tätig gewesen sind. [2]Zeiten einer hauptberuflichen Tätigkeit im öffentlichen Dienst, die vor der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe oder in das Richterverhältnis auf Probe, aber nach Bestehen der Qualifikationsprüfung oder dem sonstigen Qualifikationserwerb bei einer anderen Behörde als einer obersten Landes- oder Bundesbehörde abgeleistet wurden, können auf die Dienstzeit nach Satz 1 Nr. 1 angerechnet werden. [3]Satz 1 Nr. 2 ist auf die Mitglieder des Obersten Rechnungshofs und auf Beamte und Beamtinnen, denen bereits ein Amt der Besoldungsgruppe A 16 und höher an einer anderen Behörde als einer obersten Landes- oder Bundesbehörde verliehen ist, nicht anzuwenden.

(3) [1]Der Oberste Rechnungshof kann für seine Beamten und Beamtinnen Ausnahmen von Abs. 2 Satz 1 zulassen. [2]Für die Beamten und Beamtinnen des Landtags bewilligt die Ausnahmen das Präsidium des Landtags. [3]Im Übrigen bewilligt die Ausnahmen die Staatsregierung.

Art. 20

Modulare Qualifizierung

(1) Die modulare Qualifizierung vermittelt unter Berücksichtigung der Vor- und Ausbildung sowie der vorhandenen förderlichen Berufserfahrung eine entsprechende Qualifikation für die Ämter ab der nächsthöheren Qualifikationsebene.

(2) [1]Die Maßnahmen der modularen Qualifizierung haben auf der typischerweise vorhandenen förderlichen Berufserfahrung aufzusetzen, die in der Fachlaufbahn oder im fachlichen Schwerpunkt ab der jeweiligen Qualifikationsebene erworben worden ist. [2]Sie bereiten zeitlich und inhaltlich gezielt auf die steigenden Anforderungen ab der nächsthöheren Qualifikationsebene vor. [3]Sie sollen sich über mehrere Ämter erstrecken und können über die Ämter der nächsthöheren Qualifikationsebene hinausreichen. [4]Ein angemessener Teil der Maßnahmen der modularen Qualifizierung hat aus überfachlichen Inhalten zu bestehen. [5]Die einzelnen Maßnahmen der modularen Qualifizierung schließen mit Prüfungen und anderen Erfolgsnachweisen ab; wenn besondere fachliche Erfordernisse dies verlangen, können mehrere Maßnahmen durch eine Prüfung abgeschlossen werden. [6]Im angemessenen Umfang kann die teilweise Anrechnung von Fortbildungen (Art. 66) als Maßnahmen der modularen Qualifizierung vorgesehen werden.

(3) [1]Der Landespersonalausschuss genehmigt die einzelnen Systeme der modularen Qualifizierung. [2]Die Genehmigung setzt voraus, dass die einzelnen Systeme der modularen Qualifizierung die Beamten und Beamtinnen auf die Anforderungen der nächsthöheren Qualifikationsebene hinreichend vorbereiten und inhaltlich und zeitlich miteinander vergleichbar sind.

(4) Beamte und Beamtinnen können zur modularen Qualifizierung zugelassen werden, wenn sie
1. sich in einer Dienstzeit (Art. 15) von mindestens zehn Jahren bewährt haben und
2. in der letzten periodischen Beurteilung, die nicht länger als vier Jahre zurückliegen darf, eine positive Feststellung gemäß Art. 58 Abs. 5 Buchst. b erhalten haben.

(5) [1]Die oberste Dienstbehörde stellt den erfolgreichen Abschluss der modularen Qualifizierung fest. [2]Wird ein System der modularen Qualifizierung gemäß Abs. 2 Satz 3 Alternative 2 gestaltet, sind Teilfeststellungen des erreichten Standes vorzunehmen.

Art. 21

Schwerbehinderte Menschen

(1) [1]Von schwerbehinderten Menschen darf bei der Einstellung nur das Mindestmaß körperlicher Eignung für die vorgesehene Tätigkeit verlangt werden. [2]Entsprechendes gilt bei der Übertragung von Dienstposten und bei Beförderungen, soweit es die Anforderungen des Dienstpostens zulassen. [3]Schwerbehinderte Menschen haben bei der Einstellung Vorrang vor gesetzlich nicht bevorrechtigten Personen bei im Wesentlichen gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung. [4]Dies gilt auch bei internen Stellenbesetzungen.

(2) Bei der Beurteilung der Leistung schwerbehinderter Beamter und Beamtinnen ist eine eventuelle Minderung der Arbeits- und Verwendungsfähigkeit durch ihre Behinderung zu berücksichtigen.

(3) Abs. 1 Satz 1 gilt entsprechend bei einem Wechsel von Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen, die polizeidienstunfähig sind (Art. 128 Abs. 2 BayBG), in eine andere Fachlaufbahn oder in einen anderen fachlichen Schwerpunkt.

Teil 2

Regelbewerber und Regelbewerberinnen

Abschnitt 1

Gemeinsame Vorschriften

Unterabschnitt 1

Prüfungen

Art. 22

Arten der Prüfungen, Prüfungsgrundsätze, Prüfungsordnungen, besonderes Auswahlverfahren

(1) Die Prüfungen sind Einstellungs-, Zwischen- und Qualifikationsprüfungen.

(2) [1]Regelbewerber und Regelbewerberinnen haben, mit Ausnahme für den Einstieg in der ersten Qualifikationsebene, eine Einstellungsprüfung abzulegen. [2]Bei einem Einstieg in der zweiten und dritten Qualifikationsebene (Art. 7 Abs. 1) kann an die Stelle der Einstellungsprüfung ein besonderes Auswahlverfahren (Abs. 7) treten, das eine angemessene Berücksichtigung schulischer Leistungen vorsieht. [3]Für einzelne gebildete fachliche Schwerpunkte kann durch Rechtsverordnung nach Art. 67 von einer Einstellungsprüfung und von einem besonderen Auswahlverfahren abgesehen werden.

(3) [1]Die Prüfungen und die besondere Auswahlverfahren dienen der Auswahl und haben Wettbewerbscharakter. [2]Sie müssen so angelegt sein, dass sie die Eignung der Prüflinge für die angestrebte Fachlaufbahn und Qualifikationsebene ermitteln.

(4) [1]Die Ersten Staatsprüfungen, die Erste Juristische Prüfung, die Hochschulprüfungen und die Ersten Lehramtsprüfungen gelten als Einstellungsprüfungen, soweit durch Rechtsverordnung nach Art. 67 für einen Vorbereitungsdienst, der keine allgemeine Ausbildungsstätte nach Art. 12 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes ist, nichts anderes bestimmt ist. [2]Der Landespersonalausschuss kann auch andere Prüfungen als Einstellungsprüfungen oder als Ersatz für ein Auswahlverfahren anerkennen.

(5) [1]Die Einstellungsprüfungen und die besonderen Auswahlverfahren werden im Auftrag des Landespersonalausschusses von der Geschäftsstelle des Landespersonalausschusses oder von der Stelle durchgeführt, der der Landespersonalausschuss die Durchführung der Prüfung überträgt. [2]Eine Zusammenfassung verschiedener fachlicher Schwerpunkte innerhalb einer Fachlaufbahn oder von einzelnen Fachlaufbahnen ist möglich.[3]Die Dienstherren haben ihren voraussichtlichen Bedarf an Bewerbern und Bewerberinnen unter Angabe der Einstellungsvoraussetzungen öffentlich bekanntzugeben. [4]Die Einstellungsprüfungen und die besonderen Auswahlverfahren sind rechtzeitig vor ihrem Beginn öffentlich auszuschreiben. [5]Das Nähere regeln Rechtsverordnungen gemäß Abs. 6 und 7.

(6) [1]Die Grundsätze des Prüfungsverfahrens regelt eine von der Staatsregierung im Benehmen mit dem Landespersonalausschuss zu erlassende allgemeine Prüfungsordnung; die weiteren Prüfungsbestimmungen erlassen die Staatsministerien im Benehmen mit dem Landespersonalausschuss.

(7) [1]Das besondere Auswahlverfahren regelt die Staatsregierung im Benehmen mit dem Landespersonalausschuss durch Rechtsverordnung. [2]Darin ist eine schriftliche Prüfung vorzusehen und zu regeln, in welcher Weise die in bestimmten Fächern erzielten schulischen Leistungen berücksichtigt werden. [3]Wenn vergleichbare Leistungen nicht in ausreichendem Maß vorliegen, können zusätzliche Prüfungsleistungen gefordert werden. [4]Soweit es die besonderen Verhältnisse erfordern, können die Staatsministerien im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und dem Landespersonalausschuss durch Rechtsverordnung ergänzende oder abweichende Regelungen treffen.

Art. 23

Zulassung zu den Prüfungen

Zu den Prüfungen sind alle Personen zuzulassen, die die hierfür festgelegten Voraussetzungen erfüllen und nach den geltenden Rechtsvorschriften zum Beamten oder zur Beamtin in der Fachlaufbahn, für die die Prüfung abgehalten werden soll, ernannt werden können.

Art. 24

Bekanntmachung von Prüfungen

(1) Die Prüfungen sind rechtzeitig bekannt zu machen.

(2) Das Nähere regeln die Prüfungsbestimmungen.

Unterabschnitt 2

Vorbereitungsdienst

Art. 25

Grundsätze

Auf die Einstellung besteht kein Rechtsanspruch, soweit der Vorbereitungsdienst keine allgemeine Ausbildungsstätte nach Art. 12 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes ist.

Art. 26

Einstellung in den Vorbereitungsdienst

(1) [1]Die Auswahl wird nach dem Bedarf und nach dem Gesamtergebnis, das in der Einstellungsprüfung oder in einem besonderen Auswahlverfahren erzielt wurde, vorgenommen,

soweit der Vorbereitungsdienst nicht allgemeine Ausbildungsstätte nach Art. 12 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes ist. [2]Die Einstellung in den Vorbereitungsdienst erfolgt als Beamter oder als Beamtin auf Widerruf.

(2) Während des Vorbereitungsdienstes führt der Beamte auf Widerruf die Dienstbezeichnung „Anwärter“ und die Beamtin auf Widerruf die Dienstbezeichnung „Anwärterin“; soweit das Eingangsamt der Fachlaufbahn oder des fachlichen Schwerpunkts der Besoldungsgruppe A 13 angehört, lautet die Dienstbezeichnung „Referendar“ oder „Referendarin“, je mit einem die Fachlaufbahn oder den fachlichen Schwerpunkt bezeichnenden Zusatz.

Art. 27

Gestaltung des Vorbereitungsdienstes

(1) Rechtsverordnungen nach Art. 67 regeln unter Beachtung der für die Fachlaufbahnen und soweit gebildet die jeweiligen fachlichen Schwerpunkte und Qualifikationsebenen vorgeschriebenen Voraussetzungen den Vorbereitungsdienst.

(2) Die oberste Dienstbehörde kann den Vorbereitungsdienst um höchstens drei Monate auf Antrag kürzen, wenn besondere dienstliche Gründe vorliegen und zu erwarten ist, dass die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen wird.

(3) [1]Auf den Vorbereitungsdienst können auf Antrag angerechnet werden

1. ein früherer Vorbereitungsdienst für dieselbe Fachlaufbahn oder denselben fachlichen Schwerpunkt in derselben Qualifikationsebene, der jedoch nicht länger als fünf Jahre zurückliegen darf,
2. Zeiten einer praktischen Tätigkeit, die dem Ziel des Vorbereitungsdienstes dienen, sowie Zeiten einer gastweisen Teilnahme am Vorbereitungsdienst (Hospitation),
3. Zeiten eines förderlichen Studiums an einer Hochschule.

[2]In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 2 und 3 ist durch Rechtsverordnung nach Art. 67 festzulegen, in welchem Umfang die Anrechnung vorgenommen werden kann.

(4) [1]Bei unzureichendem Stand der Ausbildung kann der Vorbereitungsdienst durch die für die Ernennung zuständige Behörde (Art. 18 BayBG) verlängert werden. [2]Der Vorbereitungsdienst gilt als entsprechend verlängert, wenn die Qualifikationsprüfung erst nach Ablauf des vorgeschriebenen Vorbereitungsdienstes beendet wird.

(5) Auf Antrag kann die für die Ernennung zuständige Behörde (Art. 18 BayBG) Beamte und Beamtinnen bei erstmaligem Nichtbestehen der Qualifikationsprüfung zu einem ergänzenden Vorbereitungsdienst zulassen, wenn die bisherigen Leistungen erwarten lassen, dass die Beamten und Beamtinnen die Wiederholungsprüfung bestehen werden.

(6) [1]In Rechtsverordnungen nach Art. 67 kann vorgesehen werden, dass Beamte und Beamtinnen, deren Leistungen im Vorbereitungsdienst nicht den für die jeweilige Qualifikationsebene zu stellenden Anforderungen entsprechen, unter näher zu bestimmenden Voraussetzungen in den Vorbereitungsdienst für die nächstniedrigere Qualifikationsebene übernommen werden können. [2]Die Entscheidung hierüber obliegt der obersten Dienstbehörde. [3]Das Gleiche

gilt in den Fällen, in denen die Qualifikationsprüfung endgültig nicht bestanden oder auf die Wiederholungsprüfung verzichtet wurde.

Art. 28

Qualifikationsprüfung, Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe

(1) [1]Die Qualifikationsprüfung (Art. 8 Abs. 3) kann modular aufgebaut sein oder am Ende des Vorbereitungsdienstes stehen. [2]Am Ende des Vorbereitungsdienstes müssen Prüfungsteile abgelegt werden, die geeignet sind festzustellen, ob die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten für die Fachlaufbahn oder den fachlichen Schwerpunkt gegeben sind. [3]Die Qualifikationsprüfungen, die zum Einstieg in die vierte Qualifikationsebene berechtigen, sind die Zweiten oder Großen Staatsprüfungen.

(2) [1]Wer die vorgeschriebene Qualifikationsprüfung bestanden hat, kann bei Vorliegen der sonstigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen in das Beamtenverhältnis auf Probe gemäß § 4 Abs. 3 Buchst. a BeamtStG berufen werden. [2]Das Bestehen der Qualifikationsprüfung begründet keinen Anspruch auf Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Probe. [3]Ist der Vorbereitungsdienst keine allgemeine Ausbildungsstätte nach Art. 12 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes, so sollen die Personen, deren Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe beabsichtigt ist, spätestens mit der Aushändigung des Prüfungszeugnisses ernannt werden.

Art. 29

Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf

(1) [1]Das Beamtenverhältnis auf Widerruf endet außer in den in § 22 Abs. 4 und § 23 Abs. 4 BeamtStG geregelten Fällen

1. nach näherer Regelung durch Rechtsverordnung nach Art. 67, wenn die Qualifikationsprüfung nicht binnen einer angemessenen Frist abgelegt worden ist,
2. mit dem endgültigen Nichtbestehen einer vorgeschriebenen Zwischen- oder Modulprüfung.

[2]In Rechtsverordnungen nach Art. 67 kann vorgesehen werden, dass das Beamtenverhältnis auf Widerruf trotz Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 1 oder § 22 Abs. 4 BeamtStG fortgesetzt wird. [3]Im Übrigen werden Beamte und Beamtinnen, die die Ziele des Vorbereitungsdienstes nicht erreichen, entlassen.

(2) [1]Prüfungen sind, soweit die Prüfungsordnung keinen früheren Zeitpunkt bestimmt, mit der Aushändigung (Zustellung) des Prüfungszeugnisses oder der schriftlichen Mitteilung über das Nichtbestehen der Prüfung abgelegt. [2]Beamte und Beamtinnen, die die Qualifikationsprüfung erstmals nicht bestanden haben, sollen auf ihren Antrag mit der Mitteilung des Prüfungsergebnisses erneut in das Beamtenverhältnis auf Widerruf berufen werden, wenn die Voraussetzungen des Art. 27 Abs. 5 vorliegen.

Abschnitt 2
Öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis

Art. 30
Zulassung

(1) Bewerber und Bewerberinnen für die erste oder zweite Qualifikationsebene können vor dem Vorbereitungsdienst in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigt werden.

(2) [1]In das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis als Dienstanfänger oder Dienstanfängerin kann nur aufgenommen werden, wer die für die entsprechende Qualifikationsebene des angestrebten fachlichen Schwerpunkts erforderliche Vorbildung nachweist und die jeweilige vorgeschriebene Einstellungsprüfung bestanden oder an dem für die jeweils vorgeschriebenen besonderen Auswahlverfahren mit Erfolg teilgenommen hat. [2]Art. 26 Abs. 1 Satz 1 ist entsprechend anzuwenden.

Art. 31
Begründung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses

[1]Das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis wird durch die schriftliche Aufnahme als Dienstanfänger oder Dienstanfängerin durch die Stelle begründet, die für die Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf im Vorbereitungsdienst des fachlichen Schwerpunkts zuständig wäre. [2]Für die Zuständigkeit gilt Art. 18 BayBG entsprechend.

Art. 32
Dienstpflichten

[1]Für das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis als Dienstanfänger oder Dienstanfängerin gelten die Vorschriften des Beamtenstatusgesetzes und des Bayerischen Beamtengesetzes über die beamtenrechtlichen Pflichten sinngemäß, soweit sich aus der Natur des Ausbildungsverhältnisses nichts anderes ergibt. [2]An Stelle des Diensteides wird folgendes Gelöbnis abgelegt:

„Ich gelobe, meine Dienstpflichten gewissenhaft zu erfüllen.“

Art. 33

Beendigung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses

(1) Das Ausbildungsverhältnis endet mit der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf oder durch Entlassung.

(2) [1]Dienstanfänger oder Dienstanfängerinnen können jederzeit entlassen werden. [2]Sie können jederzeit ihre Entlassung beantragen; Art. 57 Abs. 1 und 2 Satz 1 BayBG sind entsprechend anzuwenden. [3]Für die Entlassung ist die in Art. 31 genannte Stelle zuständig.

(3) Ein Dienstanfänger oder eine Dienstanfängerin, der oder die sich während des Ausbildungsverhältnisses bewährt hat, soll bei Vorliegen der sonstigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen als Beamter oder Beamtin auf Widerruf in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

(4) Die für Beamte und Beamtinnen im Vorbereitungsdienst maßgebenden Vorschriften des Bayerischen Beamtengesetzes über die Entlassungsfristen (Art. 56 Abs. 5 BayBG), die maßgebenden Vorschriften des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes über die Unfallfürsorge sowie Art. 14 BayBG gelten entsprechend.

Abschnitt 3

Qualifikationserwerb für fachliche Schwerpunkte mit Vorbereitungsdienst

Art. 34

Einstellung in den Vorbereitungsdienst bei fachlichen Schwerpunkten mit technischer Ausrichtung

(1) [1]Bewerber und Bewerberinnen für fachliche Schwerpunkte mit technischer Ausrichtung müssen für einen Einstieg in der ersten Qualifikationsebene neben den Voraussetzungen des Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 die erforderlichen fachlichen (handwerklichen) Kenntnisse und praktischen Fertigkeiten nachweisen. [2]Als Oberwarte und Oberwartinnen können nur Personen eingestellt werden, die eine Abschlussprüfung in einem gesetzlich geregelten, der vorgesehenen Verwendung entsprechenden Ausbildungsberuf abgelegt haben.

(2) [1]Bewerber und Bewerberinnen für die zweite Qualifikationsebene eines fachlichen Schwerpunkts mit technischer Ausrichtung können abweichend von Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Halbsatz 1 und Art. 22 Abs. 2 Satz 1 in den Vorbereitungsdienst auch eingestellt werden, wenn sie

1. eine Fachakademie oder eine öffentliche oder staatlich anerkannte Technikerschule in einer entsprechenden Fachrichtung erfolgreich besucht haben,

2. die Meister- oder Meisterinnenprüfung in einem der Fachrichtung förderlichen Handwerk oder eine entsprechende Industriemeisterprüfung,
3. eine Abschlussprüfung in einem gesetzlich geregelten, der vorgesehenen Verwendung entsprechenden Ausbildungsberuf und in der Regel eine förderliche praktische Tätigkeit von fünf Jahren nach Beendigung der Berufsausbildung oder
4. eine in einer Ausbildungsordnung vorgeschriebene, im öffentlichen Dienst abgelegte Abschlussprüfung

erfolgreich absolviert haben. [2]Die jeweils erforderlichen Anforderungen nach Satz 1 werden durch Rechtsverordnung nach Art. 67 näher festgelegt.

(3) [1]Für die dritte Qualifikationsebene in fachlichen Schwerpunkten mit technischer Ausrichtung, in denen ein Vorbereitungsdienst im Sinn des Art. 35 Abs. 3 Sätze 2 und 3 eingerichtet ist, ist abweichend von Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Art. 22 Abs. 2 Satz 1 ein Diplomabschluss an einer Fachhochschule oder ein Bachelorabschluss in der entsprechenden Fachrichtung oder ein vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als gleichwertig anerkannter Abschluss nachzuweisen. [2]Art. 7 Abs. 2 bleibt unberührt.

Art. 35

Vorbereitungsdienst

(1) [1]Der Vorbereitungsdienst für die erste Qualifikationsebene dauert mindestens sechs Monate; er umfasst eine theoretische und eine praktische Ausbildung. [2]Die oberste Dienstbehörde kann Dienstzeiten im öffentlichen Dienst auf Antrag auf den Vorbereitungsdienst anrechnen, soweit sie dem Ziel der Ausbildung förderlich sind.

(2) [1]Für die zweite Qualifikationsebene kann abweichend von Art. 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 die Dauer des Vorbereitungsdienstes durch Rechtsverordnung nach Art. 67 höchstens auf ein Jahr herabgesetzt werden, wenn

1. für die Einstellung eine abgeschlossene Berufsausbildung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes, die die notwendigen fachlichen Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt, oder eine förderliche zusätzliche Schulbildung erforderlich ist oder
2. es die besonderen Verhältnisse einzelner gebildeter fachlicher Schwerpunkte erfordern;

dabei ist unter Berücksichtigung des Art. 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ein angemessenes Verhältnis zwischen fachtheoretischer und berufspraktischer Ausbildung sicherzustellen. [2]Wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllt sind, kann der Vorbereitungsdienst auf die Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen, verbunden mit praxisbezogenen Lehrveranstaltungen, beschränkt werden.

(3) [1]Der Vorbereitungsdienst für die dritte Qualifikationsebene in fachlichen Schwerpunkten mit nichttechnischer Ausrichtung vermittelt in einem Studiengang an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden und in berufspraktischen Studienzeiten die entsprechenden praktischen Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind; insgesamt drei Monate der berufspraktischen Studienzeiten können auf praxisbezogene Lehrveranstaltungen entfallen, die höchstens 400 Unterrichtsstunden umfassen dürfen. [2]Durch Rechtsverordnung nach Art. 67 kann die Dauer des Vorbereitungsdienstes höchstens auf ein Jahr herabgesetzt werden, wenn für die Einstellung ein mit einer Prüfung abgeschlossenes Studium nach Art. 34

Abs. 3 erforderlich ist, in dem die zur Erfüllung der der Fachlaufbahn zugrunde liegenden Aufgaben notwendigen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden vermittelt werden. [3]Der Vorbereitungsdienst vermittelt insoweit in fachbezogenen Schwerpunktbereichen, verbunden mit praxisbezogenen Lehrveranstaltungen, die erforderlichen berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse. [4]Art. 8 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

(4) [1]Der Vorbereitungsdienst für die vierte Qualifikationsebene vermittelt durch eine Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage in fachbezogenen Schwerpunktbereichen, verbunden mit praxisbezogenen Lehrveranstaltungen, die erforderlichen berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse. [2]Nach näherer Bestimmung durch Rechtsverordnung gemäß Art. 67 können auf Antrag

1. Zeiten einer berufspraktischen Tätigkeit, die Voraussetzung für die Ablegung der für die Einstellung erforderlichen Prüfung sind, im Umfang von höchstens einem Jahr,
2. Zeiten einer förderlichen berufspraktischen Tätigkeit, die nach Bestehen der für die Einstellung erforderlichen Prüfung abgeleistet worden sind, im Umfang von höchstens sechs Monaten,
3. Zeiten einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung für einen Einstieg in der dritten Qualifikationsebene einer Fachlaufbahn im Umfang von höchstens sechs Monaten,
4. Zeiten einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung für das Lehramt an Realschulen im Umfang von höchstens einem Jahr bei der Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien, wenn die gleiche Fächerverbindung vorliegt,

auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden; Art. 15 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

Art. 36

Probezeit

(1) [1]Die oberste Dienstbehörde kann für Beamte und Beamtinnen mit erheblich über dem Durchschnitt liegenden fachtheoretischen und berufspraktischen Leistungen die Probezeit bis auf ein Jahr kürzen. [2]Erheblich über dem Durchschnitt liegende fachtheoretische Leistungen können regelmäßig bei Beamten und Beamtinnen angenommen werden, die in der Qualifikationsprüfung

1. mindestens die Gesamtnote „gut“ erhalten haben oder
2. eine Platzziffer erreicht haben, die im ersten Fünftel der Zahl der Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen liegt; dabei darf die Gesamtnote „befriedigend“ nicht unterschritten werden.

(2) [1]Die oberste Dienstbehörde soll Zeiten einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst, die beim Erwerb der für die Fachlaufbahn notwendigen Qualifikation noch nicht berücksichtigt worden sind und die nach Art und Bedeutung mindestens der der Qualifikationsebene in der jeweiligen Fachlaufbahn entsprechenden Tätigkeit genügen, im Umfang von höchstens einem Jahr auf die Probezeit anrechnen. [2]Zeiten, die in einem dem Bayerischen Hochschulpersonalgesetz unterliegenden Beamtenverhältnis auf Widerruf oder auf Zeit abgeleistet wurden, können mit Zustimmung des Landespersonalausschusses in vollem Umfang angerechnet werden, soweit die Tätigkeit funktionell der Tätigkeit während der Probezeit entspricht. [3]Art. 15 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

(3) [1]Die oberste Dienstbehörde kann Zeiten einer Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes nach Erwerb der für die Fachlaufbahn notwendigen Qualifikation, die nach Art und Bedeutung mindestens der der Qualifikationsebene in der jeweiligen Fachlaufbahn entsprechenden Tätigkeit genügen, im Umfang von höchstens einem Jahr auf die Probezeit anrechnen. [2]Art. 15 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Außer im Fall des Abs. 2 Satz 2 ist mindestens eine Probezeit von sechs Monaten abzuleisten.

Art. 37

Ausbildungsqualifizierung

(1) Beamte und Beamtinnen, die in der ersten oder zweiten Qualifikationsebene eingestiegen sind, können sich für die nächsthöhere Qualifikationsebene desselben oder eines verwandten fachlichen Schwerpunkts qualifizieren, wenn sie im Rahmen der Ausbildung (Art. 8 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3) die entsprechende Qualifikationsprüfung bestanden haben.

(2) [1]Zur Ausbildungsqualifizierung kann zugelassen werden, wer

1. sich bei einem Einstieg in der ersten Qualifikationsebene in einer Dienstzeit (Art. 15) von mindestens zwei Jahren, in der zweiten Qualifikationsebene von mindestens drei Jahren nach Erwerb der dafür notwendigen Qualifikation bewährt hat,
2. in der letzten periodischen Beurteilung, die nicht länger als vier Jahre zurückliegen darf, eine positive Feststellung gemäß Art. 58 Abs. 5 Buchst. a erhalten hat
   und
3. nach dem Ergebnis des Zulassungsverfahrens nach Abs. 3 erkennen lässt, dass er den Anforderungen in der neuen Qualifikationsebene gewachsen sein wird.

[2]Die oberste Dienstbehörde kann bei besonders geeigneten Beamten und Beamtinnen die nach Satz 1 Nr. 1 erforderliche Dienstzeit um höchstens ein Jahr kürzen; sie kann ferner bei der Zulassung zur Ausbildungsqualifizierung für die zweite Qualifikationsebene vom Erfordernis nach Satz 1 Nr. 3 absehen.

(3) [1]In dem Zulassungsverfahren ist festzustellen, ob der Beamte oder die Beamtin nach dem allgemeinen Bildungsstand und den fachlichen Kenntnissen für die Ausbildungsqualifizierung geeignet ist. [2]Das Zulassungsverfahren führt das Staatsministerium, das nach Art. 67 für den Erlass der jeweiligen Zulassungs- und Ausbildungsordnung federführend zuständig ist, oder die von ihm beauftragte Stelle bei Bedarf durch. [3]Die näheren Einzelheiten sind durch Rechtsverordnung nach Art.67 zu regeln.

(4) [1]Die Ausbildungsqualifizierung für die zweite Qualifikationsebene kann um höchstens sechs Monate gekürzt werden, wenn der Beamte oder die Beamtin während seiner oder ihrer bisherigen Tätigkeit schon hinreichende Kenntnisse erworben hat, wie sie für die neue Qualifikationsebene gefordert werden. [2]Die Ausbildungsqualifizierung für die dritte Qualifikationsebene kann in ihrem berufspraktischen Teil um höchstens ein Jahr gekürzt werden, wenn während der bisherigen Tätigkeit schon hinreichend Kenntnisse erworben wurden, wie sie für die neue Qualifikationsebene gefordert werden.

(5) Bei endgültigem Nichtbestehen einer Zwischen- oder der Qualifikationsprüfung, sind wieder Dienstgeschäfte des bisherigen Amtes zu übertragen.

(6) [1]Ist für die nächsthöhere Qualifikationsebene keine Qualifikationsprüfung vorgesehen, legt die oberste Dienstbehörde andere gleichwertige Qualifizierungsmaßnahmen fest. [2]Die in Art. 8 und 35 festgelegten Bildungsziele sind dabei zu berücksichtigen. [3]Die Zuständigkeit nach Satz 1 kann die oberste Dienstbehörde auf den Landespersonalausschuss übertragen.

Abschnitt 4
Sonstiger Qualifikationserwerb für eine Fachlaufbahn

Art. 38
Gestaltungsgrundsätze

(1) [1]In Fachlaufbahnen kann, soweit ein dienstliches Bedürfnis besteht, auch eingestellt werden, wer
1. die Qualifikation durch ein abgeschlossenes Studium an einer Hochschule mit anschließender praktischer Tätigkeit gemäß Art. 39 erworben hat oder
2. die Voraussetzungen nach Abs. 2 erfüllt.

[2]Die Qualifikationsvoraussetzungen müssen den für die betreffende Qualifikationsebene allgemein vorgeschriebenen Voraussetzungen gleichwertig sein.

(2) Nach näherer Regelung durch Rechtsverordnung nach Art. 67 können die obersten Dienstbehörden mit Zustimmung des Landespersonalausschusses
1. weitere Studiengänge oder Bildungsabschlüsse als Qualifikationsvoraussetzung benennen und den Fachlaufbahnen zuordnen,
2. nähere Bestimmungen über praktische Tätigkeiten, die einem Amt der angestrebten Qualifizierungsebene entsprechen müssen, treffen, sowie
3. bei Bedarf weitere Voraussetzungen verlangen.

Art. 39
Qualifikationsvoraussetzungen

(1) Die Qualifikation für eine Fachlaufbahn wird bei einem Einstieg in der dritten Qualifikationsebene erworben durch
1. einen Diplomabschluss an einer Fachhochschule, einen Bachelorabschluss oder einen vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als gleichwertig anerkannten Bildungsstand in einem dem fachlichen Schwerpunkt nach **Anlage 1** entsprechenden Studiengang und
2. eine hauptberufliche Tätigkeit (Abs. 3) nach Abschluss des Studiums von mindestens drei Jahren.

(2) Die Qualifikation für eine Fachlaufbahn wird bei einem Einstieg in der vierten Qualifikationsebene erworben durch

1. einen in Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 geforderten Abschluss in einem dem fachlichen Schwerpunkt nach Anlage 1 entsprechenden Studiengang und
2. eine hauptberufliche Tätigkeit (Abs. 3) nach Abschluss des Studiums von mindestens drei Jahren, bei zusätzlichem Nachweis der Promotion von mindestens zwei Jahren nach der Promotion.

(3) [1]Die hauptberufliche Tätigkeit muss
1. nach ihrer Fachrichtung der für den Qualifikationserwerb geforderten Bildungsvoraussetzung und den Anforderungen des fachlichen Schwerpunkts, auch hinsichtlich Bedeutung und Schwierigkeit, entsprechen und
2. im Hinblick auf die Aufgaben des angestrebten fachlichen Schwerpunkts die Fähigkeit zu fachlich selbständiger Berufsausübung erwiesen haben.

[2]Ein Jahr der hauptberuflichen Tätigkeit soll auf eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst entfallen. [3]Art. 15 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden. [4]Soweit es die besonderen Verhältnisse erfordern, kann die jeweils zuständige oberste Dienstbehörde abweichende Regelungen treffen.

Art. 40

Feststellung des Qualifikationserwerbs

[1]Die zuständige oberste Dienstbehörde stellt schriftlich fest, ob auf Grund der nach Art. 39 zu fordernden Nachweise die Qualifikation für eine Fachlaufbahn erworben wurde. [2]Dabei legt sie den Zeitpunkt des Qualifikationserwerbs, die Fachlaufbahn, den fachlichen Schwerpunkt sowie die Qualifikationsebene fest.

Abschnitt 5

Qualifikation von Bewerbern und Bewerberinnen aus Mitgliedstaaten

Art. 41

Qualifikation auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG

(1) Die Qualifikation für eine Fachlaufbahn kann auch auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung der Berufsqualifikationen (ABl L 255 S. 22, ber. 2007 L 271 S. 18, ber. 2008 L 93 S. 28, ber. 2009 L 33 S. 49) in der jeweils geltenden Fassung erworben werden.

(2) Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist Voraussetzung für den Qualifikationserwerb.

Art. 42

Anwendungsbereich

(1) [1]Art. 43 bis 51 gelten für die von Bewerbern und Bewerberinnen aus anderen Mitgliedstaaten beantragte Anerkennung ihrer Berufsqualifikationen als Qualifikation für eine Fachlaufbahn entsprechend der Richtlinie 2005/36/EG. [2]Unberührt bleibt der Grundsatz der automatischen Anerkennung auf Grund der Regelungen in den Art. 21 ff. der Richtlinie 2005/36/EG, die Möglichkeit der Befreiung von Ausgleichsmaßnahmen auf Grundlage gemeinsamer Plattformen gemäß Art. 15 der Richtlinie 2005/36/EG und der Grundsatz der Anerkennung von Berufserfahrung nach Titel III Kapitel II der Richtlinie 2005/36/EG.

(2) Mitgliedstaat im Sinn dieses Gesetzes ist
1. jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union,
2. jeder andere Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und
3. jeder andere Vertragsstaat, dem Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen Rechtsanspruch auf Anerkennung von Berufsqualifikationen eingeräumt haben.

Art. 43

Anerkennungsvoraussetzungen

(1) [1]Die Qualifikationsnachweise, die in einem anderen Mitgliedstaat erforderlich sind, um in dessen Hoheitsgebiet die Erlaubnis zur Aufnahme oder Ausübung eines reglementierten Berufs zu erhalten, sind auf Antrag als Qualifikation für eine Fachlaufbahn, die der Fachrichtung des Qualifikationsnachweises entspricht, anzuerkennen, wenn
1. sie in einem Mitgliedstaat von einer entsprechend dessen Rechts- und Verwaltungsvorschriften benannten zuständigen Behörde ausgestellt worden sind,
2. sie bescheinigen, dass das Berufsqualifikationsniveau des Inhabers oder der Inhaberin Abs. 2 entspricht, und
3. der Ausbildungsnachweis im Vergleich zu dem entsprechenden deutschen Schulabschluss, Berufsabschluss oder der hauptberuflichen Tätigkeit weder ein zeitliches noch ein inhaltliches Defizit im Sinn des Art. 45 Abs. 3 aufweist.

[2]Reglementiert ist ein Beruf dann, wenn dessen Aufnahme oder Ausübung oder eine der Arten der Ausübung direkt oder indirekt durch staatliche Rechtsvorschriften an das Vorliegen bestimmter Berufsqualifikationen gebunden ist.

(2) [1]Für einen Einstieg in der ersten oder zweiten Qualifikationsebene bedarf es eines Qualifikationsnachweises, der ausgestellt wurde auf Grund
1. einer allgemeinen Schulbildung von Primär- und Sekundarniveau, wodurch Allgemeinkenntnisse bescheinigt werden,
2. einer sonstigen Ausbildung, für die kein Zeugnis oder Diplom im Sinn des Art. 11 Buchst. b bis e der Richtlinie 2005/36/EG erteilt wird,
3. einer spezifischen Prüfung ohne vorherige Ausbildung oder
4. der Ausübung des Berufs als Vollzeitbeschäftigung in einem Mitgliedstaat während drei aufeinander folgender Jahre oder als Teilzeitbeschäftigung während eines entsprechenden Zeitraums in den letzten zehn Jahren.

[2]Für einen Einstieg in der dritten Qualifikationsebene bedarf es eines Zeugnisses, das erteilt wird

1. nach Abschluss einer allgemeinbildenden Sekundarausbildung, die durch eine Fach- oder Berufsausbildung, die keine Fach- oder Berufsausbildung im Sinn des Art. 11 Buchst. c der Richtlinie 2005/36/EG ist, und gegebenenfalls durch ein neben dem Ausbildungsgang erforderliches Berufspraktikum oder eine solche Berufspraxis ergänzt wird, oder
2. nach einer technischen oder berufsbildenden Sekundarausbildung, die gegebenenfalls durch ein neben dem Ausbildungsgang erforderliches Berufspraktikum oder eine solche Berufspraxis ergänzt wird.

[3]Für einen Einstieg in der vierten Qualifikationsebene bedarf es eines Diploms, welches erteilt wird

1. nach Abschluss einer postsekundären Ausbildung von mindestens drei Jahren an einer Universität oder einer Hochschule oder in einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Ausbildungsniveau sowie der Berufsausbildung, die gegebenenfalls neben dem Studium gefordert wird, oder
2. nach einer Teilzeitausbildung von entsprechender Dauer an einer Universität oder einer Hochschule oder in einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Ausbildungsniveau sowie der Berufsausbildung, die gegebenenfalls neben dem Studium gefordert wird.

(3) [1]Hat der Antragsteller oder die Antragstellerin in einem Mitgliedstaat, der die Berufsausübung nicht reglementiert hat, zwei Jahre innerhalb der letzten zehn Jahre den Beruf vollzeitlich ausgeübt, so gelten Abs. 1 und 2 entsprechend, wenn die Qualifikationsnachweise bescheinigen, dass der Inhaber oder die Inhaberin auf die Ausübung des betreffenden Berufs vorbereitet wurde. [2]Die zweijährige Berufserfahrung darf nicht gefordert werden, wenn der vorgelegte Qualifikationsnachweis den Abschluss einer reglementierten Ausbildung gemäß eines der Qualifikationsniveaus des Art. 11 Buchst. b, c, d oder e der Richtlinie 2005/36/EG bestätigt.

Art. 44

Antrag

(1) [1]Der Antrag auf Anerkennung ist an die zuständige Stelle zu richten. [2]Zuständige Stelle ist die oberste Dienstbehörde, in deren Geschäftsbereich die Begründung eines Beamtenverhältnisses angestrebt wird. [3]An die Stelle der obersten Dienstbehörde tritt bei kommunalen Körperschaften das Staatsministerium des Innern, bei sonstigen der Aufsicht des Staates unterstehenden Körperschaften, rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts die Aufsichtsbehörde. [4]Die nach Sätzen 2 und 3 zuständige Stelle kann die Zuständigkeit auf den Landespersonalausschuss übertragen.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Nachweis der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates,
2. Qualifikationsnachweise,
3. Bescheinigungen oder Urkunden des Heimat- oder Herkunftsstaates darüber, dass keine Straftaten, schwerwiegenden beruflichen Verfehlungen oder sonstige, die Eignung in Frage stellenden Umstände bekannt sind; die Bescheinigungen oder Urkunden dürfen bei ihrer Vorlage nicht älter als drei Monate sein,

4. eine Bescheinigung des Heimat- oder Herkunftsstaates, aus der hervorgeht, zu welcher Berufsausübung der Qualifikationsnachweis berechtigt,
5. Bescheinigungen über die Art und Dauer der nach Erwerb des Qualifikationsnachweises in einem Mitgliedstaat ausgeübten Tätigkeiten in der Fachrichtung des Qualifikationsnachweises,
6. Nachweis über Inhalte und Dauer der Studien und Ausbildungen in Form von Studienordnungen, Prüfungsordnungen, Studienbuch oder in anderer geeigneter Weise; aus den Nachweisen müssen die Anforderungen, die zur Erlangung des Abschlusses geführt haben, hervorgehen, sowie
7. eine Erklärung, welche Tätigkeit auf der Grundlage des Qualifikationsnachweises in der öffentlichen Verwaltung angestrebt wird.

Art. 45

Bewertung der Qualifikationsnachweise

(1) [1]Die zuständige Behörde (Art. 44 Abs. 1) stellt fest, ob der Qualifikationsnachweis einer Fachlaufbahn oder einem fachlichen Schwerpunkt zuordenbar ist. [2]Anhand eines Vergleichs zwischen den Vor- und Ausbildungsvoraussetzungen der jeweiligen Qualifikationsebene für eine Fachlaufbahn oder für einen fachlichen Schwerpunkt und der vorgelegten Qualifikationsnachweise stellt sie fest, ob ein inhaltliches oder zeitliches Defizit im Sinn des Abs. 3 besteht.

(2) Ist beabsichtigt, dem Antragsteller oder der Antragstellerin einen Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung aufzuerlegen, ist zunächst zu prüfen, ob die im Rahmen der bisherigen Berufspraxis erworbenen Kenntnisse den wesentlichen Unterschied ganz oder teilweise ausgleichen können.

(3) [1]Ausgleichsmaßnahmen können verlangt werden, wenn
1. die nachgewiesene Ausbildungsdauer mindestens ein Jahr unter der für die Fachlaufbahn oder den fachlichen Schwerpunkt in der jeweiligen Qualifikationsebene geforderten fachtheoretischen Dauer liegt (zeitliches Defizit),
2. die bisherige Ausbildung und der dazu gehörige Ausbildungsnachweis sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die im Freistaat Bayern vorgeschrieben sind (inhaltliches Defizit), oder
3. die Fachlaufbahn oder der fachliche Schwerpunkt die Wahrnehmung eines umfangreicheren Aufgabenfeldes ermöglicht als der reglementierte Beruf im Mitgliedstaat des Antragstellers oder der Antragstellerin, und wenn dieser Unterschied in einer besonderen Ausbildung besteht, die für die Fachlaufbahn oder den fachlichen Schwerpunkt vorgeschrieben wird und sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die von den Qualifikationsnachweisen abgedeckt werden, die der Antragsteller oder die Antragstellerin vorlegt.

[2]Fächer unterscheiden sich wesentlich, wenn deren Kenntnis eine wesentliche Voraussetzung für die Ausübung des Berufs ist und die bisherige Ausbildung des Antragstellers oder der Antragstellerin diesbezüglich bedeutende Abweichungen hinsichtlich Dauer oder Inhalt gegenüber der für die Qualifikation für die Fachlaufbahn geforderten fachtheoretischen Ausbildung aufweist.

Art. 46

Entscheidung

(1) Die zuständige Behörde bestätigt dem Antragsteller oder der Antragstellerin binnen eines Monats den Empfang der Unterlagen und teilt ihm oder ihr gegebenenfalls gleichzeitig mit, welche Unterlagen fehlen.

(2) [1]Die Entscheidung über den Antrag ist dem Antragsteller oder der Antragstellerin innerhalb von vier Monaten nach Vorlage der vollständigen Unterlagen schriftlich mitzuteilen. [2]In den Fällen einer automatischen Anerkennung nach Art. 21 ff. der Richtlinie 2005/36/EG beträgt die Frist drei Monate. [3]Festgestellte Defizite werden dem Antragsteller oder der Antragstellerin schriftlich mitgeteilt. [4]Die Mitteilung muss auch Informationen zu den möglichen Ausgleichsmaßnahmen gemäß Art. 47 bis 49 enthalten, insbesondere zu den Prüfungsgebieten im Fall einer Eignungsprüfung, sowie eine Aufforderung zur Ausübung eines bestehenden Wahlrechts (Art. 47).

(3) Im Fall einer Anerkennung ist in der schriftlichen Mitteilung darauf hinzuweisen, dass die Anerkennung keinen Anspruch auf Einstellung begründet.

(4) Die Anerkennung ist insbesondere zu versagen, wenn
1. die Voraussetzungen des Art. 43 nicht erfüllt sind,
2. die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen trotz Aufforderung nicht in angemessener Frist vollständig vorgelegt wurden,
3. die festgelegten Ausgleichsmaßnahmen nicht erfolgreich abgeschlossen worden sind oder der Antragsteller oder die Antragstellerin sich ihnen aus von ihm oder ihr zu vertretenden Gründen innerhalb von sechs Monaten nicht unterzogen hat oder
4. der Antragsteller oder die Antragstellerin wegen schwerwiegender beruflicher Verfehlungen, Straftaten oder sonstiger Gründe für das Beamtenverhältnis nicht geeignet ist.

Art. 47

Notwendigkeit von Ausgleichsmaßnahmen

(1) Ist eine der Alternativen des Art. 45 Abs. 3 gegeben, so ist die Anerkennung von einer Eignungsprüfung (Art. 48) oder von der erfolgreichen Teilnahme an einem Anpassungslehrgang (Art. 49) nach Wahl des Bewerbers oder der Bewerberin abhängig zu machen.

(2) Abweichend von Abs. 1 ist ein Qualifikationsnachweis für eine Fachlaufbahn oder einen fachlichen Schwerpunkt, deren oder dessen Ausübung eine genaue Kenntnis des deutschen Rechts erfordert und bei der bzw. dem Beratung oder Beistand in Bezug auf das deutsche Recht ein wesentlicher und beständiger Teil der Berufsausübung ist, beim Einstieg in der dritten oder vierten Qualifikationsebene nur anzuerkennen, wenn mit Erfolg eine Eignungsprüfung abgelegt wurde.

Art. 48

Eignungsprüfung

(1) Die Eignungsprüfung ist eine ausschließlich die beruflichen Kenntnisse betreffende staatliche Prüfung, mit der die Fähigkeiten, die Aufgaben der angestrebten Fachlaufbahn oder des angestrebten fachlichen Schwerpunkts auszuüben, beurteilt werden.

(2) [1]Bei fachlichen Schwerpunkten mit Vorbereitungsdienst führt die Eignungsprüfung die für die Durchführung der Qualifikationsprüfung zuständige Behörde durch. [2]Bei einem Qualifikationserwerb für eine Fachlaufbahn gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 2 wird die Eignungsprüfung von der obersten Dienstbehörde durchgeführt, bei der die Einstellung angestrebt wird. [3]Die Zuständigkeiten nach den Sätzen 1 und 2 können durch die oberste Dienstbehörde auf eine andere Behörde oder den Landespersonalausschuss übertragen werden.

(3) [1]Bei fachlichen Schwerpunkten mit Vorbereitungsdienst gelten die in den jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen genannten Prüfungsgebiete als für den fachlichen Schwerpunkt notwendige Sachgebiete. [2]Bei einem Qualifikationserwerb gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 2 sind die Prüfungsgebiete auf Grund eines Vergleichs mit den dem Qualifikationserwerb zugrunde liegenden Prüfungsgebieten der Abschlüsse festzulegen.

(4) [1]Die zuständige Behörde vergleicht die für den Qualifikationserwerb für unverzichtbar angesehenen Sachgebiete aus den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen mit den Qualifikationen und den Erfahrungen des Antragstellers oder der Antragstellerin, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat erworben wurden. [2]Anschließend legt die Behörde im Einzelfall, abhängig von den festgestellten Defiziten, den konkreten Inhalt und Umfang der Prüfung, insbesondere die Prüfungsgebiete fest.

(5) [1]Die Eignungsprüfung muss dem Umstand Rechnung tragen, dass im Heimat- oder Herkunftsstaat bereits eine entsprechende berufliche Qualifikation vorliegt. [2]Für die Durchführung der Prüfung und die Bewertung der Prüfungsleistungen gelten die für die jeweilige Fachlaufbahn bzw. den jeweiligen fachlichen Schwerpunkt maßgeblichen Prüfungsbestimmungen und die Allgemeine Prüfungsordnung (APO) entsprechend.

Art. 49

Anpassungslehrgang

(1) [1]Während des Anpassungslehrgangs werden Aufgaben der angestrebten Fachlaufbahn oder des angestrebten fachlichen Schwerpunkts unter der Verantwortung eines ausgewiesenen Inhabers oder einer ausgewiesenen Inhaberin der angestrebten Qualifikation ausgeübt. [2]Der Anpassungslehrgang kann mit einer Zusatzausbildung einhergehen.

(2) [1]Für die Durchführung und Organisation des Anpassungslehrgangs ist bei einem Qualifikationserwerbs gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2, Abs. 2 die oberste Dienstbehörde zuständig, in deren Geschäftsbereich die Begründung eines Beamtenverhältnisses angestrebt wird. [2]Diese kann eine andere Behörde oder den Landespersonalausschuss mit der Durchfüh-

rung und Organisation beauftragen. [3]Art. 44 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend. [4]Mit der gegebenenfalls notwendigen Zusatzausbildung können die in Art. 48 Abs. 2 genannten Stellen beauftragt werden.

(3) [1]Der Anpassungslehrgang dient dazu, die im Vergleich zwischen vorhandener und geforderter Ausbildung fehlenden Qualifikationen zu erwerben. [2]Er darf höchstens drei Jahre dauern. [3]Die konkreten Inhalte und die konkrete Dauer werden unter Berücksichtigung des festgestellten Defizits im Hinblick auf die Erfordernisse der jeweiligen Fachlaufbahn oder des jeweiligen fachlichen Schwerpunkts von der zuständigen Behörde festgelegt. [4]Bei fachlichen Schwerpunkten mit Vorbereitungsdienst darf der Anpassungslehrgang die Dauer des Vorbereitungsdienstes nicht überschreiten.

(4) [1]Die Rechte und Pflichten während des Anpassungslehrgangs werden durch Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Antragsteller oder der Antragstellerin festgelegt. [2]Der Antragsteller oder die Antragstellerin befindet sich während des Anpassungslehrgangs in einem öffentlich-rechtlichen Vertragsverhältnis, welches durch das als **Anlage 2** beigefügte Vertragsmuster näher geregelt wird. [3]Der Anpassungslehrgang endet außer mit Ablauf der festgesetzten Zeit vorzeitig auf Antrag oder, wenn schwerwiegende Pflichtverletzungen des Antragstellers oder der Antragstellerin der Fortführung entgegenstehen. [4]Wenn schwerwiegende Pflichtverletzungen der Fortführung des Anpassungslehrgangs entgegenstehen, wird der Vertrag schriftlich und mit sofortiger Wirkung durch die zuständige Behörde nach Abs. 2 gekündigt.

(5) [1]Der Lehrgang ist Gegenstand einer Bewertung. [2]Zur Bewertung wird die Notenskala des § 28 Abs. 6 APO herangezogen. [3]Werden die Leistungen nicht mindestens mit der Gesamtnote „ausreichend“ bewertet, ist der Anpassungslehrgang nicht bestanden.

Art. 50

Abschluss des Anerkennungsverfahrens

[1]Mit erfolgreichem Abschluss des Anerkennungsverfahrens wird die Qualifikation für eine Fachlaufbahn erworben. [2]Gegebenenfalls ist der fachliche Schwerpunkt, soweit gebildet, festzustellen.

Art. 51

Berufsbezeichnung

Sofern mit der Qualifikation nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen die Befugnis verbunden ist, eine Bezeichnung zu führen, wird diese als Berufsbezeichnung geführt.

Teil 3

Andere Bewerber und Bewerberinnen

Art. 52

Qualifikationsvoraussetzungen

(1) [1]Andere Bewerber und Bewerberinnen (Art. 4 Abs. 2) können berücksichtigt werden, wenn an der Gewinnung ein besonderes dienstliches Interesse besteht. [2]Sie erwerben die Qualifikation für eine Fachlaufbahn durch Lebens- und Berufserfahrung. [3]Die für Regelbewerber und Regelbewerberinnen erforderlichen Voraussetzungen für den Qualifikationserwerb (Art. 6 Abs. 1) dürfen von ihnen nicht gefordert werden.

(2) [1]Die oberste Dienstbehörde stellt bei ihnen die Fachlaufbahn, einen gebildeten fachlichen Schwerpunkt sowie die Qualifikationsebene fest. [2]Bei der Feststellung der Qualifikation nach Satz 1 dürfen keine geringeren Anforderungen gestellt werden als sie von Regelbewerbern und Regelbewerberinnen gefordert werden. [3]Die oberste Dienstbehörde kann die Zuständigkeit nach Satz 1 auf den Landespersonalausschuss übertragen.

Art. 53

Probezeit

[1]Die oberste Dienstbehörde kann für Beamte und Beamtinnen bei erheblich über dem Durchschnitt liegenden Leistungen die Probezeit bis auf ein Jahr kürzen. [2]Ferner kann die oberste Dienstbehörde Zeiten einer hauptberuflichen Tätigkeit, die nach Art und Bedeutung mindestens einer Tätigkeit in einem Amt der betreffenden Fachlaufbahn und Qualifikationsebene entsprechen, im Umfang von höchstens einem Jahr auf die Probezeit anrechnen. [3]Art. 15 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

Teil 4

Dienstliche Beurteilung

Art. 54

Arten der dienstlichen Beurteilung

(1) [1]Dienstliche Beurteilungen sind die Einschätzung während der Probezeit, die Probezeitbeurteilung, die periodische Beurteilung und die Zwischenbeurteilung. [2]Die obersten Dienstbehörden können durch Verwaltungsvorschrift weitere dienstliche Beurteilungen zulassen.

(2) Keine dienstlichen Beurteilungen sind die Zwischen- und Abschlusszeugnisse der Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.

Art. 55

Einschätzung während der Probezeit sowie Probezeitbeurteilung

(1) [1]Nach der Hälfte der regelmäßigen Probezeit ist eine Einschätzung der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung vorzunehmen. [2]Sofern an dem erfolgreichen Abschluss der Probezeit Zweifel bestehen, sind diese, ihre Ursachen und die Möglichkeiten der Abhilfe deutlich herauszustellen. [3]Wenn eine Verkürzung der Probezeit nach Art. 36 Abs. 1 in Betracht kommt, ist dazu in der Einschätzung Stellung zu nehmen.

(2) [1]Bis zum Ablauf der Probezeit erfolgt die Probezeitbeurteilung. [2]In dieser sind Eignung, Befähigung und fachliche Leistung im Hinblick auf die Aufgaben der Fachlaufbahn und, soweit gebildet, des fachlichen Schwerpunkts und als Grundlage für die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu beurteilen.

(3) Die nähere Ausgestaltung der Einschätzung und der Probezeitbeurteilung wird durch Verwaltungsvorschriften gemäß Art. 15 BayBG geregelt.

Art. 56

Periodische Beurteilung

(1) [1]Fachliche Leistung, Eignung und Befähigung sind mindestens alle vier Jahre dienstlich zu beurteilen (periodische Beurteilung). [2]Dies gilt nicht für Beamte und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und während der Probezeit.

(2) [1]Die periodische Beurteilung kann zurückgestellt werden, wenn
1. gegen den Beamten oder die Beamtin ein gerichtliches Strafverfahren, ein Disziplinarverfahren, Vorermittlungen oder ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist, oder
2. ein sonstiger in der Person liegender wichtiger Grund besteht.

[2]Nach dem rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens, der Einstellung der Ermittlungen oder dem Wegfall des sonstigen wichtigen Grundes ist die periodische Beurteilung nachzuholen.

(3) [1]Nicht periodisch beurteilt werden
1. Beamte und Beamtinnen in einem Amt der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage und höher,
2. weitere Personengruppen nach Anordnung der obersten Dienstbehörde, im nichtstaatlichen Bereich mit Zustimmung des Landespersonalausschusses.

[2]Die oberste Dienstbehörde kann die periodische Beurteilung der in Satz 1 Nr. 1 genannten Gruppe anordnen.

Art. 57

Zwischenbeurteilung

Eine Zwischenbeurteilung ist zu erstellen, wenn Beamte oder Beamtinnen mindestens ein Jahr nach dem Ende des der letzten dienstlichen Beurteilung zugrunde liegenden Zeitraums oder der Probezeit die Behörde wechseln, beurlaubt oder vom Dienst freigestellt werden.

Art. 58

Inhalt der periodischen Beurteilung und Zwischenbeurteilung

(1) Der Beurteilung ist eine Beschreibung der Aufgaben, die im Beurteilungszeitraum wahrgenommen wurden, voranzustellen.

(2) [1]Die Beurteilung hat die fachliche Leistung in Bezug auf die Funktion und im Vergleich zu den anderen Beamten und Beamtinnen derselben Besoldungsgruppe der Fachlaufbahn und, soweit gebildet, desselben fachlichen Schwerpunkts objektiv darzustellen und außerdem von Eignung und Befähigung ein zutreffendes Bild zu geben. [2]Die obersten Dienstbehörden können die Vergleichsgruppe nach Satz 1 durch weitere Kriterien enger bestimmen.

(3) Zu beurteilen ist

1. die fachliche Leistung anhand der Kriterien:
   a) Quantität,
   b) Qualität,
   c) Serviceorientierung, insbesondere gegenüber dem Bürger,
   d) Zusammenarbeit mit Kollegen und Vorgesetzten, und
   e) soweit Beamte und Beamtinnen Führungsaufgaben wahrnehmen, der Führungserfolg.
2. die Eignung anhand der Kriterien:
   a) Auffassungsgabe,
   b) Einsatzbereitschaft,
   c) geistige Beweglichkeit,
   d) Entscheidungsfreude und
   e) Führungspotential.
3. die Befähigung anhand der Kriterien:
   a) Fachkenntnisse,
   b) mündliche Ausdrucksfähigkeit,
   c) schriftliche Ausdrucksfähigkeit und
   d) zielorientiertes Verhandlungsgeschick.

(4) [1]Die periodische Beurteilung ist mit einer detaillierten Aussage zur Verwendungseignung abzuschließen. [2]Sofern eine Verwendung in Führungspositionen in Betracht kommt, ist bei der Verwendungseignung eine differenzierte Aussage zur Führungsqualifikation zu treffen. [3]Schließlich ist darzulegen, für welche dienstlichen Aufgaben der Beamte oder die Beamtin in Betracht kommt und welche Einschränkungen gegebenenfalls bestehen.

(5) In der periodischen Beurteilung ist eine Feststellung aufzunehmen, wenn der Beamte oder die Beamtin für
a) die Ausbildungsqualifizierung,
b) die modulare Qualifizierung
in Betracht kommt.

(6) [1]Die nähere Ausgestaltung der Beurteilung wird durch Verwaltungsvorschriften gemäß Art. 15 BayBG geregelt. [2]Dabei können die Staatsministerien für ihren Geschäftsbereich oder Teile davon weitere oder andere Beurteilungskriterien festlegen und eine vereinfachte Dokumentation der Beurteilung zulassen. [3]Die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können für ihren Bereich von Abs. 3 abweichend weitere oder andere Beurteilungskriterien festlegen.

Art. 59

Bewertung und Gesamturteil

(1) [1]Die Bewertung erfolgt in einem Punktesystem mit einer Punkteskala von 1 bis 16 Punkten bezüglich der einzelnen Leistungs-, Eignungs- und Befähigungsmerkmale sowie bezüglich des Gesamturteils. [2]Die Staatsministerien können für ihren Geschäftsbereich oder Teile davon durch Verwaltungsvorschrift nach Art. 15 BayBG eine andere Bewertung festlegen. [3]Soweit gemäß Satz 2 eine von Satz 1 abweichende Punkteskala festgelegt wird, darf 16 als Höchstpunktzahl nicht überschritten und 7 als Höchstpunktzahl nicht unterschritten werden. [4]Verbale Hinweise oder Erläuterungen zu den einzelnen Merkmalen sind zulässig. [5]Sie sind bei denjenigen Einzelmerkmalen vorzunehmen, deren Bewertung sich gegenüber der letzten periodischen Beurteilung wesentlich verschlechtert hat oder bei denen sich die Bewertung auf bestimmte Vorkommnisse gründet. [6]Die Beurteilung kann ergänzende Bemerkungen zu den Einzelmerkmalen enthalten.

(2) [1]Bei der Bildung des Gesamturteils sind die bei den Einzelmerkmalen vergebenen Wertungen unter Berücksichtigung ihrer an den Erfordernissen des Amtes und der Funktion zu messenden Bedeutung in einer Gesamtschau zu bewerten und zu gewichten. [2]Die für die Bildung des Gesamturteils wesentlichen Gründe sind in den ergänzenden Bemerkungen darzulegen.

Art. 60

Zuständigkeit

(1) [1]Die dienstliche Beurteilung wird, soweit die Dienstaufsicht nicht anderweitig geregelt ist, von der Leitung der Behörde erstellt, der der Beamte oder die Beamtin im Zeitpunkt der dienstlichen Beurteilung angehört. [2]Abgeordnete Beamte und Beamtinnen werden im Einvernehmen mit der Leitung der Behörde beurteilt, an die sie abgeordnet sind; besteht die Abordnung zu einer Dienststelle eines anderen Dienstherrn, erfolgt die Beurteilung im Benehmen mit der Leitung der Behörde, an die sie abgeordnet sind. [3]Die Leiter und Leiterinnen von Behörden werden von der Leitung der vorgesetzten Dienststelle beurteilt. [4]Die oberste Dienstbehörde kann eine abweichende Regelung treffen, soweit ein dringendes dienstliches Bedürfnis

gegeben ist. [5]Bei den Behörden, die den obersten Dienstbehörden unmittelbar nachgeordnet sind, kann der Leiter oder die Leiterin der Behörde die Befugnis zur Beurteilung auf seine oder ihre allgemeine Vertretung übertragen. [6]Im Bereich der kommunalen Dienstherren kann die Behördenleitung die Befugnis zur Beurteilung übertragen, wenn sichergestellt ist, dass die Beurteilung von einer Person erstellt wird, die zumindest die gleiche Qualifikation besitzt, wie die zu beurteilende Person.

(2) [1]Die dienstliche Beurteilung wird von den vorgesetzten Dienstbehörden überprüft. [2]Die Überprüfung soll spätestens nach einer Frist von sechs Monaten nach der ersten Eröffnung abgeschlossen sein. [3]Ist die vorgesetzte Dienstbehörde eine oberste Dienstbehörde, kann sie die Überprüfung der dienstlichen Beurteilungen auf eine nachgeordnete Behörde übertragen. [4]Die obersten Dienstbehörden können für ihren Geschäftsbereich oder Teile davon bestimmen, in welchen Fällen auf die Überprüfung der dienstlichen Beurteilung verzichtet wird.

Art. 61

Eröffnung der dienstlichen Beurteilung

(1) [1]Die dienstliche Beurteilung ist dem Beamten oder der Beamtin zu eröffnen. [2]Sie soll besprochen werden. [3]Die Eröffnung der dienstlichen Beurteilung kann auf Vorgesetzte delegiert werden, die an der Erstellung der Beurteilung wesentlich mitgewirkt haben. [4]Einwendungen sind der vorgesetzten Dienstbehörde mit vorzulegen. [5]Ist die dienstliche Beurteilung durch die vorgesetzte Dienstbehörde abgeändert worden, ist die dienstliche Beurteilung unverzüglich, spätestens aber drei Monate nach einer Überprüfung, nochmals zu eröffnen.

(2) Die Beurteilung ist mit einem Vermerk über ihre Eröffnung zu den Personalakten zu nehmen.

Art. 62

Leistungsfeststellung für die Entscheidungen gemäß Art. 30 und 66 BayBesG

(1) [1]Leistungsfeststellungen für die Entscheidungen gemäß Art. 30 Abs. 3 Sätze 1 und 3 und Art. 66 Abs. 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) werden mit der periodischen Beurteilung verbunden. [2]Soweit es für die Anwendung der Art. 30 Abs. 3 Sätze 1 und 3, Art. 66 Abs. 2 BayBesG erforderlich ist, eine periodische Beurteilung jedoch nicht vorgeschrieben ist, hat eine gesonderte Leistungsfeststellung zu erfolgen; Art. 60 und 61 finden entsprechende Anwendung. [3]Gegenstand der Leistungsfeststellung sind die Kriterien gemäß Art. 58 Abs. 3 Nr. 1. [4]In der Probezeit kann die Leistungsfeststellung mit den Beurteilungen gemäß Art. 55 Abs. 1 Satz 1 und Art. 55 Abs. 2 Satz 1 verbunden werden. [5]Sie erfolgt auf Basis der Beurteilung der fachlichen Leistung gemäß Art. 55 Abs. 1 Satz 1 oder Art. 55 Abs. 2 Satz 2.

(2) [1]Für die Vergabe einer Leistungsstufe gemäß Art. 66 Abs. 1 BayBesG kommen nur diejenigen Beamten und Beamtinnen in Betracht, die in den Kriterien gemäß Art. 58 Abs. 3 Nr. 1 die jeweils in der Vergleichsgruppe höchst vergebenen Bewertungen erhalten haben. [2]In

der Probezeit gelten Abs. 1 Sätze 4 und 5 entsprechend. [3]Die Staatsministerien können für ihren Geschäftsbereich oder Teile davon durch Verwaltungsvorschrift regeln, dass auf der Grundlage der in der letzten periodischen Beurteilung oder gesondert getroffenen Leistungsfeststellung in regelmäßigen Zeitabständen eine weitere Vergabe von Leistungsstufen erfolgen kann. [4]Satz 3 gilt entsprechend für die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(3) Erfüllt ein Beamter oder eine Beamtin die Mindestanforderungen im Sinn des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG, wird dies in der Entscheidung gemäß Abs. 1 Sätze 1, 2 oder Satz 4 gesondert festgestellt.

(4) [1]Bei der Entscheidung gemäß Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG sind sämtliche zurechenbaren Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen. [2]Eine negative Entscheidung darf nur getroffen werden, wenn der Beamte oder die Beamtin rechtzeitig auf die Leistungsmängel ausdrücklich hingewiesen worden ist.

(5) [1]Liegen die Voraussetzungen des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG nicht vor (Stufenstopp), sind die Leistungen in Abständen von jeweils einem Jahr nach Beginn des Stufenstopps erneut zu überprüfen. [2]Die gesonderte Leistungsfeststellung nach Satz 1 enthält die Aussage, ob die Leistungen in dem vergangenen Jahr die Voraussetzungen des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG erfüllt haben; Art. 60 und 61 finden entsprechende Anwendung. [3]Abs. 4 gilt entsprechend. [4]Wird eine periodische Beurteilung erstellt, gilt Abs. 1 Satz 1.

(6) [1]Soweit von Art. 58 Abs. 6 Sätze 2, 3 bzw. Art. 59 Abs. 1 Satz 2 Gebrauch gemacht wird, ist jeweils zu regeln, auf welcher Grundlage die Entscheidungen gemäß Abs. 2, 3 und 5 getroffen werden. [2]Dabei ist sicherzustellen, dass die Bewertungsmaßstäbe den sich aus den Abs. 2, 3 und 5 ergebenden für die Vergabe einer Leistungsstufe, den regelmäßigen Stufenaufstieg und den Stufenstopp entsprechen.

Art. 63

Dienstliche Beurteilung von Richtern und Richterinnen, Staatsanwälten und Staatsanwältinnen

Die zuständigen Staatsministerien werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen für die Beurteilung der Richter und Richterinnen ihres Geschäftsbereichs sowie der Staatsanwälte und Staatsanwältinnen eigene Richtlinien zu erlassen, die von den Vorschriften des Teils 4 abweichen können.

Art. 64

Dienstliche Beurteilung von Lehrkräften

[1]Das zuständige Staatsministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen für die Beurteilung der staatlichen Lehrkräfte eigene Richtlinien zu

erlassen, die von den Vorschriften des Teils 4 abweichen können. [2]Die Richtlinien nach Satz 1 können für Lehrkräfte an kommunalen Schulen entsprechend angewendet werden.

Art. 65

Ausnahmegenehmigungen

Das Staatsministerium des Innern kann für den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung von Art. 59 abweichende Beurteilungssysteme zulassen.

Teil 5

Fortbildung

Art. 66

Grundsätze der Fortbildung

(1) [1]Die dienstliche Fortbildung wird von der obersten Dienstbehörde gefördert und geregelt. [2]Die einzelnen Fortbildungsmaßnahmen werden regelmäßig durch die obersten Dienstbehörden und durch die von ihnen beauftragten Behörden oder Stellen durchgeführt. [3]Die Gelegenheit zur Fortbildung soll möglichst gleichmäßig gegeben werden.

(2) [1]Die Beamten und Beamtinnen sind verpflichtet, an Maßnahmen der Einführungs-, Anpassungs- und Förderungsfortbildung teilzunehmen. [2]Sie sind außerdem verpflichtet, sich selbst fortzubilden, damit sie den Änderungen der Aufgaben und der Anforderungen gewachsen sind (Anpassungsfortbildung).

(3) [1]Wer seine Fähigkeiten und fachlichen Kenntnisse durch geeignete Fortbildung nachweislich wesentlich gesteigert hat, ist zu fördern und soll unter Beachtung der Grundsätze des Art. 16 Gelegenheit erhalten, Fähigkeiten und fachliche Kenntnisse auf einem höherwertigen Dienstposten anzuwenden und hierbei die besondere Eignung zu beweisen. [2]Welche Fortbildungen geeignet sind, regeln die obersten Dienstbehörden.

Teil 6

Schluss- und Übergangsvorschriften

Art. 67

Ermächtigungen

[1]Die Staatsministerien können im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen Vorschriften durch Rechtsverordnung erlassen über

1. die Zuordnung zu einer Fachlaufbahn und die Bildung von fachlichen Schwerpunkten,

2. die Zulassung zu einer Fachlaufbahn, zu gebildeten fachlichen Schwerpunkten und zu einer Qualifikationsebene,
3. die Ausbildung und
4. die modulare Qualifizierung.

[2]Regelungen nach Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Landespersonalausschusses.

Art. 68

Ausnahmen

(1) Das Staatsministerium des Innern kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und nach Anhörung des Landespersonalausschusses durch Rechtsverordnung von Art. 7, 8, 20, 34, 35 und 37 abweichende laufbahnrechtliche Vorschriften für die Feuerwehrbeamten und Feuerwehrbeamtinnen erlassen.

(2) [1]Das Staatsministerium des Innern kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und nach Anhörung des Landespersonalausschusses durch Rechtsverordnung die Laufbahnen der Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen abweichend regeln; hierbei kann die Einheitslaufbahn festgelegt werden. [2]Satz 1 Halbsatz 1 gilt entsprechend für allgemeine Regelungen der dienstlichen Beurteilung.

Art. 69

Evaluation

[1]Die Staatsregierung überprüft die Auswirkungen dieses Gesetzes mit Ausnahme des Teils 4 sowie auf Grund dieses Gesetzes ergangener Rechtsverordnungen. [2]Dem Bayerischen Landtag ist zum Ende des Jahres 2012 erstmals über die Auswirkungen zu berichten.

Art. 70

Übergangsregelungen

(1) [1]Für Beamte und Beamtinnen, die noch vor dem 1. April 2009 angestellt wurden, rechnet die Dienstzeit weiterhin ab dem Zeitpunkt der Anstellung; für diese Beamten und Beamtinnen ist die Vorschrift des § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 der Laufbahnverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1996 (GVBl S. 99, ber. S. 220, BayRS 2030-2-1-2-F), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 931), weiterhin anzuwenden. [2]Auf Beamte und Beamtinnen, die bereits vor dem 1. Januar 2011 in das Beamtenverhältnis auf Probe gemäß § 4 Abs. 3 Buchst. a BeamtStG berufen worden sind, finden anstelle des Art. 12 Abs. 2 und der Art. 36 und 53 dieses Gesetzes die Art. 38 und 40 des Bayerischen Beamtengesetzes in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung und die §§ 37, 40, 44, 49, 56 der Laufbahnverordnung vom 1. April 2009 (GVBl S. 51, BayRS 2030-2-1-2-F) mit der Maßgabe weiterhin Anwendung, dass sich in der laufbahnrechtlichen Entwicklung dieser Beamten und Beamtinnen gegenüber einer Einstellung zum 1. Januar 2011 keine Nachteile ergeben.

(2) Für die Anrechnung von Erziehungszeiten für vor dem 1. Januar 2008 geborene Kinder findet § 62 Abs. 4 der Laufbahnverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1996 (GVBl S. 99, ber. S. 220, BayRS 2030-2-1-2-F), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 931), Anwendung.

(3) [1]Soweit in einzelnen Laufbahnen nach der am 31. Dezember 2010 geltenden Rechtslage Beförderungen ohne Erfüllung der Voraussetzungen des § 41 Abs. 5 und der §§ 46 und 51 der Laufbahnverordnung vom 1. April 2009 (GVBl S. 51, BayRS 2030-2-1-2-F) möglich waren, kann in Rechtsverordnungen nach Art. 67 von Art. 17 Abs. 6 in entsprechendem Umfang abgewichen werden; Entsprechendes gilt für den Gerichtsvollzieherdienst. [2]Für Beamte und Beamtinnen, die den Aufstieg nach § 41 Abs. 5, §§ 46 und 51 der Laufbahnverordnung vom 1. April 2009 absolviert haben und vor dem 1. Januar 2011 in das Eingangsamt der nächsthöheren Laufbahn befördert worden sind, ist Art. 17 Abs. 1 Satz 3 Nrn. 2 und 3 Halbsatz 1 für die Beförderung in das nächsthöhere Amt derselben Fachlaufbahn bzw. soweit gebildet desselben fachlichen Schwerpunkts nicht anzuwenden.

(4) [1]Beamte und Beamtinnen, die am 31. Dezember 2010 die in § 41 Abs. 5, §§ 46 und 51 der Laufbahnverordnung in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung für die Zuerkennung der Aufstiegseignung geforderten Voraussetzungen erfüllen, absolvieren den Aufstieg nach den jeweiligen Voraussetzungen dieser Verordnung; sie erwerben die Qualifikation nach dieser Vorschrift. [2]In den Systemen der modularen Qualifizierung wird geregelt, ab wann der Aufstieg durch die modulare Qualifizierung abgelöst wird [3]Die Systeme der modularen Qualifizierung nach Art. 20 müssen erstmalig bis zum 31. Dezember 2011 dem Landespersonalausschuss vorgelegt werden. [4]Beamte und Beamtinnen, die gemäß § 46 der Laufbahnverordnung in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung aufgestiegen sind, können sich für Ämter und Dienstposten, die nicht dem bisherigen Verwendungsbereich entsprechen, qualifizieren, wenn sie weitere gemäß Art. 20 erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen erfolgreich absolvieren.

(5) [1]Art. 15 Abs. 2 gilt nur für Zeiten einer Beschäftigung nach dem 31. März 2009. [2]Zeiten vor dem 1. April 2009 berechnen sich nach dem jeweils zu dieser Zeit geltenden Rechtsstand.

(6) [1]Die Laufbahnen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes im Geltungsbereich des Bayerischen Beamtengesetzes und der Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamtinnen und Beamten eingerichtet worden sind, werden den Fachlaufbahnen (Art. 5 Abs. 2) nach den **Anlagen 3 und 4** zugeordnet. [2]Im Übrigen entscheiden die Staatsministerien über die Zuordnung.

Anlage 1
(zu Art. 39)

Sonstiger Qualifikationserwerb

Fachlaufbahn	Fachlicher Schwerpunkt
Verwaltung und Finanzen	1. Wirtschaftswissenschaften
	2. Sozialwissenschaften
Bildung und Wissenschaft	1. Kunst- und Kulturwissenschaften
Gesundheit	1. Humanmedizin
	2. Veterinärmedizin
Naturwissenschaft und Technik	1. Naturwissenschaften, Mathematik
	2. Ingenieurwissenschaften
	3. Agrar- und Ernährungswissenschaften

Anlage 2
(zu Art. 49)

Vertrag

zwischen

dem Freistaat Bayern

- vertreten durch _____ -

und

Herrn/Frau _____

geboren am _____

wohnhaft _____

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Herrn/Frau _____ wird für die Zeit vom _____ bis zum _____ Gelegenheit gegeben, in einem Anpassungslehrgang im Sinn des Art. 3 Abs. 1 Buchst. g, Art. 14 der Richtlinie 2005/36/EG und im Sinn des Art. 49 des Leistungslaufbahngesetzes die Kenntnisse und Fähigkeiten für die Fachlaufbahn bzw. für den fachlichen Schwerpunkt

_____

_____

zu erwerben, die ihm/ihr nach den festgestellten Defiziten noch fehlen.

§ 2

(1) Der Anpassungslehrgang besteht aus einer berufspraktischen Ausbildung in den Aufgaben der oben genannten Fachlaufbahn bzw. des fachlichen Schwerpunkts unter Anleitung und Verantwortung eines qualifizierten Inhabers oder einer qualifizierten Inhaberin der Fachlaufbahn bzw. des fachlichen Schwerpunkts (Ausbildungsleitung).

(2) Der Anpassungslehrgang umfasst eine Zusatzausbildung in Form von Fortbildungsmaßnahmen, wenn die vorhandenen Defizite nicht im Rahmen der berufspraktischen Tätigkeit ausgeglichen werden können.

(3) [1]Folgende Defizite wurden bei Herrn/Frau _festgestellt:

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

[2]Das Ziel des Anpassungslehrgangs ist die Beseitigung dieser Defizite. [3]Die Ausbildungsleitung legt die weiteren Einzelheiten des Anpassungslehrgangs fest. [4]Dabei stellt sie durch geeignete Maßnahmen sicher, dass sich Herr/Frau_____ die Kenntnisse und Fähigkeiten der in § 1 genannten Fachlaufbahn oder des fachlichen Schwerpunkts in sachgerechter Form aneignen kann.

(4) Er/Sie kann sich in allen Fragen der Durchführung des Anpassungslehrgangs an die Ausbildungsleitung wenden.

§ 3

Dienstobliegenheiten werden nicht übertragen.

§ 4

[1]Der Anpassungslehrgang endet außer durch Ablauf der festgesetzten Zeit vorzeitig auf Antrag. [2]Er kann außerdem vorzeitig von Amts wegen beendet werden, wenn schwerwiegende Pflichtverletzungen von Herrn/Frau _____ der Fortführung entgegenstehen.

§ 5

Herr/Frau _____ hat den Anweisungen der Ausbildungsleitung zu folgen; er oder sie wird zu Beginn des Anpassungslehrgangs auf die Pflicht zur Verschwiegenheit hingewiesen.

§ 6

Eine Vergütung oder ein sonstiges Entgelt wird nicht gewährt.

_____, den _____

_____	_____
Unterschrift des Teilnehmers oder der Teilnehmerin des Anpassungslehrgangs	Vertreter/Vertreterin des Freistaates Bayern

Anlage 3
(zu Art. 70 Abs. 6 Satz 1)

Zuordnung geregelter und nicht geregelter Laufbahnen zu den Fachlaufbahnen nach Art. 5 Abs. 2 LlbG

Fachlaufbahn „Verwaltung und Finanzen“:

- Höherer Verwaltungsdienst (JAPO)

- Gehobener Dienst der Steuerbeamten (StBAG, StAPO)
- Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst (ZAPO/gVD)
- Gehobener nichttechnischer Staatsfinanzdienst (ZAPO/gStF)
- Gehobener nichttechnischer Dienst in der Sozialverwaltung (ZAPOSozVerw/gD)
- Gehobener Dienst der Steuerbeamten an Staatsanwaltschaften
- Gehobener Wirtschaftsverwaltungsdienst an Staatsanwaltschaften

- Mittlerer Dienst der Steuerbeamten (StBAG, StBAPO)
- Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst (ZAPO/mVD)
- Mittlerer nichttechnischer Dienst in der Sozialverwaltung (ZAPOSozVerw/gD)
- Mittlerer nichttechnischer Staatsfinanzdienst (ZAPO/mStF)
- Mittlerer Forstverwaltungsdienst (ZAPO/mFv)

Fachlaufbahn „Bildung und Wissenschaft“:

- Lehramt an Gymnasien (ZALG)
- Lehramt an beruflichen Schulen (ZALB)
- Lehramt für Sonderpädagogik (ZALS)
- Schulaufsichtsdienst an Volksschulen
- Schulaufsichtsdienst an Förderschulen
- Studienräte an Berufsfachschulen, Fachschulen und Fachakademien künstlerischer und gestalterischer Ausbildungseinrichtungen (ZLSFbAV)

- Akademische Räte an staatlichen Einrichtungen außerhalb des Hochschulbereichs
- Akademische Räte im Hochschulbereich
- Schulaufsichtsdienst für Realschulen im Staatministerium für Unterricht und Kultus
- Höherer Bibliotheksdienst bei wissenschaftlichen Bibliotheken (ZAPOhBiblD)
- Höherer Archivdienst bei öffentlichen Archiven (ZAPOhArchD)
- Pfarrer an Justizvollzugsanstalten

- Lehramt an Grundschulen (ZALGH)
- Lehramt an Hauptschulen (ZALGH)
- Lehramt an Realschulen (ZALR)
- Fachlehrer an Berufsfachschulen, Fachschulen und Fachakademien künstlerischer und gestalterischer Ausbildungseinrichtungen (ZLSFbAV)
- Fachlehrer (an Volks- und Realschulen) (ZAF)
- Gewerbliche Fachlehrer an Berufsschulen (ZAPOFlB)
- Fachlehrer für Schreibtechnik an Berufsschulen (ZAPOFlB)
- Fachlehrer an Justizvollzugsanstalten
- Förderlehrer an Grund- und Hauptschulen
- Gehobener Bibliotheksdienst bei wissenschaftlichen Bibliotheken (ZAPOgBiblD)
- Gehobener Archivdienst bei öffentlichen Archiven in Bayern (ZAPOgArchD)
- Lehrer an Justizvollzugseinrichtungen

- Mittlerer Bibliotheksdienst bei wissenschaftlichen Bibliotheken (ZAPOmBiblD)
- Mittlerer Archivdienst bei öffentlichen Archiven in Bayern (ZAPOmArchD)

Fachlaufbahn „Justiz“:

- Richterlicher und staatsanwaltlicher Dienst (JAPO)
- Höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst bei den JVA (JAPO)
- Höherer Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienst

- Rechtspfleger (ZAPO/Rpfl)
- Gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst bei den JVA (ZAPO/gVVD)

- Nicht geregelte Laufbahn des gehobenen Justizverwaltungsdienstes
- Nicht geregelte Laufbahn des gehobenen allgemeinen Vollzugsdienstes
- Nicht geregelte Laufbahn des gehobenen Werkdienstes
- Gehobener Krankenpflegedienst

- Mittlerer Justizdienst (ZAPO/mJD)
- Vollziehungsbeamte der Justiz (ZAPO/VJ)
- Gerichtsvollzieher (ZAPO/GV)
- Mittlerer Verwaltungsdienst bei den JVA (ZAPO/mVD)
- Allgemeiner Vollzugsdienst bei den JVA (ZAPO/aVD)
- Mittlerer Werkdienst bei den JVA (ZAPOmWD)
- Mittlerer Krankenpflegedienst
- Justizbetriebsdienst

- Justizwachtmeister (AOJwD)
- Einfacher Werkdienst im Justizvollzug

Fachlaufbahn „Polizei und Verfassungsschutz“:

- Höherer Polizeivollzugsdienst, § 16 LbVPol
- Höherer Polizeivollzugsdienst im Kriminaldienst, § 17 LbVPol
- Höherer technischer Dienst an der obersten Dienstbehörde, § 18 LbVPol
- Höherer Dienst im Sicherheitsbereich beim Landesamt für Verfassungsschutz
- Politologe im Sicherheitsbereich bei Polizei und Verfassungsschutz

- Gehobener Polizeivollzugsdienst, § 13 LbVPol, APOgPol
- Gehobener Polizeivollzugsdienst im Kriminaldienst, § 17 LbVPol
- Gehobener Wirtschaftskriminaldienst, § 17a LbVPol
- Gehobener Dienst im Sicherheitsbereich beim Landesamt für Verfassungsschutz

- Mittlerer Polizeivollzugsdienst

Fachlaufbahn „Gesundheit“:

- Höherer Gesundheitsdienst (ZAPOhGesD)
- Höherer Veterinärdienst (ZAPO/vet)

- Gehobener Gesundheitsdienst

- Mittlerer Gesundheitsdienst (ZAPOmGesD)

Fachlaufbahn „Naturwissenschaft und Technik“:

- Höherer technischer Verwaltungsdienst für Vermessung und Geoinformation (VermZAPO/hD)
- Höherer technischer Verwaltungsdienst für Ländliche Entwicklung (VermZAPO/hD)
- Höherer technischer Gewerbeaufsichtsdienst (ZAPOtG/hD)
- Höherer Forstdienst (ZAPO/hF)
- Technischer Dienst bei der Landesgewerbeanstalt (EinstellungsV/BLGA)
- Höherer bautechnischer Verwaltungsdienst (ZAPO/htD)
- Höherer vermessungstechnischer Dienst bei den Kommunalverwaltungen
- Höherer Beratungs- und Fachschuldienst Agrarwirtschaft, Hauswirtschaft und Ernährung (AHEZAPO/hD)
- Höherer feuerwehrtechnischer Dienst (ZAPO-Fw)
- Höherer Brandschutztechnischer Dienst im Geschäftsbereich des Staatsministerium des Innern

- Gehobener technischer Dienst Verwaltungsinformatik (ZAPO/gtVI)
- Gehobener technischer Gewerbeaufsichtsdienst (ZAPOtG/gD)
- Gehobener bautechnischer und umweltfachlicher Verwaltungsdienst (ZAPO/gtD)
- Gehobener technischer Dienst für Vermessung und Geoinformation (VermZAPO/gD)
- Gehobener technischer Dienst für Ländliche Entwicklung (LEZAPOgtD)
- Gehobener landwirtschaftlich-technischer Dienst (LwZAPO/gtD)

- Landwirtschaftlich-hauswirtschaftliche Fachlehrerinnen (LH ZAPO/FL/FB)
- Gehobener technischer Forstdienst (ZAPO/gtF)
- Gehobener technischer Dienst in der Eichverwaltung (ZAEich)
- Gehobener vermessungstechnischer Dienst bei den Kommunalverwaltungen
- Gehobener feuerwehrtechnischer Dienst (ZAPO-Fw)
- Gehobener brandschutztechnischer Dienst im Geschäftsbereich des Staatsministerium des Innern
- Gehobener technischer Überwachungsdienst zum Schutz der Verbraucher

- Mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst (ZAPO-Fw)
- Mittlerer brandschutztechnischer Dienst im Geschäftsbereich des Staatsministerium des Innern
- Mittlerer technischer Überwachungsdienst zum Schutz der Verbraucher (ZAPO/ÜV)
- Mittlerer technischer Dienst für Vermessung und Geoinformation (VermZAPO/mD)
- Mittlerer bautechnischer Verwaltungsdienst (ZAPO/mtD)
- Mittlerer technischer Dienst Landkartendruck beim LVA (LaDruckZuPO)
- Mittlerer technischer Dienst für Ländliche Entwicklung (LEZAPO/mtD)
- Mittlerer landwirtschaftlich-technischer Dienst (LwZAPO/mtD)
- Mittlerer technischer Dienst in der Eichverwaltung (ZAEich)
- Mittlerer veterinär-technischer Dienst (ZAPOVetmtD)
- Mittlerer technischer Gewerbeaufsichtsdienst (ZAPO/mD)
- Technischer Dienst bei der Landesgewerbeanstalt (EinstellungsV/BLGA)
- Mittlerer vermessungstechnischer Dienst bei den Kommunalverwaltungen
- Mittlerer Kontrolldienst der Landeshauptstadt München
- Mittlerer Marktaufsichtsdienst bei der Stadt Nürnberg
- Mittlerer technischer Dienst Verwaltungsinformatik
- Mittlerer technischer Dienst

- Einfacher technischer Dienst für Vermessung und Geoinformation
- Vermessungsbetriebsdienst
- Einfacher technischer Dienst

Anlage 4
(zu Art. 70 Abs. 6 Satz 1)

Zuordnung der Laufbahnen besonderer Fachrichtungen zu den nach Anlage 1 eingerichteten fachlichen Schwerpunkten

Fachlaufbahn „Verwaltung und Finanzen“:

Fachlicher Schwerpunkt „Wirtschaftswissenschaften“

- Diplom-Ökonom Univ., Diplom-Ökonomin Univ. im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und in anderen fachspez. Bereichen
- Diplom-Kaufmann Univ., Diplom-Kauffrau Univ. im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und in anderen fachspez. Bereichen
- Diplom-Volkswirt Univ., Diplom-Volkswirtin Univ. im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und in anderen fachspez. Bereichen
- Diplom-Wirtschaftsingenieur Univ., Diplom-Wirtschaftsingenieurin Univ. im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und in anderen fachspez. Bereichen

Fachlicher Schwerpunkt „Sozialwissenschaften“

- Diplom-Sozialpädagoge (FH), Diplom-Sozialpädagogin (FH)
- Diplom-Sozialarbeiter (FH), Diplom-Sozialarbeiterin (FH)

Fachlaufbahn „Bildung und Wissenschaft“:

Fachlicher Schwerpunkt „Kunst- und Kulturwissenschaften“

- Ägyptologe, Ägyptologin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Altertumskundler, Altertumskundlerin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen

- Amerikanistiker, Amerikanistikerin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Archäologe, Archäologin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Ethnologe, Ethnologin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Historiker, Historikerin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Indologe, Indologin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Kulturwissenschaftler, Kulturwissenschaftlerin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Prähistoriker, Prähistorikerin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Sinologe, Sinologin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Volkskundler, Volkskundlerin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Diplom-Psychologe Univ., Diplom-Psychologin Univ.
- Musikwissenschaftler, Musikwissenschaftlerin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Theaterwissenschaftler, Theaterwissenschaftlerin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Kunsthistoriker, Kunsthistorikerin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
- Diplom-Restaurator Univ., Diplom-Restauratorin Univ. bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen

Fachlaufbahn „Gesundheit“:

Fachlicher Schwerpunkt „Humanmedizin“

– Ärztlicher Dienst (ohne Gesundheitsämter und Regierungen)

Fachlaufbahn „Naturwissenschaft und Technik“:

Fachlicher Schwerpunkt „Mathematik, Naturwissenschaften“

– Diplom-Ingenieur Univ., Diplom-Ingenieurin Univ. bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
– Diplom-Biologe Univ., Diplom-Biologin Univ.
– Diplom-Chemiker Univ., Diplom-Chemikerin Univ.
– Diplom-Ingenieur Univ., Diplom-Ingenieurin Univ. Studiengang Chemie-Ingenieurwesen
– Staatlich geprüfte Lebensmittelchemiker, Staatlich geprüfter Lebensmittelchemikerin
– Diplom-Mathematiker Univ., Diplom-Mathematikerin Univ.
– Diplom-Informatiker Univ., Diplom-Informatikerin Univ.
– Diplom-Physiker Univ., Diplom-Physikerin Univ.
– Diplom-Geologe Univ., Diplom-Geologin Univ.
– Diplom-Geograph Univ., Diplom-Geographin Univ.
– Diplom-Geologe Univ., Diplom-Geologin Univ. bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
– Diplom-Biologe Univ., Diplom-Biologin Univ. bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
– Diplom-Chemiker Univ., Diplom-Chemikerin Univ. bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
– Diplom-Geophysiker Univ., Diplom-Geophysikerin Univ. bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
– Diplom-Mineraloge, Diplom-Mineralogin bei Museen und Sammlungen, Landesamt für Denkmalpflege, Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen
– Pharmazeutischer Dienst

- Gehobener geologisch- und bodenkundlich-technischer Dienst beim geolog. Landesamt
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Chemie
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Technische Chemie
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Physik
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Technische Physik
- Diplom-Informatiker (FH), Diplom-Informatikerin (FH) im Bereich Informationstechnik
- Diplom-Mathematiker (FH), Diplom-Mathematikerin (FH) im Bereich Informationstechnik
- Diplom-Wirtschaftsinformatiker (FH), Diplom-Wirtschaftsinformatikerin (FH) im Bereich Informationstechnik

Fachlicher Schwerpunkt „Ingenieurwissenschaften“

- Technischer Dienst bei der Landesgewerbeanstalt
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – mit jeweiligem Studiengang im technischen Werkdienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Bergbau oder verwandte Studiengänge im Bergverwaltungsdienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Maschinenbau im Bergverwaltungsdienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Elektrotechnik im Bergverwaltungsdienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Elektrotechnik im Bereich Informationstechnik
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Wirtschaftsingenieurwesen im Bereich Informationstechnik

Fachlicher Schwerpunkt „Agrar- und Ernährungswissenschaften“

- Diplom-Agraringenieur Univ., Diplom-Agraringenieurin Univ. Studiengang Gartenbauwissenschaften im gartenbaulichen Dienst (ohne Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
- Diplom-Ingenieur Univ., Diplom-Ingenieurin Univ. Studiengang Landschaftspflege
- Diplom-Agraringenieur Univ., Diplom--Agraringenieurin Univ.
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Gartenbau (im nichtstaatlichen Bereich)
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Weinbau und Kellerwirtschaft
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Getränketechnologie
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Lebensmitteltechnologie
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Landwirtschaft im Futtermittelkontrolldienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Agrarwirtschaft im Futtermittelkontrolldienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Lebensmitteltechnologie im Futtermittelkontrolldienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Lebensmittelwirtschaft im Futtermittelkontrolldienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Lebensmitteltechnik im Futtermittelkontrolldienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Ernährungswissenschaft im Futtermittelkontrolldienst
- Diplom-Ingenieur (FH), Diplom-Ingenieurin (FH) – Ernährungs- und Versorgungsmanagement im Futtermittelkontrolldienst
- Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH), Diplom-Wirtschaftsingenieurin (FH) – Lebensmittelwirtschaft im Futtermittelkontrolldienst
- Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH), Diplom-Wirtschaftsingenieurin (FH) – Agrarwirtschaft im Futtermittelkontrolldienst
- Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH), Diplom-Wirtschaftsingenieurin (FH) – Agrarmarketing im Futtermittelkontrolldienst

– Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH), Diplom-Wirtschaftsingenieurin (FH) – Agrarmanagement im Futtermittelkontrolldienst

§ 4

Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

Das Bayerische Beamtengesetz (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 2009 (GVBl S. 605), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

   a) Teil 2 wird wie folgt geändert:

      aa) In Abschnitt 1 wird die Überschrift des Art. 19 durch den Klammerhinweis *„(aufgehoben)“* ersetzt.

      bb) In Abschnitt 2 wird die Überschrift des Art. 22 durch den Klammerhinweis „(*aufgehoben)“* ersetzt.

      cc) Abschnitt 3 wird aufgehoben.

   b) In Teil 3 Abschnitt 1 wird die Überschrift des Art. 55 durch den Klammerhinweis „(*aufgehoben*)“ ersetzt.

   c) In Teil 4 Abschnitt 7 wird die Überschrift des Art. 97 durch den Klammerhinweis „(*aufgehoben*)“ ersetzt.

   d) In Teil 6 Abschnitt 3 wird die Überschrift des Art. 126 durch den Klammerhinweis „(*aufgehoben*)“ ersetzt.

   e) Teil 9 wird wie folgt geändert:

      aa) Die Überschrift des Art. 141 wird durch den Klammerhinweis „*(aufgehoben)“* ersetzt.

      bb) Die Überschrift des Art. 143 erhält folgende Fassung:

         „Übergangsregelungen zur Anhebung der Altersgrenzen“.

      cc) Die Überschriften der Art. 144 und 145 werden jeweils durch den Klammerhinweis „*(aufgehoben)“* ersetzt.

2. Dem Art. 5 wird folgender Abs. 3 angefügt:

   „(3) Dienstbezüge im Sinn dieses Gesetzes sowie der auf dieses Gesetz gestützten Verordnungen sind die Grundbezüge im Sinn des Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 Nrn. 1 bis 5 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG).“

3. Art. 6 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 3 Halbsatz 1 werden nach den Worten „§ 37 Abs. 4“ die Worte „und 5“ eingefügt.

   b) In Satz 4 werden die Worte „Satz 1“ durch die Worte „Satz 3“ ersetzt.

4. In Art. 9 Abs. 1 werden der Strichpunkt und Halbsatz 2 gestrichen.

5. In Art. 13 werden die Worte „§ 12 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in Verbindung mit Art. 13 des Bayerischen Besoldungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 15 BayBesG“ ersetzt.

6. Art. 18 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

      „[2]Abweichend von Satz 1 ist in den Fällen der Art. 49 Abs. 2, Art. 56 Abs. 1 und 2 und Art. 71 Abs. 1 dasjenige Mitglied der Staatsregierung zuständig, dessen Geschäftsbereich der Beamte oder die Beamtin zugeordnet ist; das Staatsministerium der Finanzen ist zu unterrichten.“

   b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

7. Art. 19 wird aufgehoben.

8. Art. 20 erhält folgende Fassung:

„Art. 20
Stellenausschreibungen

(1) [1]Bewerber und Bewerberinnen sind durch Stellenausschreibung zu ermitteln, wenn es im besonderen dienstlichen Interesse liegt. [2]Ein besonderes dienstliches Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn für die Besetzung freier Stellen geeignete Regelbewerber und Regelbewerberinnen (Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen – Leistungslaufbahngesetz – LlbG beim Dienstherrn nicht zur Verfügung stehen.

(2) [1]Die Stellenausschreibung muss für die Bewerbung eine Frist von mindestens zwei Wochen vorsehen. [2]Auf gesetzliche Vorschriften, nach denen bestimmte Personengruppen bevorzugt einzustellen sind, soll besonders hingewiesen werden.“

9. In Art. 21 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Nrn. 2 und 3“ gestrichen.

10. Art. 22 wird aufgehoben.

11. Art. 23 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„[2]Ausnahmen kann die oberste Dienstbehörde zulassen; bei Beamten und Beamtinnen des Staates ist das Einvernehmen des Staatsministeriums der Finanzen, im Übrigen die Zustimmung des Landespersonalausschusses erforderlich.“

12. Abschnitt 3 wird aufgehoben.

13. Art. 45 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 11 wird aufgehoben.

b) In Abs. 12 Nr. 1 werden die Worte „§ 4 Abs. 1 BeamtVG“ durch die Worte „Art. 11 Abs. 1 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG)“ ersetzt.

c) In Abs. 13 werden die Worte „Art. 28 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4“ durch die Worte „Art. 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 LlbG“ ersetzt.

d) Abs. 14 wird aufgehoben.

14. In Art. 46 Abs. 1 Satz 6 wird das Wort „Amtsperiode“ durch das Wort „Probezeit“ ersetzt.

15. In Art. 47 Abs. 3 werden die Worte „derselben, einer entsprechenden, gleichwertigen oder anderen Laufbahn“ gestrichen.

16. Art. 48 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Laufbahn“ durch das Wort „Fachlaufbahn“ sowie das Wort „Befähigung“ durch das Wort „Qualifikation“ ersetzt.

bb) In Satz 2 Halbsatz 1 wird das Wort „Laufbahn“ durch die Worte „Fachlaufbahn und, soweit gebildet, demselben fachlichen Schwerpunkt“ ersetzt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „gleichwertigen oder“ gestrichen und das Wort „Laufbahn“ durch das Wort „Fachlaufbahn“ ersetzt.

bb) In Satz 2 Halbsatz 1 werden die Worte „oder einer gleichwertigen“ gestrichen und das Wort „Laufbahn“ durch das Wort „Fachlaufbahn“ ersetzt.

c) In Abs. 3 wird das Wort „Befähigung“ jeweils durch das Wort „Qualifikation“ und das Wort „Laufbahn“ durch das Wort „Fachlaufbahn“ ersetzt.

17. Art. 55 wird aufgehoben.

18. In Art. 60 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn“ durch das Wort „Fachlaufbahn“ ersetzt.

19. Art. 62 wird wie folgt geändert:

    a) In Satz 1 wird die Zahl „65“ durch die Zahl „67“ ersetzt.

    b) In Satz 2 werden das Wort „Schuljahres“ durch das Wort „Schulhalbjahres“ ersetzt, die Worte „das dem Schuljahr vorangeht,“ gestrichen und die Zahl „65“ durch die Zahl „67“ ersetzt.

20. Art. 63 wird wie folgt geändert:

    a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

        aa) In Satz 1 werden die Worte „bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres und“, sowie die Worte „nicht mehr als“ gestrichen und wird das Wort „fünf“ durch das Wort „drei“ ersetzt.

        bb) In Satz 2 werden die Worte „mit Zustimmung des Landespersonalausschusses“ gestrichen.

    b) In Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres und“ durch die Worte „um drei Jahre oder“ und die Worte „um nicht mehr als insgesamt fünf Jahre“ durch die Worte „höchstens bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres“ ersetzt.

21. Art. 66 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

    a) In Satz 1 wird nach dem Wort „die“ das Wort „beabsichtigte“ eingefügt.

    b) In Satz 3 werden die Worte „§ 50 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG“ durch die Worte „Art. 70 Abs. 2 Satz 1 BayBeamtVG“ ersetzt.

22. Art. 86 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt geändert:

    a) In Nr. 1 werden die Worte „in Art. 62“ durch die Worte „in den Art. 62 und 143“ ersetzt.

    b) In Nr. 2 werden die Worte „bei Vollendung des 68. Lebensjahres“ durch die Worte „drei Jahre nach dem in Nr. 1 bestimmten Zeitpunkt“ ersetzt.

23. Art. 87 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

    a) In Satz 1 werden die Worte „Juli 2011“ durch die Worte „Juli 2012“ ersetzt und die Worte „, wenn sie Fächer unterrichten, in denen ein außergewöhnlicher Bewerbermangel besteht“ gestrichen.

b) Satz 3 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Satz 4 wird Satz 3; die Worte „den Sätzen 2 und 3“ werden durch die Worte „ Satz 2“ ersetzt.

24. In Art. 91 Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „derselben Laufbahngruppe“ durch die Worte „einer um bis zu vier Besoldungs- oder Entgeltgruppen niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe“ ersetzt.

25. Art. 92 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird nach dem Wort „Richtergesetzes“ das Wort „(BayRiG)“ eingefügt.

bb) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„[2]Unbeschadet hiervon sind Zeiten einer Beurlaubung nach Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 oder Art. 8 Abs. 1 BayRiG zur Pflege von Angehörigen mindestens in dem Umfang zu bewilligen, der der Freistellungsmöglichkeit für Arbeitnehmer nach dem Gesetz über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – PflegeZG) vom 28. Mai 2008 (BGBl I S. 874, 896) in der jeweils geltenden Fassung entspricht.“

cc) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Satznummerierung „[1]“ wird gestrichen.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

26. In Art. 95 Abs. 2 wird das Wort „Bundesbesoldungsgesetz“ durch die Worte „Bayerischen Besoldungsgesetz“ ersetzt.

27. Art. 96 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden nach dem Wort „Ehegatten“ die Worte „oder den Lebenspartner (Lebenspartner und Lebenspartnerin im Sinn des § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes)“ eingefügt und wird das Wort „Bundesbesoldungsgesetz“ durch die Worte „Bayerischen Besoldungsgesetz“ ersetzt.

b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „Ehegatten“ die Worte „oder Lebenspartnern“ eingefügt.

bb) In Satz 6 Nr. 6 werden nach dem Wort „Ehegatten“ die Worte „oder Lebenspartner“ eingefügt.

c) In Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 Buchst. b werden nach dem Wort „Ehegatten“ die Worte „oder Lebenspartner“ eingefügt.

28. Art. 97 wird aufgehoben.

29. In Art. 110 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 werden die Worte „§ 25“ durch die Worte „§ 24“ ersetzt.

30. Art. 115 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Im einleitenden Satzteil werden nach dem Wort „Gesetzes“ werden die Worte „oder des Leistungslaufbahngesetzes“ eingefügt.

b) Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. als Kompetenzzentrum dienstherrenübergreifende Konzepte für Personalentwicklungsmaßnahmen unter Einbindung der obersten Dienstbehörden zu erstellen,“.

31. In Art. 117 Abs. 1 Satz 3 werden das Komma und Halbsatz 2 gestrichen.

32. Art. 119 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Abs. 1 eingefügt:

„(1) Soweit eine Zuständigkeit des Landespersonalausschusses nach dem Leistungslaufbahngesetz oder nach diesem Gesetz begründet ist, kann dieser seine Beschlüsse in Einzelfällen oder in Gruppen von Fällen fassen.“

b) Die bisherigen Abs. 1 und 2 werden Abs. 2 und 3.

33. In Art. 120 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Art. 41“ durch die Worte „Art. 22 LlbG“ ersetzt.

34. In Art. 121 Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „Art. 40 Abs. 2 Satz 2“ durch die Worte „Art. 53 Satz 2 LlbG“ ersetzt.

35. Art. 122 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Satznummerierung „[1]“ wird gestrichen.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

b) In Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „oder einer gleichwertigen Laufbahn“ durch das Wort „Fachlaufbahn“ ersetzt.

c) Abs. 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 werden die Worte „§§ 49 bis 59, 62 und 90 BeamtVG“ durch die Worte „Art. 5 bis 10, 69 bis 74, 80 und 83 bis 92 BayBeamtVG“ ersetzt.

bb) In Satz 4 werden die Worte „§ 53 Abs. 7 BeamtVG“ durch die Worte „Art. 83 Abs. 4 BayBeamtVG“ ersetzt.

36. Art. 126 wird aufgehoben.

37. Art. 127 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 wird der Strichpunkt durch einen Schlusspunkt ersetzt.

b) Die Worte „die oberste“ werden durch die Worte „[3]Die oberste“ ersetzt.

38. Art. 128 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 3 wird die Zahl „67“ durch die Zahl „65“ ersetzt.

b) In Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „innerhalb ihrer Laufbahngruppe“ gestrichen, der Schlusspunkt wird durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„die neue Tätigkeit muss mindestens einem Amt ab ihrer Qualifikationsebene entsprechen.“

39. Art. 129 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird die Zahl „60“ durch die Zahl „62“ ersetzt.

b) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„[2]Beamte und Beamtinnen im Sinn des Satzes 1 können auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben.“

40. Art. 132 erhält folgende Fassung:

„Art. 132
Feuerwehrbeamte und Feuerwehrbeamtinnen

[1]Für die Beamten und Beamtinnen des feuerwehrtechnischen Dienstes im Einsatzdienst der Feuerwehren gilt Art. 129 entsprechend. [2]Dies gilt ebenso für die Beamten und Beamtinnen des feuerwehrtechnischen Dienstes, die in einer Integrierten Leitstelle tätig sind.“

41. Art. 134 wird wie folgt geändert:

    a) In Abs. 1 Nr. 1 werden die Worte „26 bis 40,“ gestrichen.

    b) In Abs. 2 werden die Worte „§ 68 BeamtVG“ durch die Worte „Art. 63 BayBeamtVG“ ersetzt.

42. Art. 138 wird wie folgt geändert:

    a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

        aa) In Satz 3 wird das Wort „Laufbahnbefähigung“ durch die Worte „Qualifikation für die Fachlaufbahn“ ersetzt.

        bb) In Satz 4 Halbsatz 2 wird das Wort „Laufbahnprüfung“ durch das Wort „Qualifikationsprüfung“ ersetzt.

    b) In Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „des Laufbahnrechts“ durch die Worte „im Sinn des Leistungslaufbahngesetzes“ ersetzt.

43. Art. 139 wird wie folgt geändert:

    a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

        „[1]Wechseln Beamte oder Beamtinnen, die in der zweiten oder dritten Qualifikationsebene einsteigen, in der Zeit vom Beginn ihres Vorbereitungsdienstes oder eines gleichwertigen Qualifikationserwerbs im Sinn von Art. 38 bis 40 LlbG bis zum Ablauf von sechs Jahren nach ihrer Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zu einem Dienstherrn im Geltungsbereich dieses Gesetzes, ohne dass sich, soweit eingerichtet, der fachliche Schwerpunkt ihrer Fachlaufbahn ändert, so hat der neue Dienstherr dem bisherigen Dienstherrn die Ausbildungskosten der Beamten oder Beamtinnen nach Maßgabe der folgenden Absätze zu erstatten.“

    b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

        aa) In Satz 1 wird das Wort „Laufbahnen“ durch das Wort „Fällen“ ersetzt.

        bb) In Satz 2 wird das Wort „Laufbahn“ durch das Wort „Fachlaufbahn“ ersetzt.

    c) In Abs. 4 Satz 3 wird das Wort „Laufbahnprüfung“ durch das Wort „Qualifikationsprüfung“ ersetzt.

    d) In Abs. 5 Satz 2 werden die Worte „§ 59 Abs. 5 des Bundesbesoldungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 75 Abs. 2 BayBesG“ ersetzt.

    e) In Abs. 7 wird das Wort „Laufbahnprüfung“ durch das Wort „Qualifikationsprüfung“ ersetzt.

44. Art. 141 wird aufgehoben.

45. Art. 143 erhält folgende Fassung:

„Art. 143
Übergangsregelungen zur Anhebung der Altersgrenzen

(1) [1]Für Beamte und Beamtinnen, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, sowie für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, die vor dem 2. August 1947 geboren sind, findet Art. 62 in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung Anwendung. [2]Für Beamte und Beamtinnen, die nach dem 31. Dezember 1946 und vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, gilt als Altersgrenze abweichend von Art. 62 Sätze 1 und 2 das Ende des Monats bzw. das Ende des Schulhalbjahres, in dem das nach folgender Tabelle maßgebliche Lebensalter erreicht wird:

Beamte und Beamtinnen des Geburtsjahrgangs	Lebensalter
1947	65 Jahre und 1 Monat
1948	65 Jahre und 2 Monate
1949	65 Jahre und 3 Monate
1950	65 Jahre und 4 Monate
1951	65 Jahre und 5 Monate
1952	65 Jahre und 6 Monate
1953	65 Jahre und 7 Monate
1954	65 Jahre und 8 Monate
1955	65 Jahre und 9 Monate
1956	65 Jahre und 10 Monate
1957	65 Jahre und 11 Monate
1958	66 Jahre
1959	66 Jahre und 2 Monate
1960	66 Jahre und 4 Monate
1961	66 Jahre und 6 Monate
1962	66 Jahre und 8 Monate
1963	66 Jahre und 10 Monate

[3]Für
1. Beamte und Beamtinnen, die sich am 1. Januar 2011 in der Freistellungsphase der Altersteilzeit nach Art. 91 oder bei einer ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit auf Grund eines Arbeitszeitmodells nach Art. 87 Abs. 3 oder Art. 88 Abs. 4 bis zum Ruhestand befinden,
2. Beamte und Beamtinnen, die am 1. Januar 2011 nach Art. 89 oder 90 bis zum Beginn des Ruhestands beurlaubt sind,
3. Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, die sich am 1. Januar 2011 in der Ansparphase der Altersteilzeit im Blockmodell (Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2) befinden,

findet Art. 62 in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung Anwendung.

(2) [1]Für Beamte und Beamtinnen, die vor dem 1. Januar 1952 geboren sind, finden Art. 129 bis 132 in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung Anwendung. [2]Für Beamte und Beamtinnen, die nach dem 31. Dezember 1951 und vor dem 1. Januar 1964 ge-

boren sind, gilt als Altersgrenze abweichend von Art. 129 bis 132 das Ende des Monats, in dem das nach folgender Tabelle maßgebliche Lebensalter erreicht wird:

Beamte und Beamtinnen des Geburtsjahrgangs/-monats	Lebensalter
1952	
Januar- Juni	60 Jahre und 1 Monat
Juli – Dezember	60 Jahre und 2 Monate
1953	
Januar – Juni	60 Jahre und 3 Monate
Juli - Dezember	60 Jahre und 4 Monate
1954	
Januar - Juni	60 Jahre und 5 Monate
Juli - Dezember	60 Jahre und 6 Monate
1955	
Januar - Juni	60 Jahre und 7 Monate
Juli - Dezember	60 Jahre und 8 Monate
1956	
Januar - Juni	60 Jahre und 9 Monate
Juli - Dezember	60 Jahre und 10 Monate
1957	60 Jahre und 11 Monate
1958	61 Jahre
1959	61 Jahre und 2 Monate
1960	61 Jahre und 4 Monate
1961	61 Jahre und 6 Monate
1962	61 Jahre und 8 Monate
1963	61 Jahre und 10 Monate

[3]Für

1. Beamte und Beamtinnen, die sich am 1. Januar 2011 in der Freistellungsphase der Altersteilzeit nach Art. 91 oder bei einer ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit auf Grund eines Arbeitszeitmodells nach Art. 87 Abs. 3 oder Art. 88 Abs. 4 bis zum Ruhestand befinden,
2. Beamte und Beamtinnen, die am 1. Januar 2011 nach Art. 89 oder 90 bis zum Beginn des Ruhestands beurlaubt sind,

finden Art. 129 bis 132 in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung Anwendung.“

46. Art. 144 und 145 werden aufgehoben.

§ 5

Änderung des Bayerischen Disziplinargesetzes

Das Bayerische Disziplinargesetz (BayDG) vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 665, BayRS 2031-1-1-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2009 (GVBl S. 605), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

   „1. unwiderruflich bewilligte Unterhaltsbeiträge nach Art. 29 und 63 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG),“.

2. Art. 5 wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 1 werden die Worte „§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 2 Abs. 2 und 3 Nrn. 1 bis 4 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG)“ ersetzt.

   b) In Abs. 2 werden die Worte „§ 59 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 2 Abs. 3 Nr. 5 BayBesG“ ersetzt.

3. Art. 9 wird wie folgt geändert:

   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

      „[2]Eine dem Beamten oder der Beamtin gewährte Leistungsstufe verfällt ganz.“

      bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3; die Worte „der Laufbahn“ werden gestrichen.

      cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.

   b) In Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „folgt“ ein Strichpunkt und die Worte „zum selben Zeitpunkt verfällt eine dem Beamten oder der Beamtin gewährte Leistungsstufe“ eingefügt.

   c) In Abs. 4 Satz 1 werden nach dem Wort „werden“ die Worte „oder eine Leistungsstufe erhalten“ eingefügt.

4. Art. 10 wird wie folgt geändert:

   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 1 werden die Worte „derselben Laufbahn“ gestrichen und nach dem Wort „Endgrundgehalt“ ein Komma und die Worte „höchstens bis in das jeweilige Eingangsamt“ eingefügt.

      bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „führen“ ein Strichpunkt und die Worte „eine ihm oder ihr gewährte Leistungsstufe verfällt“ eingefügt.

   b) Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

      „[1]Vor Ablauf von fünf Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung darf der Beamte oder die Beamtin weder befördert werden noch eine Leistungsstufe erhalten.“

5. In Art. 23 Abs. 2 Satz 1 und Art. 25 Abs. 1 werden die Worte „§ 9 des Bundesbesoldungsgesetzes“ jeweils durch die Worte „Art. 9 BayBesG“ ersetzt.

6. In Art. 33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 werden die Worte „§ 59 Abs. 1 BeamtVG“ durch die Worte „Art. 80 Abs. 1 und 2 BayBeamtVG“ ersetzt.

7. In Art. 40 Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „§ 9 des Bundesbesoldungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 9 BayBesG“ ersetzt.

8. In Art. 43 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „der Beamtenbeisitzer“ durch die Worte „eines Beamtenbeisitzers“ und wird das Wort „Laufbahngruppe“ durch das Wort „Qualifikationsebene“ ersetzt.

9. In Art. 45 Abs. 1 Satz 3 wird das Wort „Laufbahngruppen“ durch das Wort „Qualifikationsebenen“ ersetzt.

10. In Art. 46 Abs. 1 Nr. 2 werden die Worte „oder Lebenspartnerin“ durch die Worte „(Lebenspartner und Lebenspartnerin im Sinn des § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes)“ ersetzt.

11. Art. 74 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
    a) In Satz 1 werden die Worte „§ 49 Abs. 1 BeamtVG“ durch die Worte „Art. 9 Abs. 2 BayBeamtVG“ ersetzt.
    b) In Satz 2 werden die Worte „§ 49 Abs. 4 bis 6 BeamtVG gelten“ durch die Worte „Art. 5 BayBeamtVG gilt“ ersetzt.

12. Art. 75 wird wie folgt geändert:
    a) In Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 werden die Worte „§ 14 Abs. 1 BeamtVG“ durch die Worte „Art. 26 Abs. 1 BayBeamtVG“ ersetzt.
    b) In Abs. 3 werden die Worte „das 65. Lebensjahr vollendet“ durch die Worte „die Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1, Art. 143 Abs. 1 BayBG erreicht“ ersetzt.
    c) Abs. 4 wird wie folgt geändert:
        aa) In Satz 1 werden die Worte „das Erlöschen“ durch die Worte „den Verlust“ und die Worte „§ 59 BeamtVG“ durch die Worte „Art. 80 BayBeamtVG“ ersetzt.
        bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Ehegatte“ die Worte „oder Lebenspartner“ und nach dem Wort „Ehe“ die Worte „oder Lebenspartnerschaft im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes“ eingefügt.

§ 6

Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern

Das Gesetz über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) vom 26. Juli 1999 (GVBl S. 309, BayRS 2032-0-F), zuletzt geändert durch § 16 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 400), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Art. 19“ durch die Worte „Art. 99“ ersetzt.
   b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird das Wort „Beamtenversorgungsgesetz“ durch die Worte „Bayerischen Beamtenversorgungsgesetz“ sowie dem Gesetz über kommunale Wahlbeamte“ ersetzt.
      bb) In Satz 2 wird das Wort „Einmalzahlung“ durch das Wort „Abfindung“ ersetzt.
2. Art. 2 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

   [1]Zur Finanzierung der Versorgungsaufwendungen wird beim Freistaat Bayern ein Sondervermögen unter dem Namen „Versorgungsrücklage des Freistaates Bayern“ errichtet.“
3. In Art. 3 Satz 2 werden die Worte „bis 3“ gestrichen.
4. Art. 6 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

      „[1]Zuführungen zu den Versorgungsrücklagen sind bis zum 31. Dezember 2017 jährlich nachträglich zum 15. Februar des Folgejahres zu Lasten der Titel für Amts-, Besoldungs- und Versorgungsbezüge in Höhe

      1. der sich durch die Maßnahmen nach § 14a Abs. 2 und 2a des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung verminderten Besoldungs- und Versorgungsausgaben des laufenden Jahres und
      2. der Hälfte der durch die Absenkung des Versorgungsniveaus nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 vom 20. Dezember 2001 (BGBl I S. 3926) und durch die Fortführung dieser Maßnahmen durch das Bayerische Beamtenversorgunsgesetz verminderten Versorgungsausgaben des laufenden Jahres

      zu leisten.“
      bb) In Satz 2 werden die Worte „die Beträge, die sich für sie nach § 14a Abs. 2, 2a und 3 BBesG ergeben,“ durch die Worte „die sich für sie nach Satz 1 ergebenden Beträge“ ersetzt.
   b) In Abs. 3 Satz 3 werden die Worte „§ 14a BBesG“ durch die Worte „Abs. 1 Satz 1“ ersetzt.
   c) In Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5 Satz 2 werden jeweils die Worte „bis 3“ gestrichen.

5. In Art. 7 Abs. 1 werden die Worte „nach Abschluss der Zuführung der Mittel (§ 14a Abs. 2, 2a und 3 BBesG)“ gestrichen und die Worte „1. Januar“ durch die Worte „dem Jahr“ ersetzt.

§ 7

Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

Das Bayerische Personalvertretungsgesetz (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2009 (GVBl S. 605), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 10 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Satz 6“ durch die Worte „Satz 5“ ersetzt.

2. Art. 69 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

   a) Satz 4 wird aufgehoben.

   b) Die bisherigen Sätze 5 und 6 werden Sätze 4 und 5.

3. Es wird folgender Art. 77a eingefügt:

„Art. 77a

[1]Die Gewährung von Leistungsbezügen (Art. 66 und 67 des Bayerischen Besoldungsgesetzes – BayBesG) und die Ablehnung des leistungsbezogenen Stufenaufstiegs (Art. 30 Abs. 2 und 3 BayBesG) sind vor der Durchführung mit dem Personalrat zu erörtern. [2]Hierfür ist er rechtzeitig über die betroffenen Beschäftigten sowie die Höhe und die Dauer der zu gewährenden Beträge zu unterrichten; die erforderlichen Unterlagen sind ihm zur Einsicht vorzulegen.“

4. In Art. 78 Abs. 1 und 2 werden die Worte „Sätze 3 und 4“ jeweils durch die Worte „Satz 3“ und die Worte „und Art. 77“ jeweils durch die Worte „, Art. 77 und 77a“ersetzt.

§ 8

Änderung des Bayerischen Richtergesetzes

Das Bayerische Richtergesetz – BayRiG – (BayRS 301-1-J), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 348), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht erhält Art. 82b folgende Fassung:

   „Art. 82b Ausführung des Richterwahlgesetzes“.

2. Art. 7 wird wie folgt geändert:

   a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

   „(1) [1]Richter auf Lebenszeit treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie das 67. Lebensjahr vollenden. [2]Richter auf Lebenszeit, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, erreichen die Altersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres. [3]Richter auf Lebenszeit, die nach dem 31. Dezember 1946 und vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, treten mit Ablauf des Monats in den Ruhestand, in dem das nach folgender Tabelle maßgebliche Lebensalter erreicht wird:

Richter des Geburtsjahrgangs	Lebensalter
1947	65 Jahre und 1 Monat
1948	65 Jahre und 2 Monate
1949	65 Jahre und 3 Monate
1950	65 Jahre und 4 Monate
1951	65 Jahre und 5 Monate
1952	65 Jahre und 6 Monate
1953	65 Jahre und 7 Monate
1954	65 Jahre und 8 Monate
1955	65 Jahre und 9 Monate
1956	65 Jahre und 10 Monate
1957	65 Jahre und 11 Monate
1958	66 Jahre
1959	66 Jahre und 2 Monate
1960	66 Jahre und 4 Monate
1961	66 Jahre und 6 Monate
1962	66 Jahre und 8 Monate
1963	66 Jahre und 10 Monate

   [4]Für Richter auf Lebenszeit, die sich am 1. Januar 2011 in der Freistellungsphase der Altersdienstermäßigung nach Art. 8c oder bei einer ungleichmäßigen Verteilung des Dienstes auf Grund eines Dienstzeitmodells nach Art. 8a Abs. 4 in der Freistellungsphase bis zum Ruhestand befinden, gilt als Altersgrenze das Ende des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden. [5]Dasselbe gilt für Richter auf Lebenszeit, die am 1. Januar 2011 nach Art. 8 oder 8b bis zum Beginn des Ruhestands beurlaubt sind.“

   b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

   aa) Satz 2 wird aufgehoben.

   bb) Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.

c) In Abs. 4 werden die Worte „Ermäßigung des Dienstes gemäß Art. 8a Abs. 4 oder“ gestrichen.

3. Art. 8c Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Abs. 1 bis 4 gelten nicht für Leiter von Gerichten, die mindestens in der Besoldungsgruppe R 3 eingestuft sind.“

4. Art. 8d Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird nach dem Wort „Beamtengesetzes“ das Wort „(BayBG)“ eingefügt.

b) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„[2]Unbeschadet hiervon sind Zeiten einer Beurlaubung nach Art. 8 Abs. 1 oder nach Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 BayBG zur Pflege von Angehörigen mindestens in dem Umfang zu bewilligen, der der Freistellungsmöglichkeit für Arbeitnehmer nach dem Gesetz über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – PflegeZG) vom 28. Mai 2008 (BGBl I S. 874) in der jeweils geltenden Fassung entspricht.“

c) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

5. Art. 40 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„[1]Wählbar im Sinn des Abs. 2 sind alle Richter auf Lebenszeit, die am Wahltag bei einem Gericht des Gerichtszweigs, für den der Präsidialrat gebildet ist, seit sechs Monaten beschäftigt sind und seit mindestens sechs Jahren ohne Unterbrechung im richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Dienst tätig sind; Zeiten, in denen Richtern Elternzeit bewilligt wurde oder in denen Richter aus familiären Gründen beurlaubt waren, gelten nicht als Unterbrechung des richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Dienstes.“

b) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„[2]Eine nach Erwerb der Befähigung zum Richteramt als Beamter in einem Amt der vierten Qualifikationsebene ausgeübte Tätigkeit steht dem richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Dienst gleich.“

c) Die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden Sätze 3 bis 5.

6. Art. 52 Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„[1]Für die Wählbarkeit gelten Art. 40 Abs. 4 Sätze 1 und 2 entsprechend.“

7. Es wird folgender Art. 82b eingefügt:

„Art. 82b
Ausführung des Richterwahlgesetzes

Mitglied kraft Amtes im Richterwahlausschuss im Sinn des § 3 Abs. 3 des Richterwahlgesetzes ist das für den Geschäftsbereich der Justiz und für Verbraucherschutz zuständige Mitglied der Staatsregierung."

§ 9

Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

Dem Art. 9 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl S. 162, BayRS 34-1-I), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 958), wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Präsidenten der Verwaltungsgerichte und des Verwaltungsgerichtshofs können nach Maßgabe des Art. 56 Abs. 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes besondere Zulagen nach gerichtsinterner Ausschreibung im Benehmen mit dem Präsidium und dem Richterrat jeweils für die Dauer eines Geschäftsjahres gewähren.“

§ 10

Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung

In das Gesetz zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung – AGFGO – (BayRS 35-1-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GVBl S. 141), wird folgender Art. 6 eingefügt:

„Art. 6
Zulagen

Die Präsidenten der Finanzgerichte können nach Maßgabe des Art. 56 Abs. 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes besondere Zulagen nach gerichtsinterner Ausschreibung im Benehmen mit dem Präsidium und dem Richterrat jeweils für die Dauer eines Geschäftsjahres gewähren.“

§ 11

Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

Die Haushaltsordnung des Freistaates Bayern – Bayerische Haushaltsordnung – BayHO – (BayRS 630-1-F), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 400), wird wie folgt geändert:

1. Art. 47 wird wie folgt geändert:
   a) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Laufbahngruppe und derselben Fachrichtung“ durch das Wort „Fachlaufbahn“ ersetzt.
   b) In Abs. 3 wird das Wort „Fachrichtung“ durch das Wort „Fachlaufbahn“ ersetzt.

2. Art. 49 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 2 wird aufgehoben.
   b) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2.

3. Art. 50 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
      aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
      bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

      „[2]Bezüge im Sinn dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften sind die Besoldung der Beamten (Art. 2 BayBesG) sowie die Entgelte und vergleichbaren finanziellen Aufwendungen des Staates für Arbeitnehmer einschließlich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und der Arbeitgeberaufwendungen zur Zusatzversorgung.“
   b) In Abs. 3 Sätze 1, 2 und 3 wird das Wort „Dienstbezüge“ jeweils durch das Wort „Bezüge“ ersetzt.
   c) Abs. 5 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 2 werden vor dem Wort „niedrigeren“ die Worte „um bis zu vier Besoldungsgruppen“ eingefügt und die Worte „seiner Laufbahn“ gestrichen.
      bb) In Satz 4 werden die Worte „Absatz 3“ durch „Abs. 3“ ersetzt.
   d) In Abs. 7 werden die Worte „Absatz 1 sowie die Absätze 3“ durch die Worte „Abs. 1“ ersetzt.

4. In Art. 72 Abs. 4 Nr. 3 werden die Worte „Dienst-, Versorgungs- und entsprechende Bezüge“ durch die Worte „Bezüge, Versorgungsbezüge und entsprechende Geldleistungen“ ersetzt.

§ 12

Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes

In Art. 6 Abs. 1 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über die Reisekostenvergütung der Beamten und Richter (Bayerisches Reisekostengesetz – BayRKG) vom 24. April 2001 (GVBl S. 133, BayRS 2032-4-1-F), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287), werden nach dem Wort „Ehegatten“ die Worte „, des Lebenspartners im Sinn des § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes“ eingefügt.

§ 13

Änderung des Bayerischen Umzugskostengesetzes

Das Bayerische Gesetz über die Umzugskostenvergütung der Beamten und Richter (Bayerisches Umzugskostengesetz – BayUKG) vom 24. Juni 2005 (GVBl S. 192, BayRS 2032-5-1-F), geändert durch § 18 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 400), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 2 Abs. 2 werden nach dem Wort „Ehegatte," die Worte „der Lebenspartner (Lebenspartner und Lebenspartnerin im Sinn des § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes)," eingefügt.

2. In Art. 6 Abs. 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Ehegatte" die Worte „, der Lebenspartner," eingefügt.

3. In Art. 11 Abs. 1 Nr. 3 werden nach dem Wort „Ehegatte" das Wort „, Lebenspartners" eingefügt.

§ 14

Änderung des Rechnungshofgesetzes

Das Gesetz über den Bayerischen Obersten Rechnungshof – Rechnungshofgesetz – RHG – (BayRS 630-15-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 665), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 3 Abs. 3 Satz 1 wird nach dem Wort „mindestens“ das Wort „Leitende“ eingefügt.

2. Art. 7 Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

   „[3]Der Beamte soll den Anforderungen nach Art. 3 Abs. 2 Satz 1 genügen.“

§ 15

Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung (BayRS 1102-1-F), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 400), wird wie folgt geändert:

1. Art. 10 wird wie folgt geändert:

   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nr. 1 wird das Wort „Bundesbesoldungsgesetzes“ durch die Worte „Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG)“ ersetzt.

      bb) In Nr. 2 werden die Worte „§ 40 Abs. 4 des Bundesbesoldungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 36 Abs. 4 BayBesG“ und das Wort „Ehegatten“ durch die Worte „anderen Berechtigten“ ersetzt.

      cc) In Nr. 4 werden nach dem Wort „Beamte“ die Worte „des Freistaates Bayern“ eingefügt.

   b) Abs. 5 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 1 werden die Worte „§ 8 des Bundesbesoldungsgesetzes einschließlich der dazu ergangenen Übergangsvorschriften“ durch die Worte „Art. 8 BayBesG“ ersetzt.

      bb) Es werden folgender neuer Satz 2 und folgender Satz 3 eingefügt:

      „[2]Beziehen Mitglieder der Staatsregierung ein Ruhegehalt nach Art. 14 oder 15 des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments (Beschluss 2005/684/EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 28. September 2005 zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments – ABl L 262 S. 1; im Folgenden: Abgeordnetenstatut), ruhen die Amtsbezüge um 50 v. H. des Ruhegehalts. [3]Satz 2 gilt entsprechend beim Bezug von Übergangsgeld nach Art. 13 des Abgeordnetenstatuts.“

      cc) Der bisherige Satz 2 wird Satz 4.

2. Art. 10a wird aufgehoben.

3. Art. 11 wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „den Vorschriften des Gesetzes über eine bayerische Sonderzahlung (Bayerisches Sonderzahlungsgesetz – BaySZG)“ durch die Worte „Art. 83 BayBesG“ ersetzt.

   b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „§§ 31 und 31a des Beamtenversorgungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 46 und 64 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG)“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Worte „§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Beamtenversorgungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayBeamtVG“ ersetzt.

4. In Art. 13 Abs. 2 werden nach dem Wort „Beamte“ die Worte „des Freistaates Bayern“ eingefügt.

5. Art. 15 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. die für Beamte des Freistaates Bayern geltende Regelaltersgrenze erreicht wird,“.

bbb) In Nr. 3 wird die Zahl „60“ durch die Zahl „62“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird die Zahl „62“ durch die Zahl „64“ ersetzt.

cc) Satz 3 wird wie folgt geändert:

aaa) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. vor Beginn des Monats, in dem die für Beamte des Freistaates Bayern geltende Regelaltersgrenze erreicht wird, vorzeitig in Anspruch nimmt,“.

bbb) In Nr. 2 wird die Zahl „63“ durch die Zahl „65“ und die Zahl „60“ durch die Zahl „62“ ersetzt.

b) Es wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) [1]Ein ehemaliges Mitglied der Staatsregierung, das die Voraussetzung des Abs. 1 nicht erfüllt, wird in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch über die Nachversicherung auf Antrag für die Dauer der Amtszeit nachversichert. [2]Dies gilt nicht, soweit die Amtszeit in einer öffentlich-rechtlichen Versicherung oder in einer Versorgung nach dienstrechtlichen Grundsätzen berücksichtigt ist oder wird. [3]Stellt ein ehemaliges Mitglied der Staatsregierung einen Antrag nach Satz 1, beginnt bei einer erneuten Berufung als Mitglied der Staatsregierung die Frist für die Mindestamtsdauer nach Abs. 1 neu zu laufen.“

6. In Art. 16a Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „§ 17 des Beamtenversorgungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 32 BayBeamtVG“ ersetzt.

7. In Art. 19 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „das 65. Lebensjahr vollendet“ durch die Worte „die für Beamte des Freistaates Bayern geltende Regelaltersgrenze erreicht“ ersetzt.

8. Art. 22 wird wie folgt geändert:

   a) Abs. 4 erhält folgende Fassung:

      „(4) [1]Für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung und ihre Hinterbliebenen findet Art. 85 BayBeamtVG mit der Maßgabe Anwendung, dass Leistungen nach Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 BayBeamtVG, zu denen auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst der Arbeitgeber nicht mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat, und Leistungen nach Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 BayBeamtVG unberücksichtigt bleiben. [2]Art. 86 BayBeamtVG gilt sinngemäß.“

   b) In Abs. 5 wird das Wort „wird“ durch das Wort „werden“ ersetzt und werden nach der Klammer die Worte „und Leistungen nach dem Abgeordnetenstatut“ eingefügt.

   c) Abs. 6 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 3 werden die Worte „§ 53 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 88 Abs. 2 BayBeamtVG“ ersetzt.

      bb) In Satz 5 werden die Worte „das 65. Lebensjahr vollendet“ durch die Worte „die für Beamte des Freistaates Bayern geltende Regelaltersgrenze erreicht“ ersetzt.

   d) In Abs. 7 werden die Worte „§ 53 Abs. 7 des Beamtenversorgungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 83 Abs. 4 BayBeamtVG“ und die Worte „§ 53 Abs. 8 des Beamtenversorgungsgesetzes“ durch die Worte „Art. 83 Abs. 5 BayBeamtVG“ ersetzt.

   e) In Abs. 8 Sätze 1 und 2 werden die Worte „§ 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes“ jeweils durch die Worte „Art. 69 BayBeamtVG“ ersetzt.

   f) Es wird folgender Abs. 9 angefügt.

      „(9) [1]Bezieht ein Versorgungsberechtigter eine Entschädigung nach Art. 10 des Abgeordnetenstatuts, so werden die Versorgungsbezüge um 50 v. H., jedoch höchstens um 50 v. H. der Entschädigung gekürzt. [2]Bezieht ein Versorgungsberechtigter Versorgungsbezüge nach Art. 14, 15 und 17 des Abgeordnetenstatuts, ruhen die Versorgungsbezüge um 50 v. H. des Betrags, um den sie und die Versorgungsbezüge nach dem Abgeordnetenstatut die Entschädigung nach Art. 10 des Abgeordnetenstatuts übersteigen. [3]Das Übergangsgeld nach Art. 13 des Abgeordnetenstatuts zählt zu den Versorgungsbezügen.“

9. Art. 25c wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 3 werden die Worte „§ 69e Abs. 3 Sätze 1 und 5 und Abs. 4 des Beamtenversorgungsgesetzes ist“ durch die Worte „Art. 103 Abs. 1 Satz 1 und Art. 107 Abs. 1 und 2 BayBeamtVG sind“ ersetzt.

b) In Abs. 4 werden die Worte „gilt § 69e Abs. 3 Sätze 1 und 5 des Beamtenversorgungsgesetzes“ durch die Worte „gelten Art. 103 Abs. 1 Satz 1 und Art. 107 Abs. 1 BayBeamtVG“ ersetzt.

10. Art. 25e erhält folgende Fassung:

„Art. 25e

(1) [1]Für Mitglieder der Staatsregierung, die vor dem 1. Januar 1952 geboren sind, findet Art. 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung Anwendung. [2]Für Mitglieder der Staatsregierung, die nach dem 31. Dezember 1951 und vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, gilt als Altersgrenze abweichend von Art. 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 der Beginn des Monats, in dem das in der Tabelle des Art. 143 Abs. 2 Satz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes maßgebliche Lebensalter erreicht wird.

(2) [1]Für Mitglieder der Staatsregierung, die vor dem 1. Januar 1950 geboren sind, findet Art. 15 Abs. 2 Satz 2 in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung Anwendung. [2]Für Mitglieder der Staatsregierung, die nach dem 31. Dezember 1949 und vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, gilt als Altersgrenze abweichend von Art. 15 Abs. 2 Satz 2 der Beginn des Monats, in dem das nach folgender Tabelle maßgebliche Lebensalter erreicht wird:

Geburtsjahrgang / -Monat	Lebensalter
1950	
Januar - März	62 Jahre und 1 Monat
April - Juni	62 Jahre und 2 Monate
Juli – September	62 Jahre und 3 Monate
Oktober - Dezember	62 Jahre und 4 Monate
1951	62 Jahre und 5 Monate
1952	62 Jahre und 6 Monate
1953	62 Jahre und 7 Monate
1954	62 Jahre und 8 Monate
1955	62 Jahre und 9 Monate
1956	62 Jahre und 10 Monate
1957	62 Jahre und 11 Monate
1958	63 Jahre
1959	63 Jahre und 2 Monate
1960	63 Jahre und 4 Monate
1961	63 Jahre und 6 Monate
1962	63 Jahre und 8 Monate
1963	63 Jahre und 10 Monate

(3) [1]In den Fällen des Art. 15 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 gilt Art. 106 Abs. 3 BayBeamtVG sinngemäß. [2]Bei mindestens zehnjähriger Amtszeit ist Art. 106 Abs. 3 BayBeamtVG mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle des 63. Lebensjahres das 60. Lebensjahr und an die Stelle des 64. Lebensjahres des 61. Lebensjahr tritt.

(4) [1]Unbeschadet der Art. 24 bis 25c findet für die am 1. Januar 2011 vorhandenen ehemaligen Mitglieder der Staatsregierung Art. 15 Abs. 2 in der bis zum Ablauf des 31. Dezembers 2010 geltenden Fassung Anwendung. [2]Entsprechendes gilt für Hinterbliebene von den in Satz 1 bezeichneten Versorgungsempfängern.

(5) Für die Anwendung des Art. 22 Abs. 4 gilt Art. 101 Abs. 5 BayBeamtVG sinngemäß.“

§ 16

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31. Dezember 2010 treten außer Kraft:

1. das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2001 (GVBl S. 458, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch § 17 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl. S. 400),
2. das Gesetz über eine bayerische Sonderzahlung (Bayerisches Sonderzahlungsgesetz – BaySZG) vom 24. März 2004 (GVBl S. 84, BayRS 2032-6-F), zuletzt geändert durch § 19 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 400),
3. das Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2000 (GVBl S. 928), geändert durch Art. 19 des Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 937),
4. das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 (BayBVAnpG 2007/2008) vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 931, BayRS 2032-8-F), zuletzt geändert durch § 20 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 400),
5. das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2009/2010 (BayBVAnpG 2009/2010) vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 348, BayRS 2032-9-F),
6. die Verordnung über die Beifügung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen vom 26. September 1997 (GVBl S. 523, BayRS 2032-2-7-F), geändert durch Verordnung vom 2. August 1999 (GVBl S. 364),
7. die Verordnung über die Beifügung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen im kommunalen Bereich vom 27. Februar 1978 (BayRS 2032-2-23-I), geändert durch § 2 der Verordnung vom 25. Mai 2009 (GVBl S. 221),
8. die Verordnung über die Festlegung von Stellenobergrenzen für den staatlichen und außerstaatlichen Bereich in Bayern (Bayerische Stellenobergrenzenverordnung – BayStOGV) vom 13. Januar 2006 (GVBl S. 55, BayRS 2032-2-12-F),
9. die Verordnung über die Gewährung von Stellenzulagen (Bayerische Stellenzulagenverordnung – BayStZulV) vom 11. März 2003 (GVBl S. 166, BayRS 2032-2-10-F), geändert durch § 12 des Gesetzes vom 7. August 2003 (GVBl S. 503),
10. die Verordnung über das leistungsabhängige Aufsteigen in den Grundgehaltsstufen (Leistungsstufenverordnung – LStuV) vom 20. Februar 1998 (GVBl S. 62, BayRS 2032-3-1-5-F), zuletzt geändert durch § 2 der Verordnung vom 7. August 2007 (GVBl S. 573),
11. die Verordnung über die Gewährung von Prämien und Zulagen für herausragende besondere Leistungen (Bayerische Leistungsprämien- und Leistungszulagenverordnung – BayLPZV) vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 1020, BayRS 2032-3-1-6-F), zuletzt geändert durch § 1 der Verordnung vom 7. August 2007 (GVBl S. 573),
12. die Verordnung über die Gewährung von Leistungsbezügen für Professoren und Professorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen, über die Gewährung von Forschungs- und Lehrzulagen und über die Gewährung einer Nebenamtsvergütung für Professoren und Professorinnen (Bayerische Hochschulleistungsbezügeverordnung – BayHLeistBV) vom 15. Dezember 2004 (GVBl S. 575, BayRS 2032-3-4-1-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Januar 2008 (GVBl S. 37),

13. die Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit (DBZV) vom 18. Juli 2006 (GVBl S. 416, BayRS 2032-2-13-F), geändert durch Verordnung vom 2. Dezember 2009 (GVBl S. 612),
14. § 1 und die Anlage der Verordnung zur Regelung dienstrechtlicher Angelegenheiten der Bayerischen Staatsforsten (DienstBaySFV) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 550, BayRS 2030-3-7-2-L),
15. die Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamtinnen und Beamten (Laufbahnverordnung – LbV) vom 1. April 2009 (GVBl S. 51, BayRS 2030-2-1-2-F).

Begründung

A. Allgemeines

Durch die Föderalismusreform I wurden die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes für die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienste der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen (Art. 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GG a.F.) sowie die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Besoldung und Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Art. 74a GG a.F.) aufgehoben. Die Regelung des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts sowie des Statusrechts (unter Beachtung des Beamtenstatusgesetzes) der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter des Landes, der Kommunen und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Dienstherrn ist jetzt wieder Sache der Länder.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zum Neuen Dienstrecht in Bayern nutzt der Freistaat Bayern umfassend diese gewonnenen Kompetenzen. Das Dienstrecht der Beamtinnen und Beamten wird weiter optimiert, und es werden klare, flexible und leistungsorientierte Regelungen geschaffen.

Das Gesetzespaket baut auf den 2008 in der Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag vorgestellten Eckpunkten auf. Es umfasst Änderungen im Statusrecht der Beamtinnen und Beamten und eine vollständige Neuregelung des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts.

I. Statusrecht

Die nachhaltige und generationengerechte Gestaltung der Beamtenversorgung ist eine Daueraufgabe, die die Verpflichtung umfasst, ständig zu überprüfen, ob die bereits ein- geleiteten Maßnahmen ausreichen und ob ggf. weitere Maßnahmen zur langfristigen Stabilisierung der Alterssicherung zu ergreifen sind. Dies gilt für die steuerfinanzierte Versorgung ebenso wie für die beitrags- und steuerfinanzierte gesetzliche Rentenversicherung. Die aus der demographischen Entwicklung resultierenden wachsenden Belastungen können daher nicht allein den im Erwerbsleben stehenden Beitrags- und Steuerzahlern der jüngeren Generation aufgebürdet werden. Um die aktive Generation nicht zu überfordern, muss den steigenden Versorgungsausgaben auch durch Maßnahmen begegnet werden, die die heutigen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und damit die ältere Generation einbeziehen. Auf diese Weise werden unvermeidliche Lasten gerecht zwischen Jung und Alt verteilt.

Daher sollen die Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung auch weiterhin unter Berücksichtigung der Unterschiede in den Alterssicherungssystemen wirkungsgleich auf das Versorgungsrecht übertragen werden. Dies betrifft nicht nur die Beamten und Beamtinnen, sondern auch die Mitglieder der Staatsregierung. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der gleichgelagerten Problemsituation der demographischen Entwicklung ebenso wie aus den Gesichtspunkten der sozialen Symmetrie.

Mit dem Gesetzentwurf soll ein modernes und transparentes Beamtenrecht geschaffen werden, das die Beamtenversorgung langfristig sichert und Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der Systeme wirkungsgleich in das Versorgungsrecht überträgt. Wie in der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Pen-

sionseintrittsalter der Beamtinnen und Beamten schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Vollzugsbeamte mit 20 Jahren Tätigkeit im Schicht- oder Wechselschichtdienst oder vergleichbar belastenden unregelmäßigen Diensten können mit der Vollendung des 60. Lebensjahres abschlagsfrei in den Ruhestand treten. Lehrer an öffentlichen Schulen treten künftig zum Ende oder auf Antrag zu Beginn des Schuljahres mit entsprechenden Zu- oder Abschlägen in den Ruhestand, in dem sie die allgemeine gesetzliche Altersgrenze erreichen. Die Altersgrenze von 64 Jahren für einen voraussetzungslosen Ruhestand auf Antrag wird beibehalten. Die Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte bleibt ebenfalls unverändert.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stehen die Versorgungssysteme weiterhin vor großen Herausforderungen. Die höhere Lebenserwartung bewirkt eine durchschnittlich längere Pensionsbezugsdauer. Dies führt zu einer Veränderung des Verhältnisses von aktiver Erwerbsphase zu durchschnittlicher Pensionsbezugsphase. Darüber hinaus wird sich der Altenquotient langfristig deutlich verschieben. Den Älteren werden in Zukunft immer weniger Jüngere gegenüberstehen.

Vor dem Hintergrund der weiter steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen ist die stufenweise Anhebung der Altersgrenze für den Ruhestandseintritt von bisher 65 Jahren auf das 67. Lebensjahr eine wichtige Maßnahme, um die Funktionsfähigkeit der Versorgungssysteme erhalten zu können.

Die Anhebung der Altersgrenzen ist auch aus ökonomischen Gründen unerlässlich. Mit dem demografischen Wandel wird in Zukunft auch die Zahl junger qualifizierter Erwerbspersonen zurück gehen. Mit der Anhebung der Altersgrenzen wird deswegen auch einem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt. Zudem sind die Erfahrungen und das Wissen älterer Beamtinnen und Beamten wichtige Ressourcen.

II. Laufbahnrecht

Die Neugestaltung der laufbahnrechtlichen Vorschriften im Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen setzt insbesondere die Eckpunkte 5 und 6 für ein Neues Dienstrecht in Bayern um.

Die vier Laufbahngruppen werden durch eine durchgehende Leistungslaufbahn ersetzt, in die entsprechend dem Schul- und Hochschulrecht nach Vor- und Ausbildung sowie gegebenenfalls unter Berücksichtigung beruflicher Leistungen in vier unterschiedlichen Qualifikationsebenen eingestiegen wird.

Konsequenz der Leistungslaufbahn ist eine umfassende Umstrukturierung der bisherigen „Verwendungsaufstiege“ in ein modulares System lebenslangen Lernens. Deren Grundlage sind zeitlich und inhaltlich passgenauere Konzepte, in denen die Berufserfahrung an Stellenwert gewinnt. Die Qualitätssicherung erfolgt unter anderem durch die Genehmigung der Konzepte durch den Landespersonalausschuss.

Die hohe Anzahl an Laufbahnen in Bayern wird zu insgesamt sechs Fachlaufbahnen gebündelt. Der Laufbahnwechsel, der künftig nur mehr bei einem Wechsel zwischen den sechs Fachlaufbahnen stattfindet, wird damit auf das unbedingt notwendige Maß reduziert.

Darüber hinaus ändern sich auch die Aufgaben des Landespersonalausschusses. Sie werden vor allem im Bereich der Personalentwicklung liegen.

In Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen erstmalig geregelt ist die Leistungsfeststellung für das Vorrücken in den Stufen des Grundgehalts.

III. Besoldungsrecht

Der vorliegende Gesetzentwurf hat im Wesentlichen folgenden Inhalt:

1. Abkehr vom Besoldungsdienstalter

Das Anfangsgrundgehalt ergibt sich künftig aus der ersten mit einem Wert belegten Stufe der Besoldungsgruppe des Eingangsamtes. Der Aufstieg in den Stufen der Tabelle richtet sich altersunabhängig nach Dienstzeiten und Erfahrung. Das bisherige System des Besoldungsdienstalters wird damit abgelöst. Infolgedessen ist die Grundgehaltstabelle der Besoldungsordnung A anzupassen.

Die Einstufung in die Grundgehaltstabelle erfolgt im Zeitpunkt der erstmaligen Ernennung grundsätzlich in die erste mit einem Wert belegte Stufe. Basis für die Festlegung der Stufen ist damit grundsätzlich der tatsächliche Diensteintritt. Um die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu stärken, können anerkennenswerte Zeiten, die Bewerber und Bewerberinnen vor dem tatsächlichen Diensteintritt verbracht haben, bei der Stufenzuordnung berücksichtigt werden. Die Berücksichtigungsfähigkeit von Zeiten bei einem Dienstherrn eines anderen Landes bzw. des Bundes gewährleisten Flexibilität und Mobilität der Beamten und Beamtinnen.

Für den Aufstieg in den Stufen der Grundgehaltstabelle ist Voraussetzung, dass die erbrachten Leistungen Mindestanforderungen entsprechen, was in einer Leistungsfeststellung niedergelegt werden muss. Der bisherige Rhythmus von zwei, drei und vier Jahren für das regelmäßige Aufsteigen wird beibehalten. Zeiten, in denen kein Grundgehalt bezogen wird, werden beim Stufenaufstieg nicht berücksichtigt; Ausnahmen gelten auch hier für anerkennenswerte förderliche Zeiten z. B. der Kindererziehung oder Pflege. Durch die Streichung einzelner Stufen wird der Maximalzeitraum vom Stufeneinstieg bis zum Erreichen der Endstufe bei Erbringung der Mindestanforderungen von bisher 32 Jahren auf 30 Jahre verkürzt. Die zeitliche Staffelung mit kürzeren Stufenlaufzeiten zu Beginn und später länger werdenden Stufenlaufzeiten berücksichtigt den intensiveren Lern- und Erfahrungsprozess in den Anfangsjahren einer beruflichen Tätigkeit.

Nicht anforderungsgerechte Leistungen hemmen das Vorrücken in den Stufen. Dieses Anhalten soll eine gewisse sanktionierende Wirkung entfalten; erst nach einer erneuten Leistungsfeststellung mit positivem Ergebnis beginnt die Regeldauer der dann verspätet erreichten Stufe. In der Konsequenz schiebt sich der Zeitpunkt des Erreichens des Endgrundgehalts hinaus. Die neue Systematik des Vorrückens in den Stufen der Grundgehaltstabelle spiegelt die besondere Betonung des Leistungsgedankens im neuen Recht wider.

Die Grundgehaltstabelle der Besoldungsordnung A wird dahingehend modifiziert, dass die erste mit einem Wert belegte Stufe der Besoldungsgruppen A 3 bis A 7, A 12 bis A 14 und die zweite mit einem Wert belegte Stufe der Besoldungsgruppen A 13 und A 14 gestrichen werden. Durch Anfügen weiterer Stufen der Grundgehaltstabelle mit steigenden Beträgen in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 6 erhöht sich das Endgrundgehalt dieser Besoldungsgrup-

pen. Zur Vereinfachung und Deregulierung ist der Betrag der bisherigen allgemeinen Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 zu den Besoldungsordnungen A und B für die Besoldungsgruppen A 6 bis A 8 in die Beträge der Grundgehaltstabelle eingearbeitet worden.

Auch in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 wird das bisherige Lebensaltersprinzip durch eine Anknüpfung an die Berufserfahrung ersetzt. Die Grundgehaltstabelle der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 wird dahin modifiziert, dass die erste mit einem Wert belegte Stufe gestrichen wird. Der Einstieg erfolgt auch hier vorbehaltlich der Berücksichtigung anerkennenswerter Zeiten unabhängig vom Lebensalter in der ersten Stufe ihrer Besoldungsgruppe. Der bisherige Zweijahresrhythmus für das Aufsteigen in den Stufen bleibt unverändert. Aufgrund der verfassungsrechtlich garantierten richterlichen Unabhängigkeit erfolgt das Aufsteigen weiterhin automatisch und nicht aufgrund einer Leistungsfeststellung.

2. Neue Besoldungsordnungen

Das neue Bayerische Besoldungsgesetz greift die Bundesbesoldungsordnungen A, B, W, C und R sowie die ergänzenden Bayerischen Besoldungsordnungen A, B, A kw und B kw auf. Es führt die Besoldungsordnungen A und B zusammen, passt sie an die bayerischen Verhältnisse an und modernisiert sie. Die der Ämterordnung der Besoldungsordnung A zugrunde liegende Struktur wird dabei mit der neuen Leistungslaufbahn, die auf starre Laufbahngruppengrenzen verzichtet, harmonisiert.

In der Besoldungsordnung A wird das Einstiegsniveau der ersten Qualifikationsebene durch Wegfall der Besoldungsgruppe A 2 angehoben; das neue Mindesteingangsamt ist nun in Besoldungsgruppe A 3 angesiedelt, in Folge erweitert sich die Einstiegsbandbreite in der ersten Qualifikationsebene von Besoldungsgruppe A 4 auf A 5. Außerdem werden die Zwischenämter, d. h. Ämter mit Amtszulagen, in den Besoldungsgruppen A 3 mit A 5 aufgelöst, indem sie auf die jeweils nächst höhere Besoldungsgruppe angehoben werden.

Zur Realisierung der Leistungslaufbahn durch die Öffnung der Laufbahngruppen werden die Verzahnungsämter in den Besoldungsgruppen A 6, A 9 und A 13, d. h. die Spitzenämter der bisherigen niedrigeren Laufbahngruppen, die zugleich Eingangsämter der nächsten Laufbahngruppe sind, aufgelöst und mit jeweils einer einheitlichen Amtsbezeichnung versehen (einzige Ausnahme ist der Polizeibereich). Die Amtszulagen zu diesen Ämtern werden im bisherigen Umfang fortgeführt.

Bei den Amtsbezeichnungen der Besoldungsordnung A werden entbehrliche Funktionsbezeichnungen gestrichen und das Amt konkretisierende Funktionszusätze – soweit diese weiterhin benötigt werden- in Fußnoten verlagert. Dies führt zu einer erheblichen Vereinfachung der Besoldungsordnung A. Zur Konsolidierung der neuen Besoldungsordnung trägt dabei insbesondere die neue Systematik der Lehrerämter bei, die auf einen gesetzlichen Funktionenkatalog verzichtet und so eine übersichtliche, zeitlose Ordnung bietet. Diese ermöglicht es, auch auf veränderte Verhältnisse zu reagieren, ohne dass zugleich umfangreiche Gesetzesänderungen notwendig wären. Dazu trägt insbesondere der weitgehende Verzicht auf Schülerzahlen als gesetzliches Bewertungskriterium bei. Dieses wird nur noch im Bereich der Grund- und Hauptschulen konkret bestimmt (Art. 27 Abs. 6) und bietet einen ausreichenden Orientierungspunkt auch für die übrigen Schularten. Infolge der funktionslosen Beförderungsämter A 12 mit Amtszulage und A 13 im Grund- und Hauptschulbereich und A 13 mit Amtszulage im Realschulbereich, die bereits mit dem Haushaltsgesetz 2009/2010 im bayerischen Stammrecht geschaffen wurden, werden gleichzeitig Ämter der Schulleitungsebene in diesem Be-

reich abstandswahrend um eine halbe bzw. eine Besoldungsgruppe angehoben. Die unmittelbar vor der Schulleitungsebene bestehenden Funktionsämter der Beratungsrektoren werden abstandsgemäß durch Einfügung eines Zwischenamtes (A 14 mit Amtszulage) verbessert. Das zweite funktionslose Beförderungsamt im Grund- und Hauptschulbereich wird demgegenüber durch die neue Amtsbezeichnung „Studienrat, Studienrätin“ abgegrenzt; entsprechendes gilt für den Real- und Förderschulbereich.

Schließlich wird die Besoldungsordnung A um eine besondere Amtszulage zu der Besoldungsgruppe A 16 erweitert, um künftig die Leitungsämter von Behörden, die sich in Personalstärke und Bedeutung wesentlich von anderen unteren Verwaltungsbehörden abheben, angemessen besolden zu können.

Die Besoldungsordnung W wird im bayerischen Recht neu eingeführt. Die bisherige Bundesbesoldungsordnung C wird durch die Übergangsvorschrift des Art. 108 Abs. 1 Satz 1 als Bayerische Besoldungsordnung C kw fortgeführt.

Die Richterbesoldung in Bayern behält ihre Eigenständigkeit. Die im Richterrecht vorgegebene Ämterstruktur wird aufrecht erhalten und zur Förderung des Führungsnachwuchses fortentwickelt. Zu diesem Zweck erhalten die Richter und Richterinnen am Amtsgericht und am Arbeitsgericht in Besoldungsgruppe R 1 künftig eine Amtszulage, wenn sie entweder ständige Vertreter oder Vertreterinnen eines weiteren aufsichtführenden Richters oder einer weiteren aufsichtführenden Richterin oder ständige Vertreter oder Vertreterinnen eines Direktors oder einer Direktorin sind. Als ständiger Vertreter oder ständige Vertreterin eines weiteren aufsichtsführenden Richters oder einer weiteren aufsichtsführenden Richterin erhalten auch Richter und Richterinnen der Besoldungsgruppe R 1 am Sozialgericht eine Amtszulage. Entsprechendes gilt für die Richter und Richterinnen am Landgericht, die ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen eines weiteren aufsichtführenden Richters oder einer weiteren aufsichtführenden Richterin sind. Die Richter und Richterinnen am Arbeitsgericht und am Sozialgericht der Besoldungsgruppe R 2, die das Amt des weiteren aufsichtsführenden Richters oder das der weiteren aufsichtsführenden Richterin innehaben, werden den weiteren aufsichtsfühenden Richtern und Richterinnen der ordentlichen Gerichtsbarkeit gleichgestellt. Darüber hinaus wird die Führungsfunktion des weiteren aufsichtführenden Richters oder der weiteren aufsichtführenden Richterin in R 2 mit Amtszulage auch am Landgericht eingeführt. Schließlich wird innerhalb der Staatsanwaltschaften bei den Leitungsfunktionen aus Gründen der Flexibilität auf den bisher gesetzlich vorgesehenen Stellenschlüssel weitgehend verzichtet. Schließlich können für Richter und Richterinnen, für Vorsitzende Richter und Richterinnen der Besoldungsgruppe R 1 und R 2 an einem Verwaltungsgericht, an einem Finanzgericht oder beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Stellen mit einer besonderen Zulage nach Art. 56 Abs. 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes ausgebracht werden. Bei den Leitungsämtern in den Staatsanwaltschaften werden bayerische Besonderheiten, die das Bundesrecht bisher vernachlässigt hat, berücksichtigt.

3. Stärkung des Wissenschaftsstandortes Bayern

Über die allgemeine Besoldungsanpassung hinaus werden die Grundgehälter der Besoldungsgruppen W 1 bis W 3 erhöht. Ferner wird der Vergaberahmen durch Überschreitungsmöglichkeiten und die Einbeziehung von öffentlichen Drittmitteln flexibilisiert.

4. Weitere wesentliche Inhalte

Zur Betonung des Leistungsprinzips des neuen Besoldungsrechts werden die Regelungen zu flexiblen Leistungselementen, d. h. Leistungsprämien und Leistungsstufen, fortgeführt und weiterentwickelt. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf einem transparenten, einfachen Verfahren. Auch Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnung B haben künftig die Möglichkeit, Prämien zu erhalten.

Die den Amtsinhalt mitprägenden Zulagen wie die Polizeizulage, die Zulage für Beamte in Justizvollzugsanstalten oder die Feuerwehrzulage, die im Bundesrecht als Stellenzulagen bewertet wurden, werden zur Zulage für besondere Berufsgruppen zusammengefasst und den Amtzulagen gleichgestellt. Die Ministerialzulage, die ihrer Funktion entsprechend ebenfalls zum Kreis der amtsprägenden Zulagen zu zählen wäre, wird hingegen als Stellenzulage fortgeführt. Zur Erhaltung der Attraktivität des Ministerialdienstes soll sie künftig grundsätzlich an Linearanpassungen teilnehmen.

Das Instrument der Ausgleichszulage als Ersatz für eine Verringerung der Besoldung aus dienstlichen Gründen wird neu gestaltet und fördert so weiterhin Wechselbereitschaft und Flexibilität des Personaleinsatzes. Die bisherige Regelung war in der Durchführung kompliziert und wenig anwenderfreundlich. Das neue Recht führt den Gedanken der Rechts- bzw. Besitzstandswahrung fort; es unterscheidet nach verringerten Bezügebestandteilen und reagiert systematisch entweder mit der Weitergewährung der höheren Grundbezüge oder der Zahlung einer Ausgleichszulage. Eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Recht stellt die Unschädlichkeit von familien- und gesellschaftspolitischen Aspekten wie Eltern- oder Pflegezeiten bei der Berechnung des zum Bezug einer Ausgleichszulage berechtigenden prägenden Mindestbezugszeitraumes bei Wegfall einer Stellenzulage dar.

Die jährliche Sonderzahlung wird redaktionell angepasst aus dem Bayerischen Sonderzahlungsgesetz in das Besoldungsgesetz übernommen und weiterhin ohne Befristung fortgezahlt.

In das Gesetz wird für besoldungsrechtliche Ansprüche eine eigenständige Regelung zur Verjährung aufgenommen: die Frist beträgt unverändert drei Jahre. Im Unterschied zur bisherigen Regelung wird der Verjährungsbeginn aus Gründen der Rechtssicherheit und Praktikabilität einer Massenverwaltung künftig sowohl für Ansprüche des Dienstherrn wie für Ansprüche der Beamten und Beamtinnen kenntnisunabhängig ausgestaltet. Für Fälle des Bezügebetrugs gilt eine zehnjährige Frist.

5. Dereguliertes transparentes Recht

Das Bayerische Besoldungsgesetz dereguliert das Besoldungsrecht: es verleiht der Besoldung durch die Neuordnung aller Bezügebestandteile eine neue, transparente, anwenderfreundliche Systematik, Besoldungsfremde Fragen wie die der Ruhegehaltfähigkeit bleiben abschließend dem sachnäheren Versorgungsrecht überlassen. Die Regelungsdichte wird reduziert, indem Vorschriften nicht weitergeführt oder sonderregelungsintensiver Teilbereiche wie die Besoldung der kommunalen Wahlbeamten ausgeklammert werden. Die Besoldungsordnungen werden durch Verzicht auf überkommene Bezeichnungen zeitgemäß erneuert und vereinfacht. Das Gesetz fasst gesondert geregelte Teilbereiche der Besoldung wie den der Sonderzahlung zusammen. Alle vorhandenen Betroffenen werden durch einfache betragsmäßige Überleitung in das neue Recht überführt.

IV. Versorgungsrecht

Die Versorgung der bayerischen Beamten und Beamtinnen ist derzeit im Beamtenversorgungsgesetz des Bundes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung (BeamtVG), ergänzt durch Vorschriften in den bayerischen Gesetzen zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 und 2009/2010, geregelt. Künftig wird an dessen Stelle ein eigenständiges Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) treten. Es gilt für die staatlichen und nichtstaatlichen Beamten und Beamtinnen im Freistaat Bayern sowie die Richter und Richterinnen des Freistaats Bayern. Die Versorgung der kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen ist aufgrund statusrechtlicher Besonderheiten vom unmittelbaren Anwendungsbereich des BayBeamtVG ausgenommen und künftig im Gesetz über kommunale Wahlbeamte zu verankern.

Leitfaden für die inhaltliche Gestaltung des BayBeamtVG sind die Eckpunkte 8 bis 11 der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern. Die bewährten Grundsätze der Beamtenversorgung werden beibehalten. Hierzu gehören insbesondere die Versorgung aus dem letzten Amt unter Einbeziehung amtsprägender Zulagen und die Akzessorietät der Versorgung zur Besoldung. Außerdem können die Ausbildungszeiten im bisherigen Umfang berücksichtigt werden, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für qualifizierte Bewerber zu erhalten. Anpassungsbedarf gegenüber der bisherigen Regelung besteht insbesondere aufgrund der Anhebung der Altersgrenzen im BayBG. Gleichzeitig werden die teilweise sehr unübersichtlichen und im Laufe der Jahrzehnte zersplitterten Regelungen des BeamtVG neu strukturiert und im Interesse der Lesbarkeit gestrafft. Überflüssige Regelungen werden zur Deregulierung gestrichen, veraltete Regelungen den neuen rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen angepasst und inhaltliche Unstimmigkeiten beseitigt. Die Sonderzahlung ist aus rechtssystematischen Gründen nicht mehr in einem eigenständigen Sonderzahlungsgesetz, sondern jeweils im BayBesG und BayBeamtVG geregelt. Inhaltlich wird sie unverändert und ohne zeitliche Befristung fortgeführt.

Im Einzelnen lassen sich die wesentlichen Änderungen wie folgt zusammenfassen:

1. Ruhegehaltfähige Dienstzeiten und Bezüge

Die bisherige Quotelung von Ausbildungszeiten bei langen Freistellungszeiten wird nicht in das BayBeamtVG übernommen. Begünstigt hiervon sind insbesondere Beamte und Beamtinnen, die aus familiären Gründen freigestellt werden. Diese Maßnahme entspricht einem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 12. Dezember 2001 (LT-Drs. 14/8367), der seinerzeit auf Bundesebene aber nicht umsetzbar war. Die bislang auf mehrere Gesetze verstreuten Regelungen zur Ruhegehaltfähigkeit von Hochschulleistungsbezügen werden redaktionell und inhaltlich in einer Norm konsolidiert. Sie verfolgt konsequenter als bislang den Leistungsgedanken und den Grundsatz der Versorgung aus dem letzten Amt. Aufgrund der neuen hochschulrechtlichen Rahmenbedingungen wird ferner die Ruhegehaltfähigkeit wissenschaftlicher Qualifikationszeiten erweitert.

2. Referenzalter, Versorgungsauf- und abschläge

Das auf Basis der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und der ruhegehaltfähigen Bezüge ermittelte Ruhegehalt wird bei vorzeitigem Ruhestandseintritt durch einen vom Ruhestandseintrittsalter

abhängigen Versorgungsabschlag modifiziert, der die unterschiedliche Versorgungsbezugsdauer berücksichtigt. Die Referenzalter für die Berechnung des Versorgungsabschlags bei vorzeitigem Ruhestandseintritt werden den angehobenen Altersgrenzen angepasst. Im Falle eines vorzeitigen Ruhestandseintritts bei Dienstunfähigkeit und Schwerbehinderung wird das um zwei Jahre niedrigere Referenzalter beibehalten.

In Anlehnung an das Rentenrecht ist es künftig möglich, bei langjähriger Dienstzeit ohne Abschläge vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Voraussetzungen für die Abschlagsfreiheit sind die Vollendung des 64. Lebensjahres sowie die Ableistung einer Dienstzeit von 45 Jahren beim voraussetzungslosen Antragsruhestand und von 40 Jahren bei Dienstunfähigkeit und Schwerbehinderung. Beamte und Beamtinnen des Vollzugsdienstes, die 20 Jahre Schicht- oder Wechselschichtdienst sowie vergleichbar belastende unregelmäßige Dienstzeiten zurückgelegt haben, können auf Antrag ab Vollendung des 60. Lebensjahres abschlagsfrei in den Ruhestand treten. Vor diesem Hintergrund besteht umgekehrt für den bisherigen Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen keine sachliche Rechtfertigung mehr; der Wegfall entspricht einer Bundesratsinitiative Bayerns aus dem Jahre 2004 (BR-Drs. 811/04), die jedoch durch eine Übergangsregelung abgefedert wird.

Für Lehrer und Lehrerinnen, die künftig zum Ende des Schuljahres nach Erreichen der allgemeinen Altersgrenze in Ruhestand treten, wird ein Versorgungsaufschlag eingeführt. Entsprechendes gilt für Professoren und Professorinnen, die nach Erreichen der allgemeinen Altersgrenze zum Ende des Semesters in Ruhestand treten.

3. Hinterbliebenenversorgung und Unfallfürsorge

Die Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung werden redaktionell vereinfacht. Inhaltliche Unstimmigkeiten werden behoben. Die Unfallfürsorge wird neu strukturiert. Inhaltliche Unstimmigkeiten werden behoben. Das Unfallruhegehalt nimmt an der allgemeinen Absenkung des Versorgungsniveaus teil. Der Ruhegehaltssatz für das erhöhte Unfallruhegehalt bleibt dagegen unverändert bei 80 v. H. Neu eingeführt wird ein Unfallsterbegeld. Im Rahmen der einmaligen Unfallentschädigung wird der bisherige einheitliche Betrag von 80.000 € im Interesse der Einzelfallgerechtigkeit durch gestaffelte, von der Schwere der Unfallfolgen abhängige Beträge von 50.000 € bis 100.000 € ersetzt. Der Sachschadensersatz wird künftig ausschließlich im BayBG geregelt.

4. Familienbezogene Leistungstatbestände

Die familienbezogenen Leistungstatbestände nach §§ 50a ff. BeamtVG werden in einer eigenständigen versorgungsrechtlichen Regelung zusammengefasst. Die bisherige Verknüpfung mit dem Rentenrecht entfällt aus Gründen der Vereinfachung und Deregulierung; damit wird eine entsprechende Anregung des Bundesrechnungshofes aus dem Jahre 2003 aufgegriffen. Die Höhe der Zuschläge orientiert sich nicht nur an der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern an den Gesamtleistungen für die tariflich Beschäftigten einschließlich der betrieblichen Altersversorgung und berücksichtigt damit die Bifunktionalität der Beamtenversorgung. Die bisherigen Kindererziehungsergänzungszuschläge sowie die Pflege- und Kinderpflegeergänzungszuschläge gehen in den neuen Leistungstatbeständen auf.

5. Anrechnungsvorschriften

Die Anrechnung von Versorgungsleistungen außerhalb der Beamtenversorgung, die bislang teilweise über die Ermessensrichtlinien erfolgte, wird aus systematischen Gründen weitestgehend in den Anrechnungs- und Ruhensvorschriften gesetzlich verankert. Bei Bezug von Verwendungseinkünften nach der Regelaltersgrenze ist das Jahresprinzip maßgeblich; die bisherige Regelung, die im Rahmen des BayBVAnpG 2007/2008 mit Blick auf die Lehrer und Lehrerinnen eingeführt wurde, wird damit in das Stammrecht übernommen und verallgemeinert.

6. Versorgungslastenteilung

Die Versorgungslastenteilung bei landesinternen Dienstherrenwechseln wird abschließend im BayBeamtVG geregelt und mit dem Abfindungsmodell nach dem Entwurf des Staatsvertrags zur Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln harmonisiert. In Übergangsfällen wird die bisherige Erstattungsregelung möglichst weitgehend fortgeführt.

7. Überleitungsregelungen

Die Überleitungsregelungen folgen weiterhin dem Grundsatz, dass sich die Rechtsstellung der Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen nach dem zum Zeitpunkt der Eintritts in den Ruhestand geltenden Recht richtet. Im Interesse der Rechtsvereinfachung und Rechtsklarheit wird dies allerdings nicht mehr durch die materiellrechtliche Rechtsstandswahrung, sondern durch eine im Kern verfahrensrechtliche besondere Bestandskraftregelung erreicht.

8. Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds

Auch künftig bleiben die Versorgungsrücklage und der Versorgungsfonds zur langfristigen Absicherung der Beamtenversorgung unverzichtbar. Neben dem Erlass des neuen BayBeamtVG wird das Gesetz über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) geändert, da die Bildung der Versorgungsrücklagen aus rechtssystematischen Gründen künftig nicht mehr im Besoldungsrecht, sondern ausschließlich im BayVersRücklG geregelt wird. Die Zuführungen werden entsprechend den bisherigen Regelungen fortgeführt.

V. Sonstige Änderungen

1. Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

Durch die Einbindung der örtlichen Personalvertretungen bei den Entscheidungen über das Vorrücken in den Grundgehaltsstufen und die Prämienvergabe soll die Transparenz des Verfahrens gesteigert und die Akzeptanz der Vergabeentscheidungen bei den Beschäftigten erhöht werden. Hierzu wird ein Erörterungsrecht der örtlichen Personalvertretung in das Personalvertretungsgesetz aufgenommen.

2. Änderung des Bayerischen Richtergesetzes

Die Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet des Dienstrechts der Beamten und Richter und der Erlass des Gesetzes zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz) vom 17. Juni 2008 (BGBl. I, 1010) haben zu einer Neufassung des Bayerischen Beamtengesetzes vom 29. Juli 2008 (GVBl. S. 500) geführt. Die notwendigen Änderungen des Bayerischen Richtergesetzes erfolgten dabei in Art. 146 des neuen Bayerischen Beamtengesetzes. Die Neufassung trat zum 1. April 2009 in Kraft. Die vorgenannten Gesetzesnovellierungen im Landesrecht beschränkten sich dabei im Wesentlichen auf eine redaktionelle Anpassung an das neue Bundesrecht.

Mit der Änderung des Bayerischen Richtergesetzes soll entsprechend dem Vorgehen im Beamtenrecht das Neue Dienstrecht im Richterrecht umgesetzt werden, soweit dieses nicht als Statusrecht weiterhin im Deutschen Richtergesetz geregelt ist. Nachdem sich das Bayerische Richtergesetz in seiner Gesamtheit bewährt hat, beschränken sich die Änderungen auf die Anhebung der Regelaltersgrenze, auf Erleichterungen der Wählbarkeit in den Präsidialrat und den Hauptstaatsanwaltsrat sowie auf die Anpassung an die Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes zu den Höchstgrenzen einer Beurlaubung wegen Pflegezeiten und zur Altersteilzeit.

Die Regelaltersgrenze für den Eintritt in den gesetzlichen Ruhestand wird in Übereinstimmung mit den beamtenrechtlichen Bestimmungen stufenweise angehoben. Gründe für eine unterschiedliche Ausgestaltung der Regelaltersgrenze bei Richtern einerseits und Beamten andererseits sind nicht zu erkennen.

Aus familienpolitischen Gründen wird die Wählbarkeit von Richterinnen und Richtern sowie von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, die Elternzeit oder Urlaub aus familiären Gründen in Anspruch genommen haben, zum Präsidialrat und zum Hauptstaatsanwaltsrat erleichtert. Die Voraussetzungen an die Wählbarkeit für den Präsidialrat werden darüber hinaus maßvoll abgesenkt. Künftig wird - wie schon bisher für die Wählbarkeit zum Hauptstaatsanwaltsrat - eine richterliche oder staatsanwaltliche Tätigkeit von sechs (statt bisher acht) Jahren genügen.

Außerdem wird im Bayerischen Richtergesetz eine Ausführungsbestimmung zu den neu geschaffenen §§ 1 Abs. 3, 3 Abs. 3 des Richterwahlgesetzes des Bundes getroffen. Der Bund hat mit diesen Vorschriften die Mitwirkungsrechte der Länder im Verfahren zur Benennung der durch die Bundesrepublik Deutschland für das Amt eines Richters an den Gerichten der Europäischen Union oder eines Generalanwalts vorzuschlagenden Persönlichkeiten gestärkt: Die Benennung der vorzuschlagenden Persönlichkeiten erfolgt künftig durch die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Richterwahlausschuss (§ 1 Abs. 3 des Richterwahlgesetzes). Mitglied kraft Amtes im Richterwahlausschuss ist derjenige Landesminister, der durch Regelung des jeweiligen Landes hierzu bestimmt wird (§ 3 Abs. 3 des Richterwahlgesetzes). Das vorliegende Gesetz setzt dieses Bestimmungsrecht für Bayern um und bestimmt das für den Geschäftsbereich der Justiz zuständige Mitglied der Staatsregierung zum Mitglied kraft Amtes

3. Bayerisches Disziplinargesetz

Das Bayerische Disziplinargesetz (BayDG) wird redaktionell an das neue bayerische Besoldungs- und Versorgungsrecht angepasst. Zudem werden die neuen Leistungselemente sys-

temkonform in die Ahndungstatbestände einbezogen und eingetragene Lebenspartner mit Ehegatten gleichgestellt.

4. Sonstige Änderungen

Schließlich werden die Bayerische Haushaltsordnung, das Gesetz über den Bayerischen Obersten Rechnungshof, das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung und die Ausführungsgesetze zur Verwaltungs- und Finanzgerichtsordnung an das Neue Dienstrecht in Bayern angepasst. Die Änderungen im Bayerischen Reisekostengesetz und im Bayerischen Umzugskostengesetz dienen der Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnern mit Ehegatten.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1 Bayerisches Besoldungsgesetz

Zu Art. 1 Geltungsbereich

Zu Abs. 1
Abs. 1 regelt in einem Positivkatalog den personellen und sachlichen Geltungsbereich des Gesetzes. Er knüpft in personeller Hinsicht an die in Art. 1 Abs. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) getroffene Regelung an und harmonisiert damit den bisherigen Geltungsbereich des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG). Dabei konkretisiert er den Berechtigtenkreis, der Ansprüche auf Besoldung als Leistung des Dienstherrn gemäß Art. 5 Abs. 1 BayBG nach näherer Maßgabe der Vorschriften des BayBesG geltend machen kann. Aus Gründen der Besoldungseinheitlichkeit innerhalb des Freistaates Bayern wird an der grundsätzlichen Einbeziehung der Beamten und Beamtinnen aller bayerischen Dienstherren, also z. B. auch der Kommunen, in den Geltungsbereich des BayBesG festgehalten. Entsprechend der bisherigen Regelung des Art. 1 Abs. 1 Satz 2 BayBesG werden in den sachlichen Geltungsbereich auch Leistungen aufgenommen, die zwar keine Besoldung darstellen, aber Aufwands- bzw. Fürsorgecharakter haben. Neu aufgenommen werden die Leistungen für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen, die bislang nur in einer Verwaltungsvorschrift geregelt waren (vgl. Begründung zu Art. 97).

Die Richter und Richterinnen werden ausdrücklich mit einbezogen. Nach Art. 2 Abs. 1 des Bayerischen Richtergesetzes (BayRiG) gelten für die Rechtsverhältnisse der Richter und Richterinnen in Bayern die Vorschriften für Beamte und Beamtinnen entsprechend. Eine Einschränkung dieser Rechtsfolgenverweisung in Bezug auf die Besoldung der Richter und Richterinnen enthält das BayRiG nicht. Demnach erstreckt sich der im BayBesG geregelte Besoldungsanspruch der Beamten und Beamtinnen bayerischer Dienstherren unmittelbar auch auf die Berufsrichter und Berufsrichterinnen im Dienste des Freistaates Bayern. Die mit der richterlichen Unabhängigkeit verbundenen Besonderheiten des Richterverhältnisses machen allerdings Sonderregelungen notwendig. Zu den Einzelheiten vgl. Art. 44 bis Art. 49.

Staatsanwälte und Staatsanwältinnen sind nach dem Gerichtsverfassungsgesetz Beamte und Beamtinnen; sie werden deshalb vom Geltungsbereich des BayBesG unmittelbar erfasst. Wegen des in Bayern traditionell üblichen Wechsels zwischen Richteramt und staatsanwaltschaftlichem Dienst wird an der bisherigen bundesgesetzlichen Einbeziehung der Staatsanwälte und Staatsanwältinnen in die Richterbesoldung auch im bayerischen Recht festgehalten. Zu den Einzelheiten vgl. Art. 44 bis Art. 49.

Zu Abs. 2
In Anknüpfung an die Regelung in Art. 1 Abs. 3 BayBG wird die Besoldung der kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen im Gesetz über kommunale Wahlbeamte (KWBG) eigenständig geregelt.

Zu Abs. 3
Der Ausnahmekatalog in den Nrn. 1 und 2 entspricht inhaltlich den bisherigen Ausnahmen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des BBesG sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 1 BayBesG und ergänzt diese zur Klarstellung um das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis nach dem SiGjurVD. Der

Personenkreis der Beamten und Beamtinnen auf Widerruf, die nebenbei verwendet sind, wird mangels praktischer Bedeutung nicht mehr explizit ausgenommen.

Zu Abs. 4
Inhaltsgleiche Übernahme der bisherigen Regelungen des BayBesG, die bestimmte besoldungsrechtliche Vorschriften oder Grundsätze für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bayerischer Dienstherren für entsprechend anwendbar erklären (Dienstordnungsmäßig Angestellte, Sachbezüge).

Zu Abs. 5
Inhaltsgleiche Übernahme der verfassungsrechtlich verankerten Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsgarantie der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften, Weltanschauungsgemeinschaften und deren Verbände (Art. 140 des Grundgesetzes – GG – i. V. m. Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung sowie Art. 142 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung – BV –). Mit Ausnahme der Weltanschauungsgemeinschaften waren diese bisher deklaratorisch in § 1 Abs. 5 BBesG und in Art. 1 Abs. 3 BayBesG enthalten.

Zu Art. 2 Bestandteile der Besoldung

Zu Abs. 1
Mit der gesetzlichen Trennung zwischen Grundbezügen und Nebenbezügen wird der dem Alimentations- wie auch dem Leistungsprinzip immanente Unterschied zwischen der am statusrechtlichen Amt ausgerichteten Grundbesoldung (BVerwGE 40, 229) und den in erster Linie an das konkret-funktionelle Amt (Dienstposten) anknüpfenden sonstigen Besoldungsleistungen klargestellt.

Damit wird der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gefolgt, wonach der Besoldungsgesetzgeber zwischen Besoldungsleistungen, die zum Kernbestand der verfassungsrechtlich geschuldeten Alimentation gehören und solchen, die nach ihren Wesensmerkmalen nur bedingt oder keinen alimentativen Charakter haben, unterscheiden kann (BVerfGE 44, 249).

Zu Abs. 2
Der Katalog der Grundbezüge ist abschließend.

Zu Nr. 1
Durch das Grundgehalt einer bestimmten Besoldungsgruppe werden abstrakt Inhalt, Bedeutung, Umfang sowie Verantwortung und damit die Wertigkeit eines statusrechtlichen Amtes auch in Relation zu anderen Ämtern zum Ausdruck gebracht (BVerwGE 98, 334). Das Grundgehalt ist damit Kernbestandteil der Besoldung.

Zu Nr.2
Die bisherige allgemeine Stellenzulage wird wegen ihrer Funktion als eine das Grundgehalt ergänzende Zulage künftig als selbstständiger Grundbezug (Strukturzulage) weitergezahlt. Die Strukturzulage dient zur Harmonisierung von differenten Gehaltsstrukturen aus der Vergangenheit (Bewertungsausgleich) und wird deshalb grundsätzlich dauerhaft gewährt. Die Umbenennung ist erforderlich, da die Strukturzulage sich wesentlich von den eigentlichen Stellenzulagen unterscheidet, die in aller Regel eine nicht auf Dauer angelegte besondere Funktion honorieren sollen. Eine generelle und unmittelbare Zuordnung zum Grundgehalt scheidet aus, weil die Zulage nicht in jeder Besoldungsgruppe zusteht. Sonderlaufbahnen, die gerade der Anlass für den strukturellen Bewertungsausgleich waren, sind vom Zulagentatbe-

stand seit jeher nicht erfasst. Anders als bei den „echten“ Stellenzulagen rechtfertigt die Sachnähe der Strukturzulage zum Grundgehalt deren besoldungsrechtliche Gleichstellung mit dem Grundgehalt. Der beamtenrechtliche Grundsatz, wonach Stellenzulagen für den Fall der Versetzung nicht als Bestandteil des Grundgehalts gelten (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 BayBG), wird hierdurch nicht tangiert.

Zu Nr. 3
Amtszulagen stellen funktionell Zwischenämter dar, deren Amtsinhalt sich von dem des nächst niedrigeren Amtes abhebt, ohne das Bewertungsniveau des nächsthöheren Amtes ganz zu erreichen (BVerfGE 36, 372). Dementsprechend sind die Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen in ihrer besoldungsrechtlichen Auswirkung dem Grundgehalt gleichgestellt. Zu den Einzelheiten wird auf die Begründung zu Art. 34 verwiesen.

Zu Nr. 4
Die künftige Einbeziehung der familienbezogenen Besoldungsbestandteile in die Grundbezüge stellt die sachgerechte Ausgestaltung des Alimentationsprinzips (Art. 33 Abs. 5 GG) dar, das den Dienstherrn verpflichtet, die Besoldungsempfänger und Besoldungsempfängerinnen und ihre Familien amtsangemessen zu besolden. Sie trägt der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur familiengerechten Besoldung (BVerfGE 44, 249; 99, 300) Rechnung, indem sich der bisherige soziale Ausgleichscharakter des Familienzuschlags in einen alimentativen Grundbezug verwandelt. Ehegatten- und kinderbezogene Bestandteile des Familienzuschlags werden damit aufgewertet.

Zu Nr. 5
Die Auslandsbesoldung gehört aus rechtssystematischen Gründen zu den Grundbezügen, da sie auf den Bezügen, die im Inland zustehen, aufsetzt und des Weiteren die im Ausland bestehenden zusätzlichen materiellen und immateriellen Belastungen ausgleicht.

Zu Abs. 3
Für die den Nebenbezügen zugeordneten Besoldungsbestandteile ist in ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anerkannt, dass es sich nach dem mit ihnen im Einzelnen verfolgten Zweck nicht um Kernbestandteile der Alimentation handelt. Dies soll in der Gesetzessystematik zum Ausdruck kommen, ohne dass damit inhaltliche Änderungen zum bisherigen Recht verbunden wären. Im Übrigen wird auf die Begründung zu den Einzelvorschriften verwiesen.

Zu Nr. 1
Im Unterschied zu den Zulagen nach Absatz 1 sind die hier genannten Zulagen im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht auf Dauer angelegt und daher unständige Bezügebestandteile sind. Sie werden entweder für eine bestimmte Zeit wegen der Wahrnehmung einer bestimmten Funktion oder einer konkreten Erschwernis gewährt und sind daher auch jederzeit widerruflich für den Fall, dass der Beweggrund der Zulagen entfällt. Vor diesem Hintergrund können sie nicht der alimentativen Grundbesoldung zugeordnet werden.

Zu Nr. 2
Zuschläge dieser Art stellen sich weder als Ausfluss des statusrechtlichen Amts noch einer ausgeübten herausgehobenen Funktion dar. Sie werden vielmehr aus besonderen, im Bereich des Dienstherrn (z. B. Wettbewerbsfähigkeit, Bewerbermangel) und/oder des/der Beamten/Beamtin (Altersteilzeit, Teildienstfähigkeit) liegenden Gründen gewährt. Je nach Zweckbestimmung können sie dauerhaft oder zeitlich befristet neben der Grundbesoldung gewährt werden.

Zu Nr. 3
Vergütungen werden nur für besondere dienstliche Tätigkeiten gewährt, die in Art und Umfang eine variable, z. B. nach Stundensätzen, berechnete Abgeltung erforderlich machen.

Zu Nr. 4
Leistungsbezüge knüpfen an die besondere Qualität oder Quantität einer Leistung an, die sich als Einzel- oder auch als Gesamtleistung darstellen kann. Sie hängen entscheidend von der individuellen Leistung des Beamten oder der Beamtin ab.

Zu Nr. 5
Anwärterbezüge stellen in verfassungsrechtlich zulässiger Weise (BVerfG, Beschluss vom 7. Oktober 1992, BayVBl 1993 S. 339) nur eine Hilfe zum Bestreiten des Lebensunterhalts während der Ausbildung dar. Sie sind daher den Nebenbezügen zuzuordnen.

Zu Nr. 6
Die jährliche Sonderzahlung ist nach ihrer historischen Entwicklung (vgl. die Ausführungen unter Allgemeines), die in der höchstrichterlichen Rechtsprechung bestätigt ist (so BVerwG, Urteil vom 15. Juli 1977 – VI C 24.75 –; BVerfG, Beschluss vom 28. September 2007 – 2 BvL 5/05 -), in erster Linie eine Anerkennung für geleistete Dienste, eine auch in die Zukunft gerichtete Treueprämie und eine Sonderleistung zur Deckung des im Weihnachtsmonat entstehenden besonderen Bedarfs. Sie orientiert sich damit an den entsprechenden Leistungen der Privatwirtschaft, die auch heute noch weitgehend gezahlt werden. Daran soll festgehalten werden.

Zu Nr. 7
Vermögenswirksame Leistungen des Dienstherrn stellen seit jeher eine Besoldungsleistung eigener Art dar, die eine konkrete Maßnahme des Beamten oder der Beamtin (Bildung von Kapitalvermögen in gesetzlich vorgeschriebener Anlageform) zwingend voraussetzt. Sie gehört zu den die alimentativen Leistungen ergänzenden Besoldungsleistungen.

Zu Art. 3 Gesetzesvorbehalt

Zu Abs. 1
Der bisher in § 2 Abs. 1 BBesG normierte Gesetzesvorbehalt der Besoldung wird unverändert übernommen. Er gibt die Verfassungslage wieder. Danach ist die Regelungszuständigkeit des Gesetzgebers für die Besoldung ein hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG (BVerfGE 8, 1; 81, 363). Grund und Höhe der Besoldung ergeben sich unmittelbar aus diesem Gesetz, ggf. unter Konkretisierung durch Rechtsverordnungen aufgrund gesetzlicher Ermächtigung. Dies bedeutet zum einen, dass andere als die gesetzlich geregelten Besoldungsbestandteile nicht - auch nicht in analoger Anwendung - gezahlt werden dürfen; zum anderen bleiben Regelungen über Leistungen außerhalb der Besoldung (Aufwandsentschädigungen, Fürsorgeleistungen, Nebenamtsvergütungen) unberührt.

Zu Abs. 2
Übernahme des bisher in § 2 Abs. 2 BBesG geregelten Verbots individueller Abweichungen; der Gesetzesvorbehalt schließt Einzelabsprachen am Gesetz vorbei aus.

Zu Abs. 3
Beibehaltung des bisher in § 2 Abs. 3 BBesG geregelten Verzichtsverbots. Die Ausnahme vom Verzichtsverbot bei den vermögenswirksamen Leistungen ist wegen der Freiwilligkeit einer Vermögensanlage sachgerecht.

Zu Art. 4 Anspruch auf Besoldung

Die Vorschrift entspricht mit geringfügiger redaktioneller Anpassung der bisherigen Regelung des § 3 BBesG.

Zu Abs. 1
Satz 1 verdeutlicht, dass es sich beim Anspruch auf Besoldung bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen um einen gerichtlich durchsetzbaren Rechtsanspruch handelt. Besonderheiten gelten allerdings bei Kann-Leistungen wie z. B. nach Art. 66 Abs. 1 Satz 2 (vgl. Begründung dort). Satz 2 verdeutlicht die rechtliche Abhängigkeit des Besoldungsanspruchs vom Wirksamwerden der Ernennung, der Versetzung oder des Übertritts in den Dienst eines der in Art. 1 Abs. 1 genannten Dienstherren sowie vom Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis. Satz 3 stellt klar, dass sich der materielle Besoldungsanspruch auch bei rückwirkender Planstelleneinweisung gemäß Art. 20 Abs. 5 verändert.

Zu Abs. 2
Die Regelung hat vor allem Bedeutung, wenn der Besoldungsanspruch im Laufe eines Monats beginnt oder endet. Sie stellt sicher, dass in diesem Fall die monatlich im Voraus gezahlten Bezüge (Abs. 3) reduziert werden dürfen.

Zu Abs. 3
Inhaltlich unveränderte Übernahme des schon im Bundesrecht geltenden Vorauszahlungszeitpunktes spätestens zum Beginn des Kalendermonats. Abweichende Sonderregelungen bei einzelnen Bezügebestandteilen, die wegen des speziellen Regelungsinhalts solcher Leistungen erforderlich sind, finden sich bei den konkreten Regelungen.

Zu Abs. 4
Der gesetzliche Ausschluss der Zahlung von Verzugszinsen des § 3 Abs. 6 BBesG wird unverändert beibehalten.

Zu Abs. 5
Übernahme der bisherigen kaufmännischen Rundungsregelung.

Zu Art. 5 Besoldung bei mehreren Hauptämtern

Die Vorschrift übernimmt den besoldungsrechtlichen Grundgedanken des § 5 BBesG, wonach die volle angemessene Alimentation aus öffentlichen Mitteln nur einmal zu gewähren ist. Ein zulässiges Doppeldienstverhältnis besteht z. B. nach der beamtenrechtlichen Sonderregelung des Art. 10 Abs. 5 des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes (BayHSchPG). Richter und Richterinnen, die Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs sind, sowie der Generalsekretär oder die Generalsekretärin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs haben keine zwei Hauptämter im Sinne des Art. 5 inne.

Zu Art. 6 Besoldung bei Teilzeitbeschäftigung

Die bisher in § 6 Abs. 1 BBesG normierte Verknüpfung zwischen dem Umfang der Dienstleistung von Beamten und Beamtinnen sowie Richtern und Richterinnen und der Höhe ihrer Besoldung bei Teilzeitbeschäftigung wird im Kern unverändert in das bayerische Recht übernommen.

Die das Berufsbeamtentum prägenden Strukturprinzipien der Hauptberuflichkeit und des Alimentationsprinzips bleiben von dieser zeitanteiligen Festlegung der Besoldung unberührt.

Die nach BayBG möglichen Teilzeitbeschäftigungen (Antragsteilzeit, familienpolitische Teilzeit, Altersteilzeit) sind ausschließlich antragsgebunden. Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung anerkannt, dass eine solche Einschränkung der beiden vorgenannten Strukturelemente im Falle der freiwilligen Teilzeitbeschäftigung verfassungsrechtlich unbedenklich ist, weil sie Ausdruck und Ausfluss einer eigenverantwortlichen Entscheidung des Beamten oder der Beamtin ist. Die zeitanteilige Verringerung der Besoldungsbestandteile entsprechend dem reduzierten Arbeitszeitumfang verletzt deshalb nicht die Grundsätze des Art. 33 Abs. 5 GG (vgl. BVerfG, Beschluss vom 19. September 2007 – 2 BvF 3/02 –, BGBl I S. 2379).

Die bisher im Geltungsbereich des § 6 Abs. 1 BBesG übliche Berufung auf den Grundsatz der Einheit der Besoldung und die darauf gestützte Rechtsfolge, dass ausnahmslos jeder Besoldungsbestandteil von der Teilzeitkürzung erfasst wird, soll in Anerkennung der aktuellen Rechtsprechung modifiziert werden. Künftig soll es auch darauf ankommen, welchem Zweck der jeweilige Bezügebestandteil dient und welche Voraussetzungen dafür erfüllt werden müssen. Dabei ist nach Grund- und Nebenbezügen wie in Art. 2 Abs. 2 und 3 dargestellt zu unterscheiden, aber auch innerhalb dieser Gruppen kann weiter differenziert werden.

Betroffen von der anteilmäßigen Verringerung der Besoldung bei Teilzeitbeschäftigung sind grundsätzlich alle Besoldungsbestandteile, die in festen Monatsbeträgen gezahlt werden. Zu kürzen sind demnach insbesondere alle Grundbezüge aus Art. 2 Abs. 2. Sie gehören nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Kernbestand der Alimentation. Unter Verweis auf das Antragserfordernis für jede Art der Teilzeitbeschäftigung steht die generelle Kürzung der Grundbezüge und damit der Alimentation entsprechend der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in Einklang mit Art. 33 Abs. 5 GG (s. o.). Hinsichtlich der Nebenbezüge gilt ebenfalls der Grundsatz der anteilsmäßigen Verringerung bei Teilzeitbeschäftigung. Aus Sinn und Zweck bzw. der Ausgestaltung einer Besoldungsleistung können sich aber Ausnahmen ergeben; daher ist für jeden Nebenbezug gesondert zu prüfen, ob eine anteilsmäßige Kürzung der einzelnen Besoldungsleistung unterbleibt. Dies ist bei der speziellen Regelung jeweils ausdrücklich bestimmt, z. B. im Fall der Leistungsprämie.

Soweit zu den zeitanteiligen Bezügen ein Zuschlag nach Maßgabe besonderer Vorschriften gewährt wird (z. B. Altersteilzeit), wird auf die Begründung dort verwiesen.

Zu Art. 7 Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit

Mit den Sätzen 1 und 2 wird die Regelung des § 72a BBesG inhaltlich unverändert in bayerisches Recht übertragen.

Satz 1 regelt dabei die besoldungsrechtlichen Folgen der wegen begrenzter Dienstfähigkeit (§ 27 des Beamtenstatusgesetzes – BeamtStG) reduzierten individuellen Arbeitszeit in Anlehnung an die für Teilzeitbeschäftigte geltende Regelung. Diese zeitanteilige Herabsetzung der Besoldung rechtfertigt sich aus dem Charakter des Instituts der begrenzten Dienstfähigkeit, das eine Sonderform der dauernden Dienstunfähigkeit (§ 26 BeamtStG) und nicht lediglich ein Synonym für jedwede, auch vorübergehende, teilweise Dienst-(un-)fähigkeit darstellt. Vor diesem Hintergrund ist der allgemeine Alimentationsgrundsatz, dass bei Ausfall der Dienstleistung wegen nur vorübergehender Dienstunfähigkeit (aktuelle Dienstunfähigkeit wegen Krankheit) die Besoldung in ungekürzter Höhe zusteht, auf die begrenzte Dienstfähigkeit nicht anwendbar (so OLG Celle, Urteil vom 15. März 2007 – 20 U 58/06 – juris). Das Bundesverwaltungsgericht hat dies im Ergebnis bestätigt (BVerwGE 123, 308).

Sätze 2 und 3 folgen der Zielvorstellung, dass begrenzt Dienstfähige, die ihre verbleibende Arbeitskraft weiterhin einsetzen, finanziell nicht schlechter stehen sollen als vergleichbare Beschäftigte, die als dauernd dienstunfähig in den Ruhestand versetzt werden.

Zu Art. 8 Kürzung der Besoldung bei Gewährung einer Versorgung durch eine zwischenstaatliche oder überstaatliche Einrichtung

Sinn und Zweck der Regelung ist die Vermeidung einer Doppelalimentation aus öffentlichen Mitteln für Zeiten, die sich steigernd sowohl auf die Besoldung als auch auf eine daneben gewährte Versorgung auswirken**.**

Zu Abs. 1
Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des § 8 BBesG und passt sie dabei an bayerisches Recht an.

Zu Abs. 2
Bei der erstmaligen und weiteren Stufenfestsetzung nach Art. 30 und 31 werden kraft Gesetzes auch Zeiten der Mitgliedschaft in Parlamenten berücksichtigt. Dementsprechend müssen zur Vermeidung einer unzulässigen Doppelalimentation auch die erforderlichen Konkurrenzregelungen – unabhängig von ihrem Standort – aufeinander abgestimmt sein. Regelungsbedarf besteht insoweit beim Zusammentreffen von Besoldung mit Versorgungsbezügen für die Zeit als EU-Abgeordneter oder EU-Abgeordnete, da in diesen Fällen in den einschlägigen Gesetzen – anders als bei Mandatszeiten beim Deutschen Bundestag oder einem Landesparlament (vgl. § 29 Abs. 3 Abgeordnetengesetz oder Art. 22 Abs. 3 Bayerisches Abgeordnetengesetz) – keine Konkurrenzregelungen bestehen. Inhaltlich knüpft die neu geschaffene Anrechnungsregelung an die Anrechnungsregelungen des § 29 Abs. 3 AbgG und Art. 22 Abs. 3 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes an.

Hinsichtlich der Berücksichtigung von Zeiten der Mitgliedschaft in der Bundesregierung, der Bayerischen Staatsregierung oder einer anderen Landesregierung besteht kein Regelungsbedarf. Hier regelt sich die Konkurrenz für den Fall des Zusammentreffens von Besoldung aus einem Beamtenverhältnis und Versorgung aus einem Amtsverhältnis regelmäßig durch Kürzung der Versorgungsbezüge (Art. 22 Abs. 2 des Gesetzes über die Mitglieder der Staatsregierung und entsprechende Vorschriften des Bundes und der Länder).

Zu Art. 9 Verlust der Besoldung bei schuldhaftem Fernbleiben vom Dienst

Zu Abs. 1
Die Vorschrift übernimmt die bisher in § 9 BBesG enthaltene Regelung zum Verlust der Besoldung bei schuldhaft nicht erbrachter Dienstleistung. Ähnlich wie bei Art. 6 wird in zulässiger Weise der innere Zusammenhang zwischen Dienstleistungspflicht und Alimentationsanspruch herausgestellt. Wird die Dienstleistungspflicht verletzt, hat das zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Besoldung. Mit dem Begriff „Dienst“ wird die konkrete Pflicht des Beamten oder der Beamtin erfasst, während eines bestimmten Zeitraums an einem bestimmten Ort die jeweils übertragenen Dienstaufgaben wahrzunehmen (BVerwGE 60, 118). Der Verlust der Besoldung ist die Folge einer generellen Dienstverweigerung und nicht lediglich

die Sanktion mangelhafter Diensterfüllung (BVerwG, Urteil vom 25. September 2003 – 2 C 49/02 –).

Zu Abs. 2
Absatz 2 stellt klar, dass das Fernbleiben vom Dienst wegen Strafhaft, d. h. der Verbüßung einer Freiheitsstrafe aufgrund rechtskräftigen Urteils, als schuldhaftes Fernbleiben anzusehen ist mit der Rechtsfolge, dass der oder die Betroffene für die Zeit der Haft seinen oder ihren Anspruch auf Besoldung verliert. Diese Regelung schafft Rechtsklarheit gegenüber der bisherigen Rechtslage, die geprägt war von einer uneinheitlichen Beurteilung der Vorwerfbarkeit von Haft in Rechtsprechung und Schrifttum.

Der oder die Betroffene kann aufgrund der Haft seiner/ihrer Dienstleistungspflicht nicht mehr nachkommen. Sie entfällt aufgrund eines strafrechtlich relevanten Verhaltens und damit schweren Verstoßes gegen die Rechtsordnung. Auch wenn die Begehung einer Straftat möglicherweise keinen Vorsatz hinsichtlich der Inhaftnahme beinhaltet, weil der Täter oder die Täterin hofft, nicht gefasst zu werden, ist doch die Ursache der die Dienstleistung verhindernden Haft im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung eindeutig dem oder der Betroffenen zurechenbar. Die Risikoverteilung geht zu seinen oder ihren Lasten, so dass eine Einschränkung des Alimentationsprinzips geboten ist. Der oder die Betroffene kann von seinem oder ihrem Dienstherrn trotz fortbestehenden Beamtenstatus keine Alimentation mehr verlangen.

Die Untersuchungshaft ist wertungsmäßig ebenso zu beurteilen, soweit sie durch ein späteres rechtskräftiges Urteil bestätigt wird. Denn sie wird in diesem Fall auf die verhängte Strafhaft angerechnet (§ 51 des Strafgesetzbuches). Entsprechend ist sie auch besoldungsrechtlich einer Strafhaft gleichgestellt. Die Besoldung wird während der Zeit der Untersuchungshaft zwar fortgewährt, um nicht in Wertungswiderspruch zur strafrechtlichen Unschuldsvermutung zu geraten. Die Weiterzahlung erfolgt allerdings unter dem Vorbehalt der Rückforderung, so dass im Fall einer nachfolgenden Verurteilung die Besoldung zurückgefordert werden kann ohne dass der oder die Betroffene den Einwand der Entreicherung erheben kann.

Wird das Strafverfahren durch Freispruch oder Einstellung nach §§ 153 ff der Strafprozessordnung (StPO) beendet, ist im Einzelfall zu überprüfen, ob der oder die Betroffene sich möglicherweise nur die Inhaftnahme als Hinderungsgrund für die Wahrnehmung der Dienstleistungspflicht zurechnen lassen muss, z. B. durch schuldhafte Verursachung eines Haftgrundes nach §§ 112 ff StPO.

Im Fall einer im Ausland verbüßten Strafhaft können Wertungswidersprüche zum deutschen Recht auftreten, die zum einen auf Fragen eines rechtsstaatlichen Verfahrens, zum anderen auf materiellem Strafrecht beruhen können. Solche Wertungswidersprüche zum deutschen Recht lassen sich vermeiden, wenn eine Auslandshaft einer Inlandshaft nur dann gleichgestellt wird, soweit auch nach deutschem Recht eine Strafhaft verhängt worden wäre. Im Fall der Verurteilung durch ein ausländisches Gericht muss die Bezügestelle daher – wie bisher – im Einzelfall nach Absatz 1 prüfen, ob ein Fall des schuldhaften Fernbleibens vom Dienst vorliegt.

Zu Art. 10 Anrechnung anderer Einkünfte auf die Besoldung

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des 9a BBesG in das bayerische Recht.

Zu Abs. 1

Die Regelung dient dem Vorteilsausgleich in Fällen des erlaubten Unterlassens einer Dienstleistung unter Fortzahlung der Bezüge, wenn für diesen Zeitraum infolge der unterbliebenen Dienstleistung anderweitig Einkünfte erzielt werden. Zeiten mit Anspruch auf Besoldung, in denen eine Verpflichtung zur Dienstleistung nicht besteht, liegen zum Beispiel vor bei Versetzung des Beamten oder der Beamtin in den Ruhestand bzw. in den einstweiligen Ruhestand und späterer Aufhebung der Versetzungsverfügung oder bei Verlust der Beamtenrechte und späterer Aufhebung der Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren nach Art. 60 BayBG. Anrechenbar sind Einkünfte aus einer selbstständigen und einer nicht selbstständigen Erwerbstätigkeit unter Heranziehung der Bruttobezüge. Der steuerrechtliche Begriff ist hierfür nicht einschlägig. Ohne diese Anrechnungsregelung wären die von der Dienstleistungspflicht befreiten Besoldungsberechtigten finanziell besser gestellt als diejenigen mit voller Dienstleistung. Das zu vermeiden ist nach der Rechtsprechung (BVerwGE 21, 45; 40, 33) ein auch im Lichte des Alimentationsprinzips gerechtfertigtes Anliegen. Dabei tritt die Rechtsfolge nicht automatisch ein. Vielmehr hat die Verwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen über die Anwendung der Anrechnungsregelung und den Umfang der Anrechnung zu entscheiden.

Zu Abs. 2
Satz 1 regelt die besoldungsrechtlichen Folgen einer Zuweisung, deren Voraussetzungen für die Länder bindend in § 20 BeamtStG bestimmt sind. In Satz 2 wird auf den bisher bestehenden Einvernehmensvorbehalt des Staatsministeriums der Finanzen bei der möglichen Absehung der Anrechnung aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung verzichtet. Die Entscheidung über das Absehen einer Anrechnung obliegt künftig allein der jeweils zuständigen obersten Dienstbehörde.

Zu Art. 11 Anrechnung von Sachbezügen auf die Besoldung

Die Vorschrift überträgt den bisher in § 10 BBesG enthaltenen besoldungsrechtlichen Grundsatz, dass mittelbare Besoldungsverbesserungen am Gesetzgeber vorbei grundsätzlich auszuschließen sind, vollständig in bayerisches Recht.

Zu Abs. 1
Besondere Fürsorgeleistungen, die zur Besoldung hinzutreten, sie also ergänzen sollen, können – wenn sie als Sachleistungen erbracht werden – auf Grund ihrer Zweckbestimmung von der Anrechnungsregelung von vorneherein freizustellen sein (z. B. unentgeltliche Bereitstellung von Unterkunft gemäß Art. 95, freie Heilfürsorge gemäß Art. 96). Dem dient die Einschränkung des Grundsatzes der Anrechnung. Im Übrigen werden die anrechenbaren Sachleistungen als anderweitige Erfüllung der Alimentationspflicht des Dienstherrn gewertet.

Freigestellt werden kann unter bestimmten Voraussetzungen auf der Grundlage des Art. 52 Satz 2 BayHO auch die Nutzung eines Dienstkraftwagens zu Privatfahrten.

Zu Abs. 2
Die im bisherigen Art. 9 Abs. 1 BayBesG zur Ausfüllung der Bundesnorm enthaltene Zuständigkeitsregelung wird ohne inhaltliche Änderung in die neue Vorschrift integriert.

Zu Abs. 3
Die Nutzung einer Dienstwohnung ist einer der Anwendungsfälle der Anrechnungsregelung. Der Betrag, der Besoldungsberechtigten während der Dauer eines Dienstwohnungsverhältnisses für die Nutzung der Dienstwohnung auf die Besoldung anzurechnen ist, ergibt sich aus § 5 der Dienstwohnungsverordnung.

Zu Art. 12 Abtretung der Besoldung, Verpfändung, Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht

Die Vorschrift übernimmt die bisherige besoldungsrechtliche Regelung des § 11 BBesG mit Ausnahme des Halbsatzes „Wenn gesetzlich nichts anderes bestimmt ist“. Das frühere Beamtenheimstättengesetz, das etwas anderes bestimmt hat, ist aufgehoben worden; sonstige Ausnahmevorschriften gibt es nicht. Die Regelung steht in Einklang mit den inhaltlich identischen Regelungen des Art. 11 BayBG, die sich auf sonstige Leistungen des Dienstherrn beziehen.

Zu Abs. 1
Die Regelung beschränkt das Verfügungsrecht von Berechtigten über ihre Besoldungsansprüche im Interesse der Sicherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Beamten- und Richterschaft auf das gesetzlich zulässige Maß.

Zu Abs. 2
Die Vorschrift konkretisiert einerseits das von der Rechtsprechung anerkannte Aufrechnungsrecht des Dienstherrn mit einer Forderung (BVerwGE 77, 19), die ihm gegen den Besoldungsberechtigten oder die Besoldungsberechtigte zusteht, gegen den Besoldungsanspruch und begrenzt dieses Recht des Dienstherrn zum Schutz der Beschäftigten zugleich entsprechend dem Grundsatz nach Absatz 1.

Zu Art. 13 Verjährung der Besoldung

Die Vorschrift enthält für Ansprüche auf Besoldung eine eigenständige Regelung hinsichtlich der Verjährungsfrist und des Verjährungsbeginns und bezieht aus Gründen der Gleichbehandlung auch die Rückforderungsansprüche des Dienstherrn in die Neuregelung mit ein. Bislang waren für Verjährung von Besoldungsansprüchen die §§ 194 ff. BGB und für Rückforderungsansprüche Art. 71 AGBGB maßgeblich. Die Verjährungsfrist beträgt nach Satz 1 Halbsatz 1 unverändert drei Jahre. Mit Satz 1 Halbsatz 2 wird eine zehnjährige Verjährungsfrist bei pflichtwidrigem Verhalten bestimmt. Nach Satz 2 wird der Verjährungsbeginn im Unterschied zur bisherigen Regelung künftig kenntnisunabhängig ausgestaltet. Dies dient der Rechtssicherheit und Praktikabilität, die gerade im Bereich einer Massenverwaltung bei einem kenntnisabhängigen Verjährungsbeginn nicht gewährleistet sind. Im Übrigen verweist Satz 3 auf die Verjährungsregeln des BGB.

Zu Art. 14 Zuständigkeit eines Landesamts für die Festsetzung und Anordnung der Besoldung

Die im bisherigen Art. 12 BayBesG durch Verordnungsermächtigung geregelte Zuständigkeit des Landesamts für Finanzen für die Besoldung wird unmittelbar im Gesetz geregelt. Der besoldungsrechtlichen Regelung in der Verordnung über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern (ZustV-Bezüge) bedarf es nicht mehr. Soweit die obersten Dienstbehörden für Einzelentscheidungen in der Besoldung originär zuständig sind und bleiben, ist dies in der jeweiligen Vorschrift explizit geregelt (z. B. Kürzung der Anwärterbezüge).

Zu Art. 15 Rückforderung der Besoldung

Art. 15 entspricht inhaltlich unverändert der Vorgängerregelung des § 12 BBesG. Unter den Begriff der Besoldung fallen die Grund- und Nebenbezüge nach Art. 2, nicht die sonstigen Leistungen (s. Teil 4), deren Rückforderung sich nach Art. 13 BayBG i. V. m. Art. 15 richtet.

Zu Abs. 1
Die Regelung trägt den verfassungsrechtlichen Grundsätzen der Art. 14 und 33 Abs. 5 GG Rechnung, die gewährleisten, dass auch im Falle einer zulässigen Rückwirkung von Gesetzesänderungen, die in erworbene Rechtsansprüche eingreifen, eine Rückforderung von fällig gewordenen Besoldungsleistungen grundsätzlich ausgeschlossen ist. Anders verhält es sich bei einer zulässigen unechten Rückwirkung einer Gesetzesmaßnahme (z. B. Herabsetzung eines erst künftig fälligen Besoldungsbestandteils, der auf Monate vor dem Fälligkeitszeitpunkt abstellt).

Zu Abs. 2
Diese Vorschrift regelt den Anspruch des Dienstherrn auf Rückerstattung von ohne Rechtsgrund erbrachten Besoldungsleistungen und seine Geltendmachung.

Zu Abs. 3
Abs. 3 enthält die gesetzliche Klarstellung, dass – wie bisher im staatlichen Bereich (§ 1 Abs. 1 Satz 1 ZustV-Bezüge) – die Billigkeitsentscheidung nach Abs. 2 Satz 3 in unmittelbarer Zuständigkeit vom Landesamt für Finanzen (vgl. Art. 14) getroffen wird. Eine Sonderregelung gilt für die Rückforderung von unter Auflagen gewährten Anwärterbezügen (Art. 75 Abs. 2 Satz 2).

Zu Abs. 4 und 5
Abs. 4 und 5 knüpfen hinsichtlich der Rücküberweisungspflichten von Geldinstituten bei wegen Todes des oder der Berechtigten überzahlter Besoldung an die bundesrechtlichen Vorschriften an, weil das Recht der Wirtschaft (Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG) zur konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz gehört. Die dynamische Verweisung stellt sicher, dass beachtliche Änderungen des Rechts der Wirtschaft automatisch zur Anwendung kommen.

Zu Art. 16 Anpassung der Besoldung

An der bisher in § 14 BBesG normierten Selbstbindung des Gesetzgebers, die Besoldung unter den konkret dargestellten Voraussetzungen regelmäßig anzupassen, wird festgehalten. Das Gesetz konkretisiert die im Art. 33 Abs. 5 GG niedergelegte grundsätzliche Pflicht zur Anpassung der Besoldung, indem es die Richtpunkte festlegt. Ein Anspruch des oder der einzelnen Besoldungsberechtigten oder etwa eine Automatik wird nicht begründet, weil die konkrete Ausgestaltung des Programmsatzes einem besonderen Gesetz vorbehalten ist (BVerfGE 114, 258). Im Zuge der Erfüllung seiner Verpflichtung hat der Gesetzgeber vielfältige Faktoren zu berücksichtigen (z. B. die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im öffentlichen Dienst wie auch die Einkommen, die für vergleichbare oder auf der Grundlage vergleichbarer Ausbildung erbrachter Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes erzielt werden, bestehende Unterschiede zwischen den Beschäftigtengruppen, aber auch Lage der öffentlichen Haushalte insgesamt).

Zu Art. 17 Dienstlicher Wohnsitz

Entspricht vollinhaltlich der bisherigen bundesgesetzlichen Definition (§ 15 BBesG).

Zu Abs. 1
Die Legaldefinition des dienstlichen Wohnsitzes als gesetzestechnisches Hilfsmittel für die Fälle der Differenzierung von (Besoldungs-)Leistungen nach einem örtlichen oder territorialen Merkmal soll beibehalten werden. Sie hat nach wie vor Bedeutung vor allem für die Auslandsbesoldung (Art. 38) und für die Ballungsraumzulage (Art. 94). Auch in anderen Rechtsgebieten mit Bezug auf das Beamtenrecht findet sich dieser Begriff (z. B. Art. 44 Abs. 1 BayDG, § 45 Abs. 4 der Verordnung über die Beihilfefähigkeit von Aufwendungen in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen, Bayerische Beihilfeverordnung - BayBhV).

Zu Abs. 2
Die Sonderregelung stellt eine Abweichung von der Legaldefinition in das Ermessen der obersten Dienstbehörde, um sachlich unbillige Ergebnisse zu vermeiden.

Zu Art. 18 Zahlungsweise

Die Vorschrift übernimmt die bisherige bundesrechtliche Zahlungsregelung (§ 17a BBesG) im Kern unverändert in das bayerische Recht.
Inhaltlich stellt die Zahlungsvorschrift hinsichtlich Art und Ort der Auszahlung von Bezügen die Ergänzung zu den zeitlichen Zahlungsregelungen in Art. 4 (dort z. B. Beginn und Ende sowie Fälligkeit) dar. Sie geht von der praktischen Erwägung aus, dass die unbare Überweisung in der heutigen Gesellschaft der übliche Zahlungsweg ist. Bei genereller Einräumung von alternativen Zahlungswegen wäre angesichts der monatlich wiederkehrenden Massenvorgänge in der öffentlichen Verwaltung ein unverhältnismäßiger Aufwand mit nicht vertretbaren Mehrkosten zu erwarten.

Die für die Bezügeauszahlung zuständigen Stellen (Art. 14) sind daher ermächtigt, die Einrichtung eines Gehaltskontos zu verlangen, was in aller Regel zugleich mit der Erhebung der Daten zur Zahlungsaufnahme von Bezügen erfolgt. Die Bezüge zahlende Stelle hat aber auch die Möglichkeit, ausnahmsweise eine andere Zahlungsweise zu tätigen, wenn die Umstände im Einzelfall dies nahelegen sollten. Ein Anspruch auf eine bestimmte Zahlungsweise besteht nicht. Auf die Einschränkung des Bundesrechts, wonach immer ein Konto im Inland anzugeben ist, wird mit Rücksicht auf die mit der Globalisierung verbundenen Anforderungen auch an den öffentlichen Dienst verzichtet. Diese, nur in Einzelfällen überhaupt zum Tragen kommende Überweisung auf ein Auslandskonto korrespondiert mit der im Versorgungsrecht längst praktizierten Zahlungsregelung.

Die genannten von den Besoldungsberechtigten zu tragenden Kosten stellen Lebenshaltungskosten dar (BVerwG, Urteil vom 12. Dezember 1979 – 6 C 28/78 –).

Zu Art. 19 Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung

Die für das Grundgehalt als Kernbestandteil der Besoldung im bisherigen Bundesbesoldungsgesetz (§ 18 BBesG) festgelegten Bewertungsmaßstäbe werden beibehalten. Das damit verfolgte Ziel der Bewertungsstabilität ist auch und gerade in einer mehr nach Leistungsgesichtspunkten ausgerichteten Besoldung von maßgeblicher Bedeutung.

Inhaltlich korrespondiert die Vorschrift mit den Art. 20 und Art. 22 dieses Gesetzes. Ausgangspunkt hier wie dort ist das Amt im statusrechtlichen Sinn, also das Amt, das durch die Zugehörigkeit zu einer Fachlaufbahn und einer Qualifikationsebene, durch das Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe und durch die dem Beamten oder der Beamtin verliehene Amtsbezeichnung gekennzeichnet ist. In abstrakter Weise wird dadurch die Wertigkeit eines Amtes in Relation zu anderen Ämtern zum Ausdruck gebracht (BVerwG, Urteil vom 25. Oktober 2007 – 2 C 30/07 –).

Zu Abs. 1
Es wird festgelegt, dass zunächst der Aufgabenkreis, der einem Inhaber oder einer Inhaberin eines solchen Statusamtes bei einer Behörde auf Dauer zugewiesen ist (abstrakt-funktionelles Amt), zu bestimmen ist, sodann dieser nach Inhalt, Bedeutung, Umfang und Verantwortung (Bewertungsfaktoren) zu bewerten und einer der in den Besoldungsordnungen ausgewiesenen Besoldungsgruppe zuzuordnen (BVerwGE 89, 199) ist. Dabei handelt es sich um eine umfassende Bewertung und Zuordnung, in die auch noch der vergleichende Maßstab mit den übrigen Dienstherren mit einzubeziehen ist, um dem Grundsatz der Einheitlichkeit der Besoldung in Bayern zu genügen.

Entsprechend dem Grundsatz der Verknüpfung von Status und Funktion des Beamten oder der Beamtin erfolgt der Zuordnungsvorgang primär durch Gesetz (normative Ämterbewertung). Gesetzestechnische Hilfsmittel sind dabei die Amtsbezeichnungen oder auch die Zusätze zu den Amtsbezeichnungen. Innerhalb dieser gesetzlichen Vorgaben obliegt es der organisatorischen Gestaltungsfreiheit des Dienstherrn, durch verwaltungsinterne Dienstpostenbewertungen dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung Rechnung zu tragen (BVerwGE 123, 107). Aufgaben- und anforderungsbezogene Differenzierungen gehören dabei zu einem leistungsgerechten Besoldungssystem.

Zu Abs. 2
Die Vorschrift übernimmt das bisher bundesgesetzlich in der Ämterhierarchie verankerte Abstandsgebot, bei dem es sich um ein System prägendes Element des Besoldungsrechts handelt. Mit dem festgelegten Abstandsgebot wird dem unterschiedlichen Aufgaben- und Anforderungsprofil zwischen Behördenleitung und deren Stellvertretung Rechnung getragen. Dem ist die bisherige Bayerische Besoldungsordnung mit wenigen besonders begründeten Ausnahmen gefolgt. An diesem Regel-Ausnahme-Verhältnis wird festgehalten.

Zu Art. 20 Bestimmung des Grundgehalts nach dem Amt

Zu Abs. 1
Die Vorschrift entspricht den bisherigen Regelungen des § 19 Abs. 1 Satz 1 und § 20 Abs. 1 Satz 1 BBesG. Bezüglich des Begriffs „Amt“ wird auf die Begründung zu Art. 19 verwiesen.

Soweit sich nach Satz 1 das Grundgehalt nach dem „verliehenen“ Amt bestimmt, handelt es sich dabei um einen besoldungsspezifischen Begriff, der alle statusrechtlich möglichen Begründungen und Veränderungen des Amtsstatus erfassen soll, gleichgültig ob sie auf einem Individualakt (z. B. Ernennung) oder auf einem normativen Akt (z. B. strukturelle Überleitung) beruhen.

Satz 2 regelt den besoldungsrechtlichen Grundsatz, dass die Bestimmungsmerkmale für die Ämter im statusrechtlichen Sinn (Amtsbezeichnung und Besoldungsgruppe) in den Besoldungsordnungen zu regeln sind, die Bestandteil dieses Gesetzes sind. Dadurch wird grund-

sätzlich die Möglichkeit ausgeschlossen, Ämter außerhalb gesetzlicher Vorschriften – z. B. in Satzungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts – zu regeln.

Satz 3 folgt dem seit jeher geltenden beamtenrechtlichen Grundsatz (Art. 17 LlbG), an dem auch das Beamtenstatusgesetz nichts geändert hat, dass Ämter regelmäßig zu durchlaufen sind. Ausnahmen davon können nach Art. 17 Abs. 4LlbG im staatlichen Bereich mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, im nichtstaatlichen Bereich mit Zustimmung des Landespersonalausschusses zugelassen werden. Um die bestehende Flexibilität weiterhin aufrecht zu erhalten, wird der beamtenrechtliche Grundsatz im Besoldungsrecht nicht weiter konkretisiert. Eine generelle Ausnahme vom Grundsatz gilt für so genannte Einzelämter (z. B. Präsident oder Präsidentin eines Landesamts).

Zu Abs. 2
Abs. 2 entspricht dem bisherigen § 19 Abs. 1 Satz 2 BBesG.

Satz 1 erste Alternative ermöglicht es, abweichend vom Grundsatz des Abs. 1 Satz 2, die Besoldungsgruppe durch die Exekutive ausnahmsweise bestimmen zu lassen, wenn ein entsprechendes Amt in der Besoldungsordnung noch nicht ausgebracht ist. Eine Befugnis zur Ämtereinstufung außerhalb des Gesetzgebungsverfahrens ist damit nicht geschaffen. Vielmehr korrespondiert die Ausnahmeregelung mit Art. 76 Abs. 2 BayBG, wonach die Staatsregierung die Amtsbezeichnungen festsetzt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Diese Befugnis umschließt wegen des Gesetzesvorbehalts der Besoldung, der auch die Amtsbezeichnung umfasst, nur deren redaktionelle Änderungen, z. B. auf Grund von organisatorischen Maßnahmen, allerdings ohne Änderung des Einstufungsrahmens. Diese ist allein dem Gesetzgeber vorbehalten. Die zweite Alternative von Satz 1 gestattet die Zuordnung eines Amtes zu einer Besoldungsgruppe im Verwaltungswege in Fällen, in denen eine Amtsbezeichnung mehreren Besoldungsgruppen zugeordnet ist (z. B. Polizeihauptkommissar oder Polizeihauptkommissarin in Besoldungsgruppen A 11 und A 12).

In beiden Fällen bestimmt sich das maßgebliche Grundgehalt nach der Einweisung in die Planstelle (Art. 49 Abs. 1 BayHO).

Zu Abs. 3
Abs. 3 entspricht dem bisherigen § 19 Abs. 2 BBesG und folgt dem Grundsatz des Abs. 1, wonach die Besoldung nicht aus der Funktion, sondern aus dem statusrechtlichen Amt erfolgt. Die Erfüllung von Funktionsmerkmalen eröffnet daher allein noch keinen Rechtsanspruch auf Beförderung (BVerwGE 101, 112).

Zu Abs. 4
Abs. 4 entspricht der bisherigen Regelung des Art. 30 Abs. 1 BayBesG und stellt klar, dass in Fällen, in denen ein Beamter oder eine Beamtin auf seinem oder ihrem Dienstposten die gesetzlich festgelegten Funktionsmerkmale nicht mehr erfüllt, nicht versetzt werden muss, sondern unter Rechtsstandswahrung auf seinem oder ihrem Dienstposten verbleiben kann.

Zu Abs. 5
Die Regelungen zur rückwirkenden Einweisung in die Planstelle mit unterschiedlichen Standorten (BayBesG, BayHO, jeweiliges Haushaltsgesetz) werden harmonisiert und vereinheitlicht. Die neue Regelung lässt – unverändert gegenüber den bisherigen Regelungen – eine rückwirkende Einweisung in eine Planstelle nur in engen Grenzen zu.

Satz 1 bestimmt, dass eine rückwirkende Einweisung in eine höherwertigere Planstelle bei einer Ernennung im Sinn des § 8 BeamtStG nur innerhalb des Kalendermonats zulässig ist, in

dem die Ernennung wirksam wird. Eine rückwirkende Ernennung ist gemäß § 8 Abs. 4 BeamtStG ausgeschlossen. Somit kann eine rückwirkende Planstelleneinweisung frühestens am ersten Tag des Kalendermonats erfolgen, in dem die Ernennungsurkunde ausgehändigt wird. Ist in der Ernennungsurkunde hinsichtlich der Wirksamkeit ein späterer Zeitpunkt genannt, ist für die Planstelleneinweisung der entsprechende spätere Kalendermonat maßgeblich.

Satz 2 stellt klar, dass dies bei einer Planstelleneinweisung, die keiner Ernennung nach dem Beamtenstatusgesetz bedarf, entsprechend gilt. An die Stelle der Wirksamkeit der Ernennung tritt regelmäßig die Bekanntgabe des status- oder besoldungsrechtlichen Sachverhalts gegenüber dem Beamten oder der Beamtin, der die Einweisung in eine andere Planstelle erforderlich macht. Dies wird im Regelfall die Aushändigung der so genannten Einweisungsverfügung oder eines sonstigen Schriftstücks sein, aus dem erkennbar ist, dass sich z. B. die Höhe eines für die Stellenbesetzung relevanten Bestandteils der Besoldung geändert hat.

Zu Art. 21 Grundgehalt bei Verleihung eines anderen Amtes

Zu Abs. 1
Die Vorschrift ersetzt und vereinfacht den bisherigen § 13 Abs. 1 BBesG. An die Stelle der früheren Ausgleichszulage tritt als Ausnahme zu Art. 20 Abs. 1 Satz 1 im Wege der gesetzlichen Fiktion an die Stelle der Besoldung aus dem übertragenen Statusamt die Besoldung nach dem (früheren) höheren Amt.

Die Grundsatzregelung in Satz 1 erfasst den Fall der so genannten „Rückernennung“, in dem dem Beamten oder der Beamtin mit seiner oder ihrer Zustimmung aus dienstlichen Gründen ein anderes Amt verliehen wird, das einer niedrigeren Besoldungsgruppe zugeordnet ist. Erfasst sind in erster Linie die bisher in § 13 Abs. 1 BBesG genannten Tatbestände einer Änderung des Amtes im statusrechtlichen Sinn. Als dienstliche Gründe für einen Verwendungswechsel mit der Folge der Übertragung eines anderen Amtes mit geringerem Grundgehalt kommen daher in Betracht die Maßnahmen zur Verwirklichung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Versorgung“ (§ 26 Abs. 2 Satz 1 BeamtStG), eine Versetzung aus den in Art. 48 Abs. 2 Satz 2 BayBG genannten Gründen (Auflösung, Umbildung oder Verschmelzung von Behörden), eine anderweitige Verwendung wegen Nichterfüllung der geforderten besonderen gesundheitlichen Anforderungen (z. B. Polizeidienstfähigkeit) oder die nicht von dem Beamten oder der Beamtin zu beeinflussende Veränderung von Bewertungsmaßstäben in tatsächlicher Hinsicht (z. B. Anzahl der Planstellen). Weitere Tatbestände im Sinn des Satzes 1 können im Zuge von Verwaltungsreformen, aus sonstigen personalwirtschaftlichen oder haushaltsrechtlichen Gründen nicht ausgeschlossen werden. Deshalb wird an der abschließenden gesetzlichen Aufzählung der Regelungstatbestände – wie im früheren Bundesrecht – in Bayern nicht mehr festgehalten. Im Ergebnis wird die Besoldung aus dem höheren Amt umfassend gewahrt. Dies steht in Einklang mit den beamtenrechtlichen Vorschriften zur zulässigen Versetzung in ein Amt mit geringerem Grundgehalt in besonderen Fällen (Art. 48 Abs. 2 Satz 2 BayBG). Der Rechtsstandsschutz gilt jedoch nur solange, bis das frühere (höhere) Amt durch Beförderung wieder erreicht wird. Keine dienstlichen Gründe im Sinn des Satzes 1 liegen vor, wenn für die „Rückernennung“ ausschließlich oder überwiegend persönliche Gründe maßgebend waren. Bei nur auf eigenen Antrag des Beamten oder der Beamtin erfolgter Rückernennung scheidet die gesetzliche Fiktion aus.

Satz 2 besagt, dass strukturelle Veränderungen in der Ämterbewertung die gesetzliche Fiktion nicht beeinflussen. Dies bedeutet, dass eine Niveauanhebung des vor der Rückernennung in-

negehabten Amtes die Betroffenen nicht begünstigen kann. Sie können insoweit nicht anders behandelt werden als wenn sie das strukturell angehobene Amt noch nicht erreicht hätten. Sie erhalten daher weiterhin das Grundgehalt nach Satz 1. Entsprechendes gilt auch im Fall einer Absenkung des bei Rückernennung maßgeblichen Amtes. Eine solche Strukturmaßnahme, die in der Praxis eher selten ist, wirkt sich nach geltenden besoldungsrechtlichen Gründen nicht zu Lasten der vorhandenen Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen aus.

Satz 3 stellt klar, dass der Rechtsstandsschutz beim Grundgehalt sich entsprechend auf die Amtszulagen erstreckt, die besoldungsrechtlich als so genannte Zwischenämter dem Grundgehalt gleichgestellt sind. Dies gilt des Weiteren für die den Amtszulagen vergleichbaren Zulagen für besondere Berufsgruppen sowie für die Strukturzulage. Der Rechtsstandsschutz gilt jedoch nur solange, bis die Besoldungsgruppe des früheren (höheren) Amtes – ggf. inklusive der genannten Zulagen – wieder erreicht wird. Das Grundgehalt wie auch die genannten Zulagen sind von linearen Bezügeanpassungen nicht ausgeschlossen.

Satz 4 betrifft die Fälle, in denen die Rückernennung aus einem Amt mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Zeit erfolgt. Für diese Fälle bestimmen Art. 46 Abs. 2 und Art. 45 Abs. 7 BayBG, dass die Amtszeit des bisherigen Amtes weiterläuft. Nach Ablauf dieser Amtszeit endet die gesetzliche Fiktion. Nicht erfasst von Satz 4 sind nach Satz 5 die Fälle, in denen die Voraussetzungen des Art. 45 Abs. 1 Satz 6 BayBG nicht erfüllt sind.

Zu Abs. 2
Die Regelung stellt klar, dass bei einer Rückstufung aufgrund Disziplinarentscheidung ein Ausgleich nicht in Betracht kommt.

Zu Art. 22 Besoldungsordnungen A und B

Zu Abs. 1
Mit Abs. 1 wird im gesamten Landesbereich eine nach einheitlichen Grundsätzen gesetzlich geregelte Wertstufung in der Beamtenbesoldung geschaffen. Andere als die in den Besoldungsordnungen ausgebrachten Ämter dürfen nicht verliehen werden. Soweit Bereiche auf Grund rechtlicher Besonderheiten Ausnahmen vom Grundsatz erfordern (Satz 2), ergeben sich diese aus den speziellen Regelungen in den Abschnitten 2 und 3.

Zu Abs. 2 und 3
Zu den vom Gesetzgeber zu beachtenden Strukturprinzipien des Berufsbeamtentums gehört auch das Recht auf Führung einer angemessenen Amtsbezeichnung (BVerwGE 64, 323). Sie muss wirklichkeitsgerecht sein und daher im Rahmen des Möglichen ausweisen, wo das Amt nach der seinem Inhaber oder seiner Inhaberin zu fordernden Befähigung und Leistung im Gefüge der Ämter angesiedelt ist. Nur eine Amtsbezeichnung, die in diesem Sinne aussagekräftig ist, wird auch dem das Beamtenrecht bestimmenden Leistungsgrundsatz, der seinen Ausdruck im Aufbau des Ämtergefüges findet, gerecht. Der Amtsbezeichnung kommt sonach eine Doppelfunktion zu: Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, bedarf es der ausschließlichen Festlegung der Amtsbezeichnungen in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes.

Abs. 2 Satz 1 übernimmt die bisherige Regelung der Vorbemerkung Nr. 1 zu den BayBesO betreffend der alphabetischen Reihenfolge. Abs. 2 Satz 2 beinhaltet nicht mehr die bundesgesetzliche Struktur der gesperrt gedruckten Grundamtsbezeichnungen (Vorbemerkung Nr. 1 Abs. 2 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B - BBesO A und B -). Diese Systematik diente in erster Linie der besseren Lesbarkeit der Bundesbesoldungsordnungen und stand in Kontext zur Regelung der Vorbemerkung Nr. 3 BBesO A und B. Danach sollten den Grund-

amtsbezeichnungen zur näheren Kennzeichnung der Funktion als Bestandteil der Amtsbezeichnung noch weitere Zusätze beigefügt werden. Ein praktischer Anwendungsbereich der Vorbemerkung Nr. 3 zu BBesO A und B ist jedoch weder im Bundes- noch im Landesrecht feststellbar; auf die besondere Darstellung von Grundamtsbezeichnungen kann daher im neuen Recht verzichtet werden. Bei den in den Bayerischen Besoldungsordnungen ausgebrachten Amtsbezeichnungen handelt es sich generell um „Grundamtsbezeichnungen“. Diesen kann in Fortführung der bisher schon bestehenden Differenzierung ein nach Fachlaufbahnen unterscheidender Zusatz, der im Grundsatz für alle bayerischen Dienstherren verbindlich in Anlage 2 festgelegt ist, von den zuständigen Personal verwaltenden Stellen hinzugefügt werden. Die in Anlage 2 aufgeführten Zusätze können kumulativ verwendet werden. Die bisher in Art. 18 Abs. 2 BayBesG enthaltene Verordnungsermächtigung für den staatlichen Bereich ist damit entbehrlich. Die Neuregelung gilt in erster Linie für ab Inkrafttreten dieses Gesetzes erstmals verliehene Amtsbezeichnungen. Für die Vorhandenenen gilt die Sonderregelung des Art. 104 Abs. 2 Satz 3.

Satz 3 verweist zur Klarstellung auf die bei Verleihung einer Amtsbezeichnung zu beachtenden Grundsätze des Art. 76 Abs. 1 BayBG.

Abs. 3 übernimmt für den außerstaatlichen Bereich die bisherige Verordnungsermächtigung des Art. 18 Abs. 2 BayBesG.

Zu Art. 23 Eingangsämter

Die Vorschrift entspricht im Kern der Regelung des bisherigen § 23 BBesG. Sie ist allerdings inhaltlich an die grundsätzliche Umstrukturierung des Laufbahnrechts (Ersetzung der bisherigen vier Laufbahngruppen durch eine Laufbahn) angepasst. Das bedeutet keine Aufgabe des besoldungsrechtlichen Grundsatzes der konkreten Festlegung von Eingangsämtern als Ausgangsbasis für den beruflichen Werdegang des Beamten oder der Beamtin. Diesem nach dem Leistungsprinzip ausgerichteten Grundsatz kommt auch innerhalb der neuen einen Laufbahn wesentliche Bedeutung zu. Dabei sind die Regeleingangsämter unverändert geblieben. Auch die Bandbreiten der Eingangsämter unterscheiden sich im Wesentlichen nicht von denen des bisherigen Bundesrechts.

Innerhalb der vorgegebenen Bandbreite ist im Rahmen der nach Art. 33 Abs. 5 GG eingeräumten Gestaltungsfreiheit unter Berücksichtigung des beamten- und laufbahnrechtlich geforderten unterschiedlichen Vor- und Ausbildungsniveaus zu bestimmen, welches Amt für den Einstieg in die neue eine Laufbahn in der Besoldungsordnung dient. Der dafür abgesteckte Rahmen dient der Wahrung eines Mindestabstandes zwischen den verschiedenen Qualifikationen sowie der Sicherstellung eines gemäß den Bewertungskriterien nach Art. 19 eingestellten Ämtergefüges. Bei Inanspruchnahme des Amtes der höheren Besoldungsgruppe ist ein strenger Maßstab anzulegen und dabei die Motive für die volle Ausnutzung der Bandbreite mit den möglichen Auswirkungen auf das übrige Ämtergefüge zu bedenken. Das höhere Eingangsamt ist aus Gründen der Abgrenzung zu anderen Fachrichtungen auf gleicher oder höherer Qualifikationsebene und im Interesse der Rechtsklarheit in der Besoldungsordnung besonders zu kennzeichnen.

Als besonderes Eingangsamt im Sinn dieser Vorschrift wird – wie unter Bundesrecht – das Amt des Grund- und Hauptschullehrers oder der Grund- und Hauptschullehrerin bestimmt. Dies machen die differenzierten Verantwortungen und Leistungen, die in Art. 8 und 9 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG) für das jeweils übertragene Lehramt von sei-

nem Inhaber oder seiner Inhaberin im Vergleich zu den anderen Lehrämtern gefordert werden, notwendig. Entsprechendes gilt für das Lehramt an Realschulen sowie das Lehramt für Sonderpädagogik, für die nach der Systematik des BayLBG (vgl. Art. 10 und 13) ebenfalls ein Wertungsunterschied bestimmt ist. Dieser hat sich nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Ämterbewertung (BVerfGE 62, 374) sowohl in der Amtsbezeichnung wie auch in der Ämtereinstufung niederzuschlagen. Deshalb ist auch eine einheitliche Amtsbezeichnung „Studienrat, Studienrätin“ mit einem schulartübergreifenden Eingangsamt in Besoldungsgruppe A 13 ausgeschlossen. Allerdings lässt es sich in Fortsetzung der mit dem Haushaltsgesetz 2009/2010 für Grund- und Hauptschulen eingeführten funktionslosen Beförderungsämter (A 12 mit Amtszulage, A 13) rechtfertigen, in einem weiteren Schritt das zweite Beförderungsamt auch in der Amtsbezeichnung („Studienrat, Studienrätin im Grundschuldienst“, „Studienrat, Studienrätin im Hauptschuldienst“) herauszuheben. Den Realschullehrern und den Sonderschullehrern der Besoldungsgruppen A 13 und A 13 mit Amtszulage wird die neue Amtsbezeichnung („Studienrat, Studienrätin im Realschuldienst“, „Studienrat, Studienrätin im Förderschuldienst“) aus Gründen der Gleichbehandlung ohne Veränderung der besoldungsmäßigen Einstufung ebenfalls übertragen.

Zu Art. 24 Besondere Eingangsämter

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen der bisherigen Regelung des § 24 BBesG. Die Möglichkeit, für fachliche Schwerpunkte innerhalb der Fachlaufbahnen, die die bezeichneten gesetzlichen Kriterien erfüllen, höhere Eingangsämter zuzulassen, wird beibehalten. Die Nichtübernahme der den einfachen Dienst betreffenden Regelung des § 24 Abs. 2 BBesG bedeutet keine Verschlechterung. Diese Sonderregelung ist wegen der strukturellen Maßnahme für den früheren einfachen Dienst (Hebung des Eingangsamtes von Besoldungsgruppe A 2 nach A 3) nicht mehr erforderlich.

Beispiele für besondere Eingangsämter sind die Ämter „Flussmeister, Flussmeisterin“, Straßenmeister, Straßenmeisterin“, „Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherin“ in der Besoldungsgruppe A 8, das Amt „Fachlehrer, Fachlehrerin“ in der Besoldungsgruppe A 10, das Amt „Fachlehrer, Fachlehrerin“ – mit abgeschlossener Fachhochschulausbildung – in der Besoldungsgruppe A 11.

Zu Art. 25 Beförderungsämter

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des § 25 BBesG. Damit wird an dem Grundsatz festgehalten, dass sich Beförderungsämter gegenüber den Ämtern der niedrigeren Besoldungsgruppe in ihrer Wertigkeit wesentlich abheben müssen. Die damit bewirkte Übereinstimmung zwischen einem höherwertigen Amt und dessen höherem abstrakten Verantwortungsbereich ist eine wesentliche Komponente des Leistungsgrundsatzes (BVerfGE, 56, 146).

Zu Art. 26 Obergrenzen für Beförderungsämter

Seit der Neufassung des § 26 Abs. 3 BBesG durch das Gesetz zur Modernisierung der Besoldungsstruktur (Besoldungsstrukturgesetz - BesStruktG -) vom 21. Juni 2002 (BGBl I S. 2138) ist den Regierungen in Bund und Ländern die Möglichkeit eröffnet, für ihren Bereich eigenverantwortlich Stellenobergrenzen für Beförderungsämter durch Rechtsverordnung festzulegen. Der frühere bundeseinheitliche Rahmen wurde damit freigegeben.

Die Bayerische Staatsregierung hat diesen Gestaltungsspielraum mit der Bayerischen Stellenobergrenzenverordnung – BayStOGV – (BayRS 2032-2-12-F) vom 13. Januar 2006 für den Bereich des Freistaates Bayern, der Kommunen und der sonstigen, unter der Rechtsaufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts umfassend genutzt.

Die mit der Bayerischen Stellenobergrenzenverordnung eingeführten Verbesserungen, Flexibilisierungen und Vereinfachungen sollen beibehalten und weiter ausgebaut werden. Die bisherigen Regelungen in der Bayerischen Stellenobergrenzenverordnung werden vollständig in dieses Gesetz überführt. Dabei sind die neuen Stellenobergrenzen inhaltlich an die grundsätzliche Umstrukturierung des Laufbahnrechts (Ersetzung der bisherigen vier Laufbahngruppen durch eine Laufbahn) anzupassen. Anknüpfungspunkt kann nicht mehr – wie bisher – die Laufbahngruppe sein. Auf Grund der systemimmanenten Durchlässigkeit der einheitlichen Laufbahn sind Stellenobergrenzen nur noch in den Spitzenpositionen (ohne „Einzelämter“ in der Besoldungsordnung B ab BesGr B 3) der Verwaltung notwendig. Darunter besteht im Rahmen des Stellenplans unter Beachtung der Art. 19 und Art. 25 sowie einer sachgerechten Dienstpostenbewertung Regelungsfreiheit. Die bislang an den Spitzenämtern der früheren Laufbahngruppen fixierten Stellenobergrenzen werden nicht auf die neue Leistungslaufbahn übertragen. Dies verschafft den Personal verwaltenden Stellen weiteren Bewegungsspielraum. Die neuen Stellenobergrenzen stellen deshalb nur noch rechtliche Höchstgrenzen für Beförderungsämter am oberen Ende der Leistungslaufbahn dar. Es ist im Rahmen der jeweiligen Haushaltsaufstellung zu entscheiden, ob und inwieweit diese Obergrenzen umgesetzt werden. Für den Erlass zusätzlicher Regelungen durch Rechtsverordnung besteht im staatlichen und kommunalen Bereich kein Bedarf mehr (hinsichtlich des übrigen außerstaatlichen Bereichs siehe zu Abs. 6).

Zu Abs. 1
Satz 1 legt entsprechend dem geltenden Recht die maßgeblichen Vomhundertsätze für die allgemeinen Stellenobergrenzen fest. Diese beschränken sich nur noch auf Besoldungsgruppen in den Spitzenämtern (ohne „Einzelämter“ in der Besoldungsordnung B ab BesGr B 3) der Verwaltung in Bayern. Satz 2 beschreibt die Bemessungsgrundlage, die in Abs. 7 noch weiter konkretisiert wird. Durch die Bezugnahme auf die Gesamtzahl der Planstellen eines Dienstherrn wird erreicht, dass Obergrenzenüberschreitungen in einzelnen Bereichen (z.B. Einzelplänen, Kapiteln oder Verwaltungsteilen) durch entsprechende Unterschreitungen in anderen Bereichen desselben Dienstherrn ausgeglichen werden können.

Zu Abs. 2
Die Ausnahmen im geltenden Recht werden in das Neue Dienstrecht übernommen und um die Beamten und Beamtinnen an Hochschulen in wissenschaftlichen Fachlaufbahnen erweitert. Zu den Lehrkräften im Sinn der Nr. 2 gehören nicht die Beamten und Beamtinnen des landwirtschaftlichen Beratungs- und Fachschuldienstes, die an den agrarwirtschaftlichen Fachschulen (Fachakademie für Landwirtschaft, Technikerschulen für Agrarwirtschaft, Höhere Landbauschulen, Fachschulen für Agrarwirtschaft) Unterricht erteilen. Zu den wissenschaftlichen Anstalten im Sinn der Nr. 7 gehören nicht Landesanstalten wie z. B. die Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft oder die Landesanstalt für Landwirtschaft. Die Ausnahmemöglichkeiten, die darüber hinaus – entsprechend der bisherigen Regelung – allein für den kommunalen Bereich gelten, werden in Abs. 3 definiert. Für den übrigen außerstaatlichen Bereich erforderliche Ausnahmeregelungen sollen aus Gründen der Flexibilität wie bisher durch Rechtsverordnung der Staatsregierung geregelt werden (vgl. Abs. 6).

Zu Abs. 3
Abs. 3 übernimmt die bisherigen Ausnahmen der Bayerischen Stellenobergrenzenverordnung (§ 4 Abs. 2 BayStOGV) für den kommunalen Bereich (Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Landkreise, Bezirke und sonstige der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern oder einer ihm nachgeordneten Behörde unterstehenden kommunalen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts einschließlich der Bayerischen Verwaltungsschule).

Zu Abs. 4
Abs. 4 übernimmt die bisherigen besonderen Stellenobergrenzen des § 6 BayStOGV, die für den kommunalen Bereich gelten, unmittelbar in das Gesetz. Auch diese besonderen kommunalen Stellenobergrenzen werden entsprechend der Anpassung der allgemeinen Stellenobergrenzen (Abs. 1) angeglichen und nur noch auf die Spitzenämter in den Besoldungsgruppen A 15 und A 16 beschränkt. Die kommunalen Dienstherren können die in Abs. 4 geregelten Obergrenzen statt der Regelungen in Abs. 1 heranziehen. Das Wahlrecht gilt für jeden einzelnen Dienstherrn. Eine Kombination beider Regelungen ist nicht zulässig.

Zu Abs. 5
Abs. 5 übernimmt die bisherigen besonderen Einschränkungen des § 7 BayStOGV für den kommunalen Bereich nur insoweit in das neue Recht, als die Ausweisung höherer Ämter mit einer sachgerechten Bewertung der Funktionen in keinem Fall vertretbar wäre. Im Übrigen haben die kommunalen Dienstherren die sachgerechte Bewertung der Funktionen eigenverantwortlich zu beachten (vgl. Abs. 8).

Die Definition der maßgeblichen Einwohnerzahl, die in kreisangehörigen Gemeinden eine Einstufung oberhalb von Besoldungsgruppe A 13 zulässt, wird aus Vereinfachungsgründen an die vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ermittelte amtliche Einwohnerzahl angepasst; in die Einwohnerzahl nicht mehr einbezogen werden können somit Mitglieder von Stationierungsstreitkräften und deren Angehörige sowie Fremdenverkehrsübernachtungen in Bade- und Kurorten.

Zu Abs. 6
Die Stellenobergrenzen werden sowohl für den staatlichen als auch für den kommunalen Bereich in den Abs. 1 bis 5 abschließend geregelt. Die Staatsregierung wird in Abs. 6 – wie bisher – ermächtigt, durch Rechtsverordnung besondere Stellenobergrenzen für andere unter der Aufsicht des Staates stehende Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts festzulegen.

Zu Abs. 7
Abs. 7 enthält Vorschriften zur Berechnung und Ermittlung der Stellenobergrenzen sowie der Bemessungsgrundlage. Entsprechend der bisherigen Regelung wird in Satz 3 bestimmt, dass so genannte Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Beamtinnen sowie Ersatzstellen und Stellen für Beamte und Beamtinnen auf Widerruf nicht in die Berechnung der Stellenobergrenzen einzubeziehen sind. Die Regelung in Satz 3 kommt im kommunalen Bereich nur dann zur Anwendung, wenn einer Kommune die Ausweisung dieser Stellen vorgeschrieben ist oder sie sich freiwillig für die Ausweisung solcher Stellen im Stellenplan entschieden hat. Die Regelung für Planstellen, die mit einem "kw-Vermerk" oder einem "ku-Vermerk" versehen sind, entspricht der bisherigen Regelung. Gleiches gilt für die Einbeziehung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in die Stellenobergrenzenberechnung; die dazu geltenden Grundsätze haben unverändert weiter Gültigkeit. Der Freistaat Bayern hat als Dienstherr bisher von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht. Dieser Gestaltungsspielraum wird weiterhin aufrecht erhalten.

Zu Abs. 8
Die Grundsätze der Art. 19 und Art. 25 werden durch Art. 26 nicht tangiert und gelten unverändert fort.

Zu Art. 27 Leitungsämter von Verwaltungsbehörden und von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen

Redaktionell und inhaltlich bereinigte Übernahme der bisherigen Regelung der Vorbemerkung Nr. 21 BBesO A und B in das bayerische Recht sowie Erweiterung um eine besondere Amtszulage.

Zu Abs. 1
Mit Abs. 1 wird an dem Einstufungsgrundsatz festgehalten, dass die Leitungsämter unterer Verwaltungsbehörden sowie allgemeinbildender (dazu gehören gemäß Art. 6 Abs. 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – BayEUG – die Grund- und Hauptschulen, die Realschulen, die Gymnasien sowie die Förderschulen), beruflicher Schulen (auch Förderschulen) sowie Schulen für Kranke auf die Besoldungsordnung A begrenzt sein müssen. Einer ausdrücklichen Ausnahme der Polizeipräsidenten und Polizeipräsidentinnen von der Einstufungssperre – wie in der Bundesregelung vorgesehen – bedarf es nicht, da diese Mittelbehörden vorstehen. Mit der Grundsatzregelung wird dem in Bayern geltenden dreistufigen Verwaltungsaufbau (Art. 77 Abs. 1 Satz 1 Bayerische Verfassung i. V. m. Nr. 3.2.1 der Organisationsrichtlinien der Bayerischen Staatsregierung) Rechnung getragen. Die Aufgabe dieses gesetzlichen Abstandsgebotes hätte erhebliche Folgewirkungen auf die Einstufung der Leitungsämter in der B-Besoldung. Der Begriff des „örtlich begrenzten Zuständigkeitsbereichs“ meint eine Gebietszuständigkeit, die gleich oder kleiner ist als die der Mittelinstanz (Regierungsbezirk). Erfasst von der Einstufungshöchstgrenze sind z. B. die Finanzämter, Wasserwirtschaftsämter, Straßenbauämter, Vermessungsämter, Justizvollzugsanstalten sowie im Polizeibereich die Inspektionen und Kriminalfachdezernate. Wie im Bundesrecht sind auch die Schulleitungsämter in die Einstufungshöchstgrenze einzubeziehen, auch wenn es sich hierbei organisationsrechtlich nicht um „echte“ Behörden handelt. Dies ergibt sich aus dem Abstandsgebot zur Schulaufsicht der Regierungen und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, in der sich ein vergleichbarer dreistufiger Aufbau abbildet.

Zu Abs. 2
Abs. 2 bestimmt, dass für besonders große und bedeutende untere Verwaltungsbehörden sowie für Mittel- oder Oberbehörden eine haushaltsmäßig begrenzte Ausbringung einer Amtszulage zum Leitungsamt der Besoldungsgruppe A 16 möglich ist. Die Frage, ob eine untere Verwaltungsbehörde besonders groß und bedeutend im Sinne der Vorschrift ist, beurteilt sich aus dem Quervergleich innerhalb desselben Verwaltungsbereichs (z. B. Finanzämter) oder eines vergleichbaren Verwaltungsbereichs bei demselben oder einem anderen Dienstherrn in Bayern.

Zu Abs. 3
Satz 1 eröffnet die Möglichkeit, für Leiter und Leiterinnen von überaus personalstarken und bedeutenden unteren Verwaltungsbehörden, Mittelbehörden und Oberbehörden, die sich von den unteren Verwaltungsbehörden nach Abs. 2 nochmals abheben, eine besondere Amtszulage zu Besoldungsgruppe A 16 zu gewähren. Voraussetzung ist, dass dafür entsprechende Planstellen im Haushalt ausgebracht werden. Satz 2 eröffnet die Möglichkeit, bei Behörden im Sinn des Satzes 1, deren Führungsspanne zusätzlich eine Aufteilung der Leitungsverantwortung über die Gesamtbehörde innerhalb der Behördenspitze erfordert, auch Stellvertretun-

gen die Besoldungsgruppe A 16 mit einer betragsmäßig niedrigeren Amtszulage – wie den Amtsleitungen nach Abs. 2 – zu übertragen.

Zu Abs. 4
Abs. 4 enthält spezielle gesetzliche Obergrenzen, durch welche die Anzahl der zulässigen Ämter der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage und der zulässigen Ämter der Besoldungsgruppe A 16 mit besonderer Amtszulage im Bereich des jeweiligen Dienstherrn festgelegt werden. Die Systematik der Berechnung dieser Obergrenzen wurde an die Systematik des Art. 26 angepasst. Die bisherige Vorbemerkung Nr. 21 zu BBesO A und B schrieb ein Verhältnis i. H. v. 100 Planstellen der Besoldungsgruppe A 16 zu 30 Planstellen der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage vor. Übertragen auf die Obergrenzensystematik des § 26 BBesG bedeutete dies einen höchstzulässigen Stellenanteil in der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage in Höhe von rd. 23 v. H. (auf der Basis aller Planstellen für Leiter und Leiterinnen der Besoldungsgruppe A 16 – mit und ohne Amtszulage). Auf Grund des Verweises und der entsprechenden Anwendung des Art. 26 Abs. 7 Satz 4 findet eine Ausweitung der höchstzulässigen Ämter in der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage und der höchstzulässigen Ämter in der Besoldungsgruppe A 16 mit besonderer Amtszulage von bisher rd. 23 v. H. auf 35 v. H. statt.

Zu Abs. 5
Abs. 5 Satz 1 beinhaltet die Ausweitung der amtszulagenfähigen Ämter auf den Schulbereich. Erfasst werden nur die besonders großen Gymnasien und beruflichen Schulen. Die Klassifizierung dieses Tatbestandes richtet sich auch nach der Schülerzahl. Durch die Beschränkung der Regelung auf die Schulen, für die in der Besoldungsordnung A Ämter in Besoldungsgruppe A 16 ausgebracht sind, soll klargestellt werden, dass diese Sonderregelung nicht gleichsam bedeutet, dass an allen Schularten Ämter in Besoldungsgruppe A 16 ausgebracht sein müssen. In Satz 2 wird klargestellt, dass sich die Bemessungsgrundlage der Stellen der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage nur auf die Gesamtzahl aller Planstellen für Leiter und Leiterinnen der Besoldungsgruppe A 16 (mit und ohne Amtszulage) bezieht; die Ausbringung von Planstellen der Besoldungsgruppe A 16 mit besonderer Amtszulage ist im Schulbereich nicht möglich.

Zu Abs. 6
Abs. 6 hält für den Bereich der Grund- und Hauptschulen an dem schon im Bundesrecht vorgesehenen Einstufungskriterium der Schülerzahlen fest, reduziert diesen Bewertungsmaßstab aber im Interesse einer flexiblen Handhabung auf das unbedingt notwendige Maß. Damit führt der Gesetzgeber den mit dem Haushaltsgesetz 2009/2010 eingeschlagenen Weg fort, die konkrete Zuordnung von Schulleitungsämtern zu Besoldungsgruppen der am Bedarf orientierten funktionsgerechten Entscheidung der Verwaltung zu überlassen. Diese hat dabei jedoch den im Gesetz festgelegten Rahmen zu berücksichtigen. Ein solcher Rahmen ist angesichts schulartübergreifend rückläufiger Schülerzahlen nur noch in dem weit über 2000 Schulen umfassenden Bereich der Grund- und Hauptschulen erforderlich. Hier bedarf die Zuordnung der Rektorenämter noch der gesetzlichen Anbindung an fest fixierte Schülerzahlen, an denen sich analog auch die Stellvertreterebene auszurichten hat. Dies gilt für staatliche wie nichtstaatliche Schulen gleichsam. Für die übrigen Schularten obliegt es der Eigenverantwortung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, die konkrete Zuordnung der Schulleitungsämter unter Berücksichtigung des Grundsatzes der funktionsgerechten Besoldung – ggf. durch Verwaltungsrichtlinien – festzulegen.

Zu Art. 28 Ämter für Kanzler und Kanzlerinnen von Hochschulen

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung der Vorbemerkung Nummer 12 der BayBesO. Einer Änderung des Einstufungsrahmens bezüglich der Ämter für Kanzler und Kanzlerinnen von Hochschulen (Kunsthochschulen, Fachhochschulen, Universitäten) bedarf es nicht.

Zu Art. 29 Ämter für Beamte und Beamtinnen bei den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung

Satz 1 übernimmt die durch das Gesetz zur Organisation in der gesetzlichen Rentenversicherung vorgegebene Einstufung der Geschäftsführung der Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung in bayerisches Recht. An den Bewertungskriterien des Bundesrechts wird aus Gründen eines möglichst einheitlichen Ämtergefüges in der gesetzlichen Rentenversicherung festgehalten.

Satz 2 ermächtigt das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen die maßgeblichen Bewertungskriterien (Versichertenzahlen und laufende Rentenfälle) unter Beachtung des allgemeinen Grundsatzes der funktionsgerechten Besoldung zeitgemäß fortzuentwickeln.

Sätze 3 und 4 stellen eine Ausnahmeregelung von Art. 19 Abs. 2 Satz 2 zweite Alternative dar und übernehmen zum Zwecke der Kontinuität im Ämtergefüge in der gesetzlichen Rentenversicherung die bisherigen bundesgesetzlichen Regelungen.

Zu Art. 30 Bemessung des Grundgehalts

Zu Abs. 1
Wie bisher bemisst sich das Grundgehalt in den aufsteigenden Gehältern nach Stufen (Satz 1). Der Zeitpunkt der ersten Ernennung in das Beamtenverhältnis ist Ausgangspunkt für den Einstieg in die Grundgehaltstabelle, der grundsätzlich in der ersten mit einem Wert belegten Stufe erfolgt. Eine gesetzliche Ausnahme gilt in der dritten Qualifikationsebene für die Fachlaufbahnen mit dem Schwerpunkt Technik oder sonstigem Qualifikationserwerb nach Art. 39 Abs. 1 LlbG (früher nicht geregelte Laufbahnen), wodurch vorgeschriebene längere Ausbildungszeiten im Anfangsgrundgehalt berücksichtigt werden. Basis für die Festlegung der Stufen ist damit im neuen Dienstrecht grundsätzlich der tatsächliche Diensteintritt des Beamten oder der Beamtin (zum fiktiven Diensteintritt vgl. Art. 31); bei einem Wechsel von einem Amt der Besoldungsordnung R in ein Beamtenverhältnis der Besoldungsordnung A gilt als Diensteintritt die erstmalige Ernennung zum Richter, Richterin, Staatsanwalt oder Staatsanwältin. Die Grundgehaltstabelle wird dahingehend modifiziert, dass die erste mit einem Wert belegte Stufe der Besoldungsgruppen A 3 bis A 7, A 12 bis A 14 und die zweite mit einem Wert belegte Stufe der Besoldungsgruppen A 13 und A 14 gestrichen werden. Damit sind Verschlechterungen gegenüber der bisherigen Systematik nach § 27 BBesG weitestgehend ausgeschlossen. Bei Späteinsteigern und Späteinsteigerinnen kann durch Verwaltungsentscheidung der Diensteintritt um förderliche Zeiten vorverlegt werden (vgl. Art. 31 Abs. 2). Damit ist sichergestellt, dass sonstige Bewerber und Bewerberinnen mit Vordienstzeiten innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes – wie bisher – in einer höheren als der Anfangsstufe beginnen können. Lediglich künftige Späteinsteiger und Späteinsteigerinnen, die keine förderlichen Zeiten nachweisen können, werden gegenüber dem früheren Recht schlechter gestellt. Für diejenigen Berufseinsteiger und Berufseinsteigerinnen, die sich früh

für den Staatsdienst entscheiden oder ihre Einstiegsqualifikation, z. B. durch eine unterdurchschnittliche Studiendauer, zügig erwerben, ergeben sich im Vergleich zur alten Systematik Verbesserungen beim Einstiegsgrundgehalt.

Zur Schaffung von finanziellen Perspektiven werden in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 6 betragsmäßig aufsteigende Stufen angefügt. Damit erhöhen sich die Aktivbezüge aufgrund eines höheren Endgrundgehalts und schließlich das Lebenseinkommen.

Die Entscheidung über die für den Einstieg maßgebliche Stufe des Grundgehalts ist das Ergebnis von Tatsachenfeststellungen (z. B. über den tatsächlichen Diensteintritt) und ggf. Wertungen dazu, ob und welche Zeiten vor dem tatsächlichen Diensteintritt geeignet sind, diesen fiktiv vorzuverlegen. Sie bedingen eine Zusammenarbeit zwischen der Personal verwaltenden Stelle und der Bezüge zahlenden Stelle. Im Falle des Regelbewerbers nach Art. 4 Abs. 1 LlbG kann davon ausgegangen werden, dass die erste mit einem Wert belegte Stufe in der für den Einstieg maßgeblichen Besoldungsgruppe die individuell in Betracht kommende Stufe darstellt. Diese ergibt sich kraft Gesetzes, so dass es einer zusätzlichen Feststellung in Form eines Verwaltungsaktes nicht bedarf. Die Zuständigkeit für die Feststellung dieser kraft Gesetzes sozusagen automatisch zustehenden Anfangsstufe obliegt gemäß Art. 14 Satz 2 im staatlichen Bereich dem Landesamt für Finanzen, im außerstaatlichen Bereich der nach den Organisationsvorschriften des Dienstherrn für die Bezügezahlung zuständigen Stelle.

Eine entsprechende Zuständigkeitszuordnung gilt für die Feststellung einer gemäß Art. 30 Abs. 1 Sätze 3 und 4 kraft gesetzlicher Sonderregelung in klar abgrenzbaren Fällen in Betracht kommenden höheren Eingangsstufe. Hier bedarf es eines intensiveren Zusammenwirkens der Personal verwaltenden Stelle, welche die Feststellungen in tatsächlicher Hinsicht zu treffen hat, und der Bezüge zahlenden Stelle, welche auf der Grundlage der festgestellten tatsächlichen Verhältnisse die maßgebliche Einstiegsstufe zu bestimmen hat.

Zu Abs. 2
Der bisherige Rhythmus von zwei, drei und vier Jahren für das regelmäßige Aufsteigen wird beibehalten. Voraussetzung ist, dass die erbrachten Leistungen Mindestanforderungen entsprechen. Zeiten, in denen kein Grundgehalt bezogen wird, werden beim Stufenaufstieg nicht berücksichtigt, weil es hier an der erforderlichen Dienstleistung fehlt. Hinsichtlich etwaiger Ausnahmen s. Begründung zu Art. 31 Abs. 3.

Durch die Streichung einzelner Stufen wird der Maximalzeitraum vom Stufeneinstieg bis zum Erreichen der Endstufe von bisher 32 Jahren auf 30 Jahre verkürzt.

Die zeitliche Staffelung mit kürzeren Stufenlaufzeiten zu Beginn und später länger werdenden Stufenlaufzeiten berücksichtigt, dass der Lern- und Erfahrungsprozess in den Anfangsjahren einer beruflichen Tätigkeit intensiver ist als in den späteren Jahren, in denen auf dem gewonnenen Erkenntnisschatz aufgebaut und dieser erweitert wird (BVerfGE 110, 353). Aufgrund der Vorbildungsvoraussetzungen für den Einstieg in der vierten Qualifikationsebene gilt für das regelmäßige Aufsteigen in diesen Besoldungsgruppen bereits in der Anfangsstufe der Dreijahresrhythmus.

Zu Abs. 3
Die Neuregelung macht das regelmäßige Aufsteigen in den Stufen des Grundgehalts von einer expliziten Leistungsfeststellung des Dienstherrn abhängig. Dies ist eine Abkehr von der bisherigen Systematik, wonach man von einer Leistung, die den mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen entsprach, ausging bis die Minderleistung festgestellt worden war. Voraussetzung auch des regelmäßigen Aufsteigens im Grundgehalt ist nun, dass der Dienst-

herr vor dem Zeitpunkt des Stufenaufstiegs, der sich nach Abs. 1 und 2 errechnet, durch eine geeignete Leistungsfeststellung die Aussage trifft, die Leistungen des Beamten oder der Beamtin genügten mindestens den mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen. Ohne diese positive Leistungsfeststellung verbleibt der Beamte oder die Beamtin in seiner oder ihrer bisherigen Stufe auch über die Dauer des Regelintervalls von zwei bzw. drei bzw. vier Jahren hinaus. Das Gesetz macht keine detaillierten Vorgaben zur Ausgestaltung und Durchführung der Leistungsfeststellung, sondern überlässt dies dem Verordnungsgeber. Diese strenge Anbindung auch des regelmäßigen Aufstiegs an erbrachte Leistungen trägt dem Gedanken der stärkeren Leistungsorientierung des Dienstrechts Rechnung. Sie steht im Einklang mit dem Alimentationsprinzip. Mit dem System einer Grundgehaltstabelle mit betragsmäßig ansteigenden Beträgen wird die Alimentation durch den Dienstherrn gewährleistet. Der Dienstherr kann als Gegenleistung die Erfüllung gewisser Mindestanforderungen verlangen. Das Anhalten in der bisherigen Grundgehaltsstufe bei Minderleistung soll eine gewisse sanktionierende Wirkung entfalten; deshalb ist eine erneute Leistungsfeststellung mit dem Ergebnis, dass der Beamte oder die Beamtin die mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen erfüllt und weiter vorrücken kann, erst nach einem Jahr zulässig. In diesem Zeitraum wird dem Beamten oder der Beamtin auch die Gelegenheit zur Leistungssteigerung und Bewährung gegeben. Erst mit dem Aufstieg beginnt die Regeldauer der dann verspätet erreichten Stufe. Wenn während dieses Zeitraums der Bewährung eine Zeit nach Art. 31 Abs. 3 beginnt, z. B. der Beamte oder die Beamtin in Elternzeit geht, geht das Gesetz im Wege der Fiktion davon aus, dass sich der Beamte oder die Beamtin während dieser Zeit positiv bewährt. Die überprüfende Leistungsfeststellung nach einem Jahr kann dann - je nach Wertung der Zeiten während des Zeitraums der Bewährung vor Beginn von Zeiten nach Art. 31 Abs. 3 - auch zu dem Ergebnis führen, dass der Beamte oder die Beamtin ein weiteres Jahr in der bisherigen Stufe verbleibt. Die Zeiten nach Art. 31 Abs. 3, die noch vor der überprüfenden Leistungsfeststellung im Zeitraum der Beurteilung liegen, führen wie bei allen anderen Beamten und Beamtinnen zu einer Verzögerung des Stufenaufstiegs. Das Anhalten verkürzt nicht die Laufzeit der nächsten Stufe. In letzter Konsequenz schiebt sich damit der Zeitpunkt des Erreichens des Endgrundgehalts hinaus.

Zu Abs. 4

Abs. 4 stellt sicher, dass im Falle des Wechsels eines Beamten oder einer Beamtin von einem außerbayerischen Dienstherrn zu einem Dienstherrn im Geltungsbereich des BayBesG der maßgebliche Diensteintritt für den Einstieg der Zeitpunkt der Ernennung beim früheren Dienstherrn ist. Dadurch befindet sich der Beamte oder die Beamtin bei Begründung eines Beamtenverhältnisses bei einem bayerischen Dienstherrn nicht in der Anfangsstufe nach Abs. 1 Satz 2, sondern in der Stufe, die er oder sie nach bayerischem Recht bei sofortiger Begründung eines Beamtenverhältnisses zu einem bayerischen Dienstherrn erreicht hätte. Auch wenn hiernach der Zeitpunkt des nächsten regelmäßigen Stufenaufstiegs bevorsteht, bevor nach bayerischem Recht eine erste Leistungsfeststellung erfolgen konnte, ist für dieses erste regelmäßige Aufsteigen keine gesonderte Leistungsfeststellung erforderlich; zur Förderung der Mobilität gelten die mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen als erfüllt, wenn der Beamte oder die Beamtin nach den Vorschriften des bisherigen Dienstherrn aufgestiegen wäre. Eine vergleichbare statusrechtliche Veränderung liegt vor bei einem Wechsel von einem kommunalen Wahlbeamtenverhältnis auf Zeit in ein Beamtenverhältnis zu einem anderen bayerischen Dienstherrn. Sie kann auch angenommen werden, wenn ein ehemaliger Soldat oder eine ehemalige Soldatin auf Zeit in ein Beamtenverhältnis im Geltungsbereich dieses

Gesetzes eintritt. Ein zeitlicher Zusammenhang ist dabei im Hinblick auf Art. 30 Abs. 2 Satz 3 nicht zwingend.

Die Berücksichtigung von Sonderregelungen früherer Dienstherrn regelt sich nach Art. 31, d. h. der Sachverhalt, aus dem sich die Berücksichtigungsfähigkeit von Zeiten vor dem tatsächlichen Diensteintritt bei dem früheren Dienstherrn ergibt, wird nach bayerischem Recht neu beurteilt und entschieden.

Zu Abs. 5
Wegen der Auswirkungen im Einzelfall bedarf es für den an der individuellen Leistung orientierten Stufenaufstieg nach Art. 30 Abs. 2 und den Fall des Dienstherrnwechsels nach Art. 30 Abs. 4 einer schriftlichen Mitteilung der maßgeblichen Entscheidungen per Verwaltungsakt. Inwieweit sich die Personal verwaltende Stelle und die Bezüge zahlende Stelle diese Aufgabe teilen, lässt das Gesetz – wie an anderer Stelle, z. B. bei der begrenzten Dienstfähigkeit – offen. Insoweit richtet sich die Zuständigkeit nach allgemeinen verwaltungsverfahrens- und organisationsrechtlichen Vorschriften. Unabhängig davon ist gegen die Stufenfestsetzung Widerspruch oder Klage zulässig.

Die Leistungsfeststellung nach Abs. 3 erfolgt regelmäßig im Rahmen der dienstlichen Beurteilung. Die dienstliche Beurteilung wird dem Beamten oder der Beamtin nach Art. 61 LlbG eröffnet. Daher bedarf es einer zusätzlichen Mitteilung durch die Bezügestelle in diesen Fällen nicht. In Fällen einer gesonderten Leistungsfeststellung wird dem Erfordernis ebenfalls Rechnung getragen.

Zu Art. 31 Berücksichtigungsfähige Zeiten

Sinn der Regelung ist es, bei der Stufenzuordnung zum einen förderliche Vordienstzeiten und zum anderen familien- und gesellschaftspolitische Zeiten zu berücksichtigen.

Zu Abs. 1
Durch Abs. 1 wird der Zeitpunkt des Diensteintritts um bestimmte Zeiten vorverlegt. Um die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu stärken werden anerkennenswerte Zeiten, die Bewerber und Bewerberinnen vor dem tatsächlichen Diensteintritt verbracht haben, wie Beamtendienstzeiten behandelt. Durch die Berücksichtigung der genannten Zeiten wird der tatsächliche Diensteintritt für die Besoldung fiktiv vorverlegt. Zu dem Zeitpunkt des fiktiven Diensteintritts greift der Grundsatz der Zuordnung zur ersten Stufe (vgl. Art. 30 Abs. 1). Damit ist sichergestellt, dass Bewerber und Bewerberinnen mit berücksichtigungsfähigen Zeiten zum Zeitpunkt des tatsächlichen Diensteintritts in einer höheren Stufe eingeordnet sind. Die bisher geltende Systematik des Stufenaufstiegs wird damit nachgezeichnet, ohne dass es auf das Alter ankommt.

Nummer 1 sieht vor, dass Beschäftigungszeiten – innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes – , die zusätzlich zu den laufbahnrechtlichen Mindestanforderungen der Art. 7 und 8 LlbG, z. B. schulischer Vorbildung, für die Zulassung zu einer Fachlaufbahn gefordert werden, berücksichtigt werden. Voraussetzung ist eine hauptberufliche Tätigkeit im Sinne dieser Vorschrift, d. h. die privatrechtliche Beschäftigung muss im fraglichen Zeitraum den Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit des oder der Betroffenen dargestellt haben, entgeltlich ausgeübt und mindestens in dem nach den beamtenrechtlichen Vorschriften zur Zeit dieser Tätigkeit zulässigen Umfang abgeleistet worden sein.

Zu den nach Nummer 2 berücksichtigungsfähigen Zeiten gehört auch ein über den vorgeschriebenen Grundwehrdienst hinausgehender freiwillig geleisteter zusätzlicher Wehrdienst, soweit ein zeitlicher Zusammenhang zwischen Wehrdienst und Bewerbung für den Eintritt in ein Beamtenverhältnis besteht.

Nummern 3 und 4 führen das bisherige Recht (§ 28 Abs. 3 Nrn. 1 und 2 BBesG) fort. Zugleich werden eingetragene Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes mit Ehegatten gleichgestellt.

Die berücksichtigungsfähigen Zeiten nach Nummer 5 knüpfen an die gesetzlichen Regelungen des Art. 16 Abs. 3 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes, des § 23 Abs. 5 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages und des § 10 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland an. Darüber hinaus wird die bisherige Rechtsauslegung in Bayern bezüglich der Berücksichtigung von Zeiten mit Amtsbezügen aus einer Zeit als Mitglied der Bundesregierung, der Bayerischen Staatsregierung oder einer anderen Landesregierung fortgeführt.

Nummer 6 stellt gesetzlich klar, dass Zeiten einer Eignungsübung (§ 1 des Eignungsübungsgesetzes) entsprechend der bisherigen Praxis Zeiten nach Nummer 2 gleichzustellen sind.

Zu Abs. 2
Abs. 2 enthält eine Ermessensvorschrift, wonach im Einzelfall sonstige Zeiten bei der Zuordnung in die Stufen der Grundgehaltstabelle nach Art. 30 Abs. 1 berücksichtigt werden können.

Förderlich ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der der Ernennungsbehörde wegen seiner wertenden, fachlichen Bezogenheit einen Beurteilungsspielraum lässt. Als förderlich angesehen werden können insbesondere Berufszeiten, die für die Wahrnehmung der künftigen Dienstaufgaben von konkretem besonderen Interesse sind. Zur Wahrung einer einheitlichen Ermessensausübung innerhalb des bayerischen Rechtsgebiets erlässt das Staatsministerium der Finanzen im Benehmen mit den Staatsministerien auf der Grundlage des Art. 102 Satz 2 Verwaltungsvorschriften, die den Ernennungsbehörden für den Regelfall einen Entscheidungsrahmen vorgeben und darüber hinaus für den besonderen Einzelfall noch Entscheidungsspielraum belassen. Nur in letzteren Fällen ist das Einvernehmen des Staatsministeriums der Finanzen gesondert einzuholen.

Die Möglichkeit, den Diensteintritt nach Abs. 2 vorzuverlegen und damit zum Zeitpunkt des tatsächlichen Diensteintritts eine höhere Stufenzuordnung zu erreichen, stellt eine Abweichung von dem Grundsatz des Art. 30 Abs. 1 dar, dass jeder Beamter bzw. jede Beamtin in die erste mit einem Wert belegte Stufe des Grundgehalts einsteigt. Die erste mit einem Wert belegte Stufe der neuen Grundgehaltstabelle entspricht dem heute typischen Einstiegsalter der jeweiligen Besoldungsgruppe. Die Berücksichtigung von für die Beamtentätigkeit förderlichen Zeiten und damit die Zuordnung zu einer höheren Stufe bedürfen einer besonderen Rechtfertigung. Voraussetzung ist hier – wie in Abs. 1 Nr. 1 – eine hauptberufliche Tätigkeit, d. h. die Beschäftigung muss im fraglichen Zeitraum den Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit des oder der Betroffenen dargestellt haben, entgeltlich ausgeübt und mindestens in dem nach den beamtenrechtlichen Vorschriften zur Zeit dieser Tätigkeit zulässigen Umfang abgeleistet worden sein. Hierzu zählen z. B. hauptberufliche Tätigkeiten an einer Hochschule, an außeruniversitären Forschungseinrichtungen im In- und Ausland sowie in der freien Wirt-

schaft wie auch Zeiten eines Stipendiums, die nicht ausschließlich der persönlichen Aus- und Fortbildung dienen.

Die Richtungsentscheidung über die Anerkennung berücksichtigungsfähiger Zeiten obliegt den obersten Dienstbehörden, weil diese jeweils den in ihrem Geschäftsbereich erforderlichen Überblick und damit die Fachkompetenz hinsichtlich der Förderlichkeit von Vordienstzeiten besitzen; sie ist zur Wahrung der Einheitlichkeit des Verfahrens im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen zu treffen. Auf der Basis dieser Grundlagenentscheidung der obersten Dienstbehörden kann dann in einer weiteren Entscheidung durch die zuständige Ernennungsbehörde ggf. der Diensteintritt im Einzelfall vorverlegt werden. Nur für besondere Einzelfälle, die auf der Grundlage der allgemeinen Richtlinien nicht abschließend entschieden werden können, obliegt die Entscheidung der obersten Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

Zu Abs. 3
Abs. 3 zählt abschließend Zeiten ohne Dienstbezüge auf, die das regelmäßige Aufsteigen nach Art. 30 Abs. 3 nicht verzögern. Es handelt sich hierbei nach Nummer 1 um Zeiten, die nach Abs. 1 auch zu einer Vorverlegung des Diensteintritts führen können. Nummer 2 führt für Zeiten einer Beurlaubung ohne Grundbezüge, an denen ein dienstliches oder öffentliches Interesse aufgrund Gesetzes, z. B. aufgrund Qualifikation als Dienstzeiten nach Laufbahnrecht, oder schriftlicher Anerkennung besteht, die Regelung des § 28 Abs. 3 Nr. 3 BBesG fort. Außerdem nimmt Nummer 3 die Regelung des § 9 des Arbeitsplatzschutzgesetzes auf und stellt klar, dass für Zeiten der Abwesenheit vom Dienstverhältnis, die durch den Wehrdienst veranlasst sind, der Nachteil einer Verzögerung des regelmäßigen Aufsteigens nicht eintreten kann.

Zu Abs. 4
Die Zeiten nach Absätzen 1 bis 3 sind zum Vorteil der Beamten und Beamtinnen aufzurunden.

Zu Abs. 5
Durch Inbezugnahme von Art. 30 Abs. 4 garantiert Satz 1, dass Zeiten vor und während des Dienstes bei einem früheren Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereichs des BayBesG ebenso berücksichtigungsfähig für die Vorverlegung des Diensteintritts oder das regelmäßige Aufsteigen bei diesem Dienstherrn sind wie bei einem bayerischen Dienstherrn.

Satz 2 stellt sicher, dass der Beamte oder die Beamtin jeweils nur einmal von einem berücksichtigungsfähigen Tatbestand – entweder für die Stufenzuordnung oder für die Nichtverzögerung des regelmäßigen Aufsteigens – profitiert.

Zu Abs. 6
Der Zeitpunkt des maßgeblichen – vorverlegten – Diensteintritts wird dem Beamten oder der Beamtin schriftlich zusammen mit der Entscheidung über die Anerkennung von Zeiten mitgeteilt. Einwände gegen die Anerkennung von Zeiten hat der Beamte oder die Beamtin mit Widerspruch oder Klage gegen die Entscheidung der obersten Dienstbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle geltend zu machen. Gegen die Folgenentscheidung der Bezügestelle können nur solche Einwände vorgebracht werden, die sich z. B. aus der fehlerhaften Berechnung der Stufe ergeben, die auf dem festgestellten (fiktiven) Diensteintritt beruht.

Zu Art. 32 Grundgehaltssätze

Bei der Gehaltsstruktur (aufsteigende und feste Gehälter) für die Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnungen A und B wird keine Veränderung vorgenommen. Lediglich die erste mit einem Wert belegte Stufe der Besoldungsgruppen A 3 bis A 7, A 12 bis A 14 und die zweite mit einem Wert belegte Stufe der Besoldungsgruppen A 13 und A 14 wird gestrichen, so dass die neue Grundgehaltstabelle eine Stufe weniger aufweist. Außerdem werden die (bisherigen) Stufen 8, 9 und 10 (neu Stufen 7, 8, 9) der Grundgehaltstabelle in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 mit steigenden Beträgen aufgefüllt. Zum Einbau der bisherigen allgemeinen Stellenzulage in das Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 6 bis einschließlich A 8 vgl. Begründung zu Art. 33.

Zu Art. 33 Strukturzulage

Entsprechend dem Sinn und Zweck der Strukturzulage (vgl. Begründung zu Art. 2 Abs. 2 Nr. 3) handelt es sich bei dieser Vorschrift in erster Linie um eine Fortführung geltenden Bundesrechts (Vorbemerkung Nr. 27 zu BBesO A und B). Der dieser Zulage zugrundeliegende Harmonisierungsgedanke, der einen Bewertungsausgleich zwischen den Berufsgruppen, für die in der Vergangenheit Strukturmaßnahmen (Höherbewertung von Ämtern) in größerem Umfang durchgeführt worden sind (Lehrerbereich) und den übrigen Berufsgruppen darstellt, die davon nicht betroffen waren, ist unverändert aktuell. Die mit dem Haushaltsgesetz 2009/2010 durchgeführten neuen Strukturmaßnahmen beeinflussen die Strukturzulage nicht, weil davon alle Verwaltungsbereiche betroffen waren. Vor diesem Hintergrund ist ein Einbau dieser Zulage in das Grundgehalt nur in den Besoldungsgruppen A 5 bis einschließlich A 8 möglich, zumal wie bisher ab Besoldungsgruppe A 9 ein höherer Zulagenbetrag angesetzt wird. Die neuen Grundgehaltssätze für die Besoldungsgruppen A 5 bis einschließlich A 8 sind deshalb um 17,59 Euro erhöht. In den übrigen Besoldungsgruppen werden die bisherigen Beträge (68,80 Euro und 76,47 Euro) auf den höchsten Zulagenbetrag vereinheitlicht.

Mit Satz 3 wird bestimmt, dass die Höhe der Strukturzulage an die Beträge des letzten Anpassungsgesetzes vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes anknüpft und die Strukturzulage derselben Anpassung wie das Grundgehalt unterliegt.

Zu Art. 34 Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen

Amtszulagen sollen als Instrument einer verfeinerten Ämterbewertung aus dem bisherigen Bundesrecht im Grundsatz unverändert in das bayerische Besoldungsrecht übertragen werden. Damit bleiben die bisher im Landesrecht geregelten Amtszulagen erhalten.

Zu Abs. 1
Die Regelung entspricht im Wesentlichen dem früheren Bundesrecht (§ 42 Abs. 1 und 2 BBesG). Sie beinhaltet eine Gestaltungsmöglichkeit des Gesetzgebers bei der Ämterbewertung, aber auch eine Selbstbindung bei der Ausschöpfung des Spielraums. Einen ersten Schritt hat der Gesetzgeber bereits mit dem Haushaltsgesetz 2009/2010 beschlossen, indem er im Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen zwischen dem Eingangsamt und dem bisherigen funktionsbezogenen Beförderungsamt ein bzw. zwei funktionslose Beförderungsämter eingefügt hat. Diese stellen wie alle übrigen mit Amtszulagen ausgestatteten Ämter eigene Ämter im statusrechtlichen Sinn dar (sog. Zwischenämter). Mit diesen beiden Möglichkeiten wird die Flexibilität bei der Ämterbewertung deutlich gestärkt. Erfasst von der Neustruktur werden

darüber hinaus z. B. die Lehrzulage für ausschließlichen Unterricht an Förderschulen (§ 78 Satz 1 Nr. 1 BBesG i. V. m. Anlage Nr. 2 zu Abschnitt 2 der Verordnung über die Gewährung von Stellenzulagen- Bayerische Stellenzulagenverordnung – BayStZulV –) und die Stellenzulage für Förderlehrer und Förderlehrerinnen an Förderschulen mit abgeschlossener sonderpädagogischer Zusatzausbildung im Umfang von mindestens 180 Stunden (Fußnote 2 zu Besoldungsgruppe A 9 und Fußnote 4 zu Besoldungsgruppe A 10).

Aus der in Satz 1 geregelten Unwiderruflichkeit der Amtszulagen wird gleichzeitig ihre umfassende Gleichstellung mit dem Grundgehalt deutlich.

Zu Abs. 2
Satz 1 verändert den Rechtscharakter bestimmter bundesrechtlicher Stellenzulagen (Vorbemerkung Nrn. 6, 8, 9, 10, 12 zu BBesO A und B) hin zu neuen, den bayerischen Amtszulagen in der Rechtswirkung ähnlichen Zulagen. Diese Zulagen sind im Tatbestand durch ein Tätigkeitsbild gekennzeichnet, das für die besagten Berufsgruppen und Bereiche typisch und generell von Dauer ist (z. B. nachrichtendienstliche Tätigkeit, Einsatzdienst der Feuerwehr, Polizeivollzugsdienst, Piloten der Polizeihubschrauberstaffel in Bayern) und sie dadurch von dem der allgemeinen Ämterbewertung (Art. 19) zugrunde liegenden (obligatorischen) Amtsinhalt abhebt. Ziel ist es, die im Bundesrecht bisher nur durch Gewährung einer Stellenzulage honorierten berufsgruppentypischen Tätigkeiten, die sich auf den gesamten Amtsinhalt und nicht nur auf einzelne Funktionen beziehen, im Wege der ergänzenden Ämterbewertung – vergleichbar dem Vorgehen bei den Amtszulagen nach Abs. 1 – zu berücksichtigen. Dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung wird daher auch in diesem berufsgruppenspezifischen Bereich der Vorrang vor der Gewährung einer widerruflichen Stellenzulage gegeben. Der Wesensunterschied zu Abs. 1 liegt darin, dass die gruppenspezifischen Amtszulagen nach Abs. 2 nur innerhalb eines ganz bestimmten Berufszweiges, dort aber für alle Besoldungsgruppen zustehen, während die Amtszulagen nach Abs. 1 nur ganz konkreten Ämtern gesetzlich zugeordnet sind. Mit dieser Strukturmaßnahme wird dem früher in § 18 BBesG (jetzt Art. 19) normierten Grundsatz der engen Verknüpfung von Amt im statusrechtlichen und Amt im funktionellen Sinn (BVerfGE 70, 251) in Bayern auch in Bereichen Rechnung getragen, in denen auf Dauer Tätigkeiten anfallen, die amtsprägend sind. Geht man vom Prinzip der Amtsübertragung auf Lebenszeit aus, erscheint es sachgerecht, die Rechtsposition des Amts- und Funktionsinhabers oder der Amts- und Funktionsinhaberin hier mehr zu stärken, als dies nach dem System des Bundesbesoldungsgesetzes der Fall war. Danach wurden zusätzliche Anforderungen, die für bestimmte Dienstgattungen über die allgemeinen, der Ämterstruktur zugrunde liegenden Anforderungen hinaus kennzeichnend sind, in aller Regel (nur) durch eine Stellenzulage abgegolten, deren Leistungsgrund allein die besondere Verwendung des Beamten oder der Beamtin ist (BVerwG, Urteil vom 19. April 1982 – 6 A 1/80 –). Davon soll im neuen bayerischen Besoldungsrecht im Interesse der Ämterstabilität abgewichen werden. Der funktionale Unterschied der neuen Amtszulagen ähnlichen Zulage zu den bisherigen Stellenzulagen des Bundesrechts liegt darin, dass alle regelmäßigen Tätigkeiten, z. B. eines Polizeivollzugs- oder Feuerwehrbeamten oder einer Polizeivollzugs- oder Feuerwehrbeamtin, integrale Bestandteile des Amtsinhalts sind und diesen dauerhaft prägen. Davon grenzt sich die rein funktionsbezogene Stellenzulage ab, weil sie nach ihrer originären Zweckbestimmung nicht an das (ganze) Amt, sondern nur an bestimmte Funktionen, mithin an den Dienstposten anknüpft. Solche Stellenzulagen sollen – wie unter Bundesrecht – mit Wegfall der maßgeblichen Funktion grundsätzlich weiterhin entfallen (vgl. Art. 51). Hingegen sollen amtsbezogene Zulagen, die als bewertendes Element dem Grundgehalt gleichstehen, die Bewertungsstabilität stärken.

Zu Nrn. 1 bis 6
Die in diesen Nummern abschließend dargestellten Tätigkeitsbereiche weisen in dieser Hinsicht allesamt Besonderheiten auf, die sich von den Anforderungen, die der allgemeinen Ämterbewertung zugrunde liegen, erheblich abgrenzen. Dazu gehören z. B. das Erfordernis, in schwierigen Situationen unter physischer und psychischer Belastung schnell verantwortliche, möglicherweise einschneidende Maßnahmen (Eingriffe) treffen zu müssen, und die Bereitschaft, in Erfüllung der übertragenen Aufgaben gegebenenfalls Leben und Gesundheit einzusetzen (BVerwG, Urteil vom 24. Januar 1985 – 2 C 9/84 –, ZBR 1985, 197). Auch die sicherheitsrelevante Aufgabenwahrnehmung beim Landesamt für Verfassungsschutz, für die unter Bundesrecht eine Stellenzulage (Sicherheitszulage) gewährt wurde, stellt vergleichbare Anforderungen, so dass sich ihre Einreihung unter die amtsbezogenen Zulagen sachlich rechtfertigt. Diesen spezifischen Tätigkeiten gleichwertig sind der Steuerfahndungsdienst und der Flugdienst der Polizeihubschrauberstaffel in Bayern. Diese besonderen Verwendungen setzen eine zusätzliche Ausbildung der Steuer- bzw. Polizeibeamten und –beamtinnen voraus, die einen eigenen (zweiten) Schwerpunkt in der jeweiligen Berufsgruppe darstellen.

Satz 2 beinhaltet den Bewertungsgrundsatz, dass bereichsspezifische Zulagen in der Regel nur für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A gewährt werden können. Die Ämter der Besoldungsordnung B sind Ämter mit typischen Leitungs- und Vorgesetztenfunktionen, die den Amtsinhalt prägen, seinen Schwerpunkt bilden und damit von der allgemeinen Ämterbewertung mit erfasst werden. Eine Höherbewertung durch eine bereichsspezifische Zulage ist - wie schon im Bundesrecht – daneben nicht erforderlich. Ausnahmen davon gelten wegen der Besonderheiten des Dienstes lediglich im Bereich des Verfassungsschutzes. Nach Sinn und Zweck der berufsgruppenspezifischen Amtszulagen können diese für Anwärter und Anwärterinnen, deren Dienstleistung ausschließlich Ausbildungszwecken dient, nur ausnahmsweise in Betracht kommen. Anders verhält es sich für die Beamten in Ausbildung im Polizeivollzugsdienst und im feuerwehrtechnischen Dienst und Beamtinnen in Ausbildung im Polizeivollzugsdienst und im feuerwehrtechnischen Dienst. Die Anwärter im Polizeivollzugsdienst und Anwärterinnen im Polizeivollzugsdienst werden nach § 6 Abs. 2 Satz 2 LbVPol nach erfolgreichem Abschluss der einjährigen Grundlagenausbildung in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen und erhalten dann Grundbezüge als Polizeioberwachtmeister und Polizeioberwachtmeisterinnen. Sie sind damit statusrechtlich den Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen gleichgestellt und erfüllen die Tatbestandsvoraussetzungen der Zulage. Entsprechendes gilt im feuerwehrtechnischen Dienst: Nach § 2 Abs. 1 LbV-Fw dauert der Vorbereitungsdienst im feuerwehrtechnischen Dienst neun Monate; danach werden die Feuerwehrbeamten und Feuerwehrbeamtinnen bei erfolgreicher Ableistung der Prüfung zu Probebeamten und Probebeamtinnen ernannt. Aus Gründen der Gleichbehandlung mit den Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen wird auch im Bereich der Feuerwehr die Zulage frühestens nach Beendigung einer Ausbildungszeit von einem Jahr gewährt (vgl. Anlage 4).

Konkurrenzregelungen sind nicht erforderlich. Die jeweiligen Tatbestände sind grundsätzlich nicht kumulativ gegeben. Eine Besonderheit gilt für die Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen der Polizeihubschrauberstaffel in Bayern. Diese Personengruppe hatte schon unter Geltung des Bundesrechts durch das im Ergebnis unbefristete Nebeneinander von Polizeizulage und Fliegerzulage einen Sonderstatus inne, der im neuen Recht fortgeschrieben und verfestigt wird.

Zu Abs. 3
Die Regelung in Satz 1 berücksichtigt die in Abs. 1 enthaltenen Maßgaben auf der Tatbestandsseite, die nur unbestimmte Rechtsbegriffe enthält. Insoweit folgt das bayerische Recht der bundesgesetzlichen Struktur, die eine Ausbringung von Amtszulagen im Einzelnen dem Landesgesetzgeber überlassen hat. Die gesetzestechnische Umsetzung erfolgt durch Aufnahme von Fußnoten zum konkreten Amt in der Bayerischen Besoldungsordnung mit Verweis auf den Zulagenbetrag in der entsprechenden Anlage zu diesem Gesetz. Für die Amtszulagen nach Abs. 2 ergeben sich die Tatbestandsvoraussetzungen unmittelbar aus der Norm.

Satz 2 verweist hinsichtlich der Höhe der Zulagen nach Abs. 1 und 2 auf die Anlage 4. Dabei wird betragsmäßig an den Status Quo angeknüpft. Die neu geschaffene besondere Amtszulage orientiert sich in ihrer Höhe an der bisherigen zu Besoldungsgruppe A 16 gewährten Amtszulage und erhöht diese amtsangemessen, wobei die generell geltende 75 v. H.-Grenze ausnahmsweise überschritten wird. Künftige Fortschreibungen der Beträge ergeben sich aus den jeweiligen Anpassungsgesetzen.

Hinsichtlich der Einbeziehung der am Tag vor Inkrafttreten der Strukturumwandlung vorhandenen Beamten und Beamtinnen wird auf Art. 104 Abs. 3 und die dazu gehörige Begründung verwiesen.

Zu Art. 35 Grundlage des Familienzuschlags

Die bundesgesetzliche Regelungstechnik zum Familienzuschlag (s. § 39 BBesG) wird unverändert übernommen.

Zu Abs. 1
Die Vorschrift bleibt in Regelungstechnik und materiellem Inhalt gegenüber früherem Bundesrecht unverändert.

Zu Abs. 2
Die bestehende bundesgesetzliche Regelung eines Vorzugsausgleichs für ledige Beamte und Beamtinnen in Gemeinschaftsunterkunft (Art. 127 BayBG) hat nach wie vor ihre sachliche Berechtigung und wird inhaltlich unverändert in das bayerische Recht übernommen.

Zu Art. 36 Stufen des Familienzuschlags

Die Vorschrift entspricht inhaltlich weitgehend dem bisherigen § 40 BBesG. Neu eingeführt wird die Gleichstellung von Beamten und Beamtinnen in eingetragener Lebenspartnerschaft mit verheirateten Beamten und Beamtinnen.

Zu Abs. 1
Bestimmt wird der Personenkreis, der einen Familienzuschlag erhalten kann. Für die Zuordnung zu diesem Familienzuschlag werden die bisher festgelegten Familienstände und -verhältnisse übernommen und durch die Aufnahme der eingetragenen Lebenspartnerschaften erweitert. Basis für den Familienzuschlag ist ein erhöhter Alimentationsbedarf auf Grund der zivilrechtlichen Unterhaltspflicht (§ 1360 BGB). Dies gilt neben den Verheirateten (Nr. 1) auch für Verwitwete (Nr. 2): Obwohl nach dem Eintritt des Todesfalls des Ehegatten oder der Ehegattin die Unterhaltspflicht wegfällt, ist die Gewährung des Familienzuschlags gerechtfertigt, da Dispositionen, welche den Finanzbedarf reduzieren (z. B. Umzug in eine kleinere Wohnung), häufig unterbleiben. In Nr. 3 wird gesetzlich klargestellt, dass sich eine Unterhaltsverpflichtung auf die letzte geschiedene Ehe beziehen und diese mindestens die Höhe des

jeweils maßgebenden Familienzuschlags erreichen muss (so BVerwG, Urteil vom 17. März 1989 – 6 C 6.87 – und Urteil vom 19. September 1991 – 2 C 28/90 –). Diese Tatbestände werden auf Beamte und Beamtinnen in eingetragenen Lebenspartnerschaften übertragen. Mit Satz 2 werden sonstige Berechtigte, also Ledige und Geschiedene ohne Unterhaltsverpflichtung, – wie bisher – den Verheirateten gleichgestellt, sofern sie durch Aufnahme einer Person in die Wohnung einer gesetzlichen oder sittlichen Unterhaltspflicht nachkommen. Satz 3 versagt – wie bisher – den Anspruch auf Familienzuschlag, wenn die aufgenommene Person über eigene Mittel in Höhe des Sechsfachen des höchsten Betrages des Familienzuschlags der Stufe 1 verfügt und somit im Ergebnis nicht unterhaltsbedürftig ist. In Satz 5 wird gesetzlich klargestellt, dass die Formulierung „nicht nur vorübergehend“ auch in den Fällen zutrifft, in denen ein Kind von mehreren Berechtigten in deren jeweilige Wohnung aufgenommen ist und dort jeweils einen Mittelpunkt der Lebensführung hat (vgl. BVerwG, Urteil vom 12. Dezember 1990 – 2 B 116.90 –). Die Konkurrenzregelung des Satzes 5 betrifft bei den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen im öffentlichen Dienst insbesondere die dienstordnungsmäßig Angestellten (Art. 100).

Zu Abs. 2
Der Anspruch auf die kindbezogenen Teile des Familienzuschlags richtet sich allein nach den Bestimmungen des Kindergeldrechts (Abschnitt X des EStG). Die Verknüpfung des Familienzuschlags mit dem Kindergeld ist anerkannt und vom Bundesverfassungsgericht als zulässig bestätigt worden (BVerfGE 44, 249). Der neue Satz 3 erklärt die Entscheidung der Familienkasse für bindend. Sofern ein Bescheid für die Kindergeldberechtigung vorliegt, ist dieser auch für den kindbezogenen Teil des Familienzuschlags zu Grunde zu legen.

Zu Abs. 3
Abs. 3 entspricht vollinhaltlich der bisherigen Regelung.

Zu Abs. 4 und 5
Der Familienzuschlag soll wie bisher im Ergebnis nur einmal geleistet werden; dies gilt auch für Beamte und Beamtinnen in eingetragener Lebenspartnerschaft. Die insofern inhaltlich übernommenen Konkurrenzregelungen des früheren § 40 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 5 Satz 3 BBesG wurden dahingehend angepasst, dass diese auch auf teilzeitbeschäftigte Ehegatten oder andere Anspruchsberechtigte Anwendung finden, die zusammen insgesamt mindestens die Arbeitszeit eines oder einer Vollzeitbeschäftigten erreichen (vgl. BVerwG, Urteil vom 29. September 2005 – 2 C 44.04 –). In derartigen Fällen ist die anteilige Kürzung des Familienzuschlags wegen Teilzeitbeschäftigung ebenfalls nicht anzuwenden.

Zu Abs. 6
Die Regelung definiert den Begriff des „öffentlichen Dienstes“ im Sinn der vorstehenden Vorschriften unverändert wie bisher. Zwar sehen die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes (TVöD bzw. TV-L) seit dem 1. Oktober 2005 (Geltungsbereich des TVöD für Bund und Kommunen) bzw. seit dem 1. November 2006 (Geltungsbereich des TV-L) keine familienbezogenen Leistungen mehr vor; durch die in den jeweiligen Überleitungstarifverträgen vorgesehene Besitzstandszulage für Kinder werden – maximal bis zu deren Vollendung des 25. Lebensjahres, also bis 2030 bzw. 2031– weiterhin kindbezogene Teile im Entgelt gezahlt. Die bisher durch Verordnung geregelte Zuständigkeit des Landesamts für Finanzen für die Entscheidung, welche Einrichtungen in Bayern als „öffentlicher Dienst“ im Sinn der Vorschrift gelten, wird unmittelbar im Gesetz geregelt.

Zu Abs. 7
Die Sonderermächtigung ist aus Datenschutzgründen erforderlich und zum Vollzug der Konkurrenzregelungen auch weiterhin notwendig. Es handelt sich um rein dienstliche Mitteilungen der für die Höhe der Besoldung (des Familienzuschlags) erforderlichen personenbezogenen Daten.

Zu Art. 37 Änderung des Familienzuschlags

Die Vorschrift übernimmt das bisherige Günstigkeitsprinzip des § 41 BBesG inhaltlich unverändert.

Satz 1 geht als spezielle Regelung der des Art. 4 Abs. 2 vor, indem er bestimmt, dass bei Eintritt des für den Familienzuschlag maßgeblichen Ereignisses im Laufe eines Monats die Zahlung rückwirkend ab dem Ersten des Ereignismonats beginnt.

Satz 2 regelt hingegen den Zeitpunkt, von dem an der Wegfall der Voraussetzungen für die Zahlung des Familienzuschlags der Stufe 1 oder einer höheren bei der Zahlung der Besoldung zu berücksichtigen ist.

Satz 3 stellt sicher, dass die Regelungen der Sätze 1 und 2 entsprechend gelten für die Zahlung von Teilbeträgen der Stufen des Familienzuschlags bei Tatbeständen, die zur Gewährung oder zum Wegfall des Familienzuschlags führen.

Zu Art. 38 Auslandsbesoldung

Der Bayerische Landtag hat im Zuge der Bezügeanpassung 2007/2008 in Bayern eine Grundsatzentscheidung in der Weise getroffen, dass die Auslandsbesoldung der Beamten und der Beamtinnen in Bayern mit dienstlichem und tatsächlichem Wohnsitz im Ausland nicht landesspezifisch, sondern durch dynamische Rechtsfolgenverweisung auf das Bundesrecht geregelt wird (LT-Drs. 15/9290 S. 14). Dem trägt Satz 1 der Vorschrift Rechnung. Dadurch wird gewährleistet, dass bayerischen Besoldungsempfängern und Besoldungsempfängerinnen eine Auslandsbesoldung hinsichtlich Struktur und Höhe gewährt wird, wie sie Bundesbedienstete erhalten. Satz 2 stellt klar, dass bei Anwendung der zitierten Bundesvorschrift anstelle des § 6 BBesG Art. 6 anzuwenden ist. Mit Satz 3 werden die Beträge der bundesrechtlichen Grundgehaltsspannen, auf deren Grundlage die Stufenzuordnung zum jeweiligen Betrag des Auslandszuschlags vorgenommen wird, durch bayernspezifische Grundgehaltsspannen ersetzt. Satz 4 bestimmt, dass bei der jährlichen Sonderzahlung ein etwaiger Kaufkraftausgleich zu berücksichtigen ist. Satz 5 stellt sicher, dass die Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen aus Bayern, die im Rahmen von internationalen Friedensmissionen zur Unterstützung humanitärer Maßnahmen im Ausland eingesetzt sind, ihren Bundeskollegen und Bundeskolleginnen im Einsatz auch beim Auslandsverwendungszuschlag gleichgestellt sind.

Zu Art. 39 Anwendungsbereich

Mit dem Professorenbesoldungsreformgesetz vom 16. Februar 2002 (BGBl I S. 686), umgesetzt in Bayern mit Wirkung ab 1. Januar 2005 durch das Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und anderer Vorschriften vom 7. Dezember 2004 (GVBl S. 491), wurde die Besoldungsordnung W eingeführt. Sie ist durch feste Grundgehälter und weitreichende Möglichkeiten der Vergabe variabler Leistungselemente gekennzeichnet. Damit wurde im Wissen-

schaftsbereich ein modernes, flexibles und leistungsorientiertes Vergütungssystem geschaffen.

Dieses Konzept wird beibehalten und in die neue Systematik eingefügt. Es gilt für Professoren und Professorinnen (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayHSchPG), Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayHSchPG) sowie für die hauptberuflichen Mitglieder von Hochschulleitungen (Art. 20 des Bayerischen Hochschulgesetzes - BayHSchG). Ausgenommen sind Kanzler und Kanzlerinnen, deren Ämter nach Art. 28 den Besoldungsordnungen A und B zugewiesen sind.

Der Abschnitt 2 regelt abschließend die Grundbezüge für die der Besoldungsordnung W zugeordneten Beamten und Beamtinnen. Soweit Vorschriften des Abschnitts 1 anwendbar sind, wird hierauf ausdrücklich verwiesen.

Die variablen Leistungselemente sind bei den Nebenbezügen in Teil 3 Abschnitt 4 Unterabschnitt 2 geregelt.

Zu Art. 40 Funktionsgerechte Besoldung, Grundgehalt

Diese Vorschrift enthält den Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung gemäß Art. 19. Die Funktionsbeschreibungen ergeben sich aus dem BayHSchPG und dem BayHSchG. Die Ämterbewertung und –zuordnung erfolgt im Besoldungsrecht. Zu beachten ist, dass die Funktionsbeschreibungen von Planstellen für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppe W 3 an Universitäten insbesondere eine angemessene fachliche Breite vorsehen müssen (vgl. Art. 9 Abs. 3 Satz 2 BayHSchPG).

Abs 2 regelt die Bestimmung des Grundgehalts nach dem Amt gemäß Art. 20. Auf die dortigen Ausführungen wird insoweit verwiesen.

Zu Art. 41 Besoldungsordnung W

Für Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen (– mit Ausnahme der Kanzler und Kanzlerinnen –) gilt die Besoldungsordnung W. Die Besoldungsordnung C besteht nur noch als Übergangsregelung (vgl. Art. 108).

Zu Abs. 1
Satz 1 verweist für die Ämterordnung der Besoldungsordnung W auf Anlage 1. Danach werden, wie bislang, die Ämter der Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen der Besoldungsgruppe W 1 und die Ämter der Professoren und Professorinnen an Universitäten und Fachhochschulen den Besoldungsgruppen W 2 und W 3 zugeordnet. Die Leitungsämter der Hochschulen sind der Besoldungsgruppe W 3 zugewiesen. Satz 2 enthält die bisher in Art. 32 Abs. 8 Satz 4 BayBesG a. F. verankerte Regelung zur Begrenzung der Stellen an Fachhochschulen und in Fachhochschulstudiengängen an anderen staatlichen Hochschulen.

Zu Abs. 2
Der Absatz sieht vor, dass Leitungsämter der Hochschulen mit einer alternativen Amtsbezeichnung ausgebracht werden. Dies entspricht der bisherigen Vorbemerkung Nr. 7 Satz 1 der BayBesO. Die konkrete Amtsbezeichnung hängt davon ab, ob der Präsident oder die Präsidentin nach der Grundordnung der Hochschule die Bezeichnung Rektor oder Rektorin führt (Art. 19 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG).

Zu Art. 42 Grundgehaltssätze

Die bisherigen Grundgehaltssätze gewährleisten nach der Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs derzeit eine amtsangemessene Alimentation und sind verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden (Entscheidung vom 28. Juli 2008 – Vf. 25-VII-05). Gleichwohl werden die Grundgehälter der Besoldungsgruppen W 1, W 2 und W 3 angehoben, um im Interesse der Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Bayern eine flächendeckende Erhöhung des Besoldungsniveaus der Professoren und Professorinnen zu erreichen.

Zu Art. 43 Weitere Vorschriften

Die Vorschrift verweist auf die in Abschnitt 1 enthaltenen Regelungen betreffend Familienzuschlag und Auslandsbesoldung, die somit auch für die Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnung W gelten.

Zu Art. 44 Allgemeine Vorschriften

Abschnitt 3 regelt abschließend die Grundbezüge für Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen. Aufgrund der Eigenart des Richteramtes mit Blick auf die richterliche Unabhängigkeit gilt für Richter und Richterinnen weiterhin eine eigene Besoldungsordnung. Staatsanwälte und Staatsanwältinnen bleiben ungeachtet ihres Beamtenstatus in diese Regelungen einbezogen, um den personalwirtschaftlich erwünschten und bewährten Wechsel zwischen richterlicher und staatsanwaltlicher Tätigkeit zu ermöglichen.

Soweit Vorschriften des Abschnitts 1 anwendbar sind, wird hierauf ausdrücklich verwiesen.

Zu Art. 45 Funktionsgerechte Besoldung, Grundgehalt

Der Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung gilt auch für Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen.

Gleiches gilt für die Bestimmung des Grundgehalts nach dem Amt gemäß Art. 20. Dabei ist zu berücksichtigen, dass insbesondere dem Richter auf Probe oder der Richterin auf Probe kein Amt im statusrechtlichen Sinne übertragen wird (§ 27 Abs. 1 DRiG). Dem trägt Absatz 2 Satz 2 dadurch Rechnung, dass sich das Grundgehalt – wie im bisherigen Bundesrecht – nach der Besoldungsgruppe R 1 bestimmt. Für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen ist ferner die Regelung nach Art. 21 bezüglich des Grundgehalts bei Verleihung eines anderen Amtes (frühere Ausgleichszulage nach § 13 Abs. 1 BBesG) anzuwenden; für Richter und Richterinnen bleibt die Regelung des § 33 des Deutschen Richtergesetzes unberührt.

Die Ämter der Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen, mit Ausnahme der Ämter von Vertretern oder Vertreterinnen des öffentlichen Interesses bei den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit, und ihre Besoldungsgruppen sind in der Besoldungsordnung R der Bayerischen Besoldungsordnungen geregelt (Anlage 1).

Zu Art. 46 Besoldungsordnung R

Die Ämter der Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen sind abschließend in der Besoldungsordnung R aufgeführt. Die Amtsbezeichnungen für Richter und Richterinnen ergeben sich aus § 19a des Deutschen Richtergesetzes (DRiG). Durch den Verweis auf

Art. 25 ist klargestellt, dass sich Beförderungsämter gegenüber Ämtern der niedrigeren Besoldungsgruppe in ihrer Wertigkeit wesentlich abheben sollen.

Zu Art. 47 Bemessung des Grundgehalts

Zu Abs. 1
Die Besoldungsordnung R hat acht Besoldungsgruppen. Die Besoldungsgruppen R 9 und R 10 können im Landesbereich entfallen. Die Besoldungsgruppen R 1 und R 2 sehen, wie bislang, aufsteigende Grundgehälter und die Besoldungsgruppen R 3 bis R 8 feste Grundgehälter vor.

In den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 wird das bisherige Lebensaltersprinzip durch eine Anknüpfung an die Berufserfahrung ersetzt. Dies erfolgt aus den gleichen Gründen wie die Abschaffung des Besoldungsdienstalters in der Besoldungsordnung A (vgl. die Begründung zu Art. 30). Berufsanfänger und Berufsanfängerinnen beginnen unabhängig vom Lebensalter in der ersten Stufe ihrer Besoldungsgruppe. Der bisherige Zweijahresrhythmus bleibt unverändert.

Die Grundgehaltstabelle der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 wird dahin modifiziert, dass die erste mit einem Wert belegte Stufe gestrichen wird.

Zeiten, die vor erstmaliger Ernennung zum Richter, zur Richterin, zum Staatsanwalt oder zur Staatsanwältin im Beamtenverhältnis zu einem in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 genannten Dienstherrn verbracht wurden, werden aufgrund der damit erworbenen höheren Berufserfahrung angerechnet.

Beispiel:
Ein Beamter oder eine Beamtin der Besoldungsgruppe A 14 wird nach sieben Jahren im Beamtenverhältnis zum Richter oder zur Richterin der Besoldungsgruppe R 2 berufen. Er oder sie wird der Stufe 4 zugeordnet. Der Aufstieg nach Stufe 5 erfolgt in einem Jahr.

Stufenwirksame Vordienstzeiten in der A-Besoldung werden in vollem Umfang bei der Bemessung des Grundgehalts in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 angerechnet. Die Grundsätze der Berücksichtigung von Beamtendienstzeiten bzw. richterlichen oder staatsanwaltlichen Dienstzeiten beim Wechsel von der A-Besoldung in die R-Besoldung (und umgekehrt) entsprechen einander zur Sicherung der Mobilität.

Zu Abs. 2
Der Stufenaufstieg erfolgt nach Ablauf von jeweils zwei Dienstjahren aufgrund des damit verbundenen Erfahrungszuwachses. Anders als in der Besoldungsordnung A wird der Stufenanstieg in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 aus Gründen der richterlichen Unabhängigkeit nicht an eine Leistungsfeststellung geknüpft. Bei Beförderungen wird die in der niedrigeren Besoldungsgruppe erreichte Stufe in der höheren Besoldungsgruppe fortgeführt; die in dieser Stufe verbrachten Zeiten werden auf den weiteren Stufenanstieg angerechnet.

Beispiel:
Ein Staatsanwalt oder eine Staatsanwältin der Besoldungsgruppe R 1 wird nach sieben Jahren zum Richter oder zur Richterin der Besoldungsgruppe R 2 befördert. Er oder sie wird der Stufe 4 der Besoldungsgruppe R 2 zugeordnet. Der Aufstieg nach Stufe 5 erfolgt in einem Jahr.

Hinsichtlich der Berücksichtigung weiterer Zeiten für den Stufenein- oder –aufstieg gilt Art. 31 entsprechend. Die Anrechnung der stufenwirksamen Vordienstzeiten in einem nichtstaatsanwaltlichen Beamtenverhältnis darf nur in dem Umfang erfolgen, wie er sich nach den für

dieses Beamtenverhältnis maßgeblichen Bestimmungen errechnet. Als förderliche Zeiten im Sinne von Art. 31 Abs. 2 Satz 1 kommen insbesondere Zeiten nach § 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 und 5 DRiG in Betracht.

Zu Art. 48 Grundgehaltssätze

Die Vorschrift verweist auf die in der Anlage 3 ausgewiesenen Grundgehaltssätze. Die ersten mit einem Wert belegten Stufen der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 wurden gestrichen (vgl. Begründung zu Art. 47). Die bundesgesetzlich geregelten Besoldungsgruppen R 9 und R 10 bezogen sich ausschließlich auf die Bundesrichter und Bundesrichterinnen und sind daher entfallen.

Zu Art. 49 Weitere Vorschriften

Die Vorschrift verweist auf die in Abschnitt 1 enthaltenen Regelungen betreffend Amtszulagen, Familienzuschlag und Auslandsbesoldung, die somit auch für die Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen gelten.

Zu Art. 50 Prüfungsgebietsleiter und Prüfungsgebietsleiterinnen beim Bayerischen Obersten Rechnungshof

Die Prüfungsgebietsleiter und Prüfungsgebietsleiterinnen beim Bayerischen Obersten Rechnungshof sind bislang unter Bundesrecht (vgl. Vorbemerkung Nr. 22 zu BBesO A und B) besoldungsrechtlich den Leitenden Ministerialräten und Leitenden Ministerialrätinnen an den obersten Dienstbehörden in Besoldungsgruppe B 3 oder B 4 gleichgestellt. An dieser gesetzlich festgelegten Selbstbindung, die einen Zusammenhang zwischen den Funktionsbewertungen der stellvertretenden Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen an den obersten Dienstbehörden mit den Prüfungsgebietsleitern und Prüfungsgebietsleiterinnen beim Bayerischen Obersten Rechnungshof bildet, wird festgehalten.

Zu Art. 51 Stellenzulagen

Im Hinblick auf die in Art. 33 und Art. 34 geregelte Gleichstellung von bestimmten Zulagen mit dem Grundgehalt verbleiben von den bislang bundesrechtlich geregelten Stellenzulagen nur noch die in dieser Norm geregelten. Diese Stellenzulagen unterscheiden sich von den vorgenannten Zulagen dadurch, dass sie nur solche zusätzliche Funktionen honorieren, die das Statusamt nicht unmittelbar berühren und deshalb nach endgültiger Beendigung der jeweiligen Funktion automatisch entfallen.

Zu Abs. 1
Mit Satz 1 wird der gesetzliche Rahmen für die Gewährung von Stellenzulagen festgelegt. Zur Ausgestaltung siehe Begründung zu Abs. 4.

Die Aufzählung in Satz 2 ist abschließend. Sie geht davon aus, dass durch die mit diesem Gesetz vorgenommene Umwidmung von Stellenzulagen in Amtszulagen sowie die Einbindung von bestimmten Stellenzulagen in die neue Leistungsbesoldung nur noch ganz wenige Tatbestände verbleiben, die durch eine Stellenzulage honoriert werden müssen. Das schließt nicht aus, bei Hinzukommen neuer Tatbestände den Katalog zu erweitern.

Satz 2 Nr. 1 regelt den Tatbestand der sog. Lehrzulage, die bisher nach § 44 Abs. 3 BBesG i. V. m. Abschnitt 1 BayStZulV gezahlt wurde. Hierunter fallen Beamte und Beamtinnen des

Verwaltungs- und Vollzugsdienstes sowie Richter und Richterinnen sowie Staatsanwälte und Staatsanwältinnen, die als hauptamtliche Lehrkräfte bei verwaltungseigenen Aus- und Fortbildungseinrichtungen verwendet sind und deren wöchentliche Verpflichtung zur Lehrtätigkeit mehr als zehn Unterrichtsstunden (zuzüglich der Vor- und Nacharbeit im gleichen zeitlichen Umfang) beträgt. Für Teilzeitbeschäftigte ermäßigt sich die Lehrverpflichtung entsprechend. Zu der in Nr. 2 festgelegten Lehrerfunktionszulage zählen zum einen die bisher in § 78 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 und Nr. 6 BBesG i. V. m. Abschnitt 2 BayStZulV bezeichneten fünf Tatbestände: Erfasst werden Lehrer und Lehrerinnen mit einer Lehramtsbefähigung, die ein Schülerheim leiten oder bei Schul- oder Modellversuchen oder neuen Schulformen die fachliche Koordinierung durchführen oder Aufgaben im Rahmen der Lehrerausbildung oder –fortbildung wahrnehmen oder als Fachberater und Fachberaterinnen für Hör- und Sprachgeschädigte bei Gesundheitsämtern verwendet werden. Der Lehramtsbefähigung wird die Befähigung zur Fachlaufbahn der Fachlehrer und Fachlehrerinnen gleichgestellt. Zum anderen gehören zur Nr. 2 die bisher in Fußnote 6 zu Besoldungsgruppe A 10 der Bayerischen Besoldungsordnung geregelte Stellenzulage für Fachlehrer und Fachlehrerinnen als Fachberater und Fachberaterinnen an den Schulämtern und bei den Ministerialbeauftragten für die Realschulen sowie die bisher in Fußnote 2 zu Besoldungsgruppe A 11 der Bayerischen Besoldungsordnung geregelte Stellenzulage für Fachlehrer und Fachlehrerinnen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen oder bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei, die unter bestimmten Voraussetzungen als Fachberater und Fachberaterinnen an den Schulämtern und bei den Ministerialbeauftragten für die Realschulen oder als Fachbetreuer und Fachbetreuerinnen an einer beruflichen Schule oder als zentrale Fachberater und Fachberaterinnen an den Städtischen Realschulen der Landeshauptstadt München verwendet sind. Mit Nr. 3 wird die bisher in Art. 6 Abs. 2 BayBesG geregelte Stellenzulage für die Tätigkeit an obersten Dienstbehörden (Ministerialzulage) in das neue Recht überführt. Dabei wird die im Bundesrecht seit 1975 bestimmte Niveaufestschreibung für die Zukunft aufgehoben. Nr. 4 regelt den Tatbestand der sog. Nachprüferzulage, die bisher nach Vorbemerkung Nr. 6a zu BBesO A und B gewährt wurde. Nr. 5 regelt den Tatbestand der sog. Steuerprüferzulage, die bisher nach Vorbemerkung Nr. 26 zu BBesO A und B den Beamten und Beamtinnen in der Steuerverwaltung für die Zeit ihrer überwiegenden Verwendung im Außendienst gewährt wurde. Nr. 6 regelt den Tatbestand der sog. Meisterzulage, die bisher nach Vorbemerkung Nr. 25 zu BBesO A und B gewährt wurde. Es handelt sich hierbei um eine „unechte Stellenzulage“, weil sie nicht auf die Funktion, sondern auf die Vorbildung abstellt. Diese Sonderregelung wird unverändert fortgeführt.

Die übrigen Stellenzulagen des Bundesrechts werden von der Neuregelung aus den nachstehenden Gründen nicht erfasst:

1. Die bisher in Vorbemerkung Nr. 13 zu BBesO A und B enthaltene Ermächtigung zur Regelung einer Zulage für Beamte und Beamtinnen, die als Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs verwendet sind, hat Bayern nicht wahrgenommen. Daran wird auch im neuen Recht festgehalten, zumal von der in Art. 5 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof vorgesehenen Möglichkeit, neben Richtern und Richterinnen auch Lehrer und Lehrerinnen der Rechtswissenschaft an einer bayerischen Universität (Beamte und Beamtinnen) als Mitglieder zu berufen, bisher in der Praxis kein Gebrauch gemacht worden ist.
2. Die bislang in Vorbemerkung Nr. 13a zu BBesO A und B i. V. m. Abschnitt 3 BayStZulV geregelte Stellenzulage für Leiter und Leiterinnen von Landwirtschaftsämtern mit Land-

wirtschaftsschule entfällt. Nach der Zweckbestimmung der Bundesregelung beruhte die Stellenzulage auf der Annahme, dass die Funktion des Leiters oder der Leiterin eines Landwirtschaftsamtes mit Besoldungsgruppe A 15 bewertungsgerecht eingestuft ist. Bei gleichzeitiger Leitung einer Landwirtschaftsschule sollte dieser Zusatzaufgabe daher durch eine landesrechtliche Stellenzulage in Höhe von 76,69 Euro Rechnung getragen werden. Aufgrund der Neustruktur der Landwirtschaftsverwaltung durch Zusammenlegung der Ämter für Landwirtschaft und Forsten werden diese im Ergebnis durch Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppen A 16 mit Amtszulage oder A 16 geleitet. Dabei ist den Funktionsgrundsätzen entsprechend auch die Leitung einer Landwirtschaftsschule einbezogen. Für die Beibehaltung der Stellenzulagenregelung besteht deshalb keine sachliche Notwendigkeit mehr. Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Zulagenempfänger und Zulagenempfängerinnen ist eine Besitzstandsregelung vorgesehen (s. Art. 109 Abs. 1).

3. Die Theaterbetriebszulage, die die Besonderheiten des Dienstes an Theatern, insbesondere den mit dem Dienst zu ungünstigen Zeiten und dem Nachtdienst verbundene Erschwernisse und sonstigen Aufwand abgilt (Art. IX § 21 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975, BGBl I S. 1173 i. V. m. Abschnitt 4 BayStZulV), entfällt, da die Anspruchsvoraussetzungen ausschließlich Tatbestände für die Gewährung von Erschwerniszulagen (vgl. Art. 55) darstellen.

Des Weiteren bedarf es im Zuge der Ämterneuordnung keiner Fortführung der in der BBesO und BayBesO geregelten Stellenzulagen in der Krankenhausbetriebsleitung (Fußnote 7 zu Besoldungsgruppe A 9 BBesO, Fußnote 5 zu Besoldungsgruppe A 10 BayBesO und Fußnote 3 zu Besoldungsgruppe A 11 BayBesO).

Zu Abs. 2
Mit Satz 1 wird die betragsmäßige Höchstgrenze des Bundesrechts beibehalten. Sie bringt die niedrigere Wertigkeit einer Stellenzulage im Vergleich zum nächsthöheren Beförderungsamt zum Ausdruck. Hinter dem betragsmäßigen Unterschied zwischen dem niedrigeren und dem höheren Amt muss die Stellenzulage zurückbleiben. Sie sollte in der Regel auch einen gewissen Abstand zu Amtszulagen und diesen entsprechenden Zulagen für besondere Berufsgruppen wahren. Auch die für die Ministerialzulage im Bundesrecht ausnahmsweise zugelassene Überschreitung dieser Höchstgrenze wird aus Rechtsschutzgründen fortgeführt.

Satz 2 lässt weitere Differenzierungen in der Ausgestaltung der Zulagenhöhe zu, die den unterschiedlichen Funktionsinhalten Rechnung tragen sollen. Anlage 7 weist insofern bestimmte Höchstbeträge und Vomhundertsätze aus. Zur Höhe der Stellenzulagen im Einzelnen vgl. Begründung zu Anlage 7.

Zu Abs. 3
Satz 1 legt fest, dass Stellenzulagen nach ihrem Rechtscharakter eng an die tatsächliche Wahrnehmung einer herausgehobenen Funktion geknüpft sind (Funktionsbindung). Sie sollen insbesondere Tätigkeiten und Belastungen honorieren, die über die Normalanforderungen eines Amtes hinausgehen. Sie sind daher widerruflich und entfallen grundsätzlich mit der endgültigen Beendigung der entsprechenden Funktion.

Satz 2 enthält die gesetzliche Klarstellung, dass es bei bestimmten Unterbrechungen der Stellenzulage berechtigenden Tätigkeit einer Ausnahme vom Wegfall der Stellenzulage bedarf, wenn die Funktion als solche fortbesteht und nur in ihrer tatsächlichen Ausübung vorüberge-

hend unterbrochen wird. Die Aufzählung schließt an sondergesetzliche Bestimmungen (z. B. § 5 der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen, Bayerische Mutterschutzverordnung- BayMuttschV, § 9 Abs. 2 des Gesetzes über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst, Arbeitsplatzschutzgesetz –ArbPlSchG) an und ergänzt diese beispielhaft um vergleichbare Unterbrechungstatbestände, die im Berufsleben vorkommen können (z. B. Erkrankung einschließlich einer Kur gemäß § 30 BayBhV), die wahrgenommene Funktion aber tatsächlich nicht beenden. Dies entspricht der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (u. a. im Urteil vom 12. September 1994 – 2 C 7/93). Bei einem Sonderurlaub unter Fortzahlung der Bezüge ist mit zu entscheiden, ob eine Stellenzulage weitergewährt werden kann (Ermessensentscheidung). Die Regelung lässt es auch zu, dass z. B. im Fall eines Erholungsurlaubs, der sich unmittelbar an eine längerfristige Freistellung (z. B. Elternzeit) anschließt und vor dem tatsächlichen Dienstantritt eingebracht wird, eine Stellenzulage gewährt wird.

Satz 3 erweitert den Ausnahmekatalog um die Sondertatbestände (z. B. zur Bewältigung vordringlicher staatlicher Schwerpunktaufgaben bzw. Notsituationen oder zur absolut unumgänglichen Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs) des bisherigen Bundesrechts (§ 42 Abs. 3 Satz 2 BBesG), die im Zeitalter von Globalität und Reformen nach wie vor nicht gänzlich auszuschließen sind. Sinn und Zweck dieser Sonderausnahmetatbestände ist es, die Flexibilität des Personaleinsatzes zu gewährleisten.

Satz 4 beinhaltet zum Ausschluss von Doppelzahlungen eine Konkurrenzregelung.

Satz 5 weist die Zuständigkeit für die Gewährung der Zulage der jeweiligen obersten Dienstbehörde zu und enthält einen Einvernehmensvorbehalt.

Zu Abs. 4
Die Ausgestaltung des gesetzlichen Rahmens in Abs. 1 Satz 1 bedarf in unterschiedlichem Umfang weiterer Einzelregelungen, insbesondere zur Festlegung der Einzelfunktionen, deren Zuordnung zu bewertungsgerechten Zulagenbeträgen, Konkurrenzregelungen, Besonderheiten bei Teilzeitbeschäftigung. Diese wird zur Entlastung des Gesetzgebers der Staatsregierung durch Rechtsverordnung übertragen.

Zu Art. 52 Ausgleichszulage für den Wegfall von Stellenzulagen

Ergänzend zur Rechtsstandswahrung des Grundgehalts nach Art. 21 überträgt die Vorschrift den Grundgedanken des bisherigen § 13 Abs. 2 BBesG inhaltlich modifiziert in das bayerische Recht. Dabei werden familien- und gesellschaftspolitisch bedeutsame Zeiten – anders als im bisherigen Bundesrecht – zu Gunsten der betroffenen Beamten und Beamtinnen bewertet. Im Übrigen wird die Vorschrift regelungstechnisch vereinfacht.

Zu Abs. 1
Die beamtenrechtlichen Vorschriften zum dienstlich bedingten Verwendungswechsel sowie die besoldungsrechtlichen Folgevorschriften stellen bislang darauf ab, dass eine in diesem Zusammenhang eintretende Verringerung der Nebenbezüge (Stellenzulagen) durch eine Ausgleichszulage abgefedert wird. An diesem Grundsatz wird auch im neuen Dienstrecht festgehalten. Damit soll die Wechselbereitschaft und die Flexibilität des Personaleinsatzes gefördert werden.

Die Struktur der bisherigen Regelung, die sich im Wesentlichen bewährt hat, wird beibehalten. Die Verringerung oder der Wegfall einer Stellenzulage aus dienstlichen Gründen wird

finanziell ausgeglichen, wenn der Beamte oder die Beamtin vor dem Verwendungswechsel - rückschauend betrachtet vom konkreten Zeitpunkt des Verwendungswechsels an – mindestens fünf Jahre ununterbrochen Zulage berechtigend verwendet war. Für diesen Mindestzeitraum soll als Ersatz für die weggefallene Stellenzulage eine Ausgleichszulage gewährt werden. Damit ist sichergestellt, dass eine Ausgleichszahlung nur in den Fällen gewährt wird, in denen eine Stellenzulage über einen längeren Zeitraum hinweg zugestanden und damit die Besoldung des oder der Betroffenen mitgeprägt hat. Der Bezug nur kurzzeitig gewährter Stellenzulagen (z. B. Abordnung in eine Zulage berechtigende Verwendung über zwei Jahre) soll nicht zu einem Ausgleich führen, der zeitlich länger fortwirkt als die auszugleichende Stellenzulage. Ein dienstlich bedingter Verwendungswechsel wird damit angemessen besoldungsrechtlich gefördert.

Anders als im bisherigen Bundesrecht werden Unterbrechungen des Fünfjahreszeitraums dann nicht mehr als schädlich für die Ausgleichszulagengewährung behandelt, wenn dafür dienstliche Gründe, für deren Feststellung die oberste Dienstbehörde zuständig ist, oder familien- und gesellschaftspolitische Aspekte – wie Elternzeiten (§ 12 UrlV), Pflegezeiten, Grundwehrdienst (s. Art. 31 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4) – vorliegen. Das bedeutet eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem früheren Bundesrecht, das nur zwingende dienstliche Gründe gelten ließ und Eltern- wie Pflegezeiten ohne Ausnahme als schädliche Unterbrechung mit der Folge der Nichtgewährung einer Ausgleichszulage behandelte. Die zeitliche Beschränkung bei Elternzeiten auf drei Jahre knüpft an den entsprechenden Zeitraum im Beamtenrecht an; Pflegezeiten werden entsprechend behandelt. Das bedeutet, dass z. B. eine Elternzeit von drei Jahren je Kind, in der die Zulage berechtigende Tätigkeit nicht wahrgenommen wird, den Fünfjahreszeitraum nur hemmt und nicht unterbricht mit der Folge, dass die Frist nach Beendigung der Elternzeit weiterläuft.

Die Höhe der Ausgleichszulage bei der erstmaligen Festsetzung zum Zeitpunkt des Verwendungswechsels entspricht in der Regel betragsmäßig der weggefallenen Stellenzulage. Zur Wahrung des Zusammenhangs mit dem zeitlichen Mindesterfordernis für die Ausgleichszulage ist gesetzlich eine Aufzehrklausel vorgesehen, die bestimmt, dass der Ausgangsbetrag in jährlichen Abständen von je 20 v. H. bis zum Wegfall verringert wird. Zur Vermeidung von nominalen Verschlechterungen tritt die Verringerung der Ausgleichszulage nur in Zusammenhang mit einer linearen Erhöhung der Besoldung ein. Gleichzeitig gilt eine Anrechnungsregelung für den Fall, dass in der neuen Verwendung ein Anspruch auf dieselbe oder vergleichbare Stellenzulage be- oder entsteht. Diese Anrechnungsregelung geht von der Grundüberlegung der Norm aus, dass generell nur eine Verringerung der Besoldung aus Anlass eines dienstlichen Verwendungswechsels ausgeglichen werden soll. Deshalb werden nach Sinn und Zweck vergleichbare Stellenzulagen auf die Ausgleichszulage angerechnet.

Die Neuregelung bei der Erstfestsetzung der Zulage wie bei der Aufzehrung dient der Vereinfachung. Sie vermeidet, dass die Ausgleichszulage wie im bisherigen Bundesrecht teilweise erheblich länger gewährt werden muss als die auszugleichende Stellenzulage bezogen wurde. Die Rechtsanwendungsfehler der Praxis, die vom Bayerischen Obersten Rechnungshof wiederholt beanstandet worden sind, werden damit vermieden.

Vom Anwendungsbereich des Absatzes 1 sind auch Beamte und Beamtinnen auf Probe oder Beamte und Beamtinnen auf Zeit erfasst (Art. 45 und 46 BayBG). Auch hier ist der Wegfall einer Stellenzulage nicht auszuschließen. Die Anwendung der Vorschrift kommt hingegen nicht in Betracht, wenn mit Ablauf der Amtsperiode das Amt auf Probe oder auf Zeit nicht

endgültig übertragen wird und damit das (niedrigere) Amt im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit wieder auflebt.

Zu Abs. 2
Die Regelung berücksichtigt die Reaktivierungsmöglichkeiten in § 29 Abs. 1 und 2 BeamtStG i. V. m. Art. 65 Abs. 4 BayBG. Diese gestatten dem Dienstherrn, die wegen Dienstunfähigkeit in Ruhestand versetzten Beamten und Beamtinnen bei Wiederherstellung der Dienstfähigkeit innerhalb eines bestimmten Zeitraums erneut in das Beamtenverhältnis zu berufen. Sollte damit der „Wegfall" einer zum Zeitpunkt des früheren Ruhestandseintritts bezogenen Stellenzulage verbunden sein, wird dafür eine Ausgleichszulage gewährt.

Satz 2 stellt klar, dass bei Verringerung der Bezüge aufgrund Disziplinarentscheidung ein Ausgleich nicht in Betracht kommt. Entsprechendes gilt bei Gewährung von Auslandsbesoldung, weil sich in diesem Fall auch bei etwaigem Wegfall einer Stellenzulage die Bezüge in ihrer Gesamtheit nicht verringern sondern erhöhen.

Zu Art. 53 Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen

Die Vorschrift übernimmt inhaltlich verbessert die bisherige Regelung des § 45 BBesG in das bayerische Recht.

Zu Abs. 1
Sätze 1 und 2 der Vorschrift stehen in Kontext zu Art. 51. Während dort herausgehobene Funktionen regelmäßig ohne Befristung übertragen werden, berücksichtigt die Regelung die Fallgestaltungen, in denen eine derartige Funktion entweder von vorneherein nur zeitlich befristet übertragen wird (Projekt- oder Arbeitsgruppenleitung) oder ihrem Wesen nach nur befristet wahrgenommen wird (Stabsfunktionen).

Satz 3 verzichtet auf die zeitliche Mindestvoraussetzung von sechs Monaten und gewährt die Zulage bei Vorliegen der Voraussetzungen bereits ab dem ersten Tag der Wahrnehmung der höherwertigen Funktion. An der Höchstbezugsdauer von fünf Jahren wird festgehalten, weil eine länger andauernde Wahrnehmung einer höherwertigen Funktion ohne Verleihung des entsprechenden Amtes zu einer dauerhaften Trennung von Amt und Funktion führen würde, die den Grundsätzen des Art. 33 Abs. 5 GG zuwiderläuft (BVerwGE 70, S. 251).

Zu Abs. 2
Satz 1 bestimmt die Höhe der Zulage auf den Unterschiedsbetrag zwischen den Besoldungsgruppen des Statusamtes und der befristeten Funktion. Er begrenzt diesen Unterschied auf den Abstand von bis zu drei Besoldungsgruppen. Dabei wird berücksichtigt, dass es selbst im B-Bereich in der Regel nur Beförderungssprünge über höchstens drei Besoldungsgruppen gibt. Darüber hinaus kann eine Zulage ebenfalls nicht gewährt werden.

Satz 2 soll sicherstellen, dass im höherwertigeren Funktionsamt nur die dort zustehende Besoldung gewährt wird. Strukturzulage oder Amtszulagen, die nur im niedrigeren Amt zustanden, sind in die Vergleichsberechnung mit einzubeziehen.

Satz 3 beinhaltet eine Aufzehrklausel.

Satz 4 bestimmt, dass dem Charakter der Zulage als von vornherein zeitlich befristete Leistung entsprechend bei Zeitablauf keine Ausgleichszulage gewährt werden kann.

Zu Abs. 3
Die Regelung weist die Zuständigkeit für die Gewährung der Zulage der jeweiligen obersten Dienstbehörde zu und enthält einen Haushaltsvorbehalt.

Zu Art. 54 Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des § 46 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 BBesG.

Zu Abs. 1
Unter diese Regelung fallen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes das Amt des Präsidenten oder der Präsidentin der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern – FHVR – (Besoldungsgruppe B 3) sowie das Amt des Direktors oder der Direktorin an der Landesanstalt für Landwirtschaft als weiteres Mitglied des Präsidiums der Landesanstalt (Besoldungsgruppe A 16 mit Zulage). Der Präsident oder die Präsidentin der FHVR wird auf die Dauer von vier Jahren vom Rat der Fachhochschule gewählt und durch die Staatsregierung bestellt (Art. 6 Abs. 1 Sätze 1 und 2 des Gesetzes über die Fachhochschule für die öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern), also nicht ernannt. Sein oder ihr Statusamt verändert sich damit nicht. Gleichwohl soll die Besoldung aus der höherwertigen Funktion als Präsident oder Präsidentin bezahlt werden. Dies wird durch die Zulage sichergestellt. Entsprechendes gilt für den Direktor oder die Direktorin als Institutsleiter oder Institutsleiterin und weiteres Mitglied des Präsidiums der Landesanstalt für Landwirtschaft (§ 1 Abs. 3 der Verordnung über die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, BayRS 7801-9-L). Die Vorbemerkung Nr. 10 zu BayBesO, die auf die zeitlich befristete Übertragung dieser Ämter hingewiesen hat, entfällt.

Die bisherige Regelung des § 46 Abs. 1 Satz 1 BBesG zur Zulage im Fall einer Vakanzvertretung, die länger als 18 Monate andauern muss, wird nicht übernommen, da diese Regelung in Bayern keine praktische Bedeutung hat. Damit werden auch die Rechtsprobleme vermieden, die aufgrund der Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte bei Anwendung des § 46 Abs. 1 Satz 1 BBesG entstehen. So hat insbesondere das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt entschieden, dass Anspruch auf die Zulage nicht nur bei vorübergehender Vertretungstätigkeit in einem höheren Funktionsamt bestehe, sondern erst recht dann, wenn ein Beamter oder eine Beamtin dauerhaft mit der Erledigung höherwertiger Aufgaben betraut ist, ohne dass ihm oder ihr das Beförderungsamt mangels freier Planstelle verliehen werden kann.

Zu Abs. 2
Entsprechend der dargestellten Zielsetzung der Regelung ist die Zulage zwingend auf den Unterschiedsbetrag zwischen dem niedrigeren Statusamt und dem höheren Funktionsamt beschränkt. Welcher Besoldungsgruppe dieses „Amt“ bei dauerhafter Übertragung zuzuordnen wäre, ergibt sich aus der maßgeblichen Fußnote zur Besoldungsgruppe des Statusamtes. Einzubeziehen in die Vergleichsberechnung nach Satz 1 sind neben dem jeweiligen Grundgehalt auch etwa zustehende Amtszulagen, Zulagen für besondere Berufsgruppen sowie die Strukturzulage, da diese dem Grundgehalt gleichgestellt sind.

Zu Art. 55 Zulagen für besondere Erschwernisse

Zu Abs. 1
Die Vorschrift hält an der bisher in § 47 BBesG geregelten Möglichkeit zur Gewährung von Erschwerniszulagen fest. Wegen der Vielfalt der in Betracht kommenden Erschwernisse

scheidet eine gesetzliche Vollregelung aus. Die Einzelheiten regelt daher die Staatsregierung durch Rechtsverordnung.

Zu Abs. 2
Satz 1 regelt die Anspruchsvoraussetzungen und knüpft insoweit an die Grundsatzregelung des § 18 der bisherigen bundesrechtlichen Erschwerniszulagenverordnung (EZulV) an. Die Vorschrift stellt klar, dass die abzugeltende Zusatzbelastung tatsächlich entstanden sein muss. Eine solche Zusatzbelastung besteht insbesondere nicht, wenn der Beamte oder die Beamtin vorläufig des Dienstes enthoben oder dem Beamten oder der Beamtin die Weiterführung der Dienstgeschäfte untersagt ist. Der Anspruch auf eine Erschwerniszulage entsteht mit der tatsächlichen Aufnahme der zulageberechtigenden Tätigkeit und erlischt vorbehaltlich des Absatzes 3 mit deren Beendigung. Sofern bei einer Erschwerniszulage zum Umfang der anspruchsbegründenden Tätigkeiten keine konkreten Anforderungen definiert sind, wie z. B. durch Vorgabe eines bestimmten Zeitrahmens, muss die zulageberechtigende Tätigkeit mindestens etwa 80 v. H. der Gesamttätigkeit beanspruchen. Bei Tätigkeiten, die ihrem Wesen nach nicht die ständige Wahrnehmung erfordern, wie z. B. Bergführer- oder Fliegertätigkeit, ist die Anspruchsvoraussetzung auch dann erfüllt, wenn Tätigkeiten im Umfeld, z. B. Ausbildung, Übung oder Wartung, ausgeübt werden.

Satz 2 stellt sicher, dass für einen Erschwerniszulagentatbestand nicht gleichzeitig eine Erschwerniszulage und eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden kann.

Satz 3 Halbsatz 1 stellt klar, dass – abhängig von dem zeitlichen Umfang und der Ausgestaltung der erschwernisbehafteten Arbeitsleistung – eine Spitzabgeltung (z. B. nach Stunden) oder Pauschalabgeltung in festen Monatsbeträgen erfolgen kann. Halbsatz 2 hält an dem besoldungsrechtlichen Grundsatz fest, dass Doppelzahlungen aus gleichem Sachgrund zu vermeiden sind. Die Konkurrenzregelungen ergeben sich aus der Rechtsverordnung der Staatsregierung.

Satz 4 verweist auf die anteilige Zahlungsvorschrift des Art. 4 Abs. 2, wonach bei Anspruch auf eine monatlich zu gewährende Erschwerniszulage, der nicht für einen vollen Kalendermonat besteht, nur der Teil der Zulage gezahlt wird, der auf den Anspruchszeitraum entfällt.

Zu Abs. 3
Die Regelung enthält für bestimmte Fälle der Unterbrechung von Dienstleistungen im Sinn des Abs. 2 Satz 1 eine Ausnahme von der tatsächlichen Dienstausübung und stellt insoweit in Anknüpfung an im bayerischen Recht bestehende sondergesetzliche Fortzahlungsnormen (Art. 46 Abs. 2 Satz 1 BayPVG, § 5 BayMuttSchV) eine Fiktion dar. Während der konkreten Unterbrechungstatbestände wird das Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen unterstellt. Satz 1 beinhaltet unter Verweis auf die Fortzahlungstatbestände bei den Stellenzulagen (Art. 51 Abs. 3 Satz 2) im Wesentlichen die abschließende Aufzählung des § 19 Abs. 1 EZulV. Bei den in Monatsbeträgen festgelegten Erschwerniszulagen handelt es sich um eine pauschalierte Abgeltung von fortdauernden Erschwernissen; Spitzabrechnungen sollen damit vermieden werden. Entsprechend den für Stellenzulagen geltenden Grundsätzen ist es gerechtfertigt, die Weiterzahlung auch bei Unterbrechung der maßgeblichen Tätigkeit vorzusehen. Eine Erschwerniszulage kann nur dann weitergewährt werden, wenn die Zulage, die weitergewährt werden soll, unmittelbar vor der Unterbrechung zugestanden hat, die zulageberechtigende Tätigkeit durch einen der in Art. 51 Abs. 3 Satz 2 aufgeführten Tatbestände unterbrochen wird und feststeht, dass der Beamte oder die Beamtin dieselbe zulageberechtigende Tätigkeit unmittelbar nach Wegfall des Unterbrechungstatbestandes wieder aufnehmen wird. Dies ist bei den gesetzlichen Tatbeständen, die nicht zwangsläufig eine endgültige Be-

endigung der belastenden Tätigkeit zur Folge haben, regelmäßig der Fall. Deshalb ist die Übernahme der zeitlichen Begrenzung des Bundesrechts, die eine Fortzahlung der Erschwerniszulagen bis zum Ende des nächsten Monats ab Beginn der Unterbrechung vorsah, nicht erforderlich. Hinzu kommt, dass im Regelfall die aufgeführten Unterbrechungstatbestände selten länger andauern als die im Bundesrecht bestimmte Frist, die damit ohnehin ins Leere ging.

Der Ausnahmetatbestand des Sonderurlaubs unter Fortzahlung der Bezüge wird im Vergleich zum Bundesrecht eigens bewertet und durch Satz 2 in das Ermessen der zuständigen Behörde gestellt. Zur Verwaltungsentscheidung, ob ein Sonderurlaub mit Bezügen gewährt werden soll, gehört auch die Entscheidung, ob und wie lange eine Erschwerniszulage weitergewährt wird.

Satz 3 erweitert die bisher für den Fall der Erkrankung aufgrund eines Dienstunfalls bestehende zeitliche Grenze von sechs Monaten nach Eintritt der Unterbrechung auf jede Erkrankung und stellt damit eine deutliche Verbesserung des Bundesrechts dar.

Zu Abs. 4
Abs. 4 berücksichtigt – soweit erforderlich – die Regelungen des § 4a und § 19 Abs. 2 EZulV und passt sie an die bayerischen Verhältnisse an. Im Ergebnis handelt es sich um eine Sonderregelung für den Dienstunfall, mit der auf eine zeitliche Begrenzung der Weiterzahlung verzichtet wird. Die Regelung des § 4a Abs. 1 Satz 2 EZulV hinsichtlich der Weitergewährung im Fall eines Unfalls von Beamten und Beamtinnen während eines kurzfristigen Auslandseinsatzes, der nicht zum Bezug von Auslandsbesoldung oder Auslandsverwendungszuschlag berechtigt, oder in dienstlichem Zusammenhang damit, wird mangels praktischer Bedeutung nicht in das bayerische Recht übernommen.

Zu Art. 56 Besondere Zulage für Richter und Richterinnen

Zu Abs.1
Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des Art. 6 Abs. 1 BayBesG. Sie trägt der besonderen Stellung und Organisation des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Rechnung. Nach Art. 11 Abs. 1 i. V. m. Art. 4 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof wird der Generalsekretär oder die Generalsekretärin aus dem Kreis der berufsrichterlichen Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs ernannt. Die Ernennung gilt für die Dauer der Amtszeit des berufsrichterlichen Mitglieds. Die herausgehobene Funktion ist demnach nicht auf Dauer angelegt, auch wenn Wiederwahl zulässig ist (Art. 4 Abs. 3 VfGHG). Dem trägt der besondere Charakter der Zulage, die sich von den übrigen, insbesondere von Stellenzulagen nach Art. 51, unterscheidet, Rechnung. Art. 52 findet daher bei etwaigem Wegfall der Zulage keine Anwendung.

Zu Abs. 2
Bei den Verwaltungsgerichten und beim Verwaltungsgerichtshof sowie an den Finanzgerichten üben eine Reihe von Richtern und Richterinnen zur Unterstützung der Gerichtsleitung umfangreiche Verwaltungstätigkeiten (z. B. als Präsidialrichter oder Präsidialrichterin zur Unterstützung der Gerichtsleitung, als Pressesprecher oder Pressesprecherin, als EDV-beauftragter Richter oder EDV-beauftragte Richterin oder in anderer herausgehobener Funktion) zusätzlich zu ihrer eigentlichen richterlichen Tätigkeit aus. Mit der Zulage soll die Über-

nahme dieser oft arbeits- und zeitintensiven zusätzlichen Tätigkeiten, die nicht zu einer Entlastung bei der richterlichen Tätigkeit führt, honoriert werden.

Die Zuständigkeit für die Vergabe der Zulage sowie die verfahrensmäßigen Anforderungen sind in Art. 9 Abs. 3 AGVwGO bzw. in Art. 6 AGFGO normiert.

Zu Art. 57 Zulagen für Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen

Zu Abs. 1
Dieser Absatz entspricht dem bisherigen Art. 27 BayBesG. Die Regelung bezweckt, dass Forschungs- und Lehrtätigkeiten verstärkt im Hauptamt und nicht im Nebenamt ausgeübt werden. Empfänger der Drittmittel und Verhandlungspartner des Drittmittelgebers ist die Hochschule. Forschungs- und Lehrzulagen können an Professoren und Professorinnen sowie Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen vergeben werden. Die Zulage darf nur bei Kostendeckung gewährt werden. Die Höhe der Zulage ist grundsätzlich auf 100 v. H. des Jahresgrundgehalts begrenzt. Dadurch wird der Grundsatz der Unabhängigkeit der Beamten und Beamtinnen gewahrt und vermieden, dass der Drittmittelgeber entscheidenden Einfluss auf deren Bezahlung gewinnt. Gleichwohl sollen in besonderen Fällen Ausnahmen nicht ausgeschlossen sein. Die Zulagen nehmen nicht an allgemeinen Besoldungsanpassungen teil.

Der Verweis auf die fehlende Ruhegehaltfähigkeit ist nicht mehr enthalten, da das BayBesG künftig keine Regelungen zur Ruhegehaltfähigkeit trifft; insoweit ist alleine das BayBeamtVG maßgeblich.

Zu Abs. 2
Die Regelung entspricht der Vorbemerkung Nr. 2 der Bundesbesoldungsordnung W. Sie betrifft Fälle eines Doppelbeamtenverhältnisses als Professor oder Professorin und Richter oder Richterin und beinhaltet eine von Art. 5 abweichende Konkurrenzregelung hinsichtlich der Besoldungsansprüche aus beiden Hauptämtern. Sie gilt nicht für Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen, da die Übernahme eines zweiten Hauptamtes für diese Personen nicht in Betracht kommen wird.

Bezüglich der Ruhegehaltfähigkeit wird auf die Ausführungen zu Abs. 1 verwiesen.

Die Zulagen nach Vorbemerkung Nr. 1 Abs. 1 und 2 zur Bundesbesoldungsordnung W haben in Bayern keine praktische Bedeutung und werden deswegen nicht fortgeführt.

Zu Abs. 3
Die Regelung entspricht der bisherigen Vorbemerkung Nr. 1 Abs. 3 zu BBesO W. Die Zulage dient als Ausgleich dafür, dass Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen keine Hochschulleistungsbezüge erhalten können. Die Zulage ist nach Anlage 8 dynamisch ausgestaltet.

Bezüglich der Ruhegehaltfähigkeit wird auf die Ausführungen zu Abs. 1 verwiesen.

Zu Art. 58 Zuschlag bei Altersteilzeit

Die Vorschrift regelt die besoldungsrechtlichen Folgen des Instituts der Altersteilzeit (Art. 91 Abs. 1 BayBG) bzw. der Alterdienstermäßigung (Art. 8c BayRiG), an dem in Bayern festgehalten wird. Sie behält dabei den schon im Bundesrecht geregelten Zuschlag zur anteiligen Besoldung (vgl. Art. 6) dem Grunde nach unverändert bei und führt die Höhe fort, die mit dem BayBVAnpG 2009/2010 landesrechtlich geregelt worden war.

Zu Abs. 1
Satz 1 bestimmt, dass bei Altersteilzeit zur anteiligen Besoldung (Art. 6) ein Zuschlag zu gewähren ist. Satz 2 Halbsatz 1 legt die Höhe des Altersteilzeitzuschlages fest. Die Festlegung eines einheitlichen Zuschlagsbetrages scheidet aus, weil die Gesamtbezüge in Altersteilzeit kraft ausdrücklicher Regelung im Beamtenrecht (Art. 91 Abs. 1 Satz 1 BayBG) an den Umfang der in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit und damit an eine fiktive Bemessungsgrundlage anknüpfen. Danach richtet sich auch die anteilige Besoldung in Altersteilzeit, die 60 v. H. dieses Durchschnittswertes beträgt.

Satz 2 Halbsatz 2 überträgt die Sonderregelungen des Art. 7 Sätze 2 und 3, wonach bei begrenzter Dienstfähigkeit anstelle der anteiligen Besoldung ggf. das fiktive (höhere) Ruhegehalt als Besoldung anzusetzen ist, auf die Altersteilzeit. Anstelle der sechzigprozentigen Arbeitszeit in Altersteilzeit nach Art. 91 Abs. 1 Satz 1 BayBG tritt in diesem Falle eine Arbeitszeit, die dem Vomhundertsatz des Ruhegehalts zuzüglich des Zuschlags nach Art. 59 entspricht.

In Fortführung der bisherigen Systematik wird der Zuschlag aus der Differenz zwischen der Nettobesoldung, die nach der bisherigen Arbeitszeit zustehen würde (fiktive Nettobesoldung) und der Nettobesoldung, die sich aus dem Umfang der Teilzeitbeschäftigung ergibt, ermittelt. Die Berechnung der fiktiven Nettobesoldung erfolgt wie bisher nach einem pauschalen Nettoansatz u. a. unter Einbeziehung eines pauschalen Kirchensteuerhebesatzes unabhängig von einer bestehenden Kirchensteuerpflicht. Welche Bezügebestandteile jeweils mit einzubeziehen sind, ergibt sich aus der abschließenden Aufzählung in Absatz 2.

Zu Abs. 2
Entsprechend dem in Abs. 1 dargestellten Anknüpfungsgrundsatz werden in die Berechnung des Altersteilzeitzuschlags prinzipiell die Bezüge einbezogen, die der Teilzeitkürzung nach Art. 6 unterliegen. Dies folgt aus der Überlegung, dass ein Altersteilzeitzuschlag nur zu den wegen Teilzeit gekürzten Bezügen gewährt werden kann. Die jährliche Sonderzahlung errechnet sich aus einem Zwölftel der (Teilzeit-)Bezüge eines Kalenderjahres (Art. 83 Abs. 1) und ist insoweit auch – wie bisher – in die Berechnung des Altersteilzeitzuschlags einzubeziehen. Zu den wegen Teilzeit gekürzten Bezügen gehört auch die vermögenswirksame Leistung (Art. 88). Abweichend vom Bundesrecht ist sie ähnlich wie bei der Berechnung von Mehrarbeitsvergütung für Teilzeitbeschäftigte (Art. 61 Abs. 5 Satz 4) in die Bemessungsgrundlage des Altersteilzeitzuschlags einzubeziehen.

Anders verhält es sich bei der Auslandsbesoldung, die in erster Linie dem Ausgleich materieller und immaterieller Belastungen im Ausland dient. Die Altersteilzeit berührt diese Belastungen nicht. Der Altersteilzeitzuschlag ist daher nur aus den Inlandsbezügen zu errechnen (vgl. BVerwG, Urteil vom 21. Juni 2007, ZBR 2008, 198); aus den Auslandsbezügen wird er nicht zusätzlich gewährt. Entsprechendes gilt auch für die Erschwerniszulagen und Vergütungen. Sie stehen regelmäßig nur für tatsächliche Arbeitsleistungen unter bestimmten Erschwernissen und Belastungen zu. Für den Teil der Altersteilzeit, in dem der Beamte oder die Beamtin von der entsprechenden Dienstleistung freigestellt ist, kann es daher keinen Zuschlag geben. Die vorzeitige Gewährung eines Betrages einer höheren Stufe ist nach Art. 66 Abs. 1 auch während der Altersteilzeit trotz der Altersvoraussetzungen des Art. 91 Abs. 1 Satz 1 BayBG nicht gänzlich ausgeschlossen. Gleichwohl wird eine solche „Leistungsstufe“ bei der Berechnung des Altersteilzeitzuschlags sowohl bei der oberen wie bei der unteren Bemessungsgrundlage außer Betracht gelassen. Sie steht im Umfang der während der Altersteilzeit

tatsächlich geleisteten Arbeitszeit (im Blockmodell voll, im Teilzeitmodell anteilig) nur neben den Teilzeitbezügen zu. Damit ist auch sichergestellt, dass eine während der Arbeitsphase in vollem Umfang gewährte „Leistungsstufe“ in der Freistellungsphase, in der keine Dienstleistung erbracht wird (Blockmodell), nicht mehr weitergewährt wird. Die Einbeziehung einer Leistungsprämie in die Berechnung des Altersteilzeitzuschlags scheidet von vornherein aus, weil sie nur für Einzelleistungen gewährt wird und die laufenden Bezüge unberührt lässt.

Zu Art. 59 Zuschlag bei begrenzter Dienstfähigkeit

Dem Ziel der Deregulierung entsprechend wird die bisherige Verordnungsermächtigung des § 6 Abs. 2 Satz 1 BBesG in eine gesetzliche Vollregelung umgewandelt.

Art. 7 Satz 1 bestimmt, dass begrenzt Dienstfähigen (§ 27 BeamtStG, Art. 78a BayRiG) in entsprechender Anwendung des Art. 6 die nach dem herabgesetzten Maß der Arbeitsverpflichtung berechneten Bezüge (Teilbezüge) gewährt werden. Mindestens ist die Besoldung in Höhe des Ruhegehaltes zu zahlen, das zum Zeitpunkt der Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit bei Versetzung in den Ruhestand wegen dauernder Dienstunfähigkeit zugestanden hätte (sog. fiktives Ruhegehalt). Die sich daraus ergebende (Teil-)Besoldung trägt als Aktivbezug „versorgungsrechtlichen“ Gesichtspunkten nicht umfänglich Rechnung, weil maßgebliche Versorgungsaspekte (Versorgungsfreibetrag nach § 19 Abs. 2 EStG und erhöhter Beihilfebemessungssatz von 70 v. H. gegenüber 50 v. H. bei aktiven) nicht berücksichtigt werden können. Über die Gewährung eines Zuschlags soll hierfür den betroffenen Beamten und Beamtinnen ein finanzieller Ausgleich gewährt werden.

Die Regelungen entsprechen vollinhaltlich den bisher in der Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit vom 18. Juli 2006 (GVBl S. 416, BayRS 2032-2-13-F) enthaltenen Bestimmungen.

Zu Abs. 1
Der Zuschlag zu den Bezügen kommt grundsätzlich für alle begrenzt dienstfähigen Beamten und Beamtinnen oder Richter und Richterinnen in Betracht. Um eine Benachteiligung von Teilzeitkräften zu verhindern, wird ein Mindestmaß an Arbeitszeitverringerung infolge der Einschränkung der Dienstfähigkeit nicht vorausgesetzt. Teilzeitbeschäftigte werden von der Zuschlagsgewährung gleichermaßen erfasst. Da die vorherige Teilzeitbeschäftigung auf den Umfang der festzustellenden Dienstfähigkeit keinen Einfluss hat, sind auch keine Sonderregelungen erforderlich.

Satz 2 regelt die Zuschlagshöhe. Der Zuschlag wird grundsätzlich in einem Prozentsatz zu den Vollzeitbezügen gewährt und knüpft damit an eine dynamische Größe an. Im Gegensatz zu einem Festbetrag ermöglicht dies die Berücksichtigung von Leistungsaspekten. Gleichzeitig wird Verwaltungsaufwand vermieden, da eine betragsmäßig exakte Vergleichsberechnung zum Fall der Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit unterbleibt. Dazu müsste z. B. der individuelle Steuersatz jedes oder jeder begrenzt Dienstfähigen berücksichtigt werden bzw. die Tarife der jeweiligen privaten Krankenversicherung, wenn sich der Beihilfesatz erhöht. Die Höhe beträgt – abgesehen vom Mindestbetrag – fünf v. H. der Bezüge, die begrenzt Dienstfähige als Vollzeitbeschäftigte erhalten würden. Damit ist sichergestellt, dass bei typisierender Betrachtungsweise im Durchschnitt die „versorgungsrechtlichen Gesichtspunkte“ eines nicht gewährten Versorgungsfreibetrages und geringeren Beihilfebemessungssatzes ausgeglichen werden. Der Zuschlag nach Satz 2 wird denjenigen begrenzt Dienstfähigen un-

gekürzt gewährt, die Bezüge in Höhe des fiktiven Ruhegehalts nach Art. 7 Satz 2 tatsächlich erhalten.

Erhält der oder die begrenzt Dienstfähige hingegen Teilzeitbezüge nach Art. 7 Satz 1, weil diese sein oder ihr fiktives Ruhegehalt nach Art. 7 Satz 2 übersteigen, entfällt die Notwendigkeit der Zuschlagsgewährung in voller Höhe, da die Bruttobezüge bereits höher sind als bei Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit. Für diesen Fall sieht Satz 3 eine Verringerung des Zuschlags vor. Der Betrag, um den die Teilzeitbezüge das fiktive Ruhegehalt übersteigen, wird auf den Zuschlag angerechnet. Übersteigen die Teilzeitbezüge das fiktive Ruhegehalt erheblich, wird der Zuschlag durch die Anrechnung ggf. auf Null reduziert.

Mit der Zuschlagsgewährung nach den Sätzen 2 und 3 wird für alle begrenzt Dienstfähigen zum einen sichergestellt, dass die ihnen im Status der begrenzten Dienstfähigkeit gewährten Bezüge das fiktive Ruhegehalt nach Art. 7 Satz 2 stets um einen Betrag in Höhe von fünf v. H. der Vollzeitbezüge – mindestens 220 Euro – übersteigen, zum anderen, dass ein ausreichender Abstand zu den Vollzeitbezügen gewahrt ist.

Zu Abs. 2
Die Vorschrift definiert den Begriff „Besoldung“ im Sinne des Absatzes 1 Satz 2. Die Grundbezüge mit Ausnahme der Auslandsbesoldung sind in ihrer Gesamtheit Bemessungsgrundlage für den Zuschlag. Von den Nebenbezügen werden in Fortführung der bisherigen Rechtslage nur die Stellen- und Ausgleichszulagen in die Berechnung mit einbezogen. Bezügebestandteile, die von der konkreten Tätigkeit abhängig sind, z. B. Mehrarbeitsvergütung oder Erschwerniszulagen, werden nicht berücksichtigt; Gleiches gilt für Leistungsbezüge, die auf einer einmaligen herausragenden Leistung beruhen, auch wenn sie monatlich bezahlt werden. Daher ist die Leistungsprämie nach Art. 67 nicht Bestandteil der Bemessungsgrundlage. Die Definition der Besoldung in Abs. 2 für die Berechnung des Zuschlags ist abschließend.

Zu Abs. 3
Die Vorschrift regelt das Verhältnis zur Altersteilzeit. Der Zuschlag zur begrenzten Dienstfähigkeit wird nicht neben dem Altersteilzeitzuschlag nach Art. 58 gewährt. Während der Altersteilzeit richten sich Status, Besoldung und Versorgung allein nach den Regelungen für die Altersteilzeit. Die Notwendigkeit eines Ausgleichs besteht auch dann nicht, wenn bei Beamten und Beamtinnen oder Richter und Richterinnen, die sich in Altersteilzeit befinden, die begrenzte Dienstfähigkeit festgestellt wird, ohne dass dies zugleich zu einer Beendigung der Altersteilzeit führt; die Nettobesoldung der Betroffenen übersteigt aufgrund des Zuschlags nach Art. 58 das, was der oder die Betroffene an Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit erhalten könnte.

Satz 2 stellt mit der Bezugnahme auf Art. 58 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 klar, dass der Zuschlag bei begrenzter Dienstfähigkeit bei der Berechnung der Höhe des Altersteilzeitzuschlags eine Rolle spielen kann. Der Zuschlag zur begrenzten Dienstfähigkeit wird aber auch dann nicht eigenständig gewährt, sondern fließt nur in die Berechnungsgrundlage des Altersteilzeitzuschlags mit ein. Nach Art. 58 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. Art. 91 Abs. 1 BayBG ist die in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit durchschnittlich geleistete Arbeitszeit Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Höhe des Altersteilzeitzuschlags. Zeiten der begrenzten Dienstfähigkeit fließen in die Berechnung des Fünf-Jahres-Durchschnitts mit ein. Ist der Prozentsatz der durchschnittlichen Arbeitszeit höher als der des fiktiven Ruhegehalts einschließlich Zuschlag, richtet sich die obere Bemessungsgrundlage des Altersteilzeitzuschlags allein nach dem Prozentsatz der durchschnittlichen Arbeitszeit. Ist der Prozentsatz der durchschnittlichen Arbeitszeit betragsmäßig niedriger als das fiktive Ruhegehalt einschließlich Zu-

schlag, dann muss für die Zeit der begrenzten Dienstfähigkeit im Fünfjahreszeitraum der Ruhegehaltssatz einschließlich Zuschlag zugrunde gelegt werden. Nur in diesem Fall wirkt sich der Zuschlag zur begrenzten Dienstfähigkeit auf die Höhe des Altersteilzeitzuschlags aus.

Zu Art. 60 Zuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit

Die Vorschrift entspricht der Regelung des bisherigen § 72 BBesG.

Zu Abs. 1
Die Möglichkeit, mit einer punktuell besseren Bezahlung flexibel auf einen Mangel an ausreichend qualifiziertem Personal reagieren zu können, fördert die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gegenüber dem allgemeinen Arbeitsmarkt und sichert auf diese Weise seine Funktionsfähigkeit.

Voraussetzung für die Gewährung eines Zuschlags ist, dass ein konkreter unbesetzter Dienstposten, der eine bestimmte fachliche Qualifikation erfordert, besetzt werden muss, dies aber infolge einer erhöhten Nachfrage nach entsprechendem Personal außerhalb des öffentlichen Dienstes mit der normalen Besoldung nicht gelingt, weil z. B. erheblich höhere Gehälter gezahlt werden. Die Regelung ist ein Ausnahmetatbestand, der eine deutliche Durchbrechung der normalen Besoldung erlaubt. Bei der Bewertung der Voraussetzungen ist daher ein strenger Maßstab anzulegen. Nach dem Zweck der Regelung muss die Gewährung eines Zuschlags die letzte Möglichkeit sein, den Dienstposten besetzen zu können, d. h. eine Vergabe kommt nur in Betracht, wenn der Dienstposten nicht durch andere Maßnahmen wie Abordnung oder Versetzung besetzt werden kann. Die Nutzung des Zuschlags als generelles Personalgewinnungsinstrument ohne Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ist nicht zulässig.

In Fortführung der bisherigen Rechtslage kommen als Empfänger und Empfängerinnen nur Beamte und Beamtinnen der Besoldungsordnung A bzw. der Besoldungsgruppe W 1 in Betracht. Die Aufzählung ist abschließend.

Zu Abs. 2
Satz 1 regelt die maximale Höhe des Zuschlags. Maßgebend ist das Anfangsgrundgehalt der Besoldungsgruppe des Beamten oder der Beamtin bzw. in Ermangelung eines solchen das Grundgehalt der Besoldungsgruppe W 1 im Zeitpunkt der Entscheidung gemäß Abs. 4 über die Gewährung des Zuschlags. Die Höhe des Zuschlags kann sich z. B. nach der erforderlichen Qualifikation oder der Dringlichkeit des Mangels richten. Der Zuschlag nimmt nicht automatisch an einem Beförderungsgewinn oder einer Besoldungsanpassung teil; dies ergibt sich aus der Abbauregel des Satzes 2, der eine Verminderung in fünf gleichen Schritten auf Null vorsieht. Alternativ hierzu kann der Zuschlag auch von vornherein auf bis zu drei Jahre befristet festgesetzt werden. Liegen die Verhältnisse, die ursprünglich zur Gewährung des Zuschlags geführt haben, wieder oder noch vor, kann nach Wegfall der Zuschlag erneut vergeben werden. Zu beachten ist bei der erneuten Gewährung, dass der konkrete Dienstposten jetzt bereits besetzt ist und der Beamte oder die Beamtin durch die im öffentlichen Dienst geleistete Zeit bereits eine gewisse Bindung zum Dienstherrn entwickelt hat. Eine automatische Verlängerung eines einmal gewährten Zuschlags kommt nicht in Betracht.

Zu Abs. 3
Die Regelung sieht eine Beschränkung der Mittel für Zuschläge vor. Eine Bereitstellungspflicht besteht nicht. Die Zuschläge sind im Haushaltsplan gesondert zu veranschlagen und abzurechnen.

Zu Abs. 4
Die Entscheidungszuständigkeit liegt jeweils bei der obersten Dienstbehörde des Zuschlagsempfängers oder der Zuschlagsempfängerin. Delegationsbefugnis besteht nicht. Die Entscheidung muss im Interesse einer gleichmäßigen Rechtsanwendung durch alle Dienstherrn und Ressorts im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen als dem für das Besoldungsrecht zuständigen Ministerium getroffen werden.

Zu Art. 61 Mehrarbeitsvergütung

Die Vorschrift folgt der beamtenrechtlichen Grundlagenvorschrift des Art. 87 Abs. 2 BayBG und dem darin enthaltenen Vorrang der Dienstbefreiung für geleistete Mehrarbeit und verdeutlicht damit die Subsidiarität der Vergütung. Die Regelung der Mehrarbeitsvergütung beinhaltet eine Zusammenfassung der wesentlichen Bestimmungen der – auf der Grundlage des § 48 Abs. 1 BBesG – erlassenen Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte (MVergV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl I S. 3494) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung sowie der hierzu ergangenen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte (MArbEVwV) vom 6. August 1974 (GMBl S. 386) und berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung. Die im Bundesrecht enthaltenen Konkurrenz- und Ausschlussbestimmungen werden aus Gründen der Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung nicht übernommen. Damit ist auch eine gewisse Verbesserung möglich (z. B. Beamte des Bayerischen Verfassungsschutzes können eine etwaige Mehrarbeitsvergütung neben der Zulage nach Art. 34 Abs. 2 Nr. 1 (bisherige Sicherheitszulage) erhalten).

Zu Abs. 1
Abs. 1 definiert die Voraussetzungen für eine Vergütung von Mehrarbeit. Gemäß Art. 87 Abs. 2 BayBG ist der Beamte oder die Beamtin verpflichtet, ohne Entschädigung über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt. Zwingende dienstliche Verhältnisse liegen in einer Ausnahmesituation vor, die sich von normalen Dienstabläufen unterscheidet. Mehrarbeit kann nur angeordnet werden, wenn wichtige, unaufschiebbare Aufgaben unvermeidlich sind und wenn die Umstände, welche die Mehrarbeit erzwingen, vorübergehender Natur sind. Die Anordnung von Mehrarbeit bedarf der Schriftform. Soweit Mehrarbeit aus Bereitschaftsdienst besteht, ist dieser für die Ermittlung der Mehrarbeitsstunden in der Anordnung oder Genehmigung darzustellen.

Eine allgemeine „Überstundenvergütung“ wie im Tarifrecht ist dem Beamtenrecht, das vom Alimentationsprinzip beherrscht wird, grundsätzlich fremd, wenngleich die Mehrarbeitsvergütung in ihrer gesetzlichen Struktur durch das Alimentationsgebot weder beschränkbar noch erweiterbar ist. Eine „Abrechnung“ nach abgeleisteten Arbeitsstunden widerspricht dem Prinzip uneigennütziger Dienstpflichterfüllung. Dienstleistung und Besoldung stehen nicht in einem unmittelbaren Gegenseitigkeitsverhältnis; „Mehrleistung“ über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus ist grundsätzlich mit der Grundbesoldung abgegolten. Zur Abgrenzung anfallender Mehrstunden im Rahmen der gleitenden Arbeitszeit, die nur mit Freizeitausgleich abgegolten werden können, wird für die vergütungsfähigen Mehrarbeitsstunden das Kriterium der „Messbarkeit“ – wie es schon bisher üblich war – festgelegt. Messbarkeit in diesem Sinn ist nur gegeben, wenn die Gesamtheit der Dienstleistung unter Anlegung objektiver Kriterien gemessen werden kann.

Geleistete Mehrarbeitsstunden sind grundsätzlich durch Dienstbefreiung auszugleichen; die Priorität des Freizeitausgleichs ist Ausfluss des Fürsorgeprinzips. Der Ausgleich durch Dienstbefreiung ist nicht davon abhängig, dass der zu verrichtende Dienst messbar ist. Das Kriterium des „messbaren“ Dienstes muss allerdings erfüllt sein, wenn die Zahlung einer Mehrarbeitsvergütung zum Tragen kommen soll.

Der Anspruch auf Dienstbefreiung wegen Mehrarbeit ist grundsätzlich innerhalb eines Jahres zu erfüllen; bei dieser Zwölf-Monats-Frist handelt es sich um keine Ausschlussfrist. Die Jahresfrist beginnt mit dem Ersten des Kalendermonats, der auf die Mehrarbeitsleistung folgt; ihr Lauf wird durch Urlaub, Krankheit, Versetzung oder Beendigung des Dienstverhältnisses nicht unterbrochen. Im Schuldienst ist die Sonderregelung des Art. 87 Abs. 5 BayBG zu beachten. Dabei geht der Gesetzgeber davon aus, dass in anderen Verwaltungsbereichen ähnliche Sondersituationen nicht gegeben sind.

Wegen des vorrangig zu prüfenden und zu gewährenden Freizeitausgleichs kann ein Anspruch auf Zahlung von Mehrarbeitsvergütung erst dann entstehen, wenn nachgewiesen worden ist, dass einer Dienstbefreiung allein dienstliche Gründe entgegen gestanden sind. So kann eine Mehrarbeitsvergütung nicht geleistet werden, wenn ein geplanter Freizeitausgleich aufgrund persönlicher Gründe (z. B. plötzlich aufgetretene Krankheit, Pensionierung) nicht möglich war.

Zu Abs. 2
Die in Absatz 1 festgelegten allgemeinen Kriterien „zeitlich abgrenzbare und messbare Dienste“ werden in Satz 1 konkretisiert. So muss die Tätigkeit des Beamten oder der Beamtin in feste Betriebsabläufe eingebunden sein, also z. B. durch Dienst-, Einsatz- oder Unterrichtspläne geregelt sein. Diese Voraussetzungen erfüllen die im Gesetz dargestellten Dienste. Bereitschaftsdienst (§ 4 der Arbeitszeitverordnung – AzV –) liegt nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vor, wenn der Beamte oder die Beamtin sich in seiner Dienststelle oder an einem anderen vom Dienstherrn bestimmten Ort außerhalb des privaten Bereichs aufzuhalten hat, um bei Bedarf jederzeit und unverzüglich zur Dienstleistung herangezogen werden zu können (BVerwG, Beschluss vom 2. Dezember 1987 – 2 B 61/87 –). Davon zu unterscheiden ist die nicht vergütungsfähige Rufbereitschaft (Art. 74 Abs. 3 BayBG), die sich vom Bereitschaftsdienst wesentlich dadurch unterscheidet, dass der Beamte oder die Beamtin sich frei von jeglicher dienstlicher Tätigkeit in seinem Privatbereich oder an einem anderen, dem Dienstherrn jeweils anzuzeigenden Ort seiner Wahl aufhalten kann, um bei Bedarf zur Dienstleistung abgerufen werden zu können (BVerwGE 59, 45).

Unter die Ausnahmeregelung des Satzes 2 können nach Art und Dauer nur besondere Tatbestände (z. B. Sondereinsätze bei Demonstrationen oder sonstigen Großereignissen) fallen, nicht also die laufende Bearbeitung von dienstlichen Vorgängen, auch wenn sie im allgemeinen Interesse an einer gut funktionierenden Verwaltung liegen.

In Satz 3 ist zur Klarstellung die negative Abgrenzung für vergütungsfähige Mehrarbeit festgelegt. Mehrarbeit zur termingerechten Aufgabenbewältigung im Rahmen der Erfüllung eines geordneten Dienstbetriebes gehört zum Verantwortungsbereich der dem Beamten oder der Beamtin im Hauptamt übertragenen Aufgaben und kann deshalb nicht zu einem Anspruch auf Mehrarbeitsvergütung führen; derartige (Mehr-)Leistungen können durch die vorgesehenen Leistungselemente honoriert werden.

Zu Abs. 3
Satz 1 gibt als Abrechnungszeitraum für die Vergütung den Kalendermonat vor, ohne damit von dem beamtenrechtlichen Begriff „Monat“ in Art. 87 Abs. 2 Satz 2 BayBG inhaltlich abzuweichen. Satz 2 definiert den zeitlichen Umfang einer Mehrarbeitsstunde.

In den Sätzen 3 und 4 werden die arbeitszeitrechtlichen Besonderheiten bei Bereitschaftsdienst aufgezeigt (vgl. § 4 AzV). Nach den arbeitszeitrechtlichen Vorschriften, die von der Rechtsprechung anerkannt sind, zeichnet sich Bereitschaftsdienst durch den Wechsel aktiver Dienstleistung und Nichtdienstleistung aus. Er umfasst damit neben voller Dienstleistung auch alle Grade der Inanspruchnahme unterhalb der vollen Dienstleistung bis hin zur Inaktivität. Deshalb ist es sachgerecht, Bereitschaftsdienst nicht im Verhältnis 1:1 der Arbeitszeit sondern in einem geringeren Umfang zu berücksichtigen. Wegen der unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Bereichen kann ein generell anzusetzender Zeitfaktor nicht gesetzlich fixiert werden. So geht § 4 Abs. 2 Satz 2 AzV im feuerwehrtechnischen Dienst davon aus, dass Bereitschaftsdienst bis zur Hälfte als Arbeitszeit zu berücksichtigen ist. Hingegen ist im Bereich der Polizei Bereitschaftsdienst zu einem Drittel als Arbeitszeit anzurechnen (IM-Bek zur Arbeitszeit der staatlichen Polizei vom 11. April 2003, AllMBl S. 179). Diese Differenzierungen sollen weiterhin möglich sein, weil die maßgeblichen beamtenrechtlichen Regelungen zur Arbeitszeit die Relation zwischen Dienstleistung und Bereitschaftsdienst unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des jeweiligen Bereichs und der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bestimmen. Dabei wird die tatsächliche Dienstleistung im Bereitschaftsdienst generell in vollem Umfang als Arbeitszeit eingerechnet.

Satz 5 beinhaltet Rundungsregelungen.

Zu Abs. 4
Vergütbare Mehrarbeit im Schuldienst ist nur die von einer Lehrkraft im Rahmen der hauptamtlichen Unterrichtstätigkeit auf Anordnung oder mit Genehmigung über die individuelle Pflichtstundenzahl hinaus zu leistende Unterrichtstätigkeit. Individuelle Pflichtstundenzahl ist die für die betroffene Lehrkraft festgesetzte Zahl der Unterrichtsstunden, also unter Berücksichtigung von Ermäßigungen, z. B. aus Gründen des Alters oder aufgrund Schwerbehinderung. Vergütbare Mehrarbeit liegt jedoch insbesondere bei Teilnahme an Eltern- und Schülersprechterminen und Fortbildungsveranstaltungen oder bei Erledigung von Verwaltungsarbeit sowie bloße Beaufsichtigung einer Klasse (stille Beschäftigung) oder Lehrerkonferenzen nicht vor. Mehrarbeit liegt auch nicht vor, wenn eine Lehrkraft innerhalb eines abgrenzbaren Zeitraumes planmäßig über die Pflichtstundenzahl hinaus Unterricht erteilt, dies aber zu einem anderen Zeitraum planmäßig ausgeglichen wird, z. B. bei Block- oder Turnusunterricht.

Zu Abs. 5
Satz 1 regelt den Grundsatz, dass die Höhe der Mehrarbeitsvergütung sich ausschließlich an dem Umfang der tatsächlichen Mehrarbeit orientiert und damit eine pauschalierende Abrechnung unzulässig ist. Eine solche Pauschalierung wäre sachlich auch nicht vertretbar, weil die Vergütung von Mehrarbeit anders als die der Alimentation unterliegenden Bezügebestandteile zwingend eine Arbeitsleistung voraussetzt, die nicht im Sinne einer Pauschalierung (z. B. im Falle von Urlaub und Krankheit) fingiert werden kann. Satz 2 führt die bisherige Struktur der Mehrarbeitsvergütungssätze unverändert fort, wonach sich die Staffelung der Sätze nach den Besoldungsgruppen der üblichen Eingangsämter orientiert (grundsätzlich vier Klassifizierungen). Damit wird auch bei der Mehrarbeitsvergütung das sich in der Besoldung widerspiegelnde Anforderungsniveau in gewissem Umfang abgebildet. Die Höhe der Sätze ist allerdings nicht auf das Niveau der Eingangsämter fixiert, sondern stellt einen Mittelwert dar, der

die Bandbreite der Besoldungsgruppen vom niedrigeren zum höheren Eingangsamt umfasst (z. B. Besoldungsgruppe A 9 bis einschließlich A 12). Darüber hinaus sind in diesem Mittelwert pauschal bestimmte Besoldungsbestandteile erfasst, die nahezu allen Beamten und Beamtinnen zustehen, sowie sonstige Pauschalen eingerechnet. Ziel dieser Vergütungsstruktur ist es, die Mehrarbeitsvergütung nach einheitlichen Maßstäben festzulegen. Eine Ausnahme bei der Staffelung der Vergütungssätze stellt die Besoldungsgruppe A 5 dar, die früher Eingangsamt des mittleren Dienstes war, das seit 1. Januar 1999 auf Besoldungsgruppe A 6 angehoben worden ist. Um hier finanzielle Verschlechterungen zu vermeiden, wird die Besoldungsgruppe A 5 nicht dem niedrigeren Vergütungswert zugeordnet. Wegen der Besonderheit im Schuldienst (Mehrarbeit = Unterricht im Rahmen der Lehrbefähigung an der eigenen oder an einer anderen Schule der gleichen Schulart) werden die höheren Vergütungssätze fortgeführt und in zwei Klassifizierungen an jeder Schulart vereinheitlicht. Dadurch werden die Stundensätze im Einzelfall nicht vermindert.

Satz 3 stellt klar, dass eine nach dem Monat der Mehrarbeitsleistung erfolgte Beförderung keine Auswirkung auf den Vergütungssatz hat.

In Satz 4 wird das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 13. März 2008 (2 C 128.07), dass Teilzeitbeschäftigte für Mehrarbeit bis zum Erreichen der regelmäßigen Arbeitszeit einer Vollzeitkraft die anteilige Besoldung erhalten müssen, umgesetzt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mehrarbeitsvergütungssätze aufgrund ihrer Berechnungsgrundlage im Regelfall günstiger sind als eine „Stundenvergütung“. Dem wird bei der gesetzlichen Umsetzung der Rechtsprechung durch Anwendung des Günstigkeitsprinzips (Mehrarbeitsvergütungssätze oder zeitanteilige Besoldung) Rechnung getragen.

Gegenüberzustellen ist dabei der jeweilige Mehrarbeitsvergütungssatz und der maßgebliche Stundenanteil der Besoldung; letzterer setzt sich zusammen aus den laufenden Bezügen mit Ausnahme des Altersteilzeitzuschlags. Bei dessen Bemessung bleibt die Mehrarbeitsvergütung außer Betracht (s. Begründung zu Art. 58 Abs. 2); im Kontext muss dies auch im umgekehrten Fall gelten. Dadurch wird auch sichergestellt, dass ein Beamter oder eine Beamtin in Altersteilzeit nur über die Mehrarbeitsleistung besser besoldet wird als ein Vollzeitbeschäftigter oder eine Vollzeitbeschäftigte mit Mehrarbeit.

Zu Art. 62 Vergütung von Arbeitszeitguthaben (Ausgleichszahlung)

Zu Abs. 1
Geregelt wird die Ermächtigungsgrundlage für die Bayerische Ausgleichszahlungsverordnung (BayAusglZV), die bisher in § 48 Abs. 3 BBesG festgelegt war.

Zu Abs. 2
Klarstellung, dass als Bemessungsgrundlage die jeweils geltenden Mehrarbeitsvergütungssätze heranzuziehen sind.

Zu Art. 63 Vergütung im Vollstreckungsdienst

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des § 49 BBesG.

Zu Art. 64 Sitzungsvergütung

Die Vorschrift übernimmt den Inhalt der bisherigen besoldungsrechtlichen Regelung des § 48 Abs. 2 BBesG.

Zu Abs. 1
Satz 3 stellt insbesondere klar, dass ein Vergütungsanspruch bei Gewährung einer Aufwandsentschädigung nicht besteht.

Zu Abs. 2
Der Höchstbetrag knüpft an den Status Quo an.

Zu Abs. 3
Hervorhebung der Subsidiarität der Vergütung gegenüber einer möglichen Dienstbefreiung (Vorrang des Freizeitausgleichs).

Zu Art. 65 Prüfungsvergütung

Die Vorschrift verbessert die bisherige Regelung des Art. 29 BayBesG dahingehend, dass allen Professoren und Professorinnen der Besoldungsordnung W eine Prüfungsvergütung gewährt werden kann.

Zu Art. 66 Leistungsstufe

Nach dieser Vorschrift kann als mittelfristig angelegtes Leistungselement das Gehalt der nächsthöheren Grundgehaltsstufe vorweg gezahlt werden. Personell ist auf Grund der Struktur der Besoldungsordnungen die Vergabe an Beamte und Beamtinnen in den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A beschränkt. Wegen der richterlichen Unabhängigkeit und der besonderen verfassungsmäßigen Stellung ist eine Vergabe einer Leistungsstufe an Richter und Richterinnen sowie Staatsanwälte und Staatsanwältinnen nicht vorgesehen.

Zu Abs.1
Satz 1 formuliert die Legaldefinition der Leistungsstufe; diese ist eine Vorwegzahlung der nächsthöheren Stufe des Grundgehalts. Beamte und Beamtinnen, die sich durch besondere Leistungen hervorheben, können so faktisch eine Verkürzung einer einzelnen Regelstufenlaufzeit erhalten. Der Beamte oder die Beamtin erreicht durch eine Leistungsstufe nicht bereits die nächste Regelstufe des Grundgehalts, sondern erhält nur in seiner aktuellen Regelstufe bereits das höhere Grundgehalt. Es kommt nicht zu einer Dauerwirkung dahingehend, dass der Beamte oder die Beamtin das Grundgehalt auch aller folgenden Stufen früher erhält. Der Beamte oder die Beamtin erhält nur eine Zulage in Höhe der Differenz zwischen der nächsten und der aktuellen Grundgehaltsstufe, so dass im Einzelnen der Beamte oder die Beamtin so viel erhält, als hätte er oder sie bereits die nächste Stufe erreicht.

Mit der Entscheidung über die Vergabe einer Leistungsstufe muss nach Satz 2 bestimmt werden, ab welchem Zeitpunkt das Grundgehalt der nächsten Stufe gezahlt wird. Das Gesetz selbst trifft keine Regelung darüber, wie lange eine Stufe jeweils vorgezogen werden kann. Dies bleibt dem Spielraum des oder der Entscheidungsberechtigten überlassen. Satz 2 stellt zudem sicher, dass der Beamte oder die Beamtin in seiner oder ihrer Bezahlung nach Ablauf der Wirkungsdauer des Leistungselements nicht wieder auf das niedrigere Grundgehalt zurückfällt (ausgenommen die Beamten und Beamtinnen, die das Endgrundgehalt bereits erreicht haben). Die Leistungsstufe geht in die Regelstufe über. Nach Ablauf der Zeit, um die die Erhöhung des Grundgehalts vorgezogen worden ist, bestimmt sich die weitere Zuordnung zu den Stufen wieder nach Art. 30 Abs. 2 Satz 2, Abs. 4 Satz 1, d. h. an die Leistungsstufe schließt sich eine Regelstufe von üblicher Dauer an.

Satz 3 lässt die rückwirkende Gewährung einer Leistungsstufe zu und trägt damit zur Nivellierung zufälliger Unterschiede zwischen den Beschäftigten auf Grund der unterschiedlichen Stufenlaufzeiten und der individuellen Eintaktung der Leistungsfeststellung in den beruflichen Lebenslauf bei. Diese gesetzlichen Öffnungen sollen dem Entscheidungsberechtigten größtmöglichen Freiraum in der Nutzung des Leistungselements lassen. Wird eine Leistungsstufe zum Teil rückwirkend gewährt, sollte sich der oder die Entscheidungsberechtigte über den grundsätzlichen Unterschied der Leistungsstufe als Instrument des mittelfristigen Leistungsanreizes im Vergleich zur Leistungsprämie als kurzfristigem Leistungsanreiz im Klaren sein, weil sich die rückwirkende Vergabe einer Stufe für den vergangenen Zeitraum faktisch wie eine Prämie auswirkt; für den künftigen Zeitraum bis Erreichen der Regelstufe bleibt es auch bei rückwirkender Vergabe bei der monatlichen Zahlweise. Die rückwirkende Gewährung ermöglicht, dass Leistungsstufen jeweils für volle Jahre vergeben werden: die jahresweise Vergabe einer Leistungsstufe erleichtert den Überblick über bereits vergebenes und noch zur Verfügung stehendes Budget. Zudem glättet auch sie Unterschiede, die sich aus dem unterschiedlichen Zusammenspiel von Stufenlaufzeiten und Leistungsfeststellung der einzelnen Beamten und Beamtinnen ergeben. Je nach Dauer der Stufe und Abweichung im Lebenslauf des einzelnen Beamten oder der einzelnen Beamtin könnte es ansonsten trotz gleicher Leistung zu einem Unterschied von bis zu zwei Jahren kommen, in denen der eine Beamte oder die eine Beamtin von einer vorgezogenen Stufe profitieren kann, die oder der andere nicht.

Das Gesetz enthält keine Begrenzung, wie lange die rückwirkende Gewährung ausgesprochen werden kann. Allerdings beruht die Gewährung einer Leistungsstufe auf einer regelmäßig auszusprechenden Leistungsfeststellung, so dass die letzte Leistungsfeststellung, aufgrund der gerade keine Stufe gewährt wurde, systembedingt zeitliche Grenze für eine Rückwirkung ist.

Eine Leistungsstufe kann auch zum Zeitpunkt des regelmäßigen Stufenaufstiegs gewährt werden. Der Beamte oder die Beamtin erhält in diesem Fall zum Zeitpunkt des regelmäßigen Stufenaufstiegs nicht nur das Grundgehalt der nächsthöheren Stufe, sondern „überspringt“ finanziell eine Stufe und erhält sofort das Grundgehalt der übernächsten Stufe. Diese Regelung soll vermeiden, dass besonders leistungsfähige Beamte und Beamtinnen wegen eines für sie möglicherweise ungünstigen Zeitpunkts der Leistungsfeststellung keine Leistungsstufe erhalten können (vgl. das vielfach kritisierte und schließlich abgeschaffte Halbzeitkriterium der Bayerischen Leistungsstufenverordnung – LStuV – vom 20. Februar 1998, GVBl S. 62).

Satz 4 bietet eine Möglichkeit, auch Beamten und Beamtinnen vom Leistungselement des vorzeitigen Stufenanstiegs profitieren zu lassen, die das Endgrundgehalt bereits erreicht und daher keine weiteren Grundgehaltsstufen mehr vor sich haben. Sie erhalten die Leistungsstufe in der Höhe der Differenz zwischen der letzten und der vorletzten Stufe, die sie in ihrer Besoldungsgruppe erreichen konnten. Die Vergabeentscheidung muss eine Aussage darüber enthalten, für welchen Zeitraum die Zulage gewährt wird. Sie ist auf maximal vier Jahre begrenzt; dies entspricht der maximalen Stufendauer. Sie kann auch unter Berücksichtigung des mittelfristigen Charakters des Leistungselements für kürzere Zeiträume vergeben werden. Eine wiederholte Gewährung ist möglich.

Eine Beförderung, eine Beurlaubung oder eine Freistellung vom Dienst führt nicht zum Wegfall der Leistungsstufe. Sie läuft auch dann weiter, wenn sie während anrechenbarer Zeiten ohne Anspruch auf Bezüge nicht zur Auszahlung kommt. Sie endet, wenn der Beamte oder die Beamtin gemäß Art. 30 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 4 Satz 1 die nächsthöhere Stufe erreicht.

Zu Abs. 2
Dass der Beamte oder die Beamtin dauerhaft herausragende Leistungen erbringt und daher eine Leistungsstufe gewährt bekommt, wird in einer Leistungsfeststellung verfügt, die auch Grundlage für den regelmäßigen Stufenaufstieg nach Art. 30 Abs. 3 ist. Das Gesetz macht keine detaillierten Vorgaben zur Ausgestaltung und Durchführung der Leistungsfeststellung. Die Leistungsfeststellung kann z. B. durch den Leistungsteil der dienstlichen Beurteilung erfolgen.

Das Gesetz selbst regelt grundsätzliche Voraussetzung (dauerhaft herausragende Leistung), Zuständigkeit und wesentliche Inhalte des Vergabeverfahrens (z. B. Rückwirkung möglich).

Für den Fall, dass die Zahl derer, deren Leistung in der Leistungsfeststellung als dauerhaft herausragend eingeordnet wurde, die Zahl an Vergabemöglichkeiten, die anhand des zur Verfügung stehenden Budgets nach Art. 68 ermittelt werden, übersteigt, sieht das Gesetz eine weitere Auswahlentscheidung vor. Diese muss systemkonform auch auf der Grundlage von Leistungskriterien getroffen werden, die nach der gesetzlichen Vorgabe nicht notwendigerweise bereits in der Leistungsfeststellung enthalten sein müssen.

Ein Anspruch auf die Zahlung des höheren Grundgehalts besteht erst, wenn die Entscheidung über die Gewährung einer Leistungsstufe dem Beamten oder der Beamtin bekanntgegeben wurde. Weder eine herausragende Leistung noch das Erfüllen bestimmter Kriterien der Leistungsfeststellung begründen einen solchen Anspruch.

Das Besoldungsrecht sieht aus Vereinfachungsgründen keinen Widerruf einer Leistungsstufe z. B. aufgrund Leistungsabfalls vor; davon unberührt bleibt die Möglichkeit, eine Leistungsstufe aufgrund disziplinarrechticher Maßnahmen zu entziehen.

Zu Art. 67 Leistungsprämie

Die Vorschrift übernimmt im Wesentlichen die Regelungen der Bayerischen Leistungsprämien- und Leistungszulagenverordnung (BayLPZV) vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 1020), die auf der Ermächtigung des § 42a BBesG beruhte. Nach Übergang der Kompetenz für das Besoldungsrecht auf den bayerischen Gesetzgeber bedarf es einer Verordnungsermächtigung nicht mehr: Die Normierung kann auch im Rahmen des Gesetzes erfolgen.

Zu Abs. 1
Nach Abs. 1 der Vorschrift kann als flexibles Leistungselement eine Leistungsprämie gewährt werden. Die bisherigen Unterschiede zwischen der Leistungsprämie und der Leistungszulage werden zu Gunsten einer einfachen, klaren Regelung aufgegeben; die tatbestandlichen Voraussetzungen beider bisheriger Elemente gehen in der neuen Regelung auf. Personell ist die Vergabe auf Beamte und Beamtinnen in den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen A und B beschränkt. Wegen der richterlichen Unabhängigkeit und der besonderen verfassungsmäßigen Stellung scheidet die Vergabe von Leistungsnebenbezügen an Richter und Richterinnen sowie Staatsanwälte und Staatsanwältinnen aus.

Das Gesetz räumt einen weiten Freiraum zur Bewertung der erbrachten Leistungen als honorierungsfähige Leistungen ein. Vorausgesetzt wird eine herausragende Einzelleistung. Die Leistungsprämie soll damit insbesondere kurzfristige Leistungsanreize setzen. Kriterien, wann eine honorierungsfähige Einzelleistung vorliegt, nennt das Gesetz bewusst nicht, sondern überlässt es der Einschätzung des oder der Entscheidungsberechtigten.

Satz 2 stellt klar, dass die Gewährung von Leistungsprämien ein Instrument der Personalführung ist und ein Anspruch auf die Vergabe einer Leistungsprämie in keinem Fall entstehen kann.

Zu Abs. 2
Die Leistungsprämie kann in den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A maximal in Höhe des jeweiligen Anfangsgrundgehaltes gewährt werden. Die Beschränkung auf das Anfangsgrundgehalt trägt der besoldungsrechtlichen Ämterhierarchie Rechnung. Bei Ämtern in Besoldungsgruppen mit festen Grundgehältern darf die Leistungsprämie das Grundgehalt nicht überschreiten.

Die Prämie soll in engem zeitlichem Zusammenhang mit der Leistung gewährt werden. In begründeten Einzelfällen ist aber auch eine Honorierung von länger zurückliegenden Leistungen nicht ausgeschlossen.

Eine Leistungsprämie wird als ein Betrag festgesetzt. Die Höhe richtet sich nach der Bewertung der honorierungsfähigen Leistung. Auszuweisen ist stets ein konkreter Betrag in Euro, nicht ein Vomhundertsatz des Anfangsgrundgehalts.

Die Prämie kann als Einmalbetrag ausgezahlt werden. Damit entspricht sie der Leistungsprämie nach dem bisherigen § 3 BayLPZV. Sie kann aber auch in monatlichen Raten gezahlt werden. Die Entscheidung über die Zahlweise ist mit der Festsetzung der Prämie zu treffen. Ein rückwirkender Beginn der Zahlweise ist nicht vorgesehen.

Mit der monatlichen Zahlweise der Prämie wird die Rechtslage der bisherigen Leistungszulage nach dem bisherigen § 4 BayLPZV vereinfacht beibehalten. Entfallen ist die Beschränkung auf maximal sieben v. H. eines Anfangsgrundgehalts der Besoldungsgruppe, der der Beamte oder die Beamtin zum Zeitpunkt der Gewährung angehört, die Widerrufsmöglichkeit sowie die Kürzung der maximalen Höhe entsprechend der Teilzeitbezüge des bisherigen § 6 BBesG. Für eine grundsätzlich unterschiedliche Maximalhöhe fehlt es an einer sachlichen Rechtfertigung, weil eine Vergabespannbreite zur Verfügung steht und die tatsächlich vergebene Leistungsprämie selten an die Maximalhöhe heranreicht. Auch eine gesetzliche Kürzung entsprechend der Teilzeitbezüge ist aufgrund der Vergabespannbreite nicht erforderlich. Nachdem die Entscheidung über Höhe und Zahlweise mit der Festsetzung der Prämie getroffen wird, ist auch für einen Widerruf kein Raum mehr.

Die Befristung der Zahlweise auf längstens zwölf Monate rechtfertigt sich aus dem Gedanken heraus, dass längere regelmäßige Zahlungen dazu führen können, Motivations- und Belohnungsaspekte in den Hintergrund treten zu lassen. Als Instrument für einen längerfristigen Leistungsanreiz steht der Stufenanstieg zur Verfügung.
Entfallen ist auch die Beschränkung, dass innerhalb eines Jahres an einen Beschäftigten oder eine Beschäftigte mehrere Leistungsprämien nur bis zur Maximalhöhe von einem Anfangsgrundgehalt ausgezahlt werden können. Liegen überragende besondere Einzelleistungen eines oder einer Beschäftigten vor, bleibt die Höhe aller Leistungselemente im Rahmen des Gesamtbudgets dem oder der Entscheidungsberechtigten überlassen, um ihm oder ihr möglichst viele Möglichkeiten an die Hand zu geben, die Beamten und Beamtinnen zu motivieren und Leistungsanreize zu setzen.

Zu Abs. 3
Absatz 3 betrifft die Vergabe von Leistungsprämien aufgrund einer honorierungsfähigen Leistung, die von mehreren Beamten und Beamtinnen zusammen (Team) erbracht worden ist. Die Bestimmung ist als Ausnahmevorschrift vom Gebot kopfanteiliger Vergabebeschränkung eng

auszulegen. Teamarbeit zeichnet sich durch ein gemeinsames Arbeitsziel – etwa ein Projekt –, das im Wege engen, arbeitsteiligen Zusammenwirkens planvoll angestrebt wird. Sie erfordert regelmäßig die wechselbezügliche Angewiesenheit auf die Arbeit auch des Teamkollegen oder der Teamkollegin. Eine rein organisatorische Zusammenfassung von Beamten und Beamtinnen (z. B. ein Referat) oder dergleichen genügt demnach nicht.

Zur Gewährung einer Leistungsprämie ist es nicht notwendig, die individuelle Leistung des Einzelnen zu ermitteln. Es genügt die Feststellung, dass die Gruppe eine honorierungsfähige Leistung erbracht hat und der betreffende Beamte oder die betreffende Beamtin an der Leistung wesentlich beteiligt war. Wann ein Beitrag wesentlich ist, definiert das Gesetz bewusst nicht, sondern überlässt es der Einschätzung des oder der Entscheidungsberechtigten.

Zu Abs. 4
Der Dienstherr kann innerhalb seines Budgets in einem Jahr zwar mehrere leistungsbezogene Vergütungsbestandteile an denselben Beamten oder dieselbe Beamtin auszahlen. Allerdings muss feststehen, dass die Gewährung einer Leistungsprämie auf einem neuen, anderen Sachverhalt beruht als die vorhergehende Honorierung.

Durch eine Leistungsstufe oder durch eine Beförderung wird die Vergabe einer Leistungsprämie nicht gehindert. Es ist eine Frage der Personalführung, ob angesichts der jeweils beschränkten Vergabekapazitäten die Kumulation von Leistungselementen in einer Person sinnvoll ist. Grundsätzlich aber soll der oder die Entscheidungsberechtigte die Möglichkeit haben, während der Laufzeit einer Leistungsstufe Hochleistern und Hochleisterinnen auch eine Prämie zu gewähren, sofern die beiden Leistungselemente nur auf unterschiedlichen Leistungen beruhen.

Zu Art. 68 Vergabebudget und -verfahren

Zu Abs. 1
Absatz 1 regelt, wie das Vergabebudget für die Leistungsbezüge zu ermitteln ist. Maßgeblich ist die Grundgehaltssumme nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 1. Da an Richter und Richterinnen sowie Staatsanwälte und Staatsanwältinnen keine Leistungsbezüge gewährt werden und für Professoren und Professorinnen eigene Regelungen bestehen, ist nur die Grundgehaltssumme der Beamten und Beamtinnen in den Besoldungsordnungen A und B maßgeblich.

Der staatliche Dienstherr verpflichtet sich, ein Mindestbudget für Leistungsbezüge zur Verfügung zu stellen; mit dem alternativen prozentualen Mindestwert wird die Dynamisierung des Budgets sichergestellt. Als Maximalwert für Leistungsstufen und Leistungsprämien sieht das Gesetz für alle Dienstherren – staatliche und nichtstaatliche – 1,0 v. H. der Grundgehaltssumme vor, wenn und soweit hierfür Haushaltsmittel veranschlagt sind. Satz 2 soll sicherstellen, dass auch Dienstherren mit weniger als sieben Beamten und Beamtinnen, z. B. Gemeinden mit nur einem Beamten oder einer Beamtin, dieser Person einen Leistungsbezug gewähren können. Da der durchschnittliche jährliche Wert einer Leistungsstufe bzw. der maximal zahlbare Betrag einer Leistungsprämie 1,0 v. H. der Grundbezügesumme von bis zu sieben Beamten und Beamtinnen übersteigt, kann dieser Dienstherr nur mit der Ausnahmeregelung des Satzes 2 einem Beamten oder einer Beamtin einen Leistungsbezug in voller Höhe gewähren, z. B. pro Jahr einem Beamten oder einer Beamtin eine Leistungsprämie bis zur Maximalhöhe von einem Anfangsgrundgehalt seiner oder ihrer Besoldungsgruppe. Hat ein Dienstherr mehr als sieben Beamten und Beamtinnen, so übersteigt das Budget i. H. v. 1,0 v. H. ein

durchschnittliches Anfangsgrundgehalt, so dass in diesem Fall keine Ausnahmeregel mehr nötig ist.

Zu Abs. 2
Absatz 2 regelt die Zuständigkeit für die Vergabeentscheidung und das Verfahren zur Vergabe von Leistungsprämien bzw. weitere Details zur Vergabe einer Leistungsstufe. Weitere Regelungen zum Vergabeverfahren einer Leistungsstufe trifft Art. 66. Das Verfahren zur Vergabe von Leistungsprämien ist abschließend in Abs. 2 geregelt. Erfolgt die Leistungsfeststellung durch den Leistungsteil der dienstlichen Beurteilung, so genügt dieser Teil dem Darstellungserfordernis.

Im staatlichen Bereich ist beabsichtigt, die Entscheidung von dem Dienstvorgesetzten oder der Dienstvorgesetzten treffen zu lassen.

Zu Art. 69 Hochschulleistungsbezüge

Nach der neuen Gesetzessystematik sind die flexiblen Leistungselemente im Hochschulbereich ein Unterfall der Leistungsbezüge und werden künftig als Hochschulleistungsbezüge bezeichnet.

Inhaltlich knüpft die Vorschrift an die Regelung des § 33 BBesG an.

Zu Abs. 1
Abs. 1 regelt den Empfängerkreis und enthält eine Auflistung der Arten der Hochschulleistungsbezüge.

Inhaltlich hat sich gegenüber der bisherigen Regelung nichts geändert. Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen können auch künftig keine Hochschulleistungsbezüge erhalten, weil es sich nach Hochschulpersonalrecht um Qualifizierungsstellen handelt. Als Ausgleich erhalten sie bei Bewährung ab der ersten Verlängerung des Beamtenverhältnisses auf Zeit eine Zulage nach Art. 57 Abs. 3; zudem besteht hochschulrechtlich die Möglichkeit, im Rahmen eines tenure-track-Verfahrens nach drei Jahren auf eine W 2 – Stelle übernommen zu werden. Ausgenommen von den Hochschulleistungsbezügen sind ferner hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen, die den Besoldungsordnungen A und B angehören (Kanzler und Kanzlerinnen nach Art. 28). Die Voraussetzungen für die Gewährung der einzelnen Arten der Hochschulleistungsbezüge sind in den Art. 70 bis Art. 72 geregelt.

Zu Abs. 2
Satz 1 enthält ausdrücklich die Deckelung des Betrags der Hochschulleistungsbezüge auf den Unterschiedsbetrag zwischen den Grundgehältern der Besoldungsgruppe W 3 und der Besoldungsgruppe B 10 (individuelle Obergrenze); bislang wurde dies als Umkehrschluss aus der Formulierung des § 33 Abs. 2 Satz 1 BBesG gefolgert. Die Höhe der Besoldungsgruppe B 10 ergibt sich aus Anlage 3. Die Besoldungsgruppe B 10 liegt über der Besoldungsgruppe für die höchsten bayerischen Staatsbeamten und –beamtinnen; leistungsstarke Professoren und Professorinnen haben damit die Möglichkeit, Spitzengehälter unter den bayerischen Staatsbeamten und –beamtinnen zu beziehen. Die individuelle Obergrenze gilt für alle Professoren und Professorinnen sowie die hauptberuflichen Mitglieder von Hochschulleitungen. Sie wird auch für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppe W 2 nach dem Unterschiedsbetrag zwischen den Grundgehältern der Besoldungsgruppe W 3 und der Besoldungsgruppe B 10 berechnet, so dass hier keine höheren Hochschulleistungsbezüge als in der Besoldungsgruppe

W 3 bezahlt werden können. In sachlicher Hinsicht erfasst die Obergrenze sowohl die monatlichen Zahlungen als auch die Einmalzahlungen. Maßgeblich sind die Jahresbezüge.

Nach Satz 2 Nr. 1 kann die Obergrenze – wie bisher – überschritten werden, um einen Professor oder eine Professorin aus dem Bereich außerhalb der deutschen Hochschulen (beispielsweise aus dem Ausland, aus der Wirtschaft oder einer in- oder ausländischen Forschungseinrichtung) zu gewinnen oder um eine Abwanderung in den Bereich außerhalb der deutschen Hochschulen abzuwenden. Diese Regelung dient der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Hochschulen im internationalen Wettbewerb um herausragende Wissenschaftler. Die Ausnahmetatbestände sind sehr restriktiv zu handhaben.

Mit der Regelung des Satzes 2 Nr. 2 soll erreicht werden, dass Hochschulleistungsbezüge, die bereits nach Satz 2 Nr. 1 die individuelle Höchstgrenze erreichen oder überschreiten, auch nach nationalen Berufungsverfahren weiterhin bezahlt werden können. Ein Professor oder eine Professorin, der oder die beispielsweise aus dem Ausland ins Inland berufen wurde und dessen oder deren Hochschulleistungsbezüge die individuelle Obergrenze erreichen oder überschreiten, kann diese Bezüge auch nach einem Ruf auf eine bayerische Hochschule erhalten. Dies gilt auch, um eine Abwanderung an eine andere deutsche Hochschule zu verhindern; die Obergrenze nach Satz 1 gilt insoweit nicht. Eine weitere Erhöhung der Hochschulleistungsbezüge ist zulässig.

Die Ruhegehaltfähigkeit der Hochschulleistungsbezüge wird nicht – wie bislang – im Besoldungsrecht, sondern abschließend im BayBeamtVG geregelt (vgl. Art. 13 BayBeamtVG).

Zu Abs. 3
Der Absatz regelt das Verhältnis zwischen Hochschulleistungsbezügen und Mitarbeiterbeteiligungen nach Art. 6 Abs. 2 BayHSchPG. Grundgedanke ist, dass ein Tatbestand nicht doppelt honoriert werden soll. Unter Tatbeständen sind die in Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 genannten Fälle zu verstehen. Hat beispielsweise ein Professor oder eine Professorin eine Mitarbeiterbeteiligung für wissenschaftliche Leistungen erhalten, kann ihm oder ihr aus diesem Grund nicht zusätzlich ein Hochschulleistungsbezug nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 gewährt werden.

Zu Art. 70 Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge

Die Regelung entspricht dem bisherigen Art. 22 BayBesG. Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge sind ein wesentliches Leistungselement, weil sich besondere wissenschaftliche Leistungen im Interesse der Hochschule an der Gewinnung oder am Verbleiben eines Professors oder einer Professorin niederschlagen.

Zu Abs. 1
Der Absatz übernimmt ohne inhaltliche Änderung den bisherigen Art. 22 Abs. 1 BayBesG.

Zu Abs. 2
Abs. 2 regelt die Modalitäten zur Vergabe von Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen. Die Hochschulen sollen über weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten verfügen. Nach Satz 1 können Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen wie bislang als Einmalzahlung oder als monatliche laufende Zahlung gewährt werden. Satz 2 verzichtet zur Stärkung des Handlungsspielraums der Hochschulen auf die bisherige Soll-Vorgabe zur Vergabe unbefristeter Leistungsbezüge. Satz 3 übernimmt die bisherige Regelung mit Blick auf die Vergabe neuer bzw. erhöhter Berufungs- oder Bleibe-Leistungsbezüge. Satz 4 sieht vor, dass Berufungs- und Bleibeleistungsbezüge, die als Einmalzahlung vergeben werden, nicht der Kürzung nach

Art. 6 bei Teilzeitbeschäftigung unterliegen; relevant kann dies in Fällen des Art. 10 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 BayHSchPG werden.

Zu Abs. 3
Dieser Absatz entspricht der bisherigen Regelung des Art. 22 Abs. 3 BayBesG. Unbefristete Berufungs- oder Bleibe-Leistungsbezüge werden entsprechend der allgemeinen Anpassung der Grundgehälter dynamisiert, wenn dies bei der Gewährung der Leistungsbezüge entsprechend erklärt wurde. Nach Satz 2 kann im Rahmen der Berufungs- und Bleibeverhandlungen zudem festgelegt werden, dass Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge im Falle eines vorzeitigen Verlassens der Hochschule zurückzuzahlen sind; dies dient dem Schutz der Hochschule vor einem unlauteren Abwerbeverhalten anderer Hochschulen.

Zu Art. 71 Besondere Leistungsbezüge

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen Art. 23 BayBesG.

Zu Abs. 1
Dieser Absatz regelt, welche Leistungen durch besondere Leistungsbezüge honoriert werden können. Die Einzelheiten ergeben sich aus der nach Art. 74 zu erlassenden Rechtsverordnung.

Zu Abs. 2
Dieser Absatz regelt die Vergabemodalitäten. Anders als bei Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen ist eine unbefristete Vergabe erst im Fall einer wiederholten Vergabe möglich (Ausnahme: Übergangsregelung nach Art. 108 Abs. 5 Satz 2). Die Widerrufsmöglichkeit bei unbefristeter Vergabe soll sicherstellen, dass der Professor oder die Professorin dauerhaft Leistungen erbringt, die die Gewährung entsprechender Leistungsbezüge rechtfertigt. Satz 4 sieht vor, dass besondere Leistungsbezüge, die als Einmalzahlung vergeben werden, nicht der Kürzung nach Art. 6 bei Teilzeitbeschäftigung unterliegen; relevant kann dies in Fällen des Art. 10 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 BayHSchPG werden.

Zu Abs. 3
Besondere Leistungsbezüge können entsprechend Art. 70 Abs. 3 Satz 1 als dynamisch erklärt werden.

Zu Art. 72 Funktions-Leistungsbezüge

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Art. 24 BayBesG in Verbindung mit § 5 BayHLeistBV.

Zu Abs. 1
Dieser Absatz regelt, wer für die Wahrnehmung einer Funktion durch Funktions-Leistungsbezüge honoriert werden kann. Dies sind einerseits hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen und andererseits Professoren und Professorinnen, die Leitungs- oder Selbstverwaltungsaufgeben in einer Nebenfunktion zum Hauptamt wahrnehmen. Die Dauer der Gewährung der Funktions-Leistungsbezüge ist auf die Dauer der Wahrnehmung der Aufgabe beschränkt; die Gewährung für einen kürzeren Zeitraum ist möglich.

Zu Abs. 2
Abs. 2 regelt die Bemessungskriterien für die Höhe der Funktions-Leistungsbezüge und gestaltet diese Bezüge auch leistungsabhängig aus.

Zu Abs. 3
Funktions-Leistungsbezüge sind kraft Gesetzes dynamisiert, wenn sie nach Abs. 1 Satz 1 an Rektoren, Rektorinnen, Präsidenten und Präsidentinnen gewährt werden.

Zu Art. 73 Vergaberahmen

Zu Abs. 1
Maßgebliche Größe zur Ermittlung des Vergaberahmens ist – wie bisher – der so genannte Besoldungsdurchschnitt. Danach dürfen die Gesamt-Besoldungsausgaben das Produkt aus dem Besoldungsdurchschnitt und der Anzahl der besetzten Stellen nicht überschreiten. Welche Besoldungsbestandteile und welcher Personenkreis hierbei zu berücksichtigen sind, ergibt sich aus Abs. 2 sowie aus Art. 108 Abs. 5. Der Besoldungsdurchschnitt wird getrennt für Fachhochschulen und Universitäten/Kunsthochschulen im Gesetz vorgegeben. Änderungen sind nur auf gesetzlichem Wege möglich. Die in Satz 1 genannten Beträge sind gegenüber den bislang geltenden Beträgen insoweit erhöht, als dies auf Grund der Anhebung der Grundgehälter der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 erforderlich ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass übergangsweise weiterhin Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2 kw bis C 4 kw vorhanden sind, deren Grundgehälter nicht erhöht werden. Entsprechend dem sukzessiven Ausscheiden dieses Personenkreises und der Erhöhung der Anzahl der Professoren und Professorinnen der Besoldungsordnung W muss der Besoldungsdurchschnitt durch Gesetz angepasst werden, um die erhöhten Grundgehälter der Besoldungsordnung W abbilden zu können. Die bislang in § 34 Abs. 1 Sätze 2 und 3 BBesG vorgesehenen landesrechtlichen Abweichungsmöglichkeiten haben keine Bedeutung mehr.

Satz 2 übernimmt die bisherige Regelung des § 9 Abs. 1 Satz 2 der Bayerischen Hochschulleistungsbezügeverordnung. Landesweit muss der gesetzlich festgelegte Besoldungsdurchschnitt eingehalten werden.

Zu Abs. 2
Dieser Absatz regelt entsprechend § 34 Abs. 3 BBesG die Einzelheiten mit Blick auf die Ermittlung des Besoldungsdurchschnitts. In sachlicher Hinsicht sind für die Beamten und Beamtinnen folgende Bezügebestandteile einzubeziehen:

- Grundgehälter (Art. 2 Abs. 2 Nr. 1),
- Zulagen (Art. 2 Abs. 3 Nr. 1) mit Ausnahme der Forschungs- und Lehrzulage nach Art. 57 Abs. 1,
- Zuschläge (Art. 2 Abs. 3 Nr. 2),
- Vergütungen (Art. 2 Abs. 3 Nr. 3),
- Leistungsbezüge (Art. 2 Abs. 3 Nr. 4),
- jährliche Sonderzahlung (Art. 2 Abs. 3 Nr. 6).

In persönlicher Hinsicht sind zu berücksichtigen:

- Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen W 2 und W 3,
- hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen der Besoldungsordnung W,
- Professoren und Professorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Hochschulleitungen, die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis stehen und auf Planstellen für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 geführt werden (Planstellen der Besoldungsgruppen C 2 bis C 4 wurden bereits in Planstellen der Besoldungsordnung W umgewandelt); für diese Personen ist die Bruttovergütung anzusetzen,

- Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppen C 2 kw bis C 4 kw.

Zu Abs. 3
Die Regelung erfasst Fälle, in denen Professoren und Professorinnen vom Freistaat Bayern bezahlt werden, diese Kosten jedoch von einem Dritten erstattet bzw. zur Verfügung gestellt werden. Dies betrifft alle Stellen, die nicht aus Mitteln des Freistaates Bayern finanziert werden, z. B. die so genannten Stiftungsprofessuren. Nach Art. 6 Abs. 7 des Haushaltsgesetzes ist das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, Planstellen aus Zuwendungen Dritter zu schaffen. Solche „Stiftungsstellen“ sind zwar im Stellenplan ausgewiesen, kostenmäßig aber nicht veranschlagt. Nach der bisherigen Regelung des § 34 Abs. 3 Satz 3 BBesG sind diese Mittel bei der Berechnung des Vergaberahmens nicht zu berücksichtigen. Konkret bedeutet dies, dass die durch die Drittmittel finanzierten Bezüge und die entsprechenden Stellen(-anteile) in die Berechnung des Besoldungsdurchschnitts nicht eingehen. Auf diesem Wege ist gewährleistet, dass Professuren aus Drittmitteln den Vergaberahmen weder vermindern noch erhöhen. Dies ist nunmehr klarstellend ausdrücklich gesetzlich geregelt. Die Mittel Dritter können aus öffentlichen oder privaten Quellen stammen. Somit kommen auch Drittmittel von staatlich geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Betracht.

Ein weiteres Beispiel der hier geregelten Drittmittelfinanzierungen ist die Personalkostenerstattung bei gemeinsamen Berufungen nach dem so genannten Berliner Modell. Die obigen Grundsätze gelten entsprechend. Auch hier bleiben sowohl die durch die Kostenerstattung finanzierten Bezüge als auch die zugrunde liegenden Stellen bei der Berücksichtigung des Vergaberahmens außer Betracht.

Zu Abs. 4
Abs. 4 räumt den Hochschulen die Möglichkeit ein, den Besoldungsdurchschnitt unter bestimmten Voraussetzungen zu überschreiten und damit zusätzliche Mittel für die Besoldung der Professoren und Professorinnen zu verwenden. Der Vergaberahmen wird flexibilisiert.

Satz 1 regelt die Erhöhung des Vergaberahmens durch Drittmittel. Im Unterschied zu Abs. 3 werden die Drittmittel nicht für eine bestimmte Stelle, sondern allgemein für die Besoldung der Professoren und Professorinnen zur Verfügung gestellt. Anders als bei der Forschungs- und Lehrzulage nach Art. 57 Abs. 1 stehen die Drittmittel auch nicht in einem Zusammenhang mit einem Forschungs- und Lehrprojekt, das von einem Professor oder einer Professorin akquiriert und durchgeführt wird. Zur Wahrung der Unabhängigkeit der Professoren und Professorinnen dürfen die Drittmittel nur dann angenommen werden, wenn sie vom Drittmittelgeber ohne jegliche Zweckbindung gewährt werden und damit die Vergabe durch die Hochschule allein nach den Vergabekriterien nach Art. 69 bis Art. 72 gewährleistet ist. Als weiteres Regulativ ist der Betrag, der der jeweiligen Hochschule auf diesem Wege zugeführt werden kann, auf fünf v. H. der Jahresgrundgehaltssumme der in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3 geführten Beamten und Beamtinnen beschränkt.

Satz 2 sieht vor, dass von den dem Staatshaushalt zufließenden Drittmitteln ein Versorgungszuschlag von 30/100 einzubehalten ist, soweit aus dem erhöhten Vergaberahmen laufende Hochschulleistungsbezüge gewährt werden.

Satz 3 enthält die bislang nach Art. 6 Abs. 8 des Haushaltsgesetzes zulässige Überschreitung des Besoldungsdurchschnitts. Diese Regelung beruht darauf, dass in der Praxis die punktgenaue Einhaltung des Besoldungsdurchschnitts Schwierigkeiten machen könnte und räumt den Hochschulen den Spielraum ein, die Vorgaben im Vollzug um fünf v. H. zu überschreiten. Voraussetzung ist jedoch, dass im laufenden Jahr ein haushaltsmäßiger Ausgleich erfolgt,

d. h. dass die Überschreitung an anderer Stelle eingespart wird. Mehr Mittel werden den Hochschulen damit nicht zur Verfügung gestellt.

Zu Abs. 5
Abs. 5 greift den bisherigen § 34 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 BBesG auf. Der Vergaberahmen wird danach entsprechend den allgemeinen Besoldungsanpassungen durch Gesetz dynamisiert. Die Betroffenen haben auf diese Anpassungen keinen Rechtsanspruch.

Zu Art. 74 Verordnungsermächtigung

Diese Regelung entspricht dem bisherigen Art. 28 BayBesG. Die Zuständigkeit für die Vergabe von Hochschulleistungsbezügen, die Einzelheiten zum Vergabeverfahren und zu den Voraussetzungen und Kriterien der Vergabe von Hochschulleistungsbezügen sollen auch künftig durch Rechtsverordnung geregelt werden. Ausgenommen von der Verordnungsermächtigung sind die Regelungen zur Ruhegehaltfähigkeit, da sich dies abschließend nach dem BayBeamtVG beurteilt.

Zu Art. 75 Grundlage der Anwärterbezüge

Die Vorschrift übernimmt im Wesentlichen die bisherige Regelung des § 59 BBesG.

Zu Abs. 1
Dem Sinn und Zweck des Anwärterverhältnisses entsprechend wird für die Dauer der Ausbildung auf den späteren Beamtenberuf nur eine Hilfe zum Bestreiten des Lebensunterhalts gewährt; deshalb gehören die Anwärterbezüge nach Satz 1 zu den Nebenbezügen (vgl. Begründung zu Art. 2 Abs. 3 Nr. 5). Satz 2 definiert die Bestandteile der Anwärterbezüge abschließend. Die in Satz 3 bezeichneten Bezüge werden bei Vorliegen der maßgeblichen Voraussetzungen neben den Anwärterbezügen gewährt. Satz 4 verdeutlicht, dass die darin aufgeführten Nebenbezüge nur dann gewährt werden, wenn die entsprechende Vorschrift sich ausdrücklich auch auf Anwärter und Anwärterinnen bezieht.

Zu Abs. 2
Mit Satz 1 soll gewährleistet werden, dass die Anwärter und Anwärterinnen, die im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes ein Studium ableisten (z. B. an einer verwaltungsinternen Fachhochschule) und nach Abschluss dieses Studiums bzw. des Vorbereitungsdienstes nicht mehr bereit sind, als Beamte und Beamtinnen im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn zu verbleiben, keine finanziellen Vorteile gegenüber anderen Studierenden erlangen. Deshalb wird die Gewährung von Anwärterbezügen von Auflagen abhängig gemacht. Umfang und Inhalt der Auflage stehen im Ermessen des Dienstherrn. So ist z. B. eine Auflage mit der Folge einer teilweisen Rückforderung für den Fall möglich, dass nach Abschluss des Studiums nicht eine bestimmte Mindestdienstzeit geleistet wird oder durch schuldhaftes endgültiges Nichtbestehen der Qualifikationsprüfung eine weitere Verwendung im öffentlichen Dienst nicht erfolgen kann. Der Zweck einer solchen Auflage ergibt sich aus der Besonderheit des Anwärterverhältnisses als eines Vorbereitungsdienstes zur Anbahnung eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit. Satz 2 enthält eine besondere Zuständigkeitsregelung. Die Rückforderung selbst richtet sich nach Art. 15 Abs. 2 i. V. m. den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung.

Die Regelung des bisherigen § 59 Abs. 3 BBesG zu den Anwärterbezügen bei dienstlichem Wohnsitz im Ausland entfällt, da die Vorschrift in Bayern keine praktische Bedeutung hat.

Zu Art. 76 Anwärterbezüge nach Ablegung der Qualifikationsprüfung

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des § 60 BBesG.

Satz 1 schafft eine Rechtsgrundlage für die befristete Fortzahlung von Anwärterbezügen nach Beendigung des Vorbereitungsdienstes. Nach den allgemeinen Vorschriften entfiele der Anspruch auf Anwärterbezüge mit dem Tag der Beendigung des Vorbereitungsdienstes (Art. 4 Abs. 2). Die Regelung stellt hierzu eine Ausnahme dar; die befristete Fortzahlung bis Monatsende ist aus Vereinfachungsgründen und zur Vermeidung von Rückzahlungen sachgerecht. Es werden aber nur die Fälle der Beendigung des Beamtenverhältnisses wegen erfolgreicher Ablegung oder endgültigem Nichtbestehens der Qualifikationsprüfung erfasst. Bei erstmaligem Nichtbestehen der Qualifikationsprüfung und Fortsetzung des Vorbereitungsdienstes findet Art. 81 Anwendung, der die Möglichkeit einer Kürzung der Anwärterbezüge vorsieht.

Satz 2 hebt die Fortzahlungsregelung des Satzes 1 für den Fall wieder auf, dass unmittelbar nach Beendigung des Vorbereitungsdienstes bereits ein Anspruch auf Bezüge aus einer hauptberuflichen Tätigkeit bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn oder bei einer Ersatzschule erworben ist. Damit sollen Doppelzahlungen aus öffentlichen Mitteln vermieden werden. Ersatzschulen sind private Schulen (Schulen in freier Trägerschaft, Art. 3 Abs. 2 BayEUG), die vom Staat nach Art. 29 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes gefördert werden.

Zu Art. 77 Anwärtergrundbetrag

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des § 61 BBesG und berücksichtigt dabei bayerische Besonderheiten.

Satz 1 trägt dem Charakter des Anwärtergrundbetrages, der Hauptbestandteil der Anwärterbezüge ist, Rechnung. Der Anwärtergrundbetrag stellt keine Alimentation für von dem Anwärter oder der Anwärterin erbrachte Dienstleistungen, sondern lediglich einen Beitrag zur Bestreitung des Lebensunterhaltes während der Ausbildung zum Beamtenberuf dar. Dies hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt (vgl. Begründung zu Art. 2 Abs. 3 Nr. 5). Er muss daher in einem angemessenen Abstand zum Anfangsgrundgehalt des jeweiligen Eingangsamtes stehen. Wird dieses allgemein oder strukturell erhöht, hat dies in der Regel auch Auswirkungen auf den Anwärtergrundbetrag. Die Monatsbeträge des Anwärtergrundbetrages orientieren sich grundsätzlich an der Besoldungsgruppe des Eingangsamtes der jeweiligen Qualifikationsebene, in das der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintritt. Diese Prognose des Satzes 1 verdeutlicht, dass die Höhe der Anwärterbezüge nicht zwingend davon abhängig ist, dass der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes tatsächlich den Dienst antritt. Die in Satz 2 eingeräumte Möglichkeit der Ausbringung eines einheitlichen Betrages für unterschiedliche Eingangsämter unabhängig von der Qualifikationsebene ergibt sich zum einen aus dem Umstand, dass sich der Inhalt des Vorbereitungsdienstes für die jeweilige Fachlaufbahn innerhalb ein und derselben Qualifikationsebene im Kern nicht zwingend unterscheidet und zum anderen aus den Vorgaben des Bundesrechts, die im Interesse der Betroffenen nicht verändert werden sollen. Maßstab für die unterschiedlichen Eingangsämter sind die spezifischen Anforderungen bestimmter Fachlaufbahnen, die entweder als Zulassungsvoraussetzung für den Vorbereitungsdienst und damit vorher oder als Bestandteil des späteren Funktionsamtes und damit nachher erworben werden. Von einer betragsmäßigen Staffelung des Anwärter-

grundbetrages nach dem einzelnen Eingangsamt kann daher abgesehen werden. Satz 3 verweist hinsichtlich der Beträge auf die Anlage 10.

Die in Höhe und Struktur angemessenen Anwärtergrundbeträge werden im neuen Recht fortgeführt. Aufgrund des Charakters des Vorbereitungsdienstes für Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen als öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis (§ 46 Abs. 2 Satz 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen) entfällt der Anwärtergrundbetrag für das Eingangsamt R 1. Die Unterhaltsbeihilfe gemäß § 3 Satz 2 Nr. 1 SigJurVD knüpft an den Anwärtergrundbetrag für ein Amt der Besoldungsgruppe A 13 mit Stellenzulage gemäß Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu BBesO A und B an, d. h. für ein Amt der Besoldungsgruppe A 13 mit Zulage gemäß Art. 33 Satz 1.

Zu Art. 78 Anwärtersonderzuschläge

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des § 63 BBesG.

Zu Abs. 1
Satz 1 beinhaltet für das Staatsministerium der Finanzen die Befugnis, im Falle eines erheblichen Mangels an qualifizierten Bewerbern und Bewerberinnen zeitnah und flexibel nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten zum Anwärtergrundbetrag einen monatlichen Anwärtersonderzuschlag zu gewähren. Die Regelung des anspruchsberechtigten Personenkreises, die zeitliche Dauer und die Höhe des Zuschlags liegen im Ermessen des Staatsministeriums der Finanzen; die Fachressorts sind im Rahmen der Ermessensentscheidung zu beteiligen. Die Nutzung des Anwärtersonderzuschlages als generelles Personalgewinnungsinstrument ohne Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ist nicht zulässig. Eine Zahlung kommt daher nur in Betracht, wo die zur Verfügung stehenden Stellen mangels geeigneter Bewerber und Bewerberinnen nicht mehr besetzt werden können.

Satz 2 begrenzt den Anwärtersonderzuschlag – wie im Bundesrecht – auf 70 v. H. des Anwärtergrundbetrags. Dies ist sachgerecht, weil damit der notwendige Abstand zur Besoldung im Eingangsamt gewahrt bleibt. Die 100-Prozent-Grenze des Bundesrechts war nach der amtlichen Begründung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Sechsten Besoldungsänderungsgesetz (BT-Drs. 14/7097 S. 16) als Ausnahme auf den höheren Auswärtigen Dienst beschränkt und ist damit entbehrlich.

Zu Abs. 2
Die Regelung macht den Anspruch auf den Anwärtersonderzuschlag von konkreten Tatbestandsvoraussetzungen abhängig, die sicherstellen sollen, dass sich die höheren Beträge durch einen Mindestverbleib des Beamten oder der Beamtin in einer Fachlaufbahn mit Bewerbermangel rechtfertigen.

Zu Abs. 3
Diese Vorschrift enthält für den Fall der Nichterfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen des Abs. 2 einen gesetzlichen Rückforderungsvorbehalt. Die gezahlten Anwärtersonderzuschläge sind danach – abgestuft nach abgeleisteten Dienstjahren – zurückzuerstatten. Soweit der Anwärtersonderzuschlag in die Bemessung der jährlichen Sonderzahlung einfließt, ist die sich hier ergebende Überzahlung nach Art. 15 zurückzufordern.

Zu Art. 79 Unterrichtsvergütung für Anwärter und Anwärterinnen

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des § 64 BBesG in bayerisches Recht und berücksichtigt dabei das Anliegen des Bayerischen Landtags aus Drs. 15/10857.

Satz 1 weist die Zuständigkeit zur Regelung der Unterrichtsvergütung für Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen bzw. Studienreferendare und Studienreferendarinnen federführend dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu. Wegen der notwendigen Differenzierungen innerhalb der verschiedenen Schularten kommt nur eine Regelung durch Rechtsverordnung auf der Basis einer gesetzlichen Rahmenregelung in Betracht.

Satz 2 knüpft an die in den Zulassungs- und Ausbildungsordnungen für die Lehrämter in Bayern festgelegte Verpflichtung der Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen bzw. Studienreferendare und Studienreferendarinnen zum eigenverantwortlichen Unterricht innerhalb der Lehramtsausbildung an. Diese beträgt regelmäßig elf Wochenstunden; nur der darüber hinaus geleistete eigenverantwortliche Unterricht ist gesondert zu vergüten.

Satz 3 knüpft die Höhe der Unterrichtsvergütung an die Sätze der Mehrarbeitsvergütung im Schuldienst an und bestimmt, dass diese nicht überschritten werden dürfen.

Satz 4 begrenzt darüber hinaus den Monatsbetrag der Unterrichtsvergütung auf die Höhe des Anwärtergrundbetrages. Die bisherige im Bundesrecht vorgesehene Höchstgrenze, die bestimmte, dass die Unterrichtsvergütung zusammen mit dem Anwärtergrundbetrag das Anfangsgrundgehalt eines Lehrers oder einer Lehrerin mit entsprechender Lehramtsbefähigung nicht überschreiten darf, hat durch die Umstrukturierung des „Anwärtergrundgehalts“ in der Vergangenheit zunehmend an Bedeutung verloren. Sie wurde zudem in der Praxis wegen der bisher bestehenden zeitlichen Höchstgrenze – danach durften die Anwärter und Anwärterinnen im Kalendermonat höchstens 24 Stunden vergütungsfähigen Unterricht leisten – nie erreicht. Die dieser Höchstgrenze zugrunde liegende beamtenrechtliche Höchstgrenze von 480 Stunden pro Jahr ist bereits mit Art. 5 Abs. 3 des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2007/2008 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 931) gestrichen worden. Auch wenn damit keine formelle zeitliche Schranke mehr besteht, kann im Hinblick auf den Ausbildungszweck des Anwärterverhältnisses und den gebotenen Abstand zum Anfangsgrundgehalt von voll ausgebildeten Lehrern und Lehrerinnen nicht auf eine betragsmäßige Grenze verzichtet werden.

Satz 5 trägt den praktischen Verhältnissen Rechnung. Eine Auszahlung der Unterrichtsvergütung im Voraus entsprechend dem allgemeinen Grundsatz des Art. 4 Abs. 3 Satz 1 scheidet aus, weil die Bestimmung der abgeltungsfähigen Unterrichtsstunden immer eine diesbezügliche Abrechnung und damit ein Handeln des Anwärters oder der Anwärterin voraussetzt. Dem Anliegen des Bayerischen Landtags unter Drs. 15/10857, eine monatliche Zahlung der Unterrichtsvergütung sicherzustellen, wird Rechnung getragen. Bei Eingang des maßgeblichen Abrechnungsformblatts, der nach dem festgelegten Abrechnungsverfahren innerhalb von drei Tagen nach Ablauf der letzten Unterrichtswoche des Abrechnungszeitraums zu erfolgen hat, wird die Auszahlung der Unterrichtsvergütung zum Zahltag des übernächsten Monats vorgenommen. Die Abrechnung für einen zurückliegenden längeren Zeitraum ist dadurch in besonderen Fällen nicht ausgeschlossen. Bei Fortdauer der Unterrichtstätigkeit ist damit eine Monatszahlung gesichert.

Zu Art. 80 Anrechnung auf die Anwärterbezüge

Die Vorschrift überträgt die bisherige Regelung des § 65 BBesG auf die bayerischen Verhältnisse.

Zu Abs. 1
Satz 1 enthält einen gesetzlichen Anrechnungsvorbehalt für den Fall, dass ein Anwärter oder eine Anwärterin, die oder der während der Ausbildung eine Vergütung oder ein Entgelt aus einer Nebentätigkeit innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes erzielt. Sinn und Zweck der Anrechnungsregelung ist es, den zeitlichen Umfang einer Nebentätigkeit in Grenzen zu halten, um das Ziel des Vorbereitungsdienstes zu sichern, die Ausbildung in angemessener Zeit zu beenden. Dieses vorrangige Ziel soll nicht dadurch beeinträchtigt werden, dass durch entgeltliche Nebentätigkeiten der Ausbildungszweck in den Hintergrund tritt. Insoweit hat die Anrechnungsregelung auch eine gewisse Schutzfunktion, indem sie den finanziellen Anreiz für eine Nebentätigkeit reduziert. Das Bundesverfassungsgericht hat dies in ständiger Rechtsprechung (zuletzt Beschluss vom 24. September 2007, 2 BvR 442/06, FamRZ 2007, 1956) nicht beanstandet. Dabei hat es berücksichtigt, dass die Anrechnungsregelung überhaupt erst dann greift, wenn die Nebenvergütung oder das Entgelt höher ist als der jeweils zustehende Anwärtergrundbetrag zuzüglich eines etwaigen Anwärtersonderzuschlages. Zum Entgelt gehören alle finanziellen Leistungen, die dem Anwärter oder der Anwärterin aus der Nebentätigkeit im jeweiligen Monat zufließen.

Satz 2 stellt sicher, dass im Falle einer Anrechnung nach Satz 1 ein Mindestbelassungsbetrag in Höhe von 30 v. H. des jeweils maßgebenden Anfangsgrundgehalts verbleibt. Das stellt im Vollzug eine Verbesserung im Vergleich zum bisherigen Bundesrecht dar, das die Bemessungsgrundlage des Mindestbelassungsbetrages auf den 30. Juni 1997 eingefroren hat.

Zu Abs. 2
Die Regelung enthält eine Konkurrenzregelung für die Fälle, in denen ein Anwärter oder eine Anwärterin gleichzeitig eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst mit mindestens der Hälfte der dafür geltenden regelmäßigen Arbeitszeit ausübt. Nach dem in Art. 5 enthaltenen Grundsatz dürfen jeweils nur die Bezüge aus einer Tätigkeit beansprucht werden, wobei die höheren Bezüge den Vorrang haben.

Der bisherige Absatz 2 des § 65 BBesG, der eine Anrechnungsregelung für ein Entgelt vorsah, das auf arbeitsrechtlicher Grundlage für eine in den Ausbildungsrichtlinien vorgeschriebene Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes gezahlt wurde, wurde mangels Vorliegens von Anwendungsfällen nicht übernommen. Die Vorschrift war zugeschnitten auf die Ausbildung von Rechtsreferendaren und Rechtsreferendarinnen, die während eines Ausbildungsabschnitts gegen Entgelt z. B. bei einem Rechtsanwalt oder einer Rechtsanwältin arbeiteten. Nachdem dieser Personenkreis keine Beamten und Beamtinnen auf Widerruf sind und andere Anwärter und Anwärterinnen keine Ausbildungsstationen auf der Grundlage eines arbeitsrechtlichen Verhältnisses ableisten, hat die Vorschrift keinen Anwendungsbereich mehr.

Zu Art. 81 Kürzung der Anwärterbezüge

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des § 66 BBesG.

Zu Abs. 1
Die Möglichkeit einer Kürzung der Anwärterbezüge soll die Anwärter und Anwärterinnen dazu anhalten, ihre Ausbildung innerhalb der vorgeschriebenen Vorbereitungszeit erfolgreich

abzuschließen. Abs. 1 enthält zwei Tatbestände, die als gesetzliche Vorbehalte für die Gewährung von Anwärterbezügen zu werten sind und damit eine Rechtsgrundlage für eine Rückforderung nach Art. 15 Abs. 2 bilden. Der erste Kürzungstatbestand ist das erstmalige Nichtbestehen der Qualifikationsprüfung. Bei endgültigem Nichtbestehen greift Art. 76. Der zweite Kürzungstatbestand ist jede sonstige Verzögerung der Ausbildung aus einem von dem Anwärter oder der Anwärterin zu vertretenden Grund.

Zu Abs. 2
Die Regelung enthält zwei Ausnahmetatbestände zu Abs. 1, in denen der Dienstherr in jedem Fall von einer Kürzung der Anwärterbezüge absehen muss. Nach Nr. 1 hat der Anwärter oder die Anwärterin die Verlängerung aufgrund einer Genehmigung des Fernbleibens oder des Rücktritts von der Prüfung nicht mehr zu vertreten. Würde die Kürzung bei einer Verlängerung des Vorbereitungsdienstes einen besonderen Härtefall bedeuten, unterbleibt die Kürzung nach Nr. 2. Die bloße Tatsache der Verlängerung des Vorbereitungsdienstes wegen Nichtbestehens der Qualifikationsprüfung begründet noch keinen besonderen Härtefall. Es müssen vielmehr weitere besondere Umstände hinzukommen. Diese können beispielsweise im persönlichen Umfeld (z. B. langwierige, schwere Erkrankung eines Angehörigen; Unterhaltspflichten) oder in von dem Anwärter oder der Anwärterin nicht zu vertretenden erheblichen Beeinträchtigungen während der Ausbildung oder Prüfung liegen.

Zu Abs. 3
Der zeitliche Umfang der Kürzung ist auf den Zeitraum der Verlängerung des Vorbereitungsdienstes zu beschränken. Führt das Nichtbestehen einer Zwischenprüfung zu einer Verlängerung des Vorbereitungsdienstes um beispielweise ein Jahr, so entfällt der Kürzungstatbestand nach Ablauf dieses Jahres.

Zu Abschnitt 6 Jährliche Sonderzahlung

Bisher war die jährliche Sonderzahlung in einem eigenständigen Gesetz, dem Bayerischen Sonderzahlungsgesetz (BaySZG), geregelt, das auf der Öffnungsklausel des § 67 BBesG beruhte. Da Bayern mittlerweile umfassend für das Besoldungsrecht zuständig ist, werden die Regelungen des BaySZG deshalb – ohne inhaltliche Änderungen – mit entsprechenden Anpassungen an das Neue Dienstrecht in das Stammrecht übernommen.

Die jährliche Sonderzahlung wurde nicht in das Grundgehalt eingearbeitet, um ihren Charakter als in die Zukunft gerichtete Sonderleistung zu erhalten.

Zu Art. 82 Anspruch und Bestandteile

Satz 1 regelt den dem Grunde nach anspruchsberechtigten Personenkreis. Satz 2 zählt die Bestandteile der jährlichen Sonderzahlung auf. Da Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen keine „Berechtigten“ im Sinn des Art. 1 Abs. 1 Satz 1 sind, werden sie durch Satz 3 in diesen Personenkreis gesondert einbezogen.

Zu Art. 83 Grundbetrag

Die Bestimmung übernimmt die Regelung des Art. 4 BaySZG und regelt die Bemessungsgrundlage und die Höhe des Grundbetrages.

Zu Abs. 1
Nach Satz 1 wird als Sonderzahlung ein Prozentsatz, der sich aus Abs. 2 ergibt, aus einem Zwölftel der im laufenden Kalenderjahr von demselben Dienstherrn zustehenden Bezügen als Grundbetrag gewährt. Der Grundbetrag knüpft an die Jahresbezüge des laufenden Kalenderjahres an, weil dies zu einem gerechteren und ausgewogeneren Ergebnis führt als ein Anknüpfen an die Bezüge eines einzigen Kalendermonats, z. B. des Monats Dezember. So lassen sich Zufälligkeiten und Ungerechtigkeiten vermeiden, die durch Bezügeänderungen während eines Kalenderjahres auftreten, z. B. infolge Ruhestandsversetzung oder beim Wechsel von Vollzeitbeschäftigung auf Teilzeitbeschäftigung und umgekehrt. Das Abstellen auf die Jahresbezüge von demselben Dienstherrn bringt außerdem die Gewährung einer Teilsonderzahlung in den Fällen mit sich, in denen bei demselben Dienstherrn Bezüge nur für einen Teil des Jahres zustehen, z. B. beim Eintritt oder Ausscheiden im Laufe des Jahres. Aus der Formulierung „zustehenden Bezüge“ ergibt sich, dass dafür zum einen die jeweiligen besoldungsrechtlichen und versorgungsrechtlichen Vorschriften maßgeblich sind. Aber auch Bezügekürzungen außerhalb des Besoldungsrechts sind erfasst, z. B. nach dem BayDG.

Die Bezügebestandteile, die Bemessungsgrundlage des Grundbetrages sind, werden in Satz 2 abschließend aufgezählt. Die Vorschrift führt die bisherige Rechtslage mit Anpassungen an die neue Systematik fort. Nach Nr. 1 sind damit die Grundbezüge nach Art. 2 Abs. 2 grundsätzlich in ihrer Gesamtheit Basis für die Ermittlung der Sonderzahlung mit Ausnahme der Auslandsbesoldung. Auch der Familienzuschlag ist in Nr. 1 nicht erwähnt, sondern in Nr. 4 gesondert aufgeführt, da er aus familienpolitischen Erwägungen einem höheren Vomhundertsatz unterliegt.

Der Verweis auf das Grundgehalt nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 ersetzt die Bezugnahme auf „Dienstbezüge“ in Art. 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BaySZG; der anspruchsberechtigte Personenkreis ändert sich hierdurch nicht. Die Anspruchsberechtigung regelt Art. 82 und wird ergänzt durch den Verweis in Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 auf die verschiedenen Regelungen des Grundgehalts aller Berechtigten.

Die Nebenbezüge nach Art. 2 Abs. 3 fließen grundsätzlich nicht in die Berechnung der Sonderzahlung ein. Ausgenommen sind die genannten Zulagen, Zuschläge und Vergütungsbestandteile; um keine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Rechtslage herbeizuführen, werden einzelne Nebenbezüge in die Berechnung des Grundbetrags der Sonderzahlung mit einbezogen.

Die Aufzählung in Nr. 2 wurde redaktionell angepasst: Die bisher unter Art. 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BaySZG erwähnten Stellenzulagen und Ausgleichszulagen sind für Anwärter und Anwärterinnen nicht mehr gesondert aufzuführen, sondern fließen bereits über Nr. 1, in dem die Bezugnahme auf „Empfänger von Dienstbezügen“ gestrichen wurde, in die Sonderzahlung für diesen Personenkreis mit ein; dies hat zur Folge, dass für diese Bezügebestandteile der Vomhundertsatz nach Abs. 2 Nr. 1 i. H. v. 70 v. H. auch für Anwärter und Anwärterinnen gilt.

Zu Abs. 2
Die Regelung bestimmt, mit welchen Vomhundertsätzen die Bezüge nach Abs. 1 jeweils anzusetzen sind. Die so ermittelten Jahresbezüge sind für die Berechnung des Grundbetrags zu zwölfteln, wobei zwischen den verschiedenen Rechtsverhältnissen, z. B. als aktiver Beamter oder aktive Beamtin oder als Versorgungsempfänger oder Versorgungsempfängerin zu unterscheiden ist. Die Vomhundertsätze sind sozial differenziert gestaffelt: niedrigere Besoldungsgruppen erhalten eine höhere Jahressonderzahlung. Im Interesse einer familienfreundlichen

Ausgestaltung geht der Familienzuschlag mit 84,29 % in den Grundbetrag ein; dies entspricht dem bis Dezember 2003 geltenden bundesrechtlichen Bemessungsfaktor. Mit dieser Ausgestaltung nimmt die Jahressonderzahlung an jeder Bezügeanpassung teil: Wenn sich die zugrunde liegenden Bezüge nach Abs. 1 Satz 2 erhöhen, steigt auch der mittels des Vomhundertsatzes ermittelte Grundbetrag.

Zu Abs. 3
Die Regelung stellt sicher, dass nur vorläufig gezahlte Bezüge nicht in die Bemessung des Grundbetrags einfließen bis der Anspruch auf diese Bezüge positiv geklärt ist, und so auch keine Überzahlung bei der Jahressonderzahlung zurückgefordert werden muss. Steht fest, dass die Zahlung der Bezüge zu Unrecht eingestellt wurde, wird der sich hieraus ergebende Betrag der Jahressonderzahlung nachgezahlt.

Zu Art. 84 Erhöhungsbetrag

Beamten und Beamtinnen mit Grundgehalt aus den Besoldungsgruppen A 3 bis A 8, Anwärtern und Anwärterinnen sowie Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen wird vom jeweiligen Dienstherrn im Sinn einer sozial ausgewogenen Gestaltung der Jahressonderzahlung ein Erhöhungsbetrag von monatlich 8,33 Euro gewährt. Dies entspricht im Regelfall einem Betrag von knapp 100 Euro im Kalenderjahr. Voraussetzung ist, dass im jeweiligen Monat für den ganzen Monat Anspruch auf Bezüge im Sinn des Art. 83 Abs. 1 Satz 2 bzw. Unterhaltsbeihilfe besteht. Der Erhöhungsbetrag wird bei Teilzeitbeschäftigung aufgrund des allgemeinen Anwendungsbefehls des Art. 6 entsprechend gekürzt.

Zu Art. 85 Sonderbetrag für Kinder

Zu Abs. 1
Als weitere soziale Komponente der jährlichen Sonderzahlung erhält jeder Berechtigter bzw. jede Berechtigte sowie jeder Dienstanfänger oder jede Dienstanfängerin für jedes Kind, für das im jeweiligen Monat des laufenden Kalenderjahres Familienzuschlag bei einem bayerischen Dienstherrn gewährt wird, d. h. tatsächlich gezahlt wird, einen Sonderbetrag von jeweils 2,13 Euro vom jeweiligen Dienstherrn monatlich. Dies entspricht im Kalenderjahr einem Betrag von 25,56 Euro. Aufgrund der Funktion des Sonderbetrages als ergänzende soziale Komponente der jährlichen Sonderzahlung wird dieser Betrag bei einer Teilzeitbeschäftigung nicht entsprechend Art. 6 gekürzt.

Zu Abs. 2
Satz 1 stellt klar, dass der Sonderbetrag pro berücksichtigungsfähigem Kind nur einmal gewährt wird. Satz 2 regelt die Rangfolge bei mehreren Rechtsverhältnissen.

Zu Art. 86 Ausschlusstatbestand

Durch die Vorschrift wird die Gewährung einer Sonderzahlung in bestimmten Fällen ausgeschlossen. Ein Anspruch auf die Sonderzahlung besteht nicht, wenn im jeweiligen Kalenderjahr ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst oder auf Aberkennung des Ruhegehalts durchgeführt wird und die teilweise Einbehaltung von Bezügen gemäß Art. 39 BayDG vorläufig angeordnet wird. Wenn die einbehaltenen Bezüge nachzuzahlen sind, ist auch die jährliche Sonderzahlung zu gewähren. Endgültige Disziplinarmaßnahmen wie Geldbuße oder Bezügekürzung schließen die Sonderzahlung nicht aus; Letzteres hat jedoch Auswirkungen auf die Höhe des Grundbetrags der jährlichen Sonderzahlung.

Zu Art. 87 Zahlungsweise, Teilsonderzahlung

Zu Abs. 1
Satz 1 legt als Zahlungsmonat für sämtliche Bestandteile der jährlichen Sonderzahlung (Grundbetrag, Erhöhungsbetrag, Sonderbetrag) den Monat Dezember fest. Satz 2 stellt klar, dass im Fall der Auslandsbesoldung auf die jährliche Sonderzahlung ggf. ein Kaufkraftausgleich zu berücksichtigen ist.

Zu Abs. 2
Die Regelung enthält eine Ausnahme zum Grundsatz des Absatzes 1. Bei einem unterjährigen Ausscheiden aus dem zum jeweiligen Dienstherrn bestehenden Rechtsverhältnis erhält der bzw. die Berechtigte oder der Dienstanfänger bzw. die Dienstanfängerin eine Teilsonderzahlung. Die bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens zustehende Sonderzahlung (Grundbetrag, Erhöhungsbetrag, Sonderbetrag) wird mit den Bezügen für den letzten Anspruchsmonat vom bisherigen Dienstherrn gewährt. Dies gilt auch im Fall eines Dienstherrnwechsels. Dahinter steht der Gedanke, dass jeder Dienstherr für Dienstzeiten, die bei ihm geleistet wurden, auch die anteilige Sonderzahlung trägt. Genauso ist eine Teilsonderzahlung zu gewähren bei Versetzung in den Ruhestand während des Kalenderjahres, da dann das Rechtsverhältnis als aktiver Beamter oder aktive Beamtin endet. Ob der Beamte oder die Beamtin eine Sonderzahlung als Versorgungsempfänger oder Versorgungsempfängerin erhält, richtet sich nach den Regelungen des BayBeamtVG.

Gestrichen wurde der bisherige Abs. 3, der klarstellen sollte, dass eine Mehrfachzahlung durch Mehrfachberücksichtigung von Zeiten nicht möglich war. Bereits aus der monatlichen Berechnungsweise der jährlichen Sonderzahlung und der Bezugnahme auf „denselben Dienstherrn“ nach Art. 83 Abs. 1 Satz 1 ergibt sich, dass im Anwendungsbereich dieses Gesetzes Bezüge oder Zeiträume nur einmal bei der Berechnung einer Sonderzahlung berücksichtigt werden. Eine gesetzliche Klarstellung darüber hinaus ist nicht erforderlich.

Zu Abschnitt 7 Vermögenswirksame Leistungen

Die vermögenswirksame Leistung ist ein Besoldungsbestandteil, der alle Bezügeempfänger und alle Bezügeempfängerinnen im Geltungsbereich des BayBesG erfasst. Die Regelungen des Gesetzes über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Mai 2002 (BGBl I S. 1778) werden deshalb in das bayerische Stammrecht übernommen.

Zu Art. 88 Anspruch

Zu Abs. 1
Satz 1 regelt den dem Grunde nach anspruchsberechtigten Personenkreis. Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen werden durch Satz 2 in diesen Personenkreis gesondert einbezogen.

Zu Abs. 2
Abs. 2 regelt den frühest möglichen Beginn des Anspruchs auf die vermögenswirksamen Leistungen.

Zu Abs. 3
Abs. 3 regelt die Zahlungsmodalitäten, insbesondere den Ausschluss von Doppelzahlungen.

Zu Art. 89 Höhe und Fälligkeit

Zu Abs. 1
Satz 1 hält an dem bisher bundeseinheitlich festgelegten Monatsbetrag fest. Satz 2 verzichtet auf die bisher bundesrechtlich geregelte Bezügeobergrenze für Anwärter und Anwärterinnen. Dies bedeutet, dass künftig alle Anwärter und Anwärterinnen bei entsprechender Anlage eine vermögenswirksame Leistung erhalten können. Die Regelung wird erstmals auf die Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen ausgedehnt.

Zu Abs. 2
Abs. 2 knüpft die Höhe der vermögenswirksamen Leistungen an die persönlichen Verhältnisse und legt einen bestimmten Stichtag fest.

Zu Abs. 3
Abs. 3 regelt die Fälligkeit der erstmaligen Zahlung und berücksichtigt dabei, dass der Grundsatz des Art. 4 Abs. 3 Satz 1 (monatliche Vorauszahlung) nicht zur Anwendung kommen kann. Der Dienstherr soll nach Eingang der Anlagemitteilung, die auch unvollständige Angaben enthalten kann, ausreichend Zeit zur Zahlungsanordnung haben.

Zu Art. 90 Anlage und Verfahren

Zu Abs. 1
Abs. 1 bestimmt den Inhalt der Mitteilungspflichten der Antragsteller und die zuständige Stelle.

Zu Abs. 2
Abs. 2 regelt die Besonderheiten bei Wechsel der Anlageart.

Zu Art. 91 Leistungen außerhalb der Besoldung

Zu Abs. 1
Die Vorschrift führt auf, welche Leistungen außerhalb der Besoldung in diesem Gesetz geregelt sind.

Zu Abs. 2
Als Leistungen im Sinn des Satzes 1 kommen z. B. die Beihilfe (Art. 96 BayBG), Jubiläumszuwendung (Art. 101 BayBG), Reisekosten nach dem Bayerischen Reisekostengesetz und Vorschüsse nach den Bayerischen Vorschussrichtlinien, in Betracht.

Satz 2 stellt klar, dass die Gemeinden, die Gemeindeverbände und die sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts neben der Besoldung sonstige Leistungen an ihre Beamten und Beamtinnen auf der Grundlage des Art. 5 Abs. 2 BayBG nur entsprechend den für die Beamten und Beamtinnen des Staates geltenden Bestimmungen gewähren dürfen. Die bisherige Regelung des Art. 8 Abs. 2 BayBesG, wonach den außerstaatlichen Dienstherren mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen Ausnahmen von dem vorstehenden Grundsatz ermöglicht wurden, wird aufgegeben. Sie steht mit dem Gesetzesvorbehalt der Besoldung, der einheitlich für alle Dienstherren in Bayern gilt, nicht in Einklang. Er schließt eine Nebenbesoldung in Form von sonstigen Leistungen ohne gesetzliche Grundlage generell aus. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit, dass die zuständige Aufsichtsbehörde auf der Grundlage des Art. 5 Abs. 2 BayBG bei Vorliegen der Voraussetzungen (z. B. Art. 92) für die ihrer Aufsicht unterstellten Dienstherren eigenverantwortlich besondere Regelungen trifft.

Satz 3 entspricht der bisherigen Freistellungsklausel.

Zu Art. 92 Aufwandsentschädigungen

Im bisherigen Recht (§ 17 BBesG i. V. m. Art. 7 BayBesG) war für die Gewährung von Aufwandsentschädigungen nur ein grober rechtlicher Rahmen festgelegt, der durch die Haushaltsansätze seine Begrenzung gefunden hat. Das Ergebnis war eine Vielzahl von Verwaltungsvorschriften quer über die Ressortbereiche sowie im außerstaatlichen Bereich mit sich wiederholenden, aber auch sich widersprechenden Regelungsinhalten.

Die Verwaltungsvorschriften stellen sich im Einzelnen wie folgt dar, wobei die Aufzählung nicht abschließend ist:

Aufwandsentschädigungen

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen:
- Dienstaufwandsentschädigung an Geschäftsführer und Mitglieder der Geschäftsführung in der Sozialversicherung gemäß AMS vom 15.01.1982,

Staatsministerium der Finanzen:
- Spielbankaufsichtsbeamte gemäß FMS vom 24.04.1992,
- Feldaufwandsentschädigung für vermessungstechnische Beamte gemäß FMS vom 14.12.2001,
- Wartungszulage für die Pflege von Dienstfahrzeugen gemäß FMS vom 25.11.1987 bzw. FMS vom 07.01.2002,
- Aufwandsentschädigung an bayerische Beamte in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AE-Ausland) gemäß Teil 5 BayVwVBes,

Staatsministerium der Justiz:
- Nr. 5.3.2 der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz vom 16.07.1997 (JMBl S. 118), zuletzt geändert am 18.02.2003 (JMBl. S. 46),

Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten:
- Feldaufwandsentschädigung für Dienst im Gelände und Aufwandsentschädigung für Dienst im Stall gemäß LMBek vom 20.03.1995 (AllMBl S. 278), zuletzt geändert durch LMBek vom 06.11.2007 (AllMBl S. 778),
- Schutzkleidungspauschale gemäß analoger Anwendung der Dienstanweisung der früheren Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau vom 10.10.1984,
- Jagdnutzungsentschädigung nach den Rahmenrichtlinien für die Bewirtschaftung der Staatsjagdreviere durch die Bayerische Staatsforsten - Jagdnutzungsanweisung (JNA),

Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit:
- Dienstaufwandsentschädigung gemäß Bekanntmachung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 04.04.1989 (AllMBl S. 389),
- Dienstaufwandsentschädigung für das Personal der bayerischen Veterinärverwaltung gemäß Schreiben des StMUGV vom 09.02.2004),
- Aufwandsentschädigung für das Personal im Bereich der Lebensmittelsicherheit gemäß Schreiben des StMUG vom 08.01.2009,

- Gewährung von Feldaufwandsentschädigungen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit (Bereich Umwelt) gemäß Schreiben des StMUG vom 18.02.2009,

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie:
- Aufwandsentschädigung für Beamte der Eich- und Beschussverwaltung bei stark schmutzenden Arbeiten gemäß Schreiben vom 14.10.1992,

Staatsministerium des Innern:
- Gewährung von Aufwandsentschädigungen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern vom 25.04.2007, zuletzt geändert durch IMS vom 20.11.2008,
- Futter- und Wartungsgeld für Hunde bei der Bayerischen Polizei gem. IMBek. von 11.12.2007.

Dienstkleidungszuschuss/Kleidergeld:

Staatsministerium der Finanzen:
- Vergütung für das Tragen festlicher Kleidung anlässlich von Veranstaltungen im Bereich der Bayer. Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen gemäß FMS vom 30.03.1989,

Staatsministerium der Justiz:
- Dienstkleidungsvorschriften für Justizbedienstete gemäß JMBek. vom 17.11.1989 i. d. F. vom 22.04.2004 (JMBl S. 107) i. V. m. JMS vom 17.07.2006,
- Dienstkleidung und Dienstkleidungszuschuss für Offizianten gemäß Verwaltungsvorschrift vom 31.07.1986,

Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten:
- Dienstkleidungszuschuss für Kraftfahrer gemäß FMBek vom 10.10.1991 (StAnz Nr. 42),
- Dienstkleidungsvorschrift für die Beschäftigten der Bayerischen Forstverwaltung vom 01.09.2006 (DklV – 2030-8.7),

Staatsministerium des Innern:
- Dienstkleidung, Dienstkleidungszuschuss und Kleidergeld für die Bediensteten der Bayerischen staatlichen Polizei (Polizeidienstkleidungsvorschrift - PolDKlVS) gemäß IMBek vom 08.12.1988,
- Dienstkleidungszuschuss für die Bediensteten der Staatlichen Feuerwehrschulen Geretsried, Regensburg und Würzburg gemäß IMS vom 17.12.2002.

Durch Sätze 1 und 2 wird dieser Regelungsvielfalt im Neuen Dienstrecht dadurch begegnet, dass die bislang bestehenden Detailregelungen den Zielen der Deregulierung entsprechend durch einheitliche Grundsätze abgelöst werden, die für alle Dienstherren im Freistaat Bayern gleichermaßen gelten. Ressortspezifische Besonderheiten können weiterhin – auf der Basis der aufgestellten Grundsätze – durch Verwaltungsvorschriften geregelt werden. Wie bisher gilt ein Haushaltsvorbehalt. Die bisherige Sonderregelung des Art. 10 Abs. 1 BayBesG über Dienstkleidungszuschüsse, die im Ergebnis Kostenerstattungen darstellen, ist auch im Hin-

blick auf Art. 75 BayBG entbehrlich. Die Gestellung freier Dienstbekleidung ergibt sich mittelbar aus Art. 75 BayBG.

Bestehende gesetzliche Vorschriften zur Regelung bestimmter Kostenerstattungen bleiben von der Verordnungsermächtigung unberührt (z. B. Bürokostenentschädigung für Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen (Art. 93)). Satz 3 regelt die Möglichkeit der Übertragung der Regelungsbefugnis auf die obersten Dienstbehörden oder Rechtsaufsichtsbehörden.

Zu Art. 93 Bürokostenentschädigung für Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen

Als Sonderregelung zu Art. 92 überträgt die Vorschrift die Verordnungsermächtigung zur Abgeltung der Bürokosten für Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen des § 49 Abs. 3 BBesG in Landesrecht. Bei der Bürokostenentschädigung handelt es sich um eine Aufwandsentschädigung auf Grund gesetzlicher Normierung. Der Regelungsstandort bleibt wie bisher im Besoldungsgesetz.

Zu Art. 94 Ballungsraumzulage

Die Vorschrift übernimmt die Regelung des Art. 97 BayBG in das Besoldungsrecht.

Zu Abs. 1
Zweck der Vorschrift ist es, Beamten und Beamtinnen, Richtern und Richterinnen sowie Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen mit dienstlichem Wohnsitz und Hauptwohnsitz in München und im Umland zum Ausgleich von infolge des hohen Mietniveaus besonders hohen Lebenshaltungskosten einen nichtalimentativen Ausgleich zu gewähren. Der Gesetzgeber ist zum momentanen Zeitpunkt nicht verpflichtet, einen Ausgleich im Wege der Alimentation zu gewähren (BVerfGE 117, 330); die Ballungsraumzulage ist daher eine Fürsorgeleistung.

Sowohl Hauptwohnsitz, dessen Definition sich aus dem Melderecht (Art. 15 Abs. 2 Meldegesetz) ergibt, als auch dienstlicher Wohnsitz gemäß Art. 17 müssen innerhalb der so genannten Gebietskulisse liegen; diese wird in Anhang 3 (Strukturkarte) der Anlage zur Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 8. August 2006 (GVBl S. 471) als „Stadt- und Umlandbereich München“ bezeichnet und erfasst die Landeshauptstadt sowie die umliegenden Gemeinden mit hoher Verdichtung und besonders intensiver gegenseitiger funktionaler Verflechtung. Die Aussagekraft des LEP über hohe Lebenshaltungskosten, insbesondere hohe Mietkosten und Bodenpreise, als Grundlage für die Gewährung der Ballungsraumzulage beruhen auf einer Erfassung von Räumen mit hoher Anziehungskraft für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Messbar wird diese Anziehungskraft z. B. anhand überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachses, Bevölkerungsdichte, Flächenverknappung, Verdrängung der Wohnnutzung aus der Kernstadt und damit Steigerung der Wohnraumknappheit, was wiederum Auswirkung auf die Mietpreise und damit die Lebenshaltungskosten hat. Das Erfordernis, dass neben dem Hauptwohnsitz auch der dienstliche Wohnsitz des berechtigten Personenkreises in der Gebietskulisse liegen muss, beruht auf der Überlegung, dass ein Zusammenhang zwischen der Fürsorge des Dienstherrn und erhöhten Lebenshaltungskosten von Berechtigten nur dann besteht, wenn der Dienstherr auch den Wohnort, der zu diesen Kosten führt, veranlasst hat; diese Veranlassung ergibt sich aus der Zuordnung des dienstlichen Wohnsitzes.

Zu Abs. 2
Die Vorschrift regelt die Zahlbeträge der Ballungsraumzulage. Im staatlichen Bereich erhalten Berechtigte entweder einen Grundbetrag i. H. v. 75 Euro oder einen Anwärtergrundbetrag i. H. v. 37,50 Euro. Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen erhalten einen Dienstanfängergrundbetrag von 22,50 Euro. Dies entspricht den bisherigen Regelungen. Die Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen sind zur Klarstellung explizit erwähnt. Aus familienpolitischen Erwägungen wird für jedes Kind, für das Kindergeld nach dem EStG tatsächlich gezahlt wird, ein Kinderzuschlag von 20 Euro gewährt. Dass sich der Grundbetrag gemäß Art. 6 entsprechend mindert, ergibt sich bereits aus dem Verweis in Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2, so dass der bisherige Satz 5 gestrichen wurde.

Zu Abs. 3
Die Ballungsraumzulage soll als Fürsorgeleistung Berechtigten niedriger Besoldungsgruppen zugute kommen. Aus diesem Grund wird sie nur denjenigen gewährt, deren Grundbezüge nach Art. 2 Abs. 2 mit Ausnahme des Familienzuschlags (Nr. 4), und der Auslandsbesoldung (Nr. 5), hinter einem Grenzbetrag zurückbleibt. Der Familienzuschlag wird nicht berücksichtigt, weil der Familienzuschlag aus familienpolitischen Erwägungen bei der Ballungsraumzulage gerade nicht schaden soll. Die Auslandsbesoldung kann schon aufgrund der Anknüpfung an den dienstlichen Wohnsitz nicht berücksichtigt werden. Die bisherige Regelung des Satzes 3, dass eine Erhöhung des Grundgehalts infolge einer Leistungsstufe unberücksichtigt bleibt, ist nach dieser Systematik nicht mehr erforderlich. Die vorgezogene Zahlung der nächsten Stufe des Grundgehalts stellt keine Erhöhung des Grundgehalts nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 1, sondern einen Nebenbezug nach Art. 2 Abs. 3 Nr. 4 dar und bleibt daher wie alle anderen Nebenbezüge nach Art. 2 Abs. 2 unberücksichtigt.

Für den Kinderzuschlag gilt ebenfalls aus familienpolitischen Gründen ein wesentlich höherer Grenzbetrag.

Grenz- und Kindergrenzbetrag sind im Fall der Teilzeitbeschäftigung entsprechend zu kürzen, weil teilzeitbeschäftigte Berechtigte nicht allein durch die Teilzeit, die ja zu einer Kürzung der Grundbezüge führt, anspruchsberechtigt werden sollen.

Bei Anwärtern und Anwärterinnen ist auf den Anwärtergrundbetrag nach Art. 75 abzustellen. Kürzungen des Anwärtergrundbetrags nach Art. 80 und Art. 81 bleiben unberücksichtigt; anzusetzen ist also auch in diesen Fällen der volle Anwärtergrundbetrag nach Art. 75. Der Anwärtergrenzbetrag gilt einheitlich für den Grundbetrag der Ballungsraumzulage und etwaige Kinderzuschläge, es gibt also keinen eigenen „Anwärterkindergrenzbetrag“.

Bei Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen muss die Unterhaltsbeihilfe ebenfalls hinter dem Anwärtergrenzbetrag zurückbleiben. Ein eigener Dienstanfängergrenzbetrag ist nicht erforderlich, weil die Unterhaltsbeihilfe aufgrund ihrer Systematik i. d. R. ebenso wie der Anwärtergrundbetrag für ein Eingangsamt der Besoldungsgruppen A 6 bis A 8, an dem sich die Unterhaltsbeihilfe orientiert, zurückbleiben wird.

Eine Grenzbetragsregelung wird deswegen gewählt, weil bei einer starren Abgrenzung nach Besoldungsgruppen unberücksichtigt bleibt, dass ein dienstälterer Beamter oder eine dienstältere Beamtin einer niedrigeren Besoldungsgruppe infolge seiner oder ihrer höheren Stufe durchaus mehr verdienen kann als ein oder eine eben erst in den Staatsdienst getretener oder getretene und damit junger Beamter oder junge Beamtin einer höheren Besoldungsgruppe.

Der bisherige Absatz 4 enthielt detaillierte Regelungen zur Definition des dienstlichen Wohnsitzes. Dies war z. T. zurückzuführen auf das Fehlen einer Definition im BayBG. Das Besol-

dungsrecht kennt eine Definition in Art. 17, so dass die Vorschrift entbehrlich geworden ist und zur Deregulierung gestrichen wird. Die detaillierten Regelungen insbesondere zu Beamten oder Beamtinnen in Ausbildung können über Art. 17 Abs. 2 nachvollzogen und müssen nicht in das Gesetz aufgenommen werden.

Zu Abs. 4
Der bisherige Satz 1 des Absatzes 5 enthielt Regelungen zu Zahlungszeitpunkt und der Anwendbarkeit (§ 3 Abs. 4 BBesG a. F, jetzt Art. 4 Abs. 2 - Zahlung für Teile eines Kalendermonats). Über die Inbezugnahme der allgemeinen Vorschriften des Teils 1 in Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 wird die Zahlung im Voraus und die Zahlung für Teile eines Kalendermonats sichergestellt. Die Vorschrift ist entbehrlich geworden.

Steht eine Ballungsraumzulage nur für Teile eines Monats zu, ist sie zunächst in derjenigen Höhe zu ermitteln, in der sie bei gedachter Anspruchsberechtigung für den vollen Monat zustünde. Anschließend ist hinsichtlich des so berechneten Betrags entsprechend Art. 4 Abs. 2 zu verfahren.

Voraussetzung eines Zuschlags nach Art. 60 ist, dass aufgrund einer angespannten Personalsituation am allgemeinen Arbeitsmarkt ein Dienstposten im öffentlichen Dienst nicht besetzt werden kann, z. B. weil ein geeigneter Bewerber oder eine geeignete Bewerberin anderswo mehr verdienen würde als die normale Besoldung. Diese Mangelsituation tritt typischerweise in Verdichtungsräumen auf, deren Sondersituation auch Zweck der Ballungsraumzulage ist (vgl. Begründung zu Abs. 1). Daher ist es gerechtfertigt, einen Zuschlag nach Art. 60 auf die Ballungsraumzulage anzurechnen. Dies erfolgt aber nicht automatisch, sondern unterliegt einer Entscheidung des Staatsministeriums der Finanzen.

Zu Abs. 5
Nichtstaatliche Dienstherren sind nicht verpflichtet, ihren Berechtigten sowie Dienstanfängern und Dienstanfängerinnen eine Ballungsraumzulage zu gewähren. Wenn sie sich dazu entschließen, sind sie an die Vorgaben aus den Absätzen 1 bis 4 gebunden, insbesondere dürfen sie keine höhere Ballungsraumzulage zahlen.

Zu Art. 95 Gemeinschaftsunterkunft

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des Art. 10 Abs. 2 BayBesG. Es wird gesetzlich klargestellt, dass die in Art. 127 BayBG geregelte verpflichtende Gemeinschaftsunterkunft aus Fürsorgegründen ohne Entgelt der Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen zu erfolgen hat.

Zu Art. 96 Heilfürsorge

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des Art. 10 Abs. 3 BayBesG. Bei der freien Heilfürsorge handelt es sich wie bei der Beihilfe (Art. 96 BayBG) um eine Fürsorgeleistung.

Zu Art. 97 Unterhaltsbeihilfe für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen

Die Vorschrift schafft für die Gewährung einer Unterhaltsbeihilfe für Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen eine gesetzliche Grundlage und löst damit die bisherige Verwaltungsvorschrift (Teil 11 der Bayerischen Verwaltungsvorschriften zum Besoldungsrecht und Nebengebieten – BayVwVBes –) ab.

Erfasst werden insbesondere die Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen nach

- § 9 LbVPol,
- § 3 der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Verwaltungsdienst bei den Justizvollzugsanstalten (ZAPO/mVDJVz),
- § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren technischen Dienst für Vermessung und Geoinformation (VermZAPO/mD),
- § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren technischen Dienst für Ländliche Entwicklung in Bayern (LEZAPO/mtD).

Die Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen stehen nach Art. 31 LlbG nicht in einem Beamtenverhältnis, sondern in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis besonderer Art. Ergänzend zu dieser dienstrechtlichen Bestimmung wird mit Satz 1 die Unterhaltsbeihilfe im Neuen Dienstrecht aus Gründen der Rechtssicherheit und -klarheit – entsprechend der vergleichbaren Regelung im SiGjurVD – gesetzlich geregelt. Satz 2 hält bezüglich der Höhe der Unterhaltsbeihilfe an der bisherigen Regelung fest. Durch Satz 3 wird für spezielle Bereiche (Vermessungsverwaltung und Ländliche Entwicklung), in denen kraft ausdrücklicher Regelung in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen eine mehrjährige Dienstanfängerzeit vorgeschrieben ist, eine Staffelung in der Höhe der Unterhaltsbeihilfe neu eingeführt. Diese lehnt sich an die Struktur des Ausbildungsentgelts für Auszubildende der Länder in Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (TVA-L BBiG) an. Satz 4 gewährleistet, dass die allgemeinen Vorschriften des Besoldungsrechts, z. B. über Anspruch, Fälligkeit und Zahlung auf die Unterhaltsbeihilfe entsprechend Anwendung finden. Sondervorschriften wie z. B. Art. 13 BayBG bleiben unberührt. Leistungen nach diesem Gesetz, die neben der Unterhaltsbeihilfe zu gewähren sind, ergeben sich aus der jeweiligen Vorschrift (Art. 35 Abs. 1 Satz 4, Art. 82 Satz 3, Art. 88 Abs. 1 Satz 2, Art. 94). Neu ist dabei die Gewährung des Familienzuschlags. Auch wenn bisher davon ausgegangen worden ist, dass die Anspruchsvoraussetzungen auf familienbezogene Leistungen bei jugendlichen Auszubildenden aufgrund ihres Alters eher selten erfüllt sind, erscheint dies gerade mit Blick auf die mehrjährige Dienstanfängerzeit nicht gänzlich ausgeschlossen. Aus Gründen der Gleichbehandlung mit den Leistungen an Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen wird deshalb neben der Unterhaltsbeihilfe nach dieser Vorschrift ggf. ein Familienzuschlag gewährt.

Nicht übernommen wird die bisherige zeitlich beschränkte Fortzahlungsregelung im Krankheitsfall, die wegen ihrer Dauer von fast acht Monaten in der Praxis kaum einen Anwendungsfall gehabt hat. Sie ist entbehrlich, da die Unterhaltsbeihilfe wie die sonstigen dem Lebensunterhalt dienenden Beamtenbezüge behandelt wird, die während einer Erkrankung uneingeschränkt fortgewährt werden. Damit wird auch die Gleichbehandlung mit den Rechtsreferendaren und Rechtsreferendarinnen sowie Anwärtern und Anwärterinnen hergestellt.

Verzichtet wird aus Fürsorgegründen auch auf die bisherige Kürzungsvorschrift, wonach bei vorwerfbarer Minderleistung die Unterhaltsbeihilfe gekürzt werden kann.

Zu Art. 98 Nebenamtsvergütung für Beamte und Beamtinnen an staatlichen Unterrichtseinrichtungen

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung der Vorbemerkung Nr. 11 BayBesO. Bei der Unterrichtsvergütung handelt es sich um eine Vergütung außerhalb der Besoldung, näm-

lich aufgrund einer Nebentätigkeit; die Grundsätze hierfür ergeben sich aus Teil 4 Abschnitt 5 des BayBG i. V. m. der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung (BayNV).

Mit dem neuen Satz 4 wird gesetzlich klargestellt, dass wie bisher für die Zahlung der Nebenamtsvergütung das Landesamt für Finanzen zuständig ist.

Zu Art. 99 Nebenamtsvergütung für Hochschulprofessoren und Hochschulprofessorinnen sowie für Leiter und Leiterinnen von Materialprüfungsämtern

Zu Abs. 1
Abs. 1 übernimmt die bisherige Regelung des Art. 17 BayBesG. Die Höhe der Nebenamtsvergütung pro Lehrveranstaltungsstunde ergibt sich aus der Bayerischen Hochschulleistungsbezügeverordnung (BayHLeistBV) in der jeweils gültigen Fassung.Mit dem neuen Satz 2 wird gesetzlich klargestellt, dass wie bisher für die Zahlung der Nebenamtsvergütung das Landesamt für Finanzen zuständig ist.

Zu Abs. 2
Abs. 2 übernimmt den bisherigen Art. 16 BayBesG, ohne die Leiter und Leiterinnen von Untersuchungsstellen für die Alkoholkonzentration im Blut.

Zu Art. 100 Dienstordnungsmäßig Angestellte

Zu Abs. 1
Überträgt die bisherige Regelung des Art. 19 Abs. 1 BayBesG, wonach bei der Aufstellung von Dienstordnungen durch die Körperschaften des öffentlichen Rechts im Bereich der Sozialversicherung das Besoldungs- und Stellengefüge sowie die Grundsätze für die Gewährung sonstiger Leistungen im Beamtenbereich zu berücksichtigen sind. Die Bestimmung in Abs. 1, das in Art. 2 abschließend definierte Besoldungsgefüge einzuhalten, dient der Umsetzung des Grundsatzes der Besoldungseinheitlichkeit.

Zu Abs. 2
Die Vorschrift entspricht der bisherigen Regelung des Art. 19 Abs. 2 BayBesG. Diese legte bisher die Höchsteinstufung der Dienstposten der Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen sowie der stellvertretenden Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen der Träger der Unfallversicherung und der landwirtschaftlichen Sozialversicherung in enger Anknüpfung an bundesrechtliche Vorgaben fest. Diese werden weitgehend gestrichen. Beibehalten wird lediglich die absolute Höchstgrenze, die sich in das bayerische Ämtergefüge einfügt. Die konkrete Einstufung innerhalb des gesetzlichen Höchstrahmens obliegt dem für diesen Geschäftsbereich zuständigen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Wegen des Gesetzesvorbehalts der Besoldung bedarf es dazu mindestens einer Rechtsverordnung. Die dort festzuschreibende Einstufung muss wegen des Grundsatzes der funktionsgerechten Besoldung aus Bewertungskriterien heraus ermittelt werden, die objektiv Aufgabenbereich, Größe und Bedeutung der Körperschaft sowie die gesetzlich übertragenen weiteren Aufgaben abbilden.

Zu Abs. 3
Die Regelung über die Zuständigkeit zur Festsetzung und Anordnung der Bezüge von dienstordnungsmäßig Angestellten gehört nicht zu den in Abs. 1 angesprochenen Rahmenvorgaben des Besoldungsrechts. Die Zuständigkeitsregelung ist daher durch Verweis explizit zu regeln.

Zu Art. 101 Sachbezüge und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Die Vorschrift orientiert sich an den bisherigen Regelungen des Art. 20 Absätze 1 und 2 BayBesG.

Zu Art. 102 Vollzugsvorschriften

Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des Art. 18 Abs. 1 BayBesG.

Zu Art. 103 Rechtsanwendung für vorhandene Besoldungsempfänger und Besoldungsempfängerinnen sowie für vorhandene Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Die Vorschrift stellt klar, dass das Neue Dienstrecht auch die vor und am 1. Januar 2011 (noch) vorhandenen Berechtigten erfasst. Dabei treten an die Stelle der Vorschriften des am 31. Dezember 2010 geltenden Rechts ab 1. Januar 2011 die entsprechenden Vorschriften des neuen Rechts. Soweit es sich dabei nur um eine Änderung der Rechtsgrundlagen ohne materielle Änderung handelt, vollzieht sich die Rechtsumstellung sozusagen automatisch. Inhaltliche Änderungen wie z. B. die neue Tabellen- oder Zulagenstruktur machen besondere Überleitungsvorschriften erforderlich (s. Art. 104 ff).

Halbsatz 2 überträgt den Grundsatz des Halbsatzes 1 auf dienstordnungsmäßig Angestellte und die Gewährung von Sachbezügen an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

Zu Art. 104 Überführung oder Überleitung in die Besoldungsordnungen A, B, W und R

Die Besoldung der bayerischen Beamten, Beamtinnen, Richter und Richterinnen wird auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Diese soll aus Gründen der Rechtseinheit und -klarheit nicht nur bei der Neubegründung von Dienstverhältnissen, sondern auch für die bereits bestehenden Dienstverhältnisse Gültigkeit haben. Deshalb werden die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhandenen Besoldungsempfänger und Besoldungsempfängerinnen mit ihrem Status in das neue Recht überführt. Dabei ist danach zu unterscheiden, ob sich bei der Amtsbezeichnung und/oder bei der Einstufung des Amtes etwas ändert.

Zu Abs. 1
Die Regelung geht davon aus, dass sich in der Amtsbezeichnung und in der Besoldungsgruppe keine Änderungen ergeben. Die bisher in den Bundesbesoldungsordnungen und den Bayerischen Besoldungsordnungen ausgebrachten Ämter werden deshalb inhaltlich unverändert in die neuen Bayerischen Besoldungsordnungen übernommen. Damit werden die bisher bundesrechtlich geregelten Ämter vollständig durch Landesrecht ersetzt. Dabei wird auch auf den im Bundesrecht üblichen Sperrdruck von Grundamtsbezeichnungen verzichtet (vgl. Begründung zu Art. 22 Abs. 2).

Zu Abs. 2
Soweit sich das Ämtergefüge durch dieses Gesetz in seiner Struktur verändert (z. B. generelle Höherbewertung der unteren Besoldungsgruppen durch Streichung des bisherigen Eingangsamtes in der Besoldungsgruppe A 2), werden die maßgeblichen Ämter in der alten und neuen Fassung in einer Überleitungsübersicht als Anlage zu diesem Gesetz ggf. mit neuer Amtsbezeichnung und Amtszulage nach den jeweiligen Besoldungsgruppen dargestellt. Damit wird

zugleich die gesetzliche Überleitung bewirkt; dies bedeutet, dass keine personalrechtliche Maßnahme im Einzelfall mehr erforderlich ist. Eine gesetzliche Überleitung scheidet in den Fällen aus, in denen dem Beamten oder der Beamtin ein Amt auf Grund besitzstandswahrender Vorschrift (s. bisherige Regelung des Art. 30 Abs. 1 Satz 1 BayBesG) nicht entzogen wurde. Satz 2 dient der Rechtsklarheit. Eine Überleitung scheidet in diesen Fällen aus, weil sich an den maßgeblichen Kriterien des Satzes 1 nichts ändert. Satz 3 stellt sicher, dass die bisherigen Zusätze, die wegen ihrer Vielfältigkeit in der Überleitungsübersicht nicht ausdrücklich dargestellt sind, den neuen Amtsbezeichnungen ohne besondere Verwaltungsmaßnahme beigefügt sind. Die Bestimmung eines neuen Zusatzes zur Amtsbezeichnung erfolgt durch die Personal verwaltende Stelle durch Verfügung, deren Inhalt dem einzelnen Beamten oder der einzelnen Beamtin zur Kenntnis zu bringen ist.

Zu Abs. 3
Die in Art. 34 Abs. 1 und 2 (Abs. 1 teilweise, Abs. 2 umfassend) enthaltene Strukturumwandlung bestimmter Stellenzulagen des früheren Rechts in Amtszulagen oder diesen entsprechenden Zulagen für besondere Berufsgruppen, die dem Grundgehalt gleichgestellt sind, soll auch die am 31. Dezember 2010 vorhandenen Bezügeempfänger und Bezügeempfängerinnen erfassen. Um dies zu gewährleisten, bedarf es einer besonderen gesetzlichen Überleitung, wobei zu berücksichtigen ist, dass sich durch die Umwandlung zwar der Rechtscharakter der Zulage und damit im Ergebnis auch das Grundgehalt, nicht aber die Amtsbezeichnung und die Zulagenhöhe ändern. Aus diesem Grunde wurde auch auf die Aufnahme der Vielzahl dieser Ämter in Abschnitt 1 der Anlage 11 verzichtet. Einer Ernennung nach § 8 Abs. 1 Nr. 3 BeamtStG bedarf es auf Grund der vorstehenden gesetzlichen Überleitung gleichwohl nicht.

Zu Art. 105 Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen

Zu Abs. 1
Satz 1 hält an dem Grundsatz fest, mit dem Ausscheiden des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin wegfallende Ämter (künftig wegfallende Ämter) in einer eigenen Besoldungsordnung auszubringen. Dies ist notwendig, um insbesondere bei Wegfall von Aufgaben und Funktionen, die den Amtsstatus unberührt lassen, den weiterhin vorhandenen Amtsinhabern und Amtsinhaberinnen bis zu deren Ausscheiden ihre Amtsbezeichnung und ihre besoldungsrechtliche Einstufung zu gewährleisten. Wegen dieser persönlichen Bindung bestimmt Satz 2, dass kw-Ämter nach Freiwerden der jeweiligen Planstellen anderen Beamten und Beamtinnen sowie Richtern und Richterinnen nicht mehr verliehen werden dürfen. Sofern es sich bei dem weggefallenen Amt nicht um ein spezielles Einzelamt handelt, kann der Amtsinhaber oder die Amtsinhaberin ggf. noch befördert werden (vgl. auch bisherige Vorbemerkung Nr. 3 BayBesO).

Zu Abs. 2
Mit dieser Vorschrift werden die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes in der Bayerischen Besoldungsordnung enthaltenen kw-Ämter (inklusive Zulagen) unverändert transferiert.

Zu Art. 106 Einordnung der vorhandenen Besoldungsempfänger und Besoldungsempfängerinnen der Besoldungsordnungen A und R in die neuen Grundgehaltstabellen

Mit der Schaffung einer neuen Grundgehaltstabelle (siehe Begründung zu Art. 30) für die Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnung A und der Neuregelung der Bemessung des Grundgehalts nach Art. 30 und Art. 31 müssen die am 1. Januar 2011 vorhandenen Beamten und Beamtinnen in die neue Grundgehaltstabelle eingeordnet werden.

Zu Abs. 1
Satz 1 ordnet alle Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnung A der neuen Tabelle zu. Dies erfolgt nach Satz 2 durch eine betragsmäßige Überleitung, die sicherstellen soll, dass sich niemand durch die neue Zuordnung verschlechtert. Das bisherige Besoldungsdienstalter des § 28 BBesG, das nicht in das neue Recht übernommen wurde, spielt für die Zuordnung keine Rolle. Die bisherige allgemeine Stellenzulage für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppen A 5 bis A 8 in Höhe von 17,59 Euro wird zur Deregulierung in die Grundgehaltstabelle eingearbeitet. Um eine Zuordnung zur entsprechenden Stufe der neuen Grundgehaltstabelle zu ermöglichen, muss der Betrag des am 31. Dezember 2010 zustehenden Grundgehalts um diesen Betrag erhöht werden.

Satz 3 Halbsatz 1 stellt klar, dass die Überleitung in ein höheres Amt nach Art. 104 Abs. 2 Satz 1 der betragsmäßigen Einordnung in die neue Grundgehaltstabelle vorgeht. Die zum fiktiven Stichtag am 31. Dezember 2010 erreichte Stufe bleibt zunächst durch die gesetzliche Überleitung in die neue Besoldungsgruppe unberührt. Sodann findet Satz 2 Anwendung. Satz 3 Halbsatz 2 stellt sicher, dass es durch die Überleitung von Ämtern des bisherigen einfachen Dienstes in den betroffenen Fällen zu keiner finanziellen Verschlechterung kommt.

Die Grundgehaltstabelle wurde dahingehend modifiziert, dass bei bestimmten Besoldungsgruppen die ersten mit einem Wert belegten Stufen entfallen sind; daher ist es möglich, dass ein Beamter oder eine Beamtin nicht in eine Stufe mit einem entsprechenden Betrag übergeleitet werden kann, weil diese Stufe nicht mehr existiert. Sie oder er wird dann der nächsthöheren Stufe, die wieder mit einem Betrag belegt ist, zugeordnet.

Beispiel:

Ein 19-jähriger Beamter oder eine 19-jährige Beamtin der Besoldungsgruppe A 6 erhält am 31.12.2010 ein Grundgehalt von 1.782,23 €, Stufe 1. In der neuen Grundgehaltstabelle ist der Betrag nicht vorhanden, so dass ihr Grundgehalt mit der Neuzuordnung 1.852,15 € beträgt, Besoldungsgruppe A 6, Stufe 1.

Beurlaubte Beamte und beurlaubte Beamtinnen haben keinen Anspruch auf ein Grundgehalt. Um auch diesen Personenkreis der neuen Grundgehaltstabelle zuordnen zu können, wird ein Ende ihrer Beurlaubung zum 31. Dezember 2010 fingiert, um dann abhängig vom Besoldungsdienstalter am 31. Dezember 2010 das zu diesem Zeitpunkt zustehende Grundgehalt ermitteln zu können. Mit dem ermittelten Betrag werden sie dann einer Stufe der neuen Grundgehaltstabelle zugeordnet.

Zu Abs. 2
Die Zuordnung zur neuen Grundgehaltstabelle setzt auch die Zeiträume für den Stufenlauf fest, d. h. grundsätzlich beginnt für alle neu Zugeordneten mit dem 1. Januar 2011 der Zeitraum nach Art. 30 Abs. 2 Satz 2, den sie in der maßgeblichen Stufe verbringen müssen. Dadurch verlängert sich der regelmäßig in einer Stufe zu verbringende Zeitraum. Um dies zu vermeiden, werden Zeiten, die faktisch bereits in der Stufe verbracht worden sind, angerech-

net. Der Beamte oder die Beamtin rückt damit zu dem gleichen Zeitpunkt in die nächsthöhere Regelstufe auf wie bei Fortgeltung des alten Rechts.

Beispiel:

Ein Beamter oder eine Beamtin der Besoldungsgruppe A 9 mit Besoldungsdienstalter 01.07.1989 erhält am 31.12.2010 ein Grundgehalt von 2.638,24 €, Stufe 9; Stufe 9, die er oder sie zum 01.07.2009 erreicht hat, dauert vier Jahre, so dass er oder sie nach altem Recht zum 01.07.2013 Stufe 10 mit einem Grundgehalt von 2.700,14 € erreicht hätte. Durch die Neuzuordnung erhält der Beamte oder die Beamtin ein Grundgehalt von 2.638,24 € und befindet sich in Stufe 8 der Besoldungsgruppe A 9. Der in Stufe 8 zu verbringende Zeitraum beträgt vier Jahre und beginnt grundsätzlich am 01.01.2011, d. h. der Beamte oder die Beamtin würde erst zum 01.01.2015 Stufe 9 mit einem Grundgehalt von 2.700,14 € erreichen. Allerdings werden auf diesen Zeitraum von vier Jahren die 18 Monate, die der Beamte oder die Beamtin bereits nach altem Recht in der Stufe mit dem entsprechendem Grundgehaltsbetrag verbracht hat, angerechnet, so dass der Beamte oder die Beamtin zum 01.07.2013 und damit zum gleichen Zeitpunkt wie unter altem Recht das Grundgehalt von 2.700,14 € erreicht.

Die Anrechnungsregelung des Satzes 2 gilt jedoch dann nicht, wenn der Beamte oder die Beamtin bereits durch die Neuzuordnung in die nächsthöhere Stufe vorgerückt ist, weil er oder sie dann keine Zeit in der „entsprechenden“ Stufe verbracht hat. Die Rückkehr zum Grundsatz, dass der Zeitraum des Stufenlaufs für diese Personen am 1. Januar 2011 beginnt, rechtfertigt sich aus dem Vorteil, den sie durch die Neuzuordnung erlangen und der sich durch eine Anrechnungsregelung verstärken würde.

Beispiel:

Ein Beamter oder eine Beamtin der Besoldungsgruppe A 13 mit Besoldungsdienstalter 01.04.2004 erhält am 31.12.2010 ein Grundgehalt von 3.286,99 €, Stufe 4; Stufe 4, die er oder sie zum 01.04.2010 erreicht hat, dauert zwei Jahre, so dass er oder sie nach altem Recht zum 01.04.2012 Stufe 5 mit einem Grundgehalt von 3.439,20 € und nach weiteren drei Jahren zum 01.04.2015 Stufe 6 mit einem Grundgehalt von 3.591,40 € erreicht hätte.

Durch die Neuzuordnung erhält der Beamte oder die Beamtin ab dem 01.01.2011 ein Grundgehalt von 3.439,20 € und befindet sich in Stufe 4 der Besoldungsgruppe A 13, weil der Wert 3.286,99 € in der neuen Grundgehaltstabelle in Besoldungsgruppe A 13 nicht mehr existiert. Stufe 4 der neuen Grundgehaltstabelle dauert drei Jahre, die mit der Neuzuordnung am 01.01.2011 zu laufen beginnt, d. h. der Beamte oder die Beamtin erreicht bereits am 01.01.2014 die Stufe 5 der neuen Grundgehaltstabelle mit einem Grundgehalt von 3.591,40 €, was er oder sie unter Fortgeltung des alten Rechts erst zum 01.04.2015 erhalten hätte.

Der Verweis auf Art. 31 Abs. 3 stellt sicher, dass auch bei beurlaubten Beamten und Beamtinnen die bereits in der Stufe verbrachten Zeiten angerechnet werden, wenn diese nicht zu einer Verzögerung des regelmäßigen Aufsteigens führen würden, z. B. Elternzeiten bis zu drei Jahren für jedes Kind, so dass auch dieser Personenkreis nach neuem Recht zum gleichen Zeitpunkt die nächste Grundgehaltsstufe erreicht wie nach altem Recht.

Satz 3 enthält eine Übergangsregelung für den Zeitraum ab Inkrafttreten des Gesetzes bis zum Vorliegen einer Leistungsfeststellung nach Art. 30 Abs. 3.

Auch wenn ein Beamter oder eine Beamtin zum Zeitpunkt der Neuzuordnung eine Leistungsstufe nach der LStuV erhält, ist für die Neuzuordnung zum Grundgehalt maßgeblich, welches er oder sie ohne die Leistungsstufe erhalten würde. Die Leistungsstufe würde sonst Wirkung über ihre eigentliche Gewährung hinaus entfalten. Dies stellt Satz 4 sicher.

Zu Abs. 3

Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 sind in die neue Grundgehaltstabelle einzuordnen. Auch hier erfolgt die Einordnung betragsmäßig, so dass keine individuelle finanzielle Verschlechterung eintritt. Im Einzelnen sind die für die Besoldungsordnung A nach Abs. 1 und 2 geltenden Regelungen entsprechend anzuwenden. Als Zeitabstand im Sinn von Abs. 2 Satz 1 gilt der zweijährige Zeitabstand nach

Art. 47 Abs. 2 Satz 1. Nicht anwendbar ist Abs. 2 Satz 3, da es in der Besoldungsordnung R keine Leistungsstufen gibt.

Zu Art. 107 Auswirkung der neuen Grundgehaltstabelle W auf die Hochschulleistungsbezüge der vorhandenen Professoren und Professorinnen sowie der hauptberuflichen Mitglieder von Hochschulleitungen

Die erhöhten Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung W gelten nicht nur für die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eingestellten, sondern auch für die bereits vorhandenen, in die Bayerische Besoldungsordnung W überführten Professoren und Professorinnen. Um unerwünschte Mitnahmeeffekte zu vermeiden, werden die erhöhten Grundgehälter auf die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes zustehenden monatlichen Leistungsbezüge angerechnet. Um andererseits die durch die Leistungsbezüge bewirkte Gehaltsdifferenzierung aufrecht zu erhalten, erfolgt die Kürzung höchstens bis zur Hälfte des jeweiligen monatlichen Leistungsbezugs. Erhält ein Professor oder eine Professorin mehrere Hochschulleistungsbezüge, so stellt Halbsatz 2 klar, dass diese anteilig zu kürzen sind.

Zu Art. 108 Übergangsvorschrift für vorhandene Ämter der Besoldungsordnung C

Die Vorschrift enthält in Anknüpfung an § 77 Abs. 2 BBesG eine Übergangsregelung für die vorhandenen Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnung C.

Zu Abs. 1
Die Ämter der Besoldungsordnung C werden nur noch für vorhandene Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen benötigt und daher nach Art. 105 Abs. 1 Satz 1 als künftig wegfallende Ämter der Besoldungsordnung C kw (inklusive Zulagen) geführt. Nach Art. 105 Abs. 1 Satz 2 können die Ämter der Besoldungsordnung C kw nicht an andere Beamte und Beamtinnen verliehen werden. Abweichend von Art. 105 Abs. 1 Satz 3 dürfen sie auch nicht an vorhandene Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen verliehen werden. Neuberufungen erfolgen ausschließlich in Ämter der Besoldungsordnung W.

Nach Satz 2 sind die Vorschriften dieses Gesetzes auch auf die Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnung C kw anwendbar, soweit die jeweiligen Tatbestandsvoraussetzungen vorliegen und in den nachfolgenden Absätzen nichts anderes geregelt ist.

Zu Abs. 2
Sätze 1 bis 4 regeln das Grundgehalt im Sinn des Art. 2 Abs. 2 Nr. 1. Die Grundgehaltstabelle der Besoldungsordnung C kw entspricht der bisherigen Tabelle der Besoldungsordnung C. Die vorhandenen Beamten und Beamtinnen werden entsprechend Art. 106 betragsmäßig überführt. Der weitere Stufenaufstieg erfolgt wie bisher.

Satz 5 verweist dem Grunde nach auf die Regelungen zum Familienzuschlag (Art. 35 bis Art. 37) und zur Auslandsbesoldung (Art. 38). Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppe C 1 kw erhalten nach Satz 6 ferner eine Strukturzulage nach Art. 33 (bisherige Stellenzulage nach Vorbemerkung Nr. 2b zur Bundesbesoldungsordnung C).

Zu Abs. 3
Die nach den Vorbemerkungen Nr. 1 und 2 zur Bundesbesoldungsordnung C gewährten Zuschüsse werden in der bisherigen Form fortbezahlt. Etwaige Minderungen bei Stufenanstieg und Befristungen sind zu beachten. Die Gewährung neuer oder die Erhöhung bestehender Zuschüsse ist ausgeschlossen. Durch Satz 5 ist gewährleistet, dass die Zuschüsse als Besol-

dung in Form von Nebenbezügen nach Art. 2 Abs. 3 gelten und die Art. 58, Art. 59 und Art. 83 auf die Zuschüsse entsprechend anzuwenden sind.

Zu Abs. 4
Der Absatz 4 enthält Sonderregelungen betreffend Zulagen und Vergütungen.

Nach Satz 1 erhalten Professoren und Professorinnen der Besoldungsordnung C kw keine Forschungs- und Lehrzulage nach Art. 57 Abs. 1; diese ausdrückliche Einschränkung ist notwendig, weil der Tatbestand des Art. 57 Abs. 1 allgemein an Professoren und Professorinnen anknüpft.

Nach Satz 2 werden die Stellenzulagen, die nach der Hochschulleitungs-Stellenzulagenverordnung auf Grundlage des § 43 BBesG gewährt wurden, unverändert fortgeführt. Sie werden im Rahmen der Sonderzahlung berücksichtigt.

Satz 3 entspricht dem bisherigen Art. 32 Abs. 7 BayBesG. Die hier geregelten Personen können aufgrund des Verweises auf Art. 65 auch weiterhin Vergütungen für die Mitwirkung an Staatsprüfungen erhalten.

Nach Satz 4 können Professoren und Professorinnen der Besoldungsordnung C kw Mehrarbeitsvergütung erhalten.

Die bisherige Zulage für Oberärzte und Oberärztinnen ist in Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe C 2 kw geregelt.

Zu Abs. 5
Dieser Absatz fasst die bisherigen Regelungen in § 77 Abs. 2 Sätze 2 und 3 BBesG, Art. 32 Abs. 8 Satz 3 und Abs. 9 BayBesG sowie Art. 32 Abs. 12 BayBesG redaktionell zusammen.

Professoren und Professorinnen der Besoldungsordnung C kw haben nach Satz 1 weiterhin die Möglichkeit, auf Antrag in ein Amt der Besoldungsordnung W zu wechseln (Optionsmodell).

Um den Anreiz für einen Wechsel in die Besoldungsordnung W aufrecht zu erhalten, sieht Satz 2 vor, dass besondere Leistungsbezüge nach Art. 71 auch in Zukunft bereits bei erstmaliger Vergabe unbefristet vergeben werden können.

Nach Satz 3 besteht weiterhin die Möglichkeit eines besonderen Leistungsbezugs für Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppe C 2 an Fachhochschulen, die auf Antrag in ein Amt der Besoldungsgruppe W 2 wechseln.

Die bisherigen Regelungen in Art. 32 Abs. 8 Sätze 1 und 2 und Abs. 13 BayBesG können entfallen, weil die Planstellen bereits entsprechend umgewandelt wurden.

Zu Abs. 6
Dieser Absatz übernimmt die bisherige Regelung nach § 77 Abs. 2 Satz 4 BBesG, wonach bei Übertragung eines Amtes der Besoldungsordnung W aufgrund einer Berufung oder auf Antrag keine Ausgleichszulage gewährt wird.

Zu Art. 109 Sonstige Übergangsregelungen

Zu Abs. 1
Durch die Neukonzeption der Besoldung der bayerischen Beamten, Beamtinnen, Richter und Richterinnen wird im Regelfall für die vorhandenen Bezügeempfänger und Bezügeempfängerinnen keine Verschlechterung ihres besoldungsmäßigen Rechtsstandes eintreten. Sofern sich

im Einzelfall dennoch eine Verringerung gegenüber den am 31. Dezember 2010 zugestandenen Bezügen ergibt, die nicht auf einer Veränderung der Tatbestandsseite beruht, stellt die Besitzstandsregelung in den Sätzen 1 und 2 sicher, dass zum Zeitpunkt des Übergangs in das neue Recht keine finanziellen Nachteile entstehen. Wegen des Übergangscharakters der Besitzstandsregelung ist es jedoch angezeigt, spätere allgemeine oder individuelle Erhöhungen auf die Überleitungszulage in vollem Umfang anzurechnen; die Leistungsprämie oder Leistungszulage nach Art. 67 bleibt anrechnungsfrei. Dies gewährleistet Satz 3. Insgesamt wird in einem überschaubaren Zeitraum ein einheitlicher Rechtszustand hergestellt.

Zu Abs. 2
Das frühere Recht enthielt eine Vielzahl von unterschiedlichen Ausgleichs- und Überleitungsregelungen, die sicherstellen sollten, dass sich durch strukturelle Veränderungen in der Besoldung keine finanziellen Verschlechterungen ergeben. Diese Regelungen gehen teilweise zurück bis zur Vereinheitlichung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern des Jahres 1975. Mit Inkrafttreten des neuen Rechts sollen diese Besitzstandsregelungen in angemessener Zeit zum Abschluss gebracht werden. Sie sind im Hinblick auf die umfassende Neustrukturierung der Besoldung auch nicht mehr zeitgemäß. Deshalb werden die unverändert übernommenen Zahlbeträge aller Ausgleichs- und Überleitungszulagen entsprechend der Aufzehrregelung in Art. 52 Abs. 1 Satz 5 in gleichmäßigen Schritten innerhalb von fünf Jahren bis auf Null abgebaut.

Die Rechtsstandswahrung durch Zahlung einer Überleitungs- und Ausgleichszulage wird auch im neuen Recht fortgeführt und an die Systematik der Weitergewährung der höheren Grundbezüge angepasst. An die Stelle der Ausgleichszulage gemäß dem bisherigen § 13 Abs. 1 BBesG zusätzlich zum Grundgehalt aus dem neuen (niedrigeren) Amt tritt die Fiktion der Weitergewährung der Besoldung nach dem früheren (höheren) Amt. Die Beamten und Beamtinnen werden durch diese Überleitungsvorschrift gestellt als hätte die Verringerung der Dienstbezüge nie stattgefunden; sie sind mit dem bisherigen Grundgehalt in die neue Grundgehaltstabelle der Besoldungsordnungen A und B einzuordnen; daher wird Art. 106 in Bezug genommen. In Folge findet auf die Fiktion der Weitergewährung der höheren Dienstbezüge Art. 21 Anwendung.

Zu Abs. 3
Die Regelung stellt sicher, dass Leistungsstufen, die auf der Grundlage der LStuV gewährt wurden und die die Berechtigten bereits gezahlt bekommen, weitergewährt werden, bis die betroffene Person die regulär nächste Stufe des Grundgehalts erreicht. Für die Einordnung in die entsprechende Grundgehaltsstufe der neuen Tabelle der Besoldungsordnung A bleibt eine Leistungsstufe außer Betracht, vgl. Art. 106 Abs. 2 Satz 4.

Von der Vorschrift können nur Beamte und Beamtinnen im nichtstaatlichen Bereich erfasst werden, weil die LStuV nach § 7 Abs. 2 für die Beamten und Beamtinnen des Freistaates Bayern seit dem 1. Januar 2003 keine Anwendung mehr findet.

Zu Abs. 4
Abs. 4 enthält eine gesonderte Übergangsregelung für im Ausland eingesetzte Beamte und Beamtinnen, denen am 31. Dezember 2010 Auslandsdienstbezüge gewährt werden. Die Regelung stellt sicher, dass in den betroffenen Fällen durch die Anwendung des neuen Auslandsbesoldungsrechts keine finanzielle Verschlechterung eintritt. Die Gewährung einer Überleitungszulage nach Abs. 1 würde diese wegen der Steuerfreiheit der Auslandsdienstbezüge nicht ausgleichen.

Zu Abs. 5
Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden bundes- und landesrechtliche Ermächtigungsnormen neu gefasst und teilweise inhaltlich verändert. Für den Fall, dass zum Inkrafttretenszeitpunkt noch nicht alle Ermächtigungsnormen ausgeschöpft sind, gewährleistet die Übergangsbestimmung das vorübergehende Fortgelten des alten Rechts. Regelungslücken werden damit vermieden. Es handelt sich insoweit um eine Sondervorschrift zur Regelung des Außerkrafttretens.

Zu Abs. 6
Die Vorschrift übernimmt die bisherige Regelung des Art. 32 Abs. 5 BayBesG.

Zu Abs. 7
Aufgrund der kenntnisunabhängigen Ausgestaltung des Verjährungsbeginns nach Art. 13 ist eine Übergangsregelung erforderlich, wenn die dreijährige Verjährungsfrist von Ansprüchen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes entstanden sind, mangels Vorliegens der subjektiven Voraussetzungen (§ 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB) noch nicht begonnen hat. In diesen Fällen beginnt die Verjährungsfrist (Art. 13) kenntnisunabhängig am 1. Januar 2011. Hat die kenntnisunabhängige Höchstfrist nach bisherigem Recht bereits begonnen (§ 199 Abs. 4 BGB), so verjähren die Ansprüche spätestens mit Ablauf dieser Frist.

Zu Abs. 8
Die Übergangsregelung des Art. 8 BayBVAnpG 2009/2010, wonach Beamte und Beamtinnen oder Richter und Richterinnen, welche die Altersteilzeit bzw. Altersdienstermäßigung bis zum 31. Dezember 2009 angetreten haben, den Altersteilzeitzuschlag in der bisherigen Höhe erhalten, wird übernommen.

Zu Anlage 1 (Bayerische Besoldungsordnungen)

Ausgangspunkt für die neuen Bayerischen Besoldungsordnungen sind die Bundesbesoldungsordnungen A, B, W, C und R sowie die ergänzenden Bayerischen Besoldungsordnungen A, B, A kw und B kw. Die Besoldungsordnungen A und B werden zusammengeführt, an die bayerischen Verhältnisse angepasst, aktualisiert und flexibilisiert. Die der Ämterordnung der Besoldungsordnung A zugrunde liegende Struktur wird dabei mit der neuen Leistungslaufbahn, die auf starre Laufbahngruppengrenzen verzichtet, harmonisiert.

Die in der neuen Bayerischen Besoldungsordnung A umgesetzten Maßnahmen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

- Anhebung des Einstiegsniveaus in der ersten Qualifikationsebene durch Wegfall der Besoldungsgruppe A 2,
- neues Mindesteingangsamt in Besoldungsgruppe A 3 und in Folge Ausweitung der Einstiegsbandbreite bis zur Besoldungsgruppe A 5 (bisher A 4),
- Auflösung der Zwischenämter (Ämter mit Amtszulage) in den Besoldungsgruppen A 3 mit A 5 durch Anhebung auf die jeweils nächsthöhere Besoldungsgruppe,
- Verbesserung der Gerichtsvollzieherbesoldung durch strukturelle Anhebung des bisherigen Spitzenamtes der Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage nach Besoldungsgruppe A 10 und gesetzliche Überleitung der davon betroffenen Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen,
- Ersetzung der Verzahnungsämter (Spitzenamt der bisherigen niedrigeren Laufbahngruppe, das zugleich Eingangsamt der nächsten Laufbahngruppe ist) in den Besoldungsgruppen A 6, A 9 und A 13 – einzige Ausnahme Polizeibereich, um der hierarchisch gegliederten

Struktur Rechnung zu tragen – durch Öffnung der Laufbahngrenzen, Fortführung der Amtszulagen zu diesen Ämtern in bisherigem Umfang,
- Entschlackung der Amtsbezeichnungen durch Streichung von entbehrlichen Funktionsbezeichnungen; Verlagerung von das Amt konkretisierenden Funktionszusätzen, die aber nicht zur Amtsbezeichnung gehören, in Fußnoten,
- Konsolidierung und Abstrahierung der Lehrerämter durch Verzicht auf einen gesetzlichen Funktionenkatalog; Festhalten an gesetzlichen Bewertungskriterien im Schulleitungsbereich nur noch für Grund- und Hauptschulen; Neueinführung der einheitlichen Amtsbezeichnung „Studienrat, Studienrätin“ für das zweite funktionslose Beförderungsamt an Grund- und Hauptschulen sowie namentliche Angleichung der Eingangsämter und funktionslosen Beförderungsämter im Realschul- und Förderschulbereich; Einfügung eines Zwischenbeförderungsamtes (A 14 mit Amtszulage) bei den Beratungsrektoren im Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulbereich, die sich in der Bandbreite von A 13 mit Amtszulage bis A 14 mit Amtszulage als Funktionsämter – außerhalb der Schulleitungsebene – unmittelbar an das jeweilige neue Lehreramt „Studienrat, Studienrätin“ anschließen; Einfügung von zwei Zwischenbeförderungsämtern (A 13 mit Amtszulage, A 15 mit Amtszulage) bei den Institutsrektoren.
- Im Zuge der Verwaltungsreform wurden die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit den Bereichen Landwirtschaft und Forsten geschaffen. Für die dabei neu entstandene Ebene der Bereichsleitung wird zum Zwecke sachgerechter Bewertung dieses Dienstpostens eine Amtszulage zur Besoldungsgruppe A 15 ermöglicht.
- Verzicht auf das Einstufungskriterium „Planstellen“ in Fußnotenregelungen zu Gunsten einer flexiblen Ämterzuordnung.

Die neue Bayerische Besoldungsordnung B wird strukturell unverändert fortgeführt und lediglich redaktionell bereinigt.

Die Besoldungsordnung W wird im bayerischen Recht neu eingeführt. Sie führt strukturell die bisherige Bundesbesoldungsordnung W fort, passt sie jedoch an die bayerischen Verhältnisse an. Die bisherige Bundesbesoldungsordnung C wird durch die Übergangsvorschrift des Art. 108 Abs. 1 Satz 1 als Bayerische Besoldungsordnung C kw fortgeführt.

Die eigenständige Besoldungsordnung R bleibt im neuen Recht aufrecht erhalten. Dabei werden den Richtern der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 durch Einfügung von (Zwischen-)Ämtern neue Perspektiven eröffnet. Darüber hinaus werden Verbesserungen für die Leiter und Leiterinnen von Staatsanwaltschaften und deren Stellvertretungen bis Besoldungsgruppe R 6 vorgenommen, um die im Bundesrecht begründeten Defizite in der Ämterstruktur der Staatsanwaltschaften, die bisher die bayerischen Verhältnisse nicht ausreichend berücksichtigt haben, auszugleichen. Eine Bereinigung der Besoldungsordnung R bei den Detailregelungen hinsichtlich der zugrunde zu legenden Planstellen – wie bei Besoldungsordnung A – ist nicht möglich, da Richterplanstellen nach der Verfassungsrechtsprechung zu den unverzichtbaren Einstufungskriterien gehören.

Die Besoldungsordnung HS kw wird nicht fortgeführt, da zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes keine Personen mehr vorhanden sind, die diese Ämter innehaben. Dementsprechend benötigt das BayBesG auch keine Grundgehaltssätze für die Besoldungsordnung HS kw.

Zu Anlage 2 (Bei- oder Anfügung von Zusätzen zu den Amtsbezeichnungen)

Vgl. Begründung zu Art. 22 Abs. 2.

Zu Anlage 3 (Grundgehaltssätze)

Zu Besoldungsordnungen A und B
Vgl. Begründung zu Art. 32.

Zu Besoldungsordnung W
Vgl. Begründung zu Art. 42.

Zu Besoldungsordnung R
Vgl. Begründung zu Art. 48.

Zu Besoldungsordnung C kw
Vgl. Begründung zu Art. 108 Abs. 2 Satz 2.

Zu Anlage 4 (Strukturzulage und Amtszulagen)

Die Anlage überträgt die Beträge für die Strukturzulage und Amtszulagen nach dem Stand des BayBVAnpG 2009/2010 in das Stammrecht. Die beim Amt „Sonderschuloberlehrer, Sonderschuloberlehrerin“ ausgebrachte Amtszulage wird von 113,59 Euro auf 208,47 Euro monatlich erhöht. Damit wird der Gleichklang zum Realschullehrer oder zur Realschullehrerin in Besoldungsgruppe A 13 mit Amtszulage (208,47 Euro) hergestellt, für die ein solches funktionsloses Beförderungsamt mit dem Haushaltsgesetz 2009/2010 geschaffen wurde.

Zu Anlage 5 (Familienzuschlag)

Die Anlage vervollständigt die normative Anspruchsgrundlage der Art. 35 und Art. 36 durch die Ausbringung von nach Besoldungsgruppen und familiären Verhältnissen differenzierten Beträgen. Die Beträge entsprechen dem Stand des BayBVAnpG 2009/2010.

Zu Anlage 6 (Auslandsbesoldung)

Die Anlage weist die für die Stufenzuordnung des Auslandszuschlags erforderlichen Beträge der bayerischen Grundgehaltsspannen aus, die die bundesrechtlichen Grundgehaltsspannen ersetzen. Die sich hieraus im Einzelfall ergebende Stufe ist – neben der Zonenstufe – maßgeblich für den anzusetzenden Betrag des in der Anlage VI zum Bundesbesoldungsgesetz festgelegten Auslandszuschlags. Die besondere Form der dynamischen Rechtsfolgenverweisung auf Bundesrecht und der gleichzeitige Verzicht auf die Aufnahme der Bundesbeträge in die bayerische Tabelle sind zwingend. Dadurch wird vermieden, dass die dynamischen Beträge des Auslandszuschlags nach jeder Bundesanpassung durch Gesetzesänderung im bayerischen Recht nachvollzogen werden müssen.

Zu Anlage 7 (Stellenzulagen)

Die Anlage 7 enthält für die in Art. 51 geregelten Stellenzulagen die entsprechenden Monatsbeträge. Sie knüpfen an den Stand des BayBVAnpG 2009/2010 an, soweit es die absoluten Beträge betrifft. Soweit bislang – wie bei der Steuerprüferzulage – eine betragsmäßige Staffe-

lung gesetzlich vorgeschrieben war, wird diese im Interesse der Flexibilisierung zu Gunsten eines Höchstbetrages aufgegeben, der von der Staatsregierung teilweise oder voll ausgeschöpft werden kann. Entsprechendes gilt für die Nachprüferzulage, bei der der bisherige Festbetrag in einen Höchstbetrag umgewandelt wird, um den Gleichklang mit anderen Stellenzulagen (Lehrzulage und Lehrerfunktionszulage) herzustellen. Bei der Ministerialzulage wird zur Umsetzung der vorgesehenen Dynamisierung der seit 1975 „eingefrorene“ Vomhundertsatz (12,5 % des Endgrundgehalts) auf die heutigen Verhältnisse umgerechnet. Die Meisterzulage wird unverändert beibehalten.

Zu Anlage 8 (Sonstige Zulagen)

Die Anlage übernimmt hinsichtlich der so genannten Richterzulage gemäß Art. 57 Abs. 2 die statischen Beträge in das Stammrecht. Der Betrag der so genannten Bewährungszulage gemäß Art. 57 Abs. 3, der bisher in einem festen Monatsbetrag ausgewiesen war, wird in einen Vomhundertsatz umgewandelt und ist damit dynamisch.

Zu Anlage 9 (Mehrarbeitsvergütung)

Mit der Anlage werden die Stundensätze der Mehrarbeitsvergütung gemäß Art. 61 nach dem Stand des BayBVAnpG 2009/2010 in das Stammrecht übertragen. Im Schuldienst werden zusätzlich die neuen Klassifizierungen betragsmäßig umgesetzt. Finanzielle Verschlechterungen sind damit nicht verbunden.

Zu Anlage 10 (Anwärtergrundbetrag)

Vgl. Begründung zu Art. 77.
Die Tabelle gilt auch für Anwärter und Anwärterinnen, die sich seit 31. Dezember 1998 in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf im Vorbereitungsdienst befinden. Die Besitzstandsregelung des Bundesrechts (§ 82 BBesG) sowie die darauf basierende Tabelle mit den früher geltenden Anwärterbezügen (Anwärtergrundbetrag und Anwärterverheiratetenzuschlag) werden nicht fortgeführt. Die betroffenen Personen stellen sich bei einem möglichen Dienstantritt ab 1. Januar 2011 mit ihren tatsächlichen Anwärterbezügen gemäß Art. 75 Abs. 1 besser als bei Anwendung der genannten Besitzstandsregelung.

Zu Anlage 11 (Überleitungsübersicht)

Vgl. Begründung zu Art. 104 Abs. 2.

Zu § 2 Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz

Zu Teil 1 Allgemeine Vorschriften

In diesem Teil werden die für sämtliche Versorgungsbezüge geltenden Regelungen, die bislang in den Abschnitten I und VII des BeamtVG enthalten waren, aus Gründen der Übersichtlichkeit vor die Klammer gezogen.

Zu Art. 1 Geltungsbereich

Die Vorschrift regelt den sachlichen und persönlichen Geltungsbereich des Gesetzes.

Zu Abs. 1
In sachlicher Hinsicht regelt das Gesetz die Versorgungsleistungen als Ausprägung des Alimentationsprinzips nach Art. 33 Abs. 5 GG und Art. 95 Abs. 1 Satz 2 BV. In persönlicher Hinsicht sind neben den Beamten und Beamtinnen des Staates auch die Beamten und Beamtinnen der unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts erfasst. Die Versorgung der Richter und Richterinnen des Staates ist in Ersetzung der Regelung des § 71a des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) unmittelbar und abschließend in diesem Gesetz geregelt; die §§ 15, 33 DRiG bleiben als Bundesrecht unberührt. Versorgungsberechtigt sind ferner die Hinterbliebenen.

Zu Abs. 2
Die Regelung nimmt abweichend von der bisherigen Regelung kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen vom unmittelbaren Anwendungsbereich des Gesetzes aus. Die Versorgungsansprüche dieser Personen ergeben sich künftig aus dem Gesetz über kommunale Wahlbeamte (KWBG). Unberührt hiervon bleibt die Regelung der Versorgungslastenteilung im Innenverhältnis der beteiligten Dienstherrn nach Teil 4 dieses Gesetzes einschließlich der Übergangsregelung, die auch die kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen einbezieht.

Zu Abs. 3
Die Regelung schließt klarstellend die Ehrenbeamten, Ehrenbeamtinnen, ehrenamtliche Richter und ehrenamtliche Richterinnen vom Anwendungsbereich des Gesetzes aus. Inhaltlich entspricht dies der bisherigen Regelung. Dieser Personenkreis hat somit keine Versorgungsansprüche, es sei denn, dies ist ausdrücklich gesetzlich bestimmt (vgl. Art. 63 für Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen).

Zu Abs. 4
Die Vorschrift sieht entsprechend der bisherigen Regelung in § 1 Abs. 3 BeamtVG vor, dass die Bediensteten der Religionsgesellschaften und deren Verbände in Übereinstimmung mit Art. 140 GG, Art. 137 WRV nicht von diesem Gesetz erfasst werden. Ausdrücklich genannt sind zudem klarstellend die weltanschaulichen Gemeinschaften.

Zu Art. 2 Arten der Versorgung, Begriffsbestimmungen

Zu Abs. 1
Abs. 1 zählt die Grundarten der Versorgungsbezüge abschließend auf. Im Einzelnen ist der Katalog im Vergleich zum BeamtVG wie folgt geändert:

Die Bezügearten nach dem bisherigen § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 BeamtVG werden in leicht modifizierter Reihenfolge in Nr. 1 bis 5 angeordnet. Der bisherige Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen nach §§ 2 Abs. 1 Nr. 6, 48 BeamtVG entfällt, weil hierfür angesichts der Abschlagsregelungen sowie des Verzichts auf Versorgungsabschläge bei langen Dienstzeiten (vgl. Art. 26 Abs. 2 und 3) keine sachliche Rechfertigung mehr besteht (vgl. auch die Gesetzesinitiative Bayerns zum BeamtVG unter BR-Drs. 811/04). Für die Geburtsjahrgänge bis 1959 enthält Art. 103 Abs. 12 eine Übergangsregelung für die Vollzugsbeamten und –beamtinnen, die im Jahr 2009 bereits das 50. Lebensjahr vollendet haben. Der bisherige Erhöhungsbetrag nach §§ 2 Abs. 1 Nr. 7, 14 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 BeamtVG geht in der erhöhten amtsunabhängigen Mindestversorgung auf (vgl. Begründung zu Art. 26 Abs. 5). Die Leistungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 8 bis 10 BeamtVG sind in dem Oberbegriff der familienbezogenen Leistungen nach Nr. 6 zusammengefasst.

Der Anpassungszuschlag nach § 71 BeamtVG in der bis zum 30 Juni 1997 geltenden Fassung wurde zu den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen gewährt (§ 73 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung), war also nur in Höhe der jeweiligen Anteilsätze des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenversorgung in den Versorgungsbezügen enthalten. Mit der Festschreibung des Anpassungszuschlags durch § 69b Abs. 2 Satz 5 BeamtVG für am 1. Juli 1997 vorhandene Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen hat sich am Charakter des Anpassungszuschlags nichts geändert, auch wenn er bei seiner Einführung zum 1. Oktober 1994 als Versorgungsbezug in § 2 Abs. 1 Nr. 11 BeamtVG aufgenommen wurde. Dementsprechend ist er künftig nicht in den Katalog der Versorgungsbezüge zu übernehmen. Er kommt für Neufestsetzungen nicht mehr in Betracht und wird unter Art. 101 Abs. 6 Nr. 3 als weiterer früherer ruhegehaltfähiger Bezügebestandteil geführt.

Die Sonderzahlung für Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen ist künftig abschließend in diesem Gesetz geregelt und daher unmittelbar ein Versorgungsbezug im Sinn des Abs. 1 Nr. 7; inhaltlich wird die Regelung des Bayerischen Sonderzahlungsgesetzes unverändert fortgeführt.

Zu Abs. 2
Die Versorgung der Richter und Richterinnen des Staates ergibt sich unmittelbar und abschließend aus diesem Gesetz (vgl. Art. 1 Abs. 1). Im Interesse der Lesbarkeit werden die Richter und Richterinnen in den nachfolgenden Vorschriften dieses Gesetzes nicht eigens erwähnt. Stattdessen ist in Abs. 2 bestimmt, dass sämtliche Regelungen, die auf Beamte und Beamtinnen Bezug nehmen, in gleicher Weise für Richter und Richterinnen gelten.

Zu Art. 3 Regelung durch Gesetz

Die Vorschrift enthält inhaltlich unverändert den bislang in § 3 BeamtVG geregelten Gesetzesvorbehalt für die Beamtenversorgung, der als hergebrachter Grundsatz der Beamtenversorgung bereits aus Art. 33 Abs. 5 GG und Art. 95 Abs. 1 Satz 2 BV folgt.

Zu Art. 4 Allgemeine Anpassung

Nach dieser Vorschrift sind die Versorgungsbezüge entsprechend der allgemeinen Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in Akzessorietät zur Besoldung anzupassen. Sie entspricht dem bisherigen § 70 BeamtVG. Die Anpassung der Versorgungsbezüge erfolgt auf Grund gesonderter Anpassungsgesetze. Art. 4 begründet keine individuellen Ansprüche der Versorgungsberechtigten.

Zu Art. 5 Zahlungsweise

Die bislang in § 49 Abs. 4 bis 8 BeamtVG enthaltenen Regelungen zur Zahlungsweise werden mit kleineren inhaltlichen und redaktionellen Änderungen in einer eigenen Vorschrift verankert. Die bisherige Geringfügigkeitsregel des § 49 Abs. 9 BeamtVG wird aus Gründen der Deregulierung gestrichen. Auf die allgemeine Bagatellregelung des Art. 59 der Haushaltsordnung des Freistaats Bayern (BayHO) und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften wird verwiesen.

Zu Abs. 1
Die Vorschrift regelt Zahlungszeitraum und Zahlungszeitpunkt entsprechend den bisherigen Grundsätzen. Entgegen der Formulierung des § 49 Abs. 4 BeamtVG wird nicht mehr auf das Besoldungsrecht verwiesen, sondern aus Klarstellungsgründen eine eigene Regelung getroffen. Laufende Versorgungsbezüge sind danach monatlich im Voraus zu bezahlen. Besteht der Versorgungsanspruch nur für einen Teil des Kalendermonats, ist nach Satz 2 sichergestellt, dass die Vorauszahlung entsprechend gekürzt wird. Einmalzahlungen sind nach allgemeinen Regeln mit Entstehung des Zahlungsanspruchs zu zahlen.

Zu Abs. 2
Verzugszinsen sind entsprechend der bisherigen Regelung des § 49 Abs. 5 BeamtVG ausgeschlossen.

Zu Abs. 3
Nach der bisherigen Regelung des § 49 Abs. 6 BeamtVG konnte die Zahlung der Versorgungsbezüge bei einem Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt im Ausland von der Bestellung eines oder einer Empfangsbevollmächtigten abhängig gemacht werden. Aus gemeinschaftsrechtlichen Gründen gilt dies künftig nur noch bei einem Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb der Europäischen Union. Entsprechend der in Art. 9 geregelten Zuständigkeitsverteilung ist für diese Entscheidung die Pensionsbehörde und nicht – wie nach der bisherigen Regelung – die oberste Dienstbehörde zuständig. Im Ergebnis ändert sich hierdurch nichts: Im staatlichen Bereich war die Zuständigkeit nach § 6 Abs. 3 Nr. 1 ZustV-Bezüge von der obersten Dienstbehörde an die Pensionsbehörde delegiert; im nichtstaatlichen Bereich werden die Befugnisse der Pensionsbehörden nach Art. 9 Abs. 2 Satz 4 durch die obersten Dienstbehörden wahrgenommen.

Zu Abs. 4
Die Vorschrift verpflichtet die Versorgungsberechtigten zur Unterhaltung eines Kontos auf eigene Kosten und zur Mitteilung der Kontonummer. Sie entspricht im Wesentlichen der bisherigen Regelung in § 49 Abs. 7 BeamtVG. Die Kosten- und Gefahrtragungsregel bei Auslandsüberweisungen wird aus gemeinschaftsrechtlichen Gründen in Satz 3 Halbsatz 2 insoweit beschränkt, als nur noch Überweisungen auf ein außerhalb der Europäischen Union geführtes Konto erfasst sind. Die übrigen Änderungen sind redaktioneller Natur.

Zu Abs. 5
Die Vorschrift übernimmt die in § 49 Abs. 8 Sätze 1 bis 3 BeamtVG enthaltene Rundungsregelung. Mit Blick auf die Entkoppelung der bisherigen Leistungen nach §§ 50a ff. BeamtVG vom Sozialversicherungsrecht (vgl. Teil 2 Abschnitt 5) kann der bisherige Satz 4, der zur Berechnung dieser Leistungen auf § 121 SGB VI verwies, entfallen.

Zu Art. 6 Abtretung, Verpfändung, Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht

Die Vorschrift entspricht inhaltlich unverändert der bisherigen Regelung des § 51 BeamtVG.

Zu Abs. 1
Die Regelung beschränkt die Abtretbarkeit und Verpfändbarkeit von Ansprüchen auf Versorgungsbezüge auf die nach §§ 850 ff. ZPO pfändbaren Beträge. Es soll sichergestellt sein, dass die Versorgungsbezüge den Versorgungsberechtigten zumindest in Höhe der unpfändbaren Beträge zufließen. Der bisherige Vorbehalt einer anderweitigen bundesrechtlichen Regelung kann entfallen, da eine Ausnahmeregelung derzeit nicht besteht und künftig ohnehin nur durch Landesrecht erfolgen kann.

Zu Abs. 2
Satz 1 beschränkt die Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte des Dienstherrn zum Schutz der Versorgungsberechtigten. In Fällen des Satzes 2 gilt diese Beschränkung nicht. Dies betrifft nach Halbsatz 1 Ansprüche des Dienstherrn auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung, weil die Versorgungsberechtigten hier nicht schutzwürdig sind. Halbsatz 2 normiert klarstellend eine weitere, in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts unter Berufung auf Treu und Glauben anerkannte Ausnahme (Urteil vom 15. November 2001 – 2 C 43.00). Danach ist die Sicherung eines Anspruchs auf Versorgungsbezüge in Höhe der Pfändungsfreigrenze nicht erforderlich, wenn für ein und denselben Zeitraum bereits eine Leistung mit dem gleichen Zweck gewährt wurde, die nunmehr zurückgefordert wird; ein Aufrechnungsverbot würde in diesen Fällen bewirken, dass die Versorgungsberechtigten in Höhe der Pfändungsgrenzen doppelt alimentiert werden.

Zu Abs. 3
Die in Satz 1 genannten Ansprüche unterliegen einem besonderen Schutz. Der bisherige Katalog wurde entsprechend den Änderungen im Dienstunfallrecht um den Anspruch auf Unfallsterbegeld erweitert. Der Dienstherr kann gegen diese Ansprüche nach Abs. 2 auch nicht aufrechnen oder ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen. Satz 2 erlaubt wie bislang eine Anrechnung (d. h. Saldierung) bestimmter Forderungen gegen den Verstorbenen oder die Verstorbene auf das Sterbegeld; diese Forderungen können daher auch dann noch realisiert werden, wenn zwar eine sterbegeldberechtigte Person, jedoch kein Erbe als Rückforderungsgegner vorhanden ist.

Zu Art. 7 Rückforderung von Versorgungsbezügen

Die Vorschrift entspricht ohne inhaltliche Änderung den bisherigen § 52 Abs. 1 und 2 BeamtVG. Die bisherige Geringfügigkeitsregel des § 52 Abs. 3 BeamtVG wird aus Gründen der Deregulierung gestrichen. Es gelten die allgemeine Bagatellregelung des Art. 59 der Haushaltsordnung des Freistaats Bayern (BayHO) und die dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Zu Abs. 1
Die Vorschrift schließt auf Grund der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG die Rückforderung einer Überzahlung aus, wenn sie auf einer rückwirkenden Gesetzesänderung beruht.

Zu Abs. 2
Hinsichtlich der Rückforderung zuviel gezahlter Versorgungsbezüge wird wie bislang auf das Bereicherungsrecht nach dem BGB verwiesen. Anders als bisher wird das Absehen von der Rückforderung aus Billigkeitsgründen nach Satz 3 nicht mehr an die Zustimmung der obers-

ten Dienstbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle gebunden. Im staatlichen Bereich war hierfür auf Grund der Delegation in § 6 Abs. 5 ZustV-Bezüge bereits bislang die Pensionsbehörde zuständig; im nichtstaatlichen Bereich ist die Pensionsbehörde nach Art. 9 Abs. 2 Satz 4 ohnehin die oberste Dienstbehörde. Einzelheiten zum Verfahren und etwaigen Vorlagepflichten werden in Verwaltungsvorschriften geregelt.

Zu Art. 8 Verjährung

Die Vorschrift enthält eine eigenständige Regelung der Verjährungsfrist und des Verjährungsbeginns für Ansprüche auf Versorgungsbezüge. Die Verjährungsfrist beträgt nach Satz 1, 1. Halbsatz grundsätzlich unverändert drei Jahre. Satz 1, 2. Halbsatz berücksichtigt, dass versorgungserhebliche Sachverhalte, über die die Pensionsbehörde getäuscht oder pflichtwidrig in Unkenntnis gelassen wird, nur unter erschwerten Bedingungen, regelmäßig erst nach längerer Zeit und umfangreichen Ermittlungen, bekannt werden.

Nach Satz 2 wird der Verjährungsbeginn im Unterschied zur bisherigen Regelung aber künftig kenntnisunabhängig ausgestaltet. Dies dient der Rechtssicherheit und Praktikabilität, die gerade im Bereich einer Massenverwaltung bei einem kenntnisabhängigen Verjährungsbeginn nicht gewährleistet sind. Im Übrigen verweist Satz 3 auf die Verjährungsregeln des BGB.

Zu Art. 9 Festsetzung, Zuständigkeit

Die Vorschrift entspricht ohne inhaltliche Änderungen den bislang in § 49 Abs. 1 bis 3 BeamtVG i. V. m. Art. 144 Abs. 1 bis 3 BayBG verankerten Zuständigkeits- und Verfahrensregelungen.

Zu Abs. 1
Abs. 1 enthält die grundlegende Zuständigkeitsregelung für das Festsetzungsverfahren. Die dort genannten Aufgaben sind von der Pensionsbehörde wahrzunehmen. Die Bestimmung der Pensionsbehörde ergibt sich aus Abs. 2. Bislang war der Begriff der Pensionsbehörde für den staatlichen Bereich in Art. 144 Abs. 1 Satz 1 BayBG enthalten, während im nichtstaatlichen Bereich die Zuständigkeiten gemäß § 49 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG auf die obersten Dienstbehörden übertragen wurden. Im Interesse der Klarheit wird die Zuständigkeitsregelung künftig vereinheitlicht, ohne die Zuständigkeiten im Ergebnis zu ändern.

Zu Abs. 2
Im staatlichen Bereich wird die Pensionsbehörde nach Satz 1 entsprechend bisheriger Regelung ressortübergreifend durch Rechtsverordnung der Staatsregierung bestimmt.

Die Sätze 2 und 3 entsprechen unverändert den bisherigen Art. 144 Abs. 1 Sätze 2 und 3 BayBG.

Satz 4 übertragt die Aufgaben der Pensionsbehörde im nichtstaatlichen Bereich auf die obersten Dienstbehörden, die diese Befugnisse auf andere Dienststellen übertragen können. Dies entspricht der bisherigen Rechtslage nach § 49 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG. Die obersten Dienstbehörden werden nach dem für den jeweiligen Dienstherrn maßgeblichen Recht bestimmt.

Satz 5 entspricht dem bisherigen Art. 144 Abs. 1 Satz 4 BayBG.

Zu Abs. 3
Die Regelung betrifft Ermessensentscheidungen über Versorgungsbezüge auf Grund von Kannvorschriften (beispielsweise nach Art. 29, Art. 38 Abs. 1, Art. 39 Abs. 2 Satz 2) und übernimmt die bisherige Regelung des § 49 Abs. 2 Satz 1 BeamtVG.

Zu Abs. 4
Die Vorschrift betrifft Ermessensentscheidungen über die Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit und führt die bisherigen Regelungen nach §§ 49 Abs. 2 Satz 2, 67 Abs. 3 BeamtVG und Art. 144 Abs. 2 BayBG inhaltlich unverändert zusammen.

Zu Abs. 5
Die Vorschrift betrifft die Zuständigkeit für Entscheidungen mit grundsätzlicher Bedeutung und führt die Regelungen des § 49 Abs. 3 BeamtVG und Art. 144 Abs. 3 BayBG redaktionell zusammen.

Zu Art. 10 Anzeige- und Mitwirkungspflichten

Zu Abs. 1
Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 62 Abs. 1 BeamtVG. Sie enthält Anzeigepflichten von öffentlichen Einrichtungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes bei Verwendung von Versorgungsberechtigten. Die Anzeige ist an die Pensionsbehörde zu richten.

Zu Abs. 2
Satz 1 enthält Anzeigepflichten der Versorgungsberechtigten. Im Gegensatz zu § 62 Abs. 2 BeamtVG wird auf die Aufzählung konkreter meldepflichtiger Tatsachen verzichtet, sondern die Anzeigepflicht allgemein auf alle versorgungsrelevanten Tatsachen und deren Änderung erstreckt. Dies schließt ggf. die Verpflichtung zur Entbindung behandelnder Ärzte oder anderer Angehöriger der Heilberufe von der Schweigepflicht ein. Eine etwaige Konkretisierung erfolgt im Vollzugswege oder durch Verwaltungsvorschriften. Die besonderen Mitwirkungspflichten im Rahmen der Unfallfürsorge werden dort geregelt. Satz 2 erweitert die Anzeigepflicht auf Dritte, die, z. B. als Erbe überzahlte, Versorgungsleistungen zu erstatten haben. Aus dem allgemeinen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ergibt sich, dass Auskunftsersuchen auf einen konkreten Anlass zurückgehen müssen. Satz 3 erweitert den Anwendungsbereich des bisherigen Art. 144 Abs. 4 Satz 2 BayBG auf die Fälle, in denen auch außerhalb des Dienstunfallrechts die Einschaltung von Gutachtern erforderlich werden kann, wie z. B. in Fällen des Art. 44 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3.

Die Anzeigepflichten nach Abs. 1 und Abs. 2 bestehen, wie bislang, selbständig nebeneinander.

Zu Abs. 3
Die Vorschrift regelt die versorgungsrechtlichen Folgen einer schuldhaften Verletzung der in Abs. 2 genannten Mitwirkungspflichten der Versorgungsberechtigten. Abweichend von § 62 Abs. 3 BeamtVG wird die Sanktionsmöglichkeit nicht auf die Verletzung von bestimmten Anzeigepflichten begrenzt. Allerdings wird entsprechend den bisherigen Grundsätzen ein vollständiger oder teilweiser Entzug von Versorgungsansprüchen regelmäßig nur bei schwerwiegenden Verstößen gerechtfertigt sein. Zuständig ist nach Satz 3 die Pensionsbehörde.

Zu Teil 2 Versorgungsbezüge

Dieser Teil regelt in den Abschnitten 1 bis 6 die Voraussetzungen und Höhe der einzelnen, in Art. 2 Abs. 1 genannten Versorgungsbezüge. Abschnitt 7 enthält gemeinsame Erlöschenstatbestände.

Zu Abschnitt 1 Ruhegehalt, Unterhaltsbeitrag

Die Regelungen zum Ruhegehalt und Unterhaltsbeitrag werden entsprechend den bisherigen Grundsätzen fortgeführt. Unterabschnitt 1 regelt die Anspruchsvoraussetzungen für das Ruhegehalt. Unterabschnitte 2 und 3 befassen sich mit den Parametern zur Bestimmung des Ruhegehalts, nämlich den ruhegehaltfähigen Bezügen und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit. Unterabschnitt 4 regelt die Höhe des Ruhegehalts. Der Unterhaltsbeitrag ist in Unterabschnitt 5 verankert.

Zu Art. 11 Entstehen und Berechnung des Ruhegehalts

Die Vorschrift regelt die Voraussetzungen für den Anspruch auf Ruhegehalt sowie dessen Entstehung und Berechnungsgrundlagen. Sie entspricht § 4 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen.

Der Eintritt bzw. die Versetzung in den Ruhestand als Voraussetzung für das Ruhegehalt richtet sich nach den statusrechtlichen Regelungen des BeamtStG und BayBG. Die Erfüllung der versorgungsrechtlichen Wartezeit ist Voraussetzung für die Versetzung in den Ruhestand (§ 32 BeamtStG).

Zu Abs. 1
Die Gewährung eines Ruhegehalts setzt alternativ die Erfüllung zweier Voraussetzungen voraus:

a) eine abgeleistete Dienstzeit von fünf Jahren (Wartezeit) oder

b) Dienstunfähigkeit auf Grund einer Dienstbeschädigung.

Zur Wartezeit zählen Zeiten in dem Umfang, in dem sie ruhegehaltfähig sind, nur soweit, als sie im Beamtenverhältnis zurückgelegt wurden, nach Art. 16 oder Art. 17 als ruhegehaltfähig gelten, oder nach Art. 18 als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden. Soweit vorgenannte Zeiten vor dem Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober 1990) im Gebiet nach Art. 3 des Einigungsvertrages zurückgelegt wurden, sind sie bei der Wartezeit nicht zu berücksichtigen.

Zu Abs. 2
Der Anspruch auf Ruhegehalt entsteht nach Satz 1 mit dem Ruhestandsbeginn. Die bisherige Sonderregelung für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand entfällt, weil § 4 BBesG nicht in das BayBesG übernommen wird (vgl. im Übrigen Begründung zu Art. 26 Abs. 7).

Tritt ein Beamter oder eine Beamtin auf Zeit mit Ablauf der Amtszeit in Ruhestand, ohne die Altersgrenze für den gesetzlichen Ruhestandseintritt erreicht zu haben, sieht Satz 2 ein Ruhen des Anspruchs auf Ruhegehalt vor. Die bisherige Rechtslage, wonach der Anspruch auf Ruhegehalt sofort mit Ruhestandseintritt fällig wird, ist vor dem Hintergrund steigender Lebensaltersgrenzen sowie der bei vorzeitigen Ruhestandsversetzungen anfallenden Abschläge nicht mehr zeitgemäß. Für den Fall der Dienstunfähigkeit (§ 26 BeamtStG) nach Ablauf der Amtszeit lebt der Anspruch auf Ruhegehalt mit Ablauf des Monats der Feststellung auf.

Satz 2 findet auf das Amtsverhältnis des Präsidenten oder der Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofes keine Anwendung. Die Besonderheiten des Amtes, insbesondere erfolgt die Wahl für eine Wahlperiode von 12 Jahren, es ist keine Wiederwahl möglich und für das Amt gilt die richterliche Unabhängigkeit, machen es notwendig, den Bezug von Versorgungsbezügen unabhängig von den allgemeinen gesetzlichen Altersgrenzen zuzulassen.

Zu Abs. 3
Berechnungsgrundlagen des Ruhegehalts sind die ruhegehaltfähigen Bezüge (Unterabschnitt 2) und die ruhegehaltfähige Dienstzeit (Unterabschnitt 3).

Zu Art. 12 Ruhegehaltfähige Bezüge

Die Vorschrift definiert die ruhegehaltfähigen Bezüge und bestimmt das für die Versorgung maßgebliche Amt; sie entspricht § 5 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen und folgenden Änderungen:

Im BayBesG wird der bisherige Begriff der Dienstbezüge nicht mehr verwendet. Die Besoldungsbestandteile sind nunmehr in Grundbezüge und Nebenbezüge untergliedert (vgl. Begründung zu Art. 2 BayBesG). Art. 12 ist an die neuen Begriffsbestimmungen angepasst. Die Ruhegehaltfähigkeit von Bezügen wird aus rechtssystematischen Gründen abschließend im BayBeamtVG geregelt; das BayBesG enthält hierzu keine Regelungen.

Die Bestimmung der für die ruhegehaltfähigen Bezüge maßgeblichen Stufe des Grundgehalts erfolgt bei Dienstunfällen wegen des inhaltlichen Zusammenhangs nicht in Art. 12 (bisher § 5 Abs. 2 BeamtVG), sondern beim Unfallruhegehalt nach Art. 53.

Zu Abs. 1
Abs. 1 definiert die ruhegehaltfähigen Bezüge. Die Grundlagen zur Bestimmung und Bemessung des Grundgehalts ergeben sich aus Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 BayBesG. Die Leistungszulage im Sinn des Art. 65 Abs. 1 BayBesG ist nicht ruhegehaltfähig, da sie entsprechend ihrer besoldungsrechtlichen Ausgestaltung zwar der Höhe nach an den Stufengewinnen bemessen wird, aber nicht als Teil des Grundgehalts definiert ist. Auf Grund ihres vorübergehenden Charakters ist sie auch nicht amtsprägend oder Teil der Alimentation. Die Ruhegehaltfähigkeit der Strukturzulage, der Amtszulagen und des Familienzuschlags bis zur Stufe 1 entspricht der bisherigen Rechtslage. Die Zulagen für besondere Berufsgruppen ergeben sich aus Art. 33 BayBesG; ihre Ruhegehaltfähigkeit entspricht ebenfalls bisherigem Rechtsstand. Die Regelung des § 81 Abs. 2 Satz 1 BBesG in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung wurde mit Art. 5 Abs. 1 BayBVAnpG 2007/2008 als Landesrecht auch für die Beamten und Beamtinnen ab Besoldungsgruppe A 10 bis zum 31. Dezember 2010 verlängert. Der Rechtscharakter der Zulagen für besondere Berufsgruppen wird mit Art. 33 Abs. 2 BayBesG, die nach dem Bundesrecht bislang als Stellenzulagen ausgebracht waren, hin zu Amtszulagen ähnlichen Zulagen verändert; auf die Begründung zu Art. 33 Abs. 2 BayBesG wird insoweit verwiesen. Die Beibehaltung der Ruhegehaltfähigkeit dieser Zulagen entspricht der mit ihnen verbundenen generellen Gewährung an bestimmte Berufszweige ohne Bindung an bestimmte Funktionen. Bei den übrigen Stellenzulagen bleibt es ab 1. Januar 2011 bei der mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 vom 29. Juni 1998 (BGBl I S. 1666) getroffenen Regelung, die ab 1. Januar 1999 übergangsweise weitergeltende Ruhegehaltfähigkeit bestimmter Stellenzulagen mit dem 31. Dezember 2010 auslaufen zu lassen.

Die Ruhegehaltfähigkeit der Hochschulleistungsbezüge ist im Einzelnen in Art. 13 geregelt.

Die Auslandsbesoldung, die zur Abgeltung der materiellen und immateriellen Belastungen und Erschwernisse des Auslandsdienstes bei dienstlichem und tatsächlichem Wohnsitz im Ausland gezahlt wird, entfällt spätestens mit Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Grund des damit verbundenen Wegfalls des dienstlichen Wohnsitzes im Ausland. Sinn und Zweck der Auslandsbesoldung ist somit ausschließlich der Ausgleich der Mehrbelastungen, nicht aber die amtsangemessene Alimentation. Sie ist daher nicht ruhegehaltfähig.

Maßgeblich sind grundsätzlich die Verhältnisse zum Zeitpunkt des Eintritts oder der Versetzung in den Ruhestand. Ausnahmen bestehen für den Familienzuschlag der Stufe 1, der sich nach den jeweiligen Verhältnissen bestimmt, sowie für Hochschulleistungsbezüge (vgl. Art. 13). Für die Bemessung des Versorgungsbezugs sind die vollen monatlichen Bezüge zugrunde zu legen, unabhängig vom Beschäftigungsumfang oder einer Beurlaubung.

Weitere ruhegehaltfähige Bezüge ergeben sich aus Art. 104.

Zu Abs. 2
Die Vollstreckungsvergütung wird auch künftig durch Verordnung geregelt werden (vgl. § 1 Art. 63), allerdings ohne Festlegung der Ruhegehaltfähigkeit. Diese ist daher in Art. 12 zu normieren, wobei sich die Regelung des Abs. 2 an der bisherigen Rechtslage des § 12 VollstrVergV orientiert.
Satz 1 regelt als Grundvoraussetzung, dass die Vollstreckungsvergütung über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren bezogen worden sein muss. Damit wird inzident die bisherige Voraussetzung beibehalten, die auf die ausschließliche Vollstreckungsaußentätigkeit abstellte. Wie bisher ist ferner Voraussetzung, dass die Vollstreckungsvoraussetzung und damit die Tätigkeit auch im Zeitpunkt des Ruhestandseintritts bezogen bzw. ausgeübt wurde. Wurde die Vollstreckungsvergütung wegen Dienstunfähigkeit keine 10 Jahre bezogen ist dies unschädlich, wenn die Mindestbezugsdauer ohne die Dienstunfähigkeit erreicht worden wäre; die Dienstunfähigkeit schließt das Ableben des Beamten oder der Beamtin mit ein und bedarf daher keiner gesonderten Regelung. Mit der Absenkung des Bemessungssatzes wird berücksichtigt, dass die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der ruhegehaltfähigen Vollstreckungsvergütung gegenüber der bisherigen Rechtslage erweitert wird, indem die aktuellen Grundgehälter herangezogen werden und die Sonderregelung des Art. 14 § 5 des Gesetzes zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (Maßgeblichkeit der Grundgehaltsstruktur nach dem Stand 30. Juni 1997) entfällt. Im Ergebnis wird mit der Neuregelung der vor Inkrafttreten des Gesetzes gültige Stand gewahrt.

Satz 2 übernimmt die bisherige Regelung, wonach es bei Inanspruchnahme der Altersteilzeit im sog. Blockmodell ausreicht, wenn die Vollstreckungsvergütung in den letzten 10 Jahren vor und noch bis zum Beginn der Freistellungsphase bezogen wurde.

Satz 3 lässt zu Gunsten der Betroffenen zu, dass die Vollstreckungsvergütung im Rahmen des Satz 1 ruhegehaltfähig wird, wenn der Betroffene wegen Dienstbeschädigung (Art. 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 2) vorzeitig in den Ruhestand versetzt und er (nur) deswegen keine 10 Jahre Vollstreckungsdienst leisten konnte.

Satz 4 regelt den Fall, dass der Beamte oder die Beamtin die Tauglichkeit für den Vollstreckungsaußendienstdienst verlor und deshalb bis zum Ruhestandseintritt auf einem anderen Dienstposten verwendet wurde. Mittelbar ergibt sich aus Satz 4, dass es bei anderweitiger Verwendung ausnahmsweise nicht darauf ankommt, dass die Vollstreckungsvergütung noch im Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung bezogen wurde. Gleichwohl muss die Vollstre-

ckungsvergütung nach Satz 1 aber zuvor, wie nach bisheriger Rechtslage auch, für mindestens 10 Jahre bezogen worden sein. Allerdings kann in diesen Fällen nicht das Grundgehalt des letzen Amtes zu Grunde gelegt werden, sondern nur das höchstens im Vollstreckungsdienst erreichbare Amt. Dies gilt auch im Fall der Dienstbeschädigung, weil hier regelmäßig die Tauglichkeit für den Vollstreckungsaußendienst nicht mehr gegeben ist.

Zu Abs. 3
Die besondere Zulage für Richter und Richterinnen als Generalsekretär oder Generalsekretärin am Verfassungsgerichtshof ist in Art. 56 Abs. 1 BayBesG geregelt; ihre Ruhegehaltfähigkeit entspricht dem bisherigen Rechtsstand. Die Beibehaltung der Ruhegehaltfähigkeit basiert darauf, dass dem Generalsekretär oder der Generalsekretärin am Verfassungsgerichtshof zwar kein Amt in Besoldungsgruppe R 6 im statusrechtlichen Sinn verliehen wird, es jedoch besoldungsrechtlich einem solchen Amt zumindest gleichgestellt wird. In jahrzehntelanger Erfahrung hat sich gezeigt, dass es für die Funktionsfähigkeit des Verfassungsgerichtshofs unerlässlich ist, eines seiner Mitglieder mit ganzer Arbeitskraft und ständiger Präsenz zur Verfügung zu haben.

Zu Abs. 4
Der Absatz regelt die bislang in § 5 Abs. 3 BeamtVG enthaltene Wartefrist.

In Folge der Zusammenfassung der vier Laufbahngruppen zu einer Laufbahn wird bei der Prüfung des Ruhestandseintritts aus einem Beförderungsamt auf das Eingangsamt der jeweiligen Qualifikationsebene abgestellt, in der die Einstellung erfolgte. Über die Qualifizierungsmaßnahmen zum Aufstieg in die nächste Qualifikationsebene wird eine dieser Ebene entsprechende Qualifikation erreicht, aber nicht die nach Art. 7, 8 LlbG erforderlichen Vor- und Ausbildungsvoraussetzungen (vgl. Art. 20 LlbG). Wegen der Einzelheiten zur Neugestaltung des Laufbahnrechts vgl. Begründung zu Art. 5 ff., 20 LlbG.

In Folge des Beschlusses des BVerfG vom 20. März 2007 – 2 BvL 11/04 wurde die bisherige Wartefrist von drei Jahren nach § 1 Art. 5 Abs. 4 BayBVAnpG 2007/2008 landesrechtlich auf zwei Jahre verkürzt. Diese Regelung wird nunmehr unmittelbar in das Stammrecht übernommen.

Zu Abs. 5
Die Regelung entspricht § 5 Abs. 5 BeamtVG. Sie wahrt dem Beamten oder der Beamtin unter bestimmten Voraussetzungen die im Zeitpunkt des Übertritts in das niedrigere Amt erreichten ruhgehaltfähigen Bezüge. Die bisherige Dreijahresfrist wurde auf zwei Jahre verkürzt (vgl. Begründung zu Abs. 4).

Zu Abs. 6

Bei einem Wechsel aus einem Amt der Besoldungsordnungen A, B, C oder R in ein Amt der Besoldungsordnung W können sich die früheren ruhegehaltfähigen Bezüge vermindern und folglich versorgungsrechtliche Nachteile entstehen. Der im Zuge der Professorenbesoldungsreform gewünschte Wechsel in die Besoldungsordnung W kann daher gehemmt werden. Abs. 6 schließt die bisherige Regelungslücke und beseitigt damit das Hemmnis. Die Berechnung des Ruhegehalts erfolgt nach den früheren ruhegehaltfähigen Bezügen, soweit diese zwei Jahre bezogen wurden und die ruhegehaltfähigen Bezüge nach dem letzten Amt übersteigen.

Zu Abs. 7
Die Einbeziehung von Beurlaubungszeiten, die als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, in die Wartefrist von zwei Jahren sowie die Nichtanwendung der Zweijahresfrist im Fall der

Ruhestandsversetzung in Folge einer Dienstbeschädigung wurde bisher in der jeweiligen Norm (§ 5 Abs. 3 bis 5 BeamtVG) geregelt. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird die Regelung in einem eigenen Absatz 7 zusammengefasst.

Zu Abs. 8
Wird das Ruhegehalt nach den ruhegehaltfähigen Bezügen eines früheren Amtes festgesetzt (Abs. 4 und 5), darf es die ruhegehaltfähigen Bezüge des letzten Amtes nicht übersteigen. Dies wird zusammenfassend in einem eigenen Absatz geregelt.

Zu Art. 13 Ruhegehaltfähigkeit von Hochschulleistungsbezügen

Die Vorschrift regelt abschließend, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang Hochschulleistungsbezüge nach Art. 68 ff. BayBesG ruhegehaltfähig sind. Sie enthält gegenüber der bisherigen Regelung in § 33 Abs. 3 BBesG, Art. 25 BayBesG und § 6 BayHLeistBV inhaltliche Änderungen und Klarstellungen.

Zu Abs. 1
Der Absatz regelt die Ruhegehaltfähigkeit unbefristeter Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge (Art. 69 BayBesG) sowie unbefristeter besonderer Leistungsbezüge (Art. 70 BayBesG).

Satz 1 sieht abweichend von der bisherigen Regelung vor, dass unbefristete Hochschulleistungsbezüge nur dann ruhegehaltfähig sind, soweit sie zuletzt zugestanden haben; jeder Hochschulleistungsbezug ist dabei einzeln zu betrachten. Damit wird für die Ruhegehaltfähigkeit unbefristeter Hochschulleistungsbezüge entsprechend dem allgemeinen Grundsatz des Art. 12 Abs. 1 Satz 1 an das letzte Amt angeknüpft und dem Leistungsgedanken Rechnung getragen. Dies bedeutet beispielsweise, dass unbefristete Hochschulleistungsbezüge, die anlässlich einer Neuberufung entfallen, nicht mehr ruhegehaltfähig sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn eine Neuberufung von einer W 2–Professur auf eine W 3–Professur erfolgte, weil sich die bislang durch den Leistungsbezug honorierte Leistung des Professors oder der Professorin im erhöhten Grundgehalt niederschlägt. Da die Hochschulleistungsbezüge im Fall der Teilzeitbeschäftigung, Beurlaubung oder begrenzten Dienstfähigkeit insoweit nicht zuletzt zugestanden haben, sieht Satz 2 eine entsprechende Anwendung des Art. 12 Abs. 1 Satz 2 vor. Die Verringerung der Arbeitszeit ist nach den allgemeinen Vorschriften (Art. 24 Abs. 2) bei der Dienstzeit zu berücksichtigen.

Weitere Voraussetzung für die Ruhegehaltfähigkeit unbefristeter Hochschulleistungsbezüge ist nach Satz 1, dass die unbefristeten Hochschulleistungsbezüge vor Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand mindestens zwei Jahre zugestanden haben. Die bisherige dreijährige Mindestbezugsdauer wird entsprechend Art. 12 Abs. 4 gekürzt. Eine Ausnahme von der Zweijahresfrist gilt nach Satz 2 in Fällen des Art. 12 Abs. 7 Satz 2; damit wird eine bisherige Regelungslücke geschlossen.

Die Hochschulleistungsbezüge haben nicht „zugestanden“ im Sinn des Satzes 1, wenn sie für vergangene Jahre nach Art. 69 Abs. 3 Satz 2 BayBesG zurückgefordert werden; in diesen Fällen fehlt es am Behaltendürfen. Gleiches gilt, wenn ein Hochschulleistungsbezug nach Art. 15 BayBesG zurückgefordert wird oder von einer Rückforderung nur aus Billigkeitsgründen abgesehen wird, weil hier die Zahlung ohne Rechtsgrund erfolgte.

Die Sätzen 3 bis 5 enthalten weitere Regelungen mit Blick auf die Zweijahresfrist nach Satz 1.
Satz 3 sieht vor, dass frühere unbefristete Hochschulleistungsbezüge bei einem unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit dem letzten unbefristeten Hochschulleistungsbezug für die Zweijahresfrist zu berücksichtigen sind. Die früheren Bezugszeiten können jedoch nur bis zur Höhe des zuvor gewährten Hochschulleistungsbezugs angerechnet werden. Dies bedeutet beispielsweise, dass im Fall der Gewährung eines erhöhten unbefristeten Berufungs-oder Bleibe-Leistungsbezugs für den übersteigenden Betrag eine neue Zweijahresfrist beginnt; in Höhe des bislang gewährten Betrags ist die frühere Bezugsdauer anzurechnen.

Im Interesse der Mobilitätsförderung und Personalgewinnung werden nach Satz 3 Halbsatz 2 auch unbefristete Leistungsbezüge, die von inländischen Hochschulen außerhalb Bayerns gewährt wurden, berücksichtigt. Voraussetzung ist jedoch, dass der Leistungsbezug in Form und Voraussetzung den Hochschulleistungsbezügen nach Art. 68 ff. BayBesG entspricht. Leistungsbezüge, die von einem ausländischen Dienstherrn oder in einem privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnis gewährt wurden, sind nicht berücksichtigungsfähig.

Satz 4 regelt gemeinsame Berufungen nach dem sog. Jülicher Modell, in denen ein Professor oder eine Professorin zunächst an die Hochschule berufen und dann ohne Grundbezüge für die Tätigkeit an der außeruniversitären Forschungseinrichtung beurlaubt wird. Die Bezüge einschließlich der von der Hochschule gewährten oder in der Berufungsvereinbarung zugesagten Leistungsbezüge werden von der Forschungseinrichtung bezahlt. Auf Grund der Beurlaubung ohne Dienstbezüge haben sie nicht „zugestanden“. Um gemeinsame Berufungen nicht zu erschweren, wird künftig ausdrücklich geregelt, dass derartige Leistungsbezüge unter den Voraussetzungen des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 Halbsatz 2 und Abs. 2 im Rahmen der Zweijahresfrist zu berücksichtigen sind.

Wird ein unbefristeter besonderer Leistungsbezug nach Art. 70 Abs. 2 Satz 3 BayBesG für die Zukunft widerrufen, gilt er nach Satz 5 als befristeter Leistungsbezug und kann folglich nur unter den Voraussetzungen des Abs. 2 ruhegehaltfähig werden.

Zu Abs. 2
Dieser Absatz regelt die Ruhegehaltfähigkeit befristeter Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge (Art. 69 BayBesG) sowie befristeter besonderer Leistungsbezüge (Art. 70 BayBesG).

Nach Satz 1 setzt die Ruhegehaltfähigkeit befristeter Hochschulleistungsbezüge entsprechend der bisherigen Regelung nach Art. 25 Abs. 1 BayBesG voraus, dass die Hochschulleistungsbezüge wiederholt vergeben wurden und insgesamt mindestens zehn Jahre zugestanden haben. Die Zeiten nacheinander gewährter befristeter Hochschulleistungsbezüge werden addiert. Eine zeitliche Kontinuität ist nicht erforderlich. Auf die bislang erforderliche Erklärung wird aus Vereinfachungsgründen verzichtet. Ruhegehaltfähig ist nur der Betrag, der über die Dauer von zehn Jahren zugestanden hat; im Fall der Erhöhung eines befristeten Hochschulleistungsbezugs beginnt somit für den übersteigenden Betrag eine neue Zehn-Jahres-Frist.

Satz 2 regelt die Anerkennung von befristeten Leistungsbezügen bei Dienstherrenwechseln nach Bayern. Befristete Leistungsbezüge, die von inländischen Hochschulen außerhalb Bayerns gewährt wurden, sind bis zu einer Dauer von fünf Jahren anzurechnen. Die Ruhegehaltfähigkeit tritt damit nur ein, wenn befristete Leistungsbezüge in Bayern für mindestens weitere fünf Jahre gewährt werden. Damit werden einerseits die Leistungen, die der Professor oder die Professorin außerhalb Bayerns erbracht hat, anerkannt, andererseits jedoch im Interesse

des Leistungsgedankens eine entsprechende Leistung für den Freistaat Bayern gefordert. Der Professor oder die Professorin ist dadurch in seinen Versorgungserwartungen regelmäßig nicht benachteiligt, weil er von dem erhöhten Grundgehalt in Bayern profitiert.

Satz 3 entspricht der bisherigen Regelung in § 6 Abs. 3 Satz 2 BayHLeistBV. Die Regelung geht davon aus, dass die Zeiten eines befristeten Hochschulleistungsbezugs nicht auf die nach Abs. 1 Satz 1 erforderliche Zweijahresfrist für unbefristete Hochschulleistungsbezüge angerechnet werden. Dies gilt auch dann, wenn befristete Hochschulleistungsbezüge nach Ablauf der Befristung in Form eines unbefristeten Hochschulleistungsbezugs weiter gewährt werden. Es wird jedoch andererseits sichergestellt, dass die Ruhegehaltfähigkeit in diesen Fällen nicht später eintritt, als wenn an Stelle eines unbefristeten Hochschulleistungsbezugs erneut ein befristeter Hochschulleistungsbezug vergeben worden wäre.

Satz 4 verweist für Fälle gemeinsamer Berufungen nach dem Jülicher Modell auf Abs. 1 Satz 4.

Zu Abs. 3
Dieser Absatz regelt die Ruhegehaltfähigkeit von Funktions-Leistungsbezügen (Art. 71 BayBesG) insoweit, als sie an Professoren und Professorinnen für die nebenberufliche Wahrnehmung von Aufgaben der Hochschulselbstverwaltung vergeben werden. Die Funktions-Leistungsbezüge an hauptamtliche Mitglieder von Hochschulleitungen sind in Abs. 6 geregelt.

Bislang erschöpfte sich die Regelung der Ruhegehaltfähigkeit von Funktions-Leistungsbezügen nach § 33 Abs. 3 Satz 2 BBesG im Wesentlichen in einem Verweis auf § 15a BeamtVG. Der Regelungsgehalt dieses Verweises war in vielen Konstellationen unklar. Zur Vermeidung von Unklarheiten wird künftig eine eigenständige Regelung getroffen. Auch inhaltlich führte die bisherige Regelung in § 15a Abs. 3 BeamtVG vor dem Hintergrund der hochschulrechtlichen Rahmenbedingungen nicht zu sachgerechten Ergebnissen. Maßgeblich ist aus diesem Grund künftig nicht die Zahl der Amtszeiten, sondern nur die Dauer, für die die Funktions-Leistungsbezüge zugestanden haben. Nach fünf Jahren sind die Funktions-Leistungsbezüge zur Hälfte ruhegehaltfähig. Nach einer Bezugsdauer von zehn Jahren sind sie – weitergehend als bislang – in voller Höhe anzusetzen; dies ist mit Blick auf die Regelung in Abs. 2 sachgerecht.

Zu Abs. 4
Dieser Absatz entspricht im Wesentlichen der bisherigen Konkurrenzregelung in § 6 Abs. 5 BayHLeistBV. Einbezogen sind auch die in Abs. 3 geregelten Funktions-Leistungsbezüge; die bisherigen Unklarheiten auf Grund des Wortlauts des § 33 Abs. 3 Satz 4 BBesG werden damit beseitigt.

Satz 1 enthält den Grundsatz, dass im Fall des Bezugs mehrerer Hochschulleistungsbezüge der höchste Betrag anzusetzen ist, der sich jeweils nach Abs. 1 bis 3 ergibt. Nacheinander gewährte Hochschulleistungsbezüge sind danach in keinem Fall zu kumulieren. Bei gleichzeitig gewährten Hochschulleistungsbezüge ist zu differenzieren: Mehrere unbefristete Hochschulleistungsbezüge sind nach Satz 2 zu kumulieren, wenn sie zuletzt und jeweils für die Dauer von mindestens zwei Jahren gleichzeitig zugestanden haben (vgl. Abs. 1). Wurden mehrere befristete Hochschulleistungsbezüge oder unbefristete und befristete Hochschulleistungsbezüge gewährt, setzt eine Kumulation nach Satz 3 entsprechend der bisherigen Regelung in § 6 Abs. 5 BayHLeistBV einen gleichzeitigen Bezug über eine Dauer von zehn Jahren

voraus. Dementsprechend können Funktions-Leistungsbezüge nur dann mit unbefristeten oder befristeten Hochschulleistungsbezügen kumuliert werden, wenn sie gleichzeitig mindestens für die nach Abs. 3 jeweils maßgebliche Dauer bezogen wurden.

Zu Abs. 5
Der Absatz entspricht im Wesentlichen der bisherigen Höchstbetragsregelung nach § 33 Abs. 3 Satz 1 BBesG und § 6 Abs. 6 BayHLeistBV. Funktions-Leistungsbezüge sind angesichts der in Abs. 3 geregelten Ausweitung der Ruhegehaltfähigkeit einbezogen.

Satz 1 Halbsatz 1 enthält gemäß bisheriger Rechtslage den Grundsatz, dass Hochschulleistungsbezüge insgesamt bis zu 40 v. H. des Grundgehalts ruhegehaltfähig sind. Auf Grund der Anhebung der Grundgehälter der Besoldungsordnung W erhöht sich damit insgesamt das Ruhegehaltspotenzial. Die Begrenzung auf den Höchstbetrag gilt zum Zeitpunkt der Festsetzung des Ruhegehalts. Sind dynamisierte und nicht dynamisierte Leistungsbezüge berücksichtigungsfähig, die insgesamt den Höchstbetrag nach Halbsatz 1 überschreiten, ist in Halbsatz 2 klargestellt, dass dynamisierte Leistungsbezüge vorrangig anzusetzen sind; bislang war dieser Fall nicht geregelt. Mit der Neuregelung wird sichergestellt, dass Personen mit dynamisierten und nicht dynamisierten Leistungsbezügen nicht relativ schlechter gestellt sind als Personen, die ausschließlich dynamisierte Leistungsbezüge erhalten.

Nach Satz 2 kann der Höchstbetrag durch Erklärung der Hochschule überschritten werden. In Satz 3 Halbsatz 1 wird der Zeitpunkt der Erklärung präzisiert. Maßgeblich ist der Zeitpunkt der Vergabe desjenigen Hochschulleistungsbezugs mit dem erstmalig die Höchstgrenze des Satzes 1 oder 2 überschritten wird. Auf den Eintritt der materiellen Voraussetzungen der Ruhegehaltfähigkeit des jeweiligen Hochschulleistungsbezugs - z. B. Ablauf der Mindestfristen nach den Abs. 1 bis 3 - kommt es nicht an. Satz 3 Halbsatz 2 stellt klar, dass Erklärungen einer früheren Hochschule bei einem Wechsel des Professors oder der Professorin die neue Hochschule nicht binden. In Altfällen ist Art. 113 Abs. 4 zu beachten.

Zu Abs. 6
Dieser Absatz regelt die Ruhegehaltfähigkeit von Funktions-Leistungsbezügen an Personen, die ein Leitungsamt der Hochschule hauptberuflich in einem Beamtenverhältnis auf Zeit ausüben. Die Regelung geht davon aus, dass hierzu regelmäßig ein Doppelbeamtenverhältnis mit Personen begründet wird, die gleichzeitig als Professor oder Professorin in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit stehen (vgl. Art. 21 Abs. 5 BayHSchG).

Voraussetzung für die Ruhegehaltfähigkeit ist nach Satz 1, dass der Beamte oder die Beamtin aus dem Leitungsamt in Ruhestand tritt. Zusätzlich ist entsprechend bisheriger Regelung in § 15a Abs. 4 und 5 BeamtVG erforderlich, dass die Funktions-Leistungsbezüge mindestens fünf Jahre zugestanden haben; die Innehabung des Amtes allein genügt nicht. Gleichzeitig wird der Beamte oder die Beamtin regelmäßig auch aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit als Professor oder Professorin einen eigenständigen Versorgungsanspruch erwerben. Der Ausgleich erfolgt nach Art. 84. Einer besonderen Konkurrenzregelung bedarf es nicht.

Tritt der Beamte oder die Beamtin aus dem Leitungsamt nicht in Ruhestand, werden die Funktions-Leistungsbezüge im zugrunde liegenden Beamtenverhaltnis auf Lebenszeit nach Satz 2 unter den Voraussetzungen und im Umfang der Abs. 3 bis 5 ruhegehaltfähig.

Zu Abs. 7
Die Regelung entspricht dem bisherigen § 6 Abs. 7 BayHLeistBV.

Zu Unterabschnitt 3 Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Zeiten vor dem vollendeten 17. Lebensjahr konnten bisher nicht als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden. Die Einschränkung knüpfte allein an das Lebensalter an, was nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz vom 14. August 2006 (BGBl I S. 1897) problematisch ist und deshalb nicht in das Landesrecht übernommen wird. Auf einen gesonderten Hinweis in den einzelnen Normen wird insoweit verzichtet.

Zu Art. 14 Regelmäßige ruhegehaltfähige Dienstzeit

Die Vorschrift bestimmt den Umfang der Ruhegehaltfähigkeit von Dienstzeiten im Beamtenverhältnis sowie von gleichgestellten Zeiten; sie entspricht § 6 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen und folgenden Änderungen:

Die anteilige Berücksichtigung von Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung wird in Art. 24 Abs. 1 geregelt.

Die Regelungen zur Quotelung von Ausbildungszeiten bei langen Freistellungszeiten (§ 6 Abs. 1 Satz 4 und 5 BeamtVG) werden nicht in das Landesrecht übernommen. Betroffen waren überwiegend Beamtinnen, die häufig aus familiären Gründen Freistellungen vom Dienst in Kauf nehmen müssen. Mit dem Wegfall der bisherigen Regelung wird der Beschluss des Bayerischen Landtags vom 12. Dezember 2001 (LT-Drs 14/8367) umgesetzt.

Die Sonderregelung zur Berücksichtigung von Altersteilzeit im Umfang von 9/10 der Arbeitszeit, die der Bemessung der Altersteilzeit zugrunde liegt, wird nicht fortgeführt. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Altersteilzeit war bis 31. Dezember 2009 begrenzt (Art. 91 Abs. 1 Satz 4 BayBG). Mit § 1 Art. 9 BayBVAnpG 2009/2010 vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 348) hat der Gesetzgeber die Fortführung der Altersteilzeit zu geänderten Konditionen bestimmt. Danach beträgt der Umfang der Altersteilzeit ab 1. Januar 2010 60 v. H. statt der Hälfte des Umfangs der in den letzten fünf Jahren zurückgelegten Arbeitszeit. Weiterhin wurde die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Altersteilzeit entfristet. Die Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit ist nach § 1 Art. 8 Abs. 1 BayBVAnpG 2009/2010 ab 1. Januar 2010 mit der Maßgabe anzuwenden, dass Zuschlag und Besoldung zusammen 80 v. H. statt bislang 83 v. H. der letzten Nettobezüge nicht übersteigen dürfen. Die Berücksichtigungsfähigkeit von Altersteilzeit bei der ruhegehaltfähigen Dienstzeit nach § 6 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG, die nach dem 31. Dezember 2009 angetreten wurde, wurde mit § 1 Art. 8 Abs. 2 BayBVAnpG 2009/2010 durch Landesrecht ersetzt. Altersteilzeit findet in den betroffenen Fällen nur noch entsprechend dem Verhältnis der tatsächlichen zur regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit Berücksichtigung. Für die Fälle mit Genehmigung der Altersteilzeit nach dem bis 31. Dezember 2009 geltenden Recht, die sich am 1. Januar 2011 noch im Beamtenverhältnis befinden, enthält Art. 103 Abs. 3 eine Übergangsregelung zur Berücksichtigung der Altersteilzeit im bisherigen Umfang.

Zu Abs. 1
An der Einheitlichkeit des Beamtenverhältnisses wird auch nach der Föderalismusreform festgehalten. Folglich sind Dienstzeiten bei allen Dienstherren im Bundesgebiet nach Maßgabe dieses Gesetzes ruhegehaltfähig. Dementsprechend ist nach Satz 1 die Begründung eines Beamtenverhältnisses im Dienst eines inländischen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn maßgeblich.

Zeiten der eingeschränkten Verwendung wegen begrenzter Dienstfähigkeit (§ 27 BeamtStG) sind wie Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung nur im Verhältnis des Beschäftigungsumfangs zur regelmäßigen Arbeitszeit ruhegehaltfähig (vgl. Art. 24 Abs. 1). Zur Vermeidung von Nachteilen der begrenzt Dienstfähigen gegenüber wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzten Beamten und Beamtinnen wird nach Satz 3 als Sonderregelung zu Art. 24 Abs. 1 der Mindestumfang der Ruhegehaltfähigkeit auf den Umfang der Zurechnungszeit bei Dienstunfähigkeit (Art. 23 Abs. 1) festgelegt, die sich bis zum Ende des Monats, in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird, erstreckt.

Zu Abs. 2
Neben den sonstigen Voraussetzungen wird die Zahlung eines Versorgungszuschlags für den Fall, dass die Zeit einer Beurlaubung als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden kann, bindend vorgeschrieben und die bisher nur in Verwaltungsvorschriften getroffene Regelung in das Gesetz übernommen. Der Versorgungszuschlag beträgt 30 v. H. der ruhegehaltfähigen Bezüge einschließlich der zeitanteiligen Sonderzahlung, die sich im Fall der Teilbeurlaubung auf den Anteil, der dem Umfang der Freistellung entspricht, reduzieren. Mit der Regelung wird dem Gedanken Rechnung getragen, dass der Nutznießer der Dienstleistung des oder der Bediensteten in diesem Umfang auch zur künftigen Versorgung beitragen muss. Der Versorgungszuschlag ist unter den Voraussetzungen des Art. 16 Abs. 2 BayVersRücklG dem Sondervermögen Versorgungsfonds zuzuführen.

Satz 3 sieht für den Fall der Beurlaubung von Beamten und Beamtinnen der Besoldungsordnung W vor, dass unbefristete und befristete Hochschulleistungsbezüge von Anfang an in vollem Umfang in die Bemessungsgrundlage des Versorgungszuschlags einfließen. Auf die Voraussetzungen der Ruhegehaltfähigkeit nach Art. 13 (insbesondere die Mindestbezugszeiten) kommt es nicht an.

Satz 4 ermächtigt das Staatsministerium der Finanzen im Einzelfall oder allgemein Ausnahmen wie die Verminderung der Versorgungszuschläge oder einen Zahlungsaufschub zu bewilligen und das Verfahren zu regeln. Allgemeine Ausnahmen werden insbesondere bei Beurlaubungen, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zu gewähren sind (z. B. für die Ableistung des Grundwehrdienstes oder eines Soldatenverhältnisses auf Zeit bis zu 2 Jahren - §§ 9, 16a Arbeitsplatzschutzgesetz) vorzusehen sein.

Zu Abs. 3
Abs. 3 entspricht dem bisherigen § 6 Abs. 2 BeamtVG.

Zu Abs. 4
Die Regelung stellt bestimmte Zeiten den im Beamtenverhältnis zurückgelegten Dienstzeiten gleich.

Abweichend von § 6 Abs. 3 Nr. 1 BeamtVG ist eine Gleichstellung von Zeiten im Richterverhältnis an dieser Stelle nicht erforderlich; dies ergibt sich bereits aus Art. 2 Abs. 2.

Die Einschränkung des § 6 Abs. 3 Nr. 2 BeamtVG auf Zeiten als Mitglied einer Landesregierung nach dem 8. Mai 1945 ist wegen des zeitlichen Abstands obsolet. Die Einschränkung der Berücksichtigung von Amtszeiten als Parlamentarischer Staatssekretär bei einem Mitglied der Bundesregierung auf Zeiten nach dem 14. Dezember 1972 kann ebenfalls entfallen, weil die damalige Statusänderung der Parlamentarischen Staatssekretäre bei Neufestsetzungen nicht mehr zum Tragen kommt.

Die Mitglieder des Bayerischen Landtags, die ohne Versorgungsanspruch oder Versorgungsanwartschaft aus dem Landtag ausscheiden, haben zur Berücksichtigung ihrer Mandatszeit in der Altersversorgung ein Wahlrecht. Art. 16 Abs. 3 BayAbgG sieht die Möglichkeit einer Abfindung, einer Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung oder, wenn der oder die Abgeordnete Beamter oder Beamtin war, eine Berücksichtigung als ruhegehaltfähige Dienstzeit vor. Letzteres wird korrespondierend zu Art. 16 Abs. 3 BayAbgG als neue Nummer 3 in Abs. 4 aufgenommen. Gleiches gilt für die Zeit als Mitglied des Bundestages oder eines Landtages, wenn dem Beamten oder der Beamtin ein Wahlrecht zur Absicherung der Mandatszeit für den Fall zusteht, dass daraus keine Versorgungsanwartschaft erworben wird. Die Gleichstellung im BayBeamtVG ist notwendig, weil wegen der Föderalismusreform I eine Berücksichtigung dieser Zeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit nicht mehr bundeseinheitlich vorgegeben werden kann.

Die Zeit des juristischen Vorbereitungsdienstes im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis wird neu in den Katalog der den Beamtendienstzeiten gleichzustellenden Zeiten aufgenommen. Nach Art. 4 des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes (SiGjurVD) vom 27. Dezember 1999 (GVBl S. 529) wird den Rechtsreferendaren eine Anwartschaft auf Versorgung entsprechend den beamtenrechtlichen Vorschriften gewährleistet. Es liegt in der Konsequenz dieser Regelung, den Vorbereitungsdienst mit der Dienstzeit im Beamtenverhältnis gleichzustellen.

Zu Art. 15 Erhöhung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit

Die Vorschrift entspricht mit redaktionellen Anpassungen § 7 BeamtVG und regelt die Erhöhung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit um Zeiten, die ein Ruhestandsbeamter oder eine Ruhestandsbeamtin in grundsätzlich nach Art. 14 und Art. 16 berücksichtigungsfähigen Dienst- oder Amtsverhältnissen ohne Erwerb einer Versorgungsanwartschaft zurückgelegt hat.

Zu Art. 16 Berufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten

Die Vorschrift regelt die Berücksichtigung von Zeiten des berufsmäßigen Wehrdienstes als ruhegehaltfähige Dienstzeit; sie entspricht § 8 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen. Die Einschränkung auf Zeiträume vor der Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgt in Art. 24. Für Zeiten einer Tätigkeit als Angehöriger der Grenztruppen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gilt der Ausschluss in Art. 25 Abs. 2.

Zu Art. 17 Nichtberufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten

Die Vorschrift regelt die Berücksichtigung von Zeiten des nichtberufsmäßigen Wehrdienstes und Vollzugsdienstes der Polizei sowie des Zivildienstes, mit dessen Aufnahme in die Norm die bisherige Verwaltungspraxis kodifiziert wird, als ruhegehaltfähige Dienstzeit; sie entspricht § 9 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen. Die Einschränkung auf Zeiträume vor der Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgt in Art. 24. Die nachkriegsbedingte Berücksichtigung von Zeiten eines Gewahrsams im Sinn des § 9 Häftlingshilfegesetz ist obsolet.

Zu Art. 18 Zeiten im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst

Die Vorschrift regelt, inwieweit Zeiten im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit (von Amts wegen) angerechnet werden sollen.

Über die Berücksichtigung der Ruhegehaltfähigkeit der Dienstzeit soll eine Vorwegentscheidung bei Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgen (Art. 9 Abs. 4). Die Vorschrift entspricht § 10 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen insoweit, als die Einschränkung auf Zeiträume vor der Berufung in das Beamtenverhältnis in Art. 24 verankert ist.

Zu Art. 19 Sonstige Zeiten

Die Vorschrift regelt die Berücksichtigung sonstiger Beschäftigungszeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit. Über die Berücksichtigung der Ruhegehaltfähigkeit der Dienstzeit soll eine Vorwegentscheidung bei Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgen (Art. 9 Abs. 4). Die Vorschrift entspricht § 11 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen:

Die Einschränkung auf Zeiträume vor der Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgt in Art. 24; dort ist in Abs. 4 auch die Hauptberuflichkeit gesetzlich definiert.

Zu Art. 20 Ausbildungszeiten

Die Vorschrift regelt, ob und in welchem Umfang Zeiten einer vorgeschriebenen Ausbildung oder hauptberuflichen Tätigkeit außerhalb des Beamtenverhältnisses auf Antrag als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden können. Über die Berücksichtigung der Ruhegehaltfähigkeit der Dienstzeit soll eine Vorwegentscheidung bei Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgen (Art. 9 Abs. 4). Die Vorschrift entspricht § 12 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen und folgenden Änderungen:

Die Quotelung der Ausbildungszeiten (§ 12 Abs. 5 BeamtVG) wird ebenso wie die Quotelung von Ausbildungszeiten im Beamtenverhältnis auf Widerruf aufgehoben (vgl. Begründung zu Art. 14)

Die Einschränkung auf Zeiträume vor der Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgt in Art. 24.

Die bisherige Regelung zur Regelstudienzeit ist entbehrlich, da die kürzeste Regelstudienzeit (Bachelor oder Bakkalaureus) drei Jahre beträgt (§ 19 Abs. 2 HRG) und damit nicht hinter der maximal berücksichtigungsfähigen Studienzeit einschließlich Prüfungszeit von drei Jahren zurückbleiben kann.

Zu Abs. 1
Die Studienzeit bleibt entsprechend Eckpunkt 10 der Bayerischen Staatsregierung für das Neue Dienstrecht in Bayern im Umfang von bis zu drei Jahren ruhegehaltfähig. Es bleibt bei der bisherigen Regelung, dass es sich um eine vorgeschriebene Ausbildung handeln muss.

Durch die Ergänzung des Klammerzusatzes in Satz 1 wird verdeutlicht, dass die Aufzählung nicht abschließend ist.

Zu Abs. 2
Abs. 2 entspricht § 12 Abs. 2 BeamtVG.

Zu Abs. 3
Die allgemeine Schulbildung ist einschließlich möglicher Ersatzausbildungen nicht ruhegehaltfähig. Die entsprechende Regelung erfolgt nunmehr einheitlich in Abs. 3.

Zu Abs. 4
Die Vorschrift entspricht § 12 Abs. 4 BeamtVG.

Zu Art. 21 Zeiten in dem in Art. 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet

Die Vorschrift bestimmt die Anrechnung von vor dem 3. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet zurückgelegten Zeiten; sie entspricht § 12b BeamtVG mit lediglich redaktionellen Änderungen.

Die Einschränkung auf Zeiträume vor der Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgt in Art. 24.

Zu Art. 22 Wissenschaftliche Qualifikationszeiten

Die Vorschrift ergänzt auf Grund der besonderen Werdegänge im Wissenschaftsbereich die allgemeinen Vorschriften über die Berücksichtigung von Vordienst- und Ausbildungszeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit. Sie entspricht dem bisherigen § 67 Abs. 2 BeamtVG mit kleineren inhaltlichen und redaktionellen Änderungen. Auf die Regelung des § 67 Abs. 1 BeamtVG wird verzichtet, da sie keinen eigenständigen Regelungsgehalt hatte. Die Regelung des § 67 Abs. 3 BeamtVG findet sich in Art. 9 Abs. 4 und die Regelung des § 67 Abs. 4 BeamtVG als Übergangsregelung in Art. 104 Abs. 3.

Diese Vorschrift gilt für Professoren und Professorinnen der Besoldungsordnungen W und C kw. Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen sind ausgenommen, weil sie nach Art. 15 Abs. 1 Satz 7 BayHSchPG mit Ablauf der Amtszeit nicht in den Ruhestand treten. Gleiches gilt für Akademische Räte und Oberräte (Art. 22 Abs. 5 Satz 3 BayHSchPG).

Satz 1 erfasst neben der Zeit nach der Habilitation auch die Zeit nach der Erbringung gleichwertiger wissenschaftlicher Leistungen oder nach einer Juniorprofessur (vgl. Art. 7 Abs. 1 Satz 3 BayHSchPG).

Die Satz 2 regelt die Berücksichtigung von Promotionszeiten und ist gegenüber der bisherigen Regelung unverändert.

Satz 3 ist insoweit gegenüber der bisherigen Regelung verändert, als auch Zeiten einer Juniorprofessur, die im Angestelltenverhältnis verbracht werden, bis zu drei Jahren berücksichtigt werden (vgl. Art. 15 Abs. 3 BayHSchPG). Soweit die Juniorprofessur im Beamtenverhältnis auf Zeit verbracht wurde (vgl. Art. 15 Abs. 1 BayHSchPG), erfolgt die Anrechnung bereits nach Art. 14 Abs. 1 Satz 1.

Satz 4 ist insoweit geändert, als auch die Berücksichtigung der Zeiten nach Art. 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BayHSchPG im Wege einer Kann-Vorschrift erfolgt. Dies dient dem Ziel, Doppelversorgungen der Professoren und Professorinnen entsprechend den bisherigen Ermessensrichtlinien zu vermeiden. Bedeutsam ist dies beispielsweise, wenn der Professor oder die Professorin in der Vordienstzeit Versorgungsansprüche erwirbt, die nicht nach Art. 85 angerechnet werden können (z. B. Renten aus Ländern der Europäischen Union).

Satz 5 ist gegenüber der bisherigen Regelung unverändert.

Die Regelung des bisherigen Satzes 6 des § 67 Abs. 2 BeamtVG findet sich allgemein in Art. 24 Abs. 2.

Die Regelung ist nach Art. 104 Abs. 2 auf die nach Art. 107 Abs. 1 BayBesG fortgeführten Hochschuldozenten, Hochschuldozentinnen, Oberassistenten, Oberassistentinnen, Oberinge-

nieure, Oberingenieurinnen sowie wissenschaftliche und künstlerische Assistenten und Assistentinnen anzuwenden; inhaltlich entspricht dies dem bisherigen § 67 Abs. 2 BeamtVG.

Zu Art. 23 Zurechnungszeit und Zeit gesundheitsschädigender Verwendung

Die Vorschrift bestimmt die Erhöhung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit um eine Zurechnungszeit, wenn der Beamte oder die Beamtin vor dem vollendeten 60. Lebensjahr wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt wird. Weiterhin wird die höhere Berücksichtigung von Zeiten einer Beschäftigung in Ländern mit gesundheitsschädigenden klimatischen Einflüssen geregelt. Die Vorschrift entspricht § 13 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen und folgender Änderung in Abs. 1: Die Quotelung der Zurechnungszeit wegen langen Freistellungszeiten entfällt ebenso wie die Quotelung von Ausbildungszeiten im Beamtenverhältnis auf Widerruf (vgl. Begründung zu Art. 14).

Zu Art. 24 Allgemeine Bestimmungen zur Berücksichtigung von Dienstzeiten

Die Vorschrift fasst Bestimmungen zur Berücksichtigungsfähigkeit von Dienstzeiten in Unterabschnitt 3 zusammen; sie ersetzt ohne inhaltliche Änderung bisher verstreute Regelungen des BeamtVG.

Zu Abs. 1
Zeiten nach Art. 14, Art. 16 und Art. 18 bis Art. 20 in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis oder in einer hauptberuflichen Tätigkeit, die mit einer geringeren als der regelmäßigen Arbeitszeit ausgeübt wurden, sind nur in dem Verhältnis der tatsächlichen zur regelmäßigen Arbeitszeit ruhegehaltfähig. Dies gilt auch für Zeiten einer eingeschränkten Verwendung wegen begrenzter Dienstfähigkeit; zur Mindestberücksichtigung in Höhe der Zurechnungszeit vgl. Art. 14 Abs. 1 Satz 3.

Zu Abs. 2
Bei den Zeiten nach den Art. 16 bis Art. 19 und Art. 21 handelt es sich um Zeiten außerhalb des Beamtenverhältnisses, aus dem sich die Versorgung berechnet. Damit sie berücksichtigt werden können, müssen sie vor der Berufung in dieses Beamtenverhältnis zurückgelegt worden sein (Vordienstzeiten). Ausbildungszeiten nach Art. 20 sind in der Regel ebenfalls Vordienstzeiten, können aber in Einzelfällen auch während Beurlaubungszeiten im Beamtenverhältnis auftreten. Diese werden daher nicht in Abs. 2 aufgeführt.

Zu Abs. 3
Die Definition des Begriffes Hauptberuflichkeit wird neu in das BayBeamtVG aufgenommen. Entsprechend der höchstrichterlichen Rechtsprechung (Urteil des BVerwG vom 25. Mai 2005 – 2 C 20.04 bestätigt mit Urteil vom 24. Juni 2008 – 2 C 5.07) wird festgelegt, dass der Beschäftigungsumfang der Tätigkeit mindestens der im gleichen Zeitraum möglichen Teilzeitbeschäftigung entsprechen muss; zur Klarstellung wird ferner bestimmt, dass es auf die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse zum Zeitpunkt der Tätigkeit und nicht der Festsetzung der Versorgungsbezüge ankommt.

Zu Abs. 4
Dem Berufsbeamtentum liegt das Prinzip eines lebenslangen Dienst- und Treueverhältnisses zugrunde, aus dem die Alimentationsverpflichtung folgt. Danach sind die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und Beamtinnen so zu bemessen, dass ein dem Amt entspre-

chender Lebensunterhalt gewährt und damit sichergestellt wird, dass sich diese ganz dem öffentlichen Dient als Lebensberuf widmen können. Dementsprechend ist die Beamtenversorgung als Vollversorgung ausgestaltet. Beziehen Beamte und Beamtinnen daneben aus anderen Beschäftigungsverhältnisses Renten oder sonstige Versorgungsleistungen, unterliegen diese grundsätzlich der Ruhensberechnung nach Art. 85, über die sichergestellt wird, dass die Gesamtversorgung aus mehreren Altersversorgungen die von den Beamten und Beamtinnen höchstens erreichbaren Versorgungsbezüge nicht übersteigt. Versorgungsleistungen aus Mitgliedsstaaten der EU werden von der Anrechnungsvorschrift nicht erfasst, weil nach den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 keine gleichartigen ausländischen (mitgliedstaatlichen) Leistungen auf die Beamtenversorgung angerechnet werden dürfen. Danach liegen Leistungen gleicher Art ungeachtet ihrer Bezeichnung vor, wenn sie sich aus dem Versicherungsverlauf ein und derselben Person herleiten (wegen der Definition wird auf Art. 46a Abs. 1 VO (EWG) 1408/71 verwiesen). Um dennoch dem Grundsatz gerecht werden zu können, dass Beamte und Beamtinnen keine höheren Alterssicherungsleistungen erhalten sollen, als sie ein sogenannter Nur-Beamter höchstens erreichen kann, werden in ständiger Verwaltungspraxis Zeiten im Rahmen der Kannvorschriften nur soweit berücksichtigt, als die Gesamtversorgung die Höchstgrenze nach Art. 85 Abs. 2 nicht überschreitet. Mit der Aufnahme dieses Grundsatzes in Abs. 5 wird diese Praxis kodifiziert und die Gleichbehandlung aller Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen sichergestellt.

Zu Art. 25 Ausschlusszeiten

Die Vorschrift entspricht § 12a BeamtVG mit folgender Änderung:

Die bisher in § 30 BBesG enthaltene Aufzählung der nicht berücksichtigungsfähigen Tätigkeiten in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wurde nicht in das BayBesG übernommen. Es soll jedoch im Versorgungsrecht weiterhin der Grundsatz gelten, dass bestimmte Tätigkeiten wegen der besonderen Nähe zum System der ehemaligen DDR nicht berücksichtigt werden dürfen. Aus diesem Grund wird der Katalog der ausgeschlossenen Tätigkeiten in das BayBeamtVG aufgenommen.

Zu Art. 26 Höhe des Ruhegehalts

Die Vorschrift regelt die Höhe des Ruhegehalts. Sie entspricht § 14 BeamtVG mit redaktionellen und inhaltlichen Änderungen. Neu sind insbesondere die Regelungen zur Verminderung des Ruhegehalts bei vorzeitigen Ruhestandseintritten (Versorgungsabschlag) und die Ausnahmen bei langjährigen Dienstzeiten und bei besonders belastenden unregelmäßigen Dienstzeiten sowie die Regelungen zur Erhöhung des Ruhegehalts in bestimmten Fällen von Ruhestandseintritten nach der gesetzlichen Altersgrenze (Versorgungsaufschlag).

Zu Abs. 1
Abs. 1 definiert den Begriff Ruhegehaltssatz und bestimmt wie bisher die Rundungsregeln des Ruhegehaltssatzes und der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstjahre.

Zu Abs. 2
Der Absatz regelt die Verminderung des Ruhegehalts bei vorzeitigen Ruhestandseintritten durch Versorgungsabschläge. Ziel ist der Ausgleich der wegen der längeren Bezugsdauer höheren Versorgungsausgaben. Zugleich soll vorzeitigen Ruhestandsversetzungen entgegenge-

wirkt werden. Die Altersgrenze wird entsprechend der allgemeinen Altersgrenze angehoben (vgl. die Übergangsregelung in Art. 106).

Zu Abs. 3
In Anlehnung an das Rentenrecht wird auch für die Beamten und Beamtinnen als Ausgleich für die Anhebung der gesetzlichen Altersgrenzen die Möglichkeit geschaffen, bei langen Dienstzeiten abschlagsfrei vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Voraussetzungen für die Abschlagsfreiheit sind in Anknüpfung an die Antragsaltersgrenze die Vollendung des 64. Lebensjahres sowie die Ableistung langer Dienstzeiten und zwar

- von 45 Dienstjahren beim voraussetzungslosen Antragsruhestand (Satz 1 Nr. 1),
- von 40 Dienstjahren bei Dienstunfähigkeit und Schwerbehinderung (Satz 2 Nr. 2).

Beamte und Beamtinnen des Vollzugsdienstes (Polizei, Strafvollzug), des Landesamtes für Verfassungsschutz, des Einsatzdienstes der Berufs- und Werksfeuerwehren sowie des Einsatzdienstes Ständiger Wachen der Freiwilligen Feuerwehren, die 20 Jahre Schicht- oder Wechselschichtdienst sowie vergleichbar belastende unregelmäßige Dienstzeiten zurückgelegt haben, können auf Antrag ab Vollendung des 60. Lebensjahres vorzeitig abschlagsfrei in den Ruhestand treten (Satz 1 Nr. 3).

In die Ermittlung der langen Dienstzeiten nach Satz 1 sind die Zeiten einzubeziehen, die im Zusammenhang mit einer Dienstleistung oder Tätigkeit im öffentlichen Dienst stehen. Das sind Zeiten der vorgeschriebenen Ausbildung, im Beamtenverhältnis, im berufs- und nichtberufsmäßigen Wehrdienst sowie im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst; dazu rechnen auch Zeiten der Angehörigkeit zum Lehrkörper einer Hochschule nach der Habilitation. Als Ausnahme sind daneben Zeiten einer Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr des Kindes wegen deren familienpolitischer Bedeutung einzubeziehen.

Zu Abs. 4
Beamte und Beamtinnen, für die eine nach der gesetzlichen Regelaltersgrenze (Art. 62 Satz 1, Art. 143 Abs. 1 BayBG) liegende Altersgrenze gilt, erhalten bei Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen dieser Altersgrenze einen Versorgungsaufschlag in Höhe von 3,6 v. H. je vollem Jahr der Differenz zwischen beiden Altersgrenzen, der ebenso wie der Versorgungsabschlag taggenau berechnet wird. Damit wird Eckpunkt 8 der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern umgesetzt. Betroffen sind Lehrer und Lehrerinnen, bei denen gesetzliche Altersgrenze das Ende des Schuljahres ist, in dem die Regelaltersgrenze erreicht wird, sowie Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen, bei denen die gesetzliche Altersgrenze auf das Ende des Semesters fällt, in dem die Regelaltersgrenze erreicht wird.

Zu Abs. 5
Die amtsunabhängige Mindestversorgung wird auf eine neue Bemessungsgrundlage gestellt. Um die Mehrkosten in der Mindestversorgung infolge der geänderten Grundgehaltstabelle in einem vertretbaren Rahmen zu halten, wird die Berechnung wie folgt geändert:

1. An die Stelle des Grundgehalts der bisherigen Stufe 7 (Endstufe) der Besoldungsgruppe A 4 tritt das im Vergleich hierzu höhere Grundgehalt der neuen Stufe 9 (Endstufe) der Besoldungsgruppe A 3.
2. Das Mindestruhegehalt berechnet sich mit 66,5 v. H. statt mit bisher 65 v. H. aus den ruhegehaltfähigen Bezügen.

3. Der bisherige Erhöhungsbetrag von 30,68 € zum Mindestruhegehalt und Mindestwitwen- oder -witwergeld wird als eigenständiger Leistungstatbestand abgeschafft und geht in der Erhöhung gegenüber der bisherigen amtsunabhängigen Mindestversorgung auf.

Finanzielle Nachteile für die betroffenen Zahlungsempfänger sind damit nicht verbunden; das Mindestruhegehalt erhöht sich um 27,04 € bei nicht verheirateten Ruhestandsbeamten und um 28,65 € bei Ruhestandsbeamten mit Familienzuschlag der Stufe 1. Das Mindestwitwengeld mit 60 v. H. erhöht sich um 4,92 €, das mit 55 v. H. um 1,96 €, das Mindesthalbwaisengeld um 7,12 € und das Mindestvollwaisengeld um 11,86 €.

Die bisherige Möglichkeit des Zurückbleibens hinter der Mindestversorgung allein auf Grund langer Freistellungszeiten wird nicht übernommen, da in der Regel Frauen davon betroffen waren. Insoweit wird auch auf die Begründung zu Art. 14 zur Streichung der Quotelung von Ausbildungszeiten im Beamtenverhältnis auf Widerruf verwiesen.

Zu Abs. 6
Die Regelung entspricht § 14 Abs. 5 BeamtVG. Erdientes Ruhegehalt ist das Ruhegehalt nach Anwendung von Versorgungsabschlägen und Versorgungsaufschlägen. Der Kindererziehungszuschlag (Art. 71) und der Pflegezuschlag (Art. 72) treten zum erdienten Ruhegehalt hinzu. Bei Beamten und Beamtinnen auf Zeit tritt das nach Art. 28 ermittelte günstigere Ruhegehalt an die Stelle des Ruhegehalts nach Abs. 1.

Zu Abs. 7
Die bisherigen Bestimmungen im Besoldungsrecht, in den ersten drei Monaten des einstweiligen Ruhestands die Bezüge, die am Tag vor der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zustanden, weiterzugewähren, werden nicht in das BayBesG übernommen. Der Beamte oder die Beamtin erhält stattdessen künftig sofort Ruhegehalt. Dieses bemisst sich während einer Übergangszeit mit 71,75 v. H. aus den ruhgehaltfähigen Bezügen nach Art. 12. Die bisherige Bemessung nach der Endstufe der Besoldungsgruppe des Amtes, aus dem die Ruhestandsversetzung erfolgte, wird abgelöst; sie erscheint angesichts der sehr geringen Zahl der Fälle vertretbar und aus Gründen der Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage geboten. Die Übergangszeit mit erhöhtem Ruhegehalt entspricht der bisherigen Regelung. Die bisherige Beschränkung auf die Höhe der Bezüge zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung sowie die Mindestbetragsregelung auf Basis des Ruhegehalts nach sonstigen Vorschriften, werden aus vorgenannten Gründen ebenfalls nicht übernommen.

Zu Art. 27 Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes

Die Vorschrift regelt die vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes auf Antrag, wenn der Beamte oder die Beamtin vor der gesetzlichen Altersgrenze wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt wurde oder mit Erreichen einer besonderen Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist und die allgemeine Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt hat. Die Vorschrift entspricht § 14a BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen und inhaltlichen Änderungen.

Zu Abs. 1
Der im bisherigen § 14a Abs. 1 Satz 1 BeamtVG allgemein gehaltene Bezug auf den berechneten Ruhegehaltssatz wird mit Blick auf die höchstrichterliche Rechtsprechung (BVerwG v. 23. Juni 2005 – 2 C 25.04) dahingehend konkretisiert, dass die Sinn und Zweck des Art. 27 entsprechenden Regelungen zur Berechnung des Ruhegehaltssatzes zitiert werden.

Die Höhe der unschädlichen Einkünfte wird an die Hinzuverdienstgrenze im Rentenrecht (§ 96a Abs. 2 Nr. 2 SGB VI: 400 € je Monat zuzüglich zweimal 400 € im Kalenderjahr) angepasst und wegen der Durchschnittsbetrachtung innerhalb eines Jahres in Höhe eines auf volle 10 € aufgerundeten Zwölftels festgelegt. Der bisherigen weiteren Voraussetzung des vollendeten 60. Lebensjahres (bzw. 62. Lebensjahres nach Anhebung) in Nr. 2 b) bedarf es wegen der gleichlautenden Regelung der besonderen Altersgrenze nicht. Die Antragsaltersgrenze nach Art. 129 Satz 3 BayBG gilt nicht als besondere Altersgrenze.

Zu Abs. 2 bis 4
Die Regelungen entsprechen § 14a Abs. 2 bis 4 BeamtVG.

Zu Art. 28 Ruhegehaltssatz für Beamte und Beamtinnen auf Zeit

Die Vorschrift übernimmt inhaltlich unverändert die bislang in § 66 Abs. 2 BeamtVG enthaltenen besonderen Ruhegehaltsätze für Beamte und Beamtinnen auf Zeit nach Maßgabe der Amtszeit. Es handelt sich dabei um Mindestruhegehaltsätze, die, wenn dies günstiger ist, an die Stelle des Ruhegehaltssatzes treten, der sich gemäß der ruhegehaltfähigen Dienstzeit nach den allgemeinen Vorschriften ergibt.

Zu Art. 29 Unterhaltsbeitrag für entlassene Beamte und Beamtinnen

Die Vorschrift übernimmt die bislang in §§ 15, 66 Abs. 5 BeamtVG enthaltenen Regelungen zur Gewährung von Unterhaltsbeiträgen für entlassene Beamte und Beamtinnen.

Nach Satz 1 kann Beamten und Beamtinnen auf Lebenszeit gemäß dem bisherigen § 15 Abs. 1 BeamtVG bei Dienstunfähigkeit oder Erreichen der Altersgrenze ein Unterhaltsbeitrag bewilligt werden, wenn sie wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen des Art. 11 Abs. 1 nicht in den Ruhestand versetzt werden.

Nach Satz 2 kann Beamten und Beamtinnen auf Zeit gemäß dem bisherigen § 66 Abs. 5 BeamtVG ein Unterhaltsbeitrag bewilligt werden, wenn sie bei Dienstunfähigkeit mangels Erfüllung der Voraussetzungen des Art. 123 BayBG entlassen werden. Dies gilt auch für Beamte und Beamtinnen auf Probe, die bei Dienstunfähigkeit nicht nach § 28 BeamtStG in den Ruhestand versetzt werden; der bislang in § 15 Abs. 2 BeamtVG geregelte Fall der Entlassung wegen Erreichens der Altersgrenze ist mangels praktischer Relevanz nicht mehr enthalten.

Zu Art. 30 Beamte und Beamtinnen auf Probe und auf Zeit in leitender Funktion

Die Vorschrift bestimmt die Möglichkeiten der Gewährung einer Versorgung an Beamte und Beamtinnen auf Zeit oder Probe in leitender Funktion. Sie entspricht § 15a BeamtVG unter Anpassung an die statusrechtlichen Rahmenbedingungen nach dem BayBG.

Zu Abs. 1 und 2
Die Regelungen entsprechen § 15a Abs. 1 und 2 BeamtVG.

Zu Abs. 3
Der den ruhegehaltfähigen Bezügen hinzuzurechnende Unterschiedsbetrag wird auf die erste Fallgruppe (ein Viertel) beschränkt, weil der Beamte oder die Beamtin auf Zeit in leitender Funktion nach Ableistung einer Amtsperiode von fünf Jahren in das Beamtenverhältnis auf

Lebenszeit zu übernehmen ist (Art. 45 Abs. 1 Satz 6 BayBG) und damit die zweite Fallgruppe aus statusrechtlichen Gründen in Bayern leer läuft.

Zu Abs. 4
Der Absatz übernimmt die bislang in Art. 45 Abs. 14 BayBG enthaltene Regelung zur Bestimmung der ruhegehaltfähigen Bezüge für den Fall der Dienstunfähigkeit; diese Regelung war ihrerseits mit Wirkung ab 1. April 2007 an die Stelle des § 15a Abs. 5 BeamtVG getreten.

Dienstunfähige Beamte und Beamtinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit in leitender Funktion sind unter den Voraussetzungen des Art. 45 Abs. 12 BayBG in den Ruhestand zu versetzen. Sie haben nach Abs. 2 Halbsatz 1 keinen Anspruch auf Ruhegehalt aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit, sondern nur aus dem zugrunde liegenden Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. Abs. 4 sieht jedoch entsprechend der Regelung in § 15a Abs. 5 BeamtVG vor, dass sich die ruhegehaltfähigen Bezüge aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit berechnen.

Die bisherige Regelung des § 15a Abs. 4 BeamtVG betrifft den Fall, dass ein Beamter oder eine Beamtin auf Zeit wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand tritt. Dieser Fall ist in Bayern nach Art. 45 Abs. 2 Nr. 2 BayBG ausgeschlossen, da die Führungsposition sogleich im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übertragen ist, wenn der Beamte oder die Beamtin innerhalb von fünf Jahren nach Übertragung des Amtes die gesetzliche Altersgrenze erreicht. Die Regelung wird daher nicht übernommen.

Zu Abschnitt 2 Hinterbliebenenversorgung

Dieser Abschnitt enthält die Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung entsprechend den bisherigen Grundsätzen. Systematisch wird aus Gründen der Übersichtlichkeit in einmalige Leistungen (Unterabschnitt 1) und laufende Leistungen (Unterabschnitt 2) untergliedert.

Zu Art. 31 Allgemeines

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 16 BeamtVG und zählt die Leistungen an die Hinterbliebenen abschließend auf. Die Ansprüche der Witwer und geschiedenen Ehemänner werden nicht mehr – wie bislang in § 16 Nr. 7 – als eigenständige Leistung definiert, sondern unmittelbar in den jeweiligen Tatbeständen geregelt. Die Leistungen nach Nr. 3 und 4 sowie die Vorschriften dieses Abschnitts werden sprachlich entsprechend angepasst. Inhaltlich ergeben sich hieraus keine Änderungen.

Zu Art. 32 Bezüge für den Sterbemonat

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 17 BeamtVG. Die geänderten Formulierungen sind nur redaktioneller Natur.

Zu Abs. 1
Die Regelung betrifft Fälle, in denen Bezüge an den Verstorbenen oder die Verstorbene im Voraus bezahlt wurden und auf Grund des Todesfalls für den Zeitraum nach dem Todestag bis zum Ende des Sterbemonats kein Besoldungs- oder Versorgungsanspruch besteht. Zur Vermeidung aufwändiger Ermittlungen wird gegenüber den Erben und Erbinnen auf die Rückforderung verzichtet. Erfasst sind die Bezüge einschließlich Aufwandsentschädigung der verstorbenen Beamten und Beamtinnen, Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen sowie entlassenen Beamten und Beamtinnen.

Zu Abs. 2
Die Vorschrift regelt, dass die noch nicht bezahlten Teile der Bezüge für den Sterbemonat mit befreiender Wirkung auch an die überlebenden Ehegatten und die Abkömmlinge bezahlt werden können. Regelmäßig wird es sich dabei um die Erben und Erbinnen handeln; die Pensionsbehörde muss dies jedoch nicht prüfen. Das Innenverhältnis zwischen den Erben und den hier genannten Personen ist durch die Vorschrift nicht berührt.

Zu Art. 33 Sterbegeld

Die Vorschrift regelt das Sterbegeld entsprechend dem bisherigen § 18 BeamtVG. Das pauschale Sterbegeld (§ 18 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG) ist in Abs. 1 und 2 geregelt. Abs. 3 enthält das Kostensterbegeld (§ 18 Abs. 2 Nr. 2 BeamtVG) und Abs. 4 das Witwen- oder Witwersterbegeld (§ 18 Abs. 3 BeamtVG). Die Änderungen sind im Wesentlichen redaktioneller Art.

Zu Abs. 1
Dieser Absatz regelt die Anspruchsvoraussetzungen für das pauschale Sterbegeld. Es dient dem Zweck, den Hinterbliebenen die Umstellung auf die geänderten Lebensverhältnisse zu erleichtern und pauschal zur Deckung der Krankheits- und Bestattungskosten des oder der Verstorbenen beizutragen.

Sterbegeldurheber sind nach Satz 1 Beamte und Beamtinnen, Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen sowie entlassene Beamte und Beamtinnen, die im Sterbemonat einen Unterhaltsbeitrag erhalten haben.

Die Berechtigten sind in Satz 2 aufgeführt. Der Personenkreis entspricht der bisherigen Regelung; auf die in § 18 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG enthaltene Variante, dass der oder die Verstorbene ganz oder überwiegend der Ernährer der dort genannten Personen gewesen ist, wird aus Vereinfachungsgründen verzichtet. Sind mehrere Personen vorhanden, bestimmt sich die Person des Zahlungsempfängers nach der Reihenfolge der Aufzählung.

Satz 3 entspricht dem bisherigen § 18 Abs. 4 BeamtVG und ermöglicht es der Pensionsbehörde (Art. 9 Abs. 1), von der Rangfolge des Satzes 2 bei Vorliegen eines wichtigen Grundes abzuweichen oder das Sterbegeld aufzuteilen. Die Zahlung kann abweichend von der bisherigen Regelung auch dann an die in Nr. 3 genannten Personen geleistet werden, wenn Personen nach Nr. 1 oder 2 vorhanden sind; die frühere Abstufung innerhalb des Personenkreises für das pauschale Sterbegeld wird damit aufgehoben, um der Bedeutung der Personen, die sich in besonderer Nähe zu dem oder der Verstorbenen befanden, gerecht zu werden. Ein wichtiger Grund im Sinn des Satzes 3 kann beispielsweise vorliegen, wenn ein Ehegatte von dem oder der Verstorbenen getrennt lebt oder eine andere Person die Bestattungskosten getragen hat. Liegt ein wichtiger Grund vor, steht die Entscheidung im Ermessen der Pensionsbehörde.

Zu Abs. 2
Satz 1 regelt die Bemessung des Sterbegelds gemäß dem bisherigen § 18 Abs. 1 Sätze 2 und 3 BeamtVG. Zu den laufenden monatlichen Bezügen gehören für Beamte und Beamtinnen die Bezüge nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 Nr. 1 und 2 BayBesG. Die Auslandsbesoldung nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 5 BayBesG ist nur mit den Maßgaben des Satzes 1 zu berücksichtigen. Vergütungen nach Art. 2 Abs. 3 Nr. 3 BayBesG sind gemäß bisheriger Regelung ausdrücklich ausgenommen. Zu den laufenden monatlichen Bezügen gehören ferner die Leistungsstufe nach Art. 65 BayBesG sowie Hochschulleistungsbezüge nach Art. 68 ff. BayBesG,

wenn sie nicht in Form einer Einmalzahlung vergeben werden. Dagegen sind Leistungsprämien nach Art. 66 BayBesG, Hochschulleistungsbezüge nach Art. 68 BayBesG in Form einer Einmalzahlung, die Sonderzahlung nach § 2 Abs. 3 Nr. 6 BayBesG und vermögenswirksame Leistungen nach § 2 Abs. 3 Nr. 7 BayBesG nicht zu den laufenden monatlichen Bezügen zu rechnen. Bei Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sind die Anwärterbezüge nach Art. 2 Abs. 3 Nr. 5 BayBesG anzusetzen. Bei Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen sowie entlassenen Beamten und Beamtinnen sind laufende monatliche Bezüge das Ruhegehalt oder der Unterhaltsbeitrag sowie der Unterschiedsbetrag nach Art. 69 Abs. 2.

Satz 2 verweist auf Art. 12 Abs. 1 Satz 2. Damit sind bei Teilzeitbeschäftigung, Beurlaubung ohne Grundgehalt und beschränkter Dienstfähigkeit die dem letzten Amt entsprechenden vollen ruhegehaltfähigen Bezüge anzusetzen. Dies entspricht der bisherigen Regelung.

Satz 3 sieht eine Anrechnungsmöglichkeit vor, wenn Sterbegeld aus anderen Beschäftigungsverhältnissen gewährt wird. Dies entspricht im Ergebnis den bisherigen Verwaltungsrichtlinien. Die Entscheidung trifft die Pensionsbehörde auf Grund von Verwaltungsvorschriften.

Zu Abs. 3
Satz 1 regelt die Voraussetzungen für das Kostensterbegeld. Es wird nur gewährt, wenn Anspruchsberechtigte nach Abs. 1 Satz 2 nicht vorhanden sind, da diese Personen als potenzielle Erben nach § 1968 BGB vorrangig zur Tragung der Beerdigungskosten verpflichtet sind. Die bisherige Möglichkeit nach § 18 Abs. 4 Halbsatz 2 BeamtVG, anstelle des pauschalen Sterbegeldes ein Kostensterbegeld für die nunmehr in Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 genannten Personen zu gewähren besteht nicht mehr, weil innerhalb des pauschalen Sterbegeldes keine Abstufung mehr vorgenommen wird.

Nach Satz 2 bemisst sich das Kostensterbegeld gemäß bisheriger Regelung nach der Höhe der Aufwendungen, wird jedoch auf die Höhe des Sterbegeldes nach Abs. 2 gedeckelt.

Zu Abs. 4
Die Vorschrift regelt das Witwen- oder Witwersterbegeld ohne inhaltliche Änderung gegenüber § 18 Abs. 3 BeamtVG.

Sterbegeldurheber sind nach Satz 1 Witwen und Witwer, denen im Zeitpunkt des Todes dem Grunde nach Witwengeld (Art. 35, Art. 58) zustand. Sterbegeldurheber sind nach Satz 3 ferner Witwen und Witwer sowie frühere Ehefrauen und Ehemänner, denen im Zeitpunkt des Todes ein Unterhaltsbeitrag (Art. 38, Art. 42, Art. 60) zustand. Anspruchsberechtigt sind die Kinder der in Abs. 1 Satz 1 genannten Personen unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen.

Die Bemessung des Witwen- und Witwersterbegeldes richtet sich nach den Sätzen 2 und 3. Aus redaktionellen Gründen wird nicht mehr auf die Regelung zum Sterbegeld verwiesen, sondern eine eigenständige Regelung getroffen. Das Witwen- und Witwersterbegeldes beträgt danach das Zweifache des Witwengeldes bzw. des Unterhaltsbeitrags.

Auf Grund des Verweises in Satz 4 auf Abs. 2 Satz 3 kann entsprechend den bisherigen Verwaltungsrichtlinien das Sterbegeld aus anderen Beschäftigungsverhältnissen angerechnet werden.

Zu Art. 34 Versorgungsurheber

Die Vorschrift bestimmt die Versorgungsurheber für die in Unterabschnitt 2 geregelten Ansprüche, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist (vgl. Art. 42). Versorgungsurheber ist die Person, von der sich im Fall ihres Versterbens Versorgungsansprüche für die Hinterbliebenen ableiten. Das bisherige Recht hat dies ohne Verwendung des Begriffs des Versorgungsurhebers unmittelbar in der jeweiligen Anspruchsnorm geregelt. Die hier gewählte, vor die Klammer gezogene Begriffsbestimmung dient der Regelungsklarheit. Eine inhaltliche Änderung des Personenkreises gegenüber §§ 19 und 23 BeamtVG ist damit nicht verbunden.

Beamte und Beamtinnen auf Zeit, die bislang über den Verweis in § 66 Abs. 1 BeamtVG erfasst werden, sind nunmehr unmittelbar aufgeführt (Nr. 2). Die Eigenschaft als Versorgungsurheber haben sie jedoch – abweichend vom bisherigen Recht – nur dann, wenn sie die Voraussetzungen für den Eintritt in den Ruhestand nach Art. 123 BayBG erfüllen, d. h. regelmäßig eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren zurückgelegt haben. Damit bestehen einheitliche Voraussetzungen für die Versorgung der Beamten und Beamtinnen auf Zeit sowie deren Hinterbliebenen; dies ist konsequent, da sich die Hinterbliebenenversorgung von der Versorgungsanwartschaft des verstorbenen Beamten oder der verstorbenen Beamtin ableitet.

Zu Art. 35 Witwengeld

Die Vorschrift regelt die Voraussetzungen für das Witwengeld, die gegenüber der bisherigen Regelung in § 19 BeamtVG teilweise geändert sind. Beim Begriff des Witwengeldes wird auf die Paarformel verzichtet, da es sich um eine Geldleistung handelt, die als solche geschlechtsneutral ist.

Zu Abs. 1
Der Absatz enthält die Anspruchsgrundlage für das Witwengeld. Durch die Bezugnahme auf den in Art. 34 definierten Versorgungsurheber sind sämtliche, bislang in § 19 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 sowie § 66 Abs. 1 BeamtVG enthaltenen Fälle erfasst.

Zu Abs. 2
Dieser Absatz regelt die Ausschlussgründe für das Witwengeld.

Nr. 1 entspricht mit kleinen redaktionellen Änderungen dem bisherigen § 19 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BeamtVG (sog. „Versorgungsehe“).

Nr. 2 entspricht inhaltlich im Wesentlichen dem bisherigen § 19 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BeamtVG (sog. „Nachheirat“). Die Vorschrift nennt jedoch keine Altersgrenze, sondern verweist auf die allgemeine Altergrenze nach Art. 62 Satz 1. Die Anhebung der Altersgrenze gilt somit auch hier. Besondere Altersgrenzen oder die Antragsaltersgrenze spielen keine Rolle; die Übergangsregelung nach Art. 143 BayBG ist zu beachten.

Nr. 3 schließt das Witwengeld bei einem großen Altersunterschied zwischen der Witwe oder dem Witwer und dem Versorgungsurheber aus. Bislang war dieser Fall nicht als Ausschlusstatbestand ausgestaltet, sondern bei der Höhe des Witwengeldes zu berücksichtigen (§ 20 Abs. 2 BeamtVG). Mit der Neuregelung soll die Eigenverantwortlichkeit jüngerer Eheleute in den Vordergrund gerückt werden. Witwen oder Witwer werden dabei nicht schutzlos gestellt, da ihnen nach Art. 38 ein Unterhaltsbeitrag gewährt wird, der sich hinsichtlich der Höhe an der bisherigen Regelung für das Witwengeld orientiert.

Zu Art. 36 Höhe des Witwengeldes

Die Vorschrift regelt die Bemessung des Witwengeldes entsprechend § 20 BeamtVG.

Nach Satz 1 beträgt das Witwengeld wie bisher 55 v. H. des (tatsächlichen oder fiktiven) Ruhegehalts des Versorgungsurhebers. Mit Satz 2 wird klarstellend geregelt, dass die das Ruhegehalt erhöhenden Kindererziehungszuschläge (Art. 71) und Pflegezuschläge (Art. 72) Bestandteil der Bemessungsgrundlage des Witwengeldes sind.

Die amtsunabhängige Mindestwitwen- oder -witwerversorgung wird in Satz 2 fortgeführt; der bisherige Zuschlag nach § 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG entfällt (vgl. Begründung zu Art. 26).

Nach Satz 3 ist gemäß bisheriger Regelung ein nach Art. 26 Abs. 7 oder Art. 27 erhöhtes Ruhegehalt beim Witwengeld nicht zu berücksichtigen.

Satz 4 entspricht der bisherigen Regelung des § 20 Abs. 1 Satz 4 BeamtVG.

Auf die bislang in § 20 Abs. 2 und 3 BeamtVG enthaltenen Regelungen zur Kürzung des Witwengeldes wegen großen Altersunterschieds kann künftig verzichtet werden, da in diesen Fällen ein Witwen- oder Witwengeld dem Grunde nach ausgeschlossen ist (Art. 35 Abs. 2 Nr. 3) und stattdessen nach Art. 38 Abs. 1 ein Unterhaltsbeitrag gewährt werden kann.

Zu Art. 37 Witwenabfindung

Die Witwenabfindung wird gegenüber § 21 BeamtVG hinsichtlich der Bemessung des Abfindungsbetrags inhaltlich geändert.

Zu Abs. 1
Die bisherige Regelung des § 21 Abs. 1 BeamtVG, wonach im Fall einer Wiederverheiratung eine Abfindung an die Witwe oder den Witwer zu zahlen ist, wird inhaltlich unverändert übernommen. Die Abfindung soll der Witwe oder dem Witwer einen Ausgleich dafür gewähren, dass auf Grund der Wiederverheiratung der Anspruch auf Witwengeld oder auf Unterhaltsbeitrag erlischt (Art. 44 Abs. 1 Nr. 2). Es handelt sich nicht um eine Abfindung im technischen Sinn, da der Anspruch auf Witwengeld oder auf Unterhaltsbeitrag nach Auflösung der Ehe wieder auflebt (Art. 44 Abs. 5).

Zu Abs. 2
Die Abfindung beträgt wie bislang das Vierundzwanzigfache des Witwengeldes oder des Unterhaltsbeitrags. Die Bemessungsgrundlage wird jedoch gegenüber § 21 Abs. 2 BeamtVG in zweierlei Weise modifiziert: Zum einen sind sämtliche Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften uneingeschränkt zu berücksichtigen. Die bisherigen Ausnahmen nach § 21 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 BeamtVG entfallen. Insbesondere für die Ausblendung der Ruhensregelungen nach den bisherigen §§ 53, 54 Abs. 1 Nr. 3 BeamtVG besteht kein sachlicher Grund, da die eigenen Versorgungsansprüche der Witwe oder des Witwers durch die Wiederverheiratung unberührt bleiben und auch davon auszugehen ist, dass etwaige Erwerbseinkünfte weiterhin bezogen werden.

Zum anderen wird nicht mehr der im Heiratsmonat zustehende Betrag, sondern der Durchschnittsbetrag der letzten zwölf Monate vor Wiederverheiratung zugrunde gelegt; bestand der Anspruch auf Witwengeld oder auf Unterhaltsbeitrag für einen geringeren Zeitraum, so ist der Durchschnittswert dieses Zeitraums anzusetzen. Diese Durchschnittsbetrachtung führt zu gerechteren Ergebnissen, da etwaige Einmaleffekte im Heiratsmonat (beispielsweise besonders

hohe oder niedrige zusätzliche Einkünfte) an Gewicht verlieren. Die Sonderzahlung nach Art. 75 bis 79 fliesst nicht in die Bemessungsgrundlage der Witwenabfindung ein.

Der Abfindungsbetrag ist in einer Summe zu zahlen. Dies ergibt sich bereits aus Abs. 1 und muss nicht, wie bislang in § 21 Abs. 2 Satz 2 BeamtVG, eigens geregelt werden.

Die bislang in § 21 Abs. 3 BeamtVG verankerte Regelung hinsichtlich der Anrechung der Witwenabfindung auf das wieder aufgelebte Witwengeld wird aus systematischen Gründen künftig in Art. 44 Abs. 5 geregelt.

Zu Art. 38 Unterhaltsbeitrag für nicht witwengeldberechtigte Witwen oder Witwer

Die Vorschrift übernimmt im Wesentlichen die bisherige Regelung des § 22 Abs. 1 BeamtVG.

Satz 1 sieht vor, dass in bestimmten Fällen, in denen kein Anspruch auf Witwengeld besteht, ein angemessener Unterhaltsbeitrag zu gewähren ist. Entsprechend bisheriger Regelung gilt dies für die sog. nachgeheirateten Witwen oder Witwer (Art. 35 Abs. 2 Nr. 2). Zudem sind künftig auch die Fälle eines großen Altersunterschieds erfasst (Art. 35 Abs. 2 Nr. 3). Durch Verwaltungsvorschriften kann geregelt werden, dass sich die Höhe des Unterhaltsbeitrags in den Fällen des Art. 35 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 an der bisherigen Regelung des Witwengeldes nach § 20 Abs. 2 BeamtVG orientiert.

Sätze 2 und 3 übernehmen die bisherige Regelung zur Anrechnung von Erwerbseinkommen und Erwerbsersatzeinkommen nach § 22 Abs. 1 Sätze 2 und 3 BeamtVG. Die Einzelheiten werden durch Verwaltungsvorschriften bestimmt.

Die bisherige Regelung nach § 22 Abs. 2 und 3 BeamtVG wird auf Grund der Neuregelung des Versorgungsausgleichs durch das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs als Übergangsregelung fortgeführt (Art. 105 Abs. 2).

Zu Art. 39 Waisengeld

Die Vorschrift regelt die Voraussetzungen des Waisengeldes entsprechend § 23 BeamtVG.

Zu Abs. 1
Der Absatz enthält die Anspruchsgrundlage für das Waisengeld. Durch die Bezugnahme auf den in Art. 34 definierten Versorgungsurheber sind sämtliche, bislang in §§ 23 Abs. 1, 66 Abs. 1 BeamtVG enthaltenen Fälle erfasst. Die Voraussetzungen sind damit unverändert.

Zu Abs. 2
Satz 1 enthält den Ausschlusstatbestand der sog. Nachadoption eines Kindes. Die Vorschrift nennt jedoch abweichend von § 23 Abs. 2 Satz 1 BeamtVG keine Altersgrenze, sondern verweist auf die allgemeine Altergrenze nach Art. 62 Satz 1 BayBG. Die Anhebung der Altersgrenze gilt somit auch hier. Besondere Altersgrenzen oder die Antragsaltersgrenze spielen keine Rolle; die Übergangsregelung nach Art. 143 BayBG ist zu beachten.

Satz 2 sieht entsprechend § 23 Abs. 2 Satz 2 BeamtVG vor, dass ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Waisengeldes bewilligt werden kann. Die Einzelheiten zur Ermessensausübung werden durch Verwaltungsvorschriften bestimmt.

Zu Art. 40 Höhe des Waisengeldes

Die Vorschrift regelt die Höhe des Waisengeldes ohne inhaltliche Änderungen gegenüber dem bisherigen § 24 BeamtVG.

Zu Abs. 1
Der Bemessungssatz beträgt für Halbwaisen zwölf v. H. und für Vollwaisen 20 v. H. Bemessungsgrundlage ist das (tatsächliche oder fiktive) Ruhegehalt des Versorgungsurhebers. Ein nach 26 Abs. 7 oder Art. 27 erhöhtes Ruhegehalt ist nicht zu berücksichtigen.

Zu Abs. 2
Nach dieser Regelung ist unter bestimmten Voraussetzungen auch für Halbwaisen der Bemessungssatz für Vollwaisen anwendbar (sog. versorgungsrechtliche Vollwaisen).

Zu Abs. 3
Die Vorschrift enthält eine Konkurrenzregelung bei Zusammentreffen mehrerer Ansprüche auf Waisengeld.

Zu Art. 41 Zusammentreffen von Witwengeld, Waisengeld und Unterhaltsbeiträgen

Die Vorschrift regelt das Verhältnis von Witwengeld, Waisengeld und Unterhaltsbeiträgen ohne inhaltliche Änderung gegenüber dem bisherigen § 25 BeamtVG. Die geänderte Formulierung dient nur der sprachlichen Straffung. Grundgedanke ist, dass die Versorgung für die Hinterbliebenen insgesamt nicht höher sein darf als das Ruhegehalt des Versorgungsurhebers.

Zu Abs. 1
Die bislang in § 25 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 BeamtVG genannten Unterhaltsbeiträge sind abweichend von der bisherigen Systematik nunmehr unmittelbar in Abs. 1 geregelt.

Zu Abs. 2
Auf Grund der geänderten Formulierung des Abs. 1 sind Unterhaltsbeiträge unmittelbar in die Regelung einbezogen.

Zu Abs. 3
Die bisherigen § 25 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 BeamtVG können als Folgeänderung zu Abs. 1 und 2 entfallen. Der bisherige § 25 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG ist nunmehr Abs. 3.

Zu Art. 42 Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene

Die Vorschrift entspricht ohne inhaltliche Änderung dem bisherigen § 26 BeamtVG.

Satz 1 enthält die Rechtsgrundlage für die Leistung eines Unterhaltsbeitrags an die Hinterbliebenen (Witwen, Witwer, Kinder), wenn der Beamte oder die Beamtin nicht ruhegehaltberechtigt ist, sondern nach Art. 29 einen Unterhaltsbeitrag erhielt oder hätte erhalten können. Voraussetzung ist, dass die Hinterbliebenen zum Bezug von Witwengeld, Waisengeld oder Unterhaltsbeitrag nach Art. 38, Art. 39 Abs. 2 Satz 2 berechtigt wären, wenn der oder die Verstorbene ruhegehaltberechtigt gewesen wäre. Die Gewährung steht im Ermessen der Pensionsbehörde. Hierzu werden Verwaltungsvorschriften erlassen. Geschiedene Ehepartner sind

hinsichtlich des Unterhaltsbeitrags nach Art. 105 Abs. 2 über die Übergangsregelung in Art. 105 Abs. 2 Satz 5 einbezogen; inhaltlich entspricht dies der bisherigen Rechtslage.

Auf Grund des Verweises in Satz 2 auf die Regelungen zur Witwenabfindung nach Art. 37 erhalten Witwen oder Witwer sowie frühere Ehefrauen oder Ehemänner eine Abfindung, wenn sie im Zeitpunkt der Wiederverheiratung einen Anspruch auf Unterhaltsbeitrag nach Abs. 1 haben. Für die Berechnung ist der um etwaige Einkünfte gekürzte Unterhaltsbeitrag zugrunde zu legen.

Zu Art. 43 Beginn der Zahlungen

Die Vorschrift wurde gegenüber dem bisherigen § 27 BeamtVG redaktionell gestrafft. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden. Die in Art. 35 bis Art. 42 genannten Ansprüche entstehen nach Satz 1 im Ergebnis grundsätzlich mit dem Ablauf des Sterbemonats. Soweit, wie im Fall des Art. 105 Abs. 2, weitere Voraussetzungen erfüllt sein müssen, beginnt die Zahlung mit dem Ersten des Monats, in dem die dort genannten Voraussetzungen eintreten, frühestens jedoch mit dem Ablauf des Sterbemonats. Nach Satz 2 erhalten Kinder, die nach dem Sterbemonat geboren werden, Waisengeld oder Unterhaltsbeitrag nach Art. 42 vom Ersten des Geburtsmonats an.

Zu Art. 44 Erlöschen der Hinterbliebenenversorgung

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 61 BeamtVG. Sie ist aus Gründen der Sachnähe unmittelbar im Abschnitt der Hinterbliebenenversorgung verankert. Die Gleichstellung von Unterhaltsbeiträgen mit Witwen-, Witwer- bzw. Waisengeld gemäß § 63 BeamtVG ist in die jeweiligen Tatbestände eingearbeitet. Inhaltliche Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage ergeben sich in Abs. 5.

Zu Abs. 1
Dieser Absatz übernimmt die Erlöschenstatbestände des bisherigen § 61 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BeamtVG. § 61 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und Sätze 2 bis 4 BeamtVG, in denen es um die Sanktionierung eines Fehlverhaltens geht, sind künftig in Art. 80 geregelt.

Zu Abs. 2
Dieser Absatz regelt, in welchen Fällen eine Waise Anspruch auf Waisengeld oder Unterhaltsbeitrag über den in Abs. 1 Nr. 3 genannten Zeitpunkt bis längstens zur Vollendung des 27. Lebensjahres hat. Mit der Regelung sind inhaltlich gegenüber dem bisherigen § 61 Abs. 2 Sätze 1 und 2 BeamtVG keine Änderungen verbunden. Anstelle des unübersichtlichen Verweises auf § 32 EStG in der bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Fassung wird nunmehr eine eigenständige Regelung getroffen. Die § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a, b und d und Nr. 3 EStG genannten Voraussetzungen sind komprimiert in Satz 1 Nr. 1 bis 3 enthalten. Die Konkretisierung erfolgt entsprechend bisheriger Rechtslage in den Verwaltungsrichtlinien.

Zu Abs. 3
Dieser Absatz regelt, unter welchen Voraussetzungen eine Waise in den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Ansprüche über das 27. Lebensjahr hinaus hat. Er übernimmt die Regelung in § 32 Abs. 5 Sätze 1, 2 und 4 EStG in der bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Fassung.

Zu Abs. 4
Dieser Absatz regelt, unter welchen Voraussetzungen eine Waise in den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Ansprüche über das 27. Lebensjahr hinaus hat. Er übernimmt die Regelung in § 61 Abs. 2 Satz 3 BeamtVG.

Zu Abs. 5
Dieser Absatz sieht in Satz 1 ein Wiederaufleben des Anspruchs auf Witwengeld oder Unterhaltsbeitrag vor. Er entspricht, ebenso wie die Sätze 2 und 3, dem bisherigen § 61 Abs. 3 BeamtVG.

Satz 4 enthält eine Anrechnungsregelung für den Fall der Zahlung einer Witwenabfindung nach Art. 37. Die bislang in § 21 Abs. 3 BeamtVG enthaltene Regelung wird aus systematischen Gründen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Wiederaufleben geregelt. Inhaltlich wird künftig die Abfindung in voller Höhe in angemessenen monatlichen Teilbeträgen angerechnet und nicht, wie bislang, insoweit belassen, als sie für die Dauer der neuen Ehe berechnet wurde. Da die Abfindung den Entschluss zu einer Wiederverheiratung erleichtern soll, ist hierfür mit der Auflösung der neuen Ehe die Grundlage entfallen.

Zu Abschnitt 3 Unfallfürsorge

Art. 33 Abs. 5 GG und Art. 95 Abs.1 Satz 2 BV verpflichten den Dienstherrn nicht nur zur amtsangemessenen Alimentation seiner Beamten und Beamtinnen, sondern auch zu einer angemessenen Unfallfürsorge. Das BayBeamtVG behält die Verortung der Unfallfürsorge im Versorgungsrecht und den Leistungskatalog des BeamtVG des Bundes bei, aus systematischen Gründen wurde allerdings ein anderer Aufbau gewählt. Abschnitt 3 umfasst die Art. 45 bis Art. 66 und gliedert sich in drei Unterabschnitte, die die allgemeinen Vorschriften der Unfallfürsorge einschließlich besonderer Verfahrensvorschriften, die einzelnen Leistungstatbestände und die Bestimmungen für die Einsatzversorgung enthalten. Für den praktisch besonders bedeutsamen und regelungsaufwändigen Bereich der Heilfürsorge werden die Bestimmungen des Gesetzes durch die auf Grundlage des Art. 50 Abs. 4 zu erlassende Heilverfahrensverordnung (HeilvfV) ergänzt.

Zu Art. 45 Allgemeines

Die Vorschrift tritt als Grundlage der Unfallfürsorge an die Stelle des § 30 BeamtVG. Abs. 1 enthält die anspruchsbegründende dienstunfallrechtliche Generalklausel, Abs. 2 gibt einen Überblick über die einzelnen Fürsorgeleistungen, Abs. 3 regelt spezifische Mitwirkungspflichten und Abs. 4 verweist ergänzend auf die allgemeinen Regelungen insbesondere im BayVwVfG und im Teil 1 dieses Gesetzes.

Zu Abs. 1
Abs. 1 ist im Vergleich zu § 30 BeamtVG lediglich redaktionell geändert.

Zu Abs. 2
In Abs. 2 wird die Einsatzversorgung nicht mehr als eigene Fürsorgeleistung erwähnt, da die Regelungen über die Einsatzversorgung – abgesehen von dem in Satz 1 Nr. 7 bereits aufgeführten Schadensausgleich in besonderen Fällen – keine über den allgemeinen Katalog des Satz 2 Nr. 1 bis 6 hinaus gehenden Leistungen vorsehen, sondern lediglich besondere Anspruchsvoraussetzungen enthalten.

Zu Abs. 3
Abs. 3 ist im Vergleich zu § 30 BeamtVG neu eingefügt und ergänzt die allgemeinen Mitwirkungspflichten nach Art. 10 für den Bereich des Dienstunfalls um die Verpflichtung, sich ärztlich oder psychologisch untersuchen oder beobachten zu lassen und in diesem Rahmen der Untersuchungs- oder Beobachtungsperson die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Abs. 3 tritt als allgemeine Regelung an die Stelle der bisherigen Einzelregelungen zu ärztlichen Untersuchungen zur Vorbereitung von Entscheidungen über die Gewährung oder Weitergewährung von Unfallfürsorge (z. B. Art. 144 BayBG, § 35 Abs. 3 Satz 2 BeamtVG, § 38 Abs. 6 Satz 2 BeamtVG). Wenn Anhaltspunkte für das Vorliegen eines Dienstunfalls bestehen, können Maßnahmen nach Abs. 3 wegen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegebenenfalls auch unabhängig davon getroffen werden, ob der Beamte oder die Beamtin bereits eine Dienstunfallmeldung abgegeben hat.

Zu Abs. 4
Abs. 4 Satz 2 ersetzt die bisherige Sonderregelung in § 32 BeamtVG und stellt klar, dass der Rückgriff auf Art. 98 BayBG durch das Dienstunfallrecht nicht ausgeschlossen wird. Sachschadensersatz wird künftig zwar außerhalb der Unfallfürsorge, aber weiterhin im bisherigen Umfang geleistet.

Zu Art. 46 Dienstunfall

Die Vorschrift enthält die Legaldefinition des Dienstunfalls und tritt insofern an die Stelle von § 31 BeamtVG.

Zu Abs. 1
Der Grundtatbestand des Dienstunfalls ist unverändert. Es bleibt daher bei dem von der Rechtsprechung aufgestellten Erfordernis eines dem geltend gemachten Schaden entsprechenden „Unfallmechanismus“ bei physischen Schäden sowie der Rechtsprechung des BSG, Urt. v. 9. Mai 2006 – B 2 U 1/05 R bei psychischen Schäden. Diese Rechtsprechung ist auf die Frage, ob ein Dienstunfall im Sinn von § 31 BeamtVG vorliegt, übertragbar (vgl. BVerwG, Urt. v. 4. Juni 1970 – II C 39.68). Die Änderung in Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 dient der Anpassung an das bayerische Nebentätigkeitsrecht. Der Vorbehalt zugunsten des SGB VII ist wegen des damit verbundenen Zirkelschlusses entfallen.

Zu Abs. 2
Abs. 2 entspricht sachlich § 31 Abs. 2 BeamtVG. Die Änderungen sind rein redaktioneller Natur und dienen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit der Norm. Anders als im Recht der gesetzlichen Unfallversicherung kann auch künftig grundsätzlich kein „dritter Ort“ an die Stelle der Wohnung des oder der Beamten treten (vgl. BVerwG, Urt. v. 27. Mai 2004 – 2 C 29/03). Abs. 2 Satz 1 Nr. 2a) betrifft den sog. Kindergartenumweg bei alleinerziehenden Beamten, bei Berufstätigkeit beider Ehegatten und bei Verhinderung des nicht erwerbstätigen Ehegatten.

Zu Abs. 3
Abs. 3 entspricht sachlich § 31 Abs. 3 BeamtVG.

Zu Abs. 4
Abs. 4 entspricht sachlich § 31 Abs. 4 BeamtVG. In der Rechtsprechung wurde bereits zu § 31 Abs. 4 Satz 1 BeamtVG davon ausgegangen, dass Angriff im Sinn dieser Vorschrift le-

diglich ein tätlicher Angriff sein kann („gegen die körperliche Unversehrtheit gerichtete Handlung“, vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 1. Juli 1997 – 6 A 8192/96). Ebenso wird daran festgehalten, dass ein Angriff in diesem Sinn eine objektive, unmittelbare zeitlich-räumliche Gefährdung des Beamten voraussetzt (vgl. BayVGH, Urt. v. 3. April 2007 – 3 B 04.2722). Die Rechtswidrigkeit des Angriffs ergibt sich regelmäßig bereits aus der Motivation des Angreifers, da der zu Grund liegende Vergeltungswille eine Rechtfertigung nach den anerkannten Rechtfertigungsgründen ausschließt.

Zu Abs. 5
Abs. 5 entspricht unverändert § 31 Abs. 5 BeamtVG.

Zu Art. 47 Meldung und Untersuchungsverfahren

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 45 BeamtVG, wurde jedoch als allgemeine Regelung des Dienstunfallrechts in den Unterabschnitt 1 vorgezogen. Zweck der Ausschlussfrist ist die Vermeidung von Beweisschwierigkeiten, die mit zunehmendem Zeitablauf insbesondere hinsichtlich der Kausalität zwischen dem mutmaßlichen Unfallereignis und dem vorhandenen Körperschaden eintreten können.

Zu Abs. 1
Eine dem bisherigen § 45 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG entsprechende Regelung konnte wegen des Wegfalls einer eigenständigen Regelung zum Sachschadenersatz entfallen. Um Beweisschwierigkeiten vorzubeugen, muss die Unfallmeldung künftig schriftlich erfolgen. Dies entspricht bereits jetzt der allgemeinen Praxis. Die Änderung gegenüber dem bisherigen § 45 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG berücksichtigt, dass die Gelegenheit zur Meldung bei der unteren Verwaltungsbehörde praktisch ohne Bedeutung war; trotz der Möglichkeit zur fristwahrenden Meldung bei der Pensionsbehörde bleibt aber die Meldung beim Dienstvorgesetzten der Regelfall.

Zu Abs. 2
Die Änderungen in Abs. 2 gegenüber § 45 Abs. 2 BeamtVG sind lediglich redaktioneller Art und dienen der besseren Lesbarkeit. Mit der Möglichkeit eines Körperschadens oder einer Erkrankung als Unfallfolge oder einer Einwirkung im Sinn des Art. 46 Abs. 3 ist in jedenfalls dann zu rechnen, wenn der Körperschaden bzw. die Erkrankung diagnostiziert wurden und der Verletzte bei sorgfältiger Prüfung nach seinem Urteilsvermögen zu der Überzeugung gekommen ist oder kommen muss, dass seine Beschwerden durch den Unfall verursacht werden (vgl. BVerwG, Urt. v. 21. September 2000 - 2 C 22/99).

Zu Abs. 3
Die in Abs. 3 gegenüber § 45 BeamtVG neu eingefügte Regelung in Satz 2 entspricht bereits jetzt der Verwaltungspraxis und betont die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Dienstvorgesetzten und Pensionsbehörde. Die übrigen Änderungen gegenüber § 45 Abs. 3 BeamtVG sind lediglich redaktioneller Art. Die geänderte Formulierung in Satz 3 enthält lediglich eine Klarstellung, die besser als bisher die Zweistufigkeit des Verfahrens mit der Grundentscheidung über die Anerkennung als Dienstunfall und gegebenenfalls der darauf aufbauenden Entscheidung über die Gewährung von Unfallfürsorge zum Ausdruck bringt. Das in § 45 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG vorgesehene Erfordernis der Bekanntgabe ergibt sich bereits aus Art. 41, 43 Abs. 1 BayVwVfG, einer gesonderten Regelung im BayBeamtVG bedarf es insofern nicht.

Zu Abs. 4
Abs. 4 enthält gegenüber § 45 Abs. 4 BeamtVG nur redaktionelle Änderungen.

Zu Art. 48 Nichtgewährung von Unfallfürsorge

Die Vorschrift schließt als Nachfolgeregelung zu § 44 BeamtVG die Unfallfürsorge in den Fällen aus, in denen die Gewährung von Leistungen der Unfallfürsorge dem Zweck dieses Rechtsinstituts zuwiderliefe. Der bisher in § 44 Abs. 3 BeamtVG vorgesehene Ausschluss der Hinterbliebenenversorgung ist künftig in Art. 58 Satz 3 geregelt.

Zu Abs. 1
Der Aufnahme der „Pflichtwidrigkeit“ in den Gesetzestatbestand kommt nur Klarstellungsfunktion zu, sie ist bereits jetzt ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal. Gerade bei besonders gefährlichen Diensthandlungen wird der Beamte regelmäßig Kenntnis bezüglich des Einsatzes des eigenen Lebens haben, ohne dass diese Kenntnis eine Pflichtwidrigkeit begründet.

Zu Abs. 2
In den in Abs. 2 geregelten Fällen rechtfertigt sich der Ausschluss der Unfallfürsorge, da durch die pflichtwidrig unterbliebene Mitwirkung des Beamten am Heilverfahren eine neue Ursache für die in der Folge eintretenden Körperschäden gesetzt wird, die den Kausalzusammenhang zu der ursprünglichen, dienstlich begründeten Ursache entfallen lässt.

Zu Art. 49 Begrenzung der Unfallfürsorgeansprüche

Die Begrenzung der Unfallfürsorgeansprüche entspricht ihrem abschließenden Charakter. Nach dem Prinzip der „Haftungsbeschränkung durch Versorgung“ sind für den Beamten oder die Beamtin weitergehende Ansprüche gegen öffentlich-rechtliche Dienstherren grundsätzlich ausgeschlossen. Dem steht der Vorteil gegenüber, dass er oder sie sich an einen liquiden Ersatzpflichtigen wenden kann, der von Amts wegen und grundsätzlich verschuldensunabhängig zur Leistung verpflichtet ist. Damit dient die Anspruchsbegrenzung auch dazu, Störungen des Verhältnisses zwischen dem Beamten oder der Beamtin und dem Dienstherrn abzuwenden und – durch Einbeziehung anderer Angehöriger des öffentlichen Dienstes – den Betriebsfrieden in der Dienststelle zu sichern (vgl. BAG, Urt. v. 24. Juni 2004 – 6 AZR 292/03, zu den vergleichbaren Regelungen der §§ 104, 105 SGB VII in der gesetzlichen Unfallversicherung).

Zu Abs. 1
Abs. 1 betrifft das Verhältnis zwischen dem Beamten oder der Beamtin und dem Dienstherrn, er ist gegenüber § 46 Abs. 1 BeamtVG unverändert.

Zu Abs. 2
Abs. 2 gilt im Verhältnis zu anderen Dienstherren und Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Die Erstreckung der Haftungsbegrenzung auf alle öffentlich-rechtlichen Dienstherren ist bei Gegenseitigkeit auch nach dem Übergang der Gesetzgebungskompetenz für das Versorgungsrecht auf die Länder weiterhin sinnvoll. Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 entsprechen inhaltlich dem bisher in § 46 Abs. 2 Satz 2 BeamtVG in Bezug genommenen Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadensersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen vom 7. Dezember 1943.

Zu Abs. 3
Der Wortlaut des Abs. 3 ist gegenüber § 46 Abs. 3 BeamtVG unverändert. Die „Haftungsbeschränkung durch Versorgung“ gilt ihrer Zielsetzung nach nicht zu Gunsten außerhalb des öffentlichen Dienstes stehender Dritter.

Zu Abs. 4
Abs. 4 schließt eine im BeamtVG bestehende Regelungslücke und ordnet die Anrechnung bestimmter Leistungen Dritter auch außerhalb von besonderen Auslandsverwendungen an. Ausgenommen sind gemäß Abs. 4 Satz 3 Leistungen, die auf eigenen Beiträgen des Beamten oder der Beamtin beruhen, wobei Abs. 4 Satz 4 eine Rückausnahme für die Fälle enthält, in denen die Beiträge wirtschaftlich von Dritten getragen wurden. Die § 46 Abs. 4 BeamtVG entsprechende Anrechnungsregelung bei besonderen Auslandsverwendungen findet sich nunmehr innerhalb in Art. 64 Abs. 4.

Zu Art. 50 Heilverfahren

Die Vorschrift regelt wie bisher § 33 BeamtVG die Grundlagen des Heilverfahrens. Die Änderungen gegenüber § 33 BeamtVG sind überwiegend redaktioneller Natur.

Zu Abs. 1
Abs. 1 enthält den zusammenfassenden Leistungskatalog des Heilverfahrens. Aus diesem Grund wurde auch die Regelung des bisherigen § 33 Abs. 2 Satz 1 BeamtVG betreffend die Krankenhausbehandlung in Abs. 1 Nr. 4 übernommen.

Zu Abs. 2
Abs. 2 begründet spezifische Mitwirkungspflichten im Heilverfahren durch Zusammenfassung der bisherigen Regelungen in § 33 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 BeamtVG. „Maßnahmen des Heilverfahrens“ im Sinn des Abs. 2 sind dementsprechend sowohl die bisher in § 33 Abs. 2 Satz 2 BeamtVG als auch die bisher in § 33 Abs. 3 BeamtVG genannten Maßnahmen. „Erheblich“ sind eine Gefahr für Leben oder Gesundheit und ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit, wenn sie zu dem angestrebten Heilerfolg außer Verhältnis stehen.

Zu Abs. 3
Der Wortlaut des Abs. 3 entspricht § 33 Abs. 4 Satz 1 BeamtVG. § 33 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG wurde ersatzlos gestrichen, da die Bestattungskosten künftig außerhalb des Heilverfahrens in Art. 56 gesondert geregelt werden.

Zu Abs. 4

Abs. 4 bildet die Ermächtigungsgrundlage für eine auch künftig erforderliche Heilverfahrensverordnung zur Konkretisierung des Umfangs der in Abs. 1 genannten Leistungen.

Zu Art. 51 Pflegekosten

Die Vorschrift enthält eine besondere gesetzliche Grundlage für die als Bestandteile des Heilverfahrens gewährten Pflegeleistungen (Art. 50 Abs. 1 Nr. 3), unterschieden nach häuslicher Krankenpflege (Abs. 1) und Pflege wegen Hilflosigkeit (Abs. 2). Die Gewährung eines Hilflosigkeitszuschlags (§ 34 Abs. 2 BeamtVG) ist nicht mehr vorgesehen, da mittlerweile die Übernahme der Pflegekosten für die Berechtigten durchweg vorteilhaft und die praktische Bedeutung des Hilflosigkeitszuschlags daher nur noch sehr gering ist. Die bei Inkrafttreten

dieses Gesetzes vorhandenen Bezieher und Bezieherinnen eines Hilflosigkeitszuschlags erhalten diesen weiterhin (Art. 100 Abs. 4 Satz 6).

Zu Art. 52 Unfallausgleich

Der Unfallausgleich dient der pauschalierten Abgeltung unfallbedingter Mehraufwendungen und dem Ausgleich sonstiger, durch den Körperschaden verursachter immaterieller Einbußen und Unannehmlichkeiten bei schwereren Körperschäden. Er wird daher auch neben der Besoldung gewährt. Art. 52 entspricht im Wesentlichen § 35 BeamtVG. Auf eine § 35 Abs. 3 BeamtVG entsprechende Regelung wurde allerdings verzichtet. Rechtsgrundlage für die Neufestsetzung des Unfallausgleichs bei geänderten Verhältnissen (bisher § 35 Abs. 3 Satz 1 BeamtVG) ist künftig Art. 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 VwVfG, da das öffentliche Interesse bei der dauerhaften Gewährung eines materiell rechtswidrigen Unfallausgleichs gefährdet wäre. Die Regelung des bisherigen § 35 Abs. 3 Satz 2 BeamtVG wird durch die allgemeinen versorgungs- bzw. dienstunfallrechtlichen Vorschriften der Art. 10 Abs. 2, Art. 46 Abs. 3 abgedeckt.

Zu Abs. 1
Abs. 1 fasst die Abs. 1 und 4 des § 35 BeamtVG zusammen. Das Tatbestandsmerkmal der „wesentlichen“ Beschränkung wurde – entsprechend der bisherigen Verwaltungspraxis – auf eine nicht nur vorübergehende Minderung der Erwerbsfähigkeit von 25 v. H. konkretisiert.

Zu Abs. 2
Abs. 2 enthält den Maßstab für die Beurteilung der Minderung der Erwerbsfähigkeit. Die Sätze 1 bis 4 entsprechen sachlich § 35 Abs. 2 BeamtVG, Satz 5 betrifft die Fälle der abklingenden Gesundheitsstörungen. In diesen Fällen ist der Wert festzusetzen, der dem über sechs Monate hinaus verbliebenen - oder voraussichtlich verbleibenden - Schaden entspricht. Schwankungen im Gesundheitszustand bei längerem Leidensverlauf ist mit einem Durchschnittswert Rechnung zu tragen.

Zu Abs. 3
Da bei der Pflegekostenerstattung (Art. 51) der unfallbedingte Mehraufwand typischerweise bereits durch die Pflegeleistungen abgegolten ist, sieht Abs. 3 für diesen Fall abweichend von § 35 BeamtVG eine hälftige Kürzung des Unfallausgleichs vor.

Zu Art. 53 Unfallruhegehalt

Die Vorschrift sieht für dienstunfallbedingt dienstunfähige Beamte und Beamtinnen ein besonderes Unfallruhegehalt vor.

Zu Abs. 1
Abs. 1 Satz 2 tritt an die Stelle von § 5 Abs. 2 BeamtVG; der geänderte Wortlaut berücksichtigt, dass das Besoldungsrecht ein leistungsunabhängiges Vorrücken in Dienstaltersstufen nicht mehr vorsieht. Die Regelung enthält eine Fiktion zugunsten des Beamten, die den vorzeitigen Ruhestandseintritt ausgleicht.

Zu Abs. 2 und 3
Abs. 2 und 3 enthalten von Art. 23 und Art. 26 abweichende Sonderregelungen zur Bestimmung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und des Ruhegehaltssatzes bei dienstunfallbedingter

Dienstunfähigkeit. Die Zurechnung gemäß Art. 23 wird eingeschränkt (Abs. 2), dafür ein besonderer Zuschlag beim Ruhegehaltssatz vorgenommen (Abs. 3), was für die Betroffenen regelmäßig vorteilhaft ist. Die Änderungen gegenüber § 36 Abs. 3 BeamtVG übernehmen die allgemeine Absenkung des Versorgungsniveaus durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 für das Unfallruhegehalt. Unfallbedingter Mehrbedarf wird bereits durch die übrigen Leistungen abgedeckt. Sie berücksichtigen zudem die Änderungen bei der Mindestversorgung (Art. 26 Abs. 5). Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Unfallruhegehaltsberechtigten besteht eine Übergangsregelung (Art. 107 Abs. 3).

Zu Art. 54 Erhöhtes Unfallruhegehalt

Treten der Dienstunfall und die sich daraus ergebende Dienstunfähigkeit auf Grund einer Situation ein, in der den Dienstherrn eine über die allgemeine Fürsorgepflicht hinaus gesteigerte Fürsorgepflicht trifft, wird ein erhöhtes Unfallruhegehalt gewährt. Art. 54 tritt an die Stelle von § 37 BeamtVG, verfügt allerdings nur über zwei Absätze, da die die Gewährung erhöhten Unfallruhegehalts bei Einsatzunfällen (§ 37 Abs. 3 BeamtVG) künftig im Unterabschnitt 3 geregelt ist.

Zu Abs. 1
Abs. 1 betrifft den Grundfall des „qualifizierten Dienstunfalls“, der vorliegt, wenn der Beamte oder die Beamtin sich bei Ausübung der Diensthandlung einer besonderen Lebensgefahr aussetzt und einen Dienstunfall mit den in Abs. 1 Satz 1 genannten Folgen erleidet. Die gegenüber § 37 BeamtVG geänderte Fassung des Abs. 1 Satz 1 entspricht einem auch von Bayern mitgetragenen Änderungsvorschlag des Bundesrates aus dem Jahr 2001 (BR-Drs. 735/01). Art. 54 erhält hierdurch einen weiteren Anwendungsbereich als § 37 BeamtVG, da allein das objektive Vorliegen einer besonderen Lebensgefahr verlangt und auf das zusätzliche Erfordernis eines bewussten Lebenseinsatzes oder das Bewusstsein einer besonderen Lebensgefahr verzichtet wird. Die besonderen Maßgaben betreffend den Ansatz der ruhegehaltfähigen Bezüge und des Ruhegehaltsatzes berücksichtigen, dass gefährliche Diensthandlungen insbesondere von jungen Beamten und Beamtinnen, vor allem des Vollzugsdienstes, gefordert werden, und kompensieren in pauschalierender Form die materiellen Einbußen, die den Betroffenen durch das vorzeitige Ende ihrer Laufbahn entstehen. Von einer § 37 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG vergleichbaren Regelung wurde abgesehen, da das Anknüpfen an Laufbahngruppen nach der Einführung der einen Leistungslaufbahn nicht mehr möglich ist.

Zu Abs. 2
Abs. 2 ergänzt Abs. 1 und sieht erhöhtes Unfallruhegehalt auch dann vor, wenn die in Abs. 1 beschriebenen Folgen eingetreten sind, weil der Beamte oder die Beamtin entweder in Ausübung seines Dienstes oder außerhalb des Dienstes aus mit dem Dienst zusammenhängenden Gründen rechtswidrig angegriffen wird.

Zu Art. 55 Unterhaltsbeitrag für frühere Beamte und Beamtinnen sowie frühere Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen

Da die vom Unfallausgleich nach Art. 52 abgegoltenen unfallbedingten Mehraufwendungen und sonstigen, durch den Körperschaden verursachten immaterieller Einbußen und Unannehmlichkeiten bei schwereren Körperschäden vom Fortbestand des Beamtenverhältnisses bzw. des Ruhegehaltsanspruches unabhängig sind, enthält Art. 55 eine ergänzende Regelung für die Gewährung eines an den Unfallausgleich angelehnten besonderen Unterhaltsbeitrags

an frühere Beamte und Beamtinnen, deren Beamtenverhältnis nicht durch Eintritt in den Ruhestand geendet hat, und frühere Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen, die ihre Rechte als solche verloren haben oder denen das Ruhegehalt aberkannt worden ist. Art. 55 entspricht inhaltlich weitgehend § 38 BeamtVG.

Zu Abs. 1
Abs. 1 entspricht inhaltlich vollumfänglich § 38 Abs. 1 BeamtVG

Zu Abs. 2
Die Absenkung des Vomhundertsatzes ist eine Folgeänderung zu Art. 53 Abs. 3. Der Mindestvomhundertsatz in Satz 1 Nr. 2 wurde dem in Art. 52 Abs. 1 geforderten Mindestvomhundertsatz angeglichen. Satz 2 tritt an die Stelle von § 38 Abs. 6 Satz 1 BeamtVG.

Zu Abs. 3
Auf eine § 38 Abs. 3 Satz 2 BeamtVG vergleichbare Regelung konnte wegen Fortfall des bisherigen Hilflosigkeitszuschlags verzichtet werden (vgl. Begründung zu Art. 51).

Zu Abs. 4 bis 6
Abs. 4 bis 6 entsprechen inhaltlich § 38 Abs. 4, 5 und 7 BeamtVG. Zur Nachfolgeregelung zu § 38 Abs. 6 BeamtVG vgl. Begründung zu Abs. 2 und zu Art. 45 Abs. 3.

Zu Art. 56 Unterhaltsbeitrag für Schädigung eines ungeborenen Kindes

Die Vorschrift gewährt in Anlehnung an die Regelung in § 56 SGB VII und in Fortführung des § 38a BeamtVG auch einen Unterhaltsbeitrag für das durch einen Dienstunfall seiner Mutter geschädigte ungeborene Kind.

Zu Abs. 1
Der Mindestvomhundertsatz in Abs. 1 Nr. 2 wurde dem Mindestvomhundertsatz in Art. 52 Abs. 1 und Art. 55 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 angeglichen.

Zu Abs. 2
Die Verweisung auf Art. 55 Abs. 2 Satz 2 betrifft nur noch den Maßstab für die Minderung der Erwerbsfähigkeit. Grundlage für die bisher in § 38a Abs. 2 Satz 1 BeamtVG i. V. m. § 38 Abs. 6 Satz 2 BeamtVG geregelten Untersuchungen zur Feststellung der Minderung der Erwerbsfähigkeit ist künftig unmittelbar Art. 45 Abs. 3, die in § 38a Abs. 2 Satz 3 BeamtVG ausdrücklich angeordnete Pflicht zur Ermöglichung der Untersuchungen trifft die gesetzlichen Vertreter ohnehin.

Zu Abs. 3
Abs. 3 und § 38a Abs. 3 BeamtVG sind wortlautgleich.

Zu Abs. 4 und 5
Anders als der Unterhaltsbeitrag nach Art. 55 dient der Unterhaltsbeitrag nach Art. 56 nicht der Abgeltung von Mehraufwendungen und immateriellen Unannehmlichkeiten, sondern der wirtschaftlichen Existenzsicherung (vgl. in diesem Sinn bereits BT-Drs. 14/7064, S. 35 f. zu § 38a BeamtVG). Er wird daher nicht gewährt, wenn der Unterhalt des Kindes durch die im Rahmen einer Heimpflege erbrachten Leistungen (Abs. 4) oder durch ein höheres Waisengeld (Abs. 5) anderweitig gesichert ist. Dies entspricht der bisherigen Rechtslage.

Zu Art. 57 Unfallsterbegeld

Das durch das BayBeamtVG eingeführte Unfallsterbegeld tritt an die Stelle des bisher in § 33 Abs. 4 S. 2 BeamtVG i. V. m. der Heilverfahrensverordnung (HeilvfV) geregelten Kostenersatzes für Überführung und Bestattung. Während die Regelung der Bestattungskosten im Heilverfahren sachwidrig erschien, entspricht künftig die Stellung des Art. 57 innerhalb des Unterabschnitts II der Zäsurwirkung, die der Tod des oder der Verletzten für die Unfallfürsorge hat.

Zu Abs. 1
Die Frage der „Angemessenheit“, die sich infolge der Verweisung des § 9 HeilvfV auf § 1968 BGB auch nach dessen Änderung zum 1. Januar 1999 weiterhin stellte, barg für die Hinterbliebenen Unsicherheiten über die konkret erstattungsfähigen Kosten, und konnte zu unerwünschten Auseinandersetzungen führen. Durch die Pauschalierung der zu erstattenden Kosten für Bestattung und Überführung erhalten die Hinterbliebenen Planungssicherheit und werden Auseinandersetzungen über die Angemessenheit der Aufwendungen im Einzelfall vermieden.

Ein Ausschluss des Sterbegeldes in den Fällen, in denen der Erbe einen Ersatzanspruch gegen Dritte hat (z. B. § 844 BGB), wie er dem Verweis auf § 1968 BGB in § 9 HeilvfV entnommen wurde, erscheint unbillig, da namentlich in den Fällen, in denen die Verletzung des Beamten auf einem vorsätzlichen Angriff beruht, die Realisierung eines Schadensersatzanspruch gegen den Schädiger wegen der diesem regelmäßig drohenden Freiheitsstrafe (§§ 211, 212, 227 StGB) zweifelhaft sein kann. Wenn ein Ersatzanspruch des Erben gegen einen Dritten besteht, geht dieser, soweit Unfallsterbegeld geleistet wird, an den Freistaat Bayern über (Art. 14 BayBG).

Zu Abs. 2
Um eine Überversorgung durch das Zusammentreffen von Unfall- und allgemeinem Sterbegeld zu vermeiden, ist das allgemeine Sterbegeld (Art. 31) auf das Unfallsterbegeld anzurechnen; Abs. 2 entspricht insofern § 9 Abs. 2 HeilvfV. Die anteilige Anrechnung berücksichtigt pauschal die steuerliche Belastung des allgemeinen Sterbegelds als steuerpflichtiger Arbeitslohn (§ 19 Abs. 2 EStG i. V. m. R 19.8 Abs. 1 Nr. 1 LStR 2008). Wegen des seit Inkrafttreten der HeilvfV gesunkenen Spitzensteuersatzes war der Anrechnungssatz anzupassen.

Zu Art. 58 Unfallhinterbliebenenversorgung

Ist der Beamte an den Folgen eines Dienstunfalls verstorben, erstreckt sich die Fürsorgepflicht des Dienstherrn auch auf die Hinterbliebenen. Art. 58 tritt insofern an die Stelle von § 39 BeamtVG. In Angleichung an die allgemeinen Regelungen beträgt das Witwengeld auch bei dienstunfallbedingtem Versterben künftig nur noch 55 v. H., im Übrigen entsprechen Sätze 1 und 2 sachlich § 39 BeamtVG. Satz 3 entspricht dem bisherigen § 44 Abs. 3 BeamtVG.

Zu Art. 59 Unterhaltsbeitrag für Verwandte der aufsteigenden Linie

Die Vorschrift regelt in Ergänzung des Art. 58 den Fall, dass der oder die Verstorbene zum Zeitpunkt des Todes den Unterhalt von Verwandten der aufsteigenden Linie bestritt und diese nach dem Tod des oder der Verstorbenen ohne eigene wirtschaftliche Absicherung zurückbleiben. Gegenüber § 40 BeamtVG wurden keine inhaltlichen Änderungen vorgenommen.

Zu Art. 60 Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene

Die Vorschrift tritt an die Stelle von § 41 BeamtVG. Der Mehrbedarf und die Unannehmlichkeiten, die durch den Unterhaltsbeitrag nach Art. 55 abgegolten werden, entstehen nur den Verletzten, so dass der Grund für die Gewährung des Unterhaltsbeitrags mit deren Tod entfällt. Ein Unterhaltsbeitrag nach dem Vorbild des bisherigen § 41 BeamtVG wird daher künftig grundsätzlich nur noch befristet und bei Versterben der Verletzten an den Folgen des Dienstunfalls gewährt.

Zu Abs. 1
Der Unterhaltsbeitrag für Witwen und Witwer nach Satz 1 ist grundsätzlich auf zwei Jahre beschränkt. Dies entspricht der Regelung in § 65 Abs. 1 SGB VII betreffend die Gewährung einer Witwenrente in der gesetzlichen Unfallversicherung. Nach Satz 2 gilt keine zeitliche Beschränkung, solange die Witwe oder der Witwer ein Kind der oder der Verstorbenen erzieht.

Zu Abs. 2
Die Regelung des Abs. 2 knüpft an § 41 Abs. 1 BeamtVG an und orientiert sich zugleich an § 65 Abs. 2 Nr. 3 a), b) SGB VII.

Zu Art. 61 Höchstgrenzen der Hinterbliebenenversorgung

Die Begrenzung der Hinterbliebenenversorgung entspricht einem allgemeinen Grundsatz des Versorgungsrechts, wonach der Gesamtbetrag der Hinterbliebenenversorgung den Betrag nicht übersteigen darf, der dem Versorgungsurheber zustand bzw. den dieser hätte erreichen können. Art. 61 entspricht inhaltlich weitgehend § 42 BeamtVG, berücksichtigt aber den Wegfall des Hilflosigkeitszuschlags bei Pflegebedürftigkeit (vgl. Art. 51).

Zu Art. 62 Einmalige Unfallentschädigung

Die Vorschrift tritt an die Stelle des § 43 BeamtVG, umfasst allerdings nur noch die einmalige Unfallentschädigung, die Besonderheiten bei besonderen Auslandsverwendungen sind in Unterabschnitt 3 (Art. 66) geregelt. Die Artikelüberschrift wurde dementsprechend angepasst, Abs. 5 bis 7 konnten ersatzlos entfallen. Die einmalige Unfallentschädigung wird zusätzlich zu anderen Leistungen gewährt, wenn es wegen eines qualifizierten Dienstunfalls (Art. 54) zu besonders schweren Körperschäden kommt. Sie trägt damit zu einer verbesserten Absicherung der Beamten und Beamtinnen bei Invalidität bzw. ihrer Hinterbliebenen im Todesfall bei, wenn der Beamte oder die Beamtin in Ausübung oder infolge des Dienstes besonderen Gefahren ausgesetzt war.

Zu Abs. 1
Abs. 1 sieht an Stelle der einheitlichen Unfallentschädigung nach § 43 Abs. 1 BeamtVG künftig eine nach der Schwere der Unfallfolgen gestaffelte Unfallentschädigung vor. Die frühere Regelung, die eine pauschale Entschädigung von 80.000 € bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von wenigstens 50 v. H. vorsah, wird zugunsten einer größeren Einzelfallgerechtigkeit aufgefächert und ermöglicht damit auch für Schwerstverletzte eine höhere Entschädigung.

Zu Abs. 2
Abs. 2 regelt wie bisher § 43 Abs. 2 BeamtVG die Gewährung der Unfallentschädigung an die Hinterbliebenen bei Tod des Beamten oder der Beamtin. Nicht versorgungsberechtigt sind die in Art. 37 Abs. 2 genannten Kinder. Eine Anhebung der Entschädigungszahlungen an die Hinterbliebenen ist nicht geboten, weil es sich bei der Änderung in Absatz 1 um keine allgemeine betragsmäßige Erhöhung handelt, sondern um eine betragsmäßige Abstufung der Unfallentschädigung, die künftig auf den Grad der dienstunfallbedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit abstellt.

Zu Abs. 3

Die in der auf Grundlage des § 43 Abs. 3 Satz 2 BeamtVG erlassenen Verordnung über die einmalige Unfallentschädigung vom 24. Juni 1977 (BGBl I S. 2485) bezeichneten Beamten sind bei ihrer Dienstausübung während der dort bezeichneten Tätigkeiten regelmäßig erhöhten Gefahren ausgesetzt, die zwar noch keine „besondere Lebensgefahr“ im Sinn des Art. 54 begründen, aber im Fall eines Dienstunfalls mit den dort genannten Folgen die Gewährung einer einmaligen Unfallentschädigung angemessen erscheinen lassen. Abs. 3 stellt gegenüber § 43 Abs. 3 BeamtVG nur eine redaktionelle Straffung dar, mit der keine inhaltlichen Änderungen verbunden sind.

Zu Art. 63 Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen

Die Vorschrift übernimmt den bisherigen § 68 BeamtVG ohne inhaltliche Änderung.

Zu Art. 64 Einsatzunfall

Die Vorschrift enthält die Grundlagen der Einsatzversorgung und ersetzt insofern § 31a BeamtVG.

Zu Abs. 1
Abs. 1 enthält die Legaldefinitionen des Einsatzunfalls (Satz 1) bzw. des gleichstehenden Ereignisses (Satz 2) als Voraussetzung der Gewährung von Einsatzversorgung. Der Begriff des Einsatzunfalls ist enger als in § 31a Abs. 1 Satz 1 BeamtVG, da künftig nicht mehr jeder Dienstunfall während einer besonderen Auslandsverwendung einen Einsatzunfall begründet, sondern – wie vom Freistaat Bayern bereits im Gesetzgebungsverfahren für das Einsatzversorgungsgesetz des Bundes gefordert – nur ein Dienstunfall, in dem sich die spezifische Gefährdungssituation einer besonderen Auslandsverwendung realisiert. Durch die Formulierung des Satzes 2 wird verdeutlicht, dass auch ein gleichstehendes Ereignis im Sinn des früheren § 31 Abs. 6 BeamtVG bzw. des bisherigen § 31a Abs. 2, 2. Alternative (Verschleppung oder Gefangenschaft) und 3. Alternative eine besondere Auslandsverwendung voraussetzt (vgl. zu § 31 Abs. 6 BeamtVG die Begründung des Gesetzes zur Änderung wehrpflichtrechtlicher, soldatenrechtlicher, beamtenrechtlicher und anderer Vorschriften vom 24. Juli 1995 (BGBl. I 1995, 962), BT-Drs. 13/1209, S. 16).

Zu Abs. 2
Abs. 2 enthält die Legaldefinition der besonderen Auslandsverwendung und tritt insofern an die Stelle von § 31a Abs. 1 Satz 2 BeamtVG. Das neu aufgenommene Tatbestandsmerkmal des „internationalen, humanitären, friedenssichernden oder friedensschaffenden Einsatzes“, ergibt sich aus dem Zweck des Rechtsinstituts der Einsatzversorgung (vgl. die Begründung

des Einsatzversorgungsgesetzes, BT-Drs. 15/3416, S. 12). Es entspricht sachlich der früheren Bezugnahme auf § 58a Abs. 1 BBesG und dient als Maßstab für die Frage, ob eine „vergleichbar gesteigerte Gefährdungslage“ im Sinn des Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz vorliegt.

Zu Abs. 3
Abs. 3 betrifft Beamte und Beamtinnen, die zur Wahrnehmung einer Tätigkeit, die öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient, beurlaubt wurden, und in Ausübung oder infolge dieser Tätigkeit bei einer besonderen Auslandsverwendung einen Einsatzunfall oder ein gleichstehendes Ereignis erlitten haben. Er entspricht insofern § 31a Abs. 3 BeamtVG.

Zu Abs. 4
Die Regelung entspricht weitgehend § 46 Abs. 4 BeamtVG. Der neu angefügte Satz 4 betritt Fälle, die den in Satz 2 genannten wirtschaftlich im Wesentlichen gleichstehen, so dass eine Rückausnahme zu Satz 2 sachgerecht ist.

Zu Abs. 5
Abs. 5 tritt an die Stelle von § 31a Abs. 4 BeamtVG. Künftig ist unmittelbar aus dem Gesetzesortlaut ersichtlich, dass in Härtefällen auch differenzierende Entscheidungen getroffen werden können (vgl. zum gegenwärtigen Wortlaut BT-Drs. 15/3416, S. 14 zu § 31a Abs. 4 BeamtVG).

Zu Art. 65 Unfallfürsorge bei Einsatzunfall

Die Vorschrift ersetzt die bisherige Generalklausel der Einsatzversorgung in § 31a Abs. 1 Satz 1 BeamtVG, nach der auch bei Einsatzunfällen Unfallfürsorge wie bei einem Dienstunfall gewährt wird, und die Sondervorschriften der § 37 Abs. 3 und § 43 Abs. 5 bis 7 BeamtVG. Durch die besondere Maßgabe des Art. 65 wird im Ergebnis ebenso wie bisher durch § 37 Abs. 3 und § 43 Abs. 5 bis 7 BeamtVG die andauernde gesteigerte Gefährdungslage bei besonderen Auslandsverwendungen der ansonsten für die Gewährung des erhöhten Unfallruhegehalts und der einmaligen Unfallentschädigung erforderlichen „besonderen Lebensgefahr“ im Sinn des Art. 54 gleichgestellt.

Zu Art. 66 Schadensausgleich

Der Schadensausgleich nach dieser Vorschrift tritt an die Stelle des bisherigen Schadensausgleichs in besonderen Fällen nach § 43a BeamtVG; er betrifft den Ersatz von Einsatz- und Vermögensschäden bei besonderen Auslandsverwendungen. Da der Schadensausgleich innerhalb des Unterabschnitts III „Einsatzversorgung“ geregelt ist, konnte der bisherige Zusatz „in besonderen Fällen“ entfallen. Als gegenstandslos entfallen ist auch eine § 43a Abs. 2 BeamtVG entsprechende Regelung. § 43a Abs. 2 BeamtVG lehnte sich an § 26 Abs. 2 des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst (GAD) an (vgl. die Begründung zum Auslandsverwendungsgesetz, BT-Drs. 12/4749, S. 9 ff.); dieser betrifft lediglich sog. „Retorsionsmaßnahmen“ im diplomatischen Verkehr (vgl. die Begründung zum GAD, BT-Drs. 11/6547, S. 21 f.), die bei besonderen Auslandsverwendungen nicht zu erwarten sind. Die bisher in Abs. 4 enthaltene Regelung wird künftig durch Art. 64 Abs. 4 abgedeckt. Auf den bisherigen Abs. 5 wurde verzichtet, da sein Regelungsgehalt bereits durch die Tatbestandsvarianten „Folge der Ereignisse nach Art. 64 Abs. 1“ in Abs. 1 Satz 1 abgedeckt ist. Im Übrigen entspricht Art. 66 inhaltlich § 43a BeamtVG. Es soll der Schaden ausgeglichen werden, der entsteht, weil z. B. Lebens- und Unfallversicherungen im Fall von Kriegs- oder Bürgerkriegsereignissen Leistun-

gen ausschließen und damit die private Vorsorge im Todesfall gegenüber den im Vertrag genannten begünstigten Personen (z. B. nicht versorgungsberechtigte Lebensgefährten bei „wilder Ehe“) nicht zum Tragen kommt (vgl. BT-Drs.324/04, Begründung zu Art. 1 Nr. 7 i. V. m. Art. 2 Nr. 9).

Zu Abschnitt 4 Übergangsgeld, Bezüge bei Verschollenheit

Dieser Abschnitt umfasst das Übergangsgeld und die Bezüge bei Verschollenheit. Der bislang in § 48 BeamtVG enthaltene Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen entfällt; die Folgen eines vorzeitigen Ruhestandseintritts sind abschließend im Rahmen der Versorgungsabschläge geregelt (vgl. Art. 26 Abs. 2 und 3).

Zu Art. 67 Übergangsgeld

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 47 BeamtVG mit ausschließlich redaktionellen Änderungen. Das Übergangsgeld soll nicht auf eigenen Antrag entlassene Beamte und Beamtinnen für eine gewisse Zeit nach der Entlassung wirtschaftlich absichern und ihnen die Suche nach einer neuen Erwerbstätigkeit erleichtern.

Zu Abs. 1

Dieser Absatz entspricht dem bisherigen § 47 Abs. 1 BeamtVG, passt jedoch die Bemessungsgrundlage an die neue Systematik des BayBesG an. Besoldungsbestandteile nach Art. 2 Abs. 3 BayBesG – mit Ausnahme der nicht als Einmalzahlung gewährten Hochschulleistungsbezüge – fließen damit nicht in die Bemessungsgrundlage ein.

Die bisherige Sonderregelung nach § 67 Abs. 4 BeamtVG wird als Übergangsregelung in Art. 104 Abs. 3 fortgeführt.

Zu Abs. 2
Dieser Ansatz entspricht § 47 Abs. 2 BeamtVG. Dass das Beamtenverhältnis auf Zeit bei einer erneuter Berufung nicht als unterbrochen gilt (vgl. den bisherigen § 66 Abs. 4 Satz 1 BeamtVG), folgt aus Art. 122 Abs. 2 Satz 2 BayBG.

Zu Abs. 3
Der bisherige Ausschlusstatbestand für Beamte und Beamtinnen auf Zeit nach § 66 Abs. 3 BeamtVG wird inhaltlich unverändert in Abs. 3 Nr. 5 übernommen. Die übrigen Ausschlusstatbestände des Abs. 3 entsprechen dem bisherigen § 47 Abs. 3 BeamtVG und bleiben auch für Beamte und Beamtinnen auf Zeit unberührt.

Zu Abs. 4 und 5
Die Absätze entsprechen unverändert den bisherigen § 47 Abs. 4 und 5 BeamtVG.

Zu Art. 68 Bezüge bei Verschollenheit

Die Vorschrift entspricht § 29 BeamtVG mit ausschließlich redaktionellen Änderungen. Sie enthält bis zur endgültigen Feststellung des Todes eine Fiktion des Todes der Berechtigten für Zwecke der Besoldung und Versorgung. Sie gilt für Beamte und Beamtinnen, Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen und sonstige Versorgungsberechtigte gleichermaßen.

Zu Abs. 1
Nach Abs. 1 werden bis zu der Feststellung, dass das Ableben Verschollener mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, die Bezüge unverändert weitergezahlt. In Angleichung an die allgemeine Zuständigkeitsregelung in Art. 9 obliegt diese Feststellung künftig der Pensionsbehörde. Die Feststellung soll dem Dienstherrn ermöglichen, einen unbefriedigenden Schwebezustand zu beenden. Sie liegt allein im öffentlichen Interesse; die Angehörigen haben keinen Anspruch auf eine Entscheidung über die Verschollenheit, auch keinen Anspruch auf Erlass einer fehlerfreien Ermessensentscheidung.

Zu Abs. 2
Der Absatz regelt die Rechtsfolgen der Feststellung nach Abs. 1 für die Hinterbliebenenversorgung.

Zu Abs. 3
Abs. 3 betrifft den Fall der Rückkehr der Verschollenen; diese sollen grundsätzlich nicht schlechter- aber auch nicht bessergestellt werden, als wenn sie während der Zeit ihrer Verschollenheit ordnungsgemäß Dienst getan hätten.

Zu Abs. 4
Als Sondervorschrift zu Abs. 2 enthält Abs. 4 eine Parallelregelung zu Art. 9 BayBesG.

Zu Abs. 5
Die Feststellung nach Abs. 1 gilt zunächst nur für Zwecke der Besoldung und Versorgung; sie ist von der Toterklärung bzw. der gerichtlichen Feststellung des Todeszeitpunkts nach dem Verschollenheitsgesetz zu unterscheiden. Sind Maßnahmen nach dem Verschollenheitsgesetz erfolgt, sieht Abs. 5 zur Vermeidung widersprüchlicher Entscheidungen eine Neufestsetzung der Hinterbliebenenversorgung auf Grundlage der Toterklärung bzw. der gerichtlichen Feststellung des Todeszeitpunkts vor. Die Neufestsetzung erfolgt nur mit Wirkung für den Zeitraum nach Rechtskraft der gerichtlichen Feststellung; es entstehen daher für den Zeitraum davor weder Rückerstattungsansprüche des Dienstherrn, wenn ein früherer Todeszeitpunkt festgestellt wird, noch Nachzahlungsansprüche der Hinterbliebenen, wenn ein späterer Todeszeitpunkt festgestellt wird.

Zu Abschnitt 5 Familienbezogene Leistungen

Die familienbezogenen Leistungen, die bislang in §§ 50 bis 50e BeamtVG enthalten waren, werden künftig in einem eigenen Abschnitt geregelt. Der Abschnitt ist in drei Unterabschnitte untergliedert. Unterabschnitt 1 regelt den Familienzuschlag und den Ausgleichsbetrag neben dem Waisengeld, Unterabschnitt 2 die Zuschläge für Zeiten der Erziehung von Kindern und der nichterwerbsmäßigen Pflege neben dem Ruhegehalt und Unterabschnitt 3 die Zuschläge für Zeiten der Kindererziehung neben dem Witwengeld.

Die Bestimmungen zum Kindererziehungszuschlag waren bis zum 31. Dezember 1991 im Kindererziehungszuschlagsgesetz geregelt; sie wurden mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 vom 20. Dezember 2001 (BGBl I S. 3926) inhaltlich unverändert in § 50a BeamtVG übernommen. Gleichzeitig wurden mit dem Kindererziehungsergänzungszuschlag (§ 50b BeamtVG), dem Kinderzuschlag zum Witwengeld (§ 50c BeamtVG), dem Pflegezuschlag und dem Kinderpflegeergänzungszuschlag (§ 50d BeamtVG) sowie der vorübergehenden Gewährung von Zuschlägen (§ 50e BeamtVG) weitere Zuschläge in das Beamtenversor-

gungsrecht eingefügt, die sich eng an das Recht der gesetzlichen Rentenversicherung anlehnen.

So berechnen sich die Zuschläge durch die Multiplikation der gemäß der jeweils maßgeblichen rentenrechtlichen Regelung auf den jeweiligen Zuordnungszeitraum entfallenden Entgeltpunkte mit dem aktuellen Rentenwert. Die so ermittelten Beträge dürfen zusammen mit dem auf den gleichen Zeitraum entfallenden anteiligen Ruhegehalt bestimmte Höchstgrenzen nicht übersteigen. Die Höchstgrenzen unterscheiden sich je nach Zuschlagsart und schwanken zwischen dem aktuellen Rentenwert für einen Entgeltpunkt (27,20 € ab 1. Juli 2009) und der unter Beachtung der Beitragsbemessungsgrenze pro Jahr erreichbaren Rente (z.B. 58,12 € bei 2,1368 Entgeltpunkten für das Jahr 2005 x aktueller Rentenwert). Die danach verbleibenden Zuschläge dürfen zusammen mit dem Ruhegehalt das Ruhegehalt nicht übersteigen, das sich bei Anwendung des Höchstruhegehaltssatzes auf die ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, ergeben würde.

Die enge Verknüpfung mit dem Rentenrecht ist rechtssystematisch problematisch und geht zu Lasten der Lesbarkeit. Aus Gründen der Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung werden die bisherigen Vorschriften durch versorgungsrechtliche Bestimmungen ersetzt. Damit wird eine Anregung des Bundesrechnungshofes aufgegriffen, der bereits im Jahr 2003 eine Vereinfachung des Verfahrens angemahnt hat. Er vertrat die Auffassung, dass einer systemkonformen Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten der Vorrang einzuräumen wäre, der Umfang der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in den beiden Alterssicherungssystemen allerdings gleich bleiben solle.

Aus vorgenannten Gründen wird die Berechnung des Kindererziehungszuschlags und des Pflegezuschlags in Unterabschnitt 2 grundlegend neu geregelt. Leitlinie ist eine rechtssystematische Bereinigung durch versorgungsspezifische Leistungen, die sich unmittelbar aus dem Gesetz entnehmen lassen. Die Höhe der Zuschläge entspricht im Wesentlichen den bisherigen Leistungen; auf die Einzelbegründung zu Art. 71 und Art. 72 wird verwiesen.

Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 50b BeamtVG und der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 50d Abs. 2 Beamt VG werden nicht weitergeführt. Der bisherige Kindererziehungsergänzungszuschlag wurde (I) bei gleichzeitiger Erziehung mehrerer Kinder oder (II) bei Erziehung eines Kindes und gleichzeitiger Dienstleistung oder nichterwerbsmäßiger Pflege gewährt. Im Fall (I) konnte er bis zu einem Drittel und im Fall (II) bis zu einem Viertel Entgeltpunkt je Jahr betragen. Er wurde nicht für Zeiten gewährt, für die ein Anspruch auf Kindererziehungszuschlag besteht. Der bisherige Kinderpflegeergänzungszuschlag wurde für die nichterwerbsmäßige Pflege eines zuzuordnenden pflegebedürftigen Kindes neben dem Pflegezuschlag gewährt und kann bis zu einem Drittel Entgeltpunkt je Jahr betragen. Er wurde nicht gewährt, soweit für diesen Zeitraum ein Kindererziehungsergänzungszuschlag oder vergleichbare Ergänzungszuschläge in der gesetzlichen Rentenversicherung zustehen.

Bei den Ergänzungszuschlägen war gemeinsam, dass sie die pro Jahr der Gewährung erdiente Versorgung nur soweit erhöhen, als sie zusammen mit dem in diesem Zeitraum erdienten Ruhegehalt und einem Pflegezuschlag den Betrag nicht übersteigen, der einem Entgeltpunkt in der gesetzlichen Rentenversicherung entspricht; das sind 27,20 € seit dem 1. Juli 2009. In der überwiegenden Zahl der Fälle beim Freistaat Bayern kamen der Kindererziehungsergänzungszuschlag und der Kinderpflegeergänzungszuschlag nicht zum Tragen, weil die Höchstgrenze überschritten wurde. Beiden Ergänzungszuschlägen war aber auch gemeinsam, dass ihre Gewährung nicht wie in der gesetzlichen Rentenversicherung an einen Mindestumfang ruhegehaltfähiger Dienstzeiten gebunden ist. Dort werden zusätzliche Entgeltpunkte für die

Kalendermonate mit Berücksichtigungszeiten der Kindererziehung oder mit Zeiten der nichterwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes nur gutgeschrieben, soweit 25 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten vorhanden sind. Der Abbau dieser Besserstellung in der Beamtenversorgung und insbesondere die geringe Bedeutung der Ergänzungszuschläge auf Grund der Begrenzung durch die Höchstgrenzenregelung sind ausschlaggebend für die Streichung der Zuschläge. Für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens vorhandenen Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen verbleibt es auf Grund der gesetzlichen Überleitung nach Art. 101 Abs. 4 bei den bisherigen Leistungen.

Zu Art. 69 Familienzuschlag

Die Vorschrift entspricht mit redaktionellen Anpassungen § 50 Abs. 1 BeamtVG, wonach sich der Familienzuschlag nach den für die Beamten und Beamtinnen geltenden Vorschriften sowie den besonderen Bestimmungen zur Zahlung des kinderbezogenen Anteils des Familienzuschlags neben Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld bestimmt.

Zu Art. 70 Ausgleichsbetrag

Die Vorschrift entspricht § 50 Abs. 3 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen. Sie regelt die Gewährung eines Ausgleichsbetrags in Höhe des Kindergeldes für das erste Kind in den Fällen, in denen keiner Person Kindergeld für die Waise zusteht. Betroffen davon sind in erster Linie behinderte Waisen nach vollendetem 27. Lebensjahr. In den Fällen, in denen einer Waise mehrere Waisengelder nach einem Beamten oder einer Beamtin zustehen, wird der Ausgleichsbetrag nur neben dem neuen Waisengeld gezahlt. Dies ist der Fall, wenn der Versorgungsurheber mehrere Beamtenverhältnisse innehatte.

Zu Art. 71 Kindererziehungszuschlag

Die Vorschrift entspricht der Zielsetzung des bisherigen § 50a BeamtVG, Beamten und Beamtinnen einen Ausgleich für die mit der Kindererziehung in der Regel verbundenen Einschränkungen in der Alterssicherung zu gewähren.

Zu Abs. 1
Die Voraussetzungen für die Gewährung eines Kindererziehungszuschlags bleiben unverändert; das gilt auch für die vorrangige Berücksichtigung der Zeit der Kindererziehung in der gesetzlichen Rentenversicherung, wenn dort die Wartezeit erfüllt ist.

Zu Abs. 2
Die Bemessung des Zeitraums der Kindererziehung und die Regelungen bei gleichzeitiger Erziehung mehrerer Kinder entsprechen den bisherigen Regelungen in § 50a Abs. 2 BeamtVG.

Zu Abs. 3
Die Zuordnung der Kindererziehungszeiten zu den Eltern erfolgt ebenfalls wie bisher (§ 50a Abs. 3 BeamtVG) nach den Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung.

Zu Abs. 4
Nach Satz 1 erhalten Beamte und Beamtinnen wie bisher in den ersten drei Jahren der Kindererziehung einen einheitlichen Zuschlag. Der Jahresbetrag (30 €) liegt 9,3 v. H. über dem

Kindererziehungszuschlag in der gesetzlichen Rentenversicherung von derzeit 27,20 €. Mit der Anhebung wird der Wegfall des früheren Kindererziehungsergänzungszuschlags nach § 50b BeamtVG ausgeglichen. Darüber hinaus soll damit eine Angleichung an die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst erreicht werden, denen schon bislang zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes als soziale Komponente je Monat der Kindererziehung 500 € Entgelt gutgeschrieben werden. Für diese erhöht sich je vollem Jahr der Kindererziehung die monatliche Zusatzrente zwischen 5,60 € bei Kindererziehung im 20. Lebensjahr und 3 € im 40. Lebensjahr. Im Ergebnis erhalten Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes je Jahr der Kindererziehung bei voller Beurlaubung Zuschläge von durchschnittlich über 30 € insgesamt. Bayerische Beamte und Beamtinnen erhalten künftig mit 30 € in etwa den gleichen Betrag.

Der Kindererziehungszuschlag nimmt an den allgemeinen Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge teil.

Satz 2 sieht für die Begrenzung des Kindererziehungszuschlags abweichend vom bisherigen § 50a Abs. 5 BeamtVG eine versorgungsrechtliche Regelung vor. An die Stelle der bisherigen Höchstgrenze des in der Rentenversicherung unter Beachtung der Beitragsbemessungsgrenze im Zeitraum der Kindererziehung höchstens erzielbaren Rentenbetrags tritt das in diesem Zeitraum bei Vollbeschäftigung aus den der Berechnung zugrundeliegenden ruhegehaltfähigen Bezügen erdienbare Ruhegehalt. Die Steigerungsmöglichkeit des Ruhegehalts durch Kindererziehungszuschläge wird so auf die Differenz zwischen dem im Zeitraum der Kindererziehung erdienten Ruhegehalt und der Höchstgrenze begrenzt. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass ein Beamter oder eine Beamtin mit Kindererziehungszeiten während dieser Zeit keine höheren Versorgungsanwartschaften erdienen kann, als ein vollbeschäftigter Beamter oder eine vollbeschäftigte Beamtin.

Zu Abs. 5
Der Kindererziehungszuschlag darf wie bisher (§ 50a Abs. 6 BeamtVG) zusammen mit dem Ruhegehalt in einer Gesamtbetrachtung das Ruhegehalt nicht übersteigen, das sich bei Anwendung des Höchstruhegehaltssatzes auf die ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, die dem Ruhegehalt zugrunde liegt, ergeben würde. Mit Satz 2 wird klargestellt, dass der Kindererziehungszuschlag in den Fällen, in denen das erdiente Ruhegehalt hinter dem Mindestruhegehalt nach Art. 26 Abs. 5 zurückbleibt, in Höhe des Differenzbetrags gezahlt wird, um den die Summe aus erdientem Ruhegehalt und Kindererziehungszuschlag das Mindestruhegehalt übersteigen. Mit dieser Regelung wird im Interesse der Betroffenen sichergestellt, dass sich die Sonderzahlung nach Art. 75 bis 79 nach der vollen Mindestversorgung bemisst, da der Kindererziehungszuschlag und der Pflegezuschlag nicht zur Bemessungsgrundlage der Sonderzahlung zählen.

Zu Abs. 6
Aus der Ausgestaltung des Kindererziehungszuschlags als Bestandteil des Ruhegehalts folgt wie bisher (§ 50a Abs. 7 BeamtVG) die Einbeziehung des Zuschlags in Abschlags-, Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften. Neu ist die Einbeziehung in die Aufschlagsregelung nach Art. 26 Abs. 4.

Zu Abs. 7
Die Vorschrift führt inhaltsgleich die bisher in § 50a Abs. 8 BeamtVG normierten Regelungen zur Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten vor der Berufung ins Beamtenverhältnis für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder fort.

Zu Art. 72 Pflegezuschlag

Die bisherigen Regelungen des § 50d BeamtVG zur Berücksichtigung von Zeiten der nichterwerbsmäßigen Pflege werden übernommen.

Zu Abs. 1
Beamte und Beamtinnen, die einen Pflegebedürftigen oder eine Pflegebedürftige nicht erwerbsmäßig gepflegt haben erhalten wie bisher (§ 50 d Abs. 1 BeamtVG) einen Pflegezuschlag, soweit sie die Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erfüllen.

Zu Abs. 2
Die Höhe des Pflegezuschlags orientiert sich ebenfalls wie bisher (§ 50d Abs. 3 Satz 1 BeamtVG) an der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit und dem notwendigen Umfang der wöchentlichen Pflegetätigkeit. Für die Pflege von Schwerstpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 3 SGB XI) wird bei einem Pflegeumfang von mindestens 28 Wochenstunden ein Zuschlag von 2,00 € je Monat der Pflege, bei mindestens 21 Wochenstunden 1,50 € und bei mindestens 14 Wochenstunden 1,00 € gezahlt. Für die Pflege von Schwerpflegebedürftigen (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 SGB XI) mit einem Pflegeaufwand von mindestens 21 Wochenstunden werden 1,30 € und bei mindestens 14 Wochenstunden 0,90 € pro Monat der Pflege gezahlt. Für die Pflege erheblich Pflegebedürftiger (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 SGB XI) werden 0,70 € gezahlt.

Der Pflegezuschlag nimmt wie der Kindererziehungszuschlag an den allgemeinen Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge teil.

Zu Abs. 3
Für die Gewährung des Pflegezuschlags gelten die Einschränkungen des Kindererziehungszuschlags gleichermaßen. Der Pflegezuschlag darf zusammen mit dem, auf den Zeitraum der Pflege entfallenden Kindererziehungszuschlag und dem anteiligen erdienten Ruhegehalt das in diesem Zeitraum erdienbare Ruhegehalt nicht übersteigen (vgl. insoweit Begründung zu Art. 71 Abs. 4 Satz 2).

Zu Art. 73 Vorübergehende Gewährung von Zuschlägen

Die Vorschrift entspricht inhaltlich § 50e BeamtVG mit redaktionellen Änderungen sowie Anpassungen an die Altersgrenzen im BayBG. Sie regelt die vorübergehende Gewährung von Zuschlägen nach Art. 71 und Art. 72 in den Fällen, in denen mangels Erfüllung der rentenrechtlichen Voraussetzungen noch kein Anspruch auf diese Zuschläge nach dem BayBeamtVG besteht.

Zu Abs. 1
Die Norm definiert die Anspruchsvoraussetzungen für die vorübergehende Gewährung der Zuschläge. Sie entspricht § 50e Abs. 1 BeamtVG mit der Änderung, dass die Höhe der un-

schädlichen Einkünfte mit 470 € an die Hinzuverdienstgrenze im Rentenrecht anpasst wird. Insoweit wird auf die Begründung zu Art. 27 Abs. 1 verwiesen.

Zu Abs. 2
In diesem Absatz sind wie bisher die Gründe des Wegfalls der vorübergehenden Gewährung der Zuschläge geregelt. Wegen der Anpassung der Grenze für den Bezug von Einkünften siehe Begründung zu Abs. 1.

Zu Abs. 3
Die Regelungen zur Antragsvoraussetzung und dessen Wirksamkeit entsprechen den bisherigen Bestimmungen.

Zu Art. 74 Kinderzuschlag zum Witwengeld

Der Kinderzuschlag zum Witwengeld wurde zur Abmilderung der Absenkung des Bemessungssatzes des Witwengeldes von 60 auf 55 v. H. der Versorgungsbezüge des Versorgungsurhebers eingeführt. Die Vorschrift entspricht § 50c BeamtVG und regelt die Gewährung eines Zuschlags für Zeiträume, in denen Witwen oder Witwer Kinder erzogen haben.

Zu Abs. 1
Die Regelung der Voraussetzungen zur Gewährung eines Kinderzuschlages in Satz 1 entsprechen der bisherigen Regelung des § 50c Abs. 1 Satz 1 BeamtVG. Witwen und Witwer erhalten einen Kinderzuschlag für die Dauer von 36 Monaten je Kind, soweit ihnen die Kindererziehung zuzuordnen ist.

Die nochmalige Bestätigung im bisherigen § 50c Abs. 1 Satz 2, dass der Kinderzuschlag Bestandteil des Versorgungsbezüge ist, wurde nicht übernommen, weil sich dies bereits aus Art. 2 Abs. 1 Nr. 6 ergibt. In Satz 2 wird § 50c Abs. 3 BeamtVG ersetzt und die Höhe des Kinderzuschlags festgelegt. Er beträgt in den ersten 36 Monaten der Kindererziehung in Anlehnung an die ab dem 1. Juli 2008 geltende Höhe des Kinderzuschlags 1,50 € und für jeden weiteren Monat der Kindererziehung 0,75 €. Die rentenrechtlichen Leistungen betragen derzeit 1,51 € beziehungsweise 0,76 €.

Der Kinderzuschlag nimmt wie der Kindererziehungs- und der Pflegezuschlag an den allgemeinen Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge teil.

Der bislang in § 50c Abs. 1 Satz 3 BeamtVG festgelegte generelle Ausschluss von Kinderzuschlägen für den Fall des Bezugs von Witwengeld in Höhe der Mindestversorgung wird dahingehend korrigiert, dass er nur bei Bezug von amtsunabhängigem Mindestwitwen- oder -witwergeld gilt, das weiterhin 60 v. H. des Mindestruhegehalts beträgt.

Zu Abs. 2
Die bisherigen Bestimmungen in § 50c Abs. 2 BeamtVG zur Gewährung des Kinderzuschlags in den Fällen, in denen die Kindererziehung dem oder der vor Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes verstorbenen Beamten oder Beamtin zugeordnet war, werden inhaltlich übernommen.

Zu Abs. 3
In Abs. 3 wird klargestellt, dass der Kinderzuschlag bei der Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- oder Anrechnungsvorschriften als Teil des Witwengeldes zu behandeln ist; dies ent-

spricht insoweit § 50c Abs. 4 BeamtVG. Auf die Regelung des Art. 71 Abs. 6 (bislang § 50a Abs. 7 BeamtVG) wird jedoch – anders als bislang – nicht verwiesen. Dies bedeutet, dass sich entgegen früherem Recht ein Kinderzuschlag zum Witwengeld nicht mehr um einen Versorgungsabschlag mindert, der beim Ruhegehalt des Versorgungsurhebers zur Anwendung kommt. Damit wird die Eigenständigkeit des Anspruchs der Witwe oder des Witwers berücksichtigt und die Erziehungsleistung der Witwe oder des Witwers finanziell anerkannt.

Die bisher in § 50c Abs. 4 BeamtVG getroffene Regelung zur entsprechenden Geltung des § 69e Abs. 5 Satz 2 BeamtVG sollte sicherstellen, dass Kinderzuschläge zum Witwengeld nur in den von der Absenkung des Witwengeldes von 60 v. H. auf 55 v. H. erfassten Fällen gewährt wird. Dieser Anordnung bedarf es nicht, weil die Gewährung des Kinderzuschlags zum nicht abgesenkten Witwengeld ohnehin über Art. 102 Abs. 1 Satz 2 ausgeschlossen ist.

Zu Abschnitt 6 Sonderzahlung

Dieser Abschnitt regelt die Sonderzahlung an Versorgungsberechtigte, die bislang auf Grundlage des § 50 Abs. 4 BeamtVG gemeinsam mit der Sonderzahlung an die Beamten und Beamtinnen im BaySZG geregelt war. Künftig wird die Sonderzahlung aus systematischen Gründen unmittelbar im jeweiligen Stammrecht geregelt. Inhaltlich wird sie unverändert fortgeführt.

Zu Art. 75 Anspruch und Bestandteile

Satz 1 bestimmt die anspruchsberechtigten Personen. Er ist gegenüber dem bisherigen Art. 2 Abs. 1 Nr. 3 BaySZG inhaltlich unverändert. Ausgenommen sind daher Versorgungsberechtigte, die keine laufenden, sondern nur einmalige Versorgungsbezüge erhalten.

Satz 2 nennt die Bestandteile der jährlichen Sonderzahlung entsprechend dem bisherigen Art. 3 BaySZG. Der Erhöhungsbetrag (bisheriger Art. 5 BaySZG) ist für Versorgungsberechtigte ohne Bedeutung und wird daher nicht übernommen.

Zu Art. 76 Grundbetrag

Der Grundbetrag wird entsprechend der bisherigen Regelung in Art. 4 BaySZG bestimmt.

Zu Abs. 1
Der Grundbetrag ermittelt sich nach Satz 1 durch Anwendung eines Vomhundertsatzes auf ein Zwölftel der für das laufende Kalenderjahr zustehenden Versorgungsbezüge. Tritt der Versorgungsfall während des Kalenderjahres ein, wird die Sonderzahlung nach diesem Gesetz erst ab diesem Zeitpunkt gewährt; die bis zu diesem Zeitpunkt zu gewährende Sonderzahlung bestimmt sich nach dem BayBesG. Eine ausdrückliche Beschränkung auf Bezüge „von dem selben Dienstherrn“ ist im Versorgungsbereich nicht erforderlich, weil hier kein Dienstherrenwechsel stattfindet.

Die zugrunde zu legenden Versorgungsbezüge sind in Satz 2 definiert, der den bisherigen Art. 4 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 4 und 5 BaySZG entspricht.

Zu Abs. 2
Die Vomhundertsätze sind gegenüber den bisherigen Art. 4 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 BaySZG unverändert.

Zu Abs. 3
Dieser Absatz entspricht dem bisherigen Art. 4 Abs. 3 BaySZG und nimmt vorläufig gezahlte Versorgungsbezüge von der Bemessungsgrundlage aus.

Zu Art. 77 Sonderbetrag für Kinder

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen Art. 6 BaySZG.

Zu Abs. 1
Nach Satz 1 wird als soziale Komponente weiterhin ein Sonderbetrag von 2,13 € je Kind und Kalendermonat gewährt. Satz 2 verweist hinsichtlich vorläufiger Zahlungen auf Art. 76 Abs. 3.

Zu Abs. 2
Satz 1 stellt klar, dass der Sonderbetrag je berücksichtigungsfähiges Kind nur einmal bezahlt wird. Bedeutsam ist dies beispielsweise, wenn neben den Versorgungsbezügen aus einem weiteren Dienstverhältnis Aktivbezüge oder wenn mehrere Versorgungsbezüge zustehen. Die Sätze 2 und 3 regelt das jeweilige Rangverhältnis. Danach gehen die Aktivbezüge bzw. die späteren Versorgungsbezüge vor.

Zu Art. 78 Ausschlusstatbestände

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen Art. 7 BaySZG und schließt den Anspruch auf jährliche Sonderzahlung in bestimmten Fällen aus.

Zu Abs. 1
Dieser Absatz betrifft Fälle, in denen Versorgungsbezüge auf Grund eines Disziplinarverfahrens einbehalten werden (vgl. Art. 39 Abs. 2 BayDG). Die Nachzahlung ist in Art. 41 BayDG geregelt.

Zu Abs. 2
Dieser Absatz betrifft die Fälle, in denen ein Unterhaltsbeitrag durch Gnadenerweis (Art. 61 Abs. 3 BayBG) oder Disziplinarmaßnahme (Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 2 BayDG) bewilligt worden ist.

Zu Art. 79 Zahlungsweise, Teilzuwendung

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen Art. 8 BaySZG. Der bisherige Abs. 3 wurde gestrichen, da die Mehrfachberücksichtigung von Zeiten und Bezügen bereits auf Grund der monatlichen Berechnungsweise ausgeschlossen ist.

Zu Abs. 1
Zahlungsmonat der jährlichen Sonderzahlung ist weiterhin der Monat Dezember.

Zu Abs. 2
Abweichend von Abs. 1 ist während des Kalenderjahres eine Teilzuwendung zu gewähren, wenn der Anspruch auf Versorgungsbezüge während des Kalenderjahres entfällt (z. B. Einstellung der Zahlung von Waisengeld bei Vollendung des maßgeblichen Lebensalters, Wegfall von Witwengeld bei Wiederverheiratung). Gewährt wird die anteilige Sonderzahlung mit

den Bezügen für den letzten Anspruchsmonat vor dem Ausscheiden aus dem jeweiligen Rechtsverhältnis. Ist dies insbesondere wegen kurzfristigen Ausscheidens nicht möglich, ist die Teilzuwendung nachzuzahlen.

Nach Satz 2 ist eine Teilzuwendung auch im Fall des Todes eines oder einer Versorgungsberechtigten vor dem Abrechnungsmonat Dezember zu gewähren. Die entsprechende Anwendung des Art. 32 bedeutet, dass die dem letzten Abrechnungsmonat mit laufenden Bezügen zuzuordnende Teilzuwendung statt an die Erben an die überlebenden Ehegatten oder die Abkömmlinge (Art. 32 Abs. 2) ausbezahlt werden kann.

Zu Abschnitt 7 Verlust der Versorgung

Dieser Abschnitt enthält die Tatbestände, in denen ein Fehlverhalten der Versorgungsberechtigten zum Verlust der Versorgungsbezüge führt. Er umfasst damit die bisherigen §§ 59, 60, 61 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, Sätze 2 bis 4 und § 64 BeamtVG und vereinheitlicht die Terminologie in Anlehnung an § 24 BeamtStG. Zum Erlöschen der Hinterbliebenenversorgung wegen Todes, Wiederverheiratung oder Erreichens der Altersgrenze vgl. Art. 44 und die zugehörige Begründung.

Zu Art. 80 Verlust der Versorgung infolge Verurteilung

Die Vorschrift regelt diejenigen Fälle, in denen ähnlich wie in § 24 BeamtStG einer als Reaktion auf das Fehlverhalten ergangenen gerichtlichen Entscheidung Tatbestandswirkung für den Verlust der Versorgung zukommt. Sie tritt insofern für Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen an die Stelle von § 59 BeamtVG, für Hinterbliebene an die Stelle von § 61 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und Satz 2 bis 4 BeamtVG. Für Hinterbliebene entfällt künftig der bisher gemäß § 61 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG vorgesehene Unterhaltsbeitrag; es handelt sich insofern um eine Folgeänderung zum Dienstunfallrecht.

Zu Abs. 1
Abs. 1 erfasst die Fälle straffällig gewordener Versorgungsberechtigter, in denen entweder die Schwere (Abs. 1 Nr. 1) oder die Art der Straftaten (Abs. 1 Nr. 2) den Verlust der Versorgung geboten erscheinen lassen.

Zu Abs. 2
Abs. 2 erweitert den Anwendungsbereich des Abs. 1 für zwei Sonderfälle, in denen ebenfalls der Verlust der Versorgung geboten ist. Für die erste Alternative (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach Art. 18 GG) ergibt sich dies aus der Nähe zu den Fällen gemäß Abs. 1 Nr. 2; es wäre zudem nicht hinzunehmen, verfassungsfeindliche Aktivitäten durch Gewährung von Versorgungsleistungen mittelbar zu unterstützen. Die zweite Alternative (Verurteilung eines Ruhestandsbeamten oder einer Ruhestandsbeamtin, die nach § 24 BeamtStG zum Verlust der Beamtenrechte führen würde, wegen einer vor Ruhestandseintritt begangenen Tat) berücksichtigt, dass sich der Beamte bereits durch die Tat selbst für den Dienstherrn untragbar gemacht hat und nicht erst durch die mit der Verurteilung verbundene Außenwirkung untragbar wird, so dass die Frage, ob ein Ruhestandsbeamter durch eine während seiner aktiven Dienstzeit begangenen Tat untragbar geworden ist, nach den für aktive Beamte geltenden Grundsätzen zu beurteilen ist.

Zu Abs. 3
Aus der Verweisung in Art. 60, 61 BayBG ergibt sich das Wiederaufleben der Versorgung bei erfolgreichem Wiederaufnahmeverfahren oder Ausübung des Gnadenrechts. Die Anwendung der Art. 39 bis 41 BayDG ermöglicht nunmehr die Kürzung der Versorgung bereits bei Einleitung eines Verfahrens, das voraussichtlich zu einer Entscheidung nach Abs. 1 oder 2 führt.

Zu Art. 81 Verlust der Versorgungsbezüge bei Ablehnung einer erneuten Berufung

Die Vorschrift regelt den vorübergehenden Verlust der Versorgungsbezüge bei Ablehnung einer erneuten Berufung und Verletzung der damit im Zusammenhang stehenden Pflichten. Die Vorschrift ist im Zusammenhang mit Art. 77 Nr. 2 BayBG zu sehen und enthält eine spezielle Rechtsfolge für den Fall der dort beschriebenen Dienstvergehen, vergleichbar Art. 9 BayBesG für aktive Beamte und Beamtinnen. Der disziplinarrechtliche Vorbehalt (Satz 3) erfasst sowohl den Ausspruch einer Disziplinarmaßnahme (Art. 6 Abs. 2 BayDG) als auch gegebenenfalls die Einbehaltung des Ruhegehalts (Art. 39 Abs. 2 Satz 2 BayDG) nach Beendigung der Pflichtverletzung. Art. 81 entspricht sachlich weitgehend § 60 BeamtVG. Der Tatbestand wurde allerdings um die Alternativen der unterlassenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Dienstfähigkeit (§ 29 Abs. 4 BeamtStG) und des Verstoßes gegen die Pflicht, sich zur Überprüfung der Dienstfähigkeit untersuchen zu lassen (§ 29 Abs. 5 BeamtStG) erweitert, da beides mit der Verpflichtung, einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis Folge zu leisten (§ 29 Abs. 2 BeamtStG), in unmittelbarem Zusammenhang steht. Ebenso wie die Nichtfolgeleistung bei erneuter Berufung stellt das Unterlassen von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Dienstfähigkeit bereits jetzt ein Dienstvergehen von Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen gemäß Art. 77 Nr. 2 BayBG dar; durch das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Disziplinargesetzes und weiterer Vorschriften wird Art. 77 Nr. 2 BayBG auch um die Alternative des Verstoßes gegen die Verpflichtung aus § 29 Abs. 5 BeamtStG ergänzt.

Zu Art. 82 Verlust der Versorgung bei verfassungsfeindlicher Betätigung

Die Vorschrift enthält in Anknüpfung an die Regelung des § 64 BeamtVG eine Sanktion für Hinterbliebene, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigen. Ein derartiges Verhalten ist auch bei Versorgungsempfängern und Versorgungsempfängerinnen generell nicht hinnehmbar und wird bei Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen als Dienstvergehen verfolgt (vgl. § 47 Abs. 2 Satz 1, 1. Alt. BeamtStG, Art. 2 Abs. 1 Nr. 2b) BayDG). Da Hinterbliebene dem Disziplinarrecht nicht unterliegen, bedarf es einer entsprechenden Sonderregelung im Versorgungsrecht. Ebenso wie bei Art. 80 fällt als Folge der Änderungen im Dienstunfallrecht auch hier der bisher gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 vorgesehene Unterhaltsbeitrag weg.

Zu Abs. 1
Die Zuständigkeit der Pensionsbehörde entspricht der allgemeinen Regelung in Art. 9. Wegen der Nähe des Tatbestandes zum Disziplinarrecht ist Abs. 1 Satz 1 mit Rücksicht auf den auch im Disziplinarverfahren gegebenen Maßnahmezumessungsspielraum als Ermessensregelung ausgestaltet und sieht Abs. 1 Satz 2 die entsprechende Anwendung der Vorschriften über das Disziplinarverfahren vor.

Zu Abs. 2
Der Vorbehalt zugunsten des Art. 80 Abs. 1 bringt weiterhin zum Ausdruck, dass bei Verlust der Hinterbliebenenversorgung aus den dort genannten Gründen keine Veranlassung für eine besondere Verlustanordnung nach Art. 82 mehr besteht.

Zu Teil 3 Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften

Dieser Teil fasst die Anrechnungs- und Kürzungsvorschriften sowie die Ruhensregelungen für die nach diesem Gesetz begründeten Versorgungsbezüge zusammen. Abschnitt 1 enthält die bislang in §§ 53 bis 56 BeamtVG verankerten Konkurrenzregelungen beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit anderen Bezügen und Einkünften. Abschnitt 2 regelt den Versorgungsausgleich, der bislang in §§ 57 und 58 BeamtVG geregelt war

Zu Abschnitt 1 Zusammentreffen mit anderen Bezügen und Einkünften

Die Regelungen der §§ 53 bis 56 BeamtVG werden im Wesentlichen ohne inhaltliche Änderungen in Unterabschnitt 1 übernommen. Gemeinsame Regelungen oder Verweisungen innerhalb dieser Normen werden in Unterabschnitt 2 zusammengefasst.

Zu Art. 83 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 53 BeamtVG. Sie regelt die Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen auf die Versorgungsbezüge. Der bisherige Abs. 9 wird nicht übernommen, weil die kommunalen Wahlbeamten nicht mehr unmittelbar unter den Geltungsbereich des BayBeamtVG fallen (Art. 1 Abs. 2). Die Erhöhung der Höchstgrenze nach § 53 Abs. 3 BeamtVG bei Versorgungsberechtigten mit ruhegehaltfähigen Bezügen der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 sowie die Regelung der Mindestbelassung bei Unterhaltsbeiträgen nach Art. 55 im bisherigen § 53 Abs. 6 BeamtVG werden in Unterabschnitt 2 übernommen.

Zu Abs. 1
Die Vorschrift entspricht § 53 Abs. 1 BeamtVG. Es werden die grundsätzliche Berücksichtigung des Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommens und die Verminderung der Versorgungsbezüge geregelt, soweit das Gesamteinkommen die Höchstgrenze übersteigt. Es erfolgt keine Beschränkung der Berücksichtigung auf die Monate des gleichzeitigen Bezugs von Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommens und von Versorgungsbezügen.

Zu Abs. 2
Die Mindesthöchstgrenzen nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 3 werden an die geänderte Bemessungsgrundlage des amtsunabhängigen Mindestruhegehalts (Art. 26 Abs. 5 Satz 2) angepasst. Die Anwendung der besonderen Höchstgrenze nach Abs. 2 Nr. 3 bei vorzeitiger Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit oder auf Antrag bei Schwerbehinderung ist wie bisher bis zum Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze befristet und nimmt an deren Anhebung teil. Mit der Erhöhung dieser Höchstgrenze um einen Betrag von 470 € wird die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze im Rentenrecht nachvollzogen (vgl. Begründung zu Art. 27 Abs. 1). Zur Höchstgrenze nach Nr. 3 wird klargestellt, dass diese auch auf Unterhaltsbeiträge nach Art. 29 und Art. 55 anzuwenden ist, wenn die Entlassung wegen Dienstunfähigkeit erfolgte,

nicht jedoch bei Dienstunfähigkeit infolge eines Dienstunfalls (Art. 55 Abs. 5). Die Erhöhung der Höchstgrenze um den Unterschiedsbetrag nach Satz 2 entspricht bisheriger Rechtslage, allerdings wird nunmehr auch bei Waisengeldbeziehern die Höchstgrenze um den vollen (bisher nur um 40 v. H.) Unterschiedsbetrag erhöht. Damit wird sichergestellt, dass der Teil der Versorgungsbezüge, der unabhängig vom Amt des Versorgungsurhebers an alle Waisen in gleicher Höhe gewährt wird, über die höhere Höchstgrenze verbleibt.

Zu Abs. 3
Nach Abs. 3 sind Versorgungsberechtigten unabhängig von der Höhe des Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommens mindestens 20 v. H. ihrer Versorgungsbezüge zu belassen, sogenannte Mindestbelassung. Dies gilt nicht bei Bezug von Verwendungseinkommen (Abs. 5), das sich aus einer den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen vergleichbaren Bemessungsgrundlage errechnet. Ob das der Fall ist, kann in der Regel anhand eines Vergleichs der Besoldungs- und Entgeltgruppen festgestellt werden. Bei sonstigem, nicht nach der Einstufung vergleichbarem Verwendungseinkommen gibt es keine Mindestbelassung, wenn ein Zwölftel des Jahresbezugs des Verwendungseinkommens bei Vollbeschäftigung mindestens dem Monatsbezug der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge entspricht.

Zu Abs. 4
Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen § 53 Abs. 7 BeamtVG mit folgenden Neuregelungen und Änderungen:

1. Der Begriff des Erwerbseinkommens wird konkretisiert und gegenüber dem steuerrechtlichen Einkommensbegriff eingeschränkt. Einkommen aus den genannten Einkunftsarten soll nur dann auf die Versorgungsbezüge angerechnet werden, wenn den Einkünften eine eigene Beschäftigung oder Tätigkeit der Versorgungsberechtigten zugrunde liegt. Damit werden reine Kapitalbeteiligungen im Rahmen dieser Einkunftsarten unabhängig von ihrer steuerrechtlichen Qualifizierung von der Anrechnung ausgenommen.
2. Die Definition des Begriffs Erwerbseinkommen wird umgekehrt um solche Kapitaleinkünfte erweitert, die Vergütungen für Tätigkeiten der Versorgungsberechtigten in Kapitalgesellschaften ersetzen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine anderweitig nicht oder nicht angemessen vergütete Tätigkeit der Versorgungsberechtigten für die Kapitalgesellschaft. Die Neuregelung soll missbräuchlichen Gestaltungen entgegenwirken, bei denen tätigkeitsbezogenes Einkommen der Versorgungsberechtigten zur Umgehung einer Anrechnung als Kapitalertrag gewährt wird. Von der Vorschrift werden auch ausgeschüttete oder thesaurierte Gewinne aus Kapitalgesellschaften erfasst, soweit sie verdecktes Tätigkeitsentgelt darstellen. Sonstige Kapitaleinkünfte werden – entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - nicht erfasst.
3. Entsprechend der höchstrichterlichen Rechtsprechung (BVerwG, Urteil vom 19. Februar 2004 - 2 C 20.03) mindern nachweislich anerkannte Werbungskosten die anrechenbaren Erwerbseinkünfte. Dementsprechend erfasst der Begriff Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nur noch den Saldo aus Einnahmen und anerkannten Werbungskosten, der auf die Versorgungsbezüge angerechnet wird. Diese Freistellung wird konsequenterweise auf die Betriebsausgaben bei Gewinneinkunftsarten ausgedehnt. Es ist stets der jeweilige steuerrechtliche Pauschbetrag anrechnungsfrei zu stellen, soweit keine höheren Betriebsausgaben oder Werbungskosten nachgewiesen werden.

4. Der nach § 3 Nr. 36 EStG steuerfreie Teil von Pflegegeldern im Sinn des § 37 SGB XI wird aus sozialen Gründen anrechnungsfrei gestellt.
5. Einkünfte aus schriftstellerischer, wissenschaftlicher und künstlerischer Tätigkeit sowie Vortragstätigkeit, die nach Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayBG für Beamte genehmigungsfrei sind, stellen kein berücksichtigungsfähiges Erwerbseinkommen dar.

Aufwandsentschädigungen bleiben anrechnungsfrei, auch soweit sie steuerfrei sind. Leistungsbezüge sind entsprechend ihrer Zahlungsweise zu behandeln mit der Folge, dass Leistungsprämien mit einem Zwölftel je Kalendermonat anzusetzen sind.

Die Ermittlung des anzurechnenden Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommens erfolgt wie bisher grundsätzlich nach dem Monatsprinzip (§ 53 Abs. 7 Satz 4 BeamtVG). Wird Einkommen nicht in Monatsbeträgen erzielt, ist es im Kalenderjahr der Gewährung mit einem Zwölftel je Kalendermonat, in dem Versorgungsbezüge bezogen werden, anzusetzen.

Zu Abs. 5
Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommens wird wie bisher nur bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze angerechnet. Dabei wird der Anhebung der Altersgrenzen im BayBG Rechnung getragen. Nach Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze verbleibt es wie bisher bei der Anrechnung von Verwendungseinkommen. Die Anrechnung erfolgt ab dem Kalenderjahr, in dem die Regelaltersgrenze erreicht wird, nicht mehr monatsbezogen, sondern nach dem Jahresprinzip (vgl. Satz 4). Die Maßgabe nach § 1 Art. 5 Abs. 5 BayBVAnpG 2007/2008, eine Zwölftelung des Jahreseinkommens ab dem Jahr der Vollendung des 65. Lebensjahres in den Fällen des Ruhestandseintritts nach Erreichen der Altersgrenze vorzunehmen, wird damit in das Stammrecht übernommen, ohne auf den Grund des Eintritts oder der Versetzung in den Ruhestand abzustellen. Für die Anrechnung ist damit die Summe der anrechenbaren Einkünfte im Kalenderjahr zugrunde zu legen und die Anrechnung auf der Basis der monatlichen Durchschnittseinkommen durchzuführen. Im Ergebnis führt dies zu einer Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten bei nicht ganzjähriger Beschäftigung. Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung ist Abs. 4 Satz 6 im Kalenderjahr des Erreichens der Regelaltersgrenze einheitlich auf das gesamte anrechenbare Einkommen anzuwenden. Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen, das vor dem Eintritt des Versorgungsfalles bezogen wurde, bleibt dabei außer Ansatz.

Zu Abs. 6
Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen (vgl. Abs. 4) werden bei Ruhestandsbeamten und -beamtinnen im einstweiligen Ruhestand entsprechend der bisherigen Rechtslage angerechnet. Die Versorgungsbezüge ruhen in Höhe der Hälfte des Betrags, um den die Versorgungsbezüge und das Einkommen die Höchstgrenze übersteigen. Dies gilt nicht beim Bezug von Verwendungseinkommen (vgl. Abs. 5), das der üblichen Ruhensberechnung unterliegt.

Zu Art. 84 Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 54 BeamtVG.

Der bisherige § 54 Abs. 5 wird in Unterabschnitt 2 übernommen.

Zu Abs. 1
Die Regelung entspricht § 54 Abs. 1 BeamtVG. Es bleibt insbesondere auch bei der Konkurrenzregelung, wonach ein früherer Versorgungsbezug durch einen späteren Versorgungsbezug im Rahmen der Anrechnung verdrängt wird. Dies ist zwar in den Fällen unbefriedigend, in denen der spätere und damit vorrangige Bezug ein eigener erdienter Versorgungsanspruch ist, der mit einer früheren Hinterbliebenenversorgung zusammenfällt. Da die beteiligten Ansprüche auch von nichtbayerischen Dienstherren stammen können, muss dies aber hingenommen werden, solange auf Basis der bisherigen Regelung des BeamtVG die bund- und länderübergreifende Gegenseitigkeit der Konkurrenzregelung gewährleistet ist.

Zu Abs. 2
Wegen des bei der Höchstgrenze zu berücksichtigenden Unterschiedsbetrags im Familienzuschlag (Art. 69 Abs. 2) wird mit der Einbeziehung von Kindern, für die nur neben dem neuen Versorgungsbezug ein Unterschiedsbetrag zusteht, die ständige Verwaltungspraxis kodifiziert. Unterliegt eines der nach Satz 1 Nr. 1 und 2 beteiligten Ruhegehälter bzw. das dem Witwengeld zugrunde liegende Ruhegehalt nach Satz 1 Nr. 3 einem Versorgungsabschlag (Art. 26 Abs. 2), so ist auch die nach Abs. 2 zu bestimmende Höchstgrenze zu vermindern. Neu aufgenommen wird die Anhebung der Höchstgrenze in den Fällen, in denen der erstmalig eingeführte Versorgungsaufschlag (Art. 26 Abs. 4) zum Tragen kommt. Das gilt auch, wenn eines der beteiligten Ruhegehälter nach entsprechender bundes- oder landesrechtlicher Regelung vermindert oder erhöht ist.

Der Versorgungsabschlag nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Halbsätze 2 und 3 BeamtVG in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung (Versorgungsabschlag alter Art) ist nach dem Beschluss des BVerfG vom 18. Juni 2008 – 2 BvL 6/07 wegen Verstoßes gegen Art. 3 GG nichtig; er bleibt daher auch bei der Festsetzung der Höchstgrenze nach § 54 Abs. 2 Satz 2 BeamtVG in den einschlägigen Fällen künftig außer Betracht.

Zu Abs. 3 und 4
Die Vorschriften entsprechen § 53 Abs. 3 und 4 BeamtVG.

Zu Abs. 5
Entsprechend der Änderung im Rahmen des Art. 83 Abs. 5 gilt für die Ermittlung der Anrechnungsbeträge auch hier das Jahresprinzip; auf die Begründung zu Art. 83 Abs. 5 wird Bezug genommen.

Zu Art. 85 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 55 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen und Ausdehnung auf weitere Alterssicherungsleistungen. Die bisherigen Abs. 5 bis 7 werden in die gemeinsamen Regelungen in Unterabschnitt 2 übernommen.

Zu Abs. 1
Im Vergleich zur bisherigen Regelung wird der Katalog der zu berücksichtigenden Rentenleistungen ausgedehnt. Unter Nr. 3 wird die Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte eingefügt und unter Nr. 6 eine Generalklausel aufgenommen, nach der sonstige Alterssicherungsleistungen zu berücksichtigen sind, die auf Grund einer Berufstätigkeit zur Versorgung des oder der Berechtigten oder deren Hinterbliebenen bestimmt sind. Darin eingeschlossen sind insbesondere Betriebsrenten nach §§ 1b und 30f des Betriebsrentengesetzes, nicht jedoch Renten aus Ländern des EWR und der Schweiz (Verordnung (EWG) 1408/71 und 574/72), vgl. auch Begründung zu Art. 24 Abs. 4.

Wegen der Ausdehnung des Katalogs können die bisher in den Ermessensrichtlinien (Teil 6 BayVV-Versorgung – BayRS 2033-F) geregelten Einschränkungen zur Anerkennung von Vordienstzeiten insoweit entfallen. Wie bisher soll damit sichergestellt werden, dass die Gesamtversorgung aus beamtenrechtlichen Versorgungsbezügen und sonstigen Renten die Höchstversorgung eines „Nur-Beamten“ nicht übersteigt. Für vorhandene Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen bleibt es bei der festgesetzten Dienstzeit (Art. 100 Abs. 1) und soweit erforderlich bei der Wahrung des Besitzstands nach Art. 101 Abs. 5.

In Satz 4 werden als Folgeänderung zu den entsprechenden Regelungen des Altersvermögensergänzungsgesetzes vom 21. März 2001 (BGBl I S. 403) die auf ein Rentensplitting unter geschiedenen Ehegatten zurückzuführenden Rententeile ergänzend zu den bereits bestehenden Regelungen außer Ansatz gestellt. Den Renten gleichgestellt sind Leistungen, die auf der internen Teilung beamten- oder soldatenversorgungsrechtlicher Anwartschaften nach Bundesrecht oder entsprechendem Landesrecht beruhen. Derartige Leistungen stellen keine Versorgungsbezüge dar, da der Anspruch auf Versorgung untrennbar mit dem konkreten Beamten- bzw. Soldatenverhältnis verbunden ist. Sie sind daher ebenso zu behandeln wie andere im Rahmen des Versorgungsausgleichs begründete Leistungsansprüche. Die aufgrund des § 1 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich in sämtlichen Fassungen begründeten Rentenerhöhungen und -minderungen bleiben durch das Außerkrafttreten des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich und das Inkrafttreten des VersAusglG unberührt und sind daher weiterhin zu berücksichtigen.

Mit Satz 5 wird geregelt, dass ein Verzicht auf eine Rente die Durchführung der Ruhensberechnung - mit dann fiktiven, ansonsten zu zahlenden Rentenbeträgen - nicht ausschließt. Der Begriff des Verzichts umfasst auch die Nichtbeantragung einer Rente durch einen Anspruchsberechtigten.

Zu Abs. 2
Bei der Berechnung der Höchstgrenze nach Abs. 2 wird im Interesse der Betroffenen auch künftig im Regelfall auf die Vollendung des 17. Lebensjahres bei der anzusetzenden Dienstzeit abgestellt. Da nach dem neuen Landesrecht auch Zeiten vor dem 17. Lebensjahr ruhegehaltfähig sein können Dienstzeit zu berücksichtigen (vgl. insoweit Begründung von Art. 14), werden diese Zeiten berücksichtigt, wenn die Voraussetzungen im Einzelfall gegeben sind. Wegen der Veränderung der Höchstgrenzen wegen eines Versorgungsabschlags oder eines Versorgungsaufschlags sowie des Versorgungsabschlags alter Art wird auf die Begründung zu Art. 84 Abs. 2 verwiesen.

Zu Abs. 3
Die Vorschrift entspricht § 55 Abs. 3 BeamtVG.

Zu Abs. 4
Die Ermittlung der zu berücksichtigenden Rente im Fall der Kapitalisierung wird aus Gründen der Übersichtlichkeit aus § 55 Abs. 2 BeamtVG (bisher Sätze 4 und 5) als eigener Absatz herausgelöst. Der Rechtsprechung des BVerwG (Urteil vom 27. März 2008 – 2 C 30.06) wird durch Dynamisierung und Festlegung der Verrentungsmethode Rechnung getragen.

Zu Abs. 5
Renten, die auf freiwilligen Beitragsleistungen oder Höherversicherung beruhen, werden wie bisher nicht auf die Versorgungsbezüge angerechnet. Aus Gründen der Deregulierung wird dieser Grundsatz allgemeiner gefasst. An der bisherigen Berechnungsweise dieser Anteile entsprechend der jeweiligen Bestimmungsgrößen (Entgeltpunkte, Werteinheiten oder Versicherungsjahre) ändert sich nichts.

Zu Abs. 6
Der Absatz entspricht § 55 Abs. 8 BeamtVG.

Zu Art. 86 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Versorgung aus zwischenstaatlicher und überstaatlicher Verwendung

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 56 BeamtVG mit redaktionellen Anpassungen. Sie regelt das Zusammentreffen von Versorgungsbezügen nach diesem Gesetz mit einer Versorgung aus zwischen- oder überstaatlicher Verwendung.

Zu Abs. 1
Abs. 1 regelt die Anrechnung von Versorgungsbezügen aus zwischen- oder überstaatlicher Verwendung auf das Ruhegehalt, das sich unter Berücksichtigung eines etwaigen Versorgungsabschlags (Art. 26 Abs. 2) oder Versorgungsaufschlags (Art. 26 Abs. 4) ergibt. Das Ruhegehalt nach diesem Gesetz ruht mindestens in Höhe des Betrags, der auf die Verwendung bei der zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung entfällt. Satz 3 bestimmt die Verminderung des neben dem Ruhegehalt gezahlten Unterschiedsbetrags des Familienzuschlags um 2,5 Prozentpunkte je Jahr im zwischen- oder überstaatlichen Dienst. Der bisherige Prozentsatz von 2,39167 wird wieder angehoben und damit ein gesetzgeberisches Versehen korrigiert. Der Unterschiedsbetrag des Familienzuschlags wird weiterhin zu 100 Prozent gezahlt, so dass eine Absenkung entsprechend dem bisherigen § 69e BeamtVG nicht angezeigt ist.

Zu Abs. 2
Das Ruhegehalt ruht in Höhe des Betrags, um den die Summe aus Ruhegehalt und Versorgung aus zwischen- oder überstaatlicher Versorgung die Höchstgrenze nach Art. 84 Abs. 2 übersteigt. Für die Berechnung der Höchstgrenze sind folgende Ergänzung und Abweichung bestimmt:

1. Bei der Ermittlung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit sind die Zeiten im zwischen- oder überstaatlichen Dienst einzubeziehen,

2. Die ruhegehaltfähigen Bezüge berechnen sich aus der Endstufe der nächst höheren Besoldungsgruppe.

Statt des bisherigen Ausschlusses der Verdoppelung der Höchstgrenze im Monat Dezember wird die Höchstgrenze künftig nach Art. 87 erhöht. Es handelt sich insoweit um eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Rechtslage, die im Interesse einer anrechnungsrechtlichen

Gleichbehandlung von Versorgungsbezügen beim Zusammentreffen mit jeglichen Einkünften angezeigt ist.

Zu Abs. 3
Abs. 3 bestimmt die Ermittlung der anzusetzenden Versorgung, um eine Überversorgung auch in den Fällen zu vermeiden, in denen der oder die Versorgungsberechtigte zu Gunsten einer Kapitalabfindung auf die Versorgung verzichtet hat. Dabei finden die bei Abfindung von Renten geltenden Dynamisierungsvorschriften entsprechende Anwendung. Satz 3 ermöglicht die Abwendung des Ruhens bei Zahlung des Kapitalbetrags an den Dienstherrn.

Zu Abs. 4
Abs. 4 legt in Ergänzung zu Abs. 3 den anzusetzenden Kapitalbetrag bei Leistung vor dem Ausscheiden aus dem zwischen- oder überstaatlichen Dienst sowie bei ersatzweisen Leistungen fest.

Zu Abs. 5
Für die Hinterbliebenversorgung aus zwischen- oder überstaatlicher Versorgung gelten die Regelungen für das Ruhegehalt mit der Maßgabe, dass die Höchstgrenze zusätzlich mit den Anteilsätzen der Hinterbliebenenversorgung zu bestimmen ist. Der neben der Hinterbliebenenversorgung gezahlte Unterschiedsbetrag des Familienzuschlags ruht in der gleichen Höhe wie beim Ruhegehalt.

Zu Abs. 6
Der Mindestbetrag des Ruhensbetrags nach Abs. 1 ist auf die Höhe der zwischen- oder überstaatlichen Versorgung begrenzt. Den Versorgungsempfängern und Versorgungsempfängerinnen ist ein Mindestbetrag von 20 v. H. ihres Versorgungsbezugs zu belassen. Das gilt nicht in den Fällen, in denen das Ruhegehalt in Höhe des Anteils des Ruhegehalts, der auf der Dienstzeit bei der zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung beruht (Mindestbetrag nach Abs. 1), oder in voller Höhe bei Gewährung einer Invaliditätspension durch diese Einrichtung ruht.

Zu Art. 87 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Entschädigung oder Versorgungsbezügen nach dem Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments

Mit dem Inkrafttreten des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments mit Beginn der 7. Wahlperiode am 14. Juli 2009 bestimmt sich die Entschädigung der Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie deren Versorgungsansprüche nach dem Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (2005/684/EG, Euratom). Bestimmungen zur Regelung des Zusammentreffens mit Bezügen aus öffentlichen Kassen der Mitgliedsstaaten sind im Abgeordnetenstatut nicht vorgesehen, diese bleiben vielmehr den einzelnen Mitgliedsstaaten vorbehalten. Für den Bereich des Bundes wurde das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland vom 6. April 1979 (Europaabgeordnetengesetz – EuAbgG; BGBl I S. 413) mit dem Zweiundzwanzigsten Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes und Achtundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 23. Oktober 2008 (BGBl I S. 2020) um Anrechnungsvorschriften ergänzt. Danach sind die Anrechnungs- und Ruhensvorschriften des Abgeordnetengesetzes anzuwenden, soweit die Bezüge aus öffentlichen Kassen auf Bundesrecht beruhen. Bestimmungen für das Zusammentreffen der Leistungen nach dem Abgeordnetenstatut und

auf Landesrecht beruhenden Bezügen sind gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 Grundgesetz von den Ländern zu treffen.

Zur Vermeidung einer Doppelalimentation beim Zusammentreffen von Leistungen nach diesem Gesetz und dem Abgeordnetenstatut sieht Art. 87 eine Anrechnung auf die Versorgungsbezüge vor. Diese orientiert sich an den Anrechnungsregelungen des BayAbgG und stellt damit sicher, dass bei Bezug von Leistungen aus einem Abgeordnetenmandat einheitliche Anrechnungsgrundsätze gelten.

Zu Abs. 1
Beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit einer Entschädigung nach dem Abgeordnetenstatut sind die Versorgungsbezüge grundsätzlich um die Hälfte zu kürzen, höchstens jedoch um die halbe Entschädigung nach dem Abgeordnetenstatut.

Zu Abs. 2
Beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Übergangsgeld (Art. 13 Abgeordnetenstatut), Ruhegehalt (Art. 14 und 15 Abgeordnetenstatut) oder Hinterbliebenenbezügen (Art. 17 Abgeordnetenstatut) ruhen die Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz um die Hälfte des Betrags, um den sie zusammen mit den Versorgungsbezügen nach dem Abgeordnetenstatut die Kürzungsgrenze in Höhe der Entschädigung gemäß Art. 10 Abgeordnetenstatut übersteigen.

Gemäß Art. 25 Abgeordnetenstatut hatten Abgeordnete, die vor Inkrafttreten des Statuts bereits dem Parlament angehörten ein Wahlrecht, ob sich ihre Entschädigung und künftigen Versorgungsbezüge weiterhin nach dem bis dahin geltenden nationalen Recht bestimmen sollten. Danach findet eine Berücksichtigung der Versorgungsbezüge bei der Altersentschädigung beziehungsweise der sich danach ergebenden Hinterbliebenenversorgung entsprechend § 29 AbgG statt. Das gilt auch für vor dem Inkrafttreten des Abgeordnetenstatuts aus dem Europäischen Parlament ausgeschiedene Abgeordnete (§ 10b EuAbgG). Eine Regelung im BayBeamtVG ist insoweit nicht erforderlich.

Zu Art. 88 Erhöhung der Höchstgrenzen

Die Vorschrift fasst Regelungen zu den Höchstgrenzen des Unterabschnitts 1 zusammen (bisher § 50 Abs. 5 BeamtVG).

Zu Abs. 1
Die Höchstgrenzen der Ruhensvorschriften sind im Auszahlungsmonat der Sonderzahlung, das ist in der Regel der Monat Dezember und bei Wegfall des Anspruchs im laufenden Kalenderjahr der letzte Anspruchsmonat, um den jeweiligen Bemessungssatz zu erhöhen. Ziffer 1 regelt die Erhöhung der Höchstgrenze um den Bemessungssatz nach Art. 83 BayBesG im Fall der Ruhensregelung des Art. 83 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2. Die Anwendung des Bemessungssatzes für aktive Beamte ist maßgeblich, weil die Höchstgrenzen den ruhegehaltfähigen Bezügen entsprechen. In Ziffer 2 wird die Erhöhung der übrigen Höchstgrenzen um die für Versorgungsempfänger geltenden Bemessungssätze nach Art. 76 bestimmt. Allen Höchstgrenzen gemeinsam ist die Erhöhung nach Art. 77 um den Sonderbetrag für Kinder je Monat in dem ein Unterschiedsbetrag im Familienzuschlag für sie gewährt wird.

Zu Abs. 2
Die Höchstgrenzen des Art. 83 Abs. 2 werden bei Versorgungsberechtigten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 um die Erhöhungsbeträge nach Art. 84 BayBesG erhöht.

Zu Art. 89 Mindestbelassung bei Unterhaltsbeitrag nach Art. 55

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 53 Abs. 6 BeamtVG, der entsprechend für die Anwendung der §§ 54 bis 56 BeamtVG galt. Sie bestimmt die Mindestbelassung für Versorgungsberechtigte, die einen Unterhaltsbeitrag nach Art. 55 erhalten, in Höhe des jeweiligen Unfallausgleiches, soweit keine Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz bezogen wird.

Zu Art. 90 Reihenfolge der Anwendung der Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften

In der Vorschrift werden Regelungen zur Reihenfolge der Anwendung der Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften aus dem bisherigen § 55 BeamtVG sowie der ständigen Verwaltungspraxis kodifiziert.

Zu Abs. 1
Wegen der Berücksichtigung von Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen gehen den Ruhensvorschriften die Anrechnungsvorschriften nach Art. 38 und Art. 44 Abs. 2 Satz 2 als speziellere Norm vor. Die anteilige Kürzung der Hinterbliebenenversorgung nach Art. 41 Abs. 1 ist ebenfalls vor den Ruhensvorschriften, die Anrechnungsvorschrift des Art. 44 Abs. 5 Satz 2 und die Kürzungsvorschrift des Art. 92 sind nach den Ruhensberechnungen durchzuführen.

Zu Abs. 2
Zunächst ist der neuere Versorgungsbezug nach Art. 83 zu regeln. Bei der anschließenden Regelung des früheren Versorgungsbezugs ist als Einkommen das Gesamteinkommen aus Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen sowie aus dem verbleibenden Teil des neueren Versorgungsbezugs zu berücksichtigen. Im Interesse der Versorgungsberechtigten ist die Berechnung in umgekehrter Reihenfolge durchzuführen, soweit dies zu einem günstigeren Ergebnis führt. Die danach verbleibende Versorgung darf die Versorgung nicht übersteigen, die bei einer ausschließlichen Anwendung des Art. 84 zu gewähren wäre.

Zu Abs. 3
Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 55 Abs. 5 BeamtVG. Die Ruhensberechnung des Art. 83 ist mit der sich aus Art. 85 ergebenden Gesamtversorgung durchzuführen; eine weitere Ruhensberechnung nach Art. 26 Abs. 6 ist dabei zu berücksichtigen.

Zu Abs. 4
Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 55 Abs. 5 BeamtVG.

Zu Abs. 5
Die Vorschrift regelt die Berechnungsreihenfolge beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Versorgung aus zwischen- oder überstaatlicher Versorgung und daneben mit Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen, Renten oder Leistungen nach dem Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments. In allen Fällen ist erst die Regelung nach Art. 86 durchzu-

führen und der daraus resultierende Ruhensbetrag von der nach der Ruhensberechnung des Art. 83, Art. 85 oder Art. 87 verbleibenden Versorgung abzuziehen. Beim Zusammentreffen von zwei Versorgungsbezügen mit einer Versorgung aus zwischen- oder überstaatlicher Versorgung ist zuerst die Ruhensberechnung nach Art. 84 und anschließend die Ruhensberechnungen nach Art. 86 mit dem neueren und dem geminderten früheren Versorgungsbezug durchzuführen.

Zu Art. 91 Nichtberücksichtigung der Versorgungsbezüge

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 65 BeamtVG.

Zu Abschnitt 2 Versorgungsausgleich

Wenn ein Beamter oder eine Beamtin im Rahmen eines nach der Ehescheidung durchzuführenden Versorgungsausgleichs ausgleichspflichtig ist, wird zu Gunsten des früheren Ehegatten in Höhe des Ausgleichsbetrags eine Anwartschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung begründet (§ 1587b BGB, §§ 14 und 16 VersAusglG). Die auf Grund dieser Anwartschaft geleisteten Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung sind vom Versorgungsdienstherrn zu erstatten (§ 225 SGB VI). Im Gegenzug werden die Versorgungsbezüge des Beamten oder der Beamtin und gegebenenfalls der Hinterbliebenen entsprechend gekürzt, weil die Folgen der Ehescheidung nicht zulasten des Dienstherrn gehen dürfen. Art. 92 enthält die gesetzliche Grundlage der Kürzung, Art. 93 eröffnet dem oder der Ausgleichsverpflichteten die Möglichkeit die Kürzung abzuwenden.

Zu Art. 92 Kürzung der Versorgungsbezüge wegen Versorgungsausgleichs

Die Vorschrift entspricht § 57 BeamtVG mit zwei inhaltlichen Änderungen in Abs. 1.

Zu Abs. 1
In Abs. 1 ist die Kürzung dem Grunde nach normiert. Die Erweiterung des Anwendungsbereichs um Fälle der Übertragung von Anwartschaften nach dem Bundesversorgungsteilungsgesetz (BVersTG) oder entsprechendem Landesrecht ist erforderlich, um einen beim Wechsel eines Bundesbeamten bzw. bei einem länderübergreifenden Beamtenwechsel zu einem bayerischen Dienstherrn gegebenenfalls entstehenden Erstattungsanspruch des alten Dienstherrn gegen den neuen Dienstherrn gemäß § 5 BVersTG oder entsprechendem Landesrecht zu kompensieren. Das in § 57 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG geregelte „Pensionistenprivileg“ wird nicht übernommen. § 57 BeamtVG ging in Übereinstimmung mit der allgemeinen Systematik des Versorgungsausgleichs grundsätzlich davon aus, dass nach Durchführung des Versorgungsausgleichs die Kürzung der Versorgungsbezüge davon unabhängig ist, ob und in welcher Höhe der oder die Ausgleichsberechtigte tatsächlich Zahlungen erhalten. Hiervon abweichend wurde bei Scheidung eines oder einer Versorgungsberechtigten ein zum Zeitpunkt der Durchführung des Versorgungsausgleichs bereits bezogenes Ruhegehalt erst dann gekürzt, wenn aus der Versicherung des oder der Ausgleichsberechtigten Rentenzahlungen zu gewähren waren. Eine sachliche Rechtfertigung ist hierfür allerdings nicht ersichtlich. Der Bund hebt die entsprechenden Regelungen für Bundesbeamte und Bundesbeamtinnen sowie im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung mit dem Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs vom 3. April 2009 (VAStrREfG, BGBl I S. 700) für künftige Fälle des Versorgungsausgleichs auf (Art. 5 Nr. 5 und Art. 6 Nr. 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb VAStrRefG). Diese Änderung wird für das Landesrecht übernommen. Folge der Abschaffung

des „Pensionistenprivilegs“ ist die geänderte Fassung des Abs. 5. Durch die Übergangsregelung des Art. 102 Abs. 2 wird das Pensionistenprivileg erhalten, soweit ein schutzwürdiges Vertrauen besteht.

Zu Abs. 2
Abs. 2 enthält die Formel zur Berechnung des Kürzungsbetrags für die Versorgungsbezüge des oder der Ausgleichsverpflichteten.

Zu Abs. 3
Der Absatz betrifft die Berechnung des Kürzungsbetrags für die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen des oder der Ausgleichsverpflichteten. Da die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen durch die Anwendung eines Vomhundertsatzes auf die Versorgungsbezüge des oder der Ausgleichsverpflichteten berechnet werden, berechnet sich auch der Kürzungsbetrag für die Hinterbliebenen durch Anwendung dieses Vomhundertsatzes auf den für die Versorgungsbezüge des oder der Ausgleichsverpflichteten nach Abs. 2 ermittelten Kürzungsbetrag.

Zu Abs. 4
Der Unterhaltsbeitrag gemäß Art. 105 Abs. 2 entspricht dem bisherigen Unterhaltsbeitrag nach § 22 Abs. 2 BeamtVG. Er wird wie bislang von der Kürzung ausgenommen, weil er gerade als Folge des Versorgungsausgleichs dem oder der Ausgleichsberechtigten gewährt wird.

Da eine Abfindungsrente in Bayern nie vorgesehen war, konnte anders als in § 57 Abs. 4 BeamtVG auf die Berücksichtigung von Abfindungsrenten verzichtet werden.

Zu Abs. 5
Der Absatz enthält zum Schutz des Dienstherrn einen Vorbehalt der Rückforderung überzahlter Versorgungsbezüge, in denen von einer Kürzung der Versorgungsbezüge gemäß Abs. 1 zunächst abgesehen wird. Nach der Abschaffung des Pensionistenprivilegs kommt dies nur noch dann in Betracht, wenn der oder die Ausgleichsverpflichtete dem oder der Ausgleichsberechtigten zugleich unterhaltsverpflichtet ist. Diese Fälle wurden bis zum Inkrafttreten des VAStrRefG von § 5 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich und werden künftig von §§ 33, 34 VersAusglG geregelt. Die in den Fällen des § 5 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich in sämtlichen Fassungen getroffenen Entscheidungen bleiben durch das Außerkrafttreten des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich und das Inkrafttreten des VersAusglG unberührt, der Vorbehalt ist daher auch insofern aufrecht zu erhalten."

Zu Art. 93 Abwendung der Kürzung der Versorgungsbezüge

Die Vorschrift entspricht § 58 BeamtVG mit nur redaktionellen Änderungen. Die Vorschrift ist analog zu Art. 92 aufgebaut.

Zu Abs. 1
Satz 1 eröffnet dem Grunde nach die Möglichkeit zur Abwendung der Kürzung durch Zahlung eines Kapitalbetrags.

Sätze 2 und 3 betreffen die Berechnung des Kapitalbetrags: der zu zahlende Kapitalbetrag entspricht dem Barwert der zu Lasten der Versorgungsberechtigten zu begründenden Versorgungsanwartschaft. Zur Ermittlung des zu leistenden Kapitalbetrags enthält die Vorschrift keine Regelungen, dieser ergibt sich wie bisher aus dem Rentenrecht.

Zu Abs. 2
Die Regelung sieht weiterhin die Möglichkeit vor, durch Zahlung eines Teilbetrags eine Verminderung der Kürzung herbeizuführen.

Zu Teil 4 Versorgungslastenteilung bei landesinternen Dienstherrenwechseln

Teil 4 regelt die finanzielle Beteiligung früherer Dienstherren an den Versorgungslasten des letzten Dienstherrn bei innerbayerischen Dienstherrenwechseln. Er ergänzt damit den Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag), der nach § 2 Satz 3 für landesinterne Dienstherrenwechsel nicht gilt. Inhaltlich wird die grundlegende Neukonzeption des Staatsvertrags übernommen. Die Versorgungslastenteilung innerhalb Bayerns erfolgt daher künftig durch eine pauschalierte Abfindung der erworbenen Versorgungsanwartschaften in Form einer Einmalzahlung des abgebenden an den aufnehmenden Dienstherrn zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels. Durch dieses Abfindungsmodell ist es möglich, die Fälle zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels abschließend und verwaltungsökonomisch zu erledigen. Zudem wird hiermit die Kompatibilität mit den Regelungen des Staatsvertrags sichergestellt; dies ist für Fälle erforderlich, in denen neben einem innerbayerischen Dienstherrenwechsel zusätzlich ein bund- oder länderübergreifender Dienstherrenwechsel vorliegt. Die Versorgungsanwartschaften der Beamten und Beamtinnen werden durch einen Dienstherrenwechsel nicht tangiert; für die Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten spielt es keine Rolle, bei welchem Dienstherrn die Dienstzeit zurückgelegt wurde.

Die bisherigen Regelungen nach § 107 b BeamtVG, Art. 120 BayBG a. F. (Art. 145 BayBG n. F.) und Art. 127 KWBG werden für künftige Dienstherrenwechsel durch die nachfolgenden Regelungen ersetzt. Für Übergangsfälle sind Sonderregelungen erforderlich (siehe Art. 108 bis Art. 111).

Zu Art. 94 Dienstherrenwechsel

Die Regelung definiert den Begriff des Dienstherrenwechsels.

Zu Abs. 1
Nach Satz 1 setzt ein Dienstherrenwechsel das Ausscheiden bei einem Dienstherrn und den Eintritt bei einem anderen Dienstherrn voraus. Ob dies in Form der Versetzung, Ernennung oder auf sonstige Weise erfolgt, ist unerheblich. Aus dem Verweis auf Art. 1 folgt, dass beide Dienstherren im Geltungsbereich dieses Gesetzes liegen müssen. Bei Beteiligung eines außerbayerischen Dienstherrn (entweder als abgebender oder als aufnehmender Dienstherr) regelt sich die Versorgungslastenteilung nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag.

Die wechselnde Person muss in einem in Art. 1 Abs. 1 genannten Rechtsverhältnis stehen. Neben den Beamten und Beamtinnen auf Lebenszeit und auf Probe sind somit auch Beamte und Beamtinnen auf Zeit erfasst. Dies entspricht der Regelung des Art. 120 Abs. 1 BayBG a. F.

Nach Satz 2 gilt die Regelung entsprechend Art. 120 Abs. 3 BayBG a. F. und Art. 127 KWGB auch für Dienstherrenwechsel von kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen sowie dienstordnungsmäßig Angestellten eines Sozialversicherungsträgers.

Ausdrücklich ausgenommen sind nach Satz 3 Dienstherrenwechsel von Beamten und Beamtinnen auf Widerruf. Der abgebende Dienstherr hat hier die Ausbildungskosten zu tragen, die

ihm vom aufnehmenden Dienstherrn nicht erstattet werden, und ist daher nicht zusätzlich mit Versorgungskosten zu belasten. Dies entspricht der Regelung in Art. 120 Abs. 1 BayBG a. F.

Zu Abs. 2
Die Regelung entspricht dem Art. 120 Abs. 4 BayBG a. F. Eine Übernahme von Beamten und Beamtinnen nach den dort genannten Regelungen löst somit eine Versorgungslastenteilung nach den Regelungen dieses Gesetzes aus, soweit nicht etwas anderes bestimmt wird.

Zu Art. 95 Versorgungslastenteilung

Zu Abs. 1
Der Absatz regelt die Voraussetzungen der Versorgungslastenteilung.

Das bereits bislang enthaltene Erfordernis der Zustimmung durch den abgebenden Dienstherrn dient dem Schutz vor einseitigen Ernennungen.

Unterbrechungsfälle werden wie bislang von einer Versorgungslastenteilung ausgeschlossen. Es muss somit ein unmittelbarer zeitlicher Zusammenhang zwischen dem Ausscheiden und dem Eintritt bestehen. Eine Unterbrechung durch allgemeine arbeitsfreie Tage lässt die erforderliche Unmittelbarkeit nicht entfallen.

Auf das bislang in § 107b Abs. 1 BeamtVG enthaltene Erfordernis einer Mindestdienstzeit von fünf Jahren wird im Interesse der Mobilitätsförderung verzichtet.

Eine Versorgungslastenteilung findet auch dann statt, wenn die wechselnde Person zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels bereits beim abgebenden Dienstherrn einen Versorgungsanspruch erworben hat (beispielsweise kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen), da dieser Versorgungsanspruch regelmäßig durch die vom aufnehmenden Dienstherrn bezahlten Aktivbezüge und den späteren Versorgungsanspruch gegenüber diesem Dienstherrn gekürzt wird (vgl. Art. 83 und Art. 84).

Zu Abs. 2
Der Absatz bestimmt die näheren Anforderungen an die Zustimmung.

Nach Satz 1 muss der abgebende Dienstherr die Zustimmung vor der Wirksamkeit des Dienstherrenwechsels und somit vor dem Eintritt beim aufnehmenden Dienstherrn schriftlich gegenüber dem aufnehmenden Dienstherrn erklären. Die Erklärung kann sich auch konkludent aus der dienstrechtlichen Maßnahme ergeben, so z. B. aus der Versetzungsverfügung, mit der der Dienstherrenwechsel vollzogen wird.

Eine Verweigerung der Zustimmung ist nach Satz 2 nur aus dienstlichen Gründen zulässig. Fiskalische Erwägungen dürfen nicht herangezogen werden, da dies der angestrebten Sicherung und Förderung der Mobilität entgegenstehen würde.

Satz 3 fingiert die Zustimmung, wenn mit Ablauf eines Beamtenverhältnisses auf Zeit ein neues Beamtenverhältnis bei einem anderen Dienstherrn begründet wird; dienstliche Gründe einer Verweigerung der Zustimmung können hier nicht vorliegen. Die Zustimmung gilt ferner bei der Begründung von Beamtenverhältnissen, die auf einer Wahl beruhen, als erteilt, um die Besonderheiten des Verfahrens zur Ernennung kommunaler Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen zu berücksichtigen. Die in § 3 Abs. 3 des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags enthaltene Sonderregelung für Professoren und Professorinnen ist hier nicht erforderlich, da mit einem innerbayerischen Hochschulwechsel kein Dienstherrenwechsel verbunden ist.

Zu Abs. 3
Nach diesem Absatz ist eine zeitliche Unterbrechung zwischen Ausscheiden und Eintritt unschädlich, wenn die wechselnde Person auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung vom aufnehmenden Dienstherrn übernommen wird. In diesen Fällen ist die Übernahme bereits zum Zeitpunkt des Ausscheidens hinreichend konkretisiert. Erfasst sind hiervon insbesondere die Fälle des Art. 33 KWBG.

Zu Art. 96 Abfindung

Zu Abs. 1
Die Vorschrift regelt den grundlegenden Systemwechsel, wonach die Versorgungslastenteilung nicht wie bislang durch laufende Beteiligung an den tatsächlichen Versorgungslasten des Versorgungsdienstherrn, sondern durch Zahlung einer Abfindung zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels erfolgt. Mit Zahlung der Abfindung ist die Beteiligung des abgebenden Dienstherrn an den späteren Versorgungslasten abgegolten.

Zu Abs. 2
Satz 1 bestimmt den Rechenweg zur Ermittlung des Abfindungsbetrags. Der danach errechnete Abfindungsbetrag entspricht pauschalierend dem Betrag, der zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels geleistet werden muss, um die zu diesem Zeitpunkt erworbenen Versorgungsanwartschaften im späteren Versorgungsfall abzudecken. Parameter sind die ruhegehaltfähigen Bezüge, die ruhegehaltfähigen Dienstzeiten in Monaten und ein vom Lebensalter abhängiger Bemessungssatz. Zurechnungsfähige ruhegehaltfähige Dienstzeiten sind in Monate umzurechnen und nur in vollen Monaten anzusetzen; anteilige Monate werden abgerundet und nicht eingerechnet.

Satz 2 sieht drei Bemessungssätze vor (15 %, 20 % und 25 %), die nach Lebensalter der wechselnden Person gestaffelt sind; maßgeblich hierfür ist das Alter im Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels (Absatz 3). Der niedrigere Bemessungssatz in jüngeren Jahren beruht auf der bis zum Erreichen der maßgeblichen gesetzlichen Regelaltersgrenze längeren Zinslaufzeit.

Die in § 4 Abs. 2 Satz 3 des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags enthaltene Sonderregelung für Professoren und Professorinnen ist hier nicht erforderlich, da mit einem innerbayerischen Hochschulwechsel kein Dienstherrenwechsel verbunden ist.

Zu Abs. 3
Der Absatz regelt, dass für die Ermittlung des Abfindungsbetrags die Verhältnisse zum Zeitpunkt des Ausscheidens der wechselnden Person zugrunde zu legen sind. Nachfolgende Entwicklungen wie z. B. vorzeitige Ruhestandsversetzung und insbesondere die spätere tatsächliche Versorgungsbelastung bleiben außer Betracht. Halbsatz 2 schließt demgemäß klarstellend Nachberechnungen aus.

Zu Abs. 4
Der Absatz enthält eine Sonderregelung für Dienstherrenwechsel von Beamten und Beamtinnen auf Zeit, die nach Ablauf ihrer beim abgebenden Dienstherrn begründeten Dienst- oder Amtszeit nicht in den Ruhestand treten würden. Da der abgebende Dienstherr in diesen Fällen keine Ursache für den Erwerb einer Versorgungsanwartschaft gesetzt hat, ist die Bemessung der Abfindung nach den Regeln des Absatzes 2 nicht sachgerecht. Dem abgebenden Dienstherrn ist hier eine Abfindung in Höhe derjenigen Nachversicherungskosten aufzuerlegen, die

bei Ausscheiden zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels für eine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung angefallen wären. Zeiten bei früheren Dienstherren sind bei dieser Berechnung nicht zu berücksichtigen. Hat der abgebende Dienstherr zuvor von einem früheren Dienstherrn eine Abfindung erhalten, so ist dieser Abfindungsbetrag unter Verzinsung in Höhe von 4,5 % pro Jahr neben der Abfindung nach Satz 1 an den aufnehmenden Dienstherrn weiterzureichen; andernfalls wäre der abgebende Dienstherr um diesen Betrag ohne sachlichen Grunde bereichert, da er keinen Versorgungsansprüchen der wechselnden Person ausgesetzt ist. Nimmt beispielsweise ein Staatsbeamter auf Lebenszeit ein kommunales Wahlamt wahr, hat der Freistaat Bayern an die Kommune eine Abfindung nach allgemeinen Regeln zu zahlen; kehrt der Beamte nach einer Amtsperiode von beispielsweise sechs Jahren ohne Erwerb von Versorgungsansprüchen in sein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zurück, hat die Kommune an das Land eine Abfindung in Höhe der Nachversicherungskosten für die sechs Jahren im kommunalen Wahlamt sowie die vom Land erhaltene Abfindung zuzüglich einer Verzinsung von 4,5 % pro Jahr zu zahlen.

Zu Art. 97 Berechnungsgrundlagen

Die Vorschrift enthält nähere Regelungen zu den Parametern der Berechnung des Abfindungsbetrags nach Art. 96 Abs. 2 Satz 1.

Zu Abs. 1
Dieser Absatz regelt die Bezüge im Sinn des Art. 96 Abs. 2 Satz 1.

Nach Satz 1 ermitteln sich die Bezüge nach den allgemeinen Regeln der Art. 12 und Art. 13. Maßgeblich sind nach Art. 96 Abs. 3 die Verhältnisse zum Zeitpunkt des Ausscheidens. So ist beispielsweise das Grundgehalt nach dem zum Zeitpunkt des Ausscheidens bekleideten Amt in Höhe der zu diesem Zeitpunkt erreichten Stufe anzusetzen. Bei Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung ohne Grundbezüge (Freistellung) sowie bei eingeschränkter Verwendung wegen begrenzter Dienstfähigkeit nach § 27 BeamtStG zum Zeitpunkt des Ausscheidens ist Art. 12 Abs. 1 Satz 2 anzuwenden.

Zu berücksichtigen ist ferner die Sonderzahlung. Maßgeblich ist der zum Zeitpunkt des Ausscheidens nach der Regelung der Art. 81 bis 86 BayBesG zustehende Betrag. Unerheblich ist, ob und in welcher Höhe die Sonderzahlung an Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen gewährt wird.

Nach Satz 2 kommt es auf die Erfüllung von Mindestdienst- oder –bezugszeiten nicht an. Diese Regelung dient dem Zweck, den abgebenden Dienstherrn verursachungsgerecht an den von ihm begründeten Versorgungskosten zu beteiligen. Für die Berechnung des Abfindungsbetrags kommt es somit insbesondere nicht auf die Erfüllung einer Wartezeit nach Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder im Fall von Beförderungen nach Art. 12 Abs. 3 an.

Nach Satz 3 sind die ruhegehaltfähigen Bezüge und die Sonderzahlung als Monatsbetrag anzusetzen.

Zu Abs. 2
Dieser Absatz regelt die Dienstzeiten im Sinn des Art. 96 Abs. 2 Satz 1.

Nach Satz 1 gehören zu den die Dienstzeiten aus Vereinfachungsgründen nur Zeiten in einem Rechtsverhältnis der in Art. 1 Abs. 1 genannten Art, d. h. in einem Beamten- oder Richterverhältnis. Dies entspricht der bisherigen Regelung in Art. 120 Abs. 1 BayBG a. F. Diese Zeiten

werden berücksichtigt, soweit sie ruhegehaltfähig sind. Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung sind beispielsweise nach Art. 24 Abs. 2 nur zeitanteilig anzusetzen. Zeiten einer Beurlaubung ohne Grundgehalt fließen unter den Voraussetzungen des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4, Abs. 2 in die Berechnung ein. Zeiten außerhalb eines in § 2 genannten Rechtsverhältnisses (beispielsweise Wehrdienstzeiten, Zeiten im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis, Ausbildungszeiten) bleiben im Interesse einer pauschalierenden Abgeltung außer Betracht; dies gilt unabhängig davon, ob sie ruhegehaltfähig sind.

Neben den Zeiten, die beim abgebenden Dienstherrn zurückgelegt wurden, werden auch entsprechende Zeiten bei früheren Dienstherren berücksichtigt. Dies ist notwendig und gerechtfertigt, weil der abgebende Dienstherr für diese Zeiten regelmäßig (d. h. bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 95) eine Abfindung vom früheren Dienstherrn erhalten hat. Wechselt beispielsweise ein Beamter, der zehn Jahre bei Dienstherr A verbracht hat, zu Dienstherr B, beträgt die Dienstzeit für die Berechnung der von Dienstherr A zu leistenden Abfindung 120 Monate; wechselt der Beamte acht Jahre später zu Dienstherr C, berechnet sich die von Dienstherr B zu leistende Abfindung auf Basis einer Dienstzeit von 216 Monaten.

Satz 2 stellt klar, dass auch Zeiten bei früheren Dienstherren außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes zu berücksichtigen sind. Der abgebende Dienstherr hat insoweit unter den Voraussetzungen des § 3 des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags eine Abfindung vom früheren Dienstherrn erhalten.

Satz 3 stellt klar, dass Zeiten in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf ausgenommen sind. Bei diesen Zeiten handelt es sich überwiegend um Ausbildungszeiten, für die der abgebende Dienstherr regelmäßig die Ausbildungskosten getragen hat und daher nicht zusätzlich mit Kosten einer Abfindung belastet werden soll. Ferner hat der abgebende Dienstherr nach Satz 2 nicht für Zeiten bei früheren Dienstherren einzustehen, für die bereits eine Nachversicherung durchgeführt wurde. Eine Abfindung für diese Zeiten durch den abgebenden Dienstherrn ist nicht sachgerecht, weil der Versorgungsdienstherr die aus der Nachversicherung resultierenden Ansprüche auf seine eigenen Versorgungspflichten anrechnen kann (vgl. Art. 85) und durch eine Abfindung somit ohne Grund begünstigt wäre.

Satz 4 enthält eine Zurechnungsregel für Abordnungszeiten, die einem Dienstherrenwechsel unmittelbar vorangehen. Diese Zeiten werden abweichend von der bisherigen Regelung des § 107b Abs. 4 Satz 3 BeamtVG dem aufnehmenden Dienstherrn zugerechnet. Diese Zeiten gehören damit nicht zu den Dienstzeiten für die Berechnung der vom abgebenden Dienstherrn zu leistenden Abfindung. Dies ist gerechtfertigt, weil die Dienste der wechselnden Person bereits dem aufnehmenden Dienstherrn zugute kommen. Hat der aufnehmende Dienstherr jedoch für diese Zeiten einen Versorgungszuschlag an den abgebenden Dienstherrn geleistet, müssen diese Zeiten konsequenterweise auch für die Berechnung der Abfindung berücksichtigt werden.

Zu Art. 98 Weitere Zahlungsansprüche

Die Vorschrift regelt Folgeansprüche in bestimmten Konstellationen im Anschluss an eine nach Art. 95 bereits erfolgte Versorgungslastenteilung.

Zu Abs. 1
Der Absatz sieht einen Zahlungsanspruch des aufnehmenden Dienstherrn vor, wenn ein Dienstherrenwechsel ohne die Voraussetzungen des Art. 95 (und damit ohne Versorgungslas-

tenteilung) stattfindet und der abgebende Dienstherr auf Grund eines früheren, unter Art. 95 oder § 3 des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags fallenden Dienstherrenwechsels eine Abfindung erhalten hat. Der abgebende Dienstherr wäre durch die erhaltene Abfindung ungerechtfertigt bereichert, da er auf Grund des Dienstherrenwechsels keinen Versorgungsansprüchen ausgesetzt ist und selbst keine Abfindung zu zahlen hat. Aus diesem Grunde ist der abgebende Dienstherr verpflichtet, die Abfindung ab Erhalt pauschal mit 4,5 % pro Jahr zu verzinsen und an den neuen Dienstherren abzuführen. Die Zahlungspflicht besteht nicht, wenn der abgebende Dienstherr bereits eine Nachversicherung durchgeführt hat, da er ansonsten ohne Grund belastet wäre.

Zu Abs. 2
Der Absatz erfasst Fälle, in denen die wechselnde Person nach erfolgter Versorgungslastenteilung beim aufnehmenden Dienstherrn ohne Versorgungsanspruch ausscheidet und aus diesem Grunde nachzuversichern ist. Nach gegenwärtigem Sozialversicherungsrecht ist die Nachversicherung von jedem Dienstherrn für die dort verbrachten Zeiten durchzuführen. Da der abgebende Dienstherr bereits eine Abfindung geleistet hat, muss der aufnehmende Dienstherr im Ergebnis die Kosten der Nachversicherung allein tragen. Dies kann, soweit nach Sozialversicherungsrecht zulässig, direkt durch Zahlung an die Versorgungseinrichtung (z.B. an die Rentenversicherung) oder durch Erstattung der Nachversicherungskosten an den abgebenden Dienstherren erfolgen. Entscheidend sind die tatsächlichen Kosten. Erfolgt beim abgebenden Dienstherrn keine Nachversicherung, weil ihm gegenüber ein Versorgungsanspruch besteht, hat der aufnehmende Dienstherr die erhaltene Abfindung an den abgebenden Dienstherrn zu bezahlen, um eine sachgerechte Kostenverteilung zu gewährleisten.

Zu Art. 99 Dokumentationspflichten und Zahlungsmodalitäten

Zu Abs. 1
Der Absatz regelt, dass der zahlungspflichtige Dienstherr den Abfindungsbetrag zu berechnen hat. Um dem aufnehmenden Dienstherrn eine Nachprüfung zu ermöglichen, hat der abgebende Dienstherr den Rechenweg und dessen Grundlagen zu dokumentieren. Die Berechnung und Dokumentation hat als notwendige Vorstufe innerhalb der in Absatz 2 genannten Frist zu erfolgen. Bei Zahlungsansprüchen nach Art. 98 Abs. 1 hat der abgebende Dienstherr den aufnehmenden Dienstherrn über die Höhe und den Zeitpunkt der erhaltenen Abfindung zu informieren. In Fällen des Art. 98 Abs. 2 muss der zahlungsberechtigte Dienstherr dem zahlungspflichtigen Dienstherrn die tatsächlichen Nachversicherungskosten mitteilen.

Zu Abs. 2
Die Regelung räumt dem abgebenden Dienstherrn eine Frist von sechs Monaten zur Berechnung und Zahlung des Abfindungsbetrags ein. Innerhalb dieser Frist ist der Betrag vollständig zu leisten, wenn nicht nach Absatz 3 etwas anderes vereinbart ist. Die Ansprüche nach Art. 98 werden nach allgemeinen Grundsätzen mit Entstehung fällig.

Zu Abs. 3
Der Absatz enthält eine Öffnungsklausel zur Vereinbarung abweichender Zahlungsmodalitäten im Einzelfall. Die beteiligten Dienstherren können daher insbesondere die Fälligkeit hinausschieben oder Stundungsvereinbarungen einschließlich einer etwaigen Verzinsung treffen. Dies kann beispielsweise für kleinere Kommunen von Bedeutung sein.

Zu Abs. 4
Nach dieser Regelung besteht weiterhin die Möglichkeit, die Abwicklung der Zahlungen auf andere Stelle, z. B. den Bayer. Versorgungsverband, zu übertragen. Der Umfang der Übertragung richtet sich nach dem jeweiligen Binnenrecht.

Zu Teil 5 Überleitungs- und Übergangsvorschriften

Die Übergangsvorschriften gehen davon aus, dass das BayBeamtVG ab dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens vollumfänglich und für alle Versorgungsempfänger gilt, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes angeordnet ist. Auch ohne ausdrückliche Erwähnung in den Übergangsvorschriften sind daher insbesondere die Vorschriften der Art. 1 bis Art. 10, Art. 75 bis Art. 82 und Art. 83 bis Art. 91 ab Inkrafttreten des BayBeamtVG für alle Versorgungsempfänger anwendbar.

Der Teil gliedert sich in fünf Abschnitte, nämlich die Überleitung vorhandener Versorgungsberechtigter (Abschnitt 1), die Übergangsregelung für vorhandene Beamte und Beamtinnen (Abschnitt 2), die besonderen Maßgaben für die Anpassung der Versorgung (Abschnitt 3), die Übergangsregelung zur Versorgungslastenteilung (Abschnitt 4) und die sonstigen Übergangsvorschriften (Abschnitt 5).

Zu Abschnitt 1 Überleitung vorhandener Versorgungsberechtigter

Zu Art. 100 Besondere Bestandskraft

Zu Abs 1
Die Überleitungsregelungen folgen weiterhin dem Grundsatz, dass sich die Rechtsstellung der Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten nach dem zum Zeitpunkt der Eintritts in den Ruhestand geltenden Recht richtet. Sie gewährleisten Rechtssicherheit und dienen damit dem Vertrauensschutz. Im Interesse der Rechtsvereinfachung und Rechtsklarheit wird dies allerdings nicht mehr wie bisher durch die materiellrechtliche Rechtsstandswahrung, sondern durch eine im Kern verfahrensrechtliche besondere Bestandskraftregelung erreicht (Satz 1). Diese knüpft an die letzte bestandskräftige Festsetzung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes an. Danach vorgenommene Änderungen der Versorgungsbezüge sind zu berücksichtigen, um die am 31. Dezember 2010 geltenden Berechnungsgrundlagen zu erhalten. Dies gilt auch für sonstige allgemeine Änderungen wie z. B. die Neugestaltung der Besoldungstabellen und den Einbau des Ortszuschlags der Stufe 1 in das Grundgehalt mit dem Reformgesetz, auch wenn sie aus verwaltungsökonomischen Gründen nur im Vollzug ohne Erlaß eines Bescheides umgesetzt wurden.

Die Bestandskraft kann nur unter den Voraussetzungen des Satzes 2 durchbrochen werden. Sofern neue Tatsachen oder Beweismittel bekannt werden, erfolgt die Neufestsetzung zwar nach neuem Recht, aber beschränkt auf den betroffenen Wert. So wird z. B. bei Bekanntwerden einer (weiteren) ruhegehaltfähigen Vordienstzeit nur die ruhegehaltfähige Dienstzeit und in ihrer Folge der Ruhegehaltssatz neu berechnet; der so ermittelte Ruhegehaltssatz wird allerdings auf die nach altem Recht ermittelten ruhegehaltfähigen Bezüge angewandt.

Satz 3 betrifft die Fälle, in denen aus technischen Gründen noch keine Festsetzung erfolgen konnte oder die erfolgte Festsetzung angefochten wurde bzw. noch angefochten werden kann.

Die zeitlich beschränkte Fortgeltung des alten Rechts ist in diesen Fällen aus Gleichbehandlungsgründen erforderlich.

Die Ausnahmen von der allgemeinen Regel der Sätze 1 und 2 (Satz 4) betreffen die Mindestversorgung, deren Zweck die Gleichbehandlung aller Versorgungsempfänger erfordert, und die Gewährung des Familienzuschlags, weil Änderungen des Familienstandes auch nach Ruhestandseintritt zu berücksichtigen sind.

Zu Abs. 2
Mit Art. 2 § 1 Nr. 7 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (2. HStruktG, BGBl I S. 1523) wurden Empfänger von Versorgungsbezügen, die auf vor dem 1. Januar 1966 begründeten Beamtenverhältnissen beruhen, in die Ruhensregelung des § 55 BeamtVG miteinbezogen. Als Ausgleich erhielten sie einen nach dem Eintritt des Versorgungsfalles gestaffelten Ausgleichsbetrag, der sich bei den nachfolgenden allgemeinen Bezügeanpassungen um jeweils den halben Erhöhungsgewinn verminderte (Art. 2 § 2 Abs. 1 und 2 2. HStruktG). Außerdem blieben zunächst 20 v. H. des zu berücksichtigenden Rentenbetrags anrechnungsfrei und von den Versorgungsbezügen waren nach der Regelung mindestens 20 v. H. zu belassen (Art. 2 § 2 Abs. 3 2. HStruktG). Der Ausgleichsbetrag ist bei der Mindestbelassung zu berücksichtigen. Ab dem 1. Januar 1990 wurden beide Hundertsätze auf 40 v. H. angehoben (§ 1 Nr. 1, § 3 des 1. Gesetzes zur Änderung des 2. Haushaltstrukturgesetzes vom 30. November 1989, BGBl I S. 2094).

Aus Gründen des Vertrauensschutzes werden sowohl die um 40 v.H. geminderte Berücksichtigung des Rentenbetrags als auch der Mindestbelassungsbetrag in den einschlägigen Fällen weitergeführt. Das gilt auch für die Verminderung des Ausgleichsbetrags bei Bezügeanpassungen und die Begrenzung des Ausgleichsbetrags auf den Ruhensbetrag.

Zu Abs. 3
Zu Satz 1 gilt das zu Abs. 1 und 2 Gesagte entsprechend. Auch für die Hinterbliebenen wird durch eine besondere Bestandskraftregelung Rechtssicherheit und Vertrauensschutz gewährleistet.

Die Ausnahmen (Satz 2) betreffen die Anwendbarkeit der Bestimmungen über die Mindestversorgung (Art. 36 Satz 4, Art. 40 Abs. 1 Satz 3) und über die zeitliche Beschränkung bzw. das regelmäßige Erlöschen der Hinterbliebenenversorgung (Art. 105 Abs. 3 Satz 2, Art. 44). Hinsichtlich der Mindestversorgung gilt wie im Hinblick auf Abs. 1 Satz 4, dass die Mindestversorgung ihrem Grundgedanken nach für alle Versorgungsberechtigten in gleichem Umfang gewährleistet sein muss. Der Hinweis auf die Geltung der Beschränkungs- bzw. Erlöschensvorschriften hat nur deklaratorische Bedeutung; er verdeutlicht, dass die gemäß Satz 1 entsprechend anwendbaren Bestimmungen über die besondere Bestandskraft in Abs. 1 Satz 1 nur den Umfang der Versorgung nach Grund und Höhe, nicht aber die Dauer ihrer Gewährung betreffen.

Zu Abs. 4
Der Absatz enthält die Überleitungsregelungen für den Bereich der Unfallfürsorge bzw. klarstellende Hinweise, soweit die Überleitungsregelungen bereits in anderen Absätzen enthalten sind. Zu beachten sind allerdings auch für die Unfallfürsorge die besonderen Maßgaben für Anpassungen der Versorgung gemäß Art. 107.

Satz 1 tritt an die Stelle von § 87 Abs. 1 BeamtVG und gewährleistet, dass auch für vor Inkrafttreten des Gesetzes erlittene Dienstunfälle weiterhin Unfallfürsorge gewährt wird.

Die Sätze 2 und 3 schützen in dem gebotenen Umfang das Vertrauen der Unfallausgleichsberechtigten nach bisherigem Recht in den Fortbestand der ihnen gewährten Leistungen; dabei ersetzt Satz 3 § 85 Abs. 8 BeamtVG.

Satz 4 sieht die Weitergewährung von Unfallruhegehalt und Unfall–Hinterbliebenenversorgung entsprechend Abs. 1 und 2 vor; bei der Neuberechnung des Ruhegehaltssatzes des allgemeinen Unfallruhegehalts ist gegebenenfalls auch der Ruhegehaltssatz gemäß Art. 103 Abs. 5 bis 7 zu berücksichtigen. Der Ruhegehaltssatz für das erhöhte Unfallruhegehalt beträgt weiterhin einheitlich 80 v. H., so dass eine Überleitungsregelung insoweit nicht erforderlich ist. Das Heilverfahren richtet sich unabhängig vom Zeitpunkt des Dienstunfalls einheitlich nach neuem Recht.

Die Sätze 5 und 6 betreffen die Unterhaltsbeiträge für frühere Beamte und Beamtinnen, frühere Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen, den künftig eingeschränkten Unterhaltsbeiträge für Hinterbliebene und den künftig nicht mehr vorgesehenen Hilflosigkeitszuschlag. Diese Leistungen werden aus Vertrauensschutzgründen grundsätzlich zu den bisherigen Bedingungen fortgeführt. Die Weitergeltung des § 13 HeilvfV betrifft die Möglichkeit, jederzeit anstelle des Hilflosigkeitszuschlags die Erstattung der Pflegekosten zu verlangen, eine Rückkehr zum Hilflosigkeitszuschlag ist dann allerdings ausgeschlossen. Einer Überleitungsregelung zu dem inhaltlich unverändert fortgeführten § 40 BeamtVG bedarf es nicht.

Zu Art. 101 Bezügebestandteile

Zu Abs. 1
Die bisherigen Grundgehälter der am 1. Januar 2011 vorhandenen Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen werden den Grundgehältern der Anlage 3 des BayBesG zugeordnet. Die Zuordnung zu den Stufen der neuen Tabelle der Anlage 3 zum BayBesG erfolgt über den am 31. Dezember 2010 den Versorgungsbezügen zugrundeliegenden Grundgehaltsbetrag. Soweit die Grundgehälter in aufsteigenden Stufen ausgewiesen sind, tritt an die Stelle der bisherigen Stufe des Grundgehalts die Stufe der neuen Tabelle, deren Wert mit dem bisherigen Grundgehalt übereinstimmt. Stimmt kein Betrag der Besoldungsgruppe mit dem bisherigen Betrag überein, wird die Stufe des nächsthöheren Betrags zugeordnet. Damit ist auch in den Besoldungsgruppen A 6 bis A 8, in denen die allgemeine Stellenzulage in die Grundgehaltstabelle eingearbeitet wurde, die Wahrung des Besitzstandes gewährleistet.

Zu Abs. 2
Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen mit ruhegehaltfähigen Bezügen der Besoldungsgruppen A 1 und A 2 nehmen nicht an der Maßnahme nach Abs. 1 teil. Die Besoldungsgruppe A 1 wurde bereits zum 1. Januar 2002 mit Art. 1 Nr. 23 Buchst. e des 6. BesÄndG vom 14. Dezember 2001 (BGBl I S. 3702) aufgehoben. Die Ämter der Besoldungsgruppe A 2 entfallen mit Inkrafttreten des BayBesG zum 1. Januar 2011. Die Ämterbewertung beginnt ab dann mit Besoldungsgruppe A 3. Die Versorgungsbezüge der Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen, die aus einem Amt der Besoldungsgruppen A 1 und A 2 in den Ruhestand getreten sind, berechnen sich weiterhin nach der Besoldungsgruppe dieses Amtes. Die Grundgehälter nehmen an künftigen allgemeinen Bezügeanpassungen teil.

Zu Abs. 3
Mit der Zuordnung der Grundgehälter zu den Grundgehaltstabellen des BayBesG nach Abs. 1 entfällt bei Versorgungsempfängern und Versorgungsempfängerinnen des bisherigen mittleren Dienstes der Besoldungsgruppen A 6 bis A 8 die allgemeine Stellenzulage nach Nr. 27 Abs. 1 Buchst. a) Doppelbuchst. aa) der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B des BBesG auf Grund der Einarbeitung in das jeweilige Grundgehalt als Bestandteil der ruhegehaltfähigen Bezüge.

Zu Abs. 4
Die Berechnung der Kindererziehungszuschläge und der Pflegezuschläge wird auf eine versorgungsrechtliche Regelung umgestellt (vgl. Begründung zu Art. 71 ff). Für die bis zum 31. Dezember 2010 festgesetzten Zuschläge nach den §§ 50a ff BeamtVG verbleibt es dabei. Sie werden vielmehr als Zuschläge im Sinn der Art. 71 bis Art. 74 übergeleitet. Die Summe des Kindererziehungszuschlags nach § 50a BeamtVG und der Kindererziehungsergänzungszuschläge nach § 50b BeamtVG wird als Kindererziehungszuschlag nach Art. 71, die Summe aus Pflegezuschlag und Kinderpflegeergänzungszuschlägen nach § 50d BeamtVG als Pflegezuschlag nach Art. 72, die Summe der vorübergehend gewährten Zuschläge nach § 50e i. V. m. §§ 50a, 50b und 50d BeamtVG als vorübergehender Zuschlag nach Art. 73 und der Kinderzuschlag zum Witwengeld nach § 50c BeamtVG als Kinderzuschlag zum Witwengeld nach Art. 74 weitergeführt. Die so übergeleiteten Zuschläge nehmen wie die nach Art. 71 bis Art. 74 festgesetzten Zuschläge ab 1. Januar 2011 an den allgemeinen Bezügeanpassungen teil; die Regelungen zur Anwendung von Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften gelten entsprechend.

Zu Abs. 5
Mit der Regelung soll verhindert werden, dass sich der Zahlbetrag des Versorgungsbezuges durch die Einbeziehung bislang anrechnungsfreier Alterssicherungsleistungen, die bereits bei Inkrafttreten des Gesetzes zustanden, auf Grund der Neuregelung vermindert. Das Hinzutreten weiterer Alterssicherungsleistungen nach dem 31. Dezember 2010 kann allerdings zu einer Verminderung des Zahlbetrags bis auf den Betrag führen, der sich am 31. Dezember 2010 ohne Berücksichtigung von Kanndienstzeiten ergeben hat, da dies auch nach bisheriger Rechtslage möglich gewesen wäre. Der Bestandsschutz wird durch Satz 3 erweitert, indem Veränderungen im Familienzuschlag nach diesem Stichtag berücksichtigt sowie allgemeine Anpassungen einbezogen werden.

Zu Abs. 6
Die ruhegehaltfähigen Bezüge setzen sich aus den in Art. 12 Abs. 1 genannten Bezügebestandteilen zusammen. Daneben rechnen Bezügebestandteile zu den ruhegehaltfähigen Bezügen, die sich aus Rechtsständen herleiten, die auf vorhandene Beamte und Beamtinnen keine Anwendung mehr finden und dementsprechend im BayBesG nicht mehr geregelt oder zwar noch gewährt werden aber nicht mehr ruhegehaltfähig sind. Diese Bezügebestandteile unterliegen der besonderen Bestandskraft des Art. 100. Im Interesse der Rechtsklarheit und zur Vermeidung von Verweisen auf - über das Versorgungsrecht hinaus - nicht mehr anzuwendende Gesetze werden diese Bezügebestandteile in Abs. 6 im Einzelnen aufgeführt, soweit sie an künftigen allgemeinen Bezügeanpassung teilnehmen. Damit kann in künftigen Anpassungsgesetzen aus Gründen der Lesbarkeit der Verweis auf das BBVAnpG 95 vom 18. Dezember 1995 (BGBl I S. 1942) und die dort genannten erhöhbaren früheren Bezügebestandteile durch Bezugnahme auf Abs. 6 ersetzt werden.

Zu Abs. 7
Die Zielsetzung des Abs. 7 entspricht der des Abs. 6 mit der Abweichung, dass die früheren ruhegehaltfähigen Bezügebestandteile aufgeführt sind, die wie bisher nicht an allgemeinen Bezügeanpassungen teilnehmen.

Zu Art. 102 Versorgung künftiger Hinterbliebener; Versorgungsausgleich

Zu Abs. 1
Abs. 1 tritt an die Stelle des § 69e Abs. 5 BeamtVG und gilt für künftige Hinterbliebene bereits vorhandener Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen. § 69e Abs. 5 Satz 1 BeamtVG ist infolge Zeitablauf gegenstandslos geworden, auf eine Nachfolgeregelung konnte daher verzichtet werden.

Über Satz 1 wird gewährleistet, dass die durch die besondere Bestandskraft gemäß Art. 100 geschützten Werte auch der Hinterbliebenenversorgung zugrunde gelegt werden. Durch die Neuregelung wird zudem klargestellt, dass der Witwengeldsatz von 60 v. H. für künftige Hinterbliebene nur unter den Voraussetzungen des Satzes 2 gilt. Dies bedeutet eine Abkehr von der bisherigen bayerischen Verwaltungspraxis zu § 69e Abs. 5 Satz 4 BeamtVG, die davon ausging, dass durch die Verweisung auf § 69 Abs. 1 BeamtVG der Witwengeldsatz von 60 v. H. über den in § 69e Abs. 5 Satz 2 BeamtVG beschriebenen Kreis hinaus für alle Hinterbliebenen am 1. Januar 2002 vorhandener Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen gilt. Damit wird im Ergebnis die vom Bund und der Mehrheit der Länder vertretene Rechtsauffassung übernommen.

Zu Abs. 2
Der Absatz berücksichtigt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschl. v. 9. Januar 1991 – 1 BvR 207/87, BVerfGE 83, 182), wonach der verfassungsrechtlich gewährleistete Schutz des Eigentums den Versorgungsanspruch auch insoweit umfasst, als dieser auf Grund des Pensionistenprivilegs auch nach Durchführung des Versorgungsausgleichs zunächst in voller Höhe fortbesteht.

Eine Erstreckung der Regelung auf künftige Ehescheidungen bereits vorhandener Ruhestandsbeamter und Ruhestandsbeamtinnen ist hingegen nicht geboten, da insoweit bisher nur eine abstrakte Möglichkeit besteht, in den Genuss des Pensionistenprivilegs zu kommen, und es an einer schützenswerten konkreten Rechtsposition fehlt. Durch die Verweisung auf Art. 92 Abs. 5 normiert Satz 2 – in Fortführung der Regelung des § 57 Abs. 5 BeamtVG – zum Schutz des Dienstherrn einen Vorbehalt der Rückforderung überzahlter Versorgungsbezüge in den Fällen, in denen das Pensionistenprivileg wegen rückwirkender Rentengewährung an den Ausgleichsberechtigten oder die Ausgleichsberechtigte rückwirkend entfällt.

Zu Abs. 3
Der Bestandschutz des Art. 100 Abs. 3 Satz 1 gilt auch, wenn der Versorgungsanspruch der Witwe oder des Witwers vor dem 1. Januar 2011 wegen Wiederverehelichung entfallen war und nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erneut auflebt, weil die neue Ehe aufgelöst wird.

Zu Art. 103 Besondere Bestimmungen zu den ruhegehaltfähigen Bezügen, zur ruhegehaltfähigen Dienstzeit und zum Ruhegehalt

Zu Abs. 1
Die ruhegehaltfähigen Bezüge werden nach § 69e Abs. 3 BeamtVG bis zur siebten auf den 31. Dezember 2001 folgenden allgemeinen Bezügeanpassung mit einem Anpassungsfaktor multipliziert, damit werden die ersten sieben Schritte der mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 vom 20. Dezember 2001 (BGBl I S. 3926) eingeführten Absenkung des Versorgungsniveaus um 4,33 v. H. umgesetzt. Die ruhegehaltfähigen Bezüge der am 1. Januar 2011 vorhandenen Versorgungsempfänger werden zu diesem Zeitpunkt mit dem Anpassungsfaktor der sechsten Stufe, also mit 0,96750 multipliziert. Mit Abs. 1 wird bestimmt, dass die ruhegehaltfähigen Bezüge der ab dem 1. Januar 2011 in den Ruhestand tretenden oder versetzten Beamten und Beamtinnen sowie der nach im aktiven Dienst verstorbenen Beamten und Beamtinnen anfallenden Hinterbliebenenbezüge gleich behandelt werden. Das Unfallruhegehalt nach Art. 53 wird von dieser Regelung umfasst.

Der siebte Absenkungsschritt erfolgt gemäß Art. 107 Abs. 1 mit der ersten Bezügeanpassung nach dem 31. Dezember 2010 und der achte Absenkungsschritt - mit dem der jeweilige Ruhegehaltssatz mit dem Faktor 0,95667 multipliziert wird – mit der zweiten Bezügeanpassung (Art. 107 Abs. 2).

Von der Absenkung ausgeschlossen sind die Mindestversorgung nach Art. 26 Abs. 5, das erhöhte Unfallruhegehalt nach Art. 54 und die Bezüge entpflichteter Professoren und Professorinnen nach Art. 113 Abs. 1.

Zu Abs. 2
Der Absatz entspricht inhaltlich § 85 Abs. 7 Satz 1 BeamtVG. Die Verweisungen wurden im Interesse der Rechtsklarheit durch Aufnahme des Volltextes der in Bezug genommenen Vorschriften ergänzt. Für eine § 85 Abs. 7 Satz 2 BeamtVG entsprechende Regelung besteht infolge der gegenüber § 85 Abs. 1 BeamtVG geänderten Regelungstechnik in Abs. 1 bis 3 keine Notwendigkeit mehr.

Zu Abs. 3
Die Vorschrift entspricht § 6 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 BeamtVG mit der Einschränkung, dass die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 angetreten worden sein muss. Damit wird an die mit § 1 Art. 8 Abs. 2 BayBVAnpG 2009/2010 vom 27. Juli 2009 (GVBl S.348) getroffene Regelung angeschlossen, nach der Zeiten einer Altersteilzeit, die nach dem 31. Dezember 2009 angetreten wurde, nur im Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bei der ruhegehaltfähigen Dienstzeit Berücksichtigung findet.

Zu Abs. 4
Zeiten der Aufbauhilfe in den neuen Bundesländern, die bis zum 31. Dezember 1995 geleistet wurden, sind bei der ruhegehaltfähigen Dienstzeit doppelt zu berücksichtigen. Voraussetzung ist, dass sich die geleistete Aufbauhilfe über einen ununterbrochenen Zeitraum von mindestens einem Jahr erstreckt hat. Die bisherige Regelung des § 3 der Verordnung über beamtenversorgungsrechtliche Übergangsregelungen nach Herstellung der Einheit Deutschlands (Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung – BeamtVÜV) vom 19. März 1993 (BGBl I S. 370) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung wird mit Abs. 4 in das Stammrecht übernommen.

Zu Abs. 5
Abs. 5 tritt zusammen mit Abs. 6 und 7 an die Stelle der bisherigen Übergangsregelung in § 85 Abs. 1 und 4 BeamtVG. Der Ruhegehaltssatz von am 31. Dezember 1991 vorhandenen Beamten und Beamtinnen wird weiterhin im Wege einer Günstigerprüfung festgestellt. Anders als nach § 85 Abs. 1 bis 4 BeamtVG wird dabei allerdings im Interesse der Rechtsklarheit und Rechtsvereinfachung die Dienstzeit grundsätzlich nach neuer Rechtslage in Ansatz gebracht. Zur Vermeidung einer gravierenden Besserstellung gegenüber dem bisher anzuwendenden Übergangsrecht im BeamtVG ist die bei Beamten und Beamtinnen des Vollzugsdienstes alternativ nach Art. 20 Abs. 2 mögliche Berücksichtigung von Zeiten einer praktischen Ausbildung und einer praktischen hauptberuflichen Tätigkeit an Stelle der vorgeschriebenen Ausbildung im Umfang von bis zu fünf Jahren ausgeschlossen. Aus gleichem Grund wird der Umfang der Berücksichtigung der Zurechnungszeit nach Art. 23 Abs. 1 auf 1/3 des Zeitraums bis zum Ende des Monats der Vollendung des 55. Lebensjahres beschränkt. Ruhegehaltfähige Dienstzeit nach den Vorschriften dieses Gesetzes im Sinn des Satzes 2 ist auch die Dienstzeit nach Abs. 2 bis 4.

Zu Abs. 6
Die Ermittlung des Ruhegehaltssatzes im Wege der Günstigerregelung nach Abs. 5 erfolgt für die vor dem 1. Januar 1992 zurückgelegte ruhegehaltfähige Dienstzeit nach der degressiven Ruhegehaltsskala des damaligen Rechts. Dazu wird die Regelung des § 14 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung unter Übernahme der Berechnungsregeln des Art. 26 Abs. 1 Sätze 3 bis 5 in die Übergangsvorschrift aufgenommen. Einer Begrenzung des so errechneten Ruhegehaltssatzes auf den Höchstsatz von 71,75 v. H. bedarf es nicht, weil es wegen des großen zeitlichen Abstandes keine aktiven Beamten und Beamtinnen mehr geben kann, die zum damaligen Zeitpunkt bereits 35 Dienstjahre zurückgelegt hatten.

Zu Abs. 7
Der nach Abs. 6 ermittelte Ruhegehaltssatz wird für jedes volle Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit, die nach dem 31. Dezember 1991 zurückgelegt wurde, um einen Prozentpunkt erhöht. Dabei bleibt die Zeitdauer außer Ansatz, die die nach Abs. 5 berücksichtigte Dienstzeit hinter einer ruhegehaltfähigen Dienstzeit von 10 Jahren zurückbleibt. Die Summe des Ruhegehaltssatzes aus den Abs. 5 und 6 darf den Höchstsatz von 71,75 v. H. nicht übersteigen. Die Rundungsregeln des Art. 26 Abs. 1 Sätze 3 bis 5 sind anzuwenden.

Zu Abs. 8
Kommt der Ruhegehaltssatz nach der Günstigerregelung der Abs. 5 bis 7 zur Anwendung, ist auch der Ruhegehaltssatz zur Ermittlung der Höchstgrenzen im Fall der Ruhensvorschriften beim Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge (Art. 84) und beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten (Art. 85) nach den Abs. 5 bis 7 zu ermitteln.

Zu Abs. 9
Die Vorschrift entspricht § 85 Abs. 9 und 10 BeamtVG.

Zu Abs. 10
Die Vorschrift entspricht § 69d Abs. 5 BeamtVG.

Zu Abs. 11
Die Regelung, dass bei Versorgungsbezügen aus vor dem 1. Januar 1966 begründeten Beamtenverhältnissen bei Anwendung des Art. 85 40 v. H. der berücksichtigungsfähigen Rente anrechnungsfrei bleiben und mindestens 40 v. H. des Versorgungsbezugs verbleiben müssen gilt auch in den Fällen des Eintritts des Versorgungsfalles nach dem 31. Dezember 2010.

Zu Abs. 12
Der Ausgleich nach § 48 BeamtVG wird nicht weitergeführt; insoweit wird auf die Begründung zu Art. 2 Abs. 1 verwiesen. Zugunsten versorgungsnaher Jahrgänge enthält Abs. 12 eine Übergangsregelung. Danach erhalten Vollzugsbeamte und -beamtinnen bis zum Geburtsjahrgang 1955 den Ausgleich in bisheriger Höhe, der für nachfolgende Jahrgänge stufenweise abgeschmolzen wird und für nach 1959 geborene Beamte und Beamtinnen entfällt.

Im Übrigen wurden die Anspruchsvoraussetzungen des § 48 BeamtVG unter Anpassung an die neuen Altersgrenzen sowie geringen redaktionellen Änderungen übernommen.

Zu Art. 104 Ruhegehalt und Übergangsgeld auf Grund von Übergangsrecht im BayBesG

Zu Abs. 1
Bezüge, deren Zahlung im Besoldungsrecht nur noch auf absehbare Zeit anfällt, sind im BayBesG in Teil 7 geregelt. Im BayBeamtVG erfolgt dementsprechend die Zuordnung der fraglichen Bezügebestandteile zu den ruhegehaltfähigen Bezügen nicht im Stammrecht (Art. 12), sondern in den Übergangsvorschriften. Im Einzelnen sind das die Zuschüsse zum Grundgehalt der C-Besoldung (Art. 108 Abs. 3 BayBesG), die Überleitungszulage nach Art. 109 Abs. 1 BayBesG, mit der Verringerungen der Bezüge im Zuge der Überleitungen nach dem BayBesG ausgeglichen werden, und die Ausgleichszulage nach Art. 109 Abs. 2 BayBesG, mit der Ausgleichszulagen nach früherem Recht weitergewährt werden. Die Überleitungs- und Ausgleichszulagen nach Art. 109 zählen nur zu den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen, soweit damit ruhegehaltfähige Bezüge, im Fall des Abs. 2 nach früherem Recht, ausgeglichen werden oder wurden.

Zu Abs. 2
Die Regelung dehnt den Anwendungsbereich des Art. 23 entsprechend der bisherigen Rechtslage auf weitere, im Wege einer Übergangsregelung fortgeführte Ämter (Art. 108 Abs. 1 BayBesG) aus. Sie gilt nur, wenn sich diese Personen im Beamtenverhältnis befinden und einen Ruhegehaltanspruch erwerben.

Zu Abs. 3
Für die in Abs. 2 genannten Personen gilt entsprechend der bisherigen Regelung in § 67 Abs. 4 BeamtVG eine Sonderregelung zur Bemessung des Übergangsgeldes nach Art. 67.

Zu Art. 105 Hinterbliebenenversorgung

Zu Abs. 1
Die Regelung führt die Regelung des § 69e Abs. 5 Satz 2 BeamtVG für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch aktiven Beamten fort, sie ergänzt insofern Art. 102 Abs. 1 Satz 2 (vgl. dort).

Zu Abs. 2
Abs. 2 tritt an die Stelle von § 86 Abs. 1 BeamtVG. Satz 1 und 2 entsprechen inhaltlich Art. 138 Abs. 2, Satz 3 Art. 138 Abs. 3 BayBG, jeweils in der am 31. Dezember 1976 geltenden Fassung, auf die in § 86 Abs. 1 BeamtVG verwiesen wurde.

Zu Abs. 3
Die Regelung entspricht unverändert dem bisherigen § 22 Abs. 2 und 3 BeamtVG. Sie wird auf Grund der Neuregelung des Versorgungsausgleichs durch das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs als Übergangsregelung fortgeführt, da keine neuen Anwendungsfälle hinzukommen können.

Die Regelung sieht für geschiedene Ehepartner im Fall des Todes des Versorgungsurhebers unter bestimmten Voraussetzungen einen Unterhaltsbeitrag vor. Damit wird ein Ausgleich dafür geschaffen, dass geschiedene Ehepartner keinen Anspruch auf Witwengeld haben. Dies gilt auch bei Aufhebung der Ehe nach dem seit 1. Juli 1998 geltenden Eheschließungsrecht sowie für die Nichtigerklärung oder Aufhebung nach dem bis zum 30. Juni 1998 geltenden Eheschließungsrecht. Nach Satz 4 (bislang § 22 Abs. 3 BeamtVG) sind daher die früheren Ehepartner einer für nichtig erklärten oder aufgehobenen Ehe den geschiedenen Ehepartnern gleichgestellt. Satz 5 sieht eine entsprechende Anwendung der Art. 37, Art. 42 und Art. 43 vor. Inhaltlich verändert sich hierdurch gegenüber der bisherigen Rechtslage nichts. Die entsprechende Anwendung des Art. 42 bedeutet somit, dass geschiedenen Ehepartnern in den dort genannten Fällen die in Art. 105 Abs. 2 vorgesehene Versorgung als Unterhaltsbeitrag bewilligt werden kann (vgl. auch die Begründung zu Art. 42).

Zu Abs. 4
Die Regelung ersetzt § 86 Abs. 4 BeamtVG. An die Stelle der mittelbaren Verweisung über § 22 Abs. 2 BeamtVG in der bis zum 31. Juli 1989 geltenden Fassung und § 1587g Abs. 1 BGB in der damals geltenden Fassung auf § 1587f BGB in der damals geltenden Fassung ist die Erstreckung des Art. 38 Abs. 2 über die Fälle des § 1587f Nr. 2 BGB hinaus auf die übrigen Fallgruppen des § 1587f BGB getreten. Die unter Nr. 2 genannte Fallgruppe kann trotz BVerfGE 63, 88 in bestimmten Fällen weiter von Bedeutung sein und war daher zu berücksichtigen.

Zu Art. 106 Übergangsregelung zur Anhebung der Altersgrenzen

Die stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre nach Art. 143 BayBG erfordert die parallele Anhebung der Referenzalter zur Ermittlung der Versorgungsabschläge nach Art. 26 Abs. 2 bei vorzeitigen Ruhestandsversetzungen. Wie die Anhebung der Altersgrenzen selbst, werden auch die Übergangsregelungen zu Art. 26 Abs. 2 denen des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes nachgezeichnet, soweit sie versorgungsrelevant sind. Sie stimmt auch mit der entsprechenden Übergangsregelung für den Bereich des Bundes überein (DNeuG vom 5. Februar 2009 (BGBl I S. 160)).

Zu Abs. 1
In dieser Vorschrift werden rentenrechtliche Regelungen nachgezeichnet, die mit Blick auf die Anhebung der Regelaltersgrenze und auf den Versorgungsabschlag bei vorzeitigen Ruhestandsversetzungen auf Antrag angezeigt sind.

In Nr. 1 wird bestimmt, dass für Beamte und Beamtinnen, die vor dem 1. Januar 1949 geboren sind, das 65. Lebensjahr als Referenzalter an die Stelle der gesetzlichen Altersgrenze tritt,

sie können damit wie bisher mit 65 Jahren abschlagsfrei vorzeitig auf Antrag in den Ruhestand treten.

Die Nr. 2 regelt die stufenweise Anhebung des für die gesetzliche Altersgrenze maßgeblichen Lebensalters für die Beamten und Beamtinnen des Geburtsjahrganges 1949 als Ausnahme zur Übergangsregelung des Art. 143 Abs. 1 BayBG.

Zu Abs. 2
Abs. 2 regelt die stufenweise Anhebung des Referenzalters zur Bemessung des Versorgungsabschlags vom 63. auf das 65. Lebensjahr bei vorzeitiger Ruhestandsversetzung von schwerbehinderten Beamten und Beamtinnen nach Art. 64 Nr. 2 BayBG.

Die Nr. 1 regelt, dass für schwerbehinderte Beamte und Beamtinnen, die vor dem 1. Januar 1952 geboren sind, das 63. Lebensjahr als Referenzalter gilt und sie somit wie bisher ab diesem Alter ohne Abschlag beim Ruhegehalt auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden können.

Nr. 2 bestimmt die stufenweise Anhebung des Referenzalters für die schwerbehinderten beamten und Beamtinnen der Geburtsjahrgänge 1952 bis 1963.

Zu Abs. 3
Abs. 3 regelt die stufenweise Anhebung des Referenzalters bei vorzeitigen Ruhestandsversetzungen wegen Dienstunfähigkeit vor dem 1. Januar 2024, die nicht auf einem Dienstunfall beruhen, in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand.

Zu Abschnitt 3 Anpassungen der Versorgung

Zu Art. 107 Besondere Maßgaben

Die Vorschrift übernimmt den bisherigen § 69e Abs. 3, 4 und 6 BeamtVG. Die dort geregelte Niveauabsenkung wird mit Blick auf die demographische Entwicklung unverändert fortgeführt. Sie gilt sowohl für die am 1. Januar 2011 vorhandenen als auch für die nach diesem Zeitpunkt bis zu dem in Abs. 2 Satz 1 bezeichneten Zeitpunkt hinzutretenden Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen.

Zu Abs. 1
Abs. 1 ersetzt § 69e Abs. 3 BeamtVG. Da bis zum Inkrafttreten des Gesetzes bereits sechs Anpassungen im Sinn des § 69e Abs. 3 BeamtVG durchgeführt wurden, sieht Satz 1 nur noch eine weitere Anpassung vor. Die Ausnahmen gemäß Satz 2 wurden um die Mindestversorgung nach den Vorschriften dieses Gesetzes ergänzt. Die Nachfolgeregelung zu § 69e Abs. 3 Satz 4 BeamtVG ist im Gesamtzusammenhang der Regelung der Altbezügebestandteile getroffen. § 69e Abs. 3 Satz 5 BeamtVG ist wegen Zeitablaufs gegenstandslos geworden.

Zu Abs. 2
Abs. 2 regelt in Fortführung der Regelung des § 69e Abs. 4 BeamtVG den Abschluss der Niveauabsenkung. Satz 1 entspricht inhaltlich unverändert § 69e Abs. 4 Satz 1 BeamtVG, und Satz 4 § 69e Abs. 4 Satz 2 und 3 BeamtVG. Satz 2 tritt an die Stelle von § 85 Abs. 11 BeamtVG. Die Ergänzung in Satz 3 ergibt sich aus der von den Überleitungsvorschriften des BeamtVG abweichenden Regelungstechnik des Art. 100.

Zu Abs. 3
Satz 1 überträgt die Niveauabsenkung beim Unfallruhegehalt nach Art. 53 auf die bisher durch § 69e Abs. 6 BeamtVG von der Niveauabsenkung ausgenommenen vorhandenen Empfänger und Empfängerinnen eines Unfallruhegehalts nach § 36 BeamtVG, in denen der Ruhegehaltssatz nach § 36 Abs. 3 BeamtVG ermittelt wurde. Der besonderen Situation der Unfallruhegehaltberechtigten wird bei der Berechnung des Ruhegehaltssatzes bereits durch die pauschale Erhöhung um 20 Prozentpunkte und durch einen besonderen Mindestvomhundertsatz Rechnung getragen. Insofern besteht weder unter Alimentationsgesichtspunkten noch unter dem Aspekt des Nachteilsausgleichs Anlass, den Beamten oder die Beamtin durch einen besonderen Höchstsatz zu begünstigen, der ohne einen Dienstunfall nicht zu erreichen wäre. Zur Vermeidung unbilliger Härten wird den Betroffenen ein Ausgleichsbetrag gewährt, der bei künftigen Anpassungen der Versorgung jeweils um die Hälfte der aus der Anpassung resultierenden Erhöhung der Versorgungsbezüge abgeschmolzen wird. Satz 3 stellt klar, dass auch die Empfänger und Empfängerinnen von Kriegsunfallversorgung (§ 82 BeamtVG in der am 31. Dezember 1991 geltenden Fassung) in die Absenkung des Versorgungsniveaus einbezogen werden.

Zu Abs. 4
Von der Niveauabsenkung weiterhin ausgenommen bleiben nach Satz 2 Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen, deren Bezüge auf Grundlage der Vorschriften über das erhöhte Unfallruhegehalt ermittelt wurden bzw. werden, oder deren Bezüge als entpflichtete Professoren als Ruhegehalt gelten.

Zu Abs. 5

Die Vorschrift ersetzt bis zum Abschluss der Absenkung des Versorgungsniveaus nach Abs. 2 (bisher § 69e Abs. 4 BeamtVG) die Berechnungsfaktoren für den jeweiligen Ruhegehaltssatz in den aufgeführten Normen durch die vor der Absenkung geltenden Berechnungsfaktoren.

Zu Abschnitt 4 Übergangsregelung zur Versorgungslastenteilung

Die Neuregelung der Versorgungslastenteilung nach Art. 94 bis Art. 99 gilt erstmals für Dienstherrenwechsel nach Inkrafttreten dieses Gesetzes. Wenn vor Inkrafttreten dieses Gesetzes Dienstherrenwechsel stattgefunden haben, ist eine Übergangsregelung erforderlich. Grundgedanke ist, in diesen Fällen die bisherige Erstattungsregelung zur Vermeidung unnötiger Systemüberschneidungen zu Ende zu führen, andererseits jedoch eine Vereinbarkeit mit Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag herzustellen.

Zu Art. 108 Laufende Erstattungen

Die Vorschrift regelt Fälle, in denen der Versorgungsfall bereits eingetreten ist und der abgebende Dienstherr daher Erstattungen an den Versorgungsdienstherrn leistet. Erfasst sind laufende Erstattungen nach § 107b BeamtVG, Art. 120 BayBG a. F., Art. 127 KWBG, Art. Art. 150 Abs. 1 BayBG a. F. i. V. m. Art. 24 KWBG 1952 sowie Art. 150 Abs. 2 Satz 2 BayBG a. F. Die bisherigen Anteile bleiben unverändert und werden auf die jeweiligen Versorgungsbezüge angewendet.

Zu Art. 109 Versorgungslastenteilung bei vergangenen Dienstherrnwechseln ohne laufende Erstattung

Die Vorschrift regelt Fälle, in denen in der Vergangenheit ein Dienstherrenwechsel stattgefunden hat, der die gesetzlichen Voraussetzungen einer Versorgungslastenteilung erfüllt, der Versorgungsfall jedoch noch nicht eingetreten ist und folglich noch keine Erstattungen durch den abgebenden Dienstherrn geleistet werden. In diesen Fällen wird am bisherigen Erstattungsverfahren festgehalten. Hierzu wird eine eigenständige Regelung entsprechend den bislang geltenden Grundsätzen getroffen. Der abgebende Dienstherr kann anstelle der Erstattung auch eine Abfindung leisten.

Zu Abs. 1
Der Absatz regelt in Satz 1, dass sich der abgebende Dienstherrn ab dem Eintritt des Versorgungsfalles zeitanteilig an den Versorgungsbezügen des Versorgungsdienstherrn zu beteiligen hat. Maßgeblich sind entsprechend Art. 120 Abs. 1 BayBG a. F. nur Zeiten im Beamtenverhältnis, soweit die ruhegehaltfähig sind.

Zeiten im Beamtenverhältnis auf Widerruf sind nach Satz 2 entsprechend Art. 120 Abs. 1 BayBG a. F. und § 107b Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 1 BeamtVG nicht zu berücksichtigen.

Die Sätze 3 und 4 übernehmen die bisherigen Regelungen des § 107b Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 und Satz 3 BeamtVG.

Zu Abs. 2
Die Regelung enthält die Maßgeblichkeit des Amtes zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels und schreibt damit die bisherigen Regelungen des § 107b Abs. 2 Satz 2 BeamtVG, Art. 120 Abs. 2 BayBG a. F. und Art. 127 Abs. 2 KWBG fort.

Zu Abs. 3
Der Absatz regelt die Fälle des einstweiligen Ruhestands entsprechend dem bisherigen § 107b Abs. 3 und 4 Satz 2 BeamtVG.

Zu Abs. 4
Dieser Absatz sieht in Satz 1 eine Option des abgebenden Dienstherrn vor, anstelle der Erstattung nach Abs. 1 bis 3 eine Abfindung zu leisten. Die Abfindung berechnet sich nach den allgemeinen Regeln der Art. 96 und Art. 97 mit den in Satz 2 genannten Maßgaben; die Maßgaben sind erforderlich, weil die Zahlung hier – abweichend vom Regelfall des Abfindungsmodells – zeitlich nach dem Dienstherrenwechsel erfolgt.

Zu Art. 110 Versorgungslastenteilung im Fall eines zusätzlichen Dienstherrnwechsels nach Art. 95

Die Vorschrift regelt Fälle, in denen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ein innerbayerischer Dienstherrenwechsel stattfand und nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ein weiterer innerbayerischer Dienstherrenwechsel erfolgt, der die Voraussetzungen des Art. 95 erfüllt. Der zuletzt abgebende Dienstherr muss eine Abfindung an den aufnehmenden Dienstherrn nach den Regelungen der Art. 96 ff. zahlen. Dementsprechend muss auch der frühere, nach bisherigem Recht erstattungspflichtige Dienstherr anstelle der Erstattung nach Art. 109 Abs. 1 bis 3 eine Abfindung leisten, die aus Gründen der Vereinfachung direkt an den aufnehmenden Dienst-

herrn zu zahlen ist. Ist ein Beamter beispielsweise im Jahre 2007 unter den Voraussetzungen des § 107b BeamtVG von Dienstherr A zu Dienstherr B gewechselt und wechselt er im Jahre 2013 zu Dienstherr C, müssen somit A und B im Jahre 2013 jeweils eine Abfindung an C leisten.

Zu Abs. 1
Der Absatz begründet neben der Abfindungsverpflichtung des abgebenden Dienstherrn, die bereits aus Art. 95 ff. folgt, eine Abfindungsverpflichtung der früheren, nach bisherigem Recht erstattungspflichtigen Dienstherrn, die an Stelle der Erstattung nach Art. 109 Abs. 1 bis 3 tritt.

Zu Abs. 2
Grundsätzlich berechnet sich die Abfindung nach den Art. 96 und Art. 97. Es gelten jedoch folgende Maßgaben:

Die Regelung nach Nr. 1 ist notwendig, um angesichts der gleichzeitigen Zahlungsverpflichtung mehrerer Dienstherren eine mehrfache Abgeltung zu vermeiden. Beispiel: Ein Beamter, erstmalig ernannt im Jahre 1984, wechselt im Jahre 2002 mit Versorgungslastenteilung nach § 107b BeamtVG von Dienstherr A zu Dienstherr B. Im Jahre 2015 wechselt er unter den Voraussetzungen des Art. 95 zu Dienstherr C. A und B haben gleichzeitig im Jahre 2015 eine Abfindung an C zu leisten. Die bei A verbrachten Zeiten werden unmittelbar von A an C abgegolten und daher dem B nicht zugerechnet.

Nr. 2 enthält für die früheren Dienstherren eine Abweichung vom Grundsatz des Art. 96 Abs. 3. Dies ist erforderlich, weil in den hier betroffenen Fällen der frühere Dienstherrenwechsel z. T. weit in der Vergangenheit liegt. Daher ist es sachgerecht, die Bezüge bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes zu dynamisieren. Ab diesem Zeitpunkt findet eine Verzinsung nach Abs. 3 statt. Für den zuletzt abgebenden Dienstherrn bleibt es dagegen bei der allgemeinen Regel des Art. 96 Abs. 3, weil hier Zahlungszeitpunkt und Dienstherrenwechsel zusammen fallen.

Nr. 3 enthält eine weitere Abweichung von Art. 97 Abs. 2. Betroffen sind Fälle, in denen zuvor zusätzlich ein Dienstherrenwechsel stattgefunden hat, der die Voraussetzungen einer Versorgungslastenteilung nicht erfüllte. Die allgemeine Regel des Art. 97 Abs. 2 würde hier bewirken, dass die Dienstzeiten bei den Dienstherren, die nicht zur Erstattung verpflichtet sind, mehreren zahlungspflichtigen Dienstherren zugerechnet und damit ohne Grund mehrfach abgegolten werden. Daher werden diese Zeiten den zahlungspflichtigen Dienstherrn nur anteilig zugeordnet (Quotelung). Die Aufteilung erfolgt im Verhältnis der Zeiten, die bei den an der Versorgungslastenverteilung beteiligten Dienstherren verbracht wurden. Beispiel: Ein Beamter, erstmalig ernannt im Jahre 1980, wechselt im Jahre 1993 ohne Versorgungslastenteilung von Dienstherr A zu Dienstherr B. Im Jahre 2008 wechselt er mit Versorgungslastenteilung nach § 107b BeamtVG zu Dienstherr C und im Jahre 2013 mit Versorgungslastenteilung nach Art. 95 zu Dienstherr D. Die Altersgrenze wird im Jahre 2020 erreicht. A hat keine Zahlungspflichten. B und C sind im Jahre 2013 zur Abfindung an D verpflichtet. Die Zeiten bei A (13 Jahre) werden zeitanteilig dem B (15/27) und dem C (5/27) zugerechnet.

Eine Quotelung unterbleibt, wenn der damals abgebende Dienstherr dem Dienstherrenwechsel nicht zugestimmt hatte. In diesem Fall sind die Zeiten dem ohne Zustimmung aufnehmenden Dienstherrn vollumfänglich zuzurechnen.

Zu Abs. 3
Der Absatz regelt für die früheren Dienstherrn die Verzinsung des Abfindungsbetrags ab Inkrafttreten dieses Gesetzes. Der festgesetzte Zinssatz in Höhe von 4,5 % pro Jahr berücksichtigt pauschal die Auswirkungen von Inflation und Besoldungsanpassungen für den Zeitraum vom Inkrafttreten des Staatsvertrags bis zur Zahlung des Abfindungsbetrags.

Zu Abs. 4
Der Absatz regelt den Zeitpunkt der Abfindung. Der zuletzt abgebende Dienstherr hat innerhalb von sechs Monaten nach Aufnahme durch den abfindungsberechtigten Dienstherrn zu leisten (Verweis auf Art. 99 Abs. 2 Satz 1). Frühere Dienstherren sind an dem letzten Dienstherrenwechsel nicht unmittelbar beteiligt und müssen daher erst sechs Monate nach Mitteilung durch den abfindungsberechtigten Dienstherrn leisten.

Zu Abs. 5
Satz 1 enthält gegenseitige Informationspflichten. Satz 2 stellt durch Verweis auf Art. 98 Abs. 2 sicher, dass früheren Dienstherren die Nachversicherungskosten in der gesetzlichen Rentenversicherung oder in einer berufsständischen Altersversorgung erstattet werden, wenn sie die wechselnde Person beim aufnehmenden Dienstherrn ohne Anspruch auf Versorgung ausscheidet. Auf Grund des Verweises auf Art. 99 Abs. 1, 3 und 4 finden auch die Regelungen zu den Dokumentationspflichten des die Abfindung zahlenden Dienstherrn, zur Vereinbarung abweichender Zahlungsregelungen sowie zur Übertragungsmöglichkeit auf andere Stellen entsprechende Anwendung.

Zu Art. 111 Versorgungslastenteilung im Fall eines zusätzlichen Dienstherrnwechsels nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

Die Vorschrift regelt Fälle, in denen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ein innerbayerischer Dienstherrenwechsel stattfand und nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zusätzlich ein Wechsel zu einem außerbayerischen Dienstherrn erfolgt. Der zuletzt abgebende (bayerische) Dienstherr ist nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag zur Zahlung einer Abfindung an den außerbayerischen Dienstherrn verpflichtet; dabei sind auch Zeiten bei früheren Dienstherrn zu berücksichtigen (§ 6 Abs. 1 Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag). Für den früheren Dienstherrn begründet der Staatsvertrag keine Abfindungspflicht, da innerbayerische Dienstherrenwechsel nicht unter den Staatsvertrag fallen (§ 2 Satz 3 Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag). Daher ist landesrechtlich vorzusehen, dass auch der frühere, nach bisherigem Recht erstattungspflichtige Dienstherr eine Abfindung zahlt; abweichend von Art. 110 ist diese Abfindung jedoch nicht an den aufnehmenden (außerbayerischen) Dienstherrn, sondern an den zuletzt abgebenden (bayerischen) Dienstherrn zu leisten (Abwicklung über das Eck). Für die Berechnung gilt Art. 110 entsprechend.

Zu Art. 112 Übernahme der Versorgungslasten in Altfällen

Die Regelung übernimmt den bisherigen Art. 143 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 BayBG.

Zu Abschnitt 5 Sonstige Übergangsvorschriften

Zu Art. 113 Entpflichtete Professoren und Professorinnen; Hochschulleistungsbezüge

Die Vorschrift entspricht in den Abs. 1 bis 3 ohne inhaltliche Änderung den bisherigen Übergangsregelungen nach §§ 69 Abs. 1 Nr. 4, 91 BeamtVG. Die Regelung nach § 91 Abs. 1 BeamtVG ist mangels neu eintretender Fälle nicht mehr relevant. Abs. 4 enthält eine Übergangsregelung für die Erklärung der Ruhegehaltfähigkeit von Hochschulleistungsbezügen.

Zu Abs. 1
Die Vorschrift stellt die Emeritenbezüge, deren Grundlage in Art. 34 Abs. 3 BayHSchPG i. V. m. Art. 20 HSchLG in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 1974 geregelt ist, für bestimmte Vorschriften dem Ruhegehalt gleich. Sie übernimmt die bisherigen §§ 69 Abs. 1 Nr. 4, 91 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BeamtVG.

Zu Abs. 2
Diese Regelung betrifft die Versorgung der Hinterbliebenen von emeritierten Professoren und Professorinnen. Sie gewährleistet, dass Witwen und Witwer von emeritierten Professoren und Professorinnen entsprechend § 91 Abs. 2 Nr. 3 BeamtVG weiterhin nach dem vor dem 1. Januar 1977 geltenden Recht versorgt werden.

Zu Abs. 3
Die Regelung entspricht dem bisherigen § 91 Abs. 3 BeamtVG.

Zu Abs. 4
Durch Satz 1 wird sichergestellt, dass eine vor dem 1. Januar 2011 durch Erklärung der Hochschule ermöglichte Überschreitung der Höchstgrenzen bei der Ruhegehaltfähigkeit von Hochschulleistungsbezügen durch dieses Gesetz nicht mehr angetastet wird, es sei denn, der Professor oder die Professorin wechselt nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die Hochschule. In diesem Fall ist Art. 13 Abs. 5 Satz 3 Halbsatz 2 zu beachten. Da § 33 Abs. 3 Satz 1 Bundesbesoldungsgesetz und nach § 6 Abs. 6 Satz 1 Bayerische Hochschulleistungsbezügeverordnung keinen Zeitpunkt für die Abgabe der Erklärung vorsahen, kann nach Satz 2 die Erklärung bis zum 31. Dezember 2012 nachgeholt werden, wenn die Grenzen des Art. 13 Abs. 5 Satz 1 oder 2 bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes überschritten wurden, jedoch die Ruhegehaltfähigkeit – noch – nicht erklärt wurde.

Zu Art. 114 Übergangsvorschrift zur Verjährung

Auf Grund der kenntnisunabhängigen Ausgestaltung des Verjährungsbeginns nach Art. 8 ist eine Übergangsregelung erforderlich, wenn die dreijährige Verjährungsfrist von Ansprüchen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes entstanden sind, mangels Vorliegens der subjektiven Voraussetzungen (§ 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB) noch nicht begonnen hat. In diesen Fällen beginnt die Verjährungsfrist nach Art. 8 kenntnisunabhängig am 1. Januar 2011. Hat die kenntnisunabhängige Höchstfrist nach bisherigem Recht bereits begonnen (§ 199 Abs. 4 BGB), so verjähren die Ansprüche spätestens mit Ablauf dieser Frist.

Zu Teil 6 Schlussvorschriften

Zu Art. 115 Gleichstehende Tatbestände

Zu Abs. 1
Die Regelung entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 63 BeamtVG.

Die bisherigen Nrn. 1, 2 5, 6, 7, 7a und 9 sind inhaltlich unverändert übernommen.

Die bisherigen Nrn. 3 und 4 werden in der neuen Nr. 3 zusammengefasst. Die bisherige Differenzierung in Nr. 4 konnte als Folgeänderung des Übergangs von § 41 BeamtVG zu Art. 60 BayBeamtVG entfallen.

Die bisherige Nr. 8 konnte in der neuen Nr. 7 wesentlich gekürzt übernommen werden, da Art. 61 BayBG n. F. eigene Anrechnungsvorschriften enthält, die auf das BayDG verweisen und die bisher in §§ 59, 61 BeamtVG vorgesehenen Unterhaltsbeiträge in Art. 80 BayBeamtVG nicht übernommen werden.

Eine dem bisherigen § 63 Nr. 10 BeamtVG entsprechende Regelung entfällt, weil die bisherigen Regelung in § 4 Abs. 1 Satz 1 BBesG nicht in das BayBesG übernommen wird (vgl. Begründung zu Art. 11).

Zu Abs. 2
Die Regelung führt zu einer versorgungsrechtlichen Gleichbehandlung von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften. Diese Gleichstellung ist verfassungsrechtlich zwar nicht zwingend (vgl. BVerfG, Beschl. v. 6. Mai 2008 - 2 BvR 1830/06), erfolgt aber im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen beim Bund und anderen Ländern.

Zu Art. 116 Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften

Die Vorschrift tritt an Stelle des bisherigen § 107 Abs. 1 BeamtVG und ermächtigt das Staatsministerium der Finanzen als das für Versorgungsrecht federführende Ressort, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

Zu Art. 117 Ersetzung von Bundesrecht

Mit der Norm wird die Ersetzung des Bundesrechts durch das BayBeamtVG mit der Ausnahme geregelt, dass der Regelungskomplex des § 52 Abs. 4 und 5 BeamtVG nach Art. 125a Abs. 1 Satz 1 GG als Bundesrecht fortgilt; der Landesgesetzgeber macht insoweit von seiner Ersetzungsbefugnis keinen Gebrauch. § 52 Abs. 4 und 5 BeamtVG regeln die Verpflichtung von Geldinstituten zur Rücküberweisung zu Unrecht erbrachter Versorgungsleistungen an den Versorgungsträger. Durch die Fortgeltung als Bundesrecht wird gewährleistet, dass diese Verpflichtung für alle Geldinstitute im Bundesgebiet und damit über den Geltungsbereich dieses Gesetzes hinaus gilt.

Zu § 3 Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen

Zu Art. 1 Geltungsbereich

Art. 1 entspricht weitgehend dem Regelungsgehalt des Art. 1 BayBG und des bisherigen § 1 LbV.

In Abs. 3 wird künftig nur mehr allgemein auf Verordnungen nach Art. 68 Abs. 2 verwiesen. Damit werden zwar auch in Zukunft sämtliche auf dieser Vorschrift basierenden Verordnungen – wie die Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Polizeivollzugsbeamten (LbVPol) – erfasst, es wird jedoch auf eine Nennung des in seiner bisherigen Bedeutung obsoleten Begriffs der „Laufbahn“ in der Verordnung verzichtet.

Aufgrund der Weitung der Ermächtigungsgrundlage in Art. 68 Abs. 2 auch auf den Bereich der dienstlichen Beurteilung ist es erforderlich, die Anordnung der unbedingten Geltung des Teils 4 aufzuheben. Die Vorschriften des Teils 4 gelten nach der neuen Fassung nur, soweit in den Verordnungen nach Art. 68 Abs 2 nichts anderes bestimmt ist.

Zu Art. 2 Begriffsbestimmungen

Abs. 2 wird entsprechend dem neuen Regelungsgehalt des BayBesG, das Amtszulagen dem Grundgehalt umfassend gleichstellt, gegenüber § 3 Abs. 2 LbV angepasst.

§ 3 Absatz 2 Satz 2 LbV wird aufgrund des Wegfalls der Laufbahngruppengrenzen und der Einführung der Leistungslaufbahn obsolet. Die neue Leistungslaufbahn verzichtet auf das doppelte Durchlaufen eines Amtes derselben Besoldungsgruppe.

Im Übrigen entsprechen die Abs. 1 und 2 der Vorschrift dem bisherigen § 3 LbV.

Abs. 3 dient dazu die Begriffsbestimmungen im BayBG und LlbG gleich zu gestalten.

Zu Art. 3 Zuständigkeiten und Beteiligungen

Abs. 1 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 72 LbV.

Abs. 2 und 4 entsprechen dem bisherigen § 73 Abs. 2 LbV. Die Anhörung des Landespersonalausschusses in Abs. 3 wurde in Abstimmung mit seiner Geschäftsstelle gestrichen, da sie nicht mehr für notwendig erachtet wird.

Abs. 3 verweist auf die Anwendbarkeit der Art. 16, 17 BayBG, um keine Beteiligungslücken entstehen zu lassen.

Zu Art. 4 Allgemeine laufbahnrechtliche Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis

Art. 4 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Art. 22 BayBG a.F. Er ist jedoch terminologisch anzupassen.

Der Begriff „Laufbahnbewerber“ und „Laufbahnbewerberin“ ist umzuformulieren. Künftig wird von „Regelbewerber“ und „Regelbewerberin“ gesprochen. Das Institut des „anderen Bewerbers“ und der „anderen Bewerberin“ bleibt bestehen.

Im Übrigen bestimmt Abs. 1, dass Regelbewerber und Regelbewerberinnen in ein Beamtenverhältnis berufen werden können, wenn sie die erforderliche Vorbildung besitzen. Unter Vorbildung sind die bildungsmäßigen Anforderungen (Schul- und Hochschulabschlüsse) zu verstehen, die bereits im Zeitpunkt der Berufung in das Beamtenverhältnis vorliegen müssen. Der Halbsatz „ – mangels solcher Vorschriften – übliche Vorbildung“ wird gestrichen. Damit sollten bislang die wenigen nicht geregelten Laufbahnen, deren Vorbildungsvoraussetzungen nicht in Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen oder nach den Vorschriften über die Laufbahnen besonderer Fachrichtung festlegt waren, erfasst werden. Die in diesen Laufbahnen notwendige Vorbildung legte der Landespersonalausschuss im Einzelfall fest.

Die Neufassung stellt mit dem Begriff „erforderliche Vorbildung“ den Zusammenhang mit Art. 7 Abs. 1 her, der die für die Qualifizierungsebenen grundsätzlich notwendigen Vorbildungsvoraussetzungen anführt.

Vor Art. 5

Der bisherige Laufbahnbegriff des § 11 BRRG, der übereinstimmend auch in Art. 27 Abs. 1 BayBG a. F. übernommen wurde, hat sich als zu eng erwiesen. Mit seiner Einschränkung auf gleiche Vor- und Ausbildungsvoraussetzungen zwingt er bislang die Dienstherren dazu, immer mehr Laufbahnen einzurichten, um die Erfüllung ihrer wachsenden und unterschiedlichen Aufgaben zu gewährleisten. Eine Folge sind häufige Laufbahnwechsel, die zumeist nur bürokratische Hindernisse darstellen und verfahrensrechtlich kompliziert sind.

Auch die Einteilung der Laufbahnen in das bisherige Laufbahngruppensystem des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes erscheint im Hinblick auf eingetretene Veränderungen insbesondere im Hochschulbereich überholt. Die bestehenden starren Aufstiegsverfahren erfüllen nicht mehr die eigentlichen Ziele.

Im Sinne einer Flexibilisierung und Entbürokratisierung bedarf es einer konsequenten Neuordnung des Laufbahnrechts unter Beachtung des verfassungsrechtlich gegebenen Rahmens des Laufbahnprinzips (Art. 33 Abs. 5 GG).

Das Laufbahnprinzip besagt, dass es keinen öffentlichen Dienst ohne sachgerechte Differenzierung geben darf. Dagegen wird nicht gegen Art. 33 Abs. 5 GG verstoßen, wenn die Zahl der Laufbahnen anders als derzeit geregelt wird. Gleiches gilt für die Durchlässigkeit nach oben im Rahmen einer auf Leistung beruhenden Entscheidung.

Mit dem Ziel der vertikalen Flexibilisierung und im Sinn einer bestmöglichen Verwirklichung des Leistungsgrundsatzes wird das bisherige Laufbahngruppensystem durch die Einführung der Leistungslaufbahn ersetzt.

Der Einstieg in die Leistungslaufbahn erfolgt unter Berücksichtigung des Laufbahnsystems nach der Qualifikation, die auf Vor- und Ausbildung sowie gegebenenfalls förderlichen beruflichen Leistungen beruht. Das bisherige starre Aufstiegsverfahren wird ersetzt durch ein modulares System lebenslangen Lernens. Es wird flexibler und passgenauer gestaltet als das bisherige Aufstiegsverfahren. Damit wird sichergestellt, dass das richtige Wissen zum richtigen Zeitpunkt vermittelt wird. Zugleich wird die Durchlässigkeit nach „oben“ für besonders befähigte Beamte und Beamtinnen erhöht.

Mit dem Ziel der horizontalen Flexibilisierung treten künftig anstelle der bisherigen Vielzahl an Laufbahnen sechs Fachlaufbahnen, die fachlich verwandte Aufgabenfelder bündeln. Die wachsenden Aufgaben und stetigen Änderungen in der Verwaltung erfordern eine Entbüro-

kratisierung, eine erhöhte Durchlässigkeit und Flexibilität des Personaleinsatzes. Auch den gesteigerten Mobilitätserfordernissen der Beamten und Beamtinnen kann mit einer Bündelung zu wenigen Fachlaufbahnen in größerem Umfang Rechnung getragen werden. Vorteil der Neuordnung ist auch die Reduzierung des verfahrensrechtlich komplizierten, aber bislang zwangsläufig häufig praktizierten Laufbahnwechsels auf ein unbedingt notwendiges Maß.

Die bisherigen Vorschriften zu den Laufbahnen in BayBG a. F. werden aufgehoben und neu gefasst ins LlbG aufgenommen. Es erfolgt zudem eine systematische Bereinigung und damit verbundene Vereinfachung.

Zu Art. 5 Leistungslaufbahn und Fachlaufbahnen

Art. 5 enthält die grundlegende Neugestaltung des Laufbahnrechts.

Abs. 1 definiert die Leistungslaufbahn systematisch durch die Festlegung der Einstiegsvoraussetzungen entsprechend der Vor- und Ausbildung und unter Verzicht auf die bisherigen Laufbahngruppengrenzen neu. Damit wird dem hohen Qualitätsanspruch des bayerischen öffentlichen Dienstes sowie dem Grundsatz des Art. 94 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung Rechnung getragen.

Abs. 2 regelt das Laufbahnsystem in horizontaler Hinsicht neu.

Die bisherige Vielzahl an Laufbahnen hat zu höchst komplexen Fallgestaltungen geführt. Die in der Praxis aufgetretenen Schwierigkeiten bei Laufbahnwechseln fordern ebenso wie der Gedanke der Deregulierung die Neugestaltung.

Abs. 2 Satz 1 bestimmt die Fachlaufbahnen. Die Bündelung auf wenige Fachlaufbahnen schafft Transparenz und Flexibilität für Dienstherren und Beamte und Beamtinnen. Sie erhöht die Möglichkeit des Personaleinsatzes, da ein Wechsel innerhalb einer Fachlaufbahn künftig nur mehr allein der Zustimmung der obersten Dienstbehörde unterliegt (Art. 9).

Soweit erforderlich können die zuständigen Staatsministerien innerhalb der Fachlaufbahnen fachliche Schwerpunkte bilden (Art. 67 Satz 1 Nr. 1). Sie umfassen Ämter, die aufgrund fachverwandter Vor- und Ausbildung und – soweit erforderlich – weiteren Qualifizierungsmaßnahmen erreicht werden können. So ist z. B. in der Fachlaufbahn „Verwaltung und Finanzen“ die Bildung des fachlichen Schwerpunkts „Staatsfinanzdienst“ denkbar. Dieser würde dann die bisherigen Laufbahnen des mittleren und gehobenen Staatsfinanzdienstes beinhalten.

Systemkonform wird der Qualifikationserwerb für eine Fachlaufbahn nicht durch die Einrichtung von fachlichen Schwerpunkten eingeschränkt.

Zu Art. 6 Qualifikationserwerb

Art. 6 fasst die verschiedenen Wege, auf denen die Qualifikation für eine Fachlaufbahn (Art. 5 Abs. 2) erworben werden kann, zusammen.

Der Qualifikationserwerb eröffnet grundsätzlich die gesamte Fachlaufbahn. Er wird im Sinne einer erhöhten Flexibilität und Mobilität auch nicht durch die Einrichtung von fachlichen Schwerpunkten (Art. 5 Abs. 2 Sätze 2 und 3) innerhalb einer Fachlaufbahn eingeschränkt.

Abs. 1 Nr. 1 regelt wie bisher den Hauptanwendungsfall des Qualifikationserwerbs durch das Ableisten eines Vorbereitungsdienstes und das Bestehen der Qualifikationsprüfung.

Die Nr. 2 knüpft an den bisherigen § 4 Abs. 1 Nr. 5 LbV an, der den Befähigungserwerb in Laufbahnen besonderer Fachrichtungen regelt. Dieses Institut wird in den Art. 38 bis 40 systemgerecht fortgeführt. Durch die Einbeziehung der Beamten und Beamtinnen, die die Befähigung durch eine der jeweiligen Qualifikationsebene entsprechende Vorbildung mit zusätzlicher hauptberuflicher Tätigkeit (Art. 39 Abs. 3) erwerben, in den Abs. 1 wird klargestellt, dass auch diese Regelbewerber und Regelbewerberinnen sind.

Nr. 3 bestimmt wie bisher § 4 Abs. 1 Nr. 4 LbV, dass die Qualifikation für eine Fachlaufbahn auch durch den in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Berufsabschluss erworben werden kann. Damit werden die Beamtenverhältnisse auch für Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten i. S. d. Art. 42 Abs. 2 grundsätzlich geöffnet.

Die Nr. 4 enthält vom Grundsatz her die Regelung im bisherigen § 4 Abs. 1 Nr. 6 LbV. Änderungen ergeben sich jedoch einerseits auf Grund der Bündelung der Laufbahnen zu wenigen Fachlaufbahnen und des damit verbundenen erleichterten Laufbahnwechsels sowie andererseits bei der Übernahme von Beamten und Beamtinnen von Dienstherren außerhalb des Geltungsbereichs des BayBG. Im Einzelnen siehe Art. 9 und 11 sowie deren Begründung.

Künftig sollen mit dem Ziel der Deregulierung die Staatsministerien in den seltenen Ausnahmefällen, in denen für den fachlichen Schwerpunkt kein Vorbereitungsdienst vorgesehen ist und die auch nicht nach Art. 38 ff. geregelt sind, die Befähigung für eine Fachlaufbahn feststellen (Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 2 i. V. m. Art. 67 Satz 1 Nr. 1). Sie erscheinen aufgrund ihrer Sachnähe besonders geeignet. Da die Qualifikationsvoraussetzungen den für die jeweilige Qualifikationsebene allgemein vorgeschriebenen Voraussetzungen gleichwertig sein müssen, wird dem Qualitätsaspekt in ausreichendem Umfang Rechnung getragen

Abs. 1 Satz 2 regelt entsprechend dem bisherigen § 4 Abs. 1 Satz 2 LbV, dass es in der ersten Qualifikationsebene keiner Qualifikationsprüfung bedarf.

Abs. 3 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 4 Abs. 2 LbV. Die Feststellung trifft künftig die oberste Dienstbehörde.

Systemkonform geht der Qualifikationserwerb gemäß dem bisherigen § 4 Abs. 1 Nr. 2 LbV in Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 auf. Die Nr. 3 des § 4 Abs. 1 in der bisherigen Fassung der LbV ist durch die modulare Qualifizierung obsolet geworden. Denn mit dem Wegfall der Laufbahngruppengrenzen und der Einführung der Leistungslaufbahn wird künftig die Qualifikation für eine Fachlaufbahn beim Einstieg erworben und nicht wie bisher durch starre Grenzen „gedeckelt“. Unberührt davon bleiben die Bestimmungen zu Qualifizierungen (Art. 20 und 37), soweit Ämter oberhalb höherer Qualifikationsebenen im Wege der Beförderung erreicht werden sollen.

Zu Art. 7 Vorbildung

In Abs. 1 werden die regelmäßigen Vorbildungsvoraussetzungen für den Einstieg in die unterschiedlichen Qualifikationsebenen festgelegt. Sie orientieren sich an den schul- und hochschulrechtlichen Bildungsabschlüssen. Inhaltliche Änderungen gegenüber dem bisherigen Rechtsstand ergeben sich nicht. Die spezialgesetzlichen Regelungen des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes – insbesondere Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 BayLBG – sind weiterhin zu berücksichtigen.

Aus Gründen der Deregulierung entfällt die Anhörung des Landespersonalausschusses bei der Gleichwertigkeitsanerkennung von Bildungsabschlüssen. Die notwendige Qualitätssicherung erfolgt durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Abs. 1 Satz 2).

Abs. 2 entspricht – mit Ausnahme redaktioneller Änderungen – im Wesentlichen dem bisherigen Art. 33 Abs. 5 BayBG a. F.

Zu Art. 8 Ausbildung

Abs. 1 bestimmt in Weiterführung des Art. 7 die Ausbildungen für die jeweiligen Qualifikationsebenen. Sie werden auch künftig grundsätzlich in der Form des Vorbereitungsdienstes abgeleistet. Die Sätze 1 und 2 beinhalten Sinn und Zweck sowie Inhalt des Vorbereitungsdienstes im Allgemeinen. Sie entsprechen den bisherigen Bestimmungen. Satz 3 sieht vor, dass auch eine außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes im Inland erworbene Vorbildung, soweit sie der jeweils nach bayerischem Recht Vorgeschriebenen entspricht, für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst ausreichend ist. Damit ist die innerdeutsche Mobilität der Schul- und Hochschulabschlüsse sichergestellt. Soweit Bewerber oder Bewerberinnen mit Schul- oder Hochschulabschlüssen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erworben wurden, die Zulassung zum Vorbereitungsdienst beantragen, gelten die allgemeinen Gleichstellungsregeln des Schul- und Hochschulrechts.

Abs. 2 regelt die Dauer des Vorbereitungsdienstes für die jeweilige Qualifikationsebene.

Nr. 1 und Nr. 2 des Satzes 1 entsprechen inhaltlich den Bestimmungen im bisherigen Art. 31 Nr. 2 bzw. Art. 32 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 BayBG a. F.

Die Regelung in Nr. 3 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Art. 33 Abs. 1 Nr. 2 BayBG a. F.; Abs. 2 Nr. 4 bestimmt für die vierte Qualifikationsebene einen Vorbereitungsdienst von mindestens zwei Jahren entsprechend dem bisherigen Art. 34 Abs. 1 Nr. 2 BayBG a. F.

Abs. 2 Satz 2 entspricht – bezogen auf den Vorbereitungsdienst – dem bisherigen Art. 33 Abs. 5 Satz 1 BayBG a. F.

Abs. 3 Satz 1 regelt, dass – mit Ausnahme in der ersten Qualifikationsebene – der Vorbereitungsdienst mit einer Qualifikationsprüfung abschließt. Die Qualifikationsprüfung hat Wettbewerbscharakter und muss so angelegt sein, dass sie die Eignung des Prüflings für die entsprechende Fachlaufbahn in der jeweiligen Qualifikationsebene feststellt. Gegenstand sind die während des Vorbereitungsdienstes vermittelten Aufgabeninhalte. Wird der Vorbereitungsdienst auf eine Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen beschränkt, so sind Gegenstand der Qualifikationsprüfung diese Ausbildungsinhalte. In der Regel handelt es sich dabei um den Nachweis berufspraktischer Fähigkeiten in technischen Bereichen, da die fachtheoretischen Ausbildungsinhalte bereits durch den Abschluss eines (Fach-)Hochschulstudiums nachgewiesen wurden.

Zu Art. 9 Wechsel innerhalb und zwischen den Fachlaufbahnen

Der Begriff der Laufbahn wird aufgrund der Bündelung zu wenigen Fachlaufbahnen und dem Wegfall der Laufbahngruppengrenzen in seiner bisherigen Bedeutung obsolet. Der Qualifikationserwerb erfolgt künftig für eine Fachlaufbahn (vgl. Begründung zu Art. 6). Diese Neuordnung soll insgesamt zum Abbau bestehender starrer Laufbahnstrukturen führen. Dies geht mit der Förderung von Mobilität der Beamten und Beamtinnen und einer erhöhten Flexibilität des

Personaleinsatzes einher. Die Vorschriften zum bisherigen horizontalen Laufbahnwechsel in § 5 Abs. 1 und 2 LbV sind daher überholt und an die neue laufbahnrechtliche Systematik anzupassen.

Abs. 1 regelt den (horizontalen) Wechsel zwischen fachlichen Schwerpunkten innerhalb einer Fachlaufbahn, dem keine laufbahnrechtlichen Schranken mehr gesetzt werden. Ausnahmen gelten für Bereiche, für die eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung durch besondere – nicht laufbahnrechtliche, sondern allgemeine – Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist oder nach ihrer Eigenart zwingend erforderlich ist (z. B. Staatsanwälte, Ärzte). Der Wechsel bedarf demnach künftig lediglich der Zustimmung der aufnehmenden obersten Dienstbehörden. Sie kann ihre Zustimmung zum Wechsel von erfolgreichen Unterweisungs- oder Fortbildungsmaßnahmen abhängig machen.

Abs. 2 regelt den (horizontalen) Wechsel zwischen den Fachlaufbahnen, sofern der Beamte nicht bereits die Qualifikation für die Fachlaufbahn besitzt. An diesen Wechsel sind höhere Anforderungen zu stellen, da hier grundsätzlich nicht davon auszugehen ist, dass die Qualifikation für die neue Fachlaufbahn allein aufgrund der Vor- und Ausbildung in der bisherigen Fachlaufbahn vorausgesetzt werden kann. Die Anerkennung der Qualifikation für die neue Fachlaufbahn wird daher zusätzlich von der Zustimmung des Landespersonalausschusses abhängig gemacht, der Regelungen über erforderliche Unterweisungen oder Fortbildungsmaßnahmen treffen kann.

Abs. 3 entspricht – abgesehen von redaktionellen Änderungen – inhaltlich dem bisherigen § 5 Abs. 3 LbV.

Zu Art. 10 Übernahme von Beamten und Beamtinnen und Wiedereinstellung früherer Beamten und Beamtinnen von Dienstherren innerhalb des Geltungsbereichs des Bayerischen Beamtengesetzes

Die Vorschrift entspricht unter Anpassung an die neuen Begrifflichkeiten inhaltlich dem bisherigen § 68 LbV. Zudem wurden redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Zu Art. 11 Sicherung der Mobilität

Zu Abs. 1:

Die in der Föderalismusreform gewonnenen Länderkompetenzen werden zu unterschiedlichen Systemen im Laufbahnrecht führen. Wie bisher besteht ein Interesse bayerischer Dienstherren, qualifizierte Beamte und Beamtinnen aus anderen Beamtenrechtskreisen zu gewinnen. Von Seiten der Beamten und Beamtinnen wird ein Wechsel oft aus familiären Gründen gewünscht. Abs. 1 ermöglicht deshalb Regelungen, die den Wechsel nach Bayern erlauben, wenn die notwendige Qualifikation für die Tätigkeit gegeben ist. Dabei ist auf den individuellen Wissensstand abzustellen. Neben der Vor- und Ausbildung sind auch Kenntnisse und Fähigkeiten, die sich der Beamte oder die Beamtin aufgrund seiner oder ihrer bisherigen Tätigkeiten angeeignet hat, zu berücksichtigen.

Zu Abs. 2:

Es wird nur mehr geregelt, dass die oberste Dienstbehörde die Qualifikation für eine Fachlaufbahn feststellt. Sie erscheint aufgrund ihrer Sachnähe besonders geeignet. Soweit die oberste Dienstbehörde Bedarf sieht, bleibt ihr die Einschaltung des Landespersonalausschusses unbenommen. Lediglich im nichtstaatlichen Bereich bedarf es im Hinblick auf eine ein-

heitliche und verwaltungsökonomische Handhabung der Zustimmung des Landespersonalausschusses.

Die oberste Dienstbehörde kann – soweit sie es für die Anerkennung der Qualifikation für erforderlich hält – eine erfolgreiche Unterweisung (z. B. theoretische Einweisung, praktische Tätigkeiten) oder zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen verlangen.

Damit wird den Mobilitätsbedürfnissen der Dienstherren sowie der Beamten und Beamtinnen sachgerecht Rechnung getragen.

Zu Abs. 3:

Er entspricht dem bisherigen § 69 Abs. 1 LbV.

Die bisherigen Abs. 2 und 3 des § 69 LbV sind aufgrund der neuen laufbahnrechtlichen Systematik und der entsprechenden Anwendung des nun mehr ebenfalls obsoleten § 5 LbV überholt. Siehe hier insbesondere die Begründung zu Art. 9.

Zu Art. 12 Zweck, Art und Dauer der Probezeit im Sinn des § 4 Abs. 3 Buchst. a BeamtStG

Abs. 1 Sätze 1 und 2 normieren künftig unmittelbar den Zweck der Probezeit. Dabei werden strenge Maßstäbe vorgegeben. Der Probezeitbeamte oder die Probezeitbeamtin muss den Anforderungen seiner bzw. ihrer Fachlaufbahn in der jeweiligen Qualifikationsebene ohne jegliche Einschränkung entsprechen. Dabei hat die Probezeit Prognosefunktion. Der Dienstherr muss sich mindestens bis zum Ende der Probezeit davon überzeugt haben, ob der Beamte oder die Beamtin die Charaktereigenschaften und Fähigkeiten mitbringt, auch schwierigere und verantwortungsvollere Aufgaben in der Fachlaufbahn zu bewältigen.

Abs. 1 Sätze 4 und 5 entsprechen weitgehend der bisherigen Rechtslage.

Für eine sachgerechte Bewertung insbesondere auch im Hinblick auf die regelmäßige Probezeitdauer außerhalb des öffentlichen Dienstes, wird in Abs. 2 die Dauer der regelmäßigen Probezeit einheitlich auf zwei Jahre festgelegt.

In Abs. 3 Satz 5 wird eingefügt, dass die Mindestprobezeit in der Leistungslaufbahn sechs Monate beträgt. Dies entspricht der bisherigen Regelung in der LbV und ist mit § 10 Satz 1 BeamtStG konform. In Abs. 3 Satz 7 wird auf das Zustimmungserfordernis des Landespersonalausschusses verzichtet, zumal ein weiteres materielles Kriterium aufgenommen wird.

Im Übrigen bleibt die Rechtslage unverändert.

Zu Art. 13 Probezeit im Sinn des § 4 Abs. 3 Buchst. b BeamtStG in Ämtern mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe

Art. 13 entspricht inhaltlich in vollem Umfang dem bisherigen § 9 LbV.

Zu Art. 14 Einstellung

Abs. 1 entspricht im Wesentlichen dem Regelungsgehalt des bisherigen Art. 28 Abs. 1 BayBG a. F. und § 7 Abs. 2 LbV. Es wird klargestellt, dass die Rechtsgrundlage für die Festlegung der Eingangsämter das Besoldungsrecht ist. Zudem wurde Abs. 1 sprachlich an die neue laufbahnrechtliche Systematik angepasst.

Abs. 2 führt die Regelung des § 125 b BRRG in der Fassung durch Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 21. Juni 2002 (BGBl I S. 2138), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 5. Dezember 2006 (BGBl I S. 2748) inhaltsgleich fort. Der familienpolitische Zweck besteht weiterhin. Da nunmehr der Landesgesetzgeber insoweit die Kompetenz hat, führt Bayern diese Regelung zur Förderung des familienpolitischen Aspekts fort.

Zu Art. 15 Dienstzeiten

In Abs. 1 tritt gegenüber dem bisherigen § 12 Abs. 1 LbV anstelle des Aufstiegs die Ausbildungsqualifizierung und die modulare Qualifizierung. Im Übrigen wird auf die Begründung zu Art. 37 Abs. 2 verwiesen.

In Abs. 2 bis 4 erfolgen überwiegend redaktionelle Änderungen.

In Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 wird zudem aufgenommen, dass – im Hinblick auf die Förderung sozialer und öffentlicher Belange der Bayerischen Staatsregierung – Zeiten eines freiwilligen und sozialen Jahres nach den Jugendfreiwilligengesetz entsprechend den Zeiten im ersten Halbsatz zu berücksichtigen sind.

In Abs. 3 Satz 2 wird eine neue Nummer 1 aufgenommen. Sie schafft die Möglichkeit, förderliche Zeiten im Arbeitsverhältnis nach dem Qualifikationserwerb für eine Fachlaufbahn auf die laufbahnrechtlichen Dienstzeiten bei einer Berufung in das Beamtenverhältnis anrechnen zu können. Damit soll Nachteilen in der laufbahnrechtlichen Entwicklung, die durch eine späte Berufung in das Beamtenverhältnis eintreten, entgegengewirkt werden.

Das bisherige Zustimmungserfordernis des Landespersonalausschusses in § 12 Abs. 3 Satz 5 LbV entfällt. Die Notwendigkeit des Vorliegens eines besonderen dienstlichen Interesses für die Vorverlagerung wird für ausreichend erachtet. Zudem dient es der Deregulierung.

Des Weiteren entfällt das Zustimmungserfordernis des Landespersonalausschusses in Abs. 4 Satz 3, da keine Missbrauchsgefahr besteht.

Zu Art. 16 Übertragung höherwertiger Dienstposten

In Abs. 1 erfolgen keine Änderungen gegenüber dem bisherigen § 8 Abs. 1 LbV.

Abs. 2 regelt Erprobungszeiten vor der Übertragung eines Amtes im Wege der Beförderung und der Ausbildungsqualifizierung. Er enthält hinsichtlich der Erprobungszeiten vor einer Beförderung keine inhaltliche Änderung zum bisherigen § 8 Abs. 2 LbV. Sie betragen nach wie vor mindestens drei Monate und sollen sechs Monate nicht überschreiten. Sie können entfallen, soweit bereits eine Bewährung erfolgt ist. Da die Entscheidung, die Erprobungszeit im Einzelfall auf über drei Monate festzusetzen, im Ermessen des jeweiligen Dienstherrn liegt, bedarf es des bisherigen § 8 Abs. 2 Satz 5 LbVnicht mehr.

Der bisherige § 8 Abs. 3 LbV wird gestrichen und hinsichtlich der Ausbildungsqualifizierung unter Abs. 2 subsumiert. Beamte und Beamtinnen, die an der Ausbildungsqualifizierung teilnehmen, haben sich regelmäßig überdurchschnittlich in Ämtern einer niedrigeren Qualifikationsebene bewährt, haben in Zulassungsverfahren gezeigt, dass sie nach dem allgemeinen Bildungsstand und ihren fachlichen Kenntnissen für die Ausbildungsqualifizierung geeignet sind und absolvieren die „originäre“ Ausbildung für die neue Qualifikationsebene. Eine regelmäßige Erprobungszeit von mindestens drei bis höchstens sechs Monaten in den Aufgaben der neuen Qualifizierungsebene wird daher für ausreichend erachtet. Es liegt im pflichtgemäßen

Ermessen des Dienstherrn die Erprobungszeit im Ausnahmefall auf bis zu ein Jahr zu erhöhen. Gründe hierfür könnten z. B. begründete Zweifel an einer erfolgreichen Bewährung oder eine nur ausreichende Qualifikationsprüfung sein.

Die Übertragung eines Amtes einer höheren Qualifizierungsebene im Wege der modularen Qualifizierung ist eine Beförderung im Sinn des Art. 2 Abs. 2. Für sie gelten folglich – auch in konsequenter Weiterführung des Gedankens der Leistungslaufbahn – die Erprobungszeiten gemäß Abs. 2 Satz 1 1. Alternative.

Abs. 2 Satz 5 wird ohne inhaltliche Änderung an die neuen Begrifflichkeiten angepasst. Unter dem Begriff des Amtes ist hier das Amt im statusrechtlichen Sinn zu verstehen.

Zu Art. 17 Beförderungen

Abs. 1 Satz 1 entspricht dem bisherigen Art. 28 Abs. 2 Satz 1 BayBG a.F.

Abs. 1 Satz 2 führt die Regelung § 10 Abs. 1 Satz 2 LbV fort.

Abs. 1 Satz 3 entspricht weitgehend dem bisherigen Art. 28 Abs. 2 Satz 2 Nrn. 1, 3 und 4 BayBG a. F. und § 10 Abs. 2 Satz 1 LbV.

In Abs. 1 Satz 3 entfällt das Beförderungsverbot vor Ablauf eines Jahres nach Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit sowie ein Jahr nach dem allgemeinen Dienstzeitbeginn. Die Orientierung am Leistungsprinzip kommt dadurch verstärkt zum Ausdruck. Im bisher einfachen Dienst stellt es zudem einen gewissen Ausgleich für die Verlängerung der Probezeit dar.

Abs. 2 und 3 entsprechen – mit Ausnahme von Anpassungen an die neuen Begrifflichkeiten – dem bisherigen Art. 28 Abs. 2 Sätze 3und 4 BayBG a. F sowie den bisherigen § 10 Abs. 3 und 4 LbV.

Abs. 4 entspricht dem bisherigen Art. 28 Abs. 2 Satz 5 BayBG a. F.

Abs. 5 führt die Regelung in § 10 Abs. 5 LbV fort.

Abs. 6 stellt entsprechend der Leistungsorientierung in der neuen laufbahnrechtlichen Systematik sicher, dass in allen Qualifikationsebenen nur Beamte und Beamtinnen tätig sind, die die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten für höherwertige Aufgaben aufweisen. Die Norm berücksichtigt die verschiedenen Möglichkeiten, diese Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben; davon umfasst ist auch der Qualifikationserwerb nach Art. 41.

Die Regelung fordert bei einem Qualifikationserwerb im Rahmen der modularen Qualifizierung jedoch nicht, dass für die genannten Beförderungen die modulare Qualifizierung bereits vollständig abgeschlossen sein muss. In jedem Fall müssen jedoch die Maßnahmen erfolgreich abgeschlossen sein, die in den Qualifizierungskonzepten vor einer Beförderung in die entsprechenden Ämter vorgesehen sind.

Zu Art. 18 Sonderregelung für Beförderungen

In Art. 18 Abs. 1 bis 4 erfolgen gegenüber dem bisherigen § 11 LbV lediglich Anpassungen an die neuen Begrifflichkeiten und aufgrund der neuen Nummerierung. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

Zu Art. 19 Dienstposten an obersten Landesbehörden

Art. 19 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 50 LbV. Die Umstellung beruht auf systematischen Erwägungen.

Abs. 1 enthält keine Änderungen zur bisherigen Vorschrift.

In Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 werden der bisherige „wenn"-Satz sowie der Halbsatz 2 gestrichen. Damit ist es künftig irrelevant, in welcher Qualifizierungsebene eine Tätigkeit bei einer anderen als einer obersten Landes- oder Bundesbehörde absolviert wurde. Sinn und Zweck des „Außendienstes" ist es, sicherzustellen, dass auch Erfahrungen in Unter- und Mittelbehörden gesammelt werden, da Funktionen in den Ämtern der Besoldungsgruppe A 16 und höher eine vielseitige Berufserfahrung voraussetzen. Bereits bislang bestand die Möglichkeit, Zeiten im gehobenen Dienst bei Beamten und Beamtinnen, die in den höheren Dienst aufgestiegen sind und denen ein Amt der Besoldungsgruppe A 16 übertragen werden sollte, auf den zweijährigen „Außendienst" anzurechnen.

Abs. 3 Satz 1 bestimmt, dass künftig der Oberste Rechnungshof selbst Ausnahmen von Abs. 2 für seinen Geschäftsbereich zulassen kann; die Notwendigkeit der Zulassung durch den Landespersonalausschuss wird nicht gesehen. Im Übrigen enthält Abs. 3 keine Änderungen zur bisherigen Vorschrift.

Zu Art. 20 Modulare Qualifizierung

Zu Abs. 1 und Abs. 2:

Die modulare Qualifizierung tritt an die Stelle des bisherigen Aufstiegs für besondere Dienstleistungsbereiche, des Verwendungsaufstiegs vom mittleren in den gehobenen Dienst und des Aufstiegs vom gehobenen in den höheren Dienst. Sie steht neben der Ausbildungsqualifizierung.

Tragender Kerngedanke ist ein modulares System lebenslangen Lernens. Ausgehend von den Kenntnissen und Fähigkeiten des Beamten oder der Beamtin, die er oder sie aufgrund seiner Qualifikation (Vor- und Ausbildung) in der beruflichen Tätigkeit erworben hat, sollen die Maßnahmen der modularen Qualifizierung passgenau und zeitgerecht auf die erhöhten Anforderungen der Ämter ab der nächsthöheren Qualifikationsebene vorbereiten.

Dabei wird aus verwaltungsökonomischen Gründen auf die typisierenden Kenntnisse abgestellt, um insbesondere in „großen" fachlichen Schwerpunkten eine transparentere Ausgestaltung der jeweiligen Systeme zu gewährleisten.

Vorausgesetzt werden darf dabei zwar nicht der originäre Erwerb der Vor- und Ausbildung (Art. 7, 8); die modulare Qualifizierung muss jedoch in jedem Fall – auch wenn die einzelnen Maßnahmen in ihrer Dauer und in ihrem Schwierigkeitsgrad variieren können und werden – die Beamten und Beamtinnen in die Lage versetzen, die Aufgaben in den Ämtern ab der nächsthöheren Qualifizierungsebene wahrzunehmen.

Die modulare Qualifizierung ist dann ausgeschlossen, wenn eine bestimmte Vor- oder Ausbildung oder Prüfung durch besondere – außerbeamtenrechtliche – Rechtsvorschriften verlangt wird, wie z. B. eine Approbation bei Ärzten oder ein rechtswissenschaftliches Studium mit Zweiter Staatsprüfung für die Befähigung zum Richteramt.

Im Sinne einer echten, zielgerichteten Personalentwicklung ist vorgesehen, dass sich die einzelnen Maßnahmen der modularen Qualifizierung über mehrere Ämter erstrecken sollen und auch in die Ämter oberhalb der nächsthöheren Qualifikationsebene hineinreichen können. Damit wird den jeweiligen Dienstherren die notwendige Flexibilität gegeben, ihre Beamten und Beamtinnen dann für höhere Ämter zu qualifizieren, bevor entsprechende Aufgabenbereiche übertragen werden sollen. Abweichend von der bisherigen Systematik können einzelne Maßnahmen der modularen Qualifizierung bereits belegt werden, wenn keine entsprechenden höherwertigen Dienstposten wahrgenommen werden. Dies ist sinnvoll, um nur denjenigen Aufgaben zu übertragen, die das notwendige Rüstzeug dafür haben.

Der Dienstherr trägt bei der Entwicklung der einzelnen Systeme dafür Rechnung, dass die einzelnen Maßnahmen möglichst zeitnah und gezielt einsetzen und insbesondere inhaltlich auf die steigenden Anforderungen der jeweiligen Fachlaufbahn bzw. des jeweiligen fachlichen Schwerpunkts ab der nächsthöheren Qualifikationsebene vorbereiten. Um die hier gewünschte Flexibilität und Effizienz erreichen zu können, ist es denkbar, dass in einzelnen Systemen neben den „Pflicht"-Maßnahmen auch „Wahlpflicht"-Maßnahmen eingerichtet werden.

Damit können die Systeme nach dem Grundsatz „Das richtige Wissen zum richtigen Zeitpunkt" gestaltet werden.

Abs. 2 Satz 4 bestimmt, dass ein angemessener Teil der einzelnen Maßnahmen aus überfachlichen Inhalten bestehen muss. Die Prüfung der Angemessenheit des überfachlichen Teils in den jeweiligen Systemen erfolgt dabei unter Berücksichtigung der jeweiligen Fachlaufbahn bzw. eventuell gebildeter fachlicher Schwerpunkte sowie der Ämter, für die die modulare Qualifizierung absolviert wird.

Unter dem Begriff der Überfachlichkeit verstehen sich über das eigene Fachgebiet hinausreichende Themengebiete. Zwangsläufig werden sich dabei beispielsweise die überfachlichen Inhalte bei einer Qualifizierung für Ämter oberhalb der zweiten Ebene in der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik von den Inhalten bei einer Qualifizierung für Ämter oberhalb der vierten Qualifikationsebene in der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen unterscheiden.

Als fachlaufbahn- und qualifikationsebenenübergreifend werden aber regelmäßig sog. Soft Skill - Module, wie Personal- und Gesprächsführung, Konfliktbewältigung oder Verwaltungsmanagement, und Rechtsgebiete, die für viele Verwaltungszweige grundlegende Kenntnisse vermitteln, wie Haushalts- oder Dienstrecht, angeführt werden können. Eine letztgültig sachgerechte Auswahl der überfachlichen Inhalte kann jedoch nur in den jeweiligen Konzepten der modularen Qualifizierung erfolgen. Die normativen Regelungen erfolgen in Art. 67 Satz 1 Nr. 4. Der Flexibilität in der Verwendungsbreite ist dabei die notwendige Bedeutung beizumessen.

Zur weiteren Sicherung der Qualität und gemäß dem Wettbewerbsgedanken sind die Maßnahmen der modularen Qualifizierung in geeigneter Weise anhand von Prüfungen und anderen Erfolgsnachweisen zu bewerten (Abs. 2 Satz 5). Dabei erscheint es sachgerecht, schriftliche oder mündliche Prüfungen für solche Module vorzusehen, in denen regelmäßig theoretische Kenntnisse vermittelt werden. Mit der Regelung in Abs. 2 Satz 5 Halbsatz 2 wird die Möglichkeit geschaffen, dass vereinzelt Fachbeamte und Fachbeamtinnen (prüfungsfreie) Fortbildungen aus Ausbildungsteilen der höheren Ebene (z. B. Baureferendariat) belegen können, und am Ende aller Module eine Abschlussprüfung ablegen.

Für eine flexiblere und passgenauere Handhabung sieht Abs. 2 Satz 6 vor, dass förderliche – auch in der Vergangenheit liegende – Fortbildungen im angemessenen Umfang auf die erforderlichen Maßnahmen der modularen Qualifizierung teilweise angerechnet werden können.

Gemäß Abs. 3 ist vorgesehen, dass der Landespersonalausschuss die jeweiligen von den Staatsministerien festgelegten Systeme genehmigt. Er stellt sicher, dass den Qualitätsanforderungen in inhaltlicher wie zeitlicher Hinsicht bei allen Systemen gleichmäßig Rechnung getragen wird.

Abs. 4 regelt die Voraussetzungen für die Zulassung zur modularen Qualifizierung.

Die Mindestanforderungen an die erforderliche Dienstzeit in Abs. 4 Nr. 1sollen sicherstellen, dass bis zum Beginn der modularen Qualifizierung ein angemessener Zeitraum vorliegt, der sowohl den Dienstherren für eine sachgerechte Entscheidung, welche Beamten und Beamtinnen für die modulare Qualifizierung am besten geeignet sind, genügend zeitliche Beurteilungsbasis bietet, als auch den Beamten und Beamtinnen die Chance eröffnet, sich in die jeweiligen Aufgaben einarbeiten und bewähren zu können.

Weiterhin wird entsprechend dem Leistungs- und Wettbewerbsgedanken in Abs. 4 Nr. 2 geregelt, dass zu den Maßnahmen nur zugelassen werden kann, wer im Rahmen der letzten periodischen Beurteilung, die nicht länger als vier Jahre zurückliegen darf, eine positive Feststellung gemäß Art. 58 Abs. 5 Buchst. b erhalten hat. Ein bestimmtes Gesamturteil ist damit nicht verbunden. Da die Auswahl jedoch nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung zu treffen ist, können nur besonders befähigte Beamte und Beamtinnen eine Zulassung erhalten.

Mit dem Zugang zur modularen Qualifizierung auf Basis einer entsprechenden Feststellung im Rahmen der periodischen Beurteilung folgt kein Rechtsanspruch auf Beförderungen. Die jeweiligen Maßnahmen der modularen Qualifizierung dürfen nur besucht werden, wenn in den weiteren periodischen Beurteilungen eine positive Feststellung getroffen wird.

Ergänzend zur Zulassungsvoraussetzung in der periodischen Beurteilung nach Abs. 4 Nr. 2 steht es den obersten Dienstbehörden frei, weitergehende Auswahlkriterien, wie Strukturierte Interviews oder Assessment-Center, festzulegen.

Nach Abs. 5 stellt die oberste Dienstbehörde den erfolgreichen Abschluss der modularen Qualifizierung fest. Dabei prüft sie, ob die entsprechend den jeweiligen Konzepten notwendigen Maßnahmen erfolgreich abgeschlossen wurden. Soweit insbesondere einzelne Maßnahmen im Rahmen der modularen Qualifizierung in Ämtern oberhalb der nächsthöheren Qualifizierungsebene absolviert werden, sind Teilfeststellungen über den jeweils erreichten Stand durchzuführen.

Zu Art. 21 Schwerbehinderte Menschen

In Abs. 1 und 2 ergeben sich keine wesentlichen Änderungen zum bisherigen § 13 Abs. 1 und 2 LbV. Soweit textliche Änderungen vorgenommen wurden, entsprechend diese den Regelungen, wie sie in den Fürsorgerichtlinien bereits enthalten sind und angewandt werden.

Abs. 3 wird an die neuen Begrifflichkeiten angepasst. Es ergeben sich dadurch keine inhaltlichen Änderungen.

Zu Art. 22 Arten der Prüfungen, Prüfungsgrundsätze, Prüfungsordnungen, besonderes Auswahlverfahren

Abs. 1 wird ohne inhaltliche Änderung zum bisherigen Art. 41 Abs. 1 BayBG a. F. übernommen und redaktionell an die neue laufbahnrechtliche Systematik angepasst.

Abs. 2 entspricht mit erforderlichen redaktionellen Anpassungen dem bisherigen Art. 29 BayBG a.F.

Die Abs. 3 und 6 entsprechen weitgehend dem bisherigen Art. 41 Abs. 2 BayBG a. F.

Die Abs. 4 und 5 entsprechen dem weitgehend dem bisherigen § 15 LbV.

In Abs. 7 entspricht dem bisherigen Art. 41 Abs. 3 BayBG a. F. Es werden redaktionelle Änderungen vorgenommen. In Satz 1 wird im Gleichlauf mit Abs. 6 das Benehmen des Landespersonalausschusses gefordert. Wie bisher können sich die besonderen Verhältnisse aus den Anforderungen in der Fachlaufbahn, im gebildeten fachlichen Schwerpunkt oder einzelner Qualifikationsebenen ergeben.

Zu Art. 23 Zulassung zu den Prüfungen

Die Regelung wird aus Art. 42 BayBG a. F. unter redaktioneller Anpassung übernommen.

Zu Art. 24 Bekanntmachung von Prüfungen

Art. 24 entspricht Art. 43 BayBG a. F.

Zu Art. 25 Grundsätze

Art. 25 entspricht inhaltsgleich dem bisherigen § 14 LbV.

Zu Art. 26 Einstellung in den Vorbereitungsdienst

Art. 26 entspricht inhaltlich dem bisherigen § 16 LbV.

Anknüpfungspunkt für die Dienstbezeichnung „Referendar/in“ ist künftig nur mehr die Besoldungsgruppe A 13. Eine zusätzliche Aufnahme der Qualifikationsebene ist nicht erforderlich, da die Eingangsämter der dritten Qualifikationsebene grundsätzlich unterhalb der Besoldungsgruppe A 13 liegen. Einzige Ausnahme sind Realschullehrer; hier ist die Dienstbezeichnung während des Vorbereitungsdienstes jedoch bereits „Studienreferendar/in“.

Zu Art. 27 Gestaltung des Vorbereitungsdienstes

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 17 LbV.

In Abs. 1 erfolgen sprachliche Umformulierungen ohne inhaltliche Änderung.

Der bisherige Absatz 6 wird aus systematischen Erwägungen zu Abs. 4 Satz 2. In den Abs. 3, 4 und 5 erfolgen zudem Anpassungen an die neuen Begrifflichkeiten.

Der neue Abs. 6 beruht auf dem Gedanken des bisherigen § 18 LbV. Aus Gründen des Leistungs- und Wettbewerbsgedanken erscheint der bisherige Automatismus zur Übernahme nicht mehr sachgerecht. Mit Blick auf soziale Kriterien soll jedoch auch künftig die Möglich-

keit eingeräumt werden, Übernahmen in die nächstniedrigere Qualifikationsebene zuzulassen, wenn dies für zweckmäßig erachtet wird.

Zu Art. 28 Qualifikationsprüfung, Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe

Art. 28 Abs. 1 regelt die Qualifikationsprüfung.

Unter Berücksichtigung der Veränderungen im Bereich der Studienstrukturen – insbesondere die zunehmende Modularisierung im Rahmen des fortschreitenden Bologna-Prozesses – erfolgen Anpassungen, um weiterhin die vollkommene Vergleichbarkeit mit externen Studiengängen sicherzustellen

Satz 1 eröffnet – weiter als bisher – die Möglichkeit, die Qualifikationsprüfung modular, d. h. ausbildungs- und studienbegleitend aufzubauen und sie nicht mehr zwangsläufig an das Ende des Vorbereitungsdienstes zu stellen. Dies erleichtert auch Umstellungen von Diplomabschlüssen an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Bayern auf das Bachelorsystem. Modularisierung ist dabei die Zusammenfassung von Stoffgebieten zu thematisch und zeitlich abgerundeten, in sich abgeschlossenen und mit Leistungspunkten versehenen abprüfbaren Einheiten. Die Inhalte eines Moduls sind so zu bemessen, dass sie in der Regel innerhalb eines Semesters oder eines Jahres vermittelt werden können; in besonders begründeten Fällen kann sich ein Modul auch über mehrere Semester erstrecken. Module werden grundsätzlich mit Prüfungen abgeschlossen, auf deren Grundlage Leistungspunkte vergeben werden.

Die Bestimmung der einzelnen Module sowie deren Bewertung erfolgt in den einzelnen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen unter Berücksichtigung der Vorgaben der Allgemeinen Prüfungsordnung (APO).

Satz 2 stellt sicher, dass – auch bei einem modularen Aufbau der Qualifikationsprüfung – am Ende des Vorbereitungsdienstes Prüfungsteile abgelegt werden müssen, die die Eignung der Prüflinge für die angestrebte Fachlaufbahn und Qualifikationsebene feststellen können. Im Regelfall wird die Prüfung in schriftlicher Form abzuhalten sein; in einzelnen Vorbereitungsdiensten kann auch eine mündliche oder praktische Prüfung geeignet sein. Der Prüfungsstoff und das Prüfungsverfahren sind in den Einzelprüfungsbestimmungen im Rahmen der APO näher zu regeln.

Bei einem modularen Aufbau der Qualifikationsprüfung sind die Modulprüfungen Teil der Qualifikationsprüfung.

Satz 3 bestimmt entsprechend dem bisherigen § 19 Abs. 1 Satz 4 LbV, dass die Qualifikationsprüfungen für die vierte Qualifikationsebene die Zweiten oder Großen Staatsprüfungen sind.

Abs. 2 entspricht – mit Ausnahme der Anpassung an die neuen Begrifflichkeiten – dem bisherigen § 19 Abs. 2 LbV.

Zu Art. 29 Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf

Art. 29 führt die Regelung des Art. 55 BayBG a.F. fort.

Art. 29 Abs. 1 Satz 1 entspricht mit Ausnahme von Anpassungen an die neuen Begrifflichkeiten sowie von Normverweisungen dem bisherigen § 20 Abs. 1 LbV.

Die Frist ist in den jeweiligen Prüfungsordnungen unter Berücksichtigung der APO festzulegen.

In der Nr. 2 wird entsprechend Art. 28 Abs. 1 die Modulprüfung aufgenommen, die als Teil der Qualifikationsprüfung anzusehen ist.

Satz 3 bestimmt darüber hinaus, dass Beamte und Beamtinnen, die die Ziele des Vorbereitungsdienstes (Art. 8 und 27) nicht erreichen, zu entlassen sind. Damit hat Satz 3 zum einen Bedeutung für Beamte und Beamtinnen in der ersten Qualifikationsebene, da hier keine Qualifikationsprüfung abzulegen ist. Nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes stellt die oberste Dienstbehörde fest, ob der Beamte oder die Beamtin das Ziel der Ausbildung erreicht hat und für welche Fachlaufahn sie oder er die Qualifikation besitzen. Mit der positiven Feststellung wird die Qualifikation für die Fachlaufbahn gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 erworben.

Zum anderen hat Satz 3 in den anderen Qualifikationsebenen Bedeutung für diejenigen Ziele des Vorbereitungsdienstes, die nicht durch Prüfungen gemäß Abs. 1 Satz 1 abgedeckt werden können. Dies ist insbesondere das Erlernen von berufspraktischen Kenntnissen und Fertigkeiten, die für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Die praktischen Fähigkeiten sind neben den fachlichen Kenntnissen und Methoden, die über Prüfungen nachgewiesen werden, ein wichtiges Ziel des Vorbereitungsdienstes. Soweit sie während des Vorbereitungsdienstes nicht oder nicht in ausreichendem Umfang erworben worden sind, führt dies zur Entlassung.

Abs. 2 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 20 Abs. 2 LbV. Der Prüfungsbegriff hat in Art. 22 Abs. 1 eine gesetzliche Definition gefunden.

Zu Art. 30 Zulassung

Art. 30 entspricht dem bisherigen § 31 LbV. Es wurden lediglich Anpassungen an die neuen Begrifflichkeiten vorgenommen.

Zu Art. 31 Begründung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses

Die Vorschrift entspricht inhaltlich dem bisherigen § 32 LbV.

Zu Art. 32 Dienstpflichten

Art. 32 wird vom bisherigen § 33 LbV übernommen. Aufgrund der neuen Systematik zur Regelung der Rechte und Pflichten der Beamten wird nunmehr klarstellend auch ein Verweis auf das Beamtenstatusgesetz aufgenommen.

Zu Art. 33 Beendigung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses

Die Vorschrift entspricht inhaltlich dem bisherigen Art. 35 BayBG a. F. und § 34 LbV.

Zu Art. 34 Einstellung in den Vorbereitungsdienst bei fachlichen Schwerpunkten mit technischer Ausrichtung

Abs. 1 enthält die Regelung des bisherigen § 35 Abs. 2 LbV.

Abs. 2 legt für die Einstellung in die zweite Qualifikationsebene von Art. 7 Abs. 1 Nr. 2 abweichende Voraussetzungen fest. Soweit diese vorliegen, kann auf den Nachweis eines mittleren Schulabschlusses oder qualifizierenden Hauptschulabschlusses verzichtet werden. Die hier genannten Einstellungsvoraussetzungen entsprechen dem bisherigen § 38 Abs. 2 LbV.

Abs. 3 Satz 1 bestimmt, dass bei einem Einstieg in der dritten Qualifikationsebene in fachlichen Schwerpunkten mit technischer Ausrichtung, bei denen der Vorbereitungsdienst auf fachbezogene Schwerpunktbereiche beschränkt ist, abweichend vom grundsätzlichen Erfordernis einer Fachhochschulreife oder gleichwertigen Hochschulreife, ein geeigneter Diplomabschluss an einer Fachhochschule oder ein Bachelorabschluss oder ein vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gleichwertiger Abschluss nachzuweisen ist. Die Vorschrift entspricht insoweit dem bisherigen § 42 Abs. 2 Satz 1 LbV.

Abs. 3 Satz 2 entspricht inhaltsgleich § 42 Abs. 3 LbV.

Zu Art. 35 Vorbereitungsdienst

Abs. 1 enthält über die Bestimmung des Art. 8 Abs. 2 Nr. 1 hinaus nähere Regelungen zum Vorbereitungsdienst für die erste Qualifikationsebene:

Abs. 1 Satz 1 legt wie bisher fest, dass der Vorbereitungsdienst mindestens sechs Monate betragen und eine theoretische und praktische Ausbildung umfassen muss. Satz 2 regelt die Anrechnung von Dienstzeiten im öffentlichen Dienst auf den Vorbereitungsdienst gemäß § 36 Abs. 2 LbV.

Abs. 2 regelt Abweichungen beim Vorbereitungsdienst für die zweite Qualifikationsebene gegenüber der generellen Normierung in Art. 8 Abs. 2 Nr. 2 .

Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 entspricht dabei dem bisherigen § 39 Abs. 1 Satz 2 LbV, Halbsatz 2 dem bisherigen § 39 Abs. 3 Satz 2 LbV.

Abs. 2 Satz 2 entspricht mit redaktionellen Anpassungen der bisherigen Rechtslage.

Abs. 3 Satz 1 legt fest, dass der Vorbereitungsdienst für die dritte Qualifikationsebene in fachlichen Schwerpunkten mit nichttechnischer Ausrichtung auch künftig in einem Studiengang an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Bayern erfolgt.

Abs. 3 Satz 2 ermöglicht wie bisher die Herabsetzung des Vorbereitungsdienstes für die dritte Qualifikationsebene auf höchstens ein Jahr, soweit für die Einstellung ein Diplom-, Bachelor- oder gleichwertiger Abschluss gemäß Art. 34 Abs. 3 gefordert wird. Die explizite Nennung des Zustimmungserfordernisses des Landespersonalausschusses kann hier entfallen, da ein Zustimmungserfordernis bereits nach Art. 67 normiert ist.

Abs. 4 enthält nähere Bestimmungen zum Vorbereitungsdienst für die vierte Qualifikationsebene, insbesondere Regelungen zur Anrechnungen von förderlichen Zeiten. Er entspricht inhaltsgleich dem bisherigen § 48 Abs. 2 und 3 LbV.

Zu Art. 36 Probezeit

Die Probezeit ist in Art. 12 für alle Qualifikationsebenen einheitlich auf zwei Jahre festgelegt. Art. 36 enthält nunmehr weitergehende ausfüllende Bestimmungen.

So bestimmt Abs. 1 Satz 1, dass die Probezeit bei erheblich über dem Durchschnitt liegenden fachtheoretischen wie auch praktischen Leistungen – unabhängig von der Qualifikationsebene – um höchstens ein Jahr gekürzt werden kann. Die Prüfung der Voraussetzungen für eine Probzeitverkürzung hat unter dem strengen Maßstab des Art. 12 Abs. 1 zu erfolgen. Abs. 1 Satz 2 bietet für eine einheitlichere Handhabung Anhaltspunkte, wann grundsätzlich von erheblich über dem Durchschnitt liegenden fachtheoretischen Leistungen ausgegangen werden kann. Davon unberührt bleibt, dass – wie bereits Satz 1 vorgibt – während der Probezeit auch die praktischen Leistungen erheblich über dem Durchschnitt liegen müssen.

Das Zustimmungserfordernis des Landespersonalausschusses wird gestrichen. Zum Einen sind die obersten Dienstbehörden als sachnahe Entscheidungsträger am Besten dafür geeignet, zum Anderen beugen enge materielle Kriterien Missbrauchsfällen vor.

In Abs. 2 Satz 1 werden Regelungen getroffen, in welchem Umfang die obersten Dienstbehörden Zeiten im öffentlichen Dienst auf die Probezeit anrechnen können. Angerechnet werden können Zeiten im Umfang von höchstens einem Jahr. Der nunmehr über die vier Qualifikationsebenen hinweg einheitliche Anrechnungsumfang ist durch die einheitliche Dauer der Probezeit in der Leistungslaufbahn gerechtfertigt.

Abs. 2 Satz 2 entspricht dem bisherigen § 49 Abs. 3 Satz 2 LbV.

Abs. 2 Satz 3 regelt, dass auch unterhälftige Tätigkeiten im öffentlichen Dienst bei einer Anrechnung auf die Probezeit voll zu berücksichtigen sind. Die Bestimmung wird unverändert übernommen.

Abs. 3 sieht wie bisher eine Anrechnungsmöglichkeit von Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes auf die Probezeit vor. Es können künftig Zeiten im Umfang von bis zu einem Jahr angerechnet werden. Die Regelung entspricht der bisherigen Anrechnungsmöglichkeit in den Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes. In den Laufbahnen des einfachen und mittleren Dienstes bestand diese Möglichkeit bisher nicht. Der nunmehr einheitliche Anrechnungsumfang ist durch die einheitliche Dauer der Probezeit gerechtfertigt.

Das Zustimmungserfordernis des Landespersonalausschusses wird in den Fällen der Anrechnung von Zeiten innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes nicht mehr für notwendig erachtet. Die Vorgabe, dass die Tätigkeiten nach Art und Bedeutung mindestens der der Qualifikationsebene in der jeweiligen Fachlaufbahn entsprechenden Tätigkeit genügen müssen, ist ausreichend.

Abs. 4 bestimmt wie bisher – auch in Übereinstimmung mit § 10 Satz 1 BeamtStG –, dass außer im Fall des Abs. 2 Satz 2 mindestens eine Probezeit von sechs Monaten abzuleisten ist.

Zu Art. 37 Ausbildungsqualifizierung

Art. 37 führt den bisherigen sogenannten „Regelaufstieg“ systemgerecht fort.

Die Vorschrift regelt die Qualifizierungsmöglichkeiten für einen Einstieg in der zweiten und dritten Qualifikationsebene desselben oder eines verwandten fachlichen Schwerpunkts im Rahmen einer Ausbildung. Zu verwandten fachlichen Schwerpunkten gehören z. B. der bisherige mittlere Justizdienst und der Rechtspflegerdienst, der nach dem Rechtspflegergesetz eine besondere Rechtspflegerprüfung erfordert. Hier bleibt wie bisher die Möglichkeit der Ausbildungsqualifizierung eröffnet.

Aufstieg und Einführung werden an die neue laufbahnrechtliche Systematik und Terminologie angepasst. Künftig wird von Ausbildungsqualifizierung gesprochen.

Die Ausbildungsqualifizierung enthält im Wesentlichen die bisherigen Regelungen in § 41 und § 45 LbV, dem sog. „Regelaufstieg“, der beibehalten werden soll. Die erforderliche Dienstzeit wird von drei bzw. vier Jahren auf zwei bzw. drei Jahre gekürzt. Dies soll zum Einen die Attraktivität der Ausbildungsqualifizierung steigern und zum Anderen den familienpolitischen Zielen der Staatsregierung Rechnung tragen.

Die Regelung in Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Halbsatz 2 stellt sicher, dass nach dem Einstieg in der ersten Qualifikationsebene eine Ausbildungsqualifizierung für die dritte Qualifikationsebene erst nach einer hinreichenden Bewährung in den Ämtern ab der zweiten Qualifikationsebene erfolgen kann.

Die Ausbildungsqualifizierung entspricht wie bisher der Ausbildung für die neue Qualifikationsebene und erfolgt nach wie vor grundsätzlich gemeinsam mit den Anwärtern gemäß Art. 26 Abs. 2.

Neu eingefügt wird Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1. Er spiegelt die Bedeutung der Leistung im Neuen Dienstrecht konsequent wieder. Demnach kann bei besonders leistungsstarken Beamtinnen und Beamten, die für die Zulassung zur Ausbildungsqualifizierung erforderliche Dienstzeit um bis zu ein Jahr gekürzt werden. Als Anknüpfungspunkt für die Verkürzung werden erheblich überdurchschnittliche Leistungen u. a. gemäß Art. 36 Abs. 1 gesehen.

Eine weitere Änderung enthält Abs. 5. Bislang war geregelt, dass „nach erfolgreicher Einführung (…) die Laufbahnprüfung“ abzulegen ist. Da nunmehr gemäß Art. 28 Abs. 1 die Qualifikationsprüfung modular aufgebaut sein kann und nicht mehr zwangsläufig am Ende des Vorbereitungsdienstes stehen muss, ist auch hier eine Änderung notwendig geworden. Künftig ist die Qualifikationsprüfung im Rahmen der Ausbildung für einen Einstieg in die nächst höhere Qualifikationsebene gemäß Art. 28 Abs. 1 abzulegen.

Im Übrigen wird Abs. 5 an die neuen Begrifflichkeiten angepasst. Unter dem Begriff des Amtes ist hier das Amt im statusrechtlichen Sinn zu verstehen.

Im Sinne einer Deregulierung und Übertragung von Verantwortlichkeiten auf sachnahe Entscheidungsträger bedarf es künftig bei fachlichen Schwerpunkten, in denen für die nächsthöhere Qualifikationsebene keine Qualifikationsprüfung vorgesehen ist, zur Festlegung gleichwertiger Qualifizierungsmaßnahmen sowie zur Verleihung eines Amtes der nächsthöheren Qualifikationsebene nicht der Zustimmung des Landespersonalausschusses. Unberührt davon bleibt die Delegationsmöglichkeit auf den Landespersonalausschuss gem. Abs. 6 Satz 3.

Regelungen zum bisherigen Aufstieg für besondere Dienstleistungsbereiche gehen künftig in der modularen Qualifizierung (Art. 20) auf.

Vor Art. 38 bis 40

Die Verwaltung muss sich einem ständigen Wandel der Aufgabenfelder sowie dem allgemeinen technischen Fortschritt stellen, der sie zu einer konsequenten Anpassung der Personalstruktur an die jeweiligen Anforderungen zwingt.

Zur Erfüllung des breitgefächerten Aufgabenspektrums werden neben den regelmäßig ausgebildeten Beamten und Beamtinnen in den einzelnen Verwaltungen auch Fachkräfte mit einer Ausbildung in besonderen Studiengängen benötigt. Im Hinblick auf den zum Teil geringen

Bedarf wäre jedoch die Einrichtung von Vorbereitungsdiensten und Qualifikationsprüfungen in diesen Fällen unwirtschaftlich und unzweckmäßig. Zudem sollen in diesen Bereichen die in der Privatwirtschaft gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen für die öffentliche Verwaltung nutzbar gemacht werden.

Die folgenden Vorschriften schaffen daher – in systematischer Fortführung der bisherigen Regelungen über die Laufbahnen besonderer Fachrichtungen – die entsprechenden allgemeinen laufbahnrechtlichen Voraussetzungen, die Qualifikation für eine Fachlaufbahn neben den Regelungen in Art. 34 ff. zu erwerben.

Zu Art. 38 Gestaltungsgrundsätze

Für die Einrichtung ist ein dienstliches Bedürfnis erforderlich. Ein dienstliches Bedürfnis ist grundsätzlich dann anzunehmen, wenn Beamte mit sonstigem Qualifikationserwerb aufgrund ihrer Vor- und Ausbildung und ggf. bisherigen beruflichen Tätigkeiten bestimmte Aufgabenbereiche besser erfüllen können als Beamte in fachlichen Schwerpunkten mit Vorbereitungsdienst.

Abs. 1 Satz 2 legt wie bisher § 52 Abs. 1 Satz 3 LbV fest, dass eine Gleichwertigkeit der Qualifikationsvoraussetzungen mit den für die betreffende Qualifikationsebene allgemein vorgeschriebenen Voraussetzungen vorliegen muss.

Gemäß Abs. 2 besteht die Möglichkeit, die Einstellungsvoraussetzungen in einer Verordnung nach Art. 67 zu regeln. Die Regelung entspricht damit im Grundsatz dem bisherigen § 52 Abs. 2 Nr. 2 LbV.

Es wird jedoch künftig ausführlicher geregelt, dass es einer Verordnung grundsätzlich nur dann bedarf, wenn weitere – über die in Art. 39 hinausgehende – Studiengänge oder Bildungsabschlüsse oder zusätzliche Bestimmungen über praktische Tätigkeiten oder sonstige Voraussetzungen verlangt werden.

Die bisherige Regelung in § 52 Abs. 2 Nr. 3 LbV entfällt. Es handelt sich dabei um die Möglichkeit des Landespersonalausschusses, die Befähigung für eine Laufbahn besonderer Fachrichtung durch eine Ergänzung der in der Anlage 2 und 3 der LbV aufgeführten Ausbildungen und Berufe sowie deren Abschlussbezeichnung im Einzelfall festzustellen. Dies war bisweilen notwendig, da in den bisherigen Anlagen explizit aufgeführt wurde, in welchem Geschäftsbereich eine Fachrichtungslaufbahn eingerichtet war und welche konkreten Studienabschlüsse hierfür gefordert wurden.

Künftig werden die Anlagen zusammengefasst und offener, d.h. nicht an bestimmte Geschäftsbereiche und Studienabschlüsse anknüpfend, ausgestaltet (s. hierzu Begründung zu Art. 39). Die Regelung in § 52 Abs. 2 Nr. 3 LbV wird damit in Zukunft obsolet.

Zu Art. 39 Qualifikationsvoraussetzungen

Art. 39 regelt die erforderlichen Studienabschlüsse sowie die Art und Dauer der praktischen Tätigkeit, im Wesentlichen entsprechend dem bisherigen § 53 LbV.

Abs. 1 Nr. 1 bestimmt als Bildungsvoraussetzung für einen Einstieg in der dritten Qualifikationsebene einen Diplomabschluss an einer Fachhochschule sowie – mit Blick auf den Bologna-Prozess – einen Bachelorabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss in einem dem in der Anlage 1 festgelegten fachlichen Schwerpunkt entsprechenden Studiengang.

Im Sinne einer sachgerechten Flexibilisierung und auch im Hinblick auf die Vielzahl der aufgrund des Bologna-Prozesses eingerichteten Studiengänge, werden künftig in der Anlage 1 nur mehr die in der jeweiligen Fachlaufbahn eingerichteten fachlichen Schwerpunkte festgelegt. Die fachlichen Schwerpunkte entsprechen Studienrichtungen der Hochschulstatistik. Die Zuordnung einzelner Studiengänge zu fachlichen Schwerpunkten erfolgt demnach künftig auf Grundlage der Hochschulstatistik. So sind beispielsweise die Studienabschlüsse „Diplom-Mathematik Univ.“, „Master of Science, Studiengang Mathematik“ dem fachlichen Schwerpunkt „Naturwissenschaft, Mathematik“ zugeordnet, die Studiengänge „Diplom-Ökonomie Univ.“ sowie „Betriebswirtschaftslehre (Master)“ dem fachlichen Schwerpunkt „Wirtschaftswissenschaften“.

Die Einschränkung, dass Studienabschlüsse ausschließlich in bestimmten Geschäftsbereichen eingerichtet werden können, wird damit aufgehoben. Die Regelung wird folglich flexibler und allgemeingültiger.

Abs. 2 Nr. 1 legt die Bildungsvoraussetzungen für einen Einstieg in der vierten Qualifikationsebene fest. Hier wird regelmäßig ein Masterabschluss an einer Hochschule in einem dem in der Anlage 1 festgelegten fachlichen Schwerpunkt entsprechenden Studiengang zu fordern sein. Ein gleichwertiger Abschluss ist u. a. das Diplom Univ.

Die Bestimmungen zur hauptberuflichen Tätigkeit wurden inhaltlich unverändert vom bisherigen § 53 LbV übernommen.

Zu Art. 40 Feststellung des Qualifikationserwerbs

Art. 40 entspricht mit Ausnahme von Anpassungen an die neue laufbahnrechtliche Systematik im Wesentlichen dem bisherigen § 54 LbV.

Zu Art. 41 Qualifikation auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG

Art. 41 entspricht weitgehend dem bisherigen Art. 30 BayBG a. F. Abs. 1 Satz 2 des Art. 30 BayBG a. F. konnte entfallen. Einer Ermächtigungsgrundlage bedarf es durch die Aufnahme der Regelungen in das LlbG nicht mehr.

Zu Art. 42 Anwendungsbereich

Art. 42 entspricht inhaltlich vollumfänglich dem bisherigen § 21 LbV.

Zu Art. 43 Anerkennungsvoraussetzungen

Die Vorschrift entspricht weitgehend § 22 LbV. Es erfolgen Anpassungen an die neuen Begrifflichkeiten (Fachlaufbahn, Qualifikationsebenen) ohne inhaltliche Änderung. Aus Gründen der besseren Verständlichkeit wurde zudem in Art. 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 die Formulierung „höchstens vier Jahre“ gestrichen. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden.

Zu Art. 44 Antrag

Art. 44 wurde weitgehend inhaltlich unverändert von § 23 LbV übernommen. Es erfolgte lediglich eine redaktionelle Anpassung an die neue Begrifflichkeit. Ferner wurde die Zuständigkeit des LPA im Zuge der Deregulierung in den Fällen der (bisher) nicht geregelten Lauf-

bahnen (Art. 6 Abs. 2) gestrichen. Es kann jedoch die Zuständigkeit auch in diesen Fällen auf den LPA delegiert werden.

Auf die bestehende spezielle und somit vorrangige Regelung des Art. 7 Abs. 4 Bayerisches Lehrerbildungsgesetz sowie die dazu ergangene Verordnung zum Vollzug des Art. 7 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (EG-Richtlinienverordnung für Lehrer – EGRiLV-Lehrer) wird verwiesen.

Zu Art. 45 Bewertung der Qualifikationsnachweise

Auch hier erfolgt eine konsequente Anpassung an die neuen Begrifflichkeiten. So stellt gemäß Abs. 1 Satz 1 die zuständige Behörde künftig fest, ob der Qualifikationsnachweis des Antragstellers oder der Antragstellerin einer der sechs Fachlaufbahnen (Art. 5 Abs. 2) bzw., soweit fachliche Schwerpunkte eingerichtet sind, diesen zuordenbar ist.

Weitere Anpassungen ohne inhaltliche Änderungen erfolgen in Abs. 3.

Zu Art. 46 Entscheidung

Die Vorschrift entspricht inhaltsgleich dem bisherigen § 25 LbV.

Zu Art. 47 Notwendigkeit von Ausgleichsmaßnahmen

Art. 47 entspricht inhaltlich dem bisherigen § 26 LbV. In Abs. 2 wurden Anpassungen an die neuen Begrifflichkeiten vorgenommen.

Zu Art. 48 Eignungsprüfung

In Abs. 1, 2, 3 und 5 erfolgen Anpassungen an die neuen Begrifflichkeiten. Im Zuge der Deregulierung wurde die Zuständigkeit des LPA in den Fällen der (bisher) nicht geregelten Laufbahnen gestrichen. Es besteht jedoch die Möglichkeit der Delegation auf den LPA.

Zu Art. 49 Anpassungslehrgang

In Abs. 1 und 3 erfolgen Anpassungen an die neuen Begrifflichkeiten ohne inhaltliche Änderung. Im Zuge der Deregulierung wurde auch hier die Zuständigkeit des LPA in den Fällen der (bisher) nicht geregelten Laufbahnen gestrichen. Zudem dient dies dem Gleichklang mit Art. 48, da es sich bei der Eignungsprüfung und dem Anpassungslehrgang um alternativ zur Verfügung stehende Ausgleichsmaßnahmen handelt. Auch hier besteht die Möglichkeit der Delegation auf den LPA.

Zu Art. 50 Abschluss des Anerkennungsverfahrens

Auch in den Fällen der Anerkennung eines Qualifikationsnachweises gemäß Art. 42 ff. wird die Qualifikation für eine Fachlaufbahn erworben (vgl. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3).

Zu Art. 51 Berufsbezeichnung

Art. 51 entspricht vollumfänglich dem bisherigen § 30 LbV.

Vor Art. 52 bis 53

Am Rechtsinstitut des „anderen Bewerbers“ wird auch künftig festgehalten (Art. 4 Abs. 2).

Der andere Bewerber stellt zwar die Ausnahme vom Prinzip des Qualifikationserwerbs gemäß Art. 6 Abs. 1 dar, schafft jedoch in Einzelfällen die Möglichkeit der Gleichstellung einer in der Wertigkeit adäquaten Berufserfahrung.

Zu Art. 52 Qualifikationsvoraussetzungen

Art. 52 Abs. 1 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 55 Abs. 1 LbV. Andere Bewerber erwerben künftig, soweit die Voraussetzungen vorliegen, die Qualifikation für eine Fachlaufbahn. Die Voraussetzungen des Art. 6 Abs. 1 dürfen von ihnen nicht gefordert werden, beim anderen Bewerber steht die Lebens- und Berufserfahrung im Vordergrund.

Auf den Nachweis, dass keine geeigneten Regelbewerber zur Verfügung stehen, wird künftig verzichtet. Dies entspricht dem Leistungs- und Wettbewerbsgedanken, da – besser als bisher – sichergestellt wird, dass diejenigen Berücksichtigung finden, die am besten für die zu übertragenden Aufgaben geeignet sind.

Abs. 2 Sätze 1 und 3 sehen vor, dass künftig die oberste Dienstbehörde auf Grund ihrer Sachnähe feststellt, welcher Fachlaufbahn, welchem gebildeten fachlichen Schwerpunkt und welcher Qualifikationsebene der Bewerber oder die Bewerberin zugehörig ist. Sie kann die Feststellung auf den Landespersonalausschuss übertragen.

Abs. 2 Satz 2 regelt wie bisher § 55 Abs. 4 Satz 1 LbV, dass an andere Bewerber keine geringeren Anforderungen gestellt werden dürfen als an Regelbewerber; demnach ist ein berufliche Tätigkeit zu fordern, die nach Fachrichtung, Tiefe und Verwendungsbreite den Aufgaben in der künftigen Fachlaufbahn und Qualifikationsebene vergleichbar ist.

Zu Art. 53 Probezeit

Art. 53 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Art. 40 Abs. 2 Satz 1 BayBG a. F. Der bisherige Art. 40 Abs. 2 Satz 2 BayBG a. F. entfällt. Demgegenüber kann nach dem neuen Art. 53 künftig auch bei anderen Bewerbern und Bewerberinnen die Probezeit bei erheblich über dem Durchschnitt liegenden Leistungen abgekürzt werden. Dies dient einem besseren Gleichlauf der anderen Bewerber und Bewerberinnen mit den Regelbewerbern und Regelbewerberinnen sowie der Verwaltungsvereinfachung.

Entsprechende hauptberufliche Zeiten im öffentlichen Dienst können im Umfang von höchstens einem Jahr auf die Probezeit angerechnet werden, so dass mindestens eine Probezeit von einem Jahr abzuleisten ist. Bislang waren es sechs Monate, in den Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes mindestens 1 Jahr und sechs Monate.

Ein Zustimmungserfordernis des Landespersonalausschusses wird auf Grund materiell rechtlicher Vorgaben nicht mehr für notwendig erachtet.

Zu Art. 54 Arten der dienstlichen Beurteilung

Die Vorschrift entspricht weitgehend dem bisherigen § 57 LbV. Der bisherige § 57 Abs. 1 Satz 2 LbV ist unter Wegfall der Zuständigkeit des Landespersonalausschusses in Art. 54 Abs. 1 Satz 2 fortgeführt, um insbesondere die Möglichkeit zu eröffnen, Anlassbeurteilungen

vorzusehen. Die Umstellung der Begrifflichkeiten in Art. 54 Abs. 1 Satz 1 soll der Reihenfolge der nachfolgenden Normen besser Rechnung tragen.

Zu Art. 55 Einschätzung während der Probezeit sowie Probezeitbeurteilung

Die Ausgestaltung der Probezeitbeurteilung wurde geändert. Im Hinblick auf den Leistungsgrundsatz und den Sinn und Zweck einer Probezeit, soll an die Probezeit ein strenger Maßstab gestellt werden. Bisher war nur vorgesehen, dass die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung mindestens bis zum Ablauf der Probezeit zu beurteilen ist. Zukünftig soll bereits nach der Hälfte der regelmäßigen Probezeit eine Einschätzung der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung vorgenommen werden.

Aufgabe der Einschätzung ist es, dem Beamten oder der Beamtin deutlich zu machen, ob die bisher gezeigten Leistungen voraussichtlich genügen werden, um die Probezeit zu bestehen. Ist dies nicht der Fall, sollen die Ursachen und die Möglichkeiten der Verbesserung dargestellt werden. Damit wird zu einem frühen Zeitpunkt ein sachgerechtes Feedback gegeben. Gegenstand der Einschätzung ist, wie bei der Probezeitbeurteilung, die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung.

Sofern die Probezeit durch Kürzung und/oder Anrechnung zwölf Monate oder weniger beträgt, wird die Einschätzung durch die Probezeitbeurteilung ersetzt.

Die Einschätzung hat rechtlich eine selbständige Bedeutung und kann Gegenstand von Rechtsbehelfen sein. Die Einschätzung ist dem bzw. der Beschäftigten zu eröffnen und anschließend zur Personalakte zu nehmen. Zuständig für die Einschätzung ist derjenige bzw. diejenige Dienstvorgesetzte, der bzw. die auch für die Probezeitbeurteilung zuständig ist (vgl. Art. 60).

Die Leistungsorientierung des Beamtenrechts bedarf einer konzentrierteren Betreuung der Probezeitbeamten und Probezeitbeamtinnen. Zudem bietet die Leistungslaufbahn perspektivisch mehr Chancen, so dass es auch aus diesem Grunde während der Probezeit bereits einer umfassenderen und sorgfältigeren Erarbeitung der Prognosebasis bedarf. Deshalb wurde die Einschätzung stark, insbesondere hinsichtlich des Verfahrens an die Probezeitbeurteilung angenähert.

Abs. 2 regelt die Probezeitbeurteilung am Ende der Probezeit. Der Systematik des neuen Laufbahnrechts entsprechend erfolgt in dieser zugleich eine Aussage darüber, ob die Eignung ämterübergreifend für alle Aufgaben der Fachlaufbahn bzw., soweit gebildet, des fachlichen Schwerpunktes gegeben ist.

Der bisherige § 61 Abs. 5 LbV wurde in Abs. 2 Satz 2 integriert.

Abs. 3 ermächtigt entsprechend der Regelung des Art. 58 Abs. 6 Satz 1 bei der periodischen Beurteilung und der Zwischenbeurteilung auch im Bereich der Einschätzung und Probezeitbeurteilung zu Regelungen zur näheren Ausgestaltung.

Zu Art. 56 Periodische Beurteilung

Art. 56 entspricht weitestgehend § 59 LbV.

Ein regelmäßiger Turnus der dienstlichen Beurteilungen ist für ein regelmäßiges Feedback unerlässlich. Um einen zu großen Verwaltungsaufwand zu verhindern, wurde der Maximalzeitraum nicht verkürzt.

Zu Abs. 3:

Eine regelmäßige Beurteilung der Beamten und Beamtinnen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, ist Ausdruck des Leistungsgedankens und trägt der Anhebung der Pensionsaltersgrenzen konsequent Rechnung. Zudem werden die in der periodischen Beurteilung enthaltenen Bewertungen zum Leistungsteil für die Vergabe des Leistungselements der Leistungsstufe (gem. Art. 66 Abs. 2 BayBesG) benötigt. Aus diesem Grunde ist die bisherige Regelung des § 59 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 sowie Satz 3 LbV entfallen. Die Ressorts haben die Möglichkeit, alternative Regelungsmodelle zu entwickeln (z.B. keine Einbeziehung in die periodische Beurteilung, wenn ein Verzicht erklärt worden ist, oder aber Einbeziehung nur auf Antrag. Dabei sind die Beamten und Beamtinnen auf die Konsequenzen für Beförderungsentscheidungen und des Leistungselements der Leistungsstufe allgemein hinzuweisen.)

Das Erfordernis der Zustimmung des Landespersonalausschusses in den Fällen des Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 wurde für den staatlichen Bereich gestrichen. Dies dient der Deregulierung. Für den nichtstaatlichen Bereich wird das Zustimmungserfordernis fortgeführt, um hier bei der Vielzahl der Dienstherren einen vergleichbaren Rechtsstand zu gewährleisten.

Zu Art. 57 Zwischenbeurteilung

Art. 57 entspricht dem bisherigen § 60 LbV.

Zu Art. 58 Inhalt der periodischen Beurteilung und Zwischenbeurteilung

Während Art. 55 die Einschätzung und die Probezeitbeurteilung als Formen der dienstlichen Beurteilung näher regelt (vgl. Art. 54 Abs. 1), wurde der Anwendungsbereich des Art. 58 auf die periodische Beurteilung und die Zwischenbeurteilung beschränkt. Dies dient insgesamt einer transparenteren Regelung.

Die Abs. 1 und 2 Satz 1 sind - mit Ausnahme der Konkretisierung des Anwendungsbereichs - inhaltsgleich mit § 61 LbV. Abs. 2 Satz 1 wurde lediglich terminologisch den Begrifflichkeiten des neuen Laufbahnrechts angepasst.

Abs. 2 Satz 2 wurde neu eingefügt. Es wird damit die Möglichkeit geschaffen, in den Bereichen, in denen aufgrund unterschiedlicher Dienstaufgaben innerhalb derselben Besoldungsgruppe erhebliche unterschiedliche Anforderungen bestehen, einen die vorhandenen Differenzierungen sachgerecht berücksichtigenden Beurteilungsmaßstab zu bestimmen. Dies erhöht die Aussagekraft der Beurteilung.

Abs. 3 wurde geändert. Im Gegensatz zur LbV werden nunmehr die Beurteilungskriterien in das LlbG aufgenommen. Die Anzahl der Beurteilungskriterien wurde dabei mit dem Ziel der Vereinfachung und Deregulierung stark reduziert. Für den Leistungsteil wurden 5 (Nr. 1), für den Eignungsteil 5 (Nr. 2) und für den Befähigungsteil wurden 4 (Nr. 3) Kriterien festgelegt. Insgesamt werden damit 14 Kriterien bestimmt. Bisher waren in den Beurteilungsrichtlinien bis zu 29 festgehalten. Dies wird zu einer deutlichen und spürbaren Vereinfachung des Beurteilungsverfahrens führen und den Vollzug praktikabler ausgestalten.

Zugleich sind weiterhin alle wesentlichen Kriterien enthalten.

§ 61 Abs. 4 Sätze 1, 3 und 4 LbV wurde in Art. 58 Abs. 4 weitgehend unverändert übernommen.

§ 61 Abs. 4 Satz 2 LbV wurde gestrichen, da die Leistungslaufbahn eine Entscheidung über die Aufstiegseignung obsolet hat werden lassen.

Abs. 5 wurde neu eingefügt und behandelt nunmehr die Feststellung der Eignung für Qualifizierungsmaßnahmen. Er regelt, in welcher Form festgestellt wird, wenn ein Beamter oder eine Beamtin für die Ausbildungsqualifizierung oder für Maßnahmen der modularen Qualifizierung in Betracht kommt. Dabei sind strenge Maßstäbe anzulegen, um die Qualität der bayerischen Beamtenschaft weiterhin zu sichern. Im Einzelnen wird auf die Begründung zu Art. 20 verwiesen. In der periodischen Beurteilung ist nur eine positive Feststellung aufzunehmen.

Satz 1 des bisherigen § 61 Abs. 6 LbV wurde unverändert in Abs. 6 Satz 1 übernommen.

Um den Besonderheiten der Ressorts und der verschiedenen Tätigkeitsbereiche von Beamten und Beamtinnen innerhalb der Ressorts Rechnung tragen zu können, wurde in Satz 2 eine Öffnungsklausel für die Ressorts eingefügt. Die Staatsministerien können daher durch Verwaltungsvorschrift weitere oder andere Beurteilungskriterien – bei Bewährung im jeweiligen Bereich auch die bisherigen – festlegen. Die gleiche Möglichkeit wird den Gemeinden, Gemeindeverbänden und den sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts eingeräumt. Die Aufnahme von Beurteilungskriterien in Art. 58 Abs. 3 soll die nicht staatlichen Behörden nicht stärker binden als die bisher in den Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht insoweit ausgesprochene Anwendungsempfehlung.

Satz 2 des bisherigen § 61 Abs. 6 LbV wird in Art. 58 Abs. 6 Satz 2 mit aufgenommen. In den ergänzenden Bestimmungen der einzelnen Ressorts (Art. 15 Halbsatz 2 BayBG) kann somit weiterhin festgelegt werden, dass eine vereinfachte Dokumentation der Beurteilung, wie bisher, zugelassen wird.

Zu Art. 59 Bewertung und Gesamturteil

Abs. 1 Satz 1 entspricht der bisherigen Regelung in § 62 Abs. 1 Satz 1 LbV.

Bewusst wurde kein Gesamturteil für den Leistungsteil der dienstlichen Beurteilung festgelegt. So können die Binnendifferenzierungen innerhalb der dienstlichen Beurteilung in die Ermessensentscheidungen über die Leistungselemente mit einfließen. Dies sichert die individuelle Gerechtigkeit bei der Vergabe.

Abs. 1 Satz 2 enthält eine Öffnungsklausel für die Ressorts, eine andere Bewertung– bei Bewährung in dem jeweiligen Bereich auch die bisherige – festzulegen. Damit kann den Besonderheiten der einzelnen Bereichen Rechnung getragen werden. Die Vorgabe einer Untergrenze von sieben Punkten bei Wahl einer Punkteskala als Höchstpunktzahl soll gewährleisten, dass ein Mindestmaß an Differenzierungsmöglichkeiten besteht. Die Obergrenze von maximal 16 Punkten andererseits soll eine nicht sachgerechte Ausweitung von Differenzierungsmöglichkeiten ausschließen.

Der bisherige § 62 Abs. 1 Satz 4 LbV wurde gekürzt und verändert. Da sich die Beurteilungskriterien nunmehr nur noch aus je einem Element zusammensetzen, konnte der bisherige Halbsatz über Einzelmerkmale, die sich aus mehreren Komponenten zusammensetzen, gestrichen werden.

Die bisherige Regelung des § 62 Abs. 1 Satz 5 LbV wurde deutlicher formuliert und in Art. 59 Abs. 1 Satz 6 übernommen. Da bereits Art. 58 Abs. 4 das Erfordernis einer abschließenden Äußerung über die Verwendungseignung nach dem Gesamturteil enthält, wurde diese Aussa-

ge nicht mehr in Art. 59 Abs. 1 Satz 6 übernommen. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden.

Ebenfalls wurde in Art. 59 Abs. 1 Satz 6 nur klarstellend formuliert, dass ergänzende Bemerkungen zu den Einzelmerkmalen über die Fälle des Art. 59 Abs. 1 Sätze 4 und 5 hinaus fakultativ sind.

§ 62 Abs. 2 LbV wurde unverändert in Abs. 2 übernommen.

Zu Art. 60 Zuständigkeit

Die Vorschrift entspricht weitgehend dem bisherigen § 63 LbV.

Der bisherige § 63 Abs. 2 LbV wurde dahingehend geändert, dass die obersten Dienstbehörden nunmehr umfassend bestimmen können, in welchen Fällen eine Überprüfung der Beurteilungen stattfinden soll. Damit wird den ggf. unterschiedlichen Erfordernissen in den einzelnen Bereichen in verwaltungspraktikabler Form Rechnung getragen.

§ 63 Abs. 2 Satz 2 LbV ist unverändert in Art. 60 Abs. 2 Satz 2 übernommen.

Zu Art. 61 Eröffnung der dienstlichen Beurteilung

Art. 61 wurde weitgehend unverändert von § 64 LbV übernommen. Da die Einschätzung nach Art. 54 Abs. 1 auch eine dienstliche Beurteilung ist, ist auch diese nach Art. 61 zu eröffnen.

In Abs. 1 Satz 1 wurde die Formulierung „vor der Überprüfung“ gestrichen. Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Änderung in Art. 60 Abs. 2. Die obersten Dienstbehörden müssen den Zeitpunkt der Eröffnung entsprechend dem im jeweiligen Ressort vorgesehenen Überprüfungsverfahren sachgerecht festlegen.

Zu Art. 62 Leistungsfeststellung für die Entscheidungen gemäß Art. 30 und 66 BayBesG

Die Vorschrift wurde vollständig neu eingefügt und setzt die für die Vergabe der Leistungselemente notwendige Leistungsbewertung um.

Absatz 1 bestimmt, dass mit der periodischen Beurteilung die Leistungsfeststellung für das Vorrücken in den Stufen des Grundgehalts verbunden wird. Die Entscheidung über dieses Leistungselement ist eine eigene Entscheidung innerhalb der periodischen Beurteilung, die selbstständig angreifbar ist. Die periodische Beurteilung ist als Instrument bekannt und ermöglicht die Sicherstellung und Einhaltung von einheitlichen Maßstäben. Sie ist daher als Rahmen für eine Entscheidung über dieses Leistungselement besonders geeignet. Die Zusammenfassung dient der Verwaltungsvereinfachung. Sofern es für den Vollzug der Art. 30, 66 BayBesG erforderlich ist, und keine periodische Beurteilung vorliegt, die Grundlage der Entscheidung werden kann, ist die Leistungsfeststellung zum Vollzug der Art. 30, 66 BayBesG gesondert zu treffen. Hinsichtlich der Zuständigkeit sowie des weiteren Verfahrens finden auf eine gesonderte Leistungsfeststellung die Art. 60 und 61 entsprechend Anwendung.

Gegenstand der Leistungsfeststellung sind die Leistungskriterien der periodischen Beurteilung gemäß Art. 58 Abs. 3 Nr. 1. Sofern diese abweichend geregelt worden sind, sind diese der Bewertung vergleichbar zugrunde zu legen (vgl. auch Art. 62 Abs. 6).

Abs. 1 Sätze 4 und 5 passen die Regelungen für Probezeitbeamte und Probezeitbeamtinnen an die während der Probezeit geltenden Maßstäbe systemgerecht an.

Abs. 2 legt fest, welche Beamten und Beamtinnen für eine Leistungsstufe in Frage kommen. In Hinblick auf mögliche unterschiedliche Bewertungsskalen, bedarf es einer relativen Formulierung, um die jeweils Besten zu bestimmen, die für eine Leistungsstufe in Betracht kommen. Für die Probezeitbeamten und Probezeitbeamtinnen regelt Abs. 2 Satz 2 die entsprechende Anwendbarkeit der Abs. 1 Sätze 4 und 5.

Gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 2 BayBesG entscheidet der oder die Dienstvorgesetzte auf der Grundlage der Leistungsfeststellung im Rahmen einer Leistungsauswahl über die Vergabe einer Leistungsstufe und über ihren Zeitpunkt. Der Beginn der Leistungsstufe wird dabei bei jedem Beamten und bei jeder Beamtin individuell bestimmt.

Über das „Ob“ wird im Rahmen einer Leistungsauswahl entschieden. Von einer Festlegung genau bestimmter Kriterien wurde abgesehen, um die Entscheidung der oder des Dienstvorgesetzten nicht in unnötiger Weise einzuschränken. Dies garantiert das notwendige Maß an Gerechtigkeit im Einzelfall. Für die Transparenz des Vergabeverfahrens sorgt die Beteiligung der Personalvertretungen. Gleiches gilt für den Vergabeumfang.

Haben zwei Beamte bzw. Beamtinnen in dem Leistungsteil gleichwertige Ergebnisse und wird einem bzw. einer von den zwei Beamten bzw. Beamtinnen durch den Dienstvorgesetzten oder die Dienstvorgesetzte eine Leistungsstufe insgesamt über einen längeren Zeitraum gewährt als dem oder der anderen, enthält diese unterschiedliche Dauer der Gewährung von Leistungselementen durch den oder die Dienstvorgesetzten eine Wertung.

Im Übrigen besteht durch die Sätze 3 und 4 des Absatzes 2 die Möglichkeit neu entstehende oder noch bestehende Vergabemöglichkeiten auf der Grundlage der bisher bereits getroffenen, (bis zur ersten bzw. nächsten periodischen Beurteilung) fortwirkenden Leistungsfeststellung auszuschöpfen.

Abs. 3 regelt in Verbindung mit Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG den Fall, dass ein Beamter oder eine Beamtin in den Stufen des Grundgehalts regelmäßig aufsteigt. Dies ist bei Beamten und Beamtinnen der Fall, die die mit dem Amt verbundenen Mindestanforderungen erfüllt haben.

Abs. 4 bestimmt, dass bei der Entscheidung über einen Stufenstopp sämtliche Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen sind. Es handelt sich dabei insbesondere darum,

- ob die Leistungsmängel dem Beamten oder der Beamtin zugerechnet werden können. Dies ist insbesondere nicht der Fall, wenn sie auf eine Krankheit oder auf eine Schwerbehinderung zurückzuführen sind.
- inwieweit die gezeigten Leistungen von dem Durchschnitt abweichen,
- wie lange die Leistungsmängel während des Beurteilungszeitraums bestanden haben,
- ob zu erwarten ist, dass die Leistungsmängel auch ohne Maßnahmen durch den Dienstvorgesetzten oder die Dienstvorgesetzte behoben werden.

Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Die Grundsätze der Fürsorgerichtlinien sind zu beachten. Durch die Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls ist gewährleistet, dass unberechtigte Benachteiligungen verhindert werden, und auf die Besonderheiten von Einzelfällen eingegangen werden kann.

Unterbleibt eine positive Feststellung gemäß Abs. 3, ist dies gegenüber der betroffenen Person – entsprechend Art. 39 Abs. 1 Satz 1 BayVwVfG – zu begründen. Die Mitteilung der Gründe ist in die Personalakte aufzunehmen. Dies dient der Transparenz und dem Schutz der

betroffenen Person. Zugleich ermöglicht sie ihr, die Defizite zu überdenken und die Leistungen zu steigern.

Gemäß Abs. 4 Satz 2 darf einem Beamten oder einer Beamtin der regelmäßige Stufenaufstieg nur versagt werden, wenn er oder sie auf die Leistungsmängel ausdrücklich hingewiesen worden ist. Dies soll dem betroffenen Beamten bzw. der betroffenen Beamtin die Chance geben, Leistungsmängel rechtzeitig zu beheben und gleichzeitig aufzeigen, dass finanzielle Einbußen hingenommen werden müssen, wenn sie ihre Leistungen nicht steigern. Beamte bzw. Beamtinnen sollen von Maßnahmen mit finanziellen Folgen nicht überrascht werden. Dementsprechend muss dokumentiert werden, dass der Hinweis auf die Leistungsmängel erfolgt ist.

Nach Abs. 5 wird regelmäßig überprüft, ob nunmehr die Mindestanforderungen nach Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG vorliegen. Dies ermöglicht dem Dienstherrn flexibel auf die Leistungen der Beamten und Beamtinnen nach einem Stufenstopp zu reagieren, und gibt dem oder der Betroffenen die Chance und den Anreiz, schnell die Leistungen zu steigern.

Abs. 6 betrifft diejenigen obersten Dienstbehörden, die von den Öffnungsklauseln nach Art. 58 Abs. 6 oder nach Art. 59 Abs. 1 Gebrauch gemacht haben, und entweder andere Kriterien oder eine andere Bewertungssystematik festgelegt haben. Sie müssen festlegen, wann die Möglichkeit der Leistungsstufe besteht, wann Beamte und Beamtinnen regelmäßig aufsteigen können sollen und wann sie in den Stufen gestoppt werden können. Sie müssen dabei gemäß Satz 2 sicherstellen, dass die Voraussetzungen für die Leistungsstufe, den Stufenstopp bzw. den regelmäßigen Stufenaufstieg den in den Abs. 2, 3 und 5 geregelten entsprechen. Damit wird die Gleichbehandlung aller bayerischen Beamten und Beamtinnen gewährleistet.

Zu Art. 63 Dienstliche Beurteilung von Richtern und Richterinnen, Staatsanwälten und Staatsanwältinnen

Aufgrund der verfassungsrechtlich gewährleisteten besonderen Stellung der Richter und Richterinnen wurden in Art. 6 BayRiG für die Beurteilung dieser Personengruppe eigenständige – teilweise von den Regelungen dieses Gesetzes abweichende – Regelungen getroffen, die durch dieses Gesetz unberührt bleiben. Vor diesem Hintergrund ist es sachgerecht, für Richter und Richterinnen eine umfassende Öffnungsklausel vorzusehen, wonach von den Vorgaben des Teils 4 dieses Gesetzes abgewichen werden kann. Wegen des regelmäßig stattfindenden Wechsels zwischen Richter- und Staatsanwaltstätigkeit erstreckt sich die Öffnungsklausel auch auf den Bereich der Staatsanwälte und Staatsanwältinnen.

Die Öffnungsklausel ermöglicht auch, das bisher geltende Beurteilungsrecht fortzuführen.

Zu Art. 64 Dienstliche Beurteilung von Lehrkräften

Art. 64 entspricht § 66 LbV. Art. 64 ermöglicht auch ein Abweichen hinsichtlich des Bewertungsmaßstabes für eine Leistungsfeststellung nach Art. 62.

Zu Art. 65 Ausnahmegenehmigungen

Der bisherige § 65 LbV sah vor, dass das Staatsministerium des Innern zur Erprobung neuer Modelle der dienstlichen Beurteilung abweichende Beurteilungssysteme zeitlich befristet zulassen konnte, ausgenommen solche Bereiche, in denen staatliche und kommunale Beamte und Beamtinnen gleichzeitig tätig sind. Die Ausnahmegenehmigung wurde erweitert. Zum einen wurde die zeitliche Befristung aus dem Normtext gelöscht, so dass die abweichenden

Beurteilungssysteme zeitlich unbefristet zugelassen werden können. Diese Änderung greift eine Anregung des bayerischen Städtetages auf. Die Möglichkeit zu abweichenden Beurteilungssystemen hat sich in der Praxis bewährt. Zum anderen ist die Begrenzung für einige Bereiche weggefallen. Im Ergebnis können daher Beamte und Beamtinnen innerhalb derselben Behörde, die unterschiedliche Dienstherren haben, nach verschiedenen Beurteilungssystemen beurteilt werden, je nach dem, welchem Dienstherrn sie angehören. Dies rechtfertigt sich aufgrund der unterschiedlichen Beförderungsmöglichkeiten, um die sie konkurrieren.

Aufgrund des Wegfalls der Befristung wurde auch die Formulierung „im Interesse der Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung zur Erprobung neuer Modelle“ gestrichen.

Zu Art. 66 Grundsätze der Fortbildung

Abs. 1 und 2 entsprechen unverändert dem bisherigen § 67 Abs. 1 und 2 LbV.

Abs. 4 wurde gestrichen. Aufgrund der Vielzahl an Abschlüssen und der unterschiedlichen Anforderungen in den einzelnen Bereichen, werden gem. dem neuen Abs. 3 Satz 2 künftig die obersten Dienstbehörden entscheiden, welche Fortbildungen für ihren Geschäftsbereich geeignet sind. Darunter wird auch künftig regelmäßig das Diplom an einer Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie zu zählen sein.

Zu Art. 67 Ermächtigungen

Die Norm enthält im Wesentlichen den Regelungsgehalt des bisherigen Art. 26 Abs. 2 BayBG a.F. Aufgrund der Bündelung der Laufbahnen zu wenigen Fachlaufbahnen und der Einführung der Leistungslaufbahn werden die Staatsministerien mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen und des Landespersonalausschusses künftig auch Aussagen über die Zuordnung bestimmter Tätigkeitsfelder zu den Fachlaufbahnen sowie die Bildung von fachlichen Schwerpunkten (Art. 5 Abs. 2) innerhalb einer Fachlaufbahn in den laufbahnrechtlichen Vorschriften treffen; hiervon umfasst ist auch die Regelung, welche bisherige Laufbahnbefähigung ggf. für den fachlichen Schwerpunkt qualifiziert.

Wie bisher regeln sie die Zulassung zu einer Fachlaufbahn bzw. zu einem gebildeten fachlichen Schwerpunkt in den entsprechenden Qualifikationsebenen nach Vorbildung sowie die Ausbildung.

Nr. 4 sieht entsprechend der neuen laufbahnrechtlichen Systematik vor, dass die Staatsministerien im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und mit Zustimmung des Landespersonalausschusses das Nähere zur modularen Qualifizierung in den jeweiligen fachlichen Schwerpunkten normieren. Dies kann in den Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen oder in gesonderten Qualifizierungskonzepten erfolgen. Die Ermächtigung nach Nr. 4 umfasst auch den Erlass von laufbahnrechtlichen Regelungen nach Art. 70 Abs. 3.

Regelungen über die Zulassung und Ausbildung bedürfen wie bisher der Zustimmung des Landespersonalausschusses (Satz 2).

Zu Art. 68 Ausnahmen

In Abs. 1 wird für den Bereich der Feuerwehr ermöglicht, den ausbildungsmäßigen Besonderheiten der Feuerwehrbeamten in der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes durch Abweichen von den regelmäßigen Vor- und Ausbil-

dungsvoraussetzungen sowie den Regelungen zur modularen Qualifizierung Rechnung zu tragen. Änderungen zur bisherigen Rechtslage sind damit nicht verbunden.

Die Ermächtigungsgrundlage des Abs. 2 dient dazu, in den laufbahnrechtlichen Vorschriften für die bayerischen Polizeivollzugsbeamten und – beamtinnen abweichende Regelungen zu treffen.

Zu Art. 69 Evaluation

Die Neuregelung des Laufbahnrechts stellt eine grundlegende Umgestaltung dar. Es soll aus diesem Grunde erstmals nach zwei Jahren (ab Inkrafttretenszeitpunkt) überprüft werden, welche Auswirkungen die laufbahnrechtlichen Regelungen haben. Im Anschluss daran bietet sich ein Evaluationszeitraum von drei bis fünf Jahren an. Gegenstand der Überprüfung sollen die Auswirkungen auf die Personalentwicklung sein. Dabei geht es insbesondere um die Verifizierung der Entbürokratisierung durch die Schaffung einer einheitlichen Leistungslaufbahn und die Zusammenfassung der Fachlaufbahnen. Weiterer Schwerpunkt soll die Darstellung der Entwicklung der Systeme der Qualifikation und Beförderung besonders in Hinblick auf die Ausbildungsqualifizierung und die modulare Qualifizierung sein.

Durch die ausdrückliche Normierung der Überprüfung der Auswirkungen durch die Staatsregierung sowie der Berichterstattung gegenüber dem Landtag wird die Bedeutung der Neugestaltung gerade in diesem Bereich verdeutlicht. Eventuellen Verwerfungen kann zudem schnell entgegengesteuert werden.

Zu Art. 70 Übergangsregelungen

Abs. 1 Satz 1 entspricht ohne inhaltliche Änderung dem bisherigen § 74 Abs. 1 Satz 1 LbV.

Abs. 1 Satz 2 enthält die Übergangsregelung aufgrund der Neugestaltung der Regelungen zur Probezeit. Er bestimmt, dass die Neuregelungen zur Probezeit (insbesondere die Dauer der Probezeit von einheitlich 2 Jahren) erst auf Beamte und Beamtinnen Anwendung finden, die nach dem 31. Dezember 2010 in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen werden. Art. 70 dient damit der Verwaltungsvereinfachung und Rechtsklarheit. Die Maßgabenregelung stellt sicher, dass es bei diesen Beamten und Beamtinnen aufgrund der Anwendung der alten Rechtslage (die in den Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes eine längere Probezeitdauer vorsieht) nicht zu Verschlechterungen in der laufbahnrechtlichen Entwicklung gegenüber einer Einstellung zum 1. Januar 2011 kommt.

Abs. 2 entspricht § 74 Abs. 3 LbV.

Abs. 3 Satz 1wird notwendig, um Verschlechterungen gegenüber der bisherigen Rechtslage aufgrund der Umgestaltung der Aufstiegsverfahren zu vermeiden. So sollen auch weiterhin z.B. in den Sonderlaufbahnen des Straßenbaus und der Wasserwirtschaft, deren Laufbahnen sich bereits bisher von A 8 bis A 10 erstrecken, Beförderungen nach A 10 ohne über die bisherigen Qualifikationsmaßnahmen, die sich als genügend bewährt haben, hinausgehende Qualifizierungen möglich sein. Entsprechendes gilt für den Gerichtsvollzieherdienst, dessen Spitzenamt ab dem 1. Januar 2011 A 10 ist.

Abs. 3 Satz 2 schafft die Möglichkeit, Verbesserungen in der laufbahnrechtlichen Entwicklung aufgrund des grundsätzlichen Wegfalls der Verzahnungsämter auch den Beamten und Beamtinnen zukommen zu lassen, die noch vor dem 1.1.2011 aufgestiegen sind.

Abs. 4 schafft Rechtsklarheit im Hinblick auf die Umgestaltung der bisherigen „Verwendungsaufstiege“ in ein modulares Qualifizierungssystem.

Nach Art. 70 Abs. 4 Satz 1 absolvieren Beamte und Beamtinnen, die am 31. Dezember 2010 die beurteilungsmäßigen Voraussetzungen für die Zuerkennung der Aufstiegseignung erfüllen, den Aufstieg grundsätzlich nach den zu diesem Zeitpunkt geltenden Voraussetzungen. Die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Aufstiegseignung erfüllen all diejenigen, bei denen die beurteilungsmäßigen Voraussetzungen (wie Eignung, Erreichen einer bestimmten Besoldungsgruppe, Mindestdienstzeit) gegeben sind. In den einzelnen Qualifizierungssystemen ist jedoch zu regeln, zu welchem Zeitpunkt der bisherige Aufstieg in den jeweiligen Bereichen durch die modulare Qualifizierung ersetzt wird.

Damit einerseits die Staatsministerien einen ausreichenden Zeitraum zur Erstellung der Systeme der modularen Qualifizierung erhalten und andererseits die neuen Regelungen zeitnah Wirkung entfalten, wird als Zeitpunkt der erstmaligen Vorlage der Qualifizierungssysteme an den Landespersonalausschuss in Satz 2 der 31. Dezember 2011 festgelegt (Abs. 4 Satz 3).

Nach Abs. 4 Satz 4 können sich diese Beamte und Beamtinnen sowie diejenigen, die bis am 31.12.2010 den Aufstieg für besondere Verwendung bereits erfolgreich absolviert haben, für Ämter oder Dienstposten, die bisher nicht dem Verwendungsbereich entsprachen, qualifizieren. Dazu können die Staatsministerien weitere Maßnahmen der modularen Qualifizierung gemäß Art. 20 festlegen; bereits absolvierte geeignete Fortbildungen gemäß Art. 20 Abs. 1 Satz 6 können ebenfalls ausreichend sein. Die Einschränkung „erforderlich“ macht zudem deutlich, dass nicht zwangsläufig weitere Maßnahmen notwendig werden, sondern ggf. auch allein auf die vorhandene Berufserfahrung abgestellt werden kann; Prüfungen oder andere Erfolgsnachweise sind in diesem Fall nicht mehr erforderlich.

Abs. 5 wird inhaltsgleich vom bisherigen § 74 Abs. 4 LbV übernommen.

Abs. 6 regelt die Zuordnung der bisherigen Vielzahl an Laufbahnen zu den neuen Fachlaufbahnen. Soweit in den Anlagen 3 und 4 nicht alle bisherigen Laufbahnen erfasst sind, stellt Satz 2 sicher, dass in diesen Fällen die Staatsministerien über die Zuordnung entscheiden.

Zu Anlage 3

Die Zuordnung der Laufbahnen erfolgt unabhängig vom Einsatz in verschiedenen Verwaltungsbereichen. Wie bisher können im Geschäftsbereich eines Ressorts oder sonstiger Dienstherren Beamtinnen und Beamte verschiedener Fachlaufbahnen zum Einsatz kommen.

Zu § 4 Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

Zu Nr. 1 (Inhaltsverzeichnis)

Es erfolgen Anpassungen an die Neuregelung des Laufbahnrechts im LlbG, sowie Änderungen aufgrund systematischer Bereinigung. Im Einzelnen wird auf die Begründung zu den jeweiligen Normen verwiesen.

Zu Nr. 2 (Art. 5 BayBG)

Der neue Absatz 3 ist erforderlich, da das Bayerische Besoldungsgesetz den in diesem Gesetz und in darauf gestützten Rechtsverordnungen verwandten Begriff der Dienstbezüge nicht mehr kennt. Es verwendet stattdessen in seinem Artikel 2 weitgehend synonym den Begriff der Grundbezüge. Zur näheren Erläuterung wird auf die Gesetzesbegründung zu Art. 2 BayBesG verwiesen.

Zu Nr. 3 (Art. 6 BayBG)

Zu Buchst. a)

Bislang enthält Art. 6 keine eigene Zuständigkeitsregelung für die Fälle des § 37 Abs.5 BeamtStG. Mit der Einfügung des Verweises auf Abs. 5 wird dies entsprechend der Rechtslage vor Inkrafttreten des BeamtStG behoben.

Zu Buchst. b)

Mit dieser Rechtsänderung wird ein redaktioneller Fehler beseitigt. Art. 6 Abs. 3 Satz 4 ist die inhaltsgleiche Nachfolgevorschrift zu Art. 70 Abs. 3 Satz 2 des BayBG i. d. F. vor dem 1. April 2009. Darin ist bestimmt, dass das Staatsministerium des Innern für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte die Befugnis zur Verweigerung einer Aussagegenehmigung delegieren kann. Diese Befugnis findet sich nunmehr in Art. 6 Abs. 3 Satz 3, nicht in Satz 1, entsprechend ist die Delegationsbefugnis anzupassen.

Zu Nr. 4 (Art. 9 BayBG)

Die Rechtsänderung dient der Deregulierung. Die Sonderregelungen der Vertretung des Dienstherrn für die dort genannten versorgungsrechtlichen Streitigkeiten werden entfernt.

Zu Nr. 5 (Art. 13 BayBG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zum neuen Bayerischen Besoldungsgesetz.

Zu Nr. 6 (Art. 18 BayBG)

Die Rechtsänderung dient der Entlastung der Bayerischen Staatsregierung von Personalangelegenheiten mit untergeordneter Bedeutung. Die in Satz 1 normierte Zuständigkeit der Staatsregierung für die Ernennung bestimmter Beamter ist von Verfassungs wegen vorgegeben (Art. 55 Nr. 4 Satz 1 BV). Sie wurde jedoch für diesen Personenkreis durch Verweis auf die für eine Ernennung zuständige Stelle bisher auch auf andere als Ernennungstatbestände ausgedehnt. In den in Satz 2 Halbsatz 1 nunmehr geregelten Fällen erscheint eine Zuständigkeit der Staatsregierung nicht zwingend erforderlich.

Um eine Einheitlichkeit der Entscheidungen zu gewährleisten wurde eine Unterrichtungspflicht zugunsten des für das Dienstrecht federführend zuständigen Staatsministeriums der Finanzen aufgenommen.

Zu Nr. 7 (Art. 19 BayBG)

Die Vorschrift des Art. 19 wird mit der Neuregelung des Laufbahnrechts im LlbG obsolet.

Zu Nr. 8 (Art. 20 BayBG)

Der Norminhalt wurde konkretisiert. Dies entspricht dem Leistungsgedanken. Die Regelung entspricht weitgehend der Rechtslage des bisherigen Art. 20 sowie § 2 LbV.

Zu Nr. 9 (Art. 21 BayBG)

Es handelt sich um eine Klarstellung. Nach dem neuen BeamtStG ist nunmehr (anders als bisher im BayBG) auch in den Fällen einer fehlerhaften Ernennungsurkunde eine Heilung möglich. Auch diese setzt die schriftliche Bestätigung der Wirksamkeit durch die für die Ernennung zuständige Stelle voraus (§ 11 Abs. 2 Nr. 1 Halbsatz 1 BeamtStG). Ebenso wie in den Fällen des § 11 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BeamtStG sollte auch dies abgewartet werden, bevor das Verbot der weiteren Führung der Dienstgeschäfte ausgesprochen wird. Der einschränkende Zusatz im Zitat des § 11 Abs. 2 BeamtStG in Art. 21 ist daher aufzuheben.

Zu Nr. 10 (Art. 22 BayBG)

Die Vorschrift des Art. 22 wird mit der Neuregelung des Laufbahnrechts durch das LlbG obsolet (Art. 4 LlbG).

Zu Nr. 11 (Art. 23 BayBG)

Die Gesetzesänderung trägt der Neugestaltung der Aufgaben des Landespersonalausschusses Rechnung. Eine Zustimmung des Landespersonalausschusses soll zukünftig nur noch bei Ausnahmen von der Altersgrenze im nicht-staatlichen Bereich zur Sicherstellung einer einheitlichen Handhabung erforderlich sein.

Zu Nr. 12

Der Abschnitt 3 wird aufgehoben.

Die laufbahnrechtlichen Regelungen werden aus Gründen der neuen Regelungssystematik und des Sachzusammenhangs im LlbG geregelt.

Zu Nr. 13 (Art. 45 BayBG)

Zu Buchst. a)

Es handelt sich um eine rechtsbereinigende Änderung, da die Vorschrift keinen Anwendungsbereich mehr hat. Das Amt mit leitender Funktion ist nach Art. 45 Abs. 2 Nr. 2 BayBG im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übertragen, wenn innerhalb von fünf Jahren nach der Übertragung des Amtes die gesetzliche Altersgrenze erreicht wird. Aus diesem Grund ist ein Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze innerhalb der Amtsperiode des Beamtenverhältnisses auf Zeit praktisch ausgeschlossen. Die Regelung des Art. 45 Abs. 11 BayBG läuft daher leer.

Zu Buchst. b)

Die bislang in § 4 Abs. 1 BeamtVG enthaltene Regelung ist künftig in Art. 11 Abs. 1 BayBeamtVG enthalten. Der Verweis ist daher entsprechend anzupassen.

Zu Buchst. c)

Art. 45 Abs. 13 wird redaktionell angepasst an das LlbG.

Zu Buchst. d)

Art. 45 Abs. 14 ist eine versorgungsrechtliche Regelung und wird daher künftig im BayBeamtVG (dort Art. 30 Abs. 4) verankert. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden, zur näheren Begründung wird auf die Begründung zu Art. 30 Abs. 4 BayBeamtVG verwiesen.

Zu Nr. 14 (Art. 46 BayBG)

Es handelt sich um eine sprachliche Klarstellung.

Zu Nr. 155 (Art. 47 BayBG)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund des LlbG.

Zu Nr. 16 (Art. 48 BayBG)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund des LlbG.

Zu Nr. 17 (Art. 55 BayBG)

Art. 55 kann aufgehoben werden, weil er durch Art. 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2LlbG ersetzt wird.

Zu Nr. 18 (Art. 60 BayBG)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund des LlbG.

Zu Nr. 19 (Art. 62 BayBG):

Zu Buchst. a):

Diese Vorschrift enthält die Anhebung der Altersgrenzen. In Übereinstimmung mit dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung (Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demographische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz) vom 20. April 2007 (BGBl I, S. 554)) und dem Recht der Bundesbeamten (Bundesbeamtengesetz (BBG) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz - DNeuG) vom 5. Februar 2009 (BGBl I, S. 160)) wird die Regelaltersgrenze von bisher der Vollendung des 65. Lebensjahres auf die Vollendung des 67. Lebensjahres heraufgesetzt.

Somit erfolgt eine wirkungsgleiche Übertragung der Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der Systeme zeitgleich in das Beamtenrecht. Soweit zu einem späteren Zeitpunkt bei der gesetzlichen Rente von einer Erhöhung der Altersgrenze abgesehen wird, unterbleibt die Anhebung auch im Beamtenrecht.

Die Staatsregierung trägt damit der demographischen Entwicklung Rechnung und leistet ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzierbarkeit der Versorgungssysteme. Gleichzeitig wird damit der Eckpunkt 8 der von ihr beschlossenen „Eckpunkte für das neue Dienstrecht in Bayern“ umgesetzt.

Zu Buchst. b):

Für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen war nach bisheriger Rechtslage Altersgrenze das Ende des Schuljahres, das dem Schuljahr voranging, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendet hatten.

Je nach Geburtstag der einzelnen Lehrerkraft war damit ein abschlagsfreier Ruhestandseintritt nahezu bis zu einem Jahr vor Vollendung der Regelaltersgrenze möglich. Dies bewirkte eine Ungleichbehandlung innerhalb dieser Beamtengruppe selbst und eine Besserstellung im Vergleich zu der restlichen Beamtenschaft.

Der Gesetzentwurf sieht daher nunmehr das Ende des Schulhalbjahres als maßgeblichen Zeitpunkt für den Ruhestandseintritt vor, das der Vollendung der Regelaltersgrenze nachfolgt. Dem Umstand, dass damit eine gewisse Zeit über die Erreichung der allgemeinen Regelaltersgrenze hinaus Dienst zu leisten ist, wird durch Zuschläge beim Ruhegehalt Rechnung getragen. Zu den Einzelheiten wird auf die Begründung der entsprechenden Vorschrift im BayBeamtVG verwiesen.

Sollte dies von einer Lehrkraft nicht gewünscht werden, so ist über das Instrument des Antragsruhestands ein Ausscheiden aus dem aktiven Dienst wie bisher auch vor Vollendung des 65. Lebensjahres möglich. Wie bei anderen Beamten sind dann jedoch auch Versorgungsabschläge hinzunehmen. Zu den näheren Einzelheiten wird auf die Begründung der entsprechenden Vorschriften im BayBeamtVG verwiesen.

Die Vorschrift dient der Umsetzung der Ziffer 8 der von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen „Eckpunkte für das neue Dienstrecht in Bayern“ und greift daneben eine Anregung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf.

Zu Nr. 20 (Art. 63 BayBG):

Um weiterhin ein Hinausschieben des Ruhestandseintritts in der bisherigen Form zu gewährleisten, müssen die diesbezüglichen Höchstaltersgrenzen entsprechend der Regelung für die allgemeinen Altersgrenzen angehoben werden.

Der Gesetzentwurf verzichtet dabei für die Regelaltersgrenze auf die Angabe konkreter Lebensjahre und bestimmt nunmehr einheitlich, dass ein Hinausschieben maximal drei Jahre über die Regelaltersgrenze hinaus zulässig ist. Trotz der Änderung im Wortlaut im Vergleich zur Vorgängerregelung ist damit keine materielle Rechtsänderung verbunden. Durch die Obergrenze der Vollendung des 68. Lebensjahres - sowohl bei einem Hinausschieben von Amts wegen, als auch auf Antrag der Beamtin oder des Beamten - war ein Hinausschieben angesichts der Regelaltersgrenze der Vollendung des 65. Lebensjahres auch bisher nur im Umfang von drei Jahren möglich.

Weiterhin wird durch diese Formulierung grundsätzlich auch eine Sonderregelung im Bereich der besonderen Altersgrenzen obsolet. Auch hier war ein Hinausschieben des Ruhestandseintritts nach alter Rechtslage bis maximal zum 65. Lebensjahr möglich. Für den Übergangszeitraum bis zum Erreichen der besonderen Altersgrenze (Geburtsjahrgang 1964) wird aber bestimmt, dass ein Hinausschieben bis zum 65. Lebensjahr möglich ist.

Die Gesetzesänderung trägt weiterhin der Neugestaltung der Aufgaben des Landespersonalausschusses Rechnung. Eine Zustimmung des Landespersonalausschusses soll zukünftig beim Hinausschieben des Ruhestandseintritts von Amts wegen nicht mehr erforderlich sein.

Zu Nr. 21 (Art. 66 BayBG)

Zu Buchst. a):

Die Einfügung dient der Klarstellung, dass mit dem Begriff Versetzung die Mitteilung im Sinne des Absatzes 1 der Vorschrift gemeint ist und nicht die endgültige Entscheidung im Sinne des Absatzes 2 Satz 2.

Zu Buchst. b):

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund es neuen BayBeamtVG. Die bislang in § 50 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG enthaltene Regelung ist künftig in Art. 70 Abs. 2 Satz 1 BayBeamtVG enthalten. Der Verweis ist daher entsprechend anzupassen.

Zu Nr. 22 (Art. 86 BayBG)

Es handelt sich um Folgeänderungen zur Anhebung der Altersgrenzen. Art. 86 regelt die Anzeigepflicht von Beschäftigungen oder Erwerbstätigkeiten von Ruhestandsbeamten, Ruhestandsbeamtinnen oder früheren Beamten oder Beamtinnen mit Versorgungsbezügen.

Um eine gleitende Verlängerung der Anzeigepflicht zu erreichen, wird in Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 nunmehr neben der Norm über die gesetzliche Regelaltersgrenze auch auf die entsprechende Übergangsregelung verwiesen.

Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 stellt in den Fällen der früheren Beendigung des Beamtenverhältnisses nunmehr nicht mehr auf ein konkretes Lebensjahr, sondern auf einen Zeitraum von drei Jahren nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze ab. Materiell-rechtliche Änderungen ergeben sich dadurch nicht.

Zu Nr. 23 (Art. 87 BayBG)

Die Regelungen über den Ausgleich von Mehrarbeit werden modifiziert. Damit wird den besonderen schulspezifischen Anforderungen Rechnung getragen und auf diese Weise ein Beitrag zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung geleistet. Nachdem mit einer Entspannung dieser Situation infolge des Rückgangs der Schülerzahlen in den nächsten Jahren zu rechnen ist, ist die Vorschrift befristet bis 31. Juli 2012.

Zu Nr. 24 (Art. 91 BayBG)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund des LlbG..

Zu Nr. 25 (Art. 92 BayBG)

Zu Buchst. a):

Das Pflegezeitgesetz des Bundes gewährt einen Rechtsanspruch für Arbeitnehmer auf Freistellung zur Pflege Angehöriger von bis zu sechs Monaten. Im BayBG besteht bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 ein vergleichbares Instrument für Beamte. Um zu verhindern, dass eine solche Beurlaubung an der zeitlichen Höchstgrenze des Art. 92 scheitert wird klargestellt, dass die Beurlaubung in diesen Fällen auch über die zeitliche Höchstgrenze des Art. 92 Abs. 1 Satz 1 hinaus möglich ist.

Zu Buchst. b):

Diese Rechtsänderung dient ebenfalls der Entlastung der Staatsregierung von Personaleinzelfällen. Zur näheren Begründung wird auf die Begründung zu Nr. 6 verwiesen.

Zu Nr. 26 (Art. 95 BayBG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zum neuen Bayerischen Besoldungsgesetz.

Zu Nr. 27 (Art. 96 BayBG)

Die Änderungen dienen der Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnern mit Ehegatten bei der Beihilfe. Ferner wird eine redaktionelle Folgeänderung zum neuen Bayerischen Besoldungsgesetz vorgenommen.

Zu Nr. 28 (Art. 97 BayBG):

Art. 97 BayBG wird aufgehoben, weil die Regelung in das Bayerische Besoldungsgesetz überführt wird.

Zu Nr. 29 (Art. 110 BayBG)

Es handelt sich um die Beseitigung eines Redaktionsversehens. Art. 110 entspricht der Vorschrift des Art. 100g des früheren BayBG. In dieser Norm wurde auf Art. 46 des früheren BayBG verwiesen. Dessen Regelungsgehalt findet sich nun in § 24 BeamtStG.

Zu Nr. 30 (Art. 115 BayBG)

Mit der Neufassung des Abs. 1 Nr. 5 wird Punkt 7 der Eckpunkte zum Neuen Dienstrecht in Bayern umgesetzt:

Dem Landespersonalausschuss wachsen neue verantwortungsvolle Aufgaben zu. Aufgrund der neuen laufbahnrechtlichen Systematik im LlbG ist es von besonderer Bedeutung, Kompetenzen im Bereich einer dienstherrenübergreifenden Personalentwicklung beim Landespersonalausschuss zu bündeln und anzubieten. Auf dieses Angebot sowie auf die davon umfasste Beratungskompetenz können die obersten Dienstbehörden bei Bedarf zugreifen.

Die bisherige Nr. 5 entfällt insbesondere auf Anregung der Geschäftsstelle des Landespersonalausschusses. Dies dient zudem der Deregulierung, da kaum Anwendungsfälle aufgetreten sind.

Zu Nr. 31 (Art. 117 BayBG)

Art. 117 Abs. 1 Satz 3 wird an den Wegfall des bisherigen in Art. 115 Abs. 1 Nr. 5 BayBG a.F. normierten Beschwerderechts angepasst.

Zu Nr. 32 (Art. 119 BayBG)

§ 71 der Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamtinnen und Beamten vom 1. April 2009 (GVBl Nr. 5/2009), S. 51 wurde aufgrund der größeren Sachnähe ohne inhaltliche Änderung in Abs. 1 aufgenommen.

Zu Nr. 33 und 34 (Art. 120 und 121 BayBG)

Die Anpassung erfolgt aufgrund der Überführung der laufbahnrechtlichen Vorschriften in das LlbG. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

Zu Nr. 35 (Art. 122 BayBG)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der neuen Laufbahnvorschriften sowie aufgrund der Neuregelung des BayBeamtVG.

Zu Nr. 36 (Art. 126 BayBG)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund des LlbG.

Zu Nr. 37 (Art. 127 BayBG)

Um bei Einstellungsspitzen die Unterbringungssituation in den Ausbildungseinrichtungen zu entlasten, wird die Möglichkeit eröffnet, im Einzelfall auch Beamte der Bereitschaftspolizei in Ausbildung von der Verpflichtung zum Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft zu befreien.

Ausnahmen sind ausschließlich dann vorgesehen, wenn am Standort aus Kapazitätsgründen keine geeignete Unterbringung gestellt werden kann und somit kostenintensive provisorische Lösungen (Anmietungen, Wohncontainer usw.) vermieden werden. Ferner werden nur Beamte befreit, die im Umfeld des Ausbildungsortes einen Wohnsitz haben.

Zu Nr. 38 (Art. 128 BayBG)

Zu Buchst. a):

Es handelt sich um die Beseitigung eines Redaktionsversehens. Bei Zweifeln über die Polizeidienstunfähigkeit sind die Vorschriften über das Zwangspensionierungsverfahren entsprechend anzuwenden.

Zu Buchst. b):

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der Neuordnung der laufbahnrechtlichen Vorschriften.

Zu Nr. 39 (Art. 129 BayBG)

Zu Buchst. a):

Diese Norm enthält die notwendigen Folgeänderungen im Berech der gesetzlichen Altersgrenzen. Auch in diesem bereich werden die Altersgrenzen um zwei Jahre auf die Vollendung des 62. Lebensjahres angehoben.

Der Bund hat die besonderen Altersgrenzen für seien Bereich ebenfalls auf die Vollendung des 62. Lebensjahres angehoben, so in § 51 Abs. 3 BBG für die Beamten und Beamtinnen im Feuerwehrdienst der Bundeswehr und in § 5 des Bundespolizeibeamtengesetzes für Bundespolizeibeamte und -beamtinnen (jeweils in der Fassung des DNeuG).

Schließlich wird mit dieser Gesetzesänderung die Ziffer 8 der von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen „Eckpunkte für das neue Dienstrecht in Bayern“ umgesetzt.

Zu Buchst. b):

Mit dieser Norm wird eine neue Antragsaltersgrenze für den Bereich der besonderen Altersgrenzen geschaffen. Sie stellt die statusrechtlichen Voraussetzungen für eine Versetzung in den Ruhestand bereits vor Erreichen der Altersgrenze her. Damit wird ebenfalls die Ziffer 8 der von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen „Eckpunkte für das neue Dienstrecht in Bayern“ umgesetzt. Die betroffenen Beamtinnen und Beamten erfahren mit dieser Regelung eine besondere Anerkennung, die weder im gesetzlichen Rentenversicherungsrecht noch im Beamtenversorgungsgesetz des Bundes eine Entsprechung findet. Mögliche Versorgungsabschläge regelt das BayBeamtVG.

Zu Nr. 40 (Art. 132 BayBG)

Die Formulierung erfasst nunmehr auch die Feuerwehrbeamten im Einsatzdienst bei Freiwilligen Feuerwehren ohne ständige Wachen und die Feuerwehrbeamten in den Integrierten Leitstellen. Da beide Gruppen ebenso belastet sind wie die bereits von Art. 132 erfassten Gruppen, ist eine Einbeziehung in die besondere Altersgrenze aus Gleichbehandlungsgründen notwendig.

Zu Nr. 41 (Art. 134 BayBG)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen.

Die bislang in § 68 BeamtVG enthaltene Regelung ist künftig in Art. 63 BayBeamtVG enthalten. Der Verweis ist daher entsprechend anzupassen.

Zu Nr. 42 (Art. 138 BayBG)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der Überführung der laufbahnrechtlichen Vorschriften in das LlbG. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

Zu Nr. 43 (Art. 139 BayBG)

Es handelt sich um Folgeänderungen der Überführung der laufbahnrechtlichen Vorschriften in das LlbG. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.. Der Hinweis auf den gleichwertigen Qualifikationserwerb im Sinn der Art. 38 bis 40 LlbG soll klarstellen, dass bei den Lebensmittel- und Hygienekontrolleuren, die im Arbeitnehmerverhältnis ausgebildet werden, bei einem Wechsel auch die Kosten der Ausbildung im Arbeitnehmerverhältnis zu erstatten sind.

Abs. 5 enthält eine redaktionelle Folgeänderung zum neuen Bayerischen Besoldungsgesetz.

Zu Nr. 44 (Art. 141 BayBG)

Art. 141 Abs. 1 bisherige Fassung diente – aufgrund des Wegfalls des Instituts der Anstellung – der Sicherstellung, dass Beamten und Beamtinnen, die noch kein Amt inne hatten, zum 1. April 2009 ein Amt verliehen wurde. Die Amtsverleihung erfolgte kraft Gesetzes. Selbst wenn die Feststellung der Amtsverleihung in Einzelfällen unterblieben ist, wäre dies unschädlich, da die Feststellung durch die Ernennungsbehörde lediglich klarstellende Bedeutung hatte. Abs. 1 wird daher obsolet.

Art. 141 Abs. 2 bisherige Fassung kann mangels Anwendungsbereich ebenfalls entfallen.

Zu Nr. 45 (Art. 143 BayBG):

Art. 143 enthält die Übergangsregelungen zur Anhebung der Altersgrenzen.

Zu Abs. 1 Sätze 1 und 2:

Der erforderliche Vertrauensschutz für die Beamtinnen und Beamten ist dadurch gegeben, dass die Anhebung erst im Jahre 2012 beginnt (für die Jahrgänge 1946 und früher findet noch die bis zum 31.12.2010 geltende Altersgrenze Anwendung) und in sehr moderaten Schritten erfolgt. Durch eine Vorlaufzeit von einem Jahr und einer Übergangsphase von 18 Jahren haben die Beamtinnen und Beamten genügend Zeit, ihre Planungen anzupassen. Die Sonderregelung für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen trägt der besonderen Situation im Schulbereich Rechnung und bewirkt, dass auch die Änderung der Lehreraltersgrenze nicht im laufenden Schuljahr 2011/2012, sondern erst ab dem Schuljahr 2012/2013 Wirkung entfaltet.

Die Regelaltersgrenze wird von 2012 an beginnend mit dem Jahrgang 1947 bis zum Jahr 2029 stufenweise auf 67 Jahre angehoben. Die Stufen der Anhebung sollen zunächst einen Monat pro Jahrgang (Regelaltersgrenze von 65 auf 66 Jahre) und dann ab Jahrgang 1959 zwei Monate pro Jahrgang (Regelaltersgrenze von 66 auf 67 Jahre) betragen. In der Übergangsphase wird die Regelaltersgrenze abhängig vom Geburtsjahr durch diese Vorschrift bestimmt. Für alle nach 1963 Geborenen gilt die Regelaltersgrenze 67 Jahre.

Diese Übergangsphase entspricht dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz vom 30. April 2007 (BGBl. I S. 554). Somit erfolgt die wirkungsgleiche Übertragung der Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der Systeme zeitgleich in das Beamtenrecht. Sie stimmt auch mit der Anhebung der Altersgrenzen im Bereich der Bundesbeamten durch das Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz - DNeuG) vom 5. Februar 2009 (BGBl I, S. 160)) überein.

Zu Abs. 1 Satz 3:

Abs. 1 Satz 3 enthält die Übergangsvorschrift für Beamtinnen und Beamte, die sich in der Freistellungsphase einer Altersteilzeit im Blockmodell oder aufgrund einer unregelmäßigen Verteilung der Arbeitszeit befinden bzw. denen Urlaub bis zum Beginn des Ruhestands bewilligt wurde. Ein Reaktivieren dieser Beamten aufgrund der stufenweisen Anhebung der Altersgrenzen ist weder sinnvoll noch sachgerecht.

Bei Lehrkräften, die sich am 01.01.2011 in der Ansparphase der Altersteilzeit befinden, führt die Anhebung der Altersgrenzen sowie die Verschiebung des Zeitpunkts des Ruhestandseintritts auf das Ende des Schulhalbjahres, in dem die Altersgrenze erreicht wird, dazu, dass diese bis zu drei zusätzliche Schulhalbjahre Dienst leisten müssten. Dieser Zeitraum lässt sich aber nicht mit dem in Altersteilzeit geschuldeten Arbeitszeitumfang beim Blockmodell vereinbaren (50 % bzw. 60 %); eine Anhebung würde daher zu einem Beginn der Freistellung während des laufenden Schuljahres führen, was schulorganisatorisch nicht sachgerecht ist.

Für diese Beamten und Beamtinnen verbleibt es also bei der bisherigen Regelaltersgrenze.

Zu Abs. 2 Sätze 1 und 2:

Die besondere Altersgrenze der Vollendung des 62. Lebensjahres wird für Beamte, die nach dem 31. Dezember 1951 geboren sind, ebenfalls stufenweise angehoben. Die Anhebungsschritte erfolgen in diesem Bereich zunächst für Gruppen von je sechs Geburtsmonaten. Demnach erhöht sich die Altersgrenze für im Januar bis Juni 1952 Geborene auf 60 Jahre und einen Monat, für im Juli bis Dezember 1952 Geborene auf 60 Jahre und zwei Monate, für im Januar bis Juni 1953 Geborene auf 60 Jahre und drei Monate, usw. Für die im Juli bis Dezember 1956 Geborenen wird die Altersgrenze um zehn Monate angehoben und liegt somit

bei 60 Jahren und zehn Monaten. Die weiteren Anhebungsschritte der besonderen Altersgrenze erfolgen - parallel zur Anhebung der Regelaltersgrenze - zunächst in Stufen von einem Monat pro Geburtsjahrgang (Anhebung der Altersgrenze auf 61 Jahre) und dann von zwei Monaten pro Geburtsjahrgang (Anhebung der Altersgrenze von 61 auf 62 Jahre). Für alle nach 1963 Geborenen gilt die Altersgrenze von 62 Jahren. Für die Jahrgänge 1951 und früher findet aus Vertrauensschutzgründen noch die bis zum 31.12.2010 geltende Altersgrenze Anwendung.

Der anfangs beschleunigten Anhebung für die von Januar 1952 bis Dezember 1956 Geborenen liegen folgende Überlegungen zu Grunde:

Die Anhebung der Altersgrenzen soll - wie bereits erwähnt - aus Gründen des Vertrauensschutzes erst ab dem Jahr 2012 wirken. Da die Geburtsjahrgänge 1947 bis 1951 bereits vor dem Jahr 2012 die besondere Altersgrenze erreichen, sollen auch sie nicht von der Anhebung der Altersgrenze betroffen sein. Die für diese Jahrgänge unterlassene parallele Anhebung soll jedoch nachgeholt werden. Würde die Altersgrenze für ab 1951 Geborene in gleichen Stufen wie die Regelaltersgrenze angehoben werden, würde für alle Übergangsjahrgänge die Höhe der Anhebung der Altersgrenze für einen abschlagsfreien Pensionsbezug - und damit auch das Referenzalter für die Berechnung der Abschläge bei vorzeitigem Bezug - von der Regelaltersgrenze abweichen. Durch die anfangs beschleunigte Anhebung wird sichergestellt, dass diese Abweichung für im Juli 1956 Geborene und Jüngere nicht mehr auftritt. Verzerrungen im Gefüge der Pensionen werden damit reduziert.

Zu Abs. 2 Satz 3:

Abs. 2 Satz 2 enthält die Übergangsvorschrift für Beamtinnen und Beamte mit besonderen Altersgrenzen, die sich in der Freistellungsphase einer Altersteilzeit im Blockmodell oder aufgrund einer unregelmäßigen Verteilung der Arbeitszeit befinden bzw. denen Urlaub bis zum Beginn des Ruhestands bewilligt wurde. Ein Reaktivieren dieser Beamten aufgrund der stufenweisen Anhebung der Altersgrenzen ist weder sinnvoll noch sachgerecht.

Für diese Beamten und Beamtinnen verbleibt es demnach bei der bisherigen Regelaltersgrenze.

Zu Nr. 46 (Art. 144 und 145)

Hierbei handelt es sich um versorgungsrechtliche Regelungen, die systematisch korrekt im BayBeamtVG zu verorten sind und daher aus dem BayBG genommen werden. Zur näheren Begründung wird auf die Begründung zum BayBeamtVG verwiesen.

Zu § 5 Änderung des Bayerischen Disziplinargesetzes

Zu Nr. 1 (Art. 1 BayDG)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des BayBeamtVG.

Zu Nr. 2 (Art. 5 BayDG)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen BayBesG. Für das Disziplinarrecht wird insbesondere mit Rücksicht auf den Wortlaut des § 23 Abs. 3 Nr. 1 BeamtStG am Begriff der „Dienstbezüge“ festgehalten.

Zu Nr. 3 (Art. 9 BayDG)

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. aa)

Die Änderung beinhaltet eine materiell-rechtliche Ergänzung im Hinblick auf die durch das BayBesG eingeführte Leistungsstufe, Der Ausspruch einer Kürzung der Dienstbezüge muss zur Vermeidung von Wertungswidersprüchen zum Verfall einer bereits gewährten Leistungsstufe führen. Dienstvergehen, die eine Kürzung der Dienstbezüge nach sich ziehen würden, kommt bereits erhebliches Gewicht zu; sie sind bei Beamten und Beamtinnen auf Probe Entlassungsgründe (§ 23 Abs. 3 Nr. 1 BeamtStG). Innerdienstliche Dienstvergehen, die eine Kürzung der Dienstbezüge erforderlich machen, werden unabhängig von der Ausgestaltung des Leistungsbegriffs im Einzelnen stets zugleich als nicht unerhebliche Schlechtleistung anzusehen sein, die der Annahme einer dauerhaft herausragenden Leistung entgegensteht. Generell erscheint aber der vollständige Entzug der Leistungsstufe bereits deswegen geboten, um zu verdeutlichen, dass ein Beamter oder eine Beamtin sich in jeder Hinsicht gleichermaßen pflichtgemäß zu verhalten hat. Es wäre grob unbillig, wenn zwar leistungsstarke, aber im Übrigen pflichtvergessene Beamte und Beamtinnen im Ergebnis eine höhere Dienstbezüge erhielten als ein weniger leistungsstarke, aber in jeder Hinsicht pflichtbewusste Kollegen und Kolleginnen. Der Verfall wird ebenso wie die Kürzung zu dem in Abs. 2 genannten Zeitpunkt ein.

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. bb)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung im Zusammenhang mit dem neuen LlbG.

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. cc)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu Buchst. a) aa).

Zu Buchst. b)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu dem neu eingefügten Abs. 1 Satz 2.

Zu Buchst. c)

Die Änderung ist eine materiell-rechtliche Ergänzung im Hinblick auf die durch das BayBesG eingeführte Leistungsstufe. Zwar ist davon auszugehen, dass Verweis (Art. 7 BayDG) und

Geldbuße (Art. 8 BayDG) als lediglich punktuelle Maßnahmen der Gewährung von Leistungsbezügen nicht entgegenstehen und umgekehrt auch eine Leistungsprämie als lediglich punktuelle Maßnahme gemäß Art. 67 BayBesG unabhängig von etwaigen Disziplinarmaßnahmen gewährt werden kann. Der Umstand, dass die Leistungsstufe ebenso wie die Beförderung Ausdruck der Leistungshonorierung ist und ebenso wie die Beförderung zu einer dauerhaften Erhöhung der Besoldung führt, macht disziplinarrechtlich eine Gleichbehandlung von Leistungsstufe und Beförderung erforderlich. Die Beförderungssperre gemäß Art. 9 Abs. 4 Satz 1 BayDG ist eine Nebenfolge der Bezügekürzung. Durch das Beförderungsverbot wird verhindert, dass die finanziellen Auswirkungen der Bezügekürzung durch die Beförderung in ein Amt mit höheren Bezügen ganz oder teilweise kompensiert werden. Die Festsetzung einer Leistungsstufe kann in ähnlicher Weise kompensierend wirken; sie muss daher ebenfalls unterbleiben.

Zu Nr. 4 (Art. 10 BayDG)

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. aa)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen im Zusammenhang mit dem neuen LlbG. Da die Zurückstufung das Spiegelbild der Beförderung ist, führt die Einführung der Leistungslaufbahn dazu, dass die bisherige Beschränkung der Zurückstufungsmöglichkeiten durch die Laufbahngruppen entfällt und der Beamte oder die Beamtin stattdessen bis in sein oder ihr individuelles Eingangsamt zurückgestuft werden kann.

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. bb)

Die Änderung beinhaltet eine materiell-rechtliche Ergänzung im Hinblick auf die durch das BayBesG eingeführte Leistungsstufe; insofern gelten die Ausführungen zu Nr. 3 a) aa) entsprechend. Ebenso wie der Verfall der Leistungsstufe bei der Kürzung der Dienstbezüge tritt der Verfall der Leistungsstufe bei Zurückstufung zu dem gleichen Zeitpunkt wie die Disziplinarmaßnahme ein (Abs. 2).

Zu Buchst. b)

Die Änderung beinhaltet eine materiell-rechtliche Ergänzung im Hinblick auf die durch das BayBesG eingeführte Leistungsstufe, insofern gelten die Ausführungen zu Nr. 3b) entsprechend.

Zu Nr. 5 (Art. 23 und 25 BayDG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen BayBesG.

Zu Nr. 6 (Art. 33 BayDG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des BayBeamtVG.

Zu Nr. 7 (Art. 40 BayDG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen BayBesG.

Zu Nr. 8 und 9 (Art. 43 und 45 BayDG)

Bei der Ersetzung der Bezugnahme auf die Laufbahngruppen durch die Bezugnahme auf qualifikationsebenen handelt sich um redaktionelle Änderungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen LlbG. Die weitergehende Änderung in Art. 43 erfolgt auf Anregung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. Sie bewirkt keine Änderung der disziplinargerichtlichen Praxis, da die Berücksichtigung des Verwaltungszweigs regelmäßig nur beschränkt möglich ist.

Zu Nr. 10 (Art. 46 BayDG)

Es handelt sich um eine Legaldefinition, nach der der Begriff „Lebenspartner“ Lebenspartner im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes meint.

Zu Nr. 11 (Art. 74 BayDG)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des BayBeamtVG.

Zu Nr. 12 (Art. 75 BayDG)

Zu Buchst. a) und c) aa)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des BayBeamtVG.

Zu Buchst. b)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aus der Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze.

Zu Buchst. c) bb)

Die Änderung dient der Gleichstellung von Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern.

Zu § 6 Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern

Zu Nr. 1 (Art. 1 BayVersRücklG)

Zu Buchst. a)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an das neue Bayerische Besoldungsgesetz.

Zu Buchst. b) Doppelbuchst. aa)

Die Änderung ist aus redaktionellen Gründen erforderlich, weil sich die Versorgung der in Art. 1 Abs. 1 und 2 genannten Personen künftig nach dem Bayerischen Beamtenversorgungsgesetz und für kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen nach dem Gesetz über kommunale Wahlbeamte richtet. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

Zu Buchst. b) Doppelbuchst. bb)

Es handelt sich um eine Anpassung an die Neuregelung der Versorgungslastenteilung im Staatsvertrag über die Verteilung der Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag) sowie für landesinterne Dienstherrenwechsel nach Teil 4 BayBeamtVG. Danach wird die Versorgungslastenteilung im Wege einer Abfindung bewirkt (§ 4 Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag und Art. 94 BayBeamtVG). Der bisherige Begriff der Einmalzahlung ist missverständlich, weil die Abfindung nach § 8 Abs. 3 Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag und Art. 97 Abs. 3 BayBeamtVG bei einer entsprechenden Vereinbarung auch im Wege einer Ratenzahlung geleistet werden kann.

Zu Nr. 2 (Art. 2 BayVersRücklG)

§ 14a BBesG wird aus systematischen Gründen nicht in das BayBesG übernommen. Die Bildung von Versorgungsrücklagen wird künftig umfassend in Art. 2 dieses Gesetzes geregelt. Inhaltlich sind insoweit keine Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage verbunden.

Zu Nr. 3 (Art. 3 BayVersRücklG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an die geänderte Formulierung des Art. 1 durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 947). Inhaltliche Änderungen ergeben sich hieraus nicht.

Zu Nr. 4 (Art. 6 BayVersRücklG)

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. aa)

Höhe und Dauer der Zuführungen zu den Versorgungsrücklagen werden künftig abschließend in Art. 6 geregelt; das BayBesG enthält hierzu abweichend von § 14a BBesG keine Vorschriften. Inhaltlich ist unverändert geregelt, dass den Versorgungsrücklagen weiterhin die aufgrund der Maßnahmen nach § 14a Abs. 2 und 2a BBesG verminderten Besoldungs- und Versorgungsausgaben sowie entsprechend § 14a Abs. 3 BBesG die Hälfte der Einsparungen aus der Verminderung des Versorgungsniveaus aufgrund des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 und der Fortführung dieser Maßnahmen durch das BayBeamtVG zugeführt werden. Die Zuführungen sind bis Ende 2017 zu leisten. Ab 2018 sind nach Entnahmen im Rahmen des Art. 7 möglich.

Nicht in bayerisches Recht übernommen wird die in § 14a Abs. 2 und 2a BBesG enthaltene Festlegung, wonach die derzeit ausgesetzte Verminderung der Bezügeanpassungen nach § 14a Abs. 2 BBesG im Anschluss an die achte Anpassung nach § 14a Abs. 2a BBesG wieder aufgenommen wird. Die Entscheidung hierüber bleibt dem Gesetzgeber vorbehalten, der unter Berücksichtigung der aktuellen Gegebenheiten etwa im Rahmen künftiger Bezügeanpassungen über die Höhe der Zuführungen zu den Rücklagen zu befinden hat.

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. bb)

Der bisherige Verweis auf § 14a Abs. 2, 2a und 3 BBesG wird als redaktionelle Folgeänderung zu lit. a) aa) durch den Verweis auf Abs. 1 Satz 1 ersetzt.

Zu Buchst. b)

Der bisherige Verweis auf § 14a BBesG wird als redaktionelle Folgeänderung zu lit. a) aa) durch den Verweis auf Abs. 1 Satz 1 ersetzt.

Zu Buchst. c) und d)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an die geänderte Formulierung des Art. 1 durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 947). Inhaltliche Änderungen ergeben sich hieraus nicht.

Zu Nr. 5 (Art. 7 BayVersRücklG)

Die Änderung ist rein redaktioneller Art.

Zu § 7 Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

Zu Nr. 1 (Änderung des Art. 10 BayPVG)

Folgeänderung zur Änderung unter Nr.2.

Zu Nr. 2 (Art. 69 BayPVG):

Art. 69 Abs. 2 Satz 4 BayPVG normiert einen Unterrichtungsanspruch bei Gewährung von Leistungsbezahlung. Im Hinblick auf das neue Erörterungsrecht nach Art. 77a BayPVG (vgl. unter Nr. 3) verliert er seine Existenzberechtigung, weil die Reichweite des Unterrichtungsanspruches nunmehr aus dem Beteiligungsrecht selbst folgt.

Zu Nr. 3 (Art. 77a BayPVG):

Die Einführung eines Erörterungsrechts im Rahmen der Gewährung von flexiblen Leistungselementen erfolgt mit Blick auf den Ausbau der Leistungsbesoldung durch das Neue Dienstrecht. Die Änderung führt zu einer deutlichen Erweiterung der Rechte der Personalvertretung, sie sorgt für eine Steigerung der Transparenz und soll so die Akzeptanz der Entscheidungen bei den Beschäftigten erhöhen. Bei dem Erörterungsrecht handelt es sich weder um ein Mitbestimmungsrecht noch um ein Mitwirkungsrecht im Sinne der Art. 70 und 72 BayPVG. Die Einleitung eines Stufenverfahrens ist ausgeschlossen. Die Vorschrift begründet aber ein Recht auf substanzielle Erörterung vergleichbar dem Art. 75a Abs. 2 Satz 2 BayPVG. Der Personalrat kann daher verlangen, dass alle für und gegen die Maßnahme sprechenden Gründe sowie deren Auswirkungen besprochen werden und er rechtzeitig vor dieser Erörterung über die Empfänger, die Höhe und die Dauer der zu gewährenden Leistungsbezüge (Art. 66 f. BayBesG) unterrichtet wird. Der Personalvertretung ist dazu eine Liste zur Einsicht vorzulegen; diese Liste darf aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nur innerhalb der Dienststelle eingesehen und weder vollständig abgeschrieben noch fotokopiert werden. Im Rahmen der Erörterung hat die Dienststellenleitung auch eine nachvollziehbare Begründung für die beabsichtigten Maßnahmen zu geben.

Vorgenanntes gilt entsprechend für den leistungsbezogenen Stufenaufstieg (Art. 30 Abs. 2 und 3 BayBesG) mit der Maßgabe, dass diesbezüglich über diejenigen Fälle zu unterrichten ist, in denen der Stufenaufstieg abgelehnt werden soll. Diese Fälle erscheinen am ehesten erörterungsbedürftig. Im Gegenschluss ergibt sich daraus, wem der leistungsbezogene Stufenaufstieg gewährt wird (Negativabgrenzung).

Hingegen war die Dienststellenleitung bisher über die Informationsgewährung hinaus zur Entgegennahme von Stellungnahmen und zur Reaktion hierauf allenfalls mit Blick auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit gehalten. Ein Rechtsanspruch darauf bestand nicht. Die Vorlage nachvollziehbarer Begründungen kam nur in Betracht, wenn die Personalvertretung Anhaltspunkte für Rechtsverstöße bei der Vergabe anführen konnte und also die Veranlassung für eine eingehendere Überprüfung nachgewiesen wurde.

Die Einordnung des neuen Erörterungsrechts in den Art. 70 ff. folgt aus dem Umstand, dass es sich um ein Beteiligungsrecht handelt und deshalb die Regelungsmaterie des Art. 69 Abs. 2 BayPVG überschritten ist. Es wird damit ein zweiter Anwendungsfall des Erörterungsrechts über das Beispiel des Art. 75a Abs. 2 Satz 2 BayPVG hinaus geschaffen. Dieses Beteiligungsrecht ist schwächer als die förmlichen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte ausgestaltet, aber als ein bloßes Anhörungsrecht (etwa Art 77 Abs. 3 BayPVG), das ebenfalls zu den Beteiligungsrechte der Art. 75 bis 79 BayPVG gehört.

Zu Nr. 4 (Änderung des Art. 78 BayPVG)

Auch nach bisherigem Recht war die in den Art. 78 Abs. 1 Buchst. a bis g und Abs. 2 benannte Personengruppe von der Geltung des Unterrichtungsanspruch nach Art. 69 Abs. 2 Satz 4 ausgenommen. Diese Rechtslage wird im Hinblick auf das neue Erörterungsrecht nach Art. 77a BayPVG fortgeführt.

Zu § 8 Änderung des Bayerischen Richtergesetzes

Zu Nr. 1 (Inhaltsübersicht)

Es erfolgt eine redaktionelle Anpassung an den neu gefassten Art. 82b.

Zu Nr. 2 (Art. 7 BayRiG)

Art. 7 regelt die Altersgrenze für Richterinnen und Richter. Vor dem Hintergrund einer weiter steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen wird die Regelaltersgrenze von bisher 65 Jahren auf 67 Jahre angehoben. Die Anhebung erfolgt stufenweise über 17 Jahre und damit sozialverträglich.

Zu den Regelungen im Einzelnen:

Abs. 1 regelt die - schrittweise - Anhebung der Regelaltersgrenze vom 65. Lebensjahr auf das 67. Lebensjahr für Richter, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind. Die Vorschrift entspricht den Regelungen im bayerischen Beamtenrecht.

Abs. 2 bleibt unverändert.

Abs. 3 entspricht inhaltlich weitgehend dem bisherigen Absatz 3. Der bisherige Satz 2 wurde gestrichen, da für ihn kein Anwendungsbereich mehr besteht. Der bisherige Satz 3 wird zu Satz 2.

Abs. 4 entspricht dem bisherigen Absatz 4, soweit für die dort enthaltenen Übergangsregelungen noch Anwendungsfälle denkbar sind.

Zu Nr. 3 (Art. 8c Abs. 5 BayRiG)

Durch Art. 9 BayBVAnpG 2009/2010 wurde im Beamtenrecht die Beschränkung des Höchstbewilligungszeitraums für die Alterteilzeit auf vier Jahre für Behördenleiter gestrichen, deren Ämter nach Art. 46 BayBG im Beamtenverhältnis auf Probe vergeben werden bzw. - im staatsanwaltschaftlichen Bereich - deren Ämter nicht mindestens in der Besoldungsgruppe R3 eingestuft sind. Die Gesetzesänderung passt die richterrechtliche Regelung entsprechend an. Wie im Beamtenbereich verbleibt es auch im Richterbereich weiterhin beim Ausschluss von Altersdienstermäßigung für Leiter von Gerichten, die mindestens der Besoldungsgruppe R3 angehören.

Zu Nr. 4 (Art. 8d Abs. 1 BayRiG)

Die Änderung vollzieht die entsprechende beamtenrechtliche Änderung in § 4 Nr. 25 Buchst. a (Schaffung der Möglichkeit einer Beurlaubung zur Pflege von Angehörigen entsprechend den Vorschriften für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auch über die gesetzliche Höchstfrist von 15 Jahren hinaus) nach. Auf die Begründung zu § 4 Nr. 25 Buchst. a wird Bezug genommen.

Zu Nr. 5 (Art. 40 Abs. 4 BayRiG)

zu Buchstabe a):

Die erforderliche Mindestzeit einer ununterbrochenen Tätigkeit als Richter bzw. Staatsanwalt wird auf sechs Jahre abgesenkt. Die vorgenannte Frist ist erforderlich, um sicherzustellen, dass die Mitglieder der Vertretungsorgane über den nötigen Rückhalt bei den Wahlberechtigten verfügen und die Vertretungsorgane die ihnen obliegenden verantwortungsvollen Tätigkeiten sachgerecht ausüben können. Die Frist ist andererseits ausreichend, wie die Erfahrungen mit dem Hauptstaatsanwaltsrat zeigen.

Im Sinne einer familienfreundlichen Regelung gelten Zeiten einer Elternzeit bzw. einer Beurlaubung aus familiären Gründen bei der Berechnung der Mindesttätigkeit im richterlichen oder staatsanwaltlichen Dienst künftig nicht mehr als Unterbrechung. Über Art. 52 Abs. 3 Satz 1 gilt dies auch für den Hauptstaatsanwaltsrat. Damit wird die Wählbarkeit für Richter oder Staatsanwälte, bei denen eine Unterbrechung des Dienstes aus familiären Gründen erfolgt ist, erleichtert. Auf diese Weise soll im Interesse der Gleichberechtigung von Richterinnen und Richtern sowie von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der Nachteil einer Unterbrechung aus familiären Gründen ausgeglichen werden, der typischerweise Richterinnen und Staatsanwältinnen trifft.

zu Buchstabe b) und c):

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen: Der bisherige zweite Halbsatz von Satz 1 wird zum eigenständigen Satz 2 und dabei sprachlich an die Terminologie des neuen Laufbahnrechts angepasst. Die bisherigen Sätze 2 bis 4 verschieben sich entsprechend.

Zu Nr. 6 (Art. 52 Abs. 3 Satz 1 BayRiG)

Die Vorschrift wird redaktionell an die Änderungen in Art. 40 Abs. 4 angepasst; Halbsatz 2 wird gestrichen, da die Mindestdauer richterlicher oder staatsanwaltschaftlicher Tätigkeit für die Wählbarkeit in den Präsidialrat auf sechs Jahre abgesenkt wird und somit eine Sonderbestimmung für den Hauptstaatsanwaltsrat obsolet ist.

Zu Nr. 7 (Art. 82b BayRiG)

Nach § 1 Abs. 3 des Richterwahlgesetzes in der Fassung durch Art. 2 des Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 22. September 2009 (BGBl I S. 3022) werden die für das Amt eines Richters an Gerichten der Europäischen Union oder eines Generalanwalts vorzuschlagenden Persönlichkeiten von der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Richterwahlausschuss benannt. Der Bundesminister der Justiz und die Mitglieder des Richterwahlausschusses können vorschlagen, wer von der Bundesregierung für die vorgenannten Ämter benannt werden soll (§ 10 Abs. 1 Satz 2 des Richterwahlgesetzes). Mitglied kraft Amtes im Richterwahlausschuss ist auf Länderseite derjenige Landesminister, der von dem jeweiligen Land hierzu bestimmt worden ist (§ 3 Abs. 3 des Richterwahlgesetzes).

Dieses Bestimmungsrecht wird durch die Vorschrift umgesetzt. Zum Mitglied kraft Amtes wird - entsprechend der Regelung des Bundes zum Vorschlagsrecht in § 10 Abs. 1 Satz 2 des

Richterwahlgesetzes - das für den Geschäftsbereich der Justiz zuständige Mitglied der Staatsregierung als das für das Richterrecht federführende Mitglied der Staatsregierung bestimmt.

Die Interessen der anderen Ressorts werden durch die Informationspflicht gegenüber der Staatsregierung gewahrt.

Zu § 9 Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

Zu Art. 9 AGVwGO

Die Vorschrift regelt die Zuständigkeit sowie die verfahrensmäßigen Anforderungen für die nach Art. 56 Abs. 2 BayBesG mögliche Gewährung von besonderen Zulagen für Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit und legt fest, dass sie jeweils für die Dauer eines Geschäftsjahres gewährt werden können. Die übrigen Voraussetzungen der Gewährung, die Höhe der Zulage und der Berechnungsschlüssel für die Höchstzahl der zu vergebenden Zulagen je Gericht ergeben sich unmittelbar aus Art. 56 Abs. 2 BayBesG.

Zu § 10 Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung

Zu Art. 6 AGFGO

Die Vorschrift regelt die Zuständigkeit sowie die verfahrensmäßigen Anforderungen für die nach Art. 56 Abs. 2 BayBesG mögliche Gewährung von besonderen Zulagen für Richter und Richterinnen der Finanzgerichtsbarkeit und legt fest, dass sie jeweils für die Dauer eines Geschäftsjahres gewährt werden können. Die übrigen Voraussetzungen der Gewährung, die Höhe der Zulage und der Berechnungsschlüssel für die Höchstzahl der zu vergebenden Zulagen je Gericht ergeben sich unmittelbar aus Art. 56 Abs. 2 BayBesG.

Zu § 11 Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

Zu Nr. 1 (Art. 47 BayHO)

Im Neuen Dienstrecht tritt anstelle der bisherigen Laufbahngruppen (mit der weiteren Unterteilung in Laufbahnen) nur noch eine Leistungslaufbahn, die sich in sechs Fachlaufbahnen gliedert. Art. 47 ist entsprechend der neuen Terminologie anzupassen. Die Flexibilisierung des Laufbahnrechts bedingt durch den Wegfall der Laufbahngruppengrenzen und die Begrenzung auf sechs Fachlaufbahnen auch eine Beschleunigung des Vollzugs der kw- und ku-Vermerke.

Zu Nr. 2 (Art. 49 BayHO)

Die Regelungen zur rückwirkenden Einweisung in eine Planstelle sind abschließend im neuen BayBesG geregelt. Art. 49 Abs. 2 kann daher ersatzlos entfallen.

Zu Nr. 3 (Art. 50 BayHO)

Im Neuen Dienstrecht werden die Begriffe „Bezüge“ und „Dienstbezüge“ nicht definiert. Die Besoldung der Beamten und Beamtinnen setzt sich nach Art. 2 Abs. 1 BayBesG aus Grund- und Nebenbezügen zusammen. Die finanziellen Aufwendungen des Staates für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ergeben sich im Wesentlichen aus den Tarifverträgen; die Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungsbeiträgen und vergleichbare Leistungen sowie der Arbeitgeberaufwendungen zur Zusatzversorgung gehören zu den Aufwendungen des Arbeitgebers für seine Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Für die Bayerische Haushaltsordnung soll der Begriff „Bezüge“ als Oberbegriff der finanziellen Aufwendungen (Geldleistungen) des Staates für seine Bediensteten definiert werden; Versorgungsbezüge im Sinne des Art. 2 BayBeamtVG fallen nicht unter diesen Begriff.

Zu Nr. 4 (Art. 72 BayHO)

Es handelt sich um eine Folgeänderung hinsichtlich der Nr. 3 (Definition des Begriffs der Bezüge).

Zu § 12 Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes

Zu Art. 6 BayRKG

Die Änderung dient der Gleichstellung von Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern.

Zu § 13 Änderung des Bayerischen Umzugskostengesetzes

Die Änderungen dienen der Gleichstellung von Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern.

Zu § 14 Änderung des Rechnungshofgesetzes

Zu Nr. 1 (Art. 3 RHG)

Durch die Einfügung wird ein Gleichklang mit den besoldungsrechtlichen Vorschriften herbeigeführt.

Zu Nr. 2 (Art. 7 RHG)

Die Änderung dient der Klarstellung. Es genügt, dass ein Mitglied kraft Auftrags alle Voraussetzungen des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 RHG erfüllt. Hingegen ist nicht erforderlich, dass auch die Voraussetzung des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 RHG erfüllt wird.

Zu § 15 Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung

Zu Nr. 1 (Art. 10 MinG)

Zu Abs. 1

Die Änderungen sind rein redaktioneller Art und dienen der Anpassung der Regelungen an die Vorschriften des neuen Bayerischen Besoldungsgesetzes. Die Ergänzung in Art. 10 Abs. 1 Nr. 4 dient der Klarstellung. Nachdem seit der Föderalismusreform I unterschiedliche besoldungs- und versorgungsrechtliche Vorschriften bestehen, wird mit dem Hinweis auf die Beamten des Freistaates Bayern die entsprechende Anwendung der für Beamte des Freistaates Bayern geltenden besoldungsrechtlichen Vorschriften zweifelsfrei eingegrenzt.

Zu Abs. 5

Die Kürzung von Versorgungsansprüchen aus der früheren Wahrnehmung eines Mandats im Europäischen Parlament in den Fällen, in denen gleichzeitig ein Erwerbseinkommen aus öffentlichen Mitteln bezogen wird, war bisher im Europaabgeordnetengesetz geregelt. Das am 14. Juli 2009 in Kraft getretene Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (2005/684/EG, Euratom) sieht eine entsprechende Kürzung der Versorgungsbezüge nicht vor. Die Vermeidung von Doppelzahlungen muss daher nunmehr in den jeweiligen, die das Einkommen aus öffentlichen Mitteln begründenden Normen geregelt werden. Der Bund hat für die Mitglieder der Bundesregierung entsprechende Konsequenzen im neuen § 13 Abs. 3 des Europaabgeordnetengesetzes gezogen. Eine das gleiche Ergebnis bewirkende Vorschrift wird auch in Abs. 5 aufgenommen. Hiernach ruhen die Amtsbezüge in Höhe von 50 v. H. der Versorgungsbezüge nach dem Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments.

Die übrigen Änderungen in Abs. 5 sind redaktioneller Art.

Zu Nr. 2 (Art. 10a MinG)

Art. 10a wird mit der Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen nach § 5 Nr. 4 des Gesetzes zum Neuen Dienstrecht gegenstandslos und kann aufgehoben werden. Auf die Begründung hierzu wird verwiesen.

Zu Nr. 3 (Art. 11 MinG)

Die Änderungen sind rein redaktioneller Art und dienen der Anpassung der Regelungen an die Vorschriften des neuen Bayerischen Besoldungsgesetzes und des neuen Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes.

Zu Nr. 4 (Art. 13 MinG)

Mit der Ergänzung der Vorschrift werden Zweifel bei der Rechtsanwendung ausgeräumt. Auf die Ausführungen zu Nr. 1 wird Bezug genommen.

Zu Nr. 5 (Art. 15 MinG)

Für Mitglieder der Staatsregierung gibt es keine gesetzlichen Altersgrenzen. Stattdessen enthält Art. 15 neben der Regelung der Mindestamtszeit (Wartezeit) für den Anspruch auf Ruhegehalt eine Ruhensregelung für den Bezugsbeginn des Ruhegehalts. Vor dem Hintergrund einer weiter steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen wird für die politische Leitungsebene des Freistaates Bayern die in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Beamtenversorgung vorgenommen Anhebung der Altersgrenzen auf die Ruhensregelungen wirkungsgleich übertragen.

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. aa)

Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 regelt die Anhebung der Altersgrenze auf das 67. Lebensjahr für den Bezugsbeginn des Ruhegehalts. Durch das Anknüpfen an die Regelaltersgrenze für Beamte des Freistaates Bayern findet zum einen die allgemeine Regelung zu der Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1 BayBG als auch die entsprechende Übergangsregelung nach Art. 143 BayBG sinngemäße Anwendung. Die Anhebung erfolgt dabei stufenweise über 18 Jahre.

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. bb)

In Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 wird entsprechend der allgemeinen Anhebung der Altersgrenzen, die Altersgrenze bei mindestens zehnjähriger Amtszeit vom 60. Lebensjahr auf das 62. Lebensjahr erhöht. Bei einer mindestens zehnjährigen Kabinettszugehörigkeit verbleibt es somit bei einer um fünf Jahre vorgezogenen Altersgrenze für den Bezug von Altersbezügen. Die Anhebung erfolgt nach Art. 25e über dreizehn Jahre verteilt.

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. cc)

Nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. Satz 2 kann ein Mitglied der Staatsregierung auf Antrag ab dem 64. Lebensjahr vorzeitig das Ruhegehalt erhalten. Die Anhebung vom 62. Lebensjahr auf das 64. Lebensjahr entspricht der allgemeinen Anhebung der Altersgrenzen um zwei Jahre. Nach Art. 25e Abs. 2 erfolgt die Anhebung in Stufen über 15 Jahre verteilt. Durch die Beschränkung auf das 64. Lebensjahr ist weiterhin sichergestellt, dass die Abschläge höchstens 10,8 v. H. erreichen.

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. dd)

Nach Satz 3 Nr. 1 vermindert sich das Ruhegehalt um 3,6 v. H. für jedes Jahr, um das das ehemalige Mitglied der Staatsregierung das Ruhegehalt vor Beginn des Monats, in dem es die für die Beamten des Freistaates Bayern geltenden Regelaltersgrenze erreicht in Anspruch nimmt. Durch das Anknüpfen an die Regelaltersgrenze für Beamte des Freistaates Bayern findet jedoch nicht nur die allgemeine Regelung zu der Altersgrenze nach Art. 62 Satz 1 BayBG, sondern auch die entsprechende Übergangsregelung nach Art. 143 BayBG sinngemäße Anwendung. Die Anhebung erfolgt dabei stufenweise über 18 Jahre.

Zu Buchst. a) Doppelbuchst. ee)

Bei Eintritt des Versorgungsfalles wegen Dienstunfähigkeit werden auch künftig die Versorgungsbezüge – wie im Rentenrecht und in der Beamtenversorgung – um 3, 6 v. H. pro Jahr des vorzeitigen Leistungsbezugs, insgesamt aber höchstens um 10, 8 v. H., gemindert. Nach Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 werden die Altersgrenzen für die Berechnung des Versorgungsabschlags

bei einem Dienstunfall entsprechend der allgemeinen Anhebung der Altersgrenzen um zwei Jahre auf das 65. Lebensjahr bzw. auf das 62. Lebensjahr bei mindestens zehnjähriger Amtszeit erhöht.

Zu Buchst. b)

Der Absatz 6 schließt eine Versorgungslücke für diejenigen Mitglieder der Staatsregierung, die vor Ablauf der jeweils maßgeblichen Mindestamtszeit ausscheiden. Sie können auf Antrag, ebenso wie ohne Versorgungsansprüche ausscheidende Beamte, in der gesetzlichen Rentenversicherung oder einer berufsständischen Versorgungseinrichtung nachversichert werden (§ 8 Abs. 2 und § 186 SGB VI); der Antrag ist nicht fristgebunden. Soweit Mitglieder der Staatsregierung in einem Beamtenverhältnis standen oder stehen, wird die Amtszeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt. Eine zusätzliche Nachversicherung ist dann nicht mehr geboten. Satz 2 ordnet daher den Vorrang der versorgungsrechtlichen Regelung an. Satz 3 entspricht dem Rechtsgedanken des Art. 16 Abs. 4 BayAbgG und verhindert, dass die Zeiten aus dem früheren Amtsverhältnis in zwei Alterssicherungssystemen anspruchsbegründend sind.

Zu Nr. 6 (Art. 16a MinG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an das neue Bayerische Beamtenversorgungsgesetz.

Zu Nr. 7 (Art. 19 MinG)

Die Änderung zur Bezugsberechtigung von Ehrensold vollzieht die allgemeine Anhebung der Altersgrenzen nach. Der Ehrensold wird künftig – außer in den Fällen der Dienstunfähigkeit - nur gewährt, wenn das Mitglied der Staatsregierung das 67. Lebensjahr vollendet hat.

Zu Nr. 8 (Art. 22 MinG)

Zu Buchst. a)

Neben der redaktionellen Anpassung an das neue Bayerische Beamtenversorgungsgesetz, bewirkt der Verweis auf Art. 85 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes, dass künftig entsprechend den für die Beamten geltenden Vorschriften neben den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes auch Renten nach dem Gesetz über die Alterssicherung für Landwirte auf die Versorgungsbezüge angerechnet werden. Dies ist konsequent, da es ein Anliegen des Neuen Dienstrechts ist, alle sonstigen Versorgungsleistungen aus einem Beschäftigungsverhältnis auf die Versorgungsbezüge anzurechnen. Deshalb ist es insbesondere gerechtfertigt auch Renten nach dem Gesetz über die Alterssicherung für Landwirte auf die Versorgungsbezüge anzurechnen, weil diese Renten überwiegend aus Steuermitteln und damit aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Weil es sich beim Amtsverhältnis als Mitglied der Staatsregierung nicht um ein auf Lebenszeit ausgerichtetes „Beschäftigungsverhältnis“ handelt, ist das dem Art. 85 Bayerische Beamtenversorgungsgesetz zu Grunde liegende Leitbild des sog. „Nur-Beamten“ aber nicht „Eins-Zu-Eins“ übertragbar. Weiterhin nicht angerechnet werden deshalb Leistungen nach Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes, zu denen der Arbeitgeber auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses im

öffentlichen Dienst nicht mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat und sonstige Versorgungsleistungen nach der Generalklausel des Art. 85 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes. Um vorhandenen Versorgungsempfängern mit bislang nicht unter § 55 Beamtenversorgungsgesetz fallenden Leistungen aus der Alterssicherung der Landwirte Bestandsschutz zu gewähren, wird in der Übergangsregelung des Art. 25e Abs. 4 auf die entsprechende Regelung des Art. 101 Abs. 5 BayBeamtVG verwiesen.

Der Verweis in Satz 2 auf Art. 86 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes stellt sicher, dass auch künftig Versorgungsbezüge aus der Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unverändert auf die Versorgungsbezüge angerechnet werden.

Zu Buchst. b)

Das Übergangsgeld soll von seinem Sicherungsziel her den Wiedereinstieg der ehemaligen Kabinettsmitglieder in das frühere Berufsleben oder eine berufliche Neuorientierung erleichtern und finanziell abfedern. Der Sinn und Zweck der Vorschrift verlangt, dass sich das Kabinettsmitglied nicht nur privates Erwerbseinkommen anrechnen lassen muss, sondern auch Leistungen, die es als Abgeordneter des Europäischen Parlaments erhält.

Zu den Buchst. c) bis e)

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen an das neue Bayerische Beamtenversorgungsgesetz sowie an die allgemeine Anhebung der Altersgrenzen.

Zu Buchst. f)

Mit dem Inkrafttreten des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments mit Beginn der 7. Wahlperiode am 14. Juli 2009 bestimmt sich die Entschädigung der Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie deren Versorgungsansprüche nach dem Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (2005/684/EG, Euratom). Bestimmungen zur Regelung des Zusammentreffens mit Bezügen aus öffentlichen Kassen der Mitgliedsstaaten sind im Abgeordnetenstatut nicht vorgesehen, diese bleiben vielmehr den einzelnen Mitgliedsstaaten vorbehalten. Die Anrechnungsreglung des Abs. 9 orientiert sich an den wirkungsgleichen Bestimmungen des BayAbgG und des BayBeamtVG. Beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit einer Entschädigung nach dem Abgeordnetenstatut sind nach Satz 1 die Versorgungsbezüge grundsätzlich um die Hälfte zu kürzen, höchstens jedoch um die halbe Entschädigung nach dem Abgeordnetenstatut. Beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Übergangsgeld mit Ruhegehalt (Art. 14 und 15 Abgeordnetenstatut) oder Hinterbliebenenbezügen (Art. 17 Abgeordnetenstatut) ruhen nach den Sätzen 2 und 3 die Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz um die Hälfte des Betrags, um den sie zusammen mit den Versorgungsbezügen nach dem Abgeordnetenstatut die Kürzungsgrenze in Höhe der Entschädigung gemäß Art. 10 Abgeordnetenstatut übersteigen.

Zu Nr. 9 (Art. 25c MinG)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an das neue Bayerische Beamtenversorgungsgesetz.

Zu Nr. 10 (Art. 25e MinG)

Art. 25e in seiner ursprünglichen Fassung ist mangels bestehender Anwendungsfälle gegenstandslos geworden und kann aufgehoben werden. Art 25e enthält nunmehr Übergangsregelungen zur Anhebung der Altersgrenzen für den Bezugsbeginn des Ruhegehalts.

Zu Abs. 1

Abs. 1 regelt die stufenweise Anhebung der Altersgrenze auf das 62. Lebensjahr für nach dem 31. Dezember 1951 geborene Kabinettsmitglieder für den Bezugsbeginn des Ruhegehalts bei einer mindestens zehnjährigen Amtszeit. Die Anhebung der Altersgrenzen erfolgt unabhängig von den Anhebungstatbeständen einheitlich ab dem Jahr 2012. Für die Anhebung gilt die Übergangsregelung des Art. 143 Abs. 2 Satz 2 BayBeamtVG entsprechend. Auf die dortige Begründung wird verwiesen.

Zu Abs. 2

Abs. 2 regelt die stufenweise Anhebung der Altersgrenze für den vorzeitigen Bezug des Ruhegehalts vom 62. Lebensjahr auf das 64. Lebensjahr nach Art. 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. Satz 2; wegen der schnelleren Anhebung im Geburtsjahrgang 1950 siehe Begründung zu Abs. 1. Die Anhebungsschritte erfolgen in diesem Bereich zunächst für den Geburtsjahrgang 1950 in Gruppen von je drei Geburtsmonaten. Demnach erhöht sich die Altersgrenze für im Januar bis März 1950 Geborene auf 62 Jahre und einen Monat, für im April bis Juni 1950 Geborene auf 62 Jahre und zwei Monate usw. Die weiteren Anhebungsschritte vom Geburtsjahrgang 1951 bis 1958 erfolgen - parallel zur Anhebung der Regelaltersgrenze - zunächst in Stufen von einem Monat pro Geburtsjahrgang (Anhebung der Altersgrenze auf 63 Jahre) und dann von zwei Monaten pro Geburtsjahrgang (Anhebung der Altersgrenze von 64 Jahre). Für alle nach 1963 Geborenen gilt die Altersgrenze von 64 Jahren. Für die Jahrgänge 1949 und früher findet aus Vertrauensschutzgründen noch die bis zum 31. Dezember 2010 geltende Altersgrenze Anwendung.

Zu Abs. 3

Abs. 3 enthält eine Übergangsregelung zur Anhebung des Referenzalters für die Berechnung des Versorgungsabschlags bei Eintritt des Versorgungsfalles wegen Dienstunfähigkeit auf das 65. Lebensjahr bzw. auf das 62. Lebensjahr bei mindestens zehnjähriger Amtszeit gemäß Art. 15 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2. Für die Anhebung gilt Art. 106 Abs. 3 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes sinngemäß, insofern wird auf die dortige Begründung verwiesen. Satz 2 stellt sicher, dass bei einer mindestens zehnjährigen Amtszeit weiterhin ein um drei Jahre vorgezogener Bezugsbeginn möglich ist.

Zu Abs. 4

Für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung deren Anspruch auf Ruhegehalt ruht, gelten bei der Anwendung des Art. 15 Abs. 2 die nach bisher geltender Rechtslage maßgeblichen Altersgrenzen weiter; das gilt auch für den Fall der erneuten Ernennung eines ehemaligen Mitglieds der Staatsregierung. Entsprechendes gilt auch für die Hinterbliebenen von ehemaligen Mitgliedern der Staatsregierung.

Zu Abs. 5

Über die sinngemäße Geltung des Art. 101 Abs. 5 Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz wird für am 1. Januar 2011 vorhandene Versorgungsempfänger in der Weise Bestandsschutz gewährt, dass die Versorgungsbezüge nach Anwendung der Ruhensberechnung nach Art. 85 Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz beim Bezug einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte nicht hinter dem Zahlbetrag der Versorgungsbezüge vor Inkrafttreten des Gesetzes zurückbleiben dürfen.

Zu § 16 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die Vorschrift regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Absatz 2 regelt, welche Normen aufgrund der Neuregelungen des BayBG sowie des Besoldungs- und Versorgungsrechts außer Kraft treten. Mit Nrn. 4 und 5 werden die versorgungsrechtlichen Regelungen der Anpassungsgesetze 2007/2008 und 2009/2010 außer Kraft gesetzt, da sie inhaltlich in das BayBeamtVG übernommen wurden.

Das nachträgliche Entfallen einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage ist für den Bestand einer auf Grund Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung ohne Einfluss (vgl. BVerfGE 9, 3, 12; 12, 341, 347; 31, 357, 362 f.; 52, 1, 17; 78, 179, 198). Daher müssen die Rechtsverordnungen auf der Grundlage des bisherigen Rechts gegebenenfalls zusätzlich aufgehoben werden. Dies gilt auch für Ermächtigungsgrundlagen des Bundesrechts, die durch bayerisches Landesrecht ersetzt werden.

C. Nicht übernommene Änderungsforderungen der Spitzenverbände

I. Statusrecht

1. Zu Art. 20 BayBG

Der Bayerische Beamtenbund fordert eine Änderung des Art. 20 BayBG, die eine grundsätzliche Pflicht zur Stellenausschreibung beinhaltet.

Die Forderung ist abzulehnen. Nach Art. 20 BayBG sind Bewerber und Bewerberinnen durch Stellenausschreibungen zu ermitteln, wenn dies im besonderen dienstlichen Interesse liegt. Darüber hinaus kann der Dienstherr Stellenausschreibungen vornehmen, wenn dies im konkreten Stellenbesetzungsverfahren sinnvoll ist; in der Regel wird dies auch so praktiziert. Eine weitergehende Pflicht zur Stellenausschreibung würde ggf. nur zur Verwaltungsmehraufwand führen, ohne dass in der Sache eine Verbesserung eintreten würde. Für die Besetzung von Beförderungsstellen allgemein bieten in der Regel die dienstlichen Beurteilungen ein geeignetes Auswahlkriterium. Interne Stellenausschreibungen machen dann im Einzelfall Sinn, wenn die Behörde Informationen braucht, welche Beamten überhaupt an einem bestimmten Dienstposten interessiert sind. Externe Ausschreibungen können im Einzelfall gezielt durchgeführt werden, wenn der Kreis geeigneter Bewerber (noch) weiter erhöht werden soll. Nach ständiger Rechtsprechung besteht jedoch kein Rechtsanspruch auf Stellenausschreibung gem. Art. 33 Abs. 2 GG (zuletzt VGH Bayern, Beschl. v. 19.1.2009, Az. 15 CE 08.3184), sodass Art. 20 BayBG eine sowohl rechtlich abgesicherte als auch praktisch ausgewogene Regelung darstellt. Die Besetzung von Stellen im Vorbereitungsdienst erfolgt überdies ohnehin durch Einstellungsprüfungen und Ausleseverfahren. Auch für die Besetzung von Eingangsstellen bedarf es in der Regel keiner Ausschreibung, da die objektive Auswahl durch die nach Wettbewerbsgrundsätzen abgelegten Anstellungsprüfungen sichergestellt sind.

2. Zu Art. 62 BayBG

Der Bayerische Beamtenbund lehnt die „verpflichtende“ Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab und fordert Regelungen zur Verkürzung und Verlängerung der derzeit geltenden Altersgrenzen auf freiwilliger Basis unter zumutbaren Bedingungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt eine Erhöhung der Altersgrenzen ebenfalls ab. Sie stelle im Ergebnis lediglich eine Kürzung der Pensionen dar.

Der Bayerische Beamtenbund lehnt weiterhin die Änderung im Bereich der Lehreraltersgrenze ab. Die bisherige Regelung habe sich bewährt und verhindere einen unerwünschten Ruhestandseintritt während des Schuljahres. Hilfsweise fordert er eine Regelung, die die Änderungen aus Vertrauensschutzgründen erst 2012 beginnen lässt. Daneben wird andererseits eine besondere Altersgrenze für Lehrkräfte gefordert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt die Regelung zum Ruhestandseintritt der Lehrkräfte ebenfalls ab.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert schließlich die Aufnahme einer „Revisionsklausel“ in das Gesetz.

Die Forderungen sind grundsätzlich abzulehnen. Der Ruhestandseintritt für Lehrkräfte wird jedoch auf das Ende des Schulhalbjahres verschoben und die Übergangsregelung (Art. 143 BayBG) angepasst.

Die Anhebung der Altersgrenzen ist alternativlos, wenn die Nachhaltigkeit der Versorgungssysteme angesichts der demographischen Entwicklung gesichert werden soll. Es handelt sich hierbei keineswegs um einen Bayerischen Sonderweg, der Gesetzentwurf befindet sich vielmehr in Übereinstimmung mit den bundesrechtlichen Regelungen sowohl für Beamte als auch für die gesetzliche Rentenversicherung. Der Vorschlag des Bayerischen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes würde im Übrigen zu einer unerwünschten und politisch schwer vermittelbaren Privilegiendiskussion zu Lasten der Beamten führen.

Frühzeitige Ruhestandsversetzungen würden die Anzahl der Beihilfeberechtigten und damit die Beihilfekosten deutlich erhöhen. Eine zu starke Flexibilisierung in diesem Bereich erschwert daneben eine kontinuierliche Personalplanung erheblich. Schließlich müsste ein frühes freiwilliges Ausscheiden aus dem aktiven Dienst mit hohen Abschlägen bei der Versorgung einhergehen, was sich in der Regel nur gut situierte Beamtinnen und Beamte mit beispielsweise gut verdienenden Ehepartnern leisten können. Dies birgt die Gefahr der Zwei-Klassen-Gesellschaft an den Behörden und Schulen.

Im Hinblick auf die Forderung nach flexiblen Lösungen ist festzustellen, dass die bisherige Antragsaltersgrenze im vorliegenden Gesetzentwurf unberührt bleibt. Daher ist in Zukunft ein Ausscheiden aus dem aktiven Beamtenverhältnis bis zu drei Jahre vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze möglich. Damit enthält der Gesetzentwurf ohnehin eine stärkere Flexibilisierung als die bisherige Rechtslage, die eine Antragsaltersgrenze nur ein Jahr vor der gesetzlichen Altersgrenze vorsah. Eine Dienstleistung über die Altersgrenze hinaus ist ebenfalls drei Jahre lang möglich. Daneben ermöglicht die unbefristete Fortsetzung der Altersteilzeit in Bayern ebenfalls bereits gegenwärtig einen flexiblen Ausstieg aus dem aktiven Dienst zu zumutbaren Bedingungen.

Im Hinblick auf die Altersgrenze bei Lehrkräften ist festzuhalten, dass die neue Regelung in Kombination mit den Zu- und Aufschlagsregelungen des BayBeamtVG die bisherigen Privilegierungen der Lehrkräfte bei der Ruhestandsversetzung abbaut und in ein gerechtes und stimmiges System überführt.

Zudem wird der Forderung des Bayerischen Beamtenbundes, einen Ruhestandseintritt zumindest zum Ende des Schulhalbjahres (und nicht erst zum Ende des Schuljahres, in dem die Altersgrenze erreicht wird), vergleichbar der Regelung in NRW, zu ermöglichen, entsprochen.

Außerdem wird der hilfsweisen Forderung des Bayerischen Beamtenbundes durch eine Anpassung der Übergangsregelung (Art. 143 BayBG) Rechnung getragen. Damit wird aus Vertrauensschutzgründen im Ergebnis sichergestellt, dass die neue Altersgrenze bei Lehrkräften erst ab dem Schuljahr 2012/2013 greift.

Durch die Verlängerung der Altersteilzeit ist für jede Lehrkraft ein Ende der Unterrichtstätigkeit während der Übergangsphase mit 63 oder 64 Jahren und selbst im Endausbau der Anhebung der Altersgrenzen mit 65 Jahren möglich. Die Inanspruchnahmequote im Lehrerbereich liegt bei der Altersteilzeit deutlich über 50 %. Damit wird es faktisch für die Mehrzahl der Lehrkräfte in Bayern bei einem Berufsausstieg zwei Jahre vor der künftigen Regelaltersgrenze bleiben. Die geltende Übergangsregelung der Anhebung von 65 auf 67 gilt weiterhin auch für Lehrkräfte, eine weitere Übergangsregelung bei der neuen Altersgrenze für Lehrkräfte im

Wege einer Staffelung ist angesichts des „starren“ Ruhestandseintritts mit dem Ende eines Schuljahres nicht darstellbar.

Eine besondere Altersgrenze für Lehrer ähnlich derjenigen im Vollzugsbereich ist abzulehnen. Dies würde keine Anhebung, sondern eine Absenkung des Pensionseintrittsalters bedeuten. Der Vorschlag des Bayerischen Beamtenbundes würde eine noch massivere Privilegiendiskussion zu Lasten der Beamten („Schichtarbeiter am Fließband muss auch bis 67 arbeiten“) bedeuten.

Die Aufnahme einer Revisionsklausel ist schließlich überflüssig. Sowohl in den Eckpunkten, als auch in der Begründung des Gesetzentwurfes ist klargestellt, dass eine Anhebung der Altersgrenzen unterbleibt bzw. zurückgenommen wird, wenn sie auch im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung zurückgenommen wird.

3. Zu Art. 63 BayBG

Der Bayerische Beamtenbund vertritt die Auffassung, dass ein Hinausschieben des Ruhestandes maximal um dreimal ein Jahr möglich sein sollte.

Dies entspricht bereits der geltenden Rechtslage. Lediglich im Bereich der besonderen Altersgrenzen ist derzeit ein Hinausschieben auf Antrag des Beamten noch um bis zu fünf Jahre möglich. Dies wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf jedoch sukzessive wieder auf maximal drei Jahre zurückgeführt.

4. Zu Art. 91 BayBG

Der Bayerische Beamtenbund fordert, dass Altersteilzeit bis zur Antragsaltersgrenze ermöglicht und das Beförderungsverbot bei Altersteilzeit im Blockmodell zumindest während der Ansparphase aufgehoben wird.

Die Forderungen sind abzulehnen. Die Fortführung der Altersteilzeit ist bundesweit einmalig. Für eine weitere Verbesserung durch eine Kombination von Altersteilzeit und Antragsruhestand oder Beförderungen beim Blockmodell ist kein Raum.

5. Zu Art. 129 BayBG

Der Bayerische Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnen eine Erhöhung der besonderen Altersgrenzen ab. Die Belastungen im Vollzugsbereich seien unverändert hoch.

Die Anhebung der Altersgrenzen ist aus mehreren Gründen alternativlos. Zur näheren Begründung wird auf die obigen Ausführungen zu Art. 62 BayBG verwiesen.

6. Zu Art. 130 BayBG

Der Bayerische Beamtenbund fordert eine Ausweitung des Art. 130 BayBG auf Beamte und Beamtinnen, die in geschlossenen Abteilungen oder Stationen bei Psychiatrischen Krankenanstalten tätig sind.

Die Forderung ist abzulehnen. Mit dem Gesetzentwurf ist angesichts der demographischen Entwicklung eine Anhebung der Lebensarbeitszeit beabsichtigt. Den Anwendungsbereich der besonderen Altersgrenzen auszuweiten ist damit nicht in Einklang zu bringen und würde einen Bezugsfall für Anschlussforderungen schaffen.

7. Zu Art. 143 BayBG

Der Bayerische Beamtenbund fordert, dass auch Lehrkräfte im Teilzeitmodell der Altersteilzeit wie beim Blockmodell von der Anhebung der Altersgrenzen in der Übergangsregelung ausgenommen werden.

Die Forderung ist abzulehnen. Dass Lehrkräfte, die sich in der Ansparphase der Altersteilzeit im Blockmodell befinden, von der Anhebung der Altersgrenze ausgenommen werden, beruht ausschließlich auf schulorganisatorischen Gründen, weil eine Verlängerung der Ansparphase (entsprechend der schrittweisen Anhebung der Altersgrenze) zu einem Beginn der Freistellungsphase während des laufenden Schuljahres führen würde. Beim Teilzeitmodell stellt sich dieses Problem aber gerade nicht.

II. Laufbahnrecht

1. Zu Art. 5 LlbG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund führt zu den Fachlaufbahnen an, dass die Laufbahn der Feuerwehrbeamten zur Fachlaufbahn „Sicherheit“ und nicht wie vorgesehen zur Fachlaufbahn „Naturwissenschaft und Technik“ gehöre.

Die Einordnung in die sachnähere Fachlaufbahn „Naturwissenschaft und Technik“ erfolgt auf Grund von Hinweisen der Fachleute aus dem Bereich Feuerwehr. Im Übrigen würde die Konzentration der bisherigen Fachlaufbahn „Sicherheit und Polizei“ auf „Polizei und Verfassungsschutz“ der Aufnahme der Feuerwehr entgegenstehen.

2. Zu Art. 7 und 8 LlbG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält die Regelungen zur Vor- und Ausbildung für nicht ausreichend, da sie zu stark auf die schulische Bildung und kaum auf andere Qualifikationen und berufliche Erfahrungen abstellten.

Eine Vielzahl erweiterter Möglichkeiten erlaubt die Berücksichtigung sonstiger Qualifikationen und beruflicher Erfahrungen, z. B. beim sonstigen Qualifikationserwerb, über die Tatbestände zur Vorverlagerung des allgemeinen Dienstzeitbeginns oder bei der Einstellung in einem höheren als dem Eingangsamt. Der noch weitergehende allgemeine Vorschlag verspricht deshalb keine Verbesserungen.

3. Zu Art. 12 LlbG-E

Der Bayerische Beamtenbund schlägt für die Definition des Zwecks der Probezeit eine veränderte Formulierung vor, die auf den strengen Maßstab verzichten will.

Zweck der Probezeit ist, jegliche Zweifel an einer Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit auszuschließen. Damit sollen die Verantwortlichen auf die hohe Verantwortung bei der Erstellung der Prognose deutlicher als bisher hingewiesen werden. Nur so kann dem Leistungsprinzip sicher Rechnung getragen werden. Eine dem Gesetzesentwurf entsprechende Regelung findet sich auch in § 11 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes.

4. Zu Art. 15 LlbG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht sich für eine Berücksichtigung von Tätigkeiten bei Gewerkschaften und sonstigen Spitzenorganisationen als laufbahnrechtliche Dienstzeit nach Abs. 4 Nr. 3 aus.

Eine weitere Ausdehnung der umfangreichen Anrechnungsregelung wäre systematisch nicht gerechtfertigt. Soweit ein dienstliches Interesse gegeben ist, kann zudem eine Berücksichtigung über Art. 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 LlbG-E erfolgen.

5. Zu Art. 20 LlbG-E

Der Bayerische Beamtenbund begrüßt im Grundsatz die Regelungen zur modularen Qualifizierung, empfindet sie jedoch z. T. als eine Erschwernis gegenüber dem jetzigen Aufstiegssystem. Dies sieht er insbesondere in der Formulierung „Prüfungen und andere Erfolgsnachweise“.

Hinter den Regelungen in Art. 20 steht eine sorgfältige Abwägung der Feststellungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, die Qualität für künftige Aufgabenerfüllung zu sichern. Dies hat den gänzlichen Verzicht auf Prüfungen nicht sinnvoll erscheinen lassen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisiert die Mindestdienstzeit für die Zulassung zur modularen Qualifizierung von 10 Jahren.

Die Mindestdienstzeit stellt sicher, dass hinreichende Berufserfahrung gesammelt wurde, um die Eignung für die modulare Qualifikation zu bewerten. Darauf kann nicht verzichtet werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert ein Mitspracherecht und die Einführung einer dem § 46 Bundeslaufbahnverordnung (BLV) vergleichbaren Formulierung zur Umsetzung einer echten Personalentwicklung.

Es entspricht seit längerem der bayerischen Verwaltungspraxis, moderne Instrumente der Personalentwicklung und Personalführung anzuwenden. Aus Gründen der Deregulierung kann daher auf eine dem § 46 BLV vergleichbare Norm verzichtet werden.

Weiterhin solle aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Zugang zur modularen Qualifizierung nicht durch eine Feststellung des Dienstherrn erfolgen, sondern es solle eine grundsätzliche Chance zur Teilnahme geben.

Das Verfahren der dienstlichen Beurteilung erlaubt regelmäßig eine sachgerechte Einschätzung. Sofern Beamtinnen und Beamten zu Unrecht entsprechende Eignungen versagt werden, bietet das Einwendungsverfahren hinreichende Möglichkeiten, den Fehler zu beheben. Zudem würde ein grundsätzlicher Teilnahmeanspruch dem Leistungsgedanken des Neuen Dienstrechts widersprechen.

6. Zu Art. 21 LlbG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund regt an, der in Art. 21 Abs. 1 Satz 3 LlbG-E eingefügte Ausdruck „im Wesentlichen“ solle entfallen, da er zu unbestimmt sei.

Der Ausdruck entspricht ständiger Praxis und ist so auch in den Fürsorgerichtlinien enthalten. Probleme in der Praxis sind bisher nicht bekannt geworden.

7. Zu Art. 37 LlbG-E

Dem Deutschen Gewerkschaftsbund erscheint die Delegationsmöglichkeit der obersten Dienstbehörden auf den LPA bei der Festlegung gleichwertiger Qualifikationsnachweise in den Fällen, in denen keine Qualifikationsprüfung vorgesehen ist, nicht sinnvoll. Die oberste Dienstbehörde solle, ggf. mit Ausnahmen für kleinere Kommunen, zuständig bleiben.

Die Grundansicht des DGB wird geteilt. Gerade weil es sich hier um eine komplexe Aufgabe handelt, sollen insbes. kleinere Kommunen die Kompetenzen des LPA in Anspruch nehmen können, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Art. 37 Abs. 6 Satz 3 bietet die Möglichkeit dazu.

8. Zu Art. 52 LlbG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert den Vorrang von Regelbewerbern bei gleichwertiger Qualifikation und das Zustimmungserfordernis des Landespersonalausschusses bei der Berufung anderer Bewerber.

Das Zustimmungserfordernis des LPA bei der Berufung anderer Bewerber ist bereits vorgesehen, im Übrigen ist der Vorschlag nicht zielführend. In den hier angesprochenen in der Praxis höchst seltenen Fällen treffen die obersten Dienstbehörden die Auswahl anhand der üblichen Hilfskriterien. Dies erscheint sachgerecht und ausreichend. Eine Ausweitung von Genehmigungserfordernissen zur Qualitätssicherung ist nicht notwendig.

9. Zu Art. 54 LlbG-E

In Zusammenhang mit Art. 54 Abs. 1 Satz 1 LlbG-E regt der Deutsche Gewerkschaftsbund an, dass die Einschätzung nicht als neue dienstliche Beurteilung eingeführt werden solle. Im Übrigen werde aber die Regelung der Einschätzung in Art. 55 Abs. 1 LlbG-E begrüßt.

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Leistungsorientierung des Neuen Dienstrechts die Einordnung der Einschätzung als dienstliche Beurteilung verlangt. Auch die Probezeitbeurteilung stellt (wie bisher auch) eine dienstliche Beurteilung dar. Die Einschätzung kann nicht anders behandelt werden als die Probezeitbeurteilung. Zudem dient es der Rechtsklarheit insoweit keine weiteren Rechtsinstitute einzuführen.

10. Zu Art. 56 LlbG-E

Bezüglich Art. 56 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 sowie Satz 2 LlbG-E verweist der Bayerische Beamtenbund darauf, dass die Nachholung der periodischen Beurteilung nach dem rechtskräftigen Abschluss eines Straf- oder Disziplinarverfahrens, der Einstellung der Ermittlungen bzw. dem Wegfall eines sonstigen wichtigen Grundes, der zur Zurückstellung der periodischen Beurteilung geführt habe, nicht ausreichend sei, um entstandene laufbahnrechtliche Nachteile auszugleichen.

Die Regelung entspricht bereits geltendem Recht. Die Zurückstellung der periodischen Beurteilung in den vom Bayerischen Beamtenbund genannten Fällen steht im Ermessen des jeweiligen Beurteilers bzw. der Beurteilerin. Sofern sich im Falle eines Straf- bzw. Disziplinarverfahrens der Anfangsverdacht nachträglich nicht bestätigt, ist – neben einer Nachholung – durch geeignete weitere Maßnahmen, die jeweils im Einzelfall als erforderlich festgestellt werden, zu reagieren. Dies ist in der Praxis auch ohne neue Normen leistbar. Das Disziplinarverfahren ist von Amts wegen einzuleiten, wenn der Anfangsverdacht eines Dienstvergehens besteht, Art. 19 BayDG. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens erfolgt daher auch dann nicht „zu Unrecht“, wenn der Verdacht durch die Ermittlungen widerlegt wird. Das Disziplinarverfahren wurde durch das BayDG überdies erheblich gestrafft.

In Zusammenhang mit Art. 56 Abs. 3 LlbG-E regt der Deutsche Gewerkschaftsbund ferner an, es solle normiert werden, dass die Beschäftigten ab Vollendung des 55. Lebensjahres einen schriftlichen Antrag auf Nichteinbeziehung in die periodische Beurteilung stellen können.

Mit der Leistungsorientierung wäre es nicht vereinbar, wenn Beschäftigte ca. ein Viertel ihres beruflichen Lebens ohne jedes Feedback bleiben könnten. Die in Art. 56 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 LlbG-E enthaltene Öffnungsklausel ermöglicht zudem bei Bedarf sachgerechte Lösungen.

11. Zu Art. 58 LlbG-E

Zu Art. 58 LlbG-E regt der Deutsche Gewerkschaftsbund an, in Zusammenhang mit der Regelung der Feststellung der Eignung für die Modulare Qualifizierung bzw. Ausbildungsqualifizierung statt von „wenn“ von „ob“ zu sprechen.

Eine sorgfältige Prüfung auf Basis einer ausführlichen Diskussion der Ressorts hat ergeben, dass die in Art. 58 LlbG-E gewählte Formulierung („wenn“) allen Interessen am besten Rechnung trägt.

12. Zu Art. 59 LlbG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund macht geltend, dass durch die Öffnungsklausel bei der Bewertung die Gefahr der Rechtszersplitterung bestünde. Dies sei gerade vor dem Hintergrund der gewünschten Mobilität diskussionswürdig. Zudem bestehe das Problem der Vergleichbarkeit mit älteren Beurteilungen.

Differenzierungsmöglichkeiten bei der Bewertung sind notwendig, um den in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern der Bayerischen Staatsverwaltung jeweils bestehenden Besonderheiten klar und transparent gerecht werden zu können. Sie erlauben Regelungen, die in allen Bereich

von den Beschäftigten als fair und gerecht empfunden werden können. Die hinsichtlich der Vergleichbarkeit eintretenden Erschwernisse sind deswegen in Kauf zu nehmen. Die lassen sich im Vollzug zudem einfach durch Mitteilung der Beurteilungsdurchschnitte und von Beurteilungsspiegeln in Griff bekommen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund regt zudem an, dass, wie im Fall des Stufenstopps (Art. 62 Abs. 4 Satz 2 LlbG-E), auch bei der dienstlichen Beurteilung nur dann eine schlechtere Beurteilung erstellt werden können soll, wenn vorher ein ausdrücklicher Hinweis an die Beschäftigen wegen nachlassender Leistungen erfolgt sei.

Eine Normierung ist aus Gründen der Deregulierung nicht notwendig, da ein ausdrücklicher Hinweis an die Beschäftigten bereits durch die Fürsorgepflicht des Dienstherrn geboten ist.

13. Zu Art. 62 Abs. 2 Satz 1 LlbG-E

Der Bayerische Beamtenbund schlägt zur Vermeidung von Missverständnissen folgende Formulierung vor:

„… die höchsten in der Vergleichsgruppe vergebenen Bewertungen erhalten haben."

Die Formulierung in Art. 62 Abs. 2 Satz 1 LlbG-E ist das Ergebnis einer längeren, sorgfältigen Diskussion. Durch die gewählte Formulierung wird den Gestaltungsmöglichkeiten bei den Bewertungen gemäß Art. 58 Abs. 2, 59 Abs. 1 Sätze 2 und 3 LlbG-E am Besten Rechnung getragen.

14. Zu Art. 66 LlbG-E

Der Bayerische Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund fordern die Aufnahme eines Schulungs- und Fortbildungsanspruchs für alle Beschäftigten.

Die Vielzahl der bereits zur Verfügung stehenden Fortbildungen und die umfangreichen finanziellen Mittel zeigen, dass der hohe Wert der Fortbildung vom Gesetzgeber erkannt ist. Weitergehender Normierungen bedarf es deshalb nicht.

15. Zu Art. 70 LlbG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten als laufbahnrechtliche Dienstzeiten auch in Altfällen von Amts wegen.

Die Anrechnungstatbestände und –voraussetzungen entsprechen bisher geltendem Recht. Da die Anrechnungsmöglichkeiten z. T. weit in die Vergangenheit zurück reichen können, wurde das Antragserfordernis gewählt. Damit wird sowohl dem berechtigten Anliegen der Beschäftigten als auch der Vermeidung überflüssiger Bürokratie Rechnung getragen.

16. Zu Art. 115 BayBG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert, dass sich der LPA auch künftig bei Beschwerden von Beamten und Beamtinnen in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung äußern kann (bisheriger Abs. 1 Nr. 5).

Im Hinblick auf die äußerst geringen Anwendungsfälle und dem Ziel der Deregulierung wird der Anregung nicht entsprochen. Die Streichung erfolgte u. a. auch auf Anregung der Geschäftsstelle des LPA.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die Einbindung der Spitzenorganisationen bei der Entwicklung dienstherrenübergreifender Personalentwicklungsmaßnahmen nach der neuen Nr. 5 in Abs. 1.

Dem ist entgegenzuhalten, dass eine Einbindung nach Art. 16 BayBG bei allgemeinen Regelungen vorgesehen ist, die die Rechtsbeziehungen zwischen Dienstherrn und Beamten betreffen. Dies ist bei der Erarbeitung von Personalentwicklungsmaßnahmen durch den LPA nicht der Fall; die bestehenden Beteiligungsrechte sind ausreichend. Das umfassende System der Beteiligungsrechte im BayPVG bedarf deshalb keiner weiteren Ergänzung.

III. Besoldungsrecht

1. Zu Art. 2 BayBesG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisiert die Zuordnung der jährlichen Sonderzahlung zu den Nebenbezügen, weil damit ihre Trennung von der Kernbesoldung vollzogen werde. Er fordert deshalb den Einbau der Sonderzahlung in das Grundgehalt, um so auch deren Absenkung oder Streichung zu verhindern.

Die Sonderzahlung wird gemäß Eckpunkt 11 in der bisherigen Form und Höhe fortgeführt. Mit der Zuordnung der jährlichen Sonderzahlung zu den Nebenbezügen wird die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nachgezeichnet (BVerfG, Beschluss vom 29. November 1967 – 2 BvR 668/67 –).

2. Zu Art. 13 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert für den Verjährungsbeginn von Ansprüchen der Beamten wie im geltenden Recht die Kenntnis, weil andernfalls gravierende Nachteile entstehen könnten (z. B. wenn Leistungsansprüche von Beamten durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts erst nachträglich ausgelöst werden).

Infolge der Neuregelung gilt die Verjährungsvorschrift auch für die Ansprüche des Dienstherrn auf Rückforderung von Besoldung, so dass eine sachgerechte Gleichbehandlung gewährleistet wird; ein pauschales Abstellen auf die Kenntnis für den Verjährungsbeginn ist vor allem im Bereich der Massenverwaltung unpraktikabel.

3. Art. 20 Abs. 5 BayBesG-E

Nach aktuellem Recht kann eine rückwirkende Einweisung (bis zu drei Monaten) in eine Planstelle vorgenommen werden, wenn ein Amt mit höherem Endgrundgehalt verliehen wird und während dieser Zeit die Obliegenheiten dieser oder gleichwertiger Ämter wahrgenommen

wurden. Der Bayerische Beamtenbund fordert, eine solche Regelung auch in das neue Recht aufzunehmen.

Die Verleihung eines Amts und die Planstelleneinweisung sollten aus Haushaltssicht zeitlich zusammenfallen. Es ist nicht erkennbar, weshalb bei einem im Beamtenstatusgesetz geregelten „Verbot“ einer rückwirkenden Ernennung eine rückwirkende Zahlung der Besoldung möglich sein muss. Das derzeit gültige Haushaltsrecht des Freistaats lässt daher bereits heute die rückwirkende Einweisung in eine Planstelle nur bis zum Ersten des Monats zu, in dem das höhere Amt verliehen wurde (Art. 6 Abs. 2 Satz 5 Haushaltsgesetz 2009/2010). Der kommunale Bereich wird an den staatlichen Bereich angeglichen.

4. Zu Art. 23 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert die Anhebung der Eingangsämter der zweiten Qualifikationsebene mit fachlichem Schwerpunkt Technik (Meister- oder Technikerprüfung) von bisher Besoldungsgruppe A 7 nach A 8 sowie die Niveauanhebung des Eingangsamtes der dritten Qualifikationsebene in Fachlaufbahnen ohne technischen Schwerpunkt von Besoldungsgruppe A 9 nach A 10. In Konsequenz sollen dann die Eingangsämter von Fachlaufbahnen der dritten Qualifikationsebene mit technischem Schwerpunkt von bisher A 10 nach A 11 gehoben werden. Nur so könne den gestiegenen Anforderungen an die Vor- und Ausbildung Rechnung getragen werden, die bei der seit 1975 unverändert bestehenden Einstufung der Eingangsämter bislang nicht berücksichtigt worden seien.

Außerdem hält der Bayerische Beamtenbund die ausdrückliche Begrenzung der Einstufung des Eingangsamtes für Lehrer und Lehrerinnen im Grund- und Hauptschulbereich auf die Besoldungsgruppe A 12 für diskriminierend und fordert deren Streichung. Zudem müsse durch die Einfügung der Worte „in der Regel“ verdeutlicht werden, dass die gesetzlich definierten Eingangsämter auch eine abweichende Zuordnung zulassen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert das Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 13 für alle Lehrkräfte. Auf diese Weise könnte die Staatsregierung den Stellenwert der Lehrerkräfte an Grund- und Hauptschulen anerkennen, zumal immer häufiger Lehrkräfte schulübergreifend eingesetzt werden würden.

Das neue bayerische Besoldungsrecht sieht eine Niveauanhebung von Eingangsämtern nur in der ersten Qualifikationsebene als Folge der Streichung der bisherigen Besoldungsgruppe A 2 vor. Auf eine Verbesserung der Einstiegsämter in der zweiten Qualifikationsebene, deren Bandbreite sich schon bisher von A 6 bis A 8 (z. B. Gerichtsvollzieher, Flussmeister, Straßenmeister) erstreckt, sowie der Eingangsämter der dritten und vierten Qualifikationsebene wurde mit Blick auf die sich aus der neuen Leistungslaufbahn ergebenden Fortentwicklungsmöglichkeiten verzichtet. Das Neue Dienstrecht in Bayern setzt verstärkt auf die Verbesserung der beruflichen Perspektiven (Beförderungen), weil so dem Leistungszuwachs im Laufe eines Berufslebens am ehesten dauerhaft Rechnung getragen werden kann. Eine strukturelle Anhebung von Eingangsämtern hat demgegenüber nur eine anfängliche Wirkung, die sich im Laufe eines Berufslebens wieder relativieren kann. Zudem hätte jede Strukturmaßnahme im Eingangsbereich einer Fachlaufbahn zwangsläufig Auswirkungen auf das gesamte Besoldungsgefüge, weil sich die Bandbreite für die Beförderungsämter darüber verengt. Auch in

der neuen Leistungslaufbahn sind die Beförderungsämter an vorhandene Funktionen gebunden und nicht beliebig erweiterbar.

Auf die besondere gesetzliche Zuordnung der Eingangsämter im Grund- und Hauptschulbereich kann nicht verzichtet werden. Diese Sonderregelung ist zwangsläufige Folge der laufbahnrechtlichen Regelungen zum Einstieg in die neue Leistungslaufbahn, durch die alle Absolventen und Absolventinnen der Ersten Staatsprüfung und damit auch der ersten Lehramtsprüfung der vierten Qualifikationsebene zugewiesen werden. Der Einstieg in die Lehrerämter orientiert sich allerdings seit jeher an den speziellen Regelungen des Lehrerbildungsgesetzes, die auch weiterhin nach der an Schularten ausgerichteten Lehramtsbefähigung differenzieren. Diese schulartbezogene Unterscheidung war und ist auch auf die Eingangsämter im Lehrerbereich zu übertragen. Eine Diskriminierung ist damit nicht verbunden. Sie wäre anderenfalls schon im bisherigen Bundesrecht, nur an anderer Stelle (in der Besoldungsordnung), angelegt gewesen. Der Stellenwert eines Amtes hängt im Übrigen nicht nur von der Eingangsbesoldung, sondern vor allem von seinen Entwicklungsmöglichkeiten ab. Im Falle der Verwendung in einer anderen Schulart, bei der der Erwerb einer anderen Lehrbefähigung quasi unterstellt wird, kann es nach neuem Recht auch zu weiteren Perspektiven kommen.

5. Zu Art. 26 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert den völligen Verzicht auf Obergrenzen. Da das entscheidende Regulativ ohnehin der Staatshaushalt darstelle, komme den Stellenobergrenzen allenfalls eine psychologische Wirkung zu. Schon aus Gründen der Entbürokratisierung solle auf diese Regelung verzichtet werden. Außerdem würde die Einführung der neuen Stellenobergrenzen z. B. im Bereich der Landwirtschaftsverwaltung in einigen Kapiteln zu einer Reduzierung der im Haushalt ausgewiesenen Planstellen in der Besoldungsgruppe A 15 führen.

Ziel von Stellenobergrenzen ist die Gewährleistung möglichst einheitlicher Beförderungsverhältnisse und einer amtsangemessenen Dienstpostenbewertung bei allen Dienstherrn in Bayern bzw. innerhalb eines Dienstherrn; dies auch vor dem Hintergrund, dass die zukünftig von den Obergrenzen erfassten Spitzenämter nicht beliebig vermehrt werden können. Die Stellenobergrenzen können daher nicht gänzlich „aufgegeben“ werden. Die gesetzliche Vorgabe, die auch als Maßstab für künftige Haushaltsaufstellungen zu begreifen ist und sich damit letztendlich sowohl an die Staatsregierung als auch an die Kommunalverwaltungen als Haushaltsentwurfsverfasser richtet, wird weiterhin als notwendig erachtet. Der Hinweis des Bayerischen Beamtenbundes, dass in einzelnen Verwaltungen Planstellen abgesenkt werden müssten, verkennt, dass die – im Übrigen nicht ausgeschöpften – Obergrenzen wie bisher auch für den gesamten Freistaat gelten werden.

6. Zu Art. 27 BayBesG-E

Art. 27 Abs. 1 ist aus Sicht des Bayerischen Beamtenbundes ersatzlos zu streichen. Die Beschränkung der Leitungsämter unterer Verwaltungsbehörden sowie allgemeinbildender oder beruflicher Schulen auf die Besoldungsordnung A entspreche nicht dem Wesen und dem Geist des Neuen Dienstrechts (eine durchgängige Leistungslaufbahn). Ferne solle die Gewährung der besonderen Amtszulage auch im Schulbereich möglich sein. Der Bayerische Beamtenbund fordert außerdem die Streichung des Abs. 6, da für keine andere Beamtengruppe eine

derartige Regelung getroffen werde und es dem Grundsatz des Neuen Dienstrechts widerspreche, bisherige Funktionsbezeichnungen wegzulassen.

Die Streichung des Abs. 1 wird nicht befürwortet. Die angesprochene Regelung stellt eine dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung Rechnung tragende Abgrenzung zwischen den Ämtern der Besoldungsordnungen A und B her, die dem dreistufigen Behördenaufbau wesenseigen ist. Sie wird daher weiterhin für notwendig erachtet (auf die Begründung zu Art. 27 BayBesG-E wird verwiesen). Die neue Leistungslaufbahn wird dadurch nicht tangiert, weil die getroffenen Regelungen keine Einschränkung im persönlichen Fortkommen des einzelnen Beamten bedeuten, sondern lediglich die Dienstpostenbewertung der Leitung bestimmter Behördengruppengesetzlich fixieren. Der Forderung nach einer Ausweitung der besonderen Amtszulage auf die Leiter und Leiterinnen von Schulen wurde nicht entsprochen. Die Ausweitung der bisherigen Amtszulage auf die Schulleitungsebene wird als ausreichend angesehen.

Ebenso wenig wird die Forderung nach Streichung des Abs. 6 berücksichtigt. Ziel des neuen Dienstrechts ist die flexible Vergabe von Ämtern nach Funktion und Leistung innerhalb der vorhandenen Stellen. Damit sollen z. B. organisatorische Erforderlichkeiten im Ämtergefüge einfacher nachvollzogen werden können. Die bisherige strikte Fixierung insbesondere der Lehrerämter nach gesetzlich vorgegebenen Funktionen steht dem entgegen. Deshalb beschränkt sich das Gesetz auch im Lehrerbereich auf den zwingend notwendigen Rahmen zur Einordnung von Ämtern und überlasst die konkrete Vergabe dieser Ämter nach Funktionen – unter Beachtung des Grundsatzes der funktionsgerechten Besoldung – der Verwaltung.

7. Zu Art. 30 Abs. 3 BayBesG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert zum Zwecke der Entbürokratisierung, auf die ausdrückliche Feststellung der Mindestanforderungen als Voraussetzung für den Stufenaufstieg zu verzichten.

Die Forderung widerspricht Eckpunkt 2. Die Feststellung der Mindestanforderungen ist Konsequenz der stärkeren Leistungsorientierung des Neuen Dienstrechts und wesentlicher Ausdruck für die Abkehr von der bisherigen Struktur (Leistung entsprach den Mindestanforderungen solange, bis Minderleistung ausdrücklich festgestellt worden war).

8. Zu Art. 31 Abs. 2 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert, dass für den nichtstaatlichen Bereich die Zuständigkeit des Landespersonalausschusses normiert werden sollte.

Das Einvernehmenserfordernis des Staatsministeriums der Finanzen ist sowohl für den staatlichen als auch für den nichtstaatlichen Bereich erforderlich, weil die einheitliche Handhabung der Einstufung als eines Kernbestandteils des Grundgehalts innerhalb Bayerns Dienstherren übergreifend gewährleistet sein muss, erhebliche Mittel gebunden und die mit der Vorverlegung verbundenen Kosten wegen ihrer Dauerwirkung auf die künftigen Haushalte bereits vor dem Zeitpunkt der Entscheidung vom Staatsministerium der Finanzen feststellbar sein müssen. Einer zusätzlichen Zustimmung durch den Landespersonalausschuss bedarf es daher nicht.

9. Zu Art. 34 Abs. 2 BayBesG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert, in Art. 34 Abs. 2 S. 1 Nr. 6 neben Hubschrauberführern und Flugtechnikern auch dem FLIR-Operator (Bediener der Wärmebildkamera) eine Zulage für besondere Berufsgruppen zu gewähren. Er trage ebenfalls eine hohe Verantwortung und sei dem gleichen Risiko wie das genannte „Fliegende Personal“ ausgesetzt.

Der Bayerische Beamtenbund schlägt vor, anstelle der „Justizvollzugsanstalten“ den weitergehenden Begriff der „Justizvollzugseinrichtungen“ zu verwenden und so den Empfängerkreis der früheren „Gitterzulage“ auszuweiten.

Die geforderte Zuordnung der FLIR-Operatoren zu den Zulagen für besondere Berufsgruppen nach Art. 34 BayBesG-E würde zu einem Wertungswiderspruch mit Hubschrauberführern bzw. Flugtechnikern führen. FLIR-Operatoren absolvieren keine derart umfangreiche Ausbildung wie Hubschrauberführer bzw. Flugtechniker, die einen gültigen Luftfahrtschein besitzen. Zudem werden die FLIR-Operatoren nicht zwingend für jeden Einsatz der Hubschrauberbesatzung benötigt; sie unterstützen lediglich Hubschrauberführer und Flugtechniker bei besonderen Einsätzen.

Die im Gesetzentwurf enthaltende Aufwertung der sog. „Gitterzulage“ von einer statischen nichtruhegehaltfähigen Stellenzulage zu einer dynamischen und ruhegehaltfähigen Berufsgruppenzulage stellt bereits eine deutliche Verbesserung dar. Eine darüber hinausgehende Ausdehnung des Berechtigtenkreises, die unter dem Begriff „Justizvollzugseinrichtungen“ auch Dienste außerhalb des unmittelbaren Bereichs des Justizvollzuges – also außerhalb von „Mauern und Gittern“ – verstehen würde, ist nicht sachgerecht. Sie kann vor allem nicht mehr unter die Berufsgruppe der Strafvollzugsbeamten subsumiert werden. Das schließt es nicht aus, die Beamten und Beamtinnen, die mit der Durchführung des Strafvollzugs von Straftätern, für die nach Art. 11 BayStVollzG die Verlegung in eine sozialtherapeutische Einrichtung angeordnet ist, in den Berechtigtenkreis einzubeziehen. Voraussetzung dafür ist, dass auch diese Maßnahmen ausschließlich dem Vollzug von Maßregeln zur Sicherung und Besserung und dienen und in geschlossenen Abteilungen vollzogen werden.

10. Zu Art. 35 Abs. 2 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert, Abs. 2 zu streichen und die Anlage 5 entsprechend anzupassen, weil der Absatz Art. 95 BayBesG-E (unentgeltliche Unterkunft für Beamte in Ausbildung) entgegenstehen würde. Der geldwerte Vorteil der vermeintlich unentgeltlichen Unterkunft würde zudem ungerechtfertigt steuerlich belastet werden.

Die Regelung zur freien Unterkunft bestimmter Beamtengruppen und die daraus folgende Verringerung der Besoldung stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen sich gegenseitig. Die Anrechnung betrifft ausschließlich ledige Beamte und Beamtinnen, deren Lebensunterhalt durch die gemeinschaftliche Unterbringung gemindert wird. Der Dienstherr erbringt in diesen Fällen einen Teil der Besoldung auf andere Art und Weise. Dieser „Vorteil“ darf nach dem Alimentationsprinzip der Besoldung nicht zu einer Besserstellung gegenüber den übrigen Beamtinnen und Beamten führen. Die Problematik der Besteuerung wird durch die bestehenden Sonderregelungen bereits sozial abgefedert.

11. Zu Art. 51 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert die nachträgliche Erhöhung der Stellenzulagen, die bislang in die bayerischen Bezügeanpassungen nicht einbezogen waren sowie deren künftige Dynamisierung. Außerdem soll die Ruhegehaltfähigkeit der Stellenzulagen gewährleistet werden, die zum Eintritt des Versorgungsfalles zustehen. Darüber hinaus sollte eine Technikerzulage ab der Besoldungsgruppe A 7 eingeführt werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert, die Zulagen generell als Festbetrag auszuweisen und die Dynamisierung im Anschluss an die Besoldungsrunden direkt im Gesetz zu regeln.

Die Forderungen stehen nicht in Einklang mit der Grundkonzeption des neuen Besoldungsrechts. Stellenzulagen sollen nicht ausgeweitet werden. Zulagen, die als Bestandteil des Amtsinhalts zur anpassungsfähigen Grundbesoldung gehören, sind dieser systematisch zugeordnet – werden damit dem Grundgehalt gleichgestellt – und unterliegen somit der Dynamisierung im Zuge künftiger Anpassungsgesetze (z. B. frühere Polizeizulage, Feuerwehrzulage, Gitterzulage). Sie sind zudem ruhegehaltfähig. Davon zu unterscheiden sind die Stellenzulagen, die nur vorübergehenden Charakter haben, weil sie nur für die Dauer einer bestimmten Verwendung gezahlt werden. Sie bilden im Regelfall keinen Kernbestandteil der Besoldung und können daher auch abweichend von dieser behandelt werden. Deshalb ist die geforderte automatische Teilhabe dieser Stellenzulagen an Bezügeanpassungen nicht zwingend. Darüber ist in den künftigen Anpassungsgesetzen gesondert zu entscheiden. Dies entspricht auch dem Anliegen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

12. Zu Art. 53 BayBesG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert, in Art. 53 BayBesG-E eine Ausgleichszulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes zu regeln.

Die Zulage nach Art. 53 BayBesG-E hat von vorne herein nur zeitlich befristeten Charakter. Sie entfällt automatisch nach Zeitablauf, längstens nach fünf Jahren. Die Gewährung einer Ausgleichszulage nach Ablauf der Befristung würde den Charakter der Zulage nachträglich verändern. Das ist nicht die Intention des Gesetzes.

13. Zu Art. 60 Abs. 4 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert, dass die nichtstaatlichen Dienstherren in eigener Zuständigkeit ohne Zustimmung bzw. Einvernehmen des Finanzministeriums über die Gewährung von Zuschlägen entscheiden dürfen.

Dem Anliegen kann nicht entsprochen werden. Der Grundsatz der Einheitlichkeit der Besoldung verlangt auch im Bereich der Nebenbezüge die Koordinierung von staatlichen und nichtstaatlichen Besoldungsleistungen auf der Ebene der obersten Staats- und Kommunalverwaltung. Das stellt keinen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar, zumal bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ein Einvernehmen hergestellt werden kann. Auch ein generelles Einvernehmen erscheint dabei nicht ausgeschlossen.

14. Zu Art. 64 Abs. 2 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert, den Höchstbetrag für die Sitzungsvergütung auf 200 Euro zu erhöhen. Der bisherige, seit Jahrzehnten unveränderte Höchstbetrag sei durch die allgemeine Preis- und Besoldungsentwicklung start entwertet.

Die Vergütung hat nach ihrer Zweckbestimmung nur subsidiären Charakter gegenüber einem Freizeitausgleich. Sie gehört daher allein deshalb nicht zu den Besoldungsleistungen, die einer Dynamisierung unterliegen. Im Übrigen muss sie sich in ihrem Monatsbetrag von den übrigen Stellenzulagen, die im Hauptamt gewährt werden, abgrenzen. Der Forderung kann daher nicht entsprochen werden.

15. Zu Art. 68 Abs. 1 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert eine Verpflichtung zur Auszahlung des Budgets für die Leistungsbezahlung (auch für die nichtstaatlichen Dienstherren), die Streichung der Wörter „maximal bis zu“ in Satz 1 zu streichen sind und einen neuen Satz 3 mit dem Wortlaut: „Das für die Leistungsbezüge zur Verfügung stehende Gesamtvolumen ist zweckentsprechend zu verwenden; es besteht die Verpflichtung zur jährlichen Auszahlung der Leistungsbezüge.“ Die Verpflichtung zur Auszahlung fordert auch der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Die Forderungen wurden nicht berücksichtigt. Eine Verpflichtung würde dem Zweck der Vorschrift, flexibel Spitzenleistungen honorieren zu können, widersprechen. Ein Auszahlungszwang steht nicht in Einklang mit dem Sinn der Leistungsbezüge, nachweisbare Spitzenleistungen im Einzelfall zu honorieren. Die Begrenzung auf einen Maximalbetrag sichert grundsätzlich eine einheitliche Verfahrensweise im staatlichen und kommunalen Bereich ab.

16. Zu Art. 79 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert zur Milderung der finanziellen Situation der Anwärter, als Voraussetzung für die Unterrichtsvergütung lediglich zehn Wochenstunden eigenverantwortlichen Unterricht. Zudem fordert der Bayerische Beamtenbund, die Unterrichtsvergütung entsprechend dem Besoldungsanteil zu vergüten, da Anwärter im Rahmen der Unterrichtsaufträge eine volle Arbeitsleitung wie planmäßige Lehrkräfte erbringen würden.

Die Anhebung von zehn auf elf Wochenstunden war Teil der Umsetzung des sog. Kienbaum-Gutachtens (Untersuchung zur Schulorganisation in Bayern); der Antrag auf Wiederabsenkung wurde vom Bayerischen Landtag am 16. Juli 2008 abgelehnt.

Auch die Anhebung der Unterrichtsvergütung ist abzulehnen. Lehramtsanwärter und -anwärterinnen sowie Referendare und Referendarinnen sind trotz der Unterrichtsaufträge nach wie vor in Ausbildung. Ein Quervergleich z. B. mit Rechtsreferendaren und Rechtsreferendarinnen zeigt zudem, dass es dort keine gesonderte Bezahlung für Sitzungsdienste oder Wahlstationen im staatlichen Bereich gibt.

17. Zu Art. 89 BayBesG-E

Der Beamtenbund fordert für den Bereich der vermögenswirksamen Leistungen eine Anhebung auf den steuerlichen Höchstbetrag. Der bisherige Betrag sei seit Jahrzehnten unverändert und damit dringend anzupassen.

Die vermögenswirksame Leistung des Dienstherrn ist ein Beitrag des Arbeitgebers zur Förderung der Kapitalbildung der Beschäftigten. Er hat seinen Ursprung im Arbeitnehmerbereich der Privatwirtschaft. Die Einbeziehung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des öffentlichen Dienstes und insbesondere auch der Beamtenschaft erfolgte erst später und nur zu ähnlichen Konditionen. Die vollständige Übernahme des steuerlich geförderten Betrages durch den Arbeitgeber könnte zu einem erheblichen Mehraufwand bis zur Verzehnfachung des jetzigen Aufwandes (= 15,7 Mio. Euro im Jahr 2009) führen. Dies würde den Kostenrahmen für das Neue Dienstrecht Bayern sprengen.

18. Zu Art. 94 BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert, allen Anwärtern und Anwärterinnen die ungekürzte Ballungsraumzulage zu gewähren. Die Verpflichtung zur Gewährung der Ballungsraumzulage soll auch für den nichtstaatlichen Bereich gelten. Zudem sollte die Zulage erhöht – so auch die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes – und der örtliche Anwendungsbereich in angemessener Weise erweitert werden. Die Regelung vernachlässige die Kaufkraftentwicklung in der Vergangenheit und erfasse in räumlicher Hinsicht nicht alle von hohen Lebenshaltungskosten betroffenen Beamten und Beamtinnen.

Die Forderungen wurden nicht berücksichtigt. Die bisherige Regelung der Ballungsraumzulage wurde vom Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 6. März 2007 (Az. 2 BvR 556/04) nicht beanstandet. Aus diesem Grunde wurde der Norminhalt des Art. 97 BayBG unverändert übernommen.

19. Zu Art. 103 ff. BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert für Beamte und Beamtinnen, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Neuen Dienstrechts im Vorbereitungsdienst befinden, aber erst unter neuem Recht als Beamte auf Probe ernannt werden, eine Übergangsregelung zur Vermeidung von Verlusten beim Stufeneinstieg.

Anwärter und Anwärterinnen im Vorbereitungsdienst haben noch keine gesicherte Rechtsposition. Insbesondere können sie keinen Vertrauensschutz in Rechtsstellungen erheben, die erst durch besonderen Verleihungsakt nach Qualifikationserwerb erreicht werden können. Im Übrigen nehmen die Anwärter und Anwärterinnen, die, noch unter bisherigem Recht ausgebildet, aber erst im neuen Recht ins Probebeamtenverhältnis berufen werden, an allen positiven Neuerungen des Neuen Dienstrechts teil. Die Mitnahme von Vorteilen des alten Rechts könnte deshalb zu einer Mehrfachbegünstigung führen, die im Vergleich zu nach dem 1. Januar 2011 erstmals eingestellten Beamtenwärtern nicht gerechtfertig ist. Hinzu kommt, dass durch die vorgesehenen Möglichkeiten zur Berücksichtigung von „Vordienstzeiten“ ausreichend Spielraum zum höheren Stufeneinstieg gegeben ist.

20. Zu Anlage 1 zum BayBesG-E – Besoldungsordnung A

Der Bayerische Beamtenbund fordert die Ausdehnung des Zwischenamtes in Besoldungsgruppe A 13 mit Amtszulage, die im Gesetzentwurf wie schon im Bundesrecht auf bestimmte Funktionsbereiche (Rechtspfleger und Rechtspflegerinnen, Techniker und Technikerinnen) beschränkt ist.

Der Bayerische Beamtenbund fordert in der Besoldungsgruppe A 15 die Änderung der Amtsbezeichnung „Realschulrektor“ in „Realschuldirektor“, weil die Leiter einer Realschule nach wie vor Dienstvorgesetzte seien.

Der Bayerische Beamtenbund hält darüber hinaus die Einführung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 16 mit besonderer Amtszulage für zu kompliziert und fordert stattdessen eine zusätzliche Besoldungsgruppe A 17.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert, das Eingangsamt für Gerichtsvollzieher von der Besoldungsgruppe A 8 auf A 9 anzuheben, um gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert weiterhin, auf die geplanten Verzahnungsämter zu verzichten. Sie würden dem Gedanken einer Laufbahn und dem Ziel eines leistungsgerechten beruflichen Fortkommens der Beamten widersprechen.

Die Forderungen wurden nicht berücksichtigt.

Die Amtszulage der Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe A 13, die das bisherige Spitzenamt ausgezeichnet hat, bleibt nur aus Rechtsstandswahrungsgründen für die bisher berechtigten Fachlaufbahnen – nach der neuen Systematik Schwerpunkte innerhalb einer Fachlaufbahn – erhalten. Hingegen würde die Schaffung eines allgemeinen Zwischenamtes in der Besoldungsgruppe A 13 mit Amtszulage den Abstand zum nächsten Beförderungsamt der Besoldungsgruppe A 14 so erheblich verringern, dass der von Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz geschützte amtsangemessene Abstand nicht mehr gewahrt würde.

Die Änderung einer Amtsbezeichnung weist in der Regel auch auf eine Veränderung des Amtsinhalts hin. Dieser liegt hier nicht vor. Die Funktion der Schulleitungen in Bayern als Dienstvorgesetzter bildet sich auch in der Amtsbezeichnung „Rektor“ ab. Sie stellt auch ein Abgrenzungskriterium zu den Schulleitern und Schulleiterinnen an Gymnasien und beruflichen Schulen dar.

Der bestehende Abstand zwischen den Spitzenämtern der Besoldungsordnung A und dem ersten in der Besoldungsordnung B ausgebrachten Amt der Besoldungsgruppe B 2 lässt die Ausbringung eines vollen Amtes dazwischen nicht zu. Hier müsste es zu einer betragsmäßigen Überlappung kommen. Eine abgestufte Amtszulagenregelung löst diese Problematik und gibt dennoch Möglichkeiten zu einer unterschiedlichen Bewertung von Leitungsämtern.

Den Anforderungen an das Amt des Gerichtsvollziehers wurde im Entwurf bereits mit der Hebung des Spitzenamtes Rechnung getragen.

Die sog. „Verzahnungsämter“ gibt es im neuen Recht nur noch im Polizeibereich. Dies ist mit Blick auf die laufbahnrechtliche Sonderregelung des Art. 68 Abs. 2 S. 1 Halbsatz 2 LlbG, auf die sich die in § 3 LbVPol geregelte „einheitliche“ Polizeilaufbahn stützt, auch sachlich begründet.

21. Zu Anlage 3 zum BayBesG-E – Besoldungsgruppe A

Der Bayerische Beamtenbund fordert, bei den Besoldungsgruppen A 8 bis A 11 jeweils die Anfangsstufe zu streichen, um die aus dem Wegfall der Eingangsstufen resultierenden deutlichen Verbesserungen in den Qualifikationsebenen 1, 2 und 4 zu kompensieren. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die Streichung der Anfangsstufe in den Besoldungsgruppen A 8

und A 10 sowie eine zielgenaue Lösung entsprechend der jeweiligen Ausbildung bzw. Berufserfahrung in der Besoldungsgruppe A 9.

Die Forderungen sind unberechtigt, weil die behauptete Benachteiligung bei den Besoldungsgruppen A 8 bis A 11 nicht besteht. Die Stufenstreichung für den Einstieg in der Besoldungsgruppe A 8 ist wegen des Wegfalls des Besoldungsdienstalters nicht erforderlich, weil der Einstieg hier regelmäßig in einer höheren Stufe erfolgt. In der Besoldungsgruppe A 10 ist für Schwerpunktlaufbahnen mit bestimmten Voraussetzungen ein Ausgleich durch Vergabe der Stufe als Anfangsstufe vorgesehen. Die Besoldungsgruppe A 11 ist überwiegend nur Beförderungsamt und daher nicht betroffen. Die Anfangsstufe in der Besoldungsgruppen A 9 stellt die Regelbewerber und Regelbewerberinnen im Alter von bis zu 23 Jahren (Haupteinstiegsalter) betragsmäßig nicht schlechter als nach dem früheren Recht, so dass ein Nachteilsausgleich nicht erforderlich ist.

22. Zu Anlage 9 zum BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert die Erhöhung der Mehrarbeitsvergütungssätze.

Die Forderung wird nicht berücksichtigt. Die Vergütungssätze wurden im Rahmen der Bezügeanpassung 2009/2010 bereits angemessen erhöht. Eine weitere Erhöhung ist mit Blick auf den Ausnahmecharakter der Mehrarbeit nicht geboten. Die Mehrarbeitsvergütungssätze liegen bereits jetzt im Durchschnitt über der auf eine Stunde umgerechneten Besoldung.

23. Zu Anlage 10 zum BayBesG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert die Erhöhung der Anwärtergrundbeträge und die Aufsplittung der bestehenden Bandbreite (A 9 bis A 11) in drei Besoldungsgruppen mit unterschiedlich gestaffelten Beträgen. Damit sollen die Anwärter und Anwärterinnen der Fachlaufbahnen mit technischem Schwerpunkt, die einen Fachhochschulabschluss nachweisen und deshalb in einer anderen Lebenssituation als andere Anwärter und Anwärterinnen der gleichen Qualifikationsebene sind, höhere Anwärterbezüge bekommen können.

Die Forderung vernachlässigt, dass es sich bei den Anwärterbezügen nicht um eine Abbildung der später erreichbaren konkreten Eingangsbesoldungsgruppe handelt, sondern ihren Anknüpfungspunkt im Regeleingangsamt der jeweiligen Qualifikationsebene findet. Fachlaufbahnen mit speziellen Schwerpunkten müssen bei einer „Ausbildungsvergütung“ nicht zwingend herausgehoben werden. Dies ist Aufgabe der Besoldung nach Erwerb der maßgeblichen Qualifikation.

Eine Anhebung der Grundbeträge über die im Rahmen der Bezügeanpassung 2009/2010 erfolgte Erhöhung ist sachlich auch im Vergleich mit tariflichen Ausbildungsvergütungen nicht notwendig; zudem stellt der Beamtenstatus einen weiteren Vorteil der „Ausbildung im öffentlichen Dienst“ dar.

IV. Versorgungsrecht

1. Zu Art. 8 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert entsprechend den Ausführungen zu Art. 13 BayBesG eine kenntnisabhängige Verjährung von drei Jahren.

Die Forderung wird abgelehnt. Der Übergang von einer kenntnisabhängigen zu einer kenntnisunabhängigen Verjährungsfrist ist im Hinblick auf das Bezügeverfahren (Besoldung und Versorgung) als Massenverfahren aus Gründen der Rechtsklarheit und -sicherheit zwingend geboten. Im Übrigen wird auf die Begründung zu Art. 13 BayBesG verwiesen.

2. Zu Art. 11 BayBeamtVG-E

Aus familienpolitischen Gesichtspunkten ist es nach Ansicht des Bayerischen Beamtenbundes geboten, dass auch Kindererziehungszeiten in die fünfjährige Wartezeit miteinbezogen werden können. Der Beamtenbund fordert daher, dass bis zu drei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet werden.

Diese Auffassung wird nicht geteilt. Kindererziehungszeiten werden durch die Kindererziehungszuschläge (Art. 71 BayBeamtVG-E) bereits abschließend berücksichtigt. Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten würde im Extremfall dazu führen, dass nach nur zwei Jahren Dienstzeit bei Dienstunfähigkeit (ohne Dienstunfall oder Dienstbeschädigung) bereits Anspruch auf die Mindestversorgung in Höhe von 35 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge besteht. Da weder der Bund noch ein Land eine derartige Regelung vorsehen würden sich die bayerischen Beamten einem vermeidbaren Privilegierungsvorwurf aussetzen, der auch durch die familienfreundliche Zielrichtung nicht auszuräumen sein dürfte.

3. Zu Art 12 Abs. 1 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert, dass Stellenzulagen als ruhegehaltfähig ausgewiesen werden, wenn sie zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung noch gezahlt werden.

Die Forderung ist abzulehnen. Besoldungsrechtlich sind Stellenzulagen nach Art. 51 BayBesG-E als Nebenbezüge definiert. Sie gehören nicht zu der am statusrechtlichen Amt orientierten Grundbesoldung und haben nur bedingt oder gar keinen alimentativen Charakter. Stellenzulagen sind strikt an die jeweilige Funktion geknüpft und entfallen nach Aufgabe derselben automatisch. Die Ruhegehaltfähigkeit ist sachlich nicht gerechtfertigt und würde eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Rechtsstand bedeuten, was mit zusätzlichen, nicht im bisherigen Kostenrahmen abgebildeten Mehrkosten verbunden wäre.

4. Zu Art. 12 Abs. 2 BayBeamtVG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt die Absenkung des Anteils von zehn auf acht Prozent bei der Ruhegehaltfähigkeit der Vollstreckungsvergütung der Gerichtsvollzieher ab. Er fordert die Beibehaltung der bisherigen Regelung und zusätzlich den Wegfall des Höchstbetrages (nach Art. 12 Abs. 2 Satz 4 BayBeamtVG-E), zumindest aber dessen Anhebung.

Mit dem Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstes vom 24. Februar 1997 (Reformgesetz) wurde der Ortszuschlag der Stufe eins und die Allgemeine Stellenzulage in die Grundgehälter eingerechnet. Von dem Einbau sollten Zulagen, Aufwandsentschädigungen und andere Leistungen wie z.B. die Gerichtsvollziehervergütung, deren Höhe sich nach den Grundgehältern bemisst, nicht profitieren. Für diese Leistungen gelten deshalb weiter die alten Bemessungsgrundlagen (Art. 14 § 5 Reformgesetz). Mit der Neuregelung entfällt die Berechnung nach einer nicht mehr gebräuchlichen Bemessungsgrundlage; damit die Zugrundelegung der aktuellen Grundgehälter nicht zu einer nicht gebotenen Leistungsverbesserung führt, muss im Gegenzug der Bemessungssatz von 10 % auf 8 % abgesenkt werden.

Bei der Forderung nach Wegfall oder Anhebung des Höchstbetrages wird davon ausgegangen, dass die Begrenzung der Bemessungsgrundlage auf das Spitzenamt des Gerichtsvollzieherdienstes gemäß Art. 12 Abs. 2 Satz 4 BayBeamtVG-E gemeint ist. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verkennt, dass diese Vorschrift bereits eine Ausnahme zu Gunsten derjenigen darstellt, die bei Eintritt in den Ruhestand gar nicht mehr im Gerichtsvollzieherdienst tätig sind, gleichwohl aber noch die Zulage als ruhegehaltfähiger Dienstbezug berücksichtigt erhalten. In diesen Fällen kann der vollstreckungsdienstuntaugliche Beamte aber nicht besser gestellt werden als wäre er im Gerichtsvollzieherdienst verblieben und hätte dort das Spitzenamt erreicht.

5. Zu Art. 14 Abs. 1 und Art. 24 Abs. 1 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert in den Fällen begrenzter Dienstfähigkeit, dass Beamte, die die volle ihnen individuell mögliche Dienstleistung erbringen, nach Art. 24 Abs. 1 BayBeamtVG-E einen Anspruch auf die vollen, d. h. diesem Zeitraum entsprechenden Versorgungsbezüge haben müssen.

Die Forderungen werden abgelehnt. Für das Erdienen der Versorgung ist es nach den allgemeinen Grundsätzen des Beamtenversorgungsrechts gerade unerheblich, warum nur eine reduzierte Dienstleistung erbracht wird. Art. 14 Abs. 1 Satz 3 BayBeamtVG-E stellt bereits sicher, dass begrenzt dienstfähige Beamte bei der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten gegenüber dienstunfähigen Beamten nicht schlechter gestellt werden; ein weiterer Nachteilsausgleich ist auch unter Fürsorgegesichtspunkten nicht geboten. Würde die Annahme des Beamtenbundes zutreffen, müsste dieser im Übrigen konsequenterweise bei den aktiven begrenzt dienstfähigen Beamten auch die volle Besoldung fordern, was offenkundig nicht sachgerecht wäre.

6. Zu Art. 26 Abs. 3 Nr. 1 und 2 BayBeamtVG-E

Nach Art. 26 Abs. 3 BayBeamtVG-E besteht die Möglichkeit, bei langjähriger Dienstzeit (40 bzw. 45 Dienstjahre) ohne Abschläge vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Diese Regelung wurde in Anlehnung an das Rentenrecht auch für die Beamten und Beamtinnen als Ausgleich für die Anhebung der gesetzlichen Altersgrenzen geschaffen. Der Bayerische Beamtenbund kritisiert, dass Zeiten in der Privatwirtschaft nicht als Dienstzeit berücksichtigt werden.

Die Forderung nach Einbeziehung privater Beschäftigungszeiten wird abgelehnt. Durch den abschlagsfreien Ruhestand bei langjährigen Dienstzeiten soll nicht berufliche Erfahrung, sondern die Dienstleistung gerade für den Dienstherrn honoriert werden. Zeiten im Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst nach Art. 18 BayBeamtVG-E werden deshalb berücksich-

tigt. Bei Beamten des Vollzugsdienstes können ferner anstelle der vorgeschriebenen Ausbildung Zeiten einer praktischen Ausbildung und praktischen hauptberuflichen Tätigkeit bis zu einer Gesamtzeit von fünf Jahren als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden. Eine weitergehende Anrechnung sonstiger Tätigkeiten in der Privatwirtschaft würde die Anhebung der Altersgrenzen nahezu obsolet werden lassen. Der Hinweis des Beamtenbundes auf das Rentenrecht kann nicht zu einer anderen Bewertung führen. Zwar werden dort alle Beschäftigungszeiten berücksichtigt, doch ist der maßgebliche Anknüpfungspunkt die Beitragspflichtigkeit dieser Zeiten, für die es im Beamtenversorgungsrecht gerade keine Entsprechung gibt.

7. Zu Art. 26 Abs. 3 Nr. 3 BayBeamtVG-E

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert im Rahmen des Art. 26 Abs. 3 Nr. 3 die erforderliche Zeit im Schicht- oder Wechselschichtdienst von 20 Jahren auf 10 Jahre zu verkürzen.

.Mit der Sonderregelung zu Gunsten der Beamten im Vollzugsdienst mit langjährigem Schicht- oder Wechselschichtdienst werden die Eckpunkte der Staatsregierung umgesetzt. Damit wird den besonderen Belangen dieser Bediensteten bereits soweit wie möglich entgegengekommen.

8. Zu Art. 26 BayBeamtVG-E i. V. m. Art. 62, 64, 129 ff. BayBG

Der Bayerische Beamtenbund fordert, dass Schwerbehinderte weiterhin abschlagsfrei mit Vollendung des 63. Lebensjahres in den Ruhestand treten können. Ferner sollte nach Ansicht des Beamtenbundes im Vollzugsdienst und im Einsatzdienst der Feuerwehr zusätzlich die Möglichkeit geschaffen werden, mit Vollendung des 60. Lebensjahres und 40 Jahren im Vollzugsdienst bzw. im Einsatzdienst der Feuerwehr abschlagsfrei in den Ruhestand treten zu können. Der Bayerische Beamtenbund vertritt auch die Auffassung, dass für alle Beamten mit einer besonderen Altersgrenze entsprechend der Regelung in Art. 26 Abs. 3 Nr. 2 BayBeamtVG-E die Möglichkeit bestehen müsse, bei Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, ohne Versorgungsabschlag nach 40 Jahren in den Ruhestand treten zu können.

Die Forderungen sind abzulehnen. Die Anhebung des Referenzalters für die Berechnung von Versorgungsabschlägen auf das 65. Lebensjahr für Schwerbehinderte ist eine Folgeänderung zur allgemeinen Anhebung der Altersgrenzen um zwei Jahre. Die dadurch entstehenden Belastungen werden durch einen langen Übergangszeitraum (vgl. Art. 106 Abs. 2 BayBeamtVG-E) abgemildert. Auch der Bund hat für seine Beamten die Altersgrenze für den abschlagsfreien Bezug der Pension für Schwerbehinderte auf das 65. Lebensjahr angehoben, um auch für Schwerbehinderte einen Anreiz für einen längeren Verbleib im Dienst zu schaffen. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass Schwerbehinderte weiterhin mit Vollendung des 60. Lebensjahrs in den Ruhestand treten können, die Antragsaltersgrenze also nicht angehoben wurde.

Zu Gunsten der Beamten im Vollzugsdienst wurde die Möglichkeit eines abschlagsfreien Ruhestands nach 20jährigem Schichtdienst eingeräumt. Ein zusätzlicher abschlagsfreier Antragsruhestand nach 40 Dienstjahren wäre eine weitere Besserstellung gegenüber den übrigen Beamten und würde die Anhebung der Altersgrenzen in diesen Bereich vollends ins Leere laufen lassen. Nicht übersehen werden darf hier, dass schon die Schichtdienstregelung sehr großzügig ist und in der gesetzlichen Rentenversicherung keine Parallele hat.

Die Forderung zur Abschlagsfreiheit bei besonderen Altersgrenzen betrifft nur dann einen größeren Personenkreis wenn man - wie vom Beamtenbund zu Art. 62 BayBG gefordert – die Lehreraltersgrenze als besondere Altersgrenze definieren würde. Für die übrigen Fälle besteht mit Art. 26 Abs. 3 Nr. 2 BayBeamtVG-E eine ausreichende Regelung, nach der der Beamte mit der Vollendung des 64. Lebensjahres und einer Dienstzeit von 40 Jahren abschlagsfrei in den Ruhestand treten kann. Auch hier würde bei einer weiteren Ausdehnung der Ausnahmeregelungen die Anhebung der Altersgrenzen ausgehebelt werden.

9. Zu Art. 35 Abs. 2 Nr. 3 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert, dass auch in Fällen eines großen Altersunterschieds (mehr als 20 Jahre) weiterhin Witwengeld gewährt werden müsse. Die Verweisung auf die Gewährung eines Unterhaltsbeitrags nach Art. 38 BayBeamtVG-E sei nicht ausreichend, da bei diesem Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen in angemessenem Umfang anzurechnen seien.

Mit der Neuregelung soll die Eigenverantwortlichkeit jüngerer kinderloser Eheleute in den Vordergrund gerückt und das Versorgungsrecht modernisiert werden. Witwen und Witwer werden dabei nicht schutzlos gestellt, da ihnen nach Art. 38 BayBeamtVG-E ein gebundener Anspruch auf Unterhaltsbeitrag zusteht. Sind aus der Ehe Kinder hervorgegangen verbleibt es ohnehin beim Anspruch auf Witwengeld. Die bisherige Regelung, wonach das Witwengeld in diesen Fällen von der Höhe des Altersunterschieds abhängt und sich die Witwe/der Witwer ihren vollen Witwengeldanspruch durch entsprechend lange Ehedauer wieder erdient, ist antiquiert. Um den Befürchtungen der Verbände Rechnung zu tragen, wird in der Begründung zu Art. 38 BayBeamtVG-E gleichwohl darauf hingewiesen, dass sich die Höhe des künftigen Unterhaltsbeitrags an der bisherigen Regelung des Witwengeldes orientiert. Im Kern geht es deshalb um die stärkere Anrechung eigener Einkünfte der Witwe bzw. des Witwers, gegen die unter Alimentationsgesichtspunkten nichts spricht.

10. Zu Art. 46 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund ist der Auffassung es müssten (a) auch vom Dienstvorgesetzten angeordnete (amts)ärztliche Untersuchungen zur Feststellung der aktuellen Dienstfähigkeit, der Teil- oder dauernden Dienstunfähigkeit oder zum Zwecke der Reaktivierung und (b) Wege zu Zeugenaussagen, die im Zusammenhang mit der dienstlichen Tätigkeit stehen, unter Dienstunfallschutz gestellt werden.

Dem kann nicht gefolgt werden. Zu (a) weist der Bayerische Beamtenbund selbst darauf hin, dass entsprechende Untersuchungen ebenso wie die damit im Zusammenhang stehenden Wege der allgemeinen Gesunderhaltungspflicht und der allgemeinen Pflicht zur Mitwirkung bei der Feststellung des Gesundheitszustands zuzuordnen sind. Die unter (b) genannten Fälle sind bereits durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts im Sinne des Bayerischen Beamtenbundes geklärt und bedürfen keiner gesonderten gesetzlichen Regelung.

11. Zu Art. 53 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund lehnt die Absenkung des Höchstruhegehaltssatzes bei der Unfallversorgung auf 71,75 v. H. ab.

Das Unfallruhegehalt muss der Alimentationsverpflichtung genügen, für die der Bundesgesetzgeber bereits mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 einen Höchstruhegehaltssatz von 71,75 % als ausreichend gesehen hat, was das Bundesverfassungsgericht auch bestätigt hat. Mit der Einbeziehung des Unfallruhegehalts in die allgemeine Niveauabsenkung wird erreicht, dass keine Versorgung geleistet wird, die ohne den Unfall nie zu erreichen gewesen wäre. Die unfallbedingten Besonderheiten, die eine erhöhte Fürsorgepflicht auslösen, werden auch künftig durch einen pauschal um 20 %-Punkte erhöhten Ruhegehaltssatz und einen Mindestruhegehaltssatz von 63, 78 % ausreichend berücksichtigt. Vorhandene Ruhestandsbeamte werden durch eine aufzehrbare Ausgleichszulage geschützt.

12. Zu Art. 54 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Regelung des erhöhten Unfallruhegehalts aus. Danach sollen die ruhegehaltfähigen Bezüge aus der Endstufe der übernächsten Besoldungsgruppe Bemessungsgrundlage für das erhöhte Unfallruhegehalt sein, mindestens jeweils aus A 6, A 9, A 12 bzw. A 16. Die Festlegung einer solchen Mindestabsicherung sei vor allem für junge Beamte und Beamtinnen notwendig.

Die Auffassung wird nicht geteilt. Die Mindest-Besoldungsgruppen mussten im Rahmen des Neuen Dienstrechts bereits deswegen entfallen, weil mit den Laufbahngruppen ihr Anknüpfungspunkt entfallen ist. Im Übrigen hatte die bisherige Regelung keine praktische Relevanz. Im Übrigen sind die Leistungen bei qualifiziertem Dienstunfall sowohl unter Alimentationsgesichtspunkten als auch zum Nachteilsausgleich ausreichend.

13. Zu Art. 62 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund fordern, dass die einmalige Unfallentschädigung weiterhin mindestens 80.000,- Euro beträgt; sie befürchten, die vorgesehene Staffelung könne zu Einsparungen führen.

Angesichts der vergleichsweise geringen Anzahl von Betroffenen ist der Verdacht, bei der Neuregelung stünden gezielte Einsparungen im Vordergrund, unbegründet. Mit Hinblick auf die sehr unterschiedlichen Unfallfolgen ist eine stärkere Differenzierung sachlich geboten; diese wird durch eine Staffelung nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit erreicht.

14. Zu Art. 71 und Art. 72 BayBeamtVG-E

Nach Ansicht des Bayerischen Beamtenbundes wird der Betrag des Kindererziehungszuschlags in Höhe von 2,50 Euro pro Monat der Kindererziehung für maximal 36 Monate der Bifunktionalität der Beamtenversorgung, gerade unter Berücksichtigung des Wegfalls des Kindererziehungsergänzungszuschlages nicht gerecht. Es sei zu bedenken, dass Beamte mit Kindererziehungszeiten weniger häufig das Endamt erreichen als ohne Freistellungszeiten. Der Kindererziehungszuschlag im Rentenrecht betrage 27,20 Euro je Jahr. Bei Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst erhöhe sich die Rente über die Zusatzversorgung weiter um einen Betrag zwischen 3,00 Euro und 5,60 Euro pro Monat je Jahr der Kindererziehung. Somit liege der derzeit vorgesehene Betrag mit 30,00 Euro Jahresbetrag unter dem Betrag, den ein Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst erhalte. Der Beamtenbund fordert daher, einen Betrag von mindestens 4,50 Euro Kindererziehungszuschlag zu gewähren.

Zuzugestehen ist, dass der vorgesehene Kindererziehungszuschlag am unteren Ende liegt um eine Gleichbehandlung gegenüber Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst herzustellen. Trotzdem stellt dies im Vergleich zur bisherigen Rechtslage eine deutliche Verbesserung dar. Jede weitere Verbesserung führt zu zusätzlichen Mehrkosten, die bei der derzeitigen Haushaltslage kaum darstellbar sind.

15. Zu Art. 83 Abs. 3 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert eine Mindestbelassung in Höhe von 20 v. H. des Versorgungsbezugs in allen Fällen des Art. 83 Abs. 3 BayBeamtVG-E. Die Ausnahme in Satz 2 benachteilige im Wesentlichen Beamtenehen und solle deshalb ersatzlos gestrichen werden.

Beim Bezug eines höheren Erwerbseinkommens aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst ist die verfassungsrechtlich garantierte Alimentation eines Beamten bereits durch die Aktivbezüge sichergestellt. Deren Angemessenheit für eine amtsangemessene Lebensführung ist unbestritten. Eine ergänzende Aufstockung durch einen Mindestbetrag eines zusätzlichen beamtenrechtlichen Versorgungsbezugs ist unter dem Gesichtspunkt, dass es sich hierbei um eine weitere alimentative Leistung handeln würde, die im Ergebnis zu einer Doppelbelastung der öffentlichen Kassen führen würde, nicht angezeigt. Im Übrigen entspricht die Regelung der bisherigen Rechtslage.

16. Zu Art. 83 Abs. 4 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund fordert Leistungselemente (Leistungsprämie oder -zulage) nicht als Erwerbseinkommen anzurechnen. Es sei nicht nachvollziehbar, dass Leistungselemente, die von öffentlicher Hand gezahlt werden, auf die Versorgungsbezüge, speziell das Witwengeld, angerechnet werden. Diese Regelung laufe dem Ziel der Leistungselemente, nämlich der Motivationsförderung, zuwider.

Die Forderung des Bayerischen Beamtenbundes wird in der Gesetzesbegründung teilweise aufgegriffen. Durch Klarstellung in der Begründung, dass bei Leistungsprämien das Jahresprinzip Anwendung findet, wird sichergestellt, dass bestehende Hinzuverdienstmöglichkeiten optimal ausgeschöpft werden können. Leistungsstufen dagegen werden wesensnotwendig weiterhin als Monatsbezug behandelt. Eine andere Handhabung ist mit Blick auf die Beförderungen, die die höchste Form der Leistungsanerkennung darstellen, nicht sachgerecht, da deren Anrechenbarkeit auch vom Bayerischen Beamtenbund zu Recht nicht in Frage gestellt wird.

17. Zu Art. 85 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund befürchtet, dass durch die Ausweitung des Katalogs der anrechenbaren Rentenleistungen (Renten nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte und Leistungen aus einer berufständischen Versorgungseinrichtung oder aus einer befreienden Lebensversicherung) in Einzelfällen eine Verschlechterung eintreten könne und lehnt daher die Regelung ab.

Die beamtenrechtliche Versorgung sichert lediglich eine angemessene Alimentation der Ruhestandsbeamten. Sie beruht auf dem Leitbild des Nur-Beamten. Durch weitere Versorgungsleistungen kann die höchstmögliche Versorgung eines Nur-Beamten überschritten werden,

was durch die Anrechnung dieser Leistung verhindert werden soll. Bislang war der Katalog der anrechenbaren Alterssicherungsleistungen jedoch unvollständig und eine Korrektur nur teilweise durch eingeschränkte Anerkennung von Kann-Vordienstzeiten möglich. Die Neuregelung ermöglicht eine gleichmäßigere Berücksichtigung sonstiger Alterssicherungsleistungen und ist daher sachgerecht.

18. Zu Art. 103 Abs. 5 Satz 2 BayBeamtVG-E

Mit Blick auf Art. 103 Abs. 5 BayBeamtVG-E (Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit für vorhandene Beamte) kritisiert der Bayerische Beamtenbund, dass für am 31. Dezember 1991 vorhandene Beamte gemäß Art. 20 Abs. 1 BayBeamtVG-E künftig nur noch drei Jahre der Regelstudienzeit statt wie nach bisherigem Übergangsrecht gemäß § 85 BeamtVG bis zu vier Jahre zuzüglich eines halben Jahres Prüfungszeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit anerkannt werden können. Da nur ein begrenzter Personenkreis betroffen sei, solle diese Verschlechterung nicht erfolgen.

Es entspricht der Grundkonzeption des BayBeamtVG-E, an Stelle einer umfassenden Rechtsstandswahrung für vorhandene Beamte und Versorgungsempfänger im Interesse der Rechtklarheit und Verwaltungsvereinfachung lediglich eine materielle Besitzstandswahrung vorzusehen und von besonderen Maßgaben im Übergangsrecht abzusehen, sofern nicht zwingende Gründe, insbesondere mit Blick auf höherrangiges Recht, entgegenstehen. Derartige Gründe sind hier nicht ersichtlich. Die am 31. Dezember 1991 vorhandenen Beamten, die nach dem 1. Januar 2011 in den Ruhestand treten, werden in der Zwischenzeit regelmäßig ausreichend ruhegehaltfähige Dienstzeiten zurückgelegt haben, dass für sie die Berechnung des Ruhegehaltssatzes nach neuem Recht gegenüber der Berechnung nach altem Übergangsrecht vorteilhaft ist. Das alte Übergangsrecht ist daher nur noch in wenigen Fällen von Bedeutung. Gerade wegen der voraussichtlich geringen Anzahl der Fälle kann hier im Interesse der Rechtsklarheit und Verwaltungsvereinfachung eine Änderung gegenüber der bisherigen Rechtslage hingenommen werden.

19. Zu Art. Art. 103 Abs. 12 BayBeamtVG-E

Der Bayerische Beamtenbund spricht sich gegen den beabsichtigten Wegfall des Ausgleichs bei besonderen Altersgrenzen aus und erinnert in diesem Zusammenhang an die Zusage, dass sich durch das Neue Dienstrecht keine Verschlechterungen ergeben sollen. Er begründet dies damit, dass die Zahlung des Ausgleichs bei besonderen Altersgrenzen für die betroffenen Beamten ein Ausgleich dafür sein soll, dass ihnen wegen des früheren Eintritts in den Ruhestand für eine Reihe von Jahren die Differenz zwischen den Dienstbezügen und dem Ruhegehalt entgeht. Außerdem haben die Betroffenen eine kürzere ruhegehaltfähige Dienstzeit.

Der Ausgleichsbetrag ist sachlich nicht (mehr) gerechtfertigt. Die Altersgrenzen müssen aus demographischen Gründen grundsätzlich für alle Beschäftigten angehoben werden; damit steht eine Honorierung der nach wie vor um 5 Jahre niedrigen Altersgrenze für Beamte im Vollzugsdienst in Widerspruch. Für einen „Nachteilsausgleich“ gibt es keinen Anlass, da die Vollzugsbeamten vor allem im Polizeidienst bereits jetzt überproportional hohe Ruhegehaltssätze errreichen, sich die besondere Altersgrenze also nicht negativ auswirkt. Der Wegfall der Ausgleichzulage wird schließlich durch die in Art. 103 Abs. 12 BayBeamtVG-E normierte Übergangsregelung abgeschwächt. Anzumerken ist noch, dass dieser punktuellen Verschlech-

terung zahlreiche Verbesserungen im Neuen Dienstrecht einschließlich des BayBeamtVG-E gegenüberstehen und die Aussage, es werde durch das Neue Dienstrecht keine Verschlechterung geben, bei einer Gesamtbewertung ohne Zweifel eingehalten wird.

20. Versorgungsauskunft

Im Versorgungsgesetz sollte nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes auch der Anspruch der Beamtinnen und Beamten auf eine Versorgungsauskunft geregelt werden. Dabei sei eine Zweiteilung auf ein vereinfachtes Verfahren im Intranet und eine individuelle Versorgungsauskunft z.B. ab dem 55. Lebensjahr in einem regelmäßigen Turnus z.B. alle zwei bis drei Jahre bzw. bei einem bevorstehenden Pensionierungsverfahren, vorstellbar.

Das Staatsministerium der Finanzen hat bereits 2008 ein vom Landtag – Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes – einstimmig gebilligtes Konzept vorgelegt, nach dem das Landesamt für Finanzen für staatliche Beamte entsprechende Auskünfte erteilt. Dort ist auch die Differenzierung zwischen sog. einfachen und qualifizierten Versorgungsauskünften bereits umgesetzt. Eine obligatorische (insbesondere turnusmäßige) Auskunft wäre mit einem zusätzlichen und unvertretbaren Verwaltungsaufwand verbunden. Den nichtstaatlichen Dienstherren sollte selbst überlassen werden, wie sie die Informationsbedürfnisse ihrer Beamten befriedigen. Selbstverständlich kann dabei auch auf Informationsmaterial des Staatsministeriums der Finanzen zurückgegriffen werden.

21. Mitnahmefähigkeit der Versorgungsanwartschaften

Nachdem die Mitnahmefähigkeit der Versorgungsanwartschaften nicht mehr vorgesehen sei, müsse nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Nachteilsausgleich geschaffen werden, wenn ein Beamter in die Privatwirtschaft wechselt und eine Nachversicherung nur in der Rentenversicherung erfolgt. Nachdem die Versorgung nicht nur der gesetzlichen Rentenversicherung entspreche, sondern auch eine „betriebliche Altersversorgung“ umfasse, müsse auch dieser Anteil der betrieblichen Altersversorgung ausgeglichen werden.

Entgegen der Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gab es zur Mitnahmefähigkeit beamtenrechtlicher Versorgungsanwartschaften zu keinem Zeitpunkt Festlegungen. Die Beamtenversorgung erfüllt die verfassungsrechtlich verankerte Alimentation. Sie wird als solche dem Beamten bzw. Ruhestandsbeamten dafür gewährt, dass er seine ganze Persönlichkeit grundsätzlich lebenslänglich seinem Dienstherrn zur Verfügung stellt. Hieran fehlt es aber, wenn ein Beamter auf Antrag vorzeitig aus dem Dienst ausscheidet. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 2. März 2000 das geltende Modell der Nachversicherung als verfassungsgemäß erachtet. Unter personalwirtschaftlichen Gesichtspunkten und im Hinblick auf die Attraktivität des Beamtentums ist auch zweifelhaft, ob mit der Mitnahmefähigkeit ein derartiger Gewinn an Attraktivität verbunden wäre, dass die zu erwartende höhere Fluktuation ausgeglichen werden könnte.

V. Sonstiges

Zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert zum neuen Erörterungsrecht bei Vergabe von flexiblen Leistungselementen (Art. 77a BayPVG-E), dass im Gesetz eine Pflicht zur Begründung der beabsichtigten Maßnahme festgeschrieben wird.

Dieser Vorschlag wird nicht aufgegriffen, da ein Begründungszwang auch ohne nochmalige, ausdrückliche Klarstellung im Gesetz bereits aus dem Recht auf substanzielle Erörterung selbst folgt. Die Personalvertretung kann nämlich nach den für alle Beteiligungsrechte geltenden Grundsätzen bei einer Erörterung verlangen, dass alle für und gegen die Maßnahme sprechenden Gründe sowie deren Auswirkungen besprochen werden. Die Gesetzesbegründung weist auf diese Rechtslage hin. Eine nochmalige – deklaratorische– Festschreibung unmittelbar im Gesetz ist überflüssig.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt zusätzlich zu Art. 77a BayPVG-E, der eine umfassende Unterrichtung und anschließende Erörterung im Einzelfall vorschreibt, die Einführung eines Mitbestimmungsrechtes bei der Festlegung genereller Kriterien für die Vergabe von flexiblen Leistungselemente in einem neuen Art. 75 Abs. 4 Nr. 4a BayPVG. Dieser Forderung kann nicht nachgekommen werden. Die Aufstellung solcher allgemeiner Grundsätze wäre dann, wenn tatsächlich Leistungselemente vergeben werden sollen, auch verbindlich und Einzelmaßnahmen, die ohne vorherige Aufstellung allgemeiner Vergabegrundsätze durchgeführt wurden, wären unwirksam. Zudem könnten – im Wege des Einigungsstellenverfahrens – auch Vergabegrundsätze von der Personalvertretung herbeigeführt werden, die dem Willen der Dienststelle zuwider laufen. Diesen bestimmenden Einfluss der Personalvertretung bei Fragen der Lohngestaltung darf es im Beamtenbereich – anders als im Tarifbereich (vgl. Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 BayPVG) – jedoch nicht geben.

Der Bayerische Beamtenbund tritt dafür ein, dass das neue Erörterungsrecht als neuer Absatz 4 in Art. 76 BayPVG eingefügt wird.

Dem ist nicht zu folgen. Da das neue Erörterungsrecht einer neuen Kategorie von Beteiligungsrechten zuzurechnen ist, die von ihrer Intensität her hinter den förmlichen Mitwirkungsrechten zurück bleiben und nachdem auch keine besondere thematische Nähe zu einem einzelnen Tatbestand aus den vorhergehenden Artikeln besteht, ist die Einordnung in den neuen Art. 77a BayPVG-E und damit am Ende des Beteiligungskataloges zutreffender.

Der Bayerische Beamtenbund fordert zudem, dass das Erörterungsrecht bei der Vergabe flexibler Leistungselemente, mit dem die nunmehr virulent werdende Beteiligungslücke im Beamtenbereich geschlossen werden soll, auch auf den Tarifbereich erstreckt wird. Mit Blick auf das bestehende Mitbestimmungsrecht im Tarifbereich hinsichtlich der Kriterien für die Vergabe von Leistungselementen (Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 BayPVG) und dem anschließenden Überwachungsrecht nach Art. 69 Absatz 2 Sätze 1 und 2 BayPVG bedarf es aber keiner solchen Erstreckung, da die Vergabe flexibler Leistungselemente bereits ausreichend abgedeckt ist.

Zudem fordert der Bayerische Beamtenbund, dass in Art. 77a Satz 2 BayPVG-E die Worte „zur Einsicht vorzulegen“ durch die Worte „zur Verfügung zu stellen“ ersetzt werden.

Dem Einwand kann nicht abgeholfen werden. Die vorliegende Fassung des Art. 77a Satz 2 BayPVG-E berücksichtigt die ständige Rechtsprechung des BVerwG zum allgemeinen Informationsanspruch nach Art. 69 Abs. 2 BayPVG, der auch für das neue Erörterungsrecht nach Art. 77a gilt. Danach darf die Unterrichtung des Personalrats über Leistungszulagen wegen des Persönlichkeitsrechtsschutzes der betroffenen Mitarbeiter nur durch die Einsichtnahme in entsprechende Unterlagen oder Listen geschehen, die dem Personalrat nicht zum Verbleib auszuhändigen sind (vgl. BVerwG, Beschluss v. 22. Dezember 1993, Az.: 6 P 15.92). Wenn wie vorliegend im Beteiligungstatbestand selbst eine spezielle Regelung zu Art und Weise der Unterrichtung des Personalrats vor der Erörterung enthalten sein soll – worauf die Verbände im Vorfeld großen Wert gelegt haben – dann muss diese auch rechtlich einwandfrei ausgestaltet sein.